Der Weltkampf um Ehre und Recht.

Die Erforschung des Krieges in seiner wahren Begebenheit, auf amtlichen Urkunden und Akten beruhend.

Unter Beteiligung von 70 hervorragenden Mitarbeitern herausgegeben von Exzellenz Generalleutnant Max Schwarte.

Verlag von Johann Ambrosius Barth in Leipzig und Walter de Gruyter & Co. in Berlin, © 1919-1933.

Scriptorium dankt Herrn T. St. C.
für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!

Druckversion 2017 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Mitarbeiter:

Generalleutnant a. D. Max Schwarte, Exzellenz, Oberstleutnant Walter Adam,
Generalarzt Dr. Carl Altgelt, Generalleutnant Constantin von Altrock, Major Hans Arndt,
Oberstleutnant Paul Augustin, Mehrkreispfarrer Franz Albert, Generalleutnant William Balck,
Oberst Gustav von Bartenwerffer, Korvettenkapitän Max Bastian,
Oberstleutnant Siegfried Boelcke, Generalmajor Rudolf von Borries,
Geheimrat Prof. Dr. Paul Clemen, Oberstleutnant Hermann Cron,
Kriegsgerichtsrat Dr. jur. h. c. Heinrich Dietz, Professor Wilhelm Doegen,
Generalmajor Wilhelm von Dommes, Oberstleutnant Paul Fleck,
Generalmajor Erich von Flotow, Generalleutnant August Fortmüller,
Generalmajor Hans Föst, Oberst Rudolf Frantz, Oberstleutnant Hans Garcke,
Major Hermann Geyer, Oberstleutnant Edmund Glaise, Korvettenkapitän Otto Groos,
Linienschiffsleutnant Peter Freiherr von Handel-Mazzetti, Stabsapotheker Dr. Rudolf Hanslian,
Konteradmiral Eberhard Heydel, Feldmarschalleutnant Max Hoen, Major Karl Hosse,
Professor Hauptmann a. D. Melchior von Hugo, Fregattenkapitän Emil Huning,
Fregattenleutnant Viktor Igalffy von Igaly, Oberst Friedrich Immanuel, Oberst Theodor Joachim,
Oberstleutnant Rudolf Kißling, Margarete Klante, Feldmarschalleutnant Theodor Konopicky,
Oberstleutnant Paul Krall, General der Infanterie Alfred Krauß, Ministerialrat Konrad Lau,
Fregattenkapitän Friedrich Lützow, Feldmarschalleutnant Josef Metzger, Oberst Walter Nicolai,
Oberst Dr. Erich Nigmann, Oberstabsveterinär Dr. Wilhelm Otto,
Generalmajor Anton Ritter von Pitreich, Dr. Clemens Plaßmann, Oberst Robert Ritter von Pohl,
Major Erich Prigge, Felddivisions- und Armeeoberpfarrer Walter Richter,
Vizeadmiral Bernhard Rösing, Hauptmann Rudolf Schmidt, Oberstleutnant Karl Schroeder,
Stabsveterinär Dr. Curt Schulz, Regierungsrat Major a. D. Rudolf Schumacher,
Dr. jur. et rer. pol. Kurt Schwarz, Oberpostrat Hermann Senger, Hauptmann Walter Sußdorf,
Oberst Georg Veith, Oberst Stefan von Velfen, Major Adalbert von Wallenberg,
Major Friedrich Wilhelm Freiherr von Willisen, Generalleutnant Hans von Winterfeld
Generalmajor Ernst von Wrisberg, Generalmajor Ludwig Wurtzbacher,
General der Infanterie Hans von Zwehl

Bd. 7: Die Organisationen der Kriegführung, Zweiter Teil: Die Organisationen für die Versorgung des Heeres

Bearbeitet von Ministerialrat Konrad Lau, Generalmajor Erich v. Flotow, Oberstleutnant Karl Schroeder, Vizeadmiral Bernhard Rösing, Oberpostrat Hermann Senger, Generalarzt Dr. Carl Altgelt, Stabsapotheker Dr. Rudolf Hanslian, Stabsveterinär Dr. Kurt Schulze und Oberstabsveterinär Dr. Wilhelm Otto

Einleitung

Was der Krieg forderte, erfand die Wissenschaft, verwirklichte die Technik und machte kampfverwendungsfähig die Organisation.

Dieser Satz aus der Einleitung des ersten Bandes der Heeresorganisationen[1] gilt nicht nur für jenen Teil, der die für den Kampf selbst arbeitenden Organisationen behandelt, sondern in ebenso entscheidender Form für den hier vorliegenden zweiten Teil, obschon er Organisationen zur Darstellung bringt, die bei den Kriegs- und Kampfhandlungen nicht zu unmittelbarer Auswirkung kommen. Ein Heer kann - vor allem in einem vierjährigen furchtbaren Ringen gegen eine gewaltige Übermacht - nur dann kampffähig bleiben, wenn es körperlich leistungsfähig erhalten wird. Ein durch Entbehrung, Hunger und mangelnde gesundheitliche Fürsorge geschwächtes Heer muß naturgemäß immer einem körperlich vollkräftigen Gegner unterliegen. Die Sorge um den Lebensunterhalt des Heeres muß überdies nach Masse und Güte sehr viel weiter gefaßt sein als im Frieden, weil die Ansprüche an die körperlichen und seelischen Leistungen jedes einzelnen Mannes - wenn auch in der Stärke in den aufeinanderfolgenden Zeiträumen wechselnd - immer unendlich viel größer und vor allem ganz anders geartet sind. Überlegene Geisteskraft und zähe Willensanstrengung können allerdings für kurze Zeitspannen in stärkster Erregung und höchster Not die Schwäche des erschöpften Körpers überwinden; sie werden aber mit dem Körper schnell zusammenbrechen, wenn diesem die zu seiner Arbeit nötigen Unterhaltsmittel vorenthalten werden. Körperliche Kraft ist und bleibt die unentbehrliche Grundlage auch für geistiges und seelisches Handeln; die zu ihrer Erhaltung notwendigen Organisationen sind somit ein wichtiger, ein unentbehrlicher Bestandteil der Kriegführung.

Die Sicherung des Lebensunterhalts der Heere bildet deshalb immer eine Vorbedingung des kriegerischen Erfolgs - der Begriff "Lebensunterhalt" im weitesten Umfange genommen. Die Anforderungen, die im Weltkriege an das deutsche Volk zur Sicherstellung der Lebensbedürfnisse seiner Soldaten gestellt wurden, sind so riesengroß gewesen, daß nur entschlossener, unerschütterlicher Opfermut sie zur Erfüllung bringen konnte; so riesengroß, daß nur vorzüglich arbeitende, nie ermüdende Organisationen ihnen gerecht zu werden vermochten. Die Organisationen haben die ihnen gestellte Aufgabe, wenn auch in karger Form, restlos erfüllt; den vernichtenden Wirkungen der **Hungerblockade** hat aber die Heimat nicht bis zum Schluß standhalten können, hat der Wille des Volkes nach mehr als vierjähriger erbitterter Gegenwehr erliegen müssen. Der furchtbare Ausgang des Krieges vermag aber das Heldentum, das lange Jahre hindurch seine Gesamtheit und bis zum Schluß immer noch große Massen des Volkes beseelte, nicht zu schmälern.

So singt auch dieser Band, der vom Kämpfen, Siegen und Sterben in gewaltigen Schlachten nichts zu sagen weiß, ein erschütterndes Lied vom Heldentum des deutschen Volkes; und er bringt ein fesselndes Bild von dem im Volke lebendigen Organisationsvermögen, von der bis zum eigenen Zusammenbruch schaffenden Pflichttreue, von dem erhebenden Verantwortungsgefühl in all den Tausenden von Männern, die dieser stillen, schlichten, entsagungsvollen, unbeachteten und vielfach durch Undank gelohnten Arbeit unermüdlich ihre ganze Kraft widmeten. Das Volk weiß von dieser

Aufopferung nichts; die Kämpfer an der Front sahen sie als selbstverständlich an; die Kriegsgeschichte kündet von ihren Taten kaum. Und doch gehören auch sie zu den unersetzlichen Helfern, ohne die das Heldentum der Frontkämpfer unmöglich gewesen wäre. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn man die Erinnerung an sie in die Zukunft hinüberrettet - auch um dieser Zukunft willen. Denn es sähe um das deutsche Volk, um seine heutige und seine zukünftige Lebensmöglichkeit noch viel trauriger, noch viel hoffnungsloser aus, als es der Fall ist, wenn jene pflichttreuen Männer und Frauen nicht ihre verantwortungsvolle Arbeit in einem nie hoch genug einzuschätzenden Maße getan hätten.

Das Heer sollte dauernd kampffähig, also jederzeit allen, auch den schwersten Anstrengungen gewachsen sein. Die Kriegsrücksichten, die Kriegsforderungen mußten also vor allem maßgebend sein für die Leistungen, die die Fürsorge um den Lebensunterhalt der Soldaten zu erfüllen hatte. Die zwölf Millionen deutscher Männer, die in den vier Jahren ins Feld gezogen sind, wollten kräftig genährt, praktisch gekleidet, trefflich ausgerüstet, gesundheitlich gut betreut werden. Schon im kleinen Familienkreise begreift diese Forderung Sorgen in sich, die Überlegung und Arbeit meistern müssen. Und die Verpflegung großer Massen in modernen Anlagen und Betrieben verlangt, soll sie sich reibungslos vollziehen, sorgsames Planen, raschen Entschluß und energische, zielbewußte Arbeit. Und doch - wie verschwindend klein sind selbst diese Betriebe gegenüber dem täglichen Unterhalt der Millionen, die in stete Kampfbereitschaft verstrickt, selbst an des Leibes Notdurft nicht denken durften und deren Erfüllung voll Vertrauen von anderen erwarten mußten. Welch beherrschender Überblick über das Ganze und welche unendlich peinliche Sorge auch um das Kleinste waren erforderlich zu dem Ziel, täglich die ungeheuren Mengen an Lebensmitteln zur rechten Zeit und am rechten Ort verzehrfähig bereitzustellen, die gewaltigen Massen an Bekleidung und Ausrüstung überall da ausgabefähig zu halten, wo sie das Heer in immer wechselnder Form in Sommer und Winter, in Hitze und Eis, für Tag und Nacht, im Wasser Flanderns und in dem ewigen Schnee der Alpen, im hochkultivierten Frankreich, im halbkultivierten Polen und im kulturlosen Mesopotamien verlangte, und die Pflege zu bewirken für die Verwundeten und Erkrankten, für die Opfer des Krieges!

Die Ansprüche, die aus den Bedürfnissen des Krieges erwuchsen, wurden für Deutschland gesteigert durch die Beschränkung der Quellen, aus denen sie erfüllt werden sollten. Im Kriege 1870/71 hatte diese Sorge nur eine geringe Rolle gespielt. Das, was die kleine damalige Armee brauchte, konnte beinahe ganz die Heimat decken, und der geringe Rest war über die offenen Grenzen und die offene See ohne Schwierigkeit in jeder gewünschten Menge zu bekommen. Der Krieg war kurz; aber selbst bei längerer Dauer hätte die damals nur wenig verminderte Einwohnerzahl der Heimat sich kaum durch eine verminderte Erzeugung der vom Heere verlangten Bedürfnisse wirklich empfindlich fühlbar gemacht. Jetzt im Weltkriege waren schon durch die völlig veränderten Arbeitsverhältnisse der Friedenszeit ganz andere, sehr viel ungünstigere Grundlagen entstanden, und die mannigfaltigen, hochgesteigerten Bedürfnisse des Krieges wirkten in gleicher Weise nachteilig auf die heimatliche Erzeugung ein. Alle Grenzen der Mittelmächte waren schon nach kurzer Zeit von den Gegnern gesperrt und die See für die Zufuhr, selbst der für die nichtkämpfende Bevölkerung bestimmten Zufuhr, rechtswidrig durch **die englische Blockade** verschlossen. Zu diesem militärischen Abschneiden jeder Zufuhr durch die Gegner trat aber sehr bald auch die indirekte Unterbindung durch den übermächtigen politisch-militärischen Druck auf die neutralen Staaten - die Mittelmächte waren damit ganz isoliert. War so schon vom ersten Kriegstage an durch die Abhängigkeit von ausländischer Zufuhr die Versorgung des Heeres stark erschwert, so mußte die völlige Unterbindung letzten Endes unweigerlich zum Hungertode führen, wenn es nicht gelang, durch eine bis aufs höchste gesteigerte Streckung der eigenen Erzeugnisse und durch peinlichste Ausnutzung auch der geringsten Mittel so lange durchzuhalten, bis dem Gegner militärisch der Frieden abgerungen werden konnte.

Mit zusammengebissenen Zähnen hat das deutsche Volk und mit ihm sein Heer Jahre hindurch

gehungert, um den unerbittlichen, grausamen Feinden sich nicht zu unterwerfen; es hat Dinge zu seiner Nahrung verwendet und zur Streckung der Lebensmittel benutzt, die man im Frieden als ungeeignet verworfen hatte, bis die Erschöpfung zu groß wurde und mit der körperlichen auch die seelische Widerstandskraft zerbrach. Mit der Heimat hungerte das Heer - ein Wunder deutscher Organisation aber bleibt es, daß sie den Zeitpunkt seines körperlichen Niederbruchs länger zu verzögern verstand, als die seelische Erschöpfung der Heimat. Äußerste Sparsamkeit, Aushilfe durch mehr oder minder gute Ersatzmittel, gewissenhafte Bewirtschaftung der besetzten Gebiete und Ausnutzung auch der letzten eßbaren Reste, Wiederauffrischung und Wiederverwendung auch der letzten wollenen Lumpen, des letzten Metallstücks waren die Mittel, um ein solches Ziel zu erreichen.

Nicht nur die eigene Bevölkerung, nicht nur die eigenen Soldaten wollten versorgt werden. Die Verbündeten, die Kriegsgefangenen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zehrten mit an den kargen Vorräten, die der deutschen Heeresverwaltung zur Verfügung standen. Immer wieder mußte Deutschland aushelfen, selbst mit solchen Bedürfnissen, an denen seine Erzeugung ärmer war als die seiner Verbündeten, weil diese sich der sparsamen Bewirtschaftung nicht zu fügen verstanden. Und daß Deutschland **die Hungerblockade gegen seine Greise, Frauen und Kinder** nicht durch rücksichtsloses Abschieben oder Verhungernlassen der Bevölkerung Belgiens und Nordfrankreichs erwiderte, ist der beste Gegenbeweis für die infame Lüge der ihm zur Last gelegten Kriegsverbrechen.

Zu der Sorge um die Aufbringung des ungeheuren Bedarfs für Ernährung, Bekleidung und Ausrüstung aber trat die weitere große Sorge um deren geregelte Zuführung einmal an die an den Brennpunkten der Großkämpfe zusammengedrängten Menschenmassen und zum anderen an die in kleinste Einheiten verzettelten Männer in allen Erdteilen. Heer und Flotte waren dieser ungleichen Verteilung der Streitkräfte unterworfen; denn auch die deutschen Kämpfer **in den Kolonien**, in Mesopotamien und Palästina, in der deutschen Nordsee und im Stillen Ozean konnten nur dann ihre Pflicht erfüllen, wie sie es taten, wenn der Nachschub zu Lande und zu Wasser, wenn Etappe und Troßwesen und Feldpost aufopferungsvoll sich in ihren Dienst stellten.

Zu der Sorge um Aufbringung und Nachschub der Lebensbedürfnisse mußte endlich hinzutreten die hingebende Sorge um die Verwundeten und Erkrankten, um Mensch und Tier. Die Gewißheit, daß Deutschlands Sanitätswesen und die Kunst seiner Ärzte im Frieden auf höchster Stufe standen und im Kriege stehen würden, hat sich in glänzendster Weise gezeigt. Durch sie wurde das furchtbare Elend, das mit den Gewaltäußerungen des Krieges stets verbunden bleibt, auf ein erträgliches Maß gemindert. Der Helfersinn deutscher Männer und Frauen hat im Zeichen des Roten Kreuzes daran stärksten Anteil gewinnen können.

Und tierärztliche Kunst und Sorge half nicht nur die für das Heer zum Kampf unentbehrlichen Tiere, Pferde, Hunde und Brieftauben, in erträglicher Zahl verwendungsfähig zu halten, sondern auch den zur Ernährung von Heimat und Heer notwendigen Viehbestand in den Frieden hinüber gegen Seuchen zu schützen.

Spielte schon die Sorge um Ernährung und Bekleidung des Heeres sich immer ab im engsten Zusammenhang mit den gleichen Bedürfnissen der heimatlichen Bevölkerung, so wirkt die ärztliche Sorge um Mensch und Tier darüber hinaus in besonderem Maße auch in die Gegenwart und Zukunft hinein. Daß während des Krieges und vor allem nach dem Kriege, trotz des Zusammenbruchs und des Lösens aller Bande von Zucht und Ordnung, die Ausbreitung der außerhalb der deutschen Grenzen von jeher stark grassierenden Seuchen ausblieb, die unter der seelisch erschöpften, durch Hunger geschwächten Bevölkerung verheerend gewütet haben würden, ist ein bleibendes und auf lange Zeit wirkendes Verdienst der unermüdlichen Sorge der Ärzte um die Bevölkerung der besetzten Gebiete. Ob das, was dort in Feindesland an Mensch und Tier in

peinlichster Pflichterfüllung und aufopfernder Sorge von deutschen Männern geschah, heute noch weitergeführt wird, ist zweifelhaft. Deutschland muß es aber eben diesen Männern danken, daß dem großen Sterben im Kriege nicht trotz der furchtbaren Erschöpfung noch ein größeres Sterben nach dem Kriege gefolgt ist.

Die Organisationsgabe der Deutschen hat in der Sorge um den Unterhalt des Heeres eine harte Probe erfolgreich bestanden. Wohl waren Vorbereitungen für den Krieg auf Grund früherer Kriegserfahrungen und sorgfältigster Friedensüberlegungen getroffen; sie mußten sich unzulänglich erweisen gegenüber den ungeahnten Größen-, Massen- und Raumverhältnissen des Weltkrieges. Aber schnell und geschickt paßten sie sich den ungeheuren Steigerungen an. Und traten sie auch bescheiden in ihrer Arbeit hinter dem Heldentum der Kämpfer zurück, oft getadelt und selten gelobt, so darf das Volk ihre auch heute noch nachwirkende Tätigkeit nie vergessen; ein gerechteres Urteil ihrer Arbeit wäre seine Pflicht.

Neben ihrem Wirken offenbaren die nachfolgenden Seiten aber auch in erschütternder Form ein Bild der furchtbaren Not, unter der Deutschlands Bevölkerung, seine Menschen und seine Tiere, durch den grausamen Vernichtungswillen seiner vor schlimmstem Rechtsbruch nicht zurückschreckenden Feinde gelitten hat - Qualen und Nöte, unter denen es unerbittlich auch heute noch gehalten wird. Daß das deutsche Volk diese furchtbare Qual mehr als vier Jahre hindurch überwinden konnte und erst kurz vor dem physischen Tode seelisch zusammenbrach, ist die Äußerung eines Opfermuts, der nur ganz selten in der Menschheitsgeschichte zu verzeichnen ist. Das zeigt eine Größe des Heldentums, die voll zu würdigen erst einer späteren Zukunft beschieden sein, die dann aber auch von seinen Gegnern bewundert werden wird.

Max Schwarte

Anmerkung:

1 [1/v] **Band [6]: Die für den Kampf unmittelbar arbeitenden Organisationen, S. vi.** ...zurück...

Inhalt:

Verzeichnis der Beilagen und Textskizzen zu Bd. 7

Kapitel 1: Die Heeresverpflegung

Ministerialrat Konrad Lau

1. Einleitung.

"In allen Kriegen bildet die Sicherung des Lebensunterhalts der Heeres eine Vorbedingung des Erfolges."

Dieser Satz leitete die Anleitung ein, die im Frieden für die Verpflegung des deutschen Heeres in einem künftigen Kriege gegeben war. Kürzer und zugleich treffender kann die außerordentliche Bedeutung der Heeresverpflegung für die Kriegführung nicht gekennzeichnet werden. Der Satz ist auf den Lehren der Kriegsgeschichte gegründet, die überreich ist an Beispielen für den lähmenden Einfluß mangelnder Ernährung auf die Leistungen eines vortrefflichen Heeres.

Wohl an keiner Stelle in der deutschen Armee ist die Wichtigkeit der ausreichenden Versorgung des Feldheeres mit Verpflegung verkannt worden; trotzdem aber war das Interesse, das in militärischen Kreisen vor dem Kriege dem Feldverpflegungsdienst entgegengebracht wurde, nicht so allgemein und lebhaft, wie es der Bedeutung des Gegenstandes entsprochen hätte. Er galt als trocken und als Sonderangelegenheit Weniger, die den Verpflegungsdienst dereinst im Felde leiten sollten. Unentbehrliche technische Einzelheiten und Zahlen schreckten ab.

Die über Feldverpflegung vorhandene Literatur war äußerst dürftig. Erst im Jahre 1913 hatte der Große Generalstab eine Studie über Heeresverpflegung in den Kriegen seit der Napoleonischen Zeit herausgegeben. Sie behandelt fast ausschließlich die militärische Seite, streift die wirtschaftliche kaum.

Diese eingehend zu behandeln, lag auch wenig Veranlassung vor. Eine wirtschaftliche Kriegführung hatte es noch nicht gegeben. Die Lebensführung der deutschen Heimat war in den letzten Kriegen durch die Verpflegung der im Felde stehenden Heere nicht wesentlich mehr als durch ein gewisses Steigen der Preise beeinträchtigt worden. Kein Wunder, daß noch weniger, als im Heere selbst, in nichtmilitärischen Kreisen die Frage interessierte, wie die Verpflegung des Heeres in einem künftigen Kriege zu bewerkstelligen sei.

Heute, zurückblickend auf den großen Krieg, zeigt die bittere Erfahrung, daß es anders hätte sein müssen. Durch **die barbarische Hungerblockade** von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten, waren in ihm Feldheer und Heimat auf die innerhalb des Blockadegürtels vorhandenen und erzeugten Lebensmittel angewiesen. Die Heimat darbte, um den Unterhalt des Feldheeres zu ermöglichen, und dieses mußte sich aufs äußerste einschränken, um der Heimat das Darben zu erleichtern. Die großen Entbehrungen an allen Stellen waren Veranlassung zu vielen, oft schweren gegenseitigen Vorwürfen. Gerade deshalb müssen auch heute noch alle Kreise des deutschen Volkes ein Interesse daran haben, zu erfahren, was in dieser Lage beim Feldheer geschehen ist, das Heer ausreichend zu ernähren und doch der Heimat das Durchhalten zu ermöglichen.

Wer auch immer sich mit der Geschichte dieses Krieges befaßt, wer den Ereignissen auf den verschiedenen, weit voneinander getrennt gelegenen Kriegsschauplätzen, dem Hin- und Herwerfen der Truppenverbände von einem zu andern folgt, wer die gewaltigen Stärkeziffern der auf engstem Raum monate-, ja jahrelang vereinigten Heeresmassen liest und wer dabei zurückdenkt, wie von Monat zu Monat sich in der heimischen Verpflegungslage das eiserne Band fühlbarer machte, das dem deutschen Volke den Hungertod bringen sollte, der kann die staunende Frage nicht unterdrücken, wie es überhaupt möglich war, in dieser geradezu verzweifelten Lage stets rechtzeitig am rechten Ort Verpflegung für Mann und Pferd bereitzustellen.

In den bisher erschienenen Schilderungen aus dem Kriege ist diese Frage nur flüchtig berührt. Sie kann gemeinverständlich nicht behandelt werden, ohne kurz die allzuwenig bekannten technischen Einrichtungen zu schildern. Dazu ist in allgemeinen Darstellungen der Kriegsereignisse kein Platz. Auch in nachstehendem kann nur in großen Zügen Aufschluß gegeben werden über das zähe Ringen mit immer neuen und stets wachsenden, schließlich unüberwindbar erscheinenden Schwierigkeiten der Heeresverpflegung. Die Ausführungen können aber vielleicht eine Vorstellung davon geben, wie Gewaltiges auch auf dem Gebiete der Heeresverpflegung von Heer und Heimat im Kriege geleistet ist. Sie zeigen, daß es trotz aller Not gelungen ist, unter Anspannung aller Kräfte das deutsche Feldheer bis zum Kriegsende zu ernähren. Daß jeder in der Heimat dazu beigetragen hat, möge jeden deutschen Leser mit Stolz erfüllen; es möge ihn aber auch stets daran erinnern, welche Entbehrungen entschlossener Wille zu meistern vermag.

2. Friedensvorbereitungen.

Wenn heute viel - und doch von deutscher Seite bei weitem nicht genug - die Frage der Schuld am Kriege erörtert wird und wenn dabei zufolge der vortrefflichen feindlichen Propaganda nicht nur in den Feindbundländern Deutschland ein planmäßiges Hinarbeiten auf den Krieg nachgesagt wird, so sollte man in Deutschland laut und unermüdlich auf den gänzlichen Mangel an wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Krieg hinweisen. Wäre der Deutsche Kaiser, wäre die Deutsche Regierung von jenen Machtgelüsten beherrscht gewesen, die ihnen die böswilligen Verleumder andichten, wäre das deutsche Volk so kriegslustig gewesen, wie es noch heute von seinen Feinden geschildert wird, ja hätte seine Mehrheit nur erkannt, daß der Tag kommen mußte, wo es mit dem Schwerte nicht nur seine Heimat, sondern sein Fortbestehen zu verteidigen haben würde - dann wären zweifellos auch Wege gefunden worden, die deutsche Volkswirtschaft darauf einzurichten, das deutsche Volk wenigstens in seiner Ernährung während eines Krieges unabhängig vom Ausland zu machen. Hätte aber der Große Generalstab als "Militärpartei", wie es ihm von seinen Feinden im In- und Auslande nachgesagt wird, tatsächlich auf einen Krieg hingearbeitet, so hätte er sich nicht mit der Ablehnung zufrieden gegeben, die er erfuhr, als er im Interesse der Landesverteidigung eine solche wirtschaftliche Mobilmachungsvorbereitung anregte. Tatsächlich war auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft, wie der Verlauf der Dinge bewiesen hat, nichts vorbereitet. Die wirtschaftlichen Vorbereitungen aber, die die Heeresverwaltung allein für die Heeresverpflegung treffen konnte, ohne die gesamte deutsche Ernährungswirtschaft zu beteiligen, konnten nur gering sein. Sie sind infolge **der Blockade** nicht einmal voll zur Wirkung gekommen.

In den militärischen Vorbereitungen waren alle Erfahrungen aus den seit 1866 geführten Feldzügen berücksichtigt. Sie hatten übereinstimmend gezeigt, daß der Verpflegungsdienst eines im Felde stehenden Heeres einheitlich von einer Stelle geleitet werden muß; andernfalls entstehen aus dem Durcheinander- und Gegeneinanderarbeiten von Stellen, die über der durchaus verständlichen Sorge um das Wohl ihres Verbandes allzu leicht das Gesamtinteresse aus dem Auge verlieren, unheilvolle Reibungen. Da die Verpflegungsmaßnahmen immer erst nach geraumer Zeit wirksam werden können, so hatte sich weiter die Notwendigkeit ergeben, die Leitung des Verpflegungsdienstes mit der Leitung der Operationen an einer Stelle zu vereinigen, damit die für die Durchführung der Operationen unerläßlichen Verpflegungsanordnungen rechtzeitig getroffen werden konnten.

Der für die Organisation des Feldverpflegungsdienstes des deutschen Heeres im Frieden aufgestellte Plan legte deshalb dem mit der Leitung der Operationen betrauten Chef des Generalstabs des Feldheeres auch die Leitung des Verpflegungsdienstes in höchster Instanz auf. Auch bei den Truppenverbänden (Armeen, Korps, Divisionen) und Etappeninspektionen (Generalgouvernements) wies er diese Aufgabe den Kommandostellen zu und stellte ihnen zur Durchführung Feldverwaltungsbehörden (Armeeintendanturen, Etappenintendanturen, Korpsintendanturen, Divisionsintendanturen, Intendanturen der Militäreisenbahndirektionen mit Proviantämtern) zur Seite.

An der Spitze aller Feldverwaltungsbehörden sollte ein Generalintendant des Feldheeres im Großen Hauptquartier stehen, der nach den Weisungen der Obersten Heeresleitung (Chef des Generalstabs des Feldheeres) die auch für die Kommandobehörden bindenden allgemeinen Verpflegungs-anordnungen zu treffen hatte. Zwar war er einem, dem Chef des Generalstabs des Feldheeres zur Leitung der gesamten Heeresversorgung (Munitionswesen, Verpflegungswesen, Feldsanitätswesen usw.) unterstellten Generalquartiermeister untergeordnet; doch hatte dieser für die einzelnen Gebiete der Heeresversorgung nur insoweit Anordnungen zutreffen, als Reibungen vermieden werden mußten, die sich aus dem Ineinandergreifen der verschiedenen Arbeitsgebiete ergeben konnten. Außerdem waren ihm hinsichtlich des Etappenwesens bestimmt abgegrenzte Sonderaufgaben gestellt.

War es notwendig, für die einheitliche Gestaltung der allgemeinen Verpflegungsanordnungen, insbesondere auch für die Regelung des Nachschubs, den Feldverwaltungsbehörden eine Spitze im Generalintendanten zu geben, so ließen die Dienstvorschriften doch den Armee-Oberkommandos (Armeeintendanten) in der Verpflegung ihrer Armeen Selbständigkeit. Sie wurden für eine ausreichende Versorgung der ihnen unterstellten Truppen voll verantwortlich gemacht. Die Durchführung des Nachschubs nach ihren Weisungen wurde den Etappeninspektionen (Etappenintendanten) übertragen.

Die Generalkommandos (Korpsintendanten) und Divisionen (Divisionsintendanten) sollten die Truppenverpflegung im einzelnen regeln, die Anordnungen für die Bewegung der Verpflegungskolonnen und der Truppenverpflegungsfahrzeuge, die Anlage von Magazinen und den Betrieb der Bäckereien treffen.

Dadurch, daß die in Verwaltungssachen erfahrenen Beamten (Intendanten), deren Unentbehrlichkeit insbesondere der Feldzug 1866 dargetan hatte, in die Stäbe der Kommandobehörden eingegliedert wurden, wurde angestrebt, daß die von ihnen zu bearbeitenden Verwaltungsanordnungen mit den militärischen Maßnahmen in Einklang stünden und daß hierdurch die schweren Übelstände vermieden würden, die sich in früheren Kriegen aus einem Nebeneinanderarbeiten von Kommando- und Verwaltungsstellen ergeben hatten.

Für den Verpflegungsdienst bei der Truppe wurden besondere Verpflegungsoffiziere in Aussicht genommen, die nach den Weisungen der Kommandeure unter Unterstützung der Zahlmeister zu arbeiten hatten.

Der Wirkungskreis der Feldstellen auf dem Gebiet des Verpflegungswesens war von dem der heimischen Dienststellen scharf abgegrenzt dahin, daß diesen die Aufbringung und Bereitstellung der für den Nachschub an das Feldheer notwendigen Verpflegungsmittel obliegen sollte, jenen die Vorführung von den Proviantdepots der Sammelstationen in der Heimat und Zuführung an die Verbraucher. Auch mit dieser Maßnahme war ungünstigen Erfahrungen aus früheren Kriegen Rechnung getragen, in denen sich aus dem Fehlen solcher klaren Abgrenzung recht empfindliche Reibungen im Verpflegungsnachschub ergeben hatten.

Für die Ausstattung der Feldverwaltungsbehörden mit Personal standen die felddienstfähigen Intendantur- und Proviantamtsbeamten des Friedensstandes zur Verfügung, insoweit sie nicht aus besonderen Gründen bei den heimischen Behörden verbleiben mußten. Für die Besetzung der Stellen bei den Feldproviantämtern und Bäckereien mit Proviantamtsbeamten war auch ein Beurlaubtenstand herangebildet. Anfänglich waren durch ihren Zivilberuf dazu geeignete Persönlichkeiten durch mehrfache Übungen bei den Proviantämtern ausgebildet; seit dem Jahre 1903 war die Einrichtung getroffen, daß derartige Persönlichkeiten, die als Einjährig-Freiwillige dienten, das zweite Halbjahr und die späteren Übungen bei einem Proviantamt ableisten konnten. Auf Heranbildung irgendeines Ersatzes für die Intendanturbeamten hatte man leider aus Mangel an

Mitteln und wegen dauernder Überlastung der Intendanturen infolge zu knapper Ausstattung mit Personal verzichten müssen.

Besondere Sorgfalt war auf die Ausbildung der Beamten für den Dienst im Felde verwandt. Die Proviantamtsbeamten konnten bei den großen Herbstübungen, insbesondere bei den Kaisermanövern, gute Erfahrungen für den Krieg sammeln; durch theoretische Übungen wurden sie, wie auch die Intendantursekretäre, die zu den Herbstübungen zur Verwendung im Feldmagazindienst herangezogen wurden, in die Bestimmungen der Kriegsvorschriften eingeführt. Die höheren Intendanturbeamten fanden neben theoretischer Fortbildung bei Kriegsspielen und Winterarbeiten bei den großen Truppenübungen eine ihrer Feldverwendung entsprechende Betätigung in den Divisions- und Generalkommandostäben. Hierbei und auf Generalstabsreisen und besonderen Verwaltungs-Generalstabsreisen lernten sie u. a. den Betrieb in den höheren Kommandostäben und die Mittel der Befehlsführung kennen und gewöhnten sich an die schnelle, klare und formgerechte Abfassung militärischer Befehle. Daß größter Wert auf Reitfertigkeit aller für Feldstellen in Aussicht genommenen Beamten gelegt wurde, soweit es die geringen zur Verfügung stehenden Geldmittel gestatteten, kann nicht unerwähnt bleiben, weil auch damit Mängel beseitigt wurden, die in früheren Kriegen überaus störend hervorgetreten waren.

Zur Ausbildung der Verpflegungsoffiziere boten die großen Herbstübungen Gelegenheit; für die Generalstabsoffiziere war durch die bereits erwähnten Verwaltungs-Generalstabsreisen vermehrte Möglichkeit gegeben, sich mit den Anforderungen des Verpflegungsdienstes vertraut zu machen. So waren der Aufbau der Organe des Verpflegungsdienstes, ihre Ausstattung mit Personal und deren Ausbildung gedacht.

Für die Aufbringung der Verpflegung war mit zwei Quellen gerechnet: dem Kriegsschauplatz selbst und der Heimat. Für die Ausnutzung des Kriegsschauplatzes konnten nach den bisherigen Kriegserfahrungen nur allgemeine Anweisungen gegeben werden, die von der Annahme ausgingen, daß die Landeseinwohner weiter wie im Frieden wirtschaften würden und daß das besetzende Heer allein darauf Bedacht zu nehmen hätte, die Erzeugung zu fördern und das Erzeugte auf die einfachste Art dem Heere zuzuführen. Daß das Heer einmal weite Flächen selbst bebauen, daß ein großer Teil der Landwirtschaft auf dem Kriegsschauplatz in Staatsbetrieb übernommen werden würde, konnte nicht vorausgesehen werden. Darauf konnten sich deshalb auch die Friedensvorbereitungen nicht erstrecken.

Für den Nachschub aus der Heimat aber war ein eingehender Plan aufgestellt. Er muß mit seinen technischen Einzelheiten besprochen werden, weil er den ganzen Krieg hindurch grundlegend für den Nachschub geblieben ist:

Die von den heimischen Dienststellen beschafften Verpflegungsmittel sollten in Proviantdepots der Sammelstationen so bereitgestellt werden, daß ein jedes Proviantdepot, das seinerseits aus bestimmten Ersatzmagazinen (im allgemeinen Friedensproviantämtern) aufzufüllen war, acht Tagessätze von je 200 000 Portionen und 60 000 Rationen enthielt. Der Generalintendant hatte - je nach der Verpflegungsstärke der Armeen - ihnen ein oder mehrere derartiger Proviantdepots im Einvernehmen mit dem Chef des Feldeisenbahnwesens zuzuteilen; Sache der Armee- und Etappenintendanten war es, im Zusammenwirken mit dem Beauftragten des Feldeisenbahnchefs beim Armee-Oberkommando die Vorführung der erforderlichen Verpflegungszüge auf der Eisenbahnetappenlinie der Armee anzuordnen. Durch dieses Zusammenwirken von Feldverwaltungs- und Eisenbahnbehörden hoffte man unheilvolle Bahnverstopfungen, die in früheren Kriegen an der Tagesordnung gewesen waren, zu vermeiden. Die Beladung der Züge hatten die Armeeintendanten den Bedürfnissen der Armee entsprechend vorzuschreiben. Allein für die erste Zeit, insbesondere während des Aufmarsches bis zur Einrichtung der Proviantdepots (also bis 15. - 25. Mobilmachungstag), wo den Armeen der Nachschub unmittelbar von den heimischen

Aufbringungsstellen aus zugeführt werden mußte, war eine Normalbeladung der Züge bestimmt. Bei einem Ladegewicht von 250 - 300 t konnten für ein Armeekorps fassen:

- der Verpflegungs(V)zug Portionen (dabei statt Brot Backmatenal) und Haferrationen für 2 Tage,
- der Mehl(M)zug Backmaterial für rund 10 Tage,
- der Hafer(H)zug Haferrationen für rund 3 Tage.

Diese Beladung war auch für Züge vorgeschrieben, die für den Generalintendanten bereitgestellt wurden zur Aushilfegewährung bei besonderem Bedarf (bewegliche Verpflegungsreserve des Generalintendanten, enthaltend den etwa dreitägigen Bedarf für das Feldheer).

Von den Proviantdepots sollten die Nachschubzüge in die Etappengebiete zur Füllung der Etappenmagazine geleitet werden, wenn sie nicht sogleich bis zu den Verbrauchern vorgeschoben würden. Zur Überführung der Verpflegungsmittel von den Entladestellen zu den Etappenmagazinen waren den Etappeninspektionen Etappenfuhrparkkolonnen, Magazinfuhrparkkolonnen und Etappenkraftwagenkolonnen zu überweisen mit durchschnittlich je 50 - 60 t Ladefähigkeit.

Zur Verbindung der Etappenmagazine mit den für die Versorgung der Truppen bestimmten Feldmagazinen der Armeekorps und Divisionen sollten die Armeekorps, Reservekorps und selbständigen Reservedivisionen mit Proviant-(Reserve-Proviant-)Kolonnen und Fuhrpark-(Reserve-Fuhrpark-)Kolonnen dergestalt ausgestattet werden, daß die Kolonnen eines Armeekorps im ganzen ungefähr einen viertägigen Vorrat an Mundverpflegung und einen dreitägigen Hafervorrat für das Armeekorps und eine halbe Kavalleriedivision mitführen konnten, die der Reservekorps und selbständigen Reservedivisionen den viertägigen Verpflegungsbedarf ihres Verbandes.

In den Feldmagazinen hatten die Truppen die Verpflegung durch ihre Lebensmittel- und Futterwagen zu empfangen. Die Lebensmittelwagen konnten den zweitägigen Bedarf an Mundverpflegung fassen; bei den Fußtruppen, die keine Futterwagen hatten, daneben auch den zweitägigen Haferbedarf; die Futterwagen der Kavallerie und der fahrenden Batterien etwa 1½, die der reitenden Batterien 1 Haferration für jedes Pferd.

Außerdem dienten diese Fahrzeuge noch zur Fortschaffung eines Teils der eisernen Portionen (Konserven und Zwieback) und Haferrationen des von den Truppen dauernd zu unterhaltenden und unmittelbar mitzuführenden Verpflegungsvorrats, der zum Teil von Mann und Pferd zu tragen, zum Teil auf Feldküchen und Verpflegungsfahrzeugen zu fahren war.

Alle Kolonnen (außer den Magazinfuhrparkkolonnen, die in der Hauptmenge im Versammlungsgebiet ausgehoben werden sollten) und Verpflegungsfahrzeuge der Truppen sollten den Aufstellungs- oder Standort beladen verlassen. Die Beladungspläne waren bis ins einzelne im Frieden aufgestellt. Alle Kolonnen (auch die Magazinfuhrparkkolonnen) und Verpflegungsfahrzeuge waren mit militärischem Personal zu besetzen.

Zur Herstellung der Speisen waren die Kompagnien der Fußtruppen und die Batterien der schweren Artillerie mit je einer zweispännigen Feldküche ausgestattet, deren Kessel eine Tagesportion faßten und auf der außerdem die eine der mitgeführten eisernen Portionen verladen war.

Das Brot sollte unmittelbar hinter der Truppe von den Feldbäckereien gebacken werden. Jedes Armeekorps verfügte dazu über zwei fahrbare Feldbäckereikolonnen, von denen jede in 24 Stunden 23 000 Portionen herstellen konnte. Sie genügten also zusammen dem Bedarf des Armeekorps, wenn sie dauernd in Betrieb bleiben konnten; ihre Leistungsfähigkeit wurde aber durch die eigenen

Märsche eingeschränkt. Soweit die Truppe den dadurch entstehenden Ausfall nicht aus dem Lande decken konnte, war sie auf Aushilfe durch die Etappenbäckereien angewiesen, die allerdings nur mit alten, nichtfahrbaren Peyerschen Backöfen ausgestattet werden konnten. Erst für eine Etappeninspektion waren zwei fahrbare Kolonnen vorhanden.

Immerhin bedeutete diese Ausstattung einen gewaltigen Fortschritt, wenn man dem gegenüberstellt, daß das preußische Heer noch 1870 mit insgesamt nur 18 eisernen Backöfen ins Feld rückte, die in ihrer Verwendbarkeit nicht erheblich von den eisernen Bügelöfen Friedrichs des Großen abwichen.

Die Beschaffung des frischen Fleisches war der Truppe ohne Mitwirkung der Feldverwaltungsbehörden überlassen. Um das aus dem Lande beigetriebene Vieh schlachten zu können, war die Truppe mit Schlächtereigerät versehen. Die Einrichtung von Schlächtereien durch die Verwaltung war nicht vorbereitet; falls sie zu Zeiten längeren Stillstandes nötig werden sollte, sollten Arbeitskräfte und Ausstattung aus der Truppe entnommen werden. Nur die Etappenbäckereikolonnen waren zugleich für den Schlächtereibetrieb für den Bedarf der Etappe eingerichtet. Vorkehrungen zum Nachschub von Schlachtvieh aus der Heimat waren zwar getroffen (Ersatzviehdepots); in der Hauptsache sollten aber nur Dauerfleisch (Speck, Schinken, Rauchfleisch, Pökelfleisch, Wurst usw.) und Konserven nachgeführt werden zur Ergänzung der dem Lande entnommenen Versorgung mit frischem Fleisch.

3. Mobilmachung und Aufmarsch.

Nach diesem nur flüchtig skizzierten Plan waren die Vorbereitungen für den Verpflegungsdienst im Mobilmachungsfalle bis ins einzelne getroffen, soweit die Verhältnisse mit einiger Sicherheit zu übersehen waren. Und als sich am 1. August 1914 die Geheimschränke mit den Mobilmachungsvorarbeiten öffneten und sich die Mobilmachungsmaschine mit ihrem weitverzweigten, vieltausendfachen, feinen Räderwerk in Gang setzte, da begann auch bei den Intendanturen und Proviantämtern ein lebhaftes Summen und Surren.

Bei den Korpsintendanturen trennten sich die Feldintendanturen alsbald von den in der Heimat verbleibenden stellvertretenden Intendanturen. Diesen lag in Verbindung mit den Proviantämtern zunächst ob, die während des Aufmarsches in die Truppentransporte einzuschiebenden und die für den Generalintendanten als Reserve bereitzustellenden Verpflegungs-, Mehl- und Haferzüge beladen zu lassen, die in ihrem Verwaltungsbereich geplanten Kriegsverpflegungsanstalten und Proviantdepots der Sammelstationen betriebsfähig zu machen und die Aufbringung und Bereitstellung der ersten Nachschubvorräte einzuleiten (Füllung der Ersatzmagazine, Herstellung von Zwieback für Ergänzung der eisernen Portionen, Heranziehung der Privatindustrie zur Lieferung von zubereiteten Lebensmitteln usw.). Die Feldintendanturen hatten nur für das mobile Armeekorps zu sorgen.

Unter ihrer Leitung wurden die Proviant- und Fuhrparkkolonnen nach den Beladungsplänen beladen und die Truppen für das Ausrücken ausgestattet.[1] Die zur Ausstattung erforderlichen Verpflegungsmittel wurden aus den stets mit einem entsprechenden Mindestsollbestande versehenen Proviantämtern (ein kleiner Teil aus den Truppenküchen) empfangen oder sie waren (an Orten ohne Proviantämter) bei Unternehmern im Frieden vertraglich sichergestellt. Bei manchem dieser Unternehmer gab es ein erstauntes Gesicht, als er auf Grund eines vergilbten Vertrages an seine Lieferungspflicht erinnert wurde; mancher konnte ihr auch nicht nachkommen, im allgemeinen aber gingen die Beschaffungen glatt vonstatten. Die allseitige Begeisterung und Hilfsbereitschaft halfen Schwierigkeiten schnell überwinden, sie erleichterten auch die Durchführung der Quartierverpflegung derjenigen neu aufgestellten Formationen und ausgehobenen Vermehrungsmannschaften in den Mobilmachungsstandorten, die nicht aus gemeinsamen Küchen

nach Art der Friedenseinrichtung verpflegt werden konnten.

Zur Verpflegung der Eisenbahntransporte waren an allen für den Aufmarsch des Heeres in Betracht kommenden Bahnlinien Kriegsverpflegungsanstalten in solcher Zahl und Leistungsfähigkeit eingerichtet, daß innerhalb 24 Stunden jeder Transport zweimal warme Kost und außerdem noch wenigstens einmal Kaffee und kalte Kost erhalten konnte. Mit den Anstalten waren auch Vorkehrungen zum Tränken der Pferde verbunden.

Da ihre Erbauung im Frieden bis ins einzelne vorbereitet war, einzelne Teile, wie Kesselanlagen, sogar fertiggestellt waren, konnten die Kriegsverpflegungsanstalten schon am 4. Mobilmachungstage betriebsfertig sein. Sie haben sich vollauf bewährt und sind in ihrer zweckmäßigen Einrichtung, die gestattete, die Transporte in unmittelbarer Nähe der Züge schnell mit kräftigem, warmem Essen zu verpflegen, den ganzen Krieg hindurch beibehalten. Bei den fortdauernden zahlreichen Transporten von einem Kriegsschauplatz zu dem andern haben allein sie deren ausreichende Verpflegung ermöglicht. Der Ausdehnung des im Militärbetrieb befindlichen Eisenbahnnetzes in das besetzte feindliche Gebiet hinein folgte deshalb auch stets die Anlage solcher Verpflegungsanstalten an den Hauptknotenpunkten usw. durch die Feldintendanturen der Militäreisenbahndirektionen.

Vor den großen Aufmarschtransporten wurden von allen Armee-Oberkommandos, Etappeninspektionen, Armee- und Reservekorps Generalstabsoffiziere, Sanitätsoffiziere und Beamte der Feldverwaltungsbehörden in das Versammlungsgebiet vorausbefördert zur Vorbereitung der Unterbringung der Truppen und ersten Einrichtung des Verpflegungsdienstes. Aus einem mit den Mobilmachungsvorarbeiten aufgestellten Hefte "Friedensvorbereitungen" ersahen sie, welche Vorbereitungen im Frieden für die Verpflegung im Versammlungsgebiet vom Generalstab im Zusammenwirken mit den Kriegsministerien getroffen waren: Abgrenzung der Unterkunftsbezirke, Ergebnis der Erkundung von Plätzen zur Einrichtung von Magazinen und Feldbäckereien, Eintreffezeiten der Feldbäckereikolonnen und der zur Verfügung der Intendanten stehenden Verpflegungszüge, die Verpflegungsstärken an den einzelnen Aufmarschtagen usw. War auch in erster Linie Quartierverpflegung in Aussicht genommen, so war doch planmäßig Vorsorge getroffen, daß die aufmarschierende Armee 20 Tage im Versammlungsgebiet aus Nachschubvorräten leben konnte, so daß ihre Verpflegung während des Aufmarsches auf jeden Fall gesichert war.

Die Arbeit dieses vorausgesandten Personals wurde durch das Entgegenkommen der Bevölkerung und der Behörden wesentlich erleichtert. In vielen ländlichen Gemeinden hatten sich die Lehrer, soweit sie noch nicht zur Fahne geeilt waren, den Ortsvorstehern als Bureauhilfskraft zur Verfügung gestellt; an den Fernsprechern war ein freiwilliger Nachtdienst eingerichtet; Erhebungen über die Leistungsfähigkeit der Gemeinden in der Hergabe von Verpflegung waren angestellt. Überall begeisterte Mitarbeit an der Erreichung des einen Ziels, den Aufmarsch des Heeres reibungslos vor sich gehen zu lassen! Wieweit Quartierverpflegung gegeben werden konnte, war entsprechend der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse durchaus verschieden; überall mußte aber mit Brot und Hafer aus Heeresbeständen ausgeholfen werden. Die frühzeitige Inbetriebsetzung der Etappenhilfsbäckereien (Bäckereikolonnen, die in örtlichen Bäckereien oder an mitgeführten nichtfahrbaren Peyerschen Öfen arbeiteten) und der am Anfang der Aufmarschbewegung eintreffenden Feldbäckereikolonnen, für deren Versorgung mit Backmaterial aus Mehlzügen planmäßig gesorgt war, sicherten eine hinreichende Brotversorgung, und auch der Hafer konnte aus Nachschubzügen rechtzeitig geliefert werden. So bereitete die Verpflegung der aufmarschierenden Armeen dank der vortrefflichen Vorbereitungen keine Schwierigkeit; ein großer Teil der Verpflegungszüge blieb beladen für den Vormarsch verfügbar.

Nicht ganz so programmäßig verliefen die Vorbereitungen für den Vormarsch. Sie wurden gestört

zum Teil durch den plötzlichen Beginn der Kampftätigkeit im Osten und bei der 7. Armee (XIV. und XV. Armeekorps bei Mülhausen) und den Beginn des Vormarsches sofort nach oder gar vor vollendetem Aufmarsch, wie beim IV. Reservekorps. Das erschwerte vor allem die Umbeladung der Proviant- und Fuhrparkkolonnen, die im Versammlungsgebiet ihr Backmaterial gegen Brot austauschen mußten. Das zur Beladung der Kolonnen bestimmte, von den Feldbäckereien gebackene Brot lag in solchen Fällen in Gegenden, die die Kolonnen gar nicht mehr berührten; und bis die schleunigst verschobenen Feldbäckereikolonnen Brot gebacken hatten, verging einige Zeit, indessen es schon in großen Märschen vorwärts ging. Nur vorausschauende und wohldurchdachte Anordnungen für die Kolonnenbewegung und rechtzeitiges Heranschaffen des Brotes an die Vormarschstraßen der Kolonnen konnten helfen.

Die für die Verpflegung während des ersten Aufmarsches getroffenen Maßnahmen wurden in ihren Grundzügen auch bei späteren Aufmärschen und bei Truppenverschiebungen wiederholt: Ausstattung der Truppe von der absendenden Stelle für die Eisenbahnfahrt mit Verpflegung neben der Verpflegung aus Kriegsverpflegungsanstalten, desgleichen für den ersten Tag oder auch mehrere Tage nach dem Eintreffen am Bestimmungsort, volles Beladen aller Verpflegungskolonnen am Absendeort, Voraussenden von Personal zur Vorbereitung der Verpflegung am neuen Verwendungsort, Vorausbefördern der Feldbäckereikolonnen mit Mehl zur sofortigen Eröffnung des Betriebes, Einschieben von Verpflegungszügen in die Aufmarschbewegung zur Sicherstellung der Verpflegung, bis die neue Etappe die Versorgung übernehmen konnte. Damit wurde stets der Erfolg erzielt, daß die Truppen nach ihrem Eintreffen voll verpflegt werden und die Operationen unabhängig von Verpflegungssorgen sogleich nach beendetem Aufmarsch beginnen konnten. Wo aber ausnahmsweise auch nur zum Teil von den Grundsätzen abgewichen ist, haben sich außerordentliche Schwierigkeiten ergeben.

4. Die Operationen.

Vormarsch.

Bei den organisatorischen Vorbereitungen für die Verpflegung der Heereskavallerie hatten zwei Gesichtspunkte einander gegenübergestanden, einmal das Bestreben, die Heereskavallerie ihrer Aufgabe entsprechend so beweglich wie möglich zu machen, sie von jedem irgendwie entbehrlichen Troß zu befreien, andrerseits die Befürchtung, daß auch auf einem in hoher landwirtschaftlicher Kultur stehenden Kriegsschauplatz es Schwierigkeit bereiten würde, die Kavalleriemassen mit Hartfutter und auch mit Brot zu versorgen. Der erstgenannte Gesichtspunkt behielt die Oberhand. Die Heereskavallerie erhielt nur Lebensmittel- und Futterwagen für die Truppe, aber keine Kolonnen. Sie wurde auf das verwiesen, was der Kriegsschauplatz bot, dem sie erforderlichenfalls auch Fuhrwerk zur Bildung von Kolonnen und zur Verstärkung der Truppenfahrzeuge entnehmen sollte. Das ist auch ausgiebig geschehen, selbst Ochsenkolonnen wurden beim Kavalleriekorps Schmettow in Rumänien gebildet; die Erfahrungen aller Kavalleriedivisionen gipfeln aber darin, daß eigene Kolonnen, namentlich Kraftwagenkolonnen, unbedingt nötig gewesen wären. Sie hätten weit mehr genutzt, als die von Etappen oder Armeekorps zur Heereskavallerie entsandten Kolonnen, die meistens erst dann kamen, wenn die Not schon groß war, die auch nicht das Interesse an der Versorgung der Kavallerie hatten wie eigene Kolonnen. Aus dem Lande zusammengestellte, nicht militärisch organisierte Kolonnen konnten nicht annähernd Ersatz gewähren.

Solange die Kavalleriedivisionen im ruhigen gleichmäßigen Vorrücken blieben, konnte mit Hilfe von Beitreibungskommandos allgemein genügend Verpflegung aus dem Lande zusammengeschafft werden. Schwieriger wurde das schon bei sehr schnellem Vorrücken; Mangel machte sich aber sogleich geltend, wenn größere Massen auf engem Raum versammelt, einige Zeit halten mußten. So

fehlte es alsbald an Hafer, als die 7. und 9. Kavalleriedivision vor dem Übergang über die Maas nördlich Lüttich mehrere Tage Aufenthalt erlitten. Auch bei den weiteren Bewegungen der im Westen den Vormarsch der Armeen verschleiernden Kavalleriemassen hat das Fehlen eigener Kolonnen sich empfindlich bemerkbar gemacht, ja an einzelnen Tagen zum Einstellen des Vormarsches gezwungen. Die Verweisung auf Aushilfen durch die hinter der Kavallerie marschierenden Korps war für beide Teile unbefriedigend. Die Kavallerie mußte um ihr gutes Recht betteln - und bei den abgebenden Korps, denen die Abgaben unerwartet kamen, entstanden Verlegenheiten.

Im Osten hätten auch eigene Kolonnen nicht immer wirksame Abhilfe gegen vorübergehenden Mangel bringen können, weil sie auf den schlechten Wegen den Kavalleriedivisionen hätten noch weniger folgen können als den Armeen. Hier mußten zeitweise, um Hafer heranzuschaffen, aus den Pferden der Truppe Tragetierkolonnen formiert werden, die allerdings selbst einen guten Teil der Ladung zur eigenen Verpflegung verbrauchten.

Große Schwierigkeiten machte bei längerem Verweilen in derselben Gegend auch die Versorgung mit Rauhfutter. Die Unmöglichkeit, es in ausreichendem Maße zu beschaffen, hat wiederholt dazu geführt, die Kavalleriedivisionen, sobald sie irgend entbehrlich waren, zurückzuziehen und vorübergehend in reichere Rauhfuttergegenden zu schicken, um die Pferde wieder aufzufüttern.

In der Mannschaftsverpflegung fehlte es oft an Brot; es war nicht immer im Lande in genügender Menge vorhanden, zum Backen fehlte es vielfach an Zeit. Vielleicht wäre es angezeigt gewesen, auch fahrbare Feldbacköfen, unter Umständen leichterer Art, den Kavalleriedivisionen beizugeben. Das Kavalleriekorps Schmettow hatte vier Öfen, die gute Dienste geleistet haben. Wenn sie auch nicht ständig folgen können, so wird ein umsichtiger Intendant sie ebenso wie die Verpflegungskolonnen doch für die Kavallerie nutzbringend verwenden können. Sie müssen aber zur Division gehören, so daß diese jederzeit über sie verfügen kann.

Konnte die Heereskavallerie, solange sie den Armeen weit voraus war, in der Hauptsache vom Kriegsschauplatz leben, so waren die Armeen in höherem Grade auf Nachschub angewiesen. Zunächst standen den Armeekorps noch ihre während der Versammlung nicht verbrauchten V-Züge[2] zur Verfügung. Um die Verpflegung auf jeden Fall zu sichern, stellten die Etappenintendanten neue an der Vormarschstraße der Korps bereit. Da das Land zunächst Verpflegung in reichem Maße hergab, wurden die Züge nur zum Teil oder gar nicht entleert und einstweilen bis zu weiterer Verfügung stehen gelassen. Die vorderen Korps forderten in der Annahme, daß die Züge von den hinter ihnen marschierenden verbraucht wären, neue, in allzu großer Fürsorge sogar Aushilfen aus der Verpflegungsreserve des Generalintendanten an. Unzureichende Nachrichtenübermittlung und Störungen im Bahnbetrieb vermehrten das Durcheinander und machten den Nachschub in kurzer Zeit ganz unübersichtlich.

Als am 5. September der Etappenhauptort der 1. Armee nach Chauny verlegt wurde, standen auf der rund 300 km langen Nachschublinie westlich der Maas (Lüttich - Brüssel - Cambrai - Chauny) zerstreut 34 V-Züge, 2 M- und 7 H-Züge, davon 15 V- und 2 H-Züge östlich Brüssel und außerdem noch 15 V-, 1 M- und 2 H-Züge östlich der Maas, zum Teil aus der Versammlung und den ersten Vormarschtagen stammend und angebraucht. Bis zum 27. Oktober hatte die Etappe zu tun, um die Strecke von diesen abgestellten Zügen frei zu machen. Erschwert wurde die Arbeit durch das Bestreben der Korps, den Nachschub möglichst lange beweglich zu halten, was immer wieder zu Verstopfungen der nicht entsprechend ausgebauten Bahnhöfe führte. Ähnliche Erscheinungen traten auch bei anderen Armeen auf, wo allerdings die Nachschubverhältnisse zum Teil günstiger waren; sie waren trotz Zusammenarbeitens der Intendanten mit den Bevollmächtigten des Feldeisenbahnchefs auch später insbesondere dann nicht ganz zu vermeiden, wenn Bahnlinien neu in Betrieb genommen wurden.

Allmählich kam der geordnete Nachschub in Fluß, bei dem die Etappenintendanten von den ihrer Armee zugeteilten Proviantdepots der Sammelstation die Züge anforderten in einer dem Bedarf entsprechenden Beladung. Dazu kamen Aushilfen aus der beweglichen Verpflegungsreserve des Generalintendanten, die auch nach voller Betriebseröffnung der Sammelstationen ganz besonders gute Dienste bei großen Umgruppierungen, insbesondere bei denjenigen im Osten 1914/15, tat und bei plötzlichen Verstärkungen einzelner Armeen, denen ihr Proviantdepot nicht ohne weiteres gerecht werden konnte. Durch Zuweisungen aus der beweglichen Verpflegungsreserve konnte eine Neuzuteilung von Proviantdepots an die Mangel leidende Armee vermieden werden, die oft zugleich eine vollständige Neuordnung in der Verteilung aller Proviantdepots notwendig gemacht hätte. Wegen Wagenmangels mußte später die Verpflegungsreserve aufgelöst werden; sie hat aber oft in entscheidenden Augenblicken gefehlt.

Der Raum zwischen Eisenbahnendpunkt und Truppe (Ausgabestelle an die Verpflegungsfahrzeuge der Truppen) sollte durch die Kolonnen der Etappe und der Korps überbrückt werden. Hier zeigte sich bald, daß trotz Ausstattung mit gut organisierten Trains und Kraftwagenkolonnen, die nach wohldurchdachten Plänen bewegt wurden, ganz bestimmte Grenzen gezogen waren, jenseits deren der Nachschub versagen mußte. Erinnerungen an das "Fünfmärsche-System" Friedrichs des Großen wurden wach.

Im Westen trat das am krassesten auf dem rechten Heeresflügel in die Erscheinung. Als die Truppen der 1. Armee die Somme erreicht hatten, war der Bahnbetrieb noch nicht bis Brüssel gefolgt; er konnte auch auf der soeben erst notdürftig in Betrieb gesetzten Strecke Herbesthal - Lüttich, Richtung Brüssel, nur einen kleinen Teil des gewaltigen Bedarfs dieses Heeresteils befördern, zumal sie vom 23. - 26. August wegen des Antransports des IX. Reservekorps für andere Transporte gesperrt werden mußte. Die Verbindung riß ab, obgleich alle verfügbaren Lastkraftwagenkolonnen bei der 1. und 2. Armee eingesetzt waren. Brüssel wurde die sofortige Aufbringung des viertägigen Verpflegungsbedarfs der 1. Armee auferlegt; und in anzuerkennender Weise bemühte es sich, die Auflage in zwei Magazinen unter Aufsicht weniger Magazinbeamten zur Ausgabe bereitzustellen. Hartfutter ließ sich zwar in so großer Menge jetzt, unmittelbar nach Mobilisierung der belgischen Armee und kurz vor der neuen Ernte, nicht in der gewünschten Menge aufbringen. Immerhin konnte in Brüssel eine größere Zahl von Kolonnen aller Korps neu beladen werden. Das half über einige Tage hinweg, konnte aber die abgerissene Nachschubverbindung nicht wiederherstellen. Hätten die Truppen sich nicht an der Vormarschstraße selbst versorgen können, hätten sie hungern müssen; denn erst ganz allmählich nach Pausen im Vormarsch, die durch Kämpfe eingetreten waren, erreichten die Etappentrains den Anschluß an die Korpskolonnen und ermöglichten diesen die Wiederauffüllung.

Die Erfahrungen bestätigten bald, was im Frieden bei Übungsarbeiten und Kriegsspielen festgestellt war: daß auf weitere Strecken als 100 - 120 km die volle Verpflegung auch bei guten Wegen nicht mit den Kolonnen nachgeschoben werden konnte.

Gut durchdachtes, der jeweiligen Lage angepaßtes Bewegen der Kolonnen unter sachverständiger Schonung, nötigenfalls aber auch unter rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit, umsichtige und tatkräftige Führung der einzelnen Kolonnen, zweckmäßige Leitung des Auf- und Abladens und der Empfänge, Verstärkung der Kolonnen aus Landesfuhrwerk waren vortreffliche Mittel, den Nachschub aufrechtzuerhalten. Mit ihnen sind unter schwierigsten Verhältnissen außerordentliche Leistungen vollbracht. Unentbehrlich blieb aber, rechtzeitig und wirtschaftlich die Landesmittel auszunutzen. Nur dadurch sind manche Operationen möglich geworden.

Der 9. Armee (rund 5 Armeekorps und 1 Kavalleriedivision) standen für den Herbstfeldzug 1914 in Nordpolen 8 Etappenfuhrparkkolonnen, 10 Magazinfuhrparkkolonnen, 3 Lastkraftwagenkolonnen zur Verfügung, die noch durch 12 Kolonnen österreichischer Landesfuhrwerke zu je 200 Wagen,

jede Kolonne mit 60 t Nutzlast, ergänzt waren. Die Korpskolonnen waren durch Landesfuhrwerke so verstärkt, daß sie trotz der schlechten Wege die planmäßige Nutzlast befördern konnten. In schnellem Vordringen entfernte sich die Armee von den beiden erst wiederherzustellenden und umzunagelnden Bahnen. Auch hier wäre trotz der Verstärkung des Trosses die Verbindung abgerissen, wäre nicht von vornherein die Anordnung getroffen, daß nur Brot, Kaffee, Salz, Zucker und kleinere Sachen sowie 2/3 des Bedarfs an Hafer nachzuführen, Fleisch, Gemüse und 1/3 Hafer dem Lande zu entnehmen seien.

Während die Njemenarmee die Ausgangsstellung für die Sommeroperationen 1915 an der Dubissa - Windau innehatte, endete die Vollbahn 100 km dahinter bei Laugszargen und Memel. Für die geplanten Operationen war die rückwärtige Verbindung zwar etwas verbessert durch die Feldbahn Laugszargen - Tauroggen - Kjelmy und die Vollbahn Memel - Prekuln, die hier Anschluß an die Strecke Libau - Moscheiki gewann. Sehr leistungsfähig waren diese Bahnen aber nicht. Die Kolonnen waren durch Abgaben für die an der Hauptoperation beteiligte 8. und 12. Armee geschwächt. Als die Njemenarmee nach rund 4 Wochen die Swjenta - Jara erreichte, hatte sie sich 200 km und mehr von der Ausgangsstellung entfernt. Die Nachschubschwierigkeiten waren außerordentlich groß, wenngleich die Etappe bemüht war, durch einen sehr sorgfältig organisierten Pendelbetrieb ihrer Kolonnen den Anschluß an die schnell vorrückende Armee zu behalten. Nur sorgsamste Ausnutzung der Landesvorräte ermöglichte die ausreichende Verpflegung.

Die 12. Armee, die nach Überschreiten des Narew Mitte August 1915 ungewöhnlich schnell vorrückte, mußte die Truppen fast ausschließlich auf die Landeserzeugnisse, vor allem die Früchte auf dem Felde verweisen und konnte den Korps, wie der Armeeintendant am 4. September dem Generalintendanten meldete, "nur das Notwendigste und dies auch nur in beschränktem Umfange" nachschieben. Als am 31. August die Bahn Willenberg - Ostrolenka den Betrieb eröffnete, stand die Front etwa 200 km östlich. Erst allmählich konnten die verstärkten Etappenkolonnen die Verbindung mit den Korps herstellen.

Schwierig gestaltete sich die Nachrichtenverbindung zwischen den Korps und den Kolonnen und rückwärtigen Feldmagazinen. Wo gute Straßen vorhanden waren, konnte der den Korpsintendanten beigegebene Feldintendanturrat täglich zu ihnen zurückfahren, Anordnungen über Weiterbestehen der Magazine, ihren Übergang an die Etappe oder Verladung der Restbestände aus die Kolonnen des Korps an Ort und Stelle geben, Verfügung über die weitere Verwendung der Beamten treffen, den Verbleib der dem Korps zugeteilten V-Züge und ihre Beladung feststellen, nötigenfalls auch Änderungen in der geplanten Kolonnenbewegung veranlassen. Nach Rückkehr konnte er dem Intendanten ein klares Bild von der Lage auf der rückwärtigen Verbindung geben, über die dieser sonst mangels Meldungen sich nur in Vermutungen hätte ergehen können. Wo der Kraftwagen-verkehr beschwerlicher war, konnten derartige Fahrten nicht so oft ausgeführt werden, auch hier aber waren sie unentbehrlich. Die Maßnahme, dem Feldintendanten einen zweiten höheren Beamten und einen besonderen Kraftwagen zuzuteilen, bewährte sich in hohem Grade. Es mußte eine Persönlichkeit vorhanden sein, die den Intendanten voll vertreten konnte (entweder wie eben geschildert) im Außendienst, oder wenn der Intendant diesen selbst wahrnahm, im Stabe. Unter schwierigen Vormarschverhältnissen, wo an beiden Stellen zugleich schnelle und wichtige Entscheidungen zu treffen waren, war diese Stellenbesetzung von hervorragender Bedeutung; nicht weniger wichtig war allerdings, den Beamten jede Bewegungsmöglichkeit zu geben.

An den Ausgabestellen der aus den Kolonnen oder aus Landeserzeugnissen gefüllten Feldmagazine setzte die Tätigkeit der Truppenverpflegungsoffiziere ein, die mit den Verpflegungsfahrzeugen der Truppe ihr die empfangene Verpflegung zuzuführen hatten. Auf Mittel zu sinnen, auch von weit entlegenen Empfangsstellen die Verpflegung heranzuschaffen und die Fahrzeuge trotzdem für den nächsten Marschtag marschfähig zu erhalten, war ihre Sache. Ob ein solcher Empfang möglich sein würde, war oft nicht zu übersehen; deshalb hieß es für sie vor allem stets die Augen auf zu haben

und zu sehen, wo das Land Aushilfen bot. Findig sein war die Hauptsache. Das konnten weder klare Bestimmungen noch gute Organisation des Nachschubs entbehrlich machen. War der Verpflegungsoffizier auf dem Posten, ging es der Truppe auch in schwieriger Verpflegungslage nicht schlecht. Einem solchen Verpflegungsoffizier gelang es, auch an Kampftagen, wenn überhaupt eine Möglichkeit gegeben war, unterstützt von unerschrockenen Essenträgern, der Truppe Essen zuzuführen. Die Fürsorge bei der Truppe selbst war ausschlaggebend für ihr Wohlbefinden. Welch neuer Lebensmut erfaßte die ermattete Truppe, wenn es dem unermüdlichen Verpflegungsoffizier gelungen war, die Feldküchen trotz feindlichen Feuers und schwierigen Geländes so an sie heranzubringen, daß sie warmes Essen erhalten konnte!

Deutsche Feldküche auf einer Paßstraße an der italienischen Front.

Die Feldküchen erleichterten in hervorragender Weise die Versorgung der Truppen; Kochapparate, mit denen die Kolonnen ausgestattet waren, konnten sie nicht ersetzen. Auch Kochkisten waren nur ein Notbehelf. Formationen, denen Feldküchen fehlten, waren in großem Nachteil. Auch bei den höheren Stäben, wo das gesamte Personal sofort nach dem Übergang zur Ruhe dienstlich vollauf beschäftigt war, machte sich ihr Fehlen sehr unliebsam bemerkbar. Auf beschleunigte Ausstattung aller Formationen mit Feldküchen wurde deshalb schon bald nach Kriegsbeginn hingearbeitet; die reiche Kriegsbeute aus Rußland beschleunigte die Durchführung. Allein die Kavallerie blieb ausgenommen, da eine Vermehrung des Trosses und der Pferdezahl gescheut wurde.

In der Versorgung mit frischem Fleisch wurde kurz nach Beginn des Krieges versucht, eine Änderung der im Frieden geplanten Art einzuführen. Schon im Frieden hatten Erwägungen darüber geschwebt, ob die Selbstversorgung der Truppe auch bei längerem Verweilen großer Massen auf engem Raum durchführbar sein werde und wie dann bei Schlachtungen in größeren Schlächtereien, die wegen besserer Verwertung der Innereien, des Blutes, der Häute, der Abfälle usw. übrigens auch als wirtschaftlicher erkannt waren, das frische Fleisch der Truppe zugeführt werden sollte, ohne bei heißem Wetter zu verderben. Zum Abschluß waren die Erwägungen bei Kriegsbeginn aber nicht gekommen.

Da entschloß sich der Generalintendant des Feldheeres, der nach ihm vorliegenden Nachrichten annehmen mußte, daß im Westen der Feind alles Vieh aus den Grenzbezirken forttreiben würde, sogleich nach Ausspruch der Mobilmachung, die Ausstattung der Armeekorps und Reservekorps

mit Korpsschlächtereien (70 Schlächter und Viehpfleger), die dem Vormarsch sprungweise folgen sollten, und zugleich mit besonderen Fleischkraftwagenkolonnen zu veranlassen. Als Fleischkraftwagen mußten in der Eile vorhandene Omnibusse und 3-t-Lastwagen genommen werden, die schnell für den neuen Verwendungszweck hergerichtet wurden. Jedes Korps erhielt durchschnittlich 7 Wagen, die Fleisch für einen Tag befördern konnten. Als die Kolonnen gegen Ende August 1914 in einem Augenblick bei der Truppe eintrafen, wo mehr denn je Mangel an Transportmitteln bestand, jedoch nicht an frischem Fleisch, wurden sie freudig begrüßt, aber nicht zum Fleischtransport benutzt, sondern zum Fahren von anderen Lebensmitteln, Munition, Verwundeten usw. Auch Schlächtereien wurden nicht eingerichtet, obwohl der Generalintendant in Voraussicht der bald eintretenden zwingenden Notwendigkeit besonders darauf drang. Die Truppe war mit der bisherigen Versorgungsart sehr zufrieden.

Brot ist während des Vormarsches nur ausnahmsweise von der Truppe selbst gebacken worden. Im Frieden war zwar das Backen im Kochgeschirrdeckel bei besonderen Übungen geübt; die mäßigen Erfolge haben aber nicht gerade zur häufigen Anwendung dieses Notbehelfs angespornt. Wo auf dem flachen Lande noch Backöfen vorhanden waren, nutzte ein vorsorglicher Verpflegungsoffizier sie wohl aus. Im Westen aber war die Versorgung auch der ländlichen Bevölkerung aus Brotfabriken und zentralen Genossenschaftsbäckereien die Regel geworden, damit war ein großer Teil der Backöfen vom Lande verschwunden. Auch an den dünnbevölkerten Vormarschstraßen des Ostens waren sie selten.

Die Beschaffung des Brotes blieb deshalb im allgemeinen Sache der Verwaltung. Darin hat sich gegen frühere Kriege nichts geändert, wohl aber in der Art der Versorgung. Trotz der schlechten Erfahrung aus dem Kriege 1866 hatte man 1870/71 das Feldheer im wesentlichen auf den Nachschub fertigen Brotes aus der Heimat verwiesen. Mit dieser Versorgungsart war gebrochen, und das Feldheer war so ausgestattet, daß es in der Brotherstellung unabhängig von der Heimat war. In besonderer Lage wurde zwar vorübergehend Truppen, die nahe an der Heimat standen, Brot aus Garnisonbäckereien zugeführt; so erhielt die Armeeabteilung Lauenstein eine Zeitlang täglich 50 000 Portionen Brot aus Königsberg, die 9. Armee bei Beginn der Operationen in Polen im Herbst 1914 täglich 40 000 Portionen Brot aus Krakau und 30 000 aus Gleiwitz, Breslau und Posen. Doch das waren Ausnahmen.

Die fahrbaren Feldbäckereikolonnen konnten den vollen Bedarf der Korps im allgemeinen decken, wenn auch ihre Leistungsfähigkeit nicht immer den bei täglichem Stellungswechsel angenommenen Satz von zusammen 26 000 Portionen erreichte. Es war damit gerechnet, daß bei Durchschnitts-marschleistungen der Truppe von 20 - 24 km täglich die Feldbäckereikolonnen in 48 Stunden diese Strecke gleichfalls zweimal zurücklegen könnten unter Ausnutzung der Nachtstunden. Dazwischen sollten sie 36 Stunden in Betrieb sein einschließlich 2 Stunden für den Abbruch und 3 - 4 Stunden für die Wiedereinrichtung. Bei ruhigem Vormarsch haben die Kolonnen auch in sprungweisem Vorgehen etwa in der angegebenen Art folgen können, namentlich wenn die Truppe gelegentlich Aufenthalte hatte; allerdings bedurfte es wohlüberlegter Regelung ihrer Märsche und der Zufuhr an Backmaterial.

Wurden die Marschleistungen der Truppe größer, waren die Wege schlecht, so sanken die Leistungen der Feldbäckereien erheblich, da die Marschstraßen auch in der Nacht nicht immer frei waren, die Nachrichtenübermittlung oft zu wünschen übrig ließ, und andere Hemmungen das Vorwärtskommen erschwerten. Lastkraftkolonnen, die die Öfen hätten schleppen und zugleich Bäcker und Backmaterial hätten fahren können, standen meistens nicht zur Verfügung. Ofen für Ofen, mit 10 Pferden bespannt, wurde oft auf den grundlosen Wegen des Ostens nur mühsam vorwärts gebracht.

Um die so entstandenen Ausfälle zu decken, mußte die Etappe ihre Hilfsbäckereikolonnen in vollem

Betrieb erhalten, die Landesbäckereien mit Mehl versorgen und zu gesteigertem Betrieb anhalten, und das weit rückwärts gebackene Brot mit Kraftwagenkolonnen vorschieben. Daß sie nicht den vollen Bedarf aller von ihr zu versorgenden Truppen decken konnte (durchschnittlich 150 000 - 250 000 Portionen täglich), ist ohne weiteres klar. Traten Verhältnisse ein wie auf dem rechten Heeresflügel im Westen im Herbst 1914, wo die Feldbäckereikolonnen zum Betrieb fast gar nicht kamen, um den Anschluß an ihre Korps nicht zu verlieren, so war ein zeitweiliger Brotmangel bei der Truppe nicht zu vermeiden. Auch bei einer anderen Organisation hätte er in solchen Lagen fühlbar werden müssen. Oft konnte der Brotmangel während des Vormarschs durch Verabfolgung größerer Fleischportionen ausgeglichen werden.

Stellungskrieg (Stillstand).

Mit dem Übergang zum Stellungskrieg und dem damit eintretenden Stillstand der Bewegungen wurden die rückwärtigen Verbindungen ausgebaut, die zerstörten Vollbahnen wiederhergestellt, neue geschaffen, vorn durch Klein- und Feldbahnen ergänzt, Straßen befestigt und neue angelegt und so die Möglichkeit geschaffen, den gesamten Nachschub glatt und schnell bis zu den Verbrauchsstellen zu leiten. Die auf den rückwärtigen Verbindungen geschaffenen Organisationen mußten sich den an den einzelnen Frontteilen sehr verschiedenen Lagen anpassen. Hier können nur die Grundsätze besprochen werden, wobei auf die in Anlage 1 wiedergegebene Gliederung bei einer Armee des Westens verwiesen wird.

Darstellung des Verpflegungs-Nachschubs der 6. Armee (Stand am 9. April 1917).
[Anlage 1 zu Bd. 7] [Vergrößern]

Vom Proviantdepot der Sammelstation (starken Armeen wurde ein zweites zur Aushilfeleistung an das die Armee versorgende zugeteilt) führte eine Verbindungslinie zur Etappe, die sich dann, strahlenförmig zu den einzelnen Verbrauchsstellen gehend, teilte. Es kam deshalb darauf an, die in geschlossenen Zügen aus der Heimat eintreffende Verpflegung rechtzeitig so zu verteilen, daß sie möglichst ohne Umladung zu den Ausgabestellen vorgeführt werden konnte. Bis zu einem gewissen

Grade konnte das schon in den Proviantdepots durch entsprechende Zusammenstellung der Züge vorbereitet werden. Nur wenige hatten aber die dazu nötige Gleisentwicklung; und zu weitgehende, dem nicht Rechnung tragende Forderungen der Armeen mußten zu einer Verstopfung der Proviantdepots führen. Auf einer weit hinter der Front, oft hinter dem Etappengebiet liegenden Verteilungsstelle waren deshalb Magazinbeamte tätig, die die eintreffenden Waggons neu ihren endgültigen Versandzielen (Ausladebahnhöfen) entsprechend bezettelten und zugleich den Empfängern die Transporte vormeldeten.

In den rückwärtigen Etappenmagazinen wurden außer den Reservebeständen meistens nur die kleineren Verpflegungsgegenstände (einzelne Gemüse, Kaffee, Tee, Salz usw.) entladen, es sei denn, daß die Vollbahnen bei ihnen endigten. Massengüter aber wurden so weit als möglich nach vorn durchgeleitet. Im übrigen mußte die Weiterverteilung und Zuteilung mit Feldbahnen und Kolonnen erfolgen.

Sobald als möglich wurden für die Nachschubzüge feste Fahrpläne eingeführt, und Sache der Verhandlungen zwischen den Etappenintendanten und den Beauftragten des Feldeisenbahnchefs war es, Überweisung der zur Deckung des Verpflegungsbedarfs erforderlichen Zahl von Verpflegungszügen zu erlangen. Ihre Beladungsart mußte dem Proviantdepot entweder durch festen Plan oder besondere Weisung aufgegeben werden. Welche Mengen vorzuziehen waren, richtete sich nach dem der Verpflegungsstärke entsprechenden laufenden Bedarf und der Höhe der nach Armeebefehl vorrätig zu haltenden Reserve. Diese mußte mit zunehmendem Mangel immer mehr beschränkt werden, worüber allgemeine Weisungen des Generalintendanten ergingen.

Im Bereich der Truppen wurden die nachgeschobenen Verpflegungsmittel in Feldmagazinen bereitgestellt, in die auch die im Lande geernteten Erzeugnisse mit Hilfe der Kolonnen eingeliefert wurden. Zahl, Lage und Größe der Magazine hatte sich einerseits nach den vorhandenen Nachschubeinrichtungen zu richten, andrerseits nach den Verbindungen zu den Truppenunterkünften und nach der Stärke der regelmäßig aus ihnen empfangenden Truppen. In jedem Divisionsabschnitt wurde im allgemeinen ein Magazin eingerichtet, daneben oft weiter zurückgelegen noch ein oder mehrere Magazine zur Verfügung der Gruppe für die Verpflegung durchziehender Truppen und nicht für bestimmte Verbände. Hier hatten alle Truppen bei dem nächstgelegenen Magazin zu empfangen. Magazine in der Nähe größerer Unterkunftsorte, von Truppenübungsplätzen, Ein- und Ausladebahnhöfen usw. mußten erheblich größer gemacht werden als andere; z. B. verausgabten an einem Tage vier Magazine eines Abschnitts:

Magazin	a:	32 000 Portionen,	9000 Rationen
"	b:	23 000 "	8000 "
"	c:	10 000 "	3500 "
"	d:	9 000 "	2000 "

Nur bei einheitlicher Leitung des Verpflegungsdienstes durch die bodenständigen Gruppenintendanten war es möglich, so verschiedenen Anforderungen durch Anlage und Ausstattung der Magazine Rechnung zu tragen. Wo noch den Divisionen darin Selbständigkeit gelassen war, zwangen die Verhältnisse schnell dazu, sie wirtschaftlich den Gruppen- (Abschnitts-) Kommandeuren und ihren Feldverwaltungsbehörden zu unterstellen.

Von den Feldmagazinen empfingen die Verpflegungsoffiziere mit den Verpflegungsfahrzeugen der Truppen, wenn nicht anschließend Förderbahnverbindung bis zur Truppe führte. Von den Intendanten war meistens für eine Woche ein Speisezettel aufgestellt, nach dem für 2 - 3 Tage empfangen wurde.

Vorwärts der Feldmagazine waren vielfach noch Truppenverpflegungsdepots mit einer 1 - 2tägigen

Reserve an dauerhaften Lebensmitteln niedergelegt, auf die auf besonderen Befehl zurückgegriffen werden sollte, wenn feindliches Feuer das Vorbringen von Verpflegung in die Stellungen nicht gestattete. Über ihren Wert waren die Urteile sehr geteilt. Sie konnten ihren Zweck nur dann erfüllen, wenn sie der in Stellung befindlichen Truppe so nahe waren, daß diese sie auch bei starkem Feuer erreichen konnte. Dann aber waren sie dem feindlichen Feuer ausgesetzt und wurden von ihm oft vernichtet. Viele nicht zu ersetzende Lebensmittel gingen so verloren, und der Zweck wurde nicht immer erreicht. Die Verpflegungsdepots über die Regiments- oder Bataillonsgefechtsstände hinaus vorzuschieben, war nicht zweckmäßig.

Auch gegen Beibehaltung der vollen Ausstattung mit eisernen Portionen richteten sich Stimmen aus der Front. Insbesondere erschienen die Gemüseportionen entbehrlich, weil sie im Gegensatz zu den Fleischkonserven nicht kalt zu verzehren waren. Im Dezember 1916 regte der Generalintendant allgemein an, die Gemüsekonserven zurückzuziehen, mußte aber im übrigen die Anordnung über Ausstattung mit eisernen Portionen und ihre Aufbewahrung je nach Lage den Armeekommandos überlassen. Im allgemeinen war die Truppe gegen das Beibehalten, weil ihr mit der verantwortlichen Aufbewahrung eine große Last erwuchs. Sie sah sich auch außerstande, große Verluste zu vermeiden, die ihr - nicht immer ohne Anrechnung auf die laufende Verpflegung - ersetzt wurden. Die Gruppenkommandos und Armee-Oberkommandos hingegen erblickten in dem Vorhandensein eiserner Portionen nach wie vor eine Sicherheit gegen Verpflegungsmangel in der vordersten Linie.

Bei der Truppe wurden die Feldküchen zur Schonung des wertvollen Materials schon früh außer Betrieb gesetzt und an ihrer Stelle ständige Küchen eingerichtet, die möglichst auch mit Brateinrichtungen versehen wurden. Außer in den Unterkunftsorten wurden solche Kücheneinrichtungen, wenn auch einfacherer Art, für die in Stellung befindlichen Truppen so weit vorgeschoben angelegt, als es nach den Umständen möglich war. Wie im Frieden oft zwei Bataillone in derselben Kaserne unter den gleichen Lebensbedingungen je nach Fürsorge ihrer Kommandeure, Küchenkommissionen (Verpflegungsoffiziere gab es ja nicht), Küchenunteroffiziere auffallend verschieden gut verpflegt waren, so war es auch im Felde. Im allgemeinen war aber überall richtig erkannt, daß durch Sorgfalt in der Ausgestaltung der Küchen und Kochstellen, Auswahl und Ausbildung der Köche und in der Zubereitung des Essens der Schwerpunkt für eine gute Beköstigung der Mannschaften lag. Es bestanden verschiedene Entwürfe für Musterküchen; Lehrgänge für Köche waren eingerichtet, die recht guten Erfolg hatten. Küchenkommissionen der Truppenteile, in denen Küchenteilnehmer vertreten waren, überwachten den Betrieb, und besondere Divisionsküchenkommissionen sorgten dafür, daß in allen Küchen die Vorschriften beachtet wurden, die im Interesse der Mannschaften erlassen waren, wie scharfe Kontrolle der Verteilung der Lebensmittel auf die einzelnen Kochstellen, Anschlag der Tagesportionssätze an allen Kochstellen, Reinlichkeit bei der Zubereitung des Essens, Sauberkeit der Küchenplätze usw.

Wie die Verbindung zwischen den Kochstellen zu den vorderen Linien herzustellen war, mußte sich nach der Lage richten. Wo es die Einwirkung des Feindes nötig machte, wurde von den Kochstellen aus das Essen in Speiseträgern verschiedenster Konstruktion und Getränketornistern - zum Teil mit Tragepferden und Eseln - soweit wie möglich an die Stellungen herangebracht und dort an bestimmten Punkten von den aus dem Graben zurückgesandten Trägertrupps in Empfang genommen. Brot, Wasserflaschen und sonstige feste Gegenstände wurden in Tragekörben, Zeltbahnen oder Säcken nach vorn geschafft. Wo die Kochstellen zu weit hinter den Stellungen liegen mußten, wurden die Speisen in den Feldküchen in der Dunkelheit möglichst nahe an die Stellungen herangebracht. In den Stellungen wurde das Essen mit Hartspiritus oder, wenn das möglich war, mit Holzkohlenfeuer angewärmt: die Industrie nahm sich der Herstellung von Kochern und Wärmeöfen verschiedener Modelle an.

Zur Versorgung der Truppen mit frischem Fleisch richtete ein Korps nach dem andern (Oktober bis

Anfang Dezember 1914) Schlächtereien ein. Nun war auch Bedarf an Fleischkraftwagen. Sie waren aber zu einem guten Teil bei der zweckwidrigen Verwendung während des Bewegungskrieges verbraucht[3] und konnten nicht ersetzt werden, da sich schon für noch wichtigere Zwecke Mangel an solchen Wagentypen geltend machte. Aus dem gleichen Grunde konnten auch nicht alle später aufgestellten Reservekorps mehr mit derartigen Fahrzeugen ausgestattet werden. Die vorhandenen bewährten sich aber, obgleich ihnen erhebliche Konstruktionsmängel anhafteten. Im Oktober 1915 wurden sie in die damals neugebildeten Korpskraftwagenkolonnen und Etappenkraftwagenstaffeln eingereiht und nur noch seltener zum Fleischtransport benutzt. Abgeschlossene Erfahrungen über die Verwendung von Fleischkraftwagen sind auf diese Weise nicht gesammelt. Eigens für den Zweck gebaute Wagen waren ja auch nie vorhanden gewesen.

Beim XV. Reservekorps, das 1914 in den Vogesen aus dem Schlachthause in Straßburg mit ausgeschlachtetem Fleisch versorgt wurde, und später bei der 12. Armee (Anfang 1916), wo fünf Divisionen unmittelbar aus einer Etappenschlächterei in Lida frisches Fleisch erhielten, und auch an einzelnen anderen Stellen wurden besonders zum Fleischtransport eingerichtete Eisenbahnwagen verwendet. Die Erfahrung zeigte, was auch durch spätere Versuche bestätigt wurde, daß diese Beförderungsart bei kühlem Wetter auf kurze Strecken, wo mit Verkehrsstockungen nicht gerechnet zu werden braucht, gut durchführbar ist, bei heißem Wetter aber, auch da ohne Kühlvorrichtungen, nicht zu empfehlen ist, insbesondere wenn das Fleisch von den Entladestationen noch mit Förderbahnen oder Truppenfahrzeugen der Truppe zugeführt werden muß. Ein allgemeiner Nachschub ausgeschlachteten Fleisches aus der Heimat auf der Eisenbahn, wie er zur Vermeidung von Gewichtsverlusten wiederholt vorgeschlagen ist, konnte ohne Kühlwagen nach den bei diesen Versuchen gemachten Erfahrungen nicht in Frage kommen.

Die Möglichkeit, das frische Fleisch auch bei warmem Wetter zur Truppe in einwandfreier Beschaffenheit bringen zu können, mußte bestimmend für die Zahl der anzulegenden Schlächtereien sein. An vielen Frontteilen wurden Divisionsschlächtereien eingerichtet, an anderen wurden mehrere Divisionen von Gruppen- (Korps-) Schlächtereien versorgt. So bestanden schon Ende 1916 beim Feldheere:

47	Schlächtereien	für	je	eine	Division
25	"	"	"	zwei	Divisionen
13	"	"	"	drei	"
5	"	"	"	vier	"
2	"	"	"	fünf	"

Im Mai 1917 wurde eine einheitliche Regelung in der Ausstattung mit Schlächtereiabteilungen dahin getroffen, daß jede Division eine solche erhielt. Nach Bedarf konnten mehrere zu Gruppen- (Korps-) Schlächtereien zusammengefaßt werden.

Die Schlächtereien, die von Veterinäroffizieren beaufsichtigt wurden, wurden allmählich mit allen Einrichtungen einer modernen Großschlächterei versehen. Vorhandene Schlachthäuser wurden ausgenutzt, andere geeignete Räume dazu eingerichtet und viele Schlächtereien waren als Musterbetriebe sehenswert. Ganz besondere Sorgfalt wurde auf Verarbeitung der Innereien und sonstigen als Fleisch nicht zur Ausgabe gelangenden Fleischteile, sowie des Blutes (auch von Rindern) zu Wurst in besonderen Wurstküchen gelegt. Tagesleistungen von 200 Schweinen oder 50 Stück Großvieh sowie 150 kg Wurst bildeten die Regel, wurden in Gruppen- (Korps-) Schlächtereien aber noch übertroffen. Die Häute, Knochen, Abfälle usw. wurden gesammelt und in Sammel-transporten regelmäßig den Verwertungsstellen im besetzten Gebiet und in der Heimat zugeführt, sofern nicht in der Nähe der Schlächtereien Verwertungsanlagen, z. B. Fettgewinnungsanstalten, waren. In voller Würdigung der heimischen Notlage wurde mit größtem Nachdruck auf die restlose Erfassung aller anfallenden irgendwie verwertbaren Teile hingewirkt, die anfangs verlorengegangen waren.

An Stelle der fahrbaren Feldbacköfen wurden bald steinere Backöfen errichtet, wo nicht Ortsbäckereien für Truppenzwecke verwendet werden konnten. Sie wurden nach Möglichkeit mit den Feldmagazinen zusammengelegt, um den Lebensmittelempfang der Truppen zu vereinfachen. Die Etappe war in der Lage, in ihrem Bereich an Orten mit guter Frontverbindung größere Bäckereien einzurichten, die Aushilfen an die Front senden konnten, so daß es nicht schwer war, an allen Frontabschnitten die Brotbackung auch für Verstärkungen sicherzustellen.

In den einzelnen Abschnitten bildeten sich allmählich feste Verpflegungseinrichtungen, die allerdings nicht nach einheitlichem Muster angelegt sein konnten, sich vielmehr der Eigenart des Abschnitts, vor allem der Art der rückwärtigen Verbindungen und Verkehrsmöglichkeiten, dem Vorhandensein von Gebäuden usw. anpassen mußten. Auch die für die einzelnen Abschnitte gegebenen Verpflegungsanordnungen waren nicht einheitlich; den Armee-Oberkommandos war für viele Bestimmungen Spielraum gelassen. Eine in einem Abschnitt neu eingesetzte Division mußte daher in die Besonderheiten dieses Abschnitts eingewiesen werden. Wie beim Aufmarsch war es nötig, daß der Intendant mit dem entsprechenden Personal vor der Division eintraf, um sich zu unterrichten und die Übernahme aller Bestände und bodenständigen Einrichtungen vorzubereiten. In vielen Abschnitten hatte sich die Führung von Übergabelisten nach bestimmtem Muster eingebürgert, in der alle örtlichen Einrichtungen enthalten waren, alle Verpflegungsbestände, die für den Abschnitt geltenden Verpflegungsbestimmungen usw. Anordnungen für die gleichartige Führung dieser Listen nach Art der Mobilmachungsvorarbeiten wären vielleicht von Nutzen gewesen. Der Divisionsintendant der ablösenden Division mußte möglichst bald durch Besprechung mit den Verpflegungsoffizieren diese in die neuen Verpflegungsverhältnisse einweihen. Nur durch wohldurchdachte Leitung des Verpflegungsdienstes ließen sich die vielfachen Reibungen und Unbequemlichkeiten während der Ablösungszeit abschwächen.

Stellungskrieg (Großkampf).

Der Stellungskrieg hat schnell eine gewisse Stetigkeit in den Verpflegungsdienst gebracht. Seine Einrichtungen waren unter dem leitenden Gesichtspunkt ausgebaut, daß die Truppe stillstand und eine feste Stellung behauptete. Sie genügten zunächst auch für die Verpflegung während größerer Kampfhandlungen. Die Nachschubeinrichtungen konnten anfangs vorübergehenden Verstärkungen einzelner Frontabschnitte Rechnung tragen; auf den rückwärtigen Verbindungen lagen sofort greifbar Reservebestände. Und wenn auch hier und dort während lebhafterer Gefechtstätigkeit die Verpflegungslage auf kurze Zeit kritisch wurde, so verbürgte das Nachschubsystem eine gesicherte Verpflegung, solange die heimische Quelle den Zustrom hinreichend speiste und dieser glatt lief.

Als die Großkampfhandlungen immer größere Truppenmassen auf engstem Raum versammelten, wurden besondere Maßnahmen zur Vorbereitung größerer Operationen, namentlich für die Abwehrschlachten, notwendig. Dabei mußte darauf gerücksichtigt werden, daß kurz vor dem mutmaßlichen Beginn des Kampfes und sogleich danach große Truppenmassen - darunter viel Artillerie mit zahlreichen, große Futtermengen beanspruchenden schweren Pferden - an der Kampffront zusammengezogen wurden.

In der Frühjahrsschlacht bei Arras, 2. April bis 20. Mai 1917, zu der die Vorbereitungen seit Mitte Januar im Gange waren, ergab sich z. B. bei der 6. Armee folgendes An- und Abschwellen der Verpflegungsstärken, das ein charakteristisches Bild gibt:

1. 3. 17	378 000 Portionen,	98 000 Rationen
21. 3. 17	392 000 "	110 000 "
1. 4. 17	479 000 "	129 000 "
11. 4. 17[4]	591 000 "	157 000 "

21. 4. 17	712 000	"	200 000	"
1. 5. 17	710 000	"	221 000	"
21. 5. 17	710 000	"	215 000	"
1. 6. 17	627 000	"	191 000	"
21. 6. 17	487 000	"	143 000	"

Oft überstiegen die eingesetzten Truppenmassen die als vermutlich notwendig angenommenen Stärken erheblich. Bei der 4. Armee war für die Abwehrschlacht im Herbst 1917 auf 400 000 Mann und 100 000 Pferde gerechnet, für sie war Verpflegung auf 12 Tage bereitgestellt. Tatsächlich erreichte die Armee fast die doppelte Stärke.

Die Armeeintendanten mußten deshalb anstreben, wenigstens für die ihnen vom Armee-Oberkommando als voraussichtlich zu erwartende bezeichnete Verpflegungsstärke Verpflegung im Armeegebiet für einige Zeit bereitzustellen. Bei ausreichendem und glatt laufendem Nachschub keine sonderlich große Aufgabe, unter den 1917/18 obwaltenden Umständen aber nur bei angespanntester Rührigkeit des Etappenintendanten einigermaßen befriedigend zu erreichen!

Die heimische Verpflegungslage gestattete nicht mehr, beim Feldheer größere Reserven anzusammeln. Allein die Bestände für die laufende Verpflegung so groß zu erhalten, daß diese auch bei vorübergehender Stockung des Nachschubs gesichert war, machte große Schwierigkeiten. Der Generalintendant konnte daher dem Antrage der Armeeintendanten, schon während der Vorbereitungszeit die Leistungsfähigkeit der Proviantdepots durch Zuteilung von Hilfsproviantdepots oder Ersatzmagazinen zu verstärken, nicht entsprechen, da sie in diesem Zeitabschnitt noch gebraucht wurden, um die später zur Verstärkung eingesetzten Truppen an dem jetzigen Verwendungsort zu verpflegen. Auch beschränkten sich die Vorbereitungen zur Abwehr feindlicher Großangriffe meistens nicht auf eine Armee.

Später aber konnte das Versäumte nicht mehr nachgeholt werden; denn gleichzeitig mit dem schnellen Anschwellen der Verpflegungsstärken trat für den Verpflegungsnachschub eine Stockung ein, weil die Transportmittel (Eisenbahn, Feldbahn, Kraftwagen und Pferdekolonnen) dem Truppen-, Munitions- und Kampfgerätetransport dienen mußten. Auf der Eisenbahn machte sich diese Stockung bis weit in das Hinterland geltend, wo die Linienkommandanturen, um Bahnverstopfungen zu verhüten, den liefernden Stellen nur dann Wagen stellten, wenn der Zulauf bis zur Front frei war.

Nicht Mangel an Voraussicht trug die Schuld daran, daß nicht überall ausreichende Verpflegungsreserven rechtzeitig bei den Armeen bereitgestellt wurden, sondern allein der Mangel an Verpflegungsmitteln in der Heimat, der auch dort das Ansammeln von jederzeit verfügbaren Beständen verbot. Wären sie vorhanden gewesen, so hätten Augenblicke, in denen die Eisenbahntransportlage günstig war, ausgenutzt werden können, um größere Mengen an Verpflegung zur Front zu schaffen. Für 1918 hatte der Generalintendant auf Grund der ungünstigen Erfahrungen des Jahres 1917 es für unerläßlich bezeichnet, die Frontreserven auf einen Vorrat für 30 Tage zu erhöhen und in das Generalgouvernement Belgien eine Haferreserve von 60 000 t zu schaffen. Zur Durchführung ist das nie gekommen, und die Schwierigkeiten waren 1918 noch größer als 1917.

Die Landeserzeugnisse sollten an Ort und Stelle eine Reserve bilden; sie mußten aber frühzeitig zur laufenden Versorgung herangezogen werden und waren beim Beginn der Großkämpfe im Frühjahr verzehrt. Auch die Bildung einer Rauhfutterreserve für den Generalintendanten aus der Ernte des besetzten Gebiets mißlang, weil der rechtzeitige und ausreichende Nachschub für die laufende Versorgung aus der Heimat ausblieb.

Der Mangel an Reserven machte sich noch dadurch fühlbarer, daß die eintreffenden Divisionen oft - entgegen der Vorschrift - ohne Verpflegung ankamen. Zum Teil waren die Bestimmungen in Vergessenheit geraten, zum Teil war es den schnell herangeschafften Divisionen nicht mehr möglich gewesen, sich vor dem Abtransport entsprechend auszustatten, oder die mitgenommene Verpflegung war auf dem Anmarsch verzehrt.

Im Armeegebiet erstreckten sich die Vorbereitungen zunächst auf Erkundung der Erweiterungsmöglichkeiten der Magazinanlagen, Ausdehnung der vorhandenen, Schaffung neuer Anlagen zur Versorgung der im rückwärtigen Teil des Armeegebiets bereitzustellenden Truppen, Niederlegung von Zeltmaterial, um die Einrichtung neuer Ausgabestellen zu erleichtern, Sicherung der Verbindung zu den Magazinen und von dort zu den Truppen. Dabei war zu beachten, daß die Feldbahnen, die Verpflegung zu den Truppen brachten, sobald ein Kampf begann, fast ausschließlich zur Munitionsbeförderung in Anspruch genommen wurden. Es war festzustellen, ob die üblichen Ausladestellen auch vermehrten Anforderungen gewachsen waren, oder ob die Entladungen der Verpflegungszüge auf anderen Bahnhöfen vorzunehmen, und wie dann die Verpflegung in die Magazine zu schaffen seien. In der Arrasschlacht zeigte sich z. B. plötzlich, daß der Bahnhof Douai, von dem aus drei Magazine versorgt wurden, den vermehrten Anforderungen nicht gewachsen war. Schnell verstopfte er sich mit beladenen Wagen, die nicht mehr zur Entladung zu bringen waren. Das aus dem Armeegebiet gesammelte und für die in Stellung befindlichen Divisionen bestimmte Rauhfutter mußte auf zerstreut liegenden Bahnhöfen abgestellt werden bis zurück nach dem für die Gruppe ganz abgelegenen Tournai. So standen 90 Waggons Rauhfutter herum, und die Truppen litten unter empfindlichem Mangel.

Für Bäckereien und Schlächtereien wurde Hilfspersonal ausgebildet; bei den Bäckereien, die entsprechend den voraussichtlichen Anforderungen durch Erbauung steinerner Öfen vergrößert wurden, wurde eine größere Reserve an Bäckereiholz angesammelt. Für die Verbindung zu den vordersten Linien mußten Trageeinrichtungen in genügender Zahl bereit gehalten werden. Die Vorbringungsmöglichkeiten mußten genau erkundet werden, soweit nicht schon wegen feindlichen Feuers eine Versorgung durch Träger stattfand. Inwieweit es gelang, diese Verbindung gut vorzubereiten und auch im Feuer aufrechtzuerhalten, war bestimmend für die Möglichkeit, die Truppe mit warmem Essen und frischem Trinkwasser regelmäßig zu versorgen. In diesem Dienste (der von Unzuverlässigen leicht mißbraucht werden konnte, die Fürsorgebestrebungen allzu weit nach hinten auszudehnen) sind Heldentaten verrichtet, die den gefährlichsten Patrouillengängen nicht nachstehen.

Ob die Verbindung aber auch bei starkem Feuer bestehen bleiben konnte, war nicht vorauszusehen; deshalb war es nötig, die in vorderster Stellung einzusetzenden Mannschaften mit mehreren Portionen an solchen Gegenständen auszustatten, die nötigenfalls auch kalt verzehrt werden konnten, wenn selbst Hartspirituskocher nicht zu benutzen waren: also mit Brot, Fleischkonserven, Wurstkonserven statt Fett, Dauerwurst, zwei Feldflaschen mit Kaffee und Tee, dazu Branntwein, Tabak und bei warmem Wetter Mineralwasser, mitzunehmen in zwei zusammengebundenen, über die Schulter hängenden Sandsäcken.

Über den Wert von vorgeschobenen Verpflegungsdepots ist schon gesprochen. Trotz der immer wiederkehrenden Erfahrung, daß sie beim Einsetzen starker Beschießung oft bald eingedeckt waren, ist für bestimmt vorauszusehende Großkämpfe nicht auf sie verzichtet worden. Vielfach aber sind sie bis zu den Regimentspionierparks zurückgezogen. Bei ihnen wurde auch Wein niedergelegt.

Die Bereithaltung von reichlich Kaffee und Tee in Erfrischungsstellen an den rückwärtigen Verbindungen außerhalb des Feuerbereichs hat sich sehr bewährt. Sie gaben die Möglichkeit, allen aus vorderster Stellung Zurückkehrenden möglichst schnell eine belebende Erfrischung zu bieten.

Auch die Notwendigkeit, die Front zurückzunehmen, mußte vorsorgend ins Auge gefaßt werden. Schon deswegen durften die Verpflegungsreserven nicht zu weit nach vorn gelagert werden, abgesehen davon, daß von rückwärts her ein Ausgleich zwischen den Magazinen am leichtesten durchzuführen war. Für solche Fälle kamen die Magazine in Betracht, die zur Versorgung der hinter der Front bereitgestellten Truppen angelegt waren. Daß bei Rückschlägen wichtige Verpflegungungseinrichtungen verlorengingen, war nicht zu vermeiden; denn in erster Linie mußten sie so angelegt sein, daß sie ein Aushalten in der Stellung ermöglichten. Es galt aber, hinten Vorkehrungen zu treffen, die die Truppen solche Verluste nicht empfinden ließen.

Die Vorbereitungen für eigene Großangriffe waren ähnlich. Auch hier erwuchs die Aufgabe, plötzlich an einer Stelle zusammengezogene große Truppenmassen zu verpflegen. Hier trat aber erschwerend hinzu, daß das Gelingen der Unternehmung zu einem guten Teil von der Geheimhaltung abhängig war. Die Notwendigkeit der Geheimhaltung zwang dazu, nur einen ganz kleinen Kreis von Personen in die Absichten der Obersten Heeresleitung einzuweihen und führte dazu, daß die Armee-Oberkommandos auch die Armeeintendanten nicht immer hinreichend aufklärten. Das mußte alle Vorbereitungen ganz besonders erschweren. Gerade in den Verpflegungsvorbereitungen lag allerdings eine große Gefahr des vorzeitigen Bekanntwerdens; denn sie ließen sich nicht treffen, ohne daß heimische Stellen aus vermehrten Anforderungen Schlüsse ziehen konnten. Und leider war ja in der Heimat selbst in Kreisen, von denen man Einsicht hätte erwarten können, wenig Verständnis für die Bedeutung der Geheimhaltung. Wichtigtuerei hat da die einfachsten Regeln der Vernunft vergessen lassen. Zu Scheinvorbereitungen reichten die Verpflegungsvorräte nicht.

Die weiteren Vorbereitungen mußten darauf Rücksicht nehmen, daß beim Gelingen der Angriffsbewegung Verpflegung über die bisherigen Stellungen hinaus nach vorn zu schaffen war und das während des Stellungskrieges starr gewordene Versorgungssystem plötzlich wieder beweglich gemacht werden mußte. Die Verpflegungsvorräte durften deshalb nicht allzusehr auf dem Frontabschnitt verzettelt werden, sondern mußten möglichst in der Nähe der voraussichtlichen Vormarschwege bereitgestellt werden, auf denen versucht werden mußte, den Nachschub möglichst bald in Gang zu bringen und neu zu gliedern.

Da es dabei aber meistens einen vom Kampf durchwühlten unwegsamen Geländeabschnitt zu überwinden galt, dauerte es geraume Zeit, bis ein Vorbringen des Nachschubs gelang; dann aber ging Munition allem anderen vor. In solchem Umfange, wie für das Einrücken in die vorderste Verteidigungslinie bei der Abwehrschlacht, konnten die für lebhafte Angriffsbewegungen bestimmten Truppen nicht mit tragbarer Verpflegung ausgestattet werden. So war es nicht zu vermeiden, daß die Truppe auf die mitgenommenen eisernen Portionen angewiesen blieb, wenn es ihr nicht gelang, Beute zu machen.

Die Versorgung aus erbeuteten feindlichen Heeresbeständen konnte nur dann ordnungsmäßig verlaufen, wenn die Truppe hervorragend gut diszipliniert war. Es setzt ein ungewöhnlich hohes Maß von Selbstbescheidung voraus, wenn eine Truppe, die längere Zeit nur eben auskömmlich verpflegt, vom Verpflegungsnachschub zunächst abgeschnitten, reichlichen Verpflegungsvorräten gegenüber warten soll, bis ihr die Portionen zugeteilt werden. Kein Wunder, wenn sie in einem solchen Augenblicke allein an sich dachte und das Gefundene unwirtschaftlich verwendete. Wenn während der Großangriffe 1918 die Truppe sich bei der Selbstversorgung länger aufhielt, als es die taktische Lage erlaubte, so machten sich neben den Folgen der langen Entbehrungen die Wirkungen der planmäßigen Untergrabung der Disziplin geltend. Sie hätten sich hier wahrscheinlich auch dann gezeigt, wenn die Truppe Gewißheit gehabt hätte, von rückwärts versorgt zu werden.

Rückzug.

Bei Rückwärtsbewegungen ging im allgemeinen die Truppe auf die rückwärts bereitgestellten Verpflegungsvorräte zurück. Es kam darauf an, an der Rückmarschstraße Verpflegung so niederzulegen, daß die Truppen sie mit ihren Verpflegungsfahrzeugen erreichen konnten, ohne daß die Straße von den Verpflegungskolonnen verstopft wurde. Diese mußten rechtzeitig abgeschoben werden, insbesondere dann, wenn die Straßen schlecht waren und damit die Gefahr wuchs, daß steckenbleibende Kolonnen sie sperren konnten.

Besondere Schwierigkeiten mußten entstehen, wenn die Truppe nicht auf die ursprüngliche Verpflegungsbasis, sondern in anderer Richtung zurückging, wie z. B. das Landwehrkorps Woyrsch im Verbande des österreichischen Heeres von Tarnowka im September 1914. Ohne eigene Etappe war es auf die Versorgung durch die Österreicher angewiesen, deren Rückzug es zu decken hatte. Als Nachhut konnte es keine Verbindung mit den Kolonnen halten, die frühzeitig hatten weit nach rückwärts abgeschoben werden müssen, damit sie in dem Wald- und Rumpfgebiet des Tanew nicht hinderlich wurden. Es mußte sich mit dem begnügen, was in den österreichischen Magazinen übriggeblieben war. Seine Feldbäckereikolonnen hatten überdies ohne Befehl den Betrieb eingestellt und waren in falscher Richtung abmarschiert. So wäre es in die schlimmste Lage gekommen, wenn der Rückmarsch länger gedauert hätte und nicht ausreichend Landesvorräte greifbar gewesen wären.

Landesvorräte haben auch den Rückzug der 9. Armee in Polen Ende Oktober 1914 erleichtert, der im übrigen nicht unvorbereitet kam. Auch hier handelte es sich nur um einen Rückzug von 100 - 150 km.

Die wiederholt vorgekommenen Zurücknehmen von Frontabschnitten waren meistens gut vorbereitet, brachten wohl Verluste an Verpflegungsbeständen, Störungen des Verpflegungsnachschubs aber nur dann, wenn der unerwartete Rückzug über die Entladebahnhöfe hinausging und der Betrieb auf den Zubringelinien neu geregelt werden mußte.

Das Ende des Krieges ließ das Heer dann einen Rückzug erleben, wie ihn die Kriegsgeschichte noch nicht zu verzeichnen hatte. Die aus dem Osten und Südosten zurückmarschierenden Truppen mußten in der Hauptsache auf vorhandene Bestände angewiesen werden. Nachschub wurde nur noch in geringem Umfange herangezogen, und die Regelung der Verpflegung im einzelnen nach den oben dargelegten Grundsätzen mußte den Intendanten, vielfach auch den einzelnen Formationen überlassen bleiben. Die Verhältnisse waren außerordentlich verschieden und gestatteten keine einheitliche Organisation.

Anders im Westen!

Am 8. August 1918 hatten mit einem erfolgreichen Angriff der Engländer auf den Abschnitt Albert - Moreuil die schweren Kämpfe begonnen, die schließlich zu dem tragischen Ende führten. Bis Anfang September, wo die 17., 2., 18., 9. und 7. Armee in der Siegfriedstellung angekommen waren und die 4. und 6. Armee den Lysbogen geräumt hatten, waren im allgemeinen nur Geländeteile verlorengegangen, die erst im Frühjahr 1918 besetzt waren. Die Bedeutung dieses Verlustes für die Versorgung mit Verpflegung war nicht erheblich, wenn auch ein Teil der Feldmagazine und gewisse Erntevorräte mit verlorengingen. Die neue Stellung war für den Verpflegungsnachschub günstiger.

Empfindliche und unersetzliche Verluste brachte das Zurückgehen in die mitten durch das alte Etappengebiet gehende Hermann - Hunding - Brunhild-Stellung, die bis Mitte Oktober erreicht wurde, ohne daß genügend Zeit vorhanden gewesen war, die westlich der Stellung magazinierten Bestände, vornehmlich auch die aus der Landesernte stammenden, zu bergen. Allein das Landesvieh

hatte in größerer Menge zurückgetrieben werden können. Seit Anfang Oktober diente es zur Versorgung der Armeen, denen mit Rücksicht auf den als unvermeidlich erkannten Rückzug Vieh nicht mehr nachgeschoben wurde.

Auch der sonstige Verpflegungsnachschub war schon seit dieser Zeit auf das äußerste beschränkt. Die Eisenbahntransportlage war auf das höchste gespannt. Um die verstopften Bahnen frei zu bekommen, war eine großzügige Räumungsbewegung eingeleitet, bei der alle rückwärtsstehenden Züge, auch die Verpflegungszüge, in die Heimat in bestimmte Entladebezirke zurückgeführt wurden. Die schnelle Abwicklung dieser Maßnahme war Vorbedingung für die Rückführung der in den zu räumenden Gebieten befindlichen wertvollen Bestände. Sie wurde durch jeden vorzuführenden Nachschubzug verzögert; äußerste Beschränkung (auch des Verpflegungsnachschubs) war daher geboten.

Als Ziel der Rückwärtsbewegung war die Antwerpen-Maas- (A.-M.-) -Stellung ins Auge gefaßt. Darauf mußte sich die Organisation der Versorgung mit Verpflegung in diesem Zeitabschnitt gründen. Sie wurde am 26. Oktober im Großen Hauptquartier mit den Armeeintendanten eingehend besprochen. Weitgehende Ausnutzung der Landeserzeugnisse war geboten, Beschränkungen waren allein durch die Rücksicht auf die Ernährung der Bevölkerung gegeben; insbesondere waren ihr die Bestände der neutralen Ernährungskommission[5] zu belassen, auch wenn sie dem nachdrängenden Feinde in die Hände fielen. Die im Interesse dieses Ernährungswerks gegebenen Zusagen über Nichtinanspruchnahme der Landeserzeugnisse des Generalgouvernements in Belgien waren auch weiterhin zu beachten. Das war eine außerordentliche Erschwerung, da immer weitere Teile des Generalgouvernements den Armeen als Etappengebiet überwiesen werden mußten. Die Oberste Heeresleitung hat aber trotzdem stets streng auf Innehaltung der Zusage verwiesen. So blieb nur noch ein immer schmaler werdender Streifen nutzbaren Etappengebiets übrig.

Die Umzugsbewegung, die unentbehrliche Bestände aus den alten Stellungen hinter die A.-M.-Stellung bringen sollte, konnte erst nach Abschluß der Räumung der verstopften Strecken beginnen, die nicht vor dem 26./27. Oktober zu beendigen war. Für Verpflegung kam der Umzug dann nur noch in geringem Maße in Betracht. Auf dem Wasserwege waren entbehrliche Verpflegungsbestände auf der Maas in Richtung Lüttich abgeschoben, wo sich bald eine stattliche Flotte ansammelte. Ende Oktober wurde eine besondere Dienststelle (Oberst) eingerichtet, die die Entladungen bei Namur, Huy und Lüttich regeln sollte. Der Generalintendant sperrte alle zu entladenen Verpflegungsvorräte zu seiner Verfügung, um sich so eine Reserve zu schaffen. Zur Ausführung ist das nicht mehr gekommen.

Bei dieser äußerst gespannten Verpflegungslage erklärten die Armeeintendanten, ohne einen gewissen dauernden Nachschub nicht auskommen zu können. Sie mußten aber unter dem Druck der Transportlage, die ganz besonders schlecht bei der 17., 2., 18. und 7. Armee war, ihre Anforderungen erheblich vermindern. Es galt, alle greifbaren Vorräte zusammenzuraffen, um die Armeen bis zur Besetzung der A.-M.-Stellung zu verpflegen.

Indessen gingen immer mehr für die Verpflegung wertvolle Gebiete verloren. Ohne ausreichenden Nachschub waren die Armeen des rechten Flügels nicht mehr zu verpflegen. Am 8. November erging an die Heeresgruppen eine Anordnung des Generalquartiermeisters, daß in den nächsten acht Tagen alle Anforderungen auf Nachschubzüge aller Art einschließlich Munitionszüge zurückzutreten hätten gegenüber dem Verpflegungsnachschub. Um dem Verpflegungsnachschub diesen Vorrang bis in die vordersten Linien zu sichern, wurden die Oberquartiermeister persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß der Verpflegungsnachschub "funktioniert und an die richtigen Stellen geleitet wird".

Zu spät! Daheim waren die Männer, die in einem Umsturz die Rettung des Vaterlandes sahen, beim

Ernten der Früchte ihrer seit langem ungestört gestreuten Saat. An den rückwärtigen Verbindungen hatte sich die dem Feldheere Verderben bringende Schlingpflanze entlanggerankt, in der Etappe hatten sich ihre Ranken ausgebreitet. Der Nachschub stockte. Das Heer war an seiner empfindlichsten Stelle getroffen. Was brave Landsturmmänner in treuem Nachtdienst über vier Jahre hindurch verhindert hatten, war nun doch eingetreten. Von anderer Seite, als sie ihn erwartet hatten, war der Feind gekommen - die Lebensader des Heeres war abgeschnürt!

So sah die Verpflegungslage aus, als am 9. November das deutsche Heer seinen Obersten Kriegsherrn verlor! Sie hatte sich noch nicht geändert, als am 11. November 11 Uhr 55 Min. vormittags Waffenruhe eintrat. Die Waffen ruhten; die schmählichen Waffenstillstandsbedingungen hatten aber für den Rückzug eine Eile vorgeschrieben, die kein mit Waffen nachdrängender Feind je erreicht hätte. Für den Verpflegungsdienst ergaben sich namentlich auf dem Nordflügel des Heeres unendlich schwierige Verhältnisse.

Es wurde alles darangesetzt, den Nachschub wieder in Gang zu setzen. Bei dem Rückmarsch waren, als der Raum enger wurde, Armeen ausgeschieden; die Proviantdepots mußten neu verteilt werden; die von den Armeen angeforderten Verpflegungszüge wurden in ihre Rückmarschstreifen gefahren und hier von den Beauftragten des Feldeisenbahnchefs an die Entladebahnhöfe geleitet, die nach dem Stande des Rückmarsches und der Verpflegungslage am günstigsten waren. Ein Teil der Proviantdepots (im Innern des Reichs und im Osten) hatte der Generalintendant zu seiner Verfügung belassen. Hier wurden Verpflegungszüge mit 80 000 vollen Portionen, Rest Hartfutter, in Breslau, Stettin und Posen in erster Linie Rauhfutterzüge beladen, durch die Linienkommandanturen nach Westen vorgeführt und im Anrollen vom Generalintendanten im Einvernehmen mit dem Feldeisenbahnchef nach Bedarf auf die Armeen verteilt.

Die Beladung und Ablassung von Verpflegungszügen begegnete noch immer Schwierigkeiten. So gute Dienste verständige Soldaten- und Arbeiterräte hierbei ganz besonders auch im Schutz gegen Diebstahl leisteten, so verderblich und gefahrbringend war das Wirken Unverständiger oder feindlich Gesonnener, die die Bestände des Proviantdepots für die Bevölkerung der Gemeinde beschlagnahmten und das Abfahren der Verpflegungszüge verhinderten, wie z. B. in Metz und Strasburg i. E. In Bonn brach ein vorausgesandtes, mit klingendem Spiel einrückendes Bataillon den Widerstand schon durch sein Erscheinen. Eine große Gefahr für die Versorgung bildeten die vor dem Heere vorauseilenden Horden der "von unbezähmbarem Heimweh Befallenen". Sie benutzten die abgestellten Verpflegungszüge als willkommene Versorgungsquellen auf ihrem auf eigene Faust unternommenen beschleunigten Rückmarsch, sie oft in sinnloser Art plündernd.

Der Drang nach der Heimat, der namentlich die um ihre Zukunft vielleicht mit Recht besorgten Leute vom linken Rheinufer ergriff, wirkte ganz besonders störend auf den Backbetrieb. Es bedurfte sehr gewandten und energischen Handelns der Intendanten und Kolonnenkommandeure, die Bäckereien noch betriebsfähig zu erhalten. Ihre Fortbewegung, die ja in großen Sprüngen dem schnellen Marsche der Truppe folgen mußte, geschah zum Teil durch Kraftwagenkolonnen, die die Öfen schleppten und zugleich Personal und Material beförderten, zum Teil auch mit der Bahn dergestalt, daß die Leerzüge an den Betriebsorten zur Weiterbeförderung verblieben. In Köln waren große Bäckereien mit Zivilbäckereien vom Etappenintendanten der 17. Armee in Betrieb gesetzt, die längere Zeit die 6. und 17. Armee versorgten.

Bei einzelnen Armeen marschierte zunächst noch Vieh, aus dem zurückgetriebenen Landesvieh entnommen, mit und deckte den Fleischbedarf der Truppen. Allmählich mußte es aber zurückgelassen werden, da es die Märsche nicht mehr leisten konnte. Schon im Gebirge auf dem linken Rheinufer trafen wieder die ersten Viehzüge aus der Heimat ein.

Am Rhein standen die Restbestände der dort gelegenen Proviantdepots zur unmittelbaren

Versorgung der Armeen zur Verfügung, in deren Rückmarschstreifen sie lagen.

Mit dem 25. November stellten sie ihren Betrieb als Proviantdepots ein. Den Armeen wurden zur Nachschubversorgung die weiter im Innern gelegenen Proviantdepots Hamburg, Osnabrück, Hannover, Kassel, Stettin, Magdeburg, Frankfurt a. O., Dresden, Erfurt überwiesen. Das Einarbeiten mit neuen Proviantdepots, von denen ein Teil (Hamburg, Kassel, Erfurt) bisher nur Ersatzmagazin gewesen war, war für die Etappenintendanten recht störend, ließ sich aber nicht vermeiden. Querverschiebungen von Verpflegung auf dem linken Rheinufer begegneten besonderen Schwierigkeiten; der Versuch, die reichen Bestände der Armeekonservenfabrik Mainz auf die Rheinbrücken zu verteilen, um sie hier an die Truppen auszugeben, mißlang.

Auf dem rechten Rheinufer blieben Truppen zum Teil mehrere Tage in der Unterkunft liegen, um auf die Verladung zu warten. Es war deshalb versucht worden, für sie die Möglichkeit der Quartierverpflegung dadurch zu geben, daß diese Bezirke rechtzeitig durch die heimischen Ernährungsbehörden in größerem Maße mit Verpflegung versorgt wurden. Das wurde abgelehnt; trotzdem ist in reicheren Gegenden hier und da Quartierverpflegung gegeben worden. Im großen ist aber die Versorgung durch Nachschub aus den Proviantdepots beibehalten worden; sie bedurfte umsichtiger Regelung, da die Armeen sich immer mehr an der Rückmarschstraße dadurch auseinanderzogen, daß Teile zum Verladen zurückblieben, andere im Fußmarsch vorwärtseilten. Wenn jetzt auch nicht mehr die in den Waffenstillstandsbedingungen gesetzten Termine drängten, so trieb doch das bevorstehende Weihnachtsfest, das die Truppe gern daheim verleben wollte, zu erstaunlichen Marschleistungen.

Wie Deutschlands ruhmreiches Millionenheer allmählich zu einem Nichts zusammenbröckelte, so verschwanden auch die Verpflegungseinrichtungen nach und nach. Als "Abwicklungsstellen" fristeten sie noch irgendwo kurze Zeit ihr Dasein, um dann von der Weltbühne unbeachtet abzutreten.

Verpflegungsmaßnahmen für besondere Verhältnisse.

Die Verpflegungseinrichtungen hatten auch für die auf abgelegenen Kriegsschauplätzen kämpfenden Heeresteile genügt; auch ihr Nachschub war im Rahmen der allgemeinen Nachschuborganisation erledigt. Allein die deutschen Formationen auf den türkischen Kriegsschauplätzen wurden unmittelbar vom Preußischen Kriegsministerium durch die stellvertretende Intendantur des Gardekorps aus dem Ersatzmagazin Berlin-Tempelhof versorgt. Obgleich manche unwirtschaftlichen Transporte entstanden, wurde daran festgehalten, weil alle nach der Türkei gehenden Formationen von Berlin aus ausreisten und hier auch mit Verpflegung (meistens auf drei Monate) versehen wurden. Die zur Versorgung hauptsächlich in Betracht kommenden Verpflegungsmittel (Eierzwieback, Mehl, Fleisch- und Gemüsekonserven, Reis, Erbsen, Bohnen, Graupen, Kaffee, Tee, Zucker, Wein, Arrak, Rum, Tabakfabrikate) waren deshalb hier entsprechend verpackt niedergelegt. Mehl, Gerstenkaffee und Tabakfabrikate wurden vom Juni 1917 an von der Militärverwaltung Rumänien geliefert.

Der Nachschub ging an die deutsche Militärmission in Konstantinopel und wurde von hier aus den einzelnen Unternehmungen zugeleitet. Wenn die deutschen Heeresangehörigen auf den türkischen Kriegsschauplätzen oft empfindlichen Mangel an Verpflegung haben leiden müssen, so lag das in erster Linie an den ungewöhnlich schwierigen Nachschubverhältnissen von Konstantinopel ab. Es bedurfte ganz außergewöhnlicher Anstrengungen aller am Nachschub arbeitenden Organe, um überhaupt einen Verpflegungsnachschub zu ermöglichen.

Die Versorgung der im April 1918 nach Finnland zur Unterstützung der finnischen Regierung im

Kampfe gegen die Bolschewiki entsandten "Ostseedivision" hat sich mit Hilfe der bestehenden Verpflegungseinrichtungen glatt durchführen lassen, obgleich infolge der trostlosen Ernährungslage Finnlands die gesamte Verpflegung (einschließlich Schlachtvieh und Rauhfutter) nachgeschoben werden mußte. Der Division wurde beim Abtransport aus Danzig vom dortigen Ersatzmagazin Verpflegung für 60 Tage mitgegeben. Für den weiteren Nachschub war eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Neufahrwasser und Helsingfors eingerichtet.

Die Division selbst war mit einer Proviantkolonne und einer Feldbäckereikolonne ausgerüstet, mit Hilfe deren sie, sich auf Helsingfors als Etappenhauptort stützend, die Versorgung der Truppen während der Operationen bewirken konnte. Weiter in das Innere entsandte Expeditionen wurden für die voraussichtliche Dauer der Unternehmungen mit Verpflegung ausgestattet. - Nach Abschluß der Operationen wurden mehrere aus Helsingfors regelmäßig gefüllte Magazine eingerichtet, denen Teile der Bäckereikolonne überwiesen wurden.

Im Gebirge: in den Vogesen, Tirol, den Karpathen, Siebenbürgen, Mazedonien usw., waren besondere verkehrstechnische Einrichtungen zur Überwindung der großen Steigungen und sonstigen Hindernisse nötig, die das Gebirge dem Nachschub entgegenstellte. Von den in der Ebene gelegenen Etappenmagazinen liefen die Nachschublinien strahlenförmig in die durch unwegsame Berge getrennten Täler hinein. Querverschiebungen zwischen den einzelnen Nachschubwegen waren ausgeschlossen. Aus den Tälern hinauf zu den Bergen führten Drahtseilbahnen, Tragetierkolonnen traten hier an die Stelle von Fahrzeugkolonnen, und wo auch diese der über die Berge hinweg operierenden Truppe nicht mehr folgen konnten, wie z. B. beim Alpenkorps bei den Operationen in Siebenbürgen im Herbst 1916, mußten Trägerkolonnen die steilen Felswände und schmalen Saumpfade erklimmen. Oft ging die Nachschublinie viele Kilometer lang auf schmalen Paßstraßen, die nicht Platz für zwei nebeneinander fahrende Wagen boten, auf denen deshalb der Verkehr bis ins kleinste sorgfältig geregelt werden mußte. Einer besonderen Fürsorge bedurften die im Winter auf hohen, schneereichen Bergen eingesetzten Wachen, die auf Wochen vom Tale her nicht versorgt werden konnten. Bei ihnen wurden Depots mit Dauerware niedergelegt, ihnen wurden Ziegen und Schafe vor Beginn des Winters zugetrieben.

Bayerisches Proviantamt in den Karpathen.

Die Vorbereitungen, die für das Überwinden des Gebirges bei der großen Offensive in Italien im

Herbst 1917 getroffen waren, wo namentlich hinsichtlich der Wasserversorgung ernste Sorge bestanden hatte, erwiesen sich infolge des ungeahnt schnellen Fortschreitens des Vormarsches als unnötig. Im übrigen gestaltete sich hier die Verpflegung aber besonders schwierig durch die außerordentlich mangelhaften Leistungen der Eisenbahn. Die Verpflegungszüge mußten geteilt und auf zwei verschiedenen Strecken vorgeführt werden, wodurch die Übersichtlichkeit des Nachschubs litt; ein Ausgleich zwischen beiden Nachschublinien war nicht möglich. Namentlich zu Beginn des Aufmarsches mußte Aushilfe von den Österreichern in hohem Maße in Anspruch genommen werden. Ohne ihre Hilfe hätte die Brotversorgung nicht durchgeführt werden können, da die deutschen Einrichtungen infolge der ungünstigen Nachschubverhältnisse erst verspätet eintrafen.

Nicht überall, wo deutsche Truppen in engster Waffengemeinschaft mit den Österreichern kämpften, ist eine solche Verpflegungsaushilfe ohne weiteres geleistet worden. Vielfach war der österreichische Nachschub, dem manche Mängel anhafteten, nicht dazu in der Lage, mitunter fehlte es auch wohl an gutem Willen und Tatkraft; oft war aber die Sorge um die Erstattung hinderlich. Sie hat in allen mit den Österreichern über die gegenseitige Gewährung von Verpflegungsaushilfen geführten Verhandlungen im Mittelpunkt gestanden und die einfach erscheinende organisatorische Aufgabe recht schwierig gemacht. Hätten beide Bundesgenossen ausreichend Verpflegung gehabt, so wäre nur ein Geldausgleich in Frage gekommen. So wurde die Ausgleichsfrage für die Zeit bis 1. Juli 1917 auch schließlich gelöst. Bei der drückenden Lebensmittelnot, die in Österreich, vielleicht nicht immer unverschuldet, zeitweise noch empfindlicher als in Deutschland war, konnte das aber später nicht genügen. Wenn die deutsche Verwaltung auch zweifellos freigebiger verfuhr als der Bundesgenosse, so mußte auch sie schließlich an die Hergabe von Verpflegung an österreichische Truppen, die in deutschen Verbänden kämpften, gewisse Bedingungen der alsbaldigen Erstattung in Natur knüpfen. Manche recht unerquickliche Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen zentralen Dienststellen war in den Ausgleichsfragen nötig, und auch bei den nachgeordneten Stellen verliefen die Unterhandlungen über Verpflegungsangelegenheiten nicht immer harmonisch. Wo es irgend durchführbar war, wurde deshalb für die bei den Österreichern verwendeten deutschen Truppen eigener deutscher Nachschub eingerichtet.

5. Die Bereitstellung des Verpflegungsbedarfs.

Gestützt auf frühere Kriegserfahrungen, war im Frieden gelehrt worden, daß die Zuführung der Verpflegung an die Truppen im Kriege weitaus schwieriger sei als die Beschaffung. Auch in diesem Kriege war es scheinbar so. Fast jeder, der an seine Kriegserlebnisse zurückdenkt, wird sich an Augenblicke erinnern, wo gehungert ist, weil "die Verpflegung nicht herankam". Wer mit dem Verpflegungsnachschub zu tun gehabt hat, wird mit Schrecken an Wegeschwierigkeiten, Mangel an Kolonnen, Pferden und Fahrzeugen, Betriebsstörungen der Eisenbahn, Bahnverstopfungen, Fehlen von Bahnverbindungen und wie sonst die Schreckensgespenster hießen, die seinen Nachtschlaf gestört haben, zurückdenken. Nur wenigen, diesen aber gründlich, hat die Sorge um die Beschaffung der Verpflegung den Nachtschlaf geraubt. Vielleicht war es gut, daß nur wenige vollen Einblick in die ungeheuren Schwierigkeiten der Beschaffung und Bereitstellung hatten und übersahen, daß diese auf die Dauer nicht, wie jene Zuführungsschwierigkeiten, durch Umsicht und Tatkraft zu bezwingen waren und deshalb allmählich bestimmenden Einfluß auf die Kriegführung gewinnen mußten.

Ausnutzung der besetzten Gebiete.

Es hätte kaum des Hinweises auf weitgehende Ausnutzung des Kriegsschauplatzes für die Verpflegung in Vorschriften und Befehlen bedurft. Konnte auch von der einfachsten Art der Ausnutzung, der Quartierverpflegung, in diesem Kriege, wo auch im Bewegungskriege große Massen auf kleinem Raum zu verpflegen waren, nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht

werden, so lernte die Truppe schnell, die an Ort und Stelle greifbaren Verpflegungsmittel zur Selbstzubereitung zu verwenden. Sie wurden gegen Anerkenntnisse beigetrieben, zum Teil, wo besondere Gründe, wie z. B. im Generalgouvernement Belgien,[6] vorlagen, auch angekauft. In derselben Weise wurden auch die von der Truppe nicht erfaßten, für die Verpflegung der Bevölkerung entbehrlichen Mengen von den Feldverwaltungsbehörden zur Füllung der Magazine und zum Nachschub nutzbar gemacht.

Besondere organisatorische Maßnahmen waren dazu nicht nötig. Wiederholt ist in früheren Abschnitten darauf hingewiesen worden, daß es nur auf diese Weise, d. h. unter ausgiebiger Ausnutzung der Landesvorräte gelungen ist, im Bewegungskriege die Truppen ausreichend zu verpflegen und Stockungen in den Operationen zu vermeiden.

Mit Beginn des Stellungskrieges konnte dieses System, das zu einer schnellen Räumung aller vorhandenen und nicht wieder zu ergänzenden Vorräte geführt hätte, nicht mehr genügen. Jetzt mußte die Heeresverwaltung auf Mittel sinnen, die besetzten Gebietsteile dauernd für die Heeresverpflegung unter Beachtung der Bedürfnisse der Einwohner in ergiebigster Weise nutzbar zu machen. Dazu galt es, die Erzeugung zu regeln und zu fördern, den Verbrauch der Erzeugnisse durch die Bevölkerung zu begrenzen und zu überwachen und alle darüber hinaus erzeugten Mengen restlos für die ordnungsmäßige Versorgung des Heeres zu benutzen.

Den ersten Anlaß, allgemeine Weisungen für die landwirtschaftliche Ausnutzung des besetzten Gebietes zu geben, bot dem Generalintendanten die Notwendigkeit, den Rest der Ernte 1914 im Westen, soweit sie noch nicht von den Truppen beigetrieben war, zu bergen und für die Herbstbestellung zu sorgen. Das Erforderliche sollte von Wirtschaftsausschüssen bei den Etappeninspektionen (Chef des Stabes, Etappenintendant, Vorstand der Zivilverwaltung) unter Zuziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger veranlaßt werden. An Stelle dieser Wirtschaftsausschüsse sind dann später "Landwirtschaftliche Abteilungen" nicht nur bei den Etappeninspektionen, sondern auch bei den Armee-Oberkommandos und den Militäreisenbahndirektionen getreten, denen die Leitung der Landwirtschaft oblag. Zum Stabe des Generalintendanten trat ein besonders erfahrener Landwirt zur Bearbeitung der auf die landwirtschaftliche Ausnutzung der besetzten Gebiete bezüglichen Angelegenheiten. Anfang 1917 ging die Bearbeitung auf den Generalquartiermeister über; der Generalintendant und die ihm unterstellten Feldverwaltungsbehörden verfügten von da ab erst über die verwendungsbereiten Erzeugnisse.

Die Bewirtschaftung der Ländereien erfolgte entweder in Eigenwirtschaft durch die Eigentümer selbst oder, wo die Eigentümer abwesend waren, durch Landwirte, die der Truppe entnommen waren. Das ganze Gebiet wurde in landwirtschaftliche Bezirke in Anlehnung an die Einteilung in Kommandanturbezirke eingeteilt, die einem Landwirt (meist ein nicht kriegsverwendungsfähiger Offizier) zur Beaufsichtigung und Verwaltung unterstellt wurden, dem wiederum Landwirte (Unteroffiziere, Gefreite) an der Spitze von Unterbezirken untergeordnet waren. Das gesamte militärische Personal wurde mit dem in anderen Betrieben verwendeten zusammen zu Wirtschaftskompagnien zusammengefaßt. Soweit zur Arbeitsleistung die Bevölkerung nicht ausreichte, wurden Gefangene verwendet und zeitweilig in der Front entbehrliche Truppen. Die Gespanne wurden meistens von vorübergehend verfügbaren Kolonnen und Truppenteilen gestellt. In welchem Umfange Arbeiter und Gespanne verfügbar gemacht werden konnten, war ausschlaggebend für die Möglichkeit der Bestellung und Aberntung; denn auch die in Eigenwirtschaft betriebenen Wirtschaften - es gab im Westen (außer in Belgien) deren etwa 90 000 - waren auf solche Aushilfen angewiesen. Den Eigenwirtschaften wurden die Erzeugnisse zur Truppenverpflegung abgekauft; für die anderen Güter wurde an die Gemeinden Pacht zur späteren Verrechnung mit den abwesenden Eigentümern gezahlt. Der Betrieb ging auf Kosten des Reiches. Die Erzeugnisse waren an die Heeresmagazine unentgeltlich abzuliefern zur Verausgabung an die

Truppen nach Maßgabe der vorgeschriebenen Portions- und Rationssätze an Stelle aus der Heimat nachzuschiebender Verpflegung.

Aufgabe der landwirtschaftlichen Abteilungen war es, für eine zweckmäßige Verteilung des Anbaus zu sorgen und die Produktion aller Wirtschaften zu steigern durch Beschaffung guten Saatgutes, der erforderlichen Maschinen, des Düngers usw. und durch dauernde Beaufsichtigung und Beratung. Welcher Erfolg in der Vermehrung des Anbaus erzielt wurde, zeigt der Vergleich folgender Zahlen aus dem Jahre 1915 (vor voller Durchführung der Organisation) und 1916 (nach vollendeter Organisation). Im Westen (ohne Generalgouvernement Belgien) waren von 1 009 000 ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche bestellt: 1915 rund 437 378 ha (43 v. H.), 1916 rund 828 687 ha. (82 v. H.).

Aufgabe der Kommandobehörden war, die Landwirtschaft durch Truppenkommandierung nach Möglichkeit zu unterstützen und die Ernteerzeugnisse vor unberechtigtem Zugriff durch die Truppen zu schützen. Das war hinsichtlich der im Truppenbereich lagernden Vorräte bei dem vielfachen plötzlichen Wechsel der Truppen sehr schwer, und wenn unrechtmäßig, d. h. über die vorgeschriebenen Sätze hinaus, von den Truppen eigenmächtig genommene Mengen auch der Truppenverpflegung zugute kamen, so fehlten sie doch zur allgemeinen Versorgung und oft dann, wenn sie dringend zur laufenden Verpflegung gebraucht wurden.

Die Kommandobehörden hatten aber auch Anordnungen zu treffen und mit polizeilichen Mitteln durchzuführen, die Ernteerzeugnisse der Eigenwirtschaften zu erfassen und damit zu verhindern, daß die Bevölkerung davon mehr als den ihnen zugebilligten Teil verbrauchte. Diese Anordnungen hatten sich nicht nur auf die Ernteerzeugnisse, sondern auch auf alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Kleintiere und Eier (für Lazarette), Milch, Obst usw., zu erstrecken. Auch die Schlachtviehlieferungen waren zu regeln; bei einigen Armeen war ein vollständiges Viehkataster eingeführt, das eine genaue Überwachung der Viehbestände ermöglichte. Für die Bezahlung aller derartiger Lieferungen waren angemessene Preise festgesetzt.

Zur Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren überall Betriebe eingerichtet: Molkereien, Marmeladefabriken, Sauerkohlfabriken, Trocknungsanlagen (zum Trocknen von Obst, Gemüse, Zichorien usw.), Zucker- und Spiritusfabriken, Brauereien, Stroh- und Kraftfutterfabriken. In landwirtschaftlichen Instandsetzungswerkstätten wurden die aus Deutschland durch die landwirtschaftliche Betriebsstelle bezogenen Maschinen instand gesetzt, einfachere Geräte, auch Wagen, neu gefertigt. An geeigneten Stellen, wo Weidemöglichkeit vorhanden war, Abfälle in größerer Menge abfielen, bei Brauereien usw., wurden Schweineanstalten gehalten.

In ähnlicher Weise sind auch die anderen besetzten Gebiete ausgenutzt worden; allerdings mußte die Organisation außerhalb der eigentlichen Operationsgebiete der sonstigen Verwaltung des Landes angepaßt werden.

Im Generalgouvernement Belgien wurde die Bewirtschaftung der fast vollzählig vorhandenen Bevölkerung überlassen, und die über den Bedarf der Besatzungstruppen, die sich unmittelbar aus dem Lande versorgten, zur Abgabe an das Feldheer bestimmten Verpflegungsmittel wurden im Lande freihändig angekauft. Zwangsmaßnahmen zur Ablieferung bestimmter Mengen wurden aus politischen Gründen nicht eingeführt. Eine besondere Behandlung des Landes ergab sich auch aus Zusagen, die an die belgischen Provinzen bei der Auferlegung einer Gesamtkontribution zur Aufbringung der Kosten des Besatzungsheeres gemacht waren. Vom Frühjahr 1916 ab mußte auf die Entnahme von Verpflegungsmitteln für Besatzungstruppen und Feldheer ganz verzichtet werden, da nur unter dieser Bedingung England die Überseezufuhr von Lebensmitteln für die Bewohner Nordfrankreichs und des belgischen Etappengebiets gestatten wollte. Auf diesen Punkt wird noch in anderem Zusammenhange zurückgekommen werden.[7]

Im Generalgouvernement Warschau lag die Erfassung der Landeserzeugnisse zum Teil in den Händen der Zivilverwaltung, die in Verbindung mit der Armeeintendantur arbeitete. Für die Hauptgetreidearten waren Umlagen zur Zwangsaufbringung gemacht; für Kartoffeln waren Verkehrsbeschränkungen eingeführt, die den Kartoffelsammelstellen das Aufkaufen in den Überschußkreisen erleichterten. Aus den so aufkommenden Mengen an Getreide und Kartoffeln wurden die entbehrlichen Mengen an das Heer oder an die Heimat gegen Bezahlung abgegeben. Im übrigen hatte sich der freie Handelsverkehr unter Ausnutzung erfahrener Händler als ergiebigste Aufbringungsart erwiesen.

Im Verwaltungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost, dem großen gemeinsamen Etappengebiet der ihm unterstellten Armeen, sorgte die militärische Landesverwaltung für die landwirtschaftliche Ausnutzung. Wie im Westen wurde ein Teil der Güter von der Verwaltung selbst auf Kosten des Reiches bewirtschaftet; im übrigen galt es, die Produktion in den von der Bevölkerung selbst betriebenen Wirtschaften zu steigern und die Ablieferung der erzeugten entbehrlichen Verpflegungsmittel zu erzwingen, was bei der ungeheuren Ausdehnung des Gebiets, dem geringen militärischen Personal, das zur Verfügung stand, außerordentlich schwierig war. Auch hier wurden alle entnommenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezahlt, da nur so ein Anreiz zur Erzeugung und Ablieferung gegeben werden konnte. Noch weit mehr als im Westen war hier die Mitwirkung der Truppe, insbesondere bei der Ernte und der Zufuhr der Ernteerzeugnisse an die Magazine und Verladestellen, erforderlich; und große Flächen sind wegen Mangels an Arbeitskräften und Gespannen ungenutzt geblieben. Allerdings war auch mit Rücksicht auf die geringe Ertragsfähigkeit weiter Strecken Beschränkung im Anbau geboten.

Besonderer Erwähnung bedarf noch Rumänien, wo bei der Militärverwaltung ein Wirtschaftsstab gebildet wurde, der die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, auch die landwirtschaftliche, außerhalb des Operations- und sehr engbegrenzten Etappengebiets, zu besorgen, dabei die Erzeugnisse nach bestimmten Abmachungen unter den Verbündeten auf diese zu verteilen hatte. Rumänien hatte schon vor Eintritt in den Krieg ganz erhebliche Beihilfen an Mais und Brotgetreide, wenn auch zu außerordentlichen Preisen, geliefert; deshalb waren auch nach seiner Besetzung große Hoffnungen auf die von dort zu erwartenden Aushilfen gesetzt. Der Erfüllung stellten sich erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Die Landwirtschaft hatte unter dem kurzen Kriege in auffallend hohem Maße gelitten. Es bedurfte der umsichtigen und energischen Arbeit der Wirtschaftsoffiziere, ihre Leistungsfähigkeit wieder zu heben. In der Verteilung der Erzeugnisse auf Deutschland und seine Verbündeten, insbesondere Österreich-Ungarn, mußten deren übertriebene Forderungen durch langwierige und unerquickliche Verhandlungen bekämpft werden. Schließlich bereiteten die äußerst ungünstigen Transportverhältnisse immer neue Hemmungen. Trotzdem konnten, abgesehen davon, daß die in Rumänien verwendeten Truppen fast ausschließlich und die Heeresgruppe Scholtz in Mazedonien zu einem guten Teil aus Rumänien verpflegt wurden, so viele Zuschüsse an die Heimat und an die Westfront geliefert werden, daß sie für das Durchhalten der Brot- und Futterversorgung von ausschlaggebender Bedeutung wurden.

Für die Ausnutzung der Ukraine, die ja aus wirtschaftlichen Gründen von deutschen und österreichischen Truppen besetzt werden mußte, wurde zwischen Deutschland und Österreich eine Ausnutzung durch zivile Organisationen unter Leitung des deutschen Reichswirtschaftsamtes vereinbart. Nur für die Besatzungstruppen hatten die Heeresstellen aus dem Lande zu sorgen; die Nahrungsmitteleinfuhr nach Deutschland lag der Zentraleinkaufsgesellschaft als geschäftsführenden Stelle ob; Schlachtvieh für das Heer wurde von der Zentralstelle für Heeresbeschaffung eingekauft. Die wirtschaftlichen Bestrebungen sollten militärischerseits durch entsprechende Maßnahmen unterstützt werden; die Oberste Heeresleitung und die Heeresgruppe Eichhorn hatten deshalb Verbindungsoffiziere bei den einzelnen zivilen Stellen. Nur der Abtransport lag ausschließlich in militärischen Händen. Manche von den deutschen Ernährungsbehörden auf die Ukraine gesetzte Hoffnung mußte begraben werden. Die Ausnutzung kam nur sehr langsam in Gang; und um die

damals vor dem Hungertode stehenden österreichischen Verbündeten zu retten, mußten diese in erster Linie bedacht werden. Doch haben auch für Deutschland die aus der Ukraine hereinkommenden Lebensmittelzufuhren eine damals recht beachtenswerte Hilfe gebracht.

Auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz war zwar den deutschen Truppen unter dem frischen Eindruck des Siegeszuges von der Donau zur griechischen Grenze anfangs ein eigenes Etappengebiet eingeräumt. Am 1. Januar 1916 hatte aber die deutsche Oberste Heeresleitung mit Rücksicht auf die politischen Strömungen in Bulgarien, wo das neu besetzte Gebiet "Neu-Bulgarien" als künftiges bulgarisches Land angesehen wurde, darauf verzichtet, gegen die Zusage Bulgariens, die deutschen Truppen mitzuversorgen. Diese Verpflichtungen hat Bulgarien nur recht unvollkommen erfüllt. Die Gründe mögen hier unerörtert bleiben. Wenn es nicht in der Lage war, die nötigen Verpflegungsmittel aufzubringen, hätte es aber wenigstens die Ausnutzung des Kriegsschauplatzes gestatten sollen. Jedoch nur für die Heugewinnung wurden dem Heeresgruppenkommando Scholtz drei Kreise Moraviens zugewiesen, die aber infolge aller möglichen Einwirkungen der Bulgaren wenig ergiebig waren und z. B. vom Januar bis Juli 1917 nur 4800 t Heu brachten bei einem Monatsbedarf der deutschen Truppen von 5000 t. Vielfach mußten die Truppen zur Selbsthilfe greifen und trotz der Verbote ankaufen.

Auch die Ausnutzung österreichisch-ungarischen Gebiets durch die deutschen, dort zum Schutze des Landes eingesetzten Truppen mußte sich in sehr bescheidenen Grenzen halten. Im allgemeinen wurde ihnen jeder Ankauf verboten oder nur unter so erschwerenden Bedingungen gestattet, daß das einem Verbot gleichkam. Tatsächliche Lebensmittelnot und die Unfähigkeit, die in den übererzeugenden Teilen der Monarchie vorhandenen Überschüsse zur allgemeinen Versorgung auszunutzen, mögen hier bestimmend gewesen sein. Bei der geringen Leistungsfähigkeit der österreichischen Eisenbahnen und dem recht langen Nachschubweg ergab sich oft, daß die Versorgung der deutschen Truppen ernstlich gefährdet war. Daß sie dann allen Verboten zum Trotz sich aus dem Lande versorgten, ist nicht zu verwundern, gab aber zu recht unerfreulichen Auseinandersetzungen Anlaß. Ebenso lagen die Verhältnisse in den unter österreichischer Verwaltung stehenden besetzten Gebieten, den österreichischen Interessengebieten; auch hier war den deutschen Truppen die unmittelbare Inanspruchnahme der Landeserzeugnisse verboten oder nur in ganz beschränktem Umfange gestattet. Meistens waren dann nur kleine Bezirke für Rauhfutterbeschaffungen freigegeben, außerdem das unmittelbar hinter der Front gelegene Gebiet in geringer Tiefe, das durch eine Gendarmerie-Frontkordonlinie gegen das dahinterliegende Etappengebiet abgegrenzt war.

Leider wird wegen Mangels an Unterlagen eine erschöpfende Statistik über die Ausnutzung des besetzten Gebietes für die Heeresverpflegung wohl nie aufgestellt werden können. Hier konnten nur flüchtige Andeutungen gemacht werden. Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß ohne die Erzeugnisse des besetzten Gebietes die Verpflegung des Feldheeres nicht hätte durchgeführt werden können. Nur der rastlosen Arbeit der deutschen Landwirte, die sich der Bewirtschaftung des fremden Landes mit der gleichen Liebe annahmen, als säßen sie auf der eigenen Scholle, ist zu verdanken, daß die besetzten Gebiete so viel liefern konnten.

In der Heimat hat das nicht die gebührende Anerkennung gefunden; hier war die Ansicht verbreitet, daß weit mehr zur Entlastung der heimischen Ernährungswirtschaft geschehen könnte. Der Hauptgrund dafür lag wohl in den Erzählungen der vielen unverantwortlichen, aus Einzelerscheinungen allgemeine Urteile ableitenden Kritiker. Es kam hinzu, daß die mit der Leitung der heimischen Ernährungswirtschaft betrauten Stellen dazu neigten, nur das, was an sie aus den besetzten Gebieten abgeliefert wurde, als deren Beitrag zur Entlastung der Heimat zu rechnen. Sie wollten nicht anerkennen, daß die Heimat am besten dadurch entlastet werden konnte, daß die in den besetzten Gebieten verwendeten Truppen aus den Landeserzeugnissen versorgt wurden und dementsprechend weniger Nachschub anforderten.

Sie strebten immer wieder an, unmittelbar aus den besetzten Gebieten Zuschüsse zu erhalten und fanden bei den Verwaltungen dieser Gebiete nicht selten Unterstützung, da es diesen Freude machte, in deutlich erkennbarer Weise der Heimat zu helfen. Das führte dazu, daß Verpflegungsmittel in die Heimat rollten, während gleichartige aus der Heimat an die Truppen nachgeschoben wurden. Solche unwirtschaftlichen Transporte mußten verhindert werden. Deshalb konnte auch dem unmittelbaren Einkauf durch die Zentraleinkaufsgesellschaft in den besetzten Gebieten nicht zugestimmt werden. Durch eine dem Generalquartiermeister, später dem Generalintendanten unterstellte "Zentral-Vermittlungsstelle für die Einkäufe im besetzten Gebiete" wurde versucht, die Einkäufe auf die für die Heeresverpflegung entbehrlichen Gegenstände zu beschränken.

Die Aufbringung des Nachschubs aus der Heimat.

Die Aufbringung der aus der Heimat nachzuschiebenden Verpflegungsmittel erfolgte zunächst durch die Proviantämter nach Art ihrer Friedenswirtschaft in freiem Ankauf.

Jedes Proviantamt war bestrebt, möglichst große Mengen zu beschaffen, um allen im Augenblick noch nicht zu übersehenden Anforderungen nachkommen zu können. Infolge des Wettbewerbs schnellten die Preise in unerträglichem Maße in die Höhe.

Abhilfe hätte vielleicht durch Ausschreibung von Landlieferungen auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 geschaffen werden können, wobei der Bundesrat jedem Lieferungsverband (Kreis usw.) einen Anteil an dem Gesamtbedarf des Heeres an Brotgetreide, Hafer, Futtergerste, Heu, Stroh und lebendem Vieh zur Lieferung zu Durchschnittsfriedenspreisen hätte aufgeben können. Davon wurde aber Abstand genommen hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß in den letzten 40 Jahren seit Erlaß des Gesetzes sich die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund auf verändert hatten und insbesondere die Kreise nicht mehr als die für die Zwangsverteilung geeigneten Verbände erschienen.

Nach kommissarischer Beratung aller beteiligten Ressorts unter Hinzuziehung von Vertretern der landwirtschaftlichen Körperschaften des Deutschen Reiches wurde statt dessen durch Verfügung des Reichskanzlers vom 22. August 1914 eine "Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung" als eine dem Reichsamt des Innern angegliederte Reichskommission mit behördlichem Charakter geschaffen, die beauftragt wurde, den gesamten Bedarf des Heeres an Roggen, Weizen, Roggenmehl, Hafer, Gerste und lebendem Vieh, sowie - allerdings nur vorübergehend - an Heu und Stroh auf Grund der Anmeldungen der Heeresverwaltung zu beschaffen. Dadurch wurde ein Wettbewerb verschiedener Beschaffungsstellen ausgeschlossen und die Möglichkeit gegeben, einen Ausgleich zwischen Zuschuß- und Überschußgebieten zu schaffen. Der Bundesrat, der die Maßnahme genehmigte, ordnete zur Erleichterung der Tätigkeit der Zentralstelle eine allgemeine Auskunftspflicht über vorhandene Bestände an in der Hoffnung, daß so der Heeresbedarf durch Vermittlung der Landwirtschaftskammern in freihändigem Ankauf gedeckt werden könnte. Trotz Steigerung der anzulegenden Preise gelang das aber nicht, und es bedurfte der Anordnung verschiedener Zwangsmaßnahmen und Druckmittel, um den dringenden Heeresbedarf sicherzustellen, wenn sich auch die allgemeine Anwendung der Zwangsmaßnahmen zunächst noch erübrigte.

Brotgetreide und Mehl wurden aber schon im Januar 1915 allgemein beschlagnahmt, da anders auch der Bedarf der Bevölkerung zu angemessenen Preisen nicht mehr zu decken war. Aus den beschlagnahmten Vorräten wurden auf Anmeldung der Zentralstelle die für das Heer benötigten Mengen den Proviantämtern überwiesen.

Für Hafer wurde der Zentralstelle im Dezember 1914 eine Ermächtigung zu Zwangsmaßnahmen erteilt. Ähnlich wie bei dem System der Landlieferungen wurden nun doch den Kreisen bestimmte

Lieferungen aufgegeben, und während nur 363 000 t von Anfang September 1914 bis Jahresende im freien Handel für das Heer aufgebracht waren, wurden allein im Januar nach dem neuen Verfahren 190 000 t eingeliefert. Im Juni 1915 wurde dann auch hinsichtlich der Haferversorgung die Zentralstelle in die allgemeine Bewirtschaftung durch die Reichsfuttermittelstelle (später Reichsgetreidestelle) einbezogen. Das gleiche war bei Gerste mit Beginn des Erntejahres 1915 der Fall.

Heu und Stroh wurden nur vorübergehend von der Zentralstelle beschafft. Die Proviantämter kauften Rauhfutter weiterhin selbständig an, ohne daß es allerdings je gelang, den Bedarf des Feldheeres voll zu decken. Als das Jahr 1917 eine Heuernte brachte, die nur auf etwa die Hälfte derjenigen von 1916 geschätzt wurde, entschloß man sich trotz mancherlei Bedenken auf Drängen der Heeresverwaltung doch dazu, für Heu und Stroh Landlieferungen auszuschreiben. Dieselbe Aufbringungsart wurde auch für die Ernte 1918 beibehalten.

Schlachtvieh wurde zwar anfangs durch Vermittlung der Landwirtschaftskammern, ihrer Verkaufsstellen und anderer landwirtschaftlicher Organisationen, später auch durch Händler freihändig aufgekauft. Aber im März 1916 wurde auch die Fleischversorgung der Heimat einheitlich geregelt und dabei die Aufbringung des Heeresbedarfs in den allgemeinen Aufbringungsplan einbezogen.

Auch in der Beschaffung der anderen Lebensmittel, wie Kartoffeln, Gemüse aller Art, Zucker, Fische, Fette usw. wurde die Heeresverwaltung nach und nach auf die Zuteilung durch die verschiedenen Reichsstellen aus der allgemeinen Bewirtschaftung verwiesen und dadurch auf ganz bestimmte Mengen beschränkt. Die Versorgung des Feldheeres wurde allmählich mit hineingezwängt in die Zwangsjacke, die dem deutschen Wirtschaftsleben **infolge der Blockade** durch eine Unsumme von Verordnungen angelegt werden mußte.

Der Heeresverwaltung war jeder Einfluß auf die Aufbringung genommen. Sie hatte ihren Bedarf anzumelden, konnte unermüdlich bei den unzähligen maßgebenden Stellen vorstellig werden und treiben, mußte aber am Ende doch abwarten, bis die Reihe an sie kam. Sie hatte keine Gewähr, daß der Verpflegungsnachschub, von dem die Schlagfertigkeit des Heeres in hohem Grade abhing, gesichert wäre; ja ihr fehlte bei der Unsicherheit der Ernteschätzungen, der Abhängigkeit von den Gesamtablieferungen der Landwirtschaft die Möglichkeit, einigermaßen zuverlässig vorauszusorgen.

Die Oberste Heeresleitung versuchte durch den Generalintendanten unmittelbaren Einfluß auf die heimische Aufbringung zu gewinnen. 1917 erreichte sie, daß er außerordentliches Mitglied des Kriegsernährungsamtes wurde und so dabei mitwirken konnte, die Bedürfnisse von Heer und Heimat miteinander in Einklang zu bringen. Er fand in allen Beratungen heimischer Ernährungsmaßnahmen, die für das Feldheer von irgendwelcher Bedeutung waren, williges Gehör für seine Darlegungen über die Verpflegungslage beim Feldheer und die Notwendigkeit, es hinreichend zu versorgen. Sein unermüdliches Streben, dem Feldheere zu helfen, stieß aber auf jene schier unüberwindlichen Widerstände, die den für die Aufbringung des Heeresbedarfs verantwortlichen Kriegsministerien sattsam bekannt waren, und konnte an der Unsicherheit im Verpflegungsnachschub nichts ändern. Ein an einer Stelle erzielter Erfolg wurde an einer anderen zur Mitwirkung berufenen Stelle wieder zuschanden gemacht, und oft, wenn der Generalintendant oder seine Beauftragten nach langwierigen Verhandlungen im Glauben, etwas erreicht zu haben, wieder im Großen Hauptquartier eintrafen, fanden sie bereits Telegramme vor, die die Durchführung des soeben Zugesagten wieder in Frage stellten.

Doch es kann hier nicht untersucht werden, ob das in der Heimat geschaffene Wirtschaftssystem zweckmäßig war oder nicht. Da einmal in der weitgehenden Zwangsbewirtschaftung der

wichtigsten - ja schließlich fast aller - Lebensmittel und Rohstoffe der Weg erblickt wurde, auf dem allein das deutsche Volk durchhalten konnte, und dazu dieses System für richtig gehalten wurde, mußte auch das Feldheer entsprechend versorgt werden und sich dem anpassen; denn sein Bedarf machte nach Angaben des Kriegsernährungsamts im Jahre 1917 etwa 70% des Gesamtbedarfs aus.

Für die Organisation des Verpflegungsdienstes ergab sich als unvermeidliche Folgeerscheinung eine übermäßige und den Feldverhältnissen durchaus nicht entsprechende Zentralisierung der Leitung beim Generalintendanten, um die Durchführung der Planwirtschaft zu ermöglichen. Vor Beginn des Wirtschaftsjahres wurden genaue Bedarfsberechnungen verlangt, in denen die voraussichtlichen Erträge der besetzten Gebiete berücksichtigt werden mußten. Ernteerträge im voraus zu schätzen, ist eine heikle Sache, sind doch die Launen des Wettergottes unberechenbar; die Erträge der besetzten Gebiete waren aber auch noch außerdem von den Launen des Kriegsgottes abhängig. Die in der Heimat zunächst aufgestellten Wirtschaftspläne hatten auch nur vorläufige Bedeutung und mußten nach den tatsächlichen Ernteergebnissen und Ablieferungen dauernd nachgeprüft werden. Dementsprechend mußten auch beim Generalintendanten fortlaufende Bedarfsberechnungen geführt werden.

Da danach nur streng begrenzte Mengen dem Feldheer zur Verfügung gestellt werden konnten, so mußte auch der Verbrauch einheitlich überwacht und durch Portions- und Rationsbemessung oder Zuteilung bestimmter Mengen an die Armeen geregelt werden. Allmonatliche Verbrauchsanzeigen und Kontrollmeldungen über die nachgeschobenen Mengen konnten nicht entbehrt werden.

Durch die vielen Verfügungen und Meldungen, die neben den Bestandsmeldungen durch eine so überspannt straffe Leitung des Verpflegungsdienstes nötig wurden, schwoll das Schreibwesen bei den nachgeordneten Stellen in einem Umfange an, der von diesen mit Recht als unkriegsmäßig und bureaukratisch empfunden wurde.

6. Die Bewirtschaftung der einzelnen Verpflegungsmittel.

Brot.

Die Sorge um das Durchhalten in der Brotversorgung stand im Vordergrund der heimischen Ernährungsfragen. Daß bei Aufrechterhaltung des im Frieden üblichen Brotverbrauchs die heimischen Ernteerzeugnisse auch unter Zurechnung der noch aus dem neutralen Auslande hereinkommenden Einfuhren den Bedarf nicht decken konnten, war bekannt, und bereits im Oktober 1914 wurde in Erörterungen der Reichs- und Landesbehörden über die Möglichkeit des Durchhaltens bis zur neuen Ernte Zahlenmaterial gegeben, das keine Zweifel darüber ließ, daß äußerste Beschränkung des Verbrauchs an Brotgetreide geboten war.

Die Brotportion für das Feldheer war auf 750 g festgesetzt (540 g Backmehl) und berechnet für Leute, die großen Anstrengungen ausgesetzt und an Aufnahme reichlicher, massiger Nahrung gewöhnt waren. Für Leute in ruhiger Tätigkeit, die es ja nach Beginn des Stellungskrieges und an den rückwärtigen Verbindungen sowie im Etappengebiet vielfach gab, war sie neben der vollen sonstigen Verpflegungsportion recht reichlich. Den individuellen Bedürfnissen konnte aber bei Festsetzung der Brotration nicht Rechnung getragen werden; es erschien auch unerwünscht, Abstufungen in der Portionsbemessung vorzunehmen. Der Mann im Schützengraben war zwar in erhöhtem Maße in Lebensgefahr, war aber körperlich nicht so angestrengt, wie der Schwerarbeiter in den Wirtschaftsbetrieben der Etappe; trotzdem wäre es nicht verstanden worden, wenn er etwa schlechter als der Etappensoldat gestellt wäre. Der Schreiber oder Fernsprecher bei der höheren Kommandobehörde, der Tag und Nacht auf dem Posten sein und auch in der Nacht einen Imbiß zu sich nehmen mußte, hatte die höhere Brotportion genau so nötig wie der Frontsoldat, der aber in

ihm einen Faulenzer hinter dem warmen Ofen und unnötigen Esser sah. Ein gerechter Tarif, der in der Truppe als solcher anerkannt wurde, war nicht zu finden; und doch mußte der Versuch gemacht werden, unter Beachtung der Truppenstimmung. Im Februar 1915 wurde die Brotportion für das Generalgouvernement Belgien und die Etappen auf 600 g herabgesetzt. Im März 1917 wurde die Grundportion allgemein auf 500 g festgesetzt und Erhöhungen durch die Armee-Oberkommandos zugelassen für Formationen im Gebirge über 1000 m Höhe auf 1000 g, ferner auf 750 g für die im Kampf befindlichen Truppen vorderer Linie, für die aus einem solchen Kampf zurückgezogenen Truppen auf 10 Tage, und auf 600 g für sonst besonders angestrengte Truppen.

Allgemein wurde die Grundportion als zu niedrig empfunden, deshalb wurde sie mit Beginn der neuen Ernte (Ende Juni 1917) auf 600 g erhöht.

Allmählich wurden Stimmen aus der Front laut, die zugaben, daß nicht während des Großkampfes eine erhöhte Verpflegung nötig sei, sondern vorher und nachher; auch an ruhigen Fronten mit vermehrtem Arbeitsdienst sei bessere Verpflegung erforderlich.

Den Wünschen wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen bei einer Neuregelung im Februar 1918. Die in diesem Zeitpunkt geplanten Operationen konnten nur glücken, wenn sie mit gut ernährten Truppen unternommen wurden. In der damaligen Verpflegungslage konnte eine Besserung der Ernährung nur durch Erhöhung der Brotportion bewirkt werden. Die der Truppe oft unverständliche feine Gliederung des Portionstarifs hatte ermöglicht, so viel Ersparnisse im Mehlverbrauch zu erzielen, daß ohne Erhöhung der dem Feldheer insgesamt zugesprochenen Mengen die Grundportion auf 700 g festgesetzt werden konnte. Staffelungen nach oben auf 1000 g für Truppen im Gebirge, auf 833 g (500 g Soldatenbrot und 333 g Weißbrot) für Ballonbeobachter und Flieger, 750 g für Jugendliche und Mannschaften von über 42 Lebensjahren wurden zugelassen, nach unten auf 600 g für Etappenformationen angeordnet, die nicht im Zusammenhange mit größeren Kampfhandlungen besonders angestrengt tätig waren, und für die Besatzungstruppen im Generalgouvernement Belgien, auf 500 g für das Geschäftszimmerpersonal und Heeresangehörige ohne sonderliche Anstrengungen. Außerdem waren gewisse Härteausgleiche durch die Armeeoberkommandos erlaubt.

Daß eine gleichartige Abfindung aller Soldaten zur Brotvergeudung an einzelnen Stellen führen mußte, war auch in der Truppe frühzeitig anerkannt. Von verschiedenen Stellen war daher der Vorschlag gemacht, die Brotkarte mit der Maßgabe einzuführen, daß jeder innerhalb gewisser Höchstgrenzen Brot empfangen, für nicht empfangenes aber in Geld entschädigt werden könnte. Angestellte Versuche haben die Unzweckmäßigkeit dieses Verfahrens für das Feldheer gezeigt. In vorderster Linie war es nicht anwendbar. Zwischen vorderster Linie und Ruhestellung war aber ein reger Wechsel. Die Gefahr, daß Leute, um das Geld für nicht benutzte Karten zu erlangen, sich nicht hinreichend ernährten, war nicht von der Hand zu weisen. Die Versorgung der vielen abkommandierten Mannschaften machte die Ausstattung mit Brotkarten schwierig und bot reiche Gelegenheit zu Doppelempfängen. Kontrolle durch Ausweise war unzulänglich, da man die Leute bei angeblichem Verlust der Ausweise nicht hungern lassen konnte. Noch mancherlei andere Gründe sprachen gegen die Einführung der Brotkarte. An einzelnen größeren Orten mit regem Durchgangsverkehr hat sich die Ausgabe an vorübergehend sich dort Aufhaltende bewährt.

Trotz aller Sparmaßnahmen blieb der der Heimat zur Last fallende Mehlbedarf noch recht groß. Das in den besetzten Gebieten geerntete Brotgetreide mußte zur Versorgung der Bevölkerung voll verbraucht werden; zum Teil reichte es dazu nicht einmal. Wenn es auch wegen Mangels an geeigneten Mühlen teilweise zur Vermahlung nach Deutschland zurückgeführt wurde, so ist doch an die Bevölkerung mindestens so viel Mehl ausgegeben worden, als aus der Landesernte ermahlen werden konnte.

Durchschnittlich 100 000 t monatlich blieben auch nach allen Einschränkungen des Verbrauchs aus der Heimat zu liefern. Das war eine gewaltige Anforderung, der die Heimat nur unter größter Selbstbeschränkung nachkommen konnte; und mehr als einmal schien der Zusammenbruch der Mehlversorgung vor der Tür zu stehen. Zur Verhütung des Äußersten mußte im Sommer 1918 der planmäßige Nachschubweg verlassen werden, um das in den heimischen Mühlen aus den ersten Frühdrusch-Anlieferungen ermahlene Mehl möglichst schnell zu den Armeen gelangen zu lassen, bei denen Reserven nicht mehr vorhanden waren. Der Generalintendant erhielt von der Zentralstelle für Heeresbeschaffungen die in den Mühlen in den nächsten Tagen bereiten Mehlmengen telegraphisch mitgeteilt und verteilte sie auf die Armeen, und die telegraphisch oder telephonisch benachrichtigten Etappenintendanturen mußten die der Armee zugeteilten Mengen unmittelbar von den Mühlen abrufen. Nur so gelang es, ohne Stockung der Brotversorgung in das Erntejahr 1918 hinüberzukommen.

Die Güte des im Felde erbackenen Brotes mußte der Abwärtsbewegung derjenigen des heimischen folgen, wenn auch so viele Streckungsmittel wie in der Heimat im Felde nicht zur Verfügung standen. Die durch die Not erzwungene Verwendung von 94%igem Mehl statt des im Frieden gebräuchlichen 82%igem verminderte die Haltbarkeit des Brotes und vergrößerte die Gefahr des Verschimmelns, da die Brote infolge des hohen Kleiegehaltes, wenn sie nicht sehr scharf ausgebacken wurden, innen feucht blieben. Das war ein großer Übelstand, denn das Brot konnte in den Feldmagazinen nicht immer, erst recht aber nicht bei der Truppe, vor Feuchtigkeit geschützt werden und war dadurch schon der Schimmelbildung besonders ausgesetzt. Erhebliche Verluste ließen sich nicht vermeiden. Der große Kleiegehalt des Brotes hatte auch sonst noch manche erheblichen Nachteile, und nur die auf das äußerste gesteigerte Not kann die Verwendung solchen Mehls im Felde rechtfertigen.

Als Brotbestandteil für die eisernen Portionen war ein aus Weizenmehl und Eiern hergestellter Eierzwieback eingeführt. Obwohl er ein nahrhaftes Gebäck war und sich vor allem eignete, jeweils in kleinen Mengen genossen, das Hungergefühl zu vertreiben, hat er sich als Ersatz für Brot bei der Truppe nie eingebürgert. Wenn er im Frieden bei den Herbstübungen weggeworfen wurde und am Boden liegend noch nach Tagen die Biwaksplätze erkennen ließ, so hatte man geglaubt, das darauf zurückführen zu sollen, daß die Truppe ihn zu wenig kannte, auch an dem einen Tag, wo er statt Brot ausgegeben wurde, ohne ihn nicht Mangel litt. Im Kriege sind aber die gleichen Erfahrungen gemacht. Der Zwieback wurde vom Mann, der ihn ja dauernd mit sich führte, allmählich aufgeknabbert, noch häufiger als unnötiger Ballast fortgeworfen; in den Verpflegungsdepots der Truppen bildete er aber ein besonderes Anziehungsmittel für die Ratten. Jedenfalls erfüllte er nicht in der erhofften Weise seinen Zweck, das Brot in Notfällen zu ersetzen. Von verschiedenen Seiten wurde schließlich der Vorschlag gemacht, den Zwieback durch kleine, sehr scharf ausgebackene Brote, die lagerbeständig waren, zu ersetzen. Aus rein wirtschaftlichen Gründen, da einerseits ganz außerordentlich große Bestände an Zwieback vorhanden waren, andererseits Mehl knapp war, ist es zu einer Einführung solcher Brote nicht mehr gekommen.

Fleisch.

An Fleisch bestand zunächst kein Mangel. Die Truppen fanden in unmittelbarer Nähe ihrer Unterkunft fast überall Schlachtvieh, und die Feldküchen erleichterten die Verwendung des frisch geschlachteten Fleisches. Ja, Vieh war in so reicher Menge vorhanden, daß gegen Ende August 1914 der Generalintendant beim Kriegsministerium eine Verringerung der für den Nachschub bereitgestellten Dauerfleisch- und Schlachtviehbestände anregen konnte. Aus besonders viehreichen Gegenden konnte noch Vieh in die heimischen Konservenfabriken zurückgeführt werden. Die Truppe stand sich recht gut bei dem Versorgungsverfahren, bei dem die Portionen nicht peinlich genau zugewogen wurden.

Das Verfahren, das Schlachtvieh wahllos dem Lande dort zu entnehmen, wo es gerade gebraucht wurde, war bequem, mußte aber, in derselben Gegend längere Zeit betrieben, zu einer Vernichtung des Viehbestandes führen und damit zu einer schweren Schädigung der Truppe.

Die Verwaltung mußte deshalb darauf Bedacht nehmen, überall sobald als möglich eine ordnungsmäßige Viehwirtschaft einzuführen und aus dieser nur so viel Schlachtvieh herauszuziehen, wie eine zweckmäßige Wirtschaft gestattete. Die Viehbestände erholten sich unter der sorgsamen Obhut landwirtschaftlicher Sachverständiger allmählich, und die von den verantwortlichen Feldstellen trotz mancher scharfen Kritik zielbewußt durchgeführte pflegliche Behandlung der Viehbestände hat sich glänzend bewährt. Es wurde nicht nur erreicht, daß Molkereien eingerichtet werden konnten, die die Truppen in nicht zu unterschätzendem Umfange mit Butter versorgten und dadurch die Heimat ganz erheblich entlasteten, sondern es wurde auch in den Viehbeständen eine Schlachtviehreserve bei den Armeen geschaffen, auf die in Fällen des Versagens des Nachschubs - und diese Fälle waren leider nicht selten - zurückgegriffen werden konnte, oder dann, wenn es galt, der Heimat über besonders große Schwierigkeiten in der Viehaufbringung hinwegzuhelfen. Wiederholt ist in solchen Augenblicken mit dem Abschlachten bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gegangen und so die Versorgung des Feldheeres ermöglicht worden, ohne in der Heimat die Fleischversorgung ganz lahm zu legen.

Der Viehbestand wurde zeitweilig noch dadurch verstärkt, daß zur Ausnutzung der Weiden in den besetzten Gebieten Magervieh aus Deutschland eingeführt wurde, das später als Schlachtvieh Verwendung fand. Die Truppen auf dem östlichen Kriegsschauplatz konnten infolge der zweckmäßig betriebenen Viehwirtschaft im letzten Jahre nach ihrer Verringerung ganz auf die Versorgung aus dem Lande verwiesen werden, und darüber hinaus konnte von dort noch Vieh an die heimischen Konservenfabriken usw. für die Versorgung des westlichen Kriegsschauplatzes abgegeben werden.

Mit allen Mitteln wurde auch die Schweinemast auf dem Kriegsschauplatz - vornehmlich bei der Truppe - selbst unter Ausnutzung der Küchenabfälle gefordert, nachdem das große Schweineabschlachten in der Heimat im Frühjahr 1915, an dem sich auch das Feldheer durch vermehrtes Heranziehen von Schweinen aus der Heimat teilweise bis zum Überdruß der Truppe hatte beteiligen müssen, beendet und das Schwein zu einer Seltenheit geworden war. Durch Gewährung von Aufzucht- und Mastprämien wurde das Interesse der Truppen an der Mästung von Schweinen gefördert. Die Truppe bekam zum Teil Läuferschweine geliefert; zum Teil (bodenständige Formationen) trieb sie auch Schweinezucht. Auch auf das Halten von Kaninchen wurde ihr Augenmerk gelenkt.

Mit dem Nachlassen der Viehentnahme aus dem Lande bei Einführung einer geordneten Viehwirtschaft, hatte der Nachschub an Schlachtvieh aus der Heimat verstärkt werden müssen und aus einer gelegentlichen Aushilfe war eine fortlaufende Zuführung geworden; die Ersatzviehdepots wurden aufgelöst und die Viehtransporte nach Weisung der Zentralstelle zur Beschaffung von Heeresverpflegung, ohne die Sammelstationen zu berühren, von den Abnahmestellen in den Lieferbezirken unmittelbar zur Etappe durchgeführt. Damit waren manche Übelstände ausgeschaltet, wie unnötiges Ein- und Ausladen, Seuchengefahr durch Ansammeln von viel Vieh an einer Stelle usw. Die Transportdauer und die mit dem Transport und dem vorübergehenden Aufhalten in den Depots verbundenen Gewichtsverluste waren erheblich eingeschränkt. Es bedurfte aber einer großen Beweglichkeit der Zentralstelle im Disponieren, um den stark schwankenden Bedarf und den sich deshalb oft ändernden Anforderungen der Armeen Rechnung tragen zu können. Trotz ganz außerordentlicher Schwierigkeiten (Abhängigkeit von den Viehhandelsverbänden, sehr unregelmäßige Lieferungen der einzelnen Bezirke, Transportschwierigkeiten usw.) ist ihr das aber in Grenzen des damals Möglichen gelungen.

Schweinezucht in Crajova (Rumänien).

Lange konnte die durch die Verpflegungsvorschrift festgesetzte volle Fleischportion gegeben werden. Als aber der Mangel in der Heimat dazu zwang, den Verbrauch durch Verordnungen einzuschränken, wurde im März 1916 auch beim Feldheer die Fleischportion von 375 g auf 300 g und die Dauerfleischportion von 200 g auf 150 g herabgesetzt, und schon im April mußte zur weiteren Einschränkung des Verbrauchs ein fleischloser Tag eingeführt werden. Doch auch der so ermäßigte Bedarf konnte nicht gedeckt werden. Im Mai 1916 wurde bestimmt, daß an den sechs Fleischtagen nur je 250 g von den Armeen angefordert werden dürften, die so zu verteilen wären, daß die kämpfenden Truppen in vorderster Linie 300 g, die übrigen Truppen einschließlich Etappenformationen entsprechend weniger erhalten sollten. Als Ersatz für das ausgefallene Fleisch wurde ein Speisemehlzuschuß von 75 g bewilligt, Zulagebewilligungen an Fleisch wurden verboten.

In den Generalgouvernements waren die Portionen schon im Frühjahr 1916 auf 250 g herabgesetzt. In Rumänien wurden vom Frühjahr 1917 an zwei fleischlose Tage eingeführt, an den fünf Fleischtagen nur noch je 200 g gewährt, um mit dem aus dem Lande aufkommenden Schlachtvieh zu reichen; im Osten wurde die Portion auf 250 g im Operationsgebiet und 200 g bei der Etappe gesenkt. Gegen das immer wieder aus der Heimat ergehende Drängen, im Hinblick auf die außerordentlich geringen Fleischportionen, die daheim nur noch gegeben werden konnten, wo schon fleischlose Wochen hatten eingeführt werden müssen, mußte im Interesse der Schlagfertigerhaltung der Truppe Widerstand geleistet werden, mußte doch damit gerechnet werden, daß sie ohnehin wegen Stockens des Nachschubs, besonderer Gefechtslage usw. nicht immer die vollen Verpflegungsportionen bekam.

Ein Teil des Bedarfs an Fleisch wurde durch Konserven und Dauerfleisch gedeckt.

Im Frieden hatten nur zwei Armeekonservenfabriken (Mainz und Spandau) Fleischkonserven für den Heeresbedarf an eisernen Portionen (in Ein- und Zweiportionspackungen) hergestellt. Im Laufe des Krieges war eine ganze Reihe von leistungsfähigen und zuverlässigen Privatfabriken zu Heereslieferungen herangezogen, und zugleich war die Herstellung der verschiedensten Arten von Dauerfleisch in Auftrag gegeben. Solange das Feldheer noch reichlich frisches Fleisch aus dem

Lande nehmen konnte, hatten sich seine Anforderungen an Dauerfleisch im wesentlichen auf Ersatzanforderungen für verbrauchte eiserne Portionen beschränkt. Bald aber ergaben sich Lagen, in denen der Truppe allein Dauerfleisch verabfolgt werden konnte; allerdings konnten häufig in solchen Lagen große Packungen, Konserven in großen Büchsen, Pökelfleisch in Fässern usw. nichts nutzen. Dauerfleisch wurde weiter dringend benötigt zur Niederlegung einer jederzeit verwendbaren Reserve. In welchem Umfange Dauerfleisch, in welcher Zahl Schlachtvieh nachzuführen war, hatte sich entsprechend den allgemeingültigen Nachschubgrundsätzen nach den von den Armeen an die Zentralstelle zu stellenden Anforderungen zu richten. Diese gab die Anforderungen an Dauerfleisch an die stellvertretende Intendantur in Altona weiter, von der die Herstellung von Dauerfleisch und seine Verteilung geleitet wurden.

Die Schwierigkeiten in der Aufbringung des Viehs wurden indessen immer großer; immer beschränkter wurden die Beschaffungsstellen in der Freiheit ihrer Entschlüsse, immer mehr schrieb die Not das Gesetz vor. Die Wünsche der Armeen, ja ihre dringendsten Interessen mußten immer mehr in den Hintergrund treten gegenüber der wichtigsten Forderung, die Möglichkeit des Durchhaltens einer auch noch so knappen Fleischversorgung zu sichern. Ansammlungen von Fleischreserven über ein ganz geringes Maß hinaus konnten den Armeen, selbst vor bevorstehenden Großkampfhandlungen, nicht mehr gestattet werden. Wieviel Schlachtvieh sie bekommen konnten, richtete sich allein nach den Aufbringungsmöglichkeiten. Dabei sank das Schlachtgewicht immer mehr und entsprach nicht annähernd mehr dem von der Reichsfleischstelle bei der Verteilung zugrunde gelegten Durchschnitt. Dieses war zuletzt zwar nur noch auf 160 kg für Rinder angenommen, erreichte aber oft nicht mehr 120 kg, nachdem es im Juni 1916 schon auf 200 kg (für Schweine auf 70 kg, Schafe 20 kg) gesunken war.[8] Strebte der Generalintendant, der die knappen Belieferungen schließlich einheitlich in engster Zusammenarbeit mit der Zentralstelle auf die Armeen verteilen mußte, auch immer noch Versorgung mit einem Drittel in lebendem Vieh an, so wurde dieser Satz bei Armeen, die auf schlechte Lieferbezirke angewiesen waren, oft - selbst unter erheblichen Eingriffen in die Landesviehbestände - nicht erreicht.

Auch in der Dauerfleisch- (Konserven-) Herstellung wurden äußere Umstände für die Verwaltung immer mehr ohne Rücksicht auf den Bedarf bestimmend. Gewisse ihr zugewiesene Viehmengen konnten nur zu Konserven verarbeitet werden. So konnte das aus dem Verwaltungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost gelieferte Vieh nicht lebend nach dem Westen gefahren werden; es mußte, ebenso wie anderes eingeführte Vieh, zu Dauerfleisch verarbeitet werden. Traten Zeiten des Überangebots an Vieh in der Heimat, z. B. bei Verminderung der Weidemöglichkeiten ein, so mußte die Heeresverwaltung helfend einspringen und das überschießende Fleisch einstweilen einfrieren und später zu Konserven verarbeiten. In gefrorenem Zustande konnte es nicht an die über 72 Stunden entfernt gelegenen Frontteile geschickt werden. Auch an näher gelegenen Teilen war es schwer verwendbar, da keine Gewähr bestand, daß es unmittelbar nach dem Auftauen zubereitet werden konnte.

Andererseits wurde die Konservenherstellung aber durch den allgemeinen Mangel an Weißblech begrenzt. Versuche in der Herstellung anderer Konservenbehälter waren angestellt, aber erst kurz vor Kriegsende abgeschlossen.

Ein teilweiser Ersatz des Fleisches durch frische Fische war nur da möglich, wo solche im besetzten Gebiet selbst gefangen wurden. Das beschränkte sich aber auf Ausnahmefälle. Allein die Heeresgruppe Mackensen konnte in Rumänien ihren Bedarf voll durch eigenen Fang decken. Im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost wurde eine teilweise Versorgung durch Fischereiabteilungen in Libau (Fangergebnis etwa 500 t monatlich in günstiger Jahreszeit) und später in Riga und auf Ösel durchgeführt. Auch Süßwasserfische wurden an der Ostfront gefangen und an die Truppen ausgegeben; es konnten damit aber immer nur Teile der Truppen beliefert werden. An der Westfront bot sich keine Gelegenheit zu einem lohnenden Fischfang. An der flandrischen Küste wurden von

Ostende und Zeebrügge aus zwar mit wachfreien Vorpostenbooten Versuche gemacht, die aber nur ein geringes Ergebnis hatten und die Einrichtung eines regelrechten Seefischereibetriebes, wozu mindestens sechs Hochseefischdampfer nötig gewesen wären, nicht lohnend erscheinen ließen, da auch sie nur innerhalb des Küstenschutzes hätten betätigt werden können. Alle Bemühungen, einen größeren Nachschub von frischen Fischen einzurichten, sind daran gescheitert, daß die heimische Seefischerei daniederlag und nicht einmal die heimische Bevölkerung einigermaßen ausreichend versorgen konnte. Der Nachschub mußte sich deshalb auf Salzfische und getrockneten Klippfisch beschränken. Zwar wurden überall Kochkurse eingerichtet, in denen die sachgemäße Zubereitung von Klippfisch gelehrt wurde, um die seiner Einführung bei der Truppe entgegenstehenden Widerstände zu überwinden; großer Beliebtheit hatte er sich aber kaum irgendwo zu erfreuen.

Auch Eier wurden als Ersatz für Fleisch (ein Ei gleich 50 g Fleisch) in kleinem Umfange an solchen Frontteilen (Osten und Rumänien) verwendet, wo sie unmittelbar im Truppenbereich anfielen und nicht in die Heimat zurückbeordert werden konnten, als Ersatz für die von der Reichsverteilungsstelle für die Herstellung von Eierzwieback überwiesenen.

Auf die Zweckmäßigkeit der Verwendung des Fleisches der ja in allzu großer Zahl abgehenden Pferde wurde von vielen Stellen aus der Truppe hingewiesen. Obgleich dieses Fleisch unbedenklich für die Truppenverpflegung hätte nutzbar gemacht werden können - und freiwillig auch gegessen ist -, wurde von einer entsprechenden Anordnung hauptsächlich deswegen Abstand genommen, um der feindlichen Auslandspropaganda nicht erwünschte Nahrung zu geben, Deutschlands baldigen Zusammenbruch wegen Hungers überzeugend in Aussicht zu stellen.

Kartoffeln und Gemüse.

Neben Brot und Fleisch ist für die große Masse der Deutschen die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel. Im Frieden an reichlichen Kartoffelgenuß gewöhnt, mochte auch im Felde selbst der anspruchloseste deutsche Soldat die Kartoffel nicht entbehren. Damit war gerechnet, aber angenommen, daß auf jedem europäischen Kriegsschauplatz Kartoffeln in so hinreichender Menge geerntet werden würden, daß an diesem Nahrungsmittel die Truppe nie Mangel leiden würde. Die Notwendigkeit eines dauernden Nachschubs war schon deswegen gar nicht in den Kreis der Betrachtungen gezogen worden, weil er wegen des großen Gewichts der Kartoffeln ausgeschlossen erschien - wog doch die Kartoffelportion allein mehr als eine volle Verpflegungsportion einschließlich Brot und Fleisch.

Tatsächlich fand auch die Truppe während des Bewegungskrieges namentlich nach der Kartoffelreife genügend Kartoffeln im Lande. In Ost und West stand im Herbst 1914 noch die Ernte aus der letzten Friedensbestellung zur Verfügung. Im Osten lagen die Hauptkartoffelquellen Deutschlands unmittelbar hinter der Front, und im Westen konnte das an Kartoffeln reiche Belgien bei eintretendem Mangel Aushilfen liefern. Mit allen Mitteln versuchte die Verwaltung auch weiterhin den Kartoffelanbau auf dem Kriegsschauplatze zu fördern; allein schon der Mangel an Arbeitskräften setzte diesem Bestreben Grenzen, und viel mehr als durchschnittlich ein Drittel des Bedarfs konnte in späteren Jahren im Westen nicht aus dem Lande gedeckt werden. Im Osten erschwerten die ungünstigen Wege- und Transportverhältnisse das Zusammenbringen der auf den zerstreut liegenden Ländereien geernteten Mengen, und auch hier deckte die Landesernte den Truppenbedarf nicht mehr. Weit hinter den Erwartungen der heimischen Ernährungsbehörden blieben die Aushilfen aus dem Generalgouvernement Warschau zurück. Wie im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost fehlte es an Transportmitteln und Personal, die über die für den Verbrauch der Bevölkerung festgesetzten Mengen hinaus im Lande geernteten Kartoffeln zu sammeln. Selbst das von der Reichskartoffelstelle als unfehlbar empfohlene Mittel, die jüdischen Händler, versagte. Auch auf dem rumänischen und dem serbischen Kriegsschauplatz fehlte es an Kartoffeln. Ein ständiger Kartoffelnachschub mußte deshalb einsetzen.

Zunächst gingen Aufbringung und Nachschub auf dem üblichen Wege glatt vor sich. Als aber der Kartoffelmangel in der Heimat größer wurde, besonders nach der Mißernte 1916, und als auch die Eisenbahntransportlage immer ungünstiger wurde, stand die Leitung des Verpflegungsdienstes in der Kartoffelversorgung allen den ungeheuren Schwierigkeiten in erhöhtem Maße gegenüber, die die großen heimischen Gemeinwesen während der Jahre der Kartoffelzwangsbewirtschaftung in so reichem Maße kennengelernt haben, und deren Folgen weite Kreise der deutschen Bevölkerung haben am eigenen Leibe spüren müssen.

Den stellvertretenden Intendanturen, die die Proviantdepots der Sammelstationen zu versorgen hatten, waren - wie den Zivilbedarfsverbänden - bestimmte Lieferbezirke zugewiesen, aus denen sie die Kartoffeln nach den allgemeingültigen Verordnungen über den Verkehr mit Kartoffeln zu beschaffen hatten. Irgendein Mittel, die Aufbringung zu fördern, hatten sie nicht. Vielfach hatten sie sogar unter dem Wettbewerb der anderen Verbraucher zu leiden, die leichter als Behörden sich über lästige Bestimmungen hinwegsetzen konnten und auch sonst beim Ankauf mehr Bewegungsfreiheit hatten als diese. Die vom Reich zur Regelung der Kartoffelversorgung erlassenen Verordnungen (Festsetzungen von Höchstpreisen, Verfütterungsverbote, Beschränkung der Brennereien, teilweise Beschlagnahmungen usw.) sicherten nicht die pünktliche Aufbringung der umgelegten Mengen. Ob andere Maßnahmen besseren Erfolg gehabt hätten, kann hier nicht untersucht werden: die Heeresverwaltung hatte nicht das Recht, solche zu ergreifen. Selbst die Entsendung von Beauftragten der Armeen unmittelbar in die Aufbringungsbezirke, die zeitweilig die Lieferungen beschleunigten, wurde als Störung der Gesamtaufbringung verboten.

Untrennbar von der Beschaffungsfrage war die Transportfrage; denn oft riefen in Zeiten, wo der Ankauf flott vor sich ging, Schwierigkeiten im Abtransport und unzureichende Wagengestellungen Stockungen in der Anlieferung hervor.

Um Verstopfungen auf den ohnehin auf das äußerste überlasteten Bahnen zu vermeiden, hatte der Feldeisenbahnchef die Anordnung getroffen, daß den Einladestationen Wagen nur dann zur Verfügung gestellt wurden, wenn die Proviantdepots ihrem Bedarf und der Transportlage vorwärts der Sammelstationen entsprechend Lieferungen abriefen. Das erschwerte für die Landwirte, die diesen Augenblick nicht absehen konnten, die Anlieferung sehr, führte auch dazu, daß die Kartoffeln durch vergebliches Anfahren zur Bahn, Herumstehen bei den Landwirten bei ungünstigem Wetter schon vor dem Verladen empfindlich litten oder auch, um sie vor gänzlichem Verderben zu schützen, im eigenen Betrieb verbraucht wurden und dem Feldheer verlorengingen.

Ganz besonders ungünstig war die Lage für die westlichen Proviantdepots nördlich Koblenz, die den Nordteil der Westfront zu versorgen hatten und aus dem Osten Deutschlands, vorwiegend aus Ost- und Westpreußen sowie Posen beliefert werden mußten. Von hier mußten auch die Kartoffeln für die Industriezentren jener Gegend, deren Bedarf während des Krieges besonders groß war, angefahren werden; denn die Kartoffelerzeugung der Rheinprovinz und Westfalens hatte schon im Frieden nicht den Bedarf der dichten Bevölkerung aufbringen können, die übliche Einfuhr aus Holland fiel aber jetzt fort. Die Größe der der Eisenbahn dadurch gestellten Transportaufgabe kann man nur in Kenntnis der sonstigen Anforderungen beurteilen. Immerhin lassen die zu befördernden Kartoffelmengen allein einige Schlüsse zu. Für die Zeit vom 15. September 1917 bis 3. August 1918 z. B. betrug die Gesamtanforderung des Feldheeres an Kartoffeln 2 200 000 t (einschließlich Futterkartoffeln). Von den darin enthaltenen rund 1 000 000 t Speisekartoffeln waren allein 700 000 t für die Westfront bestimmt; davon mußte wenigstens die Hälfte in der kurzen Zeit vom Beginn der Hauptkartoffelernte bis zum Einsetzen des Frostwetters gefahren werden. Die Zeit verkürzte sich noch dadurch, daß die Anlieferungen im großen wegen Mangels an Gespannen erst nach der Herbstbestellung einsetzten, im Osten, dem Hauptlieferbezirk, also besonders spät.

Für die Ernte 1918 war im Zusammenhang mit einer Neuorganisation der Lebensmitteltransporte

für die Bevölkerung des westlichen Deutschlands eine Neuregelung für den aus dem Osten belieferten Nordflügel des Westheeres dahin getroffen, daß die im Osten eingelieferten Kartoffeln ohne weiteres verladen, auf Sammelbahnhöfen in die Verpflegungszüge eingestellt werden sollten, die für die Zivilbevölkerung des Westens bestimmt waren. Diese wurden an Übergangsbahnhöfe geleitet, wo Kartoffelsammelstellen nach Weisung der Kartoffelnachschubleitung die vorgemeldeten Kartoffelwaggons für die einzelnen Armeen zu Zügen zusammenstellen und diesen unmittelbar zuleiten sollten. Aufgabe der Kartoffelnachschubleitung war es, sich dauernd über den Bedarf der Armeen und über die Transportlage zu unterrichten. Sendungen, die nicht von den Kartoffelsammelstellen sofort zum Feldheere weitergeleitet werden konnten, sollten an heimische Verbraucher umgeleitet werden.

Die Ereignisse haben verhindert, abschließende Erfahrungen mit dieser Zuführungsart zu sammeln; sie hätte aber zweifellos eine Hauptquelle der Übelstände in der Kartoffelversorgung beseitigt, da auf diese Weise die angelieferten Kartoffeln sofort verladen und auf schnellstem Wege den Armeen zugeführt werden konnten. Auch hätten die Lieferungen gleichmäßiger auf die Armeen verteilt und so eine gewisse Stetigkeit in der Belieferung erzielt werden können.

Das war von ganz besonderer Bedeutung für die beim Feldheer zu überwinternden Kartoffeln; hier waren sehr trübe Erfahrungen gesammelt. Unter Zuziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger und peinlichster Beachtung aller Vorsichtsmaßregeln waren alle Vorbereitungen für die Einmietung oder Einkellerung mit größter Umsicht getroffen. Die zur Überwinterung bestimmten Kartoffeln trafen aber oft in einem solchen Zustande ein, daß sie auch bei fachkundigster Einmietung hätten nicht erhalten werden können. Beim Erzeuger nicht verlesen, vielfach bei schlechtem Wetter verladen, auf dem langen Transport in offenen Wagen verregnet, zum Teil angefroren, war nur ein Teil zur Einmietung leidlich geeignet, ein großer Teil, oft bis 50%, mußte sofort als Futterkartoffel ausgegeben oder ganz verworfen werden. Dazu kamen die Transporte ganz unregelmäßig an und häuften sich zeitweise so, daß sie nicht sofort aufgearbeitet werden konnten. Diese Übelstände aber ließen sich durch keine Fürsorge der Verwaltung beseitigen; sie hatte keine Möglichkeit, erhebliche Verluste zu verhindern, die bei dem allgemeinen Mangel an Kartoffeln nicht ersetzt werden konnten.

Der Gedanke, die im Lande geernteten Kartoffeln vorwiegend einzumieten, lag angesichts dieser Umstände nahe. Die Truppe aber, die in den letzten Monaten vor der neuen Ernte die Kartoffeln regelmäßig hatte entbehren müssen, verlangte mit Recht, daß sie alsbald nach Reife der neuen Landesernte aus dieser versorgt würde. Bis zum Einsetzen der Nachschubtransporte gegen Ende Oktober war dann ein großer Teil der Landesernte verbraucht. Die Versuche, Frühkartoffeln ins Feld nachzuführen, müssen nach den ganz außerordentlich schlechten Erfahrungen als gescheitert bezeichnet werden. Selbst gut ausgereifte Frühkartoffeln können den langen Transport nicht vertragen; versandt wurden aber recht oft unreife Spätkartoffeln, die vollständig verdorben bei der Truppe ankamen. Nur die nahe der heimischen Grenze stehenden Frontteile wurden daher in den letzten Jahren mit Frühkartoffeln beliefert, leider zum Teil aus dem Osten Deutschlands.

In den Reichsverordnungen über die Kartoffelversorgung war zwar Bestimmung getroffen, daß die Erzeuger zur Aufbewahrung der erst im Frühjahr benötigten Kartoffeln verpflichtet wären, so daß es also genügt hätte, wenn beim Feldheere selbst nur die für die Wintermonate erforderlichen Kartoffeln eingelagert worden wären. Leider erwies sich diese Aufbewahrungsart als recht unzuverlässig, und vergeblich bemühten sich die Intendanturen im Frühjahr, die am Gesamtlieferungssoll der Lieferungsbezirke noch fehlenden Mengen herauszubekommen.

So ist nach der Mißernte von 1916 eine befriedigende Versorgung des Feldheeres mit Kartoffeln nicht mehr gelungen, während 1915 noch Kartoffeln zur Brotstreckung zur Verfügung standen. 1917/18 schien nach sehr reichlicher Ernte eine ausreichende Versorgung gewährleistet zu sein;

man glaubte noch Kartoffeln in großer Menge an die Pferde verfüttern zu können. Im Frühjahr 1918 war aber die Lage nicht besser als im Jahre vorher. Schon berichteten die Mannschaften nach Haus, daß sie voll Neid den Pferden beim Kartoffelfressen zuschauten, da sie selbst Kartoffeln nicht mehr bekämen. Die Verfütterung wurde eingestellt und doch reichten die Vorräte nur knapp bis durchschnittlich Ende Juni.

Eine recht wirksame Abhilfe hätte eine regelmäßige Versorgung mit Kartoffelpräparaten, insbesondere Kartoffelwalzmehl bringen können. Kartoffelflocken und Dörrkartoffeln waren zwar bei der Truppe nicht beliebt; sie hätte sich aber daran gewöhnt und sie mangels frischer Kartoffeln gern genommen, wenn sie gut hergestellt gewesen wären. Vor allem aber hätten zu Futterzwecken vorwiegend Trockenkartoffeln geliefert werden können, wodurch der Nachschub hätte ganz erheblich entlastet werden können.

Die Frage der Herstellung von Kartoffelpräparaten in größerem Umfange für die Volksernährung war zwar vor dem Kriege erörtert worden, Maßnahmen waren aber noch nicht ergriffen. Auch 1915 war die Leistungsfähigkeit der Trockenverwertungsanstalten noch so gering, daß das Reichsamt des Innern eine Belieferung des Feldheeres mit Trockenkartoffeln ablehnen mußte. Später sind dann zwar Trockenkartoffeln verschiedener Art geliefert, aber nur unzureichend und ganz unregelmäßig, da die Hauptmenge der Erzeugnisse zur Brotstreckung in der Heimat verwendet werden mußte. Nicht einmal die entlegenen Kriegsschauplätze konnten planmäßig mit Trockenkartoffeln versehen werden; selbst nach dem Balkan und in die Karpathen mußten frische Kartoffeln nachgeschoben werden, was im Winter aber ganz ausgeschlossen war. Im Gebirge konnten im Winter auch die bei der Truppe eingemieteten nicht verwendet werden, da sie von der Miete bis zum Verwendungsort erfroren wären. Hier machte sich der Trockenkartoffelmangel besonders empfindlich geltend.

Alle Bemühungen der Heeresstellen, die Herstellung von Kartoffelpräparaten zu fördern, waren vergeblich; auch ein vom Generalintendanten besonders mit Pflege dieses Versorgungszweiges beauftragter Sachverständiger konnte wirksame Abhilfe nicht erreichen. In hohem Grade hemmend wirkte der Kohlenmangel.

Die tatsächlich verabfolgten Kartoffelportionssätze haben geschwankt. Den Bedarfsberechnungen war der Tagessatz von 500 g zugrunde gelegt. Abgesehen davon, daß es oft wochenlang gar keine Kartoffeln gab, ist auch der Satz von 300 g lange Zeit nicht überschritten worden, während die nach den Verpflegungsvorschriften zuständige Portion 1500 g (ohne sonstiges Gemüse) betragen sollte.

Insoweit er nicht erreicht wurde, wurden andere Gemüse geliefert, wie Hülsenfrüchte, Reis, Graupen, Grieß, Grütze, Nudeln, Dörrgemüse, Speiserüben, frischer Kohl, Sauerkohl, Salzgemüse, Backobst und Speisemehl; für die eiserne Portion wurden in den Armeekonservenfabriken Spandau und Mainz Gemüsekonserven aus Hülsenfrüchten oder Fleischgemüsekonserven aus Hülsenfrüchten und Fleisch hergestellt.

Von den Dauergemüsen, die, abgesehen von dem in Fässern verpackten Sauerkohl und Salzgemüse, zum Nachschub ganz besonders geeignet waren, stand Reis nur in den aus dem Auslande hereingebrachten Mengen zur Verfügung; allerdings hatte sich das Kriegsministerium gut eingedeckt. Hülsenfrüchte, die ohnehin nicht überreichlich geerntet wurden, mußten in erster Linie zur Herstellung eiserner Portionen verwendet werden. Nudeln, Graupen, Grieß, Grützen (auch Haferflocken) konnten nur in sehr knapper Menge hergestellt werden, da an den Getreidesorten, aus denen sie gewonnen werden, großer Mangel herrschte. Die Herstellung von Backobst entzog der wichtigen Marmeladenerzeugung Obst, mußte also auch eingeschränkt werden. Salzgemüse einschließlich Sauerkraut konnten nur in der kühleren Jahreszeit ins Feld geschickt werden. Dörrgemüse setzt bei der Zubereitung langes Einwässern und auch sonst eine Behandlung voraus, die ihm bei der Feldtruppe nicht zuteil werden konnte. Gegen Dörrgemüse bestand deshalb eine

ganz offensichtliche Abneigung, insbesondere gegen das gemischte, dessen Bestandteile (Kohl, Rüben) verschieden schnell weichkochten. Getrocknete Einzelgemüse fanden allmählich mehr Anklang. Das Speisemehl sollte zur Herstellung von Suppen dienen, aber auch zum Dicken anderer Gemüse namentlich in Zeiten des Kartoffelmangels. Oft war allerdings das Mehl gerade für den Zweck nicht brauchbar. Büchsenkonserven konnten nur in beschränkter Menge als Marketenderware ausgegeben werden.

So waren auch in der Versorgung mit Gemüse recht enge Grenzen gezogen. Vom Kriegsministerium wurden je nach Verfügbarkeit der Gemüsearten für den Nachschub Pläne aufgestellt, die der Truppe die Möglichkeit geben sollten, Abwechslung in ihre Speisezettel zu bringen. Beispielsweise wurde im Januar 1918 folgender Monatsplan bestimmt:

1½	Portionen	Reis (je 125 g),
1½	"	Hülsenfrüchte (je 250 g),
4½	"	Graupen, Grütze, Flocken (je 125 g),
2	"	Nudeln (je 200 g),
4	"	Dörrgemüse (je 60 g),
1	"	Backobst (je 125 g),
1	"	Faßbohnen oder Salzgemüse (je 200 g),
6 - 7	"	Speisemehl (je 250 g),
8	"	Kartoffeln (je 1500 g),
rund 30 Portionen.		

Hätte die Truppe das Gemüse tatsächlich in dieser Zusammenstellung erhalten, so hätte sich bei ihr stets eine auskömmliche und abwechslungsreiche Gemüsekost herstellen lassen. In Wirklichkeit war es aber selbst im Stellungskrieg gar nicht möglich, den Nachschub so zu regeln, daß in den einzelnen Feldmagazinen die verschiedenen Gemüsearten vorhanden waren und eine solche Abwechslung erreicht wurde. Das hätte zum mindesten eine grundsätzliche Entladung der Verpflegungszüge in den Etappenmagazinen zur Voraussetzung gehabt und eine Neuverladung nach einem solchen Plan. Das war ausgeschlossen. Die Truppen empfingen aber auch nicht dauernd bei demselben Magazin, und die Empfangsstärken bei den einzelnen Magazinen schwankten. Es war auch unvermeidlich, daß, solange reichlich Vorräte vorhanden waren, die beliebteren Gemüse vorwiegend empfangen wurden und daß dann Zeiten kamen, in denen Dörrgemüse den Speisezettel beherrschte. Weiter wurde die Gemüseversorgung, wie schon dargelegt ist, dadurch wesentlich verschlechtert, daß es oft nicht möglich war, für den Monat 12 kg Kartoffeln auf den Kopf auszugeben.

Dringend erwünscht wäre eine Ergänzung des Speisezettels durch Verabfolgung von frischem Gemüse gewesen. Wo dem Truppenteil die Möglichkeit gegeben war, Gemüse selbst zu bauen, nutzte er sie aus, und überall gab es Gärten, die mit großer Liebe gehegt wurden. Fronttruppen, die viel hin und her geworfen wurden, konnten so nicht für sich sorgen. Gerade ihnen war aber zu gönnen, daß sie nach der besonders einförmigen Grabenverpflegung in den Ruhestellungen frisches Gemüse erhielten. Für den Großanbau kamen fast nur Speiserüben und Kohl in Frage. Ihr Anbau erforderte aber viel Arbeitskräfte, und es war schon ein günstiges Ergebnis, wenn wenigstens in den Sommermonaten für zwei bis drei Tage im Monat frisches Gemüse aus dem Lande geliefert werden konnte. Auch im Nachschubwege kam kaum anderes Frischgemüse wie Rüben und Kohl an die Front; Versuche, frischen Spargel zu liefern, haben kein günstiges Ergebnis gehabt. Für die große Masse der Truppen konnte deshalb frisches Gemüse nur in bescheidenem Umfange gegeben werden.

Fett, Zucker, Getreide, Tabak.

Ursprünglich enthielt die Feldkostportion keine besondere Fettportion. Als Fett sollte den Truppen das beim Selbstschlachten gewonnene Fett verbleiben, oder bei Magazinempfängen sollten zu jeder Fleischportion 60 g des beim Schlachten gewonnenen Fettes ausgegeben werden, soweit es reichte.

Der Generalintendant erkannte bald, daß damit eine ausreichende Fettversorgung nicht zu erzielen wäre, daß es vor allem nicht zu erreichen wäre, dem Manne irgendein Aufstrichmittel für das Brot zu geben. Nach wiederholten Bemühungen wurde im November 1914 die Einführung einer Fettportion von 65 g Butter oder Schmalz durchgesetzt. Die anfänglich geäußerten Befürchtungen, daß die Butter sich nicht halten würde, haben sich nicht als begründet erwiesen. Es gelang, sie in der Heimat so aufzubewahren und zu verpacken, daß sie frisch zur Truppe kam. Die Beschaffung der Fettportion aber machte bei zunehmendem Fettmangel außerordentliche Schwierigkeiten. Im besetzten Gebiet wurde, wie schon erwähnt, mit größtem Nachdruck auf Selbstgewinnung von Butter hingewirkt. Über den Verbrauch der im Lande erzeugten Butter wurde eine strenge Kontrolle ausgeübt, und der Generalintendant ordnete einen Ausgleich zwischen den einzelnen Armeen an. Insgesamt sind auf dem westlichen Kriegsschauplatz (außer Generalgouvernement Belgien) z. B. in dem Halbjahr 1. Oktober 1917 bis 30. April 1918 4800 t Butter und 4700 t Käse für die Truppenversorgung gewonnen. Trotzdem blieben noch große Mengen aus der Heimat zu liefern. Anfangs gelang es noch, Schmalz aus dem Auslande einzuführen, bald aber mußte zu Ersatzmitteln gegriffen werden. Schweinefleisch in Würfeln geschnitten, mit Schwarten und Sehnen als Bindemittel eingekocht, gewährte vollen Ersatz, auch Wurstkonserven (125 g, später 90 g), vorübergehend auch Halberstädter Würstchen und Käse (125 g) mußten als Fettportion aushelfen. Auch ein Gemisch von Talg, Speiseöl und Schmalz wurde als Speisefett ausgegeben.

Im Mai 1915 wurde die Verwendung von Marmelade (200 g, später 125 g) an Stelle von Fett eingeführt, die infolge ihres hohen Zuckergehalts an Nährwert zwar einen gewissen Ersatz bieten konnte, da sie aber oft tagelang mit Brot die einzige Abendkost war, nur als ein äußerster Notbehelf angesehen werden muß, an dem sich die Kritik der Soldaten mit bitterstem Galgenhumor betätigte. Immerhin mußte alles getan werden, wenigstens diesen Notbehelf sicherzustellen, deshalb wurden überall im besetzten Gebiet Marmeladenfabriken zur Verarbeitung des dort geernteten Obstes eingerichtet. Frühzeitig wurde im Osten damit begonnen; die dort gewonnenen Erfahrungen wurden dann auch für den Westen nutzbar gemacht. Die Erzeugung wurde außerordentlich gesteigert.

Im allgemeinen konnte aus den verschiedenen Fett- und Fettersatzsorten der Mann mit ausreichenden Brotaufstrichmitteln versehen werden. Der Monatsversorgungsplan hat geschwankt; er stellte sich im allgemeinen auf:

3 Portionen Butter (55 g und statt weiterer 10 g = 30 g Marmelade),
12 " Schmalz oder fettes Schweinefleisch in Büchsen (Portionssatz wie bei Butter),
10 " Wurstkonserven (120 g),
5 - 6 " Marmelade (125 g),
30 - 31 Portionen.

Infolge immer mehr zunehmenden Fettmangels verschlechterte sich die Fettversorgung erheblich, und zwar so, daß ab Mai 1918 die fechtenden Truppen an mindestens 15 Tagen, die Etappenformationen an 20 Tagen statt mit Fett mit Marmelade oder Kunsthonig beliefert werden mußten. Im Osten fand zu dieser Zeit bei dieser Art der Portionsbemessung eine Übererzeugung an Butter statt, die von der Zentralvermittlungsstelle für die Einkäufe im besetzten Gebiet zur Rückführung und Einlagerung größerer Buttermengen in Königsberg für die Winterversorgung ausgenutzt wurde. Da auch das Schlachtvieh immer fettarmer und minderwertiger wurde und kaum noch Fett abwarf, war die Truppe bei so geringer Belieferung mit Fettportionen, von denen ein Teil noch in Wurstkonserven und Käse bestand, außerordentlich knapp gestellt.

Auch eine besondere Zuckerportion fehlte in der Feldkost, ihre Einführung wurde zwar 1915 angeregt, von den Armeen aber als entbehrlich bezeichnet. Zur Teeportion gab es 17 g, ferner konnten die Armee-Oberkommandos bei besonderen Anstrengungen Zuckerzulagen genehmigen. Soweit die Leute darüber hinaus noch Zucker benötigten, mußten sie ihn in den Marketendereien kaufen. Vom Frühjahr 1918 an waren die dem Feldheer zufließenden Zuckermengen so beschränkt, daß eine Kontingentierung stattfinden mußte. Auf Grund der vom Kriegsministerium dem Generalintendanten allmonatlich mitgeteilten insgesamt zur Verfügung stehenden Mengen bestimmte er die Kopfquote für den Monat, die zwischen 35 und 39 g für den Tag schwankte. Aus ihr mußte der gesamte Zuckerbedarf gedeckt werden. Allein zur Herstellung von Marmelade wurde noch besonders Zucker bewilligt.

Als Getränkportion kam in erster Linie Bohnenkaffee in Betracht, und zwar 25 g. Im Juli 1916 wurde die Portion auf 19 g herabgesetzt, daneben wurden 6 g Zichorie verabreicht, die aus dem Gebiete der 4. Armee (Flandern) geliefert wurde. Schon im Oktober 1916 war eine weitere Herabsetzung auf 15 g nötig. Schließlich mußte der Bohnenkaffee durch Malz- und Gerstenkaffee dergestalt gestreckt werden, daß für 5 g Bohnenkaffee 10 g Malz- und Gerstenkaffee traten.

An Stelle des Kaffees oder neben ihm als zweite Getränkeportion konnten 3 g Tee ausgegeben werden. Tee war zwar in großer Menge vorrätig; im Mai 1917 mußte aber auch hier an eine Streckung gedacht werden. Die Portion wurde auf 2 g bemessen, als zweite Portion war ein zweiter Aufguß unter Zusatz eines weiteren Grammes gestattet. Versuche zeigten, daß aus diesen Teemengen durch 5 - 10 Minuten langes Kochen selbst noch dritte und vierte Aufgüsse bereitet werden konnten. Im Frühjahr 1918 mußte die Portion auf 1 g bemessen und daneben die Verwendung selbstgesammelten Ersatztees empfohlen werden.

Als zweite Getränkeportion konnte auch, wo es Witterung und Trinkwasserverhältnisse erforderten, eine Branntweinportion von 0,1 l, später ab Ende 1917 0,05 l gegeben werden. Zur Vermeidung von Mißbräuchen war bestimmt, daß die Portion nur von Tag zu Tag ausgegeben werden dürfte, und zwar nur an solche Leute, die den Branntwein selbst verzehrten. Gegen eine allzulange fortlaufende Gewährung wurde ärztlicherseits Einspruch erhoben. Die knappen Mengen an Trinkbranntwein geboten größte Einschränkung; der Verkauf von Trinkbranntwein außer Obst- und Kornbranntwein in den Marketendereien mußte verboten werden.

Wein wurde außer in Lazaretten als Zuschuß bei besonderen Anstrengungen, Seuchengefahr und ungünstigen klimatischen Verhältnissen von den Armee-Oberkommandos bewilligt. Solange er unbegrenzt dem Lande entnommen werden konnte, machten die Armeen freigebig Gebrauch davon. Um für spätere Zeiten vorzusorgen, beschlagnahmte aber der Generalintendant alle im Westen vorgefundenen Weinbestände. Insbesondere kam es darauf an, den Bedarf der Lazarette an Rotwein zu sichern, da zu befürchten war, daß infolge der Sperrung der Einfuhr Mangel an Rotweinen eintreten würde. Aus den so gewonnenen Vorräten gab der Generalintendant in Bedarfsfällen Wein frei. Große Mengen an Wein, auch aus Ungarn, wurden vom Kriegsministerium angekauft, reichen Nachschub lieferte Rumänien. Der rumänische Wein mußte allerdings erst in Deutschland behandelt werden, so daß sich seine Versendung ins Feld verzögerte. Neben diesem Feldkostwein stellten die Großmarketendereien Weißwein, zum Teil in anerkannt vortrefflicher Güte, zum Ankauf bereit.

Besonders geregelt war die Versorgung mit Bier. Anfangs wurde dieses von den Etappenintendanturen, zum Teil auch von den Truppen bei großen Brauereien bestellt. Bald ergaben sich ganz auffallende Preisunterschiede; auch stellte sich heraus, daß nur Geschäftskundige in der Lage waren, bei Abschluß der Verträge erhebliche Übervorteilungen der Truppen auszuschließen. Im Mai 1916 regte deshalb der Generalintendant eine einheitliche Bierbeschaffung beim Kriegsministerium an nach dem Vorgang in Bayern, wo schon die Beschaffung durch die stellvertretende Intendantur des I. bayerischen Armeekorps erfolgte. Mit dem 1. August 1915 wurde

die gesamte Versorgung des Feldheeres mit Bier, außer mit bayerischem, einer kaufmännischen Zentrale, der Biereinkaufszentrale der Heeresverwaltung, unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantur des III. Armeekorps in Berlin übertragen. Bei ihr waren die von den Etappenintendanturen angeforderten Mengen von den Proviantdepots zu bestellen. Zur Vereinfachung des Abrechnungsverkehrs wurde bei den Armeen eine Bierverteilungsstelle eingerichtet. Bayerisches Bier wurde nur an bayerische Formationen geliefert und kam nur auf Umwegen über diese ausnahmsweise einmal an nichtbayerische Truppen.

Güte und Menge des Bieres wurden immer geringer, je mehr die Gerste zur menschlichen Ernährung und zu Futterzwecken unbedingt gebraucht wurde. Ganz verzichtet werden konnte auf Bier nicht; es war ein unentbehrliches Genußmittel; aber nur mit schweren Kämpfen konnten die nötigen Gerstenmengen beim Kriegsernährungsamt erstritten werden, sie mußten aufs äußerste gestreckt werden. Im Mai 1916 standen noch rund 6 l auf Kopf und Monat zur Verfügung, später sank der Satz auf 4,3 l. Im Frühjahr 1918 drohte eine gänzliche Einstellung der Bierversorgung wegen Gerstenmangels. Nur mit größter Mühe gelang es im letzten Augenblick, die allernotwendigsten Gerstenmengen frei zu bekommen.

Im besetzten Gebiet waren verschiedene Brauereien eingerichtet, und zwar Ende 1917 an der Westfront 15 mit zusammen rund 23 000 hl Leistungsfähigkeit monatlich, im Osten 4 mit 6000 hl, außerdem je 1 in Konstanza, Bukarest und Braila mit zusammen 13 000 hl. Während in der Heimat Bier mit nur 3% Stammwürze hergestellt wurde, konnten diese Brauereien nur solches mit 6 - 8% fertigen; um so schwerer wurde es dem Generalintendanten, ihnen die erforderliche Gerste freizugeben.

Besondere Schwierigkeiten machte die Sicherstellung der Flaschen und Gebinde. Zwar wurden Sammelprämien bei der Rücklieferung von Leergut gewährt; trotzdem ging aber viel verloren, und am Mangel an Flaschen und Fässern drohte wiederholt der Nachschub zu scheitern.

Sehr viel war für die Versorgung mit Mineralwasser geschehen, wonach in der heißen Zeit große Nachfrage war, die allerdings mit Eintritt kühlen Wetters sofort erheblich nachließ, so daß die Versorgung nicht leicht zu regeln war. Große Mengen blieben oft liegen und drohten im Winter bei Frost mit samt dem immer wertvoller werdenden Flaschenmaterial verlorenzugehen. Die Kosten mußten aus Marketendereifonds und sonstigen besonderen Mitteln aufgebracht werden, Reichsmittel standen nicht zur Verfügung. Neben dem Nachschub von bekannten heimischen Mineralwässern wurde künstliches Mineralwasser im besetzten Gebiet hergestellt. Schon im Juni 1915 waren an der Westfront rund 90 Fabriken im Gange, die täglich rund 275 000 Flaschen herstellen konnten; die Anlagen sind später erheblich erweitert worden.

Auch Fruchtsäfte wurden vielfach hergestellt. Leider waren die Vorräte an Zitronensäure nur sehr gering, Weinsäure wurde viel verwendet, aber auch Saft aus selbstgeerntetem Obst.

Einem dringenden Bedürfnis der Truppen Rechnung tragend, wurde im Februar 1915 eine Tabakportion, zur Feldkost gehörig, eingeführt, bestehend aus 2 Zigarren und 2 Zigaretten oder 30 g Rauchtabak oder 5 g Schnupftabak. Vom 1. Mai 1916 ab wurden Offiziere, Beamte, Offizierstellvertreter und sonstige Gehalt empfangende Unteroffizierklassen von dem Empfang der Tabakportion ausgeschlossen. Sie mußten sich ihren Tabak selbst aus Marketendereien beschaffen. Da hierzu nicht immer Gelegenheit war, litten sie oft Mangel, während die anderen Unteroffiziere und die Mannschaften durch die Feldkostportionen versorgt waren. Ab 1. Februar 1918 wurde in dieser Portion eine Zigarre durch zwei Zigaretten ersetzt wegen Mangel an Zigarren.

Die Aufbringung der erforderlichen Tabakwaren war der "Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten" in Minden übertragen, deren sozialer Zweck die Aufrechterhaltung der

Tabakindustrie unter möglichst gleichmäßiger Heranziehung der einzelnen Firmen je nach ihrer Leistungsfähigkeit war. In Rücksicht auf diese soziale Aufgabe mußte den Truppen jeder selbständige Ankauf von Tabakwaren bei einzelnen Firmen untersagt werden. Die Zentrale hat auch ihre Aufgabe so erfüllt, wie es unter den obwaltenden Umständen möglich war. Viele Klagen, die aus dem Felde laut wurden, waren irrtümlich gegen die Zentrale gerichtet. So erregten die Zigaretten mit Mundstück, die nur ganz wenig Tabak enthielten, den Unwillen der Truppe. Auch hier wie in so vielen anderen Dingen mußte das Feldheer sich den dem Mangel Rechnung tragenden einschränkenden heimischen Bestimmungen fügen. Sie setzten die zu den einzelnen Zigaretten zu verarbeitenden Tabakmengen immer mehr herab. Für das Feldheer entstanden dadurch ganz unwirtschaftliche Transporte, da mit den Zigaretten-Nachschubsendungen, die ohnehin viel Platz einnahmen, eine Unsumme fast leerer Zigarettenhülsen befördert werden mußten. Abhilfe war von der Heimat nicht zu erlangen.

Das war um so bedauerlicher, als es bei der oft äußerst gespannten Transportlage außerordentlich schwer war, die Tabakfabrikate von den Fabriken zu den Proviantdepots und von dort zur Front zu bekommen. Oft hat Mangel an Tabak, der bei allen Großkampfhandlungen beinahe schmerzlicher als Mangel an Verpflegung empfunden wurde, seinen Grund allein in der Transportlage, nicht aber in zu geringer Erzeugung in der Heimat gehabt. Diese leistete trotz Mangels an Rohstoffen infolge zweckmäßiger Verteilung der Rohstoffe und der Aufträge Erstaunliches und konnte im Frühjahr 1918 noch monatlich liefern:

Zigarren	137 590 000 Stück Feldkost,	90 000 000 Stück Marketenderware,
Zigaretten	555 000 000 Stück Feldkost,	450 000 000 Stück Marketenderware,
Tabak	810 000 kg Feldkost,	170 000 kg Marketenderware

und 15 Millionen Zigaretten für die im Heeresinteresse arbeitende Bevölkerung Nordfrankreichs. Immerhin deckten diese Mengen nicht mehr den vollen Bedarf, und der Generalintendant mußte auf Grund von Bestands- und Bedarfsanzeigen unter Berücksichtigung der Lage an der Front allmonatlich die zur Verfügung stehenden Mengen verteilen.

Die unmittelbare Ausnutzung der besetzten Gebiete zur Versorgung des Feldheeres mit Tabakfabrikaten begegnete den heftigsten Widerständen der heimischen Industrie, die sie mit Erfolg aufrecht erhielt. Die unmittelbare Ausnutzung der nicht unerheblichen belgischen Ernte wurde unterbunden, und auch die für die in Mazedonien kämpfenden Truppen fast unentbehrliche von dem besonders rührigen Etappenintendanten in Semendria (ursprünglich in Üsküb) eingerichtete Zigarettenfabrik wurde im Interesse der heimischen Industrie in ihrem Betriebe sehr behindert. Aus kleinen Anfängen hatte sich die Fabrik zu Tagesleistungen von über drei Millionen Stück entwickelt, und ihr allein war es bei den ungünstigen Nachschubverhältnissen zu verdanken, wenn die Truppen in Mazedonien mit Zigaretten versorgt werden konnten. Bei Außerachtlassung der Rücksichten auf die heimische Industrie hätten auch weitere Teile des Feldheeres von dieser Fabrik Vorteil haben können.

Einen Fehlschlag bedeutete die Lieferung einer Kriegstabakmischung (85% Buchenlaub und 15% Tabak), mit der das Feldheer im März 1918 überrascht wurde. Kein gutes Zureden, keine Aufklärung halfen: dieser Ersatz wurde einstimmig abgelehnt, und ärztlicherseits fand die uneingeschränkte Ablehnung Unterstützung.

Außer den schon erwähnten Zulagen zur Feldkostportion an Zucker und Getränken konnten die Armee-Oberkommandos bei besonders großen Anstrengungen weitere Verpflegungszulagen, wie frische Wurst, Heringe, Dauerfleisch, Käse usw. nach Maßgabe verfügbarer Vorräte gewähren. Die Verpflegung wurde dadurch bei den einzelnen Armeen sehr verschiedenartig, was bei dem häufigen Übertritt der Truppen von einer Armee zu der anderen zu Klagen und Berufungen Anlaß gab.

Andererseits war eine einheitliche Regelung nicht möglich, da ja diese Zulagen gerade den besonderen, im voraus in ihren Einzelheiten nicht zu übersehenden Lagen Rechnung tragen sollten. Es konnten nur allgemeine Gesichtspunkte gegeben und gewisse Einschränkungen vorgeschrieben werden, um der allgemeinen Verpflegungslage Rechnung zu tragen.

Marketenderwaren.

Zu nicht vorausgesehener Bedeutung gelangte im Großen Kriege die Frage der Bereitstellung von Marketenderwaren, und zwar sowohl von Gebrauchsgegenständen als besonders von Lebens- und Genußmitteln, von denen allein hier zu sprechen sein wird. Zu Beginn des Krieges waren bei einzelnen Armeen Verträge mit großen leistungsfähigen Firmen abgeschlossen, denen zufolge diese an bestimmten Punkten hinter der Front Marketenderwaren zu angemessenen Preisen zum Verkauf bereitzustellen hatten. Militärische Gründe (Geheimhalten von Truppenverschiebungen, Aufrechterhalten klarer Nachschubverhältnisse usw.) und die Notwendigkeit, die Truppen vor Ausbeutung zu schützen, auch das allgemeine wirtschaftliche Gebot, Monopolbildungen einzelner Firmen zu verhindern, ließen es dem Generalintendanten schon Ende September 1914 angezeigt erscheinen, dem Aufkommen des aus früheren Kriegen noch im üblen Rufe stehenden Händlerunwesens hinter der Front dadurch einen Riegel vorzuschieben, daß die Zulassung von Zivilmarketendereien allgemein verboten wurde. Eine später bei den Armeen gehaltene Umfrage zeigte, daß die Anordnung von der Mehrzahl für zweckmäßig erachtet wurde.

Es wurde nicht verkannt, daß die Heeresverwaltung sich nicht damit begnügen konnte, allein das für die Truppe unbedingt Notwendige bereitzustellen, sondern, daß auch solche Waren zum Verkauf gestellt werden mußten, die den Truppen ihr entbehrungsreiches Leben erträglicher und nach besonderen Anstrengungen und seelischen Erschütterungen die Zeit der Ruhe durch besondere Genüsse reizvoller gestalten konnten. Das mußte aber auch auf dem ordnungsmäßigen Nachschubwege über die Proviantdepots zu erreichen sein, von denen die Marketenderwaren über die Großmarketendereien der Etappen, Korps und Divisionen an die Truppenmarketendereien gelangten, wo sie mit einem zur Deckung der Unkosten bestimmten kleinen Preisaufschlag verkauft wurden.

In dem Umfange, wie Privatfirmen, konnten die Proviantdepots allerdings Sonderwünsche der Truppen nicht berücksichtigen und namentlich nicht den Wünschen von Feinschmeckern Rechnung tragen. Der Mangel einer gewissen Eintönigkeit wird einer Massenversorgung stets anhaften. Trotz immer wiederholter Verbote versuchten einzelne Truppenteile, einzelne Divisionen, aber auch Etappen unter Abweichung von dem allein eine einigermaßen gleichmäßige Versorgung aller Truppen ermöglichenden vorgeschriebenen Beschaffungsweg durch Aufkäufer, die nicht immer uninteressiert an den Geschäften waren, sich unmittelbar mit den gewünschten Waren einzudecken. Recht bedauernswerte Unzuträglichkeiten, wie Übervorteilung der Truppe, unkontrollierbare Geschäfte, Emporkommen von Schiebern und Schleppern, Herumreisen einer großen Zahl anderem Dienst entzogener Heeresangehörige, ganz ungleichartige Ausstattung der Marketendereien, Unzufriedenheit der schlechter versorgten Truppen waren die Folgeerscheinungen, für die nicht an allen maßgebenden Stellen das rechte Verständnis war, und deren dringend gebotene Bekämpfung vielfach als Nichterkennen des für die Truppe Notwendigen empfunden wurde.

Die heimische Ernährungslage zwang leider dazu, den Nachschub von Lebensmitteln zum Verkauf in Marketendereien immer mehr einzuschränken. Ab 1. Januar 1917 wurde der Verkauf von Speisefetten, Kaffee, Tee, Kakao, kondensierter Milch und Branntwein (außer Korn- und Obstbranntwein) verboten; andere Verbote und einschränkende Bestimmungen mußten folgen. Ein Teil noch verfügbarer Waren mußte kontingentiert werden. Gleichzeitig wurde aber die Feldkost immer einförmiger, und um so lebhafter wurde der Wunsch der Truppen, aus den Marketendereien andere Lebensmittel dazukaufen zu können. Die aus schwerem Kampfe kommende Truppe wollte

sehen, daß man inzwischen an sie gedacht, für sie irgend etwas Besonderes bereitgestellt hatte, wenn es auch keinen sonderlichen Nährwert hatte. Die Bestrebungen des Generalintendanten, dafür geeignete Waren zu beschaffen, hatten nur noch geringen Erfolg. Da war es kein Wunder, daß die Truppen, die in Deutschland keine Waren mehr erhielten, ihre Aufkäufer an die ihnen als ergiebig bekannten Quellen in den besetzten Gebieten schickten trotz aller Verbote, die nicht allein deswegen erlassen waren, um die verfügbaren Lebensmittel der Allgemeinheit zukommen zu lassen, sondern im eigensten wohlverstandenen Interesse der Truppe. Alle Warnungen vor dem unlauteren Geschäftsgebahren der hier - ganz besonders in Belgien - ihre Geldsäcke füllenden "Heereslieferanten" nutzten nichts. Viel Geld ist vergeudet! Die Waren waren oft schlecht, stets recht teuer. Die Truppe aber schrie nach Marketenderwaren!

Daß die Marketendereien von den mühsam erhamsterten Vorräten nicht gern an Truppen, die nicht zu ihrem Verbande gehörten, abgaben, ist verständlich; ebenso verständlich ist aber die Unzufriedenheit der den Verband oft wechselnden Formationen, vornehmlich der Heeresreserven, die dabei zu kurz kamen und meistens wegen Ausverkaufs verschlossene Marketendereitüren fanden. Vom Generalintendanten wurde versucht, dem entgegenzuwirken: allerlei Kontrolleinrichtungen wurden eingeführt, wie Empfangsbücher, Verteilung der Waren an bestimmten Stichtagen. Die berechtigten Klagen verstummten nicht. Auch über ungleichmäßige Abfindung der einzelnen Käufer, namentlich mit seltenen und besonders begehrten Waren, wurde geklagt; auch hier wurden Kontrollmaßnahmen angeordnet. Die Durchführung aller Bestimmungen wurde durch besondere Beauftragte des Generalintendanten nachgeprüft. Wie im täglichen Leben in der Heimat, zeigte sich aber, daß, je größer der Mangel wird, desto schwieriger die Durchführung von Bestimmungen ist, die ihn möglichst gleichmäßig auf die Allgemeinheit verteilen und so leichter tragbar machen wollen.

Es kam noch hinzu, daß die Marketendereieinrichtungen, wie im Frieden, als Privateinrichtungen der Truppen galten und daß demnach Überschüsse der Truppe gehörten. Auch dadurch war Anlaß zu großen Ungleichheiten bei nebeneinander kämpfenden Truppen und zu wohl verständlichen Klagen gegeben, deren Grund aber nicht abgestellt werden konnte, da eben eine Marketenderei größere Umsätze hatte als die andere, ohne daß jemand ein Verschulden traf. Es war auch nicht zu vermeiden, daß die Marketendereien bodenständiger Formationen (Kolonnen, Armierungskompagnien usw.) sich besonders gut einrichten konnten, viel verdienten und aus den Überschüssen ihrer Formation mehr Zuwendungen machen konnten, als es bei den hin und her geworfenen Truppen möglich war. Solche Fonds sind für die Eigentümer sehr angenehm, sollten im Interesse der Gesamtheit im Feldheer aber nicht bestehen.

Gewiß war es bedauerlich, daß es in den letzten Kriegsjahren nicht mehr möglich war, den überanstrengten Truppen allgemein Gelegenheit zu geben, sich dieses und jenes Genußmittel in den Marketendereien zu kaufen, und sehr begreiflich ist das Bestreben aller Intendanten, ihren Truppen diese Gelegenheit zu verschaffen. Vielleicht wäre es aber doch besser gewesen, die spärlichere, aber gleichmäßigere Versorgung auf dem ordnungsmäßigen Wege in Kauf zu nehmen, als den Grund zu viel Unzufriedenheit zu geben dadurch, daß einzelne Verbände auf Grund "besonderer Beziehungen" besser versorgt wurden als andere, die dann geneigt waren, mangelhafter Fürsorge ihrer Vorgesetzten die Schuld zu geben. Auch hier hätte sich gezeigt, daß die Truppe Mangel leichter erträgt als ungleichmäßige Abfindung, und dem Minderbemittelten wäre das im Felde besonders unerträgliche Gefühl erspart geblieben, daß für Geld trotz Mangels noch etwas zu haben war. Selbst der Schein der Bevorzugung einzelner in der Versorgung mit Marketenderwaren wäre vermieden worden.

Im Stellungskrieg hätte der Fortfall der Truppenmarketendereien und die Einrichtung guter, leistungsfähiger, für Rechnung des Reiches betriebener Ortsmarketendereien große Vorteile gehabt. In ihnen hätte jeder kaufen können ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten

Verband; damit wäre eine Quelle großer Unzufriedenheit beseitigt gewesen, die Versorgung der Truppen wäre vereinfacht, das sehr umständliche, zeitraubende Ein- und Auspacken, Versenden usw. bei Truppenverschiebungen wäre vermieden worden und damit auch das Einstellen des Betriebes auf längere Zeit und die Gefahr des Nichtberücksichtigtwerdens bei Verteilungen kontingentierter Waren während des Transports der Formation. Auch wären zu hohe Preise ohne weiteres vermieden worden, da niemand Vorteil davon gehabt hätte!

Dagegen sprach ausschlaggebend allein das Interesse der Truppen, sich aus den Überschüssen des Marketendereibetriebes einen zur freien Verfügung stehenden Fonds zu schaffen. Alle anderen Bedenken wären zu zerstreuen gewesen. Beim Übergang zur Bewegung hätten die Truppen leicht aus den bodenständigen Marketendereien mit dem Notwendigsten ausgestattet werden können; anders konnte auch beim Vorhandensein von Truppenmarketendereien nicht verfahren werden, denn die Hauptbestände der Großmarketendereien (Divisionsmarketendereien) waren unbeweglich und mußten während der Operationen irgendwo abgestellt werden. Als 1918 die Rückwärtsbewegungen einsetzten, mußten sie schleunigst in die Heimat abgeschoben werden, um die Truppen vor erheblichen Vermögenseinbußen zu retten. Ihre Sicherung vor dem Zugriff Unbefugter und ordnungsmäßige Veräußerung ist für viele Formationen Gegenstand recht ernster Sorge gewesen und nicht durchweg in unbedenklicher Weise gelungen.

Der Marketendereifrage war, wie gesagt, anfangs nur untergeordnete Bedeutung beigelegt. Erst der Weltkrieg brachte die Erscheinung, daß das Feldheer jahrelang auf Kriegsschauplätzen kämpfte, auf denen Handel und Wandel stockte, auf denen den Soldaten nur selten Gelegenheit gegeben war, im freien Verkehr einzukaufen. Erst dadurch gelangten die Marketendereien zu ihrer großen Bedeutung, die, rechtzeitiger erkannt, eine durchgreifende Neuorganisation dieses Versorgungszweiges hätte veranlassen müssen. Später war das nicht mehr möglich. Ist es für die Truppe im Frieden erwünscht, Fonds zu uneingeschränkter Verfügung zugunsten der Mannschaften zu haben, so ist es im Kriege notwendig. Bei jeder Truppe kommen Fälle vor, wo auch über die Bestimmungen hinaus Geld zur Verfügung stehen muß. Dem hätte durch Gewährung gewisser Beträge zur Selbstbewirtschaftung unter möglichst weiter Fassung des Verwendungszwecks Rechnung getragen werden sollen, dann hätte es nicht des Geschäftemachens mit Marketendereien bedurft.

Hartfutter und Hartfutterersatz.

Weit ungünstiger als die Verpflegung des Mannes gestaltete sich die des Pferdes.

Nach Ausspruch der Mobilmachung rollte zunächst pünktlich nach dem Plan der Friedensvorbereitungen Haferzug auf Haferzug aus der Heimat zum Feldheere, und ebenso pünktlich erhielt die Truppe die schwere Kriegsration von 6000 g Hafer, für schwere Zugpferde sogar das Doppelte. Daneben lieferte der noch auf dem Felde in Hocken stehende Hafer einen nicht unbeträchtlichen Zuschuß, so daß man sich in den ersten Wochen nicht immer des Eindrucks des Überflusses erwehren konnte. Bei Formationen, bei denen die Fütterung der Pferde sachverständig beaufsichtigt wurde, wurde zwar einem allzu verschwenderischen Haferverbrauch vorgebeugt und beachtet, daß ein großer Teil der soeben aus dem Lande ausgehobenen Pferde an einen annähernd so hohen Hafersatz gar nicht gewöhnt war, vielmehr auch zu einer guten Ernährung bei großer Anstrengung viel weniger gebrauchte, daneben allerdings Rauhfutter und sonstiges Beifutter, das bei Beginn der Operationen leicht beizutreiben war. Ein recht erheblicher Teil der Pferde erhielt aber weit mehr Hafer als er ordentlich verarbeiten konnte, und ohne die Leistungsfähigkeit der Pferde irgendwie zu beeinträchtigen, hätte an Hafer so erheblich gespart werden können, daß der Beginn der Futternot nicht unwesentlich hätte hinausgeschoben werden können.

So aber spukte schon im Januar 1915 das Gespenst des Hafermangels, und das preußische

Kriegsministerium mußte warnend hierauf hinweisen. Bei den Armee-Oberkommandos wurde Herabsetzung der Haferration auf 9 kg für schwere und 5 - 5½ kg für andere Pferde angeregt; im Februar schon wurden diese Rationssätze vom Kriegsministerium als bindend eingeführt. Und als sich ergab, daß an Stelle der 1½ Millionen Tonnen Hafer, die das Feldheer vom 1. Februar 1915 bis zur neuen Ernte bei Gewährung der ursprünglichen Sätze gebraucht hätte, nur 800 000 t würden aufgebracht werden können, da mußten im März 1915 die Rationen auf 6 kg für schwere und 3 kg für die anderen Pferde herabgesetzt werden; ein jäher Sturz aus der reichlichen Versorgung im August/September 1914!

Die Ernte 1915, die eine Besserung der Lage bringen sollte, war knapp und schlecht, so daß eine bemerkenswerte Heraufsetzung der Haferration nicht möglich war. Die Futternot in der Heimat nahm ständig zu; ohne Vorräte ging man in das neue Wirtschaftsjahr hinein, dessen Erzeugnisse früher als sonst zum Verbrauch herangezogen werden mußten und deshalb am Schlusse wiederum nicht reichten. Durch Druschprämien und Lieferungsprämien mußte Anreiz zu frühzeitiger Ablieferung der Umlagen geboten werden. Zum Zustopfen des Loches mußte man ein anderes in die neue Ernte reißen. Da sie recht ungünstig ausfiel, versiegten ihre Erträge noch schneller als sonst. Schon im November waren die Vorräte erschöpft: die täglichen Eingänge bei der Reichsgetreidestelle deckten nur ein Drittel des Tagesbedarfs.

Im Mai 1918 wurde schließlich die Heeresverwaltung ermächtigt, statt 270 Mark für die Tonne Hafer 600 Mark zu zahlen. Trotzdem kamen nur ganz geringe Mengen ein. Das Feldheer wurde auf die Hartfuttereinfuhr aus Bessarabien, Rumänien und der Ukraine verwiesen, wobei aber ein großer Teil der Maiseinfuhr für die Brotversorgung der heimischen Bevölkerung beansprucht werden mußte, sollte die Brotversorgung bis zur neuen Ernte aufrechterhalten werden. Doch auch die auf diese Einfuhr gesetzten Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch; die Einfuhr verzögerte sich, und mit Mitte Juni mußte der Nachschub von Körnerhartfutter auf Ausnahmefälle für besondere Kampfhandlungen beschränkt werden. Zugleich mußte, wie früher erwähnt, die Verfütterung von Kartoffeln verboten werden, um die Versorgung der Mannschaften mit Kartoffeln noch einige Wochen zu ermöglichen. Die Not hatte einen Höhepunkt erreicht; mit Weidegang und Ersatzfutter mußten die Pferde durchgehungert werden, bis die Frühdruschablieferungen aus der neuen Ernte einige Entlastungen brachten, indessen die Operationen keine geringen Anforderungen an die hungernden Tiere stellten.

Ein Weg dauernder schwerster Sorge war es, den die Leiter des Verpflegungsdienstes auf dem Gebiete der Hartfutterversorgung durch alle Kriegsjahre hindurch zurückgelegt haben, dessen Trostlosigkeit hier nur angedeutet werden konnte. Mittel, auf Beseitigung des Grundübels, des Mangels, hinzuwirken, hatten sie nicht; sie mußten auf solche sinnen, die es ermöglichten, trotz des Mangels die Bewegungsfähigkeit des Heeres nicht lahmzulegen. Drei Wege boten einige Aussicht: Zweckmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Hafervorräte durch entsprechende Regelung der Rationsgebühr, Einschränkung der Pferdezahl auf ein Mindestmaß und Verfütterung von Ersatzfuttermitteln unter gleichzeitiger Förderung von deren Gewinnung auf dem Kriegsschauplatz.

Ursprünglich war bei der Rationsfestsetzung nur zwischen Pferden schweren Schlages und anderen unterschieden worden; allein dem Zwange äußerster Sparsamkeit folgend, mußten den tatsächlichen Bedürfnissen der Pferde entsprechend feinere Abstufungen vorgenommen werden zwischen kaltblütigen Pferden schwersten Schlages mit mindestens 1,68 Stockmaß (6½ kg), ausgesprochen schweren Pferden (5 kg), mittelschweren und leichten Pferden (3 kg), Panjepferden (1½ kg). Daneben waren besondere Sätze für Pferde in Lazaretten, Erholungsheimen, Pferdedepots und für Fohlen angesetzt, außerdem für sonstiges Vieh (Esel, Maulesel, Zugochsen, Milchkühe, Schlachtrinder, Kälber, Schafe, Schweine). Dabei konnten diese Rationssätze nur als Grundgebühren angesehen werden. Es mußte Vorsorge getroffen werden, daß bei der tatsächlichen Bemessung der Rationen diese sich unter dem Bestreben nach möglichster Sparsamkeit immer

erneut den schwankenden Verhältnissen anpaßten, dabei den Witterungs- und Wegeverhältnissen, den Vor- und Nachwirkungen der Operationen Rechnung trugen. Den Armee-Oberkommandos mußte es deshalb überlassen bleiben, an den Normalsätzen zu sparen, andererseits bei besonderem Bedarf innerhalb gewisser, allmonatlich festgelegter Gesamtmengen Zulagen zu gewähren.

Das machte den an sich schon recht bunten Rationstarif noch unübersichtlicher, insbesondere für Kampftruppen, die häufiger den Armeeverband wechselten. In der Truppe wurde er als Erzeugnis des grünen Tisches empfunden. Er stellte einen Notbehelf dar, eine Zwangsmaßnahme, von bitterster Not diktiert.

Die Truppe wünschte möglichst gleichartige Abfindung nach einfachem, leicht übersichtlichem Tarif, innerhalb dessen Gebühren ihr das Sparen überlassen bliebe. Damit wäre gewiß ein Sparen zugunsten der einzelnen Truppenteile, nicht aber für die Allgemeinheit erreicht worden. Daß auch trotz des gewählten Zuteilungsverfahrens nach genauer Rationsberechnung eine gewisse Vorratswirtschaft (allerdings in engsten Grenzen) bei der Truppe Platz griff, hat manchen Truppenteil vor äußerster Not bewahrt, läßt aber erkennen, wohin der von der Truppe gewünschte Weg geführt hätte. Je geringer aber die zur Verfügung stehenden Gesamtmengen waren, um so weniger durften Reserven verzettelt werden.

Bei den Anordnungen konnte auch ihr vermutlicher Eindruck auf die Heimat nicht unbeachtet bleiben, wo immer wieder der Verdacht auftauchte, daß das Feldheer "hamstere". Gegründet war ein solcher Verdacht meistens auf Nachrichten aus dem Feldheere von Leuten, die sich nicht klarmachten, welche gewaltigen Mengen zur laufenden Versorgung des Feldheeres gehörten und welchen großen Raum Vorräte für einige Tage einnahmen. Oft wurden auch Einzelvorgänge verallgemeinert. Der Generalintendant mußte aber der darbenden Heimat zeigen, daß alles, was in seinen Kräften stand, geschah, die durch die Lage bedingte äußerste Sparsamkeit zu erzwingen. Das war im Interesse des Feldheeres unerläßlich, sollte die Opferfreudigkeit der heimischen Landwirtschaft nicht erlahmen. Straffste Durchführung der Rationierung war im Hinblick auf die in der Heimat bis zum äußersten gesteigerte Zwangsbewirtschaftung ein Haupterfordernis.

Der Weg, die Zahl der Pferde einzuschränken, wurde damit beschritten, daß strengste Innehaltung der vorgeschriebenen Stärken angeordnet und überwacht wurde. Dadurch wurden die in den ersten Kriegsmonaten bei den Truppen in recht großer Zahl eingestellten überplanmäßigen Pferde den Truppen wieder genommen. Dann wurden aber die Stärkeübersichten selbst einer scharfen Prüfung unterzogen, und alle irgendwie entbehrlichen Pferde wurden gestrichen, wobei oft wichtige dienstliche Rücksichten für Beibehaltung unbeachtet bleiben mußten; so wurden z. B. den Feldverwaltungsbehörden fast alle Pferde genommen, wodurch ihr Dienstbetrieb sehr erschwert und erheblich geschädigt wurde.

Im Dezember 1917 ordnete der Chef des Generalstabs des Feldheeres eine Herabsetzung der Etatsstärken an Pferden auf 92% an; allerdings sollten für 92% auch dann Rationen empfangen werden, wenn weniger Pferde (bis zu weiteren 8%) vorhanden wären, damit dann die übrigen um so besser verpflegt werden könnten. Pferde, die voraussichtlich länger als zwei Monate nicht kriegsverwendungsfähig wären, sollten in die Heimat abgeschoben werden, wenn sie dort noch zu verwenden waren; andernfalls sollten sie getötet werden. Im übrigen enthielten die Anordnungen weitgehende Hinweise zur sachgemäßen Fütterung (Quetschen des Hartfutters) und zur Schonung der Pferde, damit auch dadurch der Futternot Rechnung getragen würde.

Von den Ersatzfuttermitteln, die den Hafer voll ersetzen konnten, waren die meisten bald so knapp und dringend zu anderen wichtigen Ernährungszwecken benötigt, daß sie nur in bescheidenem Umfange die Hafermengen strecken konnten. Roggen und Weizen kamen nicht in Frage. Aus Gerste wurden dringend gebrauchte Nährmittel hergestellt; ein Teil mußte auch für Brauzwecke verfügbar

bleiben, wenn auch dieser Teil auf das äußerste eingeschränkt wurde. Gegen gänzliche Einstellung des Braubetriebes sprachen aber Interessen des Feldheeres ebenso wie der schwer arbeitenden heimischen Bevölkerung, der das Bier als Genußmittel nicht ganz entzogen werden konnte. Mais war zeitweilig knapp und konnte erst nach Besetzung Rumäniens wieder in größerer Menge eingeführt, aber auch nur zum Teil als Pferdefutter verbraucht werden. Hülsenfrüchte mußten voll zur menschlichen Ernährung, vorwiegend zur Herstellung der Armeegemüsekonserven (eiserne Portionen), verwendet werden. Kleie wurde nach Einführung des hohen Ausmahlungsgrades von 92% beim Brotgetreide nicht mehr viel gewonnen und war als Kraftfutter für Rindvieh und Schweine schwer entbehrlich. Zucker war zu Beginn des Krieges überreichlich vorhanden; im besetzten Gebiete, insbesondere in Belgien, wurden außerdem große Mengen Rohzucker vorgefunden. Aber an die Stelle von Überfluß trat bald Mangel und nur noch geringe Mengen kamen als Pferdefutter ins Feld, dafür aber Melasse und Melassemischfutter (28% Torfmull, 75% Melasse) mit einem Mindestzuckergehalt von 36%.

In welchem Umfange die erwähnten Ersatzfuttermittel an Stelle von Hafer ins Feld nachzuführen waren, richtete sich allein nach der heimischen Ernährungslage und den Zuteilungen aus der allgemeinen Bewirtschaftung. So verwies das Kriegsernährungsamt für das Jahr 1917/18 in ganz erheblichem Maße auf Verfütterung von Kartoffeln: von einem Gesamtbedarf von 2 Millionen Tonnen Hartfutter sollten 500 000 t durch 1½ Millionen Tonnen Kartoffeln ersetzt werden. In dem Rationstarif wurde deshalb die Hälfte bis zwei Drittel der Haferration nach dem Verhältnis 1 kg Hartfutter = 2½ kg Kartoffeln durch Kartoffeln ersetzt. Wenn auch zu befürchten war, daß neben den Speisekartoffeln so viel Futterkartoffeln nicht heranzuschaffen waren, selbst bei Ausdehnung des Transportes in die Wintermonate, so mußte die Maßnahme soweit als möglich durchgeführt werden, da Hartfutter nicht zur Verfügung stand.

Grünfütterung, die schon im Jahre vorher gute Dienste getan hatte, mußte wieder aushelfen. Dringend erwünscht wäre es gewesen, den abgetriebenen Pferden den Weidegang als Zuschußverpflegung ohne Anrechnung auf die knappe Ration zu gewähren; das war aber nicht möglich. 160 000 t Hafer mußten durch Weidegang eingespart werden. Das verlangte eine außerordentlich weitgehende Ausnutzung der Weiden, waren doch im Vorjahr während des Weideganges im Mai bis September nur etwa 16 000 t Hartfutter monatlich erspart bei Anrechnung von 50% Hartfutter auf die Grünfütterung bei nicht arbeitenden Pferden und von 331/3% bei arbeitenden.

Mit ganz besonderem Interesse wurden beim Feldheere die verschiedenen Bestrebungen verfolgt, die Zellulose des Strohs mit Chemikalien (Natron- und Kalilauge, Säuren, Ätzkalk usw.) aufzuschließen. Im Befehlsbereich des Oberbefehlshabers Ost wurden frühzeitig Versuche unter Hinzuziehung bekannter Sachverständiger angestellt. Zu ganz besonderer Bedeutung gelangten die in dem Futterwerk Plociczno durchgeführten Arbeiten in der Aufschließung des Strohs mittels Ätzkalks, der leichter zu erlangen war als die sonst verwendeten Chemikalien. Hier wurde auch die Aufschließung von Holz betrieben, die - anders als bei dem auch unaufgeschlossen bis zu einem gewissen Grade verdaulichen Stroh - aus einem an sich gänzlich unverdaulichen Stoff einen solchen schaffen sollte, der, mit anderen Stoffen vermischt, ein brauchbares, nahrhaftes und verdauliches Futter ergab. Später wurden auch im Westen Aufschließungsfabriken angelegt und auch hier die Forschungsarbeiten auf diesem Gebiete unterstützt, auf dem sich in der Heimat der Kriegsausschuß für Ersatzfutter mit großem Erfolge betätigte.

Der Generalintendant hatte die Bedeutung, die diese Bestrebungen für das Feldheer hatten, voll erkannt. Ein von ihm beauftragter Offizier gehörte dem Arbeitsausschuß des erwähnten Kriegsausschusses an. Es kam vor allem darauf an, in der Heimat der Verfütterung dieser Ersatzfutter weitesten Eingang zu verschaffen, um dadurch das im Felde leichter verwendbare Hartfutter in größerer Menge frei zu bekommen. Beim Feldheer selbst mußte es in der Etappe in der

Nähe der Aufschließungsanlagen verfüttert werden, da der Transport auf weitere Strecken viel Frachtraum erforderte. Die Schaffung der Anlagen, Sicherstellung der Rohstoffe usw. gingen aber nur langsam vor sich, so daß die Herstellung von Kraftstroh nicht in der Menge gelang, wie es zur Besserung der Futterlage unbedingt notwendig gewesen wäre. Nach den bei der Verfütterung von Kraftstroh gemachten Erfahrungen wäre eine solche bestimmt zu erwarten gewesen. Die Männer der Wissenschaft, die sich bereitwillig in den Dienst der Sache auch im Bereich des Feldheeres gestellt haben, haben sich aber ein großes Verdienst um sein Wohl erworben.

Im Herbst 1917 trat ein Lehrer aus Thüringen an die Oberste Heeresleitung mit der Anregung heran, all das zu Futterzwecken zu verwerten, was noch ungenutzt auf dem Lande lag, Quecken, Kräuter, vor allem aber Laub. Der Generalintendant nahm daraus Veranlassung, sich angesichts der völlig unzureichenden Versorgung des Feldheeres mit Futter für die Weiterverfolgung der Anregung auch in der Heimat einzusetzen. Geringe Anfänge einer entsprechenden Bewegung waren im Königreich Sachsen vorhanden, sonst bestanden nur Bedenken.

Versuche ergaben, daß sich das Laubfutter in Kuchen- (Brikett-) Form bringen und so sehr bequem unverpackt befördern ließ, ohne allzuviel Raum einzunehmen. Das Laub mußte getrocknet und vermahlen werden. Zur Geschmacksverbesserung, Beseitigung der allen Laubarten eigentümlichen Bitterkeit sollten 10% Melasse hinzugesetzt werden, ferner zur Hebung des Eiweißgehaltes nach Maßgabe der im preußischen Landwirtschaftsministerium angestellten Analysen des Laubes andere pflanzliche Stoffe und Produkte (Obsttrester, Ölkuchenteile usw.). Ein besonders für die Frage interessierter Offizier wurde vom Generalintendanten mit der Aufgabe betraut, insbesondere die Nutzbarmachung des Laubs für Futterzwecke zu fördern. In der Heimat nahm sich das Kriegsamt (Stab) unter Heranziehung der Kriegswirtschaftsämter der Durchführung mit großer Energie an.

Um die Arbeitskräfte für das Einsammeln des Laubes aufzubringen, mußten die städtischen Schulkinder mobil gemacht werden; die Landkinder wurden zu landwirtschaftlichen Arbeiten gebraucht, andere Arbeitskräfte gab es nicht. Eine umfassende Aufklärungs- und Werbearbeit war zu leisten, die zunächst Verständnislosigkeit und Ablehnung in allen Kreisen, auch bei den Waldbesitzern, begegnete, schließlich aber von durchschlagendem Erfolg war. Eine gewaltige Sammeltätigkeit setzte ein. Aber die Zahl und Größe der sonstigen Widerstände und Reibungen schien von Tag zu Tag zu wachsen. Es fehlte an Darren, Mühlen, Pressen, an Personal zum Leiten der vorhandenen Einrichtungen; die Versicherungsgesellschaften lehnten die Versicherungen der Betriebe wegen der Feuergefährlichkeit des Laubheumehls ab. Vor allem aber (und das verzögerte die Herstellung der Laubheukuchen am meisten) mangelte es überall an Kohlen. Aus allen Teilen des Reiches liefen beim Generalintendanten Hilferufe ein. Der Reichskohlenkommissar hatte diesen Bedarf in seinem Plane nicht berücksichtigen können und mußte nun "versuchen", die nötigen Mengen an anderen Stellen zu ersparen. Erhebliche Mengen waren nötig, denn auf 4000 t Laubheu kamen 1000 t Kohlen, für die Monate Mai bis September etwa 10 000 t.

Während die Sammeltätigkeit sehr erfreuliche Fortschritte machte, hinkte die Verarbeitung infolge der vielen unvorhergesehenen, nur durch dauerndes unmittelbares Eingreifen der Zentralstellen zu beseitigenden Schwierigkeiten jämmerlich nach. Ende Juni 1918 war noch kein Kuchen angefertigt, bis Mitte Juli waren 650 t hergestellt. Am 9. August waren rund 590 000 Zentner frisches Laub und 310 000 Zentner Laubheu (getrocknetes Laub) eingeliefert, was einer Menge von rund 21 000 t fertigen Futters entsprach; vermahlen waren aber nur 120 000 Zentner und an die Front geschickt nur 2000 t Futter. Die im Herbst 1917 aufgenommene und mit ganz besonderem Nachdruck betriebene Arbeit hatte leider nur wenig zur Linderung der Futternot beitragen können; vielleicht wären im nächsten Jahre ihr schönere Erfolge beschieden gewesen trotz der großen Kosten, die die Gewinnung von Laubheu verursachte. Die Entwicklungsgeschichte dieser Versorgungsfrage ist charakteristisch für die ungeheuren Schwierigkeiten, die es machte, einen als zweckmäßig erkannten und Rettung in größter Not bringenden Gedanken in die Tat umzusetzen, selbst wenn der

günstige und seltene Fall vorlag, daß schließlich alle Zentralstellen an der Durchführung willig mitarbeiteten. - Auch an der Front wurde Laub gesammelt. Hier wurden mit gutem Erfolg Versuche gemacht, das Laub anzusäuern.

Aus den Rückständen der Feldschlächtereien und aus den Tierkadavern wurde in den Tierkörperverwertungsanstalten - Anfang 1917 gab es deren mehrere hundert (im Osten allein 262) - ein sehr eiweißhaltiges Fleischmehl und durch Vermischung von Blutrückständen mit Kartoffeln und Sägemehl ein Blutmehl hergestellt, das, in geringen Mengen verfüttert, ein gutes Ersatzfutter gab und wegen seines Eiweißgehaltes ein zweckmäßiges Beifutter neben dem eiweißlosen Kraftstroh bilden konnte. Auch der Panseninhalt der Rinder wurde getrocknet und mit Blut, Melasse und dergleichen gedörrt oder zu Futterkuchen gebacken.

So wurden an Stelle des Hartfutters alle irgend erdenklichen Ersatzfuttermittel verwendet, um die Pferde trotz der dauernden Hartfutternot zu ernähren. Die Ersatzfuttermittel haben zweifellos wesentlich dazu beigetragen, die Katastrophe abzuwenden und hätten weit mehr helfen können, wenn schon im Frieden in ihrer Verwendung Erfahrung gesammelt und die Industrie auf ihre Herstellung eingerichtet gewesen wäre. Wäre ihre Bedeutung allgemeiner bekannt gewesen, wäre es vielleicht auch leichter gewesen, die für ihre Herstellung erforderlichen Rohstoffe freizubekommen und vor allem die Kohlenversorgung der Ersatzfutterindustrie zu heben. Alle jene Männer aber, die sich im Kriege der Bearbeitung und Erprobung der Ersatzfutterfrage mit unermüdlichem Eifer annahmen, erhofften von der Kriegsarbeit auch nützliche Verwertung der gesammelten Erfahrungen nach dem Kriege. Hätten sie recht behalten, könnte manche mühevolle Arbeit noch zu Erfolgen führen, die sie im Kriege nicht mehr erzielen konnte.

Eine Erfahrung wurde mit allen nicht als vollwertig bekannten Ersatzfuttermitteln gemacht. Ihr schlimmster Feind war das Vorurteil des Pferdepflegers. Die Verfütterung der Ersatzfuttermittel erfordert Geduld und sorgfältige Zubereitung der Mahlzeiten, langsames und verständiges Gewöhnen der Tiere an das neue Futter. Dabei darf die Beobachtung nicht abschrecken, daß einzelne Tiere die Annahme verweigern. Auch die Geschmacksrichtungen der Menschen sind verschieden! Genaue Kenntnis des Nährwerts der einzelnen Ersatzfuttermittel ist nötig, damit sie nicht falsch verwendet werden.

Rauhfutter und Rauhfutterersatz.

Auf ein weiteres Aushilfsmittel bei Hartfuttermangel verwies die Verpflegungsvorschrift, indem sie zuließ, daß 500 g Hafer durch 1½ kg Heu ersetzt werden könnten, wobei vorausgesetzt war, daß Rauhfutter in ausreichender Menge zur Verfügung stände. Leider war das aber nur selten der Fall. Zwar wurden die Rauhfuttersätze von 3½ kg Heu (und 1½ kg Zuschuß für schwere Pferde) und 1½ kg Futterstroh mit zunehmender Hartfutterknappheit gesteigert auf 5 - 7 kg Heu und 3 - 5 kg Stroh für schwere Pferde und 3½ kg Heu und 2 kg Futterstroh für die andern. Meistens konnten aber nicht einmal die ursprünglichen Sätze gegeben werden, da die Bereitstellung der ungeheuren Mengen Rauhfutter unüberwindliche Schwierigkeiten bereitete.

Auf dem Kriegsschauplatz kamen große Mengen Rauhfutter auf, wenn auch die Verhältnisse bei den einzelnen Armeen im Westen und im Osten sehr verschieden waren. In gewissen Gegenden konnte es nicht voll abgeerntet werden, weil so viele Arbeitskräfte nicht verfügbar gemacht werden konnten. Im Osten herrschte im Winter 1915/16 noch außerordentlicher Mangel. Außer bei der Njemenarmee konnte nicht mehr als ½ - 1 Pfund täglich bis Ende Januar entnommen werden. Später machten die ungünstigen Transportverhältnisse die volle Ausnutzung der Ernte unmöglich trotz größter Anspannung aller Kolonnen und sonstigen Fuhrwerke. Immerhin konnten aus dem besetzten Gebiet (außer den Generalgouvernements Warschau und Belgien) aus der Ernte 1916 895 000 t Heu und 646 000 t Futterstroh für die Truppenverpflegung nutzbar gemacht werden, so

daß nur rund 700 000 t Heu und 500 000 t Stroh aus der Heimat nachzuführen blieben. Die Ernte des Generalgouvernements Warschau konnte wegen der schlechten Transportverhältnisse, obgleich die Armeen Kolonnen zur Verfügung stellten, nur zum Teil ausgenutzt werden. Das Generalgouvernement Belgien, das anfangs gerade an Rauhfutter erhebliche Mengen geliefert hatte, kam aus noch zu erörternden Gründen für die Versorgung des Feldheeres später (1916) nicht mehr in Betracht.[9] Bei der sehr schlechten Ernte 1917 sanken die Ziffern auf etwa die Hälfte, so daß die Nachschubbedarfsmengen auf 1 300 000 t Heu und 1 000 000 t Stroh stiegen. 1918 brachte wegen der erheblichen Steigerung der Pferdestärken im Westen und Verminderung des Heuertrages infolge der zum Ausgleich für den Hartfuttermangel verstärkten Ausnutzung der Weiden zum Weidegang der Pferde keine größere Entlastung des Nachschubs. Von seiner glatten Durchführung blieb die Versorgung des Feldheeres mit Rauhfutter abhängig.

Schon im November 1914 mußte der Nachschub im großen einsetzen, während man gehofft hatte, daß er nur in Ausnahmefällen Platz greifen müßte. Die Kriegserfahrungen, insbesondere die aus dem Kriege 1866 hatten hinreichend dargetan, wie schwierig es ist, ein Feldheer durch Nachschub mit Rauhfutter zu versorgen. Zwar waren Pressen bereitgestellt, um durch Pressen des Rauhfutters den Transport zu erleichtern, indessen behielt die Transportfrage ausschlaggebende Bedeutung in der Rauhfutterversorgung. Es erwies sich als unmöglich, Armeen mit nicht ganz glatt laufender Nachschubverbindung mit Rauhfutter auch nur einigermaßen ausreichend zu versorgen; die Transportschwierigkeiten wirkten aber auch auf die Aufbringung in der Heimat ein. War bei der allgemeinen Futternot schon die Beschaffung der gewaltigen Rauhfuttermengen fast unmöglich, so setzte schließlich die Transportmöglichkeit Grenzen, die nicht einmal die volle Erfassung der verfügbaren Mengen gestattete.

Nur bei einer einigermaßen gleichmäßigen Verteilung der Gesamtnachschubmengen auf das ganze Jahr und Festlegung eines gewissen Transportprogramms war es überhaupt denkbar, die Transporte zu leisten. 1918 konnten über 5000 t Rauhfutter täglich neben dem sonstigen Nachschub nicht gefahren werden (Erfahrung Januar bis Juni 1918), so daß der Nachschubbedarf 1918 von 1 650 000 t Heu und 1 000 000 t Futterstroh allein wegen der Transportschwierigkeit nicht einmal voll angefordert werden konnte. Die auf dem Kriegsschauplatz geernteten Mengen mußten, gleichfalls über das ganze Jahr verteilt, die Ergänzungsmengen liefern und - was von ganz besonderer Bedeutung war - die Reserven für plötzlich eintretende Bedarfsvermehrungen bilden. Eine auch nur annähernd gleichmäßige Anlieferung war aber von den heimischen Landwirten nicht zu erreichen. Bei den außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnissen waren sie gezwungen, die Bestellungs- und Erntearbeiten in den Vordergrund zu stellen, den Abtransport der Ernte aber vorzunehmen, wenn es der Betrieb gestattete. So kam es noch mehr als bei den Kartoffeln, wo ja ähnliche Verhältnisse vorlagen, zu ganz unregelmäßigen Anlieferungen. Insbesondere konnten die ersten Monate nach der Heuernte wegen der sonstigen Ernte und der dann einsetzenden Kartoffelabtransporte nicht voll ausgenutzt werden. August bis Oktober 1916 wurden nur rund 63 000 t Heu an das Feldheer nachgeführt, im Februar bis April 1917 dagegen 156 000 t. Bei der 2. Armee trafen anstatt des Solls von 900 t Rauhfutter in den Dekaden 11. bis 20. Dezember 1916 nur 730 t, vom 21. bis 31. Dezember 556 t, vom 1. bis 10. Januar 1917 350 t, vom 11. bis 15. Januar 253 t ein, bei der 7. Armee statt eines Tagessolls von 200 t in den ersten Tagen des Novembers 1917 zusammen nur 87 t Heu und 71 t. Stroh.

So wurden die im besetzten Gebiete geernteten Vorräte gleich nach der Ernte über Gebühr angegriffen und waren, von einigem ungedroschenen Getreide abgesehen, im Januar/Februar aufgebraucht. Da die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn nicht gesteigert werden konnte, konnten die Fehlmengen schon deswegen nicht nachgeliefert werden. Die Aufbringung in der Heimat wurde aber auch mit fortschreitender Jahreszeit gegen Schluß des Wirtschaftsjahres von Monat zu Monat schwieriger.

Der so immer wieder entstehenden Rauhfutternot gegenüber waren die Feldverwaltungsbehörden machtlos. Die Verfütterung von Ersatzmitteln wie Heidekraut, Schilf, junge Baumtriebe neben den schon erwähnten, brachte zeitweilig zwar geringe Zuschüsse, aber keine Abhilfe. Jeweils konnten wohl Ausgleiche zur Beseitigung der größten Notstände vorgenommen werden; sie konnten aber meistens von den abgebenden Stellen auch nur vorübergehend ertragen werden und an dem Gesamtmangel nichts ändern. Unter ihm litten die schweren Pferde, an die gerade die größten Anforderungen gestellt wurden, ganz besonders. Es nutzte nichts, daß für sie nach Möglichkeit noch größere Hartfutterrationen verfügbar gemacht wurden, wenn sie daneben nicht hinreichend Rauhfutter bekommen konnten. Ohne Rauhfutter waren sie selbst bei geringen Leistungen nicht bei Kräften zu erhalten. Melasse und frische Kartoffeln, die an Stelle von Hartfutter verfüttert wurden, verlangten reichliche Verfütterung von Rauhfutter und Häcksel. Auch Grünfütterung und Weidegang machten das Rauhfutter nicht entbehrlich, zumal daneben schon die Hartfutterration gekürzt wurde.

7. Vergleich der Portions- und Rationssätze im Felde und in der Heimat.

In **Anlage 2 (s. S. 96 f.)** ist dargestellt, wie sich ohne Zulagen die Verpflegungsportion des Mannes im Felde zu der in der Heimat für die Bevölkerung zur Verfügung stehenden verhielt. Diese Gegenüberstellung spricht offenbar zugunsten der Feldverpflegung. Allein an Brot war auch der auf die niedrigste Brotportion angewiesene Feldsoldat, der keine besonderen Anstrengungen auszuhalten hatte, mit dem heimischen Schwerstarbeiter gleichgestellt, in der Front und bei anstrengendem Dienst erhielt er mehr als der heimische Bergarbeiter und etwa das 2 - 2½fache von dem Normalsatz der heimischen Brotportion, an Fleisch sogar etwa das sechsfache der Normalportion und selbst in der Etappe noch dreimal so viel wie ein Bergarbeiter, an Fett (ohne Marmelade) das zwei- bis dreifache des heimischen Normalsatzes, daneben noch sehr reichlich Marmelade mit 50% Zuckergehalt und außerdem erheblich mehr Zucker. Die Kartoffelversorgung schwankte wie in der Heimat; im Felde gab es aber bei Kartoffelmangel stets, an den heimischen Verhältnissen gemessen, sehr reichlichen Ersatz in anderen Gemüsen. Daß die Heimat trotz ihrer trostlosen Verpflegungslage vermocht hat, ihr Feldheer in dieser Weise zu versorgen, darf nicht vergessen werden, auch wenn man der Organisation des heimischen Ernährungsdienstes und ihrer lästigen Einwirkungen auf den Verpflegungsdienst beim Feldheer nicht rückhaltslos zustimmend gedenken kann.

Gewiß lebte ein Teil der Bevölkerung als "Selbstversorger" wesentlich besser als die Bestimmungen gestatteten; ein anderer konnte sich "hintenherum" Zuschüsse verschaffen, die den Verpflegungszulagen beim Feldheere nicht nachstanden und in den Fabriken wurden mancherlei Zuschüsse verteilt. Im ganzen genommen war aber der im Felde stehende Soldat wesentlich besser verpflegt als im Durchschnitt der Bürger in der Heimat. Das war auch unerläßlich allein schon im Hinblick auf die sonstigen Lebensbedingungen.

Bei einem flüchtigen Vergleich der Rationssätze des Feldheeres mit den für die Heimat festgesetzten Verbrauchsmengen von durchschnittlich 3 - 5 Pfund Hafer auf Kopf und Tag, denen gegenüber die Rationsmengen des Feldheeres das Doppelte betrugen, ist es vielleicht nicht voll verständlich, daß die Futternot geradezu vernichtend auf den Pferdebestand des Feldheeres wirkte. Es ist aber zu beachten, daß oft wochenlang die festgesetzten Rationssätze nicht gegeben werden konnten, daß in der Heimat, namentlich in ländlichen Betrieben, mehr Rauhfutter und anderes Futter verfüttert werden konnte, und daß für einen großen Teil der Pferdehalter die Möglichkeit bestand, für die Pferde höhere als die vorgeschriebenen Hafermengen zu beschaffen. Von einschneidender Bedeutung für den Vergleich ist auch, daß den Pferden im Felde nicht eine annähernd so gute Unterkunft gewährt werden konnte, als den heimischen, und daß auch die Pflege stark vernachlässigt werden mußte. Schließlich ist auch der schädigende Einfluß der dauernden

Beunruhigung der Pferde im Felde nicht zu unterschätzen.

Eine vom leitenden Chefveterinär beim Generalquartiermeister aufgestellte Statistik zeigt deutlich, wie die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle unter den Pferden mit Zunahme der Futternot zunahm, mit Besserung der Futterlage fiel. In Prozentsätzen der Iststärke ausgedrückt, betrugen die **Krankheits-** und **Todesfälle** im

	Westen	Osten	Südosten
Juli 1917	0,34 und 0,07	0,65 und 0,06	0,50 und 0,17
Januar 1918	3,36 " 1,36	2,98 " 0,72	7,54 " 0,47
Mai 1918	1,14 " 0,20	2,17 " 0,47	2,77 " 0,15

(im Westen schon Grünfütterung).

Die Wirkungen der mangelhaften Ernährung traten beim Pferde deutlicher in die Erscheinung als beim Manne. Wiederholt schien die Bewegungsfähigkeit des Heeres infolge schlechter Futterversorgung gefährdet; und als dem Generalintendanten die für das Frühjahr 1918 bestehenden Angriffsabsichten vom Chef des Generalstabes mitgeteilt wurden, entstand für ihn angesichts der Futternot die bange Frage, ob die Pferde so ernährt werden könnten, daß sie den ihrer harrenden gewaltigen Anstrengungen gewachsen sein würden.

Ihre infolge Unterernährung außerordentlich herabgesetzte Leistungsfähigkeit hat sich dann auch bei der Durchführung der Operationen sehr störend bemerkbar gemacht. Viele brachen vor Erschöpfung zusammen; für viele brachten allein die in den neu eroberten Gebietsteilen erbeuteten Futtermittel Rettung.

8. Verpflegung der Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung.

Zu der Sorge um das Wohl der Truppen trat für die Organe des Verpflegungsdienstes als nicht zu unterschätzende große Aufgabe noch die Bereitstellung der Verpflegung für die Wohlfahrtseinrichtungen, die Kriegsgefangenen und die Zivilbevölkerung hinzu.

Soldatenheimen, Eisenbahnerheimen und anderen Wohlfahrtseinrichtungen, die den Heeresangehörigen in freien Stunden während der Ruhe nach Rückkehr aus den Stellungen einen leidlich freundlichen Aufenthalt bieten oder an besonders verkehrsreichen Eisenbahnend- oder -knotenpunkten die Möglichkeit zur Selbstbeköstigung geben sollten, mußte die Entnahme von Genuß- und Verpflegungsmitteln gegen Bezahlung in streng begrenzten Mengen gestattet werden, insoweit eine Selbstbeschaffung nicht möglich war.

Die in den Etappengebieten arbeitenden Kriegsgefangenen wurden voll aus Heeresbeständen verpflegt. Die Portionssätze waren im allgemeinen den Armee-Oberkommandos überlassen, die je nach der Beschäftigungsart der Kriegsgefangenen am besten ermessen konnten, was ihnen gewährt werden mußte. Daß dabei nicht die eigene Not aus dem Auge verloren und übersehen werden durfte, daß in der deutschen Heimat die Bevölkerung, auch die schwer arbeitende, sich die fühlbarsten Einschränkungen auferlegen mußte, ist selbstverständlich. Da die Armee-Oberkommandos ein dringendes Interesse daran hatten, die Kriegsgefangenen arbeitsfähig zu erhalten, kamen sie jedoch nicht zu kurz. Im Hinblick auf die deutsche Ernährungslage mußte die tägliche Brotportion auf 400 g (Schwerarbeiter 600 g), die Fleischportion auf 100 g frisches oder 80 g Dauerfleisch bei zwei fleischlosen Tagen in der Woche beschränkt werden. Ganz besondere Sorge bereitete die Verpflegung der rumänischen Kriegsgefangenen, die zum großen Teil stark unterernährt in Gefangenschaft gerieten.

Die zahlreichen deutschen Zivilpersonen, die beim Feldheere mittelbar oder unmittelbar tätig waren, mußten sich möglichst ihre Verpflegung aus dem Lande selbst beschaffen. Wo das nicht möglich war, erhielten sie die Genehmigung, sie ganz oder zum Teil aus den Magazinen zu kaufen. Unter besonderen Umständen wurden sie auch gegen Bezahlung aus den Küchen der Truppen voll beköstigt.

Schließlich war auch noch die Verpflegung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu sichern. Es soll hier nicht die Frage untersucht werden, ob die besetzende Macht völkerrechtlich verpflichtet ist, auch für die Ernährung der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu sorgen. Es wäre nur eine natürliche, vom Selbsterhaltungstrieb gebotene Folge **der völkerrechtswidrigen Hungerblockade** gewesen, wenn die innerhalb des blockierten Raumes vorhandenen Lebensmittel allein für Heer und Volk Deutschlands und seiner Verbündeten verbraucht wären, um sie vor Unterernährung zu schützen. Wer die elenden und ausgemergelten Gestalten in den deutschen Großstädten und in Wien während des Krieges gesehen hat, der versteht es, wenn dort der Ruf erscholl: "Besser 100 Feinde verhungern, als daß ein Deutscher durch Unterernährung an seiner Gesundheit Schaden leidet."

Die besetzende Macht, Deutschland, verfuhr nicht danach. Überall wurden aus den Landeserzeugnissen der Bevölkerung die zu einer der deutschen Ernährung gleichkommenden Beköstigung erforderlichen Mengen belassen. Es wurden Einrichtungen getroffen, die Verpflegung der Bevölkerung in den größeren Städten, insbesondere in den Industriezentren, zu ermöglichen. Hierzu sind wiederholt, insbesondere am Anfang der Besetzung, erheblich Zuschüsse aus Heeresbeständen geliefert. Die von den verschiedenen Hilfskomitees (nationalen und solcher neutraler Länder) eingeführten Lebensmittel blieben von jeder Beschlagnahme frei. Leute, die für die besetzende Macht arbeiteten, erhielten volle Verpflegung aus Heeresbeständen oder doch Zulagen zu ihrer sonstigen Verpflegung. An ihnen allein hatte Deutschland ein Interesse; an den anderen verrichtete es ein Liebeswerk, das nur mittelbar insofern in seinem Interesse lag, als dadurch Ruhe und Ordnung im Rücken des Heeres aufrechterhalten wurden. Wäre es aber unmenschlicher als **das Abschneiden der Lebensmittelzufuhr durch die Feindbundmächte** gewesen, wenn man diesen Teil ihrer Landsleute zu ihnen hinübergetrieben hätte, heraus aus dem der Aushungerung von ihnen selbst preisgegebenen Gebiet?

Von besonderem Interesse sind die im Westen getroffenen Maßnahmen. Auf sie muß näher eingegangen werden, weil darüber falsche, natürlich für Deutschland ungünstige Anschauungen verbreitet sind. Auch Ludendorff drückt sich in seinen Kriegserinnerungen hierüber so aus, daß Mißverständnisse nicht ausgeschlossen sind.[10] Wenn die Entente nach sehr langwierigen Verhandlungen dem Drängen der Bevölkerung Nordfrankreichs nachgab und die Einfuhr gewisser Mengen Lebensmittel unter schärfster Kontrolle gestattete, so wurden deutscherseits ganz erhebliche Opfer dafür gebracht.

In Belgien, das ja vor dem Kriege drei Viertel aller Lebensmittel hatte einführen und in den ersten Kriegswochen große Mengen Verpflegungsmittel an das eigene und das deutsche Heer hatte abgeben müssen, bildete sich frühzeitig ein einheimisches Hilfskomitee (*Comité Central de Secours et d'Alimentation*), das dann von einem spanisch-amerikanischen, der *Commission for Relief in Belgium (C. R. B.)* durch Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika durch Holland in hervorragendem Maße unterstützt wurde. Dieses wurde durch einen am 13. April 1915 zwischen ihm und der Obersten Heeresleitung geschlossenen Vertrag auch für Nordfrankreich zugelassen, nachdem die französische Regierung jede Versorgung ihrer eigenen Landeskinder durch die Schweiz trotz eifriger Bemühungen einiger Notabeln abgelehnt hatte. Bis dahin hatten die Heeresmagazine Verpflegung abgegeben. Die volle Versorgung hätte aber einem täglichen Aufwand für 5 - 6 Armeekorps entsprochen, war also auf die Dauer undurchführbar.

Die Verteilung der C. R. B.-Verpflegungen Nordfrankreichs lag amerikanischen Delegierten ob. Das

Speisung der armen Bevölkerung in Bukarest.

Land war in Verpflegungsbezirke eingeteilt; für jeden war von deutscher Seite ein sprach- und geschäftsgewandter Verpflegungsoffizier bestimmt, dem die amerikanischen Delegierten zugeteilt waren. Für die Unterverteilung waren Syndikate gebildet. Die Verpflegungsoffiziere haben ihr Amt, das nicht nur viel Arbeit, sondern noch mehr Takt und Geschicklichkeit verlangte, unter Leitung des Generalintendanten, zu dessen Stab ein besonderer Verpflegungsoffizier trat, in musterhafter Weise durchgeführt und sich auch in anderen Dingen der Bevölkerung in aufopfernder und selbstloser Weise angenommen. Nach Eintritt Amerikas in den Krieg traten Holländer an die Stelle der amerikanischen Delegierten.

Von deutscher Seite wurde den eingeführten Lebensmitteln vorzugsweise Beförderung und Befreiung von jeder Beschlagnahme zugesichert. In Nordfrankreich war ferner ein Mehlzuschuß ausbedungen, der dem Ertrag der gesamten Ernte des besetzten Gebiets an Brotgetreide gleichkam und im Anfang 100 g, später 180 g täglich betrug. An Kartoffeln mußten zunächst 200 g, später 350 g täglich geliefert werden, auch wenn im Lande nicht so viele geerntet wurden. So kam es, daß die ersten im Lande geernteten Frühkartoffeln der Bevölkerung verblieben, trotzdem die Truppen noch keine Kartoffeln hatten. Der Fleischzuschuß betrug 150 g wöchentlich. Für den Bereich des Generalgouvernements Belgien mußte, um den Widerstand Englands gegen das Fortbestehen des Hilfswerkes zu brechen, vom April 1916 ab auf die Entnahme irgendwelcher Verpflegungsmittel für die Besetzungstruppen oder des Feldheeres verzichtet werden. Die Innehaltung dieser Zusicherung wurde von den Protektoren des Ernährungswerkes aufmerksam überwacht.

Zieht man in Betracht, daß in Nordfrankreich vier Millionen Einwohner in der angegebenen Weise mit Mehl, Fleisch und Kartoffeln zu versorgen waren und welche reichen Hilfsquellen, insbesondere an Vieh und Rauhfutter in Belgien aufgegeben wurden, so kann man ermessen, welche Opfer von deutscher Seite für die Bevölkerung gebracht sind, abgesehen von manchen Unzuträglichkeiten militärischer Art, die die Durchführung des Ernährungswerkes zeitigte. An Personen, die für die deutsche Verwaltung tätig waren, wurde C. R. B.-Verpflegung nicht geliefert.

9. Die Organe des Verpflegungsdienstes.

Eine Fülle neuer Aufgaben, an die bei den Friedensvorbereitungen gar nicht hatte gedacht werden können, hat so der Krieg auch auf dem Gebiet der Heeresverpflegung gebracht. Manche Um- oder Neuorganisation mußte vorgenommen werden. Die der planmäßigen Organisation zugrunde gelegten Leitgedanken haben sich aber voll bewährt und ebenso die Gliederung der Organe des Verpflegungsdienstes.

Bei Besprechung der Friedensvorbereitungen ist darauf hingewiesen, daß nach den Erfahrungen aus früheren Kriegen enges Zusammenarbeiten zwischen Kommandostelle und Feldverwaltungsbehörde Grundbedingung für ein ungehemmtes Arbeiten des Verpflegungsdienstes war. Deshalb hatte nicht nur die planmäßige Organisation der Dienststellen, sondern auch die Ausbildung der Verwaltungsbeamten für den Dienst im Felde das Ziel einer solchen reibungslosen Zusammenarbeit vor Augen gehabt.

Im Kriege zeigte sich dann noch weit mehr als in früheren, wie sehr von dieser Zusammenarbeit des Generalstabes und der Feldverwaltungsbehörde, des Offiziers und des Beamten, der glatte Lauf der Verpflegung des Heeres abhängig war. Ihr standen aber Schwierigkeiten entgegen, die besprochen werden müssen, damit nicht als selbstverständlich hingenommen wird, was nicht immer ohne Überwindung recht erheblicher innerer Widerstände durchführbar war.

Im Frieden war es Aufgabe des Beamten gewesen, mit vollem Verständnis für das Bedürfnis der Truppe, die Befriedigung von deren Wünschen in den durch Wirtschaftlichkeit und Verfügbarkeit der Mittel gezogenen Grenzen zu halten. Daß der Beamte dabei oft in Widerspruch mit dem Offizier kam, der gern auch das nur Wünschenswerte im Interesse der Truppe als notwendig ansah, und daß dieser daher geneigt war, im Beamten das überall hemmende Element zu sehen, war erklärlich. Vom Erlaß des Mobilmachungsbefehls an schien es nur einen Maßstab für das, was zu geschehen hatte, zu geben: die Kriegsnotwendigkeit - ein immerhin recht dehnbares Maß!

"Gingen auch Millionen unnütz verloren, die aufgewendet werden mußten, um den Unterhalt des Heeres für alle möglichen Fälle zu sichern, so wäre dies ein geringfügiger Schaden im Vergleich zu dem, der entstehen würde, wenn aus Mangel an Lebensmitteln auf einen Erfolg verzichtet werden müßte, oder wenn gar ungenügende Ernährung der Truppen zur Niederlage führte", sagte die Anleitung zur Verpflegung des Feldheeres und gab in einer anderen Bestimmung den Armee-Oberkommandos, Generalkommandos und Führern selbständiger Divisionen das Recht, "auf eigene Verantwortung alle Maßregeln und Ausgaben eintreten zu lassen, die geeignet erscheinen, zum Ziele zu führen". Den diesen Kommandostellen als Berater in Verwaltungsangelegenheiten beigegebenen Intendanten aber legte sie die Pflicht auf, "die Rücksicht auf die Reichskasse nicht außer acht zu lassen", zugleich allerdings den Hinweis gebend, daß sie ebensowenig Anstand nehmen dürften, diese Rücksicht den Forderungen unterzuordnen, welche das Wohl der Truppe und die Erreichung des Kriegszwecks stellte.

In diesen Bestimmungen ist die schwierige Stellung des guten Beamten gekennzeichnet, für den die Reichskasse ebensowenig eine unerschöpfliche Geldquelle war, wie - und das war noch wesentlicher, - die Heimat eine unerschöpfliche Nachschubquelle für Verpflegung. Zwei Wege konnte er gehen. Entweder konnte er die Prüfung, was Wohl der Truppe und Erreichung des Kriegszwecks forderten, allein der Kommandostelle überlassen und sich unbedenklich und rückhaltlos für die Erreichung des von ihr Gewünschten einsetzen; das war der bequemere und ungefährlichere Weg, der auch meistens zu einer guten Beurteilung durch die Kommandostelle führte, oder der Beamte konnte selbst prüfen, und Bedenken zur Sprache bringen. Dann wurde er wieder wie im Frieden hemmendes Element und fand Stein auf Stein auf seinem Wege. Nicht die untüchtigsten Beamten sind über solche Steine gestolpert.

Man darf nicht vergessen, daß auch im Frieden Kriegsnotwendigkeit der Maßstab gewesen war, an dem der Generalstab gemessen hatte; daß die Rücksicht auf die Reichskasse aber das Kriegsministerium gezwungen hatte, einen kleineren Maßstab zu wählen. Jetzt sahen die Stellen, in deren Händen die Truppenführung lag, sich ledig der Fesseln, die sie gehindert hatten, schon im Frieden das zu erreichen, was nach ihrer pflichttreuen und peinlich gewissenhaften Prüfung zum Wohl des Vaterlandes notwendig war. Jetzt durften sie nicht wiederum und nun endgültig am "fiskalischen Standpunkt" scheitern lassen, was sie zur Erreichung des Kriegszwecks, das Vaterland zu erhalten, für unerläßlich hielten. Dazu gehörte nicht zuletzt das Wohl der Truppe.

Nicht daß der Generalstabsoffizier Verschwender, der Beamte der verständige Staatsbürger, oder daß jener allein Kenner der Truppenbedürfnisse, dieser nur Mann vom grünen Tisch gewesen wäre! Man braucht überhaupt keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Offizier und Beamten anzunehmen, muß sich nur vergegenwärtigen, daß zwei Menschen aus verschiedenen Gedankenwelten plötzlich zusammenkamen, um zu verstehen, welche inneren Widerstände sie zu überwinden hatten, um zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zu kommen.

Die Durchführung des Verpflegungsdienstes wies den einen auf den anderen an, einer war dabei so unentbehrlich wie der andere. Sache der einzelnen Persönlichkeiten war es, einander Verständnis entgegenzubringen. Der Beamte mußte sich dessen stets bewußt sein, daß sein Dienst sich auf jeden Fall in einen von der Kommandostelle gegebenen Rahmen einzupassen hatte; daß es seine Sache war, sich das Rüstzeug zur Erledigung seiner Aufgabe zu verschaffen. Dazu gehörte auch die Kenntnis der taktischen Lage und der beabsichtigten Maßnahmen, die nicht immer auf dem üblichen Geschäftsgang zu erlangen waren. Taktgefühl und Selbstverleugnung gehörten für ihn dazu, auch unbeachtet der unentbehrliche Ratgeber zu bleiben und zur rechten Zeit am rechten Platze zu sein. Vom Generalstabsoffizier aber mußte verlangt werden, daß er die Grenzen seiner Amtsbefugnis hielt, die Aufgaben und Pflichten des Beamten nicht unterschätzte, und daß er in dem Beamten nicht sein Werkzeug, sondern seinen Mitarbeiter sah, der, ihn selbst ergänzend, mit derselben Pflichttreue wie er demselben großen Zweck diente. Nur wo zwei Männer zusammenkamen, die sich verstanden oder nötigenfalls durch offene und ehrliche Aussprache alle persönlichen Hemmungen aus dem Wege räumten, gab es eine "glückliche Ehe"! Daß nur wenige Ehen geschieden zu werden brauchten, ist gleich rühmlich für beide Teile.

Besondere Erwähnung hat das vortreffliche Zusammenarbeiten von Feldverwaltungsbehörden und Feldeisenbahnbehörden verdient. Oft mögen Feldverwaltungsbehörden den Eindruck gewonnen haben, daß von seiten der Eisenbahn der Verpflegungsnachschub stiefmütterlich behandelt wurde, wenn er zwischen Proviantdepots und Etappe steckenblieb. Nur in eingehender Kenntnis der gesamten Eisenbahntransportlage kann man aber solche Fälle richtig beurteilen: sie zwang in besonders kritischen Augenblicken, jede Art Nachschub bis zum äußersten zu unterbrechen. Immer haben im letzten Augenblick die Feldeisenbahndienststellen allen Schwierigkeiten zum Trotz das Notwendigste herangeschafft. Ihnen muß ein nicht geringes Verdienst um die Aufrechterhaltung des Verpflegungsnachschubs zuerkannt werden. Der Generalintendant wäre oft ohne die verständnisvolle und eifrige Mitarbeit der Dienststellen des Feldeisenbahnchefs nicht in der Lage gewesen, Katastrophen abzuwenden; nur auf Grund des vortrefflich ausgestalteten Meldewesens der Eisenbahn war es ihm oft möglich, ein klares Bild vom Verpflegungsnachschub zu bekommen. Am Eingang ist auch darauf hingewiesen, daß als Niederschlag von Kriegserfahrungen in der Organisation der Heeresverpflegung eine scharfe Abgrenzung zwischen den Aufgaben der heimischen Behörden und der Feldstellen vorgenommen war. Wenn demgegenüber wiederholt gezeigt ist, wie der Generalintendant sich in Ernährungsangelegenheiten unmittelbar in der Heimat betätigte, so bedeutet das durchaus kein Aufgeben jener Abgrenzung. Sie hat sich als unbedingt zweckmäßig erwiesen. Nur die mit allen Vorgängen des Wirtschaftslebens dauernd in Berührung stehenden heimischen Dienststellen können in enger Zusammenarbeit mit den Behörden der allgemeinen Ernährungswirtschaft den Heeresbedarf an Verpflegung sichern. Sie über den Bedarf

des Feldheeres eingehend unterrichtet zu halten, ist Sache der Feldstellen. Durch ständige persönliche Aussprache des Generalintendanten mit dem Direktor des Armeeverwaltungsdepartements des preußischen Kriegsministeriums, ergänzt durch fast tägliche Ferngespräche, Entsendung von Verbindungsoffizieren und Beamten ist das voll erreicht worden.

Daß darüber hinaus der Generalintendant auf gewisse Vorgänge in der Ernährungswirtschaft unmittelbar Einfluß zu erlangen versuchte, findet nur in den eigenartigen Verhältnissen dieses Krieges seine Begründung, insbesondere darin, daß die Oberste Heeresleitung sich gezwungen sah, durch persönliche Einwirkung Heimat und Heer fest zusammenzuhalten zu engstem Zusammenarbeiten auf das eine Ziel hin, dem Vaterlande einen erträglichen Frieden zu erkämpfen. Bei Beurteilung dieses Bestrebens muß man sich daran erinnern, daß weite Kreise in der Heimat, die daheim die einheitliche Führung vermißten, solche Einwirkungen der Obersten Heeresleitung geradezu erbaten.

Ob der eingeschlagene Weg der rechte war, ob er nicht sogar im Interesse der Sache hätte weiter ausgebaut werden müssen, wie von mancher Seite behauptet wird, ist wohl heute noch nicht vorurteilslos zu übersehen. Die Gefahr aber, daß die Feldstellen sich in ihrem Sorgen allzusehr zersplittern, wenn sie es auch auf die Heimat ausdehnen, ist wohl kaum von der Hand zu weisen. Sie ist um so größer für Stellen, deren Aufgaben durch ihre wechselvolle Vielseitigkeit, ihr plötzliches Auftreten und ihre Unübersehbarkeit schärfste Aufmerksamkeit und angespanntes Verfolgen der Vorgänge an der Front verlangen.

Nicht ganz so klar wie das Arbeitsgebiet der Feldstellen gegen das der heimischen Behörden waren die Befugnisse des Generalquartiermeisters gegenüber dem Generalintendanten abgegrenzt. Dem Generalquartiermeister war mit der ihm obliegenden Verwaltung der besetzten Gebiete ein großer Arbeitskreis zugefallen, innerhalb dessen er Anfang 1917 auch die Leitung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten vom Generalintendanten übernahm. Vornehmlich hieraus, aber auch sonst, ergaben sich Überschneidungen der Tätigkeit beider Stellen, die gewisse Unklarheiten brachten. Hier wäre eine klare Trennung sehr erwünscht gewesen.

Vielleicht hätte es sich empfohlen, den Geschäftskreis des Generalintendanten möglichst eng auf die Versorgung des Feldheeres mit Verpflegung zu begrenzen, ihn dann aber dem Chef des Generalstabs unmittelbar zu unterstellen, wie ja auch der Munitionsersatz nach Fortfall des Feldmunitionschefs im Jahre 1916 bei der Operationsabteilung selbst bearbeitet wurde. Es wäre dann wahrscheinlich möglich gewesen, ihn räumlich der Leitung der Operationen näher zu bringen und dadurch den Gedankenaustausch beider Stellen, der für die rechtzeitige Anordnung der Verpflegungsmaßnahmen gar nicht rege genug sein konnte, zu erleichtern.

Tatsächlich war auch der Aufgabenkreis des Generalintendanten erheblich gewachsen, dem planmäßig außer dem Verpflegungsdienst die Leitung der auf das Besoldungs-, Kassen- und Rechnungswesen bezüglichen Verwaltungsangelegenheiten oblag, und der oberster Verwaltungsvorgesetzter des gesamten Feldverwaltungspersonals war. Im Hinblick auf die Fülle von Verwaltungsaufgaben war ihm (General) ursprünglich ein Beamter (der Abteilungschef der Kriegsverpflegungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums) als Armeeintendant mit Verwaltungsreferenten (Beamten) zur Beratung in diesen Angelegenheiten beigegeben. Als dieser anderweit verwendet werden mußte, blieb die Stelle wegen Personalmangels unbesetzt.

Die Verwaltungsangelegenheiten wurden, wie bisher die militärischen, unmittelbar unter Leitung des Generalintendanten durch die Referenten bearbeitet.

Inzwischen war der Stab des Generalintendanten um mehrere Offiziere zur Erfüllung von Sonderaufträgen, zu Kontrollreisen und zur Aufrechterhaltung der persönlichen Verbindung mit der

Front vermehrt; auch hatten durch Zentralisierung der Nachschubsleitung beim Generalintendanten die hier zu lösenden generalstabsdienstlichen Aufgaben an Bedeutung gewonnen. Die Zusammenfassung dieser Arbeitsgebiete unter einem Chef des Stabes (Regimentskommandeur) schien im Frühjahr 1918 angezeigt, damit auch wieder ein über alles dauernd unterrichteter ständiger Vertreter des immer häufiger durch Dienstreisen zur Abwesenheit aus dem Großen Hauptquartier gezwungenen Generalintendanten vorhanden wäre.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz war bei Ernennung des Feldmarschalls von Hindenburg zum Oberbefehlshaber Ost ihm zur Leitung des Verpflegungsdienstes in seinem Befehlsbereich ein Armeeintendant beigegeben. Er blieb zwar dem Generalintendanten unterstellt; ihm wurden aber gewisse Aufgaben des Generalintendanten auf dem östlichen Kriegsschauplatz von diesem zur selbständigen Lösung übertragen. Ihm lag vor allem die große Aufgabe ob, den Verpflegungsausgleich zwischen den Armeen anzuordnen, die von den verschiedenen Verwaltungen des Oberostbereiches aufgebrachten Landeserzeugnisse auf die Armeen zu verteilen und in Verbindung mit den Landesverwaltungen durch vermehrte Ausnutzung des Landes die Versorgung der Ostfront immer unabhängiger vom heimischen Nachschub zu machen. Über die Verpflegungsverhältnisse im Osten eingehend unterrichtet, war er dem Generalintendanten eine wertvolle Stütze. Eine unmittelbare Einwirkung des Generalintendanten auf die Armeeintendanten der Ostfront, wie es im Westen geschah, wäre bei der viel ungünstigeren Nachrichtenübermittlung recht schwierig gewesen.

Von der Tätigkeit der Armeeintendanten hatte man sich im Frieden nur recht unklare Vorstellungen machen können. Kaisermanöver, Generalstabsreisen und Übungsarbeiten gaben ihnen nicht die rechte Gelegenheit, sich zu betätigen; und es hat deshalb nicht an Stimmen gefehlt, die sie als entbehrlich bezeichneten und meinten, daß ihre Aufgabe mit denen der Etappenintendanten zusammen in einer Person gelöst werden könnten. Der Krieg hat schnell ihre Unentbehrlichkeit erwiesen und die Armee-Oberkommandos als verantwortliche Leiter des Verpflegungsdienstes in die Erscheinung treten lassen. Trotz vielfach ins einzelne gehender Regelung durch den Generalintendanten darf nicht verkannt werden, daß auf den Armeeintendanten letzten Endes die Verantwortung ruhte. Ihre Sache blieb es, zu beurteilen, ob die Verpflegungslage der Armee den operativen Absichten des Armee-Oberkommandos und den von ihm erwarteten Ereignissen entsprach, und rechtzeitig die Anordnungen zu treffen, die das Armee-Oberkommando in seinen Entschlüssen unabhängig von Rücksichten auf die Verpflegungslage machen konnte. Es hat sich vollauf bewährt, daß diesen verantwortungsreichen Dienststellen nicht auch die Sorge um die Durchführung des Nachschubes oblag.

Diesen hatten unter voller Verantwortung die Etappenintendanten nach den Weisungen der Armeeintendanten über Ort, Menge und Zeitpunkt der bereitzustellenden Verpflegungsmittel zu bewirken. Durch ständige Fühlungnahme mit den Korpsintendanten einerseits, mit den Proviantdepots anderseits, übersahen die Etappenintendanten frühzeitig und am besten, wie der Nachschub einzurichten war. Ihre Pflicht war es auch, für alle die wirtschaftlichen Einrichtungen zu sorgen, die der äußersten Ausnutzung des Etappengebiets für die Verpflegung der Armee dienten. Wenn sie auch zum Teil von besonderen, dem Intendanten nicht unterstehenden Abteilungen der Etappeninspektion betrieben wurden, blieb es doch Sache des Etappenintendanten, alle irgendwie vorhandenen Möglichkeiten für eine solche Ausnutzung frühzeitig zu erkennen und ihre Verwirklichung bei der Etappeninspektion anzuregen und durch verständnisvolle Unterstützung zu fördern.

Die Korpsintendanten gelangten im Stellungskriege zu ganz besonderer Bedeutung dadurch, daß sie als bodenständige Gruppenintendanten die Anordnungen und Einrichtungen zu treffen hatten, die den oft in schneller Folge wechselnden Divisionen die Verpflegung in ihren Abschnitten sicherten. Sie hatten die von den Divisionen in den Abschnitten gesammelten Erfahrungen auszunutzen und

die in den vielen bodenständigen Einrichtungen hervorgetretenen Mängel abzustellen. Das Fehlen des zweiten höheren Beamten und des eigenen Kraftwagens, die beide ursprünglich zur Verfügung gestanden hatten, erschwerten ihnen die restlose Erfüllung ihrer Aufgabe ungemein.

Die Divisionsintendanten, denen bei selbständig verwendeten Divisionen (insbesondere im Osten und bei den Kavalleriedivisionen) ganz besonders reiche Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Organisationstalente und ihrer schöpferischen Tatkraft gegeben war, blieben, mit der Truppe eng verbunden, deren eigentliche Fürsorgestellen, denen die Aufgabe des "Tischlein deck dich!" zufiel, wenn sie dabei auch auf die vorausschauende Hilfe der höheren Verwaltungsstellen angewiesen waren. Da, wo diese aufhörte, begannen aber die vielen kleinen, oft auch recht großen Reibungen, zu deren Beseitigung keine Hilfsmittel vorgeschrieben oder vorbereitet waren. Hier hieß es, immer wieder neue Wege zu finden, mit praktischem Blick zu erkennen, wie der Truppe zu helfen war und dann mit rücksichtslosester Tatkraft zu handeln. In dauerndem persönlichen Verkehr mit Truppe, Kommandeuren und Verpflegungsoffizieren hatten die Divisionsintendanten sich von den Bedürfnissen der Truppe zu unterrichten und davon, ob die zu ihrer Befriedigung getroffenen Anordnungen zweckmäßig waren und richtig durchgeführt wurden.

Die Friedensausbildung der Beamten, die Bestrebungen, nur voll felddienstfähige Beamte für die Besetzung von Feldstellen in Aussicht zu nehmen und die Beamten im Frieden felddienstfähig zu erhalten, haben sich voll bewährt. Während im Kriege 1870/71 von sämtlichen preußischen Korpsintendanten nur drei in Feldstellen verwendet wurden (zwei als Armee-, einer als Korpsintendant) blieben jetzt nur ebenso viele daheim, und auch von den übrigen Friedensbeamten zeigte sich die größte Mehrzahl den nicht geringen Anstrengungen, die gleich der Anfang des Krieges ihnen brachte, durchaus gewachsen. Sie haben auch in der überwiegenden Mehrzahl die Kriegsjahre durchgehalten. Die Abgänge an Krankheit hielten sich in sehr engen Grenzen.

Trotzdem noch von den am Anfang als zu alt und nicht voll felddienstfähigen daheim gebliebenen Beamten ein Teil nachträglich mit gutem Erfolge im Felde Verwendung fand, machte sich insbesondere beim Intendanturpersonal, bei dem ja nicht, wie beim Proviantamtspersonal, ein Beurlaubtenstand herangebildet war, schnell Personalmangel recht empfindlich bemerkbar. Insbesondere fehlte es an höherem Personal zur Besetzung der Intendantenstellen bei neu aufgestellten Divisionen. Die Korpsintendanten mußten die ihnen beigegebenen Feldintendanturräte hergeben, die Armeeintendanten die bei ihnen Dienst tuenden Feldintendanten.

Das war ein Eingriff, dessen schädliche Folgen schon erwähnt sind. Bei den Armeeintendanten mußte später die Maßnahme rückgängig gemacht und der planmäßige Zustand wiederhergestellt werden.

Bald reichten die höheren Intendanturbeamten überhaupt nicht mehr aus und in immer größerer Zahl mußten Intendantursekretäre als Vorstände der Divisionsintendanturen verwendet werden. Wenn sie auch, im Frieden gut vorgebildet, im Felde mit dem Verpflegungsdienst voll vertraut gemacht, ihre Stelle zumeist gut ausgefüllt und wärmste Anerkennung ihrer Kommandeure gefunden haben, so fehlten sie doch in ihren alten Stellen, wo sie um so dringender gebraucht wurden als ohnehin zur Verstärkung Hilfspersonal in großer Zahl hatte eingestellt werden müssen, zu dessen Anleitung und Beaufsichtigung das aktive Personal schwer und nicht ohne Schädigung der Sache entbehrt werden konnte.

Sowohl in der Heimat als auch beim Feldheer war frühzeitig in Erkenntnis des bevorstehenden Mangels mit der Ausbildung von Hilfspersonal begonnen worden. Mit anerkennenswertem Eifer und gutem Erfolg war es bemüht, seine aus den bürgerlichen Berufen mitgebrachten Kenntnisse und Erfahrungen für den Feldverwaltungsdienst nutzbar zu machen und sich die unerläßliche Kenntnis von Bestimmungen und deren Anwendung anzueignen. In manchem Sonderdienst, insbesondere bei

der Etappe, konnten sie den aktiven Beamten bald entbehrlich machen, ja vielleicht übertreffen. Die an den Intendanturbeamten gestellten Anforderungen sind aber zu vielseitig, als daß die lange und harte Friedensschule durch eine Schnellpresse ersetzt werden konnte.

Ähnlich lag es bei den Hilfsbeamten des höheren Dienstes, die fast ausschließlich den Kreisen der Juristen entnommen wurden, also dem Stande, der auch einen großen Teil der Anwärter für die Laufbahn des aktiven höheren Intendanturbeamten gestellt hatte. Sie konnten bald in Vorstandsstellen der Etappenintendanturen Verwendung finden, wo ihr Aufgabenkreis begrenzt war, in einzelnen Fällen auch als Divisionsintendanten, wenngleich hier eine eingehendere Bestimmungskenntnis und Verwaltungserfahrung nötig war.

Zur Ergänzung des gut geschulten und vortrefflich bewährten aktiven Magazinpersonals, das nicht annähernd zur Besetzung aller Stellen ausreichte, stand zunächst das im Frieden ausgebildete Personal des Beurlaubtenstandes zur Verfügung, das aber schon für die erste Stellenbesetzung bei Beginn des Krieges aufgebraucht wurde. Weiterhin fanden sich für den Magazindienst, insbesondere für gewisse Sonderstellungen, Persönlichkeiten, die durch ihren Friedensberuf gut vorgebildet waren und sich bald in die neuen Aufgaben einarbeiteten. Der Frontsoldat hätte Anlaß, manchem Hilfsbeamten und Beamtenstellvertreter, in dem er gern nur den "Drückeberger" sah, für seine fürsorgende, aufopfernde und durchaus nicht immer gefahrlose Arbeit dankbar zu sein.

10. Schluß.

Will man die Frage erschöpfend untersuchen, ob die mit der Leitung des Verpflegungsdienstes betrauten Stellen ihre Aufgaben erfüllt haben, will man ein klares Bild von dem gewinnen, was sie geleistet haben, so muß man, den Operationen der einzelnen Armeen, Armeekorps und Divisionen nachgehend, die Durchführung des Verpflegungsdienstes in den verschiedenen Verpflegungslagen prüfen. Nur eine umfangreiche "Geschichte des Verpflegungsdienstes" könnte das tun. In dem hier gegebenen engen Rahmen, worin ein Überblick über die "Organisation der Heeresverpflegung" zu geben war, war das nicht möglich.

An harten Urteilen über die Verpflegung im Felde hat es nicht gefehlt; und auch heute noch hört man Klagen, vielleicht heute sogar in noch höherem Maße, wo in weiten Kreisen, die vor dem Kriege einfach und bescheiden gelebt haben, gerade im Essen und Trinken ein übertriebener Aufwand sich breit macht und wo der Maßstab, der im Kriege an die Verpflegung anzulegen war, vergessen ist. Das Bestreben, sich interessant zu machen, spielt heute, wie im Kriege, dabei keine geringe Rolle. Untersuchungen, die auf Grund jämmerlicher Klagebriefe im Kriege angestellt worden sind, haben immer wieder bestätigt, daß sie Ausflüsse augenblicklicher Stimmungen waren, noch häufiger Versuche, in der Heimat Mitleid zu erregen, ja daß sie nicht selten in einem Augenblick verfaßt waren, wo durchaus kein Grund zur Klage gegeben war.

So liefen bei einem Bataillon Infanterieregiments Nr. 72 im September 1914 einem Feldwebel täglich Feldpostkarten durch die Hand, in denen über Hunger geklagt wurde, während die Verpflegung gerade damals beim Bataillon überreichlich war. Der Schwiegersohn eines Zeitungsverlegers schrieb einen Klagebrief nach Hause und war entsetzt, als er ihn in der Zeitung seines Schwiegervaters veröffentlicht las, da er seine eigenen Übertreibungen sofort erkannte. Sie mußten widerrufen werden. Ähnliche Fälle sind in großer Zahl festgestellt.

Auch die Behauptungen, daß die Mannschaftsverpflegung oft zugunsten der Offizierverpflegung verschlechtert wäre, müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Auch ihnen liegen nicht Tatsachen zugrunde, sondern in den meisten Fällen Klatsch, Gerüchte und - Aufhetzungen. Gewiß hätte hier und da, wo besondere Offizierküchen eingerichtet waren, manches unterlassen werden

können, damit auch der Schein vermieden wäre, als ob dem Manne irgend etwas vorenthalten würde, um den Offizier besser zu verpflegen. Schon das Zahlenverhältnis der Teilnehmer an der Offizierküche zu den aus der Mannschaftsküche Gespeisten schloß eine bemerkenswerte Schädigung der Mannschaften aus, selbst, wenn die Offizierküche besser als die Mannschaftsküche abgefunden worden wäre. Die bessere Verpflegung der Offiziere beruhte aber einmal darauf, daß bei einer Zubereitung für eine geringere Teilnehmerzahl aus denselben Zutaten etwas anderes hergestellt werden konnte, als bei einer Massenzubereitung in der Feldküche, ferner darauf, daß die Offiziere dieses oder jenes zur Verbesserung der Kost hinzukauften, ohne es dadurch der Mannschaftsverpflegung zu entziehen. Was für 20 - 30 Personen zu beschaffen war, war oft nicht für mehrere hundert aufzutreiben. An strenger Kontrolle der gleichmäßigen Verteilung der Verpflegung auf Offiziere und Mannschaften hat es nicht gefehlt.

Es kann und soll nicht bestritten werden, daß gehungert ist. Selbst im Überfluß läßt sich bei vortrefflichster Organisation nicht vermeiden, daß in gewissen Gefechtslagen gehungert wird. Herrscht aber im Rücken des kämpfenden Feldheeres so schreiender Mangel, wie in der deutschen Heimat in den letzten Kriegsjahren, so muß trotz aller Anstrengungen auch der Frontsoldat allgemein seine Ansprüche herabschrauben und kann nicht mehr das ihm Gebotene an dem guten Leben in besseren Zeiten messen, sondern muß sehen, wie man daheim lebt. Auf die Dauer aber reichte die Ernährung (abgesehen davon, daß sich eine fast unerträgliche Eintönigkeit nicht vermeiden ließ) nicht aus, den Frontsoldaten bei den ungeheuren seelischen Erregungen, der fieberhaften Anspannung der Nerven und den großen körperlichen Anstrengungen widerstandsfähig zu erhalten. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß bei besserer Ernährungslage jenen Bohrwürmern, die unsere Front von innen zernagten, ihre Arbeit erheblich erschwert, vielleicht unmöglich gemacht wäre.

Das war aber nicht Schuld des Heeresverpflegungsdienstes, sondern eine notwendige **Folge der Hungerblockade**. Dieser Erfolg muß dem mörderischen Kampfmittel der Feinde zugestanden werden; heimische und Feldbehörden haben aber mit Zähigkeit und Erfolg gerungen, die Wirkung der Blockade hinauszuschieben und nicht zu einer Katastrophe für das mit der Waffe siegreiche Heer werden zu lassen.

Es ist auch nicht Schuld der Leitung des Verpflegungsdienstes, wenn siegreiche Angriffsbewegungen trotz des Weichens des Feindes nicht unaufhaltsam weitergetragen werden konnten, sondern zur Ordnung der rückwärtigen Verbindungen zeitweise angehalten werden mußten. In solchen Augenblicken fehlte der gesamte Nachschub, da die Verkehrsmittel nicht mehr ausreichten.

Wird einstmals eine Geschichte der Heeresverpflegung im einzelnen die Leistungen des Verpflegungsdienstes werten, wird sie ihm volle Anerkennung nicht versagen können. Schon diese kurzen Betrachtungen haben aber gezeigt, daß die im Frieden geplante Organisation der Heeresverpflegung sich mit geringen Änderungen den vielgestaltigen Verhältnissen, die der Weltkrieg brachte, ohne weiteres anpassen konnte. Wo die besonderen Umstände Änderungen erheischten, waren es solche, die eben diesen Sonderverhältnissen Rechnung tragen mußten, ohne daß sie grundlegende Bedeutung hatten. Die schon mehrfach erwähnte Anleitung zur Verpflegung des Feldheeres, in der Hauptsache ein Werk des langjährigen Abteilungschefs der Verpflegungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums, Wirklichen Geheimen Rats Weidemann, hatte sich vollauf bewährt. Die in ihr niedergelegten Grundsätze und Fingerzeige hatten die Organe des Verpflegungsdienstes befähigt, ihre in ungeahnter Weise gewachsene Aufgabe bis zum letzten Tage des Bestehens des ruhmreichen alten Heeres zu erfüllen.

Anlage 1

Darstellung des Verpflegungs-Nachschubs der 6. Armee (Stand am 9. April 1917).
[Anlage 1 zu Bd. 7] [Vergrößern]

Anlage 2

Vergleichende Übersicht der Lebensmittelportionen in Feldheer und Heimat
(Stand November 1917).

A. Feldheer (mobile Formationen).

Tagessätze.

Brot (Grundportion)   600 g

Fleisch [a]
(Rauchfleisch, Speck, Konserven 150 g, Klippfisch 200 g) 250 g

Gemüse [b]

	Reis, Graupen, Grütze, Grieß, Hirse, Haferflocken	125 g
oder	Hülsenfrüchte	250 g
"	Dörrgemüse	60 g
"	Nudeln	200 g
"	Sauerkohl	450 g
"	Backobst	125 g
"	Speiserüben	1200 g
"	Kartoffeln	1500 g [b]

"	Kartoffelflocken	250 g [b]
"	Dörrkartoffeln	300 g [b]

Fett [c]

An 3 Tagen im Monat Butter	55 g
und Marmelade	30 g
An 12 Tagen im Monat Schmalz	55 g
und Marmelade	30 g
An 10 Tagen im Monat Wurstkonserven	125 g

Zucker

Zu jeder Teeportion 17 g, zu jeder Kakaoportion [d] 25 g, sonst als Zulage, insgesamt rund 35 - 40 g pro Tag.

Das sind Nährwerteinheiten: [e]

a) Fechtende Truppen 2500
b) Etappentruppen 2300

---

[a] Fleisch nur an 6 Tagen in der Woche. Für den 7. fleischlosen Tag konnte **an jedem Tage** der Woche ein Weizenmehlzuschuß bis zu 20 g gegeben werden.

[b] Da es nur 500 g Kartoffeln oder entsprechende Teile der Kartoffelflocken- oder Dörrkartoffelportion als 1/3 des Tagessatzes gab, wurden **daneben** noch 2/3 einer anderen Gemüseportion gewährt; bei weiterer Verringerung der Kartoffelportion entsprechend größere Teile einer anderen Gemüseportion.

[c] Die Verteilung auf die Tage war nicht bindend, richtete sich nach den Beständen. Im allgemeinen gab es schon 1917 häufiger Marmelade.

[d] Kakao wurde nur auf ärztliche Verordnung verabfolgt.

[e] Getränkeportionen, Tabakportionen sind hier nicht berücksichtigt, weil sie für den Vergleich keine Rolle spielen.

B. Zivilbevölkerung in der Heimat.

Wochensätze.

Verpflegungsmittel		*Zeitraum*	*Jugendliche von 12 - 18 Jahren*	*Normalsatz*	*Schwer-arbeiter*	*Schwerst-arbeiter*
			g	g	g	g
	Mehl [a]	wöchentlich	1750	1400	2100	2800
	Das ist Brot rund	"	2440	1950	2925	3900
	Fleisch [b]	"	250 [c]	250 [c]	300 [c]	350 [c]
	Fett	"	62,5	62,5	62,5	125
Fettzulage für Rüstungswerke						
	mit Massenspeisung	"	—	—	40	40
	ohne "	"	—	—	25	25
	Kartoffeln	"	2625	2625	5250	5250
oder	Kartoffeln und Kohlrüben	" "	1500 2250 [e]	1500 2250 [e]	1500 2250 [e]	1500 2250 [e]
	Zucker	monatlich	—	750-800 [f]	—	—
	Nährmittel: Grieß,	"	—	250-1250	—	—

Teigwaren, Graupen, Haferflocken, Suppen					
Das	sind Nährwerteinheiten	1580	1400	1730	2130

a 700 g Mehl Wochenzulage nur bei Leistung von Über- und Nachtschichten.
b Für Kranke waren Zusatzkarten zulässig.
c Oder an Stelle von 75 g Fleisch = 150 g Wurst.
d Mindestsatz.
e Mindestsatz
f Zulage an Kommunalverbände in Industrie- und Bergwerksgebieten bis höchstens 150 g monatlich auf den Kopf der Industriearbeiter und deren Angehörigen.

Anmerkungen:

1 [1/9] Mit eisernen Portionen und Haferrationen, 2 Portionen und 1 - 2 Haferrationen für die Lebensmittel- und Futterwagen, für die Eisenbahnfahrt Brot und Hafer auf 2 - 3 Tage sowie Heu für 1 Tag, und 1 Portion und 1 Haferration für den ersten Tag im Versammlungsgebiet. ...zurück...

2 [1/13] Hier und weiterhin sind (**vgl. S. 6**) die Züge entsprechend ihrer Beladung kurz als V- (Verpflegungs-), M- (Mehl-) und H- (Hafer-) Züge bezeichnet. ...zurück...

3 [1/22] Siehe **Seite 17**. ...zurück...

4 [1/25] Am 9. April waren die Vimyhöhen von den Engländern genommen. Von den 20 Divisionen waren 15, also rund 3/5 der Verpflegungsstärke, in rund 60 km langen Stellungen eingesetzt. ...zurück...

5 [1/31] Spanisch-Amerikanische, später Holländisch-Spanische Kommission, die für die Bevölkerung Belgiens und Nordfrankreichs Lebensmittel über Holland einführte.
Näheres siehe **S. 82** und **Band [8], Abschnitt Belgien**. ...zurück...

6 [1/37] Die von Belgien fortdauernd zu zahlende Kontribution war entsprechend erhöht worden. Siehe auch **S. 39**. ...zurück...

7 [1/39] Vgl. hierzu auch **Band [8], Belgien**. ...zurück...

8 [1/52] Vor dem Kriege hatte die Heeresverwaltung mit mittleren Schlachtgewichten gerechnet von: 500 kg für Rinder, 90 kg für Schweine und 40 kg für Schafe. ...zurück...

9 [1/77] Siehe **S. 83**. ...zurück...

10 [1/82] Er schreibt S. 279: "Der Sorge um die Ernährung Belgiens waren wir durch Maßnahme der Entente überhoben." ...zurück...

Kapitel 2: Die Heeresversorgung mit Bekleidung und Ausrüstung
Generalmajor Erich v. Flotow, unter Mitwirkung von Generalleutnant Hans v. Feldmann

1. Einleitung.

Bekleidung und Ausrüstung des Soldaten sind von stärkstem, u. U. bestimmendem Einfluß auf seine Leistungsfähigkeit, die von zweckmäßiger Ausgestaltung und Zusammenstellung der einzelnen Stücke abhängt.

Die Bekleidung soll den Soldaten vor der Kälte des Winters und der Nacht schützen, im Sommer und bei den Anstrengungen des Marsches aber nicht überhitzen. Eisiger Wind soll nicht von außen nach innen dringen, die Ausdünstung der Haut aber durch die Kleidung von innen nach außen austreten können. Regen soll den Soldaten nicht sofort bis auf die Haut durchnässen; wenn aber die naß gewordene Kleidung nicht gewechselt werden kann, soll sie schnell trocknen, ohne daß die beim Trocknen entstehende Verdunstungskälte zu stark auf den Körper einwirkt und die Gesundheit schädigt. Die Bekleidung soll nicht zu dick und nicht zu schwer sein, um den Soldaten nicht mehr als nötig zu belasten; sie soll aber dauerhaft und haltbar sein, beim Tragen von Waffen, Tornister und Ausrüstung, beim Knien, Liegen und Kriechen, beim Durchschreiten von Gestrüpp und beim Überwinden von Hindernissen nicht gleich sich durchscheuern oder reißen.

Im Schnitt und Sitz soll die Bekleidung die freie Bewegung des Soldaten nicht hemmen. In ihr muß der Mann seine Waffe frei gebrauchen, leicht sich bewegen, laufen, kriechen, klettern und Hindernisse überwinden können. Der Soldat soll im Gelände so wenig wie möglich gesehen werden. Leuchtende Farben im Grundtuch oder in regelmäßiger Anordnung bei Kragen, Besätzen, Aufschlägen oder Schulterklappen erleichtern dem Feinde das Erkennen, Zielen und Treffen - sie sind dem Träger schädlich. Sichtbare Unterscheidungszeichen sind aber zur Erhaltung der Mannszucht nötig. Erkennbarkeit der Dienstgrade auf gewissen Entfernungen erleichtern die Führung und Befehlsgebung. Die Möglichkeit, Freund und Feind sicher unterscheiden zu können, vermindert die Gefahr des Beschießens eigener Truppen.

Alles, was der Soldat im Felde braucht, muß er bei sich führen, sonst fehlt es ihm im entscheidenden Augenblick. Durchnäßt muß er in der Lage sein, im Quartier oder in der Ruhe andere Kleidung anzuziehen. Er muß die Unterkleidung wechseln können, um sie zu waschen. Dazu muß er von ihr eine zweite Ausstattung bei sich führen. Die Belastung mit zu vielen Stücken beeinträchtigt aber wieder die Marschfähigkeit und Marschleistung von Mann und Pferd. Eine Beschränkung der Ausstattung mit mehreren Stücken ist also geboten, zumal Waffen, Munition und sonstige Ausrüstung Mann und Pferd schon stark belasten.

Die Anforderungen, die an die militärische Bekleidung und Ausrüstung gestellt werden, sind mithin recht mannigfach und oft einander entgegengesetzt. Diese Gegensätze auszugleichen und die richtige Mitte zu halten, ist eine schwierige Aufgabe, die eine genaue Kenntnis der Bedürfnisse des Soldaten und der Waffengattungen, eine eingehende Kenntnis und richtige Einschätzung der Kriegserfahrungen, und auch Fachkenntnisse sowie Erfahrungen in den verschiedenen Zweigen des Bekleidungsgewerbes erfordern.

Die Bekleidung und Ausrüstung des Soldaten hat im Lauf der Jahre manche Wandlungen durchgemacht. Sie hat sich allmählich entwickelt. Bestimmte Grundsätze hatten sich herausgebildet. Die Art der Kriegführung, Fechtweise und Bewaffnung übten einen Einfluß auf Bekleidung und Ausrüstung aus. Beide mußten sich den durch Waffentechnik und Taktik veränderten Anforderungen anpassen. Fortschritte in der Technik der Bekleidungsgewerbe mußten der militärischen Bekleidung und Ausrüstung dienstbar gemacht und auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ausgenutzt werden. Fortgesetzt wurde an Verbesserungen gearbeitet. Ganz besonders aber war dies der Fall in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege, weil die Einführung des rauchschwachen Pulvers und der weittragenden Feuerwaffen neue Anforderungen an die Bekleidung des Soldaten stellten. In den Zeiten, als die Waffen noch nicht entfernt so weit trugen wie heute und Pulverdampf das Schlachtfeld einhüllte, war bunte Bekleidung nicht schädlich, vielmehr zum Erkennen von Freund und Feind sogar nützlich. Aber das rauchschwache Pulver, die Maschinengewehre und noch mehr die weittragenden, den Winken von Fliegern gehorchenden Kanonen boten dem Heere von vornherein einen gewaltigen Vorteil, dessen Bekleidung sich am wenigsten vom Erdboden unterschied. An die Stelle der farbenprächtigen Bekleidung trat die unscheinbare feldgraue. Wenn auch hierbei noch nicht die Folgerung bis zum letzten gezogen, vielmehr mancher blinkende und

weithin sichtbare Teil von der blauen Bekleidung auf die feldgraue übernommen worden war, hatte das deutsche Heer beim Ausbruch des Weltkrieges doch einen Vorsprung vor anderen, z. B. vor den Franzosen, die 1914 zum größten Teil noch in ihrer bunten Bekleidung und mit weit sichtbaren roten Hosen ins Feld zogen, weil in Frankreich die Bereitstellung der bereits vorgesehenen feldblauen Bekleidung noch nicht weit genug vorbereitet war.

Derartige Änderungen ließen sich nicht in kurzer Zeit durchführen; die alten Bestände mußten erst aufgebraucht werden. Da nur das Friedensheer, das viel schwächer als das Kriegsheer war, die vorhandenen Bestände aufbrauchte, vergingen naturgemäß Jahre, bis die alten Uniformen aus den Beständen verschwunden waren. Es kam also darauf an, alle Vorbereitungen so frühzeitig wie möglich einzuleiten und weit vorausschauend zu treffen. Die deutsche Heeresverwaltung hatte hierin viel getan. Sie hatte aber nicht damit gerechnet, einmal einer ganzen Welt von Feinden gegenüberzustehen und von fremden Hilfs- und Bezugsquellen abgeschnitten zu werden. Auf einen Weltkrieg war sie nicht vorbereitet. Daraus erklären sich viele Schwierigkeiten, die während des Krieges zu überwinden blieben.

2. Ausstattung der Truppen mit Bekleidung.

Einkleidung bei Kriegsausbruch.

Die Einkleidung der bei der Mobilmachung planmäßig aufgestellten Kriegsformationen vollzog sich ohne Reibungen. Für jeden Kopf aller "planmäßig" aufzustellenden Formationen lag im Frieden eine volle Ausstattung an Bekleidung und Ausrüstung, im einzelnen durch die Bekleidungs- und Ausrüstungsnachweisung geregelt, bereit. An Stelle der blauen Bekleidung war, wie erwähnt, schon seit mehreren Jahren vor Kriegsbeginn nur feldgraue Bekleidung gefertigt worden, so daß das Feldheer ausnahmslos feldgrau eingekleidet werden konnte, während das Besatzungsheer sich im allgemeinen noch mit blauen Stücken begnügen mußte.

Im übrigen war für alle zu mobiler Verwendung in Aussicht genommenen Formationen feldbrauchbare Bekleidung und Ausrüstung bereit gestellt; es fehlte nichts.

Die Ersatztruppen der Feldregimenter sollten mit feldbrauchbarer, die immobilen Formationen mit garnisonbrauchbarer Bekleidung und Ausrüstung ausgestattet werden. Auch diese war für die planmäßig vorgesehenen Formationen vorhanden.

Als feldbrauchbar galten zwar nicht nur neue Stücke, sondern auch solche, die bereits gebraucht waren, aber noch einen Wert von mindestens drei Fünftel des Neuwertes besaßen. Tatsächlich ist aber das Feldheer ausnahmslos in feldgraue neue Stücke eingekleidet worden. Dies mag mit dazu beigetragen haben, daß sowohl Neuformationen bei ihrer Einkleidung, wie Truppen im Felde als Bekleidungsersatz wiederholt - auch noch in späteren Kriegsjahren - nur neue Stücke verlangten und schon getragene, aber noch feldbrauchbare zurückwiesen.

Schwierigkeiten in der Einkleidung ergaben sich bei der Mobilmachung nur dort, wo infolge des Zustroms von Kriegsfreiwilligen die planmäßigen Stärken überschritten oder nicht vorgesehene Formationen überplanmäßig aufgestellt wurden. Überschießende Bestände, die es früher gab, waren, wenn überhaupt, nur in bescheidenen Grenzen, im allgemeinen aber nicht mehr vorhanden.

Die Mittel, die im Heereshaushalt für die Unterhaltung von Bekleidung und Ausrüstung bereit gestellt wurden, waren seit einer Reihe von Jahren unzureichend gewesen. Die Erhöhung dieser Geldmittel, die vom Kriegsministerium seit langer Zeit für notwendig gehalten und wiederholt beantragt worden war, wurde nur spärlich und langsam bewilligt. Ebenso wurden für die

Bereitstellung der Bekleidung und Ausrüstung von neu aufzustellenden Kriegsformationen nicht immer die Mittel gewährt, die unbedingt erforderlich waren. Immer wieder mußten die Truppenteile Ersparnisse und sogenannte Überschüsse, die aber in Wirklichkeit längst aufgebraucht waren, hergeben. Diese bis zum äußersten getriebene Sparsamkeit ging zu weit. Sie rächte sich jetzt bitter.

Bekleidung und Ausrüstung, die vorweg für Neuformationen oder überplanmäßige Stärken entnommen wurde, mußte für Ergänzungsmannschaften, die planmäßig später eintrafen, fehlen. Hier machte sich geltend, daß es keine Zusammenstellung über den Korps- und Heeresbedarf und über den Korps- und Heeresbestand an Bekleidung, mithin auch keine Übersicht über die Überschüsse gab. Wohl waren derartige Zusammenstellungen bei den Truppenteilen, nicht aber bei den Generalkommandos (Intendanturen) und beim Kriegsministerium vorhanden. Ein Überblick war aber unentbehrlich; ohne diesen konnte die Bekleidungslage von den entscheidenden Stellen nur sehr unzureichend beurteilt und nachgewiesen werden. Entscheidungen, die jetzt zu treffen waren, und Entschlüsse, die die führenden Stellen fassen mußten, wurden erschwert und trugen infolgedessen vielfach den Stempel der Unsicherheit. Abhilfen konnten nicht klar genug angeordnet werden, ihre Durchführung litt darunter. Hätten die Generalkommandos (Intendanturen) solche Zusammenstellungen besessen, so hätten sie bei der Aufstellung überplanmäßiger Neuformationen sofort gewußt, ob und wieviel Bekleidung für sie in ihrem Bereich überzählig war, bei welchen Truppenteilen sie lag und welche Bekleidung fehlte. Sie hätten mit Sicherheit anordnen können, welche Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke die einzelnen Truppenteile herzugeben und was ihr Bekleidungsamt neu zu fertigen und zu beschaffen hatte. So aber tappten sie im Dunkeln und erbaten beim Kriegsministerium Aushilfen von anderen Korps, obgleich bei diesen die Lage nicht anders war. Soweit sich eine Gelegenheit hierzu bot, warnte das Kriegsministerium vor einer Überschätzung der Überschüsse und wies darauf hin, daß die planmäßigen Stärken nur überschritten und Neuformationen nur aufgestellt werden dürften, wenn für diese außer Waffen und Gerät auch Bekleidung und Ausrüstung ausreichend vorhanden sei. Beschränkung war geboten.

Andrerseits forderte der Zustrom von Kriegsfreiwilligen dazu auf, diese Bewegung nutzbar zu machen und in planvoll geregelte Bahnen zu leiten. Die Aufstellung mehrerer Armeekorps wurde angeordnet.

Einkleidung von Neuformationen und Ersatztransporten.

Aus den bei der Mobilmachung sich meldenden Freiwilligen sollten in Preußen fünf neue Armeekorps gebildet werden und bis Ende September marschbereit sein. Bekleidung und Ausrüstung war für sie so gut wie gar nicht vorhanden; denn die blauen Bestände, die für sie ausgereicht hätten, konnten für Feldtruppen nicht verwendet werden. Bekleidung und Ausrüstung mußte bis zu diesem Zeitpunkt vollkommen neu beschafft werden. Bei diesen fünf Korps handelte es sich um die Einkleidung von rund 165 000 Köpfen. Die Kriegsbekleidungsämter des Garde-, I. - XI., XIV., XV. und XVII. Armeekorps wurden daher unter dem 14. August 1914 angewiesen, für je 10 000 - 12 000, Bekleidungsamt XVI für 1000 - 1200 Köpfe Bekleidung bereitzustellen, außer dem vorgesehenen Bedarf zur Füllung der Armeebekleidungsdepots, zur Ausstattung der Ersatztransporte und außer den Mengen, die als Ersatzbedarf für abgenutzte Bekleidung und Ausrüstung schon jetzt beschafft werden mußten, auch wenn ihre Ausgabe erst späterer Zeit vorbehalten war.

Außer der Aufstellung dieser und anderer Neuformationen verlangte die Kriegslage im Westen und Osten aber auch die beschleunigte mobile Verwendung immobiler Formationen, die von Blau in Feldgrau umgekleidet werden mußten, die frühzeitige Einberufung und Verwendung des Landsturms und stärkere Gestellung von Ersatzmannschaften, als vorgesehen war, und damit die Bereitstellung ganz erheblicher Mengen an Bekleidung und Ausrüstung über die Zahl von 165 000 Köpfen hinaus. Der Bedarf für diese wurde nicht, wie der für die neuen Korps, nach Fristen voraus

bekanntgegeben, sondern mußte oft überraschend in kürzester Zeit hergegeben werden. So kam es, daß plötzlich abzusendende Landsturmtruppenteile die Bekleidung und Ausrüstung beanspruchten, die für die neuen Korps gefertigt war, und daß dadurch die Ausstattung dieser Korps benachteiligt wurde.

Anlage 1 (S. 195) gibt eine Übersicht über die Zahl der Mannschaften, die - nach Einkleidung der bei der Mobilmachung "planmäßig" aufzustellenden Formationen - mit Bekleidung und Ausrüstung völlig neu ausgestattet wurden.

Ein Vergleich ergibt, daß in zwölf Monaten des Jahres 1915 nur doppelt soviel Mannschaften von Neuformationen eingekleidet worden sind, wie in vier Monaten des Jahres 1914.

Die Aufstellung dieser Neuformationen war im Frieden nicht vorgesehen. Ihre Einkleidung mußte Schwierigkeiten bereiten, und zwar um so größere, in je kürzerer Zeit sie verlangt wurde. Die Anfertigung von Bekleidung und Ausrüstung brauchte Zeit. Der Bedarf mußte frühzeitig bekanntgegeben werden, sonst war seine rechtzeitige Deckung in Frage gestellt. Es war daher kein Wunder, daß im Herbst 1914 Schwierigkeiten für die Einkleidung eintraten. 800 000 Mann in vier Monaten ohne jede Friedensvorbereitung einzukleiden, blieb trotzdem immer eine beachtenswerte Leistung.

Wäre der Bekleidungsabteilung im Frieden aufgegeben worden, sich darauf einzurichten, außer den planmäßigen Kriegsformationen alle dann noch verfügbaren ausgebildeten Mannschaften (z. B. 300 000 Mann) binnen acht Wochen auszustatten, so wäre dies ebenso vorbereitet worden, wie die Einkleidung für die planmäßige Mobilmachung. Die entstandenen Schwierigkeiten wären vermieden worden. Auf die sofortige Ausnutzung der ganzen Volkskraft wurde aber, leider, verzichtet.

Die Mengen an Bekleidung und Ausrüstung, die die Kriegsbekleidungsämter fertigten und fertig kauften, wurden bei der gewaltigen Zahl neu einzukleidender Mannschaften von den Truppen, die neue Formationen aufstellten, anfangs sofort wieder ausgegeben. Immer wieder forderten die stellvertretenden Generalkommandos vom Kriegsministerium Aushilfen. Um den berechtigten Wünschen nachkommen zu können, war das Kriegsministerium gezwungen, sich in kurzen Zwischenräumen von den Bekleidungsämtern drahtlich melden zu lassen, was sie gefertigt und beschafft, im Korpsbereich aber nicht ausgegeben hatten, mit anderen Worten, welche Bestände sie an einzelnen Stücken noch hatten. Es zeigte sich wieder die Notwendigkeit von Korps- und Heeresbestandsübersichten als Unterlagen für die ausgleichende Zentralstelle. Nur wenn man die Bestände kannte, konnte angeordnet werden, woher die Aushilfen zu nehmen waren.

Nach Aufstellung der neuen Armeekorps im September 1914 konnten die größten Schwierigkeiten in der Ausstattung der Neuformationen und Ersatztransporte mit Bekleidung und Ausrüstung als überwunden angesehen werden. Bekleidungsämter und Gewerbe hatten sich inzwischen auf Kriegsbetrieb umgestellt; sie schafften die erforderlichen Mengen zwar nicht mühelos, aber ausreichend und rechtzeitig. Wenn sich bei der Einkleidung der im Dezember 1914 aufgestellten Korps noch Schwierigkeiten ergaben, so lag das weniger an einem Mangel an Beständen, als daran, daß Bestandsübersichten fehlten und die aufstellenden Dienststellen den Kriegsbekleidungsämtern nur unzureichend angeben konnten, welche Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke nach Art und Menge an die Einkleidestellen zu senden waren. Auch die stellvertretenden Generalkommandos (Intendanturen) waren mangels solcher Übersichten nicht in der Lage, die Zuführung von Bekleidung und Ausrüstung an die Bedarfsstellen in allen Fällen klar zu regeln, weil sie nicht einwandfrei übersahen, welche Bestände im einzelnen vorhanden, wo und mit welchen Stücken sie zu ergänzen waren. Ein solcher Überblick war deshalb besonders nötig, weil es - wie bei der Mobilmachung, so auch später - nur geringe Überschüsse gab und der im Korpsbereich vorhandene

Bestand gerade für die Einkleidung ausreichte, also sehr sorgfältig verteilt werden mußte. So kam es, daß Bestände falsch geleitet wurden, unterwegs waren, beim Abrücken der neu aufgestellten Truppenteile in ihren Unterkünften, weil überzählig, zurückblieben und dort erst wieder für andere Truppenteile gesammelt werden mußten.

Auch die Zahlen der neu eingekleideten Ersatzmannschaften der Zusammenstellung in **Anlage 1 (S. 195)** sind lehrreich. Vorgesehen war, daß die Bekleidung und Ausrüstung für rund 400 000 Köpfe in einem halben Jahre beschafft werden sollte. Bis zum 1. März 1915 haben aber infolge der starken Abgänge bei den Truppen an Ersatztransporten 1 233 041 Köpfe, also dreimal soviel, ausgestattet werden müssen. Dreimal so hoch hielt sich diese Menge das ganze Jahr 1915 über, 1916 blieb sie etwas darunter; erst 1917 fiel sie auf das Zweifache und 1918 auf das Anderthalbfache des Vorgesehenen. Sie ist also bis zum Schluß des Krieges höher geblieben, als vorgesehen war.

In den Zahlen dieser Übersicht ist der Ersatzbedarf für das Feldheer nicht enthalten. Wenn auch im Jahre 1914 von den Truppen aus dem Felde kaum oder nur in geringem Maße Bekleidungsersatz angefordert wurde, die Anforderungen vielmehr erst im Jahre 1915 einsetzten, so mußte der Bekleidungsersatz für die Feldtruppen doch schon 1914 - neben dem Bedarf für Einkleidung von Neuformationen und Ersatztransporte - beschafft und bereit gestellt werden, damit er 1915 bereit lag. Freilich konnte zunächst auf die als Ersatzbedarf vorgesehene Menge zurückgegriffen werden. Sie mußte aber doch sofort und somit fast gleichzeitig wieder ersetzt werden. Es beweisen also auch diese Zahlen, wie wenig und unzureichend die Heeresverwaltung auf diesen Krieg vorbereitet war und mit welchen Anstrengungen das Versäumte nachgeholt werden mußte. Die Zahlen sind daher trotz aller entstandenen Schwierigkeiten ein glänzendes Zeugnis für die gewaltigen Leistungen der Kriegsbekleidungsämter und der Industrie, besonders in der Zeit zu Beginn des Krieges, wo Ämter und Industrie sich erst auf den Krieg einstellen mußten.

Änderungen der Ausstattung.

Die Truppen wurden im August mobil, d. h. für den Sommer ausgestattet.

Für eine Mobilmachung in den Wintermonaten (1. Oktober bis 31. März) sollten die Mannschaften mit warmer, wollener Unterkleidung ausgestattet werden, und zwar

1. jeder Mann mit einem Wollhemde oder einer wollenen Unterjacke, einem Kopfschützer oder einem Paar Ohrenklappen und zwei Paar wollenen Socken, ferner
2. jeder Mann der Infanterie, der Jäger und Schützen, der Fußartillerie, der Pioniere, der Feldbäckereikolonnen, der Sanitätskolonnen und Feldlazarette mit einer wollenen Leibbinde und einem Paar Pulswärmer, außerdem
3. jeder Mann, der nach der Bekleidungs- und Ausrüstungsnachweisung nur mit einer (Köper-)Unterhose ausgestattet war, mit einer Unterhose aus Woll- oder Baumwollstoff.

Als weitere Winterbekleidung waren nach eingehenden Versuchen, die in früheren Jahren angestellt waren, vorgesehen

1. ein Pelz (langer Pelz in der Form des Mantels von Schaffellen ohne Tuchbezug mit Pelzkragen) und ein Paar Filzschuhe (nach Art der bei den Truppen gebräuchlichen Postenschuhe) für jeden Fahrer vom Bock,
2. 50 Pelze und 50 Paar Filzschuhe für Posten (Wach- und Sicherheitsdienst) als Vorrat bei jedem Bataillon,
3. ein Paar an den Steigbügeln zu befestigender, pelzgefütterter Fußschutzkappen für die halbe Kriegsstärke der Kavallerie, Feldartillerie und Maschinengewehrabteilungen, sowie für ein Drittel der Kriegsstärke an berittenen Mannschaften der Fußartillerie, des Trains, der Verkehrstruppen und der Maschinengewehrkompagnien.

Proben für Pelze und Filzschuhe waren nicht ausgegeben, die Festsetzung eines Musters jedoch bereits im Frieden den Generalkommandos empfohlen.

In den abgehaltenen Versuchen hatte sich ergeben, daß die Ausstattung **jedes** Mannes mit einem Pelz nicht zweckmäßig war, da er den Mann auf dem Marsche und im Gefecht außerordentlich behinderte. Die starke Erwärmung in der Bewegung veranlaßte häufig Erkältungen in der darauffolgenden Ruhe. Kurze Pelzjacken wurden nicht nur für die Fußtruppen, sondern auch für Radfahrer und Berittene verworfen, weil sie bei starker Kälte den Unterleib nicht genügend erwärmten und bei nicht starker Kälte ebenso lästig waren, wie die langen Pelze. Eine andere Fortschaffung als am Mann bereitete Schwierigkeiten. Jeder Truppenverband hätte hierzu besondere Fahrzeuge gebraucht, die die Kolonnen bedeutend verlängert hätten. Das Bedürfnis nach Pelzen und Filzschuhen war nur für diejenigen Mannschaften anerkannt worden, deren Bewegungsmöglichkeit beschränkt war, für Fahrer vom Bock und für Posten. Als Vorrat für Posten hatte die Truppe 50 Pelze und 50 Paar Filzschuhe für jedes Bataillon für ausreichend gehalten. Diese Menge konnte auf den Patronenwagen mitgeführt werden. Bei den Versuchen waren Pelze und Filzschuhe auf den kriegsmäßig beladenen Patronenwagen festgebunden worden; ihre Fortschaffung hatte auch in ungünstigem Gelände und auf schlechten Wegen keine Schwierigkeiten bereitet.

Im Bewegungskriege fehlte es bei der Unterbringung der Massen oft an Unterkunft für die Pferde. Es blieb auch für sie nichts anderes übrig, als zu biwakieren. Darunter litten die Pferde, namentlich bei Regen. Für sie wurden wasserdichte Decken nötig; ihre Ausstattung damit wurde angeordnet.

In Sumpfgegenden wurde im Sommer die Mückenplage drückend, unter der die Beobachtungs-tätigkeit von Posten aller Art litt. Sie erhielten Mückenschleier. Die Ausstattung trat zuerst für den russischen Kriegsschauplatz ein, während im Westen, wo der Bewegungskrieg frühzeitig in den Stellungskrieg überging, mit Maßnahmen zur Beseitigung der Brut vorgegangen wurde. Mücken-schleier wurden nach dem Westen erst von der Zeit des Großkampfes in Flandern ab geliefert.

Beim Eintritt Rumäniens in den Krieg machte der bevorstehende Kampf im Hochgebirge die Ausstattung der dort eingesetzten Truppen mit besonderer Gebirgskleidung nötig. Die Truppen, denen diese zugebilligt wurde, erhielten Bergschuhe und Stiefelhosen mit Lederbesatz am Gesäß und auf den Knien, außerdem Knie- oder Wadenstrümpfe, Wickelgamaschen und Eissporen. Auf 10 vom Hundert der Kopfstärke wurde für Patrouillen je ein Schneemantel und eine Schneehaube vorgesehen.

Bei schneebedeckter Erde genügte die gewöhnliche Truppenausstattung allein nicht. Es waren Schneeanzüge - auf der einen Seite weiß, auf der anderen feldgrau - rechts und links zu tragen, nötig, um den Mann im Gelände zu verbergen; aus leichtem wasserdichten Stoff boten sie gleichzeitig Schutz gegen Regen und Wind. Schneeanzüge brauchten Patrouillen, Posten, Schneeschuhläufer und Schneeschuhtruppen. Zu ihnen gehörten Schneejacke, Schneehose, ein weißer Überzug für die Kopfbedeckung und ein weißer Rucksacküberzug. Schneeschuhläufer und Schneeschuhtruppen brauchten ferner wasserdichte Schnürschuhe mit breiten Sohlen. Hierzu eigneten sich die Bergschuhe. Um ihren guten Sitz zu verbürgen, wurde die Ausstattung mit Überziehsocken aus Ziegenhaar gefordert, sogenannten Walksocken, die über das gewöhnliche Strumpfpaar gezogen wurden. Später wurde den Schneeschuhtruppen und Gebirgstruppen die doppelte Zahl von wollenen Strümpfen gegeben, damit sie in der Lage waren, zwei Paar Strümpfe übereinanderzuziehen. In den Bergschuhen erhielten sie zuerst Waden- oder Kniestrümpfe, später Wickelgamaschen aus glattem oder wenig rauhem Stoff, da rauher Stoff das Ansetzen von Eiskrusten begünstigte. Ledergamaschen, die auf der Innenseite zum Ansetzen von Feuchtigkeit neigen, waren unvorteilhaft. Zum wollenen Unterzeug trat ein wollenes Halstuch, das auf Rasten über der Kleidung angelegt wurde.

Die Sturmtruppen beanspruchten eine Sonderausstattung mit Bergschuhen, Gebirgshosen (Stiefelhosen mit Lederbesatz am Gesäß und Knie) und Wickelgamaschen. Bei dem Ledermangel mußten Bergschuhe aber auf die Gebirgstruppen beschränkt bleiben. Auch konnte die Sturmtruppenausstattung nur den planmäßigen Sturmtruppen zugebilligt werden, um eine Änderung der Ausstattung sämtlicher Fußtruppen, die schließlich doch sämtlich Sturmtruppen werden sollten, zu vermeiden.

Für den Großkampf in Flandern wurden Wickelgamaschen und Schnürschuhe statt der Infanteriestiefel verlangt, weil der schwere Boden den Kämpfern die Infanteriestiefel geradezu auszog und das Wasser in der Trichterstellung von oben in die Stiefel lief. Da schließlich alle Truppen in Flandern Verwendung finden konnten, hätte das Zugeständnis auch wieder die gänzlich neue Ausstattung sämtlicher Fußtruppen bedeutet, nicht nur mit Wickelgamaschen, sondern auch mit einem zweiten Paar Schnürschuhe an Stelle der Infanteriestiefel. Das konnte die Heeresverwaltung bei den knappen Lederbeständen und bei dem Mangel, den bereits die bürgerliche Bevölkerung an Schuhzeug und Unterkleidung litt, nicht zugeben. Der Infanteriestiefel hatte sich außerdem durchaus bewährt. Die Wickelgamasche verdankte ihre Bevorzugung dem Stellungskriege. Auf den Bewegungskrieg hoffte im Westen jeder. Auch aus diesem Grunde war es nicht vertretbar, wenn man sich in der Fußbekleidung allein auf den Stellungskrieg einstellte.

Mit der Unterstützung der Türkei wurde die Ausstattung der dorthin gesandten Mannschaften und Truppen mit Bekleidung und Ausrüstung nötig, die den Anforderungen des kleinasiatischen Kriegsschauplatzes genügte und kurz mit Tropenausstattung bezeichnet wurde.

Jeder Offizier und Mann erhielt neben einer vollen Winterausstattung eine Sommerausstattung. Die Winterausstattung bestand im allgemeinen aus den gleichen Bekleidungsstücken wie beim übrigen Feldheere. In der Sommerausstattung traten an Stelle der Tuchbekleidung zwei Khakianzüge; außerdem wurden Moskitostiefel, Mückenschleier, reichlichere und feinere Unterkleidung (Leibwäsche) geliefert. An Ausrüstungsstücken erhielt jeder einen Tropenhelm statt des Lederhelms, einen Rucksack statt des Tornisters, zwei wollene Decken, zwei Feldflaschen, zwei Zeltausrüstungen, ein engmaschiges Moskitonetz gegen Sandfliegen, eine Schutzbrille gegen Sonne und Sand. Sonst entsprach auch die Ausstattung mit Ausrüstungsstücken der der übrigen Soldaten.

Sobald die Sommerbekleidung in Gebrauch genommen wurde, wurden die entbehrlichen Stücke der Winterbekleidung den Mannschaften abgenommen und an das Bekleidungsdepot zur Aufbewahrung und Instandsetzung zurückgesandt. In gleicher Weise wurde mit der Sommerbekleidung verfahren, sobald die wieder angeforderte Winterbekleidung in Gebrauch genommen wurde. Nur so konnte der durch die gesamten Verhältnisse erzwungenen äußersten Sparsamkeit und Schonung der vorhandenen Bestände Rechnung getragen werden. - Auch alle ausgetragenen Stücke wurden an das Bekleidungsdepot abgeliefert.

Die Ausstattung mit hochwertigen Stücken sprach sich natürlich bald herum und erweckte die Begehrlichkeit, ebenso ausgestattet zu werden. Namentlich vom Kriegsschauplatz in Mazedonien gingen wiederholt Anträge auf Ausstattung mit Khakianzügen ein, die mit der dort im Sommer herrschenden Hitze begründet wurden. Bei dem Mangel an Rohstoffen, der zur größten Sparsamkeit zwang, war es nicht möglich, diesem Wunsche zu entsprechen. Der Drilchanzug, mit dem jeder Mann dort ausgestattet war, mußte genügen.

Auf die Anforderungen, die entferntere Kriegsschauplätze, Rumänien, Mazedonien und Türkei, stellten, hatte sich die Heeresverwaltung naturgemäß nicht vorbereiten können. Sieht man von der Ergänzung der Ausstattung für den Kampf in diesen Gegenden ab, so waren die Änderungen, die der Krieg forderte, verschwindend gering. Auch ihrer Bedeutung nach fallen sie nicht schwer in die Wagschale. Die Ausstattung, die im Frieden erprobt war, hat sich auch im Kriege bewährt. Das

bewiesen auch die nach dem Kriege eingeforderten Berichte, die sich im großen und ganzen in demselben Sinne aussprachen und nur unbedeutende Änderungen forderten.

Wenn nur so geringfügige Änderungen für nötig gehalten wurden, wird den Dienststellen, die für Festsetzung der Ausstattung zuständig waren, ein vortreffliches Zeugnis ausgestellt. Denn auch im Bekleidungswesen gilt der Grundsatz, daß richtig gearbeitet worden ist, wenn im Kriege nichts von dem wieder abgestreift werden muß, worauf sich die Truppe im Frieden eingerichtet hat.

Bekleidungsnachschub.

Das Nachschubwesen war ein Gebiet, das im Kriege viele Klagen veranlaßt, manche Wandlungen durchgemacht hat und trotz angestrengter Arbeit aller daran beteiligten Stellen bis zum Schluß des Krieges nicht zur vollen Befriedigung der Feldtruppe geregelt worden ist.

Nach den Bestimmungen, die auf früheren Kriegserfahrungen fußten, sollte jeder Truppenteil im Felde den Bekleidungsersatz durch Vermittlung der stellvertretenden Intendantur von seinem Wirtschaftstruppenteil, d. h. von dem Ersatzbataillon desjenigen Friedenstruppenteils, der ihn aufgestellt hatte, beziehen. Außerdem wurde für jede Armee ein Armeebekleidungsdepot errichtet, um in möglichster Nähe des Feldheeres geringe Vorräte an Bekleidungsstücken für besondere Ausnahmen bereit zu halten.

Die Versorgung durch den Wirtschaftstruppenteil stammte aus einer Zeit, in der die Truppenteile ihre Bekleidung selbst fertigten und beschafften. Da war es natürlich, daß der Truppe als Beschaffungsstelle auch die Absendung oblag. Dieses Verfahren paßte aber nicht mehr in die Zeit der Massenanfertigung und Massenbeschaffung durch die Bekleidungsämter; diese mußten jetzt Absendestelle werden. Die erste Änderung im Bekleidungsnachschub brachte aber noch keine wesentliche Besserung. Anstatt auf die Ersatztruppenteile, wurden die Feldformationen nunmehr auf das Bekleidungsamt ihres heimatlichen Armeekorps angewiesen. Der Weg, den die nachzusendende Bekleidung dabei durchlaufen mußte, war lang, wenn das Bekleidungsamt in Posen lag, der zu versorgende Feldtruppenteil aber in Frankreich stand oder württembergische Truppenteile gegen Rußland verwendet wurden. Der weite Weg verzögerte das Eintreffen der Sendung und belastete die Bahn sehr stark. Die Truppe bestellte die Bekleidung dorthin, wo sie sich zur Zeit der Bestellung befand; sie war aber, wenn die Bekleidung ankam, häufig nicht mehr dort, sondern bereits an anderer Stelle eingesetzt. Die Umleitung der Sendungen war nicht ausführbar, weil der Besteller bei anderer Verwendung niemals wußte, wohin er ging, wohin also die Sendung umzuleiten war. Er konnte sie auch nicht aufhalten, weil weder er noch das Bekleidungsamt wußte, welchen Weg die bereits abgesandte Bekleidung lief und wo sie sich gerade befand. Für die Auskunftsstelle war die Nachsendung ebenfalls schwierig; auch bei ihr wußte man meist nicht, wohin der Empfänger gegangen war und wo er sich neuerdings befand. Der Verwendung einer Sendung durch andere Truppenteile standen Hemmnisse im Wege, weil die Abzeichen und Unterscheidungszeichen für sie nicht paßten. Husaren und Ulanen sträubten sich, sich in Waffenröcken zu zeigen und dergleichen mehr. Die Sendung irrte nun umher und erreichte den Besteller, der sehnlichst darauf wartete, nicht. War auch der lange Beförderungsweg nicht die einzige Ursache solcher Irrläufer, so vermehrte er doch ihre Zahl; er mußte abgekürzt werden.

Die Quelle, aus der die Truppen im Felde Bekleidung und Ausrüstung zu schöpfen hatten, konnte nicht mehr das Bekleidungsamt des heimatlichen Korpsbezirks bleiben. Sie mußte ein Bekleidungsamt werden, das möglichst in der Nähe der Feldtruppe lag. Wurde die Truppe im Osten verwendet, mußte sie aus einem an der Ostgrenze liegenden Bekleidungsamt versorgt werden, bei Verwendung im Westen aus einem an der Westgrenze liegenden. Jede Armee wurde nunmehr auf ein Kriegsbekleidungsamt angewiesen.

Wenn auch in erster Linie diese Bekleidungsämter an der Grenze mit der Versorgung je einer Armee beauftragt wurden, so mußten doch auch die in der Mitte des Reichs hierzu herangezogen werden, da nahe der Grenze nicht so viele Ämter lagen, wie es Armeen gab. Mehr wie eine Armee konnte ein Bekleidungsamt nicht versorgen. Überschritt die Stärke der Armee ein bestimmtes Maß, mußten sich zwei Ämter in die Versorgung teilen.

Die Umstellung auf die neue Versorgungsart vollzog sich unter erheblichen Schwierigkeiten. Die Bekleidungsämter hatten bisher nur die Bekleidung und Ausrüstung gefertigt und beschafft, die die Truppenteile ihres eigenen Armeekorps brauchten. Jetzt mußten sie bald diesen, bald jenen Truppenteil ausstatten, weil die Verbände in ihrer Zugehörigkeit zu den Armeen wechselten. Preußische Bekleidungsämter mußten Bekleidung und Ausrüstung auch für bayerische, sächsische und württembergische Truppenteile liefern, bayerische, sächsische und württembergische Ämter für preußische Truppenteile. Sie brauchten bald Röcke mit Litzen, bald solche ohne Litzen, sie mußten auf die verschiedenen Ärmelaufschläge und Schulterklappen Bedacht nehmen; andere Hoheitsabzeichen und Unterscheidungszeichen als bisher wurden nötig; Ämter, die bisher keine Husarenregimenter versorgten, brauchten plötzlich Attilas. Die Vorstöße an Ulankas und Waffenröcken der Kavallerie stimmten nicht und anderes mehr.

Zunächst mußten die Bekleidungsämter sich untereinander in Verbindung setzen und die abweichenden Stücke, soweit sie sie brauchten, gegenseitig zusenden. Dieser Austausch mußte aber zur Entlastung von Eisenbahn und Post eingeschränkt und beseitigt werden. Durchgreifend konnte Wandel nur durch Festsetzung neuer und **einheitlicher** Proben geschaffen werden.

Die schon häufig erörterte, aber leider nicht durchgesetzte Notwendigkeit größerer Einheitlichkeit in der Ausstattung des gesamten Heeres mit Bekleidung trat gebieterisch in den Vordergrund. Die Erfahrungen im Nachschub hatten neben anderen Kriegserfahrungen manchen, wenn auch nicht allen, Gegnern der Vereinheitlichung der Uniform die Augen geöffnet und ihren Widerstand dagegen beseitigt. Die Uniformänderungen, die die A. K. O. vom 21. September 1915 brachte, waren ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einheitlichkeit. Nicht nur Beschaffung und Bereitstellung, sondern auch der Nachschub wurden dadurch ganz wesentlich vereinfacht.

Trotz dieser durchgreifenden Verbesserung ließen die Klagen der Feldtruppen über unzulänglichen Bekleidungsnachschub nicht nach. Es wurden nach wie vor Vorwürfe gegen die heimatlichen Dienststellen, namentlich gegen die Bekleidungsämter, erhoben, obgleich diese, wie alle Stellen in der Heimat, stets auf dem Standpunkt standen, daß der Schwerpunkt ihrer ganzen Tätigkeit in der guten Versorgung des Feldheeres lag, und obgleich alle ihr ganzes Können und ihre ganze Kraft daransetzten, dieses Ziel zu erreichen. Von den heimatlichen Stellen und von den Bekleidungsämtern allein konnte nicht alles verlangt werden. Im Nachschub spielte auch die Bestellung eine Rolle.

Der Verbraucher, die Truppe, mußte als Empfänger und Besteller berücksichtigen, daß der Nachschub Zeit brauchte. Die Bestellung durfte daher nicht erst im Augenblick des Bedarfs, sondern mußte so lange vorher ergehen, wie die Beförderung der Bestellung in die Heimat, das Verpacken, das Anrollen zur Bahn, das Einladen, die Eisenbahnfahrt einschließlich des Umladens an Umschlagstellen und die Abfuhr vom Eisenbahnzielpunkt zur Truppe Zeit brauchten. Das war für die Truppe im Felde etwas Neues, worin sie vom Frieden her nicht geübt war. Sie lernte es aber mit der Zeit, wenn auch erst allmählich, weil sie Bekleidung und Ausrüstung nicht, wie Munition und Verpflegung, täglich brauchte, sondern nur von Zeit zu Zeit. Auf verspätete Bestellung ist trotzdem bis in die letzte Zeit manche unzureichende Versorgung zurückzuführen.

Ferner war die Bestellung von Bekleidung und Ausrüstung eine ins kleinliche gehende Arbeit. Die Truppe konnte zwar damit verschont werden, die Größenmaße in der Bestellung anzugeben, weil

die Bekleidungsämter aus der Friedensanfertigung und Friedensbeschaffung wußten, in welchem Verhältnis die Truppe die einzelnen Größen brauchte. Nicht erspart werden konnte ihr aber die Angabe, welche Stücke sie im einzelnen brauchte. Mit der summarischen Angabe: Bekleidung und Ausrüstung für soundso viel Köpfe allein war es nicht immer getan. Denn dann wurden ihr auch Stücke zugesandt, die nicht verbraucht waren und nicht ersetzt werden mußten. Um die Angabe, wieviel Stücke von jeder Art gebraucht wurden, kam die Truppe nicht herum. Auch war die Benennung der Stücke der Truppe nicht immer geläufig. Sie gebrauchte oft Bezeichnungen, die zu Zweifeln Anlaß gaben, was sie haben wollte, Rückfragen veranlaßte und Verzögerungen verursachte. Alles das erschien zwar als Kleinigkeit, war aber doch wichtig, weil pünktliche, genaue und befriedigende Ausführung der Bestellung davon abhing. Wer sich darüber hinwegsetzte, konnte sich nicht wundern, wenn der Nachschub sich nicht glatt abwickelte.

Die Armeebekleidungsdepots waren nur eine Aushilfe für Ausnahmen. In nächster Nähe des Feldheeres ließ sich nur ein beschränkter Vorrat an Bekleidung und Ausrüstung bereitstellen. Bekleidung und Ausrüstung war eine sperrige Ware, die viel Lagerraum beanspruchte. Dieser war dicht hinter der Front nicht verfügbar. Außerdem sollten die Armeebekleidungsdepots beweglich sein. Sie sollten beim Vormarsch der Armee folgen und mußten bei rückwärtigen Bewegungen voraus zurückgeführt werden können. Je mehr Vorräte in den Armeebekleidungsdepots aufgespeichert wurden, desto zeitraubender wurde das Ein- und Ausladen, desto schwerer waren die Depots zu bewegen, vor- oder zurückzuführen. Bei rückgängigen Bewegungen in Frankreich im Herbst 1914 waren die den Armeen nachgeführten Armeebekleidungsdepots häufig lästig. Mit dem Beginn des Stellungskriegs wurden die Armeebekleidungsdepots mit den Materialiendepots, den Sammelsanitätsdepots usw. weit zurückgezogen und Sammelstationen eingerichtet. Die Zusammenlegung dieser Depots, ihre Anhäufung an einem Orte erhöhte den Bedarf an Lagerraum in einer Weise, daß die Armeebekleidungsdepots häufig in den Sammelstationen keinen Platz mehr fanden, sondern aus ihnen herausverlegt werden mußten. Bei dem großen Bedarf an zahlreichen Depots, die alle ausgedehnte Lagerräume erforderten, war der Weg, die Armeebekleidungsdepots zu vergrößern, nicht gangbar. Im übrigen lagen viele Armeebekleidungsdepots seit dieser Zeit so weit rückwärts, daß der Weg vom Bekleidungsamt zur Armee kaum oder nur wenig weiter war. In Fällen der Not schnell Aushilfe zu gewähren, waren sie somit tatsächlich kaum in der Lage.

Die Auffrischung der Bekleidung bei abgekämpften Truppenverbänden, die schnell vor sich gehen mußte, erforderte besondere Maßnahmen; denn die Truppe wußte nicht, wann sie abgelöst wurde und wohin sie zurückgezogen werden würde. Sie konnte nicht selbst für die Bereitstellung der Bekleidung in ihrer neuen Unterkunft sorgen. Das mußte durch die vorgesetzten Dienststellen rechtzeitig vorbereitet werden. Wo dies geschah, ist die Truppe mit Bekleidung und Ausrüstung nicht in Verlegenheit geraten.

Die Massenversorgung zwang dazu, der Truppe nicht allein die Sorge für ihren Bekleidungsersatz zu überlassen, wie das infolge der Selbst- und Truppenwirtschaft bisher üblich war. Aus der Truppenversorgung war Divisions-, Korps-, Armee- und Heeresversorgung geworden.
Für die in Kleinasien fechtenden deutschen Truppen wurde der Nachschub an Bekleidung und Ausrüstung von vornherein auf das Bekleidungsdepot gestellt, das von der Heimat gespeist wurde. Bei der Entfernung dieses Kriegsschauplatzes von der Heimat und den schwierigen Verkehrs- und Beförderungsverhältnissen, die dadurch bedingt waren, daß nur eine Bahnlinie mit beschränktem Verkehr zur Verfügung stand, und bei der besonderen, vom übrigen Heere abweichenden Ausstattung lagen die Verhältnisse anders wie auf den übrigen Kriegsschauplätzen und rechtfertigten die Ausnahme. Außerdem handelte es sich um bedeutend geringere Stärken, die von diesem Depot zu versorgen waren. Es war keine Massenversorgung.

Für die in den Karpathen, in Rumänien, Serbien und Mazedonien fechtenden Truppen konnte das gleiche nicht zugestanden werden, da Unterbringungsschwierigkeiten und Mangel an Lagerraum

dies nicht zuließen. Indessen wurde für Mazedonien von dem Armeebekleidungsdepot ein Bekleidungsnebendepot weit vorgeschoben, weil die Beförderung des Bekleidungsersatzes auf der einzigen nur zur Verfügung stehenden Bahnlinie auf Schwierigkeiten stieß, der Nachschub der jedesmaligen Beförderungslage angepaßt und in der gebirgigen Gegend weite Beförderung auf Fahrzeugen vermieden werden mußte.

Zur aushilfsweisen Einkleidung beurlaubter und sonstiger einzeln reisender Mannschaften wurde ferner in Wien und Budapest eine deutsche Einkleidungsstelle eingerichtet, die ebenfalls als ein von einem anderen Armeebekleidungsdepot vorgeschobenes Bekleidungsnebendepot anzusehen war.

Mit der Nachsendung der Winterausstattung an die Feldtruppen im Herbst 1914 hatte zum ersten Male der Nachschub großer Bekleidungsmassen eingesetzt. Da der Krieg im August begann, war die Truppe ohne Winterausstattung ausgerückt. Beschaffung und Nachschub drängten sich auf kurze Zeit zusammen. Da die Bekleidungsämter Beschaffungsstelle waren, wurden sie auch mit der Absendung unmittelbar ins Feld beauftragt und die Wirtschaftstruppenteile von dieser Aufgabe befreit. Die Bekleidungsämter hatten aber noch alle im Korpsbereich aufgestellten Formationen zu versorgen. Sie besaßen jedoch noch keine Kriegsgliederungen und wußten noch nicht, bei welchen Armeen sich einzelne Truppenteile befanden; die Regelung der Zusendung bis zum Etappenanfangsort wurde deshalb in die Hand der stellvertretenden Generalkommandos gelegt und die weitere Vorführung den Armee-Oberkommandos überlassen. Da auch den stellvertretenden Generalkommandos nicht alle Änderungen in der Kriegsgliederung bekanntgeworden waren und die Kriegslage manche schnelle Truppenverschiebung - namentlich im Bewegungskriege im Osten - forderte, waren Fehlleitungen nicht zu vermeiden. Teilweise erhielten die Feldtruppen die für sie bestimmten Sendungen recht spät.

Bereits 1915 wurden Wollzüge zusammengestellt und diese den Divisionen zugeführt, die für weitere Verteilung zu sorgen hatten. Die Zusendung der Winterausstattung unmittelbar an die Truppenteile wurde aufgegeben. In späteren Jahren erleichterten die allgemeinen Änderungen im Bekleidungsnachschub auch die Zusendung der Winterausstattung, weil jedes Bekleidungsamt nur mit einer Armee zu tun hatte.

In der Versorgung der Truppen mit Winterausstattung hat die Tätigkeit des zum Roten Kreuz zugehörigen "Kriegsausschusses für warme Unterkleidung" der Bekleidungsabteilung viel Verdrießlichkeiten bereitet, wenn das auch nicht seine Absicht gewesen ist. Die Bekleidungs-abteilung hat die Beteiligung anderer Stellen an der Versorgung des Heeres mit warmer Unter-kleidung von Anfang des Krieges an grundsätzlich - lange Zeit aber erfolglos - bekämpft. Die Versorgung des Heeres mit warmer Unterkleidung war ebenso Aufgabe der Heeresverwaltung, wie die Versorgung mit Bekleidung und Ausrüstung überhaupt. Es war deshalb überflüssig, daß eine andere Stelle sich derselben Aufgabe unterzog.

Die Sammeltätigkeit des Roten Kreuzes entzog der Heeresverwaltung Rohstoffe, die zu Beginn des Krieges zwar von ihr noch nicht beansprucht wurden, die aber, wenn Knappheit eintrat, den letzten Rückhalt bildeten. - Aus den schon 1914 in der Bekleidungsabteilung angestellten Bestandsermittelungen ergab sich, daß die Vorräte an Rohstoffen für Web- und Wirkwaren nicht allzulange reichen würden. Die Notwendigkeit sparsamer Wirtschaft und der Vermeidung vorzeitiger Ausgabe der letzten Hilfsmittel lag schon frühzeitig vor. Damit aber stand die auf Wollsachen jeder Art gerichtete Sammeltätigkeit des Roten Kreuzes, einschließlich der von ihm veranlaßten Reichswollwoche, und die Überschüttung der Front mit überflüssiger und nicht immer zweckmäßiger warmer Unterkleidung in Widerspruch. Wie mancher bedauerte später, in der Reichswollwoche geopfert zu haben, was er, als die Knappheit fühlbar wurde, gut für sich oder seine Angehörigen hätte verwenden können.

Die häufige und an manchen Stellen oft überreichliche Zuwendung wollenen Unterzeuges durch den "Kriegsausschuß für warme Unterkleidung" verwöhnte den Mann im Felde, der nun glaubte, mit diesen Stücken weniger haushalten zu müssen. So wurden noch brauchbare Kleidungsstücke fortgeworfen und, um reichlichen Ersatz zu erhalten, bürgerlichen Personen und Mitgliedern des Roten Kreuzes Summen von fehlendem Unterzeug angegeben, die den Anschein erweckten, als ob die Heeresverwaltung überhaupt keine Vorsorge getroffen hätte. Das Rote Kreuz führte wiederholt solche Briefe, die für den Fachmann den Stempel der Übertreibung an der Stirn trugen, als Beweis für die Notwendigkeit seiner Aushilfe an. Der Sache wäre mehr gedient worden, wenn solche Briefschreiber entlarvt und an den Pranger gestellt worden wären.

Die Leichtigkeit, mit der die Truppe auf diesem Wege wollene Unterkleidung erhielt, verführte auch die Kompagnieführer, die nach den starken Verlusten oft recht junge Offiziere waren, dazu, den bequemeren Weg der Bitte beim Roten Kreuz zu gehen, anstatt die dienstliche Versorgung, wo sie einmal versagte, durchzudrücken. Solche Briefe glaubte das Rote Kreuz nun erst recht für die Berechtigung der Aushilfe mit wollener Unterkleidung anführen zu sollen, übersah aber dabei die Unerfahrenheit jener jungen Offiziere. Dort, wohin die dienstliche Versorgung nicht reichte, kam die außerdienstliche erst recht nicht hin; denn diese Stellen waren nur mit dienstlicher Hilfe zu erreichen.

So segensreich das Rote Kreuz an anderer Stelle gewirkt hat, und so anerkennenswert die Einrichtung sonst war, diese - sicherlich gut gemeinte - aushelfende Tätigkeit war und blieb überflüssig, bedenklich und schädlich.

In späteren Jahren haben sich Truppenvorgesetzte über die Überflutung mit überflüssigen Stücken aufgehalten. Sie hätten sich vor Kopfschützern und Pulswärmern nicht retten können, sie wären mit Rücken- und Lungenwärmern überschüttet worden, während brauchbare gestrickte Unterjacken mit Ärmeln eine Seltenheit gewesen wären. Die Erklärung war einfach. Kopfschützer und Pulswärmer waren Schlauchgewebe einfachster Art; Rücken- und Lungenwärmer hatten eine viereckige Form; sie waren von ungeübten Frauen leicht herzustellen, während Fingerhandschuhe, Unterjacken mit Ärmeln und Strümpfe schwerer zu stricken waren. Um solche Arbeit suchten viele herumzukommen. So wurde wiederholt von Damen, die in der Arbeitslosenfürsorge wirkten und Heimarbeiterinnen Arbeiten zuwenden wollten, allen Ernstes angeregt, Strümpfe ohne Hacken stricken zu lassen, weil die Anfertigung leichter sei. In solchen Ungetümen wollte man den Infanteristen marschieren lassen.

Brust- und Rückenwärmer, Lungenschützer, die für den Soldaten nicht zweckmäßig waren, wurden bei der Rückführung nicht mehr tragfähiger Bekleidung an die Bekleidungsämter in großer Zahl zurückgeschickt, wo sich auf diese Weise erhebliche Mengen gar nicht oder nur bedingt brauchbarer Stücke ansammelten. Diese mußten wieder aufgeräufelt werden, um die kostbare Wolle für brauchbare Stücke auszunutzen. Welche Vergeudung an Rohstoff und Arbeitskraft!

In dem Kampf gegen diese überflüssige Tätigkeit des Roten Kreuzes war zunächst nur zu erreichen, daß Wollsachen in die Reihe der Liebesgaben übergeführt und auf diese Weise ihre Zuführung eingeschränkt wurde. Erst in späterer Zeit, als die Allgemeinheit die Rohstoffknappheit zu fühlen begann, gelang es, das wollene Unterzeug auch in der Liste der Liebesgaben zu streichen.

Als Tücke des Schicksals mag es erscheinen, daß dem Roten Kreuz mit der Zeit die Strickwolle ausging. Es konnte seine Strick- usw. Stuben nicht mehr beschäftigen und mußte nun die Heeresverwaltung um Lieferung von Strickwolle angehen. Die Bekleidungsabteilung sorgte für Lieferung, forderte aber gleichzeitig Herstellung probemäßiger Strümpfe und Abnahme durch die Kriegsbekleidungsämter. Strick- und Nähstuben, die sich diesen Forderungen nicht unterwarfen, wurden nicht beliefert. Die Bekleidungsabteilung und die Bekleidungsämter gewannen dadurch

endlich den nötigen Einfluß auf die Strick- usw. Stuben. Das wilde, sich der Überwachung entziehende Strick- und Nähwesen und die dort getriebene Rohstoffvergeudung wurden beseitigt.

Trotz der Reibungen in diesem Punkte hat zwischen dem Roten Kreuz und der Bekleidungsabteilung im übrigen ein gutes Einvernehmen geherrscht, und in verständnisvollem Zusammenarbeiten ist manche andere Schwierigkeit leicht und schnell überwunden worden. Das muß betont werden, um nicht eine andere Auffassung aufkommen zu lassen.

Ausstattung des Offiziers und Beamten.

Die Versorgung mit Bekleidung und Ausrüstung, soweit sie bis jetzt besprochen ist, bezog sich auf die Ausstattung des Mannes, dem die Bekleidung dienstlich geliefert wurde. Der Offizier, Sanitätsoffizier, Veterinäroffizier, Beamte und die Unteroffiziere, die Gehaltsempfänger waren, hatten für ihre Bekleidung selbst zu sorgen.

Zur Sicherstellung des Nachschubs an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für Offiziere usw. konnten Lieferer an den Sammelstationen und Etappenhauptorten außerhalb der Lager der Heeresverwaltung auf eigene Gefahr und mit eigenem Personal Verkaufsstellen einrichten. Die Genehmigung dazu erteilten in Feindesland die Generalgouvernements oder Etappeninspektionen.

Bei plötzlich eintretendem Bedarf und, wenn der Nachschub aus der Heimat nicht rechtzeitig möglich war, durften Offiziere usw. Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke nach der Probe für Mannschaften aus Beständen der Truppenteile oder der Armeebekleidungsdepots gegen Kostenerstattung entnehmen und diese Stücke später gegen Rückempfang des Abschätzungswertes an den Truppenteil zurückgeben.

Von dieser Ermächtigung wurde verschieden Gebrauch gemacht. Wo diese Bestimmung bekannt war, wurde sie erst zurückhaltend, später reichlich ausgenutzt. Wo sie nicht bekannt war, machte die Erneuerung der Bekleidung und Ausrüstung den Offizieren usw. oft große Sorge. Je mehr die Stoffe und Rohstoffe abnahmen, je mehr die Heeresverwaltung auf alle Bestände Beschlag legte, um die Mannschaft dienstlich ausstatten zu können, hatten die Schneider-, Schuhzeug- und Militäreffektengeschäfte Mühe und Not, Bekleidung und Ausrüstung zu liefern. Das Kriegsministerium durfte nicht zaudern, auch hier eine Regelung vorzunehmen. Die Hauptschwierigkeit lag in der kopfweisen Zuteilung.

Das Vorbild gab die Brotkarte. Der Plan der Kleiderkarte war gegeben. Auf welche Stücke sie sich erstrecken mußte, ergaben die Bekleidungs- und Ausrüstungsnachweisungen, die die Ausstattung des Mannes regelten. Neu war nur die Menge, die jedem zuzubilligen war. Feld- und Besatzungsheer konnten nicht unterschiedlich behandelt werden, da zwischen beiden ein dauernder Austausch stattfand. Die Gewährung verschiedener Kleiderkarten scheiterte an der Unmöglichkeit, sie rechtzeitig auszutauschen und Abhebungen der einen Karte bei Ausgabe einer anderen richtig zu berücksichtigen. Andrerseits mußte die Kleiderkarte so weit gehen, daß derjenige, der zum Offizier usw. befördert wurde und aus der Mannschaftsversorgung ausschied, durch Abhebung der ganzen Karte ausreichend ausgestattet war. Die Notwendigkeit, mit Stoffen zu sparen, zwang dagegen wieder zu Beschränkungen. Auf Ausnahmen konnte die Kleiderkarte, da sie eine Massenkarte war, nicht zugeschnitten werden; Ausnahmen mußten also besonders geregelt werden. In den Bestimmungen über die Kleiderkarte war das vorgesehen. Verloren Offiziere usw. ohne eigenes Verschulden ihre Bekleidung oder einen Teil, und wurde der Verlust nach dem Ermessen des Disziplinarvorgesetzten durch die vorhandene Kleiderkarte nicht ausreichend gedeckt, so konnte die nächstvorgesetzte, mit einer Intendantur versehene Kommandobehörde bestimmen, in welchem Umfange der Offizier usw. Stücke aus Heeresbeständen gegen Bezahlung über die Kleiderkarte hinaus beziehen durfte. In eiligen Fällen konnte der Disziplinarvorgesetzte zunächst selbständig

entscheiden; die Genehmigung der zuständigen Kommandobehörde war dann nachträglich einzuholen. Damit war allen besonders gearteten Fällen Rechnung getragen. Die Grenzen waren allerdings sehr weit gezogen. Das war im Hinblick auf die Wechselfälle des Krieges nötig, barg aber natürlich die Gefahr in sich, daß weitgehend davon Gebrauch gemacht wurde. In der Verantwortlichkeit des Disziplinarvorgesetzten und der entscheidenden Kommandobehörde lag aber die Gewähr, daß nur die Fälle Berücksichtigung fanden, in denen eine Notlage vorlag. Das Kriegsministerium behielt sich vor, die Entscheidungen der Kommandobehörden nachzuprüfen. In allen zu seiner Kenntnis kommenden Fällen legte es einen strengen Maßstab an.

In den Kriegsbekleidungsämtern war die Herstellung von Bekleidungsstücken nur nach der Probe und dem Schnitt für Mannschaften möglich. Auf Anfertigung nach Maß, auf Anproben usw. konnten sie sich nicht einlassen. Wer mit Stücken nach der Probe für Mannschaften nicht zufrieden war, konnte Stoffe und Zuschnitte aus den Kriegsbekleidungsämtern beziehen und sich daraus, wo er wollte, die Stücke so fertigen lassen, wie er es wünschte.

Anfangs wurden noch feinere Stoffe, z. B. Offiziertuche, geliefert. Später mußte die Anfertigung solcher Stoffe, die besonders gute Rohstoffe und eine größere Menge von roher Wolle verlangten, eingestellt werden, weil Rohstoffe hierfür nicht mehr langten. Das war bedauerlich, aber leider nicht zu ändern.

Die Offiziere konnten Stücke und Stoffe je nach Wunsch von ihrem Truppenteil, von den Kriegsbekleidungsämtern oder von Geschäften beziehen. Die Geschäfte vermittelten gegen Ablieferung des Kleiderkartenabschnitts den Bezug der Stoffe. Der Bezug vom Truppenteil fand weniger Anklang, obgleich er die Gefahr des Verlustes oder der Beraubung einer Sendung für den Empfänger ausschloß. Der Besteller brauchte dem Truppenteil den Kleiderkartenabschnitt erst beim Empfang der Ware abzugeben, während er dem Geschäft oder dem Kriegsbekleidungsamt den Kleiderkartenabschnitt schon bei der Bestellung einsenden mußte.

Die Zivilbeamten des Heeres erhielten keine Kleiderkarte, da die Heeresverwaltung nur über Uniformstoffe, nicht aber über Zivilstoffe verfügte und daher die Versorgung dieser Beamten nicht übernehmen konnte. Dies führte dazu, daß den Zivilbeamten des Heeres mit der Zeit auch eine militärische Uniform beigelegt wurde. Ein Teil sträubte sich zwar dagegen. Die Not der Zeit zwang aber zur Aufgabe dieses Standpunkts. Die Zusammengehörigkeit im Heere kam auch in der äußerlichen Erscheinung immer mehr zum Ausdruck und fand eine stärkere Betonung.

Aushilfe an Verbündete.

Um die Schlagfertigkeit der Verbündeten zu heben, mußte Deutschland ihnen - außer mit Kriegsmaterial - auch mit Bekleidung, Ausrüstung und Stoffen zu Hilfe kommen. Die Verbündeten hatten anfangs mit deutschen Lieferern unmittelbar Verbindung aufgenommen; auch waren deutsche Firmen mit Lieferungsangeboten an sie herangetreten. Bei den immer knapper werdenden Rohstoffen und bei dem großen eigenen Bedarf mußte das Kriegsministerium eine Übersicht über die Lieferungen und über die Leistungen der einzelnen Industrien behalten. Mit den verbündeten Heeresverwaltungen wurde daher vereinbart, daß sie ihre Bestellungen in Deutschland nur durch das preußische Kriegsministerium bewirkten.

Alle Bedarfsanmeldungen wurden auf ihre militärische Notwendigkeit geprüft. Große Anforderungen mußten mit Rücksicht auf den ungeheuren Eigenbedarf abgelehnt werden, da jede Abgabe eine Schwächung der eigenen begrenzten Vorräte bedeutete. Welche Mengen an den wichtigsten Stücken und Stoffen den einzelnen Staaten geliefert worden sind und welchen Wert sie hatten, ergibt die **Anlage 2 (S. 196)**. Rund eine Million Röcke, Hosen, Mäntel und drei Millionen Paar Schuhzeug waren erhebliche Mengen, die Deutschland stark belasteten.

Um die Türkei zur besseren Ausnutzung ihrer eigenen Rohstoffe (Wolle und Leder) zu befähigen und die deutsche Heeresverwaltung in der Abgabe fertiger Stücke zu entlasten, wurde ferner im Jahre 1916 die Vergrößerung und wirtschaftliche Ausgestaltung einiger türkischer Fabriken, deren Einrichtungen mit Maschinen den erhöhten Kriegsansprüchen nicht genügten, eingeleitet. Nach ihrer Besichtigung und der Feststellung der notwendigen Anlagen wurde der angemeldete Bedarf an Maschinen, Zubehör und Ersatzteilen bei deutschen Firmen bestellt, die Fertigung überwacht, die Maschinen usw. gemeinsam abgenommen und für ihre Beförderung und sachgemäße Aufstellung gesorgt. Für eine Gerberei und Schuhfabrik wurden Gerbereimaschinen, Schuhmachermaschinen, eine elektrische Kraftanlage (Dampfkessel, Dampfmaschinen mit Drehstromdynamos, vollständige Rohrleitungs- und Schalttafelanlage, Elektromotoren) und Hilfseinrichtungen (Heizung, Staubabsaugung, Aufzüge) beschafft. In einer Tuchfabrik wurde der ältere Teil, der gänzlich veraltete und leistungsunfähige Maschinen enthielt, mit Maschinen zur Wollwäsche, Selfaktoren, Webstühlen, Appreturmaschinen, Rohrleitungen und Elektromotoren zum Antrieb vollständig neu eingerichtet. Außerdem wurde die gesamte elektrische Ausrüstung mit Elektromotoren, Schalt- und Kabelanlage für die ganze Fabrik geliefert, da in der anderen Hälfte neu aufgestellte Textilmaschinen zwar vorhanden waren, für sie aber der Antrieb fehlte. Für eine Instandsetzungswerkstatt wurden Werkzeugmaschinen und Werkzeuge geliefert. Zwei kleinere Werkstätten, die neu gelieferte Maschinen, aber noch keinen Kraftantrieb besaßen, erhielten Elektromotoren.

Die gesamten Kosten für diese Anlagen betrugen 1 800 000 Mark. Sie treten zu denen in der **Anlage 2 (S. 196)** hinzu.

Bekleidungswirtschaft.

Die Bekleidungswirtschaft war im Frieden nur auf Truppenwirtschaft eingestellt. Ursprünglich waren die Kompagnien usw. darin selbständig. Sie erhielten die Bekleidungsgelder, aus denen sie Bekleidung und Ausrüstung ihrer Mannschaften beschaffen, unterhalten und ergänzen mußten. Später, als die Beschaffung in den Regimentern zusammengefaßt wurde, ging auch die Bekleidungswirtschaft zum Teil auf die Regimenter, die die Bekleidungsgelder erhielten, über. Den Kompagnien, Eskadrons und Batterien blieb die Unterhaltung der im Gebrauch befindlichen Garnituren. Die Regimenter beschafften und ergänzten die Bekleidung, ordneten neu beschaffte ein und herunter und übten dadurch mittelbar einen Einfluß auf Verbrauch und Unterhaltung aus.

Eine Eigentümlichkeit jeder Massenwirtschaft ist es, daß sie zu Ausgleichen zwingt und ausgleichend wirkt. Die selbständige Truppenwirtschaft hatte sich gegen jeden Ausgleich und Eingriff von außen oder oben gewehrt; sie sah darin eine Beschränkung ihrer Selbständigkeit und hielt darauf, daß jeder Truppenteil seine einmal erworbenen Bestände behielt. Die höheren Dienststellen wirkten deshalb bisher regelnd nur insoweit, als sie eine annähernd gleichmäßige oder der zuständigen Geldabfindung entsprechende Belastung der einzelnen Truppenteile anstrebten; im übrigen aber enthielten sie sich möglichst jedes Ausgleichs und sahen auch davon ab, festzustellen und zu verfolgen, wie groß die Bestände der Gesamtheit - des Heeres - und der einzelnen Truppenverbände waren. In welche üble Lage die Generalkommandos und das Kriegsministerium dadurch gerieten, daß sie die Bestände der Korps und des Heeres zahlenmäßig nicht kannten, ist bereits gezeigt worden. Die Folge war die Einführung von Bestandsübersichten. Zunächst reichten nur die Kriegsbekleidungsämter sie ein. Später wurde die Meldepflicht ausgedehnt. Die Bestandsübersichten wurden auch von Truppenteilen usw. in der Heimat gefordert. Anfangs begnügte man sich mit summarischen Angaben und faßte dabei gleichartige Stücke, z. B. Waffenröcke, Attilas, Ulankas in einer Summe zusammen. Das reichte zunächst für einen groben Ausgleich aus. Auf die Dauer genügten diese Angaben jedoch nicht; wollte man planmäßig wirtschaften, so mußte man die Mengen der einzelnen Unterarten gleichartiger Stücke kennen, um die Stücke älterer Probe vor denen neuerer Probe aufzubrauchen, um der Truppe im Felde die ihr

zukommenden Stücke zuzuführen, um die richtigen Bestände dazu auszunutzen und um auszugleichen. Die Form der Übersichten wurde verbessert. Die Bewirtschaftung wurde feiner; sie ging damit auch in Einzelheiten mehr auf die höheren Dienststellen über.

Die Übersichten gaben den Überblick über das, was im einzelnen vorhanden war und wo es lagerte. Anträge auf Aushilfen konnten geprüft und beurteilt werden. Waren sie sehr zurückhaltend, konnten reichlichere Zuwendungen zugebilligt werden; waren sie ungerechtfertigt, konnten sie beweiskräftig abgewiesen werden. Die Bestandsübersichten wurden das kaufmännische Hauptbuch der Bekleidungswirtschaft, und es entstand allmählich neben der Truppenwirtschaft die Korps- und Heereswirtschaft.

Die Truppenteile sträubten sich zwar weiter gegen die ihnen zugemuteten Abgaben, sahen aber ein, daß unabweisbare Gründe sie rechtfertigten. Die Wirtschaftstruppenteile erkannten auch mit der Zeit, daß die Ausgleiche ein Mittel waren, mit dem sie selbst auf die Wirtschaftsführung und Sparsamkeit der ihnen in der Heimat zugeteilten Truppenteile Einfluß gewannen. Worin sie diesen freie Hand lassen durften, und wieweit sie auf diese einwirken mußten, wurde ihnen nach dem Vorbild der stellvertretenden Generalkommandos, die ihnen selbst ihre Selbständigkeit und Freiheit ließen und trotzdem führend auf sie einwirkten, immer klarer.

Die Selbstwirtschaft der Truppen im Bekleidungswesen war auf der Geldwirtschaft der Regimenter (Ersatzbataillone) aufgebaut, auf die die Massenwirtschaft des Krieges nicht ohne Einfluß blieb. Die Wirtschaftstruppenteile erhielten zur Unterhaltung und Ergänzung der ihnen bei ihrer Aufstellung zugewiesenen Bestände an Bekleidung und Ausrüstung die Verbrauchsentschädigung.

Das Wirtschaftsverfahren war schon im Frieden nicht einfach sondern umständlich, so daß wiederholt angestrebt wurde, es zu vereinfachen. Die Änderungen, die im Laufe der Jahre eingeführt worden waren, brachten aber keine wesentliche Erleichterung. Im Weltkriege wurde das umständliche Verfahren der Geldwirtschaft infolge der großen Massen und der Verwendung der einzelnen Mannschaften bald hier, bald dort, die bei der Ausdehnung und Zahl der Kriegsschauplätze viel mehr als in früheren Kriegen wechselte, völlig unhaltbar.

Einzelne Truppenteile, die stark im Feuer gestanden hatten, hatten in kürzester Zeit ihren Mannschaftsbestand nicht nur einmal, sondern mehrmals erneuert, während andere weniger unter Verlusten zu leiden gehabt hatten. Da die Kriegsverbrauchsentschädigung für die planmäßige Kriegsstärke der von einem Wirtschaftstruppenteil versorgten Formationen gewährt wurde, hätten die Truppenteile mit geringeren Mannschaftsverlusten wirtschaftlich besser gestanden, als die mit starken Verlusten. Das wäre ungerecht gewesen und hätte gerade die besten Truppenteile wirtschaftlich geschädigt.

Kranke und Verwundete kehrten nicht zu ihrem Ersatztruppenteil zurück. In welches Lazarett sie kamen, erfuhr der Feldtruppenteil in den seltensten Fällen oder sehr spät; er konnte sie daher dem Ersatztruppenteil überhaupt nicht oder nur verspätet überweisen. In ähnlicher Weise ging es mit den Abgaben von Mannschaften. Der im Felde eintreffende Mannschaftsersatz wurde nicht immer dem Truppenteil zugeführt, für den er bestimmt war. Er wurde dort eingesetzt, wo es die Kampflage forderte. Die Feldtruppen stellten Abgaben für Neuformationen; wohin diese gingen, blieb ihnen unbekannt. Die Ersatztruppenteile konnten davon nicht immer in Kenntnis gesetzt werden. Über den Verbleib des Ersatzes herrschten viele Zweifel. Die Feldrekrutendepots, die hierfür eine Vermittlungsstelle werden sollten, wurden erst später eingerichtet.

Die Geldwirtschaft war nicht mehr aufrechtzuerhalten; sie fiel und an ihre Stelle trat die Naturalwirtschaft. Das war etwas ganz Neues. Verblüffend einfach aber war es, daß ein Mann, der früher nur von seinem Truppenteil neu eingekleidet werden konnte, jetzt beim nächsten, also bei

jedem Truppenteil Bekleidung und Ausrüstung erhalten konnte - gleichgültig, ob er Infanterist, Kavallerist, Artillerist usw. war, und gleichgültig, ob er aus diesem oder jenem Korpsbereich stammte, ob er Preuße, Bayer, Sachse oder Württemberger war. Diese Vereinfachung fand schnell ungeteilten Beifall.

Welche Pflichten aber hierdurch für die Bekleidungswirtschaft erhöhte Bedeutung erlangten, wie diese zu erfüllen waren, wie die Bekleidung zu erhalten, zu pflegen und zu schonen war, das sprang nicht sofort klar in die Augen und wurde daher von vielen Stellen zunächst nicht erkannt. Wohl wurde den Neueinzukleidenden mit der Ausgabe anderer Bekleidung die bisherige abgenommen; ob sie aber vollzählig abgenommen wurde, das wurde nicht immer geprüft. Das aber war Sache der Einzelwirtschaft, der Truppenwirtschaft. Das konnte niemals Aufgabe der Korps- oder gar Heereswirtschaft werden. Es blieb notwendig, daß die Truppenteile, zu denen Mannschaften von anderen Truppenteilen übertraten oder denen Mannschaften zur Versorgung mit Bekleidung zugeteilt wurden, die Verbindung mit denen aufnahmen, die früher für die Bekleidung dieser Mannschaften sorgten. Das war umständlich und unterblieb daher häufig. Hätte jeder Mann ein Bekleidungsbuch wie das Soldbuch gehabt, dann wäre diese Überwachung nicht allzu schwer gewesen. Die Mannschaften machten sich diese Schwäche der Truppenteile und des Verfahrens zunutze, verloren Stücke, ließen sie achtlos liegen, warfen sie fort oder veruntreuten sie - mit der Zeit in steigendem Umfange, je mehr die sittliche Auffassung sank und die Bekleidungsnot der bürgerlichen Bevölkerung und ihrer Angehörigen zur Aneignung reizte. Das Sicherheitsgeld[1] wurde erst nach dem Kriege, als diese Zustände noch übler geworden waren, eingeführt. Und doch war sein Entstehen auch auf den Krieg zurückzuführen.

Vor dem Kriege war in der Truppe die Auffassung vorherrschend, daß der Soldat als Verbraucher für die ihm dienstlich überwiesene Bekleidung und Ausrüstung geldlich nicht haftbar gemacht, sondern nur bestraft werden dürfe. Dies hatte darin seinen Grund, daß man eine Schädigung der Ausbildung befürchtete. Der Mann würde sich nicht auf jeden Boden rücksichtslos hinwerfen, wenn er für Beschädigungen seiner Bekleidung aufkommen müßte. Es war aber doch zu unterscheiden zwischen Beschädigungen, die der Dienst forderte, an denen also der Mann schuldlos war, und solchen, die eine schuldhafte Vernachlässigung der Pflichten des Soldaten darstellten, wie bei Verlusten und Veruntreuungen. Es wurde daher mit der bis dahin herrschenden Auffassung gebrochen. Die Mannschaften wurden für schuldhafte Beschädigungen mit ihrem Geldbeutel haftbar gemacht. Die Truppe machte hiervon anfangs nur zögernd Gebrauch, gewöhnte sich aber mit der Zeit daran und regte den Gedanken des Sicherheitsgeldes selbst an. Das Bekleidungsbuch wäre die Ergänzung des Sicherheitsgeldes gewesen. Ohne diese Voraussetzung blieb das Sicherheitsgeld eine halbe Maßnahme. Beide gehören untrennbar zusammen. Daß es beide im Kriege nicht gab, war ein Nachteil. Warum wurden sie im Kriege nicht eingeführt? - Das Bekleidungsbuch mußte einfach sein, auf alle Verhältnisse passen, in seiner Form und Anwendung für das ganze Heer einheitlich sein. Das waren Anforderungen, die bei der Ein- und Durchführung eine sehr eingehende Prüfung der Einzelheiten verlangten. Zu solcher zeitraubenden Arbeit hatten aber weder die Behörden, noch die Truppe während des Krieges, wo alle in dauernd höchster Anspannung tätig waren, die nötige Zeit und Muße. Immer aber bleiben beide eine Schlußfolgerung aus den Erfahrungen nicht nur des Krieges, sondern auch der Massenwirtschaft.

3. Beschaffung von Bekleidung und Ausrüstung.

Aufbau der Beschaffung.

Die Beschaffung von Bekleidung und Ausrüstung für die dauernd steigende Kämpferzahl war schwer und wurde es von Woche zu Woche mehr, je stärker sich **die Blockade und die Absperrung Deutschlands von den Weltrohstoffen** fühlbar machten. Diese Hindernisse bedingten

schließlich eine völlige Umkehr von der Beschaffungsform im Frieden, die aber auch in den letzten Jahren schon in tiefgreifender Weise umgestaltet worden war.

Bei der Beschaffung muß die Fertigung von Bekleidung und der Einkauf fertiger Bekleidung, Ausrüstung und der Halbware (Leder, Stoffe, Näh- und Hilfsmittel), aus und mit denen Bekleidungsstücke gefertigt wurden, auseinandergehalten werden. Die Beschaffungsstellen für Bekleidung und Ausrüstung des Heeres waren die Bekleidungsämter. Sie fertigten Bekleidung an und kauften fertige Stücke. Sie unterhielten daher einmal eigene Werkstätten und waren in dieser Beziehung gewerbliche (industrielle) Großbetriebe. Andrerseits kauften sie Bekleidung, Ausrüstung und Halbware ein und waren sonach auch Großankaufsstellen.

Es gab bei Ausbruch des Krieges große und kleine Ämter. In den Armeekorps mit kleinen Ämtern bestanden neben dem Bekleidungsamt noch die Regimentshandwerkstätten (nur Schneider-, keine Schuhmacherwerkstätten), während in den Korps mit großen Ämtern es bei den Truppen überhaupt keine Handwerkstätten mehr gab. In den Kompagnien usw. wurde zwar auch handwerksmäßig gearbeitet; man nannte diese Arbeitsstätte zum Unterschied von der Regimentshandwerkstätte aber nicht Werkstatt, sondern Flickstube. Auch die wenigen Ökonomiehandwerker, die man in den Korps mit großen Ämtern den Truppenteilen mit selbständiger Bekleidungswirtschaft noch gelassen hatte, waren nicht zur Neuanfertigung bestimmt; ihnen lagen vielmehr solche Instandsetzungs-, Änderungs- und Flickarbeiten ob, die Fachkenntnisse erforderten. Ihre Arbeitsstätte konnte also auch nur als Flickstube - und zwar im Gegensatz zu den Kompagnie- usw. Flickstuben - als Regimentsflickstube angesehen werden.

Die Umwandlung der kleinen Ämter in große war allmählich vor sich gegangen und noch nicht restlos durchgeführt. Im Bereich der preußischen Heeresverwaltung bestanden große Ämter im Garde-, I., V., VI., VII., VIII., IX., X., XV. und XVII. Armeekorps, kleine im II., III., IV., XI., XIV. und XVI. Armeekorps. - Im XVIII., XX. und XXI. Armeekorps gab es vor dem Kriege überhaupt noch keine Bekleidungsämter. Das Bekleidungsamt XVIII war zwar im Bau; zunächst aber wurden die Truppen dieses Armeekorps durch das Amt XI und die Truppen- (Schneider-) Handwerkstätten des XVIII. Armeekorps versorgt. Amt XI unterschied sich mithin von den übrigen kleinen dadurch, daß es etwas größer war. Es mußte aber trotzdem den kleinen Ämtern zugezählt werden, weil sein Betrieb infolge der Beteiligung von Truppenhandwerkstätten nicht dem eines großen Amtes entsprach. Die Truppen des XX. Armeekorps wurden vom Bekleidungsamt I. und XVII. Armeekorps, die des XXI. Armeekorps vom Bekleidungsamt VIII. und XV. Armeekorps versorgt. Jedem Amt waren bestimmte Truppenteile dieser Armeekorps zugewiesen.

Ein anderer Unterschied in den Bekleidungsämtern bestand darin, daß ein Teil der Ämter (sämtliche kleinen und Amt VII) mit Ökonomiehandwerkern, die übrigen mit Zivilhandwerkern arbeiteten. Der Werkstattbetrieb war in Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten getrennt; jedes Bekleidungsamt hatte eine Schuhmacher- und eine Schneiderwerkstatt.
Das Schuhzeug, Stiefel und Schnürschuhe, wurde ausnahmslos in den Schuhmacherwerkstätten der Bekleidungsämter hergestellt. Eine Vergebung der Schuhzeuganfertigung an das Groß- und Kleingewerbe fand nicht statt. Die übrige Bekleidung wurde in den Schneiderwerkstätten der Bekleidungsämter und auf den Truppenhandwerkstätten, soweit solche noch vorhanden waren, selbst hergestellt oder zur Anfertigung nach außerhalb an Festungsgefängnisse, Zivilstraf- und Gefangenenanstalten, Gefängnisse, an Handwerkergenossenschaften und Innungen, an selbständige Handwerksmeister, Nähvereine und Nähfrauen vergeben.

Was die Truppen, bei denen noch Regimentshandwerkstätten bestanden, nicht selbst fertigen konnten, bestellten sie beim Bekleidungsamt, die Truppen ohne Regimentshandwerkstätten alles beim Bekleidungsamt. Arbeit an Anfertigungsstellen außerhalb vergaben nicht die Truppen, sondern nur die Bekleidungsämter.

In den Bekleidungsämtern selbst, einschließlich der noch vorhandenen Truppenhandwerkstätten, wurden im allgemeinen die wichtigsten und schwieriger anzufertigenden Stücke, wie Röcke, Reithosen, Mäntel usw. hergestellt. Nach außerhalb wurden solche Stücke seltener vergeben, meist nur dann, wenn bei gesteigertem Bedarf die Heereswerkstätten die ganze Anfertigung nicht selbst bewältigen konnten. Weniger wichtige und leichter herzustellende Stücke, wie Mützen, Drilchröcke, Drilchjacken, Drilchhosen, Kalikohemden, Kalikounterhosen usw., wurden in der Regel an Anfertigungsstellen außerhalb vergeben und in den Werkstätten der Bekleidungsämter nur angefertigt, wenn diese Betriebe mit den übrigen Stücken nicht vollbeschäftigt waren, man ein eigenes Urteil über Machart, Anfertigungszeit, Arbeitsleistung und ähnliches gewinnen mußte oder dergleichen. Die fertiggestellten Stücke lieferten die Anfertigungsstellen außerhalb wieder an die Bekleidungsämter zurück, die sie nach Prüfung der Arbeit abnahmen.

Nach den Bestimmungen sollten die Bekleidungsämter die Stoffe nicht in Ballen oder Stücken, sondern grundsätzlich in Zuschnitten ausgeben. Bei Überlastung des Zuschneidebetriebs in den Ämtern überließ man aber auch den Anfertigungsstellen außerhalb das Zuschneiden der Futterstoffe. Nur Schirmmützen, Halsbinden, Trikothemden und Trikotunterhosen wurden grundsätzlich fertig, d. h. unter Lieferung des Stoffes, der Zutaten und Nähmittel, vom Hersteller bezogen. Schirmmützen wurden an Mützenmacher, Halsbinden an das Kleingewerbe, Trikothemden und Trikotunterhosen, deren Stoff auf besonderen Maschinen (Wirkstühlen) hergestellt wurde, an das Großgewerbe vergeben. Die Beschaffung dieser Stücke gehörte mithin nicht zum Werkstatt-, sondern zum Kaufbetrieb.

Sattlerwerkstätten gab es in den Bekleidungsämtern nicht. Der jährliche Ergänzungsbedarf war nicht erheblich, die Einrichtung solcher Werkstätten nicht lohnend. Die Ausrüstungsstücke aus Leder und aus wasserdichten Leinen- und Baumwollstoffen mit Lederteilen wurden daher ausnahmslos vom Großgewerbe bezogen.

Klempnerwerkstätten gab es ebenfalls in den Bekleidungsämtern nicht. Die Ausrüstungsstücke aus Metall, die Signal- und Musikinstrumente lieferte das Großgewerbe. Die Beschaffung der Ausrüstungsstücke war daher ausschließlich Kaufbetrieb. Schlosserwerkstätten hatten die Bekleidungsämter nur zur Unterhaltung und Instandsetzung ihrer Maschinen usw., Tischlerwerkstätten zur Anfertigung von Kisten usw. für den eigenen Bedarf.

Für den Krieg war eine Vergrößerung der Friedensbekleidungsämter zu Kriegsbekleidungsämtern, mit größeren Werkstätten, Beschaffungs- und Abnahmestellen und eine vermehrte Inanspruchnahme des Gewerbes vorgesehen, um den vorauszusehenden gesteigerten Anforderungen nachkommen zu können.

Umstellung des Werkstattbetriebes.

Die erste Umstellung erfolgte auch im Sinne dieser Absicht.

In den Armeekorps, die noch Regiments- (Schneider-) Handwerkstätten besaßen, gingen diese Werkstätten ein; die dadurch frei werdenden Handwerks- (Schneider-) Meister und Handwerker (Schneider) traten zu dem Bekleidungsamt ihres Armeekorps über. Damit wurde die Verschiedenheit der großen und kleinen Ämter beseitigt. Außerdem wurden Handwerker des Beurlaubtenstandes (Schneider, Mützenmacher, Kürschner, Schuhmacher, Riemer, Sattler, Gerber, Lederzurichter und Maschinenschlosser) zu allen Ämtern einberufen.

Im Frieden betrug die Zahl der Handwerker bei kleinen Ämtern rund 100, bei Amt XI rund 150, bei großen Ämtern rund 200 Köpfe. Für die Kriegsbekleidungsämter war eine Arbeiterzahl von je rund

3000 Köpfen vorgesehen. Nur Amt XVI in Metz wurde von rund 100 auf nur rund 250 Handwerker gebracht. Die Erweiterung betrug mithin etwa das fünfzehnfache bei großen und das dreißigfache bei kleinen Ämtern.

Für eine solche Erweiterung reichten natürlich die bestehenden Friedenswerkstätten nicht aus. Sie mußten durch Baracken und Einrichtung geeigneter Räume in der Umgebung, von Exerzier- und Wagenhäusern, Reitbahnen, Ställen, Mietsräumen usw. bedeutend vergrößert werden. Für diese Bauten und Umbauten, für die Herrichtung der inneren Einrichtung, für die Ausstattung mit Geräten usw. war rund ein Monat vorgesehen. Eine kurze Zeit und eine Fülle von Arbeit! - Bei der Nachprüfung stiegen im Frieden manchmal Zweifel auf, ob alles glatt gehen und die Zeit würde eingehalten werden. Wie aber für die Überführung des Heeres auf den Kriegsfuß alles gründlich durchdacht und vorbereitet war, so hatten auch hier Offiziere, Beamte und Meister der Bekleidungsämter, Beamte der Militärbauämter und der Intendanturen mit Fleiß und Gründlichkeit die Vorbereitungen getroffen. Die Einrichtungen erfolgten planmäßig und nahmen, wie vorgesehen, ihren Fortgang. Entsprechend der fortschreitenden baulichen Erweiterung wurden die Ergänzungsmannschaften (Ökonomiehandwerker) staffelweise einberufen. Am 1. September 1914 war der Kriegsbetrieb bei allen Bekleidungsämtern aufgenommen.

Bei der Umstellung auf den Kriegsbetrieb konnte keine Rede davon sein, daß im August 1914 wesentliche Mengen gefertigt wurden, da der Friedensstand der Ämter mehr als im Frieden nicht leisten konnte und außerdem durch die Einrichtung der Kriegswerkstätten, durch die Vorbereitung und Anleitung der eintreffenden Handwerker (Schneider, Schuhmacher usw.) vollauf in Anspruch genommen war. Der Betrieb der Kriegsbekleidungsämter konnte erst am 1. September beginnen.

Das Schuhzeug sollte, wie im Frieden, nur in den Kriegsbekleidungsämtern hergestellt, Schneiderarbeit dagegen auch nach außerhalb vergeben werden. Von den Anfertigungsstellen außerhalb war im ersten und zweiten Monat auch noch nicht viel zu erwarten. Sie konnten mit der Arbeit erst beginnen, wenn sie vom Amt die Zuschnitte erhalten hatten. An einen gesteigerten Zuschnitt war aber gleichfalls vor dem 1. September nicht zu denken, da vermehrte Zuschneidesäle erst hergestellt und eingerichtet werden, die Schneider erst eintreffen mußten, dann anzuleiten und aus ihnen die Zuschneider auszusuchen waren. Außerdem konnten auswärtige Stellen nicht so schnell Fertiges liefern wie die Ämter selbst, weil die Handwerker der im Frieden eingespielten Stellen häufig zum Heeresdienst eingezogen waren, neue Stellen erst ausfindig gemacht und eingearbeitet werden mußten. Vor dem dritten Monat war auf eine ins Gewicht fallende Leistung auswärtiger Anfertigungsstellen nicht zu rechnen.

Die Bedarfsermittlung war die Grundlage für die Arbeits- und Beschaffungspläne. Die Truppe hatte bereits im Frieden die Bedarfsmengen nach den in den Dienstvorschriften enthaltenen Erfahrungssätzen errechnet und bei den Bekleidungsämtern angemeldet. Es war dies

1. der Bedarf zur Füllung der Armeebekleidungsdepots, der binnen zehn Wochen eingeliefert werden sollte,
2. der Bedarf zur Ausstattung der Ersatztransporte in Höhe von 20 v. H. der planmäßigen Stärke des mobilen Truppenteils und der zugeteilten Formationen des Feldheeres - unter Anrechnung der im Frieden bereits vorrätig zu haltenden Stücke,
3. der sechsmonatige Ersatzbedarf für die zum Wirtschaftsbereich des Ersatzbataillons gehörigen Formationen des Feldheeres, berechnet nach Kriegstragezeiten der einzelnen Stücke,
4. der sechsmonatige Ersatzbedarf für die zum Wirtschaftsbereich des Ersatzbataillons gehörigen Formationen des Besatzungsheeres, berechnet nach Friedenstragezeiten der einzelnen Stücke.

Der Gesamtbedarf der in den ersten sechs Monaten von den preußischen Kriegsbekleidungsämtern

zu liefernden wichtigsten Bekleidungsstücke war hierdurch errechnet worden auf

2 707 686	Paar	Stiefel (Infanterie- und Kavalleriestiefel),
1 649 019	"	Schnürschuhe,
1 610 531	"	Röcke (Feldröcke, Attilas, Ulankas usw.),
298 116	"	Reit- und Stiefelhosen,
1 095 740	"	Mäntel.

Auf diese Bedarfsanmeldung hin hatten die Bekleidungsämter festgestellt, welche Mengen sie in den eigenen Werkstätten anfertigen konnten und welche sie nach außerhalb zu vergeben hatten. Gleichzeitig ermittelten sie den Bedarf an Stoffen, Zutaten, Näh- und Hilfsmitteln für die Anfertigung in ihren Werkstätten und in den Anfertigungsstellen außerhalb. Für die erste Übergangszeit waren Kriegsvorräte an Leder, Tuch, Leinen- und Baumwollstoffen, Zutaten, Näh- und Hilfsmitteln bei den Bekleidungsämtern niedergelegt. Ihre Menge mußte bis zu der Zeit reichen, wo die Einlieferungen aus Kriegsaufträgen einsetzten. Sie war danach berechnet.

Planmäßig war vorgesehen, daß in Preußen fertiggestellt werden sollten:

Lfd. Nr.		**Inf.- und Kav.-Stiefel Paar**	**Schnür-schuhe Paar**	**Waffen-röcke (Attilas, Ulankas usw.)**	**Reit- und Stiefel-hosen**	**Mäntel**
1	2	3	4	5	6	7
	A. in den Kriegsbekleidungsämtern					
1	im 1. Monat	132 646	72 217	64 469	10 251	21 031
2	" 2. "	475 033	247 561	265 753	31 673	45 993
3	" 3. "	524 776	279 655	292 349	41 892	56 092
4	" 4. "	537 153	292 889	305 605	50 480	56 096
5	" 5. "	536 340	290 942	314 956	38 686	55 443
6	" 6. "	536 086	294 388	322 956	36 507	55 647
7	Summe A	2 742 034	1 477 652	1 566 088	209 589	290 235
8	***B. in Anfertigungsstellen außerhalb***					
	In Schuhfabriken, bei Innungen und kleinen Meistern als ausnahmsweise Aushilfe		172 034			
9	in Strafanstalten			10 008	47 865	154 410
10	bei Innungen usw.			46 611	43 176	651 275
11	Summe B		172 034	56 619	91 041	805 685
12	Summe A/B	2 742 034	1 649 686	1 622 707	300 630	1 095 920
13	während der Bedarf betrug	2 707 686	1 649 111	1 601 531	298 116	1 095 740

Es war also ein geringes Mehr sichergestellt.

Die sofort notwendig werdende Aufstellung überplanmäßiger Verbände aus Reservisten, die Einstellung von Kriegsfreiwilligen über die planmäßigen Stärken hinaus, die Aufstellung von Neuformationen, die beschleunigte mobile Verwendung immobil aufgestellter Verbände, die

frühzeitige Einberufung des Landsturms und die unerwartet großen Ersatztransporte steigerten den Bedarf um ein Mehrfaches des Vorgesehenen. Infolgedessen mußte die Leistung der Kriegsbekleidungsämter und Anfertigungsstellen außerhalb erheblich vermehrt werden.

Die bereits im Frieden bestehende Schwierigkeit, durch ein Bekleidungsamt mehr als ein Armeekorps mit Bekleidung und Ausrüstung zu versorgen, trat im Kriege infolge der höheren Kriegsstärken und der hinzugetretenen Kriegsformationen trotz Erweiterung der Friedensämter zu Kriegsbekleidungsämtern, wie vorausgesehen, bedeutend schärfer in die Erscheinung. Es bestätigte sich, daß es ein Mangel im Aufbau war, wenn nicht jedes Armeekorps ein eigenes Bekleidungsamt besaß. Dieser Mißstand war längst erkannt, seine Beseitigung, die seit Jahren versucht war, aber stets an der Finanzlage des Reichs oder vielmehr am Sparsamkeitswahn des Reichsschatzamts und des Reichstags gescheitert.

Das Bekleidungsamt des XVIII. Armeekorps wurde mit aller Beschleunigung fertiggestellt und bereits am 1. Dezember 1914 in Friedensstärke in Betrieb gesetzt. Die Erweiterung auf ein vollzähliges Kriegsbekleidungsamt mit rund 3000 Köpfen wurde im Frühjahr 1915 erreicht.

Außerdem wurden die Vorarbeiten für je ein Amt für das XX. und XXI. Armeekorps aufgenommen und mit Nachdruck betrieben. Nach der Kriegslage im Osten im Herbst 1914 mußte davon abgesehen werden, das Amt XX im Korpsbereich zu errichten. Auch für das XXI. Armeekorps erschien die Errichtung in dem Grenzgebiet nicht zweckmäßig, weil die Belastung der Bahnen so groß war, daß der An- und Abtransport der Güter des Bekleidungsamts nach den bisher gemachten Erfahrungen erhebliche Schwierigkeiten voraussehen ließ. Die Wahl fiel daher auf Frankfurt a. O. für das Bekleidungsamt das XX. Armeekorps, auf Hanau für das XXI. Armeekorps.

In Frankfurt a. O. ließen sich die Arbeiten so fördern, daß das Amt XX Ende August 1915 seinen Betrieb aufnehmen konnte. In Hanau war das nicht so schnell zu erreichen. Dieses Amt wurde erst im Mai 1916 fertig. Beide Ämter, in Größe eines erweiterten Friedensamts, und Amt XVIII erhielten zum Unterschied von den anderen Kriegsbekleidungsämtern die Bezeichnung Reservebekleidungsamt des XVIII., XX. und XXI. Armeekorps, weil sie im Friedenshaushalt nicht vorgesehen und nur eine Kriegsschöpfung waren. Sie übernahmen nach und nach die Versorgung bestimmter Truppenverbände.

Die Vermehrung der Bekleidungsämter um drei konnte erst in späterer Zeit wirksam werden. Es kam aber darauf an, den Mehrbedarf an Bekleidung und Ausrüstung der Truppe schon im Herbst 1914 rechtzeitig zu liefern. Den Kriegsbekleidungsämtern wurde daher aufgegeben, ihren Betrieb durch Einstellung von Arbeitskräften über die vorgesehenen Stärkenachweisungen hinaus in die vorhandenen Betriebsabteilungen oder durch Aufstellung weiterer Betriebskompagnien (Abteilungen) mit dem notwendigen Aufsichtspersonal noch mehr zu erweitern. Dies geschah, soweit Arbeitskräfte gewonnen werden konnten und die Räumlichkeiten deren Anstellung gestatteten. Man kann aber nicht behaupten, daß diese Erweiterungen wesentlich waren, so daß durch sie eine erhebliche Steigerung der Anfertigungen eingetreten wäre. Das hätte man nur erwarten können, wenn bei der Erweiterung vom Friedensbetrieb zum Kriegsbetrieb gleich von vornherein auf die Möglichkeit eines noch größeren Umfangs Bedacht genommen wäre. Das aber war nach dem errechneten planmäßigen Bedarf bedenklich, weil nicht zu übersehen war, ob die dann vorgesehene Größe dauernd oder wenigstens für längere Zeit nötig gewesen wäre. Es war gut, daß man diesen Bedenken den ausschlaggebenden Wert beigemessen hatte. Denn schon nach einiger Dauer des Krieges wurden die eigenen Werkstätten der Ämter, wie später noch ausgeführt werden wird, wieder verkleinert.

Der Schwerpunkt wurde daher auf eine stärkere Heranziehung von Betrieben des freien Gewerbes gelegt. Ihre Beteiligung war, wie aus der Verteilung der Anfertigungen (**Seite 127**) hervorgeht,

schon in starkem Maße in Aussicht genommen, aber trotzdem noch erheblich mehr möglich. Es ging dies daraus hervor, daß die Bekleidungsämter in sehr verschiedenem Umfange die Leistungen der Anfertigungsstellen außerhalb in ihre Vorarbeiten eingestellt hatten. Die Gründe dafür waren mannigfacher Art. Das Gewerbe war nicht gleichmäßig über das ganze Reich verteilt. In den einzelnen Ländern und Provinzen hatte es sich verschieden entwickelt, da die Erzeugungsbedingungen der Gegenden verschieden waren. So gab es z. B. eine stark entwickelte Schuhindustrie in Breslau und Neustadt in Oberschlesien, in Burg und Weißenfels, Erfurt, Dresden und vielen kleinen Städten Sachsens, in der Gegend von Offenbach und Pirmasens, in Burgkundstadt, Nürnberg und Schweinfurt in Bayern, in Tuttlingen und in mehreren Orten Württembergs, in Dettweiler im Elsaß, während z. B. in Ost- und Westpreußen, in Posen und Brandenburg eine ausgesprochene Schuhindustrie nicht oder nur mäßig vorhanden war.

Es wurde daher damit gebrochen, das Schuhzeug nur in den Werkstätten der Kriegsbekleidungsämter herstellen zu lassen; Fabriken, Innungen und kleine Meister, Groß- und Kleingewerbe erhielten Aufträge. Dieses Verfahren wurde während des ganzen Krieges beibehalten und ausgebaut. Es hat sich vollauf bewährt.

Da aber auch die Lieferungen des Gewerbes erst nach Anfertigung der Ware eingehen konnten, mußten in der ersten Zeit greifbare Vorräte, soweit sie brauchbar waren, auch wenn die Stücke der Probe nicht ganz entsprachen, angekauft werden. Der Kaufbetrieb mußte vorübergehend aushelfen. Bei der Schnelligkeit, mit der die Beschaffung vor sich gehen mußte, ist manches minderwertige Schuhzeug abgenommen worden. Bei dem ungeheuren plötzlichen Mehrbedarf konnte man nicht sehr wählerisch sein. Man mußte nicht nur Abweichungen in der Form und im Aussehen zulassen, sondern auch die hohen Anforderungen an Güte, die man im Frieden zu stellen gewohnt war, zurückschrauben. Wenn dabei hier und da zu weit gegangen wurde, so erklärt sich das daraus, daß man das Verhältnis zwischen Bedarf und geeigneten Vorräten nicht genügend übersah und die ausführenden Stellen in der Beurteilung der Lage nur nach Schätzung ohne Unterlage und ohne Erfahrung handeln konnten.

Es mag dabei auch an Übung im Erkennen von Mängeln gefehlt haben, weil solche Ankäufe im Frieden nicht üblich und die für solche Abnahmen beim Kauf nach Probe nötigen Erfahrungen nicht gemacht waren. Vorsicht war gerade deshalb um so mehr geboten, als der Kreis der Lieferer erheblich erweitert werden mußte, und sich infolgedessen an die Bekleidungsämter auch zahlreiche unlautere Verkäufer herandrängten, denen es nur darauf ankam, möglichst schnell Geld zu verdienen.

Die Bekleidungsämter lernten aber aus diesen Erfahrungen und haben bei späteren Ankäufen ähnliche Fehler vermieden. Das haben sie im Ankauf von Schuhzeug bewiesen, als sie für den Feldzug gegen Rumänien Gebirgsschuhzeug, das im Heere bisher nicht gebräuchlich war, ankaufen mußten. Waren die Mengen auch nicht so groß, wie im Herbst 1914, so war dies Schuhzeug doch eine nicht allzu weit verbreitete Abart, auf deren Anfertigung nur wenige Sonderbetriebe eingestellt waren. Die Bekleidungsämter hielten sich beim Ankauf dieses Schuhzeugs nur an denjenigen Zweig des Gewerbes, der die Anfertigung dieser Art betrieb, und erreichten die Bedarfsdeckung unter Vermeidung der früher aufgetretenen Mißstände. Die beauftragten Ankaufsstellen, die Bekleidungsämter, hätten die Wiederholung der Mißstände kaum vermeiden können, wenn sie nicht in ihren Offizieren und Handwerksmeistern eigene, vom Gewerbe unabhängige Sachverständige besessen hätten, die durch Ausbildung in eigenen Werkstätten sich die Fähigkeit erworben hatten, auch bei diesem Ankauf richtig zu urteilen.

Mit den Schneiderarbeiten stand es etwas anders als mit der Schuhzeuganfertigung. In Schneiderarbeiten hatte sich die Heeresverwaltung im großen nicht den staatlichen Alleinbetrieb vorbehalten, sondern schon im Frieden gewerbliche Betriebe beteiligt. Es war aber nicht üblich, von

jeder Stückart einen Teil in den Schneiderwerkstätten der Bekleidungsämter und den Anfertigungsstellen außerhalb herstellen zu lassen. Wirtschaftliche Gründe hatten, wie das Gewerbe, so auch die Bekleidungsämter veranlaßt, durch zweckmäßige Arbeitsgliederung wirkungsvollere und hochgesteigerte Arbeit zu erzielen. Sie hatten, wie andere Großbetriebe, das ganze Arbeitsgebiet der Schneiderei durch Spezialisation, durch Arbeitszerlegung und Abstufung der Handwerker, in mehrere unabhängig nebeneinander stehende Einzelgebiete (Rockschneider, Hosenschneider, Mantelschneider) geschaffen.

So hatten sie die Anfertigung der wichtigsten und schwerer herstellbaren Bekleidungsstücke, wie Röcke (Waffenröcke, Attilas, Ulankas usw.), Mäntel, Reit- und Stiefelhosen im allgemeinen sich selbst vorbehalten und die Anfertigung der übrigen, weniger wichtigen und leichter herstellbaren Bekleidungsstücke den Anfertigungsstellen außerhalb überlassen. Der staatliche Alleinbetrieb bestand in der Schneiderei mithin ebenfalls wie in der Schuhmacherei, wenn auch nicht in dem gleichen Umfange, nicht im großen, sondern nur im kleinen.

Um den gesteigerten nicht vorausgesehenen Mehrbedarf zu decken, mußten die Bekleidungsämter auch diesen staatlichen Alleinbetrieb aufgeben und das Gewerbe mit seinen Klein- und Großbetrieben beteiligen. Anfangs wurden, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nur die Kleinbetriebe des Gewerbes vermehrt in Anspruch genommen. Die Großbetriebe kamen erst in späterer Zeit an die Reihe, als sich bei der Dauer des Krieges auch bei ihnen Arbeitsmangel einstellte.

Andrerseits mußten die Bekleidungsämter aber auch vom Alleinbetriebe des Gewerbes abgehen, soweit ein überraschend aufgetretener Fehlbedarf schnell zu decken war, da die Arbeitsvergebung nach außerhalb zeitraubender war, als die Herstellung im eigenen Betriebe.

Es betraf das z. B. die Anfertigung der Mäntel, deren Herstellung einzelne Bekleidungsämter nur in Anfertigungsstellen außerhalb vorgesehen hatten. Sie mußten die Anfertigung in eigenen Werkstätten übernehmen, um den ersten großen Mehrbedarf schneller zu decken.

Innerhalb des eigenen Betriebes wurde das einzelne Stück schon im Frieden in mehreren zeitlich aufeinanderfolgenden Abschnitten unter mehrere in ihrem Abschnitt zwar selbständige, sonst aber doch voneinander abhängige Handwerker (Rückenteil-, Vorderrock-, Rockrumpf-, Ärmel-, Kragen- usw. Schneider) geteilt. Auf dem Wege dieser Teilung war eine weitere Steigerung der Arbeitsleistung nach dem Stande der Arbeitstechnik nicht erreichbar.

Es war nötig, hierauf besonders hinzuweisen, weil von Gegnern der Bekleidungsämter gern behauptet wurde, daß die Ämter in ihrer Arbeitsweise rückständig gewesen seien, und weil Außenstehende und auch die Truppe, die den Betrieb der Ämter nicht kannten, solchen Ausstreuungen leicht glaubten. Die Bekleidungsämter waren aber den Fortschritten des Wirtschaftsbetriebes stets gefolgt. Sie hatten jede nur mögliche Verbesserung auch in ihren Betrieben eingeführt. Sie standen durchaus auf neuzeitlicher Grundlage.

In der Schneiderei machte die Deckung des Bedarfs verhältnismäßig die geringsten Schwierigkeiten. Sie wurde wesentlich erleichtert dadurch, daß staatliche Großbetriebe, die Werkstätten der Bekleidungsämter, vorhanden waren und daß schon im Frieden neben ihnen gewerbliche Betriebe zur Mitarbeit herangezogen worden waren. Es trat hier klar in die Erscheinung, wie vorteilhaft dieses Zusammenwirken von staatlichen und gewerblichen Betrieben war. Der Heeresverwaltung gereichte zum Nutzen, daß man sich nicht nur auf den staatlichen Alleinbetrieb eingestellt hatte, sondern gewohnt war, das Gewerbe zu beteiligen, dieses dadurch eingespielt und vorbereitet war. Es zeigte sich aber auch, daß das Bestehen staatlicher Betriebe neben denen des Gewerbes nötig war und ihr Fehlen nachteilig gewesen wäre.

Trotz den verhältnismäßig geringen Schwierigkeiten darf aber nicht angenommen werden, daß die rechtzeitige Sicherstellung der Anfertigung den Ämtern keine Mühe gemacht hätte. Auch hier gab es Hemmungen und Hindernisse; sie waren aber einfacherer Natur und leichter zu überwinden. Sie hatten ihren Grund in der Arbeitsteilung und Arbeitsgliederung. Die Anfertigung von Röcken war der Mehrzahl der auswärtigen Anfertigungsstellen unbekannt. Die Einstellung neuer Stellen hierauf wäre einfacher gewesen, wenn eine größere Zahl von Stellen vorhanden gewesen wäre, die in der Leitung und Ausführung dieser Arbeit eingespielt gewesen wären, und die Ämter selbst mehr Erfahrung in der Anleitung hierzu besessen hätten. Beides wäre durch stärkere Heranziehung des Gewerbes im Frieden zu erreichen gewesen. Dadurch wären in den Ämtern Kräfte frei geworden, die z. B. mit der Anfertigung von Mänteln hätten beschäftigt werden können.

Vergleicht man die in der Übersicht auf **Seite 127** enthaltene Zahl der Röcke und Mäntel, die planmäßig in den Ämtern und außerhalb gefertigt werden sollten, so fällt auf, daß die Zahl der in den Ämtern herzustellenden Röcke (1 566 088) sehr groß war gegenüber der Zahl der außerhalb anzufertigenden (56 619). Bei Mänteln war das Verhältnis umgekehrt. In den Ämtern sollten nur 290 235, in Anfertigungsstellen außerhalb aber 805 685 Mäntel hergestellt werden. Die Anfertigung der Mäntel war eben einfacher und leichter als die der Röcke.

Für die bis Ende September neu aufzustellenden Armeekorps waren, da jeder Mann mit einem Mantel auszustatten war, allein 165 000 Mäntel erforderlich, die in kürzester Frist vorhanden sein sollten. Die Anfertigungsstellen außerhalb konnten aber, wie erwähnt, mit Lieferungen erst im dritten Kriegsmonat, d. h. im Oktober, einsetzen. Es war also plötzlich ein großer Mehrbedarf eingetreten, den Privatbetriebe zu decken gar nicht in der Lage waren. Die Kriegsbekleidungsämter waren daher gezwungen, einen erheblichen Bruchteil dieses Mehrbedarfs an Mänteln in eigenen Werkstätten herzustellen. Die Zahl der zu beschaffenden Stücke war in der Regel abhängig von der Tragezeit. Nach der Friedenstragezeit (Mantel 6½, Rock 2 Jahre) wurde im allgemeinen auf einen Mantel drei Röcke neu beschafft. Standen aber Neuformationen in Aussicht, so brauchte jeder Mann Rock und Mantel. Für 3000 bereits eingekleidete Mannschaften waren als Ersatz für Abnutzung im Jahre nur 1000 Mäntel, aber 3000 Röcke neu zu fertigen. Für 3000 neu zu den Fahnen Einberufene waren jedoch zur ersten Einkleidung sofort 3000 Mäntel und auch nur 3000 Röcke nötig. Das Beschaffungssoll an Mänteln stieg mithin erheblicher als das von Röcken, wenn Neuformationen einzukleiden waren. Infolgedessen hätte bei all den Stücken, die eine lange Tragezeit hatten, auf die schnelle Steigerung der Bedarfsdeckung mehr Bedacht genommen werden müssen, als bei Stücken von kürzerer Tragezeit. Der Schwerpunkt ihrer Anfertigung hätte also auch im Frieden stärker in die staatlichen Betriebe gelegt werden sollen, als bei Stücken von kürzerer Tragezeit. Tatsächlich haben die Bekleidungsämter auch bei Beginn des Krieges ohne weiteres sich mehr der Anfertigung von Mänteln unterzogen, als sie planmäßig vorgesehen war, und dafür Röcke weit mehr, als die plötzliche Bedarfssteigerung verlangte, zur Anfertigung nach außerhalb vergeben. Es war von Vorteil, daß die staatlichen Betriebe der Bekleidungsämter hier helfend eingreifen konnten. Es ergab sich hieraus, daß bei der Arbeitsteilung zwischen staatlichen und gewerblichen Betrieben der auf jeden entfallende Anteil nicht allein von der wirtschaftlich besten Herstellungsmöglichkeit abhängig war, sondern die schnelle und rechtzeitige Versorgung des Heeres dabei viel mehr den Ausschlag geben mußte.

Instandsetzung von Bekleidung und Ausrüstung.

Der Mangel an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für Neuformationen und Ersatztransporte zwang schon frühzeitig dazu, auf Sammlung und Rückführung der Ausrüstung von Gefallenen und Verwundeten aus dem Felde in die Heimat zu dringen und bei Verwundeten, die in die heimischen Lazarette zurückgeführt waren, die feldgraue Bekleidung gegen blaue umzutauschen, um sie bei Ausstattung der Neuformationen und Ersatztransporte mit zu verwenden. Diese Quelle floß zuerst spärlich, da die Truppe von selbst kaum daran dachte und die Anregungen aus der Heimat sich auf

dem Dienstwege nur langsam durchsetzten. Sie war aber immerhin Anlaß, die Reinigung und Wiederherstellung der aus dem Felde zurückkommenden Bekleidungsstücke von den Ersatztruppenteilen zu verlangen und den Kriegsbekleidungsämtern schwierigere Instandsetzungsarbeiten aufzugeben.

Die Kriegsbekleidungsämter mußten zur Einrichtung solcher Instandsetzungsbetriebe ihre Werkstätten erneut erweitern; das bereitete ihnen neue Schwierigkeiten, weil sie schon einen Umfang erreicht hatten, der schwer zu übersehen und zu leiten war. Es wurde daher mehrfach eine Teilung der Kriegsbekleidungsämter erwogen; sie mußte aber immer wieder aufgegeben werden, weil entweder nur unwesentliche, nicht umfangreiche Arbeitsgebiete abgezweigt werden konnten oder weil die Versorgung der Truppen, die einheitlich von einer Stelle aus bewirkt werden mußte, durch eine Spaltung verlangsamt worden wäre.

Die Rückführung der Bekleidung aus dem Felde wurde mit der Zeit jedoch stärker; sie wuchs erheblich von dem Augenblick an, wo der Truppe neue Bekleidung ins Feld zugeführt wurde, da die Truppe nunmehr auch die von ihr selbst ausgetragenen Stücke in großen Mengen zurücksandte. Die Truppe, die nicht wußte, wann sie im Felde auf Bekleidungsersatz rechnen konnte, hatte beim Eintreffen neuer Bekleidung die Gelegenheit wahrgenommen, sich gut damit zu versehen, und sich auch besserer, ihr aber nicht mehr gut genug dünkender Stücke entledigt. Das blieb Vergeudung, wenn sie auch von der Truppe, die nur im Drange der Selbsterhaltung handelte, nicht beabsichtigt war. Verschwendung durfte aber die Heimat, deren Rohstoffe beschränkt waren, nicht treiben. Ihre Aufgabe war es, zu sparen und der Feldtruppe neben neuer auch feldbrauchbar instandgesetzte Bekleidung und Ausrüstung wieder zuzuführen. Dazu mußte die Instandsetzung großzügig in Angriff genommen werden; denn Ersatztruppenteile und Bekleidungsämter waren nicht in der Lage, soviel instandzusetzen, wie dauernd aus dem Felde einging.

Da das heimatliche III. und VII. Armeekorps bei ihrem zahlreichen Mannschaftsersatz (Berlin und Industriegebiet) mehr als andere Armeekorps zur Aufstellung neuer Formationen und zur Gestellung von Ersatz herangezogen wurden, kämpften deren Kriegsbekleidungsämter im Herbst 1914 mehr als andere Ämter mit Schwierigkeiten in der Beschaffung. Die an sie gestellten Anforderungen überstiegen die Leistungsfähigkeit eines Bekleidungsamtes.

Die Truppe griff zur Selbsthilfe; und so entstand in Kottbus beim Ersatzbataillon Infanterieregiments 52 aus kleinen Anfängen heraus eine Bekleidungs- usw. Beschaffungsstelle, die vom stellvertretenden Generalkommando und der stellvertretenden Intendantur des III. Armeekorps in ihren Bestrebungen gefördert wurde. Im Bereich des VII. Armeekorps hatte das stellvertretende Generalkommando die Errichtung eines zweiten Bekleidungsamtes in Düsseldorf angeordnet und dasselbe eingerichtet. Beide Stellen bildeten eine Ergänzung der planmäßigen Kriegsbekleidungsämter in Spandau und Münster i. W. Sie ließen sich zunächst die Beschaffung neuer Stücke angelegen sein. Sobald die zu Kriegsbetrieben erweiterten Bekleidungsämter ihre volle Tätigkeit entfaltet hatten und auch das Bekleidungsgewerbe auf die Anfertigung neuer Stücke eingestellt war, widmeten sich diese beiden Stellen stärker der Wiederherstellung von getragenen, aber noch nicht ausgetragenen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken.

Da aber auch die Kriegsbekleidungsämter in Spandau und Münster i. W. neue Stücke herstellten und daneben getragene instand setzten, lag der Gedanke nahe, die Instandsetzung alter Stücke von der Anfertigung neuer Stücke zu trennen, die Anfertigung neuer Stücke Kottbus und Düsseldorf zu nehmen und in den beiden Kriegsbekleidungsämtern Spandau und Münster wieder zusammenzufassen, dafür aber Spandau und Münster von der Instandsetzung zu entlasten und damit Kottbus und Düsseldorf zu beauftragen. Der Gedanke der Teilung der Bekleidungsämter wurde damit wieder aufgenommen. Er kam in die Bahnen, die seine Durchführbarkeit ermöglichten.

Trotz der Verschiedenheiten zwischen den Betrieben in Kottbus und Düsseldorf zeigten sie manche Ähnlichkeit, die in der Hauptsache in der Ausnutzung arbeitslos gewordener Kräfte und in der Heranziehung weiblicher Hilfskräfte bestand. - Dieser Gedanke war auszubauen. Ähnliche Einrichtungen mußten auch in anderen Korpsbereichen geschaffen werden. Um schneller zum Ziele und zu wirksamen, leistungsfähigen Betrieben zu kommen, wurden die Zivilbehörden für diesen Gedanken gewonnen. Breslau, Hamburg, Kassel mit Thüringen, Frankfurt a. M. griffen die Vorschläge zuerst auf, so daß im Bereich des III., VI., VII., IX., XI. und XVIII. Armeekorps in und bei diesen Städten 1916 größere Instandsetzungswerkstätten, denen dann die Bezeichnung Bekleidungs-Instandsetzungsämter beigelegt wurde, unter militärischer Leitung entstanden.

Da diese sechs Werkstätten aber nicht ausreichten, wurden später auch beim Garde-, I., II., IV., V., VI., VIII., X., XIV., XV., XVII. und XX. Armeekorps in Berlin, Königsberg i. Pr., Stettin, Magdeburg, Liegnitz, Breslau, Koblenz, Hannover-Linden, Karlsruhe, Straßburg i. E., Danzig und Allenstein ähnliche Einrichtungen geschaffen. Somit erhielt fast jedes heimatliche Armeekorps neben seinem Bekleidungsamt ein Bekleidungs-Instandsetzungsamt. Diese Bekleidungs-Instandsetzungsämter konnten sich aus kleinen Anfängen naturgemäß nur schrittweise entwickeln. Bei den Ämtern in Kottbus und Düsseldorf handelte es sich im großen und ganzen um eine Umstellung. In Cassel wurde die Desinfektions- und Reinigungsanstalt der Beutesammelstelle des Artilleriedepots, die von dieser Stelle losgelöst wurde, zum Ausgangspunkt. Im übrigen wurden die Instandsetzungswerkstätten der Bekleidungsämter von diesen getrennt, selbständig gemacht und ausgebaut, dagegen die Flickstuben der Truppenteile nach Aufnahme der Tätigkeit in den Bekleidungs-Instandsetzungsämtern wieder eingeschränkt; den Flickstuben verblieb in Zukunft nur noch die laufende Instandsetzung der den Ersatztruppen zum Gebrauch überwiesenen Bekleidung und Ausrüstung.

Die Errichtung der Instandsetzungsämter wurde mit Nachdruck in Angriff genommen; eine Überstürzung in der Zuweisung von Arbeit an sie war jedoch zu vermeiden, weil ihre Leistungsfähigkeit sich erst allmählich steigern konnte. Die Einschränkung der Flickstuben durfte nicht übereilt, das Instandsetzungsgeschäft nicht unterbrochen werden, wenn die Versorgung des Feldheeres nicht gefährdet werden sollte.

Es wurde daher in der Weise vorgegangen, daß die bisherigen Einrichtungen im allgemeinen neben den neuen bestehen blieben. Die Ersatztruppenteile durften zunächst nur diejenigen Stücke abgeben, deren Instandsetzung über den Umfang ihrer Einrichtungen hinaus ging.

Um eine Überhäufung der neuen Ämter in Arbeit und Lagerräumen zu vermeiden, mußten die Ersatztruppenteile usw. sie von der Absicht der Zusendung unter Angabe von Art und Menge der abzugebenden Stücke benachrichtigen. Nach dem Fortschritt der neuen Einrichtungen, dem Fortgang ihrer Arbeiten und nach der Reihenfolge der Anmeldungen riefen die Ämter das ab, was sie zur Arbeit brauchten. Privatbetriebe, die bisher mit der Reinigung und Instandsetzung betraut waren, das freie Gewerbe, die Konfektion, Handwerkervereinigungen, Genossenschaften und Innungen, öffentliche und gemeinnützige Fürsorgestellen wurden nicht ausgeschaltet, ohne anderweit Arbeit gefunden zu haben. Zum Teil konnten diese eingearbeiteten Arbeitsstellen in gleicher Weise weiterbeschäftigt werden. Sie wechselten nur ihren Arbeitgeber. Je mehr die Bekleidungs-Instandsetzungsämter in ihre Arbeit hineinwuchsen und die neuen die zu ihnen übertretenden Stellen usw. fest in die Hand bekamen, wurden die früheren Stellen aufgelöst oder Truppenflickstuben eingeschränkt.

So einfach diese Schöpfung dem Fernerstehenden erscheinen mag, so erforderte sie doch nicht nur nachhaltige, sondern auch verständnisvolle Mitarbeit aller beteiligten Dienststellen. Diesen ist es zu verdanken, daß die Bekleidungs-Instandsetzungsämter in verhältnismäßig kurzer Zeit zu leistungsfähigen, der Schlagfertigkeit des Heeres dienenden Betrieben wurden.

Den Ersatztruppenteilen wurde verboten, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke unmittelbar an die Altstoff-Verwertungsanstalten bei den Strafgefängnissen abzugeben. Truppen, die die Instandsetzungsarbeiten nicht bewältigen konnten, hatten nämlich dort Hilfe gesucht. Diese Verwertungsanstalten waren schon im Frieden vom preußischen Justizministerium mit Zustimmung des preußischen Kriegsministeriums eingerichtet worden. Ihr Wirken war sehr verdienstvoll. Sie erhielten von den Truppen alle unbrauchbare Bekleidung und Ausrüstung, sichteten die Stücke, setzten die besten für Heereszwecke wieder instand und lieferten sie an die Truppen zurück. Die übrigen Stücke zertrennten sie sachgemäß, gewannen daraus Flickstoffe für die Truppen, ließen aus den dann noch brauchbaren Teilen Bekleidungsstücke, die sich zur Arbeit eigneten, für die bürgerliche Bevölkerung herstellen und verwerteten den Rest in sonst geeigneter Weise.

Die Ersatztruppenteile hatten im Kriege bei solchen Abgaben nicht nur militärisch unbrauchbare Stücke, sondern auch noch brauchbare abgeliefert. Das erschien tadelnswert, war aber leicht erklärlich, wenn man sich den Zustand vergegenwärtigt, in dem die Sachen häufig aus dem Felde zurückkamen. Es waren neben den ordnungsmäßigen Sendungen der Truppen auch solche, die vom Aufräumen des Schlachtfeldes herrührten. Diese waren meist ein wirrer Haufen aller möglichen Stücke, ein wildes Durcheinander. Den Stücken haftete noch der Schmutz des Schützengrabens oder des Schlachtfeldes an. Wie sie beim Aufräumen des Kampffeldes aufgesammelt waren, so waren sie verladen. Die Aufräumungstrupps im Felde hatten keine Zeit, diese Bestände irgendwie zu ordnen. Mengen, die man auf den ersten Blick nur als Lumpen ansprach, ergaben bei genauerer Prüfung, nach Sichtung und Reinigung zahlreiche wenig getragene, fast unversehrte und leicht wiederherzustellende Stücke, die den Truppen entgingen und erst bei den Altstoffbetrieben entdeckt wurden. Die Anstalten wurden durch die Wiederherstellung überlastet und ihrer Hauptaufgabe, Altstoffe, also militärisch unbrauchbare Stücke, zu verwerten, entzogen. Die Heeresverwaltung mußte Sichtung und Instandsetzung brauchbarer Stücke in der Hand behalten. Sie konnte es nicht zulassen, daß die Altstoffbetriebe die Instandsetzung allgemein übernahmen.

Die preußische Justizverwaltung und die ihr unterstehenden Altstoffverwertungsanstalten fürchteten, daß ihnen das Arbeitsgebiet, auf das sie sich dankenswerterweise eingestellt hatten, genommen wurde. Das war aber keineswegs die Absicht der Heeresverwaltung, die sich bei dem vielen, was sie schon zu leisten hatte, nicht noch unnötig eine Arbeit aufbürden konnte, die viel besser schon von anderer Stelle geleistet wurde. Instandsetzung war etwas anderes als Altstoffverwertung. Nur einmal getragene oder wenig benutzte Stücke konnten nicht als ausgetragen angesehen werden. Es war auch nicht zu befürchten, daß der Justizverwaltung weniger Arbeit zufließen würde. Der Verbrauch an Bekleidung im Kriege war größer als im Frieden. Die Justizverwaltung konnte mithin auch weiter sicher auf große Mengen an Altstoffen rechnen.

Die Tätigkeit der Bekleidungs-Instandsetzungsämter bestand in: Sichtung des Eingangs für Entseuchung und Reinigung; Entseuchung; Reinigung; Sichtung für die Instandsetzung; Trennerei und Zerlegung; Zurichtung; Ausgabe an freie Gewerbe (Handwerk, Konfektion, Genossenschaften, Innungen), Fürsorgestellen usw.; Abnahme; Lagerung fertiger Bestände; Abgabe an die Truppen usw.; Aussonderung der für Heereszwecke nicht mehr brauchbaren Stücke und deren Zuführung an die Altstoff-Verwertungsstellen.

Die eingehenden Sendungen wurden zunächst nach den verschiedenen Arten der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke gesichtet. Dabei wurde die Zahl der Stücke festgestellt und nach den Versandverzeichnissen der absendenden Stellen geprüft. Unstimmigkeiten, die sich gegenüber den Versandverzeichnissen ergaben, wurden im Benehmen mit den absendenden Stellen aufgeklärt.

Stücke, die nicht in die Bekleidungswirtschaft gehörten, aber sich in großen Mengen darunter befanden, wie Waffen, Munition, Handgranaten, Zünder verschiedenster Art, Sandsäcke, Strohsäcke, Zwiebackbeutel, Drahtscheren, Gasmasken, Sauerstoffapparate usw., wurden den

zuständigen Stellen zugeführt.

Sodann wurden die Stücke gereinigt und entseucht. Das Entseuchungs- und Reinigungsverfahren war nach den zu behandelnden Stoffen, auf deren Empfindlichkeit Rücksicht genommen werden mußte, verschieden. Da feuchtes Leder keine Hitze verträgt, sondern platzt, durfte es nicht mit Dampf behandelt und nur in mäßigen Wärmegraden allmählich getrocknet werden. Bei Stücken, die mit Leder besetzt waren, mußte hierauf besonders geachtet werden. Wollene Kleidungsstücke durften nur in lauwarmem Wasser gereinigt werden, da sie in kochendem filzig werden. Blutflecken mußten erst in kaltem, mit etwas Salz versetztem Wasser ausgewaschen werden, weil unter der Einwirkung heißen Wassers braune Flecken entstehen, die sich nicht mehr entfernen lassen. Waren dies auch wohlbekannte Regeln, so wurde anfangs doch wiederholt dagegen verstoßen und manches Stück verdorben, das damit der Bekleidungswirtschaft verloren ging und auch in der Altstoffverwertung kaum noch zu verwenden war. Die Bekleidungs-Instandsetzungsämter lernten aber nicht nur aus ihren Fehlern, sondern sie vervollkommneten sich auch in der Behandlung der Bekleidung. Sah man im Anfang den Bekleidungsstücken, wenn sie die Reinigung und Entseuchung verlassen hatten, noch die Spuren des Gebrauchs und der Entseuchung an, machten sie trotz Reinigung und Instandsetzung immer noch einen vertragenen Eindruck, so gelang es später, die Kleidungsstücke so sauber aufzufrischen, daß sie sich oft nur wenig von neuen unterschieden. Dampfbehandlung nahm nach Entstaubung und Wäsche Kleidungsstücken den letzten Schmutz, lockerte das Gewebe auf, gab dem fast abgestorbenen Rohstoff neues Leben und frischte die Wolle so weich wieder auf, daß Röcke und Hosen den Eindruck machten, als sei der Stoff eben erst aus der Spinnerei und Weberei gekommen. Wie mancher im flandrischen Lehm infolge Mangels an Fett knochenhart gewordene, mißgeformte und daher gänzlich unbrauchbare Stiefel und Schnürschuh ist durch Waschen, langsames Trocknen, Aufblocken, wiederholtes sachgemäßes Schmieren und Walken wieder wie neu hergerichtet worden!

Dabei kämpften die Ämter dauernd mit dem Mangel an allen Hilfsmitteln, die sie für die Entseuchung und Reinigung brauchten. Mit Seife und Soda mußten sie ebenso sparen, wie jede Hausfrau. Verfahren, zu denen Karbol, Kresol, Schwefel oder Formalin nötig waren, verbot die Rohstofflage. Benzol war, soweit es überhaupt zugewiesen wurde, nur zur Reinigung von Pelzen, Pelzwaren und Kalbfelltornistern gestattet. Die Flüssigkeiten des Waschbades wurden durch Abtropfen oder Ausschleudern wieder gewonnen, durch Auslaugen, Filtern oder dergleichen gereinigt, um erneut nutzbar gemacht zu werden. Beim Schmieren des Schuhzeugs überlaufendes Fett wurde mit besonderen Einrichtungen wieder aufgefangen. An allen selten, kostbar und unersetzlich gewordenen Hilfsmitteln wurde weitgehend gespart. Auf manches wünschenswerte Reinigungsmittel mußte verzichtet werden, weil es für wichtigere Zwecke gebraucht wurde. Entseucht und gereinigt wurde teils in eigenen, teils in vertraglich verpflichteten Betrieben. Nach der Reinigung gingen die Stücke an die einzelnen Werkstätten. Es wurden eingerichtet:

1. Schneiderwerkstätten für Tuchbekleidung (Mützen, Röcke, Blusen, Hosen, Mäntel, Tuchhandschuhe, Decken usw.),
2. Schneiderwerkstätten für Drilchzeug und Unterkleidung, Säbeltroddeln, Armbinden, Helmüberzüge, Lanzenflaggen, Zeltbahnen, Salzbeutel usw.,
3. Schuhmacherwerkstätten (Stiefel, Schnürschuhe, Filzschuhe, später auch Gebirgsschuhe),
4. Helmwerkstätten (Lederhelme, Tschakos, Tschapkas, Husarenmützen),
5. Sattlerwerkstätten (Tornister, Rucksäcke, Zeltzubehörbeutel, Bekleidungssäcke, Brotbeutel, Koppel, Riemen, Portepees, Patronentaschen, Pistolentaschen usw.),
6. Klempner- und Schlosserwerkstätten (Zeltstöcke und -pflöcke, Feldflaschen, Labeflaschen, Trinkbecher, Kochgeschirre, Fettbüchsen usw.),
7. Kürschnerwerkstätten (Pelze, Pelzjacken, Fußschutzkappen usw.).

Die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke wurden hier gesichtet in solche, die für die

Bekleidungswirtschaft der Truppen und der Kriegsgefangenen noch nutzbar zu machen waren, und solche, die ausgetragen, mithin auszusondern waren.

Die letzteren wurden nur entseucht und gereinigt. Jedes Zertrennen solcher Stücke, jedes Herausschneiden einzelner noch besserer Teile, das Abtrennen von Knöpfen von solchen Stücken unterblieb. Die Altstoffverwertungsstellen wachten eifersüchtig darüber, weil sie auf die Ausnutzung dieser minderwertigen Sachen besonders eingestellt waren, und weil die Stücke für sie sonst noch minderwertiger wurden.

Die für die Bekleidungswirtschaft der Truppen und Kriegsgefangenen nutzbar zu machenden Stücke wurden nach ihrer Güte gesichtet in solche, die wiederherzustellen waren, und in solche, die die Instandsetzung nicht mehr lohnten, aber geeignete Flickstoffe abgaben. - Stücke, die wiederherzustellen waren, gingen in die Zurichtung, solche, die die Instandsetzung nicht mehr lohnten aber geeignete Flickstoffe abgaben, in die Trennerei.

Die zu zertrennenden Stücke wurden in Grundstoffe, Futterstoffe und Zutaten zerlegt, die voneinander gesondert und innerhalb ihrer Art nach ihrer Verwendungsmöglichkeit, auch nach Grundfarbe, geschieden und getrennt gelagert wurden.

In der Zurichtung wurden die wiederherzustellenden Stücke auf die notwendigen Arbeiten geprüft, diese an ihnen bezeichnet und sie im einzelnen mit den dazu notwendigen Flickstoffen und Zutaten gebündelt. Flickstoffe und Zutaten wurden den beim Trennen gewonnenen Beständen entnommen.

Zur Instandsetzung wurden die Stücke an beschäftigungslose freie Gewerbe (Handwerkervereinigungen, Schneider-, Handschuhmacher-, Mützenmacher-, Kürschner-, Schuhmacher-, Sattler-, Klempner-, Schlosser-, Tischlerinnungen und Genossenschaften, die Konfektion usw.), an öffentliche und gemeinnützige Fürsorgestellen, Wohlfahrtsvereine usw. der Korpsbereiche ausgegeben, die auf das Bekleidungs-Instandsetzungsamt angewiesen waren. Kriegsverwendungsfähige Arbeitskräfte durften hierbei nicht beschäftigt werden.

Instandsetzung in Werkstätten des Amtes trat ein, wenn die Arbeit so geringfügig war, daß sich die Ausgabe an auswärtige Arbeitsstellen der Versandkosten wegen nicht lohnte, neuartige Instandsetzungen nötig wurden, über die vor der Ausgabe nach außerhalb ein eigenes Urteil über Arbeitszeiten und Arbeitsleistung in auswärtigen Arbeitsstellen gewonnen werden mußte oder einzelne Arbeiten wegen ihrer Bedeutung Teilabnahmen und daher militärische Aufsicht erforderten. Die Instandsetzung in eigenen Wertstätten hielt sich jedoch, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, in engen Grenzen.

Bei der Abnahme wurde die Ausführung geprüft, schlechte Arbeit verworfen, ihre Verbesserung gefordert. Die Abnahme erfolgte durch Abnahmeausschüsse, die ihrer Wichtigkeit wegen aus zwei Offizieren bestanden. Sorgfalt und Genauigkeit war nötig, weil durch sie auf die Güte der Arbeit eingewirkt wurde. Nach der Abnahme wurden die Stücke als feldbrauchbar oder garnisonbrauchbar bewertet, f oder g gestempelt und übersichtlich gelagert. Für den Versand waren besondere Versandstellen eingerichtet.

Der Schwerpunkt der Instandsetzung war, wie bei der Anfertigung neuer Bekleidung, in die Heimat gelegt. Das Feldheer mußte von so großen Betrieben befreit bleiben, weil es durch solche Anhängsel in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt wurde. Trotzdem gab es auch hier Ausnahmen. Die Instandsetzung der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, die in Kleinasien verwendet wurden, wurde dem für sie bestimmten Bekleidungsdepot in Konstantinopel angegliedert und dort eine kleine Instandsetzungswerkstatt eingerichtet. Sie war aber doch nicht mit einem Bekleidungs-Instandsetzungsamt zu vergleichen, sondern mehr eine große Truppenflickstube. Das gleiche war

bei den Einkleidungsstellen in Wien und Budapest der Fall, die ebenfalls einfachere Instandsetzungen vornahmen. Aber auch sonst trat bei der Truppe immer mehr der Wunsch zutage, den lästigen Versand zur Instandsetzung in die Heimat einzuschränken und die Bekleidung auch im Felde besser unterhalten zu können. Die stets stärker drohende Not hatte im Gegensatz zum Beginn des Krieges auch im Felde das Streben nach sparsamer Verwaltung ausgelöst. Die Truppen hatten, wo sie konnten, Flickstuben eingerichtet, in Unterkünften und, wo es ging, sogar im Schützengraben. In größeren Unterkünften waren bodenständige größere Flickstuben entstanden, deren Betrieb sich an einzelnen Stellen sogar zu einem regelrechten Instandsetzungsbetrieb auswuchs. Die Instandsetzung der im Gebrauch befindlichen Bekleidung war - im Gegensatz zu der Anfertigung neuer - nur schwer von der Truppe, von der Stelle des Gebrauchs loszulösen. Bodenständige Werkstätten waren aber doch nur in einer gewissen Entfernung hinter der Front möglich, wo sich, wie schon die Bezeichnung erkennen läßt, ständigere Verhältnisse herausgebildet hatten. Die Heeresverwaltung durfte sich aber nicht auf die Erstarrung des Kampfes im Stellungskrieg festlegen. Eine Entscheidung konnte nur der Bewegungskrieg bringen. Er und seine Bedürfnisse durften nicht aus den Augen verloren werden. Das durfte auch bei neuen Schöpfungen für die Instandsetzung nicht vergessen werden. Sollte hier etwas Brauchbares geschaffen werden, so mußten Werkstätten, die beweglich waren, ins Leben gerufen werden. So wurde der Gedanke der fahrbaren Schuhmacherwerkstatt, der schon bald nach Ausbruch des Krieges entstanden war, in der Durchführung aber Mängel aufwies, wieder aufgegriffen. Es waren nämlich in Eisenbahnwagen verschiedene Schuhmachermaschinen eingebaut und diese fahrbaren Werkstätten einzelnen Armeen zum Versuch überwiesen worden. Ihre Ausnutzung stieß deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Eisenbahnen an den Schienenweg gebunden waren und daher nicht immer den Weg zur Truppe fanden. Die Truppe mußte zur Werkstatt kommen. Ein anderer Mangel lag darin, daß die Truppe das Personal zu stellen hatte. Dieses kannte die Einrichtung nicht und konnte die Maschinen nicht bedienen. Die Einrichtungen wurden daher nur wenig benutzt. Sollte der Gedanke nicht untergehen, so mußten die Maschinen auf Kraftwagen gesetzt und der Werkstatt ein ständiges Personal, das mit den Maschinen vertraut war, beigegeben werden.

Da an Kraftfahrzeugen großer Bedarf war, mußte auf Triebwagen verzichtet werden. Die Maschinen wurden in Kraftwagenanhängern eingebaut und die neuen fahrbaren Schuhmacherwerkstätten mit einem Handwerksmeister, einem Schlosser und zwölf Schuhmachern (davon acht Vorrichter) aus dem Personal der Kriegsbekleidungsämter besetzt. Ehe die Wertstätten an die Front gingen, wurde das Personal bei dem Kriegsbekleidungsamt des VIII. Armeekorps, das die Werkstätten einrichtete, im Gebrauch der Maschinen und in dem Verfahren des Betriebes unterwiesen. Sobald eine Werkstätte betriebsfertig war, wurde sie einer Armee zugesandt und deren Etappeninspektion unterstellt. Die fahrbaren Schuhmacherwerkstätten wurden bis auf weiteres zu ihrer Fortbewegung noch auf fremde Hilfe (Triebwagen der Kraftwagenkolonnen) angewiesen. Sie entfalteten im Stellungskriege ihre Tätigkeit hauptsächlich für am Feinde stehende und für zurückgezogene, abgekämpfte Verbände; für weiter zurückliegende Verbände kamen sie weniger in Betracht, weil diese ortsfeste Flickstuben einrichten konnten. Sie waren aber auch im Bewegungskrieg von Vorteil, wenn sie schnell vor- und nachgeschoben wurden und man sich ihre Beweglichkeit zunutze machte.

Täglich konnten in der Werkstatt 150 - 200 Paar Schuhzeug besohlt und instandgesetzt werden. Wichtig war die Vorrichtung zur Arbeit, die in jedem beliebigen Raum vorgenommen werden konnte und nicht in den Werkstattwagen zu verlegen war. In dem Werkstattwagen fand nur die eigentliche Instandsetzung (Besohlen, Steppen usw.) statt.

Das Schuhzeug mußte durch die Truppen vor der Ablieferung von Schmutz außen und innen gründlich gereinigt sein, da sonst die Maschinen beschädigt wurden, Betriebsstörungen eintraten und die Leistungsfähigkeit geringer wurde.

Das Verfahren schien sich zu bewähren; denn es mehrten sich die Anträge der Armeen auf Überweisung von fahrbaren Schuhmacherwerkstätten. Sie konnten nicht so schnell hergestellt werden, wie es aus dem Felde gewünscht wurde. Die Ausstattung der Armeen schritt jedoch dauernd vorwärts. Zum Schluß des Krieges verfügte im allgemeinen jede Armee über eine fahrbare Schuhmacherwerkstatt. Ihre Ausstattung mit einer zweiten war wünschenswert und eingeleitet.

Das Bekleidungs-Instandsetzungswesen im Felde befand sich damit erst im Anfangszustande; es hätte sich mit fahrbaren Schneider-, Sattler- und Klempnerwerkstätten noch weiter entwickeln müssen, um einen gleichmäßig ausgestalteten, sich über das ganze Heer erstreckenden Aufbau zu erreichen.

Umstellung im Personal der Bekleidungsämter.

Die Kriegsbekleidungsämter mit ihren Werkstätten waren auf Männerarbeit eingestellt. Der Weltkrieg verlangte aber die Heranziehung jedes einigermaßen brauchbaren Mannes zum Dienst mit der Waffe. Die Bekleidungsämter wollten hierin nicht zurückstehen. In erster Linie drängten ihre Offiziere an die Front. Diesem Wunsche wurde als selbstverständlich nachgegeben. Das Fehlen der aktiven Bekleidungsamtsoffiziere machte sich jedoch bald unangenehm bemerkbar.

Die Zahl der Bekleidungsamtsoffiziere des Friedensstandes war gering. Sie betrug nur 103 Offiziere gegenüber einem Bedarf von rund 1400 Offizieren der Kriegsbekleidungsämter. Infolge ihrer besonderen technischen Vorbildung und ihrer militärischen Sachkunde waren die wenigen Offiziere des Friedensstandes als Stamm der großen Betriebe geradezu unentbehrlich. Zur Deckung des Bedarfs in der fechtenden Truppe wurden sie trotzdem zunächst gern zur Verfügung gestellt, während ihre Verwendung hinter der Front grundsätzlich abgelehnt werden mußte. Das aktive Offizierskorps der Bekleidungsämter schmolz aber durch Abgänge und Tod stark zusammen. An das Bekleidungsbeschaffungsamt, die neuen Bekleidungsämter XVIII, XX, XXI und an verschiedene Bekleidungs-Instandsetzungsämter mußten zahlreiche Offiziere abgegeben werden. Es ließ sich daher später die Verwendung auch in der Front nicht mehr vertreten. Je mehr das übrige kriegsverwendungsfähige Personal in weitgehendstem Maße herausgezogen und durch Nichtkriegsverwendungsfähige, später durch Hilfsdienstpflichtige ersetzt wurde, desto mehr waren die wirtschaftlich eingearbeiteten Bekleidungsamtsoffiziere des Friedensstandes dringend notwendig, um in dem umfangreichen Betriebe der Bekleidungsämter die militärischen Verwaltungsgrundsätze aufrecht zu erhalten. Das zahlreiche Hilfspersonal aus Handel und Industrie bedurfte trotz aller Vortrefflichkeit militärischer Führung. Bei der weitverzweigten Tätigkeit brauchten die Vorstände eine Unterstützung durch im Frieden eingearbeitete Offiziere. Da nicht alle Bekleidungsamtsoffiziere des Friedensstandes kriegsverwendungsfähig waren, handelte es sich auch nur um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Offizieren, die dem Feldheere entzogen wurden. Bei der wirtschaftlichen Bedeutung der Bekleidungsämter war die Ausnutzung der wirtschaftlichen und Stoffkenntnisse dieser wenigen Offiziere in der Heimat wichtiger, als ihre Tätigkeit in der Front.

Das Herausziehen der übrigen eingearbeiteten männlichen Arbeitskräfte aus den Kriegsbekleidungsämtern usw. war für den Betrieb sehr störend, zumal es sich um eine nicht unerhebliche Zahl handelte. Es war aber nicht zu umgehen. Ein günstiger Umstand aber war es, daß sie nicht mit einem Male abgegeben zu werden brauchten. So war es möglich, Ersatz heranzuziehen und auszubilden. Es ließ sich schon bald übersehen, daß hier eine Umstellung in großem Maßstabe bevorstand; denn mit dem Zurückbehalten oder der Einstellung vorübergehend nicht kriegsverwendungsfähiger Männer war der Sache nicht gedient. Es wurde daher schon frühzeitig die Einstellung von Frauen ins Auge gefaßt und auch auf die mit Aufträgen bedachten Betriebe des Bekleidungsgewerbes in weitestem Sinne eingewirkt, an Stelle von Männern Frauen einzustellen.

Diese Umstellung stieß dort zuerst auf Schwierigkeiten, wo es sich um Bedienung schwerer Maschinen, wie in der Schuhmacherwerkstatt, und wo es sich um bisher ausschließliche Männerarbeit, wie bei der Anfertigung von Röcken und Reithosen, handelte. Doch ließen sich diese Schwierigkeiten durch Übung überwinden. Die Frauen arbeiteten sich allmählich ein. Es war oft erstaunlich, wie viele kräftige Frauen sich fanden, die auch schwere Maschinen zu bedienen lernten. Gleichzeitig vollzog sich eine Verkleinerung der Schneiderbetriebsabteilungen. Es wurden Schneiderkompagnien und -abteilungen aufgelöst.

Mit der Zunahme der Beschäftigungslosigkeit im Schneidergewerbe trat als neuer nicht unberechtigter Bewerber um Schneiderarbeit das Schneidergroßgewerbe auf. Die Arbeitslosigkeit wurde noch dadurch vermehrt, daß die Heeresverwaltung, die mit Rücksicht auf eine sparsame Bewirtschaftung der Rohstoffe Beschlag auf Webwaren gelegt hatte, in die Beschäftigungsverhältnisse des Schneidergewerbes und ihrer Arbeiter empfindlich eingegriffen hatte. Sie fühlte sich daher verpflichtet, dieser Beschäftigungslosigkeit zu steuern. Sie setzte zunächst die Arbeitszeit in den staatlichen Werkstätten der Bekleidungsämter und Instandsetzungsämter und in privaten Betrieben herab, um einer möglichst großen Zahl von Berufsarbeiten Arbeitsgelegenheit zu geben. Gleichzeitig mußte sich aber die Heeresverwaltung auch entschließen, den Gefängnissen, militärischen wie bürgerlichen, den Festungsgefängnissen, den Zivilstraf- und Gefangenenanstalten und den Zivilgefängnissen, die mit Militärschneiderei beschäftigt wurden, diese Arbeit zu entziehen. Die Anstalten legten hiergegen Berufung ein, weil sie Arbeit für die ihnen zur Strafverbüßung Überwiesenen brauchten und weil leichte Schneiderarbeit sich hierzu vorzüglich eignete. Wenn aber nur so wenig Arbeit vorhanden war, daß nicht alle damit versorgt werden konnten, und man nur die Wahl hatte, ob man Berufsarbeiter, denen es an Arbeit fehlte, oder ob man Personen, die eine Strafe verbüßten, mit Arbeit versorgen oder leer ausgehen lassen sollte, so konnte es nicht zweifelhaft sein, daß die Berufsarbeiter in erster Linie einen Anspruch auf Arbeit hatten.

Es mußte daher neben dem Kleingewerbe auch dem Großgewerbe, das im Frieden darauf verzichtet hatte, Arbeit zugeführt werden. Damit war in großen Zügen eine Übereinstimmung in den Grundsätzen erreicht, nach denen die Schuhzeuganfertigung und die Schneiderarbeit bewirkt wurde. Auf beiden Gebieten waren Staatswerkstätten und Privatbetriebe tätig, und die Privatbetriebe gehörten dem Groß- und Kleingewerbe an. - Den Gefängnissen und Strafanstalten konnte als Ersatz für entzogene Arbeit der Neuanfertigung vermehrte Arbeit aus der Altstoffverwertung überwiesen werden, zumal in den Kreisen der Berufsarbeiter keine große Neigung für solche Arbeit bestand. Die Altstoffverwertung nahm infolge von **Deutschlands Abgeschlossenheit im Kriege** einen gewaltigen Aufschwung.

Heeresnäharbeit.

Die vorhergehenden Abschnitte haben erkennen lassen, wie unerwartet hoch, wie ins Ungewisse sich die Bedürfnisse des Heeres steigerten. Die natürliche Folge war eine außerordentliche Steigerung der Näharbeit für Heereszwecke. Auf diesem Arbeitsgebiet konnte nur eine systematische Verteilung der Arbeit und eine gut durchdachte Organisation der dazu herangezogenen Kräfte die Gewähr für eine Erfüllung der gewaltigen Ansprüche geben.

Mit der Ausdehnung der dazu herangezogenen Kreise mußte die Verteilung der Arbeit und das ganze Vergebungsverfahren neu geregelt werden, zumal sich schon bei der bisherigen Verteilung der Heeresnäharbeiten Mißstände gezeigt hatten. Die Arbeiten wurden von vielen verschiedenen Beschaffungsstellen vergeben, die keine Fühlung miteinander hatten. Einzelne Auftragnehmer, sowohl gewerbliche wie gemeinnützige, erhielten Aufträge von mehreren Stellen; andere fanden keine oder nur geringe Beschäftigung. Es fehlten Stellen, die für eine planmäßige Verteilung der Aufträge unter den Auftragnehmern Sorge trugen. Einrichtungen für die Feststellung der

Beschäftigungslosigkeit in den verschiedenen Vergebungsbezirken waren nicht vorhanden. Auch war keinerlei Vorsorge für einen gerechten Ausgleich zwischen den Vergebungsbezirken nach dem Verhältnis der Beschäftigungslosigkeit getroffen.

Infolgedessen fehlte es mitunter in einzelnen Bezirken an Beschäftigung, während sie in anderen reichlich vorhanden war. Diese Übelstände konnten anfangs ertragen werden, weil damals von bedrohlicher Arbeitslosigkeit im Groß- oder Kleingewerbe und unter den Heimarbeiterinnen nicht die Rede war; es genügten die Ausgleichsanordnungen der Bekleidungsabteilung, daß nach bestimmten, von Beschäftigungslosigkeit besonders betroffenen Korpsbezirken Schneiderarbeit aus anderen Korpsbezirken überwiesen wurde. Die Übelstände drohten jedoch unerträglich zu werden, als die Beschäftigung nicht nur mit Arbeit aus dem Gebiet der Bekleidung, sondern auch mit der übrigen Näharbeit für Kleingewerbe und Heimarbeit und sogar für das Großgewerbe zweifelhaft wurde. Das Kriegsministerium stellte deshalb im Einvernehmen mit den beteiligten Behörden - auch der Bundesstaaten - neue Grundsätze über die Streckung und Verteilung von Heeresnäharbeiten auf.

Hierbei wurde davon ausgegangen, daß die endgültige Entscheidung über alle grundsätzlichen, die Streckung und Verteilung der Heeresnäharbeiten regelnden Fragen, der Ausgleich, die Verteilung und Vergebung selbst bei der Heeresverwaltung verbleiben mußte und nicht in die Hand gemeinnütziger Unternehmungen oder von Vertretungen des Gewerbes gelegt werden konnte; denn bei diesen Aufträgen waren Heeresrücksichten von entscheidender Bedeutung. Diese vertrugen keine Gefährdung durch ein etwaiges Versagen privater Unternehmungen, auf die die Heeresverwaltung keinen unmittelbaren Einfluß hatte. Der Widerstreit der mannigfachen Ansprüche und Wünsche der beteiligten Kreise ließ sich erfolgreich nur dann lösen, wenn die davon unabhängige Heeresverwaltung die Entscheidung hatte.

Das Gewerbe und die örtlichen gemeinnützigen Unternehmungen fanden dabei ein reiches Feld der Betätigung, wenn sie an der gerechten Verteilung mitwirkten und ihre Kräfte dahin vereinigten, sich an den einzelnen Orten unter Beteiligung jeder unnötigen Zersplitterung zu Lieferungsvereinigungen zusammenschlossen, wie das mit gutem Erfolge schon in verschiedenen Staaten, Landesteilen und Städten geschehen war.

Wenn die Streckung der Heeresnäharbeiten voll wirksam werden sollte, mußten in erster Linie sämtliche Näharbeiten der Heeresverwaltung einheitlich erfaßt und ausnahmslos in die neue Regelung einbezogen werden. Leider gelang dies nicht gleich, da die Sandsackfertigung und einige andere Heeresnäharbeiten ausgeschlossen blieben. Das war bedauerlich; die Bekleidungsabteilung durfte sich jedoch dadurch nicht aufhalten lassen, die Maßnahmen einzuleiten, wenn größeren Mißständen vorgebeugt werden sollte. Sie hoffte mit der Zeit die dagegen sich erhebenden Widerstände zu überwinden.

Die Streckungsvorschriften trafen eine Auslese der Persönlichkeiten, die mit Heeresnäharbeiten versorgt werden sollten; sie schränkten den Kreis dieser Personen ein und hielten alle Arbeitskräfte fern, die anderweitig beschäftigt werden konnten.

Unmittelbare Beschäftigung von Näherinnen durch Kriegsbekleidungsämter war nur dann zulässig, wenn sie in Betriebswerkstätten erfolgte, oder bei Heimarbeiterinnen, die schon vor dem Kriege von den Ämtern beschäftigt worden waren. Nach außerhalb durften Auftrage nur an fachkundige, zuverlässige und leistungsfähige gewerbliche und gemeinnützige Auftragnehmer vergeben werden, wobei unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse solche Unternehmungen bevorzugt wurden, die Betriebswerkstätten für die Erledigung der Heeresnäharbeiten unterhielten. Wenn nötig, waren vor der Auftragserteilung Auskünfte der Handels- und Handwerkskammern oder sonstiger geeigneter behördlicher Stellen einzuholen.

Die Auftragnehmer, gewerbliche und gemeinnützige, wurden verpflichtet, in erster Linie nur gelernte Berufsarbeiter und Berufsarbeiterinnen aus dem Schneidergewerbe und verwandten Berufen (Gruppe 1) zu beschäftigen; in zweiter Linie nur solche Frauen und Mädchen, die auf die Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten als einzige Einnahmequelle angewiesen waren (Gruppe 2) und erst in dritter Linie solche Frauen und Mädchen, die nur mit Hilfe dieser Beschäftigung einen den Zeitumständen entsprechenden bescheidenen Lebensunterhalt erlangen konnten (Gruppe 3).

Heeresnäharbeiten durften also z. B. solche Frauen und Mädchen nicht erhalten, die voll arbeitsfähig waren, sich in ihren häuslichen Pflichten vertreten ließen und in jedem anderen Arbeitszweig oder auch an anderen Arbeitsorten tätig sein konnten, weiter die aus anderen Einnahmequellen einen bescheidenen Lebensunterhalt bestreiten konnten, oder die einen Ernährer hatten, dessen Einnahmen zu einem bescheidenen Lebensunterhalt ausreichten, und jugendliche Personen unter 16 Jahren, es sei denn, daß ganz besondere Ausnahmeverhältnisse vorlagen.

Aus einer Hausgemeinschaft (Familie) sollten in der Regel nur eine Person, ausnahmsweise höchstens zwei Personen Heimarbeit aus Heeresnähaufträgen erhalten. Bei einem Überangebot von Näherinnen waren diese in folgender Reihenfolge zu berücksichtigen: zunächst Frauen und Mädchen, die erwerbsunfähige Kinder oder sonstige erwerbsunfähige Familienangehörige zu unterhalten oder zu unterstützen hatten; dann vermindert arbeitsfähige Frauen und Mädchen.

Endlich begrenzten die Streckungsvorschriften die jedem Arbeiter zuzuweisende Arbeitsmenge einheitlich für Werkstatt- und Heimarbeit. Die Höchstmenge der Arbeit wurde so bemessen, daß zu ihrer Erledigung bei Durchschnittsarbeitsleistung wöchentlich nicht mehr als 40 Stunden erforderlich waren. Maßgebend für diese Bemessung war eine "Tafel der Durchschnittsarbeitszeiten für alle wichtigeren Heeresnäharbeiten", die im Auszuge nachstehend wiedergegeben ist.

Tafel der Durchschnittsarbeitszeiten für Heeresnäharbeiten sowie der diesen entsprechenden Höchstarbeitsmengen für eine Woche.

Lfd. Nr.	*Bekleidungsstücke*	*Durchschnitts-arbeitszeit in Minuten*	*Höchstarbeitsmenge (Stückzahl) für eine Woche bei einer reinen Arbeitszeit von 36 Stunden*	*40 Stunden*
7	Bluse ohne Litze	579	3,73	4,15
7a	Bluse mit Litze	609	3,54	4
8	Bluse aus Khakistoff	203	10,64	11,82
9	Tuchhose	307	7,04	7,82
10	Reithose von Tuch	422	5,12	5,68
12	Stiefelhose	350	6,1	6,86
13	Hose für Gefangene	195	11,08	12,31
14	Jacke für Gefangene	240	9	10
17	Krankenrock, gewöhnlich	290	7,45	8,28
18	Krankenrock mit Barchentfutter	312	6,92	7,69
19	Gewöhnliche Krankenhose	190	11,37	12,63

Eine planmäßige Verteilung der Heeresnäharbeiten war nur dann möglich, wenn die Vergebung der verschiedenen Stellen in einer Hand vereinigt wurde. - Da als Heeresnäharbeiten überwiegend Näharbeiten für Bekleidung und Wäsche in Frage kamen, die in der Hauptsache die Bekleidungsämter vergaben oder vergeben konnten, so wurde die Vergebung innerhalb der Korpsbezirke den Bekleidungsämtern übertragen.

Diesen mußten alle Beschaffungsstellen, die bisher neben dem Bekleidungsamt Heeresnähaufträge vergeben hatten (z. B. Intendanturen, Garnisonverwaltungen, Instandsetzungsämter, Truppenteile), ihre Aufträge unter gleichzeitiger Angabe der abnehmenden Stelle zur Vergebung zuleiten. Dem Bekleidungsamt stand alsdann allein die Vergebung aller Heeresnähaufträge im Korpsbereich zu.

In den Vergebungsgrundsätzen war die Sicherung des dem Arbeiter zufallenden Lohnes eingehend geregelt, wobei unter Arbeiter die ausführende Hand, ohne Unterschied ob männlicher oder weiblicher Arbeiter, ob Heim- oder Werkstattarbeiter, verstanden wurde. Der Auftragnehmer haftete dafür, daß seine Unterlieferanten oder Zwischenmeister das gleiche taten.

Für jede in der Tafel der Durchschnittsarbeitszeit aufgeführte Einzelnäharbeit mußte das Kriegsbekleidungsamt einen Stücklohnsatz aufstellen. Dieser war so bemessen, daß die ausführende letzte Hand bei durchschnittlicher Arbeitsleistung einen bestimmten Mindestlohn erreichte. Die Auftragnehmer waren verpflichtet, die Werkstatt- und Heimarbeiter nach den vom Kriegsbekleidungsamt vorgeschriebenen Lohnsätzen zu entlohnen. Von den durch das Amt gezahlten Beträgen waren an die Arbeiter unverkürzt zu zahlen: bei Anfertigung im Stücklohn nicht mehr und nicht weniger als 75 v. H., die bei Anfertigung in Teilarbeit auf die einzelnen Teilarbeiter entsprechend der von jedem geleisteten Arbeit zu verteilen war; bei Anfertigung in Zeitlohn wenigstens die ortsüblichen Mindestlöhne und höchstens soviel, als ihnen bei Anfertigung im Stücklohn zugestanden haben würde (nicht mehr und nicht weniger als 75 v. H.).

Von diesen den Arbeitern zustehenden Macherlöhnen durften keine anderen Abzüge gemacht werden als die Selbstkosten der Nähmittel und die gesetzlich zulässigen Abzüge zur Kranken- und Invalidenversicherung. Unter allen Umständen war verboten, die den Arbeitern zustehenden Macherlöhne durch Einschaltung von Zwischenstellen zwischen Auftragnehmern des Amtes und Arbeitern zu kürzen.

Von den durch das Bekleidungsamt gezahlten Beträgen standen dem Auftragnehmer des Amtes 25 v. H. als Unternehmeranteil zu. Wenn sich zwischen Auftragnehmer des Amtes und letztem Arbeiter eine Zwischenstelle befand, so standen dem Auftragnehmer des Amtes höchstens 16,67 v. H. (1/6) und der Zwischenstelle wenigstens 8,33 v. H. (1/12) der vom Bekleidungsamt gezahlten Beträge zu. Die Einschaltung mehrerer aufeinanderfolgenden Zwischenstellen zwischen Auftragnehmer des Amtes und den Arbeitern war verboten.

Den Arbeitern, welche die vom Auftragnehmer an das Amt gelieferten Gegenstände angefertigt hatten, stand das Recht zu, gegen den Auftragnehmer auf Zahlung des Unterschieds zwischen dem tatsächlich erhaltenen und dem im Tarif festgesetzten Lohn zu klagen. Ebenso konnte das Amt auf Zahlung des Unterschieds an die Arbeiter klagen. Alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die sich nicht unmittelbar zwischen den Beteiligten erledigen ließen, waren ausschließlich vor eine zu diesem Zwecke gebildete "Schlichtungskommission für Heeresnäharbeiten" zu bringen. Die Entscheidungen der Schlichtungskommission, der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber als Beisitzer angehörten, waren endgültig.

In jedem Falle der Unterschreitung des Lohntarifs hatte der Unternehmer an das Amt eine Vertragsstrafe in Höhe des Fünffachen des Unterschieds zwischen der Gesamtsumme der gezahlten und den nach dem Tarif zuständigen Löhnen, mindestens aber in Höhe von zwanzig Mark zu zahlen. Das Amt verwendete die Strafgelder zum Besten der durch Tarifverstöße geschädigten Arbeiter nach pflichtmäßigem Ermessen. Der Rechtsweg oder die Anbringung einer Beschwerde bei der Schlichtungskommission war bei einem Streit über die Verwendung ausgeschlossen.

Die Anfertigung durfte nur dann weitergegeben werden, wenn die nächstfolgende Stelle sich schriftlich verpflichtete, auch ihrerseits die Vertragsbedingungen zu beachten. Die

Bekleidungsämter waren berechtigt, bei allen an der Erledigung des Auftrags beteiligten Stellen oder Personen jederzeit durch einen Offizier den Betrieb, das Abrechnungsverfahren, die Buchführung, die Innehaltung der Bestimmungen, der Lohnsätze und besonderer Vereinbarungen nachzuprüfen und bei Zuwiderhandlungen jederzeit sofort von ihrem Auftrage zurückzutreten. Auch konnten Auftragnehmer und Teilnehmer an diesen Zuwiderhandlungen von Leistungen für die Heeresverwaltung ausgeschlossen werden.

Jede Anfertigungsstelle war verpflichtet, über alle Lohnzahlungen für Anfertigung von Bekleidungsstücken getrennte Buchführung einzuführen, aus der besonders die Höhe der gezahlten Teilstücklöhne ersichtlich war. Bücher und Belege waren auf Verlangen einzureichen.

Sämtliche Nähmittel waren lediglich von dem Bekleidungsamt, und zwar beim Empfang des Zuschnitts, in der vom Bekleidungsamt festgesetzten Menge und zu den festgesetzten Selbstkosten, gegen sofortige Bezahlung zu entnehmen und genau zu denselben Preisen an die Arbeiter weiterzugeben.

Voraussetzung einer gerechten Verteilung aller Heeresnäharbeiten war ein gerechter Ausgleich unter den einzelnen Korpsbezirken, ehe die Vergebung innerhalb des Korpsbezirks erfolgte. Zur Durchführung des Ausgleichs wurde beim Armeeverwaltungsdepartement (Bekleidungsabteilung) des preußischen Kriegsministeriums eine besondere "Ausgleichstelle für Heeresnäharbeiten" eingerichtet, der je ein Vertreter der bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltung angehörte. Ihre Aufgabe war es, den Gesamtarbeitsbedarf und die dem gegenüberstehende Gesamtarbeitsmenge an Heeresnähaufträgen im Deutschen Reiche festzustellen und nach dem hieraus sich ergebenden Verhältnis die Arbeitsgelegenheit unter den einzelnen Korpsbezirken gerecht auszugleichen. Damit die Ausgleichstelle einen gerechten Ausgleich im Sinne dieser Aufgabe vornehmen konnte, mußte sie einmal einen genauen Überblick über die in jedem Korpsbezirk vorhandene Menge von Heeresnähaufträgen, "die Arbeitsmenge", und weiter einen annähernd richtigen Überblick über das in jedem Korpsbezirk vorhandene Bedürfnis nach Heeresnäharbeiten, "den Arbeitsbedarf", haben. Hierzu teilten die Bekleidungsämter der Ausgleichstelle allmonatlich die Heeresnähaufträge mit, die sie voraussichtlich in den folgenden drei Monaten neu zu vergeben hatten. Eine gleiche Mitteilung machte die Marineverwaltung hinsichtlich derjenigen Aufträge, die außerhalb des Befehlsbereichs der Marine verteilt wurden, unter Angabe des Korpsbezirks, in dem die Arbeiten von ihr vergeben wurden.

Zur Feststellung des Arbeitsbedarfs wurde ein "Bezirksausschuß für Heeresnäharbeiten" bei jedem stellvertretenden Generalkommando geschaffen. Diesem fiel gleichzeitig die Aufgabe zu, die Vergebungsstelle bei der Verteilung der Aufträge innerhalb des Korpsbezirks zu beraten. Er wurde von einem Beauftragten des stellvertretenden Generalkommandos, zu dem der Vorstand des Kriegsbekleidungsamtes oder ein Stellvertreter bestellt wurde, geleitet und setzte sich im übrigen aus Vertretern der für den Korpsbereich in Betracht kommenden Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen.

Zur Erledigung seiner Aufgabe konnte sich der "Bezirksausschuß" der Mitarbeit von "Ortsausschüssen für Heeresnäharbeiten" bedienen, die an den verschiedenen, für Zuweisung von Heeresnäharbeiten hauptsächlich in Betracht kommenden Orten zu begründen waren. Die Leitung dieser Ortsausschüsse war in der Regel der Ortsbehörde übertragen, ihre Zusammensetzung den örtlichen Verhältnissen angepaßt.

Der Bezirksausschuß teilte dem Kriegsbekleidungsamt allmonatlich mit, wieviel Arbeitsstunden zur Beschäftigung der auf Heeresnäharbeiten angewiesenen Personen in den folgenden drei Monaten voraussichtlich nötig waren. Außerdem machte er dem Kriegsbekleidungsamt allmonatlich Vorschläge über die Verteilung der vom Kriegsbekleidungsamt endgültig zu vergebenden

Heeresnähaufträge. Das Kriegsbekleidungsamt nahm die Angaben des Bezirksausschusses über den Arbeitsbedarf in die Nachweisung über die Arbeitsmenge auf.

Die Ausgleichstelle fertigte nach diesen Nachweisungen eine Zusammenstellung über die Gesamtarbeitsmenge und den Gesamtarbeitsbedarf, stellte das sich hieraus ergebende Verhältnis fest und nahm den Ausgleich in der Weise vor, daß sie den Kriegsbekleidungsämtern, bei denen ein Überschuß an Arbeitsmenge vorhanden war, die Abgabe von Heeresnähaufträgen (Arbeitsstunden) an andere Kriegsbekleidungsämter aufgab. Der Ausgleich strebte an, in erster Linie der Gruppe 1 Beschäftigung zu geben. Der Befehlsbereich der Marine blieb außer Betracht. Der Ausgleich wurde den beteiligten Heeresverwaltungen und dem Reichsmarineamt mitgeteilt.

Erst nachdem die Ausgleichstelle den Kriegsbekleidungsämtern mitgeteilt hatte, welche Arbeitsmenge ihnen nach dem Ausgleich zur Vergebung zustand, durften diese zur Verteilung der Arbeitsmenge (Arbeitsstunden) unter den einzelnen Orten und zur Vergebung der Heeresnähaufträge an die Auftragnehmer des Korpsbereichs schreiten. In dringlichen Fällen hatten sie die Anweisung von der Bekleidungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums unter Angabe der in Betracht kommenden Arbeitsstunden einzuholen.

Den Ausgleich unter den verschiedenen Orten führten die Kriegsbekleidungsämter unter Anwendung der gleichen Vorschriften durch, wobei der Bezirksausschuß gutachtlich gehört werden konnte. Stand die auf jeden Ort entfallende Arbeitsmenge (Arbeitsstunden) fest, so vergab das Kriegsbekleidungsamt die Aufträge an die einzelnen Auftragnehmer unter Beobachtung der Vergebungsgrundsätze und unter Berücksichtigung der verschiedenen örtlichen Verhältnisse (besondere Notlage von Schneider- und Wäschegeschäften, bisherige regelmäßige Auftragerteilung an bestimmte und als zuverlässig erprobte Auftragnehmer).

Es war natürlich, daß die Vorschriften über die Streckung und Verteilung der Heeresnäharbeiten nicht sofort bis zur äußersten Schlußfolgerung durchgeführt wurden. Hierzu war Zeit erforderlich. Der Arbeitsbedarf konnte erst allmählich nach wirklich einheitlichen Grundsätzen festgestellt werden.

Aus den für den Ausgleich der Heeresnäharbeiten eingereichten Unterlagen ging hervor, daß der Arbeitsbedarf die verfügbare Arbeitsmenge wesentlich überstieg. So stand z. B. im November 1916 einem Arbeitsbedarf von rund 52 Millionen Arbeitsstunden eine Arbeitsmenge von nur rund 19 Millionen Arbeitsstunden und im Dezember 1916 einem Arbeitsbedarf von rund 87 Millionen Arbeitsstunden eine Arbeitsmenge von nur rund 20 Millionen Arbeitsstunden gegenüber. Hieraus ergab sich die zwingende Notwendigkeit, alle Heeresnäharbeiten ohne Ausnahme in den Ausgleich einzubeziehen. Ausgenommen waren bisher solche Näharbeiten, die nicht innerhalb der Korpsbezirke, sondern von Hauptbeschaffungsstellen (Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt, technische Institute der Infanterie und Artillerie, Traindepot des Gardekorps, Inspektion der Flieger-, Kraftfahr- und Luftschiffertruppen, Ingenieurkomitee, Eisenbahnersatzpark, Hauptgasschutzlager, Hauptsanitätsdepot, Militär-Veterinärakademie usw.) vergeben wurden, wie Gewehrschloßschützer, Patronengurte, Patronentragegurte, Hebegurte für Geschosse, Patronenüberzüge, Granatschutzkappen, Kartuschbeutel, Fleisch- und Zwiebacksäcke, Bekleidungs-, Gepäck- und Wäschesäcke, Futtersäcke, Sand- und Zementsäcke, Schutzsäcke, Segeltuchtaschen verschiedener Art, Gasmasken, Pferdemasken, Sonder- und Arbeitskleidung für technische Truppen, Arbeitskleidung für Munitionsarbeiter, Schlächter und Bäcker, Schwimm- und Tauchanzüge, Flaggen- und Fleischtücher, Operations- und Verbandtücher, Pferdedecken, Satteldecken, Tränkeimer usw.

Aus der nicht vollständigen Erfassung solcher Näharbeiten hatten sich erneut zahlreiche Unzuträglichkeiten ergeben. Die Dienststellen, die die Arbeiterfragen bearbeiteten, die

Heeresverwaltungen Bayerns, Sachsens, Württembergs, Vertreter des Gewerbes und der Heimarbeit wiesen immer wieder auf die Mißstände und auf die Notwendigkeit ihrer Beseitigung nachdrücklich hin. Die jetzt vorliegenden, wenn auch noch nicht völlig einwandfreien Zahlenangaben redeten eine so erdrückende Sprache, daß es nun gelang, die bisherigen Widerstände zu überwinden. Die Hauptbeschaffungsstellen wurden angewiesen, den Kriegsbekleidungsämtern fortlaufend unmittelbar nach Erteilung der Aufträge mitzuteilen, welche Näharbeiten in den Korpsbezirk des Bekleidungsamtes vergeben wurden, wieviel Arbeitsstunden für die Ausführung dieser Näharbeiten erforderlich waren, welche Anfertigungsstellen mit der Ausführung beauftragt und wie groß die erteilten Aufträge waren. Die Kriegsbekleidungsämter sollten diese Arbeitsmengen mit den übrigen Näharbeiten des Korpsbereichs anmelden und durch Erläuterung kenntlich machen. Eine Einwirkung auf die Vergebung der Arbeiten selbst wurde den Kriegsbekleidungsämtern jedoch nicht zugestanden.

Nach den Unterlagen für den Ausgleich der Heeresnäharbeiten wurde ferner offenbar der Kreis der Personen, der für die Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten in Frage kam, nicht überall gleichmäßig eng gezogen. Um dies zu erreichen, wurden Ausweiskarten oder Ausweisbücher, die sich in einzelnen Bezirken bereits bewährt hatten, allgemein eingeführt.

Es mußte allen Personen eine Ausweiskarte versagt oder entzogen werden, die der Zuteilung von Heeresnäharbeiten überhaupt nicht bedurften oder die nach ihren Familien- und körperlichen Verhältnissen in der Lage waren, Arbeit in anderen Gewerbezweigen auszuführen, und zwar gleichgültig, ob an ihrem Wohnort oder außerhalb desselben. Während in anderen Erwerbszweigen, namentlich in der Landwirtschaft, Arbeitermangel herrschte, stand bei den Heeresnäharbeiten die zu vergebende Arbeitsmenge in einem großen Mißverhältnis zu der Zahl der Arbeitsuchenden. Zum Wohl der berufsmäßigen Schneider und Näherinnen und der auf Heeresnäharbeiten angewiesenen Arbeitnehmer war eine genaue Prüfung der Anträge auf Erteilung von Ausweiskarten ebenso geboten, wie es eine vaterländische Rücksicht war, Arbeitskräfte den anderen Erwerbszweigen und besonders der Landwirtschaft zuzuführen. Der Erfolg dieser Maßnahme zeigte sich in dem Sinken des Arbeitsbedarfs, der im April 1917 noch rund 72 Millionen Arbeitsstunden betrug, im Mai 1917 aber bereits auf rund 38 Millionen Arbeitsstunden fiel.

Die Bestimmungen über Streckung und Verteilung der Heeresnäharbeiten paßten sich den Bedürfnissen des Groß- und Kleingewerbes sowie denen der Heimarbeit an. Sie erstreckten sich auch auf gemeinnützige Vereine, die vor dem Kriege und in der ersten Zeit des Krieges mehr Wohltätigkeits- als Wohlfahrtseinrichtungen waren. Sie unterstützten deren Streben und Entwicklung, nicht nur wohlzutun oder eine Unterstützung für den Augenblick zu gewähren, sondern der Wohltätigkeit das Wesen des Almosens zu nehmen, erzieherisch zu wirken, den Bedrängten auf eigene Füße zu stellen und Werte zu erzeugen. Sie strebten eine gerechte Verteilung der Arbeit an, schalteten unnötige Zwischenstellen aus und gaben dem letzten Arbeiter wenn auch nicht übermäßigen, so doch auskömmlichen Lohn.

Der Wirkungskreis der Bekleidungsämter war bedeutend erweitert worden. Es bahnten sich in ihnen Zentralstellen für Heeresnäharbeit an, in denen nicht nur die Näharbeit für Bekleidung, sondern alle und jede Heeresnäharbeit zusammengefaßt wurde. Die Arbeitsteilung auf der einen Seite bewirkte Arbeitsvereinigung auf der anderen und damit eine planmäßige Arbeitsgliederung. War die Regelung zunächst nur als Kriegsmaßnahme gedacht, so war sie bei ihrer Folgerichtigkeit, Planmäßigkeit und ihrer Bewährung doch von weitgehender Bedeutung.

Bekleidung der Kriegsgefangenen.

Noch in einer anderen Hinsicht wurde die Heeresverwaltung in ihren Bekleidungssorgen in einer Weise beansprucht, die man im Frieden unmöglich hatte voraussehen können, für die also auch

ausreichende Vorbereitungen nicht getroffen waren. Sie wurden durch die alle Erwartungen übersteigenden Massen der Kriegsgefangenen verursacht. Sie stellten neue, gewaltige Ansprüche, denen der aus bitterster Not erwachsende Zwang weitestgehender Schonung der vorhandenen eigenen Bestände gegenüberstand. Selbstredend hatten das eigene Heer und sodann die eigene Zivilbevölkerung ersten Anspruch auf ausreichende Versorgung mit Bekleidung. Aber völkerrechtlich war Deutschland verpflichtet, auch die Kriegsgefangenen mit Bekleidung zu versehen.

Nach den anfänglichen Erfahrungen hatte man sie vorerst in folgender Weise geregelt:

Kriegsgefangene Offiziere und Beamte im Offizierrange mußten aus den ihnen zustehenden Geldgebühren für ihre Bekleidung selbst sorgen. - Die kriegsgefangenen Unteroffiziere und Mannschaften blieben in ihren mitgebrachten Anzügen, zu deren Ergänzung und Instandhaltung zunächst die Bekleidung der mit dem Tode abgehenden Kriegsgefangenen, sofern sie nicht an ansteckenden Krankheiten gelitten hatten, zu verwenden war. - Der weitere Bekleidungsbedarf sollte aus Beutebeständen entnommen werden. Reichten diese nicht aus, so sollten die stellvertretenden Generalkommandos die Hergabe aus überschießenden Beständen der Ersatztruppen anordnen.

Bei dieser Regelung war weder mit den großen Massen an Kriegsgefangenen, noch mit der Dauer des Krieges, noch mit der Erschöpfung der "überschießenden" Bestände gerechnet. Bereits nach der Schlacht von Tannenberg, die eine überraschende Zahl von Kriegsgefangenen brachte, trafen zahlreiche schlecht bekleidete Kriegsgefangene ein, die neu zu kleiden waren. Da Überschüsse an deutscher militärischer Kleidung nicht vorhanden waren, mußte neue Bekleidung beschafft werden. Hierzu ließ sich in erster Linie alte ausgetragene blaue Bekleidung verwenden. Da aber nicht soviel ausgetragen war, wie der Bedarf betrug, war Bekleidung auch aus neuen Stoffen zu fertigen. Die Auswahl dieser Stoffe war nicht leicht. Die militärischen Stoffe brauchte das eigene Heer, die übrigen **infolge der Absperrung** die bürgerliche Bevölkerung. Für die Kriegsgefangenen blieben also nur Stoffe, die geringwertiger waren. Sie wurden aber bald zur Arbeit verwendet; die ihnen gelieferte Bekleidung mußte dafür brauchbar, also widerstandsfähig und haltbar sein. Infolgedessen geriet die Heeresverwaltung mit den Ansprüchen der eigenen bürgerlichen Bevölkerung in Widerstreit, da auch sie auf derbe, widerstandsfähige und haltbare Ware Wert legte und mit Recht Berücksichtigung vor den Kriegsgefangenen verlangte. Mit dieser Zwangslage mußte sich die Heeresverwaltung abfinden und hat es auch getan, wenn auch freilich Mißgriffe nicht ausblieben, die aber doch zu den Ausnahmen gehörten.

Die Kriegsgefangenenbekleidung wurde durch die Bekleidungs-Instandsetzungsämter gefertigt; die Stoffe wurden in erster Linie aus ausgetragenen, nicht mehr brauchbaren, bei diesen Ämtern vorhandenen Bekleidungsstücken gewonnen. Die Anfertigungsstellen derselben waren auf die Machart eingeübt, so daß es einfacher war, sie auch bei Anfertigung aus neuen Stoffen auszunutzen, als die Arbeit durch die Kriegsbekleidungsämter an andere Anfertigungsstellen zu vergeben.

Für die neu herzustellende Kriegsgefangenenkleidung konnten die Muster der feindlichen Heeresbekleidung nicht gewählt werden, weil die Anfertigung nach verschiedenen Proben erschwert wurde. Eine einheitliche Probe von einfachster Machart und leicht verpaßbarem Schnitt war vielmehr vorzuziehen. Ein Kennzeichen, das sich nicht leicht entfernen ließ, aber auch keine Mißachtung ausdrückte, war notwendig. Hellbraune Streifen in den Ärmeln und an den Hosen, die nicht aufgenäht waren, sondern einen Teil des Bekleidungsstückes bildeten, erschienen hierzu geeignet. Als Grundtuch war jeder tiefdunkle Stoff, gleichgültig ob schwarz, blau, braun, grün usw. zugelassen.

Umstellung des Kaufbetriebs der Bekleidungsämter.

Alle von Lieferern zu beziehenden fertigen Stücke, alle Webwaren (Tuche, Leinen und Baumwollstoffe), Zutaten, Näh- und Hilfsmittel, wurden im Frieden ursprünglich von den einzelnen Bekleidungsämtern selbständig verdungen. Dies führte im Laufe der Zeit zu verschiedener Berücksichtigung der Hersteller. In dem Wettbewerb des Gewerbes war es natürlich, daß einzelne Hersteller, die gut lieferten, bevorzugt und mit Aufträgen überhäuft wurden, andere, auch wenn sie leistungsfähig waren, leer ausgingen.

Die Anhäufung der Aufträge bei einzelnen Firmen und die Ausschaltung anderer war bedenklich. Sie gefährdete die Rechtzeitigkeit der Lieferung bei gesteigertem Bedarf und entfremdete die Firmen, die keine Aufträge erhielten, den Bedürfnissen des Heeres. Dieser Mißstand konnte nur beseitigt werden, wenn die Aufträge für alle Ämter von einer Stelle vergeben wurden. Das mußte für diese Stelle eine gewaltige Mehrarbeit bringen, die eine ausreichende Zahl von Bearbeitern verlangte. Diese waren in der Bekleidungsabteilung nicht vorhanden. Dort bearbeitete ein Referent mit einem Expedienten die Lieferungsangelegenheiten. Diese beiden Arbeitskräfte allein konnten die Mehrarbeit nicht leisten.

Man kam daher zunächst auf den Ausweg, die Vorarbeiten einem Bekleidungsamt zu übertragen, die Entscheidung aber der Bekleidungsabteilung des Kriegsministeriums vorzubehalten. Der Überlastung der Bekleidungsabteilung wurde dadurch vorgebeugt, daß man die Verdingungen in Gruppen, die nach Rohstoffen geordnet waren, vornahm, für jede Gruppe eine andere Frist wählte und so eine nach der anderen bearbeiten konnte. Die Überlastung der Bekleidungsämter wurde dadurch vermieden, daß man nicht ein Bekleidungsamt mit allen Vorarbeiten beauftragte, sondern verschiedenen Ämtern eine Gruppe von Waren zuwies. Die mit den Vorarbeiten beauftragten Bekleidungsämter stellten den Bedarf aller Bekleidungsämter nach Unterart und Lieferungsfrist zusammen, schrieben den Bedarf aus, forderten die Lieferer zur Abgabe eines Angebots auf, hielten die Verdingungstage ab und stellten die Angebote nach Gattungen und Preisen zusammen. Der Bekleidungsabteilung lag die Prüfung der Angebote und der Zuschlag ob. Die Höhe des Auftrags richtete sich nach der Leistungsfähigkeit des Unternehmers. Keinem wurde jedoch eine Auftragsmenge zugeteilt, die eine bestimmte Höchstgrenze überschritt, selbst wenn er mehr leisten konnte. Die Aufträge, die Großbetrieben erteilt wurden, blieben sogar zum Wohl kleinerer Betriebe hinter dieser Höchstgrenze erheblich zurück. Das von einer Stelle aus geleitete Verfahren hatte sich bewährt. Die Lösung blieb aber immer noch ein Versuch; das Verfahren mit seiner Arbeitsteilung zwischen Bekleidungsabteilung und bestimmten Bekleidungsämtern blieb ein Notbehelf. Man hatte aber bereits im Frieden die Folgerungen gezogen, die sich aus der Massenbeschaffung ergaben. Dieses Verfahren war der Vorläufer einer Zentralbeschaffungsstelle, die im Frieden auch einmal kommen sollte, sobald ausreichende Erfahrungen vorlagen. Solange die Zentralbeschaffungsstelle noch nicht eingerichtet war, mußte in den Vorarbeiten der Bekleidungsämter die Beschaffung im Kriege noch nach dem früheren Verfahren - selbständige Beschaffung durch jedes einzelne Bekleidungsamt - vorbereitet werden; das im Frieden versuchte zentrale Beschaffungsverfahren ließ sich mit der Arbeitsteilung zwischen Bekleidungsabteilung und einzelnen Bekleidungsämtern im Kriege nicht anwenden, da es zu schwerfällig und zu zeitraubend war. Auch konnten bei der unsicheren wirtschaftlichen Lage im Kriege Ausschreibungen nicht in Frage kommen. Die Bekleidungsämter hatten daher im Kriege ihren ganzen Bedarf selbständig in freihändigen Vereinbarungen mit den Lieferern zu beschaffen und hiernach ihre Vorbereitungen zu treffen.

Der Bedarf an fertigen Stücken war in derselben Weise, wie der von den Kriegsbekleidungsämtern zu fertigenden Stücke, von den Truppen für die ersten sechs Monate ermittelt und den Bekleidungsämtern im Frieden angemeldet worden. Nach den Bedarfsanmeldungen hatten die Bekleidungsämter ihre Beschaffungsplane aufgestellt und die zu liefernden Mengen bei den Lieferern sichergestellt.

Im allgemeinen war jedes Bekleidungsamt auf die Lieferer des eigenen Korpsbezirks angewiesen. Da die Industrie aber nicht gleichmäßig über das ganze Reich verteilt war, mußte auch ein Übergreifen auf andere Korpsbezirke zugelassen werden. Um zu vermeiden, daß Fabriken überlastet wurden, durfte dies nur durch Vermittlung desjenigen Bekleidungsamtes geschehen, in dessen Bereich ein anderes Amt übergreifen wollte. Für die Heranziehung der Lieferer mußte deren Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit maßgebend sein. Diese schon im Frieden zu prüfen, war Sache des Amtes, in dessen Korpsbereich sich die Fabrik des Lieferers befand.

In erster Linie standen den Kriegsbekleidungsämtern die ihnen bekannten Friedenslieferanten zur Verfügung. Da diese zur Deckung des planmäßig errechneten Bedarfs nicht ausreichten, waren auch solche Firmen herangezogen worden, die im Frieden nicht Heereslieferanten waren. Diese knüpften ihre Bereitwilligkeit, im Kriege zu liefern, an die Bedingung, auch an Friedenslieferungen beteiligt zu werden. Auf diese Forderung konnte jedoch im allgemeinen nicht eingegangen werden, weil der Umfang der Friedenslieferungen eine so weitgehende Verteilung nicht zuließ. Bei dem nicht großen Jahresbedarf des ganzen Heeres wären die auf jeden entfallenden Anteile zu klein geworden und hätten in keinem Verhältnis zu den erforderlichen Betriebseinrichtungen mit ihren Kosten gestanden. Die zu liefernde Ware wäre dadurch wesentlich verteuert worden.

Trotzdem gelang es, den Bedarf unterzubringen, weil die größeren Friedenslieferanten im Frieden nicht nur für das Heer, sondern auch für andere Staatsverwaltungen, an die Bevölkerung und an das Ausland lieferten. Sie erkannten, daß der Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung eine Verminderung erfahren und der Auslandsbedarf zum größten Teile fortfallen würde. Sie waren daher bereit und in der Lage, größere Aufträge als im Frieden anzunehmen. Auch gelang es, einzelne im Frieden nicht liefernde Firmen zur Übernahme von Kriegslieferungen zu gewinnen.

Die Vergebung der Kriegslieferungen erfolgte derart, daß auf Grund der festgestellten Leistungsfähigkeit Vereinbarungen abgeschlossen wurden, in denen Menge und Stückart, Lieferungszeiten und Erfüllungsorte angegeben waren. Diese Vereinbarungen bedeuteten nicht eine endgültige Bestellung. Sie erlangte die Bedeutung erst durch eine nach ausgesprochener Mobilmachung in Aussicht gestellte Mitteilung. Aufgehoben konnten die Vereinbarungen nur werden, wenn keine Einigung über den Preis zu erzielen war. In diesem Falle konnte die Lieferung immer noch auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes in Anspruch genommen werden.

Die Preise für die im Kriege zu liefernde Ware waren im Frieden nicht vereinbart. Dies war auch nicht möglich, weil die Marktlage schon im Frieden dauernd wechselte und im Kriege nicht vorauszusehen war. Für die Zeit des Krieges war nach vorstehendem nur vorbehalten: die Bestätigung des Auftrags als endgültige Bestellung und die Preisvereinbarung.

Wie im Werkstattbetrieb machte auch im Kaufbetrieb die Beschaffung des gewaltigen, nicht vorausgesehenen Mehrbedarfs Schwierigkeiten. Bei den Ausrüstungsstücken aus Leder hatte sich die Heeresverwaltung aus den oben näher dargelegten Gründen allein auf die Privatbetriebe verlassen; denn Sattlerwerkstätten gab es bei den Bekleidungsämtern im Frieden nicht und für den Krieg waren sie ebenfalls nicht vorgesehen.

Kriegsvorräte an Ausrüstungsstücken über den Bedarf für die vorgesehenen Kriegsformationen hinaus waren nicht niedergelegt, weil in die Armeebekleidungsdepots solche nicht eingeliefert werden sollten, und der übrige Bedarf in dem planmäßig errechneten Umfange rechtzeitig eingeliefert werden konnte. Der Bedarf für die Ersatztransporte war an sich nicht sehr groß. Er betrug (siehe **Seite 104**) nur rund 400 000 Stück von jeder Art. Der Ersatzbedarf für das Feld- und Besatzungsheer war gleichfalls nicht sehr hoch. Er war für das Feldheer nach Kriegstragezeiten, die auf den Erfahrungen früherer Kriege beruhten, und für das Besatzungsheer nach den bekannten Friedenstragezeiten ermittelt. Die Tragezeiten waren sehr lang bemessen; daraus erklärt sich die

verhältnismäßig geringe Menge des Ersatzbedarfs.

Militärische Ausrüstungsstücke waren eine Ware, die nur vom Heere und kaum von jemand anders gebraucht wurde. Die Betriebe, die sich mit ihrer Herstellung beschäftigten, waren nicht sehr zahlreich. Die geringe Kriegsleistungsfähigkeit der Betriebe für Ausrüstungsstücke hatte außerdem darin ihren Grund, daß ein Teil ihres geschulten Arbeiterpersonals zur Fahne einberufen war. Gerade das Sattlergewerbe brauchte mehr wie andere Gewerbszweige eingearbeitete Kräfte, weil die Herstellung dieser Stücke auf Handfertigkeit beruht und nur in geringem Maße durch maschinelle Einrichtungen bewirkt werden konnte. Die vorhandenen geschulten Arbeiter waren als Stammpersonal zur Anlernung und Ausbildung weiterer Kräfte geradezu unentbehrlich. Diese Industrie befand sich im Herbst 1914, als sie den großen Mehrbedarf plötzlich decken sollte, in einer sehr üblen Lage. Es war besonders schwer, auf diesem Gebiete eine Besserung zu erreichen. Sie wäre erleichtert worden, wenn staatliche Sattlereien in den Bekleidungsämtern im Frieden vorhanden und ihre Erweiterung, ebenso wie die Erweiterung der Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten, vorgesehen gewesen wäre.

Hierzu hätte allerdings die Herstellung aller Sattlerwaren zusammengefaßt sein müssen. Solange die Beschirrung für die Zugpferde in den technischen Instituten unter Beteiligung der Privatindustrie, die Reitzeugausrüstung der Reitpferde der Kavallerie in den Sattlerhandwerkstätten der Kavallerieregimenter (im Frieden) oder der Ersatzeskadrons (im Kriege), die Reitzeugausrüstung der übrigen Reitpferde in den technischen Instituten unter Beteiligung der Privatindustrie und die Ausrüstungsstücke für den Mann in der Privatindustrie nach Aufträgen der Bekleidungsämter hergestellt wurden, war dieser Weg nicht gangbar. Die Zusammenfassung und damit verbundene Umstellung war sehr verwickelt. Die Durchführung hätte Zeit gebraucht und konnte nur in ruhiger Zeit geschehen. Wäre sie im Kriege vorgenommen worden, so hätte die Versorgung der Truppe eine Zeitlang gänzlich ausgesetzt. Das aber mußte unter allen Umständen vermieden werden. Es blieb nur übrig, das geringere Übel in den Kauf zu nehmen und von der Errichtung solcher Staatsbetriebe im Kriege abzusehen. Die grundsätzliche Änderung, die Zusammenfassung der Beschaffung und Herstellung aller Sattlerwaren, mußte späteren Erwägungen vorbehalten bleiben.

Um den Fehlbedarf zu decken, wurden vorhandene geeignete Vorräte der Schutztruppen, Schutzmannschaften, Feuerwehren usw. übernommen, alle greifbaren und einigermaßen brauchbaren Bestände der Privatindustrie aufgekauft, dabei Ersatzstoffe und Ersatzstücke in weitestem Umfange zugelassen und die Anfertigung in Bekleidungsämtern durch Vermehrung der Werkstatträume und Handwerker versucht.

Die Steigerung der Anfertigung von Lederhelmen war abhängig von den vorhandenen Lackieröfen und deren Leistungsfähigkeit. Bedenkt man, daß der Lederhelm eine Friedenstragezeit von sechs Jahren hatte, so ergab das für ein Heer von rund 600 000 Mann im Frieden eine durchschnittlich jährliche Auftragsmenge für die Industrie von noch nicht 100 000 Lederhelmen, Tschakos und Tschapkas, wobei der Bedarf für Kürassiere, Jäger zu Pferde und Husaren, die Metallhelme oder Pelzmützen trugen, noch nicht abgesetzt ist. Verteilt man die Anfertigung über das ganze Jahr, so waren von der einschlägigen Industrie ganz Deutschlands im Monat kaum 8000 Lederhelme zu liefern. Eine geringe Menge, für die wenige Lackieröfen ausreichten; denn auch der Bedarf der Polizei an Helmen, der Droschkenkutscher usw. an ledernen Kopfbedeckungen war nicht groß. Auf eine Vermehrung der Lackieröfen konnte sich die Industrie nur einlassen, wenn ihr eine Auftragsmenge gewährleistet wurde, durch die sie die Kosten der Fabrikerweiterung allmählich abschreiben konnte, oder wenn der Staat sich an diesen Kosten in irgendeiner anderen Form beteiligte. Da der Zukunftsbedarf sich nicht übersehen ließ, konnte sich die Heeresverwaltung hierauf nicht einlassen. Die Herstellung der Lederhelme ließ sich daher nur unbedeutend vermehren. Die Zulassung von Helmen aus Hartpapier und Kork brachte nur eine geringe Vermehrung in der Herstellung. Der verschiedentlich angeregte Ersatz durch Helme aus Blech

konnte nur als Notbehelf dienen, weil die Geschoßwirkung unter Umständen durch die Metallsplitter vermehrt wurde. Gleichwohl sind nicht unerhebliche Mengen solcher Blechhelme auf Anregung des stellvertretenden Generalkommandos VII. Armeekorps, das die Angelegenheit mit Nachdruck verfolgte, beschafft worden. Daneben kamen die an Arbeitslosigkeit leidenden Filzhutfabriken der Heeresverwaltung bedeutend zu Hilfe und setzten mit der Herstellung großer Mengen von Filzhelmen ein, so daß der Bedarf damit gedeckt werden konnte. Die Filzhelme bewährten sich jedoch im Felde nicht. Sie weiteten sich leicht, verloren bald ihre Form, sie waren nicht widerstandsfähig und dauerhaft genug. Die Helmfrage kam dann durch die noch zu erörternde Einführung des Stahlhelms in andere Bahnen.

Der Mehrbedarf an Patronentaschen und Leibriemen der ersten Zeit konnte nur dadurch gedeckt werden, daß das Besatzungsheer die für dasselbe bestimmten Patronentaschen und Leibriemen älterer Probe in großem Umfange abgab und nur den notwendigsten Bedarf für Posten usw. zurückbehielt. Es mußte in den Kauf genommen werden, daß die Ausbildung des Ersatzes darunter litt. Außerdem wurde bei Ankäufen von Patronentaschen von der vorschriftsmäßigen Form abgesehen und jedes zur Unterbringung von Patronen geeignete Muster zugelassen; Nähte durften durch Nieten ersetzt werden.

Der Mangel an Tornistern wurde durch Ankauf von Rucksäcken behoben. Auch wurden wasserdichte starke Baumwollstoffe als Ersatz für Kalbfelle zugelassen. Da Deutschland eine leistungsfähige Industrie an wasserdichten Baumwollstoffen besaß, stellte sich diese bald hierauf ein.

An Ausrüstungsstücken aus Metall (Feldflaschen, Labeflaschen, Trinkbecher, Kochgeschirre) und aus wasserdichten Baumwollstoffen (Zeltausrüstung, Brotbeutel) herrschte nur anfangs Knappheit. Die großen Betriebe, in denen diese Stücke angefertigt wurden, konnten die Herstellung durch Umstellung schneller als Kleinbetriebe dauernd steigern, so daß die Not bald überwunden war.

Die wollene Unterkleidung für den Winter wurde im Frieden nicht vorrätig gehalten, sondern nur ihre Bezugsquellen ermittelt und die Beschaffung für die Truppen durch Verträge für eine Mobilmachung im Winter sichergestellt. Bei einer Mobilmachung im Sommer lag die Beschaffung den Kriegsbekleidungsämtern ob.

Den Ersatztruppenteilen wurde daher bald nach Kriegsausbruch aufgegeben, den Bedarf für die Truppen ihres Wirtschaftsbereichs unter Angabe der Größen den Kriegsbekleidungsämtern zu melden und gleichzeitig anzugeben, welche Bezugsquellen von den Truppenteilen im Frieden ermittelt waren. Die Kriegsbekleidungsämter sollten diese Bezugsquellen in erster Linie zur Lieferung heranziehen und für anderweitige Beschaffung sorgen, wenn diese Lieferungen den Bedarf nicht deckten. Da bestimmte Muster nicht vorgeschrieben waren, wickelte sich die Beschaffung verhältnismäßig einfach ab, nachdem an Stelle von Unterjacken, unter denen gestrickte Jacken mit Ärmeln verstanden wurden, auch wollene und stärkere baumwollene Hemden zugelassen worden waren.

Von Anschaffung und Bereithaltung der Pelzbekleidung im Frieden war im Hinblick auf die Schwierigkeit, sie dauernd zu unterhalten, gegen Mottengefahr zu schützen und aufzufrischen, Abstand genommen worden. Sie sollten bei einer Mobilmachung in den Monaten August bis Dezember ohne weiteres, sonst nur auf Weisung des Armeeverwaltungsdepartements, beschafft werden. Welche Mengen zur ersten Bedarfsdeckung zu beschaffen waren, zeigt die **Anlage 3 (s. S. 197)**.

Im Frieden war festgestellt worden, daß die Kürschner auf ihre Kosten kamen, wenn jeder Pelz mit 45 Mark bezahlt wurde. Der schnell und gleichzeitig zu beschaffende Gesamtbedarf steigerte die

Nachfrage auf dem Pelzmarkt, so daß die Preise stark anzogen: In wenigen Tagen war der Preis auf 80 - 90 Mark gestiegen, ohne daß ein Ende abzusehen war. Mit jedem Tage wuchs der anzulegende Preis. Er kletterte auf 100, 110, 120, 130 Mark hinauf. Dem mußte Einhalt geboten werden. Die Bekleidungsabteilung befand sich in einer üblen Lage. Die Gesamtmenge mußte bereitgestellt werden, das stand fest. Wurde der zuzubilligende Höchstpreis zu niedrig festgesetzt, so war zu befürchten, daß die nötige Menge nicht zu beschaffen war. 130 Mark erschien aber so ungeheuerlich, daß die Bekleidungsabteilung die Verantwortung für diesen Preis dem Reiche gegenüber nicht glaubte tragen zu können. Auf langwierige Ermittelungen des "angemessenen" Preises konnte sie sich nicht einlassen. Bei dem täglichen Steigen war keine Zeit zu verlieren - es mußte schnell gehandelt werden. Sie wies daher die Kriegsbekleidungsämter kurz entschlossen an, nicht mehr wie höchstens 90 Mark für den Pelz anzulegen, und für den Fall, daß der Bedarf dann nicht zu decken sei, als Ersatz für Pelze Tuchmäntel bereitzustellen, die mit einem wärmenden Stoff (Lama, Watteeinlage usw.) gefüttert waren. Bei dem gleichzeitig herrschenden Tuchmangel war diese Aushilfe unter Umständen eine zweifelhafte Maßnahme, die nur auf dem Papier stand. Sie mußte aber gewagt werden. Der Entschluß belohnte sich. Die Pelze wurden fast ausnahmslos und rechtzeitig beschafft. Die Anfertigung von dick gefütterten Tuchmänteln war nur in beschränktem Maße nötig. Die Preissteigerung hörte auf. Es gelang sogar wiederholt, mit dem Preise unter 90 Mark zu bleiben. Die für einen Pelz weniger (130 - 90) angelegten 40 Mark machten für 200 000 Pelze die Summe von 8 Millionen Mark aus, die dem Reiche erspart wurden. Bei einem Durchschnittspreise von 90 Mark bedeutete die Beschaffung von 233 110 Pelzen immer noch eine Ausgabe von 20 979 900 Mark.

Die für die erste Zeit bei den Bekleidungsämtern niedergelegten Vorräte an Leder, Tuch, Leinen und Baumwollstoffen, die den Verbrauch bis zum Eintreffen der Lieferungen aus Kriegsverträgen decken sollten, wurden durch den frühzeitig einsetzenden Zuschnitt, der dem Mehrbedarf Rechnung tragen mußte, vorzeitig erschöpft. Kriegslieferungen konnten erst später einsetzen, auf sie durfte aber nicht gewartet werden. Es blieb also auch hier nichts anderes übrig, als Behelfsstoffe[2] zuzulassen. Es wurden unter anderem als Tuche feinere Tuche, Offiziertuche, Kammgarnstoffe, teilweise aus Wolle und Baumwolle hergestellte Stoffe, baumwollene Kordstoffe, Manchester und dergleichen gestattet und von streng vorschriftsmäßiger Farbe abgesehen.

Beim Leder wurde von der Forderung der Gerbung vorwiegend mit Eichenlohe Abstand genommen, vermehrte Ausnutzung der Gerbstoffe, die Anwendung gemischten Gerbverfahrens und schließlich auch Chromgerbung zugelassen.

Bei der Beschaffung von Stoffen und fertigen Stücken hatten sich Schwierigkeiten mannigfachster Art ergeben. Mit den Verpflichtungen, die die Lieferer übernommen hatten, waren die meisten bis an die Höchstgrenze ihrer Friedensleistungsfähigkeit gegangen. Daraus erklärt es sich, daß sie nicht imstande waren, den Mehrbedarf zu decken. Um höhere Leistungen zu erzielen, mußten sie erst ihre Betriebe erweitern. Neue Lieferer heranzuziehen, bereitete Schwierigkeiten. Sie hatten in den seltensten Fällen schon Heeresware gefertigt, mußten also ihre Betriebe erst daraufhin umstellen und ferner sich auf die ihnen bisher ungewohnte Ware einstellen. Es war daher, wenn auch bedauerlich, so doch an sich nicht verwunderlich, daß der dringende Mehrbedarf, der unerwartet eingetreten war und schleunigst gedeckt werden mußte, große Schwierigkeiten bereitete. Er zeitigte ein wildes Aufkäufertum, das sich zwischen die Erzeugung der Ware und ihren Absatz an die Heeresverwaltung einschob. Massenhaft taten sich Firmen auf, die ohne jede Warenkenntnis bestimmte Gegenstände in riesigen Mengen zu Überpreisen zusammenkauften und dann der Heeresverwaltung anboten.

Durch den unrechtmäßigen Zwischenhandel trat eine unerhörte und unberechtigte Verteuerung aller Waren ein, an der der Hersteller keinen Anteil hatte, und die lediglich dem Zwischenhändler als Gewinn in die Tasche floß. Die erzielten hohen Preise wurden in Berufskreisen bekannt und übten

auf die Preisgestaltung eine nach oben treibende Wirkung aus, die sich auch die Rohstoffhändler zunutze machten. Die unbegründete, eigennützige und gewinnsüchtige Verteuerungspolitik erschwerte den Heereslieferanten die Erzeugung ihrer Ware von neuem. Gleichzeitig kamen den Lieferern die zahlreichen Beschaffungsstellen zugute. Sie spielten dieselben gegeneinander aus und gingen von einer Stelle zur anderen. Jede Stelle lief Gefahr, beim Druck auf die Preise, der trotzdem überall versucht wurde, ihren Bedarf nicht rechtzeitig hereinzubringen.

Bei Ermittelung der neuen Bezugsquellen, aus denen der außerordentlich hohe und schnell zu deckende Bedarf beschafft werden mußte, ergab sich für die beschaffenden Stellen die Schwierigkeit, daß sie nicht über ausreichende Quellenkenntnis verfügten. Auf die deshalb erlassenen Anzeigen hin traten Selbsthersteller in ausreichender Zahl nicht an die Dienststellen heran. Dagegen erschien der Zwischenhandel auf dem Plan und riß den größten Teil der Geschäfte an sich. Den Beschaffungsstellen fehlte es bei dem Umfang und der Dringlichkeit der Sache an Zeit, über die einzelnen Personen und Firmen Erkundigungen einzuziehen. So kam zweifellos mancher Mißgriff bei der Vergebung vor.

Der Heeresverwaltung sind aus dieser unerfreulichen Entwicklung der Dinge schwere Vorwürfe gemacht worden. Sie befand sich aber in der gleichen Lage wie der übrige Handel. Die Erschließung neuer Bezugsquellen war eben eine Aufgabe, die Zeit forderte und nicht in kurzer Frist gelöst werden konnte. Hier stand aber die Ausstattung von Truppenteilen mit Bekleidung und Ausrüstung auf dem Spiele. Es war keine Zeit zu versäumen. Die Mißstände waren, so sehr sie zu bedauern sind, das kleinere Übel.

Von den Preistreibereien blieben auch die Arbeitslöhne nicht unberührt. Da für die fertige Ware höhere Preise gezahlt werden mußten, konnten auch den Arbeitern höhere Löhne gezahlt werden. Schon durch die Einberufung zur Fahne waren die Arbeiterstämme stark gelichtet. Dies machte sich besonders in solchen Zweigen der Industrie fühlbar, die vornehmlich auf Handarbeit angewiesen waren und eingearbeitete männliche Kräfte brauchten, weil weder Frauen die schwere Handarbeit bewältigen, noch maschineller Betrieb die Handarbeit ersetzen konnte. Die Gewährung höherer Löhne zur Behebung dieses Mangels hatte eine Abwanderung der Arbeiter zur Folge und drohte eine Schraube ohne Ende zu werden, zumal die Arbeiter organisiert waren, während eine Organisation der Arbeitgeber fehlte.

Um dem Unwesen des Zwischenhandels zu steuern, wurde erneut angeordnet, daß Aufträge nur an solche Firmen vergeben werden durften, die dem in Betracht kommenden Warenzweige angehörten, leistungsfähig und zuverlässig waren, wie dies im Frieden auch der Fall war.
Angebote solcher Firmen, die die Heeresverwaltung aus früherer Geschäftsverbindung nicht kannte, mußten der für den Bewerber zuständigen Handels- oder Handwerkskammer eingereicht werden, die die Gesuche mit einem Zeugnis über den Geschäftszweig, die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Anbietenden und darüber, ob er Selbsthersteller war, an die vergebenden Stellen weiterleiteten. Ehe diese Voraussetzungen nicht erfüllt wurden, war die Übersendung von Angeboten an die Heeresverwaltung zwecklos, da nur die von den amtlichen Handels- oder Handwerksvertretungen mit den erwähnten Zeugnissen versehenen Angebote in Betracht gezogen wurden.

Hierdurch wurde der unrechtmäßige Zwischenhandel ausgeschaltet. Der Wettbewerb der Bekleidungsämter unter sich mit seinen nachteiligen Folgen ließ sich nur durch Einrichtung einer Zentralbeschaffungsstelle beseitigen. Im November 1914 wurde als solche das Bekleidungsbeschaffungsamt mit dem Sitz in Berlin errichtet.

Es war dabei wesentlich von Vorteil, daß für die Stellenbesetzung Offiziere vorhanden waren, die infolge ihrer besonderen Tätigkeit hierin sachkundig und zur Bewältigung der ihnen zufallenden

Aufgaben geeignet waren. Wie schon früher dargelegt, hatte die Sicherstellung des Kriegsbedarfs schon im Frieden Schwierigkeiten bereitet. Sie war von den Bekleidungsämtern gefordert und auch erreicht worden. Die Bekleidungsabteilung konnte sich aber doch dabei infolge mancher Anzeichen und Angaben der Bekleidungsämter des Eindrucks nicht erwehren, daß in dieser Beziehung im Ernstfall nicht alles so glatt sich abspielen würde, wie nötig war. Bei der Nachprüfung wurde sie in ihren Zweifeln nur bestärkt. Es erschien fraglich, ob die Verpflichtungen, die einzelne Lieferer übernommen hatten, auch wirklich würden eingehalten werden können. Bei den Feststellungen der Leistungsfähigkeit der verpflichteten Betriebe hatten sich Widersprüche in den Angaben der Betriebe selbst und mit der Auskunft, die über sie eingeholt worden war, ergeben. Diese aufzuklären und zu beseitigen verursachte neue Schwierigkeiten.

Wenn im Kriege Überraschungen erspart bleiben sollten, war eine eingehende und unparteiische Nachprüfung der Verträge notwendig, um sie, wo erforderlich, richtigstellen zu können. Unparteiisch mußte sie sein in bezug auf die Lieferer und auf die Abnehmer. Die Lieferer hatten ein Interesse an großen Aufträgen, weil sie ihnen Gewinn brachten, die Bekleidungsämter an großen Lieferungen, um ihren Bedarf zu decken. Es war daher im Frieden Major Ziegler vom Bekleidungsamt des Gardekorps damit beauftragt worden, im Namen der Bekleidungsabteilung die Leistungsfähigkeit der Tuchfabriken festzustellen, die sich zu Lieferungen verpflichtet hatten. In etwa zwei Jahren hatte er diese Tuchfabriken bereist und damit einen Überblick über die Leistungsfähigkeit derselben erhalten. Als sich während seiner Reisen erkennen ließ, daß der eingeschlagene Weg richtig war und zum Ziele führen würde, wurden ihm Major Schaefer vom Bekleidungsamt des Gardekorps und Major Fleck vom Bekleidungsamt des IV. Armeekorps beigegeben, um beide Offiziere in der Prüfung der Fabrikbetriebe auf ihre Leistungsfähigkeit anzulernen. Sie sollten sich dabei über das einzuschlagende Verfahren unterrichten, um die Prüfungen auf anderen Lieferungsgebieten später selbständig weiter zu betreiben. Waren die Gebiete, die Fabrikeinrichtungen usw. auch verschieden, der Grundgedanke und das Verfahren war gleich.

Diese drei Offiziere mit ihrer Kenntnis von Fabrikeinrichtungen und von der Leistungsfähigkeit bestimmter Lieferungszweige wurden der Stamm des neuzuerrichtenden Bekleidungsbeschaffungsamts. Infolge ihrer besonderen Ausbildung konnten sie beim Entstehen des Amtes sofort führend wirken. Ihre Einarbeitung in die Stelle, die natürlich noch eine Menge Neues brachte, war erleichtert.

Es ist oft der Vorwurf erhoben worden, daß eine wirtschaftliche Mobilmachung völlig gefehlt und sich dies im Kriege bitter gerächt habe. Hier aber sind Ansätze dazu nachweisbar und vorhanden, die völlig zielbewußt eingeleitet, tatkräftig weitergeführt und fortgesetzt ausgebaut wurden. Es ist nicht mehr als recht und billig, dies anzuerkennen. Wieweit auf anderen Gebieten die wirtschaftliche Mobilmachung in Vorbereitung war, gehört nicht in den Rahmen dieser Abhandlung.

Die zahlreichen Beschaffungsstellen wurden durch die Einrichtung des Bekleidungsbeschaffungsamts, dem allein die einheitliche Beschaffung der wichtigsten Stoffe und fertigen Stücke oblag, beseitigt. Dieses Amt bedurfte aber noch des Ausbaus, da sich in ihm außer den Bundesstaaten, die sehr bald beitraten, auch die Marine und die Schutztruppen vereinigen mußten, damit die Heeres- und Marineverwaltung für das ganze Reich auch tatsächlich als einziger Käufer auftrat. Damit verschwanden die Preistreibereien zwischen den einzelnen Beschaffungsstellen.

Hand in Hand mit der Neuordnung des Einkaufs ging eine Organisation des Verkaufs, weil dieselbe Stelle, die die zahlreichen Abnehmer vereinigte, unmöglich auch noch mit den zahllosen Lieferanten der verschiedenen Gebiete verkehren konnte. Der Anfang damit wurde bald gemacht. Es wurden Lieferungsverbände geschaffen für Tuche und seine Ersatzstoffe im Kriegstuchverband

(Streichgarnware) und im Kriegsweberverband (Kammgarnstoffe); für Lederausrüstungsstücke zur Mannschaftsausstattung im Kriegslederausrüstungsverband.

Weitere Lieferungsverbände folgten.

Mit der Bildung von Lieferungsverbänden wurde gleichzeitig eine Organisation der Arbeitgeber erreicht, durch die die ungesunde Steigerung der Arbeitslöhne und die damit zusammenhängende Abwanderung der Arbeiter beseitigt werden konnte, weil die Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre Organisationen nur noch Tarife über die zu zahlenden Löhne zu vereinbaren brauchten. Hieraus ergab sich die Regelung der Lohnfrage fast von selbst.

Um den Preistreibereien nachdrücklich entgegenzutreten, wurde die schon im Frieden vorhandene Einrichtung der Sachverständigen erweitert. Statt einzelner Personen standen jetzt kleine sachkundige Ausschüsse dem Bekleidungsbeschaffungsamt zur Seite und begutachteten, ob die geforderten Preise der Marktlage entsprachen oder nicht.

Das Bekleidungsbeschaffungsamt sollte die Bekleidungsabteilung entlasten und mußte dazu Selbständigkeit erhalten. Doch durfte das nicht zur Folge haben, daß der führende Einfluß der Bekleidungsabteilung als verantwortlicher Teil des Kriegsministeriums aufhörte. Dem Kriegsministerium mußte die Überwachung der Beschaffung verbleiben. Das Kriegsministerium blieb die oberste Vertretung der Besteller, das Bekleidungsbeschaffungsamt war Lieferer. Im Rahmen dieser ihm zugewiesenen Aufgabe erhielt es Freiheit und Selbständigkeit. Es war ausführende, nicht anordnende Stelle. Anordnungen für Beschaffung und Verwaltung verblieben dem Kriegsministerium.

Die Ausführung dieser Arbeitsteilung ließ sich bei der Errichtung des Amtes noch nicht in allen Einzelheiten klar umschreiben, sie konnte sich erst in der gemeinsamen Arbeit ergeben; man mußte den Erfolg der Arbeitsteilung und des Zusammenwirkens abwarten. Für Erwägungen, die ins einzelne gingen und langwierig waren, blieb keine Zeit übrig. Das Bekleidungsbeschaffungsamt mußte möglichst schnell wirksam werden. Das Amt ist seiner Aufgabe durchaus gerecht geworden und verdankt dies der unermüdlichen, den Durchschnitt weit überragenden Arbeitskraft und den hervorragenden Fachkenntnissen seines mehrjährigen Direktors, des Oberst Ziegler, der bei allen seinen Mitarbeitern vortreffliche Unterstützung fand. Reibungen, die sich einstellten und einstellen mußten, wurden mit Geschick überwunden.

Das Bekleidungsbeschaffungsamt übernahm zunächst nur die Beschaffungen der Bekleidungsämter und hier auch nicht sämtliche, sondern nur die von Tuchen, Leinen- und Baumwollstoffen, Wirkwaren, von wichtigeren Ausrüstungsstücken aus Leder, Metall und wasserdichten Baumwollstoffen, von Pelzen, Tressen, Fransen, Portepees und Signalinstrumenten. Im wesentlichen waren es die Stoffe und Stücke, die schon im Frieden im versuchsweise zentralisierten Verfahren (**Seite 154 f.**) beschafft wurden. Sobald sich das neue Verfahren eingespielt hatte, führten die guten Erfolge des Bekleidungsbeschaffungsamts zu weiteren Zusammenfassungen. Zunächst wurden andere Beschaffungsstellen gleichartiger Waren, besonders von Webwaren, ausgeschaltet. So ging zuerst die Beschaffung wollener Decken, die durch die stellvertretende Intendantur des III. Armeekorps erfolgte, und die Beschaffung von Woilachen für alle Waffen, die die verschiedensten Stellen beschafften, in das Bekleidungsbeschaffungsamt über. Später wurden in ihm auch alle Stellen, die Leinen- und Baumwollstoffe bezogen, vereinigt. Damit wurde der Zustand beseitigt, daß diese zur Bekleidung (Drilch für Drilchzeug, weißes Leinen für weißleinene Hosen, Futterstoffe) vom Bekleidungsbeschaffungsamt, zur Wäsche für den Kasernen- und Lazaretthaushalt einschließlich für Krankenkleidung von den Intendanturen, zu Zelten (Stall-, Magazin-, Brot- und Backzelten) und Plänen für Fahrzeuge aller Art von den verschiedensten Stellen, zur Bäcker-, Schlächter- usw. Sonderbekleidung, zur Arbeiterschutz- usw. Kleidung von

den Intendanturen und anderen Stellen beschafft wurden. Immer wieder stellte es sich heraus, daß diese und jene Beschaffungsstelle noch nicht erfaßt war und infolgedessen mit dem Bekleidungsbeschaffungsamt in Wettbewerb trat.

So wurden die Leinen- und Baumwollstoffe zu Verbandmitteln, für Flugzeuge usw., auch erst später im Bekleidungsbeschaffungsamt beschafft. Ähnlich wurde auf dem Gebiete der Erzeugnisse aus Wolle, auf dem bereits die Beschaffung der Tuche, Decken und Woilache zusammengefaßt war, vorgegangen. Die Kadettenanstalten, die militärischen Strafanstalten, die Unteroffiziervorschulen, die militärischen Waisenhäuser usw. wurden einbegriffen. Das Bekleidungsbeschaffungsamt wuchs sich zu einem Webstoffbeschaffungsamt aus.

Je mehr die Rohstoffvorräte abnahmen, desto mehr trat noch ein anderer Gesichtspunkt für die Zusammenfassung in den Vordergrund. Die Nähgarne traten mit den aus gleichen Rohstoffen hergestellten Webgarnen in Wettbewerb, so daß ihre Beschaffung nicht mehr anderen Stellen überlassen werden konnte. Das Beschaffungsgebiet des Bekleidungsbeschaffungsamts mußte sich in der Richtung des Rohstoffes erweitern.

Anfangs hatte man die Nebenbedürfnisse wegen ihrer geringeren Wichtigkeit bei der Zusammenfassung außer acht lassen können und es mit Absicht getan, um die neue Einrichtung nicht von vornherein zu überlasten, sondern aus kleinen Anfängen heraus sich allmählich entwickeln zu lassen. Mit dem zunehmenden Rohstoffmangel wurden aber auch Nebenbedürfnisse wichtig. Der Zeitpunkt war gekommen, auch ihre Beschaffung zusammenzufassen.

Die Einkaufstätigkeit der Bekleidungsämter wurde immer geringer; ihnen blieb nur die Abnahme, die Lagerung und der Versand der Ware. In der Entwicklung der Einkaufstätigkeit sanken die Bekleidungsämter zum Lagerhalter und Verfrachter herab, eine Wandlung, die auch in der Entwicklung des Handels eingetreten ist. Es zeigte sich ferner, daß jeder strafferen Zusammenfassung eine Arbeitsteilung nach anderer Richtung gegenübersteht.

Die Zusammenfassung des Einkaufs in den beschaffenden Stellen spaltete den Einkauf in das eigentliche Kaufgeschäft und die Lagerhaltung. Das schloß jedoch nicht aus, daß das Bekleidungsbeschaffungsamt eigene Lager einrichtete, weil einmal der Lagerraum der Bekleidungsämter nicht ausreichte, andererseits das Bekleidungsbeschaffungsamt in der Verwaltung mancher Bestände von den Bekleidungsämtern unabhängig bleiben mußte. Die fortschreitende rohstoffweise Zusammenfassung rückte die Loslösung des Bekleidungsbeschaffungsamts und seinen Übergang in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Kriegsrohstoffabteilung immer näher. Der Zeitpunkt für diesen Übertritt war gegeben, als die übrigen Beschaffungen und Arbeiterangelegenheiten im Kriegsamt mit dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt zusammengefaßt wurden.

Notgedrungen vollzog sich hierbei aber auch wieder eine Teilung. Vom Bekleidungsbeschaffungsamt wurde die Bekleidungsprüfungskommission abgezweigt. Die Tätigkeit der Konstruktion oder Durchbildung von Bekleidung und Ausrüstung, die das Bekleidungsbeschaffungsamt bis dahin nebenamtlich ausübte, wurde selbständig und auf eigene Füße gestellt. Die Einkaufstätigkeit hatte sich immer klarer und schärfer herausgearbeitet und von allem Beiwerk befreit.

Auf dem Gebiet der Faserstoffe war im allgemeinen ganze Arbeit getan. Nicht das Gleiche war der Fall auf dem Gebiet des wichtigen Stoffes Leder. Hier beschafften die Kriegsbekleidungsämter das Leder für das Schuhzeug und für Reithosenbesätze, das Bekleidungsbeschaffungsamt das Leder in fertigen Ausrüstungsstücken für den Mann, die Artilleriewerkstätten, die Artillerie- und Traindepots das Leder zu Geschirren und Reitzeugstücken. Daneben beschafften die Ersatzeskadrons Leder zu Reitzeugstücken für die Kavallerietruppenteile.

Das Bestehen dieser vier großen Beschaffungsgruppen nebeneinander, die bei ihrem gewaltigen Bedarf im Bezuge von Leder und Ledererzeugnissen notgedrungen miteinander in Wettbewerb traten, hatte große Nachteile. Die Anfertigung von Geschirr- und Reitzeugstücken, die zum Teil bereits in den Artilleriewerkstätten erfolgte, hätte einheitlich und vollständig in großen fabrikmäßigen Werkstätten zusammengefaßt werden müssen. Dann wären die Anfertigungsstellen, die Leder bezogen, in drei große Gruppen (Bekleidungsämter für Schuhzeug, Bekleidungsbeschaffungsamt für Ausrüstungsstücke des Mannes und Werkstätten für Geschirre und Reitzeugausrüstungsstücke der Pferde) geteilt gewesen, so daß nur noch übrig geblieben wäre, die Versorgung dieser Anfertigungsstellen mit Leder und die Vergebung von Ledererzeugnissen in einer Stelle zu vereinigen. Weshalb hiervon abgesehen werden mußte, ist schon gesagt.

Der Bedarf an Ausrüstungsstücken für den Mann ging außerdem nach Aufstellung der Neuformationen im Herbst und Dezember 1914 erheblich zurück. Das Angebot überstieg den Bedarf. An alle im Kriegslederausrüstungsverband vereinigten Betriebe konnten keine Aufträge mehr erteilt werden. Der Kriegslederausrüstungsverband löste sich nach kurzem Bestehen wieder auf. Das war bedauerlich; denn sein Bestehen hätte die Entwicklung in dem angedeuteten Sinne gefördert, wenn auch und weil die Errichtung und der Ausbau staatlicher Sattlerbetriebe nicht eintrat.

Im Sattlergewerbe war die Anfertigung von Ausrüstungsstücken für Mann und Pferd bereits vereinigt. Der Zusammenschluß dieser Betriebe hätte sicherlich auch die Zusammenfassung der Vergebung gefördert. Außerdem hätte gerade in der Verteilung von Aufträgen, die hinter der Leistungsfähigkeit des Verbandes zurückblieben, einer äußerst schwierigen Frage, wichtige Erfahrungen gesammelt werden können. Deshalb trat die Bekleidungsabteilung die Beschaffung der Reitzeugstücke für die Kavallerie später an das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt ab. Sie konnte sich bei ihrer starken Überlastung nicht dazu entschließen, die Leitung der Beschaffung von Geschirren und Reitzeugen auf sich zu nehmen. Die Ausgabe der Proben, Beschreibungen und Abnahmevorschriften war ein zu umfangreiches Arbeitsgebiet. Die Übernahme durch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt war einfacher, weil dieses schon Reitzeugstücke für andere Waffen beschaffte und die Einarbeitung nur auf geringe Abweichungen einzelner Proben nötig war.

Trotzdem drängte die Entwicklung auch hier immer weiter auf eine einheitliche militärische Großhandelsstelle für den Ledereinkauf hin. Die Kriegsrohstoffabteilung richtete im letzten Kriegsjahre Lederzuschneidestellen ein. Ähnlich wie die Zuschnitte an Webstoffen für die Anfertigung von Bekleidung in den Kriegsbekleidungsämtern hergestellt wurden, stanzten und schnitten diese Lederzuschneidestellen das Leder für die Ausrüstungsstücke für Mann und Pferd und wiesen sie dem Gewerbe zur Anfertigung zu. Damit wurde der Einkauf des Sattlerleders einheitlich in die Hand der Zuschneidestellen gelegt. Die Ansätze, den Ledereinkauf einheitlich auszugestalten, waren sichtbar. Bei der Eigenart der Rohhaut konnte die Entwicklung nur langsamer vor sich gehen, wie auf dem Gebiete der Faser- und Webstoffe.

4. Durchbildung von Bekleidung und Ausrüstung.

Ersatzstoffe und Ersatzstücke.

Um den Soldaten mit Bekleidung und Ausrüstung für seinen Dienst zweckmäßig auszustatten, mußte für jedes einzelne Stück die beste Form, der beste Stoff und die beste Machart festgesetzt sein. Das Mittel, dessen sich die Heeresverwaltung bediente, um möglichst gleichwertige Stücke bei den Lieferungen zu erhalten, war seit langen Jahren die Ausgabe von Proben, Beschreibungen und Abnahmevorschriften. Der gesteigerte Massenbedarf und **die Abschnürung Deutschlands vom Weltverkehr und den Rohstoffländern** zwang zum sparsamsten Haushalten mit Stoffen und Rohstoffen. Neue Proben, Beschreibungen und Abnahmevorschriften folgten sich wiederholt und

schnell aufeinander. Und doch war es nicht immer möglich, sie so schnell auszugeben, wie die Lage es erforderte. War plötzlich ein großer Mehrbedarf zu decken, wie zu Beginn des Krieges, oder traten überraschend neue Bedürfnisse auf, wie die an Gebirgsbekleidung, als Rumänien offen auf die Seite der Feinde trat, da konnten den Kriegsbekleidungsämtern nur allgemein gehaltene Anweisungen, was erreicht werden sollte, gegeben werden. Ihnen mußte in der Ausführung solcher Richtlinien freie Hand gelassen und überlassen werden, in den angedeuteten Grenzen das Richtige zu treffen. Die Anfertigung von Proben und die Abfassung der Beschreibungen und Abnahmevorschriften in ihrer Kleinarbeit hätten zu lange gedauert. Indessen durfte dieser Zustand, die probelose Zeit, nicht zum Dauerzustand werden, wenn nicht die Heeresverwaltung Gefahr laufen wollte, die Führung im Bekleidungswesen und in der Rohstoffwirtschaft zu verlieren. Der Zustand mußte stets so schnell wie möglich beseitigt werden. Proben, Beschreibungen und Abnahmevorschriften, die der Rohstofflage Rechnung trugen, mußten nachträglich bald ausgegeben werden. Die Kriegsbekleidungsämter brauchten klare Anordnungen, um das Heer einheitlich zu versorgen, und die Hersteller, um bei der Anfertigung einheitlich nach der Rohstofflage verfahren zu können. Auch konnte nur auf diese Weise ein ungesunder Wettbewerb in der Geschäftswelt hintangehalten werden. Denn es hätten sich immer unlautere Verkäufer gefunden, die um des mühelosen Verdienstes willen Freiheiten der Richtlinien selbstsüchtig zu ihrem Vorteil ausnutzten. Damit hätte das Heer dann wieder nicht die nach der Lage beste und kriegsbrauchbare Ware erhalten, die es brauchte.

Es kann hier nicht auf die unzähligen Proben usw., die im Kriege ausgegeben wurden, und auf die Gründe, die sie veranlaßten, im einzelnen eingegangen werden. Es muß genügen, ein allgemeines Bild dieser Wandlungen zu geben.

Die Breite des Militärtuches von 142 cm erforderte Webstühle, die über 2 m breit waren, da das Tuch beim Walken erheblich an Breite einbüßt. Die Webstühle besaßen aber nicht alle diese Breite. Es mußten daher auch Tuche in geringerer Breite zugelassen werden, um die Leistungsfähigkeit aller Webereien nutzbar zu machen. Die Beschreibungen und Abnahmevorschriften wurden hiernach erweitert. Dies gab einen bedeutenden Zuwachs, der aber nicht ausreichte, den Bedarf auf die Dauer zu decken. - Der nächste Schritt war eine Mischung der verschiedenen Wollsorten bei der Herstellung des Garnes und Gewebes, aus der sich wieder ein einheitliches Tuch ergab. Als die Wollbestände sich erschöpften, mußte auf ihre Streckung durch Zusatz von Kunstwolle Bedacht genommen werden. Kunstwolle ist nicht etwa eine Nachahmung von Wolle, sondern Wolle, die aus unbrauchbaren Kleidungsstücken und aus Lumpen wieder gewonnen wird. Die Lumpen werden gerissen und zerfasert und die daraus gewonnenen Wollhaare wieder versponnen. Wenn auch die Kunstwolle nicht den hohen Wert der Rohwolle hatte, so ließen sich aus ihr doch haltbare und brauchbare Stoffe herstellen. Durch Zusatz von Kunstwolle zur Wolle, zuerst in kleineren, später in größeren Mengen wurde die rohe Wolle immer mehr gestreckt; zuletzt bestanden die Militärtuche aus 30 v. H. roher Wolle und 70 v. H. Kunstwolle.

Die Zwangswirtschaft erleichterte technische Verbesserungen, die im Frieden auf größere Schwierigkeiten gestoßen wären. Das Zwirnen der Garne konnte von den Streichgarnwebereien im Frieden noch nicht gefordert werden, weil viele von ihnen keine Zwirnereien besaßen, sich die Maschinen erst hätten beschaffen müssen und staatliche Beihilfen dazu, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, beansprucht hätten. In der Zwangswirtschaft war es aber möglich, auch den Streichgarnwebereien gezwirnte Garne zu überweisen, so daß es zur Einführung des sogenannten Kriegszwirntuches kam. Das Zwirnen gab dem Webefaden eine größere Haltbarkeit. Dadurch wurde der geringere Wert der Kunstwolle ausgeglichen. In ähnlicher Weise, wie für Tuche geschildert, wurde bei den übrigen Stoffen verfahren.

Von großer Bedeutung wurde die Spinnerei und Weberei von Papiergarnen, die aus Fichten- und Tannen-, seltener aus Kiefernholz hergestellt wurden. Mit Ätznatron aufgeschlossene Holzfasern, "der Zellstoff", ergaben ein hochbewertetes, zähes und weiches Spinnpapier; mit schwefliger Säure

aufgeschlossener Zellstoff lieferte dagegen ein weniger weiches, zähes und im Preise niedriger stehendes Spinnpapier. Man unterschied Papierrund-, Zellulon-, Textilose-, Textilit- und Depagarn, sowie Depazwirn. Papierrund und Zellulongarne bestanden aus reinem Holzzellstoff ohne Beimischung von Baumwolle oder Flachs. Papierrundgarne wurden aus schmalen Spinnpapierstreifen zu einem festen runden Faden zusammengedreht, Zellulongarne unmittelbar aus dem Zellstoffbrei zu einem fadenartigen Gebilde zusammengerollt.

Textilosegarne wurden dagegen aus Streifen von Spinnpapier, auf denen ein Baumwollfaserflor aufgetragen und mit Klebstoff befestigt wurde, hergestellt. Textilit- und Depagarne entstanden dadurch, daß in den Papierstreifen des Papierrundgarnes ein Vorgarnfaden aus Flachsfaser oder ein fertiger Flachsfaden eingedreht wurde. Depazwirn erhielt man durch Zusammenzwirnen eines fertigen Papierfadens mit einem fertigen Flachsfaden.

Textilosegarne mit der rauhen faserigen Oberfläche ließen sich leicht wasserdicht machen. Textilitgarne, die fester als Papierrund-, Zellulon- und Textilosegarne waren, eigneten sich zu stark beanspruchten Geweben, wie Segeltuchen. Gewebe aus Depagarn und Depazwirn ließen sich wegen ihrer noch größeren Haltbarkeit selbst zu Oberbekleidungsstücken verarbeiten.

Unterkleider aus Papiergarnen waren weniger brauchbar. Sie drückten, wo sie Falten bildeten und scheuerten leicht wund; sie saugten Feuchtigkeit, Schweiß und Regen, gierig auf, trockneten aber schwer. Naß geworden litt der Träger daher infolge der Verdunstungskälte unter einem Kältegefühl. Das Waschen solcher Kleider war nicht einfach. Sie widerstanden Seife und Soda zwar verhältnismäßig lange, vertrugen aber in nassem Zustande kein Reiben und Bürsten.

Aus Papiergarnen wurden viele Gurte und Bänder hergestellt. Geflochtene Bänder wurden für Wäschestücke des Kasernen- und Lazaretthaushalts und auch für Bekleidungszwecke verwendet; gewebte Bänder wurden für Stiefel- und Schnürschuhstrippen, für Hosenträger, Wickelgamaschen und Eckenband eingeführt.

Ein großer Nachteil aller Webwaren aus Papiergarnen war, daß sie sich schlecht nähen ließen. Traf die Nadel einen Papierfaden, so zerstach sie ihn. Zum Nähen waren deshalb weite Stiche und dünne Nadeln erforderlich.
Papiernähgarne konnten nur zum Heften und bei der Strohsacknäherei verwendet werden.

In welchem Umfange an Webstoffen gespart werden mußte, wird erkennbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1913 Deutschland 193 905 t Wolle, 486 171 t Baumwolle und 54 096 t Flachs für sich verbrauchte, aber nur 11 600 t Wolle, keine Baumwolle und nur 3 580 t Flachs selbst erzeugte.

Seinen Lederbedarf mußte Deutschland zu 75 v. H. aus dem Ausland decken; nur 25 v. H. bezog es aus dem Inland. Für Leder war die Ausgabe von Proben nicht am Platze. Die tierische Haut gehört zu den allereigenartigsten Naturerzeugnissen, die es gibt. Während aus den einzelnen Wollhaaren des Schafes das Garn und daraus wieder der Stoff, also ein völlig neues Gebilde, geschaffen wird, gibt die Rohhaut den Rohstoff im ganzen Stück her, der durch die Gerbung in Leder verwandelt wird. Bei der Verschiedenheit der Häute unter sich und der verschiedenen Beschaffenheit der einzelnen Teile jeder Haut läßt sich ein einheitliches Musterbild für Leder nicht festlegen. Abgesehen von Veränderungen im Gefüge, die durch die Unterernährung des Viehs bedingt wurden, trat eine Veränderung des Rohstoffs und damit auch des Leders in seiner natürlichen Beschaffenheit nicht ein. Es wurden nur Änderungen in den Vorschriften über die Gerbart und die Verwendung von Gerbmitteln nötig. Bei Gerbung mit Eichenlohe betrug die Mindestgerbdauer für Fahlleder je nach Stärke 4 bis 6, für Brandsohlleder 6 - 9 und für Sohlleder 15 - 18 Monate. Der Massenbedarf forderte Abkürzung der Gerbdauer. Auch die Eichenschälwaldungen konnten den Bedarf an

Eichenrinde nicht decken. Gemischte Gerbverfahren, die in kürzerer Zeit ein brauchbares Leder lieferten, wurden ausgenutzt, Chromgerbung wurde zugelassen, die Herstellung von Anhydatleder gefördert.

Als die Mengen an Rohhäuten immer kleiner wurden, machte die Ersatzfrage starkes Kopfzerbrechen. Mit Kunstleder und Ledertuch war nicht geholfen; denn es war für Schuhzeug nicht geeignet. Es konnte nur für Waren verwendet werden, an die nicht solche Ansprüche, wie an die Fußbekleidung, gestellt werden, die den Einwirkungen jeder Bodenart, holprigen und durchfurchten Wegen, sandiger und harter, staubiger und nasser Landstraße, Stoppelfeldern, Sturzacker und Steingeröll widerstehen sollte. Im übrigen besteht Ledertuch aus Baumwolle, die durch eine Deckenschicht ein lederartiges Aussehen erhält. An Baumwolle bestand aber ebenfalls schon lange Mangel. Hier konnte nur dadurch geholfen werden, daß der Verbrauch an Leder für andere Zwecke, für die Ausrüstung von Mann und Pferd, eingeschränkt wurde. Trotzdem wurde aber auch am Leder für das Schuhzeug gespart. Das Besatzungsheer mußte mit geflicktem Schuhzeug auskommen. Die Bekleidungs-Instandsetzungsämter wurden angehalten, bei garnisonbrauchbarem Schuhzeug mehr als bisher Riester und Sohlenflecke anzuwenden und neue ganze Sohlen dabei zu sparen, um bei feldbrauchbarem Schuhzeug damit nicht in Verlegenheit zu geraten. Später wurden zum Besohlen garnisonbrauchbaren Schuhzeugs keine Sohlen aus neuem Leder mehr verwendet, sondern Ersatzsohlen, die aus kleinen Lederteilchen in mehreren Lagen übereinander zusammengesetzt waren. Die Kriegsgefangenen erhielten, soweit angängig, Holzschuhe. Weiter wurden Versuche mit starkem Papiergarnstoff als Ersatz für Oberleder angestellt und dieser schließlich für das Schuhzeug der Kriegsgefangenen vorgeschrieben. Für solche Kriegsgefangenen, die in der Landwirtschaft Verwendung fanden, war jedoch Schuhzeug aus Papiergarnstoff nicht zu brauchen.

Für Baumwoll- und Leinenzeuge waren Papiergarn- und andere Ersatzfaserstoffe schon längere Zeit als Ersatz versucht und verwendet worden. Für Tornister wurde Papiergarnstoff an Stelle von Segeltuch verwendet; Arbeits- und Schutzanzüge wurden aus Papiergarnstoff gefertigt; es waren sogar Versuche mit Hemden und Unterhosen im Gange, bei denen der aus Holz gewonnene Zellstoff Verwendung fand.

Die militärischen Stellen wurden in all diesen Fragen von der Industrie auf das vortrefflichste unterstützt. Was die Industrie dabei geleistet hat, das wurde viel zu wenig gewürdigt. Allgemein war nur die Klage über die Minderwertigkeit der Ersatzstoffe, und doch waren aus wenig wertvollen Rohstoffen hochwertige Erzeugnisse geschaffen worden.

Neben den Änderungen, die die Verschlechterung der Rohstofflage bewirkte, trat, wie schon erwähnt, wiederholt das Bedürfnis nach neuen Stücken auf: Gebirgsausstattung, Tropenausstattung, Schneebekleidung usw. Alle diese Stücke erforderten die Ausgabe von Proben, Beschreibungen und Abnahmevorschriften, die es vorher nicht gab. Es war eine Unsumme von aufreibender Kleinarbeit. Die Festsetzung aller dieser Einzelheiten gehörte im Frieden zu den Obliegenheiten der Bekleidungsabteilung, der für technische Vorarbeiten und Einzelheiten nur das Bekleidungsamt des Gardekorps zur Verfügung stand. Die Bearbeitung beanspruchte aber im Kriege und infolge des Massenbedarfs so viel Zeit und Kräfte, daß die Bekleidungsabteilung und das Bekleidungsamt des Gardekorps sie allein nicht mehr bewältigen konnten. Die Bekleidungsabteilung hätte sich zu sehr mit Einzelheiten abgeben müssen und den Überblick über die ihr obliegenden größeren Aufgaben verloren. Das Bekleidungsamt des Gardekorps konnte nur Fragen der Herstellung aus Halbware zum fertigen Stück, nicht aber Fragen der Herstellung von Halbware und besonders nicht solche bearbeiten, die auf die Rohstoffwirtschaft von Einfluß waren, da ihm die Unterlagen hierzu fehlten. Die Ermittelung der notwendigen Änderungen unter Berücksichtigung der Rohstofflage und die Vorschläge darüber wurden daher dem Bekleidungsbeschaffungsamt übertragen, während der Bekleidungsabteilung die Nachprüfung der Vorschläge und die Anbahnung neuer Wege, dem

Kriegsministerium aber die Entscheidung verblieb. Die Vereinigung der Aufgaben der Durchbildung mit denen der Beschaffung vertrug sich im Bekleidungswesen ganz gut, weil die Beschaffungsmöglichkeit einen guten Überblick über die Rohstofflage bot und die Durchbildungsbehörde ein zutreffendes Bild über die Grenzen gewann, die der Durchbildung gezogen waren.

Als aber die Beschaffungen und Arbeiterangelegenheiten im Kriegsamt zusammengefaßt wurden und das Bekleidungsbeschaffungsamt unter die Kriegsrohstoffabteilung trat, mußte die Durchbildungsbehörde von ihm abgezweigt werden. Die Durchbildung gehörte zum Geschäftsbereich des Armeeverwaltungsdepartements, das den bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung kriegsbrauchbarer Bekleidung und Ausrüstung behalten mußte. Die neue Durchbildungsbehörde erhielt die Bezeichnung "Bekleidungsprüfungskommission". Ihr gehörten außer Offizieren auch Beamte von Fachschulen an. Nicht in gänzlicher Abgeschlossenheit konnte der Offizier die ihm zufallende Aufgabe lösen, aber ebensowenig konnte dies der Beamte der Fachschule allein. Letzten Endes gaben nicht gewerbliche Fachkenntnisse, sondern militärische den Ausschlag. Denn es handelte sich bei der Entscheidung nicht um die Frage, ob der Ersatz überhaupt möglich, sondern ob er kriegsbrauchbar war. Wie weit in der Ersatzfrage gegangen werden konnte, welche Verbesserungen beim Nachgeben nach einer Richtung in anderer Beziehung gefordert werden mußten, das konnte nur der Soldat, nur der Offizier entscheiden. Ein gedeihliches Zusammenwirken von militärischem und gewerblichem Fachmann war aber nur dann möglich, wenn auch der Offizier bis zu einem gewissen Grade gewerbliche Fachkenntnis besaß. In dieser Zusammensetzung leisteten Bekleidungsbeschaffungsamt und Bekleidungsprüfungskommission Vortreffliches. Sie hat sich ausgezeichnet bewährt.

Mit der Festsetzung von Proben für Bekleidungsstücke und der Durchbildung von Bekleidung befaßten sich neben dem Armeeverwaltungsdepartement (Bekleidungsabteilung) einschließlich Bekleidungsbeschaffungsamt und Bekleidungsprüfungskommission noch andere Dienststellen, z. B. die Fürsorgeabteilung mit Proben von Bekleidungsstücken für Militärgefangene, die beiden Verpflegungsabteilungen mit Proben von Bekleidungsstücken für Bäcker und Schlächter bei Garnison- und Feldbäckereien, Garnison- und Feldschlächtereien, die Eisenbahn-, Verkehrs-, Flieger- und Luftfahrabteilung mit Proben von Sonderbekleidungsstücken ihrer technischen Truppen, das Sanitätsdepartement mit Proben von Flecktyphusanzügen usw.
Die Ursache dieser Zersplitterung lag darin, daß Bekleidungsstücke für Militärgefangene, Bäcker usw. im Frieden nicht aus dem Haushaltskapitel Bekleidung, sondern aus anderen Haushaltskapiteln, z. B. für das Militärgefängniswesen, für Militärbäcker und -schlächter, für Ausbildung im Feldpionierdienst, für den Lazaretthaushalt usw. bestritten wurden. Im allgemeinen hielten sich diese Dienststellen an bestehende Proben, die vom Armeeverwaltungsdepartement ausgegeben waren, oder sie beteiligten die Bekleidungsabteilung bei der Durchbildung und Festsetzung neuer Proben. Bei der Schnelligkeit, mit der im Kriege neue Proben oft nötig wurden, waren aber auch solche Muster ausgegeben worden, die unnötige Abweichungen enthielten. Im Drange der Geschäfte wurde eine nachträgliche Regelung leicht übersehen. Dadurch wurde aber oft in empfindlicher Weise in die Rohstoffwirtschaft eingegriffen. Man hielt an hochwertigen Stoffen fest, wo nach der Rohstofflage an ihnen hätte gespart werden müssen und ihr Zweck dies auch zuließ. Ein Teil dieser Sonderbekleidungsstücke konnte fortfallen, wenn andere bereits festgelegte Bekleidungsstücke denselben Zweck erfüllten; ein Teil konnte vereinfacht werden. Soweit das Armeeverwaltungsdepartement von abweichenden Festsetzungen erfuhr, wirkte es auf Beseitigung, auf Einheitlichkeit, auf Vereinfachung, auf Sparsamkeit mit Geld und Rohstoffen hin.

Der Stahlhelm.

Die im Kriege sich dauernd ändernden Kampfformen und Kampfmittel führten zur Einführung eines Ausrüstungsstücks völlig neuer Art, dessen Herstellung in der für den Krieg gebrauchsfähigen

Art nur durch die hochentwickelte Technik, hier des veredelten Stahls, möglich wurde. Wohl war Frankreich schon vor dem Kriege in Versuche mit einem Metallhelm, der gegen Geschoßwirkungen schützen sollte, eingetreten. Die preußische Heeresverwaltung hatte diese Frage aber nicht aufgegriffen, weil ein wirklich Schutz bietender Helm ihr zu schwer erschien und weil im Frieden keine Erfahrungen dafür vorlagen, wieweit oder wogegen ein solcher Helm schützen sollte. Von Bedeutung war daher eine Anregung des Marinegeneralarztes, Geh. Medizinalrats und Professors Dr. Bier vom August 1915. In seiner Stellung als beratender Chirurg beim XVIII. Armeekorps hatte er sich ein Urteil über das Vorkommen der Gehirnverletzungen und ihre verschiedenen Ursachen gebildet. Nach seinen Erfahrungen traten im Stellungskriege und dem damit verbundenen vorwiegenden Artilleriekampf Verletzungen durch Kleingewehrgeschosse und Schrapnellkugeln in den Hintergrund. Auch hätte gegen sie der Schutzhelm so stark gemacht werden müssen, daß er zu schwer wurde. Es war vielmehr die verhältnismäßig hohe Zahl der durch **Granatsplitter** verursachten Gehirnverletzungen aufgefallen, die - häufig sehr schwerer Art - durch bemerkenswert kleine Granatsplitter veranlaßt waren. Dabei stand die Kleinheit dieser Splitter im Mißverhältnis zu ihrer Durchschlagskraft. Etwa 80 v. H. der in Lazaretten behandelten Kopfverletzungen rührten von ganz kleinen Granatsplittern, nur etwa 20 v. H. von Gewehrgeschossen und anderen her. Die Heilung der Verletzungen gerade durch kleine Splitter war schwierig und zweifelhaft. Geheimrat Bier hielt einen Schutz gegen so häufige und schreckliche Verletzungen für höchst bedeutungsvoll und fügte hinzu, daß sich ein Hauptmann der Landwehr, Professor Schwerd, dahin geäußert habe, daß ein genügend starker und leichter Schutzhelm gegen Granatsplitter leicht zu beschaffen sei. Auch sei nach Ansicht des Professors Schwerd ein so zähes Metallmaterial zu finden, daß durchschlagende Gewehrgeschosse keine wesentlichen Metallteile des Helms als mittelbare Geschosse mit in den Schädel rissen.

Die zu lösende Aufgabe war hierdurch klar umschrieben. Also kein Schutz gegen die Geschosse selbst oder gegen größere Geschoßsplitter, sondern nur gegen kleinere und kleinste Splitter und deren mächtige Durchschlagskraft. Der Schwerpunkt lag mithin mehr in der Zähigkeit des zu verwendenden Metalls, als in dessen Stärke.

Die Bekleidungsabteilung setzte sich sofort mit Professor Schwerd in Verbindung, der den Geheimrat Dr. Bier durch Einrichtung des Operationssaales für Gehirnverletzungen unterstützt, dabei die Art der Verletzungen kennen gelernt und den Gedanken eines dagegen schützenden Helms gefaßt hatte. Professor Schwerd, der Erfinder des Stahlhelms, übernahm nunmehr auch die weitere Bearbeitung der Angelegenheit in der Bekleidungsabteilung des Kriegsministeriums.

Für die Form des Schutzhelms waren folgende Gesichtspunkte maßgebend. Der Schädel mußte von allen Seiten bis in den Nacken und von dort herum bis zur Nasenspitze geschützt werden. Es waren Vorder-, Seiten- und Hinterschirm erforderlich. Der Träger durfte beim Vorstürmen im Sehen nicht behindert werden und mußte auch beim Hinlegen sofort schießen können. Der Vorderschirm mußte hochgebogen werden. Der Gesichts- und Schläfenschutz durfte die Verwendung des Gewehrs nicht beeinträchtigen, der Nackenschutz mußte vom Hinterkopf abstehen. Professor Schwerd verwarf den sonst naheliegenden Gedanken eines hochschlagbaren Visiers, weil die Augenlöcher hätten zu groß werden müssen und der Gesichtsschutz sich auch durch einen entsprechend durchgebildeten festen Stirnschirm erreichen ließ.

Das Stahlblech durfte auf dem Schädel nicht unmittelbar aufliegen, damit Beulen, die Granatsplitter oder Schrapnellkugeln in den Helm drückten, ohne ihn zu durchlöchern, den Schädel nicht zertrümmerten. Wegen der Erschütterung, der der Kopf des Trägers bei Abwehr eines Sprengstücks ausgesetzt war, mußte auf eine federnde Helmeinlage Bedacht genommen werden. Als Polstermittel wurde Filz verworfen, weil seine Federkraft schon nach 24stündiger Belastung fast völlig verlorenging, andere Füllmittel (Holzwolle, Schweinsborsten, Seegras, Indiafaser usw.), weil sie nur wenig besser waren oder Beschaffungsschwierigkeiten machten. Am besten in der Federkraft (Elastizität)

erwies sich Roßhaar.

Bei der ungleichen und oft nicht ebenmäßigen Form des menschlichen Schädels mußte für einen dennoch einwandfreien, festen und trotzdem angenehmen Sitz des Helms gesorgt werden. Dieser Forderung entsprach eine Abstützung auf den drei stärksten Schädelknochen, den Stirn- und beiden Hinterhauptknochen. Wo diese lagen, wurden drei Roßhaarkissen angebracht, die an einem im Innern des Helms umlaufenden Tragering aus Leder aufgehängt wurden. Zwischen den drei Kissen blieben drei Lücken frei, die zusammen mit zwei seitlichen Durchbohrungen des Helms und der Aufhängebolzen für den Stirnschild eine stärkere Durchlüftung schufen wie beim Lederhelm.

Den festen Sitz bewirkte der Kinnriemen, der aus Sparsamkeitsrücksichten vom Lederhelm übernommen wurde. Er wurde jedoch nicht am Helmkopf, sondern am Seitenschirm befestigt, um zu vermeiden, daß Einbeulungen die Befestigungsteile in den Schädel drängten.

Der Anstrich mußte unauffällig sein. Ein mattes Feldgrau war gegeben.

Das geeignetste Material war ein Chromnickelstahl, für dessen Zusammensetzung den Stahlwerken ein bestimmter Anhalt gegeben wurde. Wenn der Helm dauernd, d. h. als Ersatz des Lederhelms, getragen werden sollte, mußte mit der Stärke der Stahlbleche und mit der schützenden Oberfläche auf ein Mindestmaß heruntergegangen werden. Mehr als 1000 g durfte der Stahlschutzhelm nicht wiegen.

Einen gegen Infanteriegeschosse sicheren Schutz konnte bei der geringen Stärke der Kopfwand der Helm allein nicht gewähren. Hierzu war ein aufsetzbarer Stirnschild mit einer Wandstärke von 5 - 6 mm erforderlich. Dies ergab jedoch bereits ein Gewicht des Stirnschildes von 2000 g. Wegen des Übergewichts, das er dem Helm nach vorn gab, und wegen der erhöhten Kopfbelastung im ganzen konnte er nur kurze Zeit getragen werden. An Stirnschilden wurden etwa 10 - 20 v. H. der Helme vorgesehen.

Professor Schwerd setzte sich nun zwecks Festlegung des geeigneten Materials, der Gestalt des Helms und des Fertigungsganges mit verschiedenen Firmen in Verbindung. Die Siemenswerke (Direktor Jungheim) und das Eisenhüttenwerk Thale (Direktor Brennecke) trugen zur Lösung dieser Fragen in hervorragender Weise bei. In Thale wurde der erste Stahlhelm hergestellt und auch andere Firmen in bereitwilligster Weise in der Herstellung unterwiesen.

Die Durchbildung des den gestellten medizinischen, militärischen und technischen Anforderungen entsprechenden Stahlschutzhelms mit ihren vielseitigen Vorarbeiten und die Fertigung von Versuchsmustern war dank der rastlosen Mitwirkung aller hinzugezogenen Stellen in der unglaublich kurzen Zeit von zwei Monaten so weit gefördert worden, daß am 20. November 1915 bereits 400 Helme einem Beschußversuche unterzogen werden konnten. Das Ergebnis, das in verschiedener Hinsicht eingehend und sorgfältig begutachtet wurde, entsprach den Erwartungen. Generalarzt Professor Dr. Bier hielt die Probe, der der Helm beim Beschuß unterworfen worden war, für sehr scharf und war überzeugt, daß der fertiggestellte Helm gegen die beobachteten Schußverletzungen unbedingt gut sei. Die Aufgabe der Durchbildung konnte als gelöst angesehen werden.

Mit der Herstellung in größeren Mengen, auf die die zunächst in Frage kommenden Werke sich inzwischen hatten vorbereiten können, konnte begonnen werden, nachdem mit Vertretern dieser Werke das Verfahren der Herstellung noch einmal in Thale bei Vorführungen in allen seinen Einzelheiten besprochen worden war. Anfang 1916 gingen die ersten 30 000 Stahlschutzhelme an die Westfront. Es war das gleichzeitig der erste Trageversuch, in dem festzustellen war, wie sich die Helme im Gefecht bewährten.

Bei den Armee-Oberkommandos, denen die Helme zum Trageversuch überwiesen wurden, fanden Vorträge statt, in denen Aufgabe und Zweck der Helme auseinandergesetzt wurden. Das war nötig, um übertriebenen Erwartungen von vornherein vorzubeugen. Trotzdem wurden die Helme von der Truppe verschieden aufgenommen. Die Urteile schwankten zwischen sehr günstigen, und völlig ablehnenden. Die Bemängelungen waren zum Teil unbegründet; es war doch nicht überall erfaßt worden, was der Helm leisten sollte. Auch Nebenumstände wurden zur Ablehnung herangezogen. Der Helm drücke unerträglich, der Nackenschutz sei zu lang und störe beim Schießen, der Helm sei wegen seines Gewichts als Marschhelm nicht geeignet. Druck trat aber nur ein, wenn der Träger eine zu kleine Nummer, die seiner Kopfgröße nicht entsprach, erhalten hatte oder die Polster zu voll gestopft waren. Die Auswahl der richtigen Größe war Sache des Verpassens und lag der Truppe ob. Die Polster federnd (elastisch) zu erhalten, war eine Neuheit, die gelernt sein wollte. Die Polster mußten von Zeit zu Zeit geöffnet und das Roßhaar darin passend verteilt werden. Aus zu vollen Polstern mußte etwas Roßhaar entfernt werden.

Der Nackenschutz war wichtig, weil die Granaten auch nach rückwärts wirkten und der Schutz des Kleingehirns nicht vernachlässigt werden durfte. Mit der Verkürzung des Nackenschirms wäre der Wert des Schutzhelms ganz bedeutend herabgemindert worden. Die Truppe mußte daher auf den richtigen Sitz des Gepäcks besonders achten. Mit dem Hinterschirm des Lederhelms hatte sich die Truppe auch abgefunden.

Das größere Gewicht gegenüber dem Lederhelm wurde durch die gute Polsterung und die vorzügliche Lüftung ausgeglichen. Allerdings hatte in dem Gewicht etwas über 1000 g hinausgegangen werden müssen, um einen ausreichenden Schutz zu erzielen. Der Helm mit Innenausstattung, Kinnriemen, aber ohne Stirnschild, wog je nach Größe 950 - 1300 g, die am meisten vorkommenden mittleren Größen 1200 - 1250 g, während der Lederhelm nur etwa 400 g und der Metallhelm der Kürassiere etwa 1000 g gewogen hatte. Aus Berichten ging aber hervor, daß eine Reihe von Truppen im Felde den Helm auf kleineren und größeren Märschen ohne Beschwerden getragen hatte, obwohl die notwendige Gewöhnung und Anpassung der Halsmuskeln an das erhöhte Gewicht noch nicht einmal vorhanden war. Früher (1870/71) hatten die Truppen einen annähernd gleich schweren, aber erheblich schlechter gelüfteten und ungepolsterten Helm auch ohne Beschwerden getragen. Nie hatten Kürassiere, Jäger zu Pferde oder Stabsordonnanzen über das Gewicht ihres Metallhelms geklagt. Ebensowenig war von den Truppen, die einen Busch oder Paradeadler (*Garde du Corps*) getragen hatten, wegen des Gewichts dieser Stücke deren Abschaffung beantragt worden. Es war daher zu hoffen, daß die Truppen das Mehrgewicht des Stahlschutzhelms gern in den Kauf nehmen würden, wenn sie den Schutz, den der Helm ihnen gewährte, erst voll und richtig erkannt hätten.

Andrerseits waren die anerkennenden Urteile so zahlreich, daß von Änderungen abgesehen werden konnte; vielmehr wurde die vermehrte Ausstattung der Truppen betrieben, damit sie ihn kennenlernten und nach Trageversuchen in größerem Umfange weitere Urteile eingingen. Im April 1916 wurde die Beschaffung von 1,2 Millionen Stahlhelmen angeordnet.

Wenn dieselben Bemängelungen nach der ersten Ausstattung von Truppenteilen auch immer wiederkehrten, so änderten die Truppen doch nach längerem Gebrauch meist früher abgegebene Urteile. Die Erfahrungen vor Verdun und an der Somme lehrten, daß schwächere Geschosse am Stahlhelm wirkungslos abprallten. Mit großer Wucht auftreffende wurden häufig aus ihrer Richtung so abgelenkt, daß sie keine oder nur geringe Verletzungen hervorriefen, oder sie durchschlugen den Helm, hatten dann aber keine Kraft mehr, den Schädel zu zertrümmern, und verletzten nur die Kopfhaut. Zum Teil waren die Geschoß- und Helmsplitter in der Kopfhaut unmittelbar unter der durchschlagenen Stelle des Helms gefunden worden und hatten sich leicht entfernen lassen. Der Stahlhelm hemmte auch ohne Stirnschild Infanteriegeschosse in ihrer Wucht und lenkte nicht senkrecht auftreffende so aus der Richtung ab, daß die Verletzungen weniger schwer waren.

Der Stahlhelm wurde unentbehrlich; er übte eine segensreiche Wirkung aus. Er schützte manchen Kämpfer vor Verwundung und bewahrte manchen vor tödlicher Verletzung. In der Truppe setzte sich die Gewißheit durch, daß der Stahlhelm, wenn auch nicht unbedingt, so doch in vielen Fällen vor tödlicher Verwundung schützte. Das Gefühl der Sicherheit für den Träger übte eine große seelische Wirkung aus.

Nur die Aufgabe der Stirnschilde wurde noch vielfach verkannt. Ihr Wert wurde überschätzt. Man wünschte oft eine reichlichere Ausstattung. Der Stirnschild konnte infolge seines großen Gewichts und der einseitigen Belastung des Kopfes zweifellos nur kurze Zeit getragen werden. Er war nur für Beobachter und zum Kampfe im Schützengraben bestimmt. Es fragte sich daher nur, wie stark er sein mußte, um im Schützengrabenkrieg auch gegen Stahlmantelgeschosse zu schützen, und auf welche Weise er dem mit seinem Kopf aus der Deckung hervortauchenden Schützen zur Hand sein sollte. Entscheidend war hier die Austauschbarkeit. Da jeder Stirnschild auf jeden Helm, ob klein oder groß, paßte, so genügte es, den Schützengraben mit einer Anzahl solcher Stirnschilde auszustatten und es den Truppen zu überlassen, ob und wie sie ihn beim Vorgehen aus dem Schützengraben mitnehmen wollten. Der Stirnschild kam also nicht als Ausrüstungsstück des Mannes in Betracht. Er war ein Nahkampfmittel und gehörte zur Ausstattung des Schützengrabens. Wie bei Ablösungen usw. zu verfahren war, wie Ordnung und Aufsicht darüber zu sichern waren, das zu regeln, war Sache der Truppe.

In späterer Zeit machte sich eine Abneigung gegen den Stirnschild bemerkbar. Er wurde weniger benutzt. Darin lag eine Anerkennung der Tatsache, daß senkrecht auftreffende Gewehrgeschosse verhältnismäßig selten waren. Die Anfertigung der Stirnschilde wurde Anfang 1918 eingestellt und das hochwertige Material für andere wichtigere Zwecke erspart.

Bereits im Juli 1916 wurde die zweite Million Stahlhelme in Auftrag gegeben und im Oktober 1916 die Beschaffung von vorläufig insgesamt 5 Millionen einschließlich der bisherigen Bestellungen festgesetzt.

Um die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Werke (Stahlwerke, Walzwerke, Ziehwerke) auszunutzen, wurde folgendes Beschaffungsverfahren gewählt. Stahlwerke lieferten den hochwertigen Stahl, der durch ein Abnahmekommando geprüft und dann in Walzwerken zu Blechen ausgewalzt wurde; die fertig beschnittenen Bleche gingen an verschiedene Ziehwerke; dort wurden aus ihnen die Helme kalt gezogen, geschnitten, gebörtelt, gelocht, vergütet, d. h. wieder gehärtet und im Stäubverfahren feldgrau gestrichen. Hierauf wurde jeder Helm durch eine Fallhammerprobe auf die Zähigkeit des Materials geprüft und aus Losen von 101 Stück je ein Helm einer Beschußprobe durch ein Abnahmekommando unterzogen. Getrennt hiervon wurden die Beschlagteile an Werke, die auf Massenherstellung kleinerer Metallgegenstände eingerichtet waren, und die ledernen Innenausstattungen an das Sattler- usw. Gewerbe vergeben. Diese lieferten sie an die Ziehwerke, die die Helme damit ausstatteten. Zum Schluß prüften die Abnahmekommandos jeden einzelnen Helm in seiner äußeren Beschaffenheit auf Abmessungen, Gewicht, Lackierung usw.

Bei der Preisfestsetzung wurde davon ausgegangen, daß mit der zunehmenden Höhe des Auftrags eine Ermäßigung der allgemeinen Unkosten und Abschreibungen auf die erste verhältnismäßig teure Einrichtung eintrat. Die ersten Helme kosteten das Stück etwa 20 Mark, spätere trotz der wesentlich gestiegenen Materialpreise und Löhne nur etwa 16 Mark.

Um Einzelerfahrungen, besonders in wärmerer Jahreszeit, zu sammeln, wurden auch Ersatzbataillone in Berlin mit einer Anzahl von Stahlhelmen ausgestattet. Hierzu wurden, um dem Feldheere keine Stahlhelme zu entziehen, Ausschußhelme verwendet. Eine weitere Ausstattung der Heimat mit Übungshelmen war jedoch nicht angängig. Die Ausstattung des Feldheeres wäre sonst

geschädigt worden. Unbrauchbare und Ausschußhelme wurden nämlich wieder eingeschmolzen und zur Anfertigung neuer verwendet. Auch wurde alles verfügbare Leder für die Innenausstattungen der Helme gebraucht, so daß die Anfertigung von Übungshelmen nicht möglich war. Es war ferner bedenklich, mehr Ausschußhelme als unbedingt nötig auszugeben. Wurden sie ins Feld mitgenommen, was zwar ausdrücklich verboten war, aber doch im Bereich der Möglichkeit lag, so hätten sie die guten Helme leicht in Verruf bringen können.

Die Ersatzbataillone erprobten den Stahlhelm auch auf Märschen. Er zeigte sich dabei trotz seines Gewichts dem Lederhelm überlegen und war wegen der vorzüglichen Durchlüftung auch bei Hitze angenehmer als dieser, so daß sogar die in Mazedonien und Kleinasien fechtenden Truppen mit ihm ausgestattet wurden. Der Stahlhelm schickte sich in seinem Siegeslauf an, den Tropenhelm zu verdrängen. Die Vorteile des Stahlhelms wurden im Felde immer mehr erkannt. Die bisherigen Klagen verstummten, dagegen traten im Laufe der Zeit verschieden neue auf.

Der Helm glänzte trotz seines matt gehaltenen Anstrichs bei Sonnen- und Mondschein und in nassem Zustande. Er verriet dadurch den Träger. Die Befestigung der Kinnriemen war nicht sicher; sie lösten sich leicht vom Helm, der dann beim Laufen und Bücken verloren wurde. Die Metallösen der Kinnriemen gingen häufig zu leicht oder zu schwer über die Halterosetten; Rosetten brachen aus. Der Helm saß nicht fest, weil die Kinnriemen zu weit von den Wangen entfernt waren.

Der Helm beeinträchtigte das Hören. Dieser Vorwurf war der schwerwiegendste. Wurde er nicht beseitigt, so konnte er den Helm völlig in Verruf bringen, weil die Träger des Helms, um besser hören und herankommenden Geschossen rechtzeitig ausweichen zu können, häufig gerade in heiklen Augenblicken den Helm abnahmen und sich seines Schutzes entäußerten. Hier konnte nur eine Änderung am Helm das Übel abstellen. Die Lösung war jedoch nicht so einfach, weil die Meinungen über die Ursache auseinandergingen. Sie wurde in den Lüftungslöchern, in den scharfen Kanten des Helms und in der Form des Seitenschirms gesucht. Die einen meinten, in den Lüftungslöchern der Aufhängebolzen für den Stirnschild fange sich der Wind, wodurch ein pfeifendes Nebengeräusch entstehe; andere glaubten, der Wind breche sich an dem scharfkantigen Übergangsrande des Vorderschirms zum Seitenschirm und verursache dadurch das Nebengeräusch; noch andere sahen die Ursache darin, daß der Seitenschirm das Ohr und den Gehörgang überrage und dadurch auch bei Windstille ein geringes Sausen entstehe, das sie mit Muschelgeräusch bezeichneten.

Die Bekleidungsabteilung legte das Hauptgewicht auf die Beseitigung des sogenannten Muschelgeräusches, die am sichersten durch die Freilegung des Gehörgangs zu erreichen war. Dazu mußte der Seitenschirm entweder ganz oder teilweise beseitigt werden. Bei der Wichtigkeit des Schläfenschutzes wurde von der gänzlichen Beseitigung abgesehen; der Schläfenschutz durfte nur dann aufgegeben werden, wenn eine Besserung der Hörfähigkeit auf anderem Wege nicht zu erreichen war. Die Bekleidungsabteilung hoffte, durch einen halbrunden Ausschnitt im Seitenschirm über den Ohren das Übel zu beseitigen und damit den Seitenschirm über der Schläfe zu erhalten. Der Ausschnitt verminderte zwar den Schutz der Schläfe und nahm dem Helm etwas von seiner Formenschönheit. Beides war aber zu opfern, wenn damit die Beeinträchtigung der Hörfähigkeit verschwand. Die Anbringung von Löchern im Seitenschirm erhielt ihn zwar, beseitigte aber schon nach den Versuchen in der Forschungsstätte das Muschelgeräusch nicht völlig. Trotzdem sollte auch diese Lösung nicht unversucht bleiben. Denn nur beim Gebrauch im Felde konnte festgestellt werden, ob und welche Änderung ihren Zweck wirklich erfüllte. Es wurden daher zwei Arten von Versuchshelmen, nämlich solche mit Durchlöcherung und solche mit einem Ausschnitt im Seitenschirm hergestellt.

Um gleichzeitig die beiden anderen angeblichen Ursachen auf ihre richtige Bewertung zu prüfen, wurden bei anderen Helmen an den Bunden der Innenausstattung befestigte keilförmige

Lederpfropfen angebracht, mit denen die Lüftungsöffnungen zeitweilig von innen verschlossen werden konnten, und wieder anderen Helmen abnehmbare Lederpolster beigegeben, die zwischen Helmrand und Schläfe gelegt werden sollten, um die scharfe Kante des Helms gewissermaßen zu brechen oder den Ohren störende Geräusche, die durch das Brechen des Windes an den Helmrändern entstünden, fernzuhalten.

Der Anstrich wurde durch Zusatz von Sand rauher gehalten. Daneben wurden Versuche mit einem festen Überzug von Wollstaub eingeleitet. Von der Einführung loser Helmüberzüge, wie sie beim Lederhelm in Gebrauch waren, wurde abgesehen, da Leinen- und Baumwollstoffe knapp und für die Unterkleidung wichtiger waren. Außerdem begünstigten sie durch das Festhalten der Feuchtigkeit die Bildung von Rost und gefährdeten die Widerstandsfähigkeit des Helms.

Um die Mängel des Kinnriemens zu beseitigen, wurden zwei neue Arten von Kinnriemen zum Versuch ausgegeben. Die Versuche mit den Kinnriemen sind im Kriege nicht mehr zum Abschluß gekommen.

Der stoffartige Anstrich, der durch eine Mischung des Lacks mit Wollstaub erreicht wurde, fand nahezu einstimmig Anerkennung. Er war besser als der Sandanstrich.

Die Versuche zur Verbesserung der Hörfähigkeit führten ebenso zu einer Klärung. Die Lederpolster als Schalldämpfer fanden nur wenig Beifall und führten ein kurzes Dasein. Sie drückten auf die Schläfe und gingen leicht verloren. Die Träger legten auf sie wenig Wert. Auch die Lederpfropfen zum Verschluß der Lüftungsöffnungen erfreuten sich keiner großen Beliebtheit; sie erschienen überflüssig und behelfsmäßige Verschlußmittel ausreichend. Die Durchlöcherung des Seitenschirms beseitigte, wie vermutet, das Muschelgeräusch nicht. Es war unwirksam und bildete nach dem Urteil verschiedener Truppenteile nur eine neue Quelle sausender Geräusche. Dagegen fand der halbrunde Ausschnitt im Seitenschirm Anklang. Übereinstimmend wurde bestätigt, daß der das Ohr freilegende Ausschnitt das Muschelgeräusch beseitige und die wirksamste Abhilfe des Mißstandes sei, der in der Beeinträchtigung der Hörfähigkeit läge.

Mit der fortschreitenden Ausstattung des Feldheeres mehrte sich die Zahl der beschädigten Helme. Um kleinere Schäden wieder ausbessern zu können, wurden Stahlhelminstandsetzungswerkstätten eingerichtet. Durchgeschossene und verbeulte Helme wurden als Schrott behandelt, wieder eingeschmolzen und neue Helme daraus gefertigt.

Im ganzen sind während des Krieges rund 7,5 Millionen Stahlhelme und 50 000 Stirnschilde gefertigt worden. An Österreich-Ungarn wurden 486 000 Stahlhelme, an Bulgarien 170 000, an die Türkei 5400 geliefert.

Im letzten Kriegsjahre stellte sich die Notwendigkeit des Buntfarbenanstrichs heraus. Die wissenschaftlichen Untersuchungen über den zweckmäßigsten Anstrich kamen aber nicht mehr zum Abschluß.

Der Vollständigkeit halber sei noch angeführt, daß der Bekleidungsabteilung von Außenstehenden und von Truppen Anträge auf Anbringung von Beschlägen, von Adlern und Helmspitzen, Abzeichen und Zierat zugingen. Ganz abgesehen davon, daß Durchlöcherungen zur Anbringung von Spitzen, Adlern usw. den Helm geschwächt hätten, mußten auch die angeführten Schönheitsgründe zurückgestellt werden. Der Helm wirkte durch seine einfache Form und geschmackvolle Linienführung allein. Die vollendete Schmucklosigkeit gab ihm das Gepräge. Er stand jedem Träger gut. Jeder Zierat an ihm mußte das Bild stören und konnte seinem Aussehen nur schaden.

Und vor allem - er hat Tausende vor Tod, Verwundung und Siechtum bewahrt. Selbstredend trat die

gleiche Notwendigkeit und die gleiche Schutzwaffe auch bei den Gegnern auf; ihre Erzeugnisse haben aber weder an Güte noch an einfacher Schönheit den deutschen Stahlhelm erreicht.

Änderungen von Bekleidung und Ausrüstung.

Obgleich die feldgraue Bekleidung wegen der geringeren Sichtbarkeit eingeführt wurde, waren entgegen den Anträgen der Bekleidungsabteilung noch manche blinkenden und weithin sichtbaren Teile bestehen geblieben, die das feindliche Feuer auf sich lenken mußten. Die Ansichten über das, was zu beseitigen und was beizubehalten war, gingen vielfach auseinander. Kriegserfahrung allein konnte lehren, was notwendig war. Bereits im August 1914 wurde bestimmt, daß zur Felduniform im Gefecht Adjutantenschärpen und Feldbinden mit einem grauen Überzug zu versehen oder mangels eines solchen ganz abzulegen waren. An Stelle der Feldbinde sollte dann ein lederner Gurt treten. Ordensschnallen und Orden sollten im Gefecht nicht angelegt, alle im Sonnenlicht glänzenden Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke abgeblendet, die roten Regimentsnummern auf den Helm- usw. Überzügen bei Offizieren und Mannschaften entfernt werden. Was im Frieden nicht durchzusetzen war, erzwang der Krieg.

Diese Anordnung konnte nicht als eine Regelung dieser Fragen gelten. Dafür war sie zu allgemein gehalten, es fehlten bei Beginn des Krieges noch ausreichende Erfahrungen. Auch konnte die Truppe im Bewegungskriege fern von Bezugsquellen nur behelfsmäßige Änderungen vornehmen. Es war natürlich, daß diese Anordnung sehr verschieden, zum Teil sehr weitgehend ausgelegt wurde. Es entstanden eigenmächtige Änderungen; Abzeichen und anderes wurden selbständig geschaffen. Es hatte das sein Gutes, weil es die Ansichten klärte. Der Zustand barg aber auch ernste Gefahren in sich, wenngleich dank des im Heere herrschenden vortrefflichen Geistes Schwierigkeiten nicht entstanden. Die Mannszucht und das Ansehen des Heeres forderten aber, daß Bestimmungen diese noch offenen Fragen bald regelten. Neue Bekleidungsvorschriften waren dringend nötig.

Die Verschiedenheiten in der Feldbekleidung, die Fülle der Unterscheidungszeichen, die bestimmten Truppenteilen zugesprochenen Abweichungen, auf die jeder Truppenteil stolz war, hatten noch andere Nachteile, an denen man nicht achtlos vorübergehen durfte. Wurde ein Mann im Frieden von einem Truppenteil zum anderen versetzt, so wurde er beim neuen Truppenteil in dessen Uniform eingekleidet. Seine bisherige Bekleidung ging an den früheren Truppenteil zurück. Die Feldtruppenteile hatten keine Bestände, um ankommende Ersatztransporte oder Versetzte neu einzukleiden. Jeder behielt die Bekleidung, die er mitbrachte. So entstand innerhalb der Truppenteile ein buntes Vielerlei. Am auffälligsten war das bei der Kavallerie. Dort fanden sich mit der Zeit in einer Eskadron Kürassier-, Husaren-, Jäger zu Pferde- usw. Uniformen. In einer Kompagnie trafen Röcke mit gelben und weißen Knöpfen, brandenburgischen und schwedischen Aufschlägen, mit und ohne Litzen usw. zusammen. Dies war durchaus unerwünscht, mußte aber zunächst in Kauf genommen werden; es war wichtiger, daß die Truppe überhaupt Mannschaftsersatz erhielt, als woher dieser kam und welche Bekleidung er trug. Die Verschiedenheiten zerstörten aber die Gleichmäßigkeit und Einheitlichkeit der Truppenteile im Anzuge; man wurde gleichgültig dagegen, man hielt auf den Anzug weniger, man gab eins von den vielen Mitteln, mit denen man auf die Mannszucht einzuwirken gewohnt war, preis, und zwar ein sehr wichtiges Mittel.

Gewiß war die Vielseitigkeit der Uniform nicht allein die Ursache für die im Kriege eintretende Nachsicht im Anzuge, gewiß gab es auch noch andere Mittel zur Erhaltung der Mannszucht. Bei den zersetzenden Einflüssen des Krieges mußte man aber darauf bedacht sein, daß die Truppe im Kriege nichts von dem abzustreifen brauchte, was sie im Frieden erlernt hatte. War eine größere Einheitlichkeit in der Ausgestaltung der Uniform, war die Beseitigung entbehrlicher Unterscheidungszeichen nicht auch von diesem Gesichtspunkte aus erstrebenswert? Waren die

Unterscheidungszeichen weißer und gelber Knöpfe, der verschiedenen Ärmelaufschläge, der Schulterklappenfarben für die einzelnen Armeekorps und anderes wirklich notwendig? War man in dieser Vielseitigkeit nicht zu weit gegangen und hatte damit unbewußt nicht eine krankhafte Sucht nach Sonderheiten groß gezogen? Das Kriegsministerium hatte dem stets Widerstand entgegengesetzt und mußte es sich nun erneut angelegen sein lassen, die Bekleidungsbestimmungen daraufhin zu prüfen.

Es handelte sich aber nicht allein um die Kriegsbekleidung. Auch über die Friedensbekleidung mußte eine Entscheidung getroffen werden. Sie durfte nicht länger hinausgeschoben werden, vielleicht gar dem Frieden vorbehalten bleiben, sie mußte während des Krieges fallen. Der Krieg hatte die Truppenkammern völlig geleert; selbst die Paradegarnituren waren im täglichen Gebrauch, Bestände an blauen und sonstigen Tuchen alter Art waren so gut wie nicht mehr vorhanden. Es war an der Zeit, endgültig zu derjenigen Bekleidung und Ausrüstung überzugehen, die als die zweckmäßigste erkannt war, damit bei Kriegsende diejenige Bekleidung vorhanden war, die bestehen bleiben sollte; auch den zahlreichen im Kriege zu Offizieren Beförderten durften keine unnötigen Ausgaben erwachsen.

Auch für die Industrie war diese Entscheidung von einschneidender Bedeutung. Sie mußte wissen, worauf sie sich einzurichten hatte. Begann sie wieder Tuche zu fertigen, die später abgeschafft wurden, so hatte sie dafür keine Verwendung. Die Heeresverwaltung würde sie billigerweise abnehmen müssen, woraus sich eine lange Übergangszeit ergeben hätte. Ebenso hätte der Handel Vorräte an veralteten Offiziertuchen und solchen Stoffen, die zu eigenen Sachen der Mannschaften verwendet wurden, nicht mehr absetzen können, weil sofort nach Bekanntwerden der Änderungen keine Sachen aus diesen Tuchen mehr bestellt worden wären. Um den Handel nicht zu schädigen, hätte die Anfertigung von Bekleidung aus neuen Stoffen noch eine Zeitlang verboten werden müssen. Das war aber ebensowenig erwünscht wie wirksam, während der Krieg Gelegenheit bot, etwa noch vorhandene Bestände für Besatzungstruppen und Kriegsgefangene zu verarbeiten und aufzubrauchen.

Aus allen diesen Gründen und Massenwirkungen lag für solche einschneidenden Änderungen der günstigste Augenblick in der Zeit bald nach Ausbruch des Krieges. Die Heeresverwaltung zögerte daher nicht, die Uniformfrage der Entscheidung zuzuführen, wenn auch hierbei manche erheblichen Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Von der Tuchbekleidung ließen sich Mütze, Mantel und Hose den Erfordernissen von Krieg und Frieden unschwer anpassen, nicht aber der Rock; die Forderungen, die an einen Friedens- und an einen Kriegsrock gestellt wurden, gingen zu sehr auseinander. Der Friedensrock, in dem sich der Soldat auf der Straße, im Verkehr, bei der Parade und bei feierlichen Gelegenheiten zeigte, mußte sich den Körperformen des einzelnen anschmiegen, tadellos sitzen und schmuck sein; der Feldrock dagegen sollte bequem und weit sein, das Unterziehen wollener Unterkleidung gestatten und die freie Bewegung in keiner Weise hemmen, dabei in seiner Aufmachung so einfach und unscheinbar wie möglich sein. Die hieraus sich ergebende Notwendigkeit von zwei ganz verschiedenen Röcken für den Soldaten deckte sich mit den Gewohnheiten und Erfahrungen des täglichen Lebens; auch da trägt, wer schwere körperliche Arbeit zu leisten hat, dazu einen besonderen Arbeitsrock, und nicht seinen Ausgehrock.

Hier setzten die Gegner von Feldgrau ein und behaupteten, daß man den blauen Friedensrock beibehalten könne, wenn doch zwei verschiedene Röcke unentbehrlich seien. Sie übersahen aber, daß gerade darin wesentliche wirtschaftliche Vorteile lagen, wenn man durch einfache und leicht ausführbare Änderungen von Kragen, Aufschlägen usw. den Friedensrock nötigenfalls in einen Kriegsrock verwandeln konnte. Der Soldat, dessen Unterhalt durch die Steuern des Bürgers aufgebracht werden mußte, konnte sich nicht den Luxus des Bürgers gestatten, der von dem

Auftragen dieses oder jenes Gesellschaftskleides, z. B. des Frackes, Abstand nimmt. Außerdem hatte der Krieg eben erst einen schlagenden Beweis für den Nachteil von zwei verschiedenfarbigen Röcken geliefert. Wie ungünstig war es, daß neben der feldgrauen Bekleidung die "blaue" Friedensbekleidung vorhanden war! Das machte sich bei der Einkleidung der Neuformationen und Ersatztransporte, besonders in den ersten Monaten des Krieges, geltend, ehe die Anfertigung neuer Bekleidung in vollen Gang gebracht sein konnte. Blaue Bekleidung, die ihrer Güte nach feldverwendungsfähig war, war vorhanden; sie mußte aber ihrer Farbe wegen ungenutzt liegenbleiben und konnte für Feldtruppen nicht verwendet werden. Wieviel leichter und schneller hätten die Riesenmengen an Feldbekleidung beschafft werden können, wenn an feldgrauen Friedensröcken nur Kragen und Aufschlage hätten geändert zu werden brauchen.

Feld- und Friedensbekleidung mußten also von demselben Grundtuch sein. Dieses konnte, da die Forderungen des Ernstfalles in erster Reihe berücksichtigt werden mußten, nur feldgrau sein. Es durfte auch nicht übersehen werden, daß mangels geeigneter Rohwollen nach Friedensschluß nicht sofort mit der Herstellung blauer Tuche hätte begonnen werden können, sondern erst geraume Zeit vergehen müsse, ehe die großen Mengen roher Wolle, die für einen solchen Luxus nötig waren, wieder eingeführt sein würden. Auch mußte die von Millionen angetragene Feldbekleidung in dem Friedensheere, das so sehr viel kleiner war als das Kriegsheer, erst aufgebraucht sein, ehe neue feldgraue oder blaue Bekleidungsstücke wieder in Gebrauch genommen werden konnten.

Da alle derartigen Einwände leicht zu entkräften waren, wurde nicht zuletzt auch die geschichtliche Überlieferung ins Feld geführt. Die Schaffung einer Bekleidung aus feldgrauem Grundtuch, einheitlich für Kriegs- und Friedensgebrauch, einheitlich für alle Truppen und Waffengattungen, beseitigte die vielgestaltige militärische Bekleidung; sie brach also völlig mit einem Teil der Überlieferung, in der zweifellos viel Unwägbares liegt. Die Heeresverwaltung war deshalb bisher gegen diesen Schritt gewesen, sie entschloß sich aber jetzt doch für ihn. Die veränderte Lage nahm ihm das Bedenkliche, rechtfertigte, ja forderte ihn.

Noch im Frühjahr 1914 bevorzugte jeder Mann die besondere blaue Uniform seines Regiments und war stolz darauf, sich von dem Kameraden eines anderen Truppenteils zu unterscheiden. Feldgrau war unbeliebt in Volk und Heer. Im Kriege aber wollte niemand mehr den bunten Rock tragen - die Felduniform war volkstümlich im weitesten Sinne des Wortes geworden. Und das mit Recht; denn sie hatte wesentlich teil an dem, was das Heer, was die Truppe hatte leisten können; sie gewährte dem Soldaten einen nicht zu unterschätzenden Vorteil gegen alle Gegner, ganz besonders gegen die bei Kriegsbeginn noch nach alter Weise gekleideten Belgier und Franzosen.

Es war auch nicht das erstemal, daß das preußische Heer solche Wandlungen durchmachte. - Unter dem Großen Kurfürsten war die Grundfarbe der militärischen Bekleidung im allgemeinen blau; die Reiterei trug gelblederne Kollette oder Westen und darüber meistens graue Mäntel oder Röcke, seltener blaue. Nur die Dragoner hatten Röcke von derselben blauen Farbe wie die Infanterie.

1714 erhielten Kavallerie und Dragoner Röcke von weißem Kirsey, die Kürassiere 1735 aus gelbem Kirsey und erst später weiße Röcke. Den Koller der Kürassiere gab es erst seit 1842, und der hellblaue Rock der Dragoner wurde erst zwischen 1742 und 1746 eingeführt, da im Ersten schlesischen Kriege der weiße Rock der Dragoner zu Verwechslungen mit österreichischen Kürassieren geführt hatte. Die 1721 errichteten Husaren trugen Dolman und Pelz nach dem Vorbilde der ungarischen Nationalkavallerie, ihr Attila wurde erst 1853/54 eingeführt. Die 1807 aus den Towarczys entstandenen Ulanen erhielten die zu damaliger Zeit allgemein üblichen Röcke mit kurzer Taille und frackartigen Schößen von dunkelblauer Farbe; man vermied mit Absicht jeden Anklang an polnische Bekleidung; die Ulanka mit dem polnischen Einschlag entstand erst 1853.

Ursprünglich war die Bekleidung des preußischen Heeres also ziemlich einheitlich; die

Verschiedenheiten in Farbe und Schnitt waren jüngeren Ursprungs und sind obendrein zum großen Teil Gebilde aus Zeiten tiefsten Friedens. Vergleicht man die Uniformen vor dem Weltkriege mit denen aus der Zeit Friedrichs des Großen, so war ihnen, soweit die Truppen schon damals bestanden, nicht einmal durchweg die Grundfarbe geblieben; im übrigen hatten sie mit jenen ebensowenig gemein, wie die Ausrüstung und Bewaffnung beider Zeiten.

Kriege brachten in der Bekleidung zeitgemäße Fortschritte; nach dem Kriege geriet manche Erfahrung wieder in Vergessenheit. Liebhaberei und persönlicher Geschmack wirkten im Frieden mehrfach rückläufig und suchten den Rückschritt mit dem Mantel geheiligter Überlieferung zuzudecken. Dabei wurden Friedensrücksichten höher als die Art der Kriegführung, Bewaffnung und Fechtweise bewertet. Verdiente der Weltkrieg, in dem zum ersten Male Millionenheere miteinander fochten, in dem Deutschland sich einer Welt von Feinden zu erwehren hatte, in dem deutsche Truppen Taten von noch nie dagewesener Größe vollbrachten, nicht höher bewertet zu werden als frühere Kriegserinnerungen, geschweige denn als Friedensrücksichten? Hatte der Weltkrieg kein Bedürfnis zum Festhalten seiner Überlieferung ausgelöst? War er nicht selbst Überlieferung?

Die alten Grundfarben hatten ihre Daseinsberechtigung verloren, da der Soldat in ihnen nicht mehr ins Feld ziehen konnte. Deutsches Feldgrau war berechtigt, Preußisch-Blau zu verdrängen.

So wurde als zukünftiger Ausgeh- und Friedensrock des Soldaten der bisherige Waffenrock bestimmt und die bisherige Ulanka mit den altbekannten farbigen Besätzen, aber von feldgrauem Grundtuch. Die Jäger erhielten statt des dunkelgrünen Grundtuches graugrünes und statt der roten Besätze hellgrüne. Der weiße Koller der Kürassiere und der bunte Attila der Husaren fielen fort, sie wurden durch einen feldgrauen Waffenrock und Attila ersetzt. Der Jäger zu Pferde behielt seinen graugrünen Waffenrock. Die besonderen Uniformen der Maschinengewehrabteilungen und der Stabsordonnanzen wurden aus wirtschaftlichen Gründen abgeschafft; die kleinen Maschinengewehrabteilungen hatten in der Bekleidungswirtschaft dauernd Beihilfen nötig, sie konnten nicht so sparsam wirtschaften wie ein Truppenverband mit größerer Kopfstärke. Sie sollten fortan das Kleid desjenigen Truppenteils tragen, dem sie wirtschaftlich angegliedert oder dem sie entnommen waren. In der Beibehaltung von Attila und Ulanka, die sich zu einer Bluse nicht umändern ließen, und in der Erhaltung der graugrünen Farbe für Jäger und Jäger zu Pferde lag noch ein dem Kriegsministerium befohlenes Zugeständnis an die alte Zeit.

Arbeits- und Kriegsrock wurde fortab die Bluse, einheitlich im Schnitt für die ganze Armee, für Jäger und Jäger zu Pferde graugrün, sonst feldgrau. In Schnitt und Ausstattung der Bluse wurden alle mit dem Feldrock, der alten Litewka der Offiziere und Mannschaften, gemachten Erfahrungen verwertet; von jedem war das Beste ihr eigen. Die Einführung dieses Einheitsstücks als Hauptstück der Kriegsbekleidung bedeutete einen ganz wesentlichen Fortschritt sowohl in taktischer Hinsicht, als auch für die Ausstattung neuer Formationen, für den Nachschub und die Ergänzung der Bekleidung im Kriege; denn nun bedurfte es zur Ausstattung von Mannschaften verschiedener Waffen- und Truppengattungen nicht mehr ebenso vieler Röcke verschiedener Machart und Ausstattung, sondern es genügte ein Vorrat an Blusen und Abzeichen.

Ohne Abzeichen ging es natürlich nicht. Die Waffen- und Truppengattungen mußten zu erkennen sein. Einfachheit und Klarheit waren bei ihrer Schaffung Haupterfordernis. Die Unterscheidungszeichen der Kriegsbekleidung mußten sich auch an der Friedenskleidung befinden, sonst wäre nicht durchzufinden gewesen. Der Grundsatz, jede Waffe durch eine besondere Farbe kenntlich zu machen, schlug durch und ist auch in der Uniform des neuen Reichsheeres erhalten. In der Übergangszeit waren dabei infolge der grundlegenden Umgestaltung Verwechslungen der Unterscheidungszeichen des bisherigen und neuen Aufbaues nicht ausgeschlossen; bei den vielgestaltigen früheren Abzeichen war eine neue Planmäßigkeit nicht zu erreichen, ohne das alte

Gefüge zu durchbrechen. Solche Verwechslungen waren im Kriege weniger bedenklich; sie hatten sogar den Vorteil, daß der Feind leicht irregeführt werden konnte. Auch war die Übergangszeit kürzer als im Frieden. Auffallende Abzeichen wurden zur Feldbekleidung nicht angelegt; an die Stelle der Unteroffiziertressen traten an der Bluse graue Borten, die für die ganze Armee einheitlich waren.

Mit der Einführung eines Kriegs- und eines Friedensrockes war etwas Neues geschaffen. - Für den Krieg war alles so einfach wie möglich gestaltet. Je mehr die Bluse im Heere bekannt wurde und nach Neuanschaffungen in Gebrauch kam, desto mehr wuchs die Zahl der Stimmen, die sie gerade wegen ihrer Einfachheit und Form hübsch, kleidsam und ansprechend fanden. Für den Frieden war auf gutes Aussehen und Kleidsamkeit, aber auch auf Zweckmäßigkeit, namentlich vom Standpunkt der Bekleidungswirtschaft der Truppe und des Kostenpunkts für die Offiziere betrachtet, besonderer Wert gelegt worden. Wenn auch mit dem Preußisch-Blau, dem weißen Koller und dem bunten Attila ein gut Stück Überlieferung dahinging, im Schnitt und in den farbigen Besätzen blieb das die einzelnen Waffen Kennzeichnende noch erhalten. An die Stelle alter Überlieferung war eine neuere und mächtigere getreten. Sicherlich hatte auch der Straßenanzug und das Kleid für feierliche Gelegenheiten an gutem und gefälligem Aussehen keine Einbuße erlitten.

An Tuchhosen gab es bisher zur Friedensuniform dunkelblaumelierte und für die Jäger zu Pferde graugrüne, als Reithosen weiße für die Kürassiere, graugrüne für die Jäger zu Pferde, für die Mannschaften der übrigen berittenen Waffen schwarze, für Offiziere aber blaue. Demgegenüber wurden für die ganze Armee nur graue Hosen eingeführt. Da sie sowohl zu feldgrau, wie zu graugrün und in der Übergangszeit zu blauen und grünen Waffenröcken, zu den verschiedenfarbigen Attilas usw. passen sollten, mußte ein völlig neutrales Grau gewählt werden. Auch für spätere Zeit, wenn der Übergang von Blau zu Feldgrau überwunden war, wenn auch die blauen Überröcke und die Interimsattilas verschwunden waren, war es von wesentlicher Bedeutung, daß Rock und Hose nicht gleichfarbig waren. Die Hose trägt sich schneller ab als der Rock. Beim Tragen verändern alle Stücke ihre Farbe. Es ist nicht nur das Sonnenlicht, das die Farbe bleicht und die Änderung des Farbtons bewirkt. Im Gebrauch bei jedem Wetter, durch Staub und Regen treten Änderungen in der Farbe durch Verschmutzen ein. Zu einem älteren, in der Farbe wenn auch nur wenig verschlissenen Rock findet sich schwer ein Stück Tuch, aus dem sich eine Hose von völlig gleichem Farbton herstellen läßt. Und selbst, wenn das ausnahmsweise glückt, wird die Freude daran nur kurz sein, weil nach einer gewissen Zeit die Hose doch wieder im Farbton vom Rock abweichen wird. Für Massenanfertigungen aber, die für die Truppe nötig sind, wäre eine solche feine Wahl gar nicht durchführbar. Von jeher sind deshalb auch bei der blauen Uniform Rock und Hose verschiedenfarbig gewesen. Wo von diesem Grundsatz abgewichen wurde, wie z. B. in Bayern, sprechen die Erfahrungen nicht dafür, diese Abweichung zur Regel werden zu lassen und lang bewährte alte Grundsätze über den Haufen zu werfen. Wirtschaftliche Gründe sprechen dagegen.

Der unter dem Drängen nach Entlastung des Infanteristen eingeführte Mantel der Fußtruppen hatte sich als zu leicht erwiesen, da er nicht gefüttert war, der der berittenen als zu lang und zu schwer. Der neue Mantel war ein Mittelding von beiden und einheitlich für die ganze Armee. Da der Mantel während eines erheblichen Teils des Jahres infolge des Stellungskampfes zum Gefechtskleid geworden war, erhielt auch er die feldgraue Farbe. Die Spiegel am Mantelkragen mußten im Kriege abgetrennt werden. Sie blieben dauernd beseitigt. Der Mantel erhielt, wie die Bluse, einen zwar feldgrauen, aber doch vom Grundtuch abweichenden Kragen, was ebenso kleidsam wie praktisch war.

Die Feldmütze blieb, wie bisher, feldgrau mit bunten Besatzstreifen. Die Schirmmütze wurde im Grundtuch feldgrau, behielt aber die bunten Besatzstreifen. Den Kürassieren, Husaren und Dragonern wurden ihre bisherigen bunten Schirmmützen belassen. Erst einer späteren Zeit war die Beseitigung der bunten Besatzstreifen an der Feldmütze vorbehalten. Sie wurden durch

Besatzstreifen von feldgrauem Abzeichentuch einheitlich für alle Waffengattungen ersetzt. An die Stelle des Halstuchs und der schwarzen Halsbinde trat eine graue Halsbinde von verbessertem Schnitt. Das Schuhzeug der berittenen Waffen wurde vereinfacht durch Einführung eines Einheitskavalleriestiefels statt der bisherigen schwarzen Stulpstiefel der Kürassiere, der braunen für Jäger zu Pferde, der Kavalleriestiefel und der Husarenstiefel. Also auch hier eine Art statt deren vier. Das gesamte Schuhzeug sollte fortan schwarz sein, weil es im Gebrauch doch schwarz wird, ebenso das Lederzeug, das bisher schwarz, weiß oder braun war. Für die gesamte Armee wurde ein einheitlicher Leibriemen mit dem bisherigen Koppelschloß der Fußtruppen eingeführt statt der Leibriemen, Überschnallkoppel, Säbelüberschnall- und Säbelunterschnallkoppel mit zwei verschiedenen Arten von Schlössern.

Bandelier und Kartusche für Unteroffiziere und Mannschaften sowie die Leibbinde der Ulanen wurden abgeschafft. Für Zeltbahn und Brotbeutel wurde die graue Farbe statt der bisher braunen eingeführt.

In der Offizierausstattung hatte der Krieg als richtig bestätigt, daß sie sich möglichst eng an die der Mannschaften anpassen muß, damit der Offizier nicht weithin als Führer erkannt und abgeschossen wird; dann aber auch, weil er in der Ergänzung seiner Ausstattung im Felde meist auf Mannschaftsstücke angewiesen war. Andrerseits mußte der Offizier aus disziplinaren Gründen auf gewisser Entfernung als Vorgesetzter leicht erkennbar sein. Bei Nachprüfung der Friedensausstattung wurde angestrebt, die Zahl der vorgeschriebenen Stücke zu verringern. Aus diesen Grundsätzen ergab sich enge Anlehnung von Waffenrock (Attila, Ulanka), Bluse, Mantel und Hosen an die Probe dieser Stücke für Mannschaften. Für Friedensröcke wurde ein feineres Tuch gestattet, für Bluse und Mantel dagegen ausdrücklich vorgeschrieben, daß ihr Tuch im Aussehen völlig dem der Mannschaften gleichen mußte. An den Friedensröcken wurden die Stickereien beibehalten. Auch der Offizierfriedensattila behielt silbernen oder goldenen Schnurbesatz. An der Bluse blieben die Stickereien in ähnlicher Weise wie vorher am Feldrock ersetzt.

Da die Bluse, ebenso wie bei den Mannschaften, für alle Waffen- und Truppengattungen das gleiche Stück war, waren zur Kennzeichnung der Waffen- und Truppengattungen an den Achselstücken dieselben Grundsätze der Waffenfarben wie an den Schulterklappen durchzuführen. Die Tuchunterlage entsprach also der Farbe der Schulterklappen. Hatte diese einen Vorstoß, so trat er auch auf der Tuchunterlage des Achselstücks als "Randstreifen" in die Erscheinung. Das blanke silberne Achselstück war nicht feldbrauchbar. Es wurde deshalb ein besonderes Feldachselstück eingeführt. Dafür wurden die Epauletten abgeschafft.

Der bisherige zweireihige Paletot wurde durch einen einreihigen feldgrauen Mantel ersetzt. Der Umhang durfte wie bisher, so auch fernerhin im Gefecht nicht getragen werden, da er den Offizier zu sehr kennzeichnete. Ihn ganz abzuschaffen, erschien noch nicht ausreichend begründet, da er für manche Gelegenheiten seine Vorzüge hatte. Damit aber der Offizier nicht mehr zur Anschaffung eines Umhangs gezwungen werden konnte, wurde er in die Reihe der "gestatteten" Stücke übergeführt. Er war fortan auch feldgrau und erhielt hinten einen Reitschlitz.

Überrock, Interimsattila und Litewka wurden abgeschafft. An ihre Stelle trat der "kleine Rock", der im Schnitt der grauen Litewka nachgebildet, aber feldgrau war. Die Kragenpatten, landläufig "Spiegel" genannt, entsprachen in Farbe und Vorstößen den Schulterklappen, also auch den Unterlagen der Achselstücke. Die Sanitäts- und Veterinäroffiziere behielten ihre bisherigen Kragenpatten. Die Vorstöße des kleinen Rockes vorn herunter, um den Kragen und die Aufschläge wurden für alle Offiziere ponceaurot, für alle Beamten kornblumenblau, während sie bisher ganz verschieden waren. Offiziere des Beurlaubtenstandes brauchten diesen Friedensrock nicht zu besitzen.

An die Stelle der silbernen Feldbinde trat ein ledernes Feldkoppel; die Adjutantenschärpe gehörte nicht mehr zum Feldanzug.

Da für das Schuhzeug der Mannschaften die schwarze Farbe vorgeschrieben war, wurden auch die Schnürschuhe und Gamaschen der Offiziere schwarz. Eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung bedeutete es, daß Schnürschuhe und Gamaschen fortan den hohen Stiefeln gleichgestellt waren, also auch zum Paradeanzug getragen werden durften.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die breite Ordensschnalle, die im Felde zu sehr leuchtete, durch eine schmale ersetzt wurde und daß für den Offizier der Fußtruppen zur Feldausstattung Brotbeutel, Feldflasche und Trinkbecher hinzutraten.

Im ganzen waren die neuen Bestimmungen eine so durchgreifende Änderung der Ausstattung des Heeres, wie seine Geschichte sie noch nie sah. Sie machte auch eine Umstellung des Mannes in der Sorge für die Erhaltung und Instandsetzung seiner Bekleidung und Ausrüstung notig. Im Kriege traten diese Neuheiten noch nicht so scharf in die Erscheinung, wie sich das im Frieden zeigen mußte und auch in der Reichswehr noch zeigen wird. Das tägliche Putzen blanker Teile, das Weißen von Litzen, von Kürassierkollern und Kürassierhosen und manches andere fiel fort. Im Kriege war dazu meist keine Zeit. Ihr Fortfall ist aber nicht bedauerlich. Auch ist der Verlust als eines wirkungsvollen Erziehungsmittels nicht zu beklagen. Die Bedürfnisse einer neuen Zeit fordern neue Wege. Welche Zeit wurde mit dem Putzen von Knöpfen usw. verbraucht, die bei den gesteigerten Anforderungen in der Ausbildung nutzbringender zu verwenden war. Das Putzen der Knöpfe, das täglich notwendig war, war schnell zu erlernen und leicht zu überwachen. Es war aber doch nicht das Wichtigste in der Sorge für die Bekleidung, in deren Reinigung und Instandhaltung. Ein Nachteil für die Bekleidung trat jedenfalls nicht ein, wenn es unterblieb. Andere Arbeiten waren nützlicher, auch wenn sie seltener nötig waren. Es sei nur erinnert an den festen Sitz der Knöpfe, der Kragenhaken und Ösen, an den guten Sitz des Helms, auch des Stahlhelms, den im Kriege zu lernen und zu lehren keine Zeit blieb, an verbeulte Mützen, an das Schmieren des Schuhzeugs, das für die Erhaltung des Schuhzeugs überaus wichtig ist, an das Verpassen der Fußbekleidung und anderes mehr. Alles das will gelernt sein. Seine richtige Überwachung ist nicht so einfach, wie die des Knopfputzens. Es gibt also nach dem Fortfall dieser kleinen Erziehungsmittel andere in reichem Maße. Man muß sie nur kennen und richtig anwenden. Fallen entbehrliche Verrichtungen fort, so kann das bei der Vielseitigkeit dessen, was der Soldat und der Vorgesetzte im Bekleidungswesen zu leisten hat, nur von Vorteil sein. Die bestehen bleibenden und wichtigeren können dann um so gründlicher geübt werden; die Erziehung und Ausbildung darin kann vertieft werden. Das wird dem Bekleidungswesen nur nützlich sein.

5. Rückblick.

Die Bekleidungsämter waren Einrichtungen, die erst nach den Kriegen vor 50 Jahren entstanden sind. Im Kriege 1866 hatte sich zuerst die Unzulänglichkeit der Truppenwirtschaft gezeigt. Der Nachschub an Bekleidung war unregelmäßig und verschiedenartig. Nach Beendigung des Krieges von wenigen Monaten versagte die Truppenwirtschaft vollständig. Es gelang den Truppen trotz aller Bemühungen kaum in Jahresfrist, die verbrauchte Bekleidung zu erneuern. Ein solcher Zustand, der die Kriegsbereitschaft auf Monate lahmlegte, war für Preußen eine große Gefahr. Wenn die gespannten politischen Verhältnisse früher zum Ausbruch eines neuen Krieges geführt hätten, was im Bereich der Möglichkeit lag, so hätten sie ernste Schwierigkeiten ergeben.[3]

General von Stosch, Direktor des Ökonomiedepartements im preußischen Kriegsministerium, forderte daher schon 1867 nach den Erfahrungen des Krieges 1866, daß die Truppen Bekleidung und Ausrüstung ebenso einheitlich, wie die Waffen aus Staatswerkstätten erhielten. Er hatte also

erkannt, daß Massen nicht mehr durch Truppenteile in Kleinbetrieben, sondern nur durch Großbetriebe sich rechtzeitig beschaffen und bereitstellen ließen. Es gelang aber nicht, die Vorschläge in den nächsten Jahren zu verwirklichen. Und obgleich im Kriege 1870/71 dieselben Mißstände, wie 1866, nur in verstärktem Maße sich einstellten, entschloß man sich in Preußen erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zur Einrichtung von größeren einheitlichen Werkstätten; Sachsen dagegen hatte schon vor 1870/71 in Dresden, und Bayern gleich nach 1870 in München und Würzburg nach den Vorschlägen des Generals von Stosch je ein Bekleidungsamt errichtet.

In ihrer Entwicklung bis zum Weltkriege hatten die Bekleidungsämter nur Friedenserfahrungen sammeln können; Kriegserfahrungen besaßen sie noch nicht. Als bei Beginn des Krieges die Ausstattung der zahlreichen überplanmäßigen Neuformationen, die in kurzer Zeit aufgestellt werden mußten, arge Schwierigkeiten machte, war man geneigt, den Kriegsbekleidungsämtern die Schuld daran beizumessen. Es wurden sogar Stimmen laut, die die Einrichtung überhaupt verurteilten und alles Heil nur in der Wiedererstehung der früheren Truppenhandwerkstätten erblickten. Die Vertreter dieser Auffassung hatten vergessen, daß die zahlreichen kleinen Werkstätten der Truppen die Bedürfnisse eines viel kleineren Heeres nicht hatten befriedigen können. Wie sollten sie imstande sein, den gesteigerten Bedarf sicher zu stellen? Sie hatten ferner vergessen, daß die Bekleidungsämter in der ersten Zeit ihres Bestehens auch von den Truppen angefeindet worden waren, es aber doch verstanden hatten, das gegen sie bestehende Mißtrauen zu beseitigen und sich durchzusetzen. Sollte es ihnen nicht auch jetzt gelingen, der neuen Schwierigkeiten Herr zu werden? Konnte der erweiterte Kriegsbetrieb überhaupt schon wirksam geworden sein? Es gelang den Kriegsbekleidungsämtern auch diesmal, die in sie gesetzten Zweifel zu zerstreuen. In unglaublich kurzer Zeit widerlegten sie die Auffassung, daß sie an dem Versagen schuld gewesen seien. Trotz fortgesetzter Aufstellung von Neuformationen füllten sich die Lager der Ämter und die Kammern der Truppen wieder. Die Daseinsberechtigung der Bekleidungsämter war erwiesen. Auch ihr innerer Aufbau war gesund und in seinen Grundlagen richtig. Sie waren nur auf die Anfertigung solcher Stücke eingestellt, deren Herstellung auf Handfertigkeit beruhte und weniger durch Maschinen bewirkt werden konnte. Vorübergehend tauchte im Herbst 1914, als die Einlieferung von Tuchen und Schuhzeugleder hinter dem Bedarf zurückblieb, die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn auch staatliche Webereien und Gerbereien vorhanden wären. Es wäre aber ebenso falsch gewesen, dem Gewerbe die Schuld an unzureichender Lieferung zu geben, wie es falsch war, die Bekleidungsämter für das Versagen in der Ausstattung der Neuformationen verantwortlich zu machen. Das Gewerbe wäre schuldig gewesen, wenn es die ihm erteilten Bestellungen nicht fristgerecht erfüllt hätte. Dafür, daß die niedergelegten Kriegsvorräte früher aufgebraucht waren, als nach den Arbeitsplänen der Bekleidungsämter berechnet war, daß der Bedarf größer war als die Bestellung, und eine frühere Lieferung nötig wurde, dafür konnte das Gewerbe ebensowenig haftbar gemacht werden wie die Bekleidungsämter. Ein Stück Tuch ließ sich nicht schneller als in etwa sechs Wochen herstellen. Die Mindestgerbdauer ließ sich nicht abkürzen. Diese Zeiten waren bei den Berechnungen der Sicherstellung und bei der Beurteilung der der Bekleidungsabteilung durch die Mobilmachungsanordnungen zugewiesenen Leistungen zugrunde gelegt. Staatliche Betriebe hätten nicht schneller liefern können. Webereien und Gerbereien lieferten aber, sobald sie die neuen Bestellungen erhielten, in den technisch möglichen Fristen ausreichende Mengen. Sie bewiesen also ebenfalls durch die Tat, daß das Versagen nicht an ihnen lag.

Wäre der Bekleidungsabteilung aufgegeben worden, Bekleidung und Ausrüstung nicht nur für die planmäßigen Kriegsformationen, sondern für bestimmte weitere Mengen bereitzuhalten, so hätte sie ebenso dafür gesorgt, wie sie die reibungslose Einkleidung bei der Mobilmachung sichergestellt hatte.

Die Unsicherheit und den Zweifel, welcher Anteil in der Herstellung den staatlichen Betrieben, dem Groß- und Kleingewerbe zuzuweisen ist, beseitigte und löste der Krieg. Im Frieden allein ließ sich diese Erfahrung schwer machen. Auch war es nicht ungünstig, daß man sich noch nicht endgültig

entschieden und auf nur eine Verteilungsart festgelegt hatte. Das Bestehen dreier verschiedener Arten, staatlicher Alleinbetrieb in der Schuhzeuganfertigung, gemischtes Verfahren bei Schneideranfertigungen und gewerblicher Alleinbetrieb für Sattlerarbeiten, brachte tatsächliche Beweise in bejahender und verneinender Richtung und trug daher nicht unwesentlich zu einer schnelleren Klärung dieser Frage bei.

Infolge des gesunden, innerlich richtigen, auf die Massenversorgung eingestellten Aufbaus konnten sich in der Beschaffung von Bekleidung und Ausrüstung diejenigen Änderungen, die der Krieg verlangte, verhältnismäßig leicht und schnell vollziehen; sie förderten die wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau des Beschaffungsverfahrens. Davon legen Zeugnis ab die Entwicklung der Schneiderarbeiten zu Heeresnäharbeiten, die Entstehung, Entfaltung und der Ausbau des Bekleidungsbeschaffungsamts zu einer Webstoffbeschaffungsstelle, die Loslösung der Durchbildungsarbeiten von der Bekleidungsabteilung und vom Bekleidungsamte des Gardekorps, ihr Übergang auf das Bekleidungsbeschaffungsamt und die Bekleidungsprüfungskommission, die gleichzeitige Entwickelung der Durchbildungsstellen, die lose oder enger mit anderen Stellen verbunden waren, zu einer einheitlichen und selbständigen Durchbildungsbehörde. Das bewiesen ferner die Sicherung eines auskömmlichen Lohns für den letzten Arbeiter, die Ausschaltung entbehrlicher Zwischenstellen bei Vergebung der Aufträge, die Beschränkung des übertriebenen Zwischenmeisterwesens auf das notwendige und berechtigte Maß, die Entwicklung der Heimarbeiterfürsorge, die Förderung der Umstellung des Wohltätigkeitswesens auf Wohlfahrtswesen.

Für das Beschaffungswesen hatte man durch die Errichtung der Bekleidungsämter nach dem Kriege 1870 die grundlegenden Folgerungen gezogen, die sich aus der Massenversorgung und Massenbeschaffung ergaben; nicht aber für den Nachschub und die Bekleidungswirtschaft in der Truppe. Die Kriege von 1866 und 1870 waren hierfür zu kurz. Erst der Weltkrieg mit seiner längeren Dauer und mit dem Anwachsen aller Vorräte zu Millionenbeständen hat gezeigt, in welcher Richtung sich diese Änderungen bewegen mußten.

Im Nachschub gelang es bei der langen Dauer des Krieges, das Verfahren zu finden, das die Versorgung großer Massen im Felde vereinfachte und sich an die Massenbeschaffung durch die Bekleidungsämter anschloß. Die Versorgung durch die Wirtschaftstruppenteile der Heimat wurde beseitigt. Die Bekleidungsämter wurden die Bezugsquelle für bestimmte Armeen, mit denen sie in unmittelbare Verbindung traten. Aus der Truppenversorgung wurde Armeeversorgung. Die grundlegende Wandlung, die die Massenversorgung bedingte, bewirkte der Krieg, wenn auch der feinere Ausbau in ihm noch nicht erreicht wurde.

In der Bekleidungswirtschaft die Lösung zu finden, die die Massenbewirtschaftung forderte, bereitete auch in diesem Kriege große Schwierigkeiten. Die Verhältnisse beim Feldheere lagen anders wie beim Besatzungsheere; außerdem teilte sich die Bewirtschaftung in höhere und niedere Wirtschaft, so daß es schwer war, zu unterscheiden, was sich überlebt und was am Alten sich bewährt hatte. Die Wandlungen, die der Krieg brachte, klärten manchen Zweifel, schälten Grundsätzliches heraus und zeigten, was zu ändern, aber auch was beizubehalten war. Es trat an Stelle der Geldwirtschaft die Naturalwirtschaft. Der Krieg bewies, daß die Geldwirtschaft sich den Forderungen der Massenwirtschaft noch nicht angepaßt hatte. Die reine Naturalwirtschaft entsprach diesen Forderungen aber ebensowenig. Sie untergrub die Sparsamkeit, zeigte aber, daß das Regiment die Geldwirtschaft nicht nur für sich beanspruchen durfte, sondern auch die Kompagnie daran teilnehmen lassen mußte, daß Schadenersatz und Strafgelder das Interesse des Mannes an der ihm anvertrauten Bekleidung und Ausrüstung schärften, daß die Naturalwirtschaft nicht den Kompagnien allein zukam, sondern auch vom Regiment und den höheren Dienststellen zu betreiben war. Der Krieg löste die starren Formen der Truppenwirtschaft, die diese bei gleichbleibenden Verhältnissen im Frieden angenommen hatte, zwang die Führung aus ihrer Zurückhaltung

herauszutreten und maßgebenden Einfluß auf die Truppenwirtschaft auszuüben. Korps- und Heereswirtschaft verlangten ihre Rechte. Führung und Ausführung schieden sich mit größerer Klarheit.

Das Exerzierreglement und die Ausbildungsvorschrift für die Fußtruppen bestimmten genau, was der Mann, die niedere und höhere Führung, der Gruppen-, Zug-, Kompagnie-, Bataillons- usw. Führer zu tun hatten. Eine ähnliche Regelung fehlte auf dem Gebiet der Bekleidungswirtschaft. Welche Aufgaben der Mann, der Korporalschaftsführer, der Kammerunteroffizier, der Kompagnie- usw. Führer zu erfüllen hatten, war durch keine Bestimmungen für das ganze Heer einheitlich geregelt. Die Bekleidungsordnung hatte die Aufgaben des Regimentskommandeurs sehr eingehend festgelegt, die des Kompagnieführers bedeutend weniger; sie beschäftigte sich aber gar nicht mit der Arbeitsteilung zwischen Kompagnie und Mann, zwischen großer und kleiner Instandsetzung. Dieses Fehlen war ein Mangel, dessen Folgen sich im Kriege sehr stark fühlbar gemacht haben. Es drohte die Ansicht aufzukommen, dem Mann müsse auf der Flickstube alles instandgesetzt werden.

Bekleidung und Ausrüstung kriegsmäßig auszugestalten war das Kriegsministerium in der Vorkriegszeit eifrig bestrebt gewesen, wenn das Ziel auch nicht vollkommen erreicht worden war. Der Krieg lehrte auch hier, was falsch war; er setzte die notwendigen Änderungen durch.

Auf dem ganzen Gebiet des Bekleidungswesens war viel für den Krieg geschehen, aber nicht alles. Es blieb im Kriege noch manches nachzuholen. Daß es im Maße des Erreichbaren geschehen ist, daß das Heer bis zum Kriegsende in zeitgemäß geänderter Bekleidung und Ausrüstung kampffähig blieb, ist ein glänzender Beweis einmal für die Tatkraft der militärischen Stellen, aber auch für die Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft der Industrie.

Anlage 1 zu Seite 102.

Übersicht

über die Zahl der Mannschaften, die nach Einkleidung der bei der Mobilmachung planmäßig aufzustellenden Formationen mit Bekleidung und Ausrüstung völlig neu ausgestattet worden sind, für die mithin Bekleidung und Ausrüstung nicht schon im Frieden bereit gehalten war.

Im Jahr	Im Monat	Für Neu-formationen	Für Ersatz-transporte	Summe	Bemerkungen
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*
1914	August bis Dezember	806 616	844 542	1 651 158	Die Zahlen umfassen nur Preußen, nicht auch Bayern, Sachsen und Württemberg.
1915	Januar und Februar	145 374	388 499	533 873	
	März bis Dezember	436 333	2 234 196	2 670 529	
	Summe 1915	581 707	2 622 695	3 204 402	
1916	Januar bis Dezember	329 092	2 203 141	2 532 233	
1917	Januar bis Dezember	291 916	1 670 971	1 962 887	
1918	Januar bis Dezember	35 633	1 027 386	1 062 019	

Anlage 2 zu Seite 117.

Lieferungen an Verbündete.

Lfd. Nr.	Gegenstand	an			Bemerkungen
		Österreich-Ungarn	Bulgarien	die Türkei	
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*
1	Röcke	—	500 000	400 000	Außer diesen Mengen an hauptsächlichsten Stücken und Stoffen wurde noch eine größere Anzahl kleinerer und größerer Mengen von Stücken, Stoffen, Zutaten usw. von geringerer Bedeutung (Trinkbecher, Säbeltroddel, Sporen, Kartätschen, Mantelriemen, Filzschuhe, Salz-, Kaffee-, Fettbüchsen, Mückenschleier, Moskitonetze, Armbinden, Signalinstrumente, Knöpfe, Borten, Absatzeisen, Sohlennägel, Garne usw.) geliefert; ihr Geldwert ist in dem Betrage bei lfd. Nr. 26 mitenthalten. Die Zahlen der Mengen sind abgerundet.
2	Sommerröcke	—	—	3 000	
3	Tuchhosen	—	400 000	420 000	
4	Sommerhosen	—	—	3 000	
5	Mäntel	—	600 000	500 000	
6	Stiefel, Paar	550 000	1 300 000	375 000	
7	Schnürschuhe, Paar	350 000	15 000	400 000	
8	Fußschutzkappen, Paar	20 000	—	10 000	
9	Hemden	—	28 000	300 000	
10	Unterhosen	—	28 000	250 000	
11	Stahlhelme	486 000	170 000	5 400	
12	Stirnschilde	—	5 500	225	
13	Mützen, Feze, Baschliks	—	550 000	160 000	
14	Leibriemen	—	400 000	350 000	
15	Tornister	—	350 000	150 000	
16	Patronentaschen, Paar	—	400 000	350 000	
17	Zeltausrüstungen	—	650 000	350 000	
18	Brotbeutel	—	400 000	250 000	
19	Feldflaschen	—	700 000	400 000	
20	Strümpfe, Wadenstrümpfe, Fußlappen	—	15 000	300 000	
21	Reitausstattungen	—	8 000	1 800	
22	Decken, Woylachs	—	—	15 000	
23	Tuch, m	—	750 000	250 000	
24	Futter- usw. Stoff, m	—	—	160 000	
25	Sohlleder, kg	—	15 000	3 000	
26	Wert der Gesamtlieferung rund Mk.	35 000 000	180 000 000	105 000 000	

Anlage 3 zu Seite 159.

Als erster Bedarf an **Pelzbekleidung** war zu beschaffen:

Lfd. Nr.	**Vom Kriegs-bekleidungs-amt**	**Pelze**	**Filzschuhe**	**Fußschutz-kappen**	**Bemerkungen**
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*
1	G	6 000 11 695	10 000 11 684	20 000 13 794	

<table>
<tr><td>2</td><td>I</td><td>6 000
10 120</td><td>10 000
10 120</td><td>20 000
15 701</td><td rowspan="17">Die Zahlen auf der Linie bedeuten die erste Ausstattung, die Zahlen darüber den darin enthaltenen Verfügungsvorrat, der zur Hälfte bei den Kriegsbekleidungs-ämtern, zur Hälfte bei den Armeebekleidungs-depots zu lagern war.</td></tr>
<tr><td>3</td><td>II</td><td>6 000
8 804</td><td>10 000
8 804</td><td>20 000
9 617</td></tr>
<tr><td>4</td><td>III</td><td>6 000
9 411</td><td>10 000
9 411</td><td>20 000
13 702</td></tr>
<tr><td>5</td><td>IV</td><td>6 000
9 273</td><td>10 000
9 273</td><td>20 000
10 911</td></tr>
<tr><td>6</td><td>V</td><td>6 000
11 459</td><td>10 000
11 462</td><td>20 000
13 159</td></tr>
<tr><td>7</td><td>VI</td><td>6 000
9 288</td><td>10 000
8 888</td><td>20 000
10 326</td></tr>
<tr><td>8</td><td>VII</td><td>6 000
10 375</td><td>10 000
10 375</td><td>20 000
8 548</td></tr>
<tr><td>9</td><td>VIII</td><td>6 000
7 616</td><td>10 000
8 643</td><td>20 000
15 940</td></tr>
<tr><td>10</td><td>IX</td><td>6 000
11 726</td><td>10 000
11 726</td><td>20 000
13 763</td></tr>
<tr><td>11</td><td>X</td><td>6 000
9 463</td><td>10 000
9 574</td><td>20 000
11 067</td></tr>
<tr><td>12</td><td>XI</td><td>6 000
8 646</td><td>10 000
8 646</td><td>20 000
12 797</td></tr>
<tr><td>13</td><td>XIV</td><td>6 000
7 659</td><td>10 000
7 659</td><td>20 000
8 687</td></tr>
<tr><td>14</td><td>XV</td><td>6 000
5 973</td><td>10 000
9 293</td><td>20 000
7 350</td></tr>
<tr><td>15</td><td>XVI</td><td>600
900</td><td>1 000
900</td><td>2 000
1 000</td></tr>
<tr><td>16</td><td>XVII</td><td>6 000
10 102</td><td>10 000
10 065</td><td>20 000
13 379</td></tr>
<tr><td>17</td><td>Summe</td><td>90 600
142 510</td><td>151 000
146 523</td><td>302 000
179 741</td></tr>
<tr><td>18</td><td>Insgesamt</td><td>233 110</td><td>297 523</td><td>481 741</td></tr>
</table>

Anmerkungen:

1 [1/121] Das Sicherheitsgeld war ein Haftgeld der Reichswehrsoldaten für ihre dienstlich übergebenen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Waffen usw., an dem sich das Reich bei Veruntreuungen und dergl., die häufig vorkamen, schadlos halten sollte. Es wurde von der Besoldung der Reichswehrsoldaten in Teilbeträgen eingezogen, in der Truppenkasse hinterlegt, verzinst und dem ausscheidenden Reichswehrmann nach Abgabe aller ihm übergebenen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Waffen usw. wieder ausgezahlt. ...zurück...

2 [1/160] Behelfsstoffe nannte man alle Stoffe, die zu Beginn des Krieges beim Fehlen vorschriftsmäßiger Stoffe beschafft wurden, Ersatzstoffe dagegen solche, deren Fertigung zur Streckung der Rohstoffe angeordnet wurde. ...zurück...

3 [1/191] Denkschrift über die Bekleidungsämter im Heereshaushaltsplan von 1911. ...zurück...

Kapitel 3: Die Etappe
Oberstleutnant Karl Schroeder

1. Einleitung.

"Die Etappe", ein viel umstrittenes Gebiet, für das in weiten Kreisen während des Krieges und nach demselben mehr Tadel wie Lob zu hören war, dessen Erwähnung bei vielen auch heute noch ein gelindes Gruseln verursacht oder sogar wildes Schimpfen hervorruft. Die absolute Verständnislosigkeit der Heimat und das unvollständige Verständnis der Fronttruppen für Wesen und Wirken der Etappe, schon zu Anfang des Krieges vorhanden, haben sich trotz großartiger Leistungen der Etappe nicht ausrotten lassen. Das hat unendlich geschadet; es wurde zunächst den Männern in der Etappe sehr schwer, die für ihren aufreibenden Dienst notwendige Freudigkeit sich gegenüber dauernder Nichtachtung, vielfach sogar gegen Verleumdung zu bewahren; es wurde aber auch das unbedingt notwendige Zusammenarbeiten von Front und Etappe erschwert und dadurch der Front geschadet. Das falsche Urteil der Heimat war meist gegründet auf die Erzählungen von Soldaten, die in raschem Zuge das Etappengebiet durcheilten und kaum Zeit zum genauen Beobachten und zu gerechter Beurteilung fanden, oder die nie in der Etappe waren und, nur gedankenlos anderen nachplappernd, jeden Mangel, den sie einmal leiden mußten, der Schlechtigkeit der Etappe zuschrieben, oder vielleicht ihre eigenen Fehler durch Erzählung von Etappenschandtaten zu verdecken suchten.

Unkenntnis und falsche Beobachtung, unbedachtes Nachschwatzen und absichtliche Verleumdung haben den wenig günstigen Ruf der Etappe geschaffen. Schon zu Beginn war die Fronttruppe schlecht auf die Etappe zu sprechen. Da bei dem beispiellos raschen Vormarsch unmöglich alle Bedürfnisse schnell genug dem Heere nachgeschafft werden konnten, kam der Kämpfer, dem Munition oder gar Genußmittel fehlten, leicht auf den Gedanken, "die hinten haben das alles im Überfluß, aber sie schaffen nichts zu uns vor," ohne zu ahnen, wie die Männer hinter der Front arbeiten mußten, um nur das Nötigste vorzubringen, und wie streng darauf gehalten wurde, daß nichts für die Truppe Bestimmtes in der Etappe hängen blieb.

Für die in der Front herrschenden Anschauungen zwei Beweisstücke aus dem Anfang und dem Ende des Krieges:

Im September 1914 trat ein junger Frontleutnant um 9 Uhr morgens in einen Saal in Sedan, in dem ein großer Teil der Offiziere und Schreiber der Etappeninspektion 4 arbeitete, um eine Bitte an den Chef vorzubringen. "Na, hier in der Etappe schläft wohl alles noch ruhig," sagt der junge Krieger scherzend zu der Ordonnanz, die ihm den Weg zeigt, und war sehr erstaunt, als der Generalstabsmajor, der dies zufällig hörte, ihm klarmachte, daß weder er noch einer seiner Mitarbeiter diese oder eine der vorhergehenden Nächte zum Schlafen gekommen seien, sondern nur auf einer Matratze im Bureau in den etwas ruhigen Mittagsstunden einen Augenblick ausruhen konnten. Der Leutnant hatte wirklich geglaubt, in der Etappe brauchte niemand vor 9 Uhr morgens aufzustehen.

Als im April 1918 bei dem siegreichen Vorstoß der 6. Armee nach Armentières die Truppen sich an den langentbehrten Genüssen gütlich taten, die in ihre Hände fielen, wurden viele über den augenblicklichen Bedarf hinausreichende Vorräte verschleudert. Auf den Vorhalt eines Offiziers entgegnete ein wackerer Streiter: "Das schadet nichts; was wir nicht fressen, kriegt doch nur die Etappe!" Der arme Teufel begriff auch da noch nicht, daß die Etappe alle Beute lediglich für die Front sammelte, und daß er nur sich und seine Frontkameraden schädigte, wenn er die erbeuteten Lebens- und Genußmittel lieber verderben ließ, als sie der Etappe zu belassen.

Am meisten wurde aber auf die Etappe geschimpft, wenn nicht jede Anforderung sofort erfüllt

wurde. Und was wurde alles von der Etappe angefordert und in welchen ungeheuren Mengen!

Nicht selten kam es vor, daß bei einer Etappeninspektion von irgendeiner Ware mehr angefordert wurde, als in ganz Deutschland überhaupt vorhanden war. Wurde es deshalb nicht geliefert, dann war die Etappe schuld; oder vermochte die Eisenbahn aus irgendeinem Grunde (Truppenverschiebungen, Bahnzerstörungen) das rechtzeitige Heranschaffen des Nachschubs nicht zu bewirken, so daß das von der Etappe längst in pflichtmäßiger Voraussicht Bestellte nicht eintraf, so war wiederum schuld - die Etappe.

Bedeutend erschwert wurde die Tätigkeit der Etappenbehörden aber auch durch manche an sich unwesentlich erscheinende Nachlässigkeit der anfordernden Truppen. Sehr viele Wünsche kamen unter "Eilt" im letzten Augenblick, die bei rechtzeitiger Anmeldung leichter und besser hätten erledigt werden können. Häufig wurden auch Sachen unter Betonung äußerster Dringlichkeit angefordert: "Die Truppe ist nicht gefechtsfähig, wenn sie dies und das nicht in drei Tagen hat!" Und wenn dann mit Aufgebot aller Kraft unter Hintansetzen anderer wichtiger Arbeiten die "dringenden Bedürfnisse" wirklich in drei Tagen bereitstanden, wurden sie - gar nicht abgeholt. Und schließlich sei noch eine belanglos erscheinende Kleinigkeit erwähnt, die aber viel unnütze Arbeit veranlaßte und schließlich in ihrer hundertfachen Wiederholung besonderes Personal zur Bearbeitung verlangte. Alle möglichen Anforderungen der verschiedensten Art kamen von der Truppe auf **einem** Zettel und mußten zur Erledigung durch besondere Schreiber nach den Verwaltungsstellen getrennt werden. Jedermann weiß, daß er im großen Warenhause nicht Heringe, Kinderstrümpfe und Photographenapparate in derselben Abteilung bekommt; aber daß bei einer Etappeninspektion, die für die Bedürfnisse von Hunderttausenden zu sorgen hat, nicht ein und dieselbe Stelle Munition, Verpflegung, Baumaterial und Bekleidung liefern kann, das ist bis zum Schluß manchem Fronttruppenführer nicht klar geworden.

Wie wenig selbst höhere Führer der Fronttruppen über die Anforderungen orientiert waren, die an die Arbeitskraft der Etappenangehörigen gestellt wurden, geht aus dem klassischen Zeugnis hervor, das ein Divisionskommandeur einem Offizier ausstellte, in dem es etwa hieß: "Er ist so nervös, daß er ohne Beaufsichtigung durch andere keinerlei Dienst tun kann. Dürfte nur zum Dienst in der Etappe geeignet sein!"

Sogar bei den höheren und höchsten Kommandostellen, Armee-Oberkommando und Oberste Heeresleitung, hätte manchmal das Verständnis für die Sorgen der Etappe und die Berücksichtigung ihrer Forderungen gegenüber denen der Fronttruppen größer sein dürfen. "Die Anforderungen der Front gehen denen der Etappe unter allen Umständen vor," das war der Grundsatz; und das ist so selbstverständlich, daß man es einem deutschen Soldaten gar nicht erst zu sagen braucht. Aber wenn man nach diesem Grundsatz der Etappeninspektion alle Kolonnen nahm, um sie einem nicht ganz vollständig ausgerüsteten Armeekorps zu geben, und die Etappe dann nicht imstande war, den Nachschub für jenes Korps richtig vorzuschaffen, wer litt dann, die Front oder die Etappe? "Die Anforderungen der Front gehen denen der Etappe unter allen Umständen vor," aber die Etappe forderte doch lediglich für die Front an!

Besonders bitter wurde es von den verantwortlichen Stellen des Etappendienstes empfunden, wenn bei der Vorbereitung zu einer großen Offensive die den einzelnen Armeeteilen beim Eisenbahnaufmarsch zustehenden Züge verteilt wurden und für die Etappe so gut wie nichts übrig blieb. Dabei mußte aber doch die Armee weiter ernährt und bekleidet, es mußten für die neu zum Zweck der Offensive der Armee zugeteilten Truppenmassen Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung und Unterkunft beschafft, es mußten für die in der Schlacht zu erwartenden Verwundeten umfangreiche Lazaretteinrichtungen vorbereitet werden. Truppen und Munition, dafür waren Eisenbahnzüge in Menge vorhanden; bei allem anderen hieß es: "Etappe schaffe es - aber Züge zum Transport bekommst du nicht."

Merkwürdigerweise war für die Anforderungen der Heimat stets mehr Verständnis vorhanden. Für Kohlenförderung, U-Bootsbau, Hindenburgprogramm und Eisenbahnwerkstätten wurden für die Heimat rücksichtslos die nötigen Leute aus Front und Etappe herausgeholt, aber daß auch die Etappe Fachleute brauchte, die dort Besseres leisteten als an der Front, das wurde nicht anerkannt. Dauernd mußte die Etappe mit ungenügenden Kräften arbeiten. Selbstverständlich galt es an Menschenmaterial zu sparen; aber die riesig sich steigernden Aufgaben der Etappe verlangten naturgemäß eine Vermehrung des Personals, und diese unbedingte Notwendigkeit konnte durch alles Sträuben nicht aus der Welt geschafft werden. Wie stiefmütterlich die Etappe oft behandelt wurde, geht daraus hervor, daß viele Einrichtungen, die sie geschaffen und für deren Aufstellung sie vergeblich um Bewilligung einiger kümmerlichen Stellen gekämpft hatte, in dem Augenblicke, wo sie unmittelbar den Armee-Oberkommandos unterstellt wurden, groß ausgestattete Etats bekamen.

Wenn so die Front und sogar die hohen Kommandostellen nur geringes Verständnis aufbrachten, so kann es nicht wundernehmen, daß die Heimat sich völlig unorientiert zeigte über alles, was im Etappengebiet vorging. War den meisten Leuten doch sogar gänzlich unklar, was überhaupt zur Etappe gehörte. Besonders häufig konnte (und kann man immer noch) hören, daß die Generalgouvernements mit der Etappe verwechselt oder zu ihr gerechnet werden. Es sei deshalb zunächst kurz erwähnt, daß die Etappeninspektionen einen Bestandteil der Armeen bildeten und den Oberkommandos unterstanden. Sie sorgten für Nachschub und verwalteten einen Teil des feindlichen Landes hinter dem sogenannten Operationsgebiet der Armee, das in unmittelbarer Verwaltung der Fronttruppe (der Generalkommandos) stand. Sie waren also rein militärische Behörden, während die Generalgouvernements, deren es zwei - Belgien und Warschau - gab, militärisch-politische waren, bei denen das zivile Verwaltungselement eine bedeutend größere Rolle spielte. Ihre Gebiete lagen zwischen dem Etappengebiet und der Heimat. Die Militärverwaltung Rumänien war eine durch manche Rechte und Pflichten eines Generalgouvernements über den Rahmen einer solchen hinausgehobene Etappeninspektion.

Vor allem war (und ist heute noch) dem Volke nicht bekannt, wie groß die Arbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ist, die von der Etappe geleistet wurde. Ganz erstaunt horchen die Leute auf, wenn von Industrie und Landwirtschaft, Forstwesen und Bergbau, Banken und Theatern, Büchereien und Schulen in der Etappe die Rede ist. Als Ende 1914 ein süddeutscher Sozialdemokrat, der eine Zeitlang bei der 4. Armee sich aufhielt, die Etappeneinrichtungen dieser Armee zu sehen bekam, äußerte er voll Bewunderung: hier sehe man, welche Arbeitskraft im deutschen Volke steckt, und mußte zugeben, daß gerade unter militärischer Leitung in der Etappe diese Kraft Großartiges geleistet habe. Und die Hochschulprofessoren, die aus allen Gauen des Vaterlandes zu den Kursen der Etappeninspektion 6 im Jahre 1918 nach Tournai kamen, waren überrascht von der Fülle des im Etappengebiet Geleisteten; wieder und wieder erklärten sie, daß man in der Heimat keine blasse Ahnung habe von der Mannigfaltigkeit und der Schwierigkeit des Etappendienstes, von dem Umfang seiner Arbeit und seinem Nutzen für die Allgemeinheit. Aber diese wenigen Stimmen verhallten in der Heimat ohne Verständnis. Die Etappe blieb unentbehrlich, sie leistete Außerordentliches und war doch stets der unnütze Knecht, dessen Dienste keine Achtung wert sind.

2. Das Wesen und die Arbeit der Etappe bei Kriegsbeginn.

Worin bestand nun die Tätigkeit der Etappe? Wie war sie organisiert? Und was hat sie geleistet?

Das Etappenwesen hat im Lauf des Krieges so mannigfache Veränderungen und teilweise grundlegende Umgestaltung erfahren, daß die Etappe von 1914 und die Etappe von 1918 grundverschiedene Dinge sind. Die Vorschriften, die bei Ausbruch des Krieges als Richtschnur für Organisation und Gliederung, für Verwendung und Tätigkeit der Etappenformationen dienten,

waren nach den Erfahrungen früherer Kriege hauptsächlich auf den Bewegungskrieg zugeschnitten.

Der Etappe erwuchsen hiernach folgende hauptsächliche Aufgaben:

- Sicherstellung der Heeresbedürfnisse durch Anforderung bei den heimischen Behörden und durch Sammeln und Vorschieben der Vorräte und Mittel des Etappengebiets.
- Übernahme und Rückbeförderung alles dessen, was das Feldheer abgibt; Fürsorge für Verwundete und Kranke.
- Regelung des Verkehrs und des Nachrichtenwesens auf den Etappenverbindungen und innerhalb des Etappengebiets, sowie Unterhaltung, Wiederherstellung und Neubau von Verkehrswegen und Nachrichtenverbindungen, soweit dies nicht Aufgabe der Militäreisenbahnbehörden ist.
- Unterbringung, Verpflegung und Überwachung der vom Feldheer kommenden und zum Feldheer gehenden Personen und Pferde; Verwaltung der durch das Etappengebiet gehenden Kriegsbedürfnisse, solange sie sich in diesem befinden.
- Militärische und polizeiliche Sicherung des Etappengebiets, namentlich der Etappenverbindungen. Verwaltung von feindlichen Landesteilen, die zum Etappengebiet gehören.

Der Nachschub auf den Landstraßen, auf der jeder Armee zugeteilten Etappenlinie, bildete also nach der Vorschrift die Hauptsache; und so war es auch bei dem ersten raschen Vormarsch nach Belgien und Frankreich hinein, und ähnlich wurde es immer wieder, wo der Bewegungskrieg die deutschen Heere siegreich vordringen ließ: in Rußland und Serbien, in Rumänien und Italien. Völliges Umlernen und doch dabei Anpassen an die bewährten Formen forderten aber die gänzlich veränderten Verhältnisse des Stellungskriegs und der lang andauernden Besetzung großer feindlicher Gebiete, die immer mehr hervortretende Wichtigkeit der Technik, die immer größere Bedeutung des Materials in den "Übermaterialschlachten" bei der immer geringer werdenden Beschaffungsmöglichkeit von Rohstoffen für **das von der Welt abgeschnittene Deutschland**.

Nach den geltenden Vorschriften hatte die Leitung des ganzen Etappenwesens der dem Chef des Generalstabs des Feldheeres unmittelbar untergeordnete Generalquartiermeister, dem ursprünglich der Chef des Feldmunitionswesens, der Generalintendant des Feldheeres, der Chef des Feldsanitätswesens, der Chef des Feldeisenbahnwesens, der Chef der Feldtelegraphie und der Feldoberpostmeister unterstellt sein sollten. Jedoch waren oder wurden im Lauf des Krieges diese Behörden mit Ausnahme des Generalintendanten und Feldoberpostmeisters selbständig unmittelbar unter den Chef des Generalstabs des Feldheeres gestellt. Dies bot durch die Möglichkeit unmittelbaren Vortrags für die genannten Behörden unzweifelhaft große Vorteile, wenn es auch naturgemäß den Nachteil mit sich brachte, daß keine einzelne Persönlichkeit mehr für den gesamten Nachschub verantwortlich war und ausgleichend zwischen den Anforderungen der einzelnen Abteilungen wirken konnte.

Dem Generalquartiermeister verblieb aber mit der eigentlichen Leitung des Etappenwesens immer noch ein reichliches Feld der Tätigkeit. Der Generalintendant bearbeitete unter seiner Leitung speziell das gesamte Feldverpflegungswesen, sowie alle Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Feldheeres, bis 1. Januar 1917 auch die wirtschaftliche Ausnutzung der besetzten Gebiete. Während der Generalquartiermeister die Vorschriften und allgemeinen Weisungen für den Etappendienst erließ und den Ausgleich innerhalb der Armeen regelte, unterstand die Etappe jeder Armee in allen Einzelfragen unmittelbar dem ihr vorgesetzten Armee-Oberkommando, bei dem der

Oberquartiermeister die Etappenangelegenheiten bearbeitete. Für die Sonderfragen auf dem Gebiet des Sanitätswesens, Veterinärwesens und der Intendantur waren die betreffenden Etappenabteilungschefs auf den unmittelbaren Dienstweg im Verkehr mit Armeearzt, Armeeveterinär und Armeeintendant hingewiesen. Im allgemeinen ergaben sich aus der doppelten Unterstellung der Etappeninspektionen unter Generalquartiermeister und Armee-Oberkommandos keinerlei Reibungen, und auch die Sonderdienstwege der Ärzte usw. störten nicht, wenn der Chef des Generalstabs der Etappeninspektion sich den nötigen Einfluß auch auf alle Sonderabteilungen zu wahren wußte.

Die eigentlichen Träger des Etappendienstes waren die Etappeninspektionen, deren jede Armee eine besaß. Bei kleineren Armeen traten an ihre Stelle sogenannte Etappenkommandos, bei denen die Stellen des Inspekteurs und des Chefs des Generalstabs in der Hand eines älteren Generalstabsoffiziers als Kommandeur vereinigt waren und im übrigen die gleichen Behörden in verkleinertem Maßstabe auftraten. Aufgabe der Etappeninspektionen war es, die Verbindung zwischen Heimat und fechtender Truppe herzustellen und für die von ihnen zu versorgende Armee und das von ihnen zu verwaltende Gebiet im Benehmen mit den heimischen Behörden (Kriegsministerium, stellvertretende Generalkommandos, stellvertretende Intendanturen usw.), den obersten Feldbehörden (Generalquartiermeister, Generalintendant usw.) und dem betreffenden Armee-Oberkommando die schon aufgeführten Pflichten der Etappe zu erfüllen, nämlich: Zuführung von Heeresbedürfnissen aller Art aus der Heimat an das Feldheer; Rückführung alles beim Feldheer entbehrlichen Materials und Personals einschließlich Verwundeter und Gefangener in die Heimat; Unterbringung und Verpflegung der zum Heere gehenden, von ihm kommenden oder hinter ihm in Ruhe befindlichen Truppenteile, Behörden, sowie von einzelnen Personen und Pferden; Verwaltung und Sicherung des Landes hinter der fechtenden Truppe, namentlich Sicherung der rückwärtigen Verbindungen des Feldheeres; schließlich wirtschaftliche Ausnutzung der Vorräte des besetzten feindlichen Gebietes für das Feldheer und die Heimat.

An der Spitze jeder Etappeninspektion stand als Etappeninspekteur ein General mit den Gebührnissen eines Divisionskommandeurs und den gerichtlichen und disziplinaren Befugnissen eines Kommandierenden Generals. Ihm unterstand ein Stab und eine Anzahl Etappenbehörden.

Zum Stabe gehörten: Der Chef des Generalstabs, 2 Generalstabsoffiziere (Ia und Ib), ein Adjutant, dessen wichtigste Tätigkeit die Bearbeitung der Personalien bildete, ein Hauptmann der Artillerie, der alle Waffen-, Munitions- und Pferdeangelegenheiten bearbeitete, ein Hauptmann des Ingenieur- und Pionierkorps für alle technischen und Transportangelegenheiten, ein Kommandeur der Feldgendarmerietrupps, ein Beauftragter des Chefs des Feldeisenbahnwesens (Bba) und ein Zahlmeister. Die dem Etappeninspekteur unterstehenden Etappenbehörden und ihre Arbeiten seien kurz gekennzeichnet, um in knappen Umrissen ein Bild der großen Organisation zu geben.

Der Kommandeur des Etappenmunitionswesens hatte den Nachschub von Munition, von Maschinengewehr-, Feldartillerie- und Fußartilleriegerät und von Sprengmunition durch Anforderung der nötigen Bestände beim Chef des Feldmunitionswesens und rechtzeitige Heranführung an die Munitionsausladestellen zu regeln. Ihm unterstanden:

Die Etappenmunitionsverwaltung, die die eintreffenden Munitionszüge übernahm, Munitions- und Gerätedepots und Munitionsausgabestellen anlegte, mit Personal ausstattete und verwaltete und die Ausgabe an die Munitionskolonnen bewirkte.

Der Kommandeur der Etappenmunitionskolonnenabteilung, der mit den ihm unterstellten Etappenmunitionskolonnen den Landtransport von Munition innerhalb des Etappengebiets bewerkstelligte. In dringenden Fällen führten diese Kolonnen auch Munition bis unmittelbar zur fechtenden Truppe vor. Wenn nötig standen auch Kraftwagenkolonnen und

Etappenfuhrparkkolonnen zum Munitionstransport zur Verfügung.

Die Zahl der Kolonnen war je nach der Größe der Armee verschieden. So verfügte die Etappeninspektion 4 im Jahre 1914 über sechs, die Etappeninspektion 6 im Jahre 1917 infolge vieler notwendig gewordenen Abgaben, trotz ähnlicher Größe der zu versorgenden Armee, nur über drei Etappenmunitionskolonnen.

Der Kommandeur des Etappentrains mit:

Etappenfuhrparkkolonnen, die bei der Mobilmachung aus in der Heimat ausgehobenen Pferden und Fahrzeugen zusammengestellt, mit den dazugehörigen Trainmannschaften besetzt und beladen den Etappeninspektionen überwiesen wurden und zum Landtransport von Verpflegungsmitteln zur Armee dienten.

Magazinfuhrparkkolonnen, die im Versammlungsgebiet der Armee oder in Feindesland ausgehoben und bespannt und mit dem Personal der Etappentraineskadrons bemannt wurden. Sie dienten zunächst zur Füllung und Verlegung von Magazinen, sodann zum Fortschaffen von Personal und Backmaterial der Bäckereikolonnen und endlich gleichen Zwecken wie die Etappenfuhrparkkolonnen.

Die Zahl auch dieser Kolonnen war verschieden. Es hatte die Etappeninspektion 4 im Herbst 1915 12 Etappenfuhrparkkolonnen und 2 Magazinfuhrparkkolonnen, davon eine in doppelter Stärke einer normalen. Der Etappeninspektion 6 gehörten im Juni 1918 9 Etappenfuhrparkkolonnen und 7 Magazinfuhrparkkolonnen, von denen aber 3 Etappen- und 2 Magazinfuhrparkkolonnen der Etappe zeitweilig genommen waren und im Operationsgebiet Verwendung fanden.

Etappenbäckereikolonnen (in der Regel eine) und Hilfsbäckereikolonnen zur Versorgung der Etappentruppen und der Etappentransporte mit Brot, und Unterstützung der Feldbäckereikolonnen der Feldtruppen.

Etappenpferdedepots zur Aufnahme der von der Armee abgeschobenen kranken und überzähligen Pferde und zum Sammeln brauchbarer Pferde des Etappengebiets.

Die Trainkolonne des Etappensanitätsdepots zum Befördern des in diesem enthaltenen Sanitätsgeräts zu den verschiedenen Lazaretten. Der Kommandeur der Kraftfahrtruppen mit den Etappenkraftwagenkolonnen und leichten Kraftwagenkolonnen zur Nachführung von Heeresbedürfnissen aller Art, besonders von Munition und Verpflegung, hauptsächlich wo schnelle Aushilfe bei plötzlich eintretendem Bedarf notwendig wurde. Auch zum Transport von Verwundeten sollten sie verwandt werden. Die Kavalleriekraftwagenkolonnen sollten besonders die Bedürfnisse der Kavalleriedivisionen diesen möglichst weit nach vorn zuführen. Die Zahl der Kraftwagenkolonnen war z. B. bei der Etappeninspektion 4 zu Beginn des Krieges 11 Etappenkraftwagenkolonnen, 3 leichte Kraftwagenkolonnen und 1 Kavalleriekraftwagenkolonne.

Der Etappenkraftwagenpark, unter Ausbau geeigneter Fabriken angelegt, hielt Kraftfahrpersonal, Ersatzwagen aller Art und ein Lager von Betriebsstoffen (Tanklager), Werkzeug und Ersatzteile bereit, führte die Instandsetzungsarbeiten aus und sammelte die im Operations- und Etappengebiet beschlagnahmten Kraftwagen und Betriebsstoffe.

Der Führer des Etappenflugzeugparks, zum Ersatz von Personal und Gerät der Fliegerabteilungen der Armee.

Dem Etappenintendant, dem in erster Linie die Weiterbeförderung der in seinen Bereich

übergegangenen, zur Verpflegung der Armee bestimmten Vorräte und Ausnützung der Hilfsmittel des Etappengebietes für die Verpflegung der Armee und der Etappe oblag (**s. S. 218ff.**).

Der Etappenarzt zur Leitung des Sanitätsdienstes im Etappengebiet. Er sorgte für ärztliche Behandlung, Unterbringung, Pflege, Ernährung und Zurückführung von Verwundeten und Kranken des Feldheeres durch Ablösung der Feldlazarette, Einrichtung einer ständigen Krankenpflege im Etappengebiet, Überführung der Kranken in die Heimat, ferner Personalersatz und Nachschub von Sanitätsausrüstung. Der ihm beigegebene "beratende Hygieniker" leistete in erster Linie Hilfe bei Bekämpfung übertragbarer Krankheiten.

Der Etappenveterinär als fachwissenschaftlicher Berater der Etappeninspektion in allen Veterinärangelegenheiten und Leiter des Veterinärdienstes im Etappengebiet (**s. Abschnitt "Feldveterinärwesen"**).

Der Etappenkriegsgerichtsrat zur Bearbeitung der sehr umfangreichen gerichtlichen Angelegenheiten.

Der Armeepostdirektor, dem die Herstellung und Erhaltung der Postverbindung zwischen Armee und Heimat oblag (**s. Abschnitt "Feldpost und Etappentelegraphie"**).

Der Etappentelegraphendirektor, dem die Erhaltung, Wiederherstellung und Neueinrichtung von Telegraphen- und Fernsprechleitungen im Etappengebiet, insbesondere zwischen dem heimischen Netz und den Feldlinien oblag.
Die Baudirektion zur Erhaltung und Verbesserung der Verkehrswege im Etappengebiet, einschließlich der Wasserstraßen in Feindesland.

Der höhere Zivilverwaltungsbeamte mit dem nötigen Personal zur Verwaltung des besetzten feindlichen Gebiets.

Für die einzelnen Bezirke der vielfach recht umfangreichen Gebiete unterstanden der Etappeninspektion Etappenkommandanturen und, nach Bedarf für die Wasserstraßen, Hafenkommandanturen. Als ausführende Kräfte für die mannigfachen Aufgaben waren dem Inspekteur Etappentruppen zugeteilt.

3. Die ersten organisatorischen Änderungen und neue Aufgaben.

Sehr bald erwiesen sich die Etats des Stabes und der Behörden als viel zu gering. Der persönliche Dienst des Adjutanten beim Inspekteur und die Offiziersangelegenheiten beanspruchten den Adjutanten ganz; die Mannschaftspersonalien erforderten einen zweiten Adjutanten um so mehr, als bei der wiederholten Verschiebung der Etappengrenzen auch stets ein starker Personalwechsel eintrat. Die gleiche Folge hatte das wiederholte Herausziehen von Mannschaften der Etappe für die Front und die Heimarbeit. Für die laufenden Geschäfte, Befehlsausgabe, Journalführung, Unterstützung der Generalstabsoffiziere im Dechiffrieren, Abschreiben von Geheimverfügungen erwies sich weiterhin ein Bureauoffizier als unbedingt erforderlich. Der Mangel eines Kommandanten des Stabsquartiers[1] erwies sich gleichfalls als unhaltbar. Alle diese Stellen mußten aber mit Offizieren aus den unterstellten Landsturmtruppen und Wirtschaftskompagnien besetzt werden. Ein Offizier war dauernd beschäftigt mit Zurechtweisen der vielen Urlauber, Lazarettentlassenen und kleinen Kommandos, die ihre Truppenteile suchten und diesen oft wochenlang von Armee zu Armee nachreisten.

Gegen Ende des Feldzuges kam hinzu, daß viele Drückeberger dieses Nachreisen zu ihrem

Lebenszweck erkoren hatten. Erst sehr spät entschloß man sich, besondere Auskunftsstellen bei den Armee-Oberkommandos und Heeresgruppen einzurichten, die, unter eigens hierfür bestimmten Offizieren, reichlich mit Personal ausgestattet, diese Weiterleitung Versprengter in geregelte Bahnen lenken sollten. Die wichtigste Auskunftsstelle wäre allerdings die Etappeninspektion gewesen; denn die meisten versprengten Leute strömten immer am Etappenhauptort zusammen und nicht an dem meist ziemlich unbekannten Sitz einer Heeresgruppe. Der Etappe wurde jedoch überlassen, aus kommandiertem Personal sich die notwendige Auskunftsstelle notdürftig zu schaffen. Die Wichtigkeit dieser Tätigkeit ergibt sich daraus, daß schließlich ein Mehrfaches von zehntausenden solcher Versprengten unterwegs waren und der fechtenden Truppe verlorengingen.

Eine besondere Vermehrung des Personals wurde bald nötig durch eine Menge von neuen Aufgaben, an die man zu Anfang des Krieges nicht gedacht hatte. Andererseits wurden der Etappeninspektion bald manche ihrer ursprünglichen Aufgaben genommen.

Zuerst veränderten sich sehr bald die Etappentruppen. Die gemischten Landwehrbrigaden, die ursprünglich den Etappen überwiesen waren, verschwanden schon September 1914 in die vorderste Linie; an ihre Stelle traten Landsturmbataillone und -eskadrons, von denen ein Teil unberitten war. Diese genügten auch für ihre Aufgaben vollkommen und haben sich durchaus bewährt; nur daß ihre Zahl infolge der immer größer werdenden Ausdehnung der besetzten Gebiete bei der einzelnen Inspektion immer kleiner, ihre Aufgaben aber durch die immer stärker notwendigen Kommandierungen zu Wirtschaftsbetrieben dauernd größer wurden, führte schließlich dazu, daß nicht alle Aufgaben befriedigend gelöst werden konnten. Als Beispiel für den Umfang der Verringerung mag dienen, daß die Etappeninspektion 4 im Jahre 1915 über 15 Landsturmbataillone und 6 Landsturmeskadrons (davon 2 unberitten) verfügte, während der gleich großen Etappeninspektion 6 in den Jahren 1917/18 nur 6 Bataillone und 3 unberittene Eskadrons zur Verfügung standen.

Bald wurde aus dem Bewegungskrieg fast überall der Stellungskrieg; die Etappenstraßen verloren an Bedeutung, da der Nachschub bis weit nach vorn mit der Bahn geleitet werden konnte. Der Nachschub wurde damit einfacher. Andrerseits aber nahm die Verwaltung und Ausnutzung des besetzten Landes an Bedeutung und Umfang zu. Vor allem wurden die Armee-Oberkommandos seßhaft und fanden dadurch Zeit, vieles selbst in ihre Hand zu nehmen, was sie während des Bewegungskrieges gern den Etappeninspektionen überlassen hatten. Die immer mehr in den Vordergrund tretende Technik brachte eine Menge Spezialressorts hervor, die alle danach strebten, unmittelbar den Armee-Oberkommandos zu unterstehen oder zu ihnen als Referenten zu gehören. So wurden eine Menge der ursprünglich der Etappe zugewiesenen Aufgaben unmittelbar den Armee-Oberkommandos übertragen.

Der Kommandeur der Kraftfahrtruppen mit den Etappenkraftwagenkolonnen hatte im Bewegungskrieg hervorragende Dienste geleistet, besonders durch Heranschaffen von Munition, als nach den ersten Schlachten der Verbrauch alle Berechnungen weit übertraf und die Bahn natürlich nicht schnell genug mit ihrem Betrieb den rasch voranschreitenden Truppen folgen konnte. Nur durch die rastlose Tätigkeit der weit vorauseilenden Organe der Etappe (Generalstabsoffizier Ib, Chef der Munitionsverwaltung, Etappenkraftwagenkolonnen) gelang es in dieser Zeit, den Truppen die so bitter nötige Munition zuzuführen. Als diese Verhältnisse stetiger wurden, wuchsen sich die Etappenkraftwagenparks, besonders in größeren Städten, wo sie die nötigen Räume und Werkzeuge vorfanden, zu mächtigen, musterhaft geleiteten Reparaturwerkstätten aus, die den hauptsächlich im Operationsgebiet eingesetzten Kraftwagenkolonnen die Möglichkeit steter Erneuerung boten. Jetzt wurden die Kraftfahrtruppen der Etappe weggenommen und ihr nur die für ihren eigenen Dienst nötigen Kolonnen belassen, die aber in technischer Beziehung dem Kommandeur der Kraftfahrtruppen beim Armee-Oberkommando unterstellt wurden.

Der Etappenflugzeugpark wurde mit der schnellen und großen Ausgestaltung des Flugwesens bald dem Kommandeur der Flieger beim Armee-Oberkommando unterstellt.

Die Etappentelegraphendirektion[2] wurde vollständig umgewandelt. Sie setzte sich planmäßig zusammen aus Beamten der Postverwaltung mit einem höheren Telegraphenbeamten an der Spitze. Jetzt wurde sie aufgelöst und an ihre Stelle rein militärische Truppen (Fernsprechabteilungen) gesetzt. Nur beim Großen Hauptquartier verblieben die Telegraphenbeamten im Amt. Die Umänderung war ohne Zweifel zweckmäßig, da sie an Stelle der Beamten Unteroffiziere und Mannschaften setzte, die sich besser den militärischen Befehlsverhältnissen einpaßten. Daß gleichzeitig damit das Ausscheiden der Fernsprecher aus der Etappe und ihre Unterstellung unter den Kommandeur der Nachrichtentruppen beim Armee-Oberkommando verbunden war, erwies sich wegen der einheitlichen Leitung als praktisch; der Nachteil für die Etappe, daß fortab natürlich die Fronttruppen bei der Zuteilung von Personal und Material für Leitungen stark bevorzugt wurden, mußte mit in den Kauf genommen werden. Was die Fernsprecher auch in der Etappe geleistet haben, Tag und Nacht am Klappenschrank, dauernd im Umbau von Leitungen tätig, bei den häufigen Fliegerangriffen und der gegen Ende des Krieges auch einsetzenden Beschießung der vordersten Etappenorte durch weittragende Geschütze - ohne Deckung suchen zu dürfen, heldenmütig auf ihrem Posten ausharrend - verdient alles Lob.

Mit der Etappentelegraphendirektion schied naturgemäß auch das Etappenfernsprechdepot aus. Auch dieser an sich nur kleine Zweig des Etappendienstes verdient Beachtung. Abgesehen von der zweckmäßigen Lagerung und Ausgabe aus der Heimat nachgesandter Apparate und Baustoffe verlangte vor allem das Aussondern, Wiederherstellen und Ausgabefähigmachen des auf dem Schlachtfeld gesammelten Fernsprechgeräts aller Art große Sachkenntnis, Umsicht und Arbeitsfreude. Oft war erstaunlich, wenn man sah, wie ein wüster Haufen anscheinend unbrauchbaren und fast unentwirrbaren Krams sich in kurzer Zeit unter kundiger, fleißiger Hand wieder in tadellos geordnetes, zweckmäßig gestapeltes und sofort brauchbares Fernsprechgerät verwandelte.

Ein sehr wichtiges Glied der Etappeninspektionen, das erst Ende 1917 von ihnen abgetrennt wurde, bildete die Baudirektion, der die Erhaltung und Verbesserung der Verkehrswege im Etappengebiet und außerdem die Ausführung aller dort notwendigen Bauten oblag. Zwar wurde vom Feldbahnbau, der ursprünglichen Hauptaufgabe der Baudirektion, verhältnismäßig wenig, im Westen fast gar kein Gebrauch gemacht; aber um so wichtiger erwies sich die Wiederherstellung, Unterhaltung und Neuanlage von Straßen einschließlich der in ihrem Zuge vorkommenden Brücken jeder Größe. An Stelle der ursprünglich vorgesehenen Eisenbahntruppen wurden deshalb den Baudirektionen neu aufgestellte Straßenbaukompagnien unterstellt. Diese arbeiteten sowohl im Etappen- als auch im Operationsgebiet und waren dort sehr häufig feindlichem Artilleriefeuer ausgesetzt.

Als Beispiel für den Umfang dieser Arbeiten sei angeführt, daß allein die Etappeninspektion Bug vom 1. April bis 30. September 1917 für Wegebauten verbrauchte:

23 777 lfd. m (4 847 cbm) Schotter,
7 190 qm Steinpflaster,
6 445 qm Holzpflaster,
1 070 lfd. m Knüppelung.

Ferner wurden 14,3 km Landweg geknüppelt und dabei die Summe von 100 000 Knüppeln verbraucht.

Auch Hochbauten aller Art kamen, als der Krieg sich zum Stellungskrieg ausbildete, in ganz ungeahnter Zahl vor, da Magazine, Werkstätten, Unterkunft für Mann und Pferd überall in

riesenhafter Menge aus vorhandenen Gebäuden ausgebaut oder neu hergestellt werden mußten. Dazu kam die Versorgung der Front mit Schotter, Kies, Zement, Ziegelsteinen, Eisen, Holz, Dachpappe, Bauwerkzeugen, Gerät und Maschinen.

Bei einigen Armeen spielte schon bald auch die Nutzbarmachung der Wasserstraßen und Einrichtung eines Betriebs auf ihnen eine große Rolle. So besonders bei der 4. Armee, bei der das reich gegliederte Kanalnetz Flanderns natürlich sofort zur Hilfe herangezogen wurde. Unterhaltung der Kanäle, der Brücken und Schleusen, Aufstellung eines Schiffsparks von Schleppern und Kähnen, Reparaturwerften, Bootsbauanstalten, Kanalbetriebs- und Hafenämter zur Leitung und Überwachung des Schiffsverkehrs in technischer, wirtschaftlicher und polizeilicher Beziehung machten dort einen bald nach Hunderten von Köpfen zählenden Verwaltungsapparat notwendig.

Dazu kamen technische Betriebe aller Art, z. B. bei der 4. Armee der Bau der nur aus Balken, Brettern und Dachpappe bestehenden Genter Unterkunftshütten. Sie wurden benötigt, da die meist zerstörten Wohnstätten der Kampfzone den hinter der vordersten Linie ruhenden Truppen nicht genügend Unterkunft boten. Ende 1914 begann daher die Baudirektion 4 mit dem Hüttenbau zunächst nur für die 4. Armee, konnte aber bald auch an andere Armeen Unterkunftshütten abgeben. Von diesen waren bis Ende Juli 1918 50 000 hergestellt, die Unterkunft für zwei Millionen Menschen und eine halbe Million Pferde gewährten, außerdem Küchenhäuser, Munitionsschuppen, Flugzeughallen usw. Bei der gleichen Inspektion wurden 1915 täglich 15 000 Hurden zur Befestigung von Schützengräben durch ein besonderes Kommando von Landsturmleuten (keine Pioniere, die gab es nicht in der Etappe) und belgischen Zivilarbeitern unter einem Pionierhauptmann hergestellt. Das Personal der Baudirektion 4 betrug schließlich statt der planmäßigen 11 Offiziere und Beamte und 21 Unteroffiziere und Mannschaften 70 Offiziere und Beamte und (einschließlich Straßenbaukompagnie und Brückenabteilungen) 6000 Unteroffiziere und Mannschaften und über 30 000 belgische Zivilarbeiter.

Die Unterhaltung der Wasserstraßen und der Betrieb auf ihnen wurden im Westen Ende 1916 den Etappeninspektionen abgenommen und für die gesamte Westfront eine Militärkanaldirektion in Brüssel gegründet, die dem Feldeisenbahnchef unterstellt war. So schmerzlich dies auch für die Etappeninspektionen war, die diesen Dienstzweig mit viel Mühe und Liebe ausgebaut hatten, so war es doch im Interesse der einheitlichen Leitung der ganzen Wassertransporte wohl zweckmäßig. Ende 1917 traten dann die Baudirektionen überhaupt unmittelbar unter die Armee-Oberkommandos, da die Straßenbaukompagnien, als meist im Operationsgebiet beschäftigt, gewissermaßen Fronttruppen geworden waren. Die Etappeninspektionen halfen sich meist, da für ihre Zwecke, d. h. für Instandhaltung der bestehenden und den Neubau notwendiger Straßen, sowie für die sich immer steigernden Anforderungen am Ausbau von Unterkunftsräumen und technischen Anlagen in der Zuweisung von Personal jetzt gar zu stiefmütterlich gesorgt wurde, mit Improvisation von Etappenbauämtern und aus Kommandierten zusammengestellten Baukompagnien.

Auch der Bahnbeauftragte wechselte von der Etappeninspektion zum Armee-Oberkommando, da er dort in unmittelbarem Verkehr mit Oberquartiermeister und Armeeintendanten die Bahntransporte regeln konnte. Im allgemeinen erwies sich diese Maßregel nicht als zweckmäßig. Solange man überhaupt die Etappeninspektionen als verantwortliche Behörde für den Nachschub bestehen ließ, war für sie die unmittelbare enge Fühlung mit den Eisenbahnbehörden unbedingte Notwendigkeit.

Auch die anfangs dem Etappenmunitionswesen unterstellten Artilleriebelagerungswerkstätten hatten großartige Leistungen aufzuweisen. Sie entlasteten durch Übernahme einer großen Anzahl von Reparaturen die überbürdeten Artilleriewerkstätten der Heimat, brachten die Geschütze durch Fortfall des Wegs von und nach Deutschland schneller wieder zur Truppe und ersparten der Eisenbahn die sonst nötige Wagengestellung. Außer umfangreichen Reparaturen leisteten sie auch

Neuanfertigungen verschiedener Art: behelfsmäßige Minenwerfer (Genter Ladungswerfer, Albrechtsmörser) usw. Ihre Betriebsleiter erwiesen sich als Konstrukteure von erfinderischem Geist und halfen durch zweckmäßige Aushilfen über manche Lücke hinweg, die durch neu auftretende kampftechnische Bedürfnisse entstand, bis die Heimat den ordnungsmäßigen Ersatz, der natürlich genau durchdacht und dann planmäßig in Massen fabriziert werden mußte, ins Feld senden konnte. Allerdings wurde die Neigung, sich eigene Werkstätten zu gründen, bald zu stark; außer den Hauptwerkstätten der Etappeninspektionen und ihren vorgeschobenen Zweigstellen richteten auch Gruppen, Divisionen, ja Regimenter und Batterien eigene Artilleriewerkstätten ein, so daß 1917 der Generalquartiermeister die Zahl der Werkstätten beschränken und ihre Belieferung mit Material, sowie die Verteilung der Arbeiten auf sie durch den Beauftragten des Generalquartiermeisters für den Westen (B. d. G. West) regeln mußte. Bei jeder Armee wurde eine Hauptwerkstätte der Belagerungsartillerie[3] am Etappenhauptort oder in einer anderen Stadt des Etappengebiets mit geeigneten Maschinenfabrikanlagen und 3 - 5 Zweig-Instandsetzungswerkstätten 8 - 10 km hinter der Front eingerichtet. Die Artilleriewerkstätten wurden später meist den Armee-Oberkommandos unterstellt, wohl hauptsächlich aus äußeren Gründen; denn die enge Zusammenarbeit mit den Munitions- und Geräteverwaltungen der Etappe, die die Ersatzteile aus der Heimat beschaffen mußten, und die Lage im Etappengebiet hätten das Verbleiben unter dem Befehl der Etappeninspektion als das Naturgemäße erscheinen lassen. Als Maßstab für den Umfang dieser Arbeiten seien von zwei Armeen Durchschnittszahlen von fünf Monaten des Jahres 1917 angeführt:

Werkstätten der Belagerungsartillerie de	**7. Armee**	**8. Armee**
Beschäftigte Leute	etwa 830	etwa 500
Monatlich eingehende beschädigte Geschütze	" 600	" 320
Monatlich zur Heimat gesandte Geschütze	" 78 (31)	" 50 (12)
Monatlich instand gesetzte Geschütze	" 520	" 270

Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die im Oktober 1917 heimgesandten Geschütze; sie zeigen durch ihre geringe Größe im Verhältnis zum Durchschnitt, wie die Werkstätten es allmählich verstanden, Bahn und Heimat zu entlasten. Bei der 4. Armee ist während der großen Flandernschlacht die Zahl der instandgesetzten Geschütze bei 2500 Arbeitskräften monatlich bis zu 1500 gestiegen.

Weitere Veränderungen im Etappendienst im Lauf des Krieges vollzogen sich, indem auch verschiedenes, was die Etappen sich zunächst behelfsmäßig selbst schufen, mit der Schaffung einer eigenen Organisation auf die Armee-Oberkommandos überging. So vor allem die Flugabwehr, die anfangs mit gänzlich unzureichenden Mitteln geleistet wurde - mußten doch 1914/15 einzelne Maschinengewehre, von Offizieren und Mannschaften der Landsturmtruppen oder auch der Trainkolonnen bedient, die wichtigsten Munitionsbahnhöfe schützen. Auch die Einrichtung der Flugwachen und die Organisation des Flugmeldedienstes waren anfangs Sache der Etappeninspektionen; die Gestellung der nötigen Mannschaften blieb es bis zuletzt. Die Unterstellung des Fliegerschutzes unmittelbar unter die Armee ist sicher zweckmäßig; jedoch war die ungenügende Zuteilung von Flugabwehr an die Etappe, die später bei den gerade auf die zahlreich im Etappengebiet angelegten wichtigen Munitionslager, Magazine und Bahnhöfe gerichteten, in dauernd steigender Zahl erfolgenden Fliegerangriffen manches Opfer im rückwärtigen Gebiet forderte, sehr bedauerlich.

Sehr bald wurden infolge der Inbetriebnahme einer Menge von Fabriken und Werkstätten mit elektrischem Antrieb, sowie des Bedürfnisses elektrischer Beleuchtung - da andere Leuchtmittel, vor allem Petroleum, so gut wie nicht zu haben waren - umfangreiche elektrische Anlagen notwendig. Übernahme, Ausbau und Betrieb von Starkstromleitungen wurden zunächst von jeder Etappeninspektion nach eigenem Gutdünken mit dem gerade zur Hand befindlichen Personal und Material in die Wege geleitet und hier bei dem schon anfangs großen und immer mehr steigenden

Bedarf an Licht und Kraft hervorragendes geleistet. Erst 1917 wurden Starkstromtruppen gegründet und den Armee-Oberkommandos unterstellt. Selbstverständlich wurde ein Teil auch zum Dienst im Etappengebiet verwendet und arbeitete nach Weisung der Etappenbehörden, ebenso wie dies auch nach ihrer Unterstellung unter das Armee-Oberkommando mit Teilen der Kraftfahrtruppen, Fernsprechern und Baudirektionen der Fall war.

Auch die anfänglich der Etappeninspektion unterstehenden "Sammelkompagnien" traten 1917 unmittelbar unter das Armee-Oberkommando. Sie hatten eine doppelte Aufgabe: einerseits liegengebliebenes Heeresgut der eigenen Truppen und erbeutetes Material vom Feinde, also besonders Waffen, Munition, Artillerie-, Pionier- und Traingerät zu sammeln, andererseits im Etappen- und Operationsgebiet für die deutsche Kriegswirtschaft wichtige Rohstoffe des feindlichen Landes (Chemikalien, Textilwaren, Eisenhalbfabrikate usw.) zu bergen, wozu sie den Wirtschaftsausschüssen der Etappe zugeteilt wurden. Zu ersterem Zweck wurde einem Teil von ihnen Feuerwerkspersonal zugeteilt; sie unterstanden besonderen Beutesammeloffizieren. Diese wurden später in Waffensammeloffiziere umbenannt, mit dem Auftrage, nur Waffen und Munition zu bergen. Als dann schließlich die Sammeltätigkeit, weil die Truppe nicht mehr im Vorgehen das Schlachtfeld frei machte, sich immer mehr an die Front verlegte, wurde das Sammeln auf dem Gefechtsfeld von der Etappe abgetrennt, bei den Armee-Oberkommandos ein Stabsoffizier mit Stab als Sammeloffizier aufgestellt und diesem die Sammelkompagnien unterstellt. Die Etappe sah sich nun genötigt, für ihre Zwecke besondere Formationen (Sammeltrupps, Bergetrupps, Ausbaukommandos oder ähnlich genannt) aus ihren Landsturmtruppen und Wirtschaftskompagnien zu bilden.

Auch das Brieftaubenwesen des feindlichen Landes wurde zunächst von den Etappeninspektionen nutzbar gemacht. Dies war besonders in Belgien eine sehr lohnende und wichtige Aufgabe, da sich infolge des beliebten Brieftaubensports dort in jeder Stadt Hunderte von wertvollen Brieftauben befanden und kaum ein Dorf ohne Brieftaubenschlag zu finden war. Später, als das Trommelfeuer drahtlose Verbindung auch in vorderster Linie besonders wichtig und die Brieftaube zu einem hervorragenden Nachrichtenmittel aller Truppen machte, wurde auch der Brieftaubendienst überall einheitlich geregelt und dem Kommandeur der Nachrichtentruppen der Armee-Oberkommandos unterstellt.

Eine große Umgestaltung erlebte bei fast allen Inspektionen die Tätigkeit des zweiten Generalstabsoffiziers (Ib). Anfangs wurde er als Verbindungsoffizier beim Armee-Oberkommando eingesetzt und hatte hier während des Bewegungskrieges besonders für das Heranschaffen der Munition zu sorgen, wobei er oft selbständig disponieren mußte, da eigentlich immer Mangel an Munition war und die Lage eine jedesmalige Anfrage bei der Etappeninspektion nicht zuließ. Auch zu Beginn des Stellungskrieges war noch viel, sogar bis in die vordersten Linien, zu tun, da eine Menge Geräte und Vorräte aller Art, z. B. Feldküchen, Gas für Luftschiffer, Pioniergerät, Liebesgaben bei dem damals mit ganz unzureichenden Kräften unter den schwierigsten Verhältnissen aufrecht erhaltenen Bahnbetrieb an den falschen Bahnhof gelangte und von dort sofort ohne lange Schreiberei und weitere Bahntransporte dem Truppenteil zugeführt werden mußte, der die betreffende Sache benötigte. Als alles in geordnete Bahnen kam, wurde die Tätigkeit dieses Offiziers beim Armee-Oberkommando überflüssig, so daß er wohl überall zur Inspektion selbst zurückgenommen wurde, wo ja auch infolge Überlastung des ersten Generalstabsoffiziers ein reiches Feld der Tätigkeit auf ihn wartete.

4. Bahn- und Grenzschutz.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Etappe blieb während des ganzen Krieges der Bahn- und Grenzschutz. Hierzu dienten in erster Linie Landsturmbataillone und berittene und unberittene Landsturmeskadrons. Die Bearbeitung lag meist in den Händen des ersten Generalstabsoffiziers

(Ia); doch erwies es sich als praktisch, zur unmittelbaren Abwicklung laufender Geschäfte und Überwachung der getroffenen Anordnungen einen besonderen älteren Offizier zu bestimmen. So entstanden fast überall die Landsturminspektionen, eine Dienststelle, zu der nichteingesetzte Etappenkommandanten oder Kommandeure von Landsturmbataillonen ernannt wurden. Gegen Ende des Krieges wurde bei jeder Etappeninspektion ein Landsturm- und Gefangeneninspekteur etatsmäßig aufgestellt. Die Vereinigung dieser beiden Funktionen erwies sich als unpraktisch, da die Aufgaben der im Bahn- und Grenzschutz stehenden von denen der zur Gefangenenbewachung verwendeten Bataillone wesentlich verschieden waren. Das Amt des Gefangeneninspekteurs hätte sich vielleicht eher mit dem des Kommandeurs der Militärgefangenenkompagnien vereinigen lassen.

Der Bahnschutz wurde so geregelt, daß die wichtigsten Kunstbauten durch Posten gesichert und auf der freien Strecke Patrouillengang unterhalten wurde. Allmählich wurden durch die Ausdehnung des zu sichernden Gebiets und die mannigfachen, sonst an den Landsturm herantretenden Aufgaben die zum Bahnschutz verfügbaren Kräfte immer geringer, so daß nur die besonders wichtigen Kunstbauten noch dauernd bewacht bleiben konnten und der Patrouillengang je nach der Wichtigkeit der Strecken bis zur äußersten Grenze der Sicherheit vermindert werden mußte. Auf den wenigst wichtigen Strecken gingen teilweise nur 1 - 2 Patrouillen in 24 Stunden, deren Zweck also nur sein konnte, der feindlichen Bevölkerung überhaupt die Anwesenheit von Truppen anzudeuten. Der Bahnbewachungsdienst war äußerst anstrengend; die Truppenteile lagen weit verzettelt, so daß jede Zufuhr äußerst erschwert war; die Landsturmleute konnten oft wochenlang nicht von Wache abgelöst werden, so daß es häufig vorkam, daß ältere Leute sich zur Front meldeten, da ihnen der Etappendienst zu anstrengend sei. Es war auch wahrlich keine Kleinigkeit für die über 40jährigen oder kranken Leute, von denen viele an Fußverletzungen, Rheumatismus oder nicht mehr ganz intakter Lunge litten, täglich vier-, mindestens aber dreimal[4] (davon den größten Teil des Jahres zweimal in der Dunkelheit) je 10 km, das sind 40 (30) km als Patrouille zu laufen, in Wind und Wetter, ohne Sonn- und Feiertage, ohne eine wachtfreie Nacht, wochen-, ja monatelang ohne Ablösung, ohne nur einmal Gelegenheit zu haben, vom einsamen Wachtlokal ins nächste Dorf zu gehen. Sehr groß war hierbei auch der Verlust an Leuten, die namentlich in stürmischen und regnerischen Nächten trotz immer wiederholten Hinweises auf die auch bei den größten Anstrengungen nicht außer Acht zu lassende Vorsicht von den Zügen erfaßt und getötet wurden. Bei fast allen Armeen übten die Etappentruppen den Bahnschutz auch im Operationsgebiet, teilweise bis zu den vordersten Endpunkten der Bahn aus, wodurch natürlich auch Verluste durch feindliches Artilleriefeuer eintraten.

Beim Grenzschutz waren ähnliche Aufgaben zu lösen, die, besonders an der holländischen Grenze, wegen der dauernden Versuche der Grenzüberschreitung durch Schmuggler, Spione, Überläufer und wehrpflichtige Landeseinwohner, die ins feindliche Heer eintreten wollten, ständigen anstrengenden Dienst erforderten. Durch technische Hilfsmittel, wie Scheinwerfer und mit elektrischer Hochspannung geladene Drahtzäune, wurde diesem Dienst eine wesentliche Hilfe geleistet, wenn auch durch Unachtsamkeit einige tödliche Unglücksfälle für eigene Soldaten[5] vorkamen. Für Anlage, Betrieb und Unterhaltung des 80 km langen Zauns verwendete die Etappeninspektion 4 ein Kommando von 4 Unteroffizieren, 29 Mann (Ingenieure, Elektrotechniker, Monteure). Zum Grenzschutz wurde zeitweise außer Landsturm auch aktive Kavallerie den Etappeninspektionen zugeteilt, so bei der 4. Armee an der holländischen Grenze längere Zeit die Gardekavalleriedivision.

Da an der holländischen Grenze mit einer taktischen Verwendung der Etappentruppen im Falle einer Neutralitätsverletzung durch die Entente gerechnet werden mußte, wurde diese seitens der hier liegenden Etappeninspektion 4 sorgfältig vorbereitet; die der Inspektion unterstellten Landsturmtruppen wurden in ihrer wenigen freien Zeit zur Verwendung als Kampftruppe fleißig ausgebildet. Überhaupt wurde überall, wo es die Verhältnisse zuließen, die Kampfausbildung der Landsturmleute gefördert.

5. Regelung des Nachschubs.

Ebenso wie die Aufgaben des Bahn- und Grenzschutzes verblieben während des ganzen Krieges unverändert der Etappe die Aufgaben des Nachschubs an Munition und Gerät, an Verpflegung für Mann und Pferd, an Bekleidung und Material aller Art. Die Munitions- und Geräteversorgung wurde jedoch organisatorisch wesentlich verändert.

Die Instandsetzung des Geräts übernahmen (**s. S. 212**) die Armee-Oberkommandos selbst; der Kommandeur der Munitionskolonnenabteilungen fiel aus Ersparnisrücksichten weg. Die Kolonnen wurden dem Kommandeur der Trains unterstellt, während gleichzeitig eine große Zahl der Munitionskolonnen der Etappe überhaupt genommen wurde, um bei neu formierten Truppenverbänden Verwendung zu finden oder im Operationsgebiet für Zwecke des Armee-Oberkommandos oder einzelner Korps benutzt zu werden. Daß diese Maßregel für die Etappe mannigfache Nachteile mit sich brachte, ist schon besprochen worden.

Durchaus zweckmäßig war dagegen der Wegfall der Etappenmunitionsverwaltung. Dieses Zwischenglied zwischen dem Munitionswesen und den unterstellten Depots und Ausgabestellen hatte sich als zwecklos und sogar als schädlich herausgestellt, da es sonst verwendbares Personal unnötig verbrauchte, vor allem aber die Weitergabe der Befehle naturgemäß verzögerte. Die dem Kommandeur der Munitionsverwaltung zugedachte Aufgabe der praktischen Beaufsichtigung der stehenden Depots war unter der Schreibarbeit zu kurz gekommen und konnte von dem Kommandeur des Munitionswesens mit übernommen werden. Schließlich fiel sie ganz weg, da die vorgeschobenen Depots und Ausgabestellen den Generalkommandos unterstellt wurden.

Trotzdem blieb für die Etappenmunitions- und Geräteverwaltung, wie die aus Munitionswesen und Munitionsverwaltung vereinigte Behörde nunmehr hieß, noch ein reichliches Arbeitsfeld übrig. Sie bearbeitete:

1. Den Munitionsnachschub, der bei den sich immer mehr ins ungeheure steigerndenMunitionsmassen und der immer mehr bei der Artillerie (und später auch bei der Infanterie) auftretenden Zahl von Geschoßarten und Spezialsorten, sowie dem dauernden Wechsel der Artilleriearten an den einzelnen Fronten große Anforderungen an Kenntnisse und Arbeitskraft des Personals stellte, wenn immer die nötige Zahl und Art der Munition an jeder einzelnen Stelle sein sollte.
2. Gerätenachschub, d. h. Ersatz und Nachschub von:
   a) Geschützen, einzelnen Rohren, Lafetten und Protzen, Fahrzeugen, Geschütz- und Wagenzubehör, Schanzzeug, Handhabungsgerät, Vorratssachen, Beobachtungs-, Schallmeß- und Lichtbildgerät für Feld- und Fußartillerie;
   b) eigentliche Maschinengewehrfahrzeuge, Zubehör, Schanzzeug und Vorratssachen für Maschinengewehrformationen;
   c) Geschirr- und Stallsachen für Feld- und Fußartillerie, Maschinengewehr- und Verkehrsformationen;
   d) Beobachtungsgerät für höhere Stäbe und Fußtruppen, ausgenommen Minenwerfer.
   e) Nachschub von Fahrrädern und Fahrradbestandteilen.
   f) Waffennachschub, und zwar:
      - von Ersatzteilen zu Handfeuerwaffen;
      - von Waffenmeistergerät für Infanterie;
      - von Ausrüstungsstücken für Infanterie;
      - Ausgabe von Offizierspistolen.

Alle diese Dinge wurden mit der Eisenbahn herangeschafft, in großen Lagern in der Nähe des Etappenhauptorts und weiter vorn niedergelegt und von da entweder von den Truppen abgeholt oder

mit Lastkraftwagen zu den Depots und Ausgabestellen der Fronttruppen vorgeschafft. Die Lager mußten natürlich erst zweckmäßig ausgebaut, Eisenbahnanschlüsse neu hergestellt und vor allem durch Verteilung und unauffälligen Ausbau die Gefahr der Fliegerangriffe vermindert werden. Sehr störend machte sich geltend der Mangel an geschultem Feuerwerkspersonal und zum Schluß die dauernde Verschlechterung der Arbeitskräfte, als den Artillerieparkkompagnien nur noch av.- oder gv.-Heimat[6]-Leute zugeteilt wurden, die die körperlich so sehr anstrengende Arbeit mit dem schweren Gerät nicht bewältigen konnten. Wurden doch sogar Leute mit kaum geheilten Armbrüchen, mit verkrüppelten Händen und Rückenmarksleidende als arbeitsverwendungsfähig den Artillerieparkkompagnien überwiesen. Auch nach Ansicht der Ersatzbehörden in der Heimat war für die Etappe eben alles gut genug.

Auch der Nachschub der Verpflegung blieb eine der Hauptaufgaben der Etappe. Hauptquelle der Verpflegung der Feldarmee blieb die Heimat. Die Etappenintendantur[7] besorgte in Gemeinschaft mit dem Bahnbeauftragten das Heranziehen der Verpflegungszüge und ihre Verteilung. Soweit es irgend ging, wurden die Züge auf den Verteilungsbahnhöfen der Armee auseinanderrangiert und die Bedürfnisse der fechtenden Truppe sofort den Korpsmagazinen zugeführt. Dem Verlangen der Eisenbahnbehörden, möglichst bis zu den vordersten mit der Bahn zu erreichenden Ausgabestellen bestimmte Züge zusammenzustellen, um ein Rangieren vorwärts des Verteilungsbahnhofes zu vermeiden, konnte wegen des dauernden Wechsels der Bedürfnisse nicht entsprochen werden. In den Etappenmagazinen wurden nur die Bedürfnisse der Etappentruppen, der im Etappengebiet liegenden Armeetruppen und der in Reserve liegenden Divisionen niedergelegt. Die Zahl der von der Etappeninspektion auf diese Art unmittelbar zu verpflegenden Truppen war allerdings manchmal recht erheblich, z. B. bei der 6. Armee allein im Sommer 1918 über 120 000 Mann, und zwar:

Von Etappentruppen etwa 45 000 Mann,
zugeteilte Fronttruppen etwa 70 000 "
Kriegs- und Zivilgefangene etwa 6 000 "
mit insgesamt etwa 30 000 Pferden.

Außer dem Nachschub von Verpflegung bearbeitete die Intendantur auch die Verwertung der Ernte des besetzten Gebiets und der sonstigen Landesvorräte, besonders Vieh, Eier, Wein und Spirituosen für das Heer - eine sehr komplizierte Arbeit, da für die einzelnen Okkupationsgebiete infolge der internationalen Abmachungen ganz verschiedene Bestimmungen darüber galten, inwieweit die Landesvorräte dem deutschen Heere nutzbar gemacht werden durften. Amerika und Spanien hatten (**s. S. 236**) die Versorgung der infolge **Absperrung von Überseezufuhr durch die Engländer** notleidenden Bevölkerung des von den Deutschen besetzten Gebiets übernommen und sich dabei durch Verträge dagegen gesichert, daß von den von ihnen eingeführten Lebensmitteln den deutschen Truppen etwas abgegeben wurde, und auch daß die deutsche Verwaltung bei den Landeseinwohnern mehr Lebensmittel beschlagnahmte, als für die Verpflegung der in dem betreffenden Gebiet liegenden Truppen, für die nach der Haager Landkriegsordnung das Land aufkommen muß, nötig war. Diese Verträge waren aber andere für das Gebiet der Generalgouvernements und somit auch für die vom Generalgouvernement in Belgien später an die verschiedenen Etappeninspektionen abgetretenen Gebiete, für die von Anfang an zur Etappe gehörigen Bezirke in Belgien (Flandern) und für das Etappengebiet in Frankreich.[8] So mußten viele Etappeninspektionen im Westen nach zwei oder gar drei verschiedenen Bestimmungen bei Erfassung dieser Vorräte arbeiten.

Außer für das Heer war auch für die Kriegsgefangenen, Zivilgefangenen und zwangsweise beschäftigten Arbeiter zu sorgen.

Auch die Anlage von Bäckereien, Schlächtereien, Pferdeschlächtereien, Beschaffung von Marketenderwaren und Viehversorgung gehörte zu den Aufgaben der Intendantur. Ferner die

Anlage von Kadaververwertungsanstalten, die gegen Ende des Krieges immer wichtiger wurden, je mehr sich der Mangel an auf andere Weise gewonnenen Schmiermitteln geltend machte. Außer Fett wurden auch Knochen, Hörner, Hufe zu mannigfacher Verwendung, sowie Blutmehl, Tierkörpermehl und Pansenfutter für Pferdefütterung hier gewonnen.[9]

Eine besonders schwierige Aufgabe war beim Westheer die Futterversorgung. Der Mangel an Hartfutter machte sich sehr bald empfindlich bemerkbar. An Stelle von Hafer wurden sofort allerhand Ersatzfuttermittel erprobt. Die mit Roggen, Weizen, Mais und Zuckerfütterung gemachten Erfahrungen waren gut, wenn das notwendige Maß beobachtet wurde. Preßfutterkuchen boten vollgültigen Hafersatz, verlangten aber sehr sorgfältige Aufbewahrung, da sie sonst verschimmelten. Auch Laubheukuchen wurde gewonnen. Zu einer allgemeinen Laubheufütterung kam es nicht, da es an Arbeitskräften zu dessen Gewinnung fehlte. Besonders erwähnenswert sind die Versuche der Strohaufschließung, an denen die Etappeninspektionen in hervorragender Weise sich beteiligten.9 Etappeninspektion 4 in Gent, 3 in Sedan (wo täglich 120 Zentner Stroh aufgeschlossen wurden) gingen auf der Westfront damit voran; auch im Osten wurden Strohaufschließungsanstalten gebaut, z. B. zehn Stück von der Etappeninspektion Bug. Die Erfahrung lehrte, daß ein Teil des Hafers durch aufgeschlossenes Stroh ersetzt werden, daß aber hierdurch allein, ohne Zugabe von Hafer, der Ernährungszustand der Pferde nicht erhalten werden kann. Die Rauhfutterbeschaffung war nicht ganz so schwierig, wie die von Hartfutter; zu manchen Zeiten trat aber auch hier empfindlicher Mangel ein, wenn die Eisenbahntransportschwierigkeiten den geregelten Nachschub von Heu und Stroh verboten. Sache der Etappeninspektion war es, für diese Zeiten durch Gewinnung von Heu im besetzten Gebiet, häufig durch in den Bereich anderer Armeen geschickte Kommandos, und seine Stapelung für Zeiten der Not zu sorgen. Im übrigen mußten in den geeigneten Monaten die Truppen auf möglichst reichliche Benutzung des Weideganges hingewiesen werden. Sehr erschwerend hierfür war es, daß in Belgien nach den Abmachungen mit dem spanisch-amerikanischen Komitee die ganzen Futtermittel den Einwohnern verbleiben sollten, so daß man bei Ermietung von Weideplätzen gänzlich von dem guten Willen der Belgier abhängig war. Auch die Anlage von Viehdepots für das aus der Heimat zugeführte Schlachtvieh war Sache der Intendantur, die hier im engen Einvernehmen mit dem Etappenveterinär und dem landwirtschaftlichen Sachverständigen arbeiten mußte. Zuchtvieh und teilweise Milchvieh wurde in Viehdepots gehalten in den Gegenden, in denen eine Viehhaltung durch die Einwohner ausgeschlossen war oder allein nicht genügte.[10]

Die Materialiendepots der Etappe versorgten die Truppen mit Materialien aller Art, insbesondere Papier, Schreibzeug und Bureaumaterial, Eß- und Kochgeschirre für Quartiere, Küchen- und Zimmereinrichtungen (Bettstellen, Lampen, Besen, Bürsten, Handtücher, Kohlenschippen usw.), Farben, Stoffe für Signal- und Fliegerzwecke, Schreibmaschinen, Feuerlöscher, Strohsäcke, Matratzen, Füllmaterial (Roßhaar, Stroh, Seegras), Streumittel (besonders Torf, Hobelspäne, Sägemehl) und tausenderlei Kleinigkeiten, z. B. Rasierapparate und die sehr wichtigen Mausefallen. Ferner waren dort vorhanden alle Werkzeuge für Schuster, Schneider, Sattler, Schmiede, Schlosser, Glaser, Mechaniker, Zimmerleute, Schreiner, Anstreicher, Maurer usw. in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit; dann Karbid, Öle, Holz- und Schmiedekohlen, Kochbadflüssigkeit für Feldküchen und sonstige Schmier- und Betriebsstoffe. So waren bei der Etappeninspektion 6 in den Materialiendepots bei Kriegsende 1918 außer anderem vorhanden an:

Schützengrabenöfen	etwa	20 000
Haferquetschmaschinen	"	5
Häckselmaschinen	"	15
Kochkisten	"	50
große Kochkessel	"	60
Wringmaschinen	"	100
Speiseträger[11]	"	2 000

und 2 Millionen Hufeisen mit den zugehörigen Nägeln und Stollen. Die Ausstattung der Truppen mit Quartier- und Schützengrabenöfen benötigte Riesenmengen, die teilweise aus der Heimat nachgeschoben, teilweise in Gießereien des besetzten Gebietes hergestellt wurden. Die Versorgung der Truppen vorderster Linie mit Hartspiritus zum Kochen mußte aus Mangel auf die im Großkampf befindlichen Truppen beschränkt werden und wurde vom Generalintendanten einheitlich für das ganze Feldheer geregelt. Auch der Nachschub von Geschirr- und Stallsachen, planmäßigen Fahrzeugen und Ersatzteilen an Trainfeldgerät für alle Truppen mit Ausnahme der Artillerie (für die die Munition- und Geräteverwaltung zuständig war) gehörten zu den Obliegenheiten der Etappenintendantur. Der Mangel an Leder machte sich zum Schluß des Krieges sehr fühlbar, und die von der Heimat gelieferten Geschirre aus Ersatzstoffen (Papierzügel usw.) erwiesen sich als nicht genügend haltbar und vor allem fast gar nicht widerstandsfähig gegen Regen.

Die Intendantur leitete außerdem das gesamte Geld- und Rechnungswesen, beaufsichtigte die Kassen, bearbeitete Gebühren und Lohnfragen der Truppen, Gefangenen und Zivilarbeiter, Finder- und Bergelöhne, Verrechnung der Landesernte, Festsetzung von Marktpreisen, Bereitstellung von Landesmitteln, Beitreibungswesen, Entschädigungsansprüche und Quartierleistungsfragen.

Der Nachschub an Bekleidung und Ausrüstung[12] lag anfangs auch in Händen der Etappenintendantur. Später wurde hierfür bei jeder Etappeninspektion ein sachverständiger Bekleidungsoffizier vom Kriegsministerium ernannt. Außer der Bestellung des Bedarfs bei Bekleidungsämtern in der Heimat, bei der oft das richtige taktische Verständnis des Bekleidungsoffiziers das erst in Zukunft für seine Armee Notwendige vorausahnen mußte, seiner Vorführung in Gemeinschaft mit dem Bahnbeauftragten, der Einlagerung in Magazinen, soweit nötig, und der richtigen Verteilung an die Truppen, sollte dieser auch auf Sparsamkeit im Verbrauch hinwirken, je nach Dringlichkeit die Reihenfolge der Ausgabe bestimmen und die Werkstätten der Truppen überwachen, eine sehr schwierige und undankbare Tätigkeit, da bei vielen Kommandeuren die Notlage der Stoffversorgung nicht genügend gewürdigt wurde, und in dem an sich lobenswerten Bestreben, die Truppen möglichst gut zu kleiden und auszurüsten, Forderungen gestellt wurden, die mit der Notlage Deutschlands keineswegs in Einklang standen. Selbst höhere Führer zeigten in diesen Fragen oft großen Mangel an Verständnis. Bezeichnend hierfür ist das Schicksal eines Kompagnieführers, der sich mit rastlosem Eifer Mühe gab, durch dauernde Sorge für die Wiederherstellung der stark mitgenommenen Bekleidungsstücke diese brauchbar zu erhalten und dafür schließlich von seinem Divisionskommandeur - kräftig angepfiffen wurde, da seine Leute doch lange nicht so gut gekleidet seien, wie die der Nachbarkompagnie. Diese hatte nämlich einfach immer neue Sachen angefordert. Die Truppenwerkstätten erwiesen sich oft als sinnlose Verschwender von Material. Bei den Mannschaften war Sparsamkeit natürlich erst recht nicht zu finden, - die hatten es bald entdeckt, daß einen neuen Rock anzufordern bequemer ist, als einen Riß zu flicken - und die jungen Kompagniechefs verstanden es nicht, die Leute entsprechend anzuleiten. Kam es doch sogar vor, daß junge Offiziere ihren Mannschaften die Erlaubnis gaben, die unersetzlichen Zeltbahnen zur Herstellung der unnötigen, aber bei den Feldstutzern als hochmodern sehr geschätzten Wickelgamaschen zu zerschneiden. Im Etappengebiet wurden Armeebekleidungsdepots eingerichtet, die eilige Anforderungen der Truppen unmittelbar, ohne auf Nachschub aus der Heimat zu warten, befriedigen konnten. Die Menge der in einem solchen Depot lagernden Bekleidungsstücke ging natürlich auch in die Tausende. Dabei muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß hier (wie auch bei allen anderen Gegenständen, für die die Etappe zu sorgen hatte) keineswegs unnötige Schätze aufgesammelt wurden, auf daß sie die Motten und der Rost fressen; nein, im Fall eines plötzlich ausbrechenden Großkampfes bei einer Armee reichten die Vorräte oft nicht einmal, so daß die Nachbararmeen aushelfen mußten. Fahrbare Schuhmacherwerkstätten wurden zu den Divisionen vorgeschoben, um im großen Ausbesserung des Schuhzeugs vornehmen zu können. Eine solche konnte 150 - 200 Paar Schuhe an einem Tage ausbessern.[13]

Der Armeepostdirektor[14] mit seinem der deutschen Postverwaltung entnommenen Personal sorgte

für Beförderung von Feldpostbriefen und Karten, sowie Päckchen aus und nach der Heimat. Seine Aufgabe wuchs ins Riesenhafte, da die Schreiblust bei den deutschen Soldaten allmählich ungeahnte Dimensionen annahm und die Portofreiheit manchen zu einem früher nie von ihm gepflegten Briefverkehr verleitete. Das etatsmäßige Postpersonal reichte daher bei weitem nicht aus und mußte durch Kommandierungen aus der Truppe verstärkt werden. An Paketen zum und vom Feldheer (abgesehen von den Feldpostpäckchen) waren anfangs nur Dienstsendungen zugelassen. Zunächst machte deren richtige Leitung große Schwierigkeit, und die vorausgesandten zweiten Generalstabsoffiziere der Etappeninspektion (Ib) mußten hier kräftig eingreifen, um Ordnung zu schaffen. Der Feldeisenbahnchef richtete daher besondere Eisenbahnpaketämter ein. Später übernahmen Eisenbahnverkehrsämter (wie im Frieden) mit ihren Organen (Güterabfertigungen) die Leitung dieses Verkehrs, der in Richtung vom Heer zur Heimat auch auf Privatsendungen ausgedehnt wurde.

Dem Kommandeur des Etappentrains unterstanden zur Bewältigung der auf die Landstraße angewiesenen Transporte aller Art die in den Aufstellungsorten fertig formierten Etappenfuhrparkkolonnen, sowie die Magazinfuhrparkkolonnen mit im Aufmarschgebiet oder im besetzten Gebiet beigetriebenen Fahrzeugen und Pferden, besetzt durch Mannschaften der Etappentraineskadrons. Etappenbäckereikolonnen boten die Möglichkeit, bei dauerndem Wechsel überall Brot backen zu können. Bei längerem Verweilen an einem Orte wurden die fahrbaren Feldbacköfen in Reserve gestellt und vorgefundene, nach Bedarf umgebaute Backanstalten benutzt. Mit Eintritt des Stellungskrieges und Beförderung alles Nachschubs mit der Eisenbahn wurde der Bedarf an Kolonnen im Etappengebiet geringer. Die meisten Etappen- und Magazinfuhrparkkolonnen wurden daher den Korps zur Verfügung gestellt und dafür zur Etappeninspektion schonungsbedürftige Truppenkolonnen kommandiert. Es gab das anfangs Anlaß zu mancherlei Reibungen, da verschiedene Kommandierende Generale in dem naturgemäßen Bestreben, ihre eigenen Kolonnen möglichst zu schonen, die Etappenkolonnen besonders scharf ausnutzten und so den Inspektionen berechtigten Anlaß zu Klagen über Herunterwirtschaften des Menschen - und Pferdematerials gaben. Dies änderte sich erst, als solche Etappenkolonnen dauernd den Korps überwiesen wurden und diese, solange sie die Kolonne bei sich hatten, auch für den inneren Dienst und die Aufrechterhaltung der Verwendungsfähigkeit die volle Verantwortung übernahmen. Obwohl die Etappenkolonnen jetzt denselben Dienst taten wie die Truppenkolonnen, wurde ihre Bezeichnung als Etappenkolonnen nicht aufgegeben und sie in bezug auf Ersatz an Mannschaften und Pferden den Frontkolonnen nicht gleichgestellt. Sie mußten vielmehr mit weniger leistungsfähigem Ersatz gleiches leisten, wie die Fronttruppen und wurden zum Dank dafür - mochten sie noch so weit vorne im feindlichen Feuer ihren Dienst tun - von den "Frontsoldaten" geringer eingeschätzt. Gegen Schluß des Krieges wurde ein Teil der Rechte des Etappeninspekteurs über seine Kolonnen auf den Kommandeur der Munitionskolonnen und Trains bei der Armee übertragen und dadurch auch für den Etappentrain ein doppeltes Unterstellungsverhältnis geschaffen, eine Maßregel, die man wohl besser vermieden hätte.

Die der Etappe verbleibenden "schonungsbedürftigen" Kolonnen wurden außer ihrem Dienst für den Nachschub - hauptsächlich für Etappenintendant und Munitions- und Geräteverwaltung -, im Forstbetrieb und in der Landwirtschaft beschäftigt. Bei letzterer leisteten die Kolonnen in den Gebieten, in denen die Einwohner nicht zur selbständigen Feldbearbeitung herangezogen werden konnten, nicht nur Gespanndienste, sondern ihr Personal war oft Träger des gesamten Landwirtschaftsbetriebs. Da für diese vielen Aufgaben die wenigen schonungsbedürftigen Kolonnen nicht genügten, besonders wenn aus dem Stellungskrieg infolge einer Offensive oder eines Rückzugs sich wieder der Bewegungskrieg entwickelte, so schufen sich die Etappeninspektionen aus Einwohnerwagen, mit ausgehobenen Pferden oder Ochsen bespannt und mit einheimischen Führern unter nur geringem deutschen Aufsichtspersonal besetzt, besondere Einwohnerkolonnen. Eine solche Kolonne bestand meist aus 1 Unteroffizier und 1 Gefreiten (beritten), 31 Landeseinwohnern, 62 Zugtieren, davon 1 Reservegespann und 30 Fahrzeugen. Bei

manchen Inspektionen waren aus ausgehobenen Zuchtstuten Sonderkolonnen gebildet, denen nur leichte Arbeit zugewiesen wurde, um dieses wertvolle Material zu schonen und vor Verschleuderung zu bewahren; ebenso aus abgeheilten Räudepferden Räudekolonnen, die sowohl eine Quarantäne, als auch Schonung während der Erholungszeit gewährleisteten.

Die Etappenpferdedepots, ursprünglich gedacht nur zur Aufnahme von einigen Reservepferden zur Ergänzung der Etappenformationen, wuchsen sich sehr bald zu großen Sammelstellen für den Pferdeersatz der Armeen aus.[15] Das etatsmäßige Personal reichte natürlich bei weitem nicht aus. Es mußten mehr Offiziere hinzukommandiert und als Pfleger Gefangene und Landeseinwohner in großer Zahl eingestellt werden. Die Durchführung gelang ohne größere Nachteile trotz der anfänglichen Bedenken, diesen das wertvolle Pferdematerial anzuvertrauen. Als gegen Schluß des Krieges größere Pferdetransporte aus dem Osten an der Westfront ankamen und dort ohne genügende Zeit zur Vorbereitung in stark zerstreuten Stallungen der Dörfer untergebracht werden mußten, war man sogar gezwungen, unberittene Landsturmeskadrons dem militärischen Dienst zu entziehen und als Pferdepfleger in den Etappenpferdedepots zu verwenden. Die Depots, anfangs meist geschlossen untergebracht, wurden bei den meisten Armeen bald zur besseren Ausnutzung der Stallungen und der Weideplätze in örtlich getrennte Zweigstellen (bei der 6. Armee z. B. sieben) gegliedert. Man konnte hierbei auch eine sachliche Gliederung des Pferdematerials vornehmen, indem in den einzelnen Stellen untergebracht wurden:

> Aus der Heimat nachgeschobene,
> aus dem Land ausgehobene,
> vom Osten herangeführte,
> aus den Lazaretten und von Truppen abgegebene schonungsbedürftige,
> und an die Truppe ausgabefähige Pferde.

Die Durchschnittszahl der Pferde im Depot betrug z. B. bei der Etappeninspektion 6 2000 - 3500 Pferde, vor Großkämpfen zeitweise bedeutend mehr. Wenn vor solchen Perioden plötzlich aus dem Osten mehrere hundert Pferde ankamen, für die weder Stallungen, noch Futter, noch Pferdepfleger vorhanden waren (die mitgekommenen Begleiter mußten sofort zur Übernahme neuer Transporte zurückgeschickt werden), die aber dafür ihre Halfter unterwegs aufgefressen hatten, so daß sie nach dem - durch Tücke des Schicksals meist auch noch nachts erfolgten - Ausladen nur als Herde über Land getrieben werden konnten, wenn diese dann in zwei bis drei Dörfern, deren jedes aus Dutzenden von weit auseinander liegenden Einzelgehöften bestand, verteilt, mit Futter versehen, tierärztlich untersucht und in spätestens zwei Tagen den Fronttruppen zugeführt werden mußten, so ergab sich hieraus für Offiziere, Veterinäre und Mannschaften des Pferdedepots eine Zeit, in der sie das von Fernerstehenden als so ruhig geschätzte Etappenleben mit manchem kernigen Soldatenfluch belegten. Aber geschafft wurde die schier unmögliche Aufgabe doch!

Für die bei den Truppen anfallenden Fohlen richtete die Etappe besondere Fohlenhöfe, für tragende Stuten und solche mit noch nicht absatzfähigen Fohlen Abfohlstationen ein. Für die Aushebungen im besetzten Gebiet wurden Musterungen abgehalten und genaue Listen aller Einwohnerpferde geführt. Den Einwohnern war das Decken kriegsbrauchbarer Stuten, um diese nicht dem Arbeitsdienst und der Aushebung zu entziehen, verboten. Um hierüber eine Kontrolle ausüben zu können, wurden zum Decken kriegsunbrauchbarer Stuten Deckstationen mit einheimischen Hengsten unter militärischer Leitung eingerichtet.

Sehr bald trat an der Westfront ein empfindlicher Mangel an Pferden durch Gefechtsverluste, Überanstrengungen, Unterernährung und Seuchen ein. Heimat und besetztes Gebiet konnten nur in beschränktem Maße nachschieben. Die Hauptquelle des Nachschubs wurde so der pferdereiche Osten. Das deutsche mittelschwere Pferd wurde immer mehr durch die kleinen Russen ersetzt. Schwierigkeiten in der Verwendung traten dadurch ein, daß für schwere Belgier und russische

Panjepferdchen natürlich verschiedenartige Gespanne und Fahrzeuge notwendig waren, so daß die Ausrüstung von Kolonnen und der Nachschub von Ersatzmaterial für sie immer umständlicher wurden. Die Einwohner wurden mit gutem Erfolg auf die Verwendung von Rindvieh als Spannvieh hingewiesen. Die anfangs als Pferdeersatz verwendeten Esel und Maultiere wurden später für die Gebirgskämpfe im Südosten benötigt und ebenfalls ausgehoben.

Zur Schonung des wertvollen Pferdematerials wurden sehr bald einschneidende Verfügungen erlassen, z. B. Verbot des Aufsitzens von Leuten außer dem Kutscher, Verbot des Trabfahrens außer zu taktischen Zwecken. Ihre Durchführung stellte hohe Anforderungen an die Polizeiorgane der Etappe, da bei vielen Leuten das Verständnis für ihre Notwendigkeit fehlte und besonders die im Etappengebiet liegenden Fronttruppen jedes Eingreifen gegen Übertretungen als unberechtigte Schikane empfanden.

Da die deutschen Fahrzeuge auf den schlechten Wegen des Ostens sich als zu schwer erwiesen, wurden sie zum großen Teil durch leichte, in den dortigen Gegenden übliche Fahrzeuge, von den deutschen Soldaten "Panjewagen" genannt, ersetzt. Auch im Westen zwang der Ersatz deutscher Pferde durch die kleineren Russenpferde zur Einführung solcher Fahrzeuge. Geschirr- und Wagendepots dienten sowohl zur Lagerung von aus der Heimat nachgeschobenen Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, Zubehör und Pferdegeschirr, ferner zur Reparatur aller dieser Dinge, wodurch sie sich schon zu umfangreichen Werkstätten auswuchsen, als auch zur Neubeschaffung von Fahrzeugen. Besonders zur Herstellung von Panjewagen besaßen einige Armeen recht große Fabriken. Unter den auszubessernden Fahrzeugen nahmen die Feldküchen einen sehr gewichtigen Platz ein, teils eine auffallend große Menge von zerschossenen, vielleicht weil die Truppen sie ohne Rücksicht möglichst weit nach vorn mitnahmen, teils auch infolge unvorsichtiger Behandlung mit durchgebrannten Kesseln. Besonders arbeitsreich gestaltete sich jedoch das Sortieren und Ausbessern von auf dem Schlachtfeld aufgelesenen Geschirren; und es war erstaunlich, wenn man sah, was aus einem ein ganzes Magazin füllenden wüsten Haufen von Lederzeug wieder für schöne brauchbare Geschirre gemacht werden konnten.

6. Etappen-Sanitäts- und -Veterinärwesen.[16]

Der Etappenarzt leitete eines der umfangreichsten Gebiete des Etappendienstes. Seine am meisten in die Augen fallende Tätigkeit war die Einrichtung der Kriegslazarette durch Einsatz der ihm unterstellten Kriegslazarettdirektoren mit ihren Kriegslazarettabteilungen. Die Kriegslazarette, die im Westen meist in Klöstern, weniger in den oft sehr dürftig und unzweckmäßig eingerichteten einheimischen Hospitälern, vorzügliche Punkte für ihre Einrichtung fanden, wurden häufig bald zu Musteranstalten ihrer Art. Je nach Größe und Einrichtung vereinigte ein großes Kriegslazarett Abteilungen für Verwundete und Kranke verschiedenster Art oder bot besonderen Krankenklassen, wie Typhus-, Ruhr- und Geisteskranken Unterkunft und Pflege. Die Lazarette dienten sowohl den Frontkämpfern, als auch den Angehörigen der Etappe. Eine schematische Trennung in Kriegs-, Etappen- und Seuchenlazarette, wie sie die Vorschriften vorsahen, fand selten statt. Im Stellungskrieg nahmen die Kriegslazarette auch oft die unmittelbar vom Schlachtfeld mit Autos herbeigeschafften Verwundeten als "Feldlazarette" in erste Pflege. Einrichtung für Spezialbehandlung aller Art, besonders die verschiedenen Bestrahlungen, und wirtschaftliche Einrichtungen (Ökonomie, Wäschereien usw.) und Anlagen für Unterhaltung oder Erheiterung der Kranken (Gärten, Kinos, Schwimmbäder, Büchereien usw.) machten den Betrieb eines solchen Lazarettes recht mannigfaltig. Von der Etappe eingerichtete Erholungsheime in Schlössern oder Landhäusern in schöner Gegend sorgten für Wiederherstellung der Dienstfähigkeit Schwacher und Genesender. Die Krankentransportabteilung übernahm das Abbefördern der Kranken und Verwundeten in die rückwärtigen Lazarette der Etappe und in die Heimat, Einrichtung von Krankensammelstellen, von Verbands- und Erfrischungsstellen, Betrieb der Lazarett-, Hilfslazarett-,

Vereinslazarett- und Leichtkrankenzüge auf der Vollbahn, Einrichtung und Betrieb von Sanitätskraftwagen, Lazarettschiffen, Krankenzügen auf Kleinbahnen aller Art und Feldbahnen. In Belgien und dem französischen Industriebezirk von Lille wurde zur Entlastung der Hauptbahn von den Straßenbahnen für den Verwundetentransport reichlich Gebrauch gemacht. Den Umfang der Geschäfte kennzeichnet, daß bei der Etappeninspektion 6 vom 9. April bis 9. Mai 1918, also in einem Monat, betrugen:

- Gesamtabtransport aus dem Armeebereich durch Krankentransportabteilung (mit Lazarett- und Leichtkrankenzügen) 58 000 Mann.
- Frontzugang bei den Krankensammelstellen (nur Verwundete und Kranke, die nach ihrem Abgang von der Truppe zum erstenmal eine Krankensammelstelle passieren) 94 900 Mann.
- Gesamtdurchgang bei den Krankensammelstellen (außer den obengenannten auch solche, die auf dem Weg aus den Kriegslazaretten in die Heimat die Krankensammelstellen passieren) 164 000 Mann.
- Durchschnittliche Belegung der Kriegslazarette während der Schlacht bei Armentières 35 000 Mann.
- Durchschnittliche Belegung der Krankensammelstellen während der gleichen Schlacht 15 000 Mann.
- Ende April 1918 umfaßten die Etappensanitätsformationen der 6. Armee: 285 Ärzte, 31 Zahnärzte, 40 Apotheker, 24 Geistliche, 77 Inspektoren, 423 Sanitätsunteroffiziere, 950 Militärkrankenwärter, 310 Trainsoldaten, 900 Schwestern und 550 freiwillige Krankenpfleger.
- Außerdem waren noch etwa 1500 Eingeborene mit Reinigungsarbeiten usw. beschäftigt.

Der "beratende Hygieniker" und der "beratende Innere Mediziner" unterstützten den Etappenarzt in ihren Spezialfächern. Vor allem unterstützte durch großzügigen Bau von Entlausungs- und Badeanstalten die Etappe die Arbeit der Ärzte.

In jedem Standort der Etappentruppen von einiger Bedeutung gab es Badeeinrichtungen; die großen Übernachtungsstellen für durchgehende Transporte wurden mit solchen ausgestattet, jedes Gefangenenlager, jede Unterkunft eines Zivilarbeiterbataillons hatte Entlausungs- und Badeanstalten; vor allem aber wurden großzügige Einrichtungen dieser Art überall da geschaffen, wo von der Front zurückgezogene Truppen in Unterkunft lagen. Einige solcher Anstalten ermöglichten es, gleichzeitig mehrere hundert Mann gründlich körperlich zu reinigen und ihre Kleider zu desinfizieren. Vielfach fand man sogar auf Eisenbahnwagen, vereinzelt auch auf Kraftwagen fahrbare Brausebäder, die auch den Truppen zeitweise ein Bad ermöglichten, die nicht über eigene Badeanstalten verfügten. Daß der Gesundheitszustand trotz der Massenheere in diesem Kriege bei den deutschen Truppen so gut war, wie noch nie in einem Kriege zuvor, ist nicht zum kleinsten Teile der hingebenden Arbeit auch der Etappensanitätsbehörden zu verdanken.

Dem beratenden Hygieniker war ein bakteriologisches Laboratorium zugeteilt. Ein chemisches Laboratorium diente zur Nahrungsmittelkontrolle - eine um so wichtigere Einrichtung, als die Fleischbeschau in den feindlichen Ländern weniger streng durchgeführt war als in Deutschland.

Das Etappensanitätsdepot war ein Riesenwarenhaus zur Ergänzung der gesamten Sanitätsausrüstung und auch Werkstätte zur Ausführung von Reparaturen an Sanitätsmaterial. Ausstattung und Verwaltung waren mustergültig.

Außer der Fürsorge für die Kranken und Verwundeten und für den Gesundheitszustand der Truppen lag dem Etappenarzt und seinen Organen auch die überall dringend notwendige hygienische Überwachung der Zivilbevölkerung und die Bekämpfung von Seuchen und Geschlechtskrankheiten unter dieser ob. Trübe Erfahrungen zwangen zu scharfem Anhalten der oft lässigen einheimischen

Ärzte zu Meldungen über ansteckende Krankheiten, Kontrolle der Dirnen, Überwachung der Bordelle, im Osten auch zur Einrichtung von Entlausungsanstalten für die Bevölkerung. Sehr häufig mußten die deutschen Ärzte überhaupt, da die einheimischen geflohen waren, auch die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Etappengebiet mit übernehmen, das Etappensanitätsdepot die Versorgung der einheimischen Apotheken mit Medikamenten. Dem Etappenarzt unterstellt waren auch die im Bereich der Etappe tätigen Organe der freiwilligen Krankenpflege, über die in den Abschnitten **"Feldsanitätswesen"** und **"Rotes Kreuz"** eingehend berichtet wird.

Für die Durchführung der Seelsorge im Etappengebiet befanden sich bei den Kommandanturen und Kriegslazarettabteilungen Kommandantur- und Lazarettpfarrer. Etatsmäßig waren zunächst nur die letzteren; den Kommandanturen sollten nach Bedarf Lazarettpfarrer überwiesen werden. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß auch, abgesehen von den Lazaretten, für Geistliche im Etappengebiet genug zu tun war, und es wäre wohl notwendig gewesen, jede Kommandantur ohne weiteres mit Kommandanturpfarrern auszustatten. Bei geringer Inanspruchnahme konnte es der Inspektion unbenommen bleiben, sie dort zu verwenden, wo mehr Bedarf war, wie z. B. am Etappenhauptort. Je ein evangelischer und katholischer Geistlicher war (neben seiner übrigen Tätigkeit) der Etappeninspektion als Referent für Seelsorge zugeteilt und hatte insbesondere Vorschläge für Verwendung der Geistlichen und Benutzung einheimischer Kirchen für den Gottesdienst der Truppen zu machen. Es gehörte viel Takt und große Gewandtheit dazu, hierbei Reibungen zu vermeiden und dem religiösen Bedürfnis des einer anderen Konfession, wie die Bevölkerung, angehörenden Teils der Truppen Rechnung zu tragen, ohne die Empfindungen der Bevölkerung und ihrer Geistlichkeit zu verletzen. Besonders einige katholische Geistliche haben sich hierbei großes Verdienst durch geschickte Verhandlungen mit den zuständigen Bischöfen erworben. Vielfach nahmen sich die Geistlichen, wo sie Bevölkerung ihrer Konfession trafen, aber einheimische Seelsorger nicht vorhanden waren, auch der Einwohner an und sorgten für Gottesdienst und Unterricht der Kinder. Für die Seelsorge der Israeliten befand sich bei jeder Armee ein Armeerabbiner, der entweder dem Armee-Oberkommando oder der Etappeninspektion zugeteilt war.

Die dem Etappenveterinär obliegende Tätigkeit (Veterinärdienst bei den Etappentruppen und den Etappenviehdepots, Einrichtung und Betrieb von Pferdelazaretten, chirurgischen und Seuchenlazaretten, und von Pferdeerholungsheimen) steigerte sich außerordentlich. Der Durchschnittsbestand an Pferden war z. B. in der Etappe der 6. Armee in den Pferdelazaretten 3000, in den Pferdeerholungsheimen 7 - 800 Pferde. Was hierbei von vielen Veterinären, abgesehen von ihrer fachwissenschaftlichen Tätigkeit, in organisatorischer, ja sogar in bautechnischer Beziehung geleistet wurde, verdient alles Lob. Erschwerend erwies sich vor allem der Mangel an militärischen Pferdepflegern, so daß Gefangene und unzuverlässige Landeseinwohner eingestellt werden mußten. - Eine außerordentlich wichtige Aufgabe erwuchs ihnen durch die Verhinderung von Viehseuchen, tierärztliche Überwachung der Pferde und des Viehs der Einwohner, Mitwirkung bei Pferdeaushebung, sowie durch die Einrichtung von Deckstationen und Kontrolle der Pferdezucht. Hierzu mußten aus den Veterinären der Etappentruppen besondere Kommandanturveterinäre kommandiert werden. Um die Fronttruppen von der Seuchenbekämpfung zu entlasten, wurde diese lediglich in der Etappe durchgeführt, und dazu alle seuchenverdächtigen Pferde sofort dorthin abgeschoben. Die im Heere auftretenden Seuchen, die gegen sie durchgeführten Maßnahmen und die erzielten großen Erfolge sind im Abschnitt **"Veterinärwesen"** behandelt.

7. Die Verwaltung des besetzten Gebiets.

Wenn der Etappe manche der ihr ursprünglich zugedachten Aufgaben abgenommen wurden, andere ihr blieben und sich nur allmählich und, ohne über den Rahmen der Vorschriften hinauszuwachsen, ausdehnten, so nahm ein bestimmter Teil bald so ungeahnte Ausdehnung an, daß für ihn die

Schaffung völlig neuer Organisationen notwendig wurde: die Verwaltung und Ausnutzung des besetzten Gebiets. Die in folgendem geschilderte Art der Verwaltung kann nur als Beispiel gelten, da fast bei jeder Etappeninspektion die Einzelheiten sich anders entwickelten, und vor allem auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen durchaus verschiedene Normen in der Abgrenzung der Befugnisse gegen die Generalgouvernements und Militärverwaltungen herrschten. Immerhin gibt das Beispiel ein Bild von den erzielten Leistungen; die Anforderungen waren überall die gleichen und lediglich die Form der Bearbeitung zeigte Verschiedenheiten.

Der jeder Etappeninspektion beigegebene höhere Zivilverwaltungsbeamte mit seinem Personal sollte nach den geltenden Vorschriften "die Verwaltung der eroberten Gebiete einrichten", besonders sollten ihm obliegen: Maßnahmen zur Beobachtung der Einwohner, Vornahme von Haussuchungen, Einrichtung einer Geheimpolizei im Etappengebiet, Eröffnung von Nachrichtenquellen über politische und militärische Maßnahmen des Feindes, Überwachung des zugelassenen Privatverkehrs, Maßnahmen gegen feindliche Spionage, Beaufsichtigung der Presse.

Darin war also der Hauptwert auf die militärpolitische Polizei gelegt und zu diesem Zweck auch das äußerst geringe Personal aus Kriminalbeamten gebildet. Das mußte aber bald geändert werden. Einerseits mußte die Einrichtung eines Nachrichten-, d. h. Kundschafterdienstes, und die Abwehr feindlicher Spionage, also gerade die militärpolitische Polizei als ein besonderes, an sich schon recht umfangreiches Feld der Tätigkeit an andere - später zu schildernde - Behörden abgetreten werden; andrerseits aber entstand aus den unscheinbaren Worten "Verwaltung der eroberten Gebiete" eine nicht vorherzusehende Riesenfülle von Arbeit. Denn die Etappeninspektionen traten, durch die Verhältnisse gezwungen, bald schon überall an Stelle der obersten Landesbehörden der feindlichen Länder und vielfach der örtlichen Regierungsstellen. Die Zivilverwaltung wurde damit das Organ des Etappeninspekteurs zur Ausführung alles dessen, was das Ministerium des Innern und vieles von dem, was das Finanz- und Justizministerium der betreffenden Länder und die Provinz- (Departements-, Gouvernements- usw.) Regierungen im Frieden bearbeitet hatten. Insbesondere bearbeitete die Zivilverwaltung polizeiliche Anordnungen, Entwerfen von Verordnungen des Etappeninspekteurs an die Bevölkerung, Überwachung einheimischer Polizei- und Gemeindebehörden, Beaufsichtigung feindlicher Staatsbehörden, wo solche im Amte waren, und Zensur von Zeitungen, Büchern, Theatern und Kinos (soweit letzteres nicht den besonderen Theaterreferenten übertragen war); in Frankreich und bei den selbständigen, d. h. nicht Oberost unterstehenden Armeen des Ostens auch die Steuerfragen. So wurden z. B. bei der Armeeabteilung Woyrsch direkte Steuern und Stempelsteuern erhoben. An Steuern, Strafen und Passierscheingeldern gingen bei der Etappeninspektion dieser Armeeabteilung im Jahre 1916 ein: 426 181,63 Mark, im Jahre 1917 bis zum 1. Oktober: 602 808 Mark. In Frankreich erhoben die deutschen Behörden unmittelbar keine Steuern, sondern das nötige Geld wurde durch Zwangsauflagen von den Gemeinden aufgebracht. Überhaupt fand die deutsche Verwaltung in Frankreich staatliche Behörden nicht mehr vor; die Gemeinden übernahmen unter deutscher Aufsicht auch die Tätigkeit der Staatsbehörden, soweit sich diese nicht entbehren ließ. In Belgien dagegen blieben die lokalen Staatsbehörden meist grundsätzlich im Amte. Hier war dem Generalgouvernement in Belgien[17] ein großer Teil der Verwaltungstätigkeit vorbehalten, vor allem vlamische und wallonische Angelegenheiten, Kirchenpolitik, Schulpolitik, Steuerwesen, Ein- und Absetzung der einheimischen Beamten; es bediente sich hierzu der deutschen Präsidenten der Zivilverwaltung in den Provinzen und der Zivilkommissare in den Kreisen.

Im Gebiet der "Verwaltung Oberost" leitete diese mit ihren Organen (Kreishauptleute, Amtsvorsteher) die gesamte Verwaltung und wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, so daß dort die Etappenbehörden lediglich auf ihre militärischen Aufgaben beschränkt waren. In Rumänien gab es (mit Ausnahme der besonders verwalteten Dobrudscha) keine Etappeninspektion. Hier stand vielmehr an der Spitze der Verwaltungstätigkeit die "Militärverwaltung Rumänien" mit Oberquartiermeisterstab, Verwaltungsstab, Wirtschaftsstab, politischer Abteilung,

Verpflegungsoffizier für die Zivilbevölkerung und Zentralpolizeistelle,[18] die gleichsam die Tätigkeit eines Generalgouvernements und einer Etappeninspektion vereinigte, aber in allen Angelegenheiten ihrerseits wieder unter dem Armee-Oberkommando stand.

Als lokale Dienststellen unterstanden ihr die Distriktskommandanturen, entsprechend den rumänischen Präfekturen, und diesen wiederum die Etappenkommandanturen für die kleineren Bezirke. Letztere entsprachen also in gewisser Beziehung den Kreischefs des Generalgouvernements in Belgien.

Auch das Gerichtswesen war sehr verschiedenartig geordnet. In Frankreich ruhte die eigene Gerichtsbarkeit völlig; bürgerliche Rechtsstreitigkeiten wurden hier gar nicht, Straftaten zwischen Landeseinwohnern nur insoweit - und zwar vor den deutschen Kommandanturgerichten - erledigt, als die Deutschen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung des Gebietes ein Interesse daran hatten. In Belgien amtierten die belgischen Gerichte wie im Frieden, abgesehen davon, daß natürlich Vergehen gegen deutsche Heeresangehörige oder gegen Verordnungen deutscher Behörden von deutschen Militärgerichten abgeurteilt wurden. Im Sommer 1918 jedoch streikten die belgischen Richter; es wurden dadurch deutsche Zivilgerichte für Beurteilung von Kriminalfällen zwischen Belgiern notwendig, die jedoch infolge der bald eintretenden Räumung Belgiens nicht recht zur Tätigkeit kamen. Im Osten urteilten deutsche Militärgerichte teilweise auch über Kriminaltaten der Landeseinwohner untereinander; sogar bürgerliche Rechtsstreitigkeiten wurden vor dem Forum der deutschen Etappen- oder Verwaltungsbehörden (vom Generalgouvernement oder von Oberost) erledigt.

Schon bald erwies sich als zweckmäßig, die Verwaltung in den einzelnen Landesteilen so zu lassen, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hatte, und nicht etwa für alle Gebiete zu schematisieren. Viel Arbeit und viele Reibereien hätte man aber erspart, wenn man in den Etappengebieten den Generalgouvernements oder ähnlichen Behörden gar keine Sonderrechte eingeräumt hätte; die Etappeninspektionen allein hätten leichter und besser arbeiten können. Wo besondere Rücksicht auf die eingeborene Verwaltung zu nehmen war, konnte ein System, wie das in Rumänien, praktisch erscheinen; aber auch hier wäre eine Vereinfachung durch Verschmelzen des Wirtschaftsstabes und des Verwaltungsstabes sehr nützlich gewesen, da die wirtschaftlichen Fragen mit denen der allgemeinen Landesverwaltung untrennbar zusammenhängen.

Die Landesverwaltung in der Etappe hat jedenfalls überall allen Anforderungen, die man vernünftigerweise an eine fremde Verwaltung stellen kann, vollauf genügt. Natürlich konnte sie es nicht allen Leuten recht machen. "Warum wird nicht schärfer gegen diese unverschämten Einwohner vorgegangen? die tanzen uns ja auf der Nase herum," schimpften die Frontsoldaten; "der Druck und die Vergewaltigung der Einwohner ist unerhört," schrie der Feind und - auch einige politische Querköpfe in der Heimat. Beides war falsch. Es wurde gerecht und zweckmäßig vorgegangen; nichts Unnötiges verlangt, aber das Notwendige energisch durchgeführt, und dabei viel, sehr viel im Interesse der feindlichen Bewohner gearbeitet. Die vernünftigen Einwohner erkannten dies auch an, wenn sie auch jetzt sich natürlich scheuen, dafür Zeugnis abzulegen. Niemals wurden lediglich, um den Sieger herauszukehren, die Landeseinwohner schikaniert, wie dies jetzt auf Schritt und Tritt in den vom Feinde besetzten Teilen Deutschlands geschieht; und die leider auch von vielen, selbstredend jedes eigenen Wissens baren Deutschen gehörte Redensart: "wir haben es in Belgien und Frankreich gerade so gemacht!" ist himmelschreiender Blödsinn. Ganz so milde, wie im Generalgouvernement Belgien, konnten die Etappenbehörden nicht sein; in der größeren Nähe des Feindes mußten strengere Maßregeln Platz greifen. Auch lag es in dem Wesen der militärischen Behörde, daß sie sich, wenn die Notwendigkeit einer Sache feststand, nicht durch rein formelle Bedenken von der Ausführung abhalten ließ. So wurde z. B. einmal im Jahre 1915 von der Etappeninspektion 4 der Befehl an die Dorfbürgermeister gegeben, bei Vermeidung von Strafe die vollständig verschlammten Abwässerungsgräben (in dem niederen Flandern eine sehr

wichtige Sache) reinigen zu lassen, obwohl der Vertreter der Zivilverwaltung das Bedenken hatte, man könne die Gemeinden nicht dafür verantwortlich machen, da "nach belgischem Recht" hierfür nicht die Gemeinden, sondern die einzelnen Anlieger verantwortlich seien. Man konnte dicht hinter dem kämpfenden Heere nicht genau jedem Buchstaben aller Bestimmungen des Friedens bis zu dem Grade Rechnung tragen, daß man etwa Verfügungen erließ, wie die eines Kreischefs an einen Offizier, seinen Hund abzuschaffen, da der belgische Herr Quartiergeber nach dem deutschen (d. h. im Frieden für das eigene Land geltenden) Quartierleistungsgesetz nicht verpflichtet sei, diesen im Quartier zu dulden, oder eines anderen, der deutschen Typhuskranken verbot, Rosen im Garten der Unterkunftsvilla abzuschneiden und ins Zimmer zu stellen, obwohl der Besitzer in England war, es ihm also ganz gleichgültig sein konnte, ob die Rosen am Stock oder im Glas verwelkten. Wohl aber wurden die Einwohner gegen jeden wirklichen Übergriff der deutschen Truppen rückhaltlos in Schutz genommen. Den Belgiern war übrigens vielfach die knappe militärische Art, die das als notwendig Erkannte einfach befahl, lieber, als die bureaukratische, die für jede Maßregel eine Unterlage in irgendeiner Bestimmung des belgischen, deutschen oder internationalen Rechts ängstlich suchte. Sie verstanden die deutsche Denkweise gar nicht, daß diese Gegenstände im Werte von Tausenden von Mark beschlagnahmten, weil ihnen die Haager Landkriegsordnung ein Recht dazu gab, oder für die Kriegführung unentbehrliches Material ohne Rücksicht auf seinen Wert wegnahmen, weil **die völkerrechtswidrige Blockade Englands**, die ihnen jede andere Beschaffungsmöglichkeit abgeschnitten hatte, dazu zwang, andererseits aber sich ängstlich hüteten, ihnen einen Fünfpfennigschaden zuzufügen, wo nicht das geschriebene Recht es ihnen erlaubte. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier gesagt, daß die französische und belgische Weise, lediglich die Zweckmäßigkeit zur Richtschnur des Handelns zu machen und dieses, wenn nötig, äußerlich mit einem moralischen Mäntelchen zu bekleiden, nicht verteidigt werden soll. Es ist sehr gut und unbedingt nötig, auch das geschriebene Recht hochzuhalten, nur darf diese Hochachtung nicht zu Lächerlichkeiten führen. In diesem Sinne wurde überall in der Etappe die Verwaltung des feindlichen Landes gehandhabt.

Das Wiedererwachen des geschäftlichen Lebens in den besetzten Gebieten und die damit verbundene Notwendigkeit von Reisen der Landeseinwohner zwangen zur Einsetzung besonderer Paßbehörden zur Regelung des Verkehrs. Völlige Freizügigkeit war natürlich schon aus Gründen der Spionageabwehr ausgeschlossen. Ob der Verkehr nur innerhalb der Gemeindegrenzen oder einzelnen Kommandanturbezirke ohne Paß gestattet war, oder nur Aus- und Einreise ins Operations- oder Etappengebiet als Ganzes passierscheinpflichtig waren, ob Verkehr zu Fuß freigestellt und lediglich für Fuhrwerke, Reiter, Radfahrer und Eisenbahnbenutzung besondere Erlaubnis nötig war, richtete sich nach der Nähe der feindlichen Linien und dem Verhalten der Bevölkerung, war also bei den Armeen und sogar innerhalb der Etappengebiete sehr verschieden. Der Verkehr nachts war überall an besondere Bestimmungen gebunden, ebenso für die erwachsenen Einwohner Erkennungskarten, wenn möglich mit Photographie, vorgeschrieben, um die Persönlichkeit jederzeit feststellen zu können. Besondere Bestimmungen mußten für Reisen ins Ausland getroffen werden, die man auch aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht ganz verhindern konnte. So war z. B. der Schiffsverkehr zwischen Holland und dem besetzten Gebiet in Belgien ein äußerst reger.

Zum Geschäftsbereich der Paßämter gehörte ferner die Bearbeitung der Einreisen von Angehörigen Kranker oder Verwundeter, von Begleitern von Liebesgabentransporten und Leichenüberführungen, von deutschen Kaufleuten und von Wissenschaftlern und Künstlern zum Abhalten von Vorträgen und Vorführungen. Auch die Überwachung der verbündeten und neutralen Staatsangehörigen im Etappengebiet, sowie die Kontrolle der ansässigen deutschen Zivilpersonen, wie Angestellten von Effektengeschäften, Buchhandlungen, Wirtschaften usw., soweit sie nicht Heeresgefolge waren, muß hier erwähnt werden.

Die Überwachung der Einwohnerpost wurde bald ein so umfangreiches Gebiet, daß sie wohl überall

von dem Ressort des Zivilreferenten, zu dem sie nach den Vorschriften ursprünglich gehörte, abgetrennt und besonderen Postüberwachungsstellen[19] übertragen wurde, die sich allmählich zu recht umfangreichen Behörden auswuchsen. Das Wiedererwachen des wirtschaftlichen Lebens im besetzten Gebiet machte eine Zulassung von Geschäftsbriefen, in Belgien auch von Dienstbriefen der im Amt verbliebenen einheimischen Behörden notwendig. Eine Überwachung war aber zur Spionageabwehr unbedingt geboten. Privatbriefe konnten daher nicht ganz allgemein zugelassen werden, da sonst der Umfang des Prüfungsgeschäftes ins Ungeheure gestiegen wäre. Sie wurden daher nur für den Verkehr der im deutschen Dienst stehenden Arbeiter mit ihren Angehörigen gestattet, ferner der Briefverkehr der Einwohner mit Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland. Dieser gesamte Verkehr, einschließlich Geldsendungen, mußte von den Etappenbehörden nicht nur überwacht, sondern, da die einheimische Post ja außer Betrieb war, überhaupt vermittelt werden. Da von der feindlichen Spionageorganisation äußerst raffinierte Mittel angewendet wurden, um die deutschen Behörden zu täuschen, genügte nicht eine einfache Prüfung der Briefe durch Lesen, es mußten vielmehr den Postüberwachungsstellen reichlich ausgestattete und mit erfahrenem Personal versehene chemische und photographische Abteilungen beigegeben werden. Auch die Überwachung des Brief-, Telegramm- und Fernsprechverkehrs der deutschen Heeresangehörigen und zugelassenen Zivilpersonen erwies sich als notwendig, da trotz aller strengen Verbote immer wieder sehr viele leichtsinnigerweise militärische Angelegenheiten verbreiteten, aus deren Kenntnis der feindliche Nachrichtendienst wertvolle Schlüsse ziehen konnte. Auch die Aus- und Einfuhr von Waren aller Art aus den einzelnen Etappengebieten nach und von dem Gebiet der Armeen, von Deutschland oder dem Ausland war an besondere Erlaubnis gebunden, da ja die Landeserzeugnisse, sei es zur Ernährung des deutschen Heeres und der Landeseinwohner selbst, sei es im Interesse der heimischen Kriegswirtschaft, größtenteils beschlagnahmt waren; sie mußte also durch Verordnung geregelt und überwacht werden.

Zu den Arbeiten, die den Etappeninspektionen durch die Sorge für die feindlichen Landeseinwohner auferlegt wurden, sind in erster Linie zu nennen: Auskunftserteilung auf Fragen aus dem unbesetzten Gebiet über Bewohner des besetzten Landes und über Gefangene durch Vermittlung der Diplomatie oder des Roten Kreuzes (für die Westfront über 5000 Anfragen jede Woche), Vermittlung von Geldsendungen aus dem Ausland an Landeseinwohner durch das Rote Kreuz, Auszahlung der Gehälter der katholischen Geistlichkeit, die an den katholischen Militäroberpfarrer der Westfront vom Heiligen Stuhle geschickt wurden, ferner im besetzten Frankreich der Abschub von alten und kranken Personen und von Kindern über die Schweiz in das unbesetzte Frankreich und die Verbringung von Kindern aus Frankreich und Belgien nach Holland, wo sie für einige Zeit gastliche Aufnahme fanden. Zu diesem Abschub hatte die deutsche Regierung ihre Genehmigung erteilt und für sie ihre Mitwirkung zugesagt, da es im besetzten Gebiete infolge **der völkerrechtswidrigen Blockade** nicht möglich war, Greise, Kranke und Kinder sachgemäß zu ernähren, und da die Regierung auf dem Standpunkt stand, keinen Vernichtungskrieg gegen die friedliche Bevölkerung der feindlichen Länder zu führen, obwohl zu gleicher Zeit und **infolge der gleichen Blockade in der Heimat die Kranken und Schwachen den schlimmsten Leiden unterworfen waren**, ohne daß Abhilfe geschaffen werden konnte. Allein diese Transporte, für die natürlich Lebensmittel, Milchversorgung, Begleitung durch Ärzte und Schwestern vorgesehen, ärztliche Untersuchung veranlaßt, Mitnahme von Gepäck, Kleidung und Geldmitteln geregelt werden mußten, stellten Anforderungen an die Tätigkeit und das Organisationstalent der Etappenbehörden, von denen Fernerstehende sich kaum einen Begriff machen können.

Im Osten kam noch hinzu die Versorgung und Wiederansiedlung der Rückwanderer, die von den Russen verschleppt oder vor den Kriegswirren in die Wälder geflüchtet, fast ohne jede Habe, halb verhungert zurückkehrten und nun ihr Heim durch Kämpfe oder die Brandlegung der eigenen Landsleute zerstört fanden. Auch die Beschaffung von notwendigen Gebrauchsgegenständen, die im besetzten Gebiet nicht mehr zu haben waren, für die Einwohner aus Deutschland und die Nachweisung deutscher Firmen, bei denen die Händler der besetzten Gebiete Waren bestellen

konnten, gehörten hierher.

Eine besonders schwierige Aufgabe war die Versorgung der besetzten Gebiete mit Lebensmitteln, da deren Produktion allein zur Ernährung ihrer Bewohner nicht ausreichte. **Deutschland konnte, durch die völkerrechtswidrige Blockade von Zufuhren abgeschnitten und selbst am Notwendigsten Mangel leidend**, natürlich nicht genügend aushelfen. Trotzdem wurde jedoch in den dringendsten Fällen Hilfe geleistet. So wurde in Frankreich schon Ende Oktober 1914 Salz aus deutschen Beständen an die feindlichen Zivileinwohner abgegeben. Spanien und Amerika (an dessen Stelle nach der amerikanischen Kriegserklärung Holland trat) hatten es übernommen, Lebensmittel in Amerika - natürlich gegen von den feindlichen Regierungen zur Verfügung gestellten Kredit - anzukaufen und nach dem besetzten Gebiet zu schaffen. Hier wurden sie von dem spanisch-amerikanischen (holländischen) Komitee abgeliefert und durch einheimische Komitees unter deutscher Aufsicht weiterverteilt. Die Gesamtversorgung leitete deutscherseits der Generalintendant, als dessen Organe Verpflegungsoffiziere für die Zivilbevölkerung für die einzelnen Gebiete eingesetzt waren. Diesen waren amerikanische (später holländische) Kontrolleure beigegeben, um eine Verwendung amerikanischer Lebensmittel für Deutsche zu verhindern.

Die Bewirtschaftung und Verteilung der einheimischen Ernte in Belgien (mit Ausnahme von Flandern) und der Ausgleich zwischen Landwirtschafts- und Industriegebieten lag auch im Etappengebiet in den Händen des Generalgouvernements (Zivilkommissare). Die einheimischen Komitees erwiesen sich bald überall als gefährlich, da sie ihre Stellung zu politischer Agitation mißbrauchten. Bei der Etappeninspektion Bug wurde daher 1917 der Hauptausschuß zur Ernährung der Bevölkerung aufgelöst. Die Etappeninspektionen der Westfront waren nicht so glücklich, das gleiche tun zu können. Das belgische *comité national* mit seinen regionalen und kommunalen Unterkomitees war eine vorzügliche Organisation in der Hand des Feindes, die einmal jede Maßnahme der deutschen Behörden kontrollierte und diesen dauernd offen und versteckt Schwierigkeiten bereitete, und zum andern naturgemäß ein Netz von Spionageagenten bildete, wie es sich der Feind gar nicht besser wünschen konnte. Sobald die Etappenbehörden irgendeine den Belgiern oder auch nur - bei dem in Belgien naturgemäßen Ausnutzen von Staatsämtern zu Privatzwecken - einem einzelnen Komiteemitglied unbequeme Maßnahmen trafen, erschienen prompt die Proteste der "hohen Protektoren" des Nationalkomitees und riefen, bei der gegen das

Abtransport von Flüchtlingen aus Valenciennes vor dem Ententeangriff.

Ausland immer möglichst rücksichtsvollen Haltung der politischen Abteilung in Brüssel, zum mindesten einen endlosen, unnötigen Federkrieg hervor.

Essenverteilung an Mannschaften und Einwohner im Etappengebiet.

Zu den von der deutschen Verwaltung den feindlichen Ländern erwiesenen Guttaten gehört auch die Bergung der Kunstschätze aus den Kampfgebieten in weiter rückwärts gelegene Städte.[20] Anfangs gingen die einzelnen Etappeninspektionen auch hier selbständig vor, dann wurden diese Angelegenheiten vom Generalquartiermeister einheitlich geregelt. So entstanden an der Westfront vor allem die beiden Museen in Valenciennes und Maubeuge, in denen besonders Gemälde, Bücher, Zeichnungen, Teppiche, Gobelins und Plastiken vor der Zerstörung durch den Krieg bewahrt wurden. Es ist diese Bergung eine Kulturtat ersten Ranges, und es ist eine erbärmliche Verleumdung von seiten der Gegner, wenn sie behaupten, die Deutschen hätten sich diese Gegenstände aneignen wollen. Um von vornherein festzulegen, daß keinerlei Verschleppung der Kunstgegenstände geplant war, wurden die Museen absichtlich auf französischem (nicht einmal belgischem) Gebiet angelegt und möglichst bald Kataloge der geborgenen Gegenstände veröffentlicht, die auch dem Feind zugänglich waren und ein Verschwindenlassen irgendeiner Sache unmöglich machten.

Recht umfangreiche und mannigfache Aufgaben fielen durch die Verwaltung der besetzten Gebiete der Feldgendarmerie zu. Ursprünglich nur als eine Art Straßenpolizei gedacht, wurde sie sehr bald der unterste Träger der gesamten Verwaltungstätigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung, so daß vielfach die Gendarmeriestationen eine Art Unterbezirke der Kommandanturen bildeten. Der Sicherheitsdienst blieb natürlich immer Hauptaufgabe und war keineswegs leicht; im Osten fanden sogar regelrechte Kämpfe mit ziemlich umfangreichen Räuberbanden statt. Dazu trat aber die Beobachtung der Haltung der Bevölkerung, die Übermittlung von Befehlen an diese und das Überwachen ihrer Ausführung, die Hilfeleistung bei der Beschlagnahme und der Erfassung der Landesvorräte, und die Verhinderung von Brief- und Warenschmuggel. Bei manchen Inspektionen gehörte auch die Kontrolle der wehrpflichtigen Landeseinwohner zu den Obliegenheiten der Gendarmerie, bei anderen wurden hierfür besondere Meldeämter eingerichtet. In den großen Städten wurde eine besondere Militärpolizei aufgestellt, die aus deutschen kommandierten Heeresangehörigen bestand und entweder der Gendarmerie angegliedert oder auch selbständig war. Zum Schaden der deutschen Sache dauerte es aber sehr lange, bis sie wenigstens in einigen Städten einen besonderen Etat bewilligt bekam; bis dahin hatte sie unter dem häufigen Wechsel der

Kommandierten empfindlich zu leiden. Diese mannigfachen Tätigkeiten der Gendarmerie und Militärpolizei veranlagten z. B. die Etappeninspektion 6, eine besondere Polizeischule zu gründen; denn die wenigen Gendarmen und Berufspolizisten reichten natürlich bei weitem nicht, und ohne fachmännisch gebildetes Personal ließen sich die gesamten Aufgaben nicht erfüllen. Die Pferde gab die Gendarmerie in den Etappengebieten des Westens größtenteils ab und erhielt dafür Räder, was auch bei dem ausgezeichneten Straßennetz Frankreichs und Belgiens vollauf genügte.

Von der Militärpolizei der Städte mit deutschen Mannschaften sind zu unterscheiden die auch im Etappengebiet (z. B. in Gent und einigen Städten des Ostens) eingerichteten deutschen Polizeiverwaltungen, bei denen ein deutscher Offizier - meist Verwaltungsbeamter von Beruf - als Polizeichef oder als Polizeihauptmann mit einem Stab von Offizieren und Unteroffizieren an der Spitze der einheimischen Polizeiverwaltung stand, also an Stelle des abgesetzten feindlichen Polizeipräsidenten amtierte oder diesen und seine Organe überwachte. Im allgemeinen hat die einheimische Polizei in diesen Fällen zur Aufrechterhaltung der Ordnung recht gute Dienste geleistet. In Belgien fühlten sich die Polizisten sogar recht wohl dabei, da sie nie solch ein Ansehen bei der Bevölkerung genossen hatten, wie unter deutscher Herrschaft.

Maßnahmen gegen die feindliche Spionage gehörten, nach den ursprünglichen Vorschriften, zu den Obliegenheiten des höheren Zivilbeamten bei der Etappeninspektion. Er konnte aber mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften diese Aufgabe nicht lösen; sie fiel naturgemäß bald der von dem Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung beim Armee-Oberkommando abhängigen geheimen Feldpolizei zu. Ob der Schwerpunkt der geheimen Feldpolizei beim Armee-Oberkommando oder bei der Etappeninspektion lag, war nach den Umständen verschieden, und bei verständigem Zusammenarbeiten zwischen Nachrichtenoffizier und Etappeninspektion ließ sich immer Gutes erzielen. Jedenfalls war die Aufgabe der geheimen Feldpolizei im Etappengebiet eine außerordentlich mannigfaltige und umfangreiche. Besonders in Belgien und Nordfrankreich machte der Patriotismus der Einwohner, die bis in die vornehmsten Kreise hinauf alles aufs Spiel setzten, um dem Vaterland zu dienen, die Spionageabwehr sehr schwierig. Außerdem stellte auch die immer mehr anwachsende Kriminalität unter den deutschen Soldaten hohe Anforderungen an die geheime Feldpolizei. Ein besonderes Gebiet der Spionageabwehr bildete die Taubenüberwachung. Da man die wertvolle Zucht nicht vernichten und sich außerdem Taubennachwuchs für eigene Zwecke sichern wollte, mußten sachverständige Taubenüberwachungskommandos gebildet werden. Meist wurde diese den Gendarmeriestationen angegliedert.

Landeseinwohner, die gegen die deutschen Behörden agitierten, wurden nach Deutschland abgeschoben und dort interniert. Da es sich meist um einflußreiche Leute handelte und diese alles in Bewegung setzten, um wieder zurückkehren zu können, ergab sich aus jeder derartigen Maßregel meist ein sehr umfangreicher Schriftverkehr. Auch als Geiseln wurden Einwohner anfangs abgeschoben und später als Vergeltungsmaßregeln gegen schlechte Behandlung deutscher Bürger, so z. B. der Afrikadeutschen. Zur Verbüßung der von den deutschen Behörden über Landeseinwohner verhängten Gefängnis- und Zuchthausstrafen mußten Strafanstalten geschaffen werden. Hierfür diente z. B. für einen großen Teil der Westfront anfangs das Gefängnis zu Condé, später Fort Maulde südlich Tournai. Auch wurden Disziplinarabteilungen für widerspenstige Kriegsgefangene (z. B. Fort Flines südlich Tournai) und für Zivilarbeiter (Longwy) eingerichtet.

Einen besonderen Zweig des Polizeidienstes der Etappe, der allerdings nicht zur Landesverwaltung gehörte, sondern durch die zunehmende schlechte Moral der eigenen Heeresangehörigen veranlaßt war, bildeten die Nachschubüberwachungsstellen, die wie in der Heimat, so auch im Etappengebiet vom Kriegsministerium eingerichtet wurden, um den Diebstählen auf der Eisenbahn und dem Transport unrechtmäßig erworbener Güter zu steuern.

Als recht schwieriger, und vor allem in politischer Hinsicht sehr vorsichtig zu behandelnder Zweig

der Verwaltung erwies sich die Heranziehung der einheimischen Bevölkerung zur Arbeit. Der Mangel an deutschen Arbeitskräften machte natürlich eine Heranziehung der einheimischen Arbeiter zur Hilfeleistung bei den wirtschaftlichen Betrieben sehr wünschenswert. Die meisten Arbeiter, besonders die gelernten Leute in den Werkstätten und Fabriken, ließen sich auch willig anwerben, da sie höhere Löhne bekamen als vorher unter ihren eigenen Volksgenossen; um so mehr, da die deutschen Behörden in vielem mehr soziale Fürsorge zeigten als früher die eigenen Landsleute. Die soziale Fürsorge der Vorkriegszeit in Belgien und Frankreich war ja im Vergleich zu der in Deutschland lächerlich gering. Daß Eisenwerke mit 1000 Arbeitern keinerlei Waschgelegenheiten hatten, daß gefährliche Maschinen ohne jede Schutzvorrichtung für die bedienenden Arbeiter liefen, haben die Deutschen vielhundertmal mit Erstaunen festgestellt. Schwierigkeiten bei der Arbeiterwerbung entstanden nur da, wo politische Agitatoren die Leute verhetzten; und oft kam es vor, daß Arbeiter oder ihre Frauen heimlich erschienen, mit der Bitte, sie doch zur Arbeit zu zwingen - sie wollten gerne arbeiten, hätten aber Angst vor ihren Landsleuten. Auch weibliche Arbeitskräfte wurden in großer Zahl beschäftigt. Schließlich betrug die Anzahl dieser freiwilligen Arbeiter Tausende in jeder Etappeninspektion. Außer diesen freien Arbeitern mußten auch auf Grund des Notstandsparagraphen[21] häufig Landeseinwohner herangezogen werden, wenn im Interesse des Besatzungsheeres unbedingt notwendige Arbeiten erledigt werden mußten, es aber an freiwilligen Helfern fehlte. Solche Heranziehung war meist nur vorübergehend, und die Arbeiter wurden grundsätzlich nur in ihrer Heimat oder doch in ihrer unmittelbaren Nähe herangezogen. Es handelte sich z. B. um Ausladen von Lebensmittelzügen, schleuniges Schaffen von Unterkunft für die Besatzungstruppen und ähnliches.

Von diesen Notstandsarbeitern zu unterscheiden sind die Zwangsarbeiter. Die unvermeidlichen Hemmungen des Wirtschaftslebens durch den Krieg und das allmähliche Aufbrauchen der Rohstoffe infolge **der englischen Blockade** - die hierdurch übrigens das befreundete Belgien mindestens ebenso schädigte wie das feindliche Deutschland - schafften sehr bald eine Menge Arbeitsloser. Hierzu kamen noch die Arbeitsscheuen, deren Zahl besonders in Belgien stark anwuchs, als die einheimischen Komitees durch Verweigerung von Unterstützung oder durch Schiebungen bei der Lebensmittelverteilung die Arbeiter zur Verweigerung jeder Arbeit, die der deutschen Verwaltung nützen konnte, aufhetzten. Diese Masse von herumlungernden Elementen wurde zu einer Gefahr nicht nur für die Sicherheit der deutschen Truppen, sondern für die Ordnung im Lande überhaupt, für die nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung die okkupierende Macht verantwortlich ist. Der Generalquartiermeister sah sich daher gezwungen, diese Leute zwangsweise zur Arbeit heranzuziehen. Es wurden aus ihnen Zivilarbeiterbataillone gebildet, zu deren jedem eine deutsche Bewachungskompagnie trat, deren Chef gleichzeitig Führer des Zivilarbeiterbataillons war. Diese Bataillone wurden da verwandt, wo große Arbeitermassen zu einem bestimmten Zweck gemeinsam eingesetzt werden konnten, z. B. im Forstbetrieb, beim Straßenbau und ähnlichem.

Zur Durchführung aller mit der Anwerbung der freien Arbeiter, der Heranziehung von Notstandsarbeitern, Bildung und Ergänzung von Zivilarbeiterbataillonen, Führung von Arbeiterlisten der Bevölkerung und Kontrolle der Arbeiter, Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Bedarfsplätze, Löhnung, Verpflegung, Kranken- und Unfallversorgung aller Arbeiter und Beurlaubung aus den Zivilarbeiterbataillonen zusammenhängenden Arbeiten mußten bei den Etappeninspektionen besondere Zentralarbeitsämter oder ähnliche Behörden gegründet werden. Im Westen erwies sich als besonderes Hindernis für die restlose Erfassung brachliegender Arbeitskräfte wiederum das Nationalkomitee, indem es das Privileg, daß seine Angestellten zu keiner anderen Arbeit herangezogen werden durften, dazu auszunutzen suchte, eine möglichst große Anzahl von Leuten angeblich zu beschäftigen und so dem Zugriff der deutschen Behörden zu entziehen. Im Osten machte es besondere Schwierigkeiten, daß ein großer Teil der arbeitslosen Bevölkerung jüdischer Abstammung nicht an körperliche Arbeit gewöhnt und daher vielfach überhaupt nicht zu brauchen war; ja sogar zur Arbeit in den ihnen zur eigenen Ernährung zugeteilten Schrebergärten

stellten sie polnische Arbeitskräfte ein und entzogen sie durch diese leichte Beschäftigung anderer Verwendung, die ihre Arbeitskraft besser ausgenutzt hätte. An manchen Stellen gelang es indessen, die Juden zu durchaus brauchbaren Arbeitern, selbst zur Schwerarbeit heranzuziehen; so arbeiteten in den Vogesen in den Waldbetrieben einige hundert in Warschau angeworbener, meist jüdischer Arbeiter zur vollen Zufriedenheit der Forstbehörden.

Als wenig nützlich erwies sich die Einrichtung von Stellen in den besetzten Gebieten, die Arbeiter für Deutschland anwerben sollten, wie das deutsche Industriebureau in Brüssel. Sie trugen lediglich Unruhe in die einheimische Bevölkerung hinein, schädigten das deutsche Ansehen dadurch, daß sie der feindlichen Bevölkerung das Bild eines Konkurrenzkampfes verschiedener deutscher Behörden boten und entzogen teilweise den Betrieben der Etappe oder der Bergverwaltung Arbeitskräfte, die statt teuer und schlecht in Deutschland, billiger und besser in den gewohnten Verhältnissen ihrer Heimat hätten der deutschen Sache dienen können.

Frühzeitig erkannte man, daß neben den Aufgaben des Nachschubs bei der **durch die Blockade geschaffenen Lage** die Ausnutzung des besetzten Gebiets Hauptaufgabe der Etappeninspektionen sein werde. Ende Oktober 1914 erging daher schon der Befehl des Generalquartiermeisters zur Bildung von Wirtschaftsausschüssen bei den Etappeninspektionen mit dem doppelten Zweck, einerseits das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete zu beleben, andrerseits die Hilfsquellen des Landes für das deutsche Heer nutzbar zu machen. Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses sollte der Chef des Generalstabs der Etappeninspektion sein, Mitglieder der Etappenintendant, der höhere Zivilbeamte und eine Anzahl forst- und landwirtschaftlicher, technischer und kaufmännischer Sachverständiger. Die Entwicklung war bei den einzelnen Etappen sehr verschieden. Der Generalstabschef behielt natürlich immer die oberste Leitung; aber während die Geschäftsführung bei einigen Etappen in der Hand des Vorstandes der Zollverwaltung lag, hatten andere einen besonderen geschäftsführenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, wieder andere deren zwei, indem die Landwirtschaft und Industrie getrennt verwaltet wurden; bei noch anderen hatte der Intendant hervorragenden Einfluß auf die Wirtschaftsbetriebe, oder einzelne Zweige derselben blieben vom Wirtschaftsausschuß getrennt unter der Leitung der Intendantur. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den einzelnen Armeen völlig verschieden lagen, und vor allem, da es nur darauf ankam, Persönlichkeiten von Organisationstalent und großer Energie an die Spitze zu stellen, so konnte jeder dieser Wege zum Ziel führen; es war also richtig, hier nicht ins einzelne zu schematisieren.

Landwirtschaftliche Betriebe traten in vier Formen auf. Die erste, Bewirtschaftung großer Flächen lediglich durch Truppenteile, z. B. durch Kolonnen ohne Hilfe der Einwohner, kam im Etappengebiet nur selten vor; die drei anderen: Anbau großer zusammengelegter Flächen durch militärisches Aufsichtspersonal mit einheimischen Arbeitern, Anbau des persönlichen Eigentums durch den Besitzer unter militärischer Aufsicht mit Auferlegung bestimmter Produktionsart und Lieferung bzw. Verteilung des Saatguts durch die deutsche Verwaltung, und endlich freier Anbau durch den Eigentümer lediglich mit Kontrolle der Verwertung der Ernte, kamen je nach der taktischen Lage, den politischen Verhältnissen und der landwirtschaftlichen Eigenart der Gegenden einzeln oder auch nebeneinander zur Anwendung. Zwangsmolkereien wurden fast überall im Lauf der Zeit eingerichtet und haben sich vorzüglich bewährt. Besondere Melkkontrolleure prüften nach, ob die angelieferte Milchmenge der tatsächlichen Produktion der Kühe entsprach. Der erzielte Ertrag an Butter und Käse trug wesentlich zur Ernährung des Feldheeres bei. So betrug z. B. bei der Etappeninspektion 6 im März 1918 die Produktion bei 11 660 Kühen 49 466 kg Butter (d. h. 137 g pro Kuh und Tag) und 72 457 kg Käse (d. h. 200 g pro Kuh und Tag), von denen 5119 kg Butter und 25 872 kg Käse den Einwohnern abgegeben wurden, das übrige der Truppe zugute kam. Im Mai 1918, als die Einrichtung von Zwangsmolkereien meist durchgeführt war, betrug die Ausbeute 231 g Butter und 304 g Käse pro Kuh und Tag bei einer täglichen Anlieferung von 6,4 kg Vollmilch für die Kuh.

Bei Zwangsauflagen an die Landeseinwohner hat es sich bewährt, von ihnen eine bestimmte Leistung (z. B. soundso viel Eier in jedem Monat) zu verlangen und den Überschuß ihnen zu belassen. Man weckte dadurch ihr Interesse an der Steigerung der Produktion und erhielt mehr als bei der Forderung restloser Ablieferung, bei der doch immer vieles trotz aller Kontrolle hinterzogen wurde. Bei der Etappeninspektion 6 z. B. wurden so von 80 694 Stück (im März gezählten) Hennen

im März	April	Mai 1918	
679 816	1 160 783	916 660	Stück Eier

erfaßt und an die Lazarette und Verpflegungsmagazine abgeliefert. - Besondere Schweinezuchtanstalten und große Gemüsebaubetriebe wurden auch da unter militärischer Leitung eingerichtet, wo der übrige Landbau durch die Einwohner betrieben wurde. So betrug z. B. in der Etappeninspektion 6 der Bestand der militäreigenen Schweinezucht- und Mastanstalten Ende April (bzw. Ende Mai) 1918: 12 (9) Stück Eber, 110 (97) Stück Zuchtsauen, 77 (92) Stück Ferkel, 234 (140) Stück Läuferschweine, 31 (54) Stück Mastschweine.

Auch die Schafschur wurde bei der Wichtigkeit der Wollgewinnung für das an Textilwaren arme Deutschland überall unter militärischer Kontrolle ausgeführt. Sie ergab z. B. bei der Etappeninspektion 6 im Mai 1918 von 4195 Schafen und Lämmern 15 507 kg Wolle.

Zur Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte dienten außer den Molkereien Zuckerfabriken, Zichoriendarren, Melasse- und Marmeladefabriken, Obst-, Gemüse- und Getreidedarren, Gemüsekonservenfabriken, Brennesselentbastungsanlagen, Sauerkohlfabriken, Brennereien und Brauereien teils in militärischem Betrieb, teils unter militärischer Aufsicht in einheimischem Betrieb. Man hielt sich hierbei an die örtlichen landwirtschaftlichen Verhältnisse, denen naturgemäß auch die der Ackerbauerzeugnisse verarbeitenden Industrie bereits im Frieden entsprachen, so daß auch dieser Zweig der Etappenarbeit bei den einzelnen Inspektionen sich ganz verschieden gestaltete. In den besonders fruchtbaren Gebieten der Etappeninspektionen 4 und 6 kamen alle Arten der erwähnten Fabriken vor. Es wurden u. a. bei der Etappeninspektion 6 im März 1918 881 000 kg Marmelade hergestellt, im Mai 586 000 kg. Die Jahreserzeugung 1917 auf 1918 betrug allein bei der Marmelade-und Sauerkohlfabrik Onaing der Etappeninspektion 6: 6800 t Marmelade, 60 t Dörrobst und 2000 t Sauerkohl; beinah 7 Millionen Kilogramm Marmelade und 2 Millionen Kilogramm Sauerkohl in einer einzigen Fabrik! In dieser Fabrik waren beschäftigt 5 deutsche Soldaten und 200 französische Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Melassefutterfabrik Wez-Velvain der Etappeninspektion 6 fertigte im März 1918 400 000 kg Melassefutter an. An Brennesselstengeln waren 1918 bei der Etappeninspektion 6 200 000 kg gesammelt, die allerdings infolge des Rückzugs größtenteils nicht mehr verarbeitet werden konnten. - Wie sehr in dieser Richtung aufgepaßt und frisch zugepackt werden mußte und dank der straffen und prompten militärischen Verwaltung auch zugepackt wurde, dafür diene als Beispiel, daß, als bei dem außergewöhnlich großen Obstreichtum, der in Nordfrankreich und Belgien 1917 auftrat, nach einer besonders stürmischen Nacht für Millionen an Obst auf Feldern und Straßen lag, sofort von einer Zentralstelle (landwirtschaftliche Abteilung B. d. G. West) an alle Etappen des Westens der Hinweis erging, unter Zurückstellung anderer Arbeiten Fallobst zu sammeln, und daß so also an einem Morgen plötzlich von der Nordsee bis zum Jura großes Fallobstlesen und seine Verarbeitung durchgeführt wurde.

Die Ostarmeen hatten auch eigene Mühlen im Betrieb. Bei der 4. Armee, bei der die Herstellung leichten Bieres auch für die Bevölkerung infolge der Wasserverhältnisse Flanderns eine Notwendigkeit war, wurde die Gerstebewirtschaftung monopolisiert und 1916 die Gerstenzentrale in Gent gegründet, die 639 Brauereien mit der nötigen Braugerste versorgte und außerdem die Landwirtschaft mit Saatgut, sowie die Hefefabriken, die Kaffeeröstereien und die Graupenfabriken belieferte. Eisfabriken und Selterswasserfabriken wurden überall betrieben. Auch natürliche Quellen wurden ausgenutzt und ihre Produktion erhöht, z. B. lieferte die Mineralquelle von St.

Amand bei Valenciennes im Frieden den Franzosen 400 Flaschen täglich, der deutschen Verwaltung aber 80 000 - 100 000 Flaschen am Tage. Das Flaschenlager dieser Quelle betrug im Winter 1917 7 Millionen Flaschen. Den Betrieb bewältigte ein Feldwebelleutnant mit einem halben Dutzend Landsturmleuten und etwa 200 französischen Arbeiterinnen. Bei der teilweise recht üblen Wasserversorgung der französischen Orte waren derartige Quellen eine Wohltat für die Truppen.

Große Reparaturwerkstätten sorgten für Sortierung, Wiederherstellung und Verteilung des überall im Kampfgebiet gefundenen landwirtschaftlichen Geräts und der Ackerbaumaschinen. Auch aus der Heimat wurden Maschinen und Gerät nachgeschoben. Kraftpflüge kamen hauptsächlich da zur Anwendung, wo infolge vorhergegangener Kampfhandlung größere Strecken wüst lagen und nicht die nötigen Einwohner zum Anbau vorhanden waren.

Der große Holzbedarf der Armee, infolge des Stellungskrieges mit seinen durch Holz gestützten Unterständen, machte bald eine großzügige Organisation der Holzgewinnung notwendig. Da **durch die Blockade** eine Zufuhr aus holzreichen neutralen Ländern, wie sie sogar schon im Frieden für Deutschland notwendig war und stattfand, abgeschnitten war, mußte man, außer einer bedeutend erhöhten Heranziehung der deutschen Wälder, auf die Holzbestände des besetzten Gebiets zurückgreifen. Bei allen Etappeninspektionen wurden Forstverwaltungen eingerichtet, denen wieder verschiedene Forstämter unterstanden, die unter Leitung von forstsachverständigen Offizieren des Beurlaubtenstandes die Holzgewinnung, die Verwertung des Holzes und der Nebenprodukte und den Transport bis zum Bahnhof oder der Wasserstraße bewerkstelligten. Als Techniker, Aufseher und Vorarbeiter dienten Deutsche, die zu Wirtschaftskompagnien oder besonderen Holzfällkommandos zusammengestellt waren; den Hauptteil der Arbeiter bildeten freie einheimische Arbeiter, Zivilarbeiterkompagnien und Kriegsgefangene. Bekannt ist die Ausnutzung des großen Urwaldes Bialowies. Hier wurde Holz für Baracken und Unterstände, Lattenroste, Schwellen, Telegraphenstangen, Holzwolle und Sägemehl gewonnen, außerdem als Nebenprodukte Kienöl, Teer, Holzkohle und Harz. Auch die Regelung der Jagd, besonders der Schutz der letzten in Europa vorkommenden Wisente,[22] wissenschaftliche Erforschung der Tier- und Pflanzenwelt, Geologie und Meteorologie wurden neben den Hauptaufgaben betrieben; Kampf gegen Kosakenkommandos und Räuberbanden gesellte sich zu der friedlichen Arbeit. Elektrische Lichtanlagen, Wasserleitungen, Entlausungsanstalten mußten für das Personal geschaffen werden, 1500 Morgen Landbau unterstützten seine Ernährung. In den Sägewerken liefen im Juni 1916 20 Vollgatter; Werkstätten aller Art sorgten für Instandhaltung der Geräte, 38 km Feldbahn und 60 km Förderbahn waren bis Ende 1917 in Betrieb. Die ganze Verwaltung leitete ein Hauptmann (Forstmeister) mit einem Stab von 8 Abteilungen.[23] Je ein Oberförster und ein Hilfsoffizier leiteten die fünf Bezirke (außerdem noch vier Bezirke außerhalb des eigentlichen Bialowieser Waldes), 3000 Zivilarbeiter und mehrere tausend Gefangene bildeten die Arbeiterschaft. Bei der Etappeninspektion Bug waren zur Holzgewinnung im Jahre 1917 an Deutschen beschäftigt: 7 Offiziere, 41 Unteroffiziere, 417 Mann, 9 Helfer und 1 Helferin in 21 Holzfällkommandos und 9 Sägewerken mit 24 Vollgattern, nebst den nötigen Kreis-, Pendel- und Bandsägen, 2 Holzwollfabriken mit 5 Holzwollmaschinen, 7 Köhlereibetrieben und 26 Terpentinöfen. Auch im Westen erreichte der Forstbetrieb beträchtlichen Umfang. So z. B. beschäftigte bei der Etappeninspektion 6 die Forstabteilung in der Hauptstelle und 8 Forstämtern 10 Offiziere, 120 Unteroffiziere, 1065 Mann, 648 russische Gefangene und 8488 französische und belgische Zivilarbeiter. Es waren 48 Vollgatter und 5 Bandsägen in Betrieb, die 14 000 - 16 000 cbm Schnittholz im Monat lieferten; 40 Holzwollmaschinen lieferten monatlich 1800 t Holzwolle; an Schwarten fielen im Monat ab (für Brennholz und Faßfabriken) 4050 rm, an Sägemehl (als Streu sehr wertvoll) 4500 rm. Die Erzeugung von Holzkohle betrug 550 t im Monat. Ferner wurden abgegeben 8000 cbm Langholz an Sägewerke der Gruppen (Generalkommandos) und des Generals der Pioniere der 6. Armee (11 Sägewerke mit 53 Vollgattern). Die Abgabe von Brennholz betrug 147 000 rm im Monat, von Pfählen und Stangen 1500 fm, von Faschinen 20 000 Stück, von Grubenholz 800 fm. - 8 Seilzugmaschinen (mit einer Leistung gleich 200 P.S.), 14 Lokomotiven,

180 Langholzdoppelwagen, 140 Kastenwagen, 500 Pferde und 53 Zugochsen besorgten den Transport zur Vollbahn oder zum Schiff. 72 km Gleis Waldbahn waren verlegt.

Im Westen reichte das im Lande gewonnene Holz bei weitem nicht aus, so daß noch große Mengen aus Deutschland nachgeschoben werden mußten, die vom Kriegsministerium in drei großen Holzsammelbahnhöfen gesammelt und von hier aus den Armeen zugeführt wurden. Grubenholz wurde aus Rußland auf dem Wasserweg über die Ostsee und durch die deutschen Kanäle nach Belgien und Frankreich geschafft. **Die englische Blockade** zwang zu diesem großartigen Organismus, der bis zuletzt die Bedürfnisse des Heeres zu decken wußte.

Die Industrie suchte man anfangs ohne Rücksicht auf spezielle deutsche Interessen zu beleben, um die besetzten Gebiete nicht unnütz zu schädigen und die Zahl der Arbeitslosen zu verringern; der wiederum durch **die Blockade** hervorgerufene Mangel an Rohstoffen zwang jedoch bald den größten Teil der Fabriken zum Stillstand, und die deutsche Verwaltung mußte sich damit begnügen, nur die Werke, natürlich unter deutscher Aufsicht, im Betrieb zu halten, die im Interesse des deutschen Heeres oder der Versorgung der Einwohner arbeiteten. Daneben wurden Fabriken aller Art als Heeresbetriebe eingerichtet, immer unter dem Grundsatz, möglichst wenig deutsche Soldaten, und lediglich als Aufsichtspersonal, in der Hauptsache aber einheimische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Außer den schon erwähnten Fabriken und Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden vor allem in Betrieb genommen: Eisengießereien und Metallbearbeitungswerke aller Art, besonders Stahlwerke (an der Westfront 6 Werke mit 12 Martinöfen und 1 Puddelofen) und Walzwerke zur Herstellung von Stabeisen, Winkeleisen, Trägern, Betoneisen, Wellblech, verschiedenen Sorten Blech, Schützengraben- und Quartieröfen, Eimern, Milchkannen, Marmelade- und Konservenbüchsen, Draht, Stacheldraht, Nägeln, Drahtstiften, Panzerbeobachtungsständen, Schützenblenden und Schutzschilden, eisernen Hindernispfählen, spanischen Reitern, behelfsmäßigen Minenwerfern, Wetterfahnen und Windmessern usw.; ferner Holzbearbeitungswerke für Fässer, Kisten, Marmeladekübel, Milchkübel, Bettstellen, Schemel, Tische, Brieftaubenwagen, Grabkreuze und anderes mehr; dann Wagnereien zur Reparatur und zum Bau von Fahrzeugen aller Art, besonders, wie schon erwähnt, von Panjewagen. Es fertigte z. B. im März 1918 die Faßfabrik der Etappeninspektion 6 in Tournai (mit belgischem Personal unter deutscher Aufsicht) 1200 Stück Milchkübel und 20 000 Stück Marmeladekübel, eine Schreinerei im gleichen Ort 5000 Stück Betten, 800 Stück Fenster, die Kistenfabrik in Lille (1 deutscher Soldat mit 36 französischen Arbeiten) 1354 Kisten.

Im Osten waren auch Gerbereien und große Sattlereien eingerichtet, während die Tierhäute an der Westfront nur eingesalzen und nach der Heimat zur weiteren Bearbeitung geschickt wurden.

Lediglich als Beispiel für die mannigfachen sonstigen Betriebe aller Art, die von den Etappeninspektionen eingerichtet wurden, und vom Umfang ihrer Tätigkeit seien hier einige Zahlen von den Sacknähereien der Etappeninspektion 6 angeführt: im Mai 1918 wurde in der Zweigstelle Lille unter 1 Soldaten von 10 französischen Arbeitern und 60 Arbeiterinnen 26 630 eingehende Säcke sortiert, 3585 Säcke und 13 Wagenplanen gestopft und ausgebessert und 1390 Gasschutzdecken angefertigt. Der Bestand an lieferungsfertigen Säcken betrug 44 180 Getreidesäcke, 5200 Melassesäcke und 27 000 verschiedenartige andere Säcke. In der Zweigstelle Ath wurden im gleichen Monat mit elektrischer Maschine von 3 Arbeiterinnen 18 810 Stück Textilosegetreidesäcke nachgenäht, von einer Arbeiterin 1750 Geldsäcke und 200 Käsesäcke angefertigt, von 22 Arbeiterinnen 13 626 Zementsäcke geflickt, ferner von 1 Arbeiter mittels Maschine 13 700 Säcke ausgeklopft, von 2 Arbeitern in 2 Wäschetrommeln 12 500 Zuckersäcke gewaschen und getrocknet, schließlich von 3 Arbeitern 12 Ballen = 1600 kg Sacklumpen gepreßt und zum Transport fertiggemacht.

Zur Prüfung der Kessel und Überwachung des Kohlenverbrauchs der militärischen und

einheimischen Betriebe wurde bei jeder Etappeninspektion eine Kesselprüfungsstelle eingerichtet und mit mehreren geprüften Ingenieuren, die als Militärbeamte angestellt wurden, besetzt. Die Kohlenknappheit zwang zur Einrichtung besonderer Kohlenverteilungsstellen, die den einzelnen Betrieben, den Truppen und den Gemeinden für Quartierleistung und Bedarf der Bevölkerung die Kohlen nach Menge und passender Art zuweisen mußten. Die Gesamtverteilung auf die einzelnen Armeen und Militäreisenbahndirektionen geschah im Westen durch den "B. d. G. West" (**s. S. 258**) im Verein mit der Kohlenzentrale in Brüssel und wurde in Sitzungen der Interessenvertreter monatlich festgelegt.

Einen besonderen Zweig der von den Etappen betriebenen Industrie bildeten die chemischen Werke, wie Karbidfabriken, Kalkwerke, Farbenfabriken, Waschmittelfabriken, Ätznatronanlagen, Kohlensäurefabriken, Fettgewinnungsanstalten, sowie die schon erwähnten Eisfabriken und Strohaufschließungsanlagen. Verwertung der Nebenprodukte der Gasanstalten, Verteilung von Chemikalien und Gerbstoffen gehören auch hierher. Als Beispiel seien wieder einige Zahlen der Etappeninspektion 6 erwähnt: Die (von Belgiern unter deutscher Aufsicht betriebene) Karbidfabrik Antoing stellte im März 1918 126 000 kg Karbid her, die Eisfabrik Lille (1 deutscher Soldat, 1 französischer Direktor, 1 französischer Buchhalter, 9 französische Arbeiter) erzeugte vom Mai 1917 bis Mai 1918 an Eis 4 214 226 kg, die Waschmittelfabrik St. Ghislain produzierte im Mai 1918 35 010 kg Seife usw. Für Sammlung technischer Öle und Fette und ihre sachgemäße Verteilung war an der Westfront die Ölzentrale West, anfangs in Roubaix, später in Obourg eingerichtet. Hier wurden z. B. an technischen Ölen und Fetten

	im März kg	**April kg**	**Mai 1916 kg**
aus dem Lande beigetrieben	10 659	11 192	54 335
von Materialiendepots der Heimat bezogen	12 260	—	52 450
durch Ölzentrale Brüssel aus Deutschland und Antwerpen bezogen	551 243	933 138	289 884
von Schoonaerde (chemische Fabrik der 4. Armee) bezogen	140 680	61 240	111 400
Ausgang von Ölen und Fetten	518 508	430 624	466 547
an Farben und Farbmaterial aus Landesvorräten und Materialiendepots bezogen	16 936	52 652	26 444
Ausgang an Farben, Farbmaterial	21 563	31 653	41 100

Auch die Elektrizitätsversorgung spielte eine wesentliche Rolle. Die anfangs von den Etappeninspektionen und Fronttruppen selbständig ausgebauten und betriebenen Anlagen wurden später durch die elektrische Abteilung des B. d. G. West nach einheitlichen Grundsätzen zusammengefaßt, wobei jedoch der eigentliche Betrieb unter Leitung der örtlichen Behörden verblieb. Die Gesamtkraftmenge, die der Westfront zur Verfügung stand, kann auf annähernd 120 000 K.W. geschätzt werden, wovon als Maximum 70 000 K.W. von der Front beansprucht wurden. Es wurden nach roher Schätzung erzeugt 300 Millionen Kilowattstunden, eine Leistung, die etwa der Versorgung von Groß-Berlin gleichkäme. Hiermit wurden versorgt etwa 1¼ Millionen Glühlampen, etwa 75 000 P.S. an Motoren und ungefähr 3000 Ortschaften. Zur Fortführung des Stromes dienten 6000 km Leitung mit einer Spannung von über 5000 bis zu 80 000 Volt. Es wurden hiermit die Betriebe der Front selbst, dann alle wirtschaftlichen (einschließlich der landwirtschaftlichen) Betriebe des Etappengebietes versorgt und auch ein Teil der elektrischen Straßenbahn in Betrieb gehalten. Zur Instandhaltung der elektrischen Einrichtungen diente ein in Zwangsverwaltung genommenes Werk in Jeumont, in welchem etwa 1000 belgische und französische Arbeiter beschäftigt wurden. Ausbau und Betrieb der elektrischen Anlagen lagen zum Schluß in den Händen der Starkstromabteilungen, die - je nach der Größe der Armee - aus 2 - 5 Kompagnien mit einer Kopfstärke von je 250 Mann bestanden. Es waren an der Westfront für die Elektrizitätsversorgung etwa 250 Offiziere und rund 12 000 Mann beschäftigt, ungerechnet die zu

einem besonderen Zweck hinzukommandierten Mannschaften. Die Starkstromabteilungen waren Armeetruppen und dienten sowohl im Operations- als auch im Etappengebiet.

Die von den Feinden mit äußerster Strenge durchgeführte Absperrung Deutschlands von jeglicher Zufuhr zwang zur größtmöglichsten Ausnutzung des besetzten Gebietes, nicht nur im unmittelbaren Heeresinteresse, sondern auch zur Unterstützung der Kriegsindustrie in der Heimat. Deutschland mußte zu seiner Selbsterhaltung die Rohstoffe, die für Herstellung der zum Kriegführen unbedingt notwendigen Bedürfnisse gebraucht wurden, unter allen Umständen beschaffen. Die Heimat konnte sie aber trotz größter Anstrengung (Beschlagnahme von Privatgut, Raubbau an den Naturprodukten) nicht in genügender Menge liefern, und der Bezug vom Ausland war durch **die völkerrechtswidrige Blockade** unterbunden. Hierzu kam noch in Rußland das von den Russen selbst ausgeführte Niederbrennen von Dörfern, Getreidevorräten usw. Die Ausnutzung des besetzten Gebietes wurde dadurch zu einer unbedingten Notwendigkeit. Das Aufsuchen von Kriegsrohstoffen, Halbfabrikaten und für die Kriegswirtschaft notwendigen Fertigerzeugnissen, ihre Beschlagnahme, Sammlung, Verwaltung, Ausgabe an die Truppen, Zuteilung zu Heeresbetrieben oder Rückführung in die Heimat, sowie endlich Verrechnung der Entschädigung nach den Grundsätzen der Reichs-Entschädigungskommission nahmen zahlreiche Kräfte der Wirtschaftsausschüsse in Anspruch. Zur Verfügung standen außer dem nötigen, aus Wirtschaftskompagnien und Landsturmtruppen abgestellten kaufmännischen und technischen Personal anfangs Sammelkompagnien, später besonders auch aus Abkommandierten gebildete Bergetrupps. Gesammelt wurden außer Verpflegungs- und Genußmitteln[24] (Wein, Tabak, Spirituosen) in erster Linie Textilwaren aller Art, Papier, Felle, Leder, besonders Treibriemen, Gummi, Öle, Fette, Farben, alle Arten von Chemikalien, Dünger verschiedenster Sorte, Weiden, Korke, Holz, Fässer, Metalle, Nähmaschinen und Textilmaschinen. Als willkürlich herausgegriffene Beispiele für die Mengen möge dienen der Abtransport des Wirtschaftsausschusses der Etappeninspektion 6: Im März 1918 an Matratzenwolle 173 075 kg, im April 96 831 kg, an Stoffen und Sacklumpen in den gleichen Monaten 96 178 bzw. 105 447 kg, an Teer 251 130 bzw. 114 420 kg, an Ammoniak 148 910 bzw. 23 470 kg, an Schwefelsäure 360 333 bzw. 972 098 kg, an Wollstaubdünger 42 960 bzw. 134 510 kg. Auch für kleinere Mengen nicht so sehr in die Augen fallender Waren seien unter den vielen Arten einige Beispiele für Abtransport durch den Wirtschaftsausschuß 6 im März 1918 angeführt: Schuhcreme und Ruß 4540 kg, Kreide 5550 kg, Leim 9275 kg. Korke 3130 kg.

Von besonderer Wichtigkeit war das Sammeln und Sortieren der für den Nachschub notwendigen Flaschen, die von Landeseinwohnern und Truppen ohne Rücksicht auf ihren großen Wert achtlos fortgeworfen wurden, und ihre Zuteilung an die Stellen, die sie brauchten. Für die Westfront wurde in Donchery bei Sedan eine Flaschensammelstelle eingerichtet, deren Lager bald in die Millionen stieg.

Für die Rückführung von Hallen, Werkanlagen, Werkzeugmaschinen, Nutzeisen, Sparmetallen, Halbzeugen der Eisenindustrie und des bei dem Mangel an Roheisen in Deutschland für die Stahlherstellung so ungemein wichtigen Eisenschrotts waren besondere Beauftragte des Kriegsministeriums (B. d. K. M.) eingesetzt. Sie beförderten natürlich nur solche Maschinen in die Heimat, die für Herstellung von Kriegsbedürfnissen notwendig waren und bauten nur solche Fabriken ab, die an Ort und Stelle nicht ausgenutzt werden konnten. Auch diese Maßregel kennzeichnet sich nur als eine Abwehrmaßnahme gegen die Folgen **der rücksichtslosen feindlichen Blockade**. Sie wurden ursprünglich vom Generalintendanten auf Veranlassung der Feldzeugmeisterei den Etappeninspektionen 6 und 3 als Sachverständige für die Beschlagnahme von Werkzeugmaschinen zur Verfügung gestellt, standen später mit bedeutend erweitertem Wirkungsbereich unter dem Generalquartiermeister bzw. dem B. d. G. West und arbeiteten selbständig neben den Etappeninspektionen. Nur militärdisziplinarisch und in bezug auf Unterbringung, Verpflegung usw. waren sie den Etappeninspektionen unterstellt. Anfangs gab es

zwei, zuletzt fünf derartige Beauftragte auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Anfangs 1917 wurden monatlich etwa 40 000 t Schrott von dem westlichen Kriegsschauplatz (mit Ausnahme des Generalgouvernements in Belgien) nach Deutschland zurückgeführt. Diese Summe sollte verdoppelt werden, eine Leistung, die aber nie voll erreicht wurde. Da nicht genug Schrott frei vorhanden war, mußte man dazu schreiten, durch Abbruch stillstehender Industrieanlagen, besonders von Hochöfen, noch weiteren zu gewinnen. Besondere Kommandos des Inspekteurs der Fliegertruppen betrieben außerdem den Abbau von Hallen, die in Deutschland für Bedürfnisse der Luftstreitkräfte wieder aufgebaut wurden.

Die doch lediglich durch Maßnahmen des Feindes selbst (**Blockade**) hervorgerufene Beschlagnahme und die Rückführung dieser großen Gütermengen, hauptsächlich aber die hierfür notwendige Zerstörung vieler Fabrikanlagen haben die Etappe und überhaupt die Deutschen ganz besonders beim Feinde verhaßt gemacht und - merkwürdigerweise - den Etappenangehörigen auch in der Heimat einen schlechten Ruf eingetragen. "Na die in der Etappe haben den armen Einwohnern auch alles genommen, was nur irgend Wert hatte," so sprachen und sprechen noch jetzt Leute in Deutschland, bei denen man nicht weiß, ob ihr Unverstand oder ihre Leichtfertigkeit größer ist, absolut unsinniges, ihrem Vaterlande aber schädliches Zeug zu schwatzen. Für sich hat die Etappe nichts genommen, sondern nur für Frontheer und Heimat und nur auf höheren Befehl. Daß auch einzelne Diebstähle vorkamen, ist verständlich, aber sie wurden streng geahndet, und die feindlichen Einwohner scheuten sich auch nicht, voller Vertrauen jedes Vergehen gegen sie den deutschen Behörden anzuzeigen, sicher, daß ihnen ihr Recht nicht vorenthalten würde.

Daß Lebens- und Genußmittel aus dem feindlichen Lande für das Besatzungsheer ordnungsmäßig gegen Gutschein oder Bezahlung entnommen wurden, soweit die Bevölkerung ihrer selbst nicht bedurfte, entspricht den in der Haager Landkriegsordnung festgesetzten und auch von den Gegnern Deutschlands anerkannten Grundsätzen. In der belgischen Etappe durfte dies jedoch nur in Flandern und im Kreise Tournai geschehen, da infolge des Vertrags mit dem spanisch-amerikanischen Komitee im übrigen Belgien keinerlei Lebensmittel beschlagnahmt werden durften. Auch das sonst für die Kriegführung des Heeres unbedingt Notwendige darf ohne weiteres dem Lande entnommen werden, das ist von allen Völkern und zu allen Zeiten so gehandhabt worden.

Neu war nur die Rückführung von Gütern nach der Heimat zur Verwendung in der Kriegsindustrie. Und hierzu zwang eben einfach die bittere Notwendigkeit. Schon 1915 hätte Deutschland den Krieg unbedingt verlieren müssen, wenn es nicht die Hilfsmittel der besetzten Gebiete für sich nutzbar gemacht hätte. Die vom Völkerrechtsstandpunkt aus ungesetzliche und unmoralische **Hungerblockade durch England**, die Deutschland von jeder anderen Gelegenheit, sich das zum Leben und Kämpfen Notwendige zu verschaffen, abschnitt, ist der Grund für diese Maßregeln, und die Schuld daran, daß das feindliche Land hierdurch litt, trifft somit nicht Deutschland, sondern die eigenen Verbündeten. Auch waren die Beschlagnahmeverfügungen nicht härter, als sie in Deutschland selbst durchgeführt wurden, im Gegenteil; meist erst viel später als in Deutschland ging man daran, den Feind auch zu den Lasten des Krieges heranzuziehen. So wurde die erste Verfügung zur Beschlagnahme von Sparmetallen (Nickel, Aluminium, Kupfer, Messing usw.) in Deutschland schon am 24. August 1915 erlassen, im besetzten Belgien und Frankreich erst am 23. Juni 1916, und die Glocken hängen heute noch alle in Belgien, während in der deutschen Heimat so manche Gemeinde ihr trautes Geläut schon lange entbehren muß. Auch wurden alle diese Dinge nicht gestohlen, sondern mit der den Deutschen eigentümlichen Genauigkeit verrechnet. Die Art der Verrechnung ist eine so verschiedene, je nach dem Gebiet und der Art des Gegenstandes, daß hier nicht im einzelnen darauf eingegangen werden kann; es genügt zu sagen, daß im allgemeinen für das für das Heer unmittelbar Notwendige (einschließlich Lebensmittel in Frankreich) ein Gutschein (Bon, Requisitionsschein) ausgestellt wurde, dessen Bezahlung bei Friedensschluß geregelt werden sollte, für das in die Heimat Beförderte dagegen ein den Wert der Ware genau bezeichnender Anerkennungsschein (Aufnahmebogen), auf Grund dessen Deutschland sich verpflichtete, unter

allen Umständen von sich aus den geschätzten Wert zu zahlen, und der bei bestimmten belgischen Bankinstituten bis zu 90% des Wertes sofort bar beliehen werden konnte; daß Lebensmittel in Belgien endlich stets bar bezahlt wurden. Jedenfalls brachte den Etappenangehörigen die ganze Beschlagnahme keinerlei Vorteil; wohl aber machte sie ihr ganzes Dasein in Feindesland dadurch, daß sie die Einwohner aufhetzte, noch schwieriger und brachte ihnen durch die Menge und Mannigfaltigkeit der Rückführungstätigkeit eine riesige Fülle von unangenehmen und schwierigen Arbeiten. Die Etappe hat durch sie der Heimat das über vierjährige Durchhalten überhaupt erst ermöglicht und verdient dafür sicher den Dank des Vaterlandes.

8. Die Kräfte der Etappe.

Für die mannigfachen Aufgaben des Nachschubs und der wirtschaftlichen Betriebe stand an Personal den Etappeninspektionen anfangs so gut wie nichts zur Verfügung. Nur zum Güterbodendienst waren ihnen einige Eisenbahn-Magazinarbeiterkompagnien zugeteilt, die zu den Eisenbahntruppen zählten und sich aus Güterbodenarbeitern ergänzten. Sie fanden auch Verwendung im Magazindienst. Bald wurden sie, den Wünschen ihrer Leute folgend, die bei dem Ausdruck "Arbeiterkompagnie" Verwechselungen mit den im Frieden bestehenden Strafarbeiterabteilungen befürchteten, in Etappenhilfskompagnien umbenannt. Ihre Zahl war absolut ungenügend; es hatte z. B. die große Etappeninspektion 6 zum Schluß nur eine einzige derartige Kompagnie. Auch ihre Zusammensetzung änderte sich allmählich durch anderweitige Verwendung der Eisenbahner, Herausziehen der kriegsverwendungsfähigen Leute usw., so daß schließlich kaum noch ein wirklicher Eisenbahnarbeiter in ihnen enthalten war. Für den Sammeldienst wurden dann, wie schon erwähnt, besondere Sammelkompagnien gebildet, die eine Zeitlang bei der Rückführung von Gütern wertvolle Dienste leisteten, dann aber den Etappen zugunsten ihrer Aufgaben im Operationsgebiet wieder entzogen wurden. Die Etappenhilfskompagnien und Sammelkompagnien wurden später in je ein Etappenhilfsbataillon bei jeder Inspektion zusammengefaßt. Diese Maßregel erwies sich für ihre eigentliche Tätigkeit als unnötig, da schließlich selbst bei großen Inspektionen nur noch eine Kompagnie zurückblieb. Der Stab war aber den Etappeninspektionen trotzdem hochwillkommen, da sie ihn anderwärts bei den vielen nicht im Etat stehenden und doch notwendigen Behörden und Wirtschaftsbetrieben gut gebrauchen konnte.

In allen diesen Stellungen waren eine Menge Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften beschäftigt, die teils aus den Landsturmtruppen, teils von sonstigen Stellen, z. B. heimischen Ersatztruppenteilen abkommandiert waren, teils auch ohne weiteres über den Etat geführt wurden. Um hier Ordnung zu schaffen, war die Bildung besonderer Truppen unbedingt notwendig. So entstanden im Sommer 1916 die Wirtschaftskompagnien, die dazu dienen sollten, für Verstärkung der Behörden, bodenständige Ortskommandanturen, Landwirtschaft, Bauwesen, Forstwirtschaft, industrielle Betriebe und Rückführung die nötigen Kräfte, d. h. nur die unbedingt nicht anders zu ersetzenden Leiter, Techniker, Vorarbeiter usw. zu stellen, während die Masse der Arbeiter nach wie vor den Gefangenen und Landeseinwohnern zu entnehmen war. Diese Wirtschaftskompagnien erwiesen sich als absolut notwendig und leisteten sehr Gutes. Nur hätte ihr Etat, abweichend vom Schema der fechtenden Truppe, mehr Offiziere und Unteroffiziere im Verhältnis zu den Mannschaften enthalten müssen, da sie in erster Linie Leiter und Führer zu stellen hatten, für die eine gehobene militärische Stellung zur Hebung ihres Ansehens und zur Förderung ihrer Leistungen absolut nötig gewesen wäre. Es ist dem Betrieb nicht förderlich, wenn der Leiter eines großen Werkes, das beispielsweise 10 bis 12 deutsche Soldaten, 200 - 300 Gefangene und 600 - 800 Landeseinwohner beschäftigt, nur Gefreiter oder Gemeiner ist. Die Zahl der aufgestellten Wirtschaftskompagnien erwies sich sehr bald als zu gering und konnte auch bei dem in Deutschland herrschenden Mangel an Arbeitskräften nicht erhöht werden. Als ungemein nützlich erwies sich Aushilfe durch die Angehörigen der Genesungsabteilungen. Diese, nach den Etappen- und

Sanitätsvorschriften im Anschluß an Lazarette gedacht, um einige Rekonvaleszenten noch eine Zeitlang neben ihrer Erholung nützlich zu beschäftigen, wuchsen sich zu großen Organisationen aus, die den Etappen schließlich Hunderte, ja sogar Zeitweise einige Tausend der so dringend notwendigen Arbeitskräfte zuführten. Dabei war der von Fernstehenden immer wieder geäußerte Verdacht, daß diese Leute zulange dem Waffendienst entzogen würden, durchaus unbegründet; denn die Inspektionen sorgten im Interesse des Ganzen immer wieder dafür, daß keine kriegsbrauchbaren Leute dem Waffendienst entzogen wurden, wenn auch die unteren Behörden manchmal in begreiflichem Egoismus versuchten, brauchbare Kräfte solange als möglich zu behalten.

Eine sehr wertvolle Hilfe waren die Kriegsgefangenen,[25] die in besonderen Kriegsgefangenenbataillonen mit je einer Landsturmkompagnie als Bewachung und Kriegsgefangenenkommandos (kleinere Bataillone mit halben Bewachungskompagnien) zusammengestellt waren. Zur Leitung des gesamten Gefangenendienstes und Kontrolle der Bataillone wurde fast bei allen Inspektionen ein Stabsoffizier als Gefangeneninspekteur eingesetzt. Die Verquickung dieser Stellung mit dem Landsturminspekteur, wie sie später bei der Etatisierung erfolgte, bewährte sich (**s. S. 215**) nicht. Sehr schwierig gestaltete sich die Frage der Unterbringung der Gefangenen, besonders bei häufigem Wechsel der Arbeitsstelle, da Sicherheit gegen Flucht und möglichst gute Ausstattung der Unterkunft bei den primitiven zur Verfügung stehenden Mitteln sehr schwer zu vereinigen waren. Schulen, Fabrikräume, Scheunen wurden ausgebaut oder besondere Baracken aufgestellt. Bei der Bekleidung war die Ausstattung mit Schuhzeug am schwierigsten. Sorge für Gesundheitszustand (Bäder und Entlausungsanstalten, Revierstuben), Aufbesserung und schmackhafte Zubereitung der gelieferten, **der Lebensmittellage in Deutschland entsprechend** natürlich nicht übermäßig reichlichen Nahrung, Beschaffung von Unterhaltung, wie Musikinstrumente, Spiele, Lektüre und von Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen in Kantinen mußten dazu dienen, das wertvolle Arbeitermaterial zu erhalten und den Gefangenen die nach deutschen Begriffen auch dem Feind zukommende **menschliche Behandlung zuteil werden zu lassen, an der es Deutschlands Gegner leider den gefangenen Deutschen gegenüber fehlen ließen**. Einen kleinen Kampf gab es für die Etappeninspektionen manchmal mit den arbeitgebenden Stellen, wenn diese ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Gefangenen sie zur Vollendung bestimmter Arbeiten über Gebühr anstellen wollten, weil jede glaubte, die eine Ausnahme gerade in ihrem Falle schade nichts, und nicht beachtete, daß solche Ausnahmen, wenn man sie nicht verhinderte, leicht zur Regel werden konnten.

Im Jahre 1918 wurden schließlich auch die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten deutschen Soldaten zu Militärgefangenenkompagnien zusammengestellt und den Etappeninspektionen unter je einem Vorstand oder - bei größerer Anzahl - einem Kommandeur mit mehreren Vorständen zugeteilt. Ihre Leistungen waren natürlich nicht gerade glänzend; aber es war doch besser, diese Kräfte im Dienst des Krieges zu verwenden, statt sie nutzlos in der Heimat zu füttern. Und die Aussicht, bei Ergreifung im feindlichen Feuer als Sträfling arbeiten zu müssen, nahm manchem feigen Drückeberger den Anreiz zur Fahnenflucht. Bedauerlich war es, daß die Truppen vielfach kein Verständnis für diese Einrichtung zeigten und dem Aufsichtspersonal seinen schon an sich schweren Dienst durch Schöntun mit den Gefangenen und sogar Unterstützung von Fluchtversuchen erschwerten.

Auch Helfer und Helferinnen wurden, soweit irgend möglich, zum Dienst in der Etappe herangezogen, um militärische Kräfte für andere Zwecke freizumachen. Bei jeder Etappeninspektion befand sich ein Offizier mit dem nötigen Personal als Beauftragter des Kriegsamts, der die Anforderungen an Helfern den einheimischen Kriegsamtsstellen zuleitete, die Überwiesenen auf die einzelnen Dienststellen verteilte und die sich aus dem Hilfsdienstgesetz ergebenden Rechte der Helfer gegenüber den beschäftigenden Dienststellen zu wahren hatte. Eine Referentin besonders hatte einerseits die Interessen der Helferinnen zu wahren, andererseits auch durch Aufsicht und Belehrung diese in den richtigen Bahnen zu erhalten. In jedem Etappenort, der

mehrere Helferinnen beschäftigte, wurden besondere Heime unter Leitung von Heimleiterinnen eingerichtet, die den Helferinnen nicht nur Unterkunft und Verpflegung gewähren, sondern auch Unterhaltung, geistige Nahrung und die Möglichkeit zu gemütlichen Stunden in deutschem Kreise bieten sollten. Für erholungsbedürftige Helferinnen war in Durburg (Provinz Luxemburg) ein Erholungsheim vom Generalgouvernement Belgien eingerichtet, das auch den nicht zum Generalgouvernement gehörigen Helferinnen der Westfront zugute kam. Wo irgend möglich, wurde auch angestrebt, den Helferinnen und den jugendlichen männlichen Helfern durch Unterricht verschiedenster Art Gelegenheit zur Weiterbildung zu verschaffen.

Trotz aller Bemühungen der Beauftragten des Kriegsamts hatte die Einstellung von Helfern nicht den gewünschten Erfolg. Zunächst hatten sie mit einer Feindschaft der militärischen Angestellten der Behörden und Betriebe zu kämpfen, die ihnen ihre großen Bezüge neideten, da sie die Gründe nicht würdigten, die Veranlassung waren, einer jungen Helferin für die gleiche Arbeit 6 - 8 Mark zu zahlen, für die der Landsturmmann, der zu Hause eine Familie zu ernähren hatte, nur seine 56 Pfennig am Tag bekam. Vor allem aber war eine genügende Zahl brauchbarer Helfer nie zu haben. Die jugendlichen waren noch die besten, aber natürlich nur im Ordonnanzdienst zu brauchen, vor allem aber war die Gefahr moralischer Verderbnis für sie zu groß. Wenn dann aber gar verlangt wurde, Fachleute und sogar solche in leitenden Stellungen durch Helfer zu ersetzen, so scheiterte das fast immer kläglich; denn einmal hatten diese ihren militärischen Untergebenen und den Einwohnern gegenüber nicht die nötige Autorität, und vor allem gab es keinen nicht-waffendienstfähigen tüchtigen Ingenieur, Kaufmann oder Handwerker, der nicht bereits in der Heimat an wichtiger Stelle vollauf beschäftigt war. Bei der Kriegsamtstelle Magdeburg wurde besonders für solches fachmännisch gebildete Personal eine Vermittlungsstelle eingerichtet. Obwohl aber die Etappenbehörden immer darauf hingewiesen wurden, sich an diese zu wenden, hatte die Stelle fast nie die verlangten Kräfte zur Verfügung, und wenn nach mehrmonatigem Warten z. B. für einen verlangten Chemiker als Leiter einer großen Ätznatronanlage und Seifenfabrik ein Drogist angeboten wurde, der auch eine Art von chemischem Laboratorium gehabt hatte, so ermutigte das nicht gerade zu weiteren Versuchen mit Helfern dieser Art.

Die Helferinnen haben in Bureaus teilweise recht Gutes geleistet, und viele von ihnen, besonders auch gebildete - Studentinnen und ähnliche - waren eine wertvolle Stütze ihrer Dienststellen; leider aber war auch eine sehr große Anzahl nur aus Abenteuerlust oder gereizt von dem hohen Verdienst ins Feld gekommen, eignete sich meist nicht besonders für ihren Dienst und schädigte durch ihren außerdienstlichen Lebenswandel den Namen der Helferinnen im Heere und das Ansehen des Deutschtums im Ausland. Putzsucht und die Sucht, die vornehme Dame zu spielen, brachten charakterschwache Mädchen auf abschüssige Bahn und machten alle Bemühungen der sich unendlich Mühe gebenden Referentinnen und Heimleiterinnen zwecklos.

9. Regelung des Geldverkehrs und Bankaufsicht.

Zur Regelung des Geldumlaufs im besetzten Frankreich, besonders um zu verhindern, daß zu große Mengen deutschen Geldes der Bevölkerung zuflossen, wurde beim Beauftragten des Generalquartiermeisters für den westlichen Kriegsschauplatz das Generalwechselamt und bei jeder Etappeninspektion eine Hauptwechselstube eingerichtet, der wiederum Wechselstuben und Wechselkassen unterstanden. Als umlaufendes Geld sollten in erster Linie die einheimischen Stadtscheine verwendet werden. Diese sind begründet auf französischen Kriegsnotgesetzen, die den Gemeinden und Handelskammern die Ausgabe von Papiergeld gestatteten. Anfangs hatte fast jede Gemeinde Papiergeld buntester Art gedruckt, ja auch große Privatunternehmungen, Gruben usw., solches ausgegeben, da es ihnen an Barmitteln zur Auszahlung des Lohnes ihrer Arbeiter gebrach und Überweisung von Geld aus dem unbesetzten Frankreich natürlich unmöglich war. Aber es hatten auch einzelne deutsche Armeen eine Art Notgeld geschaffen, die zwar immer über genügend

große Geldmengen verfügten, denen aber manchmal das nötige Kleingeld zur Auszahlung der Mannschaften fehlte, da diese ihre Löhnung natürlich in möglichst kleinen Stücken wünschten, um ihre kleinen Bedürfnisse befriedigen zu können, wobei ein Wechseln größerer Stücke bei dem Mangel an Wechselgeld nicht möglich war. Seit 1. Januar 1916 wurde dieses wilde System eingedämmt und die Ausgabe und der Umlauf von Stadtscheinen einer Beaufsichtigung unterzogen. Statt 565 Arten waren zuletzt nur noch 67 Arten im Umlauf, und zwar nur von großen Städten oder Zweckverbänden mehrerer Gemeinden. Ihr Wert betrug rund 1,7 Milliarden Frank. Das etatsmäßige Personal des Generalwechselamts und seiner Dienststellen bestand zuletzt aus 12 Offizieren, 51 Beamten und 271 Unterbeamten, Unteroffizieren und Mannschaften. Daneben wurde eine große Anzahl Kommandierte, Helfer und Helferinnen beschäftigt.

Aufgabe der Hauptwechselstuben bei jeder Etappeninspektion und ihrer Unterorgane war:

- Verhindern, daß deutsches Geld (außer Eisen) in die Bevölkerung kam, und Abgabe von Stadtscheinen an Heereskassen und einzelne Heeresangehörige zur Bestreitung ihrer Ausgaben in Feindesland, auch wieder Zurücknahme von Stadtscheinen von Heeresangehörigen, die Frankreich verließen;
- Herausziehen von deutschem Geld aus der Bevölkerung. Hindernd wirkte hier vielfach das Verlangen deutscher Behörden nach Bezahlung in deutschem Gelde bei Kontributionen, Strafen, Eisenbahnfrachten und Lebensmittellieferung, das die Bevölkerung geradezu zwang, deutsches Geld zu hamstern;
- Herausziehen von fremdem Gold und fremden Banknoten, sowie von französischem Gold und Silber, um damit im Ausland bezahlen zu können und die deutsche Valuta so zu heben. Hierbei bediente man sich der Hilfe einheimischer Agenten. Man konnte Gold und Noten selbst am Schluß des Krieges noch erhalten, wenn man dafür selten zu habende und begehrte Waren, wie Zucker, Zichorie und ähnliches anbot. So kam schließlich zur Tätigkeit der Wechselstuben sogar eine Art von Warengeschäft;
- Förderung des Giro- und bargeldlosen Verkehrs. Hierzu waren die Hauptwechselstuben an den Reichsbank-Giroverkehr und Postscheckverkehr angeschlossen, ebenso hatten sie Konten bei belgischen Kassen und eröffneten ihrerseits den Truppenteilen und Betrieben solche bei sich. Die Bestrebungen ließen sich nur schwer durchführen, da die Indolenz der meisten Heeresangehörigen auf diesem Gebiet, die Schwerfälligkeit der Heereskassen und vielfach auch der Widerstand der Intendanturen große Schwierigkeiten bereiteten;
- Herausziehen beschädigter und nicht genehmigter Stadtscheine;
- Ausstattung der nach dem unbesetzten Gebiet in Frankreich ausreisenden Abschüblinge mit Stadtscheinen;
- Verteilung des durch Diplomatie und Rotes Kreuz aus dem unbesetzten Frankreich für Landeseinwohner geschickten Geldes oder des vom Heiligen Stuhl für Pfarrer gesandten Gehaltes an die Kommandanturen zur Auszahlung;
- Umtausch des von anderen Kriegsschauplätzen stammenden fremden Geldes bei den von dort kommenden Mannschaften;
- Mitwirkung bei Zeichnung der Kriegsanleihen.

Den Umfang kennzeichnen einige Zahlen der am 16. Februar 1916 eröffneten Hauptwechselstube 6. Es beliefen sich vom 16. Februar bis 31. Dezember 1916:

Stadtscheinausgabe	27 835 815,12	Frank
Einnahme deutsches Gold	20 446 626,93	Mark
Französisches Gold	3 967 855,—	Frank
Französische Noten	8 174 500,—	"
Nur im Juni bis November französisches Silber	851 872,—	"

Gegen Ende der Tätigkeit wurden von der Hauptwechselstube 6 z. B. im August 1918

17 260 000	Frank	Stadtscheine abgegeben,
1 887 000	Mark	deutsches Gold eingenommen,
104 126	Frank	französisches Gold eingenommen,
432 455	"	französische Noten eingenommen,
351 588	"	französisches Silber eingenommen,
41 212	Mark	fremde Sorten eingenommen (im Juli 93 436 Mark, weil mehr Truppen von anderen Kriegsschauplätzen ankamen).

In den Generalgouvernements Belgien und Warschau, im Gebiet von Oberost und in Rumänien war die Geldpolitik den Verhältnissen des Landes angepaßt und unterschied sich vielfach wesentlich von der Einrichtung bei den Etappeninspektionen in Frankreich.

Um die Geschäfte der einheimischen Banken kontrollieren zu können, wurden in dem westlichen Etappengebiet fünf Bankaufsichtsstellen unter Bankfachleuten (Offizieren des Beurlaubtenstandes) mit dem nötigen Personal eingerichtet und der Bankabteilung des Beauftragten des Generalquartiermeisters West unterstellt.

10. Eingreifen des Generalquartiermeisters zum Ausgleich zwischen den Etappeninspektionen.

Im Etappengebiet gelegen, aber nur ortspolizeilich den Inspektionen unterstellt, in ihrem Betrieb aber völlig selbständig, waren die deutschen Bergverwaltungen in Valenciennes und Mons. Sie führten die Oberaufsicht über die Kohlenbergwerke, regelten nach den Weisungen des Beauftragten des Generalquartiermeisters West die Verteilung auf die Armeen, indem sie den Zechen Lieferungsaufträge für deutsche Behörden und Landeseinwohner zuwiesen, sorgten für die Bergarbeiterbevölkerung und vertraten die Sonderinteressen des Bergbaues den übrigen deutschen Behörden gegenüber. Die eigentliche Förderung der Kohle, der gesamte Betrieb der Bergwerke über und unter Tage lag dagegen in Händen der einheimischen Besitzer und ihrer eigenen freien Arbeiter. Der Bergverwaltung unterstanden auch die Phosphatwerke, deren Erzeugnisse zum Teil der deutschen Landwirtschaft zugute kamen, zum Teil auf Grund des Lebensmittelvertrages mit dem spanisch-amerikanischen Komitee in Belgien verwendet werden mußten. Große Steinbrüche, die vor allem Schotter in Riesenmassen lieferten, unterstanden zum Teil der Bergverwaltung, zum Teil den Etappeninspektionen. In ersteren wurden nur einheimische freie Arbeiter, in letzteren außer diesen auch Kriegsgefangene beschäftigt.

Während für die Ausnutzung des besetzten Gebiets in den Generalgouvernements Belgien und Warschau, sowie im Verwaltungsgebiet von Oberost bald umfangreiche, zentralisierte Organisationen entstanden, arbeitete im Westen zunächst jede einzelne Etappeninspektion selbständig. Dann entstand beim Stabe des Generalintendanten eine wirtschaftliche Abteilung, die eine bessere Ausnutzung durch großzügiges Zusammenfassen und auch eine gerechtere Verteilung auf die einzelnen Armeen in die Wege leitete. Vom 1. Januar 1917 ab übernahm dieses Geschäft der Beauftragte des Generalquartiermeisters für den westlichen Kriegsschauplatz (B. d. G. West),[26] der außerdem in manchen laufenden Geschäften den kurz vorher nach dem Osten übergesiedelten Generalquartiermeister vertrat.[27] Eine solche Zentralstelle erwies sich als unbedingt notwendig, um zu verhindern, daß eine Armee Überfluß an bestimmten Produkten besaß, während die Nachbararmee darbte, oder daß Stoffe von einer Armee in die Heimat transportiert wurden und zu einer anderen Armee desselben Kriegsschauplatzes wieder herausgeschafft werden mußten. Gewisse Widerstände in den einzelnen Armeen waren hierbei natürlich zu überwinden, da die Truppe meist nicht einsieht, warum sie bei in ihrem Gebiet herrschenden Überfluß nicht aus dem

vollen wirtschaften soll, ohne die Lage bei den Nachbarn zu bedenken. Auch persönlicher Ehrgeiz spielte eine Rolle, denn es ist natürlich überaus schmerzlich für den Leiter eines mit Mühe eingerichteten und an sich gut arbeitenden Betriebs, diesen stillegen zu müssen, weil ein Großbetrieb einer Nachbararmee wirtschaftlicher arbeitet und die eigene Armee ohne weitere Vergeudung von Personal und Material mitbeliefern kann.

Es wurde aber vom B. d. G. West (Industrieabteilung) rücksichtslos durchgegriffen, eine Menge unwirtschaftlicher Kleinbetriebe stillgelegt und die verbleibenden 87 großen Betriebe, Stahlwerke, Walzwerke, Drahtwerke, Blechwalzwerke, Stabeisenwerke, Nägelfabriken, Kettenfabriken, Ofengießereien, Gießereien für Maschinenguß, Blechbearbeitungswerkstätten, Eisenhochbauanstalten, Maschinenfabriken und große Instandsetzungswerkstätten in bezug auf Rohstoffbeschaffung, Verarbeitung und Abgabe nach einheitlichem Plan auf Grund gegenseitigen Hand-in-Hand-Arbeitens eingestellt. Die unmittelbar dem B. d. G. West unterstellte Heereswerkstätte West in Lille-Fives (später Charleroi) beschäftigte rund 2000, alle oben genannten Werke mit ihren Nebenbetrieben rund 40 000 Arbeiter. Es hätte manches sich leichter und mit mehr Erfolg schaffen lassen, wenn von Anfang an diese Zentralinstanz[28] vorhanden gewesen wäre, die die Rohstoffe im großen verteilt und bestimmte Herstellungsaufgaben den einzelnen Armeen zugeteilt hätte; dagegen mußten Gewinnung, Sammlung und Transport der Rohstoffe an sich und die Leitung der Betriebe (Fabriken und Reparaturwerkstätten) Sache der Etappeninspektionen bleiben. Sonderdirektionen neben diesen führen zu Reibungen und leisten nie das wie die Etappe, deren ganzer übriger Organismus (Kommandanturen usw.) bei Etappenbetrieben naturgemäß viel intensiver mitarbeitet, als bei Sonderbetrieben. Dies wurde auch von der deutschen Heeresleitung richtig erkannt. Dagegen hätte man noch mehr, als es geschah, Gebrauch machen können von der Verarbeitung aller Rohstoffe eines Kriegsschauplatzes, deren Fertigfabrikate dieser selbst brauchte, im besetzten Gebiet. Man hätte dadurch die Rückführung in die Heimat und Wiederausfuhr vermindert, die einheimischen Arbeiter an ihrem Wohnsitz beschäftigt, wo sie billiger als deutsche Arbeiter und viel besser arbeiteten als gezwungen an anderer Stelle, und in der Heimat Arbeitskräfte gespart, die militärischer Verwendung zugeführt werden konnten. Das Kriegsministerium ist allerdings in diesem Kriege aus mannigfachen Rücksichten sowohl auf die Großindustrie, als auch auf die deutsche Arbeiterschaft öfter von diesen Grundsätzen abgewichen. Besonders die deutsche Eisenindustrie sah die Militäreisenwerke der Etappe nicht gern, da sie in ihnen eine Art Konkurrenz erblickte und Preisdrückung von ihnen befürchtete. Am meisten erregte es aber die Leute in Front und Etappe, als die Etappeninspektionen 4 und 6 den in ihrem Bereich wachsenden guten Tabak der Tabakzentrale in Münden zuführen mußten, statt ihn im eigenen Gebiet verarbeiten und unmittelbar an die Westfront verteilen zu dürfen, während gleichzeitig das Heer durch das liebliche Buchenlaub beglückt wurde.

11. Fronttruppen im Etappengebiet.

Zu den Obliegenheiten der Etappe gehörte auch die Unterbringung der Fronttruppen, die zeitweise zur Ruhe aus dem Operationsgebiet herausgezogen, die auf Landmarsch von einer Armee zur anderen verschoben wurden, oder die vor einer Offensive sich versammeln sollten, besonders in letzterem Falle oft recht erhebliche Truppenmengen. Hierzu waren Verteilung der Einquartierung auf die Dörfer, Ausbau von Massenquartieren, Einrichten von zerstörten Ortschaften, sowie Anlage all der von den Truppen benötigten Sonderanstalten (Geschäftszimmer, Küchen, Bäckereien, Revierstuben, Bade- und Entlausungsanstalten, Waschanstalten, Büchereien, Wechselstuben usw.) notwendig. Oft stellten die Fronttruppen völlig unerfüllbare Forderungen, da sie glaubten, in der Etappe, von der sie immer als dem Land, da Milch und Honig fließt, gehört hatten, könnten sie jegliche Bequemlichkeit haben, wenn nur die böse Etappe sie ihnen gönnte. Oder die Truppen nahmen beim Verlassen der Quartiere Einrichtungen mit, die dann natürlich mit viel Mühe und Kosten neu beschafft werden mußten, oder was, falls das bei den geringen Arbeitskräften bis zum

Einrücken neuer Truppen nicht gelang, den späteren Verbänden wiederum Grund zur Klage über die Etappe gab. Manchem Frontsoldaten wollte es gar nicht in den Sinn, daß er in dem Etappengebiet nicht mit Handgranaten fischen, auf jeden Hasen schießen, seine Pferde auf jede Weide treiben, überall Gras und sogar unreifes Getreide mähen, auf bestelltem Feld Übungen abhalten oder ähnliche schöne Dinge treiben durfte; denn in dem wüsten Gebiet dicht hinter der Kampfzone gab es dergleichen Einschränkungen nicht. Und auch mancher Offizier meinte wohl in der Etappe sich vieles leisten zu können, was er im rückwärtigen Operationsgebiet dem dort herrschenden Generalkommando nicht zu bieten gewagt hätte.

Ständig im Bereich der Etappe untergebracht waren Artillerieschießplätze, Minenwerfer-übungsplätze, Maschinengewehrschulen und eine große Anzahl von Feldrekrutendepots. Es erforderte häufig sehr viel Arbeitskraft und auch Takt der Etappenkommandanten, die Wünsche dieser Gäste zu erfüllen und sie in Einklang zu bringen mit den aus wirtschaftlichen oder polizeilichen Gründen notwendigen Maßnahmen der Etappeninspektionen. Es verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß im allgemeinen bei gegenseitigem verständnisvollen Entgegenkommen das Verhältnis zwischen Etappe und Übungsplätzen oder Rekrutendepots durchaus gut war. Schwieriger war es schon, die Forderungen der vielen im Etappengebiet untergebrachten Fliegerverbände zu erfüllen, die besonders in bezug auf Quartier etwas reichliche Ansprüche stellten. Auch die Unterhaltung einer großen Anzahl von Flugplätzen als Reserve für alle Fälle war Sache der Etappenkommandanten und machte besonders in Belgien große Mühe, wo die Einwohner immer wieder nicht einsahen, warum sie ihr doch augenblicklich gar nicht benutztes Feld nicht umpflügen sollten.

12. Mitwirkung der Etappe bei der geistigen Nahrung der Truppe.

Bei der langen Dauer des Krieges erwies sich neben anderen Bedürfnissen auch der Nachschub von geistiger Nahrung als notwendig.[29] Es ist naturgemäß, daß hieran die Etappe, die in dieser Beziehung mit mehr Ruhe arbeiten konnte als die Fronttruppen, besonders hervorragenden Anteil nahm, und zwar wiederum hauptsächlich zugunsten der Fronttruppen, denen einerseits in der Etappe hergestellte oder von ihr aus der Heimat beschaffte Geistesprodukte bis in die vordersten Schützengräben geschickt wurden, andererseits besonders, wenn sie im oder in der Nähe des Etappengebiets in Ruhe lagen, geistige Genüsse der mannigfachsten Art geboten wurden. Zeitungen und Bücher wurden zunächst von einzelnen Firmen ziemlich planlos den Truppen zugesandt; bald aber übernahmen die Etappeninspektionen die Kontrolle und später auch die Einrichtung von Büchereien. Schließlich wurde durch den Generalquartiermeister die Grundlage des Feldbuchhandels einheitlich geregelt. Auch Leihbibliotheken wurden an großen Orten eingerichtet. Da die heimischen Zeitungen bis zu den verstreut liegenden Truppen häufig erst sehr spät kamen, und um spezielle Angelegenheiten des betreffenden Gebiets und der zugehörigen Truppen besprechen zu können, gaben verschiedene Etappeninspektionen, ebenso wie manche Armeen und Gruppen, besondere Kriegszeitungen heraus.

Die sich großer Beliebtheit erfreuenden Kinos wurden auch in der Etappe überall eingerichtet. Durch Unterstellung unter geeignete Offiziere wurde dafür gesorgt, daß nichts Unanständiges vorgeführt wurde, und daß neben Unterhaltendem auch das Belehrende zu seinem Rechte kam. Von der Etappe eingerichtete Soldatenheime sorgten dafür, den Etappentruppen, den vielen Durchreisenden und den in Ruhe befindlichen Fronttruppen Gelegenheit zu bieten, einige Stunden gemütlich zu verbringen. Vielfach wurden sie von Vereinen gestiftet, deren Betriebe dann natürlich unter der Kontrolle der Kommandanturen standen. Diese Vereine haben sicher manches sehr Nützliche geleistet; aber da Beschaffung der Räumlichkeiten, Gestellung militärischer Hilfskräfte, Zuwendung von Lebens- und Genußmitteln, von Heizung und Beleuchtung doch Sache der Kommandanturen blieb, so wäre es praktischer gewesen, überall auch in diesen Vereinsheimen den

gesamten Betrieb, besonders auch die Geldwirtschaft den Etappenbehörden zu überlassen und die Vereine lediglich zur Anwerbung des nicht militärischen Personals, vor allem der Leiterinnen und ihrer weiblichen deutschen Hilfskräfte, und zur Beschaffung von Büchern, Musikinstrumenten, Spielen und sonstigen Liebesgaben aus der Heimat heranzuziehen. Rechtsauskunftsstellen[30] sorgten für Belehrung der Mannschaften in juristischen Fragen und erwiesen sich als sehr nützlich, da gerade die Sorge um allerhand Vermögens-, Steuer- und Versorgungsfragen der Familie in der Heimat sehr häufig die Mannschaften im Felde schwer bedrückte.

Um auch höhere geistige Genüsse bieten zu können, wurden von den Etappeninspektionen auch Theatervorstellungen eingerichtet. Viele Inspektionen hatten hierfür eine Theaterverwaltung mit besonderem technischen und dauernd engagiertem künstlerischen Personal, neben dem dann noch Ensembles der besten deutschen Theater in Gastspielen auftraten; andere boten nur die geeigneten Räume und begnügten sich lediglich mit Gastreisen oder für kurze Zeit zusammengestelltem Personal. Diese Vorführungen wurden in möglichst vielen Orten dargeboten, um allen Truppenteilen gerecht zu werden, und die Künstler der Etappe gingen auch in ihrer Gesamtheit oder, wo dies wegen der engen Räumlichkeiten nicht möglich war, in kleineren Gruppen, keinerlei Mühen und Gefahren scheuend, bis zu den vordersten Fronttruppen vor, wo oft unter den schwierigsten Verhältnissen, in hergerichteten Scheunen oder ähnlichen Räumen, dem Frontkrieger edle Kunst geboten wurde. Schauspiel und Operette bildeten naturgemäß den Hauptteil des Spielplanes; die Vorführung klassischer Stücke konnte im allgemeinen nicht geboten werden; jedoch gelang es der Theaterleitung der 6. Armee, in Lille sogar den Ring der Nibelungen durch besonders hierfür berufene Gäste aufzuführen. Vokal- und Instrumentalkonzerte, Rezitationsvorstellungen von heimischen oder der Truppe angehörenden Künstlern fanden ebenfalls häufig statt.

Schließlich wurden sogar besondere Hochschulkurse eingerichtet, um auch den im Felde stehenden Akademikern Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse aufzufrischen, neue Anregung zu empfangen und das Band mit ihren Hochschullehrern wieder anzuknüpfen. Natürlich konnte nicht etwa Vorbereitung zu einem Examen Zweck dieser Kurse sein. Mehrmals in der Woche fanden allgemein-wissenschaftliche Vorträge statt, an denen jedermann teilnehmen konnte, weiter aber auch zusammenhängende, mehrere Wochen dauernde Kurse in den einzelnen Disziplinen der verschiedenen Fakultäten, zu denen bestimmte Zuhörer aus den Fronttruppen für diese Zeit kommandiert waren. So wurden bei der Etappeninspektion 6 ein juristisch-staatswissenschaftlicher, ein medizinisch-naturwissenschaftlicher und ein philosophischer Kursus abgehalten, bei welch letzterem Philosophie, Geschichte, Geographie, Sprachwissenschaft der verschiedensten Art und auch (da ein besonderer Kursus für die theologische Fakultät nicht vorgesehen war) Theologie beider christlichen Konfessionen zu ihrem Recht kamen. Ein technischer Kursus war in Vorbereitung, konnte aber, ebenso wie ein für später geplanter kaufmännischer Kursus, infolge des Rückzugs nicht mehr zur Ausführung kommen. Als Lehrer stellten sich dankenswerterweise die besten der deutschen Hochschulprofessoren zur Verfügung. Durch Stiftungen waren einzelne Inspektionen in der Lage, besondere Hochschulbüchereien mit ziemlich reichlicher Ausstattung anzulegen.

Um die Etappentruppen nicht in dem oft stumpfsinnigen und überaus anstrengenden Wacht- und Arbeitsdienst verkümmern zu lassen, suchte man sportliche Abwechselung zu schaffen; aber auf diesem Gebiet konnte natürlich bei der Inanspruchnahme fast der ganzen Zeit durch Arbeit und der Zersplitterung der Etappentruppen in viele kleine Kommandos nur wenig geleistet werden. Immerhin konnte z. B. in Gent die Etappeninspektion 4 im September 1915 eine Ruderregatta und Wettschwimmen veranstalten.

Wichtiger als sie auf den ersten Blick wohl erscheinen mögen, waren die von den Etappenintendanturen eingerichteten Lehrküchen. In Kursen wurde hier Personal der Etappen- und Fronttruppen darin ausgebildet, mit den einfachsten Kocheinrichtungen (Feldküchen, Kessel in

Massenquartieren) die gelieferten Speisen schmackhaft und vor allem abwechselungsreich zuzubereiten. Es war das sehr notwendig, da die Gefahr nahe lag, daß die kräftige, aber doch naturgemäß einförmige Kost auf die Dauer bei den Leuten Widerwillen erregen mußte.

Auch die Toten konnten Fürsorge durch die Etappeninspektionen verlangen. Um die genaue Feststellung der Grabstätte jedes Gefallenen zu ermöglichen und die Pflege der Gräber und eine würdige künstlerische Ausstattung der Grabstätten sicherzustellen, wurden im Juli 1916 Gräberverwaltungen bei den Etappeninspektionen eingerichtet. Es war dies dringend notwendig, da vorher von einzelnen Behörden und Truppenteilen ohne Rücksicht auf die Möglichkeit, sie später zu unterhalten, überall Gräber angelegt und oft in künstlerisch nichts weniger als einwandfreier Art ausgestattet worden waren. Bei jeder Etappeninspektion befand sich ein Gräberverwaltungsoffizier mit dem nötigen Verwaltungspersonal und dem künstlerischen Beirat. Dieser sollte nach der Verfügung des Kriegsministeriums aus einem Bildhauer, einem Architekten und einem Gartenarchitekten bestehen; es erwies sich aber als praktischer, nur einen Künstler mit dieser Aufgabe zu betrauen oder doch einen den beiden anderen überzuordnen, da sonst leicht aus der Verschiedenheit der künstlerischen Anschauung Zwistigkeiten entstanden. Für jede Gruppe der Front war dem Gräberverwaltungsoffizier wiederum ein Offizier mit zwei Schreibern unterstellt, der die Arbeiten an Ort und Stelle leitete. Anlage und Unterhaltung von Friedhöfen und Denkmälern, Umbettungen, Überführung von Leichen in die Heimat und Führung von Gräberlisten für die einzelnen Friedhöfe gehörten zur Tätigkeit des Gräberverwaltungsoffiziers. Umfangreiche Werkstätten zur Anfertigung von Grabkreuzen oder Grabsteinen und Gärtnereien waren ihnen unterstellt, ebenso eine photographische Abteilung, die die Gräber photographierte und den Angehörigen der Gefallenen auf Wunsch Bilder kostenlos übermittelte. Die Zahl der Wünsche auf Überführung von Leichen in die Heimat stieg ins ungeheure; die Unmöglichkeit, sie alle zu erfüllen, hat der Etappe manches harte Wort eingetragen und manchen erbitterten Gegner geschaffen. Wenn die Bahnen so überlastet waren, daß kaum die wichtigsten Verpflegungs- und Ausrüstungsstücke zur Truppe und die für die Kriegswirtschaft notwendigsten Gegenstände in die Heimat transportiert werden konnten, so daß Wagen für Leichenüberführungen zu erhalten (die die Etappe ja ihrerseits wieder von der Bahnbehörde erbitten mußte) völlig unmöglich war, oder wenn gar das Grab durch einen Wechsel der militärischen Lage in die vorderste Kampflinie geraten war und eine Ausgrabung nur mit Gefahr für das Leben aller dabei beteiligten Mannschaften möglich gewesen wäre oder wohl gar die Grabstätte in Feindeshand gefallen war, so hörte der Verwandte in der Heimat nicht auf, immer und immer wieder das Unmögliche zu beantragen, und oft wurden dabei Worte und Redensarten, ja Drohungen, gegen die vermeintlich saumselige Etappe gebraucht, die man nur aus Rücksicht auf den durch den Schmerz um einen gefallenen lieben Anverwandten stark erregten Seelenzustand des Antragstellers ungerügt hingehen lassen konnte.

Neben den in erster Linie den fechtenden Fronttruppen dienenden Einrichtungen der Etappe bestanden natürlich bei jeder Etappeninspektion die für die eigenen Bedürfnisse der Menge der Etappenangehörigen notwendigen Behörden: der Gasschutzoffizier zur Ausstattung der im Operationsgebiet verwendeten Etappentruppen mit Gasschutzgerät, Kontrolle der Schutzmaßnahmen und Belehrung der entsprechenden Funktionäre der Truppe; der Unterrichtsoffizier zur Beschaffung von Material für Belehrung und Aufklärung der Truppen und Aufstellung von Richtlinien für den vaterländischen Unterricht, und zur Organisation der Werbetätigkeit für die Kriegsanleihen; mehrere Kriegsgerichtsräte (etatsmäßig nur einer) zur Bearbeitung der gerichtlichen Angelegenheiten; eine Wagenanmeldestelle zur Anforderung der für die Bedürfnisse der Etappe notwendigen Eisenbahnwagen bei den Bahnbehörden; sowie natürlich das nötige - mehr als zehnfach den ursprünglichen Etat überschreitende - Bureaupersonal, Registratur und Kassenverwaltung.

13. Die Etappenkommandanturen.

Wie die Etappeninspektionen im großen, so mußten natürlich auch die Etappenkommandanturen, die eigentlichen Träger des Etappendienstes, im Laufe des Krieges mannigfache Veränderungen durchmachen. Ihr Wirkungsbereich erweiterte sich immer mehr durch neue Aufgaben, an die vor dem Kriege niemand gedacht hatte. Die zu Beginn des Krieges geltenden Vorschriften rechneten für die Kommandanturen überwiegend mit dem Bewegungskrieg, noch mehr als für die Etappe im allgemeinen. So ist fast immer nur vom Etappenort und den Etappenstraßen die Rede - das ist auch im Bewegungskrieg die Hauptsache; bald aber wurde der Etappenkommandant verantwortlich für einen ganzen Bezirk, in dem der Ort seines Sitzes nur eine je nachdem größere oder geringere Rolle spielte. Wie die Inspektion schließlich alle Tätigkeit einer Landesregierung in ihrem Bezirk ausübte, so hatte auch der Etappenkommandant neben seinen rein militärischen Funktionen alle Befugnisse der Verwaltungsbeamten verschiedenster Art (Landrat, Amtsrichter, Steuerkommissar, Gewerbeinspektor usw.). Daß natürlich hierfür das etatsmäßige Personal bei weitem nicht ausreichte, leuchtet ohne weiteres ein. Eine größere Kommandantur hatte schließlich neben dem einzigen etatsmäßigen Adjutanten noch einen Platzmajor für den Wacht- und Sicherheitsdienst und das Feuerlöschwesen, einen Beitreibungsoffizier für Beitreibungen und Beschlagnahme, einen Landwirtschaftsoffizier für Leitung der Agrarbetriebe und Beaufsichtigung der einheimischen Landwirtschaft, einen Quartieroffizier für Truppenunterbringung, einen Paßoffizier zur Regelung des Einwohnerverkehrs - und alle diese hatten mehr als reichlich zu tun. Zugeteilt wurden nach Bedarf noch Offiziere für bestimmte Industriezweige, z. B. bei einigen Kommandanturen der 4. Armee für Flachsbearbeitung. Bei kleineren Kommandanturen wurden natürlich mehrere der genannten Funktionen von einem Offizier ausgeübt. Kommandanturarzt und -veterinär erwiesen sich überall als unbedingt notwendig; oft reichte der eine Kriegsgerichtsrat nicht aus; der Bedarf an Geistlichen richtete sich nach der Belegung mit Truppen, die keine eigenen Geistlichen hatten (Übungsplätze, Rekrutendepots), und mit Lazaretten. An Unterpersonal war, abgesehen von dem gegen den Etat wesentlich erhöhten Bureaupersonal, besonders reichliche Zuteilung von landwirtschaftlichen Aufsehern zur Kontrolle der Einwohner notwendig.

Der Umfang der Kommandanturbezirke war natürlich sehr verschieden. Während im Westen kleine Bezirke, allerdings teilweise mit recht reichlicher Bevölkerungszahl vorherrschten, gab es im Osten Bezirke von gewaltiger Ausdehnung. Die dem Kommandanten zur Verfügung stehende Truppenzahl war entsprechend verschieden, im Westen ½ oder auch 1/3, höchstens eine ganze Landsturmkompagnie, die außer dem Wach- und Sicherheitsdienst und der Polizei im Bezirk auch die Kommandos für Verwaltung und wirtschaftliche Ausnutzung zu stellen hatte, im Osten bis zu 1 - 1½ Bataillon und einer Eskadron. Einige große Städte hatten an Stelle der Etappenkommandanten besonders eingesetzte, ähnlich organisierte Kommandanturen, die mehr oder minder selbständig unter oder auch neben den Etappeninspektionen standen; im Westen z. B. Gent, Lille.[31] Bei manchen Etappeninspektionen bestanden unter den Etappenkommandanturen als Unterbehörden sog. Ortskommandanturen, die aber meist mehrere Ortschaften verwalteten, wie fast in allen bodenständigen Generalkommandos das rückwärtige Operationsgebiet in Ortskommandanturbezirke eingeteilt war. In der Etappe entsprach das Verhältnis dieser Ortskommandanturen zu den Etappenkommandanturen etwa dem des Amtsmanns in Westfalen zum Landrat. Bei anderen Etappeninspektionen bildeten (**s. S. 237**) die Gendarmeriestationen eine Art Unterbezirke der Kommandanturen.

Den Etappenkommandanten gebührt ganz besondere Anerkennung. Sie waren es, die alle die vielen Verfügungen der höheren Behörden in die Tat umsetzen mußten; sie haben mit unendlicher Mühe oft aus nichts heraus schöne Unterkunftsmöglichkeiten für die Frontkameraden geschaffen; sie haben den Ackerbau ihrer Gebiete in Gang gebracht; sie haben aus ihrem Bezirk für Heer und Heimat das Erreichbare herausgeholt und dadurch das lange Durchhalten ermöglicht; sie haben aber auch Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, den Einwohnern Schutz gegen Übergriffe gewährleistet

und für deren materielle Wohlfahrt gesorgt. So mancher Kommandant war in jeder Beziehung ein Vater seines Bezirks. Trotz des natürlichen Hasses gegen den Eroberer haben die Einwohner das auch in sehr vielen Fällen anerkannt; es herrschte in fast allen Bezirken ein absolutes Vertrauensverhältnis zwischen Kommandantur und Einwohnerschaft, und die verständigen Leute[32] sahen durchaus ein, daß gegen einzelne Widersetzliche scharfe Maßregeln angewandt werden mußten. Um so bedauerlicher, aber bei dem Charakter der westlichen Nachbarn Deutschlands nicht verwunderlich ist es, daß jetzt dort nur diese Einzelnen das Wort führen und sich in maßlosen Beschuldigungen ergehen, während die Menge der früher gerecht Urteilenden aus Angst, in den Ruf des Mangels an Patriotismus zu kommen, nicht ihre Meinung zu äußern wagt.

14. Die Etappe in der letzten Kriegszeit.

Sehr erschwert wurde in den letzten Jahren des Krieges die Tätigkeit der Etappe durch den häufigen Wechsel der Verwaltungsgebiete der Etappeninspektionen, der dadurch bedingt wurde, daß bei der zahlenmäßigen Unterlegenheit Deutschlands gegenüber seinen Gegnern häufig ganze Armeen von einem Kriegsschauplatz auf bedrohte oder für einen Großangriff bestimmte Punkte eines anderen geworfen und zwischen den dort kämpfenden Armeen eingeschoben werden mußten. Jede Veränderung der Armeegrenzen machte sich dann auch durch Verschiebung der Etappengrenzen geltend, und das Einschieben einer Armee in die Front bedeutete immer eine enorme Veränderung auch im rückwärtigen Gebiet. Da jede Inspektion naturgemäß ihre Eigentümlichkeit in der Art ihrer Verwaltung hatte - und es wäre ein großer Fehler gewesen, hier von oben zu schematisieren -, so bedeutete das jedesmal für die betreffenden Kommandanturen eine völlige Umgestaltung ihres ganzen Betriebs. Es machte ferner eine Menge Versetzungen von einem Truppenteil zum anderen nötig, da von den Etappentruppen ein großer Teil in Wirtschaftsbetrieben abkommandiert und natürlich über das ganze Gebiet einer Inspektion verstreut war. Durch das ewige Anlernen von Nachfolgern in den Betrieben gingen auch eine Menge Leute dem Dienst verloren. Endlich mußten viele Betriebe, von denen die Inspektion nur einen in seiner Art besaß, bei Wechsel immer wieder neu eingerichtet werden oder im Gebiet einer anderen Inspektion - exterritorial - verbleiben, wo sie natürlich nur geduldet wurden und bei allem kameradschaftlichen Entgegenkommen nicht die gleiche Unterstützung fanden wie im eigenen Gebiet. Vielleicht hätte es manchmal genügt, bei Änderungen in der Front den Truppen der Nachbararmeen Belegungsrecht im Etappengebiet zu gewähren, ohne gleich das ganze Gebiet abzutreten, zumal da die taktischen Veränderungen oft rasch aufeinander folgten und manche Gebiete alle paar Monate oder sogar Wochen von einer Armee zur anderen pendelten.

Im Lauf des Krieges wurde das Soldatenmaterial in der Etappe immer weniger brauchbar, eine Tatsache, die ja infolge der langen Dauer des Kampfes überall zu spüren war, aber naturgemäß in der Etappe, die nur ältere, für die Front nicht mehr verwendungsfähige Leute bekam, besonders stark hervortrat. Schon zu Beginn des Feldzuges war es durch die Ersatzlage Deutschlands geboten, daß die Etappe die anfangs ziemlich reichlich bei ihr vorhandenen feldverwendungsfähigen Offiziere und Mannschaften abgab. Härten, die sich hierbei durch den Verlust besonders tüchtiger Fachleute ergaben, mußten in den Kauf genommen werden und wurden es auch überall in richtigem Verständnis für das Interesse des Ganzen. Gegen Schluß des Feldzuges aber wurde das Herausziehen angeblich kriegsverwendungsfähiger Leute aus der immer wieder von neuem durchsiebten Etappe geradezu zur Kalamität, da es die Leistungsfähigkeit wesentlich herabdrückte und dadurch auch der fechtenden Truppe schadete. Abgesehen von den Anforderungen der Front wurde aber die Lage der Etappe durch die Reklamationen der Heimat an Fachleuten immer mehr verschlechtert. Hier hätte sich vielleicht durch ein etwas größeres Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Etappe, besonders dafür, daß die Fabriken des Etappengebiets genau dieselben Fachleute brauchten wie die Heimat, allzu große Härten vermeiden lassen. Manchmal kamen hierbei sogar Schiebungen vor, indem gute Freunde unter falschen Vorspiegelungen

manchen von dem anstrengenden Etappendienst in die gut bezahlte Heimat zogen. Daß ein als Schlosser reklamierter Mann der Kutscher des Fabrikbesitzers war, oder ein als Bäcker reklamierter - Posamentier, aber ein Schwager des Bäckers, sind Fälle, die, wenn auch nicht häufig, sich wiederholt ereigneten.

Daß tatsächlich die letzte Kraft und manchmal eigentlich noch mehr aus der Etappe herausgepreßt wurde, zeigt am besten das Schreiben eines Divisionskommandeurs an die Etappeninspektion 6, der sich in den gröbsten Ausdrücken verbat, ihm solche absolut frontunbrauchbaren kranken Leute auf den Hals zu schicken - und dabei hatte nicht die Etappe, sondern eine Kommission, die die Etappe von angeblichen Drückebergern reinigen sollte, diese Leute als die körperlich besttauglichen der Etappeninspektion herausgesucht! Vor allem aber war der Ersatz aus der Heimat körperlich und geistig nicht imstande, die Abgaben zu ersetzen; es wurde häufig in Unkenntnis der Verhältnisse übersehen, daß der Etappendienst sehr große Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Leute stellt und daß für viele Betriebe eben nur brauchbare, wirkliche Schwerarbeiter verwendet werden konnten. Manchmal blieb der Ersatz auch längere Zeit ganz aus, da die Ersatztruppenteile infolge des auf höheren Befehl angelegten strengsten Maßstabs bei Beurteilung der Dienstfähigkeit gar nicht über garnisondienstfähige oder arbeitsverwendungsfähige Leute verfügten, sondern nur über kriegsverwendungsfähige Mannschaften, die sie der Etappe nicht senden durften. Auch für den Wachtdienst genügten die garnison- und arbeitsverwendungsfähigen Leute nicht, und die Erlaubnis, einige kräftige und gewandte Leute in die Militärpolizeien der großen Etappenstädte einzustellen, hätte sich wohl durch Aufgreifen der erschreckenden Zahl von Drückebergern sehr gut rentiert und weit mehr Leute der Front zugeführt, als für jenen Dienst notwendig waren.

Das Versagen gerade der Etappentruppen, die bisher Ausgezeichnetes geleistet hatten, beim schließlichen Rückzug und der Revolution ist in erster Linie dieser zum Schluß zu weit gehenden Verschlechterung des Menschenmaterials zuzuschreiben. Es muß aber erwähnt werden, daß auch in diesem Punkt vieles der Etappe zur Last gelegt wird, was sie nicht betrifft. Die Hauptträger der Zuchtlosigkeit in den Etappengebieten waren die jüngeren, noch unausgebildeten Leute der Feldrekrutendepots, die ja auch später in der Heimat meist eine sehr üble Rolle spielten. Das Verhalten der Etappentruppen gegenüber den Eindrücken des Rückzugs und der Revolution war in den Inspektionen sehr verschieden. Während in einzelnen sehr bald starke Unordnung einriß, blieben bei den meisten, wenigstens im Westen, mit wenigen Ausnahmen Landsturmtruppen und Kolonnen bis zuletzt in der Hand der Führer. Daß sie nicht die ihnen anvertrauten Vorräte zurückschaffen konnten, lag einmal an der furchtbaren Schnelligkeit der Rückzugsbewegung und den großen Massen des Heeresguts, dann aber an dem absoluten Versagen der Kraftfahrer (also Fronttruppen) und der zur Befehlsübermittlung nötigen Kraftradfahrer. Ein schlimmes Bild boten die Etappenorte der auf dem Rückzug befindlichen Etappe im östlichen Belgien, aber größtenteils nicht infolge der schlechten Haltung der Etappentruppen, sondern infolge der Menge der in tollster Verfassung, meist auf Lastkraftwagen, durchströmenden Deserteure. Daß die alten Landsturmleute der Etappe nach Hause drängten, kann man ihnen nicht verübeln, wenn sie täglich sahen, wie sie zu Fuß marschieren mußten, während Tausende von Drückebergern aus Brüssel mit Sonderzügen, die der dortige Soldatenrat von den Bahnbehörden erpreßt und so einer besseren Verwendung im Dienste des Vaterlandes entzogen hatte, an ihnen vorbei in die Heimat fuhren, um dort die günstige Zeit der Verwirrung für Verbrechen aller Art auszunutzen.

Die Tätigkeit der Etappeninspektionen auf dem Rückzug und nach Ankunft in der Heimat beschränkte sich, abgesehen vom Zurückführen der eigenen Etappentruppen, auf die Bereitstellung der Verpflegung für die zurückmarschierenden Armeen. Und auch diese letzte, unter den schwierigen Verhältnissen der damaligen Zeit wahrlich nicht leichte Aufgabe wurde im allgemeinen glänzend gelöst; niemals trat Mangel an Verpflegung bei der Truppe ein, und dem hier in erster Linie tätigen Intendanturpersonal gebührt vollste Anerkennung.

15. Schluß.

Aus alledem geht hervor, daß die Etappe, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ihre Schuldigkeit getan und Großartiges geleistet hat. Es ist darum tief bedauerlich, daß immer noch das Mißtrauen gegen die Etappe und die Geringschätzung ihrer Angehörigen nicht aufgehört hat. Die hier gebotene Schilderung wird jeden befähigen, über Tätigkeit und Leistung der Etappe sich selbst ein Bild zu machen. Die Taten sprechen für sich. Nur auf einige ganz besonders oft gehörte Behauptungen sei eingegangen:

Es ist ein Märchen, daß die Etappe gefaulenzt hat; rastlose aufopfernde Arbeit war vielmehr das charakteristische Kennzeichen der Etappe für die große Mehrzahl vom Höchsten bis zum Niedrigsten. Wenn man in den Etappenstädten viele herumlaufen sah, die nichts zu tun hatten, so waren dies Urlauber, die von der Front auf kurze Zeit zur Erholung dort waren oder auf der Fahrt zu und von der Heimat hier einen Tag Station machten, oder es waren Ersatztransporte, die vor ihrem endgültigen Abgang zur Front sich die Städte des feindlichen Landes ansehen und sich wohl auch, ehe sie den Gefahren des Kampfes entgegengingen, noch einmal austoben wollten; vor allem waren es zum Schluß Drückeberger, die, von Stadt zu Stadt ziehend, sich den Nachstellungen der Behörden zu entziehen verstanden hatten. Die Etappenangehörigen waren den ganzen Tag im Bureau und Magazin, in Werkstätte oder Fabrik, auf dem Acker oder auf Wache, aber nicht auf den Straßen!

Es ist auch unrichtig, daß sich Drückeberger in den Etappenbetrieben befanden. Dort waren teils ältere Leute, die überhaupt nicht mehr frontdienstpflichtig und auch nicht frontdienstfähig waren, oder Kranke und Verwundete. Vereinzelte Ausnahmen bestätigen hier wie überall nur die Regel.

Es ist vor allem ein Märchen, daß in der Etappe besonders viele Orden und Ehrenzeichen ausgeteilt wurden. Gewiß: viele Leute der Etappe trugen das Eiserne Kreuz, aber sie hatten es sich an der Front erworben, bevor sie infolge schwerer Verwundung zur Etappe kamen.

Unwahr ist auch, daß im Gegensatz zur Front in der Etappe ein besonders gutes Leben herrschte. Im Gegenteil: die Etappenportion war geringer als die Frontportion, die tägliche Brotmenge war erheblich kleiner, es fehlten die Zulagen zur Abendkost wie Wurst, Käse usw., und Butter wurde z. B. bei der 6. Armee[33] nur für jeden dritten Tag, nicht wie an der Front jeden zweiten Tag ausgegeben. Was dies bedeutete, zeigten die vielen Anträge von Fronttruppen, die im Etappengebiet kurze Zeit lagen und sofort Erhöhung der dort zuständigen Portion beantragten, da ihre Leute davon nicht leben könnten. Selbst das in der Etappe gebraute gute Bier ging an die Front, während sich die Etappe mit dem schlechteren aus der Heimat behelfen mußte. Kaufen konnte man allerdings besser in der Etappe, das stimmt - aber sinnlos teuer, weil die Fronttruppen durch ihre Urlauber und die in großer Zahl dauernd ins Etappengebiet geschickten Aufkäufer die Preise derart verdarben, daß die meisten Leute (einerlei ob Offizier oder Mannschaften) sich nur selten mehr leisten konnten als die Frontangehörigen, die in die Etappe kamen, um einmal (was ihnen sicher niemand verübeln wird), koste es was es wolle, ein bißchen zu schlemmen.

Und es ist eine Verleumdung, daß das sittliche Leben der Etappe besonders schlimm gewesen sei. Die Angehörigen in der Etappe, unter den Augen ihrer Vorgesetzten, waren dazu kaum in der Lage und hatten keine Zeit dazu. Wohl aber gaben die vielen vorübergehenden Gäste in den großen Etappenstädten leider sehr häufig Anlaß zu berechtigten Klagen über ihr unmilitärisches Benehmen und ihr sittliches Verhalten und schimpften überdies mächtig gegen die Etappenbehörde, wenn diese bei allzu tollem Betragen genötigt war, einzuschreiten.

Und schließlich trifft auch das nur in beschränktem Maße zu, daß die Etappenangehörigen sicher vor Gefahren durch den Feind waren. Die zahlreichen Fliegerangriffe gerade auf die Bahnen, Straßen, Magazine, Fabriken und Munitionslager des Etappengebiets in der zweiten Hälfte des

Krieges waren oft von furchtbarer Wirkung. Gegen Kriegsende hatten vordere Etappenorte auch Fernbeschießungen durch feindliche Artillerie (z. B. Seclin bei der Etappeninspektion 6) auszuhalten, so daß es im Etappengebiet manchmal ungemütlicher war als an ruhigen Frontteilen im Operationsgebiet, an denen, wie zeitweise an gewissen Orten der Vogesen, Promenadenkonzerte 2 km hinter dem Schützengraben stattfinden konnten. Überdies taten Kolonnen und Trains, Bahnschutz und Bewachung der Militärgefangenen, Sammelkompagnien und Straßenbaukompagnien,[34] sowie die Gräberverwaltung - alles Angehörige der Etappe - Dienst bis in das vordere Operationsgebiet.

Mehr Gerechtigkeit als das so unsinnige wie gemeine Pamphlet *Das Etappenschwein*, das eine Zeitlang an der Westfront viel zu finden war, läßt der Etappe das als Entgegnung geschriebene nachfolgende Gedicht der Etappe widerfahren. - Der unbekannte Verfasser wird verzeihen, daß es ohne seine besondere Erlaubnis hier aufgenommen wird:

Die Etappe.
(Eine Antwort auf das Schmähgedicht eines Frontsoldaten.)

Wer schafft unermüdlich bei Tag und Nacht,
Ist stets auf das Wohl der Truppen bedacht,
Damit sich die Front mit der Heimat verbindet,
Kolonne und Nachschub die Truppe stets findet.
Wer hilft den Verwundeten lindern die Leiden?
Das schafft die Etappe ganz still und bescheiden.

Wer sorgt in dem eben besetzten Lande
Für Ordnung und Zucht bei der feindlichen Bande,
Wer schafft den Truppen die guten Quartiere,
Wer sorgt für die Zufuhr der Weine und Biere?
Das macht ohne Geizen nach Ehre und Ruhm
Die Etappe ohn' schreiendes Heldentum.

Und löst in der Schlacht sich der Truppenverband,
So daß der Soldat 's Regiment nicht mehr fand,
Wer hilft dann suchen die Kompagnie,
Versagt dem Versprengten die Hilfe nie?
Das macht nur in stolzem Gefühle der Pflicht
Der so wenig geschätzte Etappenwicht.

Drum mögt verhöhnen ihr die Etappe
Mit noch so riesengroßer Klappe,
Wenn die Etappe nicht sorgt und nicht schafft,
Verginge zum Kämpfen euch Mut bald und Kraft;
Behaltet für euch drum die boshaften Reime,
Sie legen zur Zwietracht und Mißgunst die Keime.

Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß allmählich sich im Volke die richtige Auffassung über das Wesen der Etappe Bahn bricht, und daß eine objektive Geschichtschreibung die trotz aller Schwierigkeiten und vieler Mängel so großartigen Leistungen der Etappe als Verdienst der Männer würdigen wird, die trotz vieler Anfeindungen von allen Seiten, trotz Geringschätzung und Verkennung seitens derer, für die allein sie arbeiteten, ohne den Ansporn von Ruhm und Anerkennung, in unermüdlicher Arbeit nur das eine Ziel kannten und erreichten: für das Wohl ihrer Frontkameraden zu sorgen.

Anmerkungen:

1 [1/207] Zur Bearbeitung der Angelegenheiten der Schreiber, Burschen, Ordonnanzen, Pferde des Stabes, Unterbringung der Offiziere und Mannschaften, Kasinos, Küchen usw. ...zurück...

2 [1/209] S. auch **Abschnitt: "Feldpost und Etappentelegraphie"**. ...zurück...

3 [1/212] Nur ein aus der im Frieden geplanten Organisation stammender Name; die Werkstätten arbeiteten natürlich für Artillerie jeder Art. ...zurück...

4 [1/215] Man hatte die Wachen häufig mit vierfacher statt der normalen dreifachen Ablösung der Posten und Patrouillen besetzt, dafür aber auf Ablösung der Wache ganz verzichtet. ...zurück...

5 [1/216] Einmal auch für zwei holländische Soldaten, von denen einer sich einen unter dem Drahtzaun liegenden Apfel holen, der andere seinen verunglückten Kameraden retten wollte. ...zurück...

6 [1/218] D. h. arbeitsverwendungsfähige oder nur in der Heimat garnisonbrauchbare. ...zurück...

7 [2/218] S. auch **Abschnitt: "Die Heeresverpflegung"**. ...zurück...

8 [1/219] S. auch **Abschnitt: "Die Verwaltung Belgiens", Band [8]**. ...zurück...

9 [2/219] S. auch **Abschnitt: "Veterinärwesen", Band [7]**. ...zurück...

10 [1/220] Vgl. hierzu die **Abschnitte: "Heeresverpflegung"** und **"Veterinärwesen"**. ...zurück...

11 [2/220] Eine Art Tragekiepen, in denen das hinter den Stellungen zubereitete Essen den Leuten der vordersten Linie von Kameraden auf dem Rücken zugetragen wurde. Es gab verschiedene Konstruktionen aus Holz und Metall. ...zurück...

12 [1/221] Vgl. hierzu auch den **Abschnitt: "Die Heeresversorgung mit Bekleidung und Ausrüstung"**. ...zurück...

13 [1/222] Vgl. **Abschnitt: "Bekleidung und Ausrüstung"**. ...zurück...

14 [2/222] Vgl. **Abschnitt: "Feldpostwesen"**. ...zurück...

15 [1/224] Vgl. hierzu auch **Band [6], Abschnitt "Versorgung des Heeres mit Pferden"** und **Band [7], Abschnitt "Veterinärwesen"**. ...zurück...

16 [1/226] Vgl. hierzu auch die **Abschnitte: "Feldsanitätswesen"** und **"Veterinärwesen"**. ...zurück...

17 [1/231] S. hierzu den **Abschnitt: "Das Generalgouvernement in Belgien" in Band [8]**. ...zurück...

18 [2/231] Oberquartiermeisterstab mit Adjutantur, Militärgericht, Intendantur, Sanitätswesen, Veterinärwesen, Seelsorge, Feldgendarmerie, Train, Depots und Werkstätten, Kriegsgefangenenlager, Telegraphen- und Fernsprechwesen, Kraftfahrwesen, Baudirektion, Feldpost und Kommandant des Hauptquartiers.
Verwaltungsstab mit Landesverwaltung, Polizei, Arbeiterversicherung, Kirchen- und Schulangelegenheiten, rumänisches Gerichts- und Gefängniswesen, Landesfinanzverwaltung, Steuern, Zölle, Quartierlastfragen, Kreditwesen, Wechselstuben, Bankaufsicht, Währungsfragen, Landespost, Donaustrombau usw.
Wirtschaftsstab mit Abteilungen für Nahrungs- und Futtermittel (Gruppen: Ausfuhr, Mühlen, Öle und Fette, Eier, Wein, Obst), Landwirtschaft (Gruppen: Ackerbau, Viehzucht, Brauerei, Landwirtschaftliche Maschinen), Versand, Kriegsrohstoffe (Gruppen: Textilien, Leder und Gerbstoffe, Metalle, Chemikalien), Statistik und Ausgleich, Mineralöle, Holzverwertung (Gruppen: Sägewerke, Abtransport), Forstwesen, Elektrotechnik, Maschinenverwertung (mit Treibriemenzentrale), Fischerei, Bergwerke, Kriegsindustriebetriebe (Gruppen: Eisenbetriebe, Dachpappe, Wagenbau usw.), Gläubigerschutz und Zwangsverwaltung, Finanzen, Rechtsfragen, Arbeiterfragen. ...zurück...

19 [1/234] Vgl. hierzu **Abschnitt: "Feldpost und Etappentelegraphie"**. ...zurück...

20 [1/237] Vgl. hierzu **Abschnitt: "Kunstschutz" in Band [8]**. ...zurück...

21 [1/240] Dienstleistungen für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres können gefordert werden gemäß Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung. ...zurück...

22 [1/244] Wenn - nach polnischen Berichten - diese Tiere jetzt ausgerottet sind, so ist das nicht der deutschen Okkupation, sondern der schrankenlosen Revolutionszeit zur Schuld zu legen. ...zurück...

23 [1/245] 1. Personalien und Wissenschaft, 2. Wirtschaft und Verpflegung, 3. Waldwertermittlung und Forsteinrichtung, 4. Holzverwertung, 5. Technische Betriebe, 6. Eisenbahn- und Wassertransport, 7. Sanitätswesen, 8. Kassenverwaltung und Etatswesen. ...zurück...

24 [1/249] Beschlagnahme für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gemäß Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung. ...zurück...

25 [1/253] Vgl. hierzu auch den **Abschnitt: "Kriegsgefangenenwesen" in Band [8]**. ...zurück...

26 [1/258] Geschäftsverteilung des B. d. G. West: Ia erster Generalstabsoffizier, Ib zweiter Generalstabsoffizier, Ic dritter Generalstabsoffizier, IIa Personalien, IIb Bureauoffizier, IIc Quartier- und Stabsangelegenheiten, IId Aufklärungstätigkeit im Heere, IIIb Verwaltungsabteilung, IIIc Polizeiabteilung, IIId Arbeiterangelegenheiten, IVa Intendantur, IVb Generalwechselamnt, V Veterinärabteilung, VIa Finanzabteilung (bes. Bankaufsicht), VIb Handelsabteilung (bes. Ein- und Ausfuhrbewilligungen), VIc Metallabteilung (Rückführung von Maschinen, Metallen und Schrott), VId Beute- und Sammelabteilung, VIIa Industrieabteilung, VIIb Elektrotechnische Abteilung, VIIc Artilleriewerkstätten, VIId Chemische Abteilung, VIIe Kohlenverteilung, VIIIa Landwirtschaftliche Abteilung, IX Beschaffungsabteilung, a) Allgemeines, b) für Baustoffe, c) für Unterkunft und Industrie. ...zurück...

27 [2/258] Der B d. G. West hatte seinen Sitz in Charleville, seine Behörde war selbst nicht Etappenbehörde, sondern bildete einen detachierten Teil des Stabes des Generalquartiermeisters, gehörte also wie dieser selbst zum Großen Hauptquartier. ...zurück...

28 [1/259] Die Tätigkeit der Elektrotechnischen Abteilung, Abteilung für Artilleriewerkstätten, Bankabteilung, Landwirtschaftlichen Abteilung, Kohlenverteilungsabteilung und des Generalwechselamts ist schon früher kurz erwähnt worden. Es ist im Rahmen dieses Buches nicht möglich, die umfangreiche Arbeit des B. d. G. West mit seinen einzelnen Abteilungen auch nur andeutungsweise zu schildern. ...zurück...

29 [1/261] Vgl. hierzu **Abschnitt: "Geistiges Leben und Wohlfahrtseinrichtungen" in Band [8]**. ...zurück...

30 [1/262] Vgl. hierzu **Abschnitt: "Rechtspflege" in Band [8]**. ...zurück...

31 [1/266] Anfangs Gouvernement, dann selbständige Kommandantur. ...zurück...

32 [2/266] Mit wenigen Ausnahmen, meist gerade aus höheren Ständen, die völlig blind in ihrem Haß gegen alles Deutsche waren. ...zurück...

33 [1/270] Bei den einzelnen Armeen und zu den verschiedenen Zeiten verschieden. Vgl. hierzu auch den Abschnitt: "Heeresverpflegung". ...zurück...

34 [1/271] Wurden später Armeetruppen. ...zurück…

Kapitel 4: Das Nachschubwesen der Marine und die Ausrüstung von Hilfskriegsschiffen

Vizeadmiral Bernhard Rösing

A. Nachschubwesen der Marine.

1. Allgemeine Charakteristik des Nachschubs über See, Friedensvorbereitungen der Marine und Umfang des Hilfsschiffwesens im Kriege.

Während eine kämpfende Truppe von Beginn des Feldzugs an so sehr auf regelmäßigen Nachschub von Kriegsgut und Lebensmitteln angewiesen ist, daß die Einrichtung eines leistungsfähigen Etappendienstes zu den dringendsten Aufgaben der Heeresleitung gehört, birgt das Kriegsschiff alles, was es zum Marsch, zum Kampf und zur Versorgung der Besatzung braucht, wenigstens für eine gewisse Zeit in sich.

Solange der Wind die treibende Kraft für die Schiffe lieferte, war die Dauer dieses Zeitraums nur von der Ausdauer der Besatzungen abhängig. Nelsons Flotten konnten den Gegner ohne Nachschub Monate hindurch über die Meere verfolgen. Nur gelegentliche Auffüllung des Frischwassers und Proviants an beliebigen Küstenplätzen war zur Erhaltung der Gesundheit erforderlich.

Durch die Einführung der Maschinen sind die Schiffe zwar von Wind und Wetter unabhängiger geworden, aber zu häufigerer Fahrtunterbrechung genötigt. Wohl kann man einem Schiff mit großen Ladungsräumen soviel Kohlen mitgeben, daß seine Seeausdauer der eines Segelschiffs praktisch gleichkommt. Den Beweis dafür hat der bekannte **Hilfskreuzer "Wolf"** geliefert, dessen Kohlenladung für eine Dampfstrecke von 35 000 sm ausreichte. Aber solche Leistungen lassen sich nur unter Verzicht auf einen Teil der Nutzlast erzielen. Bei einem Kriegsschiff beanspruchen Armierung, Panzerung und Maschinen soviel von der Gesamttragfähigkeit, daß für den Brennstoff nur ein verhältnismäßig geringes Gewicht erübrigt werden kann. Die Dampfstrecke der modernsten deutschen Linienschiffe "Baden" und "Bayern" betrug bei 12 sm Stundengeschwindigkeit nur 5200 sm, die des großen Kreuzers "Derfflinger" bei 14 sm Fahrt 5700 und die des kleinen Kreuzers "Karlsruhe" 4000 sm. Bei höheren Geschwindigkeiten, wie sie im Kriege meistens eingehalten werden müssen, verringern sich diese Strecken noch erheblich. Günstiger liegen die Verhältnisse auf großen Passagierschiffen, auf denen für Kessel, Maschinen und Kohlenladung verhältnismäßig mehr Raum und Gewicht zur Verfügung steht. Der Schnelldampfer "Kronprinz Wilhelm" konnte ohne Verwendung der Ladungsräume für Kohlenzuladung bei 12 sm Fahrt bis zu 17 500 und bei 23 sm Fahrt immer noch bis zu 4800 sm, und der Postdampfer "Prinz Eitel Friedrich" bei 15 sm Fahrt bis zu 10 000 sm zurücklegen.

So geht der Wirkungsbereich des auf seine eigenen Vorräte angewiesenen modernen Kriegsschiffs nicht über eine seiner Kohlenausdauer entsprechende Fläche hinaus. Es muß so rechtzeitig nach seinem Ausrüstungshafen oder Stützpunkt zurückfahren, daß der Brennstoff, unter Hinzurechnung einer gewissen Reserve für etwaiges Zusammentreffen mit dem Feind oder andere Zwischenfälle, noch zum Rückmarsch ausreicht. Liegt aber das Operationsziel außerhalb dieses Bereichs, so muß den Kriegsschiffen Heizmaterial zugeführt werden.

Der moderne Seekrieg kann also bei weiter ausholenden Unternehmungen auch nicht ohne Nachschub auskommen, der in der Hauptsache der Brennstoffergänzung dient, unter Umständen aber auch andere Bedürfnisse wie Munition, Maschinenmaterialien und Proviant umfassen muß.

Da die Kampfbereitschaft der Kriegsschiffe während der Übernahme dieser Zufuhrgüter unterbrochen wird, müssen sie in diesem Zeitraum gegen feindliche Angriffe geschützt werden. Auf

der überall gleichmäßig zugänglichen offenen See ist dies viel schwieriger als am Lande, wo die Heeresfront sich schützend vor der Etappe ausbreitet. Es müssen daher in geeigneten Küstengewässern Stützpunkte geschaffen werden, die neben dem Schutz gegen Wind und Seegang auch ausreichende Sicherheit gegen Überfälle bieten. In Ermangelung solcher Plätze kann die Sicherheit unter Umständen auch in der unendlichen Weite des Meeres gesucht werden, in der abseits von den belebten Gegenden ein Auffinden nur durch das Spiel des Zufalls denkbar ist, da die Schiffe auf ihren Fahrten keine Spuren hinterlassen. Voraussetzung ist hierfür, daß die vorherrschenden Witterungsverhältnisse ein Umladen von Schiff zu Schiff in offener See gestatten. Dieses Verfahren hat nur bei einzelnen Schiffen oder kleinen Verbänden Aussicht auf Erfolg.

Auch der Nachschub bedarf des Schutzes. Nur in seltenen Fällen ist die Beherrschung der See eine so vollständige, daß er bis in das Operationsgebiet selbst geleitet werden kann. Es gehört dazu die Einschließung der feindlichen Seestreitkräfte oder die vollständige Absperrung eines Meeresteils. Es entstehen dann im Seekriege Anklänge an die Begriffe des Landkriegs. Die Beherrschung bestimmter Stellungen und Straßen erhält strategischen Wert; und je mehr sich die Küsten einander nähern, um so mehr werden die im Ozean frei zu wählenden Wege beschränkt und die Schiffe auf Einhaltung bestimmter Kurse angewiesen. Es bilden sich feste Etappenlinien, die durch Seestreitkräfte, Minenfelder oder Küstenbefestigungen geschützt werden müssen.

Neben der Versorgung der Flotte können solche Etappenverbindungen der Landkriegführung dienstbar gemacht werden, indem sie den Transport von Truppen über See und den Nachschub für Heeresteile übernehmen, die in entlegenen, an die See grenzenden Gebieten kämpfen, oder indem sie der Kriegsindustrie das nötige Rohmaterial aus überseeischen Ländern zuführen.

Die verschiedenen hier angedeuteten Formen hat der Nachschub über See während des Krieges angenommen.

Die deutsche Schlachtflotte war angesichts der gewaltigen Überlegenheit der Gegner im allgemeinen auf die Anlehnung an die heimischen Kriegshäfen angewiesen. Nur in einzelnen Fällen konnte ihr Wirkungsbereich durch Einrichtung gesicherter Stützpunkte in der Nähe ihres Operationsziels erweitert und ein Nachschub dorthin geleitet werden.

Das weite Weltmeer war das Kriegsgebiet der Auslandskreuzer. In ihm suchten sie Zuflucht vor den Nachstellungen des Feindes während der Kohlenübernahme aus nachgesandten Dampfern.

In der Ostsee entstanden nach ihrer Absperrung gegen den Feind unter dem Schutz der Flotte feste Etappenlinien, die der Versorgung der in den baltischen Provinzen stehenden Heeres- und Marineteile und dem Transport von Rohstoffen für die Kriegsindustrie dienten.

Wie schon dieser Überblick ergibt, sind Armee und Marine auf dem Gebiet des militärischen Seetransportwesens auf inniges Zusammenwirken angewiesen. Praktisch trat dies zum ersten Male während der Chinaexpedition im Jahre 1900 in Erscheinung. Die dabei gemachten Erfahrungen führten infolge einer Anregung Sr. M. des Kaisers zur Gründung der Seetransportabteilung im Reichsmarineamt. Diese Behörde sollte alle militärischen Transporte über See im Frieden und im Kriege bearbeiten und hierin ein Bindeglied zwischen Armee und Marine bilden. Zu diesem Zweck wurde sie, soweit reine Armeetransporte in Frage kamen, dem Kriegsminister unterstellt, und der Abteilungschef, ein Kapitän zur See, erhielt die Berechtigung des unmittelbaren Verkehrs mit den in Betracht kommenden Heeresstellen wie ein Abteilungschef des Kriegsministeriums. Ein zur Abteilung kommandierter Generalstabsoffizier bearbeitete die Truppenexpeditionen und ihren Nachschub über See, und drei Offiziere der Kriegsakademie wurden alljährlich in einem 2½ Monate dauernden Kursus als Ein- und Ausschiffungsleiter oder Transportführer ausgebildet.

Für die Marine hatte die Seetransportabteilung hauptsächlich die Auffüllung der Kriegsflotte durch Handelsschiffe im Kriege und die Umwandlung der letzteren in Kriegsschiffe, sowie die Ausrüstung der von der Kauffahrteiflotte zu stellenden Zufuhrschiffe vorzubereiten.

Zur örtlichen Vertretung der Abteilung in den Hafenstädten, zur Aufrechterhaltung der Fühlung mit den Reedereien und Werften, und zur Vorbereitung der mobilmachungsmäßigen Indienststellungen bestand in Hamburg eine Schiffsbesichtigungskommission unter Leitung eines Konteradmirals, die in den übrigen größeren Hafenstädten durch Zweigstellen oder Vertrauensleute vertreten wurde.

Die Ausrüstung der im Kriegsfall anzufordernden Handelsschiffe wurde auf das sorgfältigste vorbereitet, so daß sie in wenigen Stunden oder Tagen vor sich gehen konnte. Über den gesamten Bestand der deutschen Kauffahrteiflotte, über die Eigenschaften der einzelnen Schiffe und über die Leistungsfähigkeit der Werften wurden Nachweisungen geführt. Für bestimmte Kriegszwecke wurden die geeignetsten Schiffe und ihre Reserven ausgewählt und ihre Gestellung im Mobilmachungsfalle bei den Reedereien gesichert. Die erforderlichen Umbau- und Einrichtungsarbeiten wurden bestimmt, Zeichnungen, Bauvorschriften und Arbeitsaufträge dafür ausgearbeitet und Verträge mit den Werften abgeschlossen. Für jedes planmäßig auszurüstende Hilfsschiff wurde eine Ausrüstungsmappe angelegt, die die Art und Reihenfolge der vorzunehmenden Arbeiten, den Ausrüstungsetat, den Besatzungsetat und ein Muster für die Mannschaftslisten enthielt. Diejenigen Inventarien, deren Beschaffung im Mobilmachungsfall nicht sichergestellt werden konnte, wurden bereits im Frieden auf den kaiserlichen Werften, Artillerie- und Minendepots oder in den Marinelazaretten und Sanitätsämtern gelagert. Die Bemannung, soweit sie aus militärischem Personal bestand, erfolgte auf Grund der vom Reichsmarineamt herausgegeben Kriegsstärkenachweisungen durch die Stationskommandos.

Die gesetzliche Handhabe für die Requisition deutscher Handelsschiffe für Kriegszwecke bot das Kriegsleistungsgesetz. Dieses sah neben den Vergütungen für entzogene Benutzung und etwaige Wertverminderung auf Grund einer kommissarischen Abschätzung auch die Möglichkeit des Ankaufs oder der Miete der angeforderten Schiffe und Fahrzeuge in freier Vereinbarung vor. Da bei Ausbruch des Krieges eine fast vollständige Einstellung der deutschen Handelsschiffahrt erfolgte und die Reeder gezwungen waren, ihre Schiffe aufzulegen, hätten Vergütungen für entzogene Benutzung nicht festgesetzt werden können. Entschädigungsansprüche für Wertverminderungen oder Verluste konnten erst nach geraumer Zeit entstehen. Um die Reedereien vor den ihnen auf diese Weise drohenden wirtschaftlichen Schäden zu bewahren, und weil das im Kriegsleistungsgesetz vorgesehene Abschätzungsverfahren große Verzögerungen mit sich brachte, wurde die vertragliche Grundlage vorgezogen. Erst im späteren Verlauf des Krieges, als sich in der Ostseeschiffahrt wieder Verdienstmöglichkeiten boten, mußte in einzelnen Fällen auf das gesetzliche Abschätzungsverfahren zurückgegriffen werden.

Nach den Verträgen wurden die Reedereien für die Benutzung von Schiff und Inventar, für das verbrauchte Betriebsmaterial, die Löhne und die Verpflegung entschädigt und die Vergütung nach Art, Wert, Alter und Verwendung der einzelnen Schiffe abgestuft. Als sich im Lauf des Krieges die Preise für Materialien, Löhne und Verpflegung erhöhten, wurden entsprechende Zuschläge bewilligt.

Die Marine verpflichtete sich außerdem, die Schiffe in dem Zustande wieder zurückzuliefern, in dem sie sie erhalten hatte, oder für etwaige durch die Benutzung entstandene Schäden aufzukommen. Der Ersatzwert bei Totalverlusten wurde aus den Bauaufwendungen, die in den Werftrechnungen nachzuprüfen waren, und einer von der Konjunktur des Frachtenmarktes unabhängigen jährlichen Abschreibung errechnet. Als infolge der Erhöhung der Schiffsbaupreise während der langen Dauer des Krieges die vertraglich festgesetzten Ersatzwerte nicht mehr ausreichten, um Totalverluste zu ersetzen, wurde den Reedereien Gelegenheit gegeben, bei einer mit

staatlichen Mitteln gegründeten Versicherungsbank ihr Interesse zu billigen Prämiensätzen zu versichern, und zwar je nach dem Alter der Schiffe bis zu 40% des von der Marine gewährten Ersatzwerts und in besonderen Fällen noch darüber hinaus. Eine von den nicht-militärischen Schiffsbesatzungen geforderte Versicherung gegen die erhöhten Gefahren der Schiffahrt während des Krieges wurde von der Marineverwaltung übernommen.

Bei der Mobilmachung ergänzte sich die Schiffsbesichtigungskommission durch einen Stab von Offizieren des Beurlaubtenstandes der Marine, die in den verschiedenen Häfen als Requisitionsoffiziere, Ausrüstungsleiter, Bemannungsleiter und Transportleiter die Ausrüstung und Bemannung der Hilfsschiffe nach den dafür gegebenen Vorschriften durchführten. Technische Mitglieder der Kommission prüften die Betriebsfähigkeit der Maschinenanlagen und Sicherheitsvorrichtungen, überwachten die technischen Einrichtungsarbeiten und sorgten für das Vorhandensein der erforderlichen Betriebsmaterialien. Sanitätsoffiziere und Verwaltungsbeamte richteten den Lazarett- und Verwaltungsdienst ein.

Durch diese bis in das kleinste sorgfältig durchdachte und vorbereitete Organisation, den Eifer und Tätigkeitsdrang aller beteiligten Personen und die bereitwillige Unterstützung, die die Reedereien und Werften mit ihren vorzüglichen Einrichtungen und Hilfskräften der Marine gewährten, wurde es erreicht, daß die 204 größeren Schiffe und etwa ebensoviel kleineren Fahrzeuge (Hilfsschiffe für den Werft- und Depotbetrieb, für den Hafendienst u. dgl.), sowie gegen 100 Fahrzeuge für den Fahrwasserdienst (Kriegsfeuerschiffe und Fahrzeuge für das Lotsen- und Betonnungswesen), die planmäßig in Dienst zu stellen waren, in der vorgeschriebenen Zeit, und zwar zum größten Teil in 2 - 3 Tagen, voll ausgerüstet zur Verfügung standen.

Bald stieg jedoch der Bedarf an Hilfsschiffen beträchtlich, so daß ihre Zahl in den ersten Monaten des Krieges auf rund 450 Dampfer, 200 Schlepper, 500 Leichter und 100 Motorboote anwuchs. Nachdem im Sommer 1915 eine geringe Einschränkung eingetreten war, erhöhte sich der Bestand ständig bis zum Schluß des Krieges, so daß im ganzen über 2000 Indienststellungen von Hilfsschiffen notwendig wurden. Dem Tonnengehalt nach machten sie etwa 20% des bei Ausbruch des Krieges in deutschen Häfen befindlichen etwa 2,3 Millionen Bruttoregistertonnen betragenden Teils der deutschen Handelsflotte aus.

Folgende Übersicht vom Dezember 1917 gibt ein Bild von der Zusammensetzung dieser Hilfsschiffsflotte nach Schiffsarten:

Große Dampfer	194
Fischdampfer	399[1]
Schlepper und Pumpendampfer	213
Leichter	512
Feuerschiffe, Bagger, Hebefahrzeuge	55
Motorboote	169
	1542

Dazu kamen noch 192 fremde Dampfer, die entweder bei Ausbruch des Krieges in den deutschen Häfen lagen oder auf See aufgebracht und vom Prisengericht eingezogen und dann in den Kriegsdienst eingestellt worden waren.

Soweit die hier aufgeführten Schiffe als Zufuhrschiffe oder für den Hilfsdienst der Flotte gebraucht wurden, behielten sie ihren Charakter als Handelsschiffe. Sie blieben in der Verwaltung ihrer Reedereien, wurden von Zivilpersonal bedient, behielten die Handelsflagge und waren unbewaffnet. Um die Durchführung der gegebenen Befehle zu überwachen und die Verständigung mit den Kriegsschiffen zu ermöglichen, wurde ihnen ein militärisches Detachement von geringer Stärke

mitgegeben; es war ihnen aber ausdrücklich untersagt, sich an Kampfhandlungen zu beteiligen. Seekriegsrechtlich waren sie wie Handelsschiffe anzusehen, wenn sie auch ihre Befehle von den Seebefehlshabern erhielten.

Diejenigen Schiffe und Fahrzeuge, die zur Auffüllung der eigentlichen Kampfflotte dienen sollten, wurden in Kriegsschiffe umgewandelt. Sie wurden in die Verwaltung der Kriegsmarine übernommen, unter militärisches Kommando gestellt und mit Militärbesatzung versehen; sie führten Kriegsflagge und Kommandowimpel, wurden bewaffnet und wie Kriegsschiffe verwendet und behandelt.

Wenn auch zahlenmäßig nur etwa ein Fünftel der verfügbaren deutschen Handelsflotte zu Kriegsdiensten herangezogen wurde, so reichte doch der Bestand einzelner Schiffsgattungen nicht aus, um allen Anforderungen zu entsprechen. Dies gilt besonders von den Fischdampfern, die sich für die verschiedensten Zwecke als die geeignetsten Fahrzeuge erwiesen. Sie wurden gebraucht zur Beobachtung von Flußmündungen und Hafeneinfahrten, als Wachtboote gegen feindliche Unterseeboote, zum Minensuchen, als Kriegsfeuerschiffe und zum Geleiten von U-Booten durch feindliche Minensperren. Die deutsche Fischdampferflotte bestand zu Beginn des Krieges aus 285 Fahrzeugen. Nicht alle waren kriegsbrauchbar; viele gingen im Kriege verloren, so daß sich im Dezember 1915 die Marine zum Bau eigener Fischdampfer gezwungen sah, von denen im Laufe des Krieges 179 Stück fertiggestellt wurden. Auch die Zahl der vorhandenen seegehenden Motorboote, die für den Minensuchdienst und die U-Bootsjagd gebraucht wurden, reichte nicht aus, so daß vom Frühjahr 1915 bis zum Herbst 1918 gegen 300 solcher Boote von verschiedenen Typen in Bau gegeben werden mußten.

Nicht enthalten in obiger Übersicht sind die deutschen Handelsschiffe, die außerhalb der heimischen Gewässer im Kreuzerkrieg Verwendung fanden. Diese - etwa 250 an der Zahl - dienten den Auslandskreuzern als Zufuhrschiffe. Es mußten zu diesem Zwecke die besten und schnellsten von den Dampfern ausgesucht werden, die sich bei Kriegsausbruch im Auslande befanden. Drei von ihnen, die Lloyddampfer "Kronprinz Wilhelm" und "Prinz Eitel Friedrich" sowie der Dampfer "Cap Trafalgar" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, wurden in Hilfskreuzer umgewandelt und beteiligten sich selbst am Handelskrieg.

Einen Begriff von dem Umfang des Hilfsschiffswesens während des Krieges ergibt eine Ende 1915 aufgestellte überschlägliche Berechnung. Danach wurde damals schon der wirtschaftliche Wert der auf diesem Gebiet der Marineverwaltung zufallenden Verantwortung auf 2 Milliarden Mark (Goldmark) veranschlagt. Vom August 1914 bis zur endgültigen Abwicklung Ende 1920 wurden an Mieten und Ersatzwerten rund 489 Millionen Mark bezahlt.

Sehr viel größer noch war naturgemäß der Umfang der britischen Hilfsschiffsflotte. Abgesehen davon, daß die Zahl der Hilfskreuzer und Troßschiffe für die Flotte entsprechend ihrer etwa dreifachen Stärke um ein Mehrfaches überlegen war, wurden für die zahlreichen Truppenverschiffungen über See und den Nach- und Abschub für die gelandeten Verbände große Mengen von Schiffen gebraucht. Wenn man noch diejenigen Schiffe hinzurechnet, die zur Versorgung des Mutterlandes mit Proviant und Rohstoffen unter staatlicher Kontrolle fuhren, so scheint es nicht übertrieben, wenn die für Kriegszwecke eingestellte englische Handelsschiffstonnage auf 60 - 70% ihrer bei Beginn des Krieges 19,2 Millionen Tonnen messenden Gesamtgröße geschätzt worden ist. Als im Lauf des Krieges die Schiffsverluste eine bedrohliche Höhe erreichten, genügte auch dieser gewaltige Schiffsraum nicht mehr, und England mußte dazu übergehen, die neutrale Schiffahrt und die in neutrale Häfen geflüchteten deutschen Schiffe in seine Dienste zu pressen.

2. Der Troß der Hochseeflotte.

Als die Mobilmachung befohlen wurde, konnte noch nicht übersehen werden, welche Aufgaben der Krieg der Hochseeflotte stellen würde. Falls England sich zunächst neutral verhielt, konnte ein offensives Vorgehen gegen die französische Flotte in Frage kommen. Aber auch wenn man mit dem sofortigen Eingreifen Englands rechnete, blieb es von dem Verhalten des Gegners abhängig, ob der Schwerpunkt des Seekriegs zuerst in der Ostsee oder in der Nordsee oder im englischen Kanal liegen würde. Der Admiralstab mußte sich daher für alle Möglichkeiten rüsten und ordnete die Einrichtung eines schwimmenden Depots an, das der Flotte zu folgen geeignet war.

Kohlen- usw. Schiffe.

In erster Linie kam es auf die Nachfuhr von Kohlen an. Jede Gelegenheit sollte ausgenutzt werden, um die Bunker aufzufüllen. Im Kriege muß stets ein möglichst vollständiger Bestand der Brennstoffvorräte an Bord angestrebt werden, damit die Flotte aktionsfähig bleibt. Auch ist es für ein Kriegsschiff wichtig, mit möglichst großem Kohlenbestand in die Schlacht zu kommen, da die Kohle ein vorzügliches Mittel zur Verminderung der Wirkung von Granatexplosionen bildet. Der Kohlenverbrauch ist sehr viel stärker als im Frieden, da schon die U-Bootsgefahr zur Einhaltung großer Geschwindigkeiten zwingt, und selbst ein Schiff, das stilleliegt, seine Kessel in solcher Bereitschaft halten muß, daß sie binnen kürzester Zeit zur Höchstleistung gebracht werden können.

Es war berechnet worden, daß für eine einmalige gleichzeitige Auffüllung aller Schiffe der Hochseeflotte 20 Kohlendampfer mit einer Durchschnittsladefähigkeit von 2000 t genügen würden. Größere Dampfer waren nicht erwünscht, da ihre Handhabung längsseit der Kriegsschiffe Schwierigkeiten machte und auch eine Verteilung der Kohlen auf möglichst viele Übernahmestellen von Vorteil war. Wenn auch solche Dampfer vorgezogen wurden, die über große Luken und gutes Löschgerät verfügten, so eignete sich doch jeder Frachtdampfer von entsprechender Größe. Nur die Forderung einer der Marschfahrt der Flotte gleichkommenden Geschwindigkeit konnte nicht erfüllt werden, da diese kleinen Frachtdampfer im allgemeinen nicht mehr als 9 - 10 sm laufen können. Neben den Kohlen führte jeder Dampfer eine angemessene Menge von Maschinenöl, Brennholz und Kesselspeisewasser zur Abgabe mit sich.

Für das Bekohlen von Torpedobooten wurden vier größere Schiffe eingerichtet, deren Länge das gleichzeitige Längsseitliegen von zwei großen Booten auf jeder Seite gestattete. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte die Reederei Hugo Stinnes einige Dampfer gebaut, auf denen die Wünsche der Marineverwaltung für Torpedobootskohlendampfer besondere Berücksichtigung gefunden hatten. Um den großen Bedarf der Boote an Öl und Kesselspeisewasser befriedigen zu können, waren im Raum und an Deck Tanks mit Saugerohrleitungen eingebaut, die durch die Schiffspumpen entleert werden konnten. Die Druckrohrleitungen waren so angeordnet, daß an vier Stellen gleichzeitig Öl und Kesselspeisewasser abgegeben werden konnte.

Heizöl wurde auch auf besonderen Tankdampfern verfrachtet, von denen die Handelsmarine zehn stellen konnte. Sie mußten später, als verschiedene Verluste durch Minen eingetreten waren und der Heizölbedarf der Untersee- und Torpedoboote stieg, durch Neubauten der Kriegsmarine ergänzt werden.

Zur Versorgung kleiner Fahrzeuge, Vorposten- und Minensuchboote, wurden Depotdampfer ausgerüstet und auf die Küste verteilt. Außer Kohlen-und Kesselspeisewasser hielten sie Artilleriegerät, Reserveinventar, Materialien, ärztliche Ausrüstungen und Lebensmittel zur Abgabe bereit. Sie ersparten den kleinen Fahrzeugen das häufige Einlaufen in die Häfen, womit immer eine längere Unterbrechung ihrer Tätigkeit verbunden war.

Nächst dem Brennstoff bildete die Munition den wichtigsten Teil des Nachschubs. Die II. Chargierung der Hochseeflotte wurde auf sechs größeren Frachtdampfern derart verladen, daß die für jedes Kriegsschiff bestimmte Munition sofort greifbar war. Auf die Möglichkeit einer gleichzeitigen Munitionsabgabe an alle Schiffe, wie es bei den Kohlen vorgesehen war, konnte verzichtet werden, da anzunehmen war, daß nach einer Seeschlacht, nach der die Munitionsbestände der ganzen Flotte der Auffüllung bedurften, doch durch Instandsetzungsarbeiten an den Schiffen und Maschinen eine größere Pause in den Operationen entstehen würde.

Eine Flotte muß ferner über Werkstattschiffe verfügen, wenn die Schiffe ihre laufenden Reparaturen auf einem provisorisch eingerichteten Stützpunkt ausführen sollen, anstatt jedesmal nach dem Heimathafen zurückzulaufen. Verschiedene Marinen besaßen schon im Frieden solche schwimmenden Reparaturwerkstätten, die die Flotte auf größeren Reisen begleiteten. Der englischen Schlachtflotte ermöglichte das Vorhandensein der beiden im Frieden erprobten Werkstattschiffe "Cyclops" und "Assistance" im Kriege die Loslösung von den großen Kriegshäfen im Kanal und den Aufenthalt in den strategisch günstiger liegenden, aber noch nicht fertig ausgebauten Stützpunkten im Norden. Auch in Deutschland war der Bau eines ständigen Werkstattschiffs erwogen, aber wegen dringenderer Forderungen vorerst zurückgestellt worden. So mußte man sich damit abfinden, daß der Umbau eines Handelsschiffs mehrere Wochen erforderte.

Die Wahl fiel auf den großen Frachtdampfer der Hamburg-Amerika-Linie "Bosnia", ein Schiff von 9683 Bruttoregistertonnen Größe und 12 sm Geschwindigkeit. Der Umbau wurde von der Hamburger Werft Blohm & Voß nach bereits im Frieden fertiggestellten Plänen in fünf Wochen ausgeführt. Es wurden Werkstatträume mit den verschiedensten Arten von Arbeitsmaschinen für Schiff- und Maschinenbau sowie eine Gießerei, Tischlerei, Schmiede, Werkzeugmacherei und Preßluftanlage eingebaut. Die Umbauarbeiten umfaßten ferner die Verstärkung der Decks und den Einbau von Fundamenten und neuen Decks für die Aufstellung der Maschinen, die Einrichtung von Magazinen und Lagerräumen, die Aufstellung von schwerem Ladegeschirr und Arbeitsbooten, die Herstellung einer künstlichen Ventilationsanlage und eines Hilfsmaschinenraums mit den dazu gehörigen Kühlwasser- und Dampfleitungen, die Anlage von Füll- und Abgabeleitungen für Trink-, Wasch- und Feuerlöschwasser, den Einbau einer elektrischen Kraftanlage nebst Schalttafeln und schiffbauliche Einrichtungen für die Unterbringung der Beamten und Arbeiter.

Das Schiff hat sich während des Krieges gut bewährt. Lange Zeit diente es den Geschwadern, denen die Unterelbe als Stützpunkt zugewiesen war, als Reparaturwerkstätte und ersparte ihnen den zeitraubenden Weg nach den Hamburger Werften. Nach der Skagerrakschlacht trug die "Bosnia" wesentlich zur schnellen Wiederherstellung der Flotte bei, und im April 1918 war es nur mit ihrer Hilfe möglich, das in den Schärengewässern der Aalandsee auf ein Felsenriff gelaufene Linienschiff "Rheinland" nach Entfernung des Panzers und der schweren Geschütztürme wieder flottzumachen.

Lazarettschiffe.

Eine besondere Stellung unter den Hilfsschiffen, sowohl in seekriegsrechtlicher Hinsicht als auch in bezug auf ihre Verwendung, nehmen die Lazarettschiffe ein.

Während in früheren Zeiten der Transport von Verwundeten und Kranken im Seekriege beliebigen Schiffen anvertraut werden mußte, denen kein Schutz gegen feindliche Angriffe zur Seite stand, sind seit der Genfer Konvention des Jahres 1864 Bestrebungen im Gange, zwischen den Kulturnationen Vereinbarungen zu treffen, die eine seekriegsrechtliche Ausnahmestellung der mit bestimmten Kennzeichen versehenen Lazarett- oder Hospitalschiffe zum Gegenstand haben. Im Jahre 1868 wurden die in der Genfer Konvention vereinbarten Regeln für den Sanitätsdienst im Landkrieg durch Zusätze ergänzt, die die ersten Bestimmungen für die Marine enthielten. Nachdem diese in der I. Haager Friedenskonferenz 1899 und den folgenden Jahren überprüft waren, entstand

in der II. Haager Konferenz im Jahre 1907 das den modernen Verhältnissen angepaßte X. Abkommen "betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg". Es ist bezeichnend, daß die größte Seemacht, Großbritannien, dieses lediglich menschenfreundlichen Zwecken gewidmete Abkommen nur mit einigen Vorbehalten unterzeichnet hat, ohne es jedoch zu ratifizieren, getreu dem Grundsatz, sich in solchen Dingen, die sie in der willkürlichen Ausübung ihrer Seegewalt beschränken können, möglichst nicht endgültig zu binden. Durch diese Unterlassung der Ratifikation wäre auch das Deutsche Reich, obgleich es ratifiziert hatte, rechtlich von allen Verpflichtungen des Abkommens entbunden gewesen, da nach Artikel 18 die Bestimmungen des Abkommens nur dann Anwendung finden sollen, wenn alle Kriegführenden Vertragsparteien sind. Trotzdem hat die deutsche Regierung bei Kriegsbeginn nicht gezögert, das Abkommen als bindend für sich anzuerkennen.

Die Vorrechte, die das Abkommen den Lazarettschiffen zuspricht, haben zur Voraussetzung, daß sie einzig und allein zu dem Zweck eingerichtet und verwendet werden, Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen Hilfe zu leisten, daß ihre Namen vor irgendwelcher Verwendung zu solchen Zwecken den kriegführenden Mächten mitgeteilt werden, und daß sie durch bestimmte Abzeichen kenntlich gemacht sind. Letztere bestehen in einer neben der Nationalflagge zu führenden weißen Flagge mit rotem Kreuz (Genfer Flagge) und einem weißen Schiffsanstrich nebst einem anderthalb Meter breiten grünen Streifen für die vom Staate eingerichteten oder einem ebensolchen roten Streifen für die von Privatpersonen oder amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften ausgerüsteten Schiffe. Des Nachts muß für ausreichende Beleuchtung dieser Abzeichen gesorgt werden. Die so verwendeten und gekennzeichneten Schiffe sind von den Kriegführenden zu achten und dürfen nicht weggenommen werden.

Die einer Flotte beigegebenen Lazarettschiffe müssen eine genügende Geschwindigkeit besitzen, um in ihrer Nähe bleiben zu können. Denn sie sollen jederzeit bereit sein, den Kriegsschiffen Kranke und Verwundete abzunehmen. Auch ist es erwünscht, daß sie die Rettung Schiffbrüchiger nach Seegefechten übernehmen, wofür sie reichlich mit Rettungsmitteln versehen werden müssen. Da sich unter Umständen erst nach langer Zeit eine Ausschiffsmöglichkeit bietet, müssen sie ferner mit allen Mitteln für eine gründliche ärztliche Behandlung und Pflege ausgerüstet sein. Es sind hierzu große geräumige Schiffe erwünscht mit hohen luftigen Decks, die genügend Raum für eine hygienische Unterbringung der Kranken und für die Einrichtung der im ärztlichen Betrieb unentbehrlichen Nebenräume bieten. Reine Kajütschiffe, auf denen jeder Platz für Passagiereinrichtungen ausgenutzt ist, enthalten solche Räumlichkeiten nicht in ausreichendem Maße. Die Ladungsräume von Frachtdampfern eignen sich noch schlechter für Lazarettzwecke. Am geeignetsten sind daher die für Auswandererverkehr eingerichteten Schiffe, die sowohl große Wohnräume als auch eine genügende Zahl von Einzelkabinen enthalten.

Neben diesen Hochseelazarettschiffen richtete die deutsche Marine kleine, aber seetüchtige Fahrzeuge ein, deren Hauptaufgabe darin bestand, den Transport Kranker und Verwundeter von den auf Vorposten befindlichen Kriegsschiffen nach den Landlazaretten zu vermitteln. Außerdem sollten sie nach Seegefechten das Kampfgebiet nach Schiffbrüchigen absuchen. Die großen Schiffe waren für diese Zwecke zu unhandlich und besonders bei bewegter See kaum verwendbar. Diese kleinen Lazarettschiffe konnten mit einer ärztlichen Ausrüstung auskommen, die für die erste Hilfeleistung und vorübergehende Behandlung einschließlich Notoperationen genügte. Zur Unterscheidung von den Hochseelazarettschiffen wurden sie als Hilfslazarettschiffe bezeichnet, ohne daß ihnen damit in seekriegsrechtlicher Hinsicht eine andere Stellung zugewiesen werden sollte.

Die Engländer haben die meisten ihrer zahlreichen großen Hospitalschiffe dazu benutzt, um die im Landkriege in überseeischen Gebieten verwundeten oder erkrankten Militärpersonen nach der Heimat zu befördern. Da hierfür eine große Unterbringungsmöglichkeit die Hauptsache war und ärztliche Einrichtungen dagegen zurücktreten konnten, bevorzugten sie große

Passagierschnelldampfer, wie "Aquitania", "Mauretania" und "Britannic". Streng genommen bezieht sich das X. Haager Abkommen nicht auf solche Schiffe, die lediglich der Entlastung des Landkriegs dienen. Artikel 22 sagt ausdrücklich: "Finden Kriegsunternehmungen zwischen Land- und Seestreitkräften der Kriegführenden statt, so sollen die Bestimmungen dieses Abkommens nur für die eingeschifften Streitkräfte Anwendung finden." Auch geht aus der Entstehung und Fassung des Lazarettschiffabkommens hervor, daß sein Zweck lediglich darin besteht, die Hilfeleistung für die im Seekriege verwundeten, erkrankten oder schiffbrüchig gewordenen Menschen zu regeln. Die deutsche Regierung wäre also schon auf Grund des Artikels 22 berechtigt gewesen, den Krankentransportschiffen der Engländer die Anerkennung zu versagen, auch bevor sie Beweise dafür in Händen hatte, daß diese auch zur Beförderung von Urlaubern und geschlossenen Truppenkörpern, ja sogar von Munition ausgenutzt wurden. Trotzdem hat sie ihnen bestimmte Wege freigegeben, auf denen sie ihren Transportdienst unbehelligt von deutschen U-Booten durchführen konnten. Es ist bekannt, wie die englische Propaganda es dessenungeachtet verstanden hat, in der Welt den Eindruck zu erwecken, als hätte sich die deutsche U-Bootskriegführung in rücksichtsloser Weise über die menschenfreundliche Absicht des Lazarettschiffabkommens hinweggesetzt.

Wie die Engländer selbst über die Handhabung dieses Abkommens dachten, wenn es ihren Interessen im Wege zu stehen schien, hat sich schon im Anfang des Krieges, lange vor Beginn der U-Bootsoffensive, bei der Behandlung des deutschen Lazarettschiffs "Ophelia" gezeigt. Dieses Hilfslazarettschiff war am 17. Oktober 1914 vom Flottenchef auf die Nachricht hin, daß in der südlichen Nordsee vier Torpedoboote mit einer Besatzung von insgesamt etwa 300 Mann von englischen Kreuzern versenkt worden waren, mit dem Befehl, nach Überlebenden zu suchen, an die Unfallstelle geschickt worden. Bei Ausführung dieses Auftrages wurde das Schiff, noch ehe es das Rettungswerk beginnen konnte, von dem britischen Kreuzer "Meteor" angehalten und zur prisengerichtlichen Aburteilung nach dem englischen Hafen Gravesend gebracht.

Für Fälle des Zweifels über die rechtmäßige Eigenschaft eines Lazarettschiffs sieht der Artikel 4 des X. Haager Abkommens ausdrücklich vor, daß das Rettungswerk vor der Beschlagnahme zunächst unter Aufsicht eines Kommissars vollendet werden soll. Wie notwendig dies in jenem Falle gewesen wäre, geht daraus hervor, daß nach Aussage von Geretteten eine Menge ihrer Kameraden nach dem Untergang der Torpedoboote mit Schwimmwesten versehen noch geschwommen haben, und daß noch am 18. Oktober zwei Überlebende von einem Fischerfahrzeug aufgenommen wurden. Der englische Kommandant ließ sich aber durch keine Gegenvorstellungen dazu bewegen, etwas zur Rettung der deutschen Schiffbrüchigen zu tun, und das englische Prisengericht begründete den Urteilsspruch, durch den die "Ophelia" als gute Prise erklärt wurde, obgleich eine völkerrechtswidrige Tat nicht nachgewiesen werden konnte, lediglich mit der "Annahme", daß das Schiff als Signal- und Spähschiff benutzt worden wäre.[2] In der britischen Admiralität herrschte damals eine gewisse Nervosität, weil man einen deutschen Flottenvorstoß in den Kanal zur Verhinderung von englischen Truppenlandungen während der entscheidenden Kämpfe um die flandrische Küste erwartete, und in solchen kritischen Lagen treten bei dem Engländer alle anderen Rücksichten, auch solche humanitärer Art, zurück.

Im weiteren Verlauf des Krieges hat man noch an verschiedenen Beispielen erkennen können, wie die britischen Prisengerichte ihre Aufgabe darin sahen, unrechtmäßige Kriegshandlungen durch ihren Spruch zu decken.

Ein Vorgehen, wie es die Engländer im Falle "Ophelia" für richtig hielten, mußte dazu führen, daß das ganze Lazarettschiffabkommen gegenstandslos wurde. Denn danach konnten die Lazarettschiffe nur noch dort verwandt werden, wo sie gegen feindlichen Zugriff gesichert waren, was dem Sinne des Abkommens widersprach.

Der deutsche Admiralstab bestimmte im Anfang des Krieges für jedes Geschwader ein Hochsee-

und ein Hilfslazarettschiff, so daß im ganzen von jeder Art sechs in Dienst zu stellen waren. Die ersteren wurden vom Norddeutschen Lloyd aus den mit Zwischendeckseinrichtungen versehenen großen Passagierdampfern gestellt und von dem technischen Betrieb dieser Reederei in mustergültiger Weise umgebaut und eingerichtet.

Neben praktischen Erfahrungen, die die Marine während der China-Expedition 1900/01 mit einem vom Norddeutschen Lloyd ausgerüsteten Lazarettschiff gemacht hatte, lagen der Einrichtung sorgfältige, durch Friedensübungen erprobte Vorbereitungen zugrunde. Innerhalb von acht Tagen wurden die Schiffe in schwimmende Krankenhäuser mit allen dazu gehörigen Einrichtungen umgewandelt. Außer bequemen luftigen Lagern, geräumigen Eß- und Erholungssälen und Badeeinrichtungen mit Heilbädern aller Art wurden Operations- und Verbandräume mit vollständiger Ausstattung von klinischen Instrumenten und Apparaten, Apotheken und Laboratorien für bakteriologische, chemische und Nahrungsmitteluntersuchungen vorgesehen. Isolierabteilungen und Desinfektionsräume sowie Einzelkabinen für unruhige Kranke wurden eingerichtet. Die Bettenzahl schwankte zwischen 300 und 450 auf jedem Schiff.

Von der Marine wurde das Sanitätspersonal, vom Norddeutschen Lloyd das Schiffspersonal gestellt und die Verpflegung geliefert. Leider durften keine Krankenschwestern eingeschifft werden, da die Tätigkeit von Personal der freiwilligen Krankenpflege bestimmungsgemäß auf das Heimat- und Etappengebiet beschränkt werden mußte, während die Lazarettschiffe den im Operationsgebiet befindlichen Feldlazaretten gleichzuachten waren, eine Rücksicht, um die sich übrigens die Engländer auf ihren Lazarettschiffen nicht gekümmert haben.

Obgleich das Haager Abkommen die Einschiffung aktiver Militärpersonen nicht verbietet, wurde die Kommandierung von Seeoffizieren vermieden, weil diese beim Zusammentreffen mit dem Feinde gefangengenommen werden dürfen. Das militärische Detachement wurde auf das zum Brücken-, Boots- und Sicherheitsdienst notwendigste Personal beschränkt und dem Chefarzt unterstellt. Diesem wurde auch die Leitung des Dienstes übertragen, während die Verantwortung für die seemännische Führung des Schiffes dem Lloydkapitän verblieb.

Als Hilfslazarettschiffe wurden kleine Passagierdampfer oder Personentender, die im Frieden den Verkehr der großen Passagierdampfer mit dem Lande vermitteln, verwendet. Neben der beschränkten ärztlichen Einrichtung erhielten sie gute Transportmittel für Schwerverletzte und reichliche Rettungseinrichtungen für Schiffbrüchige. Ihre Bettenzahl war auf 50 - 90 beschränkt. Eins von diesen kleinen Schiffen wurde vom Roten Kreuz eingerichtet.

Die vorstehend beschriebenen Zufuhr- und Lazarettschiffe wurden zu einem Troß zusammengefaßt, an dessen Spitze ein Konteradmiral als Troßchef stand. Ein schneller Passagierdampfer diente als Flaggschiff des Trosses. Der Troßchef sollte nach Anordnungen des Flottenchefs den Nachschub für die Hochseeflotte regeln. Zum Troß gehörten noch eine Anzahl kleiner Hilfsfahrzeuge, wie Wasserschiffe, Proviantschiffe, Bergungs- und Pumpendampfer, Schlepper, Beurlaubten- und Postdampfer.

Auflösung des Trosses.

Nachdem sich in den ersten Kriegsmonaten gezeigt hatte, daß die Hochseeflotte infolge der Zurückhaltung der britischen Flotte an die deutsche Bucht der Nordsee gebunden bleiben würde und sich nicht weit von ihren Häfen entfernen konnte, erfolgte aus Ersparnisgründen die Auflösung des Trosses. Alle Munitionsschiffe wurden außer Dienst gestellt und die Munition teils in den inzwischen erweiterten Munitionskammern der Kriegsschiffe, teils in den Depots der Nordseehäfen untergebracht. Von den Kohlenschiffen blieben nur die vier für Torpedoboote bestimmten im Betrieb. Sie lagen meist auf der Außenreede der Jade, damit die Torpedoboote nicht zu jeder

Kohlenübernahme in den Hafen einzulaufen brauchten. Die großen Schiffe kohlten aus Werftprähmen. In der Folge kamen nur noch in der Ostsee Kohlendampfer für Schiffe zur Verwendung und wurden je nach Bedarf in Dienst gestellt. Um stets für größere Expeditionen passende Schiffe kostenlos zur Hand zu haben, wurden feindliche Frachtdampfer, die bei Beginn des Krieges in den deutschen Häfen beschlagnahmt worden waren, oder Prisen im Kieler Hafen so bereit gehalten, daß sie sofort mit Kohlen beladen und in Fahrt gesetzt werden konnten. Eine dauernde Lagerung der Kohlen in den Laderäumen der Dampfer war nicht angängig, da sie dort wegen mangelnder Lüftung zur Selbstentzündung neigten.

Von den großen Lazarettschiffen blieben nur zwei im Dienst, das eine für die Nordsee, das andere für die Ostsee. Letzteres wurde im Februar 1916 entbehrlich, während ersteres, die "Sierra Ventana", bis zum Schluß des Krieges zur Verfügung des Chefs der Hochseeflotte blieb. Nach der Skagerrakschlacht nahm es 271 Verwundete auf und hat im ganzen während des Krieges 2971 Kranke mit 79 722 Behandlungstagen an Bord gehabt. Die Hilfslazarettschiffe erwiesen sich bis zum Kriegsschluß als unentbehrlich.

Der Stab des Troßchefs wurde aufgelöst und sein Flaggschiff außer Dienst gestellt. Die noch verbleibenden Troßschiffe wurden auf die Flottenverbände verteilt und in Verwaltungsangelegenheiten dem Kommandanten des Werkstattschiffes "Bosnia" unterstellt. Die Lazarettschiffe wurden zu einem besonderen Verbande zusammengefaßt, dessen Führer dem Stabe des Flottenchefs angehörte.

Für die größeren Flottenunternehmungen in der Ostsee gegen die baltischen Inseln und nach Finnland wurde später jedesmal ein Troß zusammengestellt, für den ein besonderer Führer kommandiert wurde.

3. Nachschubdienst in der Ostsee.

Am 8. Mai 1915 wurde Libau in gemeinsamem Angriff von Armee und Marine genommen. Die Armeegruppe Lauenstein drängte den Gegner über die Windau und die Dubissa, geriet hier aber zeitweise in eine schwierige Lage, da die Russen Verstärkungen herbeiführten, während deutscherseits vorläufig keine weiteren Truppen für diesen Kriegsschauplatz verfügbar waren. Die Leistungsfähigkeit der Bahn zwischen Memel und Libau war sehr beschränkt; ein russischer Durchbruch bei Schaulen konnte außerdem die rückwärtige Landverbindung ganz unterbinden. Es war daher notwendig, den Nach- und Abschub auf die See zu stützen; der Feldeisenbahnchef des Oberbefehlshabers Ost trat deshalb an die Seetransportabteilung im Reichsmarineamt mit dem Ersuchen heran, eine Seeverbindung zwischen Libau und den deutschen Ostseehäfen einzurichten. Schon vorher hatten verschiedene Linien- oder Hafenkommandanturen, Proviantämter und Depots, um besonders dringend verlangte Güter oder auch Truppen und Pferde schnell zu befördern, aus eigenem Antrieb Dampfer beladen. Aber infolge des Fehlens einer gemeinsamen Leitung waren Unzuträglichkeiten entstanden. Die Dampfer wurden nicht voll ausgenutzt, da die von einer Behörde angesammelte Fracht meist nicht ausreichte, um die Laderäume zu füllen; die Schiffe erhielten keine Rückfracht; Mannschaften und Pferde wurden auf für diesen Zweck ungeeigneten Fahrzeugen befördert; viel Zeit ging durch unzweckmäßigen Betrieb bei den Lade- und Löscharbeiten, die von Kriegsgefangenen ohne Leitung durch sachverständiges Personal vorgenommen wurden, verloren. Auch in bezug auf die Abgeltung der Schiffsbesitzer herrschten verschiedene Grundsätze, so daß eine durchgreifende Regelung dieser Seetransporte dringend notwendig wurde.

Die Seetransportabteilung mietete zunächst 13 Dampfer, 3 Schlepper und 4 Seeleichter und übernahm dazu 2 Dampfer und 3 Schlepper, die bisher für die Linienkommandantur Königsberg

gefahren waren. Sie gab die Anweisungen für die Fahrpläne heraus, sorgte für Einrichtung leistungsfähiger Stauereibetriebe und bearbeitete die Verträge mit den Reedereien auf einheitlicher Grundlage. Zwei kleinere Dampfer wurden für einen täglichen Pendelverkehr zwischen Libau und Memel eingestellt. Hier war ein dauernder Nachschub von Mannschaften, Pferden, Fahrzeugen, Geschützen, Lazaretteinrichtungen und anderem Heeresbedarf zu bewältigen. Die anderen Fahrzeuge brachten, um die Eisenbahnen möglichst zu entlasten, aus den westlichen Häfen, insbesondere Danzig, Stettin, Lübeck, Proviant und Munition, Bekleidungsstücke, Kohlen und lebendes Vieh nach Libau und fuhren mit Beutegut zurück.

Als im Sommer 1915 die Bahnen in Kurland auf deutsche Spurweite gebracht wurden, stellte der Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte zeitweise den zum Streuminenschiff umgewandelten Eisenbahnfährdampfer "Deutschland" zur Verfügung, der Lokomotiven und Waggons von Stettin nach Libau beförderte.

Mit dem weiteren Vordringen der Niemen-Armee unter General Otto von Below und der Besetzung größerer feindlicher Gebiete wuchsen die Anforderungen an den Nachschub immer mehr. Der Frachtraumbedarf stieg besonders durch die für den Winterfeldzug nach dem östlichen Kriegsschauplatz zu befördernden Kohlenmengen, deren Bewältigung auf dem Schienenweg, auf dem schon sehr störende Verstopfungen vorgekommen waren, unmöglich gewesen wäre.

Der so gesteigerte Verkehr konnte auf die Dauer nicht mehr von Berlin aus im einzelnen übersehen werden. Es mußte eine Transportleitung eingeschaltet werden, die in Fühlung mit den Hafenbehörden, den militärischen Dienststellen und den Schiffsführern stand. Der geeignetste Sitz dafür war Libau, weil diesen Hafen alle Dampfer anliefen und hier die Forderungen der Frontstellen gesammelt werden konnten. Die Seetransportabteilung gliederte daher nach Rücksprache mit den zuständigen Organen des Kriegsministeriums und des Oberbefehlshabers Ost dem Gouvernement Libau eine Abteilung für Wassertransporte unter Leitung eines Seeoffiziers an. In Memel, Königsberg, Neufahrwasser und Stettin wurden Zweigstellen errichtet, die zunächst geeigneten Lokalbehörden, Linien- oder Hafenkommandanturen zugeteilt, später selbständig gemacht wurden. Für die sachgemäße Abfertigung der Schiffe wurden diesen Stellen schiffahrtskundige Personen und zur Erledigung von Havarien und Instandsetzungsarbeiten technische Sachverständige beigegeben. Der Stauereibetrieb wurde erweitert. In Libau wurden die Meldungen über die absendebereiten Güter aus den verschiedenen Häfen zusammengestellt und nach den Anforderungen der Verbrauchsstellen in einer Dringlichkeitsliste geordnet. Danach wurden die Fahrpläne der Dampfer aufgestellt und ihre Frachten bestimmt.

Eine besondere Frachtenabteilung sorgte in Verbindung mit der Kriegsbeuteabteilung des Gouvernements für die Rückfrachten.

Eine Zeitlang mußten die Transporte eingeschränkt werden, da verschiedene Dampfer mit wertvoller Ladung durch feindliche Unterseeboote oder Minen verlorengegangen waren. Der Nachschub über See wurde solange auf Munition und Kohlen beschränkt. Nachdem durch Ausdehnung des Minensuch- und Bewachungsdienstes größere Sicherheit geschaffen worden war, wurden auch wieder Truppen mit Bagagen und Pferden, Ausrüstungsgegenstände, Kleidungsstücke, Feldpost, Lebensmittel und Vieh befördert. Die Rückfracht bestand aus artilleristischem Leermaterial und Rohstoffen, die der deutschen Wirtschaft zugute kommen sollten, hauptsächlich Holz für die Papierfabrikation, Gerste, Leinsaat, Kleesaat, Hanfkuchen und Buchweizen. Mit der Zeit entwickelte sich auch ein lebhafter Urlauberverkehr über See.

Im Laufe des Winters 1915/16 steigerte sich die Transportleistung auf 40 000 - 50 000 t monatlich, was einem Ladegewicht von 4000 - 5000 Eisenbahnwaggons entspricht. Dazu kamen die Personaltransporte. Es wurden 30 Schiffe und Fahrzeuge dauernd in Fahrt gehalten, und zwar

wurden, um den deutschen Reedereien einen Verdienst zu gewähren, nur deutsche Schiffe in Anspruch genommen, die wegen des Krieges aufgelegt waren.

Als sich jedoch die deutsche Schiffahrt im Verkehr mit den skandinavischen Ländern wieder belebte und besonders in der Erzfahrt von Schweden lohnende Beschäftigung fand, wurde dazu übergegangen, den noch immer steigenden Bedarf für die militärischen Seetransporte aus den zu Beginn des Krieges in deutschen Häfen festgehaltenen feindlichen Dampfern, den "Embargoschiffen", und aus Prisendampfern zu decken. Deutschlands Gegner hatten schon früher alle in ihrer Gewalt befindlichen deutschen Handelsschiffe ihrer Kriegführung nutzbar gemacht.

Die Schiffsbesichtigungskommission in Hamburg suchte die Schiffe aus und ließ sie instand setzen. Infolge der langen Liegezeit ohne Pflege waren sie teilweise recht verkommen. Umfangreiche Arbeiten waren auszuführen, um sie wieder fahrbereit zu machen. Schwierig war die Regelung aller Fragen, die mit der Bemannung, deren Verpflegung und sozialer Fürsorge, mit der Beschaffung von Inventar und Betriebsmaterial, der Infahrtsetzung und Verwaltung der Schiffe zusammenhingen. Eine militärische Besetzung und Organisation hätte sich bei dem reinen Arbeitsbetrieb der Schiffe nicht empfohlen. Nur einige Dampfer, die für gemeinsame Unternehmungen mit Flottenteilen bereitgehalten werden mußten, wurden militärisch besetzt.

Für die Führung eines eigenen Reedereibetriebes reichten die Kräfte und Erfahrungen der Seetransportabteilung nicht aus. Auch hätte sich ein solcher schlecht in die militärische Organisation und Verwaltung eingliedern lassen. Es erschien daher als das Zweckmäßigste, eine leistungsfähige Reederei zu verpflichten, ihren Betrieb und ihre Erfahrungen in den Dienst der Sache zu stellen. Die Wahl fiel auf die Vereinigte Bugsir- und Frachtschiffahrtsgesellschaft in Hamburg, die über reiche Erfahrungen und gute Verbindungen in der Ostseeschiffahrt verfügte.

Die Gesellschaft übernahm im April 1916 vertragsmäßig für die ihr übertragenen Schiffe die Pflichten eines ordentlichen Reeders in bezug auf die Bereitstellung, Infahrtsetzung, Betriebsleitung und Verwaltung, während die Aufstellung der Fahrpläne, die Befrachtung und die Bearbeitung der Havarien und Instandsetzungen bei der Abteilung für Wassertransporte verblieben. Bei der Herrichtung der Dampfer waren die Unfallverhütungsvorschriften der Seeberufsgenossenschaft zu beachten, um die Besatzungen an der deutschen Seeunfallversicherung teilnehmen lassen zu können. Auch trat die Seetransportabteilung zu diesem Zweck gemäß § 1119 der Reichsversicherungsordnung für die Embargo- und Prisenschiffe ihres Betriebes der Seeberufsgenossenschaft als Mitglied bei. Die deutschen Vorschriften über die Unterbringung des Personals erwiesen sich als erheblich weiter gehend und fürsorgender als die der fremden Staaten. Dazu kam, daß die Wohnräume vielfach erweitert werden mußten, da das deutsche Gesetz mehr Personal vorschrieb, als bisher auf diesen Schiffen bedienstet gewesen war. Gegen die Kriegsgefahr wurden die Schiffsleute nach Maßgabe der vom Reichsamt des Innern festgesetzten Sätze auf Reichskosten versichert. Für die bei Unfällen oder Schiffsverlusten verlorengegangenen Kleidungsstücke und Effekten erhielten sie Entschädigungen nach Einheitssätzen, die vom Zentralverband deutscher Reeder für die ganze deutsche Seeschiffahrt bestimmt wurden.

Bevor die Schiffe in Fahrt gesetzt werden konnten, war die Flaggenfrage zu regeln. Die Embargoschiffe waren zur Führung der deutschen Handelsflagge nicht berechtigt, weil sie nicht im ausschließlichen Eigentum deutscher Reichsangehöriger standen, wie das Gesetz betreffend das Flaggenrecht vom 22. Juni 1899 es vorschreibt, sondern rechtlich im Besitz ihrer früheren Reedereien geblieben waren und nur vorübergehend in Anspruch genommen wurden. Es wurde daher auf einen Allerhöchsten Erlaß vom 29. Oktober 1904 zurückgegriffen, der bestimmte, daß von der Marine ermietete oder ihr zur Verfügung gestellte Schiffe zur Führung der Reichsdienstflagge berechtigt wären, wenn dies vom Staatssekretär des Reichsmarineamts angeordnet würde. Von letzterem wurden den Schiffen Flaggenatteste ausgestellt, auf denen das

vom Reichsamt des Innern zugewiesene internationale Unterscheidungszeichen vermerkt wurde. Für den Verkehr mit der Kaiserlichen Marine erhielten sie außerdem noch ein Marinebezeichnungssignal.

Die Vereinigte Bugsir- und Frachtschiffahrtsgesellschaft hat sich ihrer Aufgabe mit Umsicht gewidmet und sie mit Hilfe ihres eingearbeiteten Personals gut erfüllt. Der von ihr für die Seetransportabteilung verwaltete Schiffspark vermehrte sich mit der Zeit auf 52 Frachtdampfer mit 100 730 t Tragfähigkeit.

Um die mit den Ostseetransporten erzielte erhebliche Entlastung der Eisenbahnen durch militärische Organisation der Binnenschiffahrt noch zu steigern, wurde in der Eisenbahnabteilung des stellvertretenden Großen Generalstabes im Mai 1916 eine Schiffahrtsabteilung gebildet. Ihre Aufgabe bestand zunächst darin, die für den Nachschub nach dem Osten in Betracht kommenden Binnenwasserstraßen in den Transportdienst einzubeziehen. Später wurde der Wirkungsbereich der Schiffahrtsabteilung unter Leitung des Feldeisenbahnchefs erheblich erweitert und ihr die Bearbeitung der Transporte auf allen Wasserstraßen der Heimat und der besetzten Gebiete einschließlich der Donau übertragen. Sie wurde in drei Schiffahrtsgruppen (Ost, West und Donau) mit den Hauptsitzen in Berlin, Duisburg und Wien und fünf Nebenstellen in Windau, Libau, Kowno, Semendria und Warschau geteilt. Die volle Ausnutzung der Binnenwasserstraßen war auch für das Seetransportwesen von großer Bedeutung, da auf diese Weise die regelmäßige Zubringung des militärischen Massenguts nach den Seehäfen sichergestellt und von der wechselnden Leistungsfähigkeit der Eisenbahn unabhängig gemacht wurde.

Neben den militärischen Seetransporten liefen seit Sommer 1915 in der Ostsee die Erzverschiffungen aus Schweden, ohne deren regelmäßigen Verlauf die deutsche Rüstungsindustrie ihre Tätigkeit schon früh hätte einstellen müssen. Sie gingen auf private Rechnung, wurden aber vom Staate durch Versicherungsgarantien und Festsetzung angemessener Tarifsätze unterstützt.

Seitens der Marine wurde zur Sicherung dieser kriegswichtigen Transporte, die die Engländer und Russen durch Untersee- und Torpedobootsangriffe zu unterbinden suchten, eine Handelsschutz-flottille gebildet. Sie bestand zum größten Teil aus Hilfskriegsschiffen, die einen regelmäßigen Geleitdienst der Erzdampfer durchführten. Letztere sammelten sich dazu auf der Ausfahrt vor Swinemünde und wurden von mehreren Geleitfahrzeugen bis zur schwedischen Insel Landsort gebracht, von wo sie bis zum Erzhafen Lulea in schwedischen Küstengewässern fahren konnten. Auf der Rückfahrt wurden sie bei Landsort wieder in Empfang genommen. Wiederholte U-Boots-angriffe auf diese Geleitzüge wurden von den Schutzschiffen mit Geschützfeuer und Wasserbomben abgeschlagen. Nach achtmonatiger Tätigkeit konnte der Flottillenchef berichten, daß es gelungen wäre, fast 3000 Schiffe mit etwa 3 Millionen Tonnen Erz unbeschädigt über See zu bringen, nachdem vor dem im Frühjahr 1916 eingeführten Schutz 22 deutsche Dampfer von feindlichen U-Booten versenkt und ebenso viele durch Minen oder Strandung verlorengegangen waren.

4. Versorgung der Auslandskreuzer.

Die deutschen Auslandskreuzer befanden sich von Kriegsbeginn an in einer besonders schwierigen Lage. Völlig abgeschnitten von der Heimat, ohne Stützpunkte oder Verbündete mußten sie sich einzig und allein auf die hohe See stützen und, soweit ihnen nicht das Kriegsglück geeignetes Beutegut zuführte, ihre Zufuhren aus neutralen Ländern an sich heranziehen. Als Zufuhrschiffe mußten ihnen die in der Welt verstreuten deutschen Handelsschiffe dienen, etwa 1000 an der Zahl, meist schöne, große und sehr gut im Stand gehaltene Dampfer mit vorzüglich ausgebildeten und disziplinierten Besatzungen. Von diesen Schiffen möglichst viele in ihre Gewalt zu bringen, war von vornherein das eifrigste Bestreben der Feinde.

Zum Glück hatte die drahtlose Telegraphie kurz vor dem Kriege so große Fortschritte gemacht, daß es möglich war, fast alle auf See befindlichen deutschen Schiffe von der drohenden Kriegsgefahr und dem Ausbruch des Krieges zu benachrichtigen. Im Frühjahr 1914 war **die Großstation Kamina in Togo** fertiggestellt worden, die in wechselseitiger Verbindung mit Nauen und Norddeich stand. Sie konnte den Verkehr mit Duala in Kamerun, Windhuk in Südwestafrika und Tabora in Deutschostafrika vermitteln. In der Südsee konnten von der Karolineninsel Yap aus, dem Landepunkt des deutsch-niederländischen Kabels, die Nachrichten drahtlos nach Rabaul, der Residenz des Gouvernements von Neuguinea, und über Nauru nach Apia, dem Regierungssitz der Samoainseln weitergegeben werden. Die ostasiatischen Gewässer bis weit in den Stillen Ozean hinein wurden von **Tsingtau** beherrscht. Die Großstationen Nauen und Eilvese überbrückten den Atlantischen Ozean und unterhielten Verbindung mit ihren amerikanischen Gegenstationen Sayville auf Long Island bei New York und Tuckerton in New Jersey. Alle diese Großstationen sowie die mit starken Apparaten ausgerüsteten Auslandskreuzer gaben die Kriegsnachrichten mit größter Energie weiter. Das Funkenpersonal der Handelsschiffe war durch Friedensübungen darauf erzogen, alle wichtigen Nachrichten untereinander auszutauschen. Die Kapitäne der größeren Liniendampfer hatten außerdem vom Admiralstab ein Signalbuch erhalten, so daß die Kreuzerkommandanten chiffriert mit ihnen verkehren konnten. So war es fast allen in See befindlichen, mit drahtloser Telegraphie versehenen deutschen Dampfern - und es gab wenige, die dieses Nachrichtenmittel noch nicht besaßen - möglich, sich den feindlichen Verfolgungen zu entziehen und in neutrale Häfen zu retten. Von etwa 3,2 Millionen Bruttoregistertonnen deutschen Schiffsraums, die zu dieser Zeit in außerheimischen Gewässern schwammen, wurden nicht mehr als 200 000 t auf hoher See aufgebracht, und zwar meistens solche Schiffe, die keine Funkenstation an Bord hatten.

Viele dieser Schiffe hatten aufregende Fahrten zu bestehen. Große Anforderungen wurden an die Entschlußkraft der Kapitäne und die Ausdauer der Besatzungen gestellt. Englische und französische Kreuzer beobachteten die Haupthandelsstraßen und die Einfahrten großer Hafenplätze wie New York, Buenos Aires, Rio de Janeiro und Lissabon. Eine Reihe von deutschen Dampfern entgingen der Aufbringung nur mit knapper Not. Großes Aufsehen erregte damals die Fahrt des Schnelldampfers "Kronprinzessin Cecilie". Er war am 28. Juli mit etwa 1200 Passagieren von New York abgefahren und sollte am 2. August in Plymouth eintreffen, um über Cherbourg nach Bremerhaven weiterzufahren. Als am 31. Juli die Schiffahrt gewarnt wurde, entschloß sich die Direktion des Norddeutschen Lloyds, den wertvollen Dampfer durch drahtloses Telegramm zur Umkehr zu veranlassen, da anzunehmen war, daß feindliche Kriegsschiffe bereitlagen, um sofort nach Kriegsausbruch das hervorragend zum Hilfskreuzer geeignete Schiff abzufangen. Der Schiffsführer, Kapitän Polack, konnte aus aufgefangenen Funksprüchen entnehmen, daß vor New York ein französischer Kreuzer lag und steuerte daher eine wenig besuchte Reede in der Frenchman-Bucht im Staate Maine an, wo er am 4. August abends ankerte.

Die Gegner erreichten ihren Zweck, das Schiff der Verfügung der deutschen Marine zu entziehen, aber auf anderem Wege, indem sie gegen den Norddeutschen Lloyd eine Klage wegen Nichtbeförderung einer Summe von 10 Millionen Dollars in Gold, die für englische und französische Empfänger an Bord war, anstrengten. Das Schiff wurde für die Dauer des Verfahrens von dem amerikanischen Gericht mit Beschlag belegt. Der Prozeß wurde durch die verschiedenen Instanzen so lange hingezogen, daß er bei der amerikanischen Kriegserklärung im Frühjahr 1917 noch nicht beendet war.

Ein anschauliches Bild von der Lage im Nordatlantischen Ozean, wie sie sich für die deutschen Dampfer ergab, bietet folgender Bericht eines Offiziers des Dampfers "Bohemia" der Hamburg-Amerika-Linie:

> "»Bohemia« verließ den Hamburger Hafen am 30. Juli. Beim Passieren der Straße von Dover sichteten wir die vollständige englische Kriegsflotte. Ein Telegramm der Hamburg-

Amerika-Linie dahingehend, daß wir Norden um Schottland fahren sollten, erreichte uns erst in der Mitte des Kanals. Auf der Höhe von Plymouth erhielten wir die Nachricht von der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland, in der folgenden Nacht von der an Frankreich. Dreißig Meilen südlich von Queenstown erhielten wir Kenntnis von der Kriegserklärung Englands an Deutschland und dampften deshalb nördlich des Tracks nach Westen zu. Das Schiff wurde sofort mit den Farben der White-Star-Linie versehen und ferner der Name »Iowa« (der frühere englische Schiffsname) gewählt, beheimatet in Liverpool. Die Reise verlief bis ungefähr auf der Höhe von Kap Race ohne besondere Zwischenfälle. Wir sichteten allerdings ostwärts laufende Dampfer, deren Nationalität aber nicht ausgemacht werden konnte. Auf der Höhe von Cap Race wurden die F.-T.-Signale der Kreuzer »Suffolk« und »Essex« vernommen, die ihre Positionen zwei englischen Dampfern mitteilten. Wir änderten hierauf unseren Kurs direkt nach Süden, um die Dampfer rechtwinklig zu schneiden, beschlossen dann, uns der Küste der Vereinigten Staaten auf etwa 120 Meilen zu nähern und während der Nacht diese Zone zu durchlaufen, um innerhalb der Dreimeilengrenze zwischen Philadelphia und New York das Land zu gewinnen. Dies gelang uns auch vollständig. Wir fuhren während der ganzen Zeit abgeblendet und dampften während der letzten Nacht, in welcher uns das Wetter einigermaßen begünstigte, durch zwei amerikanische Geschwader. In der Bucht von New York lagen vier englische Kriegsschiffe. Eines derselben wünschte von uns drahtlos eine Antwort, die ihm natürlich nicht erteilt wurde. Nachdem wir innerhalb der Dreimeilengrenze bei Barnagat Feuer angelangt waren, fuhren wir dicht an der Küste bis nach Ambrose Channel Feuerschiff unmittelbar hinter dem Kreuzer »Suffolk«, der den White-Star-Dampfer »Celtic« nach New York brachte. Während der Einfahrt wurde, nachdem Ambrose Channel passiert war, sofort der englische Name entfernt und zur Verwunderung der Engländer die deutsche Flagge gehißt. Somit erreichte das Schiff ohne weitere Begebenheiten den Hafen von New York."

Noch größer waren die Schwierigkeiten für viele Schiffe, die im Südatlantischen, Indischen und Stillen Ozean von der Kriegsnachricht überrascht wurden. In den unbefestigten Häfen der deutschen Kolonien konnten sie keinen Schutz finden. Soweit sie dort blieben, fielen sie bald den feindlichen Kreuzern in die Hände. Sie mußten daher weite Fahrten über See machen, um neutrale Häfen zu erreichen. Vielfach fehlten ihnen dabei die Seekarten für die von ihrem gewöhnlichen Reiseweg weit abgelegenen Küstengewässer, und die Kapitäne mußten sich zur Ansteuerung der Häfen mit Skizzen behelfen, die nach großen Übersichtskarten und gedruckten Segelanweisungen oder auch nur nach einem zufällig an Bord befindlichen Handatlas und dem Leuchtfeuerverzeichnis hergestellt worden waren. Auf manchen Dampfern wurden die Sorgen dadurch erhöht, daß der Kohlenvorrat für die lange Fahrt nicht genügte, so daß die Ladung zum Heizen der Kessel herangezogen werden mußte. So berichtete Kapitän Minssen vom Lloyddampfer "Pommern", der am 3. August kurz vor Sydney kehrt machte, daß er nur durch Verbrennen von 1380 Sack Kopra Honolulu erreichen konnte. Ähnlich erging es dem Dampfer "Goldenfels" der Bremer Hansa-Linie. Das Schiff hatte auf der Heimreise im Golf von Aden den Kreuzer "Königsberg" getroffen und Kohlen an ihn abgegeben. Der Kapitän des Schiffes berichtet über die Weiterfahrt:

"15. August. Heute Nachmittag verließen den Ankerplatz und dampften nach See. Die Lage ist ernst. Ich hoffe jedoch durchzukommen und einen neutralen Hafen zu erreichen. Port Mozambique ist vorläufig unser Reiseziel. Der Kohlenvorrat ist beschränkt und genügt nicht für die 2500 Seemeilen lange Strecke, teilweise gegen stürmische südliche Winde und hohen Seegang. Nach gründlicher Überlegung faßte ich den Entschluß, von der Ladung zu verbrennen. An Bord befinden sich 17 000 Sack Kopra, zusammen mit Kohle ein gutes Brennmaterial, wie wir durch Versuche festgestellt hatten.

16. August. Stürmischer Wind aus südlicher Richtung, sehr hohe bewegte See. Schiff stampft und arbeitet heftig, Fahrt dementsprechend gering. Abends beschlossen, Weiterfahrt nach Mozambique aufzugeben und einen Hafen an der Westküste Sumatras anzulaufen. Die

> Gründe waren folgende: Geringer Fortgang gegen Wind, Strom und Seegang, unser geringer Kohlenvorrat und das mir bekannte Vorhandensein von englischen Kreuzern an der ostafrikanischen Küste." Usw.

Nach langer Fahrt konnte das Schiff am 27. August in den Hafen von Sabang auf Sumatra einlaufen.

Die an der westafrikanischen Küste befindlichen Schiffe retteten sich nach südamerikanischen Häfen, wobei sie sich auf hoher See gegenseitig mit Kohlen aushalfen.

Als ein Beispiel dafür, wie die Kapitäne auch sonst bestrebt waren einander zu helfen, sei ein Vorfall erwähnt, der sich in der Nähe der Kanarischen Inseln abspielte. Dort traf der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie "Macedonia", Kapitän Künstler, die Viermastbark "Pamir" der Reederei C. F. Laeiscz in Windstille treibend und ohne Nachricht vom Ausbruch des Krieges. Da dem Kapitän des Dampfers bekannt war, daß sich ein englischer Kreuzer in der Nähe befand, nahm er das Segelschiff in Schlepp, bis es wieder genügend Wind hatte, und übergab ihm eine Hafenkarte des Hafens von Santa Cruz, den es noch kurz vor dem Eintreffen des Engländers erreichen konnte.

Größer als durch Aufbringen auf hoher See war die Beute, die Deutschlands Gegner durch Beschlagnahme der bei Kriegsausbruch in ihren Häfen liegenden Schiffe machten. Von diesen fielen etwa 300 mit einer Gesamttonnage von 650 000 Bruttoregistertonnen in ihre Hände. Zum Teil wurde dies dadurch erreicht, daß den Schiffen durch Verzögerung ihrer Abfertigung seitens der Hafenbehörden das rechtzeitige Auslaufen unmöglich gemacht wurde. In russischen Häfen, vor denen bereits am 25. Juli mit Legen von Minensperren begonnen worden war, wurde schon am 30. Juli, also drei Tage vor der deutschen Kriegserklärung den deutschen Schiffen das Auslaufen verweigert. Selbst vor Anwendung militärischer Gewalt schreckten die Russen nicht zurück. Der Dampfer "Greif", Kapitän C. Stöhwase, der Stettiner Reederei Rud. Christ. Gribel, dem es am 31. Juli noch gelungen war, einen finnischen Hafen zu verlassen, wurde am selben Tage vor Reval von drei russischen Kreuzern mit scharfen Schüssen angehalten, und mußte in einer benachbarten Bucht unter Bewachung ankern, wo dem Kapitän am Morgen des 2. August eröffnet wurde, daß Deutschland in der vergangenen Nacht an Rußland den Krieg erklärt hätte und das Schiff infolgedessen beschlagnahmt würde.

Großbritannien beging einen offenkundigen Vertragsbruch, um vierzehn in die Häfen des Suezkanals geflüchtete erstklassige deutsche Dampfer in seinen Besitz zu bringen. Artikel 1 des Vertrags von Konstantinopel betreffend den freien Gebrauch des Suezkanals vom 29. Oktober 1888 enthält die Festsetzung, daß "die hohen Vertragsmächte übereinkommen, gegen den freien Gebrauch des Kanals in Kriegs- und Friedenszeiten nichts zu unternehmen". Trotzdem wurden unmittelbar nach der Kriegserklärung Englands am 4. August auf allen in den neutralen Kanalhäfen liegenden deutschen und österreichisch-ungarischen Dampfern wichtige Teile aus den Maschinen herausgenommen. Am 13. Oktober wurden die Schiffe von ägyptischem Militär besetzt und aufgefordert, die Häfen zu verlassen. Als die Kapitäne sich weigerten, ließen die Hafenbehörden durch eigenes Personal die Maschinen wieder instand setzen und die Dampfer außerhalb der Dreiseemeilengrenze bringen. Dort wurden sie von englischen Kriegsschiffen erwartet und nach peinlich genauer Erledigung der Formalitäten aufgebracht und nach Alexandria überführt. Wenn die Engländer die formelle Verantwortung für die vertrags- und völkerrechtswidrige Behandlung der Schiffe auch auf die ägyptischen Behörden abgeschoben haben, so ist doch bekannt genug, in welchem Abhängigkeitsverhältnis diese zu den britischen Regierungsvertretern standen. In Alexandria vollendete ein willfähriges Prisengericht dieses Possenspiel, indem es die Schiffe für gute Prisen erklärte.
Trotz der feindlichen Anstrengungen blieben in allen größeren neutralen Häfen bei Ausbruch des Krieges noch genug Dampfer zur Verfügung der deutschen Etappenorganisation, um damit

Zufuhren für die Auslandskreuzer nach vorher verabredeten Plänen durchführen zu können. In jahrzehntelanger sorgfältiger Arbeit des Admiralstabes, der Chefs der Kreuzergeschwader und der Kreuzerkommandanten war eine weitverzweigte Organisation geschaffen worden, die sofort in Tätigkeit trat, sobald im Kriege die Verbindung der Auslandsschiffe mit der Heimat abriß. Diese Auslandsetappe übernahm die Nachrichtenübermittlung und den Nachschub für die Auslandskreuzer. Die Verabredungen waren so getroffen worden, daß an allen in Betracht kommenden Plätzen mit den Mitteln, die das neutrale Ausland bot, Zufuhrschiffe ausgerüstet wurden, die von den Kreuzerkommandanten nach Bedarf herangezogen werden konnten. Wenn an einer Stelle die Mittel erschöpft waren oder unüberwindliche Hindernisse eintraten, sprang eine andere ein. Auch besaß der Admiralstab Mittel und Wege, um vermittelnd und ausgleichend einzugreifen. Trotz starker englischer Gegenwirkung, die auch vor wirtschaftlichem Druck auf die neutrale Geschäftswelt und Aufwiegelung der Volksmassen nicht zurückscheute, ist es erreicht worden, daß keiner der handelskriegführenden Auslandskreuzer, mit Ausnahme des zur ostafrikanischen Station gehörigen Kreuzers "Königsberg", durch Kohlen- und Materialmangel gezwungen wurde, seine Kriegstätigkeit abzubrechen, bevor ihr durch feindliche Übermacht oder durch völlige Abnutzung der Maschinen- und Kesselanlagen ein Ziel gesetzt wurde.

Der Chef des Kreuzergeschwaders versammelte bei den Marianneninseln einen Troß von zehn großen, vollbeladenen Schiffen, die ihm aus Tsingtau, Shanghai und japanischen Häfen zugesandt wurden. Vier weitere Dampfer waren nach dem Verlassen von Tsingtau durch englische und französische Blockadeschiffe aufgebracht worden. Einer wurde S. M. S. "Emden" als Begleitdampfer für seine berühmte Kreuzfahrt in den Indischen Ozean mitgegeben; die übrigen versorgten das Geschwader auf seiner langen Reise durch den Stillen Ozean nach der chilenischen Küste. Dort wurde ein Teil von ihnen nach der siegreichen Schlacht bei Coronel durch andere Schiffe ersetzt, die die Fahrt um das Kap Horn bis zu dem unglücklichen Zusammentreffen mit einem überlegenen englischen Geschwader bei den Falklandsinseln mitmachten. Andere Schiffe lagen schon im Atlantischen Ozean bereit, um die weitere Versorgung zu übernehmen und unter Umständen auch die Rückkehr der Kreuzer nach der Heimat zu ermöglichen.

In ähnlicher Weise hatten sich S. M. S. "Leipzig" und "Dresden" bis zu ihrem Zusammentreffen mit dem Kreuzergeschwader versorgen können. S. M. S. "Karlsruhe" standen zur Führung des Handelskriegs im Atlantischen Ozean ständig vier Dampfer zur Verfügung. Als den Kreuzer am 4. November 1914 durch innere Explosion sein tragisches Geschick ereilte, waren gerade drei weitere vollbeladene Dampfer für ihn in Fahrt gesetzt. Dem Begleitdampfer "Rio Negro" fiel die schwere Aufgabe zu, die Überlebenden nach der Heimat zu bringen.[3]

Auch die Kanonenboote "Geier" in der Südsee, "Eber" auf der westafrikanischen Station und die Hilfskreuzer "Kronprinz Wilhelm" und "Kaiser Wilhelm der Große" ergänzten ihre Vorräte aus Hilfsschiffen, während der Hilfskreuzer "Prinz Eitel Friedrich" sich aus Prisen versorgte, weil er wegen seiner geringen Geschwindigkeit die Annäherung an Treffpunkte, die ja dem Feinde verraten sein konnten, lieber vermied.

Groß waren die zu überwindenden Widerstände bei der Beschaffung und Verladung der Materialien und beim Ausklarieren der Dampfer, groß vor allem die Anforderungen, die an die Entschlußkraft, Überlegung und zähe Ausdauer der Schiffsführer gestellt werden mußten. Das Abschütteln der verfolgenden feindlichen Kreuzer, das oft wochenlange Warten auf den Treffpunkten bei den spärlichen und unsicheren Nachrichten erforderten ein ungewöhnliches Maß von Nervenkraft. Trotzdem drängte sich ein jeder zu diesem gefahrvollen Dienst und alle setzten den vielen Schwierigkeiten die begeisterte Hingabe an ihre Aufgabe, eine hohe, durch sorgsame Friedensschulung erworbene Berufstüchtigkeit und den glühenden Wunsch entgegen, wenn auch fern von den Brennpunkten der Entscheidung, in dem ungeheuren Ringen des deutschen Volkes um seine Freiheit ihre Pflicht bis zum Äußersten zu erfüllen. Für die Stimmung, die an Bord dieser

Zufuhrschiffe allgemein in jener Zeit herrschte, sind folgende Worte in dem Bericht des Kapitäns Koldewey, Führers des Dampfers "Patagonia" der Hamburg-Amerika-Linie und Begleitdampfers S. M. S. "Karlsruhe", der vom Fregattenkapitän Köhler wegen seines tatkräftigen Verhaltens besonders belobt worden ist, bezeichnend:

> "Es war eine sehr anstrengende, aber auch sehr schöne Fahrt, hatte ich doch das erhebende Bewußtsein, mithelfen zu können und nicht untätig im Hafen zu bleiben."

Und Kapitän L. Colmorgen vom Dampfer "Eleonore Woermann", der dem Kanonenboot "Eber" und dem Hilfskreuzer "Cap Trafalgar" beigestanden hatte, schreibt am Schluß seines Berichts:

> "Dank der unermüdlichen Tätigkeit und der steten Bereitwilligkeit der Offiziere, Ingenieure und Mannschaften der »Eleonore Woermann« war es mir gelungen, die mir gestellte Aufgabe zu lösen. Ruhetage hatte es während der letzten sieben Wochen nicht gegeben, dagegen hatten nicht allein die Matrosen und Heizer, sondern auch das ganze Bedienungspersonal, die Stewards, Musiker, Köche bei Tag und bei Nacht, wie die Umstände es eben erforderten, Kohlen geschaufelt und Dienst in den Brandungsbooten und Dampfbarkassen bei jeder Witterung getan. Die Offiziere und Ingenieure waren den Mannschaften stets mit gutem Beispiel vorangegangen und hatten sie dadurch zu immer größeren Anstrengungen angespornt."

Von diesem Kapitän, der fast die ganze Besatzung der im Gefecht mit dem englischen Hilfskreuzer "Carmania" gesunkenen "Cap Trafalgar" rettete und in aufregender Fahrt in den von drei englischen Kreuzern bewachten Hafen von Buenos Aires brachte, sagte der 1. Offizier der "Cap Trafalgar" aus:

> "Es herrschte nur eine Stimme der Bewunderung für Kapitän Colmorgen, der in außergewöhnlich energischer, umsichtiger und doch liebenswürdiger Weise alle seine Anordnungen traf."

Diese Beispiele treuer Pflichterfüllung könnten beliebig vermehrt werden, doch ist hier nicht der Raum, auf weitere Einzelheiten einzugehen.

Wie schon erwähnt, war es nicht möglich, den Kreuzer "Königsberg" auf der ostafrikanischen Station in derselben Weise zu versorgen, wie die übrigen Auslandsschiffe. Zwar wurden in den ersten Kriegstagen zwei Dampfer der deutschen Ostafrikalinie in Daressalam als Zufuhrschiffe ausgerüstet, von denen aber nur einer mit S. M. S. "Königsberg" in Verbindung trat, während der andere von den englischen Kriegsschiffen, die die Kolonie blockierten, in den Hafen zurückgetrieben wurde. Der Kreuzer konnte sich für einige Zeit aus den im Golf von Aden angetroffenen deutschen Dampfern und aus einer englischen Prise versorgen, mußte sich aber im November 1914 wegen Kohlenmangels in den Rufijifluß zurückziehen. Um das Schiff wieder fahrbereit zu machen, wurde vom Admiralstab der Versuch gemacht, von der Heimat aus einen Dampfer mit Kohlen und Material nach Ostafrika zu senden.

Schon vorher war mit der Ausrüstung des englischen Dampfers "Rubens", der im Hamburger Hafen beschlagnahmt worden war, begonnen worden, um ihn dem Kreuzergeschwader entgegenzuschicken. Da aber die Nachricht von der Schlacht bei den Falklandsinseln eintraf, wurde das Schiff als Zufuhrschiff für S. M. S. "Königsberg" bestimmt. Es erhielt den Namen, das Aussehen und die Papiere eines auf derselben englischen Werft erbauten dänischen Dampfers gleicher Größe mit Namen "Kronborg". Um eine Durchsuchung zu erschweren, wurde die Ladung durch eine Lage Holzplanken bedeckt und auf Vor- und Achterdeck eine 1½ m hohe Deckslast von Holz gepackt, wie dies auf Frachtdampfern vielfach üblich ist. Eine F.-T.-Einrichtung wurde in einem verborgenen Raum, dessen Zugang verdeckt war, untergebracht. Die Antennen waren so

angeordnet, daß sie innerhalb zwei Minuten geborgen werden konnten. Die Führung des Schiffes erhielt Oberleutnant z. S. d. R. Christiansen, dem Kapitän Albers von der deutschen Ostafrika-Linie als Lotse für die ostafrikanischen Häfen beigegeben wurde. Die Ladung bestand zunächst aus Kohlen, Munition und Bedarfsartikeln für S. M. S. "Königsberg". Da aber kurz vor der Abreise bekannt wurde, daß es zweifelhaft war, ob der Kreuzer noch die blockierte Flußmündung verlassen könnte, so wurde auf Ersuchen des Staatssekretärs des Reichskolonialamts noch eine Zuladung für die Schutztruppe mitgegeben für den Fall, daß der Dampfer in einem Hafen der Kolonie seine Ladung löschen könnte.

Am 22. Februar 1915 wurde die Ausreise unter Begleitung eines U-Bootes, das bis zur englischen Bewachungslinie Aufklärungsdienste tat, angetreten. Ohne Zwischenfälle gelangte "Rubens" in die ostafrikanischen Gewässer und konnte am 4. April 1915 mit S. M. S. "Königsberg" in funkentelegraphische Verbindung treten. Da zunächst vor einer Annäherung an die Küste gewarnt und der Befehl gegeben wurde, zu warten, so begab sich der Dampfer nach der Seychelleninsel Aldebara, wo er am 9. April ankerte. Nach freundschaftlichen Verhandlungen mit dem englischen Administrator, der seit November keine Nachrichten mehr hatte und die Schiffsführer zum Tee einlud, blieb der Dampfer, der sich als Däne auf der Reise von Delagoa-Bai nach Indien ausgegeben hatte, bis zum 11. April unter dem Vorwande liegen, einen Maschinenschaden ausbessern zu müssen. Dann kam Befehl, den Hafen von Tanga bei Tagesanbruch des 14. April anzulaufen, die Schutztruppenladung zu löschen und wieder in See zu gehen. Der Kommandant S. M. S. "Königsberg", Fregattenkapitän Looff, hielt es für notwendig, die für die Schutztruppe bestimmten Gewehre, Munition und Medikamente zu landen, bevor er mit dem Kreuzer den Versuch machte, das Schiff in See zu treffen, da die Lage im Schutzgebiet wegen großer Munitionsknappheit sehr bedenklich war. Der Gegner hatte alle seine Blockadeschiffe gegen S. M. S. "Königsberg" vor dem Rufijifluß zusammengezogen, so daß die Hoffnung bestand, daß der im Norden liegende Hafen von Tanga unbewacht sein würde. Als aber der Dampfer "Rubens" befehlsgemäß in der Nacht vom 13. zum 14. April sich dem Hafen näherte, stieß er zunächst auf ein armiertes englisches Hilfskriegsschiff "Duplex", das ihn aber in der Dunkelheit nicht bemerkte, und dann auf den Kreuzer "Hyazinth", der ihn von Tanga abdrängte, so daß er in die 10 sm weiter nördlich gelegene Mansa-Bucht einlaufen mußte, wohin der englische Kreuzer wegen zu großen Tiefganges nicht folgen konnte. Unter dem englischen Feuer gab Oberleutnant Christiansen den Befehl zum Verlassen des Schiffes, nachdem vorher die Bodenventile geöffnet waren und das an Deck gestapelte Holz in Brand gesetzt worden war, um dem Feinde vorzutäuschen, daß die Beschießung erfolgreich gewesen wäre.

Nachdem sich der Gegner wieder entfernt hatte, konnte das Feuer gelöscht und mit Hilfe von Marinetauchern der nicht verbrannte Teil der Ladung ungestört ausgeladen werden. In den folgenden sechs Wochen wurden geborgen: 3 Millionen S-Geschosse für Gewehre, 1000 Schuß 10,5-cm-Geschosse, 500 Schuß 8,2-cm-Geschosse, 6000 Schuß für 6-cm-Bootsgeschütze, 3000 Schuß für 3,7-cm-Revolverkanonen, 200 Zelte mit Zubehör, wie Betten, Matratzen usw., 2 - 6-cm-Bootsgeschütze, 4 fahrbare Maschinengewehre und 1800 Gewehre mit Seitengewehren, ferner für die Besatzung der "Königsberg" für zwei Monate Proviant, wovon allerdings viel ungenießbar war, für 350 Mann je 1 Arbeitsanzug, 1 weißer Anzug, Unterzeug, Strümpfe, Wolldecken. Die für S. M. S. "Königsberg" mitgebrachten 1600 t Kohlen konnten dem Kreuzer infolge der Versenkung des Hilfsdampfers leider nicht mehr zugeführt werden, so daß er auf das Auslaufen verzichten mußte. Als am 20. Juli ein englischer Kreuzer ein Boot in die Mansa-Bucht schickte, um das Wrack des Dampfers zu besichtigen, las man an der Brücke des Schiffes die Worte: "*Too late, empty*".

Die gelandete Ladung war für die Schutztruppe und die Marinemannschaften von größtem Werte und ermöglichte es ihnen, der feindlichen Offensive auch weiterhin mit Erfolg Widerstand zu leisten.

Auf die Bitte um weitere Unterstützung wurde im Winter 1916 ein zweites Schiff, der englische Prisendampfer "Dacre Hill", in ähnlicher Weise ausgerüstet, der als Hilfskriegsschiff "Marie" unter Führung des Leutnants z. S. d. R. Sörensen am 9. Januar 1916 unter schwedischer Flagge die Reede von Wilhelmshaven verließ. Die schwedischen Abzeichen konnten leicht entfernt und im Bedarfsfalle durch dänische ersetzt werden. Auch dieses Schiff kam unbemerkt durch die englischen Bewachungslinien und traf am 17. März 1916 in der Bucht von Ssudi bei Mikindani ein. Als Lotse für die ostafrikanische Küste war Kapitän Schapp mitgefahren. Um sich gegen nachdringende feindliche Schiffe zu sichern, hatte der Dampfer 5 Minen und 2 - 10,5-cm-Geschütze mitgenommen, welch letztere an Land zur Sperrverteidigung aufgestellt werden sollten. Der Gebrauch der Funkentelegraphie wurde dieses Mal ganz vermieden, so daß das Einlaufen zunächst vom Feinde unbemerkt blieb. Hierüber berichtet Leutnant z. S. Sörensen wie folgt:

> "Zur Aufklärung des gekrümmten und von außen nicht übersehbaren Ssudiflusses schickte ich ein Boot mit zwei Motoranhängeschrauben unter Führung des Hilfsleutnants Schapp hinein. Nach Abgabe des vorher verabredeten Signals dampfte ich mit langsamer Fahrt in den Fluß. Ich ließ das Aufklärungsboot fortwährend lotend vorauffahren und folgte bis zum Schluß der mir zur Verfügung stehenden Karte, wo ich zu Anker ging. Sämtliche Boote wurden mit den zerlegten Geschützen, den Minen und den auf See verfertigten Signalmasten und Signalkörpern beladen. Das eine Boot mit den Geschützen ging nach Ssudidorf, wo die Geschütze aufgebaut wurden. Gleichzeitig wurde eine Signalstation in der Nähe der Batterie errichtet. Vier Mann unter dem Befehl des Steuermanns der Reserve Iversen wurden hier zur Bedienung der Batterie und der Signalstation postiert. Das Motorboot fuhr mit dem Minenboot nach dem Dorfe Mgao, vor dem die Minen ausgelegt wurden. Querab der Minensperre wurde der andere Signalmast und ein Maschinengewehr aufgestellt. Während dieser Zeit suchte ich durch Lotungen einen zum Löschen geeigneten Platz, an dem das Schiff am folgenden Tage bei Hochwasser aufgesetzt und vertäut wurde."

Mit selbsthergestellten Flößen und einer selbstgebauten Brücke wurde eine Verbindung mit Land hergestellt, so daß die Ladung ohne Unterbrechung durch Träger an Land geschafft werden konnte. Sie wog im ganzen rund 1500 t, die mit etwa 50 000 Trägerlasten in Tag- und Nachtarbeit vom 19. bis zum 27. März in Sicherheit gebracht werden konnten, bevor das englische Blockadegeschwader von dem Einlaufen des Schiffes Kenntnis erhielt. Die Entlöschung wurde dadurch sehr erleichtert, daß die gesamte Ladung mit Ausnahme der Geschütze und nicht teilbaren Gegenstände schon in der Heimat in kleine Kisten verpackt worden war, die von einzelnen Trägern getragen werden konnten. Erst am 11. April begann die Beschießung des inzwischen entdeckten Schiffes durch das englische Geschwader, die am 15. mit Hilfe von Beobachtung durch einen von einem Ballonschiff aufgestiegenen Fesselballon fortgesetzt wurde. Obgleich im ganzen 6 Treffer von 14-cm-Granaten und 180 Treffer von 5-cm-Granaten gezählt wurden, gelang es doch, das Schiff in den nächsten Tagen wieder seefähig zu machen. In der Nacht vom 22. zum 23. April wurde die englische Blockade in schneidiger Fahrt durchbrochen, und am 14. Mai 1916 gelangte das Hilfsschiff "Marie" glücklich an seinem Ziel, dem Hafen von Batavia an, von wo es die vom Gouverneur von Deutsch-Ostafrika mitgegebenen Nachrichten und Aufträge weiterbefördern konnte. Auch die mit diesem Schiff herausgebrachte Ladung war von unschätzbarem Werte für die Verteidigung der Kolonie.

Die Absicht, im Winter 1916/17 zwei weitere Nachschubdampfer für Deutsch-Ostafrika abzusenden, mußte aufgegeben werden, da die Engländer inzwischen die ganze Küste des Schutzgebiets besetzt hatten.

5. Nachschub der Marine nach der Türkei.

Die einzigen deutschen Auslandsschiffe, die während des Krieges - wenn auch zeitweise unter

großen Schwierigkeiten - Zufuhren von der Heimat erhalten konnten, waren die beiden Kreuzer der Mittelmeerdivision "Goeben" und "Breslau". Als diese unter Führung des Admirals Souchon am 10. August 1914 nach aufregender Fahrt in den Dardanellen Aufnahme gefunden hatten, während dem verfolgenden britischen Geschwader die Einfahrt versagt wurde, hatte die Türkei den ersten Schritt zum Anschluß an die Mittelmächte getan. Aber noch wagte die Regierung nicht, offen auf diesem Wege fortzuschreiten, da das Land zu wenig auf einen Entscheidungskampf vorbereitet war. Die jungtürkischen Führer waren sich wohl dessen bewußt, daß die Türkei zu schwach war, um im Streit der Großmächte auf die Dauer ihre Neutralität zu wahren, und daß die Selbständigkeit des Reiches nur durch Anlehnung an Deutschland erhalten werden konnte. Denn für Rußland war die Beherrschung der Meerengen ein offen eingestandenes Kriegsziel, und Großbritanniens Streben richtete sich auf die Befestigung seines Kolonialbesitzes durch Einverleibung Ägyptens und Bildung einer unter seiner Aufsicht stehenden Landverbindung nach Indien. Aber noch litt das durch die vorhergegangenen Kriege erschöpfte Land zu sehr unter der 32jährigen Mißwirtschaft des Sultans Abdul Hamid; noch waren im Innern des Reiches starke Widerstände zu überwinden, auch lähmte die Unklarheit der politischen und militärischen Lage die Entschlußkraft.

Die türkische Regierung versuchte Zeit zu gewinnen und bewahrte vorläufig formell ihre Neutralität. Um die Aufnahme der beiden deutschen Kreuzer begründen zu können, bewirkte sie ihren Übergang mit voller Besatzung in türkische Dienste und die Ernennung des Admirals Souchon zum türkischen Flottenchef. Zur Förderung des Anschlußgedankens war es notwendig, der Türkei Deutschlands Bereitwilligkeit zu weiterer militärischer Unterstützung zu beweisen, und der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz setzte es daher durch, daß ein vom Admiral Souchon beantragtes Marinedetachement unter Führung von Seeoffizieren und Marineingenieuren nach Konstantinopel geschickt wurde, um dort die Küstenverteidigung und die türkischen Kriegsschiffe und Torpedoboote in kriegsbrauchbaren Zustand zu versetzen. Das Detachement, das sich aus 23 Offizieren, 12 Deckoffizieren und 425 Unteroffizieren und Mannschaften zusammensetzte, bestand durchweg aus Instruktionspersonal und Spezialisten der verschiedenen Dienstzweige der Marine. Es gehörten zu ihm Steuerleute, Maschinisten, Feuerwerksmaate, Geschützführer, Entfernungsmesser, Signal- und Funkenpersonal, Artilleriemechaniker, Torpedospezialisten und Matrosenartilleristen. Es verließ Berlin unter Führung des Admirals v. Usedom am 21. August und nahm in Budapest noch einen schon vorher entsandten Mannschaftszuschlag für "Goeben" und "Breslau" in Stärke von etwa 300 Mann auf. Das deutsche Marinepersonal begann seine Arbeit unter den Augen der feindlichen Botschafter und der englischen Marinemission, die neben einer deutschen Militärmission zur Reorganisation der türkischen Wehrmacht berufen war und erst am 15. September mit der Begründung entlassen wurde, daß die englische Regierung zwei in England für die türkische Marine gebaute und aus freiwilligen Beiträgen des Volkes bezahlte Schlachtschiffe bei Beginn des Krieges beschlagnahmt, und dieser rechtswidrigen Maßnahme noch die Beleidigung hinzugefügt hätte, ein bisheriges Mitglied der Marinemission in der Türkei zum Kommandanten eines dieser Schiffe zu ernennen. Die Ententebotschafter sahen, in der Hoffnung, noch einen Druck auf den schwankenden Großvezier ausüben zu können, auch in diesem Schritt der Türkei noch keinen Anlaß, ihre Pässe zu verlangen, sondern blieben in Konstantinopel, bis am 29. Oktober die Feindseligkeiten im Schwarzen Meer eröffnet waren.

Bald nach dem Eintreffen des deutschen Marinekommandos zeigte sich, daß die türkischen Kriegsschiffe und Küstenverteidigungsanlagen - nicht zum wenigsten durch das Verschulden der englischen Mission - völlig vernachlässigt waren. Überall fehlte es an dem Notwendigsten, und es trafen beim Reichsmarineamt eine Unmenge Bestellungen auf Kriegsmaterial aller Art ein. Zunächst bestand die dringendste Aufgabe darin, die beiden Kreuzer "Goeben" und "Breslau", deren kurz vor dem Kriege fällige Jahresreparatur wegen der unsicheren Verhältnisse verschoben worden war, wieder zu voller Leistungsfähigkeit zu bringen. Die Wasserrohrkessel dieser Schiffe, die auf der Fahrt von Messina nach Konstantinopel so stark geleckt hatten, daß die Geschwindigkeit erheblich herabgesetzt werden mußte, waren neu zu berohren, wozu Kesselrohre und gelernte

Arbeiter aus Deutschland geschickt werden mußten. Für die Küstenverteidigung wurden Minen, Scheinwerfer und Entfernungsmeßanlagen verlangt. Als Verkehrsweg für diese Nachsendungen stand nur die eingleisige Eisenbahn von Budapest über Kronstadt und Predeal nach Bukarest und von da nach dem Donauhafen Giurgiu zur Verfügung, wo die Frachtgüter in Kähne verladen und nach dem bulgarischen Ufer überführt werden mußten. Von dem dort gelegenen Städtchen Rustschuk aus nahm der Bahntransport meist noch den Umweg über Sofia, weil die direkte Bahnlinie oft durch Bergrutsche versperrt war. Der Seeweg durch das Mittelländische Meer war versperrt, die Orientbahn und die Donau wurden von den Serben beherrscht, und das Schwarze Meer, das im Frieden von Konstanza aus benutzt wurde, stand unter der Kontrolle der russischen Kriegsschiffe. Da sich auf die dem Massenverkehr in keiner Weise gewachsenen Bahnen durch Rumänien und Bulgarien der gesamte Verkehr der Mittelmächte nach dem Orient zusammendrängte, entstanden technische Schwierigkeiten, die zu starken Verzögerungen und Unzuträglichkeiten führten. Noch gelang es, das dringendste Kriegsmaterial einschließlich der Reservemunition für die beiden Kreuzer "Goeben" und "Breslau" zu befördern. Bald aber setzten in Rumänien unter dem Druck der Entente starke politische Hemmungen ein, die schon vor Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei zu einem fast vollständigen Stillstand der militärischen Transporte an der rumänischen Grenze führten. Nachdem der Krieg im Orient begonnen hatte, verweigerte die rumänische Regierung jegliche Durchfuhr von Kriegsmaterial, so daß dem neuen Bundesgenossen nur noch mit sachverständigem Personal ausgeholfen werden konnte. Die Marine schickte Baubeamte und Spezialarbeiter, um den Betrieb der türkischen Werften neu einzurichten, Vertreter der Firmen, die die türkischen Minen und Torpedos geliefert hatten, um diese mit Hilfe der Marinespezialisten wieder instand zu setzen, Artillerieingenieure, um die Küstengeschütze zum indirekten Schießen und Messen größerer Entfernungen einzurichten und die Scheinwerfer und Befehlsübermittelungsanlagen zu montieren, sowie Funkentelegraphisten zur Errichtung drahtloser Stationen.

Das beste Mittel, um den Weg nach der Türkei freizubekommen, wäre die gewaltsame Zurückdrängung der Serben von der Donau gewesen. Nachdem aber der im August 1914 unter Führung des Feldzeugmeisters Potiorek mit ungenügenden Kräften eingeleitete und mit wechselndem Erfolge geführte österreichisch-ungarische Angriff gegen Serbien am 15. Dezember durch die kopflose Räumung der erst seit zwei Wochen besetzten serbischen Hauptstadt endgültig gescheitert war, konnte der österreichische Generalstabschef angesichts des bedrohlichen Vordringens der Russen und des unsicheren Verhaltens Italiens keine Streitkräfte mehr für diesen Zweck frei machen. Auch für die deutsche Heeresleitung lagen dringendere Aufgaben vor. Als auch die türkische Armee dringend Unterstützung durch Geschütze und Munition verlangte, mußte sich der Chef des Generalstabs darauf beschränken, einen Generalstabsoffizier nach Ungarn zu senden, der zweimal vergeblich versuchte, durch nächtliche Forcierung der gefährdeten Donaustrecke eine Verbindung herzustellen. Die mit Munition und Minen beladenen Dampfer wurden gesichtet und durch serbisches Geschützfeuer versenkt.

Inzwischen hatten die Angriffe auf die Dardanellenbefestigungen durch englische und französische Geschwader begonnen. Die beiden veralteten Außenforts Kum Kale und Sid ul Bachr wurden, nachdem sie bereits am 3. Dezember kurz beschossen worden waren, im Lauf des Februars 1915 niedergekämpft und von gelandeten Matrosen zerstört. Da dem Feinde der verwahrloste Zustand der türkischen Küstenverteidigung zu Beginn des Krieges bekannt war, glaubte er, auch die rückwärtige Hauptstellung Tschanak Kale - Kilid Bachr - Hamidje durch das Feuer der Schiffsgeschütze bezwingen zu können. Aber hier sollten sich die Früchte der sorgfältigen und angestrengten Arbeit des deutschen Lehrpersonals in glänzendem Lichte zeigen. Der nach verschiedenen tastenden Vorstößen der ersten Märzwoche mit 16 Schlachtschiffen der vereinigten englisch-französischen Flotte am 18. März angesetzte Hauptangriff brach unter dem Feuer der von Korvettenkapitän Wossidlo befehligten 35,5-cm- und 24-cm-Küstengeschütze und der von Oberstleutnant Wehrle in dem zerklüfteten Gelände der Halbinseln verteilten 15-cm-

Steilfeuerbatterien mit dem Verlust von 3 Linienschiffen und schwerer Havarie zweier weiterer Linienschiffe und eines Schlachtkreuzers zusammen.

Aber in dieser Schlacht waren die Munitionsvorräte der türkischen schweren Artillerie so zusammengeschmolzen, daß sie kaum noch für die Abwehr eines zweiten derartigen Angriffs ausreichten. Da auf Nachsendung von Munition aus Deutschland nicht zu rechnen war, wurde die einzig mögliche Abhilfe darin erblickt, die Munitionsfabrikation in der Türkei selbst auf leistungsfähige Höhe zu bringen. Kapitän z. S. Pieper, früher Abteilungschef im Waffendepartement des Reichsmarineamts, der erst kurz vorher dem Admiral v. Usedom zur Verfügung gestellt worden war, widmete sich dieser Aufgabe mit großer Energie. Eile war um so mehr geboten, als bekannt wurde, daß der Gegner zu einem großen Angriff mit See- und Landstreitkräften rüstete.

Es befanden sich in der Nähe von Konstantinopel eine entwicklungsfähige Pulverfabrik und eine zur Geschoßfabrikation geeignete kleine Anlage. Aber unter der türkischen Leitung hatte sich die Fabrikation auf Gewehrmunition beschränkt. Um sie weiter zu entwickeln, konnte wegen der schwierigen Transportverhältnisse nur mit technischem Lehrpersonal ausgeholfen werden. Das Reichsmarineamt fand bereitwillige Unterstützung bei den königlich preußischen Munitionsfabriken, sowie bei Krupp und Ehrhard, die Ingenieure, Chemiker, Meister und gelernte Arbeiter zur Verfügung stellten. In kleinen Gruppen traten sie, um möglichst wenig aufzufallen, die Fahrt nach dem Osten an. Ihre Zahl wuchs allmählich auf über 1000 Köpfe. Zunächst bestand noch die Hoffnung, daß die Rumänen wenigstens Rohmaterial und Arbeitsgerät durchlassen würden; aber die Absperrung dieses Landes war so vollständig, daß selbst Kleidungsstücke und Lebensmittel angehalten wurden. So mußte alles im Lande selbst zusammengesucht oder unter der Hand nachgesandt werden. Den Geschoßstahl gewann man aus alten Beständen der Werften und des Arsenals oder aus unbrauchbaren Kanonenrohren und Eisenbahnschienen. Die für die Pulverfabrikation unentbehrlichen Chemikalien wurden, ebenso wie Zünderteile und Zündhütchen, in Postpaketen, Koffern von Reisenden und mit ähnlichen Gelegenheiten aus Deutschland bezogen. Nach Überwindung unsäglicher Schwierigkeiten brachte man es so weit, daß Geschosse bis zu 15 cm Kaliber hergestellt werden konnten. Außerdem wurden Minenwerfer und Wurfminen, Handgranaten, Fliegerbomben und Sprengladungen angefertigt, Geschütze und Maschinengewehre ausgebessert, Entfernungsmesser adjustiert und Instandsetzungsarbeiten aller Art an dem Artilleriematerial ausgeführt.

Trotz aller Anstrengungen gelang es jedoch kaum, den normalen Tagesbedarf an Munition zu decken, und bei der Abwehr jeder größeren Unternehmung des Feindes schmolzen die Reservevorräte in besorgniserregender Weise zusammen. Im Gegensatz zu der Munitionsvergeudung des Gegners mußte mit jedem Geschoß gegeizt werden; feindliche Batterien konnten nicht zum Schweigen gebracht werden, feindliche Flieger konnten unbeschossen, dicht über den türkischen Stellungen kreisend, Bomben abwerfen oder das verheerende Feuer der schweren Schiffsgeschütze leiten. Das Schlimmste war, daß gegen die Panzerschiffe des Feindes, die sich ungestört in der Dardanelleneinfahrt bewegten oder dicht unter Land vor Anker lagen, nichts unternommen werden konnte, weil auf keinen Ersatz für die wenige schwere Munition, die für die letzte Entscheidung aufgespart werden mußte, zu rechnen war. Unter ihrem Feuer hätte die Widerstandskraft der tapferen Verteidiger erlahmen müssen, wenn nicht durch einen schneidigen Torpedobootsangriff unter Kapitänleutnant Firle am 13. Mai 1915 das britische Linienschiff "Goliath" und kurz darauf durch das von Kapitänleutnant Hersing in kühner Fahrt von Deutschland überführte U-Boot 21 zwei weitere Linienschiffe versenkt worden wären.

Schon vorher waren Vorbereitungen getroffen worden, um geringe Mengen von Kriegsmaterial durch kleine U-Boote nach Konstantinopel zu befördern; vier dieser Boote, die in Deutschland gebaut und in Teilen auf der Bahn nach Pola transportiert worden waren, um dort zusammengesetzt zu werden, haben in verschiedenen Fahrten Maschinengewehre, Scherenfernrohre, kleine

Munitionsmengen und andere Gegenstände befördert. Andere U-Boote brachten Handwaffen und Munition nach der nordafrikanischen Küste für die dort mit den Italienern im Kampf liegenden Senussen.

Bei der allgemeinen Materialknappheit leisteten auch die Ladungen der in Konstantinopel festliegenden deutschen Dampfer gute Dienste. Das Massengut bestand bei den auf der Ausreise befindlichen meist aus Eisen, bei den rückkehrenden aus Getreide. Aber auch Maschinen und Industrieerzeugnisse fanden sich an Bord. Besonders reichhaltig war die Ladung des Dampfers der deutschen Ostafrikalinie "General", der mit "Goeben" und "Breslau" von Messina nach Konstantinopel gekommen war. Er befand sich auf der Ausreise nach Deutsch-Ostafrika und hatte neben den Bedürfnissen der Kolonie Ausstellungsgegenstände für eine große, in Daressalam geplante Ausstellung an Bord. Fast die ganze deutsche Industrie war vertreten, und für alles fand sich passende Verwendung. Die Dampfer selbst wurden in den Etappendienst eingestellt und brachten Truppen und Kriegsmaterial nach den Dardanellen oder holten Kohlen aus den Kohlengruben bei Zonguldak am Schwarzen Meer. Viele von ihnen erlitten Havarien durch Angriffe feindlicher Untersee- und Torpedoboote oder Flugzeuge, sowie durch Minentreffer. Auch verschiedene Totalverluste kamen vor. Die Leistungen der Kapitäne und Maschinisten dieser Dampfer sind um so anerkennenswerter, als sie die einzigen an Bord gebliebenen Deutschen waren, da die übrigen Angehörigen der Besatzung zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht nach der Heimat zurückgekehrt und durch nicht seegewohntes türkisches Personal, das in kritischen Lagen die Nerven verlor, ersetzt worden waren.

Im ganzen blieb trotz aller Anstrengungen der Nachschub nach der Türkei so gering, daß der Fall der Dardanellen schließlich nur noch eine Frage der Zeit war. Zu dem Munitionsmangel gesellte sich die Lebensmittelknappheit in bedrohlichem Umfange. Der anatolische Soldat hat bei mangelhafter Ausrüstung und Verpflegung in der Verteidigung des Zugangs zur Hauptstadt seines Reiches gegen die monatelangen hartnäckigen Anstürme eines mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik reichlich versehenen tapferen Gegners eine bewundernswerte Ausdauer bewiesen; aber schließlich wäre er doch der Erschöpfung erlegen, wenn nicht gerade zur rechten Zeit der Strom der in Ungarn angestauten Nachschubgüter durch die Eroberung Serbiens im Oktober 1915 freien Lauf erhalten hätte. Durch den Zusammenbruch der türkischen Front in Gallipoli wäre die Verbindung zwischen Rußland und seinen Verbündeten frei geworden. Das fehlende Kriegsmaterial zur Ausrüstung der großen russischen Menschenmassen hätte in beliebiger Menge eingeführt werden können, und der Druck auf die Balkanmächte wäre so groß geworden, daß sie sich der Entente hätten anschließen müssen. Diese Wendung wäre für die Mittelmächte vernichtend gewesen. Es war daher ein Ereignis von entscheidender Tragweite, als ein von der Seetransportabteilung bereitgestellter Schleppzug des bayerischen Lloyds mit Geschützen und Munition am 29. Oktober 1915 sofort nach Herstellung einer Fahrstraße durch die Minensperren das Eiserne Tor Donau abwärts unter deutscher Flagge passierte und im bulgarischen Hafen von Lom-Palanka anlegte. König Ferdinand erschien mit seinen Ministern, um den Führer, Kapitänleutnant der Reserve Reichenbächer, zu begrüßen. Die baldige Aussicht auf wirkungsvolle Unterstützung verlieh den Verteidigern den Mut zu weiterem Ausharren. Lord Kitchener selbst traf in Gallipoli ein und gab nach Prüfung der Lage den Befehl zum Abbrechen des verlustreichen Unternehmens. Die Einschiffung des Expeditionskorps war am 10. Januar fast ohne Verluste beendet. Sie war durch nebeliges Wetter sehr begünstigt worden; aber die Kräfte der Verteidiger waren auch so erschöpft, daß sie zu einem energischen Nachstoß nicht mehr fähig waren.

Nunmehr konnte durch den deutschen Feldeisenbahnchef in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Zentraltransportabteilung eine leistungsfähige Etappenverbindung nach der Türkei eingerichtet werden, auf der sich später die verschiedenen deutsch-türkischen Unternehmungen in Kleinasien aufbauten. Leider war der Bau der Bagdadbahn noch nicht beendet. Sie hatte noch zwei große Lücken bei den Gebirgszügen des Taurus und Amanus, die mit Lastautos oder Büffelwagen

befahren werden mußten, da die Tunnelarbeiten bei Beginn des Krieges unterbrochen worden waren, und reichte mit ihrer Gleisspitze bis eben über den Euphrat, über den die Eisenbahnbrücke bei Djerablus gerade fertig geworden war. Von Bagdad aus war der Eisenbahnbau nur bis zu dem etwa 120 km nördlich am Tigris gelegenen Orte Samarra gediehen. Zwischen beiden Endpunkten lag eine mehr als 600 km lange Wüstenstrecke, auf der der Lastverkehr nur mit landesüblichen langsamen Beförderungsmitteln - Kamelen und Büffelwagen - vor sich gehen konnte. Der auf diese Weise bewirkte Nachschub war völlig unzureichend für die am unteren Tigris kämpfende Armee, und die einzige Möglichkeit, ihn zu steigern, bestand in der Ausnutzung der Flußschiffahrt des Euphrat. Der Chef des Admiralstabs der Marine wurde daher im Januar 1916 vom türkischen Großen Hauptquartier ersucht, eine Flußetappe auf dem Euphrat einzurichten.

Erkundungen des Flusses ergaben, daß die Wassertiefe an vielen Stellen in der wasserarmen Jahreszeit von Juli bis Januar in der Hauptfahrrinne nicht mehr als einen halben Meter beträgt und daß das Flußbett mit vielem Geröll durchsetzt ist. Es blieb nichts anderes übrig, als auf ein in tausendjähriger Erfahrung bewährtes Lastfahrzeug zurückzugreifen, das ohne Eigenbewegung vom Strome getrieben wird. Es ist dies ein flacher Prahm, von den Eingeborenen Schachtur genannt, etwa 6 m lang und 2 m breit, dessen Boden aus nebeneinandergelegten, der Länge nach zersägten Silberpappelstämmen mit darübergenagelten dünnen Brettern gebildet wird, während die Wände aus stärkeren Brettern bestehen. Zu zweien zusammengekoppelt treiben diese Fahrzeuge den Strom hinunter, von drei Mann bedient, von denen der eine steuert, während die beiden anderen Wasser schöpfen oder an gefährlichen Stellen rudern müssen, um das Festkommen auf flachen Stellen zu vermeiden. Bei einer steinernen Brücke in der Nähe des alten Handelsplatzes Der es Sor mußten die beiden Schachturs auseinandergekoppelt werden, um eine uralte Steinbrücke, dessen mittlerer Bogen nur wenig über 2 m breit war - aus welchem Grunde die Breite der einzelnen Fahrzeuge nicht über dieses Maß hinausgehen durfte - zu passieren. Die Fahrt endete in der Höhe von Bagdad bei Riwanije, von wo aus die Lasten auf einer Feldbahn, deren Kippwagen von türkischen Soldaten geschoben werden mußten, nach dem Tigris weiterbefördert wurden. Ein Doppelschachtur trug etwa 100 Zentner Last und legte am Tage durchschnittlich 40 km zurück, so daß für die Zurücklegung der etwa 1400 km betragenden Flußstrecke unter Hinzurechnung des notwendigen Aufenthalts auf den Etappenstationen zum Wechsel der Bootsbedienung und zur Verproviantierung 6 - 7 Wochen erforderlich waren, eine für heutige Begriffe recht umständliche und langwierige Beförderungsart. Oft aber verlängerte sich die Fahrtdauer noch erheblich dadurch, daß die Schachturs festkamen oder in Seitenarme des Flusses getrieben wurden, die sich als unbefahrbar erwiesen. Die ganze Strecke wurde in sechs Etappen eingeteilt, an deren Endpunkten die Bootsleute abgelöst wurden, um zu Fuß wieder nach dem Anfangspunkt ihrer Etappenstrecke zurückzuwandern. An den Etappenorten wurden sie zu Kompagnien, die bis zu 1000 Mann stark waren, zusammengefaßt. Für die deutschen Führer der Verbände, junge Seeoffiziere oder Unteroffiziere der Marine, war es eine schwere Aufgabe, diese Leute zusammenzufassen, bei denen Desertionen an der Tagesordnung waren. Ohne fahrwasserkundiges Personal war aber der Etappendienst nicht aufrechtzuerhalten. Die Leitung der ganzen Etappe lag in der Hand eines Kapitänleutnants, der in Djerablus sein Standquartier hatte, wo in den Baracken des früheren Brückenbaukommandos der Bahnverwaltung ein Depot für die mit der Bahn herankommenden Nachschubgüter gebildet wurde.

Der Bau der Schachturs erfolgte in einer Werkstätte etwas oberhalb Djerablus am Fuße des Gebirges und wurde von einer Tagesleistung von drei Doppelschachturs, später, als eine größere Expedition zur Befreiung Bagdads vorbereitet wurde, auf eine solche von 20 - 25 gefördert. Das Holz dazu wurde weit aus dem Gebirge von Holzfällkommandos unter Aufsicht eines Reserveoffiziers der Marine geholt, die die gefällten und zersägten Stämme unter großen Schwierigkeiten mit Kamelen oder Maultieren zu Tal befördern mußten. Wie groß der Holzbedarf war, ergibt sich daraus, daß zum Bau von 25 Doppelschachturs etwa 2000 Pappelstämme gebraucht wurden. Es war üblich, die am Endpunkt der Flußstrecke angekommenen Fahrzeuge zu zerlegen

und das Holz nach Bagdad zu bringen, wo es dringend gebraucht wurde. Bei der Vergrößerung des Etappendienstes sollte der Versuch gemacht werden, die Schachturs durch flachgehende Motorboote wieder flußaufwärts schleppen zu lassen. Es wurden daher in Deutschland zerlegbare Doppelschraubenboote gebaut, die in einzelnen Teilen verfrachtet und auf einer in Djerablus unter Leitung eines Marinebaumeisters eingerichteten kleinen Werft zusammengesetzt wurden. Der Schleppgedanke mußte wieder aufgegeben werden, da die Schleppkraft in dem flachen Wasser zu gering war. Doch konnten die Motorboote, von denen mit der Zeit ein Dutzend hinausgesandt wurden, im Polizei- und Patrouillendienst und zur schnellen Beförderung von Personen und wertvollen Gegenständen sehr gute Dienste leisten.

Als die Engländer im Frühjahr 1918 von Bagdad her gegen den Euphrat vorrückten, beteiligte sich eine Kampfgruppe der Euphratflottille an den Abwehrkämpfen. Sie bestand aus zwei auf der Euphratwerft gebauten Geschützleichtern mit je einer 10,5-cm-Schnellfeuerkanone und drei Geschützschachturen mit je einer 6-cm-Bootskanone. Jedem dieser Fahrzeuge war ein Munitionsschachtur beigegeben. Um die Geschütze unter Umständen auch an Land verwenden zu können, führten sie zerlegbare Bettungen mit sich. Zur Fortbewegung dienten Motorboote, die ebenfalls 6-cm-Bootskanonen trugen. Außerdem waren alle Fahrzeuge mit Maschinengewehren bewaffnet und führten Minen, Minensuchmaterial und Sprengausrüstung mit sich. Das Personal bestand aus etwa 50 deutschen Matrosen, die die Hauptnummern der Geschützbedienungen stellten, während die Hilfsnummern und die Bootsbesatzungen aus türkischen Marinemannschaften gebildet wurden.

Wie überall auf den vielen seemännischen Außenposten, die die Marine während des Krieges zu besetzen hatte, haben sich die deutschen Seeleute auch in der Euphratetappe bei dem heißen, ungesunden Klima trotz vieler Entbehrungen mit großer Findigkeit und unermüdlichem Diensteifer den fremden Verhältnissen angepaßt und in dem oft nicht leichten Zusammenarbeiten mit den türkischen Kameraden ihre meist selbständigen Posten in vorbildlicher Weise ausgefüllt. Viele von ihnen ruhen in fremder Erde, wo sie in treuer Pflichterfüllung ausgeharrt und einsam, ohne fürsorgende Hilfe und Zuspruch fern von der Heimat ihrem Ende entgegensehen mußten.

B. Ausrüstung von Hilfskriegsschiffen.

1. Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe, Hilfskreuzer und Hilfsstreuminendampfer.

Nicht immer ist der Unterschied zwischen Kriegs- und Handelsschiffen so ausgeprägt gewesen wie heute. - Die Segelschiffe, die nach den großen Entdeckungen ausgesandt wurden, um Handelsbeziehungen mit den neuerschlossenen Gebieten anzuknüpfen, waren bewaffnet, um sich der Angriffe fremder Seefahrer erwehren zu können. Vielfach trieben sie selbst Seeraub mit Billigung ihrer am Gewinn beteiligten Regierungen. Als dann der Streit um die reichen Kolonialländer zwischen den europäischen Seemächten begann, wurden diese bewaffneten Handelsschiffe zu Trägern des Seekrieges. Auch die Flotte der Königin Elisabeth von England, die im Jahre 1588 die spanische Armada auseinandertrieb und damit eine entscheidende Wendung der Weltgeschichte herbeiführte, bestand nur zu einem kleinen Teil aus Kriegsschiffen, die für den Kampf durch bewaffnete Kauffahrtei- und Fischereifahrzeuge ergänzt wurden. Später führte die immer stärker werdende Armierung des Segelkriegsschiffes dazu, daß das bewaffnete Handelsschiff, das sich wegen der allgemeinen Unsicherheit der Seefahrt noch bis in das 19. Jahrhundert erhalten hat, im Flottenkampfe zurücktrat; aber noch im nordamerikanischen Sezessionskriege (1861 - 65) konnten die Südstaaten mit zu Kriegsschiffen umgewandelten Handelsschiffen der amerikanischen Bundesflotte erfolgreichen Widerstand leisten.

Die Entwicklung des Eisenschiffbaus und der Maschinen- und Waffentechnik haben zu einer solchen Spezialisierung der Schiffstypen geführt, daß eine Einstellung von Handelsschiffen in die Kampfgeschwader nicht mehr in Frage kommt. Trotzdem hat ihre Verwendung im Seekriege nicht abgenommen. Es sind vielmehr so viele Sonderaufgaben zu erfüllen, daß eine moderne Flotte eine weitgehende Ergänzung aus den Reihen der Handelsmarine im Kriege viel weniger entbehren kann als die Kriegsflotten der klassischen Segelkriegsschiffszeit.

Vom seekriegsrechtlichen Standpunkt aus kann kein Zweifel über die Rechtmäßigkeit der Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe bestehen. Zwar protestierte die französische Regierung im Jahre 1870 gegen die Verstärkung der deutschen Bundesflotte durch Bildung einer "freiwilligen Seewehr". Aber die übrigen Seemächte, insbesondere Großbritannien, lehnten die Unterstützung dieses Protestes ab. Denn das Recht eines Staates, im Kriege alle Hilfsmittel des Landes, auch wenn sie im Privatbesitz sind, nach eigenem Ermessen auszunutzen, kann nicht bestritten werden. Frankreich berief sich auf die Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856, nach der die Kaperei untersagt war. Dieses Verbot bezog sich aber nur auf die Ausgabe von Kaperbriefen an Private, die bis dahin im Seekriege üblich gewesen war, und ihnen die Berechtigung erteilt hatte, auf eigene Rechnung und Gefahr Krieg gegen den feindlichen Handel zu führen. Die regelrechte Einstellung von Handelsschiffen in die Kriegsflotte, sei es zum Angriff auf das feindliche Privateigentum auf See oder zu anderen Zwecken, wurde damit nicht berührt. Nur über den Ort der Umwandlung entstanden später Zweifel, und zwar benutzte die britische Regierung einen Vorfall im Russisch-Japanischen Kriege im Jahre 1904, um einen Versuch zur Einschränkung der Umwandlungsmöglichkeit zu machen. Zwei Schiffe der russischen "freiwilligen Flotte" waren unter der Handelsflagge durch die türkischen Meerengen und den Suezkanal gefahren, um sich im Roten Meer in Kriegsschiffe zu verwandeln und Kreuzerkrieg zu führen. Auf Englands Einspruch, eine solche Umwandlung sei nur in den Hoheitsgewässern der Kriegführenden zulässig, zog die russische Regierung, um Weiterungen zu vermeiden, die beiden Schiffe zurück, ohne damit aber den englischen Standpunkt anzuerkennen.[4] Sie nahm die Frage in das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz auf.

Das Ergebnis der Beratungen war das 7. Abkommen über "die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe". Es sind darin Regeln aufgestellt worden, die eine deutliche Erkennbarkeit des Vorgangs der Umwandlung und die Festlegung der Kriegsschiffeigenschaft gewährleisten sollen. Sie behandeln die Unterstellung der umgewandelten Schiffe unter Befehl, Aufsicht und Verantwortlichkeit der Macht, deren Flagge sie führen, das Tragen der äußeren Abzeichen der Kriegsschiffe (Kriegsflagge und Kommandozeichen), die Ernennung des Kommandanten durch eine zuständige Stelle und seine Aufnahme in die Rangliste der Kriegsmarine, die Unterstellung der Mannschaften unter die Regeln der militärischen Disziplin, die Beobachtung der Gesetze und Bräuche des Krieges und die Vermerkung der Schiffsnamen in der Liste der Kriegsschiffe.

Die Streitfrage über den zulässigen Ort der Umwandlung aber blieb ungelöst. Die Inselstaaten, Großbritannien und Japan, denen sich die Niederlande und Spanien anschlossen, wollten eine Umwandlung nur in den staatlichen Hoheitsgewässern des Heimatlandes zulassen und beharrten auf diesem Standpunkt im Gegensatz zu den Festlandsstaaten unter Führung Deutschlands, Rußlands und Frankreichs. Nur darüber, daß eine Umwandlung in neutralen Gewässern nicht geduldet werden durfte, herrschte Übereinstimmung. Auch die Londoner Seekriegskonferenz 1908/09 ließ diese Frage offen, so daß im Kriege der Umwandlung auf hoher See keine völkerrechtlichen Abmachungen im Wege standen.

Der hartnäckige Einspruch Englands war auf die Besorgnis vor der Störung des britischen Seehandels durch zahlreiche auf hoher See umgewandelte deutsche Kauffahrteischiffe im Falle eines Krieges zurückzuführen. Mit Neid und Besorgnis betrachtete man die Entwicklung der

deutschen Linienreedereien mit ihren schnellen Dampfern und fürchtete, daß diese bei Kriegsbeginn von den Auslandskreuzern oder mit Hilfe von in den Laderäumen versteckten Geschützen bewaffnet werden würden, um gleichzeitig auf allen Meeren den Handelskrieg zu beginnen. Die verlangte Beschränkung der Umwandlungsmöglichkeit hätte Deutschland, das nur einen befestigten Stützpunkt im fernen Osten besaß und dessen heimische Gewässer von der überlegenen englischen Flotte blockiert werden konnten, in der Führung des Handelskrieges stark behindert.

Die Verwendung von Schnelldampfern, die mit ihrer großen Geschwindigkeit und Kohlenausdauer dem Kampfe mit Kriegsschiffen auf hoher See ausweichen konnten, zum Kreuzerkriege ist von allen Seemächten ins Auge gefaßt und bereits im Frieden durch Subventionsverträge mit den Schiffahrtsgesellschaften vorbereitet worden. Großbritannien war der erste Staat, der diesen Weg betrat, indem er im Jahre 1887 seine bedeutendsten Schnelldampferreedereien dazu verpflichtete, gegen bestimmte Entschädigungen den Forderungen der Admiralität beim Bau der Schiffe Rechnung zu tragen. Frankreich, die Vereinigten Staaten, Italien, Österreich-Ungarn, Spanien und Japan folgten diesem Beispiel, während Deutschland sich zunächst noch zurückhielt. Es ist bemerkenswert, daß die deutschen Schiffahrtsgesellschaften für die Fahrt nach Nordamerika, in der ihre schnellsten und am besten zu Hilfskreuzern geeigneten Schiffe liefen, niemals staatliche Unterstützungen erhalten haben. Trotzdem haben sie aus freien Stücken, soweit ihre wirtschaftlichen Interessen es zuließen, die Wünsche der Marineverwaltung erfüllt. Diese bezogen sich in der Hauptsache auf die Geschwindigkeit, die nicht unter 18 sm betragen sollte, auf das Kohlenfassungsvermögen, die wasserdichte Einteilung der Schiffe, die Lenz- und Feuerlöscheinrichtung, den Einbau eines Gefechtsruders unter Wasser, den Kohlenschutz der Maschinen und Kessel und Einrichtung zur Kohlenübernahme aus Dampfern. Auf Reichskosten wurden Versteifungen der Decks für die Aufstellung von Geschützen eingebaut.

Erst im Jahre 1898 schloß das Deutsche Reich mit dem Norddeutschen Lloyd einen fünfzehnjährigen Subventionsvertrag zur Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampfschiffsverbindungen nach Ostasien und Australien ab, nachdem vorher nur Postentschädigungen gezahlt worden waren. Aber auch der Zweck dieses Vertrages war hauptsächlich ein wirtschaftlicher. Er sollte den deutschen Handel unabhängiger von ausländischen Schiffsgelegenheiten und dem ausländischen Zwischengeschäft machen. Neben einem vierzehntägigen Verkehr nach China und Japan und einem vierwöchigen nach Australien waren Anschlußlinien zwischen Singapore oder Hongkong und dem deutschen Schutzgebiet von Neuguinea vorgesehen. Im Jahre 1900 folgte ein ähnlicher Vertrag auf 15 Jahre mit der deutschen Ostafrikalinie über die Einrichtung von Postdampferverbindungen mit den afrikanischen Kolonien. Die sonstigen Verträge mit der Hamburg-Amerika-Linie über die Verbindung Shanghai - Tsingtau - Taku und mit der Jaluitgesellschaft über eine Rundfahrt im deutschen Schutzgebiet der Südsee sahen nur Entschädigungen für die regelmäßige Postbeförderung vor.

Nur der Vertrag über die ostasiatische und australische Linie enthielt eine Verpflichtung, die neueinzustellenden Dampfer hinsichtlich des Baus und der Verwendbarkeit im Kriege gewissen Anforderungen der Reichsmarineverwaltung anzupassen, die auch bei Umbauten der bereits vorhandenen Schiffe soweit als möglich zu berücksichtigen waren. Diese Anforderungen entsprachen im allgemeinen den schon erwähnten Wünschen; aber in der Hauptsache, nämlich in bezug auf die Geschwindigkeit, war durch den Vertrag selbst eine enge Grenze gezogen, indem die Dampfer der ostasiatischen Linie nicht mehr als 14 sm, die der australischen nicht mehr als 13,5 sm zu laufen brauchten. Der Afrikavertrag enthielt keine Bindung hinsichtlich der Marineforderungen, so daß die Marine auch hier auf freiwillige Leistungen angewiesen war. Dagegen wurde in beiden Verträgen vereinbart, daß die zur Decksmannschaft und zum Maschinenpersonal gehörige Besatzung der Dampfer, soweit sie im Inlande angemustert war und nicht aus Minderjährigen bestand, aus Angehörigen des Beurlaubtenstandes der Kaiserlichen Marine oder solchen Personen zusammengesetzt werden sollte, die sich schriftlich verpflichteten, als Kriegsfreiwillige in den

Dienst der Marine überzutreten, wenn der Dampfer bei einer Mobilmachung von der Marine gekauft, gemietet oder requiriert würde. Die Verträge legten den Reedereien übrigens soviel Verpflichtungen in bezug auf die Gestaltung der Tarife und die Festsetzung der Fahrpläne auf, daß diese geneigt waren, auf den Strecken nach Ostasien und Afrika, die für die Zukunft ausreichende Verdienstaussichten boten, nach Ablauf der Vertragsdauer auf weitere Subventionen zu verzichten, um wieder volle Handlungsfreiheit zu erhalten.

Die als Hilfskreuzer in Aussicht genommenen Dampfer - nur ein Teil der in der amerikanischen oder ostasiatischen Fahrt befindlichen Schiffe wurde dafür geeignet gehalten, während auf die australischen und afrikanischen wegen zu geringer Geschwindigkeit ganz verzichtet wurde - erhielten Geschützunterbauten und Einrichtungen zum Aufstellen von Scheinwerfern. Alle übrigen Umwandlungsarbeiten, wie Aufstellung der Geschütze, Einbau von Munitionskammern, Unterbringung der Besatzungen, Anbringen von Signalapparaten und Einrichtungen zum Abblenden des Schiffes mußten bei der Mobilmachung ausgeführt werden. Für diejenigen Schiffe, die in den Heimathäfen ausrüsten sollten, waren diese Einrichtungen ebenso wie die Bemannung so vorbereitet, daß sie am Abend des zweiten Mobilmachungstages auslaufbereit waren. Der Admiralstab hoffte, daß sie dann noch vermöge ihrer hohen Fahrt die englische Blockade durchbrechen könnten, und sah für diesen Zweck nur Schiffe von mehr als 18 sm Geschwindigkeit vor. Die im Auslande befindlichen Schnell- oder Postdampfer sollten auf hoher See von Kanonenbooten, die selbst zum Kreuzerkrieg ungeeignet waren, oder von Kreuzern oder Schulschiffen durch Abgabe von Geschützen und Mannschaften umgewandelt werden. Die Kommandanten waren schon im Frieden bestimmt, Treffpunkte waren verabredet oder konnten durch chiffrierte Funksprüche vereinbart werden.

Im Frühjahr 1913 hatte der damalige Erste Lord der britischen Admiralität, Churchill, die Bewaffnung englischer Handelsschiffe schon im Frieden angekündigt. Das sollte offenbar eine Gegenmaßnahme gegen den von deutscher Seite erwarteten Handelskrieg mit Hilfskreuzern bilden. Churchill begründete den auffallenden Schritt damit, daß Gründe zur Annahme vorlägen, daß eine beträchtliche Anzahl fremder Handelsdampfer schnellstens in bewaffnete Schiffe umgewandelt werden könnten, indem sie auf hoher See Geschütze aufstellten. Diese Behauptung wurde, wie aus der englischen Literatur hervorging, allgemein so aufgefaßt, als ob deutsche Handelsschiffe - andere Nationen kamen nach Lage der Dinge nicht in Frage - schon im Frieden Geschütze und Munition in den Laderäumen versteckt hätten, um sich damit auf einen drahtlosen Befehl hin auf hoher See selbst in Hilfskreuzer umwandeln zu können. Bei dem vorzüglichen Nachrichtendienst der Engländer ist anzunehmen, daß die Admiralität ganz genau wußte, daß dies nicht der Fall war; aber die englischen Regierungsvertreter haben niemals vor einer Irreführung der Öffentlichkeit zurückgescheut, wenn es darauf ankam, ihre Zwecke zu erreichen. Nach dem englischen Vorgehen hätte auch die deutsche Regierung dasselbe Recht in Anspruch nehmen können; aber es bestand die Befürchtung, daß den Reedereien wirtschaftliche Nachteile entstehen könnten, wenn den Passagierdampfern wegen der im Raum gelagerten Munition von fremden Hafenbehörden Schwierigkeiten gemacht würden. Eine wesentliche Erleichterung und Beschleunigung der Umwandlung hätte aber schon erreicht werden können, wenn nur die Geschütze mitgegeben worden wären, wodurch eine Gefährdung des Schiffes nicht eintreten konnte. Im Kriegsfalle brauchte dann von den Kriegsschiffen nur Munition abgegeben zu werden. Bevor jedoch in dieser Hinsicht etwas geschehen war, brach der Krieg aus. Dessenungeachtet halten englische Publizisten an der Behauptung fest, daß es Deutschland gewesen sei, welches schon im Frieden damit angefangen hätte, Handelsdampfern Artilleriewaffen mitzugeben. In einer von H. W. Leslie herausgegebenen Schilderung der Kriegserlebnisse der Royal Mail Dampfer ist zu lesen, daß zehn Dampfer dieser Gesellschaft seit einigen Monaten vor dem Kriege mit je einem 12-cm-Geschütz bewaffnet waren, weil auch deutsche Handelsschiffe Geschütze und Munition in ihren Räumen mit sich führten. Der Verfasser fügt ausdrücklich hinzu: "Damals war dies nicht allgemein bekannt, kann aber jetzt als Tatsache festgestellt werden!" Die Behauptung ist natürlich, **wie so viele Zwecknachrichten**, absolut unwahr.

Als der Krieg ausbrach, lagen die Verhältnisse für die Indienststellungen von Hilfskreuzern nicht besonders günstig. Von den in erster Linie geeigneten vier Schnelldampfern des Norddeutschen Lloyds lag nur "Kaiser Wilhelm der Große" in Bremerhaven, der am Tage der englischen Kriegserklärung auslief, die Blockadelinie glücklich durchbrach, aber nach kurzer Kriegstätigkeit auf der spanischen Reede des Rio de Oro an der nordafrikanischen Küste, wo er im Vertrauen auf den Schutz der Neutralität zum Kohlennehmen vor Anker lag, von dem britischen Kreuzer "Highflyer" in Brand geschossen wurde. Die übrigen drei befanden sich in New York oder in See. Von ihnen erhielt "Kronprinz Wilhelm" den Befehl, sich mit S. M. S. "Karlsruhe" zu treffen, von dem er zum Hilfskreuzer umgewandelt wurde. Außerdem stellte das an der westafrikanischen Station befindliche Kanonenboot "Eber" den Dampfer "Cap Trafalgar" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Dienst. Im Atlantischen Ozean befand sich sonst kein Kriegsschiff, das einen Hilfskreuzer ausrüsten konnte, da das zweite Kanonenboot der westafrikanischen Station gerade zur Grundreparatur in Deutschland weilte und die vier Schulschiffe noch in den heimischen Gewässern kreuzten. Im übrigen kamen nur noch die Kanonenboote der ostasiatischen Station in Frage, von denen "Luchs" und "Tiger" den Lloyddampfer "Prinz Eitel Friedrich", und "Cormoran" den Dampfer der russischen freiwilligen Flotte "Rjäsan", eine Prise S. M. S. "Emden", besetzten. Die Verwendung, die Fahrten und Schicksale dieser Hilfskreuzer sowie ihr Einfluß auf den Seekrieg sind in **Band 4 geschildert** und bedürfen deshalb hier keiner Darstellung.

Eine Sonderart der Hilfskreuzer bildeten die Hilfsstreuminendampfer. Man brauchte dazu handliche Fahrzeuge von möglichst hoher Geschwindigkeit, mit einem langen durchlaufenden Deck, auf dem sich eine große Anzahl Minen wurfbereit aufstellen ließen. Es war geplant, mit diesen Dampfern unmittelbar nach der Kriegserklärung einen Vorstoß nach der feindlichen Küste zu machen, um die dortigen Kriegshäfen mit Minen zu versperren. In der Nordsee waren dazu die beiden Seebäderdampfer "Kaiser" und "Königin Luise" ausersehen. Sie waren die einzigen, die für diese Verwendung überhaupt in Frage kamen, da sie Turbinenmaschinen hatten, die ihnen eine Geschwindigkeit von 19 - 20 sm verleihen sollten. Leider stellte sich aber heraus, daß die Maschinen des Dampfers "Kaiser" schon so abgenutzt waren, daß das Schiff bei dem durch die schwere Minenladung vermehrten Tiefgang zu viel Fahrt einbüßte. So blieb nur die "Königin Luise" übrig, der bekanntlich die Ehre der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen England zufiel. Die Vorbereitungen für die Ausrüstung und Indienststellung waren so getroffen worden, daß das Schiff sechs Stunden nach erhaltenem Befehl mit voller Minenladung zum Auslaufen bereit war. Es legte die befohlene Minensperre vor der Themsemündung, wurde dann aber von 16 englischen Zerstörern überrascht, gegen die es keine wirksamen Verteidigungsmittel besaß. Nach tapferer Gegenwehr sank das Schiff in dem aussichtslosen Kampfe. Vier Offiziere und 73 Mann fanden dabei den Heldentod. Unter ersteren befand sich der bisherige Schiffsführer, Kapitän Fölser von der Hamburg-Amerika-Linie, der freiwillig an Bord geblieben war, um dem Kommandanten, Korvettenkapitän Biermann, zur Seite zu stehen. Dieser konnte von dem britischen Torpedoboot aus, das ihn aufgenommen hatte, noch sehen, wie das feindliche Führerschiff "Amphion" auf die von ihm gelegte Sperre lief, wobei auch leider 18 gerettete deutsche Matrosen mit in die Tiefe sanken.

Eine gelungene Minenunternehmung führte Ende Oktober 1914 der zum Minenkreuzer umgewandelte Lloyddampfer "Berlin" unter Kapitän zur See Pfundheller gegen die Nordküste Irlands aus. Nach glücklicher Durchbrechung der englischen Bewachungslinien zwischen Norwegen und Schottland drang das Schiff bis vor den Zugang zum Nordkanal der Irischen See vor, wo es die Minen unbemerkt in der Fahrstraße der von Amerika kommenden Dampfer auslegte. Einige Tage später ist eins der neuesten britischen Schlachtschiffe, "Audacious", während einer Geschwaderübung auf diese Sperre gelaufen und gesunken. Auf der Rückfahrt wurde "Berlin" von englischen Kreuzern in den norwegischen Hafen von Drontheim gedrängt, wo das Schiff bis Kriegsende interniert blieb.

In der Ostsee bewährte sich als Hilfsstreuminendampfer der Eisenbahnfährdampfer "Deutschland" der Linie Saßnitz - Trelleborg. In dem für die Eisenbahnzüge bestimmten Deck ließen sich bis zu 700 Minen unterbringen. Da das Schiff außerdem über eine Dauergeschwindigkeit von 15 sm, die sich vorübergehend bis auf 16,5 sm steigern ließ, und einen großen Aktionsradius verfügte, konnte es mit Vorteil zu Unternehmungen im Finnischen Meerbusen verwendet werden. Außerdem wurden für den Minendienst kleine Ostseepassagierdampfer benutzt.

Als es im Frühjahr 1915 darauf ankam, die Einfahrt zum Hafen von Archangelsk, nach Schließung der Dardanellen die einzige Verbindung Rußlands mit dem Meere, zu verseuchen, wurde ein im Hafen von Hamburg beschlagnahmter kleiner englischer Passagierdampfer dazu ausgewählt, der unter dem Kommando des Korvettenkapitäns v. Knorr durch seine schneidigen Fahrten als Hilfskreuzer "Meteor" bekannt geworden ist. Nach der Verseuchung des Seegebiets vor Archangelsk, durch die die Versorgung der russischen Armee lange empfindlich gestört worden ist, legte das Schiff im August 1915 mehrere Minensperren im Firth of Moray, nachdem es in dunkler Nacht zwei englische Vorpostenlinien durchbrochen hatte. Auf demselben Wege unbemerkt wieder entkommen, traf es auf dem Rückmarsch mit dem sehr viel größeren und stärker bewaffneten englischen Hilfskreuzer "The Ramsey" zusammen, den es, nachdem er zur Untersuchung dicht herangekommen war, durch überraschenden Angriff mittels Torpedoschuß versenkte. "Meteor" war der erste Hilfskreuzer, der Torpedoarmierung erhalten hatte. Nachdem diese sich so glänzend bewährt hatte, wurde sie allen später ausgerüsteten Hilfskreuzern mitgegeben. Leider wurde "Meteor" auf der Weiterfahrt bei Horns Riff von englischen Kreuzern umstellt, wobei es aber dem Kommandanten, den seine Kaltblütigkeit nicht einen Augenblick verließ, gelang, die gesamte Besatzung auf einen in der Nähe befindlichen schwedischen Fischkutter in Sicherheit zu bringen, nachdem er sein Schiff versenkt hatte.

Der Schutz der zu Beginn des Krieges gegen den feindlichen Seehandel angesetzten Hilfskreuzer gegen feindliche Angriffe bestand lediglich in ihrer Geschwindigkeit, mit der es ihnen möglich war, sich außerhalb des feindlichen Feuerbereichs zu halten. Ihre Armierung war so schwach, daß sie gerade zum Anhalten von Handelsschiffen genügte, für ein Gefecht mit feindlichen Kriegsschiffen oder auch den viel stärker bewaffneten feindlichen Hilfskreuzern aber völlig unzureichend war. Ihre auffallende Größe und Bauart machte sie weithin erkennbar, so daß sie von feindlichen Handelsschiffen gemieden, von Kriegsschiffen leicht gefunden und überrascht werden konnten, wenn ihre Geschwindigkeit nicht ganz erheblich überlegen war. Ihr starker Kohlenverbrauch bei hoher Fahrt zwang sie außerdem zu häufigem Kohlennehmen, was immer die Gefahr eines Überfalls in sich schloß.

Da die schnellsten noch verfügbaren Dampfer nicht mehr als 17 sm liefen, ging der Admiralstab dazu über, den Schutz in einem unauffälligen Äußeren, einer längeren Seeausdauer und einer stärkeren Armierung mit weittragenden Geschützen zu suchen. Es wurden Frachtdampfer eingestellt, die in ihrem Aussehen nichts Auffälliges hatten und mit ihren einfachen Maschinen so wenig Kohlen verbrauchten, daß der durch Hinzunahme von Ladungsräumen vergrößerte Kohlenvorrat monatelang ausreichte. Ihre Geschütz- und Torpedoarmierung wurde so stark gemacht, wie es die Schiffsverbände zuließen. Die Aufstellung der Geschütze erfolgte hinter Klappvorrichtungen, so daß sie gegen Sicht geschützt, aber in kürzester Zeit gefechtsklar gemacht werden konnten. Auf diese Weise entstanden die durch ihre verwegenen Fahrten berühmt gewordenen Hilfskreuzer "Möwe" und "**Wolf**", sowie "Greif" und "Leopard", von denen der erstere, ein Schiff von 4900 Bruttoregistertonnen, am 29. Februar 1916 in der englischen Bewachungslinie den 15 300 Bruttoregistertonnen großen Hilfskreuzer "Alcantara" versenkte, dann aber nach einem heftigen Gefecht mit einem zweiten Hilfskreuzer, nachdem alle Kampfmittel erschöpft waren, von der eigenen Besatzung versenkt werden mußte. Der Kommandant, Fregattenkapitän Tietze, und ein Teil seiner tapferen Mannschaft fanden den Tod, als die Engländer auf die Rettungsboote schossen, angeblich in dem Glauben, daß in der Nähe ein Unterseeboot gesichtet worden wäre.

"Leopard" war ein von S. M. S. "Möwe" eingebrachtes englisches Schiff mit Namen "Yarrowdale", das unter Fregattenkapitän v. Laffert im März 1917 bei der Ausfahrt von dem englischen Panzerkreuzer "Achilles" zwischen Norwegen und Island nach heftiger Gegenwehr vernichtet wurde, ohne daß ein Mann der Besatzung gerettet wurde. Eine in Norwegen angeschwemmte, während des Gefechts über Bord geworfene, von einigen Unteroffizieren geschriebene Flaschenpost, die von der treuen Pflichterfüllung der Besatzung Zeugnis ablegte, bildete das letzte Lebenszeichen.

Ein Teil dieser Hilfskreuzer führte Minen mit sich, die vor feindlichen Häfen geworfen wurden und die Schiffahrt empfindlich störten. Eine eigenartige Aufgabe wurde dem Hilfskreuzer "**Wolf**" zugedacht, für die das Schiff auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit besonderer Sorgfalt ausgerüstet wurde. Es sollte die Minenverseuchung in die Küstengewässer der britischen Kolonien tragen, um auch dort in Ergänzung des Unterseebootskriegs Unsicherheit in die Schiffahrt zu bringen. Man versprach sich um so mehr davon, als anzunehmen war, daß dort zunächst die Hilfsmittel zum Feststellen und Forträumen der Minenfelder fehlen würden. Vorbedingung für das Gelingen des Planes war, daß das Schiff völlig unbemerkt blieb, bis es die Minen gelegt hatte. Es durfte also auf der Ausreise weder Prisen machen, noch Kohlen nehmen und mußte daher einen besonders großen Kohlenvorrat, der zur Zurücklegung einer Strecke von mindestens 35 000 sm ausreichen sollte, mitnehmen. Erst auf der Rückfahrt sollte Kreuzerkrieg geführt werden. Für diesen Zweck wurde der große Frachtdampfer der Bremer Hansa-Linie, "Wachtfels", ausgerüstet, ein noch ziemlich neues, in Deutschland gebautes Schiff von 5809 Bruttoregistertonnen Raumgehalt, mit großen Ladungsräumen und geringem Kohlenverbrauch, da seine Höchstgeschwindigkeit nur 11 sm betrug. Da bei der großen Anhäufung der Kohlen in den schlecht zu lüftenden Räumen leicht Selbstentzündung eintreten konnte, wurde eine Stickstoffkühlanlage eingebaut. Der Kohlenvorrat betrug 6300 t, der Proviant war für 15 Monate berechnet. Gute Unterkunftsräume für die 350 Köpfe umfassende Besatzung und eine gleiche Zahl Gefangene wurden vorgesehen. Das Schiff erhielt einen versenkbaren Scheinwerfer, Masten und Schornsteine wurden zur Verminderung der Sichtbarkeit zum Verkürzen eingerichtet. Die Geschützarmierung bestand aus 7 - 15-cm-Schnellfeuerkanonen, die Torpedoarmierung aus 4 - 50-cm-Decksrohren mit 12 Torpedos, die Minenladung aus 405 Minen. Alles war verdeckt aufgestellt, aber so, daß sofort nach gegebenem Befehl das Feuer eröffnet werden konnte. Ferner wurden Trimmtanks eingebaut, um bei stark vermindertem Kohlenvorrat die Tiefenlage des Schiffes durch Wasserballast wieder herstellen zu können, da ein leeres Schiff leicht auffallen konnte. Eine moderne Funkentelegraphenstation, eine Unterwasserschallanlage und eine drahtlose Richtungsanlage vollendeten die Ausstattung. Für die Aufklärung und zum Anhalten feindlicher Dampfer wurde ein Flugzeug mitgegeben. In wie glänzender Weise das Schiff seine Aufgabe in fünfzehnmonatiger Fahrt unter Führung des Fregattenkapitäns Nerger gelöst hat, ist an anderer Stelle geschildert.[5] Einen Beweis für die Vorzüglichkeit des deutschen Schiff- und Maschinenbaus bedeutete es, daß es diese gewaltige Inanspruchnahme ohne größere Instandsetzung aushalten konnte.

Endlich ist noch des Hilfskreuzers "Seeadler" zu gedenken, des bekannten Segelkriegsschiffes, das durch seine kühnen Fahrten unter Kapitänleutnant Graf Luckner die Welt in Erstaunen versetzte.5 Die Anregung zu seiner Ausrüstung war von dem Leutnant z. S. d. R. Kling, dem späteren I. Offizier des Schiffes, einem erfahrenen Segelschiffskapitän, ausgegangen. Er wies darauf hin, daß die zwischen den Passaten in Windstille treibenden großen Segler, die infolge der Schiffsraumknappheit wieder zahlreicher in Fahrt gesetzt worden waren, eine leichte Beute für ein mit einem Hilfsmotor versehenes bewaffnetes Segelschiff sein würden. Ein geeignetes Fahrzeug bot sich in einem, von einem Unterseeboot in der Nordsee aufgebrachten amerikanischen Vollschiff. In dieses wurde ein vierzylindriger Schiffsmotor eingebaut, der mit etwa 900 P.S. dem Schiffe bei ruhigem Wasser eine Geschwindigkeit von 8 - 9 sm geben konnte. Für den Brennstoff wurden 16 große Öltanks an Bord untergebracht. Im übrigen wurden alle Einrichtungen für eine lange Kreuzfahrt getroffen. Die Armierung bestand aus 2 - 10,5-cm-Schnellfeuerkanonen.

Da nicht angenommen werden konnte, daß das vom Winde abhängige Schiff unbemerkt durch die englischen Bewachungslinien kommen würde, wurden die Geschütze, der Maschinenraum, die Funkenstation und was sonst verdächtig erscheinen konnte, geschickt verdeckt und der Zugang zu den unteren Räumen durch eine Decksladung von schweren Holzplanken unmöglich gemacht. Es wurde angenommen, daß die Engländer bei einem Segelschiff keinen Verdacht schöpfen und sich mit einer oberflächlichen Durchsuchung auf hoher See begnügen würden, anstatt das Schiff im Hafen auspacken zu lassen. Die Ausfahrt erfolgte in der stürmischen Weihnachtsnacht des Jahres 1916. Wie es gelungen ist, bei der tatsächlich erfolgten Untersuchung auf See die englischen Seeoffiziere zu täuschen, ist von dem Kapitänleutnant Graf Luckner in humorvoller Weise in dem Buch *Seeteufel* geschildert worden, das auch eine spannende Schilderung der erfolgreichen Kreuzfahrten des Schiffes und der Schicksale seiner Besatzung nach der am 2. August 1917 infolge einer Flutwelle erfolgten Strandung bei der Gesellschaftsinsel Mopelia enthält.

Der oft erörterte Plan einer noch weiteren Ausdehnung des Hilfskreuzerkrieges scheiterte hauptsächlich an der Besatzungsfrage. Schon die Bemannung der in den Jahren 1915/17 ausgerüsteten wenigen Hilfskreuzer konnte kaum gestellt werden, da das verfügbare seemännische und technische Personal für Unterseeboote dringend gebraucht wurde. Einen Ersatz für den Unterseebootskrieg konnten die Hilfskreuzer aber keinesfalls bieten. Ebenso wie sie im Anfang des Krieges nur zur Ergänzung des Kreuzerkrieges dienten, so lag ihr Wert im späteren Kriegsverlauf darin, daß sie die lähmende Wirkung des Unterseebootsangriffs auf den feindlichen Seehandel verschärften, indem sie auch entfernte Meeresteile, die von den Unterseebooten nicht erreicht werden konnten, beunruhigten. Ihre Erfolge verdankten die Hilfskreuzer zum großen Teil ihrem überraschenden Auftreten. Eine kriegsentscheidende Wirkung, wie sie den Unterseebooten hätte beschieden sein können, war von den Hilfskreuzern allein - auch bei zahlreicherer Verwendung - nicht zu erwarten, da die Engländer in ihrer großen Flotte viel wirksamere Gegenmittel dagegen in der Hand hatten, als gegen Unterseeboote. Man denke nur an das Geleitsystem, das gegen Unterseeboote immer noch ein unvollständiger Schutz blieb, Hilfskreuzern dagegen jede Möglichkeit des Erfolges raubte, und an die Absperrung der Nordsee, die den Hilfskreuzern nur in den langen Winternächten ein Aus- und Einlaufen erlaubte, das auch dann nur unter besonders günstigen Umständen glückte.

Die Fahrten und Taten der deutschen Hilfskreuzer aber gehören zu den hervorragendsten Leistungen der Geschichte der Seefahrt und legen Zeugnis ab für den Unternehmungsgeist und die Berufstüchtigkeit des deutschen Seemannes.

2. Sperrbrecher, bewaffnete Fischdampfer und Motorboote, Netzfahrzeuge und Flugzeugmutterschiffe.

Die Offensivmine und das Unterseeboot haben im Lauf des Krieges eine Verwendung gefunden, deren Ausdehnung nicht vorausgesehen worden ist, aber auch nicht vorauszusehen war. Keine Flotte hatte die dagegen notwendigen Abwehrmaßnahmen in genügendem Maße ausgeprobt und vorbereitet. Sie mußten daher unter dem Druck des Krieges entwickelt werden, wofür die erforderlichen Fahrzeuge von der Handelsmarine gestellt werden mußten, bis sie teilweise durch geeignete Spezialbauten ersetzt werden konnten.

Um die Flotte auf dem Marsche vor Minenverlusten zu bewahren, war es erwünscht, Schiffe vorausfahren zu lassen, die etwa denselben Tiefgang wie die Linienschiffe besaßen, deren Ausfall aber keinen so großen Verlust bedeutete. Für diesen Zweck wurden große Handelsdampfer als Sperrbrecher ausgerüstet. Der Tiefgang sollte durch Sandballast hergestellt werden, konnte aber im äußersten Fall nur bis auf 7 - 8 m gebracht werden, während die Linienschiffe 9 - 10 m tief gingen. Handelsschiffe werden im allgemeinen nicht für solchen Tiefgang gebaut, da ihnen dann das

Einlaufen in viele Häfen unmöglich sein würde. Damit trotzdem das Fahrwasser genügend abgesucht wurde, erhielten die Sperrbrecher ein Minensuchgerät, das sich entsprechend der geforderten Suchtiefe einstellen ließ. Da die Leinen dieses Gerätes an Spieren befestigt waren, die seitwärts an den Bordwänden angebracht waren, so erweiterte sich die Breite des abgesuchten Wasserstreifens noch über die Breite des Schiffes hinaus. Die Schiffe konnten aber nur in seltenen Fällen so verwendet werden, daß sie einer nachfolgenden Flotte in minenverdächtigen Gebieten den Weg absuchten, da ihre Geschwindigkeit erheblich unter der Marschfahrt der Linienschiffe blieb. Sie machten daher auf den Kursen, die für Flottenunternehmungen in Frage kamen, selbständige Stichfahrten. Insbesondere mußten sie in den Nächten, bevor die Flotte ausfahren sollte, die beabsichtigten Wege noch einmal abfahren. Damit die auf diese Weise kontrollierte Strecke möglichst breit wurde, fuhren meistens drei Sperrbrecher zusammen, die sich mit ihren Suchgeräten gegenseitig überlappten. Daß die nur schwach armierten schwerfälligen Fahrzeuge dabei mancherlei Gefahren nicht nur durch Minentreffer, sondern auch durch Torpedo- und U-Bootsangriffe ausgesetzt waren, liegt auf der Hand. Nach den ersten Verlusten wurde ihre Schwimmfähigkeit dadurch verbessert, daß der Sandballast durch eine sinnreiche Stauung mit Hilfe von Balkenlagen und leeren verspundeten eichenen Ölfässern derart verteilt wurde, daß bei der geforderten Trimmung des Schiffes die ganzen Ladungsräume ausgefüllt wurden, den Explosionsgasen aber doch möglichst viel Luftraum zur Ausbreitung blieb, wodurch ihre Sprengkraft vermindert wurde. Durch diese Stauung ist es gelungen, in vielen Fällen die Wirkung eines Minen- oder Torpedotreffers auf den betroffenen Raum zu beschränken, so daß es möglich war, das Schiff noch in den Hafen zu bringen.

Der Dienst auf den Sperrbrechern blieb trotzdem äußerst gefahrvoll und aufregend. Die Führung dieser Schiffe, die meist in den Händen von Reserveoffizieren der Marine lag, erforderte, ebenso wie der Dienst an Bord, hohes seemännisches Können und eiserne Nerven.

Ein Fahrzeug, das sich für die verschiedensten Kriegszwecke als sehr brauchbar erwies, war der Fischdampfer. Seine Vorzüge bestanden in seinen guten See-Eigenschaften, seinem kräftigen Bau und seinen betriebssicheren Maschinen, seine Nachteile in der geringen Geschwindigkeit und - soweit er zum Minensuchen gebraucht wurde - in seinem großen Tiefgang. Schon bei der Mobilmachung wurden 40 Fischdampfer bewaffnet und zu Hilfskriegsschiffen umgewandelt, um in der Nordsee als Beobachtungsdampfer zu dienen, und zwar hauptsächlich, um die Annäherung feindlicher U-Boote an die Deutsche Bucht zu melden. Aus ihnen wurde die Flottille der Nordseevorpostenboote gebildet, zu deren Chef Korvettenkapitän Max Forstmann ernannt wurde. Als am 28. August 1914 die aus kleinen Kreuzern und Torpedobooten gebildete Sicherungslinie bei unsichtigem Wetter von überlegenen englischen Streitkräften angegriffen und mit Verlust von drei kleinen Kreuzern und einem Torpedoboot aufgerollt worden war, wurde die ganze Sicherung der Deutschen Bucht der Nordseevorpostenflottille allein anvertraut, die dazu auf 14 Torpedoboote und 88 Fischdampfer verstärkt wurde. Sie legte Sicherungslinien von Helgoland in der Richtung der Süder-Hever und Spiekeroog aus, ließ die Gewässer zwischen Helgoland und dem Festlande dauernd absuchen und bildete Sondergruppen, die die Küstengewässer bis zur Ems und dem Lister Tief befuhren. Es begann ein sehr verantwortungsvoller und aufreibender Dienst für die kleinen Fahrzeuge, die unter Führung wetterharter Männer während der langen Kriegsjahre bei jeder Witterung, in schweren Stürmen, in dickem Nebel und den Gefahren, die ihnen von feindlichen Minen und Unterseebooten und nicht zum mindesten von der unbefeuerten Küste drohten, ausharren mußten. Ihrer unermüdlichen Aufmerksamkeit ist es zu verdanken, daß englische U-Boote, die zu Beginn des Krieges öfters innerhalb von Helgoland gesehen worden sind und vor der Wesermündung den kleinen Kreuzer "Hela" versenkten, auch vor der Elbe Minen legen konnten, sich ganz aus diesem Gebiete zurückzogen. Mit der Zeit entstanden außerdem besondere Vorpostenflottillen der Ems, Jade, Weser und Elbe, die mit der Nordseevorpostenflottille Hand in Hand arbeiteten. Auch in der Ostsee wurden derartige Flottillen aus Fischdampfern für die Bewachung von Kiel und Neufahrwasser, sowie für Patrouillenfahrten in See gebildet.

Eine weitere sehr wichtige Verwendung fanden die Fischdampfer im Minensuchdienst. Im Frieden waren Minensuchdivisionen aus älteren kleinen Torpedobooten für die hohe See und aus Schleppern für die Flußmündungen und Hafeneinfahrten mit einem zuverlässigen Minensuch- und Räumgerät ausgebildet worden. Als aber die Verseuchung der Gewässer um Helgoland durch englische Minen einen größeren Umfang annahm, wurde eine schleunige Vermehrung der Minensuchformationen erforderlich. Es wurden sofort Spezialminensuchfahrzeuge in Bau gegeben. Zunächst aber mußten die Fischdampfer aushelfen. Ihr Tiefgang von 3½ - 4 m setzte sie zwar selbst der Minengefahr aus; aber in der ersten Zeit versagte die nicht sehr empfindliche Zündvorrichtung der englischen Minen häufig, wenn sie von den mit geringer Fahrt suchenden Dampfern getroffen wurden. Später, als die Minenkonstruktion geändert war, ist mancher Verlust beim Minensuchen eingetreten. Aus den Fischdampfern wurde in der Nordsee eine Hilfsminensuchflottille unter Fregattenkapitän Krah gebildet, die allmählich bis auf 6 Halbflottillen mit je 6 - 8 Fischdampfern anwuchs. Außerdem beteiligten sich 30 Fischdampfer der Vorpostenflottille der Ems und ein Teil der Nordseevorpostenflottillen an der Sucharbeit.

Als die Engländer nach der Verschärfung des U-Bootskrieges den Versuch machten, die Deutsche Bucht der Nordsee vollständig mit Minen zu schließen, setzte ein hartnäckiger Kampf der Minensucher gegen die Minensperren ein. Täglich mit Morgengrauen trafen die Flottillen auf dem Arbeitsfelde ein, um bis Sonnenuntergang die ihnen vorgezeichneten Wege fahrbar zu machen. Englische U-Boote beobachteten häufig diese Arbeit und schlossen des Nachts die mühsam hergestellten Sperrlücken wieder durch neue Sperren. So schob sich der Minengürtel immer weiter in die See hinaus. Immer länger wurde der Anmarsch, auch die Nächte mußten in offener See zugebracht werden, da eine Rückkehr in den Hafen nicht mehr lohnte. Kreuzer und Linienschiffe mußten den Schutz gegen feindliche Überfälle übernehmen. Es war ein eintöniger, gefahr- und entsagungsvoller Dienst in dem rauhen Nordseeklima, der durch den plötzlichen Verlust eines Bootes mit seiner braven Besatzung oft jäh unterbrochen wurde, aber immer wieder aufgenommen werden mußte - ein stilles Heldentum, dessen Erfolge in der Öffentlichkeit nur selten erörtert werden konnten, das darum aber nicht weniger Anerkennung verdient.

Als die neugebauten Minensuchboote in Dienst kamen, wurden die dadurch frei werdenden Fischdampfer in den U-Bootsgeleitdienst eingestellt, d. h. sie fuhren den U-Booten auf dem Ausmarsch durch den Minengürtel voraus, um sie vor Minentreffern zu bewahren, die auch in den abgesuchten Fahrstraßen immer noch vorkommen konnten, und holten sie nach beendeter Unternehmung in derselben Weise wieder ein. Die Überzeugung von der Notwendigkeit des Unterseebootskrieges und seiner ausschlaggebenden Bedeutung für den Kriegsverlauf stand in der Marine so fest, daß jeder es sich zur Ehre anrechnete, den tapferen Bootsbesatzungen wenigstens etwas von den Gefahren abzunehmen, denen sie auf ihren Fahrten ausgesetzt waren, um so einen kleinen Teil zum Erfolge beizutragen. So ist es gelungen, den U-Booten trotz aller Anstrengungen der Engländer immer wieder die Wege zur Aus- und Einfahrt freizumachen und auch der Flotte die Durchfahrt durch den Minengürtel zu ermöglichen.

In der Ostsee wurden für den Minenräumdienst flachgehende Motorboote vorgezogen. Die Seefähigkeit war hier nicht von so großer Bedeutung, da die Küsten mehr Schutz gegen Wind und Seegang boten. Auch hier mußte man sich zunächst mit umgebauten Privatbooten helfen. In den Häfen und Seebädern wurden alle seegehenden Verkehrsboote zusammengesucht und mit ihnen der Minenkrieg gegen die Russen, die darin Meister waren, geführt. Als dieser sich mehr und mehr in die Gewässer um die baltischen Inseln zog, wurden Mutterschiffe eingerichtet, die die Motorboote einsetzen konnten, um ihnen den Weg nach und von ihrem Tätigkeitsgebiet zu ersparen. Sie boten den Mannschaften Erholung, Verpflegung und ärztliche Hilfe nach längerem Arbeiten in den nassen Booten mit ihrer mangelhaften Kochgelegenheit. Es befanden sich auch kleine Werkstätten an Bord, in denen die häufigen Reparaturen an Bootskörpern und Motoren ausgeführt wurden. Der zähen

verlustreichen Arbeit dieser Minenräumflottille unter ihrem unermüdlichen Führer Kapitänleutnant Franz Weidgen war es zu danken, daß im Oktober 1917 die große Expedition zur Eroberung der Insel Ösel ohne Schiffsverlust durch die ausgedehnten russischen Minenfelder bis zur Ladungsstelle gelangen konnte, und daß nach glücklich durchgeführter Landung die Linienschiffe "König" und "Kronprinz" in den Rigaischen Meerbusen eindringen konnten, um nach Versenkung des russischen Linienschiffes "Slawa" im Moonsund der russischen Besatzung von Ösel den Rückzug abzuschneiden.

Auf Grund der Erfahrungen, die mit den gemieteten Motorbooten gemacht worden waren, wurden neue Minenräummotorboote gebaut, die ebenfalls zu Flottillen vereint und auf Mutterschiffe verteilt wurden. Zwölf Boote konnten auf einem Schiff eingesetzt werden. Diese Formationen zeichneten sich durch große Beweglichkeit aus, da die größeren Seestrecken auf den Schiffen ausgeführt wurden, ohne daß Boote und Bootspersonal angestrengt wurden. Als die Engländer in der Nordsee flache Minen gegen die U-Boote legten, wurden sie auch dort zum Räumen verwendet, und öfters ist es vorgekommen, daß eine Suchflottille von großen Booten, die in ein flaches Minenfeld geraten war, aus dem sich kein Ausweg bot, von der durch Funkentelegraphie herbeigerufenen Räumflottille aus ihrer unheimlichen Lage befreit werden mußte. Aber auch diesen flachen Booten blieben schmerzliche Verluste dabei nicht erspart.

Minensucher in Fahrt.

Andere Motorboote wurden in der Ostsee zur U-Bootsjagd benutzt, als im Herbst 1915 englische Unterseeboote durch den Sund eingedrungen waren und den Seeverkehr nach Dänemark und Schweden empfindlich störten. Im Verein mit Heringsloggern wurden sie zu einer Suchflottille vereinigt, die das Seegebiet systematisch absuchen sollte. Die Herings- logger sollten mit U-Bootsnetzen Sperren legen, während die Motorboote, die mit Wasser- bomben und anderen Kampf- mitteln ausgerüstet waren, gesichtete feindliche Untersee- boote möglichst in die Netze jagen sollten. Dieses Verfahren hatte in den engeren Gewässern der mittleren Ostsee den Erfolg, daß die Gegner sich dort nicht mehr aufzuhalten wagten. Die zuerst verwendeten Privatmotor- boote, die mancherlei Mängel aufwiesen, da sie für eine solche Beanspruchung nicht gebaut waren, wurden später durch

U-Boot-Hebeschiff "Vulkan".

neugebaute U-Bootssuchboote und U-Bootszerstörer ersetzt.

Auch diese Formation hatte unter Führung des Fregattenkapitäns v. Rosenberg hervorragenden Anteil an der Eroberung der baltischen Inseln. Bei dem Vormarsch fuhr sie an der Spitze der Schlacht- und Transportflotte durch Minensperren und legte die Seezeichen in dem minenfreien Weg aus, dann sicherte sie den Ankerplatz mit ihren Netzen gegen feindliche Unterseeboote und drang schließlich in die flachen Gewässer nördlich der Insel Ösel vor, die sie für die nachfolgenden Torpedoboote auslotete und betonnte. Dadurch wurde diesen die Möglichkeit gegeben, die den Vormarsch der deutschen Truppen mit ihrem Feuer aufhaltenden russischen Torpedo- und Kanonenboote zu vertreiben. Die Motorboote der Flottille konnten später ein im Kampfe mit einem überlegenen Gegner um den zur Insel Moon führenden Damm, die einzige Rückzugslinie der Russen, stehendes Radfahrerdetachement dadurch unterstützen, daß sie ihm Munition zuführten und mit Maschinengewehrfeuer eingriffen. Der Kommandierende General erkannte die Leistung der Flottille Rosenberg mit den Worten an, daß sie in ihrem Drang nach vorne der 42. Infanteriedivision gerade zur rechten Zeit die unentbehrliche Unterstützung lieh.

Taucher bei Hebearbeiten an versenkten Donauschiffen.

Hebung der "Gneisenau" (Antwerpen).

Ein wichtiges Abwehrmittel gegen Unterseeboote bildeten unter Wasser ausgelegte Drahtnetze, die bekanntlich von den Engländern in großen Mengen verwendet worden sind. Auch die deutsche Marine richtete Netzverbände in der Ost- und Nordsee ein. Es gab Bojenstellnetze und Anzeigenetze. Die ersteren hingen an Bojen, die an der Wasseroberfläche sichtbar waren und infolgedessen einer Bewachung durch Wachtfahrzeuge bedurften. Sie sollten Hafeneinfahrten, Buchten oder Meeresteile absperren und U-Bootssichere Ankerplätze für die Flotte schaffen. Um ihre Wirkung zu vergrößern, konnten sie mit Netzminen versehen sein. Die Anzeigenetze waren unsichtbar und setzten ein weithin sichtbares Signalmittel in Tätigkeit, wenn Unterseeboote mit ihnen in Berührung kamen.

Zum Auslegen und zur Bedienung der Netze wurden Netzsperrverbände gebildet, die teils aus großen Seeleichtern, teils aus Dampfern bestanden. Es wurden dazu breite Fahrzeuge mit langen glatten Decks gebraucht, auf denen die Netze auslaufbereit ausgebreitet werden konnten, und auf denen starke Dampfwinden zur Bedienung der schweren Netze, Bojen, Anker und Leinen einzubauen waren. - Das Netzwesen mußte erst im Kriege neu geschaffen und erprobt werden.

Durch technische Versuche und praktische Erfahrungen ist mit der Zeit ein brauchbares und widerstandsfähiges Gerät entstanden, das sich allen Aufgaben gewachsen zeigte.

Auch das Wasserflugzeug befand sich bei Kriegsausbruch noch im Anfang seiner Entwicklung. Um diese Waffe weiter nach See hinaustragen zu können, wurden Flugzeugmutterschiffe eingerichtet. Es waren dazu große Dampfer nötig mit starken Waffen, freien Decks und kräftigen Winden. Die Flugzeuge wurden mit Ladebäumen aus- und eingesetzt. Zu ihrer Aufnahme wurden auf dem Vor- und Hinterschiff Hallen aufgebaut, in denen eine Heißvorrichtung angebracht war, damit auch an den Schwimmkörpern Reparaturen ausgeführt werden konnten. In den Schiffsräumen befanden sich Eisenbearbeitungs- und Tischlerwerkstätten, Unterkunftsräume für die Flugzeugmannschaften, sowie explosionssichere Benzintanks. Auch erhielten die Schiffe eine Faßstauung gegen Minen- und Torpedotreffer, wie die Sperrbrecher. Leider fanden sich keine geeigneten Dampfer, die mehr als 12 sm liefen, so daß sie meist nicht mit der Flotte zusammen operieren konnten, sondern selbständig vorgehen mußten. Die Engländer hatten beim Anmarsch zur Skagerrakschlacht ein Flugzeugmutterschiff bei der Vorhut, das nach dem ersten Sichten der deutschen Aufklärungsgruppen einige Flugzeuge aufsteigen ließ. Ihre Meldungen scheinen aber von keiner großen Bedeutung gewesen zu sein.

In der deutschen Marine wurde später der kleine Kreuzer "Stuttgart" zum Flugzeugmutterschiff umgebaut.

Die Flugwaffen haben während des Krieges und auch hinterher gewaltige Fortschritte gemacht, und es steht außer Zweifel, daß sie dazu berufen sind, in einem kommenden Seekriege auch im Geschwaderkampf eine große Rolle zu spielen, sei es als Aufklärungsmittel oder als Beobachtungsfahrzeuge für die Artillerie oder als Bombenflugzeuge. Bemerkenswert sind in letzterer Hinsicht Versuche, die in der amerikanischen Marine gemacht worden sind, und bei denen außer einigen alten amerikanischen Kriegsschiffen auch der frühere deutsche kleine Kreuzer "Frankfurt" und das Linienschiff "Ostfriesland" durch Flugzeugbomben, die dicht neben den Schiffen ins Wasser fielen und die Bordwand aufrissen, zum Sinken gebracht worden sind.

Wenn diese Versuche auch keineswegs kriegsmäßig waren, da die Schiffe stillelagen und jegliche Gegenwirkung fehlte, so läßt sich doch voraussehen, daß zu dem Kampf zwischen Artillerie und Panzer, Unterwasserwaffen und wasserdichter Einteilung, der die Entwicklung der Kriegsschiffe in den letzten Jahrzehnten bestimmte, noch der zwischen den Luftwaffen und deren Abwehrmitteln - Kampfflugzeuge, Abwehrgeschütze, Deckspanzerung und Unterwasserschutz - hinzukommen wird.

3. Truppentransportschiffe.

Für die Umwandlung der zu Truppentransporten über See bestimmten Kauffahrteischiffe in Hilfskriegsschiffe waren während des Krieges nur militärische Gründe maßgebend. Vom seekriegsrechtlichen Standpunkte aus lagen keine Bedenken dagegen vor, daß sie ihre Aufgabe unter der Handelsflagge und mit Zivilbesatzung erfüllten, da sie nicht dazu bestimmt waren, an Seegefechten teilzunehmen. Das Zusammenfahren mit der Flotte, die gegenseitige Verständigung, die pünktliche Ausführung der Befehle und überhaupt die Eingliederung in die straffe militärische Organisation wurden aber sehr erleichtert, wenn die Schiffe unter militärischem Kommando standen. Einen Anspruch auf die besondere Behandlung, die durch internationale Abmachungen den Handelsschiffen eingeräumt ist, hätten sie unter der Handelsflagge doch nicht gehabt, da sie nicht den friedlichen Warenaustausch vermittelten, sondern Kriegsdienst taten. Deshalb wurden die für gemeinsame Unternehmungen mit Kriegsschiffsverbänden bestimmten Truppentransportschiffe auf deutscher Seite grundsätzlich militärisch besetzt und mit den Merkmalen der Kriegsschiffe (Kriegsflagge und Kommandowimpel) versehen.

Erst zu Beginn des dritten Kriegsjahres konnte an eine Truppenexpedition über See mit Landung an feindlicher Küste in großem Maßstabe gedacht werden, als die Ostsee durch Absperrung des Sundes und der Belte gegen das Eindringen englischer U-Boote gesichert und die russische Flotte durch Minensperren so sehr in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt war, daß eine genügende Beherrschung des Seewegs verbürgt werden konnte. Zwar mußte angesichts der Fortschritte, die der Gegner im Lauf des Krieges in der Handhabung der Unterwasserwaffen (Minen und Unterseeboote) gemacht hatte, mit Verlusten gerechnet werden; doch glaubte die Marineleitung, diese mit den ebenfalls besser ausgebildeten Gegenmitteln in so geringen Grenzen halten zu können, daß sie die Verantwortung für die Überführung eines Expeditionskorps übernehmen konnte, als die Entwicklung der taktischen Lage an Land im Spätsommer 1917 dazu drängte, die Inseln Ösel und Moon in deutschen Besitz zu bringen.

Nachdem der Dünaübergang und die Einnahme von Riga geglückt waren, war der an der Küste des Rigaischen Meerbusens weiter vorrückende linke Flügel der Armee der Flankendrohung durch russische Seestreitkräfte ausgesetzt, die vom Finnischen Meerbusen her durch den zwischen Moon und dem Festlande liegenden Moonsund vordrangen, während den deutschen Schiffen die Einfahrt in den Rigaischen Meerbusen durch zahlreiche Minensperren und starke Küstenbefestigungen sowie durch U-Boote und Bombenflugzeuge, die auf der Insel Ösel ihre Stützpunkte fanden, vermehrt wurde.

Es wurde daher am 19. September 1917 folgender Allerhöchster Befehl erlassen:

> "Zur Beherrschung des Rigaischen Meerbusens und zur Sicherung der Flanke des Ostheeres sind durch gemeinsamen Angriff von Land- und Seestreitkräften die Inseln Ösel und Moon zu nehmen und der Große Sund für die Durchfahrt feindlicher Seestreitkräfte zu sperren."

Art und Wesen der Truppentransportschiffe und die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Einrichtungen lassen sich am besten durch eine Darstellung ihrer Tätigkeit bei diesem in mustergültiger Weise durchgeführten Unternehmen erläutern.

Die Seetransportabteilung sah sich vor eine schwierige Aufgabe gestellt, als ihr am 8. September 1917 die erste Nachricht zuging, daß voraussichtlich innerhalb von 2 - 3 Wochen eine Transportflotte zur Beförderung einer verstärkten Infanteriedivision von rund:

15 500 Offizieren und Mannschaften,
4 500 Pferden,
1 000 Fahrzeugen,
40 Geschützen,
225 Maschinengewehren,
85 Minenwerfern

mit entsprechender Munition, Pioniergerät, Verpflegung und anderen Heeresbedürfnissen in der östlichen Ostsee gebraucht werden würde (**s. Anlage S. 337**).

Die Auswandererschiffe der Hamburger und Bremer Schiffahrtgesellschaften, die für diesen Zweck am besten geeignet waren, lagen seit Kriegsbeginn still. Da es an Personal und Konservierungsmitteln fehlte, waren die Maschinen auseinandergenommen und verpackt; vielfach waren Kupferteile herausgenommen, da das Metall für Kriegszwecke gebraucht wurde; die Schiffsböden waren so bewachsen, daß sie im Dock gereinigt werden mußten. Das kriegsbrauchbare Personal stand unter der Waffe oder war in der Erzfahrt beschäftigt. Nur fünf kleine englische Dampfer waren bald nach Kriegsbeginn mit Einrichtungen zur Unterbringung von Truppen versehen worden und wurden in Neufahrwasser mit einer Stammbesatzung bereit gehalten, damit die Möglichkeit der Unterstützung der in Ostpreußen und Kurland kämpfenden

Armeeverbände durch Landungen an der Küste bestände. Sonst ist von Vorbereitungen für eine Landung an feindlicher Küste nur die Ausbildung einer Landungskompagnie beim Pionierbataillon 9 in Harburg und die Vermehrung des dort von Friedensübungen her befindlichen Landungsgeräts zu erwähnen. Diese Kompagnie war aber mit ihren Motorbooten und Transportprähmen im Herbst 1915 dem Generalfeldmarschall v. Mackensen für den Donauübergang zur Verfügung gestellt und später in den Kämpfen gegen Rumänien eingesetzt worden und befand sich noch auf der Donau.

Die Herrichtung der zwölf für die Transportflotte bestimmten großen Schiffe wurde in Hamburg den Werften Blohm & Voß, Reiherstieg und Vulkan, in Bremerhaven der Werft von Tecklenborg und dem Technischen Betrieb des Norddeutschen Lloyds übertragen, die in angestrengter Tag- und Nachtarbeit alle Dampfer so rechtzeitig fahrbereit machten, daß sie am 23. September in Libau, wo die Einschiffung stattfinden sollte, eintrafen. Neben den notwendigen Arbeiten an Schiffskörpern und Maschinen war das wichtigste die Einrichtung der Decks für die Unterbringung der Truppen und der Einbau von Pferdeständen mit den erforderlichen Zugängen. Die für die Fahrzeuge bestimmten Laderäume mußten so vorbereitet werden, daß diese in übersichtlicher Form sofort greifbar nebeneinander seefest aufgestellt werden konnten. Dazu kamen die Aufstellung von Scheinwerfern, der Einbau von Signalmitteln und die Übernahme von Ausschiffungsmaterial, wozu außer Schraubenbooten in Ermangelung geeigneter Fahrzeuge Hamburger Hafenschuten mitgenommen wurden. Vom Ersatzpionierbataillon 9 schifften sich drei Kompagnien mit Brückenmaterial zum Bau von Landungsbrücken ein.

Große Schwierigkeiten bereitete die Gestellung des Schiffspersonals der Transportschiffe, insbesondere der Schiffsführer, Offiziere und Maschinisten. Die Flotte, durch Abgaben für den U-Bootskrieg und andere Zwecke schon stark geschwächt, konnte nur wenige Offiziere hergeben. Es mußten daher Schiffskapitäne und Maschinisten eingestellt und zu Hilfsoffizieren ernannt werden, die das wehrpflichtige Alter schon weit überschritten hatten. Nur durch ihre ohne Zögern bekundete Bereitwilligkeit wurde es möglich, die Schiffe in Fahrt zu setzen. Aber es wurde ihnen schwer, sich so schnell an die Anforderungen des militärischen Dienstes zu gewöhnen, besonders da sie bei dem von den Marineteilen zusammengesuchten ungeübten Unterpersonal nur eine geringe Stütze fanden. Kurz vor dem Beginn des Unternehmens wurde daher noch jedem Transportdampfer ein aktiver Offizier der Begleitflotte überwiesen, auf deren Schultern schließlich der ganze militärische Betrieb ruhte. Ihrer Tatkraft und unermüdlichen Arbeit war es zu danken, daß sich das Zusammenarbeiten der Transportflotte mit den Armee- und Marinekommandos während der Einschiffung, des Marsches, der Landung und bei dem späteren Nachschub ohne Störung vollzog.

Zum Schutz des Transports und der Landung sowie zur Bekämpfung der feindlichen Flotte wurde ein Flottenverband unter Führung des Vizeadmirals Ehrhard Schmidt gebildet. Er umfaßte außer dem als Flottenflaggschiff dienenden großen Kreuzer "Moltke" 10 Großkampfschiffe des III. und IV. Geschwaders, 9 kleine Kreuzer, 5 Torpedobootsflottillen, 1 Minensuchflottille, 4 Minenräumdivisionen, 6 U-Boote, 1 U-Bootssuchflottille und 1 Minenschiff. Dazu traten noch als Hilfsschiffe 4 Sperrbrecher, 1 Flugzeugmutterschiff, 2 Blockschiffe, der Netzsperrverband der Ostsee, 4 Lazarettschiffe und ein Troß von Kohlen- und Heizölfahrzeugen, Schleppern, Seeleichtern und Bergungsdampfern.

Für die Zusammensetzung der Flotte war bestimmend:

1. daß durch feindliche Unterseekriegsmittel erhebliche Verluste eintreten konnten,
2. daß starke Landbefestigungen anzugreifen waren,
3. daß auf verschiedenen Seegebieten zur selben Zeit getrennt vorgegangen werden sollte,
4. daß die Möglichkeit bestand, mit dem Gros der russischen Flotte zusammenzutreffen, zu dem außer einer Anzahl großer Kreuzer und älterer Linienschiffe 4 neue Großkampfschiffe gehörten.

Skizze 1: Rigascher Meerbusen.

Das Landungskorps bestand aus der 42. Infanteriedivision unter Generalleutnant v. Estorff, die durch eine Reihe von Spezialtruppen verstärkt wurde. Es mußte mit einer feindlichen Inselbesatzung von etwa 30 000 Mann aller Waffengattungen und mit starken Befestigungsanlagen

auf gegnerischer Seite gerechnet werden.

Die Transportflotte wurde ergänzt durch die 5 in Neufahrwasser bereitgehaltenen kleinen englischen Dampfer und 5 kleine Ostseedampfer, um für die ersten an Land zu werfenden Truppen Fahrzeuge zur Hand zu haben, die vermöge ihres geringen Tiefgangs näher unter Land ankern konnten.

Sehr glücklich wurde die Frage des Oberbefehls gelöst, dessen unzulängliche Regelung in früheren Kriegen oft zu Mißerfolgen bei gemeinsamen Unternehmungen von See- und Landstreitkräften geführt hat. Wenn nach dem englischen Brauch eine Trennung des Oberbefehls derart stattfindet, daß der Admiral auf dem Wasser, der General auf dem Lande kommandiert, so kann es bezüglich der Wahl des Landungsplatzes, des Zeitpunkts der Einschiffung und des Vormarsches, der Vorbereitung und Durchführung der Landung, der Regelung des Nachschubs und anderer Fragen, die beide Teile von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten, zu Meinungsverschiedenheiten kommen, die mindestens zu schädlichen Verzögerungen führen. Eine gemeinsame Spitze ist notwendig, die die Verantwortung für das Ganze trägt und in der Lage ist, die verschiedenen Ansichten gegeneinander abzuwägen und danach eine feste klare Entscheidung zu treffen. Die Oberleitung wurde daher dem Armee-Oberkommando 8 (General der Infanterie v. Hutier) übertragen. Ein Verbindungsoffizier der Marine sorgte dafür, daß die Vorschläge des Flottenführers Beachtung fanden. Um den Führer des Landungskorps von der Last des Verkehrs mit der Flottenleitung und der Sorge um den Fortgang der Ausschiffung und des Nachschubs ganz zu befreien, ging man noch weiter und schob zwischen ihn und den Oberbefehlshaber das Generalkommando des XXIII. Reservekorps (General der Infanterie v. Kathen) ein. Dieses wurde auf dem Flaggschiff "Moltke" eingeschifft und damit instand gesetzt, alle Meinungsverschiedenheiten durch mündlichen Verkehr mit dem Flottenkommando in kürzester Zeit zu beseitigen. Diele Einrichtung hat sich sehr gut bewährt, da noch nach der Landung, als der Führer des Landungskorps ganz durch die Operationen am Lande in Anspruch genommen war, wichtige Entschlüsse über die taktische Unterstützung des Landungskorps durch Flottenteile, über die Verlegung des Landungsplatzes und über Teillandungen an anderer Stelle zu fassen waren. Das auf beiden Seiten herrschende Bestreben, jeden Wunsch der anderen Waffe zu erfüllen und jede Anregung nutzbar zu machen, sowie die im engen Zusammenarbeiten getroffenen sorgfältigen Vorbereitungen haben den Grund zu dem schnellen Erfolg gelegt.

Der Schwerpunkt des Handelns lag im ersten Teil der Operationen bei der Marine und verschob sich erst nach der Landung zur Armee. Nachdem die im Norden der Insel Ösel gelegene Taggabucht als erster Landungsplatz bestimmt war, mußte durch die im Lauf des Krieges in den Gewässern westlich Ösel entstandenen ausgedehnten Minenfelder ein sicherer Weg hergestellt werden. Zu gleicher Zeit sollte der nach geglückter Landung geplante Vorstoß in den Rigaischen Meerbusen vorbereitet werden. Hier spielte sich schon seit längerer Zeit ein hartnäckiges Ringen zwischen den russischen Minenlegern und deutschen Minenräumern ab. Der russische Minendienst stand auf bemerkenswerter Höhe, so daß es nur mit äußerster Anstrengung möglich war, zuverlässige Sperrlücken herzustellen, die jedoch meist nach kurzer Zeit wieder geschlossen waren. Es mußte daher so disponiert werden, daß unmittelbar nach Beendigung der Räumarbeiten die Durchfahrt der Schiffe erfolgen konnte. Dazu waren zunächst die den Eingang zu dem Rigaischen Meerbusen beherrschenden schweren Küstenbatterien niederzukämpfen.

Die Witterung war im September für das Minenräumen so ungünstig, daß der Beginn des Unternehmens um zwei Wochen verschoben werden mußte. Für das bereitstehende Landungskorps bedeutete das eine harte Geduldsprobe; aber die Flottenleitung konnte die Verantwortung für den Vormarsch nicht übernehmen, solange nicht die Sicherheit bestand, daß er ohne Aufenthalt durchgeführt werden würde, da sonst die sehr wichtige Überraschung des Gegners fortgefallen wäre.

Die Verzögerung hatte aber auch für die Armee den großen Vorteil, daß eine aus 31 Kompagnien

bestehende Infanterieradfahrbrigade, die erst im Oktober in Libau eintraf, noch mitgenommen werden konnte, und daß die von der Donau herangezogene Pionierlandungskompagnie mit ihrem Ausschiffungsgerät noch rechtzeitig ankam. Außerdem konnten die Verteilung der Truppen und des Materials auf die Schiffe den taktischen Absichten bei der Landung besser angepaßt und die Mannschaften durch Ein- und Ausschiffungsübungen an die Bordverhältnisse gewöhnt werden.

Die Transportflotte, die einem früheren Dezernenten der Seetransportabteilung, Fregattenkapitän v. Schlick, unterstellt war, wurde in Gruppen von 4 - 5 Dampfern unter Führung je eines Stabsoffiziers der Marine eingeteilt. Jeder Gruppe wurde möglichst eine gemischte taktische Abteilung (1 Infanterieregiment, 1 Eskadron, einige Feldbatterien und 1 Pionierdetachement) zugeteilt. Dies war sehr wichtig für den später eingetretenen Fall, daß ein Teil der Truppen an einer besonderen Stelle gelandet werden sollte. Die Verladung der Fahrzeuge und des Materials geschah so, daß die am dringendsten gebrauchten Gegenstände am ersten greifbar waren. Durch die Vergrößerung des Expeditionskorps wurde der Dampferraum zu knapp, doch konnten bei der kurzen Überfahrt die Übelstände der engeren Belegung in den Kauf genommen werden. Die zuerst zu landenden Sturmtruppen - Infanterieregimenter 131 und 138 - wurden als Vortrupp auf den kleinen Dampfern sowie auf den an der Spitze fahrenden Linienschiffen und Torpedobooten eingeschifft.

Bei dem am 11. Oktober von Libau aus beginnenden Vormarsch wurde jede Gruppe der Transportflotte von einem kleinen Kreuzer geführt, der für ihre militärische und navigatorische Sicherheit verantwortlich war.

Sobald die die Einfahrt zur Taggabucht beherrschenden russischen Küstenbatterien von den Linienschiffen niedergekämpft und von dem während der Beschießung gelandeten Vortrupp besetzt worden waren, liefen die Transportschiffe ein und ankerten auf den ihnen zugewiesenen Plätzen. Einem glücklichen Zufall war es zu verdanken, daß dabei nur ein kleiner Dampfer des Vortrupps auf eine Mine lief, obgleich, wie sich später herausstellte, die Einfahrt stark verseucht war. Die auf diesem Dampfer eingeschifften Truppen konnten noch von Torpedobooten übergenommen werden, bevor er auf Strand gesetzt werden mußte.

Unter dem Beistand der Kreuzer wurde die Ausschiffung sofort mit größter Beschleunigung in Angriff genommen. Sie wurde vom Führer der Transportflotte geleitet und teils durch Marinemannschaften, teils durch die Pionierlandungskompagnie ausgeführt. Ausschiffungsoffiziere, die mit dem Vortrupp an Land gefahren waren, hatten die Landungsplätze erkundet und mit Nummertafeln bezeichnet. Eine Viertelstunde nach dem Ankern setzten die ersten aus Schiffsbooten gebildeten Schleppzüge mit Infanterie ab, und nach weiteren 20 Minuten erfolgte ihre Landung. Die Boote konnten bereits die vom Vortrupp gefangengenommenen Russen mit an Bord nehmen. Die Ausschiffung der Pferde und Fahrzeuge wurde mit Pferdebooten und Schuten bewerkstelligt. Die ersteren Fahrzeuge gehörten zum Gerät der Pionierlandungskompagnie. Es waren viereckige flache Prähme mit doppelten Böden und doppelten Wänden, von denen die vordere und hintere umklappbar waren, so daß sie beim Landen auf flachem Strande eine Art Rampe zum Ausbooten der Pferde und Fahrzeuge bilden konnten. Das Modell zu diesen Fahrzeugen war von der englischen Marine übernommen und nach den Erfahrungen zahlreicher Friedensübungen verbessert worden. Sie wurden von Schraubenbooten bis in das flache Wasser geschleppt und konnten sich dann entweder durch Staken selbst an Land schieben oder durch ein nach dem Lande ausgefahrenes Trossensystem auf den Strand gezogen werden. Ihre Abmessungen waren begrenzt durch die Forderung, daß die Möglichkeit bestehen sollte, sie an Bord der Transportdampfer einzusetzen und auf der Eisenbahn zu befördern. Sie konnten daher nicht länger als 10,5 m und nicht breiter als 3,4 m sein. Ihr Tiefgang betrug in beladenem Zustande 0,6 m. Dementsprechend war ihr Fassungsvermögen gering. Sie konnten entweder 6 - 8 Pferde oder 2 Feldgeschütze mit Protzen oder eine 15-cm-Haubitze mit Protze oder ein Lastauto aufnehmen. Wegen ihrer plumpen Formen hatten sie eine geringe Schleppgeschwindigkeit und bei hoher See genügte ihre Seefähigkeit nicht.

Die Schuten, die nur zu Materialtransporten benutzt wurden, hatten ein etwas größeres Fassungsvermögen, konnten aber, da sie für Hafenzwecke gebaut waren, nur bei ganz glattem Wasser benutzt werden.

Trotz dieser mangelhaften und auch der Zahl nach unzureichenden Ausschiffungsmittel waren am Nachmittag des ersten Tages außer der gesamten Infanterie mit Rädern und Maschinengewehren (11 Infanterie- und 3 Radfahrbataillone) schon 3 Feldbatterien, 530 Pferde und 100 Fahrzeuge an Land. Die Pioniere bauten eine Landungsbrücke, mit deren Hilfe trotz eintretenden schlechten Wetters bis zum vierten Tage 8 Uhr morgens gelandet waren:

20	Geschütze,
4474	Pferde,
1026	Fahrzeuge,
14 700	Schuß für Feldgeschütze,
13 000	Schuß für 15-cm-Geschütze,
40 000	Handgranaten,
162	t Gewehrmunition,
19 200	l Benzin und Öl,
390	t Massengut.

Da das schnell vordringende Landungskorps schon am zweiten Tage die im Süden der Insel gelegene Hauptstadt Arensburg besetzt hatte, wurde beschlossen, den Rest des Schwerguts dort auszuladen, wo eine feste Landungsbrücke auch das Anlegen größerer Leichterfahrzeuge gestattete, und von wo aus ein besserer Weg zum Weitertransport zur Verfügung stand.

Die in engem taktischem Zusammenwirken mit den gelandeten Truppen durchgeführten Operationen der Seestreitkräfte sind in **Band 4** dieses Werkes eingehend gewürdigt. Die Transportflotte wurde nach Beendigung der Ausschiffung zur Erledigung verschiedener Aufgaben gruppenweise auseinandergezogen. Eine Gruppe setzte die zur Einnahme der Insel Dagö bestimmten Truppen dorthin über, eine zweite brachte Gefangene nach Libau, und die beiden übrigen beförderten die zweite Staffel des Landungskorps, das damit auf rund 23 000 Köpfe, 5000 Pferde und 1400 Fahrzeuge anwuchs, sowie das zurückgebliebene Schwergut nach Arensburg.

In der Folgezeit waren die Dampfer mit dem Abtransport von Gefangenen und Beute und mit dem Austausch des Expeditionskorps gegen die Besatzungstruppen der Inseln beschäftigt, bis am 13. November 1917 die Auflösung der Transportflotte erfolgte.

Noch einmal trat sie in Stärke von 10 großen und 2 kleinen Dampfern im März 1918 zusammen, um den zur Befreiung Finnlands vom bolschewistischen Terror bestimmten Armeeverband in Stärke von etwa 12 000 Mann unter Führung des Generalmajors Graf v. d. Goltz nach einem finnischen Hafen zu bringen. Auch über diese von Konteradmiral Meurer geleitete Unternehmung berichtet **Band 4, Abschnitt "Krieg in der Ostsee"**.

Für die Transportflotte war die Aufgabe insofern einfacher, als mit feindlicher Gegenwirkung auf See nicht gerechnet zu werden brauchte und die Landung nicht an feindlicher Küste, sondern an den Kaimauern des finnischen Hafens von Hangö stattfand. Dagegen erschwerten die in dieser Jahreszeit häufigen Nebel und schwerer Eisgang die Überfahrt. Da die Einrichtungen der Schiffe zum großen Teil noch vorhanden waren, konnten sie in sieben Tagen bereitgestellt werden und sich darauf am 18. März im Danziger Freihafen, wo die Einschiffung stattfand, unter dem Befehl des Kapitäns zur See Irmer von der Seetransportabteilung sammeln. Das Massengut, die Geschütze und Fahrzeuge wurden verladen, während mit der Einschiffung der Truppen und Pferde so lange gewartet wurde, bis am 29. März die Meldung eintraf, daß die bei den ungünstigen

Witterungsverhältnissen besonders schwierigen Minenräumarbeiten beendet waren. Am 1. April setzte sich der Verband, dessen militärischer Schutz aus 2 Linienschiffen, 3 kleinen Kreuzern und 2 Torpedobooten bestand, in Bewegung und stand am 3. April kurz vor Hellwerden vor der Einfahrt von Hangö. Die drei Gruppen der Transportflotte wurden wiederum von je einem kleinen Kreuzer geführt. Nachdem sich die Befestigungen der dem Hafen vorgelagerten Insel Russarö einem Parlamentär ergeben hatten, wurde zur Vorbereitung der Landung ein Vortrupp, bestehend aus 100 Jägern mit zwei Maschinengewehren und Pioniergruppen, sowie Signalpersonal für zwei Signalstellen ausgeschifft. Hierzu wurden Torpedoboote benutzt, die sich hinter Eisbrechern durch das Treibeis hindurcharbeiteten. Als bald darauf die rote Garde die Stadt verlassen hatte, gingen die Transportdampfer nacheinander an den Kai, wo drei von ihnen gleichzeitig löschen konnten. Am 5. April war die Landung bis auf die des Massenguts beendet.

Als in der folgenden Woche die gelandete Division gegen Helsingfors vorging, fand noch ein kleinerer Transport von Truppen über See unter bemerkenswerten Umständen statt. Eine gemischte Brigade sollte von Reval aus über den Finnischen Meerbusen nach dem Hafen von Kottka übergesetzt werden, um den von Helsingfors nach Osten ausweichenden roten Truppen den Weg zu verlegen. Da hierzu keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden nach einer Verabredung mit dem Kommandeur der Marineanlagen in Estland von entschlossenen Finnländern zwei in Helsingfors befindliche russische Eisbrecher und ein kleiner Dampfer überwältigt und nach Reval gebracht, wo sie zum Truppentransport eingerichtet wurden. Mit diesen Fahrzeugen glückte die Überführung durch das schwere Packeis, so daß die Brigade nach 36stündiger Fahrt am Bestimmungsort gelandet werden konnte.

Diese verschiedenen Expeditionen über See waren für die Armee nur kleine Episoden inmitten der gewaltigen Geschehnisse des großen Krieges. Für die Marine bedeuteten sie mehr. Den Besatzungen der großen Schiffe, die zum Teil schon im fünften oder sechsten Jahre an Bord waren, boten sie eine willkommene Abwechselung in dem anstrengenden, aber eintönigen Nachtdienst zum Schutze des Minensuchdienstes in der Nordsee. Die durch das dauernde Einerlei gedrückte Stimmung hob sich bei der Aussicht, an einer offensiven Unternehmung teilzunehmen und an den Feind zu kommen. Ein jeder drängte sich dazu, auf einen besonderen Posten in detachierten Booten oder bei Landungsabteilungen gestellt zu werden. Die Gefechte mit den feindlichen Küstenbatterien und Schiffen, die erfolgreiche Abwehr der Unterseebootsangriffe und der glatte Verlauf der Unternehmungen flößten den Besatzungen neues Vertrauen zu ihren Waffen und ihrer Führung ein.

Wenn es möglich gewesen wäre, die Flottenmannschaften durch eine Reihe solcher Unternehmungen dauernd in Spannung zu halten, so hätte die Stimmung, die zu den traurigen Ereignissen des Novembers 1918 führte, nicht um sich greifen können.

Anmerkungen:

1 [1/278] Hiervon 120 Neubauten der Marine. ...zurück...

2 [1/285] Vgl. *Englands Lazarettschiffsmißbrauch* von Friedrich Lützow, Verlag für volkstümliche Literatur und Kunst, Ulrich Meyer, Berlin-Dahlem. ...zurück...

3 [1/297] Auch auf dieser Fahrt mußte zeitweise lediglich nach Stielers Handatlas navigiert werden. ...zurück...

4 [1/311] *Nauticus*, Jahrgang 1905, Seite 237 - 239. ...zurück...

5 [1/319] **S. Band 4, Abschnitt: "Kreuzerkrieg"**. ...zurück...

Anlage zu Seite 328.

Anlage zu Seite 328.

Kriegsgliederung des Landungskorps. Führer: Gen. d. Inf. v. Kathen. Chef d. Genst.: Oberst v. Tschischwitz.

Genkdo. XXIII. R.-K. : Gekofunk. 141 : Fl.-Ltg. : Pi.-Stab 485 : Et.-Kdeur. 31

723 : Gekofern. 123 zugeteilt.

42. Infanterie-Division. Kommandeur: Generalleutnant v. Estorff. 1. Genst.-Offz.: Hauptmann Volkmann.

65. Infanterie-Brigade. Oberst Matthiaß.

Major Falk. 138 — 9 9 9

Oberstltn. Fischer. 131 — 9 9 9

Oberstltn. v. Kaweczynski 17 — 9 9 9

8. Major Bode — III. 4 4 4 — II. 4 4 4 — I. 4 4 4

263 575 42 345 42 (4-8-0) 3./Pi. 27 Pi. 27

Stab u. I./D. 7 3

Art.-Kdeur. 42. Oberst v. Oertzen

162 Pf.-L. **) 331 327**) F.-L.

Zuteilungen zur 42. Infanterie-Division.

Sturm Komp. 18 — Sturm Btl. 10 — 1 Zg — 1 Zg. — 7/Gd. R.-Pi (Fl. W.)

Radf.-Komp. 203 R. 77

Gen.-Maj. Frhr. Quadt Wykradt-Hüchtenbruck. 2. Inf.-Radf.-Brigade. IV. (6. Kp.) 8 II. (6. Kp.) 8 I. (7. Kp.) VI. (6. Kp.) 8 V. (8. Kp.)

Oberst Berring R. 255 — III. 9 II. 9 I.**) 9

Leib-Husaren 2 — 4 3

II./R. 4 — 9./R. 5 4 — 8. 4 — 7. 4 — 5. 4 — 1./33 3

3 (4-8-0) 1./Ldst.-Pi. 17 R.-Pi. 78

Mar.-Ldgs.-Fusta. 4 2 — 101 — S. 304 — Div. 85 — 8 Marine-Flugzeuge — A.-K.-K. 204

118 73 M. K. u. A. 11 Div.-Br.-Tr. — 962 (K. 96 n/a) 102 F.-B. — 876 (K. 96 n/a) 270 Fp. — 501 (H. 98/09) — I. M.-K. — St.-St. 148

Zuteilungen zum General-Kommando. XXIII. R.-K.

Stab 77. R.-D.*) Kommandeur: Generalmajor Adams. 1. Genst.-Offz.: Hauptmann Lehmann.

61**) 9 9 9 — 27**) 9 9 9 — 365**) 9 9 9

286 — Gd.-Fe. 1 — 477 — Mar.-Ldgs.-Fusta. 3 1 — 1. Afua. 16**)

402**) — 152 — 130**) — 76**) — Fl.-Abt. 16 — I./Ldst. 22**)

138 Br. — 240 — 195 Et.-Fp.

R.-Div.-Br.-Tr. 86**) — R.-Br.-Tr. 51**) — Mag.-Fp. 354**) — 458**) 136**) Et.-Fp.

*) Zugeteilt zur Leitung der Einschiffung in Libau.
**) Nach Beendigung der Operationen eingetroffen.

Anlage 2: Kriegsgliederung des Landungskorps für Ösel.

Kapitel 5: Feldpost und Etappentelegraphie
Oberpostrat Hermann Senger

A. Die Feldpost.

1. Einleitung.

Als im August 1914 der Krieg ausbrach und Tausende und Abertausende von ihren Lieben Abschied nahmen und zu den Fahnen eilten, kam allen die bange Frage auf die Lippen: Werden wir wenigstens schriftlich in Verbindung bleiben können, wann kannst du schreiben? Über die Möglichkeit bestanden nur unklare Vorstellungen. Die felsenfeste Zuversicht, daß Deutschlands Heer in allem auf das beste gerüstet war, gab indes den bekümmerten Gemütern das Vertrauen, daß Generalstab und Post auch in dieser Beziehung alle Vorkehrungen getroffen haben würden. Man erinnerte sich der Feldpost von 1870 und sah bald mit freudiger Genugtuung, daß sie auch diesmal in der allgemeinen Mobilmachung nicht vergessen war. Wie hätte auch bei dem Riesenkampfe, der das ganze Volk in bisher ungeahntem Maße in Mitleidenschaft zog, deutsche Heeres- und Marinetruppen in fast alle Länder Europas und nach Asien führte, **alle Kolonien**, alle Meere umfaßte, wie hätte das um das Leben seiner Kämpfer bangende Volk und das schließlich viele Millionen zählende Heer die jahrelange Trennung ertragen können, wenn die Feldpost gefehlt hätte?

Tatsächlich war nach bestem Wissen vorgesorgt. Für jedes Armeekorps, jede Division war eine besondere Feldpostanstalt, für jede Armee eine besondere Feldpostverwaltungsbehörde vorgesehen. Die ungeahnte Ausdehnung des Schriftwechsels zwang sehr bald zur erheblichen Verstärkung des Personals dieser Anstalten und die im Verlauf des Krieges fortdauernd steigende Aufstellung neuer Truppenkörper zur Bildung immer neuer Feldpostanstalten.

Mit 42 Feldpostämtern für die Armeekorps und 101 Feldpostexpeditionen für die Divisionen ist die Feldpost ins Feld gerückt; 52 Feldpostämter, 244 Feldpostexpeditionen und 517 Feldpoststationen zählte sie Ende Oktober 1918.

2627 Beamte und Postillione wurden 1914 mobil gemacht, 7968 waren am Ende des Krieges im Feldpostdienst tätig. Dabei sind die zugeteilten Militärpersonen nicht eingerechnet, die 1914 nur 856, Ende 1918 aber 4785 Köpfe zählten.

Nach mehrfachen, sorgfältigen, eintägigen Zählungen sind an Feldpostsendungen beim Heere im Durchschnitt täglich eingegangen:

> im Januar 1915 7,9 Millionen, im März 1918 11,1 Millionen;

beim Heere täglich aufgeliefert:

> im Mai 1915 5,8 Millionen, im März 1918 7,9 Millionen.

Innerhalb des Heeres selbst, von Vater zu Sohn, von Bruder zu Bruder oder Schwester, von Freund zu Freund sind im Juli 1917 täglich 1,2 Millionen Sendungen ausgewechselt worden.

Welche Anstrengungen erforderlich waren, um diesen Riesenverkehr zu bewältigen und wie die Feldpost ihrer Aufgabe gerecht geworden ist, soll in den nachstehenden Zeilen in großen Zügen geschildert werden.

2. Die Mobilmachung der Feldpost, ihre Organisation und ihre Aufgaben.

Durch die Mobilmachung am 1. August 1914 wurde die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gezwungen, ihre Verwaltung und den Betrieb sofort auf die veränderten Kriegsverhältnisse umzustellen, gleichzeitig aber einen erheblichen Teil ihres Personals, rund 25% der Beamten und 40% der Unterbeamten, an das Heer und die Marine, sowie zur Aufstellung der Feldpost und der Etappentelegraphie abzugeben. Dabei wuchs der Brief- und Telegrammverkehr der Behörden und des Publikums plötzlich ins Unermeßliche, während der regelmäßige Eisenbahnzugverkehr nach den Friedensfahrplänen vollständig aufhörte. An seine Stelle traten Militärtransportzüge mit besonderem Fahrplan und Militärlokalzüge. Eine fieberhafte Tätigkeit setzte, wie bei allen Behörden, auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung ein. Tag und Nacht mußte gearbeitet werden. Die sorgfältig vorbereiteten Umleitungsarbeiten gingen planmäßig von statten, und auch die Mobilmachung der Feldpost und der Etappentelegraphie wickelte sich ohne wesentliche Stockungen ab.

Die Organisation der Feldpost war zwischen der Post- und der Heeresverwaltung verabredet und in der Feldpostdienstordnung von 1907 festgelegt. Ministerialdirektor Kobelt vom Reichspostamt übernahm die Aufgabe, die Feldpost aufzubauen. Im Reichspostamt wurde unter Leitung des Geh. Oberpostrats Jacobs eine besondere Feldpostabteilung gebildet, und auf dem Kriegsschauplatz übernahm Geh. Oberpostrat Domizlaff, der Leiter des Oberpostdirektionsbezirks Leipzig, die oberste Leitung als Feldoberpostmeister. Er gehörte zum Großen Hauptquartier und war dem Generalquartiermeister zugeteilt. Mehrere höhere Beamte wurden ihm als Feldoberpostinspektoren beigegeben und das wichtige Feldpostamt des Großen Hauptquartiers seiner unmittelbaren Beaufsichtigung unterstellt. Dem Reichspostamt war vorbehalten, nach Bedürfnis besondere Kommissare zu bestimmen, die den Feldpostdienst an Ort und Stelle zu überwachen hatten.

Dem Feldoberpostmeister waren alle Feldpostbehörden und -anstalten unterstellt. Jeder Armee war ein Postrat als Armeepostdirektor mit einem Stammpersonal von 3 Armeepostinspektoren, 30 Feldpostsekretären und 20 Feldpostschaffnern, jedem Generalkommando ein Oberpostinspektor als Feldpostmeister und Leiter eines Feldpostamts, jedem Divisionsstabe ein Oberpostsekretär als Leiter einer Feldpostexpedition zugewiesen. Die Armee-Oberkommandos hatten eine besondere Feldpostexpedition. Zu dem Beamtenpersonal dieser Anstalten, je 4 Feldpostsekretären und 3 - 5 Feldpostschaffnern, kamen noch Feldpostillione und Trainsoldaten.

Die Armeepostdirektoren hatten die Verbindungen mit der Heimat und mit den übrigen Armeen auf dem gleichen Kriegsschauplatz aufrechtzuerhalten, die Feldpostanstalten zu überwachen und im Armee- und Etappengebiet nach Bedarf Feldpoststationen für solche Behörden und Formationen einzurichten, die (wie die Etappeninspektionen und Ortskommandanturen) eine eigene Feldpostanstalt nicht besaßen. Sie verfügten über ein besonderes Postpferde- und -wagendepot von 30 Wagen und 90 Pferden für die Verbindungen auf den Etappenstraßen. Auch die Postverwaltungen von Bayern und Württemberg waren an diesen Einrichtungen anteilmäßig beteiligt. Bayern hat im Laufe des Krieges 2 Armeepostdirektionen, Württemberg 1 Armeepostdirektion aufgestellt.

Die Feldpostanstalten sollten die Veränderungen in den taktischen Verbänden und ihre täglichen Stand- und Marschquartiere dem Armeepostdirektor melden. Dieser unterhielt unmittelbare Verbindung mit dem Armee-Oberkommando und der Etappeninspektion der Armee und meldete die Veränderungen an das Reichspostamt und an den Feldoberpostmeister weiter. Das Reichspostamt, das seinerseits in dauernder Verbindung mit den militärischen Zentralbehörden im Reiche stand, traf danach die nötigen Anweisungen an die Feldpost und an die heimischen Postanstalten.

Das Dienstverhältnis der Feldpostanstalten und ihrer Beamten war zweifacher Art. In

posttechnischer Beziehung standen sie unter dem Reichspostamt, in den nichtposttechnischen Beziehungen waren die Feldpostexpeditionen der Divisionen dem Divisionskommandeur, beim Armee-Oberkommando dem Oberquartiermeister, die Feldpostämter dem Chef des Stabes des Armeekorps, die Armeepostdirektoren dem Etappeninspekteur unterstellt. Die Feldpostanstalten richteten sich für gewöhnlich im Hauptquartier des Truppenbefehlshabers ein.

Die Oberpostdirektionen hatten bereits im Frieden einen besonderen Mobilmachungs- und Ausrüstungsplan auszuarbeiten und die Beamten für die Feldpost zu bestimmen. Diese waren also auf ihre Verwendung vorbereitet, und ihre Einberufung machte keine Schwierigkeit. Die bisher geheimnisvoll verschlossenen Feldpostkammern öffneten sich, und es begann die Ausstattung der Feldposten mit allem Feldgerät, während gleichzeitig die Unterbeamten aus den Beständen des für jede Feldpostanstalt bestimmten Ersatztruppenteils ausgerüstet wurden. Sämtliche Feldpostanstalten wurden rechtzeitig mobil und konnten planmäßig nach ihren Sammelpunkten abbefördert werden.

Die Besoldung und Verpflegung des Personals übernahm die Militärverwaltung nach der Kriegsbesoldungs- und der Kriegsverpflegungsvorschrift. Die blaue Friedensuniform wurde zunächst beibehalten. Als sich aber daraus Unzuträglichkeiten ergaben, indem einzelne Beamte und Postillione sogar von der eigenen Truppe für feindliche Reiter gehalten und beschossen wurden, wurde auch die Feldpost feldgrau eingekleidet.

Der Wirkungskreis der Feldpost umfaßte, wie an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden muß, in erster Linie die Beförderung der Sendungen in Militärdienstangelegenheiten, wobei gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten, Geld- und Wertsendungen, gewöhnliche und eingeschriebene Pakete und Postanweisungen bis 800 Mark zugelassen waren. Bei den Paketen waren aber Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände für Truppenteile und deren Angehörige ausgeschlossen, da sie grundsätzlich von den Ersatztruppenteilen durch Vermittlung der Etappenbehörden nach dem Kriegsschauplatz befördert werden sollten. In Privatangelegenheiten der Angehörigen des Heeres und der Marine, wozu auch das Personal der freiwilligen Krankenpflege gezählt wurde, bestanden gegenüber den für den Militärdienst zugelassenen Sendungen wesentliche Einschränkungen.[1] Die den Heeresangehörigen gewährte Portofreiheit in Privatangelegenheiten ist im Lauf des Krieges in demselben Umfange allen für die Zwecke der deutschen Armee auf den Kriegsschauplätzen tätigen Personen zugestanden worden. Marketender- und sonstige Geschäftsbetriebe im Heere durften für den Postverkehr von und nach der Heimat für Postkarten, offene Briefe und in der Richtung nach der Heimat auch für Postanweisungen die Feldpost benutzen, mußten aber die Gebühren nach der Inlandstaxe entrichten.

Die Beförderung von Privatpäckereien durch die Feldpost war in den Bestimmungen zunächst nicht vorgesehen. Ausrüstung und Umfang waren auch nicht darauf berechnet, daß dieser Dienstzweig übernommen werden konnte. Man befürchtete eine allzu schwere Belastung der Etappenstraßen zum Schaden der Munitions- und Verpflegungstransporte.

Wie gestaltete sich nun der Feldpostdienst in der Heimat und im Felde?

Den Postanstalten in der Heimat fiel die Aufgabe zu, die Sendungen so vorzubereiten, daß sie bei der Frontpostanstalt ohne Aufenthalt an die Truppenteile ausgegeben werden konnten. Dazu war eine besondere Organisation erforderlich. Es wurden im Anschluß an bestehende große Postämter 18 "Postsammelstellen", deren Zahl sich auf 23 erhöhte, geschaffen, denen die Postanstalten des gleichen Verkehrs-, Landes- oder Provinzgebiets die bei ihnen aufgelieferten Feldpostsendungen für mobile Truppen zur Bearbeitung zuführen mußten. Bei diesen Sammelstellen wurden die Sendungen durch sinnreich ausgeprobtes mehrfaches Sortieren nach den Aufschriften in kürzester Zeit so weit gesichtet, daß für jeden Stab, jedes Infanteriebataillon, jede Batterie und Eskadron und jede sonstige selbständige Formation besondere Briefbunde gefertigt werden konnten, die zu vollen

Beuteln für jede Feldpostanstalt vereinigt und mindestens täglich einmal mit den Bahnposten an die Grenze gesandt wurden.

Bei jeder Postsammelstelle war zahlreiches Aushilfspersonal erforderlich, da beim Sortieren sämtliche Truppeneinheiten zu berücksichtigen waren, deren Zahl im Lauf des Krieges auf über 20 000 anwuchs.

An der Hand der "Feldpostübersicht" wurde festgestellt, welchem taktischen Verbande der einzelne Truppenteil angehörte und auf welche Feldpostanstalt dementsprechend die Briefbeutel zu leiten waren. Die Feldpostübersicht nahm mit der fortschreitenden Aufstellung neuer Formationen und mit der unerwarteten Länge des Krieges einen erheblichen Umfang an und mußte von Anfang an in Zeiträumen von 3 - 4 Tagen immer wieder vollständig neu aufgelegt werden. Für die Kriegsbesatzungen und die Ersatzformationen in der Heimat, deren Sendungen als "stabile" im Gegensatz zu den "mobilen" der Heerestruppen bezeichnet wurden, bestand ein besonderer umfangreicher Leitbehelf. Um die Eintragungen in der Feldpostübersicht im Interesse der Landesverteidigung unbedingt geheimzuhalten, verblieb die Feldpostübersicht bei den Postsammelstellen in der Hand weniger Beamten mit besonderer Verantwortlichkeit, während die einzelnen Dienststellen nur Auszüge erhielten. Naturgemäß ergaben sich aus diesem unvermeidlichen Verfahren Verzögerungen, die trotz aller Bestrebungen der Post, die ihr anvertrauten Feldpostsendungen so rasch zu befördern, wie sie es im Frieden gewohnt war, nicht immer beseitigt werden konnten.

Bei größeren deutschen Postanstalten nahe der Grenze wurden "Leitpunkte" eingerichtet, denen die Feldpostsendungen für das Heer von der Postsammelstelle mit den Bahnposten zuzuführen waren. Jede Armee hatte ihren besonderen Leitpunkt. Von ihm aus wurde nach den Anträgen des Armeepostdirektors die Post für die Armee in besonderen, regelmäßigen, geschlossenen Transporten auf den Etappenlinien und -straßen, möglichst mit der Eisenbahn so weit vorgeführt, wie es nach der militärischen Lage und der Lage der Unterkunftsorte der Feldpostanstalten angängig und geboten erschien. An diesen Endpunkten entstanden umfangreiche Umschlagstellen. Hier wurden die Transporte aufgelöst, die Briefbeutel verteilt und je nach der Zweckmäßigkeit den Feldpostanstalten entweder zugeführt oder von ihnen abgeholt. Eine Bestellung der Briefe durch die Feldpost selbst kam nur für die Angehörigen der Stäbe der Armee-Oberkommandos, der Armeekorps und der Divisionen in beschränktem Umfange in Frage. Im allgemeinen mußten die Sendungen mit Einschluß der Postanweisungen bataillonsweise abgeholt werden. Die Auszahlung der Postanweisungen an die Empfänger erfolgte nicht durch die Feldpostanstalten, sondern durch die Feldkriegs- und sonstigen Truppenkassen. Die Kommandeure der Truppenteile waren verpflichtet, zur Abholung der Postsendungen bestimmte, zuverlässige Truppenangehörige ("Postabholer") abzuordnen und die abgeholten Sendungen ohne Verzug an die einzelnen Empfänger verteilen zu lassen.

Einen langen Weg hatten also die Feldpostsendungen zurückzulegen, ehe sie aus dem Heimatort in den Besitz der Empfänger gelangten. Durch viele fleißige und geschickte Hände mußten sie wandern, viele gefährliche Klippen auf ihrer Bahn umfahren.

Alle Anstrengungen und Einrichtungen der Postverwaltung konnten aber nichts nutzen, wenn der Briefschreiber nicht seine Mitwirkung lieh und in den Aufschriften das Armeekorps, die Division, das Regiment, das Bataillon usw. des Empfängers undeutlich, unrichtig oder mangelhaft angab.

Die nach der Heimat gerichteten Briefe und Postkarten lieferten die Heeresangehörigen bei ihrem Truppenteil ab, der sie in der Regel den Postabholern zur Einlieferung bei der Feldpostanstalt mitgab, nachdem sie mit dem Soldatenbriefstempel des Truppenteils versehen worden waren. Bei der Feldpostanstalt wurden die Sendungen mit dem Postaufgabestempel bedruckt, dann zunächst

die Heeresbriefe, das sind die Briefe, die auf dem Kriegsschauplatz verblieben, herausgesucht und die übrigen Sendungen soweit vorsortiert, wie es bis zum Abgang des nächsten Rücktransports nach der Heimat möglich war. Eine für jede Armee bezeichnete, nahe der Grenze auf deutschem Boden gelegene Postanstalt, die "Postverteilungsstelle", hatte die Aufgabe, die von der Armee kommende Heimatpost nach Einzelorten und Provinzen weiter zu verteilen und die neu gefertigten Bunde auf bestimmte Postanstalten jeder Provinz, die "Sortierstellen", weiterzuleiten.

So war alles vorbereitet, um von Anfang an eine glatte Abwicklung des Verkehrs sicherzustellen. Aber schon die ersten Tage des Aufmarsches brachten eine Enttäuschung. Auf Anordnung der Obersten Heeresleitung mußte vom Reichspostamt zu Beginn des Krieges an die Postsammelstellen die Anweisung ergehen, daß alle aus der Heimat mit militärischer Adresse abgesandten Privatbriefschaften angehalten werden sollten. Eine gleiche Bestimmung war für die auf den Transporten bei den Truppen eingesammelten Privatbriefsendungen erlassen. Der Bevölkerung und den Truppen waren diese durch die Kriegsnotwendigkeit erzwungene Beschränkung des Postverkehrs und ihre Gründe aber leider nicht mitgeteilt worden. Das Ausbleiben von Nachrichten schuf deshalb in der Heimat und im Heere eine sich täglich steigernde Beunruhigung und eine Flut neuer Briefe, die ihr Ziel ebenfalls nicht erreichten. Die Erregung war um so begreiflicher, als viele Offiziere und Soldaten, besonders der Friedensformationen, vor dem Abtransport zur Grenze keine Gelegenheit gefunden hatten, sich von ihren Angehörigen zu verabschieden und mit ihnen die allernotwendigsten Angelegenheiten zu ordnen.

Die Erregung über das anscheinende Versagen der Feldpost bildete ein schmerzliches Gegenstück zu der allgemeinen Begeisterung, die im Heere und in der Heimat herrschte. Sie hätte keinen so großen Umfang annehmen können, wenn bei der Mobilmachung, wie es in Österreich-Ungarn geschah, öffentlich darauf hingewiesen worden wäre, daß ein privater Feldpostverkehr wegen der Geheimhaltung der Aufmarschbewegungen zunächst nicht gestattet werden könnte. Auch die Heeresorgane hätten wesentlich zur Beruhigung beitragen können, wenn sie die Soldaten schon im Frieden, spätestens aber bei der Mobilmachung, über das Wesen der Feldpost, ihre Bedeutung und Benutzung, aber auch über die Notwendigkeit zeitweiliger Sperren und scharfer Kontrollen im Interesse der Landesverteidigung unterrichtet hätten.

Auch die Feldpostbeamten wußten nichts Bestimmtes. Sie waren zur Untätigkeit gezwungen und konnten höchstens bei den Grenzpostanstalten, deren Personal sehr zusammengeschmolzen war und bei denen Hochbetrieb herrschte, Aushilfe leisten, bis sie den eigenen Betrieb aufnehmen konnten.

Lange warteten sie vergebens. Die meisten Feldpostanstalten auf dem westlichen Kriegsschauplatz mußten mit den Truppen den Vormarsch über die Grenze antreten, ohne die erste Post aus der Heimat empfangen zu haben. Die Stimmung der Beamten wurde immer kleinmütiger; immer vorwurfsvoller schallte ihnen von den Truppen der Ruf entgegen "Wo bleibt die Feldpost?" - Es kam zu bitteren Anklagen, sogar zu Beleidigungen der Beamten, die keine Auskunft geben konnten, vielfach nicht einmal den Umfang und die Gliederung der Armee, selbst der Armeekorps oder der Divisionen kannten, denen sie zugeteilt waren und für die sie sorgen sollten. Die Feldpostübersicht, die von dem Reichspostamt erst am 13. August herausgegeben werden konnte und die ihnen Aufklärung hätte geben können, fehlte noch; sie enthielt im allgemeinen auch nur die Friedensformationen, und die militärischen Dienststellen schwiegen sich aus.

Dazu kam, daß - entgegen allen Bestimmungen - bei den Postanstalten an der Grenze große Mengen dienstlicher und privater Päckereien mit Ausrüstungsgegenständen usw. an Truppenformationen und Heeresangehörige eingingen, deren Empfänger nicht zu erreichen waren und sich auch nicht meldeten. Die Feldpostanstalten sollten diese Pakete übernehmen und wußten doch nicht, wie sie diese Mengen mit ihren beschränkten Beförderungsmitteln weiter befördern sollten. Die Postpferde- und -wagendepots der Armeepostdirektoren waren teilweise noch nicht zur Stelle; ihr Transport zur

Grenze wurde sogar trotz mehrfacher Anträge der Armeepostdirektoren als nicht dringend hinausgeschoben.

Man wird sich vorstellen können, welche Freude es unter solchen Umständen bei den Feldpostanstalten auslöste, als endlich am 18. August die ersten Briefbeutel im Felde anlangten. Als aber in wenigen Tagen die Flut der Beutel höher und höher stieg, kam die Feldpost in die höchste Bedrängnis.

3. Der Feldpostbetrieb in der ersten Kriegszeit, Schwierigkeiten und Hemmungen.

Vormarsch im Westen.

Die Posten kamen mit den Militärtransportzügen, unterwegs häufig festgehalten oder umgeleitet, in geschlossenen Güterwagen ohne Regelmäßigkeit zur Grenze, alte Post vielfach später als neue, und bald häuften sich an den Umschlag- und Verteilungsstellen Berge von Feldpostsäcken. Die Armeepostdirektoren waren inzwischen mit den Etappeninspektionen der Armeen über die Grenzen vorgerückt. Die kümmerlichen Unterkünfte in Feindesland erschwerten die ordnungsmäßige Lagerung und das Sortieren der Beutel. Die Eisenbahnen in Frankreich und Belgien waren noch zerstört; die Weiterbeförderung der Feldpostsendungen mußte also ausschließlich auf der Landstraße erfolgen. Dazu reichte der Bestand an Wagen und Pferden nicht aus. Einige Truppenstäbe stellten auf die Klagen der Feldpostanstalten zur Abholung der Feldpost von den rückliegenden Verteilungsstellen der Armeepostdirektoren Personen- oder Lastkraftwagen wenigstens vorübergehend zur Verfügung, andere aber lehnten diese Hilfe ab. Und die Etappeninspektionen, die für den schnellen Nachschub von Munition und Verpflegung, Heeres- und Straßenbaumaterial hauptsächlich auf Lastkraftwagen angewiesen waren und selbst daran Mangel litten, zögerten gleichfalls, den Armeepostdirektoren mit Kraftwagen zu Hilfe zu kommen. In dieser Not gelang es dem Feldoberpostmeister, bei den militärischen Zentralstellen den Befehl auszuwirken, daß die Stäbe und Etappeninspektionen die allernötigsten Lastkraftwagen überwiesen. Die Gestellung der Wagenführer verursachte aber noch besondere Mühe, weil sie zum großen Teil erst aus der Heimat herangeholt werden mußten. Wesentliche Förderung fand damals die Feldpost in ihren Bestrebungen bei dem Kaiser, der als einer der ersten die Notwendigkeit der Gestellung von Kraftwagen für die Feldpost erkannte.

So gelang es vom 20. August ab, wenigstens nach und nach die Feldpostsendungen den schnell vorrückenden Truppen, die oft 80 - 150 km voraus waren, zuzuführen und auf den Rückfahrten die von den Truppen aufgelieferten Sendungen abzuholen. Mit den Lastkraftwagen entwickelte sich eine lebhafte Suche nach den Feldpostanstalten, deren Standort dauernd wechselte. Die von Sekretären und Schaffnern begleiteten Transporte mußten sich den Weg an die Front unter den mannigfaltigsten Hindernissen suchen und bei jeder neuen Fahrt neue Schwierigkeiten überwinden. Die Instandsetzung der Wagen litt unter dem Mangel an Ersatzteilen und Monteuren; Nachricht von den Feldpostanstalten blieb aus, und die Etappenstraßen waren unsicher.

Die Transporte wurden vom Feinde wiederholt beschossen, die Wagen zerstört und das Begleitpersonal verwundet oder getötet. Fast in allen Fällen gelang es jedoch, die Post zu retten. Hier schon zeigte sich die während des ganzen Krieges beobachtete Gewissenhaftigkeit und Treue der Postbeamten - ein Beweis für die im Frieden bewährte Disziplin in der Postverwaltung und für das Verantwortungsgefühl ihrer Angehörigen. Die Beamten dachten in der Gefahr zuletzt an sich. Die ihnen anvertraute Post zu retten oder mit ihr zugrunde zu gehen, war selbstverständliche Pflicht. Im Granatfeuer wurde weiter sortiert, wenn die Post bis zum Abgang des Transports fertiggestellt werden mußte, und auf den Bahnhöfen der Gefahr kreisender Flieger getrotzt, weil die Post in Sicherheit zu bringen war. Schwerverwundeten hat man die Briefbeutel aus den

zusammengepreßten Händen winden müssen; kamen sie zur Besinnung, war ihre erste Frage: Wo ist die Post geblieben?

Nicht anders handelte der Soldat als Postabholer. Auf dem Wege zum Graben, durch Sperrfeuer, von Trichter zu Trichter schleppte er gewissenhaft den schweren Postsack und entäußerte sich in höchster Gefahr eher des Gepäcks und Kochgeschirrs, als der ihm anvertrauten Post.

Bei den schlechten, ausgefahrenen und mit zerstörtem Kriegsgerät aller Art verstopften Wegen in gebirgigem Gelände, zerstörten Brücken und Orten waren Umwege, Irrfahrten und Pannen an der Tagesordnung. Galt es, die Straße für einen eiligen Militärtransport, eine Truppe frei zu machen, so endeten die Kraftwagen, zum Teil schwere Omnibusse aus den Großstädten, oft im Chausseegraben, und Artilleriebespannungen und Hunderte von Soldaten mußten aufgeboten werden, sie wieder flottzumachen. Vielfach waren die Transporte mehrere Tage unterwegs; und wenn sie für die Nacht nicht den Anschluß an eine Kolonne erreichen konnten, mußten sie sich in abgelegenem Gehöft oder im Walde verstecken. Hatten sie ihre Post endlich angebracht, so kehrten sie oft mit 40 - 60 Verwundeten zurück, die sie unterwegs aufgenommen hatten, was ihre Rückkehr natürlich wiederum verzögerte.

Häufig wurden alle Kraftwagen der Post zu militärischen Zwecken entzogen, wenn Munition und Brot befördert und Verwundete abgeholt werden mußten; häufig fehlte auch Benzin.

Das gerade aus der Heimat eingetroffene Postpferde- und -wagendepot des Armeepostdirektors mußte überall sofort in voller Stärke eingesetzt werden. Noch immer aber war keine Abnahme des Zustroms aus der Heimat zu bemerken. Nun wurden ganze Kolonnen von Bauern- und Leiterwagen zusammengestellt, die tagelang marschierten, um die Feldpostanstalten an der Front zu erreichen. Diesen war es fast unmöglich, die neuen Ladungen abzunehmen und so lange mitzuführen, bis die Bearbeitung und Aushändigung an die Truppe erfolgen konnte. Sie litten gleichfalls unter schlechter Unterkunft, mußten oft im Freien ohne Schutz und Zelt übernachten, tagsüber marschieren und konnten wegen mangelnder Beleuchtung die Abend- und Nachtstunden für die Bearbeitung der Post nicht ausnutzen.

Schlimm stand es am rechten Flügel des Heeres bei der 1. und 2. Armee, die, in gewaltigen Märschen weit ausholend, durch Belgien und Nordfrankreich in der Richtung auf Paris vorrückte, und besonders bei den Kavalleriedivisionen der Westfront. Die Feldpostanstalten dieser Divisionen waren oft weit von der eigenen Truppe entfernt, die sich in ununterbrochener Bewegung befand und bald dieser, bald jener Armee zugeteilt war. Sie hatten keine Möglichkeit, den Armeepostdirektoren ihren Verbleib zu melden und Post auszuwechseln. So hat die Feldpostexpedition der Gardekavalleriedivision die erste Post aus der Heimat erst am 31. August erhalten, nachdem sie tagelang mit einem ihr vom Stabe überlassenen, eroberten französischen Panzerauto in langen Fahrten von fast 200 km durch Nordfrankreich und Belgien vergeblich nach ihrer Post gesucht hatte.

Das Reichspostamt hatte inzwischen eine größere Menge von Kraftwagen in der Heimat gesammelt und den Armeepostdirektoren nach und nach überwiesen, so daß etwa von Anfang September ab der erste notwendigste Bedarf an der Westfront vorhanden war. Die gleichzeitig vorschreitende Herstellung der Eisenbahnen im besetzten Gebiet gab auch die Möglichkeit, teilweise die Post mit der Bahn vorzubringen, doch war auch diese Beförderung zu Beginn recht unsicher. Die zerstörten Bahnhöfe hatten keine geeigneten Ladestellen, und das Ein- und Ausladen mußte häufig wegen des Zugverkehrs und wegen der Instandsetzungsarbeiten unterbrochen werden. Ob und wann Züge fuhren, wurde auf den Stationen meist erst im letzten Augenblick bekannt, die Züge fuhren langsam und unregelmäßig, weil die Signale und Weichenanlagen noch nicht wiederhergestellt waren. Oft mußten die Postwagen unterwegs abgehängt werden.

Gegen die Postverwaltung ist häufig der Vorwurf erhoben worden, daß sie die Schwierigkeiten der Feldpost verschuldet hätte, weil sie nicht schon im Frieden für Kraftwagen vorgesorgt hätte. Aus den vorstehenden Schilderungen ist wohl zu erkennen, daß der Gründe viele waren, die die Entwicklung der Feldpost hemmten. Die Frage, ob die Feldpostanstalten schon bei der Mobilmachung Kraftwagen erhalten mußten, ist zweifellos von der Postverwaltung, dem Kriegsministerium und dem Generalstab nicht übersehen worden. Die Postverwaltung war in ihren Vorbereitungen für den Krieg auf die Weisungen und die Zustimmung der Militärbehörden angewiesen. Sie rechnete auch auf einen Feldpostverkehr, der alle Erfahrungen aus früheren Kriegen weit übertreffen würde. Ob aber die Berechnungen eine so erhebliche Vermehrung des Kraftwagentrosses rechtfertigten, wie sie die Ausstattung aller Feldpostanstalten mit sich gebracht hätte, konnte nur von der Militärverwaltung entschieden werden.

Die tatsächliche Entwicklung hat selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen.

In der Heimat hatten infolge der Verminderung des Personals die Dienststunden, Briefbestellungen usw. eingeschränkt, in einzelnen Provinzen wegen der Nähe der Grenze der Postverkehr, besonders der Postanweisungen, zeitweise sogar aufgehoben werden müssen. Das Aushilfspersonal, zum Heeresdienst ungeeignete, durch den Krieg zum Teil ihrer Existenz beraubte alte und ganz junge Angehörige aller Stände, Pensionäre und Frauen, war unerprobt und ungeübt. Das im Frieden ausgebaute Bahnpostnetz war durch die Mobilmachung plötzlich zerrissen. Die Eisenbahn mußte alles daransetzen, den Aufmarsch der Armeen und die Versorgung der Truppe mit den notwendigsten Kriegsbedürfnissen sicherzustellen; alle wirtschaftlichen Aufgaben der Heimat mußten daher zurückstehen. Der Güterverkehr hörte bereits am 1. August auf.

Erst von Anfang September ab konnte der Friedensfahrplan zum Teil wieder eingeführt werden, nachdem auf den Hauptstrecken als erste Verbesserung vom 21. August ab einzelne schnellfahrende Züge eingestellt worden waren. Diese Verhältnisse beeinträchtigten naturgemäß auch den Feldpostbetrieb. Wie im Frieden vorgesehen, war aus militärischen Gründen die Versendung der für das Heer bestimmten Feldpost bei Beginn des Krieges zwei Wochen, in Bayern sogar drei Wochen gänzlich unterbunden. Der damit beabsichtigte Zweck, den Aufmarsch und die ersten Bewegungen der deutschen Heere zu verschleiern, wurde glücklich erreicht. Der Generalquartiermeister v. Stein konnte dies am 6. September mit folgenden Worten bekanntgeben:

> "Aus Papieren, die in unsere Hände gefallen sind, geht hervor, daß der Feind durch das Vorgehen der Armeen der Generalobersten v. Kluck und v. Bülow nördlich der belgischen Maas völlig überrascht worden ist. Noch am 17. August nahm er dort nur deutsche Kavallerie an. Die Kavallerie dieses Flügels unter Führung des Generals von der Marwitz hat also die Armeebewegungen vorzüglich verschleiert. Trotzdem würden diese Bewegungen dem Feinde nicht unbekannt geblieben sein, wenn nicht zu Beginn des Aufmarsches und Vormarsches die Feldpostsendungen zurückgehalten worden wären."

Die Allgemeinheit konnte aus dieser Veröffentlichung ersehen, daß ein wesentlicher Teil der der Feldpost zur Last gelegten Mängel auf Gründe zurückzuführen war, die außerhalb der Verwaltung lagen.

Die Klagen über Verzögerungen und Verluste hörten aber nicht auf. Es wurde im Publikum nicht bedacht, von welchen Zwischenfällen, abgesehen von den hier geschilderten, durch die Zeitungen allmählich bekanntgewordenen Hemmungen und Schwierigkeiten, die pünktliche Überkunft der Feldpostsendungen sonst noch abhängig war. Ganze Eisenbahngüterwagen und Lastkraftwagen mit Postladung verbrannten unterwegs, weil in den Sendungen feuergefährliche Gegenstände verpackt waren oder die Begleiter fahrlässig mit dem Feuer umgingen.

Die Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatz machten sehr bald Umgruppierungen der Truppen innerhalb derselben Armee oder von Armee zu Armee erforderlich, die zur Geheimhaltung der Bewegungen vor dem Feinde der Öffentlichkeit und den Truppen selbst solange als irgend möglich verborgen bleiben mußten. Den Heeresangehörigen war die Pflicht auferlegt, über ihnen bekannt gewordene militärische Maßnahmen, Standort oder neuen Bestimmungsort, Zusammenstellung oder Verwendung der Truppe in mündlichem oder schriftlichem Verkehr die größte Verschwiegenheit zu beobachten. Die Oberste Heeresleitung nahm für sich das Recht in Anspruch, den Briefverkehr im Heere in größerem oder geringerem Umfange dauernd durch die Dienstvorgesetzten oder durch besondere Überwachungsoffiziere zu kontrollieren, und in den Grenzprovinzen waren besondere militärische Postüberwachungsstellen eingerichtet, denen die Postsendungen der Bevölkerung von den Postanstalten nach besonderer Anweisung zur Nachprüfung zugeführt werden mußten. Diese Überwachungsstellen konnten aber aus Personalmangel nur mit dauernden Verzögerungen arbeiten.

Auf Anweisung der Obersten Heeresleitung wurden bei den Truppen auch später insgeheim Briefsperren für die Privatsendungen nach der Heimat angeordnet, die von den Feldpostanstalten durch Anhalten der Sendungen unbedingt zu bewirken waren und natürlich zu erheblichen Verzögerungen in der Überkunft der Sendungen führen mußten, ohne daß die Postverwaltung die Möglichkeit hatte, die Gründe dafür darzulegen. So traten beispielsweise beim Transport der 6. Armee von Elsaß-Lothringen in die Gegend von St. Quentin Verzögerungen von drei Wochen auf.

Besondere Vorkehrungen erforderte die Leitung der Sendungen an das Große Hauptquartier, dessen Sitz geheimgehalten werden sollte, sowohl in der Heimat, wo der Weg über die Postsammelstellen und die Postüberwachungsstellen ausgeschaltet werden sollte, als auch im Felde. Von Armee zu Armee und zwischen den Armee-Oberkommandos und dem Großen Hauptquartier mußten deshalb besondere, schnelle und regelmäßige Querverbindungen geschaffen werden.

Zahlreichen Fährnissen war die Post selbst dann noch ausgesetzt, wenn sie sich bereits in den Händen der Truppen befand. Vielfach konnte sie nur nachts mit den Feldküchentransporten nach vorn befördert werden; ihre Träger waren dem feindlichen Feuer ausgesetzt, im Schützengraben wanderten dann die Briefe von Hand zu Hand. Viele zerbrochene, beschmutzte, durchnäßte, unbestellbare Sendungen blieben zurück. Verluste waren unausbleiblich. Bevor Sendungen an inzwischen Vermißte, Verwundete oder Gefallene vom Truppenteil an die Feldpostanstalt zur Nachsendung oder Rücksendung in die Heimat zurückgegeben wurden, verging vielfach längere Zeit, weil die Truppen Ermittelungen anstellen mußten oder während der Märsche und Kampfhandlungen keine Gelegenheit fanden, sich mit den Sendungen zu beschäftigen.

In der Heimat und im Felde arbeitete man unermüdlich daran, die Verhältnisse zu bessern. Das Personal wurde verstärkt, die Überwachung verschärft und die Zahl der Lastkraftwagen soweit vermehrt, daß schließlich Ende Februar 1915 700 Stück, zum Teil mit eingebauten Sortiereinrichtungen, zur Verfügung standen.

Das größte Hindernis für die gedeihliche Entwicklung blieb aber die Unzulänglichkeit der Aufschriften auf den Feldpostsendungen und die vielfach mangelhafte Verpackung. Von den Millionen Sendungen ins Feld kam ein nicht geringer Teil über die Postsammelstellen kaum hinaus. Die richtige Adressierung bereitete bei der großen Zahl und Mannigfaltigkeit der Truppeneinheiten selbst gebildeten und schreibgewandten Leuten Schwierigkeiten.

Bei der Angabe der geläufigsten Truppeneinheit, des Bataillons, kamen allein gegen 20 Sonderbezeichnungen in Frage; es gab I. - IV. Bataillone, Grenadier-, Füsilier-, Reserve-, Garde-Reserve-, Ersatz-, kombinierte Ersatz-, Garde-Ersatz-, Reserve-Ersatz-, Brigade-Ersatz-, Garde-Brigade-Ersatz-, Reserve-Brigade-Ersatz-, mobile Ersatz-, Landwehr-, Landwehr-Ersatz-,

Landwehr-Brigade-Ersatz-, Landsturm-, Landsturm-Ersatz-Bataillone, die auseinanderzuhalten für die Briefschreiber um so schwieriger war, als zahlreiche Reservisten aktiven Regimentern, aktive Mannschaften dagegen Reserveformationen zugeteilt waren. - Truppenteile waren aufgestellt, deren Namen man im Frieden niemals gehört hatte. Es gab zahlreiche preußische und bayerische Regimenter mit der gleichen Nummer. Die Kriegslazarette, die mobilen Etappenkommandanturen und die zahlreichen Kolonnen trugen zu Beginn des Krieges die Bezeichnung der Armeekorps, bei denen sie zusammengestellt worden waren; sie wurden aber vielfach anderen Armeekorps und anderen Armeen zugeteilt. Die Angehörigen aufgelöster und zur Bildung neuer Formationen auseinandergezogener Truppenteile wandten in ihren Briefen törichterweise noch wochenlang die alten Bezeichnungen an. Wurden die Anschriften von den Soldaten undeutlich, unrichtig oder unvollständig nach der Heimat mitgeteilt, so entstand daraus ein Wirrwarr, den zu beseitigen auch den gewandtesten Beamten der Sammelstellen nicht gelingen konnte. Eine kleine Blütenlese solcher Aufschriften, bei denen zuweilen ein unfreiwilliger Humor zutage trat, sei hier mitgeteilt:

- Rabbiner-Regiment = Karabinier-Regiment;
- Pionier Versüßkompagnie = Pionier-Versuchskompagnie;
- Marinewerfer Abteilung = Minenwerferabteilung;
- Balkon-Abwehrkanonenabteilung = Ballon-Abwehrkanonenabteilung;
- Invanterü Reschimend 173 Sangta Vholdt = St. Avold;
- Komponiertes Batallon = Kombiniertes Bataillon;
- Alarmierungs Bataillon = Armierungsbataillon;
- Zeugenlazarett = Seuchenlazarett;
- Marschierende Gewehrabteilung = Maschinengewehrabteilung;
- Pritsche Michel = Przemysl;
- Klabaden oder Klabraten = Karpathen;
- Autogehende Schneiderkolonne = Autogene Unterwasserschneidekolonne;
- Koffersprech Abteilung = Korpsfernsprechabteilung;
- Halb schleichendes Bataillon = Halbbataillon Schleicher;
- Fußartillerie Brikett = Fußartillerie-Brigade-Kommando;
- An Werner Beck Schwäre Kohr Artillerie? 1 m Kontrolle Nr. 2 = leichte Munitionskolonne Nr. 2;
- An den Musketier Franz Müller Nebenmann von Pitter Weitzer Kronprinzenarmee;
- An den Landsturmmann Hermann Schmidt V in Gent;
- An den Soldaten Philipp Meier aus x-heim, 16. Armeekorps, Erkennungsmarke 115 (hat früher zusammen mit Schorsch Kühne in Metz gedient).

Die Postverwaltung mußte durch die Postanstalten, die Zeitungen und in den Schulen für Aufklärung sorgen. Zahlreiche Kriegsschreibstuben und Feldpostverpackungsstellen wurden ins Leben gerufen und seit Oktober 1914 ein Merkblatt für Feldpostsendungen herausgegeben, das bei sämtlichen Postanstalten aushing und kostenfrei an das Publikum abgegeben wurde. - Bei der Truppe wurden den Soldaten bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die genaue Bezeichnung des Truppenteils und die eigene Adresse eingeschärft und ihnen zur Pflicht gemacht, Sendungen, die unrichtig zugegangen waren oder die den Empfängern aus irgendeinem Grunde nicht sofort zugestellt werden konnten, an die Feldpostanstalt zurückzugeben.

Wie bereits im Frieden sich die Gepflogenheit in Deutschland verbreitet hatte, größere Behörden, Gesellschaften und Veranstaltungen in abgekürzter Form mit dem Anfangsbuchstaben zu bezeichnen, so fühlten sich zahlreiche Truppenkörper nach dem Vorbild des G. H. Q. (Großes Hauptquartier) und des A. O. K. (Armeeoberkommando), bis auf die kleinsten Einheiten herunter berechtigt, sich im mündlichen, telephonischen und telegraphischen, bald auch im schriftlichen Verkehr, einer abgekürzten Adresse zu bedienen. Offiziere und Soldaten übertrugen diese

Abkürzungen aus Gedankenlosigkeit oder Geheimnistuerei auf ihren Privatbriefverkehr und richteten damit große Verwirrung an. Der Unfug dauerte trotz aller Vorstellungen während des ganzen Krieges an. Die Beteiligten wollten sich vielfach nicht überzeugen lassen, daß Abkürzungen wie z. B. TBA für Textilbeschaffungsamt, BAW für Belagerungsartilleriewerkstatt, MBA für Militärbauamt, KBA für Kanalbetriebsamt oder Apipa für Armeepionierpark zu Verwechslungen führen müssen. Letzten Endes hatte die Aufklärungsarbeit der Postverwaltung gegen den Mißbrauch, die vom Publikum einsichtsvoll unterstützt wurde, aber doch Erfolg.

Mit der fortschreitenden Regelung und Verstärkung des Eisenbahnzugverkehrs besserten sich auch die Beförderungsverhältnisse. Die Leitpunkte und Verteilungsstellen an den Grenzen wurden ausgebaut; den Armeepostdirektoren lag nun die Pflicht ob, in ihrem Gebiet den Betrieb in feste Formen zu bringen. Die ersten Feldschaffnerbahnposten und -landpostkurse entstanden; an den End- und Knotenpunkten der Eisenbahnen wurden ständige Umschlag- und Verteilungsstellen eingerichtet, und am Sitz der Etappeninspektionen übernahm eine größere Feldpoststation unter der Aufsicht des Armeepostdirektors die Postversorgung der Etappenbehörden und der auf das ganze Etappengebiet verteilten Etappen- und Fuhrparkkolonnen, Magazine, Lager- und Ausgabestellen, mobilen Etappenkommandanturen und der Kriegslazarette. Diese Station hatte als Heeresbriefstelle auch die im Armeegebiet aufkommenden Dienst- und Privatpostsendungen, die in der Armee verblieben oder nach anderen Armeen bestimmt waren, die "Heeresbriefe" und die unbestellbaren Briefe zu bearbeiten.

In Elsaß-Lothringen, auf heimatlichem Boden, war schon unmittelbar nach der Schlacht bei Saarburg eine gewisse Regelmäßigkeit in der Zuführung der Post erreicht worden, weil die Bahnposten die Feldpost bis zu den Punkten vorbringen konnten, von denen ab sie den Feldpostanstalten der Truppen zuzuführen waren. Im September 1914 erlitt die Entwicklung der Feldpost für die ganze Westfront noch einmal eine empfindliche Hemmung, als die Kämpfe an der Marne und Aisne entbrannten, die gewaltige Verschiebung und Umformung der Armeen einsetzte und die 7. und nach ihr auch die 6. Armee von Lothringen über Belgien nach Nordfrankreich überführt wurden.

Mit Eintritt des Stellungskrieges, nach dem Fall von Antwerpen und nach Aufstellung der neuen 4. Armee in Belgien, bot sich dann für die ganze bis zur Nordsee verlängerte Westfront die Möglichkeit, den Feldpostdienst gründlich auszubauen und besonders hinsichtlich der Postbeförderung auf eine Höhe zu bringen, daß er allen gerechten Ansprüchen genügen mußte.

Vormarsch im Osten.

Wesentlich ungünstiger gestaltete sich der Aufbau der Feldpost auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Die militärischen Operationen beschränkten sich zunächst auf den Grenzschutz, es kam zu kleinen Gefechten an der ostpreußischen und polnischen Grenze. Zunächst sicherte nur eine einzige (8.) Armee die lange Front. Aber die Maßnahmen der Russen zwangen sofort zur Aufstellung neuer Truppenverbände, für die Feldpostanstalten erst geschaffen werden mußten. Der Armeepostdirektor 8 hatte hiermit gerade begonnen. Da zwang der Einfall der Russen in Ostpreußen zur Rücknahme der Armee; die Zufuhr der Feldpost hörte auf. Zwei Drittel der Provinz Ostpreußen fielen in die Hände der Feinde. Die Flucht der Bevölkerung nach dem Westen begann. Die Beamtenschaft, auch die Postbeamten, hielt tapfer aus, war doch die Erfüllung des Dienstes nun doppelt wichtig. Mit vielen anderen Beamten, Förstern, Gendarmen usw. sind auch zahlreiche Postbeamten in die Hände der Feinde gefallen, verschleppt, ausgepeitscht und in anderer Weise mißhandelt worden. Acht Unterbeamte und vier Postagenten, darunter eine Frau, wurden erschossen, lediglich, weil sie ihre Pflicht als Beamte treu erfüllten. Das vorbildliche Verhalten dieser Braven bildet ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Post, und die Erinnerung daran wird nicht erlöschen.

Fast überall gelang es der beispiellosen Aufopferung der Beamten, die Post zurückzuführen, so daß größere Verluste nicht zu beklagen waren.

Nach der Schlacht bei Tannenberg setzte der Feldpostbetrieb wenigstens vorübergehend wieder ein. Es folgten aber wochenlange Schlachten und Märsche, Verschiebungen, Vor- und Rückmärsche, Umgruppierungen, neue Schlachten, Neuaufstellungen - immer mußten neue Feldpostanstalten in größter Eile ausgerüstet werden. Diese Schwierigkeiten dauerten bis zum September 1915 an.

Am 1. September 1914 waren die ersten Lastkraftwagen für die Feldpost auf dem Plan, und nun wurde mit allen Kräften daran gearbeitet, den zum Teil schon in Feindesland vordringenden Truppen die alte und neue Feldpost nachzuführen. - Alle Schwierigkeiten, die sich im Westen dem Feldpostbetriebe nach dem Überschreiten der Grenze entgegengestellt hatten, traten in dem von den Russen zerstörten Gebiete doppelt hervor. Regen, Kälte und Schnee setzten früh ein. Die geringe Besiedelung des Landes, die weiten Entfernungen von Ort zu Ort, der Mangel an Eisenbahnen und festen Straßen machten sich überall in übelstem Maße fühlbar. Die Arbeit von Mensch und Pferd ging bis zur völligen Erschöpfung. Wo es angängig war, wurden mit Pferden betriebene Förderbahnen mitbenutzt; eilige Post geringeren Umfangs mußte sogar vielfach durch einzelne Reiter vorwärtsgebracht werden. Überall war die Unterkunft mangelhaft, und an der Eisenbahn lagen nicht nur die Bahnhöfe, sondern auch alle Gebäude im näheren Umkreis in Trümmern. Wochenlang in bitterster Winterkälte waren zerschossene Eisenbahngüterwagen für die Feldpost der Unterschlupf. Die aufgeweichten Straßen schienen unüberwindlich. Noch im Februar 1915 gebrauchte die Feldpost einer Landwehrdivision in zäher Arbeit 12 Stunden, um eine nur 4 km lange Wegestrecke zu überwinden. Anfang Februar mußte überdies aus militärischen Gründen eine längere Briefsperre durchgeführt werden.

Von der im September 1914 erfolgten Bildung einer 9. Armee in Südpolen erhielt die Reichspostverwaltung erst Kenntnis, nachdem die Armee gebildet war. Postkraftwagen und sonstige Fahrzeuge waren daher nicht bereit. Alle verfügbaren Wagen wurden von den Munitions- und Proviantmagazinen mit Beschlag belegt; die Eisenbahnen waren nicht betriebsfähig. So konnte auf dem Vormarsch bis in Höhe von Kielce den Feldpostanstalten nur vereinzelt Post zugeführt werden. Die Folge war eine ungeheure Anhäufung der Post im Rücken der Armee und eine Verzögerung von Tagen und Wochen in der Überkunft an die Truppen. Von 15 000 Beuteln, die sich binnen kurzem angesammelt hatten, konnten schließlich vom 15. - 21. Oktober 1914 den über Kielce wieder zurückgehenden Truppen 10 000 Sack überbracht werden, die dabei teilweise bis zu 100 km landeinwärts zu befördern waren; der Rest mußte auf Umwegen nach Petrikau geleitet werden, wo mittlerweile auch über Czenstochau neue umfangreiche Post zusammengekommen war, deren Weiterleitung an die Feldpostanstalten erst in den letzten Tagen des Oktober gelang.
Nach der Rücknahme der Armee auf die Linie Sieradz - Czenstochau und südlich begannen dann Anfang November erhebliche Umgruppierungen an der Eisenbahnstrecke Tarnowitz - Kempen - Gnesen - Thorn, die auch die Feldpost stark in Mitleidenschaft zogen. Neue Schwierigkeiten ergaben sich Mitte November, als mehrere Divisionen plötzlich mit unbekanntem Ziel in südöstlicher Richtung abmarschierten. Nun ging zwischen den Umladestellen und den Feldpostanstalten die Fühlung tagelang verloren, zumal die Telegraphenleitungen überlastet und die Fernsprecher ausschließlich für militärische Zwecke beschlagnahmt waren.

Zwischen dem deutschen Grenzbahnhof Stralkowo und Kolo entstand ein Pendelbetrieb von Postfuhrwerken. Die Menge der so nach Kolo vorgebrachten Post war oft so stark, daß für 1 Division an einem Tage häufig bis zu 27 Fahrzeuge eingesetzt werden mußten. Als Ausgang November die Feldpostanstalten weiter auf Lodz vorrückten, mußte der Kurs Stralkowo - Kolo sogar bis Lendzyca auf 132 km verlängert werden. Am 6. Dezember wurde zwar die Bahn Thorn - Wloclawek fertig, sie konnte für die Post aber nicht sofort frei gemacht werden. Die Transporte waren also auf die grundlosen Straßen neben der Bahn angewiesen. Zwischen Wloclawek und

Kutno hatten die Russen zudem über den Weg große Gräben gezogen, oft mehrere hintereinander, die bis obenhin mit Schlamm gefüllt waren. Für die Lastkraftwagen waren die Wege in diesem Zustande völlig unpassierbar, und für die Pferdefuhrwerke mußte Vorspann gestellt werden, auch nachdem die gänzlich unpassierbaren Wegestellen mit Steinen, Balken, Brettern und Knüppelholz notdürftig überbrückt worden waren. Ein schnelles Vorwärtskommen war ausgeschlossen. Eine Feldpost mühte sich volle 5 Tage, um beim Vormarsch von Wloclawek bis Kutno eine Strecke von 55 km zu bewältigen.

Auf den übrigen Zuführungslinien des Ostens waren die Verhältnisse kaum besser. Die Post blieb zuweilen tagelang aus. Den angestrengtesten Bemühungen aller Dienststellen, deren Leitung der Geh. Oberpostrat Stenger als Sonderkommissar des Reichspostamts übernommen hatte, gelang es endlich, Anfang Januar 1915, die Postzuführung einigermaßen regelmäßig zu gestalten; aber auch später noch war der Feldpostbetrieb wiederholt schweren Stockungen ausgesetzt. Die Truppen fanden zum Teil wochenlang keine Gelegenheit, die unanbringlichen Sendungen an die Feldpostanstalten zurückzugeben, und nun strömte eine schier unübersehbare Menge solcher Sendungen der Feldausgleichstelle zu, die mittlerweile in Lodz geschaffen war. Bei der 10. Armee brachte ein Bataillon an einem Tage unbestellbare Post von vier Monaten zurück. Viele Sendungen mußten ohne weiteres nach der Heimat zurückgeleitet werden, weil der Versuch ihrer Zustellung an den Adressaten gänzlich zwecklos war.

4. Die Feldpost im Stellungskrieg, ihr Ausbau im Westen, Osten, Orient, in Kleinasien und in den Kolonien.

Erst nachdem die Truppen im Westen und Osten feste Stellungen bezogen hatten und die Armee- und Etappengrenzen festgelegt worden waren, konnte der Ausbau der Feldpost im Operations- und Etappengebiet der einzelnen Armeen zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Die Postversorgung mußte dabei auf zahlreiche neue Verwaltungsstellen, Fabrikbetriebe, landwirtschaftliche Anlagen usw. ausgedehnt werden, die inzwischen eingerichtet worden waren.

Auf allen wichtigeren Verkehrsstrecken in der Heimat verkehrten wieder Schnellzüge, so daß die Beförderung der Feldpost in den Bahnpostwagen der Schnellzüge erfolgen konnte. Einzelne Schnellzüge mit heimatlichem Bahnpostpersonal fuhren sogar tief in das Etappengebiet einzelner Armeen hinein. Von größter Bedeutung für die gleichmäßige Beförderung der Feldpost, besonders der Päckchenpost, wurden jetzt die von dem Feldoberpostmeister von vornherein als notwendig angestrebten, in besonderem schnellen Fahrplan verkehrenden Postsonderzüge, die, von den Leitpunkten ausgehend, möglichst bis zu den vordersten Umschlagstellen der Armeepostdirekturen vorgeführt wurden. Von dem regelmäßigen Eingang der Eisenbahnzüge bei diesen Umschlagstellen war die pünktliche Abfertigung der Anschlußposten nach den Frontpostanstalten naturgemäß abhängig. Größere Verspätungen stellten die Ausgabe der Postsachen an die Truppen für denselben Tag in Frage und zwangen ein zahlreiches Personal von Beamten, Unterbeamten, Aushilfskräften an Soldaten oder Gefangenen, Begleitern, Postillionen und Kraftwagenführern - oft stundenlang - auf den schutzlosen Bahnhöfen mit den Gespannen und Kraftwagen beschäftigungslos auszuharren. Um welche Mengen es sich jedesmal handelte, zeigt eine Feststellung vom Ende 1915, wonach für jede Armee durchschnittlich täglich zwölf volle Eisenbahngüterwagen einliefen. Nachdem sich der Eisenbahnpostverkehr eingespielt hatte, konnte schließlich erreicht werden, daß die Beförderungsdauer der Briefsendungen nach dem Felde durchschnittlich nur 2 - 3 Tage, für Päckchen nur 4 - 6 Tage betrug. Ein solches Ergebnis wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht entsprechend dem guten Verhältnis der Eisenbahn zur Post in der Heimat, auch die Feldpost bei dem Chef des Feldeisenbahnwesens, Exzellenz Gröner, und seinen Dienststellen tatkräftige Unterstützung und Berücksichtigung gefunden hätte.

Von den Armeepostdirektoren wurden auf den Eisenbahnlinien ihres Abschnitts regelmäßige Schaffnerbahnposten, auf den Landstraßen Feldpostkurse eingerichtet und neue Querverbindungen mit den Nachbararmeen hergestellt, die, wie es am offenkundigsten bei der Schaffnerbahnpost (Gent) - Thielt - Valenciennes - Charleville (Metz) zutage trat, mit engem Anschluß zusammenhängend über die ganze Westfront verliefen.

Von besonderer Wichtigkeit blieb die dauernde Verbesserung der schnellen und zuverlässigen postalischen Verbindung zwischen den Armee-Oberkommandos und zwischen diesen und dem Großen Hauptquartier. Für den Feldoberpostmeister trat November 1916, als das Große Hauptquartier von der Westfront nach Pleß verlegt wurde, ein Feldoberpostinspektor West als sein unmittelbarer Vertreter für die Westfront in Tätigkeit. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz waren in gleicher Eigenschaft die Feldoberpostinspektoren Ost, Südost und Balkan eingesetzt worden.

Alle den Feldpostdienststellen amtlich bekanntgewordenen Veränderungen mußten streng geheimgehalten werden, auch gegenüber allen Heeresangehörigen. Das war besonders bei der Vorbereitung größerer Operationen dringend geboten. Es ist der Postverwaltung immer gelungen, dieser Notwendigkeit gerecht zu werden, ohne die Abwicklung des Postverkehrs wesentlich zu beeinträchtigen. Den besten Beweis dafür boten die von dem Armeepostdirektor der 5. Armee in aller Heimlichkeit getroffenen weitgehenden Vorkehrungen vor der großen Offensive gegen Verdun. Da der rege feindliche Nachrichtendienst bei Briefsendungen aus dem Felde aus der Feldadresse in Verbindung mit der Angabe des Aufenthaltsortes der Absender auf die Zusammensetzung der Truppenteile usw. schließen konnte, wurde den Heeresangehörigen allgemein verboten, in ihren Briefen und Postkarten vor das Datum den Aufgabeort anzugeben.

Im Oktober 1914 wurde für 7 Tage versuchsweise das Meistgewicht der Feldpostsendungen nach dem Felde von 250 g auf 500 g (mit Verpackung 550 g) erhöht und für diese schwereren Sendungen ("Päckchen") ein Porto von 20 Pf. festgesetzt. Die Päckchen wurden nach weiteren Versuchen vom Februar 1915 ab dauernd beibehalten, zunächst nur in der Richtung nach dem Felde, Ende 1916 auch in der Richtung nach der Heimat.

Ebenfalls im Oktober 1914 und gleichfalls für 7 Tage wurde die Einrichtung zugelassen, daß aus der Heimat über Aufgabepostanstalt und Militärpaketdepot Pakete bis zum Gewicht von 5 kg gegen eine Gebühr von 25 Pf. auf Gefahr des Absenders ins Feld gesandt werden konnten, um die Angehörigen des Heeres mit kleineren Bekleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen zu versehen, die ihres Gewichts wegen zur Beförderung mit der Feldpost nicht geeignet waren. Die Beförderung und Ausgabe der Pakete war Sache der Heeresverwaltung, die Feldpost leistete aber bei der Unterbringung der Sendungen sehr nachdrückliche Hilfe, da es den Militärempfangsstellen besonders an den nötigen Übersichten für die richtige Weiterleitung der Pakete an die Truppen fehlte. Die bei dem Verfahren gemachten Erfahrungen führten zur Wiederholung des Versuchs für die Zeit vom 23. - 30. November 1914 (Weihnachtspakete) und zur dauernden Einrichtung des Privatpäckereidienstes.

Besondere Maßnahmen erforderte die Zuführung der Feldpost an Kranke und Verwundete in den Kriegslazaretten. In ihnen herrschte ein dauernder Wechsel, viele Sendungen blieben deshalb unanbringlich. In Orten mit mehreren Lazaretten mußten die Sendungen von Lazarett zu Lazarett gegeben werden. Mit Unterstützung der Chefärzte wurde Abhilfe geschaffen, indem die Krankentransportabteilungen oder ein bestimmtes Lazarett für Postzwecke einen besonderen Nachweis der Kranken und die Bearbeitung und Verteilung der Sendungen übernahmen. Umfangreiche Poststellen mit Listen und Kartotheken für die Lazarettinsassen wurden angelegt und Feldpostbeamte und Schaffner vorübergehend den Lazaretten zugeteilt. Die Erfolge dieser Maßnahmen waren überraschend; mehr als 90% aller Sendungen konnten schließlich untergebracht werden.

Mit welchen Schwierigkeiten technischer Natur die Postverwaltung zu kämpfen hatte, sei an dem so unscheinbaren Beispiel der "Briefbeutel" gezeigt. Die Beschaffung der für die Feldpost erforderlichen Briefbeutel verursachte der Reichspostverwaltung dauernd erhebliche Kosten, die sich bis März 1915 bereits auf über 3 Millionen Mark beliefen. Es trat ein gewaltiger Verbrauch an Beuteln ein, so daß ihr Umlauf und Nachweis auch bei der Feldpost besonders geregelt werden mußte. Die Briefbeutel wurden vielfach nicht zurückgegeben, weil die Truppen sie zu allen möglichen anderen Zwecken verwendeten. Es wurden damit Wände bezogen, Türen und Fenster verhängt und Bettstellen gepolstert, sogar bei den Landeseinwohnern wurden deutsche Briefbeutel entdeckt. Gelegentliche Quartierdurchsuchungen führten immer wieder zahlreiche zum Teil leider aufgeschnittene Briefbeutel zutage.

Die Vermehrung der Postkraftwagen führte bald bei jeder Armee zur Bildung eines Postkraftwagenparks mit Reparaturwerkstatt, für die fachmännische Kräfte aus dem Personal entnommen wurden. Es konnten nunmehr den Frontpostanstalten im Bedarfsfall Ersatzwagen gestellt und kleinere Instandsetzungen ohne Inanspruchnahme der Werkstätte der Kraftfahrtruppen ausgeführt werden. Diese erhielten übrigens von dem Chef des Feldkraftfahrwesens, Oberst Meyer, der dem Kraftwagenverkehr der Feldpost selbst ein lebhaftes Interesse zuwandte, die Weisung, die Feldpost in jeder Beziehung - auch durch Hergabe von Ersatz- und Aushilfswagen - zu unterstützen. Durch die Umwandlung der Postkraftwagenparks in militärische Kraftwagenstaffeln verloren die Armeepostdirektoren später leider die freie Verfügung über die Kraftwagen.

Die deutschen Offensiven und die Abwehrmaßregeln bei großen Angriffen der Feinde brachten einen dauernden Wechsel in der Stärke und Zusammensetzung der einzelnen Armeen mit sich, dem die Feldpost auch in ihrem Personalbestande und in ihren Verkehrseinrichtungen Rechnung zu tragen hatte. Es wäre unwirtschaftlich und auch nicht durchführbar gewesen, notwendige Verstärkungen der Feldpost aus der Heimat heranzuholen, während bei einer anderen Armee vielleicht ein vorübergehender Überfluß an Beamten und Material vorhanden war. Es wurde deshalb vom Feldoberpostmeister ein dauernder Ausgleich des Feldpostpersonals und des Materials an Pferden, Fuhrwerken und Kraftwagen durchgeführt. Er beschränkte sich nicht auf denselben Kriegsschauplatz; es fanden vielmehr im Lauf des Krieges zahlreiche und umfangreiche Überweisungen vom Westen zum Osten und zum Balkan und umgekehrt statt. Sie wurden von dem gewissenhaften Personal gewandt ausgeführt. Selbst einzelne Postschaffner und Postillione haben dabei in wochenlangen Transporten auf Eisenbahnen und Landstraßen ihre Pferde und Wagen in fernem Lande wohlbehalten abgeliefert, nachdem sie in zäher Beharrlichkeit alle Hindernisse, Verpflegungsschwierigkeiten und sogar Angriffe auf ihre Person und auf das ihnen anvertraute Gut, selbst oft tagelang hungernd und frierend, überwunden hatten.

Im Verlauf des Stellungskampfes trat mehr und mehr der Unterschied in der Verwendung der Truppen der Armeekorps und Divisionen, welche die vordersten Stellungen besetzt hielten und in wechselnden Zeiträumen zurückgezogen oder abtransportiert wurden, und derjenigen Truppen hervor, die in der Regel dauernd in ihrer Armee und in ihrem Kampfabschnitt verblieben, wie es bei der Fußartillerie, den Fliegern, den Fliegerabwehrbatterien, Armierungsbataillonen, Kolonnen, Parks usw. meist der Fall war. Rückte die Division ab, so entstanden für die Postversorgung der zurückbleibenden Truppen auch dann Verzögerungen und Schwierigkeiten, wenn an die Stelle der alten sofort eine neue Division trat. Selbst wenn der Armeepostdirektor sofort die Umschreibung der "Armeetruppen" oder "bodenständigen Truppen", wie sie genannt wurden, auf die neue Feldpostanstalt veranlaßte, liefen zahlreiche Sendungen tage- und wochenlang zu der Feldpostanstalt der vielleicht sogar nach einem ganz anderen Kriegsschauplatz abgerückten Division. Es war also notwendig, den bodenständigen Truppen eine besondere Feldpostadresse zu geben. Das geschah in der Weise, daß den Feldpostanstalten der Divisionen eine Feldpoststation angegliedert wurde, die lediglich eine Nummer, wie "Feldpoststation 1010", trug. Wurde die Division nun aus der Stellung zurückgezogen, so verblieb die Feldpoststation in dem Abschnitt und

trat zu der Feldpostanstalt der neuen Division über.

Feldpost einer Kompanie wird vom Feldpostamt abgeholt.

In treuer Waffenbrüderschaft hat die deutsche Feldpost auf allen Kriegsschauplätzen, wo deutsche Verbände an der Seite österreichisch-ungarischer, bulgarischer oder türkischer Truppen kämpften, die Verteilung und Beförderung auch der fremden Post übernommen, wenn andere Feldpostanstalten fehlten. In größerem Umfange erfolgte diese Vermittelung in den Karpathen und in der Dobrudscha, in Mazedonien, am Doiransee und Vardar, im Cernabogen für die türkischen Divisionen und Detachements, für die bulgarischen Truppen und auch für die zuletzt an die Westfront herangezogenen österreichisch-ungarischen Truppen bei der 5. Armee. In der Dobrudscha wandten sich die türkischen Truppen im September 1916 zunächst an die bulgarische Landespost; dann trat auf Wunsch der türkischen Kommandostellen die deutsche Feldpost ein. Zwischen Sofia und Konstantinopel wurden besondere regelmäßige Briefversande eingerichtet, und Ende 1917 wurde sogar ein von der deutschen Feldpost unterhaltener Kurierdienst von Brest-Litowsk über Sofia nach Konstantinopel für die Türkei und Bulgarien geschaffen. Die Zuverlässigkeit der deutschen Feldpost wurde allgemein anerkannt. Überall ergriff sie die Gelegenheit, wenn es galt, die Postverhältnisse zu bessern. Auch die österreichisch-ungarischen Feldposten und die bulgarische Post haben übrigens wiederholt die Beförderung deutscher Feldpost übernommen.

Wie sich der Feldpostverkehr in Serbien, Mazedonien, Bulgarien, Rumänien, Kleinasien usw. abgewickelt hat, soll wenigstens im Umriß geschildert werden. Als die 11. Armee gegen Serbien eingesetzt wurde, erfolgte im Oktober 1915 der Übergang über die Donau und der Vormarsch die Morawa aufwärts ins Vardartal bis zur griechischen Grenze. Dem Übergang über die Donau folgte ein wochenlanger, mühseliger Marsch durch ganz Serbien. Der Nachschub auf der langen Strecke Oderberg - Budapest - Belgrad - Nisch - Üsküb - Köprülü - Prilep - Monastir - Ochrida blieb immer schwierig, da die notdürftig hergestellten Straßen, Brücken und Eisenbahnen in Serbien dauernde Instandsetzungen erforderten und Unterbrechungen und Entgleisungen an der Tagesordnung waren. Die Züge verkehrten unregelmäßig, die Landstraßen waren unsicher. Geordnete Verhältnisse traten erst ein, als die Verwaltung der Eisenbahnen in deutsche Hände überging. Auf der 40 km langen Paßstraße Drenowo - Prilep, die bis 900 m ansteigt, waren die Wege lange Wochen vereist und an den Rändern bis zu ½ m tief versumpft, so daß die Lastwagen im Schlamm stecken blieben, wenn sie auf dem Glatteis abgerutscht waren. Sie brauchten zu der Fahrt über die Paßstraße oft mehrere

Tage, Postfuhrwerk, woran Mangel war, noch weit mehr Zeit, und den Truppen war eine regelmäßige Abholung bei den in Prilep gelegenen Feldpostanstalten wegen der großen Entfernungen und beschwerlichen Wege häufig nicht möglich. Zur Beförderung mußten deshalb serbische Gebirgswagen und Tragtierkolonnen herangeholt werden. Auch sie hatten mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Obwohl die leichten Wagen mit 4 Pferden bespannt wurden, blieben sie auf den verschlammten Wegen häufig stecken und froren bei Eintritt des Frostes fest, so daß sie während der Nacht unbeweglich auf der Straße beharren mußten. Die Tragtierkolonnen wanderten auf schmalen Saumpfaden in Höhe von mehr als 1200 m, wobei es wiederholt vorkam, daß die Postsäcke durch Scheuern an den Felsblöcken und an Dorngestrüpp aufrissen und Briefe und Päckchen in die tiefen Schluchten herabfielen, aus denen sie nicht wieder herausgeholt werden konnten. Menschen und Tiere hatten unter dem Klima und infolge der schlechten Unterkunft schwer zu leiden. Während der Winter kalt und naß gewesen war, setzte im Sommer eine trockene, erschlaffende Hitze mit Malaria-, Fieber- und Darmkrankheiten ein.

Im Mai 1916 fand übrigens ein vorübergehender Briefaustausch zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien einerseits und Griechenland andrerseits durch Vermittlung der deutschen Feldpost statt. Die Post nach Griechenland ging mit der Eisenbahn bis Gradsko, von da mit Kraftwagen nach Monastir und weiter mit Pferdewagen nach Corca an der griechischen Grenze. Dieser Verkehr mußte aber bald eingestellt werden, als serbische Truppen über Florina hinaus nach Westen vorstießen.

An der bulgarischen Südfront übernahmen im Winter 1916/17 bulgarische Schaffnerbahnposten die Beförderung der deutschen Feldpost an die daselbst kämpfenden deutschen Abteilungen und Stäbe, und deutsche Feldpostschaffner beförderten die Geld- und Wertsendungen in wöchentlichen Rundfahrten von Sofia aus, dem Standort einer deutschen Feldpoststation.

Ähnlich waren die Einrichtungen für die über ganz Bulgarien verstreuten deutschen Truppenabteilungen. Auf denjenigen Eisenbahnlinien, auf denen regelmäßig eine größere Ladung an Feldpost fortzuschaffen war, erfolgte die Beförderung durch deutsche Feldpostschaffner im Packwagen, sonst durch die bulgarische Landespost. Wo deutsche Formationen in größerer Zahl und Stärke vorhanden waren, wurden deutsche Feldpoststationen eingerichtet. Zur Beförderung und Annahme von Geld- und Wertsendungen waren auch hier besondere Feldpostschaffner eingestellt, die wöchentlich zweimal regelmäßige Rundfahrten unternahmen. Wenn sich an einem Orte die Beschäftigung eines Beamten nicht verlohnte, wurden Postumschlagstellen mit Annahme- und Ausgabebefugnissen unter der Leitung eines Feldpostschaffners, sogenannte Feldposthilfsstationen, eingesetzt.

Als die deutschen Truppen aus Bulgarien über die Donau gingen, wurden österreichische Donaudampfer zum Transport der Feldpost herangezogen und, als die Truppen ostwärts bis über Bukarest hinaus vorstießen, besondere Postkolonnen gebildet, bis die Eisenbahnen in Rumänien wieder benutzt werden konnten.

Für das 4. griechische Korps, das nach Görlitz überführt worden war, wurde durch die bulgarische Generaldirektion der Posten und Telegraphen und die bulgarische Feldpost eine Beförderung von Briefen der Angehörigen des Korps nach Mazedonien eingerichtet, wozu auch die deutsche Feldpost ihre Unterstützung lieh.

Der Einfall der Rumänen in Siebenbürgen Ende August 1916 führte zur Aufstellung einer neuen deutschen (9.) Armee in Südungarn. Der Armeepostdirektor 15 mußte zunächst die Postversorgung der deutschen Truppen bei der 7. österreichisch-ungarischen Armee in den Waldkarpathen sicherstellen. Während die Feldpost auf den ungarischen Eisenbahnen bis dahin durch ungarisches Postpersonal befördert worden war, konnten nun eigene deutsche Schaffnerbahnposten eingerichtet

werden, wodurch der Nachschub der Post wesentlich gebessert wurde. Die Unbilden der Witterung machten sich bald bemerkbar. Der harte Winter brachte hohen Schnee, Anschlußverfehlungen und Zugentgleisungen häuften sich, so daß die Zuführung der Post an die Truppen immer schwieriger wurde. Auf hohen Bergen mußten Zweigstellen der Feldpostanstalten den ganzen Winter hindurch unterhalten und versorgt werden. Wiederholt stürzten Fahrzeuge von den schmalen, jäh zu den Flußtälern abfallenden Straßen in die Tiefe. Tragtiere und Schneeschuhläufer brauchten oft 2 - 3 Tage, um die Post wenige Kilometer vorzubringen. In den transsylvanischen Alpen mußten sich die Postkolonnen unter Führung von Feldpostsekretären und Feldpostschaffnern in langem, unübersehbarem Zuge auf den schmalen, mit Transporten aller Art überfüllten Straßen mit Hilfe der großen Divisionstragtierkolonnen zu den vorgeschobenen Feldpostanstalten heraufarbeiten. Die Vorbringung von nur 420 Sack Post für ein Jägerregiment erforderte beispielsweise die Mitwirkung von 50 Panjewagen und 195 Tragtieren einer k. u. k. Tragtierstaffel. Die Anforderungen, die dabei an die Verantwortung, Energie, Umsicht und Kräfte der Führer gestellt werden mußten, waren sehr erheblich. Unter ungemeinen Anstrengungen mußte auch die Überschreitung der hohen, steil ansteigenden Paßstraßen bewerkstelligt werden. Auf die Überwindung des Gebirges folgte der rasche Vormarsch in der Walachei, wo die Eisenbahnen und Brücken zerstört und gebrauchsfähige Lokomotiven und Eisenbahnwagen kaum vorhanden waren. In geradezu fürchterlichem Zustande befand sich die Straße, die über Targu Jiu - Filiasu nach Craiova führt. Ihre aufgewühlte und zerfahrene Decke war nur noch ein Morast, und mit ihren vielen, äußerlich nicht sichtbaren Granattrichtern, den gesprengten und notdürftig wieder hergerichteten Brücken und ihren trügerischen Furten wurde die Straße ein Massengrab für Fuhrwerke und Kraftwagen. Auf der Eisenbahnstrecke Targu Jiu - Craiova konnte aber bald wenigstens ein Schienenautobetrieb für die Postbeförderung nutzbar gemacht werden. Die militärischen Kraftwagenkolonnen halfen auch hier, soviel sie konnten. Auch sie kamen allerdings nur langsam vorwärts. Zum Beispiel erreichte eine ihrer Division nachmarschierende Aushilfskolonne von 50 Proviantwagen, der die Feldpost mitgegeben war, erst vier Wochen später ihre Division. Eine Ochsenkolonne, die ein Postbegleiter zum Transport seiner Ladung requiriert hatte, als die Autos steckengeblieben waren, erreichte die Feldpostexpedition erst nach siebzehntägigem Marsche, ohne daß der Schaffner unterwegs Gelegenheit erhielt, sich telegraphisch oder telephonisch mit seiner Dienststelle in Verbindung zu setzen. Trotz aller Schwierigkeiten verzagten die Leute aber nicht und führten ihre Aufträge mit der größten Beharrlichkeit durch. In einem Falle nahm ein Feldpostschaffner kurz entschlossen die Geldbriefbeutel mit wertvollem Inhalt auf den Nacken und marschierte zu Fuß 150 km weit seiner Feldpostexpedition nach, die er auch wohlbehalten erreichte.

Eine betrübliche Erscheinung bildete die Unzuverlässigkeit und das Übelwollen der ungarischen Eisenbahner, auf deren Hilfe die deutsche Feldpost in Ungarn leider angewiesen war. Besonders oft wurden die Päckchenwagen, die von Dresden nach Bukarest 3 Wochen und länger unterwegs waren, auf ungarischen Stationen unnötig aufgehalten und beraubt, so daß den Güterwagen zur Sicherung gegen Diebstahl schließlich Begleiter beigegeben werden mußten, die bei strenger Kälte in ungeheizten Wagen tagelang auf kalte Kost angewiesen blieben.

Im Gegensatz zu diesen unerquicklichen Verhältnissen hat sich die Kameradschaft der österreichisch-ungarischen Feldposten und Truppen vielfach bewährt. Immer waren sie bereit, zu helfen. Anfang August 1917 beförderte, um einen besonderen Fall zu nennen, ein österreichisch-ungarisches Flugzeug die Briefpost für zwei von ihrer Division abgekommene deutsche Regimenter, die auf anderem Wege nicht erreichbar waren, auf dem Luftwege über das unwegsame Grenzgebirge hinweg nach Focsani.

Der Vormarsch der deutschen Truppen in die Ukraine brachte der Feldpost ein neues Wirkungsfeld und führte 1918 zur Einrichtung einer Postzentrale in Kiew und zahlreicher Feldpoststationen in der Ukraine, am Nordufer des Schwarzen Meeres und auf der Halbinsel Krim. Ihr Verkehr erhielt besondere Bedeutung dadurch, daß nach Abschluß des Wirtschaftsabkommens Deutschlands mit

der Ukraine zur Erfassung der Ausfuhrgegenstände - Getreide, Lebensmittel und Rohstoffe - eine Reihe von deutschen wirtschaftlichen Einrichtungen ins Leben traten, die hinsichtlich des Postverkehrs auf die deutsche Feldpost angewiesen waren. Die Feldpostanstalten in Odessa, Nikolajew, Sewastopol usw. und im Kaukasus und für die Deutsche Delegation im Kaukasus konnten auch mit der deutschen Feldpost in Konstanza Verbindung halten. Zwischen Odessa und Konstanza verkehrten zwei Dampfer ziemlich regelmäßig, zum Teil ging die Post nach der Heimat auch mit Gelegenheitsdampfern von Odessa nach Konstantinopel. Nach der Ostküste des Schwarzen Meeres war die Beförderung mangels einer regelmäßigen Dampferverbindung leider häufig unterbrochen.

Der Austausch der Post zwischen den deutschen Truppen in den Balkanländern und mit der Türkei erfolgte zunächst in geschlossenen plombierten Sammelsäcken zwischen der deutschen Feldpost in Sofia und der Feldpost der deutschen Militärmission in Konstantinopel durch Vermittlung der bulgarischen und türkischen Landespost; das Einsetzen eines besonderen deutschen Heeresgruppenkommandos in der Türkei mit dem Stützpunkt in Konstantinopel machte aber bald die Einrichtung einer eigenen Postbeförderung durch deutsche Postbegleiter zwischen Sofia und Konstantinopel nötig, die zweimal wöchentlich in Transportzügen mit deutschem Personal ausgeführt werden konnte.

In Kleinasien waren deutsche und österreichisch-ungarische Truppenabteilungen an den Dardanellen, in Palästina, im Ostjordangebiet, auf der Sinaihalbinsel und in Mesopotamien in zahlreichen kleinen Kommandos verschiedener Spezialwaffen eingesetzt. Mitte 1917 folgten einige höhere deutsche Stäbe und geschlossene Verbände, für die nach ihrer Vereinigung mit osmanischen Truppen dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe "Jildirim" eine eigene deutsche Feldpostanstalt beigegeben wurde. Sie hatte nicht nur für den Stab und die geschlossenen Abteilungen zu sorgen, sondern vor allem für die über das ganze große Gebiet verstreuten kleinen und kleinsten Verbände, für die zeitweilig mehr als ein Dutzend postalischer und militärischer Annahme- und Ausgabestellen in Tätigkeit waren. Auch die geringe türkische Post und die der dort eingesetzten österreichisch-ungarischen Formationen mußte mitbefördert werden. Die aus Deutschland täglich eingehende Post konnte nach den Eisenbahnverhältnissen nur zweimal in der Woche weiterbefördert werden; besonders war ein regelmäßiger Zugverkehr auf der zuletzt 2000 km langen Bagdadbahn, von der die Taurustunnelstrecke leider erst im September 1918 fertiggestellt werden konnte, nicht zu erreichen. Zahlreiche Umschlagstellen mußten deshalb auf den Bahnhöfen unterhalten werden. Von großer Bedeutung wurde für die Feldpost die von der Bagdadbahn bei Aleppo nach dem Süden abzweigende Anschlußbahn, die nach der Sinaifront und nach Palästina führte. Die Beförderung der Post auf den Eisenbahnen war nicht ungefährlich, weil sie zum großen Teil auf Holzfeuerung eingerichtet waren, die in der heißen Jahreszeit einen starken Funkenflug verursachte. Wo die Eisenbahnen aufhörten, mußten in dem ungeheuren Gebiet die mannigfaltigsten Beförderungsmittel verwendet werden. Wenn Lastkraftwagen und Krafträder fehlten oder wegen der Wegeverhältnisse nicht verwendet werden konnten, mußte auf die landesüblichen Fuhrwerke und auf Kamele zurückgegriffen werden. Auch Flugzeuge wurden besonders im Osten bis zur persischen Grenze zur Postbeförderung herangezogen, ebenso im Euphrat- und Tigrisgebiet Boote, die die Post stromabwärts beförderten.

Die Menge der innerhalb eines Jahres bei der deutschen Feldpost in der Türkei von einem Personal von nur 15 Beamten, 44 Unterbeamten und 30 deutschen und türkischen Aushilfskräften bearbeiteten Postsendungen kann auf 13 Millionen veranschlagt werden - eine Leistung, die wegen der Hindernisse, die aus der Entfernung von der Heimat, der Unzulänglichkeit der türkischen Verkehrseinrichtungen, der großen Ausdehnung des Landes und aus den klimatischen Verhältnissen erwuchsen, nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Aus dem Schlußbericht der Feldpostanstalt sei ein Satz wörtlich wiedergegeben, der die vielseitigen

Verhältnisse besonders reizvoll schildert:

> "Die Post gelangte aus der Heimat bis in die öden leblosen Steppen und Wüsten, in die wildzerklüfteten, kahlen Felsberge, in steinige, ungangbare, während der Regenzeit von reißenden Strömen ausgefüllte Trockentäler, in die Zufluchtstätten der Verwundeten und Kranken, die deutschen Lazarette dicht hinter der Front und in größeren Etappenorten und in die freundlichen Genesungsheime am blauen Mittelmeer, auf den erfrischende Höhenluft spendenden, immer in üppiger Vegetation prangenden Libanon nicht täglich und schnellstens in 14 Tagen. Aber gerade deshalb war die Freude um so größer, die auch die vom harten Kampf in sengender Sonnenglut Müden und Matten, die von markzehrendem tückischen Fieber Niedergeworfenen neu belebte, wenn es hieß: »die Post ist da«."

Als Anfang Oktober 1917 die Besetzung der baltischen Inseln durch die 8. Armee unter Mitwirkung der Marine erfolgte, nahm auch die Feldpost an dem Unternehmen teil. Umfangreiche Vorbereitungen, wie Ein- und Ausladeübungen, gingen voraus; auch eine lange Briefsperre wurde verhängt. Die erste Landung erfolgte bei Arensburg auf der Insel Ösel, wo sogleich am Hafen eine Umschlagstelle, im Orte eine Feldpoststation eingerichtet wurde. Bei hohem Seegang war später die Landung der Post oft tagelang unmöglich. Auf Dagö und Moon wurden im Verlauf der Besetzung ebenfalls Ausgabestellen eröffnet, von wo aus die Post durch Kraftwagen oder durch Kolonnen mit erbeuteten Fahrzeugen oder auf schnell hergerichteten Feldbahnen weiterzubefördern war. Die dienstliche Post wurde mit Depeschenbooten von Libau nach Arensburg befördert, die Privatpost mit Gelegenheitsfrachtdampfern, bis Ende Oktober 1917 eine regelmäßigere Briefpostfahrt durch Torpedoboote in Gang kam. Ende November 1917 setzten Stürme, Nebel und Eisgang ein, die zu einer vierzehntägigen Pause zwangen, bevor es gelang, den Landweg über Riga zu benutzen. Auch Flugzeuge, die leider die Post nicht vollständig mitnehmen konnten, und Eisbrecher wurden zur Postbeförderung herangezogen. Beim Vormarsch der deutschen Truppen nach Livland und Estland wurde schließlich auch auf den Alandsinseln vorübergehend eine Feldpoststation eingerichtet.

Die in Finnland operierende Ostseedivision hatte eine eigene Feldpostanstalt, die ihre Post durch die Schiffe erhielt, die seit Mitte April 1918 regelmäßig zwischen Reval und Helsingfors verkehrten.

Der Angriff der 14. Armee gegen Italien im Herbst 1917 stellte die Feldpost vor eine neue schwierige Aufgabe. Am 25. September nahm der Armeepostdirektor seine vorbereitende Tätigkeit in Klagenfurt auf. Bereits am 18. September wurde für die sich sammelnden Truppen eine bis zum 19. Oktober verlängerte Briefsperre verhängt. Den Heeresangehörigen war während dieser Sperre lediglich gestattet, die im österreichisch-ungarischen Heere bereits gebräuchliche grüne Feldpostkarte abzusenden, die den in neun Sprachen abgefaßten Vordruck trug: "Ich bin gesund und es geht mir gut" und scherzhaft Kriegsgefangenenkarte genannt wurde.

Von den Karten wurde ein so lebhafter Gebrauch gemacht, daß 2½ Millionen Formulare ausgegeben werden mußten. Der Vormarsch über das Gebirge nach Westen gestaltete sich sehr beschwerlich. Auf den steilen Serpentinen und den zum Teil sehr schmalen, steil abfallenden Straßen war peinlichste Marschordnung notwendig. Die schweren Proviantwagen mußten gegen leichtere Landesfuhrwerke, die Kraftwagen zum Teil gegen Bergsteiger mit stärkeren Motoren ausgetauscht, Hemmschuh und Bergstütze eingesetzt werden. Zur Entlastung des im Gebirge nur schwer unterzubringenden und schwierig zu verpflegenden Trosses wurde von jeder Feldpostanstalt bei der Truppe nur ein kleines Vorkommando belassen. Mit dem Betreten des italienischen Bodens setzte bei den Truppen sofort eine gewaltige Auflieferung von Päckchen mit Seife, Wolle, Webwaren und Lebensmitteln ein, die sich bis zum Dezember 1917 verdreifachte. Die Benutzung der Eisenbahnen zur Postbeförderung konnte nur mangelhaft sein; denn die meist eingleisigen Bahnen reichten kaum hin, den Nachschub an Munition und Kriegsbedarf zu bewältigen. Ihre Verwaltung war zudem ausschließlich in den Händen der österreichisch-ungarischen Behörden, die

natürlich in erster Linie die eigenen Bedürfnisse befriedigten. Gleichwohl konnte mit der Eisenbahn ein gedeihliches Zusammenarbeiten aufrechterhalten werden, so daß der Nachschub aus der Heimat geregelt vor sich ging, nachdem auch die völlig verstopften Landstraßen frei gemacht waren. Das inzwischen bei dem Leitpunkt München aufgestapelte Päckchenlager konnte allerdings erst Anfang Dezember geräumt werden, weil die Armeeleitung die Zustimmung zur Beförderung zu den Truppen versagte, um Störungen der Munitionstransporte zu verhindern. Als der Stellungskampf einsetzte, traten auch für die Feldpost an der italienischen Front bald ruhige Verhältnisse ein.

Das dem Briefpostamt in Berlin angegliederte Marinepostbureau hatte im Frieden die Vermittlung des Postverkehrs mit den Kriegsschiffen im Auslande zu besorgen. Dieser Verkehr hörte zu Kriegsbeginn zunächst auf, konnte aber bald wenigstens für diejenigen Schiffe wieder aufgenommen werden, die neutrale Häfen, z. B. in Holland, den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Türkei aufzusuchen vermocht hatten. Hierzu kam die Post für die Mannschaften gesunkener Schiffe, die im Auslande interniert waren. Für die in außereuropäischen Gewässern befindlichen Mannschaften solcher Schiffe wurden die Postsendungen bis März 1916 in besonderen geschlossenen Beuteln befördert; sie mußten aber später als Kriegsgefangenensendungen behandelt werden, weil die Engländer die Post von den neutralen Dampfern herunterholten und beschlagnahmten. Im Verkehr nach der Türkei handelte es sich zunächst um die Post für die beiden Kreuzer "Breslau" und "Goeben", die über Rumänien geleitet wurde. Als die deutschen Marine- und Heeresabteilungen in der Türkei erheblich verstärkt wurden, übernahm das Marinepostbureau neben der Bearbeitung der Postsachen für die Marine auch die für die Heeresangehörigen, deren Post der Feldpostanstalt der Militärmission in Konstantinopel zugeführt wurde. Auch für die im Adriatischen Meere operierenden deutschen U-Boote konnte eine Postverbindung über Wien und Budapest unterhalten werden.

Das Marinepostbureau bearbeitete außerdem seit Kriegsbeginn die Post für das Marinekorps in Flandern und für die Marineformationen in Kurland. Endlich hatte das Marinepostbureau den gesamten Briefverkehr für die Schiffe, U- und Torpedoboote in den heimischen Gewässern nach geheimen Weisungen der Marinebehörden zu regeln. Sehr erheblich war der Postanweisungsverkehr. 1917 wurden 10 000 Postanweisungen und Zahlkarten im Gesamtbetrage von 420 000 Mk. an die Schiffe übermittelt, während von den Schiffen 70 000 Postanweisungen und Zahlkarten über 9 000 000 Mk. eingingen.

Infolge der sofort bei Beginn des Krieges einsetzenden Absperrung der deutschen Kolonien durch die Engländer war eine regelmäßige und dauernde Überführung der Feldpost von und nach den Kolonien nicht möglich. Es gelang indes im Verlauf des Krieges in einzelnen Fällen deutschen Hilfskreuzern, die Blockade zu durchbrechen und den deutschen Kämpfern in den Kolonien neben Kriegsbedürfnissen auch die so sehnsüchtig erwarteten Nachrichten aus der Heimat zuzuführen. Im übrigen waren unsere braven Kämpfer bei ihrer heldenhaften Verteidigung auf ihre eigenen Hilfsmittel angewiesen.

In **Südwestafrika** wurde Mitte September 1914 innerhalb des Schutzgebiets ein Feldpostdienst eingerichtet, nachdem der Angriff der Südafrikanischen Union gegen die Kolonie eingesetzt hatte. Er beschränkte sich im allgemeinen auf Briefe und Postkarten; Ende Oktober wurden aber auch gebührenfreie Feldpostpakete zugelassen, in denen den Kämpfern hauptsächlich Tabak, Schokolade, Seife, Bücher und Wäsche zugeführt wurde. Der Feldpostverkehr wickelte sich glatt ab, wurde lebhaft in Anspruch genommen und erst mit Beendigung der Kämpfe im Juli 1915 eingestellt. Bei einigen Unternehmungen nahmen die Feldpostbeamten mit der Waffe an den Kämpfen teil. Zur Verbindung der Truppen in dem weiten Gebiet mußten zahlreiche Kriegstelegraphenleitungen gebaut werden, wobei die sachkundigen Postbeamten wertvolle Dienste leisteten. Die Verbindung mit der Heimat unterhielt bis Ende April 1915 die Funkstation Windhuk, die zunächst mit der **Funkstation Kamina in Togo** in Verbindung treten konnte, aber als diese zerstört war, versuchen

mußte, die Funkstation in Nauen unmittelbar zu erreichen. Es gelang nicht immer; aber selbst die wegen der atmosphärischen Störungen spärlichen und zum Teil verstümmelten Nachrichten aus der Heimat gestatteten der Kolonie hier und da einen Überblick über die wirkliche Kriegslage.

In **Kamerun** hatte der letzte Heimatdampfer "Henny Woermann" Duala am 24. Juli 1914 verlassen. Er mußte in Las Palmas nach Amerika abbiegen und schließlich Pernambuko anlaufen, wo er später von der brasilianischen Regierung beschlagnahmt wurde. Für die Postverbindung nach der Heimat stand dem Postamt in Duala nur ein Weg, der über das spanische Munigebiet, Fernando Po und Spanien, offen. Als Duala Ende September 1914 fiel, konnte diese Verbindung von Jaunde aus bis zur Übergabe des Gebiets offengehalten werden. Im inneren Postverkehr des Schutzgebiets wurden zahlreiche neue Postverbindungen hergestellt, wobei auf besonders wichtigen Strecken Motorräder verkehrten. Da die Kabelverbindung Duala - Lome - Teneriffa - Emden nur bis zum 5. August 1914 bestand, konnte der amtliche Telegrammverkehr mit der Heimat nur auf funkentelegraphischem Wege zunächst von der Küstenfunkstelle Duala über Kamina und über Fernando Po für kurze Zeit aufrechterhalten werden und, als auch Duala verloren war, wenigstens eine Funkenempfangsstelle im Innern des Landes unterhalten werden. Für den inneren Telegrammverkehr der Kolonie und vor allem der Truppen wurden auch in dieser Kolonie in ausgedehntestem Umfange neue Leitungen hergestellt, wozu bei dem Mangel an Telegraphenmaterialien entbehrliche Leitungen abgebaut und alle für den Telegraphenbau nur irgend verwendbaren Drähte usw. aus dem ganzen Lande zusammengesucht werden mußten. Der Telegraphendienst konnte auf diese Weise bis zum Verlassen des Gebiets im Februar 1916 notdürftig durchgeführt und trotz der Mängel der Leitungen auf den Hauptlinien sogar mit Morseapparaten betrieben werden.

In **Togo** bestand nur einige Tage ein beschränkter Feldpostdienst zur Verbindung zwischen der **Funkstation Kamina** und der im Nachbarorte Atakpame untergebrachten Europäerkompagnie. Schon am 27. August 1914 mußte die Übergabe der von allen Seiten vom Feinde umringten Kolonie an die Engländer und Franzosen erfolgen. Die Funkstation Kamina, die mit Nauen dauernd Verbindung halten konnte und schon im Frieden für sämtliche deutschen Kolonien in Afrika von der größten Bedeutung war, ist also im Kriege leider nur wenige Wochen in Tätigkeit gewesen. In der kurzen Zeit hat sie aber mit den übrigen Kolonien wertvolle Nachrichten austauschen und auch zahlreiche feindliche Nachrichten von Bedeutung auffangen können. Es gelang, sie durch Sprengung zu zerstören, ehe sich die Feinde in ihren Besitz setzen konnten.

In **Deutsch-Ostafrika** wurde sogleich bei Kriegsausbruch Feldpost und Feldtelegraphie in enger Anlehnung an die vorhandenen Verkehrseinrichtungen eingerichtet. Eine besondere Feldpoststation war von Anfang Oktober 1914 bis Juli 1915 sogar auf britisch-ostafrikanischem Gebiet, in Taveta, in Tätigkeit, das von den deutschen Kolonialtruppen besetzt worden war. Für größere Truppenkörper standen 3 Feldpoststationen zur Verfügung, die den Dienst an Orten ohne Postanstalt wahrnehmen sollten. Ihr Personal wurde aus Postbeamten und Kommandierten aus der Truppe gebildet. Namentlich an der Küste und zwischen dem Norden und der Tanganjikabahn wurden außerdem zahlreiche Botenposten unterhalten, sogar ein Paketverkehr durch Überlandboten eingerichtet. Als unter dem Druck der englischen Offensive die Tanganjikabahn im August 1916 geräumt und die Postanstalten eine nach der anderen geschlossen werden mußten, trat auch hier die Feldpost in den Hintergrund und die Feldtelegraphen gewannen erhöhte Bedeutung. Trotz des großen Mangels an Materialien wurden die Telegraphenlinien, ebenso wie es in Kamerun der Fall war, unter unsäglichen Schwierigkeiten erweitert und unterhalten. Einige Funkempfangsstellen, die im Innern eingerichtet waren, konnten von **Kamina**, Windhuk, Duala und auch von Nauen wertvolle Nachrichten aus der Heimat empfangen.

Im **Schutzgebiet Kiautschou** traf die letzte Briefpost aus Deutschland am 2. August 1914 über Kiachta in Sibirien ein. Es war von vornherein klar, daß sich das entlegene Gebiet nicht lange halten konnte. Auch die chinesischen Hilfskräfte der Post und Telegraphie wußten das und suchten schon

den Dienst zu verlassen, als Englands Kriegserklärung bekannt wurde. Trotz dieser Schwierigkeiten wurde vom 13. August ab der Feldpostverkehr eingerichtet. Die Bahnverbindung mit dem westwärts gelegenen chinesischen Orte Tsinanfu konnte aufrechterhalten werden, bis Anfang September Hochwasser und Überschwemmung eintraten und am 14. September mit der Besetzung des Bahnhofs Kiautschou durch die Japaner auch die Postverbindung mit Schanghai verlorenging. Wiederholt haben aber nach dieser Zeit Beamte der Gefahr der Gefangennahme und des Todes getrotzt und sich durch die Reihen der Japaner geschlichen, um Postverbindung nach dem Süden herzustellen. Ihr tapferes Verhalten war auch mehrfach von Erfolg gekrönt.

Die Landtelegraphenlinien waren vom 9. September ab dauernd gestört, und es bestand nach dieser Zeit nur eine Funkverbindung mit dem in Schanghai liegenden Reichspostdampfer Sikiang der Hamburg-Amerika-Linie. Die Funkstation Tsingtau, die bis auf einige geringe Störungen durch Schrapnellschüsse bis zum Tage der **Einnahme Tsingtaus am 7. November 1914** betriebsfähig gewesen ist, hat vorwiegend für militärische Zwecke und sonstige wichtige Nachrichten zur Verfügung gestanden und konnte kurz vor der Einnahme von Tsingtau gesprengt und für die Feinde unbrauchbar gemacht werden.

5. Weitere Entwicklung der Feldpost während der Abwehrschlachten.

Im weiteren Verlauf des Krieges konnte der Feldpostbetrieb während des Stellungskrieges bei den einzelnen Armeen eine gewisse Stetigkeit erreichen und die Frontpostanstalten erlangten allmählich große Erfahrung in den bei dem häufigen Wechsel des Standortes erforderlichen Maßnahmen. Enge Fühlungnahme der Beamten der Feldpostanstalten mit den Truppen brachte Wünsche, Beschwerden und Anregungen zutage, denen von der Feldpost gewissenhaft nachgegangen wurde. Die Zentralstelle, der Feldoberpostmeister, konnte schriftlich oder auf den Inspektionsfahrten mündlich die auf allen Kriegsschauplätzen gesammelten Erfahrungen verbreiten und nutzbar machen. Auf diese Weise wurde die bis zu einem gewissen Grade notwendige Einheitlichkeit des Betriebs bei allen Anstalten gefördert. Im allgemeinen verlief der Verkehr glatt. Vorübergehende Anhäufungen der Postsendungen blieben natürlich nicht aus.

Im September 1915 häuften sich beispielsweise bei dem Vorrücken der Ostarmeen und den immer größer werdenden Entfernungen von den Eisenbahnendpunkten die Schwierigkeiten bei der Zuführung der Postsendungen so sehr, daß die Annahme und Beförderung von Päckchen für den Osten vorübergehend eingestellt werden mußte.

Wiederholt entstanden Verlegenheiten auch daraus, daß die zur Postbeförderung benutzten Urlauberzüge längere Zeit ausfielen und die Post auf andere, mit ungünstigerem Plan fahrende Züge umgeleitet werden mußte. Besonders einschneidend wirkte schließlich die im November 1917 auf Anordnung der Militärgeneraldirektion der Eisenbahnen getroffene durchgreifende Einschränkung des Zugverkehrs auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Der zunehmende Mangel an Betriebsstoffen für die Kraftwagen zwang gleichzeitig zu einer weitgehenden Einschränkung der Kraftwagenfahrten und stärkeren Inanspruchnahme des bereits verminderten Pferdebestandes, zur umfassenden Benutzung der in den sogenannten Spitzenzügen bis dicht an die Front führenden Eisenbahnverbindungen und zur vermehrten Beförderung der Post durch das Eisenbahnzugpersonal. - In den größeren Orten konnten vielfach Straßenbahnen zur Postbeförderung nutzbar gemacht werden. Es galt überall sparsam hauszuhalten mit Mitteln und Kräften, nicht unbedingt notwendige Verbesserungen zurückzustellen und im Interesse der Gesamtheit auf manche Einrichtungen bei der Unterkunft und Ausstattung zu verzichten, die in den ersten Kriegsjahren unter besseren Verhältnissen geschaffen worden waren.

Als im Dezember 1916 das Meistgewicht der Feldpostpäckchen auch vom Feldheer nach der

Heimat von 275 g auf 550 g erhöht worden war, wuchs der Päckchenverkehr bei den größeren Feldpoststationen und Anstalten bald zu einem selbständigen, umfangreichen Dienstzweige heran. Die Soldaten konnten damals vielfach Lebensmittel kaufen, die in der Heimat unerschwinglich teuer oder schon vom Markt verschwunden waren. Einzelne Feldpostanstalten fertigten täglich 10 - 12 Beutel mit solchen Sendungen nach der Heimat ab, die eine sehr schätzenswerte Unterstützung für die Angehörigen daheim abgaben.

Mit dem 15. Januar 1917 wurden die Bestimmungen über die Adressierung der Feldpostsendungen in grundlegender Weise abgeändert, um eine größere Sicherheit in der Geheimhaltung der Kriegsgliederung zu gewährleisten. Alle Feldpostämter und Feldpostexpeditionen wurden mit "Deutsche Feldpost" und einer Nummer bezeichnet. In den Aufgabestempeln fielen damit die Bezeichnungen der Armeekorps oder Divisionen weg. Alle Angaben über Kriegsschauplätze, Zugehörigkeit zu Armee, Armeegruppen oder Armeeabteilungen, Armeekorps, Divisionen und Brigaden waren in der Aufschrift verboten. Nur bei den Adressen von Angehörigen höherer Stäbe war die Angabe dieser Stäbe notwendig. Die Feldpostadressen durften im übrigen nur die Bezeichnung des Truppenteils bis zum Regiment aufwärts enthalten. Bei Truppenteilen, die einem Regimentsverbande angehörten, deren Feldpostadresse also eine Regimentsbezeichnung trug, mußte die Feldpostnummer wegbleiben, ebenso bei Angehörigen der Stäbe von Armeekorps, Divisionen und Brigaden. Bei allen übrigen Truppenteilen und höheren Stäben war außer der dienstlichen Bezeichnung der Formation der Zusatz "Deutsche Feldpost Nr. ..." erforderlich.

Die Heeresverwaltung veranlaßte zur gleichen Zeit aus Gründen der Geheimhaltung die Umbenennung der Ortskommandanturen und der zahlreichen, zu Beginn des Krieges noch nicht vorgesehenen überetatsmäßig gebildeten Etappenformationen und wirtschaftlichen Einrichtungen, die bisher durch Ortsangabe oder mit dem Zusatz eines höheren Truppenverbandes bezeichnet wurden. Die Formationen und Einrichtungen derselben Armee wurden nun fortlaufend mit Nummern versehen, deren Reihe in Hunderten vom Generalquartiermeister für jede Armee festgesetzt wurde.

Die Notwendigkeit, alle kriegsverwendungsfähigen Männer der kämpfenden Truppe zuzuführen, zwang auch die Feldpost, von ihrem Personal alle irgend entbehrlichen, für den Waffendienst geeigneten Kräfte zur Verfügung zu stellen. Es wurde daher im März 1917 vom Feldoberpostmeister die Ablösung des in wehrpflichtigem Alter kriegsverwendungsfähigen (Kv.) Personals angeordnet, wobei die Frontpostanstalten außer den Beamten die Hälfte der Feldpostschaffner und alle Postillione abzugeben hatten, die durch andere Kräfte von geringerer militärischer Verwendungsfähigkeit ersetzt werden konnten, die übrigen Feldpostformationen aber, außer geringen Ausnahmen, alle Kv.-Beamten und -Unterbeamten. Der Ersatz wurde zum Teil aus der Heimat, zum Teil aus dem Heere entnommen, aus der Heimat durch Zuweisung militärdienstfreier, körperlich weniger geeigneter Beamten und Unterbeamten oder von hilfsdienstpflichtigen Privatpersonen, aus dem Heere durch Zuteilung nicht mehr kriegsverwendungsfähiger Beamten und Unterbeamten. Der Ersatz der Feldpostillione bestand zum Teil aus Leuten, die vorher mit Pferdepflege und Fuhrwerken nichts zu tun gehabt hatten. Eine so einschneidende Maßregel konnte auf den Dienstbetrieb nicht ohne schädliche Rückwirkung bleiben. Die abgegebenen Beamten und Unterbeamten waren natürlich die gesundesten und gewandtesten Leute, denen eine jahrelange Übung und Erfahrung zur Seite stand. Ihre Ablösung machte sich besonders bei den Heeresbriefstellen fühlbar. Es dauerte lange, bis die Neulinge, die zum Teil dem Postdienst seit Jahren entfremdet oder mit dem Feldpostdienst nicht vertraut waren, den Anforderungen gewachsen waren. Die aus der Heimat gestellten Hilfsdienstpflichtigen konnten nur sehr beschränkte Verwendung finden. Der Außendienst war für sie zu anstrengend; sie wurden deshalb meist im Sortierdienst zur Bearbeitung der Privatpost nach der Heimat verwendet, sofern ihre geographischen Kenntnisse dazu ausreichten. Bei ihrer Beschäftigung mußte verhindert werden, daß diese in jeder Beziehung unerprobten Kräfte Einblick in die Kriegsgliederung erhielten. Sehr bald waren die Feldpostanstalten genötigt, für kurze oder längere

Zeit Aushilfen aus der Truppe zu erbitten. Diesen Aushilfskräften kann allgemein das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie sich mit soldatischem Gehorsam in den neuen Dienst fanden, sich verständnisvoll mit dem Feldpostdienst vertraut machten und zuverlässig arbeiteten. So mancher schied, wenn die Ablösung für ihn kam, mit Bedauern aus seiner Dienststelle. Die Verwendung zahlreicher Soldaten im Feldpostdienst hat zweifellos auch dazu beigetragen, das Verständnis für die Aufgaben und die Erfordernisse eines geregelten Postdienstes und für seine Mühen im Heere und in der Heimat wesentlich zu erweitern.

Im Verladedienst auf den Bahnhöfen wurden vielfach auch Kriegsgefangene verwendet, die sich meist willig zeigten. Sie waren wegen der erforderlichen scharfen Beaufsichtigung und Absperrung aber nur beschränkt verwendbar.

Das Kassen- und Rechnungswesen der Feldpostanstalten war an sich einfach geregelt. Bei jeder Frontpostanstalt wurde eine Kassenkommission gebildet, die aus dem Vorsteher und einem Beamten bestand. Später wurden diese Kassenkommissionen aufgelöst und die Verwaltung der Kassen, die mit einem eisernen Vorschuß von der Feldintendantur ausgestattet waren, einem bestimmten Beamten übertragen. Die Abrechnung mit der Feldintendantur erfolgte im übrigen nach der Anleitung der Kriegsbesoldungsvorschriften und der Kassenordnung für die Truppen. Die Wertzeichenbestände wurden gegen Barzahlung aus der Heimat ergänzt.

Die auf Postanweisungen eingezahlten Beträge wurden an die Feldkriegskassen abgeliefert, die Empfangsbescheinigungen nach Ablauf jeden Monats mit den Einzahlungsverzeichnissen, Abschriften der Annahmebücher, an die Generalpostkasse in Berlin eingesandt, die wieder mit der Generalkriegskasse abrechnete. Die Auszahlung der Postanweisungsbeträge an die Empfänger im Heere erfolgte durch die Feldkriegs- und die sonstigen Truppenkassen. Zur Beseitigung der Schwierigkeiten des Barverkehrs an den Schaltern der Feldpostanstalten und zur Einschränkung des Bargeldverkehrs zwischen den Kassen des Feldheeres wurde schon im März 1915 angeordnet, daß die aufzuliefernden Postanweisungen bei der Truppe zu sammeln und von den Kassenverwaltungen gegen Anerkenntnis, also bargeldlos, den Feldpostanstalten zu überweisen waren und am 1. August 1916 zur Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auch der Zahlkartenverkehr bei den Feldpostanstalten eingeführt.

Die Bearbeitung der ausgezahlten Postanweisungen wurde schließlich den Feldpostanstalten übertragen und damit ein Mangel im Kassen- und Rechnungswesen beseitigt, der sich von Anfang des Krieges an empfindlich bemerkbar gemacht hatte. Der Nachweis der ausgezahlten Postanweisungen und Zahlkarten wurde in die sachverständigen Hände der Postbeamten gelegt und auf dem kürzesten Wege erledigt.

Die Absendung der Zeitungen an Heeresangehörige erfolgte im allgemeinen unter besonderem Umschlag. Die Umschlaggebühr der Postverwaltung war recht mäßig und betrug für das Vierteljahr für öfter als dreimal wöchentlich erscheinende Zeitungen nur 1,20 Mk. Allen Truppenteilen wurde von Anfang des Krieges an die deutsche Kriegerzeitung *Parole* amtlich geliefert, ihre Aushändigung an die Truppenteile hatte die Feldpost mit der Truppe zu vereinbaren. Für das "Armeeverordnungsblatt" und für die "Verlustlisten" wurde sehr bald das gleiche Verfahren eingeführt.

Bald erschienen bei einzelnen Armeen "Kriegszeitungen", die von hierzu besonders befähigten Offizieren und Soldaten geleitet und in der Armee unentgeltlich verbreitet wurden. Sie machten die Leser mit den wichtigsten Ereignissen in der Armee, auf allen Kriegsschauplätzen und in der Heimat bekannt und belebten den kriegerischen Geist der Truppen durch anregende Artikel, in denen Tapferkeit, Mannszucht und Kameradschaft an besonderen Beispielen gepriesen und Verständnis für die Aufgaben und Nöte des deutschen Volkes geweckt wurde. Die Feldpostanstalten leisteten den Redaktionen bei der Verpackung und Versendung dieser Zeitungen vielfach wirksame

Hilfe. Die Kriegszeitungen wurden später auch zum Postvertrieb in Deutschland und in anderen Armeen, zum Teil auch in den neutralen Ländern zugelassen, wobei ein größeres Postamt in Deutschland an der Ost- und Westfront die gesamten Verlagsgeschäfte übernahm. Die Feld- und Bahnhofsbuchhandlungen auf den Kriegsschauplätzen und in den besetzten Gebieten wurden hinsichtlich des Rechts auf den Zeitungsbezug durch die Feldpost den Heeresangehörigen gleichgestellt. Sie ließen sich die Zeitungen aus der Heimat als "Bahnhofsbriefe" schicken, die mit bestimmten Schnellzügen auf dem kürzesten Wege ins Feld befördert wurden. Diese Sendungen waren in Wirklichkeit große Ballen, die oft Tausende und Zehntausende von Zeitungsexemplaren umfaßten.

Die Zulassung von Privatpaketen nach dem Heere in der Zeit vom 19. bis 26. Oktober und vom 23. bis 30. November 1914 hatte den Beweis geliefert, daß diese Einrichtung einem dringenden Bedürfnis entsprach. Die Heeresverwaltung entschloß sich deshalb, obwohl beim Versand der November-(Weihnachts-) Pakete besonders nach dem östlichen Kriegsschauplatz große Schwierigkeiten entstanden waren, weil die Sendungen den Truppen wegen der Überfüllung der Eisenbahnen und dem Mangel an sonstigen Verkehrsmitteln zum großen Teil nicht rechtzeitig hatten zugeführt werden können, im Benehmen mit der Reichspostverwaltung im Februar 1915 zur dauernden Zulassung der Privatpakete nach und von dem Felde, zunächst aber nur nach dem westlichen Kriegsschauplatz.[2] Die Pakete vom Feldheere nach der Heimat wurden beim Truppenteil des Absenders auf ihren Inhalt geprüft und mußten den mit Dienstsiegel und Unterschrift eines Vorgesetzten im Offiziersrange bescheinigten Vermerk erhalten "Beförderung zugelassen". Die Sendungen wurden von der Truppe dem zuständigen Armeepaketdepot zugeleitet und hier, mit den nötigen Begleitpapieren versehen, je nach dem Gewicht einer bestimmten heimatlichen Postanstalt oder der Eisenbahn zur Weiterbeförderung zugeführt.

Für das Publikum lag der Gedanke nahe, daß für die Paketbeförderung die Reichspostverwaltung und die Feldpost die Verantwortung trage, weil ja die Annahme der meisten Sendungen in der Heimat bei der Post erfolgte. Tatsächlich wurde die Postverwaltung in der ersten Zeit bei Verlusten oder Verzögerungen in der Überkunft heftig angegriffen und ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht von vornherein den Feldpaketdienst übernommen hatte. Dazu war die Zahl der Pakete aber viel zu groß. Allein zur Abbeförderung der in den beiden Paketwochen im Oktober und November 1914 eingelieferten Privatpakete bis 5 kg sind schätzungsweise 6000 Eisenbahngüterwagen für fast 8 Millionen Sendungen erforderlich gewesen. Es war der Öffentlichkeit nicht bekannt, daß nur die Heeresverwaltung in der Lage war, in ihrem Bereich derartige Massentransporte in ihre sonstigen Transporte für Heereszwecke einzuschachteln und vorzubringen, ohne wichtigere Interessen der Heeresleitung zu schädigen. Ebenso wie die Reichspostverwaltung die Postanstalten veranlaßte, die Militärpaketdepots mit aller Kraft in ihrem Betriebe zu unterstützen, hielt es die Feldpost für ihre Pflicht, dem Militär bei der Verteilung der Sendungen an die Truppenteile, bei der Überweisung an schwerer erreichbare Abteilungen bei der Zuführung der im Felde aufgelieferten Pakete an die Armeepaketdepots und bei der Abfertigung bei diesen Dienststellen, besonders durch Abordnung eines Feldpostsekretärs und sonstiger Hilfskräfte, zur Hilfe zu kommen.

Im Oktober 1915 wurde der Privatpaketverkehr nach dem östlichen Kriegsschauplatz und im November 1915 auch nach dem Balkan zugelassen, so daß von da ab keine Einschränkung mehr bestand. Selbst an die beim Bau der Bagdadbahn beschäftigten deutschen Zivilpersonen konnten vom Februar 1917 ab Privatpakete abgesandt werden.

Zur Beschleunigung der Zufuhr von Lesestoff an die Feldtruppen waren seit Juni 1916 an alle Armee- und Feldbuchhandlungen und an die Zeitungsvertriebsstellen im Postgebiet Oberost porto-pflichtige Postpakete für Zeitschriften und Bücher nach Art der Dienstpakete ohne Vermittlung der Paketdepots gegen eine Gebühr von 1 Mk. für 10 kg zur Beförderung durch die Feldpost zugelassen.

Der Postverkehr der im Operations- und Etappengebiet für Heereszwecke beschäftigten, militärisch organisierten deutschen Arbeiter in Armierungsbataillonen und sonstiger freier deutscher Arbeiter erfolgte nach den für Feldpostsendungen geltenden Bestimmungen. Die dabei notwendige Überwachung des Verkehrs wurde der militärischen Dienststelle übertragen, der die Arbeiter zugeteilt waren.

Außer diesen deutschen Arbeitern waren französische und belgische Arbeiter aus dem besetzten Gebiet in Deutschland und im Etappengebiet tätig. Für die in Deutschland arbeitenden Franzosen und Belgier waren gebührenpflichtige offene gewöhnliche Briefe und Postkarten in deutscher, französischer und flämischer Sprache in beiden Richtungen zugelassen, auch konnten die Arbeiter Postanweisungen in ihre Heimat senden und von ihren Angehörigen gewöhnliche Pakete empfangen. Im Etappengebiet erfolgte die Annahme der Sendungen an die Arbeiter und die Ausgabe der Sendungen an die Angehörigen nach Prüfung bei einer militärischen Postüberwachungsstelle durch die Etappeninspektion oder die Etappenkommandanturen, während die Feldpost die Versendung nach und von Deutschland vermittelte. Die Briefsendungen und Postanweisungen aus Deutschland in das belgische Etappengebiet liefen über das deutsche Postamt Brüssel 2 am Nordbahnhof, die Sendungen nach dem französischen Etappengebiet über das Feldpostamt des Großen Hauptquartiers. Für die im Etappengebiet beschäftigten französischen und belgischen Arbeiter galten ähnliche Bestimmungen; auf den Adressen durfte aber nur die Felddienststelle, nicht auch der Standort angegeben werden.

In Deutschland und im besetzten Gebiet des Westens waren ferner Arbeiter eingestellt, die aus dem Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Oberost) stammten. Ihre Post, gebührenpflichtige offene gewöhnliche Briefe und Postkarten, auch Postanweisungen nach dem Oberostgebiet, wurde durch Vermittlung des deutschen Postamtes in Kowno und der Etappeninspektion über eine Postüberwachungsstelle geleitet, der durch die Überprüfung der in deutscher, polnischer, litauischer, lettischer oder weißruthenischer Sprache geschriebenen Sendungen eine umfangreiche Arbeit entstand. Auch diesen Arbeitern konnten aus ihrer Heimat Pakete bis 5 kg zugesandt werden.

Von Ende September 1914 ab waren in Deutschland Sendungen von und an Kriegsgefangene zugelassen, und zwar im allgemeinen offene gewöhnliche Briefe, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere, Briefe und Kästchen mit Wertangabe ohne Nachnahme, Postanweisungen, zunächst nur im Verkehr mit Frankreich, und Postpakete bis 5 kg an die Gefangenen. Diese Sendungen mußten den Vermerk "Kriegsgefangenensendung" (*service des prisonniers*) tragen und waren im Verkehr mit dem Ausland gebührenfrei, innerhalb Deutschlands gebührenpflichtig, abgesehen von Briefen bis 50 g und von Postkarten. Die in Deutschland aufgegebenen Sendungen wurden nach Frankreich über die Schweiz, nach England über Holland, nach Rußland über Schweden geleitet. Für alle Kriegsgefangenen, die in dem von den deutschen Heeren besetzten Gebiet beschäftigt wurden, war derselbe Briefverkehr zugelassen, wie für die in einem Kriegsgefangenenlager in Deutschland befindlichen. Der Postverkehr der Kriegsgefangenen war sehr erheblich. Im Monat Juli 1916 wurden allein vom Feldpostamt des Großen Hauptquartiers 163 000 Kriegsgefangenensendungen an die Einwohner im besetzten französischen Gebiet bearbeitet.

Die Feldpostanstalten haben überall da, wo Gelegenheit war, sich der Bewirtschaftung des Landes und der Viehzucht gewidmet, um die Kosten der Unterhaltung des Personals und der Pferde herabzumindern, die Magazine zu entlasten und den Beamten zu der Feldkost eine sehr erwünschte Abwechselung und Vervollständigung der Nahrung zu verschaffen. Im Etappengebiet waren die Etappenkommandanturen im Interesse des Heeres und der Volksernährung bemüht, das ihnen zugeteilte Gebiet unter Kultur zu halten und die Bauern, die nicht mehr die nötigen Pferde und Fuhrwerke besaßen, mit Gespannen und Hilfskräften zu unterstützen. Zu dem Zwecke verpflichteten die Etappenkommandanturen die in ihrem Bereich liegenden Formationen, Pferde

und Wagen zu gestellen. Auch die Feldpost wurde zu diesen Arbeiten herangezogen. Darüber hinaus bestellten auch im Operationsgebiet die Feldpostanstalten so manchen Morgen Land und ernteten in guten Jahren und unter günstigen Verhältnissen oft so viel, daß sie an Getreide, Gemüse und Kartoffeln, auch an Heu, noch an die Magazine abgeben konnten. Außerdem wurden Kühe, Schweine, Kaninchen und Geflügel gehalten. Für Pferde und Vieh wurden besondere Koppeln hergerichtet. In Einzelfällen konnten ganze Güter von der Feldpost bewirtschaftet werden. In der 8. Armee in Kurland wurde mehrere Jahre hindurch das Gut Maihof in ordnungsmäßigem Zustande erhalten und ausgenutzt. Als in Rumänien an der Serethfront zu Anfang des Sommers 1917 der Stellungskrieg einsetzte, wurde auch von der Feldpost sofort mit landwirtschaftlichen Arbeiten begonnen. Vom Postpferde- und -Wagendepot wurden 5200 Morgen bei Buzau in Bewirtschaftung genommen und bis Ende Mai mit Hilfe von 150 meist weiblichen rumänischen Kräften 800 Morgen mit Weizen Hafer, Hirse, Bohnen, Sonnenblumen, Mais und Mohn bestellt. Schon Anfang Juli war die Ernte, bei der über 2000 Zentner Weizen und 1100 Zentner Hafer erzielt wurden.

6. Die Post- und Telegraphenverwaltungen in Belgien, Polen, bei Oberost, in Rumänien und die Etappenposten.

Am 5. September 1914 trat in Brüssel die Kaiserlich Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung für das Generalgouvernement Belgien in Tätigkeit. Sie war ein Glied der unter dem Generalgouvernement eingerichteten Zivilverwaltung, der die Aufgabe zufiel, dem von eigenen Zivilbehörden entblößten Lande zur Wiederbelebung des öffentlichen Dienstes und des Verkehrs, soweit es möglich und mit den deutschen Interessen vereinbar war, neue Verwaltungsbehörden zu schaffen. Die Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung wurde einem Präsidenten, dem bisherigen Oberpostdirektor in Erfurt, Geh. Oberpostrat Ronge, übertragen. Nachdem zunächst nur die größten Städte und die Orte mit dem Sitz eines Kreischefs mit Postanstalten unter deutschen Beamten ausgestattet waren, entstand bald, nachdem die Eisenbahnen des Landes auf den Hauptstrecken wiederhergestellt waren, ein ausgedehntes Netz zahlreicher Postämter, Postagenturen und Hilfsstellen unter Heranziehung früherer belgischer Postbeamter, die die Verpflichtungserklärung abzugeben hatten, ihren Dienst gewissenhaft zu erfüllen, nichts zu unternehmen und alles zu unterlassen, was der deutschen Regierung in dem besetzten Teil des Landes schädlich sein könnte. Das belgische Personal lehnte es zu Beginn des Krieges fast überall ab, den Dienst unter deutscher Leitung wieder aufzunehmen, so daß in den meisten großen Orten deutsches Postpersonal und deutsche Aushilfskräfte eingestellt werden mußten. Nachdem aber der Generaldirektor der belgischen Post Ende 1914 bekanntgegeben hatte, daß das Personal sich durch die Aufnahme der Arbeit seinen Mitbürgern nützlich erweisen könnte, trat ein Wandel ein.

Zum Ausbau des Postwesens wurden Kreispostämter unter deutscher Leitung eingerichtet, deren Tätigkeit sich über den ganzen Kreis ausdehnte und denen die Postämter mit belgischem Personal unterstellt und kassenmäßig angegliedert wurden. Der Postdienst erstreckte sich auf zwei Gebiete, einmal auf die Versorgung der deutschen Militär- und Zivilbehörden und der in Belgien stehenden Besatzungstruppen im Rahmen der für den Feldpostdienst gegebenen Vorschriften und auf einen Postverkehr für die Kriegsgefangenen und für die Zivilarbeiter, dann auf die Herstellung eines Postverkehrs der belgischen Bevölkerung innerhalb des Generalgouvernementsgebiets und mit Deutschland. Die Posttaxen waren mäßig. An Postwertzeichen kamen deutsche Marken mit dem Aufdruck "Belgien" zur Anwendung. Der Privatbriefverkehr wurde allmählich auf den Verkehr mit Luxemburg, Österreich-Ungarn, Niederlande, Dänemark, Schweiz, Schweden und Norwegen usw. ausgedehnt, ein Privatpostanweisungsverkehr und ein Nachnahmedienst, auch mit Deutschland und einigen neutralen Ländern, eingerichtet und ab Juni 1915 für die Besatzungsbehörden und -truppen eine besondere Paketbeförderung für Pakete bis 10 kg innerhalb des Gouvernementsgebietes und mit Deutschland hergestellt. Mit den Einwohnern des belgischen Etappengebiets der 4. Armee konnte die Bevölkerung in deutscher, flämischer und französischer Sprache einen Postverkehr

unterhalten, der offene gewöhnliche Briefe, Postkarten und Warenproben umfaßte.

In Brüssel wurde von der Post- und Telegraphenverwaltung ein eigenes Bahnpostamt errichtet, dem zunächst die Eisenbahnstrecken Herbesthal - Brüssel - Lille und Herbesthal - Chauny, später auch Brüssel - Gent - Ostende - Kortrijk, Brüssel - Lille, Brüssel - Valenciennes und Brüssel - Mézières zugeteilt wurden.

Im Jahre 1916 wurde für die Bevölkerung noch der Postauftragsdienst, ein innerbelgischer und ein Paketverkehr mit Deutschland, ein Postscheck- und Überweisungsdienst innerhalb des Generalgouvernements eröffnet. Die Wiederaufnahme des Postsparkassendienstes, der seit Kriegsbeginn in Belgien geruht hatte, im Mai 1917 krönte dann die Entwicklung des für das reiche Industrieland zur Belebung des Verkehrs unentbehrliche und vielseitige Post- und Telegraphenwesen.

In dem von deutschen Truppen besetzten Teil von Russisch-Polen war eine Anzahl von deutschen Postanstalten eingerichtet worden, die der Kaiserlich Deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Russisch-Polen unterstellt wurden und den Postverkehr der deutschen Zivil- und Militärverwaltungsbehörden und Besatzungstruppen nach Art der Feldpost, sowie in beschränktem Umfange auch den sonstigen Postverkehr von Privatpersonen im innerpolnischen Verkehr und mit Deutschland vermittelten. Für den privaten Postverkehr waren offene gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen und Postanweisungen zugelassen. Alle Sendungen unterlagen der Zensur. Die Frankierung erfolgte zunächst nach den deutschen Gebührensätzen, unter Verwendung deutscher Wertzeichen mit dem Überdruck "Russisch-Polen", in späterer Zeit mit dem Aufdruck "Gen.-Gouv. Warschau". Eine Postbestellung fand nicht statt; die Tätigkeit der Postverwaltung hörte vielmehr mit der Aushändigung der Sendungen an die abholenden Empfänger oder an den von der Gemeinde eingerichteten Bestelldienst auf.

Bei der geringeren Bevölkerungszahl und Besiedelung, dem Mangel an Industrie, Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsstraßen konnte der Verkehr, der auch mit dem Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost aufgenommen wurde, naturgemäß nicht den Umfang und die Bedeutung erreichen, den er in Belgien hatte. Er wurde auch auf den Privatverkehr mit dem von Österreich-Ungarn verwalteten Südpolen, den k. u. k. Generalgouvernements Belgrad und Cettinje, wo ebenfalls ein solcher Verkehr eröffnet worden war, sowie mit Luxemburg, Österreich-Ungarn, Bosnien-Herzegowina und Rumänien ausgedehnt.

Anfang 1916 wurde die Leitung des inzwischen, wie in Belgien, zur Kaiserlichen Post- und Telegraphenverwaltung für das Generalgouvernement ausgebauten Postwesens einem Präsidenten, dem bisherigen Oberpostdirektor Prinz in Liegnitz, übertragen und ein Privatpostpaketverkehr und ein Nachnahmedienst, auch mit Deutschland, eingerichtet.

Die Postversorgung des Hauptquartiers Oberost war im allgemeinen nach den für den Feldpostdienst geltenden Bestimmungen geordnet. Darüber hinaus wurde bei besonderen Anlässen mit der Einrichtung von schnellen Feldpostkurierverbindungen begonnen. Die Kuriere, Feldpostsekretäre, wurden während der Russenoffensive des Generals Brussilow erstmalig am 3. August 1916 von Brest-Litowsk nach Lemberg, später über Lemberg nach dem Standort des Hauptquartiers der Heeresgruppe Boehm-Ermolli abgefertigt. Während der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wurde zwischen diesem Ort, Wien, Budapest, Sofia und Konstantinopel eine besondere Postverbindung hergestellt, die bis Wien durch Feldpostsekretäre als Kuriere, zwischen Wien und Budapest durch Feldpostschaffner als Kuriere, von Budapest aus mit der Feldpost von Hand zu Hand unterhalten wurde.

Ende 1915 wurde eine Post- und Telegraphenverwaltung im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost

mit dem Amtssitz in Kowno eingerichtet, die vom 15. Januar 1916 ab den Post- und Telegraphenverkehr der Bevölkerung mit Deutschland und dem Gebiet des Generalgouvernements Warschau, sowie innerhalb des Etappengebiets des Oberbefehlshabers Ost vermittelte und deren Leitung dem zum Präsidenten ernannten Postrat Storm übertragen wurde. In Bialystok, Grodno, Kowno, Libau, Mitau, Poniewicz, Schaulen, Suwalki und Wilna wurden Reichspostanstalten eingerichtet, die vorläufig nur den Verkehr der Bevölkerung vermittelten, während der Postverkehr der Militär- und Zivilbehörden der Feldpost überlassen blieb. In 9 Orten besorgten dagegen die Feldpostanstalten den Postverkehr der Bevölkerung mit. Zugelassen waren offene gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art und Postanweisungen. Für Briefsendungen und Postanweisungen galten die inneren deutschen Gebührensätze, und alle Sendungen waren vom Absender freizumachen, wozu im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost deutsche Wertzeichen mit dem Überdruck "Postgebiet Ob. Ost" zu verwenden waren. Eine Postbestellung fand, wie in Polen, nicht statt. Anfangs 1917 wurde auch hier der Privatbriefverkehr mit Österreich-Ungarn und Bosnien-Herzegowina zugelassen.

Im Mai 1918 wurde endlich der Privatbrief- und Telegrammverkehr in Livland und Estland eröffnet mit besonderen Postämtern in Dorpat, Reval, Wenden usw., und auf der Insel Ösel vermittelte die in Arensburg tätige Feldpoststation den Privatpostverkehr.

In Rumänien bestand seit 1. Januar 1917 für die Militärverwaltung, die für die Verwaltung und wirtschaftliche Ausnutzung des Landes geschaffen worden war, eine deutsche Postdirektion mit dem Sitz in Bukarest. Die Postbeförderung erfolgte zumeist von Dresden nach Belgrad mit Militärurlauberzügen, zwischen Belgrad und Turn-Severin mit täglich fahrenden Donauschiffen. Dann wurde die Strecke Budapest - Orsova unter deutscher Begleitung benutzt. Der Feldpostverkehr für die Behörden und die Besatzungstruppen gestaltete sich sehr lebhaft; besonders setzte ein starker Päckchenverkehr nach der Heimat mit Lebensmitteln ein. Der Wertzeichenerlös stieg infolgedessen von Januar bis März 1917 bei den 23 Anstalten von 11 000 Mk. auf über 33 000 Mk.

Seit 1. Juni 1917 wurde für die Bewohner des Gebiets ein Postverkehr in beschränktem Umfange für Briefe und Postkarten zugelassen. Zu diesem Zwecke wurde in Bukarest ein Postamt unter deutscher Leitung mit rumänischem Personal eingerichtet, während die Distriktskommandanturen in ihrem Bereich zur Annahme und Ausgabe der Landespostsendungen Poststellen zu unterhalten hatten. Die Beförderung der geschlossenen Bunde übernahm die Feldpost, nachdem die Sendungen durch eine militärische Postüberwachungsstelle geprüft worden waren. Zur Freimachung der aufgelieferten Sendungen dienten Postwertzeichen der deutschen Reichspostverwaltung, die den Aufdruck "M. V. i. R." und des Verkaufswertes in der Landeswährung (Bani) erhielten.

Mit Rücksicht auf die weiten Entfernungen zwischen Rumänien und der Heimat und wegen der langsamen Beförderung der bei den Militäreisenbahn-Verkehrsämtern aufgelieferten Pakete, zumal durch Ungarn, hatte sich bei der Truppe das Bedürfnis herausgestellt, Privatpakete mit leicht verderblichem Inhalt, besonders mit Lebensmitteln, entgegen den allgemeinen Grundsätzen mit der Feldpost in die Heimat zu befördern. Die Pakete liefen in Säcken bis zu den Postleitpunkten Dresden und Breslau und wurden von da aus als Pakete des gewöhnlichen inneren deutschen Verkehrs weiterbehandelt. Unzuträglichkeiten haben sich aus dieser Einrichtung nicht ergeben; der Zweck, die Lebensmittel noch frisch nach Deutschland senden zu können, ist jedenfalls voll erreicht worden.

Wie bei der Darstellung der Posteinrichtungen in den Generalgouvernements Belgien und Warschau, sowie im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost und für Rumänien ausgeführt worden ist, bestand für die Bevölkerung der Etappengebiete ein beschränkter Postverkehr. Im März 1917 wurden die Bestimmungen darüber für das westliche Etappengebiet einheitlich geregelt. Im

Einwohnerpostverkehr waren offene gewöhnliche Briefe, Postkarten und Postanweisungen bis 800 Mk. in deutscher, flämischer und französischer Sprache zugelassen. Der Postverkehr wurde auch auf den Verkehr mit der Bevölkerung im Generalgouvernement Belgien, und soweit Briefe geschäftlichen Inhalts zwischen Gewerbetreibenden in Frage kamen, an deren Beförderung ein deutsches Interesse bestand, mit Deutschland und dem neutralen Ausland ausgedehnt. Die Annahme und Ausgabe im Etappengebiet lag den Etappenkommandanturen, die Prüfung der für jede Armee gebildeten militärischen Postüberwachungsstelle, die Beförderung der Feldpost ob. Zur Freimachung der im Etappengebiet aufgelieferten Sendungen, mit Ausnahme der Postanweisungen, dienten neueingeführte Armeemarken "Deutsches Reich" mit dem Überdruck der Frankenwährung in "F" und "Cent".

Ähnliche Einrichtungen bestanden im Etappengebiet des östlichen Kriegsschauplatzes. Im Juli 1918 trat ferner zwischen Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau einerseits und der Ukraine andrerseits ein beschränkter Postverkehr der Einwohner ins Leben. Befördert wurden offene gewöhnliche Briefe, Postkarten und Warenproben durch Vermittlung der Feldpost. Ende August 1918 wurde dazu ein Wertbankbriefverkehr zwischen bestimmten Banken in Kiew, Charkow und Odessa mit ihren deutschen Bankverbindungen unter der Kontrolle der Reichsbank durch Vermittlung der Feldpost, im Oktober 1918 auch ein beschränkter Privatpostverkehr zwischen Deutschland und der Krim eingerichtet.

7. Die Feldpost bis zum Ausgang des Krieges.

Der Umfang des Feldpostverkehrs bei den einzelnen Divisionen und geschlossenen Truppenteilen war nicht nur wegen der wechselnden Kopfzahl sehr verschieden. Herkunft und Bildungsgrad der Soldaten, die soziale Lage der Angehörigen, die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung der Heimatprovinz usw. spielten dabei eine große Rolle. Die württembergischen und hanseatischen Regimenter hatten beispielsweise einen stärkeren Briefverkehr als die Regimenter, die aus den Provinzen Posen und Schlesien rekrutierten; auch die Zahl der Päckchen, welche die erstgenannten Regimenter aus der Heimat erhielten, also der Zuschüsse an Lebens- und Genußmitteln, war größer als die Zahl der Päckchen bei den Posener und schlesischen Regimentern. Weitere Verschiedenheiten ergaben sich aus der Zahl und Höhe der Postanweisungen, welche die Soldaten empfingen und absandten, der Zahl der Päckchen, die sie nach Hause schicken konnten, der Zeitungen, die für sie ins Feld gelangten.

Der Gesamtverkehr der Feldpost wuchs im Verlauf des Krieges mit der Aufstellung neuer Armeen und Formationen sehr erheblich. Mitte Januar 1915 war er auf täglich 11 Millionen Sendungen berechnet worden, wovon 8 Millionen für das Feld, 3 Millionen nach der Heimat bestimmt waren. Im Juni 1915 wurden für den Tag 14,3 Millionen Sendungen gezählt. Bis August 1915 waren bei den Feldpostanstalten über 8½ Millionen Briefsäcke eingegangen, rund 2 Millionen Briefsäcke abgesandt worden. Die Höhe der monatlichen Einzahlungen auf Postanweisungen bei der Feldpost belief sich im August 1915 auf 60 Millionen Mark. Bei einer Division wurden täglich 30 - 40 000 Briefsendungen aufgeliefert. Die Bearbeitung von täglich 750 Einschreibbriefen und 200 Wertbriefen bei den größeren Feldpoststationen an den Etappenhauptorten war keine Seltenheit. Der Postwertzeichenerlös betrug in der 5. Armee für Oktober 1916 45 000 Mk., für März 1917 102 000 Mk. Der Grund für den überraschenden Zuwachs war die Auflieferung zahlreicher Päckchen nach der Heimat. Im Winterhalbjahr 1916/17 gelangten 4,5 Millionen Zeitungsexemplare in Zeitungsbahnhofsbriefen zur 6. Armee. In der 7. Armee wurden am 10. Oktober 1917 449 000 Briefe und Postkarten und 35 000 Päckchen, am 7. März 1918 489 000 Briefe und Postkarten und 54 000 Päckchen aufgeliefert.

Bei der allgemeinen Mobilmachung wurden 143 Feldpostanstalten ausgerüstet; ihre Zahl wuchs bis

zum September 1915 auf 394. Im gleichen Zeitraum mußte die Zahl der höheren und mittleren Beamten von 988 auf 2123, der Postschaffner und Postillione von 1639 auf 3843, der Trainsoldaten und Kraftfahrer von 856 auf 3716 vermehrt werden. Über 1000 Kraftwagen wurden neu eingestellt. Mit der Verstärkung des Pferdebestandes von 2989 auf 5682 Stück erfolgte die Vermehrung der Fuhrwerke von 764 auf 2100. Bis September 1915 waren 29 Beamte und Unterbeamte vor dem Feinde verwundet worden, 5 ihren Verletzungen erlegen. Bis Februar 1915 befanden sich 436 Beamte und Unterbeamte im Besitz des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und 177 im Besitz anderer Kriegsauszeichnungen.

Die Bearbeitung der Feldpost stellte auch an die Postdienststellen in der Heimat sehr hohe Anforderungen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der innerdeutsche Postverkehr, der bei Beginn des Krieges zurückgegangen war, sehr bald wieder über den Stand vom Juli 1914 hinausgewachsen war. Im September 1915 betrug das Personal bei solchen besonderen Postbetriebsstellen, die lediglich mit der Feldpost zu tun hatten, wie Postsammelstellen, Leitpunkte, Briefverteilungsstellen, Provinzsortierstellen, 18 089 Köpfe.

Von Unfällen, Krankheiten und Seuchen blieb die Feldpost nicht verschont. Auf ihrem westlichen Kriegsschauplatz verursachten Ruhr, Typhus und Nierenerkrankungen schwere Leiden und den Tod einzelner Beamten; auf dem östlichen Kriegsschauplatz, auf dem Balkan und in der Türkei traten neben Malaria und Cholera besonders schwere Magen- und Darmerkrankungen auf, die einen öfteren Wechsel der Beamten nötig machten. Den für das Feldheer angeordneten Impfungen wurde auch das Feldpostpersonal unterzogen. Einmal, später zweimal im Jahre konnte den Beamten und Unterbeamten ein kurzer Erholungsurlaub in die Heimat gewährt werden, der wegen der kriegerischen Ereignisse an der Front aber häufig hinausgeschoben oder abgebrochen werden mußte.

Die für die Feldpost getroffenen Vorbereitungen und Einrichtungen haben sich im allgemeinen als zweckmäßig und als unbedingt notwendig erwiesen. Wenn Änderungen nötig waren, wurden die Kosten nicht gescheut. Zahlreiche wertvolle Vorschläge und Änderungen kamen aus dem Feldpostpersonal selbst, das mit Verständnis und Aufopferung sich jeder Lage anzupassen verstand.

Anregungen aus dem Publikum erfuhren stets ernste Beachtung. Die Wünsche konnten aber leider häufig nicht erfüllt werden. Nur einiges sei hier mitgeteilt. Bei den Dienstsendungen waren auch Einschreibbriefe zugelassen. Es trat häufig der Wunsch auf, auch für den Privatbriefverkehr Einschreibbriefe einzuführen. Die Reichspostverwaltung hat sich dazu ablehnend verhalten müssen, weil die Auflieferung voraussichtlich nicht auf die wirklich notwendigen Fälle beschränkt geblieben wäre und die gesonderte Behandlung und der Nachweis der Einschreibbriefe alle Dienststellen zu sehr belastet hätte.

In Wertbriefen sollte nach den ursprünglichen Bestimmungen nur Geld befördert werden. Das war zweifellos eine Härte. Es wurde daher nachgegeben, daß auch wichtige Schriftstücke und Wertsachen mit den Geldbriefen versandt werden durften.

Da die Einrichtungen der Feldpost nicht selten von einzelnen in der Heimat und im Felde über Gebühr und Notwendigkeit ausgenutzt worden waren, wurde der Wunsch nach Beseitigung der Portofreiheit laut. Die Reichspostverwaltung hat sich im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung den Anträgen gegenüber ablehnend verhalten müssen, weil die Erhebung einer Gebühr für die Privatbriefe in der Hauptsache die ärmere Bevölkerung getroffen haben würde.

Von den militärischen Vorgesetzten wurde gegen den Mißbrauch der Feldposteinrichtungen wiederholt eingeschritten. Im Dezember 1914 wurde beispielsweise festgestellt, daß ein Soldat an einem Tage 118 Ansichtskarten abgesandt und ein anderer an einem Tage 48 Ansichtskarten an die

gleiche Empfängerin in die Heimat geschickt hatte. Zu Neujahr 1915 wurde bemerkt, daß ein Landsturmmann, im bürgerlichen Beruf Gastwirt, an seine sämtlichen Stammgäste, über 100 an der Zahl, Neujahrsglückwünsche mit der Feldpost versandt hatte. Wieder ein anderer Soldat schickte gleichzeitig 25 umfangreiche Päckchen nach Hause, so daß für ihn allein ein ganzer Sack gefertigt werden mußte. Die Vielschreiberei trat besonders in den Lazaretten und auch in den Schützengräben hervor, wo viele Briefe aus Langeweile geschrieben wurden. An Vorschlägen zur Einschränkung der Zahl der Feldpostsendungen hat es nicht gefehlt. So kam der Vorschlag auf, bei der Zahlung der Löhnung jedem Soldaten eine beschränkte Zahl von Karten oder von besonderen Marken zu überweisen oder aber, wie im Frieden, die Sendungen an die Soldaten portofrei als "Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers" zuzulassen, von den Soldaten aber die Frankierung in Anspruch zu nehmen. Zum mindesten sollten die im Offiziersrange stehenden Heeresangehörigen die Portofreiheit nicht weiter behalten. Für Wertbriefe und Postanweisungen wurden Vorschläge auf Festsetzung eines höheren Portos gemacht. Post- und Heeresverwaltung haben aber immer Bedenken getragen, die einmal gemachten Zugeständnisse ohne zwingende Gründe wieder aufzuheben.

Briefsperren wurden in der Regel von den militärischen Kommandobehörden beim Zu- und Abgang von Divisionen verhängt, wiederholt auch für ein ganzes Armeegebiet. Da sich in der Handhabung der vom Chef des Generalstabs des Feldheeres gegebenen Weisungen mit der Zeit Verschiedenheiten ergeben hatten, die zu Unzuträglichkeiten führten, wurde im Februar 1918 angeordnet, daß beim Wechsel der Armeekorps oder Divisionen in der Armeezugehörigkeit die von dem abgebenden Armee-Oberkommando angeordnete Postsperre bis auf Widerruf des Armeeoberkommandos wirksam bleiben sollte, in dessen Bereich der betreffende Truppenverband abbefördert wurde.

In der letzten Zeit erstreckten sich die Briefsperren nicht nur auf die abzubefördernden Truppen, sondern auf das gesamte Unterbringungsgebiet. Es kam infolgedessen vor, daß bei einzelnen Feldpostanstalten die Sperren wochenlang dauerten, was natürlich große Unzufriedenheit hervorrief und dazu führte, daß in solchen Fällen wenigstens Postkarten zugelassen wurden.

Die Feldpost ist nach ihren Erfahrungen zu dem Urteil gelangt, daß die Postsperren nur dann ihren Zweck erfüllen können, wenn sie unbedingt geheim gehalten werden und den Betreffenden tatsächlich keine Gelegenheit offen bleibt, die Postsperre zu umgehen. Es mußte die Erfahrung gemacht werden, daß in Verkennung der Wichtigkeit der Maßregel während der Sperren wiederholt Briefe an Urlauber und Transporte zur Mitnahme in die Heimat übergeben wurden. Eine schärfere Kontrolle der Urlauberzüge und der Transporte wäre sicher von Nutzen gewesen.

Am Ausgang des Krieges hatte die Feldpost unter der allgemeinen Knappheit an Mitteln und Materialien schwer zu leiden. Die Reichspostverwaltung war nicht mehr in der Lage, vollwertigen Ersatz für das abzulösende Personal herzugeben, die Armee außerstande, in dem erforderlichen Maße Aushilfskräfte zu stellen. Die Pferde, deren Bestand teilweise bis auf 50% und mehr der Normalstärke herunterging, waren infolge des mangelnden Futters in einem kläglichen Zustande und wenig leistungsfähig. Es fehlte an Ersatzteilen, um die beschädigten und unbrauchbar gewordenen Kraftwagen wiederherzustellen, an Benzin, um die betriebsfähigen Wagen auszunutzen.

Für die deutschen Offensiven auf dem westlichen Kriegsschauplatz im Frühjahr 1918 hatte auch die Feldpost die sorgfältigsten Vorbereitungen getroffen, um die Post den vorangehenden Truppen schnell nachführen zu können. Nachdem die Truppen bei raschem Vormarsch die ausgedehnte zerstörte Zone durchquert hatten, gestaltete sich aus Mangel an betriebsfähigen Eisenbahnen und brauchbaren Straßen schon der Nachschub an Munition, Kriegsmaterialien und Verpflegung so schwierig, daß die Feldpost kaum die für ihre Zwecke unentbehrlichsten Kraftwagen behalten

durfte und auch in den ersten Tagen nach Wiederherstellung der Eisenbahnen auf die Benutzung der Bahn verzichten mußte. Die später infolge der feindlichen Gegenangriffe einsetzende Zurücknahme der deutschen Front von Stellung zu Stellung nötigte die Armeepostdirektoren, fast täglich neue Bestimmungen über die Beförderung und Verteilung der Post zu treffen und die Umleitungs-, Verteilungs- und Heeresbriefstellen wiederholt in rückwärtige Orte zu verlegen. Die Eisenbahnen an der Front wurden von Tag zu Tag weniger leistungsfähig; bald war der Zugverkehr unterbrochen, bald gingen durch Zugverspätungen wichtige Anschlüsse verloren.

Als am 1. März 1918 der im besetzten Gebiet gültige Militärfahrplan auch auf die deutschen Eisenbahnstrecken westlich des Rheins ausgedehnt wurde, trat eine weitere Verschlechterung in der Überkunft der Sendungen ein, weil die Züge nur mit einer Geschwindigkeit von höchstens 30 km in der Stunde verkehrten.

Die Ernährungsschwierigkeiten in der Heimat hatten zur Folge, daß der Privatpaketverkehr und der postalische Päckchenverkehr aus der Front, wo noch Lebensmittel aufzutreiben waren, nach der Heimat erheblich gestiegen war. Wer draußen nur irgendeine Kleinigkeit an Lebensmitteln erwerben oder ersparen konnte, sandte Päckchen oder Pakete nach Hause. Im Oktober 1917 wurden beispielsweise innerhalb der 4. Armee bei dem Militäreisenbahnverkehrsamt in Gent 68 000 Privatpakete nach der Heimat eingeliefert, im März 1918 aber schon 125 000 Stück. Die Zahl der Pakete nach dem Felde war im gleichen Zeitraum von 50 000 auf 30 000 Stück gesunken. Im Lauf des Jahres 1918 ging leider die Zahl der Pakete und Päckchen wieder sehr zurück, weil auch im Heeresbereich die Verpflegung schwieriger wurde und die Preise sprunghaft in die Höhe gingen.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß während des Krieges eine größere Zahl von Sendungen in Verlust geraten ist. Die Gründe sind mannigfacher Art und zumeist schon erörtert worden. Neben Verlusten aus Fahrlässigkeit und Nachlässigkeit, infolge feindlicher Einwirkung oder höherer Gewalt stehen bedauerlicherweise auch solche durch Diebstahl und Beraubung. Gelegenheit dazu bot sich für das Personal gerade im Felde überall, weil die Sendungen, abgesehen von den Wert- und Einschreibsendungen, selten unter Verschluß gehalten werden konnten. Die Versuchung war besonders für die auf sich selbst gestellten Postbegleiter sehr groß. Um so mehr ist anzuerkennen, daß das Personal bis auf wenige Ausnahmen als durchaus zuverlässig erprobt worden ist. Vereinzelt haben nachgewiesenermaßen auch Abkommandierte, Postabholer und Schreiber in den Kompagniestuben sich an den Postsendungen vergriffen, die Verführung war häufig zu groß. Die Militärgerichte haben solche Vergehen mit Recht mit schweren Strafen geahndet.

8. Die Demobilmachung.

Der Waffenstillstand wurde unterzeichnet. Er verpflichtete zu schnellem Rückmarsch in die Heimat, der nur durchgeführt werden konnte, wenn er in strengster Ordnung und Manneszucht erfolgte. Dieses Gebot ist von der Feldpost, die zum größten Teil den Rückmarsch zu Fuß mitmachen mußte, wahrlich erfüllt worden. Es gelang überall, die Feldpostanstalten geschlossen zurückzuführen. Von den Truppen des westlichen Kriegsschauplatzes wurde das linksrheinisch beheimatete Personal gemäß den Weisungen der Obersten Heeresleitung schon unterwegs abgelöst, und als der Rhein überschritten war, wurden die Heeresbriefstellen aufgehoben und auch das sonst entbehrliche Personal in die Heimat entlassen. Die endgültige Demobilmachung ging dann gleichzeitig mit der Auflösung der Truppenverbände in den vorher bestimmten Orten vor sich und gestaltete sich für die einzelnen Feldpostbeamten insofern einfach, als diese in der Regel in ihre früheren Dienststellen zurücktreten konnten.

Bei Beginn des Rückmarsches hatten die Armeepostdirektoren den Truppen bestimmte Orte an der Rückzugslinie bezeichnet, an denen noch Post ausgegeben werden sollte. Es ist aber nur in

mäßigem Umfange gelungen, den Truppen die Post zuzuführen, weil sie nicht vollständig herangebracht werden konnte und die Truppen die Abholung zum Teil unterließen. Da der regelmäßige Zugverkehr nach der Heimat bald aufhörte, machte es schon Schwierigkeiten, die aufgespeicherte Post mit nach der Heimat zurückzunehmen. Beraubungen und Plünderungen der Bahnwagen traten ein. Von der Feldpost mußten vielfach Möbel und Geräte zurückgelassen, in einzelnen Fällen sogar Postsendungen verbrannt werden. Bei diesen Zuständen wurde am 15. November 1918 die Einstellung des Verkehrs für sämtliche nichtamtliche Postsendungen nach dem Westen und für die Päckchen nach dem Osten angeordnet und erst Ende November konnten nach dem Westen wenigstens Feldpostkarten wieder zugelassen werden.

Nach dem Eintreffen der Feldpostanstalten an ihren Demobilmachungsorten wurde alle noch einlaufende Post, die nicht angebracht werden konnte, den Ersatztruppenteilen übersandt, die versuchen sollten, die Empfänger ausfindig zu machen. Der Erfolg dieser aus der Not geborenen Maßnahme kann bei dem damals herrschenden Durcheinander nur gering gewesen sein. Am 18. Dezember wurden zwar an die vom westlichen Kriegsschauplatz zurückgekehrten Truppen wieder Privatbriefe bis 550 g zugelassen, wenn der Standort der Truppe bekannt war; die Truppen bedienten sich aber bald der Hilfe der Heimatpostanstalten, so daß die Feldpostanstalten entbehrlich wurden. Im Osten vollzog sich die Zurücknahme der Truppen und Feldpostanstalten wegen der weiten Entfernungen, der mangelhaften Straßen und Bahnverbindungen, der Einflüsse des Winters, der feindseligen Haltung der Bevölkerung und auch wegen der teilweisen Auflösung des Zusammenhangs der Truppenverbände wesentlich schwieriger und langsamer.

Der Abzug war unter dem Druck der nachdrängenden Bolschewisten teilweise überhastet und gefahrvoll. Stationskisten und Materialien, sogar Stempel und Siegel, gingen dabei mehrfach verloren. Die Feldpostanstalt in Pleskau büßte den Kraftwagen mit Post, die Marken und einen geringen Barbestand ein, und die Feldpoststation in Dorpat mußte unter Gefahren bis Wenden marschieren; andere traten bei Aufstellung der zum Schutz der Rückzugslinien gebildeten Freiwilligenverbände zu diesen über.

In Polen wurde nach Ausbruch der Revolution in Deutschland die Feldpost wiederholt beschlagnahmt und beim Rückzug aus der Ukraine mußten Überfälle und Plünderungen durch die gegen die Hetmanregierung kämpfenden Truppen ertragen werden, wobei auch Feldpostsendungen geraubt wurden. Die Feldpost in der Krim konnte nach vielfachen Verwickelungen erst im März 1919 über Odessa und Konstantinopel abbefördert werden und traf nach Internierung in Saloniki erst im Juli 1919 zu Schiff in Deutschland ein. Die Feldposten im Kaukasus wurden ebenfalls über Konstantinopel - Gibraltar auf dem Seewege in die Heimat abtransportiert.

An der südmazedonischen Front hatte schon Ende September 1918 der Rückzug begonnen. Die Feldpostanstalten wurden hinter die Donau zurückgenommen und allmählich aufgelöst. Dabei mußten in Prilep beim Rückzug 20 Sack Päckchen verbrannt werden und auch in Murgas wurde bei der notwendigen Sprengung der Bahnhofsanlagen Post vernichtet. Die politische Entwickelung in Bulgarien führte auch dort bald zur Zurückziehung der deutschen Truppen, wobei die Feldpost zunächst in Sofia gesammelt und am 10. Oktober außer Tätigkeit gesetzt wurde. Auf dem Rückmarsch hatte die Feldpost unter der Willkür und den tätlichen Angriffen zügelloser Banden sehr zu leiden; nur kleine Gruppen konnten gelegentlich Lokalzüge und Transportzüge benutzen.

In Rumänien war infolge der mit dem Abschluß des Bukarester Friedensvertrages zusammenhängenden politischen und militärischen Veränderungen vom 1. Juni 1918 ab das Verwaltungsgebiet der deutschen Postdirektion in Rumänien und des Armeepostdirektors in die Hand der neuen deutschen Feldpostdirektion Rumänien gelegt worden, die dem Armee-Oberkommando unmittelbar unterstellt wurde. Sie war noch bis Anfang November in Tätigkeit und mußte am 12. November Bukarest verlassen, nachdem die Zu- und Abfuhr der Feldpostsendungen schon Ende Oktober durch

die Wirren in Ungarn häufig unterbrochen worden war. Auch hier gestaltete sich der Rückmarsch durch Ungarn schwierig und gefahrvoll.

Im Inlande blieben vom 1. Februar 1919 ab nur noch die Angehörigen der mobilen Grenzschutztruppen im Genuß besonderer Portovergünstigungen, soweit ihr Postverkehr durch Vermittlung von Feldpostanstalten abgewickelt wurde.

Die Feldpost ist jederzeit und in jeder Lage bestrebt gewesen, ihre Aufgaben voll zu erfüllen und hat sich nach schwerem Ringen schließlich die allgemeine Anerkennung erwerben können. Mit Stolz und Freude hat es die Beamten erfüllt, daß auch der Chef des Generalstabs der Armee, Generalfeldmarschall von Hindenburg, am 27. Januar 1919 in einem Schreiben an den Feldoberpostmeister der Feldpost für die dem Feldheere geleisteten Dienste Dank und Anerkennung ausgesprochen hat, wobei er die Tatsache betonte, daß die Pflichterfüllung aller Angehörigen der Feldpost, die unter den schwierigsten Verhältnissen die Verbindung mit der Heimat aufrechterhielt, wesentlich dazu beigetragen hat, die Schlagfertigkeit des Heeres zu stärken.

B. Die Etappentelegraphie.

Der Etappentelegraphie fiel die Aufgabe zu, die für die Etappen notwendigen Telegraphen- und Fernsprechverbindungen herzustellen, zu betreiben und instand zu halten sowie beim Vorrücken nach Bedarf wieder abzubauen, ferner die Verbindungen zwischen dem Feldheer und der Heimat einzurichten und aufrechtzuerhalten. Sie war das Zwischenglied zwischen der Feldtelegraphie und der Heimattelegraphie; ihr Tätigkeitsfeld und ihre Aufgaben wuchsen, je weiter sich das Feldheer von der Heimat entfernte. Allerdings kann man von einer besonderen Etappentelegraphie im Grunde genommen nur bis Ende 1916 sprechen. Zu diesem Zeitpunkte gingen ihre Geschäfte auf die Telegraphen- (späteren Nachrichten-) Truppen über und wurden von da ab durch Armeefernsprechabteilungen wahrgenommen.

1. Die Etappentelegraphendirektionen.

Die Organe der Etappentelegraphie waren die Etappentelegraphendirektionen. Bei der Mobilmachung wurde für jede Etappeninspektion eine solche und ein Etappenfernsprechdepot aufgestellt, das die Telegraphen- und Fernsprechformationen der Armee mit Gerät und Bauzeug zu versorgen hatte. Aus den letzteren entwickelten sich im Lauf des Krieges die Armeefernsprechparks und Armeenachrichtenparks.

Die Mobilmachung der nach dem Mobilmachungsplan aufzustellenden Etappentelegraphendirektionen - eine für jede Armee, die für die 6. Armee wurde von Bayern gestellt - vollzog sich nach den bereits im Frieden zwischen dem Reichspostamt und den militärischen Stellen vereinbarten Bestimmungen, und zwar bei Train- oder Telegraphenbataillonen unter Mitwirkung der beteiligten Oberpostdirektionen.

Im Verlauf des Krieges wurden weiter neu aufgestellt:

1914: die Etappentelegraphendirektionen der 9. Armee, für das Landwehr-Generalkommando Woyrsch und der Armeegruppe Strantz;

1915: die der 10., 11., 12. Armee, der Südarmee und der (13.) Bugarmee.

Mit der Herausziehung der 1. Armee aus der Westfront (1915) wurde deren Etappentelegraphen-

direktion entbehrlich und fand zunächst in Polen und später als 11a in Serbien Verwendung. Ende 1915 waren im ganzen 16 Etappentelegraphendirektionen vorhanden.

Jede derselben gliederte sich in einen Beamtenkörper (die Direktion) und einen militärischen Teil (die Trainkolonne).

An Personal zählte die Direktion (Beamtenkörper):

1 Etappentelegraphendirektor, 3 Etappentelegrapheninspektoren, 36 Etappentelegraphensekretäre, 18 Etappentelegraphenvorarbeiter, 90 Etappen-Telegraphenarbeiter.

Die Trainkolonne:

1 Leutnant, 1 Vizewachtmeister, 1 Fahnenschmied, 9 Trainunteroffiziere, 100 - 120 Mannschaften.

Jede Etappentelegraphendirektion war mit einer Anzahl Fahrzeuge und Bespannungen ausgestattet. Aber bald setzte der Schrei nach dem Auto ein. Die Kommandostellen im Operationsgebiet brauchten die rückwärtigen Nachrichtenverbindungen nach der Etappe, dem Großen Hauptquartier und der Heimat beinahe notwendiger als das tägliche Brot. Der Etappentelegraphendirektor mußte daher schnell nach vorn, dort Befehle usw. entgegennehmen und schleunige Anordnungen für das Nachziehen seiner Bau- und Betriebsanlagen treffen; aber hinten in der Etappe war seine Anwesenheit nicht minder nötig. Auch die Transporte von Gerät und Material erforderten äußerste Beschleunigung. Das alles konnte der Pferdebetrieb bei dem raschen Vormarsch der Armeen nicht leisten. Als schon nach wenigen Wochen einige Personen- und Lastkraftwagen zugewiesen wurden, löste das ein allseitiges Aufatmen aus. Konnten doch jetzt durch erhöhte Schnelligkeit die in der unzulänglichen Ausstattung mit Personal und Material liegenden Mängel zum Teil ausgeglichen werden!

Die Mobilmachung der Etappentelegraphendirektionen und die Neuaufstellungen in den Jahren 1914 und 1915 wickelten sich glatt ab. Etwas eigenartig war, daß zahlreiche Beamte, die nie gedient hatten, plötzlich als obere oder untere Militärbeamte Offiziers- oder Unteroffiziersrang erhielten. Die Mehrzahl hat sich jedoch leicht und schnell in den militärischen Geist und die soldatischen Formen eingelebt.

Die Einteilung des Personals war nicht feststehend, sondern wechselnd nach den jedesmaligen Aufgaben und deshalb dem Ermessen des Direktors überlassen. Die Regel bildete die Einteilung in eine Bau- und eine Betriebsabteilung. Die Bauabteilung war in mehrere (in der Regel 6) Baukolonnen zergliedert, die unter einem Etappentelegraphensekretär (Telegraphenbauführer der Reichstelegraphie[3]) die Telegraphen- und Fernsprechverbindungen für das Etappengebiet herzustellen, instand zu halten und nötigenfalls wieder abzubauen hatten, und zwar unter möglichster Ausnutzung der im Lande vorhandenen Anlagen und Vorräte an Gerät und Bauzeug. Der Betriebsabteilung lag die Wahrnehmung des gesamten Telegraphendienstes (Annahme, Beförderung und Bestellung der Telegramme) und des Fernsprechdienstes im Bereich der Etappeninspektion ob. Zu diesem Zweck wurde an deren Sitz eine Zentralstation für den Telegraphen- und Fernsprechbetrieb eingerichtet, die in erster Linie gute Verbindung nach dem Großen Hauptquartier und nach der Heimat für das Armee-Oberkommando und die Etappeninspektion mit größter Beschleunigung zu schaffen und gesichert aufrechtzuerhalten hatte. Auch Telegraphen- und Fernsprechverbindungen zu den Nachbararmeen mußten hergestellt werden.

Die Etappentelegraphenbeamten trugen die gleiche Uniform wie die Feldpostbeamten, sie rückten also in blauen Uniformen aus. Das bekam ihnen aber recht schlecht. Die Truppen, die auf die unter schwere Strafen gestellten Eingriffe der feindlich gesinnten Landesbewohner in die

Telegraphenlinien besonders hingewiesen waren, sahen in den "dunklen Gestalten", die zwischen den Telegraphendrähten herumkrochen, Spione, bedrohten sie mit Erschießen und hinderten sie an der Fortsetzung ihrer so wichtigen Arbeiten. Schließlich wollten die Arbeiter die Gestänge nicht mehr besteigen, wenn Truppen oder Patrouillen in der Nähe waren. Das Etappentelegraphen-personal mußte daher schon nach wenigen Wochen schleunigst feldgrau eingekleidet werden. Auch seine Bewaffnung - das Arbeiterpersonal trug als Waffe anfänglich nur das Infanterieseitengewehr - erwies sich als unzureichend, wenn Bau- oder Störungstrupps von feindlichen Patrouillen angegriffen wurden, was mehrfach vorkam. Daher wurden die Vorarbeiter und Arbeiter mit Infanteriegewehren bewaffnet und im Felde im Schießdienst ausgebildet. Gegen Granaten und Schrapnells waren sie damit freilich noch nicht geschützt, und da die oben an den Telegraphenstangen beschäftigten Arbeiter dem Feinde ein günstiges Ziel boten, fielen bei Arbeiten im Operationsgebiet mehrere von ihnen den feindlichen Granaten zum Opfer.

Das Befehlsverhältnis war anfänglich in der Weise geregelt, daß sie in militärdienstlicher und wirtschaftlicher Beziehung ausschließlich und unmittelbar dem Etappeninspekteur unterstanden, in fachtechnischer Hinsicht dagegen dem Chef der Feldtelegraphie. Dem Stabe des letzteren waren einige Beamte der Reichstelegraphie zugeteilt, um ihn in der Ausübung seiner Befugnisse gegenüber den Etappentelegraphendirektionen zu unterstützen und zugleich die Verbindung mit den Heimatstelegraphenbehörden herzustellen, die vor allem für den Nachschub an Personal und Material notwendig war. Als für den östlichen Kriegsschauplatz beim Stabe des Oberbefehlshabers Ost ein Chef der Feldtelegraphie Ost geschaffen wurde, traten auch zu diesem zwei Beamte der Reichstelegraphenverwaltung. Die Etappentelegraphendirektionen des östlichen Kriegsschauplatzes unterstanden nunmehr technisch in der Hauptsache dem Chef der Feldtelegraphie Ost; für alle wichtigen, für das ganze Heer einheitlich zu regelnden Fragen blieb indessen der Chef der Feldtelegraphie im Großen Hauptquartier maßgebend. Vom 1. November 1915 ab wurden die Etappentelegraphendirektionen von den Etappeninspektionen losgelöst und den Armeen oder Armeeabteilungen unmittelbar unterstellt. Nunmehr unterstanden die Etappentelegraphen-direktionen in fachtechnischer Beziehung dem Stabsoffizier der Telegraphentruppen beim Armee-Oberkommando in derselben Weise wie die Armeefernsprechabteilungen usw. - Ihre wirtschaft-lichen, Unterkunfts- und Verpflegungsangelegenheiten waren für das Operations- und Etappen-gebiet nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Der Etappentelegraphendirektor erhielt von da ab die leitenden Gesichtspunkte für seine technische Tätigkeit vom Stabsoffizier der Telegraphen-truppe auf Grund der diesem zugehenden Weisungen des Armee-Oberkommandos und des Chefs der Feldtelegraphie.

Seine Aufgaben waren besonders schwierig und vielseitig in der Zeit des Bewegungskrieges, namentlich bei dem raschen Vormarsch im Sommer und Herbst 1914. Kaum war eine Station einigermaßen in ordnungsmäßigem Betrieb, so mußte sie wieder weiter nach vorn gelegt werden. Die Leitungen konnten nur mit großer Mühe so schnell hergestellt werden, daß die Verbindung der Armee mit dem Großen Hauptquartier und der Heimat immer vorhanden war, obwohl das dichte Friedensleitungsnetz in Belgien und Frankreich dabei in ausgiebigster Weise mitverwendet wurde. Beim Vormarsch der Armeen konnten die weiter zurückliegenden Telegraphen- und Fernsprechstationen nicht ganz abgebaut werden, sondern mußten zum Teil bestehen bleiben; ein Teil des Bau- und Betriebspersonals mußte daher im rückwärtigen Gebiet zurückgelassen werden. Dazu vermehrten sich mit der zunehmenden Länge der rückwärtigen Verbindungen die Störungen im Leitungsnetz ganz außerordentlich unter den unsicheren Verhältnissen. Aber auch die eigenen Truppen richteten hier großes Unheil an; in Unkenntnis des entstehenden Schadens rissen sie Drähte und Stangen aus den Anlagen heraus, wenn sie sie gerade für andere Zwecke brauchten.[4] Kurz, es war bei dem geringen Personalbestande nur unter größter Anspannung aller Kräfte und durch unermüdliche, entbehrungsreiche Tätigkeit, die auch in der Nacht weiterlief, möglich, die notwendigsten Verbindungen herzustellen und betriebsfähig zu erhalten.

Der Stellungskrieg brachte mehr Ruhe und Gleichförmigkeit. Die Hauptaufgaben waren jetzt Ausgestaltung der zunächst nur flüchtig oder behelfsmäßig getroffenen Telegraphen- und Feinsprecheinrichtungen zu Daueranlagen, Ausbau des Netzes, Erhaltung in einem brauchbaren Zustand sowie flotte Störungsbeseitigung, allmähliche Anschließung auch der weniger wichtigen Dienststellen des Armee- und Etappengebiets an das Fernsprechnetz.

2. Telegraphen- und Fernsprechbetrieb.

Telegraphenbetrieb.

Als Betriebsapparate der Etappentelegraphie waren neben dem Fernsprecher nur der Morse- und Klopferapparat vorgesehen. Schon in den ersten Wochen stellte sich jedoch heraus, daß diese einfachen Apparatsysteme auf den großen Linien dem Bedürfnis nicht genügen konnten, insbesondere im Verkehr mit der Heimat, über die ja auch alle Telegramme zwischen dem westlichen und östlichen Kriegsschauplatz geleitet werden mußten. Daher mußte auf den wichtigen telegraphischen Verkehrsadern zum Hughes- (Fernschreiber-) Betrieb gegriffen werden. Späterhin reichte auch dieser nicht aus, um die immer stärker anschwellenden Telegrammassen rechtzeitig zu befördern, deshalb wurde auf den Hauptlinien zu dem viel leistungsfähigeren Siemens-Schnelltelegraphenapparat übergegangen. Die erforderlichen Apparatsätze lieferte die Reichstelegraphenverwaltung; ebenso stellte sie das Mechanikerpersonal, das zur Einrichtung und Unterhaltung dieser sehr empfindlichen Betriebseinrichtungen überwiesen werden mußte. Fernschreiber- und Siemensbetrieb spielten allmählich eine hervorragende Rolle bei der Etappen- und der gesamten Heerestelegraphie. Schließlich befanden sich mehr Apparate dieser Systeme im Betrieb, als bei der ganzen deutschen Telegraphenverwaltung zu Beginn des Krieges im Gebrauch gewesen waren. Besonders beliebt wurde der Fernschreiber infolge seiner Ausnutzung zu den "Fernschreiben" oder "Fernschreibergesprächen", die sich abweichend von dem eigentlichen Telegrammbeförderungsdienst in der Weise abwickelten, daß zwischen zwei entfernten Dienststellen, die in unmittelbaren Fernschreiberverkehr zu treten wünschten, durch Zusammenschaltung von Leitungen eine unmittelbare Fernschreiberverbindung hergestellt wurde und auf dieser unter Verwendung geübter Hughestelegraphisten Fragen und Antworten unmittelbar ausgetauscht wurden. Ein solcher Verkehr fand nicht nur zwischen Stellen des östlichen und westlichen Kriegsschauplatzes statt, sondern beispielsweise auch zwischen dem westlichen Kriegsschauplatz und Sofia, Konstantinopel und sogar nach Aleppo.

Der Telegrammverkehr der Etappentelegraphie bestand anfangs nur aus gebührenfreien militärischen Diensttelegrammen. Vom 20. Januar 1915 ab wurde einem dringenden Bedürfnis entsprechend auch der Privattelegrammverkehr zwischen Feldheer und Heimat zugelassen. Die Wortgebühr betrug 5 Pf., die vom Empfänger in der Heimat eingezogen wurde. Sie blieb auch auf diesem niedrigen Satz, als im inneren deutschen Verkehr ein Reichszuschlag, also eine höhere Wortgebühr, erhoben wurde. Die Privattelegramme wurden erst nach den dienstlichen Telegrammen befördert und waren nur für wichtige und dringende Fälle zugelassen. Im Felde übten die Etappentelegraphendirektionen die Prüfung aus, während in der Heimat bei jedem stellvertretenden Generalkommando, das hierzu eine Prüfungs- und Annahmestelle einrichtete, täglich nur eine bestimmte Zahl von abgehenden Telegrammen zugelassen wurde. Namentlich in der Richtung aus dem Felde haben die Telegramme unendlichen Segen gestiftet. Welche Beruhigung brachte das Wort "Gesund!", wenn Angehörige nach heißer Schlacht um ein Leben bangten!

Für die Adressierung der Dienst- und Privattelegramme waren die Feldpostadressen maßgebend; die erforderlichen Unterlagen erhielten die Etappentelegraphendirektionen fortlaufend von der Feldpost. Bei unrichtiger oder ungenauer Anschrift wurde die Hilfe des Haupttelegraphenamts in Berlin in Anspruch genommen, dessen militärische Telegrammüberwachungsstelle mit der

Feldpostabteilung des Reichspostamts, dem stellvertretenden Kriegsministerium und dem stellvertretenden Chef des Generalstabs Verbindung unterhielt. Größere Anhäufungen unanbringlicher Telegramme traten in der Regel ein, wenn bei der Verschiebung von Truppenteilen deren neue Eingliederung zunächst geheimgehalten werden mußte und der Post- und Telegrammverkehr für bestimmte Truppenteile mithin zeitweilig gesperrt war.

Fernsprechbetrieb.

Für den Fernsprechdienst fand der militärische Fernsprechapparat, der Feldfernsprecher, bei der Etappentelegraphie nur wenig Verwendung. Sie bediente sich der Apparate der Reichstelegraphie, namentlich der Fernsprechtischgehäuse. Der Drang nach Fernsprechanschluß nahm bei den Dienststellen im Felde, und namentlich auch in der Etappe, von Tag zu Tag zu. Damit wuchs auch das Bedürfnis nach Vermehrung der rückwärtigen Fernsprechverbindungen. Dazu wurden die bei Kriegsbeginn außer Betrieb gesetzten internationalen Fernleitungen, z. B. von Deutschland nach Paris, in weitestem Maße ausgenutzt. Im Osten, wo Fernverbindungen nicht bestanden, mußten durchweg aus deutschem Material völlig neue Linien hergestellt und an die im Inlande vorhandenen Fernleitungen angeschlossen werden. Um auch auf weite Entfernungen eine gute Sprechverständigung zu erzielen, wurde mit bestem Erfolge von den neuen Fernsprechverstärkereinrichtungen Gebrauch gemacht, die unmittelbar vor Beginn des Krieges von der Reichstelegraphenverwaltung erprobt waren. Nur mit Hilfe dieser Verstärker war es möglich, zu einer ausreichenden Sprechverständigung zwischen dem westlichen und östlichen Kriegsschauplatz zu gelangen.

Gespräche der Obersten Heeresleitung hatten vor anderen Dienstgesprächen den Vorrang. Gebührenfreie Privatgespräche zwischen Feldheer und Heimat wurden vom Januar 1915 ab mit Einschränkungen zugelassen, soweit Leitungen frei waren.

Versorgung mit Gerät und Bauzeug.

Ihren Bedarf an Gerät und Bauzeug suchte die Etappentelegraphie in erster Linie aus dem im Lande Vorgefundenen zu befriedigen. Ober- und unterirdische Leitungen wurden nach Ausbesserung zum Betrieb geschaltet, fremde Apparate für deutschen Betrieb passend gemacht, vorgefundene Baustoffe für die Verbindungen mitverwendet. Was darüber hinaus an Gerät und Bauzeug gebraucht wurde, wurde von den Telegraphenzeugämtern in der Heimat und von dem Telegraphenapparatamt und Telegraphenversuchsamt in Berlin bezogen. Die Reichstelegraphenverwaltung, Bayern und Württemberg stellten bereitwilligst ihre Vorräte zur Verfügung und zogen ihre Lieferfirmen auf Grund der im Frieden abgeschlossenen Lieferungsverträge zu verstärkten Kriegslieferungen heran. Es ist erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit und Selbstverständlichkeit das Fachpersonal die feindlichen Betriebseinrichtungen nutzbar machte und wie schnell auch die Heeresstellen sich mit den fremdartigen Sprechstellenapparaten befreundeten. Die in größeren Städten, z. B. St. Quentin und Lille, vorhandenen Stadtkabel wurden gleichfalls nach näherer Prüfung für das Heeresleitungsnetz und zum Anschluß von Heeressprechstellen weitgehend ausgenutzt. Das in Frankreich vorhandene, die größeren Städte verbindende Telegraphenkabelnetz wurde dagegen zur Beseitigung von Spionagegefahr unbrauchbar gemacht. Die immer wieder aufgetretene Ansicht, daß sich zwischen Paris und dem besetzten Nordfrankreich noch geheime unterirdische Telegraphen- oder Fernsprechverbindungen befänden, hat sich in allen Fällen als unrichtig erwiesen.

3. Die Aufhebung der Etappentelegraphie.

Der Stellungskrieg brachte es mit sich, daß die von den Telegraphentruppen im Bereich der Armee-Ober- und der Generalkommandos und der Divisionen gebauten Linien, die nur für

vorübergehenden Gebrauch bestimmt, daher aus leichtem Material und in einfacher Bauart hergestellt waren, dem Dauerbedürfnis nicht genügten. Sie mußten durch feste Linien von langer Lebensdauer ersetzt, ebenso mußten leistungsfähigere Betriebsarten (Klopfer und Fernschreiber an Stelle des Fernsprechers) eingeführt werden. Diesen Aufgaben waren die Telegraphentruppen nach Friedensausbildung und Ausstattung nicht gewachsen. So mußten die Etappentelegraphen-direktionen ihre Tätigkeit über das Etappengebiet hinaus weiter nach vorn bis in das Operationsgebiet, vielfach bis zu den Divisionen, ausdehnen. Dazu waren sie in ihrer normalen Zusammensetzung (108 Vorarbeiter und Arbeiter und 36 Bau- und Betriebsbeamten) viel zu schwach. Auch hatte das Vordringen dieser Beamtenformationen bis in die vorderen Linien mancherlei Unzuträglichkeiten im Gefolge. Die Oberste Heeresleitung entschloß sich daher auf Vorschlag des Chefs der Feldtelegraphie, die Etappentelegraphendirektionen in ihrer bisherigen Form aufzuheben und durch militärische Armeefernsprechabteilungen mit wesentlich höherer Kopfstärke zu ersetzen. Nachdem im Herbst 1915 im Osten ein dahingehender Versuch gelungen war, wurden am 1. Dezember 1916 nach sorgfältiger Vorbereitung auch alle Etappentelegraphendirektionen durch militärische Formationen ersetzt.

Diese Militarisierung erfolgte derart, daß der Betrieb dadurch in keiner Weise nachteilig beeinflußt wurde; sie mußte daher dem Gange der Operationen angepaßt werden. Da die Kopfstärke bei der Umwandlung auf etwa das Vierfache stieg, konnte die Auffüllung bei dem Mangel an geeignetem Fachpersonal nur nach und nach erfolgen. Die Heimatstelegraphie konnte kein Personal mehr hergeben, sie war durch Einziehung ihrer Beamten und Arbeiter zum Heeresdienst in ihrer Leistungsfähigkeit schon bedenklich beeinträchtigt. Daher mußte das zur Auffüllung unbedingt notwendige Fachpersonal aus dem Heere entnommen werden. Zu diesem Zweck wurden im Winter 1916/17 alle noch bei anderen Truppenteilen dienenden Telegraphenarbeiter, Leitungsaufseher und sonstigen Postunterbeamten vom Chef der Feldtelegraphie einzeln angefordert. Auf diese Weise gelang es, von rund 5500 derartigen Fachleuten annähernd 4000 für die Telegraphentruppe freizubekommen.

Das Beamten- und Arbeiterpersonal der aufzulösenden Etappentelegraphendirektionen war nicht ohne weiteres für die neuen militärischen Formationen geeignet.

Die Etappentelegraphenbeamten, -vorarbeiter und -arbeiter wurden, soweit sie gediente Soldaten und kriegs-, garnison- oder arbeitsverwendungsfähig waren, eingezogen. Die nicht kriegsverwendungsfähigen wurden grundsätzlich bei Telegraphenformationen eingestellt. Die nichtgedienten, in wehrpflichtigem Alter stehenden wurden auf ihre Tauglichkeit untersucht und, soweit sie kriegsverwendungsfähig waren, derjenigen Waffe überwiesen, für die sie als tauglich bezeichnet wurden; sie wurden als Fachleute fast alle der Telegraphentruppe überlassen. Die garnison- oder arbeitsverwendungsfähigen Leute wurden ausnahmslos bei der Telegraphentruppe eingestellt.

Alle nicht kriegs-, garnison- oder arbeitsverwendungsfähig erklärten und alle nicht mehr wehrpflichtigen Beamten und Arbeiter wurden den Oberpostdirektionen, bei denen sie zuletzt beschäftigt waren, überwiesen und standen der Telegraphenverwaltung zur Verwendung in der Heimat oder im besetzten Gebiet zur Verfügung.

Das bei der Auflösung freiwerdende und bei den neuen Abteilungen nicht verwertbare Gerät der Trainkolonnen wurde den nächstgelegenen Traindepots übergeben; das von der Telegraphen-verwaltung überwiesene Telegraphengerät und die Werkzeuge und Materialien gingen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Von der Militarisierung unberührt blieben die Telegraphendirektion des Großen Hauptquartiers und die Telegraphenabteilung Luxemburg; sie behielten aus besonderen Gründen bis zum Schluß des

Krieges ihre Eigenschaft als Beamtenformationionen.

4. Die Telegraphendirektion des Großen Hauptquartiers.

Für den Telegraphen- und Fernsprechdienst im Großen Hauptquartier war zunächst nur eine Kraftwagenfernsprechabteilung vorgesehen. Schon wenige Tage nach der Mobilmachung stellte sich jedoch heraus, daß es mit dem Fernsprechbetrieb allein nicht durchkommen konnte. Die Bedürfnisse der Obersten Heeresleitung verlangten sofort den Hughes- (Fernschreiber-) Betrieb; und schon in Luxemburg mußte ihm der Siemensbetrieb folgen, der dann dauernd beibehalten und nicht bloß mit Berlin, sondern auch mit anderen wichtigen Verkehrspunkten eingeführt wurde. Die ungeheure Bedeutung eines tadellosen, den höchsten Forderungen der Schnelligkeit und Zuverlässigkeit genügenden Telegraphenbetriebs für die Oberste Heeresleitung machte es unerläßlich, für das Große Hauptquartier eine besondere Telegraphendirektion unter einem besonders tüchtigen Fachmann zu schaffen. Sie war ähnlich zusammengesetzt wie die Etappentelegraphendirektionen, umfaßte aber einen viel größeren Bestand an Betriebspersonal mit besonders ausgewähltem, absolut zuverlässigem Personal. Von ihren Leistungen hing die richtige und schnelle Übermittlung der Operationsbefehle an die Heeresstellen ab, ebenso das pünktliche Eintreffen der regelmäßigen und außergewöhnlichen Meldungen von der Front. Sie verwendete die vollkommensten Betriebseinrichtungen und die neuesten Errungenschaften der Telegraphen- und Fernsprechtechnik; neue Erfindungen führte sie zur praktischen Verwendbarkeit für den Fernnachrichtenverkehr der Obersten Heeresleitung. Für die Dienststellen des Großen Hauptquartiers, insbesondere die Operationsabteilung, wurden nach allen Heeresgruppen, Armeen und Armeeabteilungen besondere Fernschreiber- und Fernsprechleitungen hergestellt, die von sonstigem Verkehr freigehalten und besonders sorgfältig instandgehalten wurden. Für Reisezwecke ließ die Telegraphendirektion des Großen Hauptquartiers einen besonderen Telegraphenwagen (D-Zugwagen) herrichten. Er erhielt mehrere Fernschreiber sowie Einrichtungen für den Fernsprechweitverkehr. Bei Reisen des Chefs des Generalstabs des Feldheeres oder des Ersten Generalquartiermeisters wurde dieser Telegraphenwagen mitgeführt. Bei Aufenthalten des Zuges wurden die Apparate innerhalb weniger Minuten mit geeigneten, an der Bahn entlang verlaufenden Leitungen verbunden, so daß vom Telegraphenwagen aus nach allen Teilen des Kriegsschauplatzes der Fernschreib- und Fernsprechverkehr sofort aufgenommen werden konnte. So wurde der jeweilige Sitz des Großen Hauptquartiers zu einem Verkehrsknotenpunkt ersten Ranges, zum Mittelpunkt der gesamten Heerestelegraphie. Änderte es seinen Standort, so mußten außer der eigenen Bauabteilung auch verfügbare Baukolonnen der Etappe und der Heimat wochen- und monatelang angestrengt tätig sein, um den Um- und Neubau des Liniennetzes rechtzeitig fertigzustellen, und für die Verlegung selbst war jedesmal die Frage entscheidend, ob die Schnellnachrichtenverbindungen bis dahin fertig sein konnten. Weil das allgemeine Leitungsnetz für die besonderen Bedürfnisse des Großen Hauptquartiers immer besonders hergerichtet werden mußte, behielten die Standorte auch nach dem Abrücken eine erhöhte Bedeutung als Verkehrsknotenpunkte. An diesen Orten (Charleville, Pleß, Kreuznach) blieben daher Abteilungen (Zweigstellen) der Telegraphendirektion des Großen Hauptquartiers zurück. Solche Zweigstellen befanden sich auch im Kriegsministerium und im Generalstabsgebäude in Berlin. Ferner waren in Budapest, als der wichtigen Übertragungsstelle der Verbindungen nach dem südöstlichen Kriegsschauplatze, ständig mehrere ihrer Beamten tätig. Die Aufgaben wuchsen mit der zunehmenden Ausdehnung der Kriegsschauplätze und den wachsenden Schwierigkeiten der Kriegführung. Im Herbst 1918 waren bei ihr über 300 Beamte tätig, die in der Regel weit über das gewöhnliche Maß in Anspruch genommen waren. Ihre besondere Stellung und die hohe Bedeutung und Empfindlichkeit ihres Betriebs ließen ihre Militarisierung nicht zu.

5. Sonstige Dienststellen und Einrichtungen für die Etappentelegraphie in Etappe und Heimat.

Die Telegraphenabteilung Luxemburg ging aus der Etappentelegraphendirektion der 5. Armee hervor, die beim Vormarsch eine kleine Betriebsabteilung unter einem Etappentelegrapheninspektor zur Überwachung des stark beschränkten luxemburgischen Telegraphen- und Fernsprechverkehrs zurückließ. Ihre Tätigkeit spielte sich im wesentlichen auf dem luxemburgischen Telegraphenamt in Luxemburg ab. Da es zu ernsten Unzuträglichkeiten geführt haben würde, die deutschen Überwachungsbeamten durch Soldaten zu ersetzen, blieb auch die Telegraphenabteilung Luxemburg von der Militarisierung ausgenommen.

Einzelne Feld- und Etappentelegraphenbeamte waren auch außerhalb ihres eigentlichen Verbandes bei militärischen Formationen tätig, bei den Stäben des Chefs der Feldtelegraphie West und Ost; auch der Festungsfernsprechabteilung Straßburg war ein Telegraphenbeamter zugeteilt. Bei der Fernsprechabteilung Oberost und der Telegraphenabteilung Sofia waren Etappentelegraphensekretäre und Telegraphenmechaniker zur Wahrnehmung des Fernschreiber- und Siemensbetriebs so lange notwendig, bis diese Formationen über die nötige Zahl genügend ausgebildeten militärischen Personals verfügten. Bei der Auflösung der Etappentelegraphendirektionen wurden auch die vereinzelt tätigen Beamten sämtlich ins Militärverhältnis überführt.

Bei der Militarisierung trat zu jeder neugebildeten Armeefernsprechabteilung ein Feldtelegrapheningenieur (bisheriger Etappentelegrapheninspektor). Diese Ingenieure gingen später als Kriegstelegrapheningenieure zu den Armeenachrichtenkommandeuren, die die Stabsoffiziere der Telegraphentruppen bei den Armee-Oberkommandos ersetzten. Beim Chef der Feldtelegraphie waren zwei Kriegstelegraphenoberingenieure - zuletzt nur noch einer - und bis zu acht Kriegstelegrapheningenieure, alle aus den höheren Etappentelegraphenbeamten hervorgegangen, tätig.

Soweit bei dem schnellen Vormarsch des Jahres 1914 die Etappentelegraphendirektionen und die Telegraphentruppen den Ausbau des Heeresleitungsnetzes nicht allein bestreiten konnten, wurden besondere Telegraphenbauabteilungen vorübergehend herangezogen. Sie wurden von der Reichstelegraphenverwaltung zusammengestellt und namentlich in den Grenzgebieten mit dem Ausbau und der Instandsetzung des Netzes beauftragt. Besonders umfangreiche und schwierige Aufgaben ergaben sich auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Bei dem ersten Vormarsch der 9. Armee von Schlesien nach Warschau wurde im September 1914 eine starke Bauabteilung aus 19 Telegraphenbautrupps der Reichstelegraphenverwaltung gebildet, der die Aufgabe zufiel, die rückwärtigen Telegraphen- und Fernsprechverbindungen für das Hauptquartier Ost herzustellen. Sie konnte erst im Oktober 1915 wieder aufgelöst werden. Ihr Personal wurde zum Teil der Etappentelegraphie, zum Teil der Post- und Telegraphenverwaltung des Generalgouvernements Warschau überwiesen. Eine zweite besondere Bauabteilung wurde im Dezember 1914 in Russisch-Polen gebildet. Ihre besondere Tätigkeit war der Ausbau der Verbindungen in dem Gebiet südlich der Bahn Thorn - Lowicz. Ihr Personal wurde im Frühjahr 1915 von einer Etappentelegraphendirektion übernommen.

In Belgien und Polen wurde der Telegraphen- und Fernsprechdienst (Bau und Betrieb) von den Post- und Telegraphenverwaltungen der Generalgouvernements wahrgenommen. Die Dienstorganisation entsprach der der Reichstelegraphie, die auch das Beamten- und Arbeiterpersonal stellte. Da der Telegramm- und Fernsprechverkehr für die Einwohnerschaft zunächst gänzlich gesperrt war, dienten die Nachrichteneinrichtungen lediglich den Bedürfnissen der Besatzungstruppen und -behörden. Für diese war auch der Privattelegramm- und Fernsprechverkehr mit der Heimat ebenso wie für die Angehörigen des Feldheeres zugelassen. Späterhin wurde auch der Privattelegrammverkehr anderer Personen unter militärischer Überwachung und mit gewissen Beschränkungen gestattet. - Neben dem eigenen Telegramm- und Fernsprechverkehr hatten die Leitungsnetze der

Generalgouvernements einen großen Teil des Durchgangsverkehrs zwischen Feldheer und Heimat aufzunehmen. Während Belgien schon vor dem Kriege ein dichtes, modernes Leitungsnetz besaß, das nutzbar gemacht werden konnte, mußten in Polen Linien und Leitungen von riesenhafter Ausdehnung erst geschaffen werden. Besondere Bedeutung für den telegraphischen und telephonischen Durchgangsverkehr erlangten die Telegraphenzentralen in Brüssel und Warschau, die beide mit leistungsfähigen Siemens-Schnelltelegraphen arbeiteten.

Die Etappentelegraphie war gleichsam ein Tochterunternehmen der Reichstelegraphie; sie konnte sich nur aus der Friedenstelegraphie heraus entwickeln und ihre Aufgaben nur mit deren Hilfe lösen. Deshalb würde auch ihr Bild unvollständig sein, wenn nicht die Tätigkeit der Reichstelegraphie für den Krieg am Schluß noch einmal zusammenfassend hervorgehoben würde. Sie umfaßte drei Hauptgebiete: Hergabe von Personal, Lieferung von Gerät und Bauzeug und unmittelbare Mitarbeit an den Kriegsaufgaben.

Bei Kriegsbeginn mußte die Reichstelegraphenverwaltung einen großen Teil ihres ständigen Personals an Beamten und Arbeitern für Heereszwecke zur Verfügung stellen, teils als Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften mit der Waffe, teils zur Einrichtung der Feldpost und der Etappentelegraphie. Der Personalbestand wurde dadurch so vermindert, daß der Post- und Telegraphenbetrieb nur unter den größten Schwierigkeiten aufrechterhalten werden konnte. Trotzdem entsprach das Reichspostamt in entgegenkommendster Weise auch den weiteren Anforderungen von Telegraphenpersonal, die im Lauf des Krieges bei Aufstellung neuer Formationen oder als Ersatz für Abgänge fortgesetzt gestellt werden mußten.

Die Beschaffung des Nachschubs an Gerät und Bauzeug für die ganze Heerestelegraphie lag zum großen Teil in den Händen der Reichstelegraphenverwaltung. Der gesamte Bedarf an Fernschreiber- und Siemensapparaten mit Zubehör, ferner Fernsprechapparate, deren Zahl in die Hunderttausende ging, wurden von ihr gestellt. Telegraphenstangen, Leitungsdraht, eiserne Querträger und Isolatorenstützen, ebenso die erforderlichen Porzellandoppelglocken, alles dies beschaffte sie in den nötigen Mengen für das Heer; ohne ihre ausgiebige Hilfe wären die allergrößten Schwierigkeiten entstanden. Das Reichspostamt war vermöge seiner weitblickenden Maßnahmen in der glücklichen Lage, bei Kriegsbeginn über wohlgefüllte Lager von Baustoffen aller Art bei seinen Telegraphenzeugämtern zu verfügen. Darüber hinaus war es aber auf Grund seiner laufenden Lieferungsverträge imstande, alle gewünschten Mengen zu beschaffen. Die Verträge liefen nicht bloß in der Kriegszeit weiter, sie enthielten auch eine besondere Kriegsklausel, nach der die Fabriken usw. zu verstärkten Kriegslieferungen herangezogen werden konnten. Diese Beschaffungstätigkeit wurde auch nach der Militarisierung der Etappentelegraphendirektionen unverändert fortgesetzt.

Über die sonstige unmittelbare Mitarbeit der Reichstelegraphie an den Kriegsaufgaben können nur einige besonders wichtige Gebiete erwähnt werden; schließlich war ja fast die ganze Tätigkeit der Telegraphie in dieser Zeit auf den Krieg eingestellt. Mit Eintritt der Mobilmachung trat das Reichspostamt entsprechend den schon im Frieden getroffenen Abmachungen einen großen Teil der besten Telegraphen- und Fernsprechleitungen an das Heer zu dessen ausschließlichem Gebrauch ab. Immer mehr solche Leitungen wurden hergegeben, als die Kriegsschauplätze sich weiter ausdehnten und die Schwierigkeiten der Kriegführung wuchsen. Die rege Beteiligung der Telegraphenverwaltung an den Telegraphenbauarbeiten ist mehrfach erwähnt worden. Auch durch fachmännische Beratung und Unterstützung leistete sie der Heerestelegraphie unschätzbare Dienste (Entsendung von Ingenieuren zur Einrichtung von Siemenszentralen und Fernsprechverstärkern, Ausbildung militärischer Fernschreibertelegraphisten bei allen größeren Telegraphenämtern, Unterrichtskurse beim Telegraphenversuchsamt für Offiziere und Beamte der Nachrichtentruppe über technische Neuerungen und Verbesserungen im Telegraphen- und Fernsprechwesen).

Schließlich war durch die immer schärferen Einziehungen zum Heeresdienst der Personalbestand

der Reichstelegraphenverwaltung so geschwächt, daß sie ihre eigenen Aufgaben in der Heimat nicht mehr voll erfüllen konnte. Besonders übel sah es im Linienbau aus. Nachdem das Netz in den ersten drei Kriegsjahren nicht mehr instandgesetzt war, mußte im Frühjahr 1917 nach dem ungünstigen Winter mit einem völligen Zusammenbruch des heimatlichen Netzes gerechnet werden, der auch für die Belange des Feldheeres verhängnisvoll geworden wäre, da ja das Heimatsnetz in erster Linie für Heer, Marine und Kriegswirtschaft arbeitete. Bei dieser Sachlage erklärte sich der Chef der Feldtelegraphie, vom Reichspostamt um Unterstützung angegangen, bereit, der Reichstelegraphenverwaltung für die Instandsetzung ihrer Linien bis zu 35 Heeresbauzüge vorübergehend zur Verfügung zu stellen. Sie waren 50 bis 60 Mann stark und bestanden zum großen Teil aus eingezogenem Friedensbaupersonal der Reichstelegraphenverwaltung. Falls die Züge für militärische Zwecke wieder benötigt wurden, mußten sie innerhalb 48 Stunden abmarschbereit sein. 1918 wurde die Zahl der in der Heimat tätigen Heeresbauzüge weiter vermehrt und betrug zeitweise 62. Sie brachten der Reichstelegraphenverwaltung eine wirksame Entlastung und Unterstützung, wurden im übrigen aber nicht bloß zu Instandsetzungsarbeiten im Netze der Reichstelegraphenverwaltung herangezogen, sondern auch zur Herstellung und Unterhaltung von Telegraphen- und Fernsprechanlagen für Heereszwecke im Heimatgebiet, namentlich zu Anlagen für den Flugmeldedienst.

Besondere Hervorhebung verdient zum Schluß die von der Telegraphenverwaltung zugestandene Einführung des privaten Telegramm- und Fernsprechverkehrs zwischen Feldheer und Heimat und die Einrichtung eines allgemeinen Kriegsnachrichtendienstes, der täglich ein- bis zweimal kurze amtliche Kriegsnachrichten gebührenfrei an alle Reichstelegraphenanstalten beförderte, die am Dienstgebäude öffentlich angeschlagen wurden, so daß auch die entlegensten, von jedem sonstigen Verkehr abgeschnittenen Ortschaften dauernd aufs schnellste über die wichtigeren Kriegsereignisse unterrichtet waren. Auch den Telegraphenstationen im Felde wurden diese abgekürzten Heeresberichte zutelegraphiert. Diese Anfang September 1914 eingerichtete und während des ganzen Krieges beibehaltene Verbreitung eines abgekürzten Heeresberichts fand bei allen Kreisen des deutschen Volkes warmen Dank und Anerkennung.

Anmerkungen:

1 [1/341] Es waren nur zugelassen: gewöhnliche Briefe bis zum Gewicht von 250 g, gewöhnliche Postkarten, Geldbriefe mit einem angegebenen Werte bis 1500 Mk. und bis zum Gewicht von 250 g, Postanweisungen über Beträge bis 800 Mk. vom Feldheer nach der Heimat und bis 100 Mk. von der Heimat an die Heeresangehörigen; ferner Zeitungen unter Erhebung der gewöhnlichen Zeitungsgelder und einer Gebühr für die Verpackung, die für jeden Bezieher in besonderem Briefumschlage erfolgte. Die Bestellung auf die Zeitungen konnte sowohl bei den Feldpostanstalten als auch in der Heimat bei den Postanstalten bewirkt werden. Postkarten und gewöhnliche Briefe bis 50 g, Geldbriefe bis 50 g und bis 150 Mk. Wertangabe und Postanweisungen nach der Heimat genossen Portofreiheit, Briefe über 50 g kosteten zunächst 20 Pf., von September 1914 ab 10 Pf., Postanweisungen nach dem Felde 10 Pf., Geldbriefe über 50 g bis 150 Mk. Wertangabe 20 Pf., mit höherer Wertangabe bis 300 Mk. 20 Pf., bis 1500 Mk. 40 Pf. ...zurück...

2 [1/373] In der Heimat erfolgte die Annahme der Pakete bis 10 kg bei den Postanstalten gegen eine Gebühr von 25 Pf. für Pakete bis 5 kg, steigend um je 5 Pf. für jedes kg bis 50 Pf. für ein Paket von 10 kg, der größeren Güter bis 50 kg bei den Eisenbahn-, Eilgüter- und Güterabfertigungen zu den üblichen Frachtsätzen für die Beförderung nach den zuständigen Militärpaketdepots. Für die Beförderung der Pakete von den Militärpaktetdepots bis zu den Truppenteilen sorgte die Heeresverwaltung. ...zurück...

3 [1/389] Soweit hier und im folgenden von der Reichstelegraphie und der Reichstelegraphenverwaltung gesprochen wird, sind darunter alle drei damals bestehenden Telegraphenverwaltungen des Deutschen Reichs zu verstehen, d. h. die Reichstelegraphenverwaltung, die bayrische und die württembergische Telegraphenverwaltung. ...zurück...

4 [1/390] Über den gleichen Übelstand hatten, wie in Band [6], Abschnitt "Nachrichtenmittel" näher ausgeführt ist, auch die Telegraphen- (Nachrichten-) Truppen zu klagen. Es fehlte leider auch hier die Belehrung der Truppen über die Bedeutung und Unantastbarkeit der Telegraphenlinien. ...zurück...

Kapitel 6: Feldsanitätswesen

Generalarzt Dr. Carl Altgelt

Unter Mitwirkung von:

Generalarzt a. D. Dr. Adrian / Berlin, Marine-Oberstabsarzt Dr. Amelung / Wilhelmshaven, Marine-Generaloberarzt a. D. Reg.-Med.-Rat Dr. Bentmann / Karlsruhe, Generaloberarzt a. D. Prof. Dr. Bischoff / Bremen, Oberstabsarzt d. L. a. D. Dr. Blank / Barmen, Oberarzt Dr. Blaul / München, Zahnarzt Dr. Bolstorff / Berlin, Marine-Stabsarzt Dr. Eyerich / Kiel, Oberstabsarzt a. D. Dr. Gabriel / Berlin, Generalarzt a. d. Dr. Hagen / Königsberg i. Pr., Generaloberarzt Dr. v. Heuß / München, Geh. Med.-Rat Generalarzt d. R. a. D. Prof. Dr. His / Berlin, Marine-Generaloberarzt a. D. Dr. Huß / Gunzenhausen, Geh. San.-Rat Obergeneralarzt d. L. a. D. Prof. Dr. Körte / Berlin, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Krückmann / Berlin, Marine-Oberstabsarzt Dr. Mann / Wilhelmshaven, Reg.-Inspektor Mutschler / Berlin, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Ludloff / Frankfurt a. M., Generaloberarzt a. D. Dr. Pannwitz (Karl) / Berlin-Tegel, Korpsstabsapotheker Dr. Prieß / Berlin, Marine-Generalarzt Dr. Schepers / Berlin, Oberstabsarzt a. D. Dr. Seige / Hamburg, Facharzt Dr. Sommer / Altona, Marine-Stabsarzt Dr. Sonntag / Kiel, Marine-Generaloberarzt a. D. Reg.-Med.-Rat Prof Dr. zur Verth / Altona, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Voß / Frankfurt a. M., Marine-Oberstabsarzt Dr. Weißenborn / Berlin, Oberstabsarzt a. D. Reg.-Med.-Rat Dr. Weyert / Berlin.

1. Einleitung.

In den 44 Friedensjahren vor dem Großen Kriege ist das deutsche Militärsanitätswesen im Sinne der Kriegsmäßigkeit immer mehr vervollkommnet worden. Die Entwicklung ging mit der des Heeres Hand in Hand. Die führenden Männer - es seien nur die Namen von Coler und von Schjerning genannt - konnten sich dabei auf das stützen, was ihre Vorgänger in langer und zielbewußter Arbeit geschaffen hatten. Drei leitende Gesichtspunkte waren maßgebend:

- Den Arzt bei der bewaffneten Macht auf die denkbar höchste Stufe wissenschaftlicher Bildung und ärztlicher Kunstfertigkeit zu bringen, seine Hilfskräfte theoretisch und praktisch aufs beste durchzubilden, Ärzte und Sanitätsmannschaften militärisch gründlich zu schulen;

- die Materialausrüstung für die besonderen Verhältnisse im Kriege wirklich brauchbar zu gestalten;

- eine in allen Teilen so leistungsfähige Organisation zu schaffen, daß sich der Übergang aus dem Friedensverhältnis in den Kriegszustand ohne Störung vollziehen mußte; auch den gesteigerten Anforderungen des Krieges sollte sie in jeder Beziehung gewachsen sein.

Die Leistungen des Sanitätswesens im Großen Kriege haben bewiesen daß diese Ziele erreicht worden sind. Daß sie erreicht werden konnten, war in der geschichtlichen Entwicklung begründet, deren Anfänge in Preußen auf die Zeiten der beiden Könige Friedrich Wilhelm I. und II. zurückgehen. Ersterer hatte mit scharfem Blick für die realen Bedürfnisse des Heerwesens die Notwendigkeit erkannt, seiner Armee tüchtige "Ärzte" zu geben und zu diesem Zweck wissenschaftliche Einrichtungen (das *Theatrum anatomicum* und das *Collegium medico-chirurgicum*, sowie das Charitékrankenhaus in Berlin) begründet, wo eine bestimmte Anzahl von "Pensionärchirurgen" studieren konnte und nach damaligen Verhältnissen vortrefflich am Krankenbett ausgebildet wurde. Friedrich Wilhelm II. errichtete 1795 auf Rat seines bewährten Generalstabsarztes Goercke die Pepinière, die man noch jetzt als den Grundstock für das preußisch-deutsche Militärsanitätswesen ansehen kann, da aus ihr die "Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen" hervorgegangen ist. Diese bildete bis zu ihrer Auflösung nach der Revolution den Mittelpunkt für alle Bestrebungen auf dem Gebiet des Militärsanitätswesens.

In Bayern war es der Generalstabsarzt v. Eichheimer, dessen organisatorische und wissenschaftliche Arbeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts reiche Früchte getragen hat. In gleicher Weise hat sich in Sachsen der Korpsarzt Roth in den siebziger Jahren unvergängliche Verdienste erworben. In

den übrigen deutschen Bundesstaaten trat die Entwicklung weniger hervor.

Für das Sanitätswesen im Kriege hatten die Feldzüge 1864, 1866 und vor allem 1870/71 wichtige Lehren gebracht. In den folgenden außerdeutschen Kriegen waren sie, auch auf Grund der veränderten Heeresorganisation und Waffentechnik, wesentlich erweitert worden. Die Beobachtungen führten allmählich zu einer besonderen "ärztlichen Kriegswissenschaft", in der alles zusammengefaßt wurde, was mit der Organisation des Sanitätsdienstes, mit der Wirkung der verschiedenen Waffen, mit der Behandlung und Versorgung der Kranken und Verwundeten im Kriege, mit Unterkunft, Bekleidung, Ausrüstung, Verpflegung, dann vor allem mit der Gesunderhaltung und der wichtigen Frage des Krankentransports und auch mit der sanitären Materialausrüstung in Zusammenhang stand. Wissenschaftliche Untersuchungen aller Art, verbunden mit praktischen Versuchen (Schießversuche), schufen weitere Unterlagen für den Sanitätsdienst im Kriege und für die Kriegshygiene.

In der Kriegssanitätsordnung vom 27. Januar 1907, die - bis auf wenige, durch den großen Krieg selbst gezeitigte Änderungen organisatorischer Art - sich nach jeder Richtung hin bewährt hat, fanden sie ihren Niederschlag.

Die Ausbildung der aktiven Militärärzte für den Krieg war durch das Studium auf der Kaiser-Wilhelms-Akademie gesichert. Die Ärzte des Beurlaubtenstandes erhielten während ihrer aktiven Dienstzeit die notwendige Grundlage. In Fortbildungskursen wurde das Erlernte befestigt; durch besondere Sanitätsübungen (Kriegsspiele) und während der Herbstmanöver wurden die militärischen Aufgaben gründlich bearbeitet. Durch zahlreiche Kommandos zu Universitätskliniken, Krankenhäusern, wissenschaftlichen Instituten (vor dem Kriege zuletzt 200) war eine große Anzahl von aktiven Militärärzten vornehmlich in Chirurgie und Hygiene aufs beste fachlich ausgebildet. Ein reiches literarisches Leben in den Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Vereinigungen der Militärärzte brachte fortgesetzt Anregung zu eingehendem Studium aller Fragen der ärztlichen Kriegswissenschaft. Das in sich festgefügte Sanitätsoffizierkorps bildete mit den Sanitätsmannschaften und den ihm angegliederten Militärapothekern und Zahnärzten, wie mit den Lazarettverwaltungsbeamten den Stamm für das große Heer aller, die im großen Kriege im Heeressanitätsdienst tätig gewesen sind. Dabei sind reiche Kräfte zur Entfaltung gekommen, weil man überall wetteiferte, stets nur das Beste zu leisten. Mancher im Kriege tätige Zivilarzt fand sich an der Front plötzlich vor militärische Aufgaben gestellt, die ihm bis dahin natürlich fremd waren; auch sie wurden gelöst. Die opfermutige Arbeit, die mancher von ihnen bei der Sanierung der besetzten Gebiete und im Kampf gegen die Kriegsseuchen, vor allem in Rußland, Polen und auf dem Balkan leistete, kann gar nicht hoch genug angeschlagen werden. Der alleinstehende Landarzt, den seine Praxis gelehrt hatte, mit Geringem das Notwendige zu erreichen, Chirurgie z. B. mit behelfsmäßigen Mitteln zu treiben, wurde in der Folge oft zur unschätzbaren Kraft, namentlich da, wo es angesichts der Schwierigkeit der Verhältnisse darauf ankam, sich zu behelfen und entgegenstehende Hindernisse zu überwinden. Der nachstehende wissenschaftliche Teil dieser Darstellung (**S. 478 ff.**) wird zeigen, daß trotz aller gewaltigen Mühen und Strapazen der wissenschaftliche Geist bei den deutschen Feldärzten niemals geruht hat.

Die der Truppe entstammenden Sanitätsmannschaften hatten in den Sanitätsschulen der Garnisonlazarette gründliche theoretische und praktische Ausbildung genossen; die Kapitulanten waren aufs sorgfältigste weiter fortgebildet worden. Die Sanitätsmannschaften des Beurlaubtenstandes frischten in mehrfachen Übungen das Erlernte immer wieder auf. Die als Militärkrankenwärter ausgehobenen Ersatzmannschaften erhielten während ihrer zweijährigen Dienstzeit einen vornehmlich auf Krankenpflege und die Bedürfnisse des Lazarettverwaltungsdienstes abzielenden Unterricht.

Wegen des fortgesetzten Abgangs durch Verwundung, Krankheit und Tod vor dem Feinde, dann

aber wegen der zahlreichen Neuaufstellungen war der Bedarf an Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärtern naturgemäß dauernd sehr groß. Um ihn zu decken, wurden bei vielen Divisionen und den größeren Kriegslazaretten Sanitätsschulen eingerichtet, in denen geeignete Mannschaften ordnungsgemäß zum Sanitätsdienst ausgebildet wurden. Auch viele nachträglich für das Heer ausgehobene Angehörige der freiwilligen Krankenpflege wurden in den militärischen Sanitätsdienst überführt.

Die Zuteilung von Zahnärzten war für den Kriegsfall vorgesehen; das Bedürfnis erforderte schließlich eine erhebliche Zahl. Sie haben eine ausgedehnte und sehr ersprießliche Tätigkeit entwickelt.

Für die Militärapotheker war durch die Kabinettsorder vom 14. Mai 1902 eine neue Organisation geschaffen worden; durch scharfe Ansprüche an ihre wissenschaftliche Bildung und sachgemäße Schulung waren alle Vorbedingungen für erfolgreiche Tätigkeit bei den Apothekern des aktiven wie des Beurlaubtenstandes geschaffen.

Feldsanitätsausrüstung.

(Von Korpsstabapotheker Dr. Prieß.)

Durch die Kriegssanitätsordnung vom 27. Januar 1907 war die Ausstattung des deutschen Feldheeres mit Arznei- und Verbandstoffen, sowie ärztlichem Gerät auf eine neue Grundlage gestellt worden, die 1910 nach Vorschlägen von Sanitätsoffizieren und Militärapothekern in modernem Sinne weitgehende Verbesserungen erfuhr und im Lauf des Jahres 1913 durchgeführt wurde. Die Sanitätsausrüstung entsprach jetzt in jeder Beziehung dem Stande der ärztlichen und pharmazeutischen Wissenschaft und den Anforderungen der Feldverhältnisse. Die organisatorische und praktische Arbeit dabei oblag dem beim Sanitätsamt eines jeden Armeekorps tätigen Korpsstabsapotheker und dem Stabsapotheker des bei jedem Armeekorps bestehenden Sanitätsdepots. So konnte die planmäßige Sanitätsausrüstung in mustergültiger Verfassung vollzählig mit ins Feld gegeben werden. Sie gliederte sich in die Truppensanitätsausrüstung und in die Ausrüstung der Sanitätsformationen (Sanitätskompagnien, Feldlazarette, Etappensanitätsdepots). Die Unterbringung der ersteren erfolgte in den Sanitätsbehältnissen (Sanitätstaschen, Sanitätstornister, Sanitätskästen) und auf den Truppensanitätswagen, die der letzteren auf den Sanitätsfahrzeugen der betreffenden Formation. Zu den eigentlichen Sanitätsmitteln (ärztliche und Apothekengeräte, Arzneimittel und Verbandmittel, Wirtschaftsgeräte) trat eine umfangreiche Sonderausstattung: zahnärztliches und Röntgengerät, Impfstoffe, Brillen, Desinfektions- und Ungeziefermittel, Krankenverpflegungsvorrat, fahrbare Trinkwasserbereiter, Desinfektionswagen, gebrauchsfertige Röntgenwagen, fahrbare Wäschereien und schließlich auch im Kriege die Nachschubbestände an Veterinärgerät und Veterinärmitteln.

Die militärische Forderung, die Sanitätsausrüstung in eine Form zu bringen, in der sie den geringsten Platz einnahm und so die Truppe am wenigsten behinderte, hatte dazu geführt, die Verbandstoffe in Preßstücken, die Arzneimittel - soweit angängig - in Tablettenform einzuführen. Die Tabletten, Ampullen, Pflaster, wie auch andere Arzneimittelformen, in der entsprechenden Anzahl in den Sanitätsdepots niedergelegt, wurden durch ständige Auffrischung in brauchbarem Zustande erhalten. Nur die zum Füllen der Behältnisse erforderlichen Arzneien und einzelne Nebenbedürfnisse waren für den Mobilmachungsfall vertraglich sichergestellt.

Lazarettverwaltungsbeamte.

(Nach einem Bericht des Regierungsinspektors Mutschler.)

Neben den im aktiven Dienst befindlichen Lazarettverwaltungsbeamten traten bei der Mobilmachung in das Feldverhältnis über:

Die zu Feldlazarettbeamten ausgebildeten ehemaligen Einjährig-Freiwilligen und Volksschullehrer, zahlreiche verabschiedete Beamte aus dem Ruhestand, die sich wieder zum Dienst meldeten, endlich viele Landsturm- und nicht mehr dienstpflichtige ehemalige Einjährig-Freiwillige, die sich im Kriegsfall für den Verwaltungsdienst zur Verfügung gestellt hatten.

Bei den Feldformationen war die Verwendung wie folgt geregelt:

Dem ersten Beamten oblag: Heranschaffung der gesamten Verpflegungs- und Wirtschaftsgegenstände, Verpflegungsbetrieb, Kassen- und Rechnungswesen, Regelung des Nachlasses der Verstorbenen.

Dem zweiten: die Unterbringung der Kranken, Erledigung der Arbeiten bei Aufnahme und Entlassung der Kranken, Führung des Hauptkrankenbuches, Schriftverkehr des Lazaretts usw. nach außen und das Beerdigungswesen.

Beiden Beamten war entsprechendes Hilfspersonal zugewiesen.

Alle Lazarettverwaltungsbeamten haben ihre schwierige, verantwortungs- und mühevolle Aufgabe mit peinlicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erfüllt. Nur wer aus eigener Erfahrung die Fülle von körperlicher und geistiger Arbeit bei der Einrichtung und Verwaltung der Hilfsplätze und Lazarette im Kampfgebiet und in der Etappe kennengelernt hat, weiß, wie sie trotz ungeheuerer Schwierigkeiten in unerschütterlicher Ruhe den tausendfach an sie herantretenden Anforderungen standgehalten haben, und vermag das Maß und die Größe dieser Leistungen richtig abzuschätzen.

Hätte das deutsche Heer nicht einen so ausgezeichneten Stamm vortrefflich durchgebildeter Lazarettbeamten besessen, der dem während des Krieges hinzugetretenen Nachschub Stütze und Vorbild war, wäre es nicht möglich gewesen, die für das Wohl der Kranken und Verwundeten so bedeutsame Verwaltung der Lazarette usw. bis zum Kriegsende und über die Stürme der Revolution hinaus so gut in Ordnung zu erhalten, wie es tatsächlich geschehen ist.

Die Verordnung vom 6. März 1872 über die Organisation des preußischen Sanitätskorps hatte für die ganze neuzeitliche Entwicklung des Sanitätswesens den Boden geschaffen. Mit den gleichartigen Organisationen der Bundesstaaten schloß sich das preußische Sanitätskorps fest zusammen. Wachsend an Zahl mit dem immer größer werdenden Heer, mit dessen steter Vervollkommnung es Schritt hielt, in seiner wissenschaftlichen und militärischen Tüchtigkeit beständig fortschreitend, bildete das deutsche Sanitätskorps bei dem in ihm herrschenden Geist ernster Pflichtauffassung und wahrer Humanität die feste Grundlage, die das deutsche Heeressanitätswesen in den Stand gesetzt hat, seine Aufgabe bis zuletzt zu erfüllen.

2. Organisation des Sanitätswesens bei Beginn des Krieges und seine Entwicklung während desselben.

Feldheer.

Leitende Sanitätsdienststellen.

Beim Ausbruch des Krieges ging die Leitung des gesamten Heeressanitätsdienstes auf den (seither verstorbenen) Preußischen Generalstabsarzt und Chef des Sanitätskorps v. Schjerning über; sie erstreckte sich schließlich auf alle Kriegsschauplätze im Bereich der Obersten Heeresleitung (O. H. L.). Als Feldsanitätschef (F. S. Ch.) nahm Exz. v. Schjerning mit seinem Stabe, bestehend aus dem Chef des Stabes (Generalarzt Hamann), mehreren Sanitätsoffizieren als Referenten, Beamten und

Unterpersonal, seinen Dienstsitz im Großen Hauptquartier. Dort erhielt er von dem Ersten Generalquartiermeister als oberster Dienststelle für die Heeresversorgung alle Weisungen und Nachrichten, die ihn befähigten, in Verbindung mit dem Generalintendanten des Feldheeres, dem Feldeisenbahnchef, den Armeeärzten (**s. u.**), den Etappenbehörden und dem Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums[1] (Direktor Generalarzt Schultzen[2]) im großen alle Anordnungen für die Versorgung der Kranken und Verwundeten auf den Kriegsschauplätzen, deren Unterbringung und Verpflegung, ihre Abbeförderung nach der Heimat und ihre Verteilung daselbst zu geben und die Versorgung der Heere mit Sanitäts- usw. Ausrüstung sicherzustellen, endlich alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Gesundheitsdienstes und zur Abwehr und Bekämpfung der alsbald auftretenden Kriegsseuchen (Typhus, Ruhr, Cholera, Fleckfieber usw.) zu treffen. Daneben wurden beim Feldsanitätschef mehrere grundsätzliche Änderungen in der sanitätsdienstlichen Organisation, die sich im Laufe des Krieges als notwendig herausgestellt hatten, und die praktische Verwertung zahlreicher wissenschaftlicher Erfahrungen und Beobachtungen, die inzwischen gewonnen waren, bearbeitet und für die Truppe nutzbar gemacht. Hinzu kam die wichtige Frage des Personalersatzes, deren Lösung namentlich gegen Ende des Krieges bei dem stark zunehmenden Abgang durch Tod vor dem Feinde, Verwundung und Krankheit usw. immer schwieriger wurde. Über die Ausdehnung des Geschäftsbereichs des Feldsanitätschefs und die Größe der Arbeit, die dort zu leisten gewesen ist, gewinnt man erst eine Vorstellung bei näherer Betrachtung der im Abschnitt "Statistisches" zusammengestellten Zahlen (**s. S. 538ff.**).

Nicht viele hohe militärische Führer werden so zahlreiche und so weite Reisen in alle Kriegsgebiete gemacht haben, wie der deutsche Feldsanitätschef im Weltkriege, der überall, bis in die vordersten Kampflinien hinein, sich von der ordnungsmäßigen Durchführung des Sanitätsdienstes, der Zweckmäßigkeit der Lazarettanlagen und -Einrichtungen und der planmäßigen Durchführung des Gesundheitsdienstes persönlich überzeugt hat, seinen Untergebenen ein leuchtendes Beispiel deutscher Pflichttreue. Daneben gab der Feldsanitätschef die Anregung[3] zu den großen wissenschaftlichen Kongressen in Brüssel, Warschau und Berlin, deren Ergebnisse für die Heilfürsorge und die Fragen des Gesundheitsdienstes von so hoher Bedeutung geworden sind.

Als im Oktober 1915 die Oberste Heeresleitung Ost (Ob. Ost) eingerichtet wurde, trat zu ihr als Feldsanitätschef-Ost Obergeneralarzt v. Kern. Seine Aufgaben erstreckten sich insbesondere auf die Unterbringung und Abbeförderung der Kranken und die Durchführung des Gesundheitsdienstes. Bei den schwierigen örtlichen Verhältnissen in dem kulturarmen östlichen Kriegsgebiet und dessen großer räumlicher Ausdehnung bei dürftigster Bahn- und Wegeverbindung, sowie bei dem steten Drohen der gefährlichen Kriegsseuchen, wie Cholera und Fleckfieber, und deren wiederholtem Auftreten bedurften gerade diese Aufgaben dauernd der sorgsamsten Überwachung an Ort und Stelle.

Bei den 8 Heeresgruppen, die im Laufe des Krieges gebildet worden sind, befanden sich keine besonderen Dienststellen für die Leitung des Sanitätsdienstes; dagegen verfügte jedes der 20 Armee-Oberkommandos (A. O. K.) über einen Armeearzt (Obergeneralarzt, Generalarzt).

Der Armeearzt leitete nach den Weisungen des Chefs des Stabes und des Feldsanitätschefs den Sanitätsdienst in der Armee und der zu ihr gehörigen Etappeninspektion. Mit den Korps- (Gruppen-) Ärzten und dem Etappenarzt (**s. u.**) stand er in steter engster Nachrichtenverbindung; mit ihnen besprach er sich immer wieder über die Lage und über die zu treffenden Maßnahmen und überwachte die Ausführung durch persönliche Besichtigung an Ort und Stelle.

Zu den 69 General- bzw. Gruppenkommandos, die bis zum Ende des Krieges aufgestellt wurden, gehörte als ärztlich-technischer Beirat und ausführendes Organ für den Sanitätsdienst der Korpsarzt (Generalarzt, Generaloberarzt). Zu diesem Zweck stand er mit dem Chef des Stabes, dessen Weisungen er nachzukommen gehalten war, in steter Fühlung; andererseits unterstand er dem

Armeearzt. Mit dem Etappenarzt hielt er mit Rücksicht auf die Krankenbeförderung und den Nachschub an Sanitätsausrüstung usw. dauernd Verbindung.

Die Hauptaufgaben des Korpsarztes bestanden in der Regelung und Überwachung des Sanitäts- und Gesundheitsdienstes auf dem Marsch und in der Ruhe und in der Leitung des ersteren beim Kampf. Für den Gesundheitsdienst war ihm ein "Hygieniker"[4] zugeteilt, der nach Lage der Verhältnisse die erforderlichen Vorschläge zu machen und deren Durchführung mit zu überwachen hatte. Bei den Korps (Gruppen) befanden sich ferner noch "Beratende Chirurgen"[5] zur Raterteilung und Unterstützung der Ärzte, vornehmlich der vorderen Linien, in der chirurgischen Krankenbehandlung. Sie leisteten lediglich wissenschaftlich-praktische Arbeit und hatten auf Dienstführung und Verwaltung keinen Einfluß. Ihr Wirken ist außerordentlich segensreich gewesen.

Die Aufgabe des Korpsarztes war zu Zeiten der Großkämpfe bei dem dauernden Wechsel der Kampftruppen schwer, besonders wenn, wie z. B. in dem unkultivierten Osten, die Versorgung der Kranken und Verwundeten bei dem Mangel geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten auf Schwierigkeiten stieß, oder sich deren Abbeförderung wegen der Entfernungen, noch dazu bei schlechter Wegeverbindung, ernste Hindernisse entgegenstellten, vor allem aber wenn rückgängige Bewegungen der Heereskörper einsetzen mußten. Trotzdem haben die Korpsärzte ihre Aufgabe stets erfüllt, und nur ausnahmsweise ist es beim Rückzuge geschehen, daß geschlossene, in Tätigkeit befindliche Sanitätsformationen in Feindeshand verblieben.

Den Stäben der 228 Divisionen gehörte je ein Divisionsarzt an. Er war der ärztliche Beirat des Divisionskommandeurs und leitete als dessen Organ, gegebenenfalls unter eigener Verantwortung, den Sanitätsdienst bei der Division. Er unterstand also einerseits dem Divisionskommandeur, andererseits dem Korpsarzt; bei selbständigen Divisionen, bei denen er gleichzeitig die Obliegenheiten des Korpsarztes erfüllte, dem Armeearzt. Der Divisionsarzt[6] war somit Bindeglied zwischen den leitenden Sanitätsdienststellen und den Ärzten des Kriegsheeres, die diesen Dienst praktisch ausübten. Auf Grund seiner dauernden unmittelbaren Berührung mit den Truppen der Division hielt er sich über deren gesundheitliche Verhältnisse fortlaufend in Kenntnis und war so in der Lage, alle Maßnahmen zu treffen und im einzelnen nachzuprüfen und zu überwachen, die zur Erhaltung eines guten Gesundheitszustandes der Truppe erforderlich waren, z. B. die verschiedenen Schutzimpfungen, Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen gegen die Kriegsseuchen (Desinfektion, Entlausung) u. a. m.

Mit dem 1. Generalstabsoffizier der Division hielt der Divisionsarzt ununterbrochen Fühlung; so konnte er rechtzeitig solche Befehle und Anordnungen des Divisionskommandos herbeiführen, deren die militärischen Kommandostellen zur Durchführung des Sanitätsdienstes bedurften.

Der Divisionsarzt regelte Verteilung und, soweit möglich, Ausgleich des Bestandes der Division an Sanitätsoffizieren und -mannschaften; bei Abgang beantragte er den nötigen Ersatz. Innerhalb seines Dienstbereichs beaufsichtigte er den Betrieb des Sanitätsdienstes nach jeder Richtung. Betreffs des Ersatzes an Sanitätsausrüstung der Truppen und der Sanitätsformationen traf er die erforderlichen Anordnungen, auch lag ihm die Regelung des ärztlichen Dienstes bei Formationen ohne Arzt ob. Hinsichtlich der Fürsorge für die Kranken bei Märschen - Unterbringung, Sammlung, Rückbeförderung und Überweisung an die Etappe - machte er dem Divisionskommandeur die notwendigen Vorschläge. Bei längerer Ortsunterkunft besichtigte er Krankenstuben und Ortslazarette. Mißstände in hygienischer Beziehung stellte er in Gemeinschaft mit den Truppenärzten gleich am Orte selbst ab oder brachte deren Beseitigung, insbesondere wenn die Mitwirkung der Ortsbehörden, der Truppen oder der Intendantur in Frage kam, bei dem Divisionskommando in Vorschlag.

Im Gefecht lag in seinen Händen die Oberleitung des gesamten Sanitätsdienstes auf dem

Kampffelde der Division. Sein Platz war möglichst da, wo der Divisionsstab sich aufhielt. Dort unterrichtete er sich über die Absichten des Führers und konnte nunmehr die Befehle erwirken und alle Aufträge erteilen, die eine möglichst schnelle und ausreichende Versorgung, Sichtung und Rückleitung der schon vorhandenen und noch zu erwartenden Verwundeten und Kranken gewährleisteten. Dies betraf namentlich die Einrichtung des Leichtverwundetensammelplatzes und Hauptverbandplatzes und die Verwendung der zur Division gehörigen oder ihr zugeteilten Sanitätskompagnien und Feldlazarette, sowie der vorhandenen Transportmittel für den Krankentransport. Von seinen Maßnahmen, die er, sofern Gefahr im Verzug war, unter eigener Verantwortlichkeit traf, machte er dem Divisionskommandeur bei nächster Gelegenheit Meldung. Ebenso hielt er den Korpsarzt über alle wichtigen Geschehnisse, namentlich über die Lage der größeren Verbandplätze und der der Division zugeteilten Feldlazarette, fortlaufend in Kenntnis.

Zwischenverbandplatz nahe hinter der Gefechtsfront (Champagne).

Bei der Tätigkeit der leitenden Sanitätsdienststellen mußten sich, je nach der Kriegslage, in den einzelnen Kampfperioden und entsprechend den örtlichen Verhältnissen, auch nach der Zusammensetzung der Truppenkörper Verschiedenheiten ergeben. Im Westen ließ sich, bis auf einige Ausnahmen, fast überall eine geordnete Unterbringung der Kranken und Verwundeten ermöglichen, auch lagen die Transportverhältnisse günstig. Selbst die Großkämpfe der Abwehrschlachten, die eine Überfülle oft sehr schwer Verwundeter brachten und naturgemäß gewaltige Anforderungen an den Sanitätsdienst stellten, machten darin keine Ausnahme. Im Osten waren dagegen die Verhältnisse in vieler Beziehung viel schwieriger. Hier standen einer glatten Abwickelung entgegen: einmal die sehr mangelhaften Unterkunftsverhältnisse, weil mit Ausnahme der wenigen größeren Städte höchstens kümmerliche, verschmutzte Dörfer für die Unterbringung der Kranken und Verwundeten zur Verfügung standen, ferner: die ungeheueren Entfernungen. Der Mangel ausreichender Bahnverbindungen und eines guten Wegenetzes erschwerte die Krankenbeförderung aufs äußerste; endlich weil fortgesetzt die Gefahr der verheerenden Seuchen bestand. Dem mußte der Sanitätsdienst in allen seinen Zweigen sich andauernd anpassen. Bei der großen Ausdehnung war bei den Fronttruppen auch die Unterstützung durch die dazu berufenen Etappensanitätsformationen stark behindert, weil sich die Nachführung des hierfür benötigten Personals und Materials verzögern mußte. So mußte seitens der leitenden Sanitätsdienststellen vielfach anders als im Westen disponiert werden. Weiter forderte die gesundheitliche Überwachung der Zivilbevölkerung in dem kulturarmen Osten ausgedehnte Maßnahmen. Allein die Bekämpfung

des Fleckfiebers nötigte zum schärfsten Vorgehen, dem sich die Gleichgültigkeit und der Unverstand der eingeborenen Bevölkerung entgegenstellten. Dieselbe Gefahr drohte von den zahlreichen Gefangenen (Arbeiterbataillone) her, die hinter der Front zu Bahn- und Wegebau und sonstigen militärischen Arbeiten verwendet wurden. In ihnen entstanden immer wieder Herde, von denen aus sich die Seuchen auf die Bewachungsmannschaften und weiter ausbreiteten. Ebenso verlangte die Sanierung der besetzten Städte und Ortschaften - es sei hier nur auf die Prostitution in den russisch-polnischen Städten hingewiesen - große Aufmerksamkeit. Aus alledem ergibt sich, welche Fülle rein ärztlicher wie hygienisch-organisatorischer Aufgaben die leitenden Sanitätsdienststellen und die Ärzte überall zu bewältigen hatten.

Auch im Westen bestanden große Verschiedenheiten; die Verhältnisse lagen in dem Sumpfgebiet Flanderns anders wie auf den Höhen der Champagne oder in den Waldbergen von Verdun und im Elsaß. Hier forderte wieder die Tragweite der gegnerischen schweren Artillerie und die Fliegerangriffe, die Hilfsplätze und Lazarette noch weit hinter der Front andauernd gefährdeten, und die ungeheure Zahl der meist schwer Verwundeten besondere Maßnahmen. Hier bestand aber die Möglichkeit eines geordneten und schnellen Transports. Auch drohte nicht so ständig die Gefahr der Kriegsseuchen, weder bei den deutschen Truppen noch bei der Zivilbevölkerung.

Auf dem Balkan und dem kleinasiatischen Kriegsschauplatz verlangten die geographischen und klimatischen Bedingungen, die kulturellen und vor allem die hygienischen Zustände hinwiederum besondere Maßnahmen. Bestimmte Vorschriften waren zu geben für Dienst- und Arbeitseinteilung, Bekleidung, Ernährung, Unterbringung usw., die von dem Gewohnten, für die übrigen Kriegsschauplätze Gültigen abwichen, doch von größter Bedeutung waren, um vermeidbare Verluste durch Krankheit und sonstige Ausfälle hintanzuhalten. Hierzu kam die Vorsorge für das Sanitätsmaterial, das in Ansehung des Klimas (Sonneneinwirkung) in besonderer Weise verwahrt werden mußte, und für dessen Nachschub. Auch der Krankentransport erforderte bei dem Charakter und der Unwegsamkeit des Landes erhöhte Aufmerksamkeit. Hierbei das Richtige zu treffen, um das Mögliche durchzusetzen, war für die leitenden Sanitätsdienststellen eine schwere Aufgabe. Sie konnte erfüllt werden dank der wohldurchdachten Vorarbeit der Zentralstellen und des verständnisvollen Entgegenkommens bei den militärischen Führern.[7]

Für den Sanitätsdienst waren den Truppen, Kolonnen und Trains Sanitätsoffiziere usw. und -Mannschaften beigegeben.

Das Infanterie- (Jäger-) Bataillon verfügte für den Krankenträgerdienst über 16 Krankenträger; sie waren Nichtkombattanten und standen unter dem Schutze des Genfer Abkommens. Ihre Verwendung erfolgte nach den Anweisungen der Truppenärzte vorwiegend im Truppensanitätsdienst.

Bei allen übrigen Truppen wurden Hilfskrankenträger ausgebildet. Als solche wurden außerdem die Musiker und Hilfsmusiker herangezogen; im Gefecht erfolgte ihre Verwendung zum Krankenträgerdienst nur auf Befehl. Sie standen nicht unter dem Schutz des Genfer Abkommens.

Für die Kavallerie[8] war in der Kriegssanitätsordnung noch vorgesehen, daß bei Kämpfen einer Kavalleriedivision aus einem Teil der Ärzte und Sanitätsmannschaften mit Hilfe des Sanitätsvorratswagens, der sich bei der großen Bagage befand, eine Sanitätsstaffel gebildet werden sollte. Diese theoretisch geplante Maßnahme ist wohl kaum zur Ausführung gelangt. Jedenfalls nicht bei den Bewegungen der Kavallerie im Osten, die viel zu rasch und mit zu großer Zerstreuung der Verbände sich abwickelte. Infolgedessen blieb die Kavallerie auf die Hilfe angewiesen, die die wenigen Ärzte oder die Sanitätsmannschaften bringen konnten; im übrigen stützte sie sich auf die Hilfe in der Nähe befindlicher Infanterie. Für die Ärzte bei der Kavallerie im Osten blieb vielfach nichts anderes übrig, als Kranke und Verwundete nach notdürftiger erster Versorgung auf

beigetriebenen Wagen (Panjewagen) mit den Verpflegungsfahrzeugen zum nächsten Lebensmittelempfangsort zurückzuschicken. Dies bedeutete für manchen eine ernste Gefahr, war aber nicht zu umgehen, da ein Zurücklassen im Quartier, das so gut wie niemals wieder betreten wurde, selbstverständlich unmöglich war. Auch die Durchführung der so wichtigen Schutzimpfungen war vielfach mit großen Schwierigkeiten verbunden, weil die oft lange Zeit, z. B. auf Patrouille, abwesenden Offiziere und Mannschaften dem Arzt nicht zugeführt werden konnten.

Neben der Krankenbehandlung und der ersten Hilfstätigkeit im Kampf auf den vordersten Hilfsplätzen (Truppenverbandplatz, Sanitätsunterstand) oblag den Truppenärzten usw. die wichtige Überwachung der Truppe in gesundheitlicher Beziehung. Fortgesetzte Belehrung, die Durchführung geeigneter Maßnahmen (Schutzimpfung, Desinfektion, Entlausung, Raterteilung bei der Unterkunft und Verpflegung u. a. m.) war für sie ein wichtiges Arbeitsfeld. Auch das eigene Beispiel wirkte dabei mit. Wenn beim deutschen Heer im Weltkriege im Gegensatz zu früheren Kriegen keinerlei stärkere Ausbreitung von Kriegsseuchen stattfand, wenn vor allem die Heimat, zumal nach Rückkehr der Truppen, im großen davon frei geblieben ist, so ist dies nicht zum wenigsten den deutschen Militärärzten und ihren Helfern, ihrer unermüdlichen Fürsorge, peinlichen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu verdanken.

Die rangältesten Sanitätsoffiziere der Truppenteile stellten am 1., 11., und 21. jeden Monats zehntägige Truppenkrankentransporte auf. Diesen diente als Grundlage das Truppenkrankenbuch, das jede Formation (Kompagnie usw.), jede Kolonne, jede Behörde, jedes Feldlazarett über alle Angehörigen ihres Bestandes, die ärztlich behandelt wurden, zu führen hatte.

Die Truppenärzte wirkten auch bei der Aufstellung der namentlichen Verlustlisten mit, die an das Zentralnachweisebureau im preußischen Kriegsministerium gingen und von dort veröffentlicht worden sind.

Einige Ausführungen über den Sanitätsdienst in vorderster Linie seien hier nachgeholt.[9]

Schon während des Bewegungskrieges zeigte sich bei den der Truppe zugeteilten Ärzten immer mehr der Drang, mit dieser zusammen in den Kampf zu gehen. Dieses Verlangen entsprach ebensosehr dem Wunsch des Arztes, den Verwundeten möglichst schnell seine sachgemäße Hilfe zu leisten, als ebenso der Beobachtung, daß die Anwesenheit des Arztes für die Truppe einen außerordentlich wertvollen moralischen Faktor darstellte. Die große Zahl der vor dem Feinde gefallenen oder mehr oder weniger schwerverwundeten Ärzte der vorderen Linie hat bewiesen, wie diesem Verlangen entsprochen worden ist. Hielt sich der Arzt beim Kampf in vorderster Linie auf, ließ sich auch der Abtransport der Verwundeten von vornherein in geordnete Bahnen lenken. Frühzeitige Benachrichtigung der weiter rückwärts gelegenen Verbandplätze, namentlich des Hauptverbandplatzes, erleichterte die Arbeit der Sanitätskompagnien und ersparte den Krankenträgern unnötiges Herumsuchen, vor allem des Nachts, beschleunigte also die Räumung des Gefechtsfeldes. Für viele Verwundete bedeutete jede Stunde, die sie der ärztlichen Hilfe früher zuführte, Möglichkeit der Erhaltung des Lebens (Kopf-, Bauchschüsse!).

Mit dem Einsetzen des Stellungskrieges mit seinem ausgedehnten Grabensystem wurde die Anwesenheit von Ärzten in der vordersten Stellung ohne weiteres zur Notwendigkeit. Nicht allein um den Verwundeten Hilfe zu leisten, sondern ebenso um leichter Erkrankte zu behandeln, vor allem um den Gesundheitsdienst und die allgemeine Hygiene zu sichern. Allmählich erstanden tief und schußsicher eingebaute Sanitätsunterstände mit allen Einrichtungen. Der Arzt überwachte von hier aus die hygienischen Anlagen (Latrinen usw.), die Verpflegung und Trinkwasserversorgung, behandelte leichter Erkrankte und Verwundete bei der Truppe und regelte den Abschub. Die Sanitätsunterstände waren vielfach nach Bau und Einrichtung geradezu Kunstwerke mit musterhaftem Betrieb; sie haben sich hervorragend bewährt.

Feldsanitätsformationen.

Die Hauptstütze des Sanitätsdienstes bei den fechtenden Truppen sollten die Feldsanitätsformationen (Sanitätskompagnien, Feldlazarette) bilden. Die Sanitätskompagnien sollten den Verwundeten in größerem Maße, als es bei den Truppen möglich war, ärztliche Hilfe bringen und für ihre Beförderung in die Feldlazarette sorgen; die Feldlazarette sollten die von den Verbandplätzen oder unmittelbar vom Schlachtfeld zugeführten Verwundeten in Pflege nehmen. Aus den späteren Ausführungen wird zu ersehen sein, wie sich die Kranken- und Verwundetenversorgung tatsächlich gestaltete.

Deutsches Feldlazarett unter englischem Artilleriefeuer (Flandernschlacht).

In der bei Kriegsausbruch maßgebenden Gliederung der Feldsanitätsformationen (für jedes Armeekorps 3 Sanitätskompagnien und 12 Feldlazarette) traten im Laufe des Krieges wesentliche Änderungen ein. Zunächst in der Organisation der Sanitätskompagnien. Diese unterstanden dem Befehl eines Offiziers als Kommandeur. Die Verantwortung für den ärztlichen Dienst trug der Chefarzt, der wie die übrigen Ärzte bei der Sanitätskompagnie, bis auf einen als Truppenarzt zugeteilten Oberarzt, dem Kommandeur nicht unterstellt war. Es zeigte sich sehr bald, daß diese Doppelung der Befehlsbefugnisse auf die Dauer unhaltbar war. Dazu kam, daß infolge der großen Verluste an Offizieren allmählich auch die bei den Sanitätskompagnien vorhandenen Offiziere an die Truppen überwiesen und ihre Stellen mit Offizierdiensttuern besetzt werden mußten. Ferner ergab sich die Notwendigkeit, der Infanteriedivision ständig Feldlazarette zuzuteilen, weil sonst die ordnungsmäßige Versorgung der Verwundeten und Kranken nicht durchzuführen war. Deshalb wurde im Jahre 1917 eine grundsätzliche Neuorganisation bei den Feldsanitätsformationen vorgenommen:

Die Sanitätskompagnien, die sich als zu schwerfällig erwiesen hatten, wurden um etwa ein Drittel verkleinert; sie wurden, wie bereits das Feldlazarett, auch in militärischer Beziehung dem Befehl des Chefarztes unterstellt; die Offiziere fielen also fort. Die Sanitätskompagnie gehörte von nun an mit zwei Feldlazaretten ständig als fester Bestandteil zu der Infanteriedivision.

Aus dem durch Verringerung der Feldlazarette bei den Armeekorps und durch Verkleinerung der Sanitätskompagnien gewonnenen Personal und Material wurden Sanitätskompagnien und

Feldlazarette zur Verfügung der Armeen, Heeresgruppen und der Obersten Heeresleitung geschaffen, die als "Armeesanitätskompagnie, Armeefeldlazarett" außerhalb des Verbandes der Divisionen und Armeekorps standen.

Bei den Feldlazaretten wurde bis auf die Zuteilung eines Zahnarztes nichts geändert.

Jede Infanteriedivision behielt somit ständig ihre eigenen Sanitätsformationen für sich. Bei stärkeren Kampfhandlungen usw. traten zur Verstärkung des Hilfsdienstes und als Ablösung die vorgenannten Armeesanitätskompagnien und Armeefeldlazarette in Tätigkeit.

Verwendung der Feldsanitätsformationen.
(Von Generaloberarzt Dr. v. Heuß - München.)

Die Verwendung der Feldsanitätsformationen wird erst verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit dem Truppensanitätsdienst betrachtet; nur so können Tätigkeit und Leistungen recht gewürdigt werden.

Der enge Zusammenschluß der drei Gruppen: Truppe, Sanitätskompagnie, Feldlazarett kam schon Ende 1914 zum Ausdruck. Ihm ging voran die außerordentlich feste Verankerung des Sanitätspersonals - Sanitätsoffiziere, Sanitätsunterpersonal und Krankenträger - in der Truppe. In kürzester Zeit war in den einzelnen Bataillonen dieses "Sanitätskorps" der Truppe mit seinem Bataillonsarzt und beide mit den einzelnen Kompagnien aufs engste zusammengeschweißt. Die Angehörigen des Sanitätsdienstes waren zu vollwertigen Kameraden geworden. Das Bewußtsein, daß Ärzte, Sanitätsmannschaften und Krankenträger mit ihrer Truppe marschierten, mit ihr in den Kampf eintraten, im Kampfe rücksichtslos sich für die Verwundeten einsetzten, sie versorgten, sie aus dem Feuer brachten oder mit ihnen verwundet wurden und fielen - dieses Gefühl der gesicherten Versorgung im Falle der Verwundung übertrug sich derart auf die Truppe, daß es zu einem moralischen Faktor wertvollster Art in allen Lagen wurde. Zwei Momente zeigen, wie sehr diese Auffassung über die Wertigkeit des Sanitätspersonals Platz gegriffen hatte. Unter den Anfang September 1914 mit dem Eisernen Kreuz Ausgezeichneten befanden sich schon mehrere Sanitätsunteroffiziere und Krankenträger. Sie fehlten dann nie mehr bei der Verleihung weiterer Auszeichnungen (E. K. I). Mitglieder des Sanitätskorps der bayerischen Truppen wurden mit der silbernen und goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet, wobei der Vorschlag warm befürwortet von den Kompagnien usw. selbst ausging. Ein zweites Bild: Schied ein Sanitätsdienstgrad oder Krankenträger aus, so erfolgte der Ersatz nur unter strengstem Maßstab. Die Kompagnien gaben nur wirklich gute Leute, die feuererprobt waren, für den Übertritt in den Sanitätsdienst ab. Jedermann wußte, wie wertvoll der Sanitätsunteroffizier und die vier Krankenträger der Kompagnie waren und was sie für den Ernstfall bedeuteten.

So wurde das Sanitätskorps des Regiments eine in sich geschlossene, durch hohe Pflichterfüllung und Blut zusammengeschweißte, mit der Truppe engverbundene Gruppe von Soldaten und Kameraden.

Mit dieser "Sanitätsformation der Truppe" trat sehr rasch, gezwungen durch die Verhältnisse, die Sanitätskompagnie in engste Fühlung. Die übliche Eingliederung der Sanitätskompagnie in die Marschordnung der Division wurde nicht mehr lange eingehalten. Die Fülle der Verwundeten war zu groß. Der Abtransport der Verwundeten seitens der Truppe mittels requirierter Wagen war gar nicht durchführbar. So mußte die Sanitätskompagnie rasch herangezogen und der eigentlichen Gefechtsstaffel eingegliedert werden. Der Wagenhalteplatz wurde möglichst vorgeschoben, die Züge der Krankenträger so rasch wie möglich nach vorn gezogen.

Doch erst der Stellungskrieg schuf für die Sanitätskompagnie feste und brauchbare Verhältnisse zur

eigentlichen Front. So entstanden Frühjahr 1915 vorgeschobene Wagenhalteplätze, die sich etwa in Höhe des Bataillonsgefechtsstandes befanden oder von diesem aus in kurzer Zeit zu erreichen waren. Herbst 1915 wurde dieser enge Kontakt zwischen Truppe und Sanitätskompagnie noch mehr ausgebaut. Es treten zu dem Gefechtssanitätsunterstand ständig mehrere Patrouillen unter besonders tüchtigem Führer. Sie bringen abends das angeforderte Sanitätsmaterial, Verwundetenverpflegung, Sauerstoffapparate usw. Während ihrer Anwesenheit arbeiten sie an dem Unterstand, der oft zur Sehenswürdigkeit wird. Der mit dem Auto vorgezogene Chirurg vermag hier vollgültig zu operieren; Behandlung innerer Kranker mit Bettruhe ist möglich. Verpflegsstationen dienen zur Labung; selbst Bäder wurden eingerichtet. Hier arbeiten überwiegend Angehörige der Sanitätskompagnie in 24stündiger Ablösung. Stehen Gefechtshandlungen bevor, so werden die Patrouillen verstärkt und nach dem zu erwartenden Bedarf verteilt. So ergibt sich eine lückenlose Sanitätskette von dem Unterstand des Zugführers über den des Kompagnieführers zum Bataillons-, von da zum Regimentssanitätsunterstand, sofern diese nicht räumlich zusammengelegt sind. Die Krankenträger der Sanitätskompagnie transportierten oft schon aus den vordersten Unterständen ab, so daß die Krankenträger der Truppe dieser überhaupt nicht entzogen werden. Mit anderen Worten, die Sanitätsmannschaften der Truppe pendeln von vorne zum Bataillonssanitätsunterstand; die Krankenträger der Sanitätskompagnie pendeln von diesem zum Wagenhalteplatz. Wo dieser bombensicher eingebaut war, konnte der Abtransport von weit vorne beginnen. Das Ideal wurde wiederholt dadurch erreicht, daß wegekundige und schneidige Autoführer mit dem Sanitätsauto bis zum Eingang des Gefechtssanitätsunterstandes vorfuhren.

So waren die Krankenträger der Sanitätskompagnie vielfach zu einem Bestandteil der Truppe geworden. Die Feuerprobe dieser Zusammengehörigkeit bestanden sie in den schweren Kämpfen der Sommeschlacht, bei Verdun, an der Aisne, in der Champagne usw. Bei Nacht marschierten die Patrouillen von den so weit als möglich vorgeschobenen Hauptverband- und Wagenhalteplätzen vor; bei Tage kehrten sie zurück, je vier einen Schwerverwundeten auf der Schulter tragend, den Knotenstock in der freien Hand, in voller Ruhe, todesmutig immer wieder die Feuerzone durchschreitend. Die heroische Art dieser Leistung nötigte auch dem Feinde Achtung ab, so daß er diese Verwundetentransporte mit seinem Feuer offensichtlich schonte. Am Chemin des Dames befanden sich Krankenträger einer Sanitätskompagnie in den vordersten Linien in den großen Höhlen, so daß es möglich wurde, Schwerverwundete durch den Aillettegrund in der kurzen Zeit von 2½ - 3 Stunden bis zum Operationstisch am Hauptverbandplatz zu bringen. - Bei der großen Offensive vor Amiens stiegen die Krankenträger einer Sanitätskompagnie fast zu gleicher Zeit wie die stürmende Truppe aus dem Schützengraben; bei dem Angriffe vor Reims (Juli 1918) leisteten sie in der rückgängigen Bewegung unter schwersten Verlusten ihr Bestes; in den Rückzugsgefechten Herbst 1918 waren sie manchmal die letzten, die mit den Kameraden von der Front die aufzugebende Stellung unter dem feindlichen Feuer verließen. Ihnen zur Seite standen die unerschrockenen Fahrer mit Pferd und Wagen, die nicht selten bis an die vordere Linie heranfuhren, im Galopp ankommend, langsamen Schrittes, schwer beladen im Feuer abfahrend.

Die Abtransportmöglichkeiten besserten sich noch mehr durch die Zuteilung der Krankenkraftwagen zur Sanitätskompagnie. Diese Zuteilung bewährte sich im Stellungskrieg; sie war unendlich wertvoll 1918 in der großen Offensive und den sich anschließenden schweren Abwehrkämpfen. Der zweigeteilte Pendelbetrieb der Wagen erwies sich auch hier als das beste: Transport von vorne zum Hauptverbandplatz und zurückfahren; Transport von dort nach dem Feldlazarett und zurück. Das zuverlässigste Transportmittel blieb aber stets der Pferdekrankenwagen. Mit dem Sankawagen[10] zusammen konnte er auch bei schlechten Wegen Großes leisten. Im Osten (Balkan) und im Gebirgskrieg (Italien) traten die Tragtiere hinzu, die Wagen und Kraftwagen ersetzen mußten. In stundenlangen Märschen, durch glühende Talhitze oder aus eisigen Bergeshöhen brachten sie, geführt und begleitet von Sanitätspersonal oder Krankenträgern, die Verwundeten zum Verbandplatz. So zogen sie auch vor Verdun, als das Alpenkorps mitkämpfte, still und stetig ihre Wege.

Auch hinsichtlich ihrer Hauptaufgabe, Einrichtung des Hauptverbandplatzes, dehnte die Sanitätskompagnie ihre Tätigkeit über die ursprünglich für sie vorgesehene Aufgabe aus. Zunächst äußerlich! Ohne sich zu teilen, schickt die Kompagnie ihre vorderen Spitzen in die kämpfende Truppe und schaltet neben dem Wagenhalteplatz zwischen Hauptverbandplatz und Truppe einen vorgeschobenen, mit Ärzten und Sanitätspersonal besetzten und wohl ausgestatteten Verbandplatz ein, so daß Noteingriffe gemacht werden können. Dann erst folgt der Hauptverbandplatz. Diese Dehnung des Wirkungskreises konnte naturgemäß nur im Stellungskrieg erfolgen. Aber auch hinsichtlich der eigentlichen ärztlichen Tätigkeit erfolgte eine wesentliche Vergrößerung des Arbeitskreises. So nimmt der Hauptverbandplatz stellenweise einen stationären Charakter an. Chirurgische und innere Stationen, die zum Teil in vollstem Betrieb arbeiteten, wurden eingerichtet; daneben, je nach Anwesenheit von Fachärzten, Augen- und Ohrenstationen. Er wurde so oft zu einer vollständigen Filterstelle für Ruhr- und schwer Gaskranke, auch zur Spezialstation für Kopf- und Bauchschüsse. In allen diesen Fällen hat sich die Einrichtung ausgezeichnet bewährt. Die Voraussetzung - gute Fachärzte - mußte selbstverständlich erfüllt sein.

Ein besonders wertvolles psychologisches Moment ergab sich durch diesen stationären Betrieb in folgendem. Die Krankenträger sahen mit eignen Augen die Wirkung ihres raschen, unter den schwierigsten Verhältnissen durchgeführten Transportes. Die Rettung des Verwundeten war nicht zuletzt ihnen zu verdanken. Dies spornte immer wieder zu neuer Kraftleistung an, so daß an Großkampftagen die letzten Kräfte mit Freude hergegeben wurden. Die Ärzte aber und das gesamte Sanitätspersonal arbeiteten ebenfalls mit doppelter Freude, da sie die Früchte ihrer Arbeit verfolgen konnten. Das wirkte auch in wissenschaftlicher Hinsicht anregend. Manch gute wissenschaftliche Arbeit aus dieser Zeit war die Folge.

Für die Truppe war es sehr wertvoll, zu wissen, daß ihre leichter erkrankten oder verwundeten Angehörigen in nächster Nähe bleiben konnten. Dies bedeutete eine leichtere Rückkehr zur Truppe. Selbstverständlich wurde die Zahl der stationären Kranken am Hauptverbandplatz doch immer in bemessenen Grenzen gehalten. Für die Verwundeten selbst bestand ein wesentlicher Vorteil darin, daß die Dauer des Transportes verkürzt wurde, ein wichtiger Umstand bei schweren Verwundungen, insbesondere bei Bauchverletzungen.

Eine derartig ausgedehnte ärztliche und stationäre Tätigkeit wurde besonders gefördert dadurch, daß die Stelle des Chefs der Sanitätskompagnie 1917 (**s. S. 414**) mit einem Sanitätsoffizier besetzt wurde. Die Konzentrierung des gesamten Dienstes darauf, daß Verwundete und Kranke so rasch wie möglich dem behandelnden Arzt zugeführt wurden, und der ganze innere ärztliche Betrieb des Hauptverbandplatzes ließen sich wirklich erst dann beeinflussen, als die gesamte Befehlsgewalt in einer ärztlichen Hand vereinigt war. Selbstverständlich bedarf es vollsten Einsetzens der Person des Chefarztes, auch an der Front, der die Patrouillen zugeteilt sind. Sicherlich ist die Führung der Sanitätskompagnie durch einen Sanitätsoffizier nicht zum Nachteil der Arbeit der Kompagnie ausgefallen.

Da den Sanitätskompagnien oft eine große Divisionszahnstation angegliedert, ausgedehnte Badeanlagen und Desinfektions- (Entlausungs-) Anstalten von ihr angelegt und unterhalten wurden, mußte sich die Tätigkeit vielseitig und segensreich ausgestalten.

Weniger angenehm als die Tätigkeit der Divisionssanitätskompagnie war die der Heeressanitätskompagnie. Sie hatte keine feste Zugehörigkeit, wurde oft nur an kritischen Punkten eingesetzt oder wurde zur Unterstützung der Krankentransportabteilung, mehrfach auch beim Bau und der Einrichtung von Lazaretten oder hygienischen Anlagen verwendet. Dies bedeutete Loslösung von der Kampftruppe, zu der sie sich als Frontformation zugehörig fühlte, auch fortgesetztes Verschobenwerden von einer Arbeitsstelle zur anderen, ein Umstand, der hier und da die Stetigkeit der Arbeit vielleicht beeinflußt hat.

Der kurze Überblick bedarf noch der Ergänzung dahin, daß die Sanitätskompagnie der Division als Verpflegsstation und Sanitätsdepot oft Großes zu leisten hatte. Insbesondere die laufende Versorgung der Truppen mit Sanitätsmaterial, aber auch das Heranschaffen der großen Materialmengen und deren Hinausgabe an die Truppe vor großen Offensiven stellte gewaltige Anforderungen an den Apotheker der Kompagnie. Es gehörte guter Überblick und weites Vorausschauen dazu, um stets den Anforderungen aller Truppen gerecht zu werden. Endlich ist noch der Tätigkeit der Geistlichen zu gedenken, die sich bei vielen Sanitätskompagnien befanden und, wie das oft der Fall war, mit den Patrouillen bis zur Front vorgingen, um den Schwerverwundeten dort den oft so notwendigen letzten Trost zu bringen. Die Geistlichen haben sich durch ihre Hingabe und Unerschrockenheit an allen Orten unvergeßliche Verdienste erworben.

Im Bewegungskrieg sowohl 1914, wie auch 1918 bei den großen Offensiven wurde die Sanitätskompagnie nur mehr gewaltiger Durchgangspunkt. Größter Andrang und Unmöglichkeit, alles bewältigen zu können, war das Zeichen dieser Zeiten. Hier traten die Feldlazarette der Division in besondere Beziehung zu der Sanitätskompagnie.

Im Stellungskrieg war der Aufgabenkreis des Feldlazaretts ein fest umschriebener. Meist war es hinter der Sanitätskompagnie gestaffelt, so daß der Verwundetentransport gleichmäßig in das eine und andere Lazarett erfolgen konnte, oder es wurde als Lazarett zu bestimmter Verwendung herausgenommen und ständig am gleichen Ort eingesetzt (z. B. Gaslazarette, besondere chirurgische Stationen, Seuchenlazarette). Dies bedeutete eine völlige Loslösung von dem einzelnen Truppenverband. Derartige Lazarette gehörten zu bestimmten Gruppen und bildeten in ihrer Art kleinere, vorgeschobene Kriegslazarette mit ausgesuchten Fachärzten und ausgewählten Behandlungsmethoden. Neben dem stationären Betrieb hatten diese Feldlazarette, genau so wie die Sanitätskompagnien, die hygienischen Einrichtungen des Ortes mit zu versehen.

Anders im Bewegungskrieg! 1914 herrschte noch das Bestreben, die Feldlazarette, trotz ihres mobilen Charakters, so lange wie möglich an einem Platze eingesetzt zu lassen; 1918 bei der großen Offensive ging das nicht mehr, wenigstens solange das Tempo der Offensive ein sehr rasches war. Die Feldlazarette mußten so schnell wie möglich folgen, oft neben und mit der Sanitätskompagnie zusammenarbeiten; wenn diese weiterrückte, die Verwundeten übernehmen und ihren Abtransport durchführen. Dies war besonders in jenen Gebieten vorwärts von St. Quentin notwendig, wo es wohl noch Ortsnamen aber keine Orte mehr gab. Hier war Transport alles. Es waren die furchtbarsten Tage für Arzt und Verwundete, die trotz rascher Hilfe lange auf Unterkommen in einem stabilen Lazarett warten und zuerst noch die beiden unwegsamen Schützengrabenzonen passieren mußten. In diesen Wochen der Arbeit in jenem zerstörten Gebiet haben die Feldlazarette neben ärztlicher, außergewöhnliche organisatorische Arbeit geleistet. Aus Ruinen und Unterständen haben sie Unterkünfte für kurze stationäre Behandlung geschaffen. Die praktische Schulung jedes einzelnen in jahrelanger Zusammenarbeit des ganzen Personals, die angesammelten Erfahrungen haben sich in diesen Zeiten gewaltigster Anspannung in einziger Art ausgewirkt; das gleiche gilt für die letzte Offensive Juli 1918, sowie für die Herbstschlacht und die Rückzugsgefechte. Einrichtung wie Abbruch der einzelnen Formationen erfolgte schließlich in Stundenspanne. Eine derartige Schlagfertigkeit erlaubte jede Maßnahme von seiten der Vorgesetzten; denn die Durchführbarkeit war gesichert. Das Bewußtsein lückenlosen Zusammenarbeitens der drei Faktoren (Frontsanitätskorps, Sanitätskompagnie, Feldlazarett) gab auch der Truppe ein Gefühl der Sicherheit; sie wußte, der Verwundete war gut betreut.

Eine den gewaltigen Leistungen der Feldsanitätsformationen gerechte Schilderung würde der Beifügung von Zahlen bedürfen. Sie erschöpfend zu bringen, ist kaum je möglich. Doch können einige Zahlen aus dem Tagebuch des Chefarztes einer bayerischen Sanitätskompagnie zur Erläuterung dienen.

In der großen Offensive verliert die Infanteriedivision vom 21. März bis 3. April 1918 an Toten 397, Verwundeten 1603, Vermißten 379, Gaskranken 74, Kranken 599, zusammen 3082.

Am Hauptverbandplatz der Sanitätskompagnie gehen am 1. Tag der Offensive 630 Verwundete durch, während der ersten 6 Tage 1854 Verwundete.

Bei der Offensive vor Reims, 15. - 21. Juli 1918, gehen vom 15. abends bis 16. abends durch: 899 Verwundete und Gaskranke; im ganzen innerhalb von 6 Tagen 1396 Verwundete und Kranke, darunter Operationen, Amputationen und große Wundrevisionen 165 (im Unterstand gemacht).

Vom 19. - 23. August 1918 verliert die Division 1261 Mann; davon geht der größte Teil durch den Hauptverbandplatz der Sanitätskompagnie und die beiden Feldlazarette.

In der ruhigen Stellung der Champagne vom 25. Juli bis 12. Oktober 1917 wurden 2016 Verwundete und Kranke durch den Hauptverbandplatz der Sanitätskompagnie versorgt, die einen großen Teil hiervon stationär behandelte.

Diese wenigen Zahlen sind nur Stichproben aus Bewegungs- und Stellungskrieg. Sie bedeuten nicht nur Gezählte, sondern auch Behandelte, Operierte, Verbundene, mit Arzneien Versorgte, Verpflegte und im Durchgangsbuch Eingetragene.

Tage und Nächte standen die Sanitätsformationen im Dienste, oft Tage und Nächte ohne Schlaf. Neben der gewaltigen physischen Anstrengung wirkte auf Arzt und Helfer die Umgebung ein, oft nur ein Haus, oft ein Unterstand, oft ein Zelt. Darüber und daneben Wind und Wetter, schweres und leichtes Feuer, Flieger. Dazu die seelische Erschütterung, wenn ein bekanntes Gesicht nach dem anderen kam, die Unsicherheit des Verlaufes so mancher Kampfhandlung und endlich der Übermacht der Anforderung gegenüber das Gefühl, nicht mehr rasch genug helfen zu können. Dann freilich wieder das stolze Gefühl, innerhalb der Kampfeszone zu stehen und trotz aller Schwierigkeiten und Fährnisse wirkliche erste Hilfe im besten Sinne des Wortes zu leisten.

Gefahr und Verluste spielten dabei keine Rolle. Sie gehörten zu dem täglichen Leben und schufen eine wirkliche Familie wirklicher Helfer.

Etappensanitätsdienst.

Das Rückgrat des Sanitätsdienstes an der Front bildete der Etappensanitätsdienst. Diesem lag ob, die Front unausgesetzt mit Sanitätsmaterial zu versorgen und von allem, was ihre Verwendungsfähigkeit beeinträchtigen konnte, d. h. von den Kranken und Verwundeten, zu befreien. Diese Aufgabe fiel dem Etappenarzt (Generalarzt, Generaloberarzt) zu.

Der Etappenarzt leitete den Sanitätsdienst im Etappengebiet nach den Anordnungen des Etappeninspekteurs, dem er die entsprechenden Vorschläge zu machen hatte, unter Beachtung der Weisungen des Armeearztes, sowie des Chefs des Feldsanitätswesens.[11] Seine Aufgabe war folgende: Übernahme der Kranken und Verwundeten von den fechtenden und Etappentruppen; Einrichtung einer ständigen Krankenpflege im Etappengebiet; Abbeförderung der Kranken und Verwundeten und Überführung derselben in die Pflegestätten des Etappengebiets oder in die Heimat; Heranführung des von den fechtenden Truppen und deren Sanitätsformationen und im Etappengebiet benötigten Sanitäts- usw. Materials; Regelung der Freiwilligen Krankenpflege; Überwachung des Etappengebiets in gesundheitlicher Beziehung.

Die Aufgaben des Etappenarztes gestalteten sich auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen - Westen, Osten, Balkan, Kleinasien - und nach der Beschaffenheit und Ausdehnung des

Etappenbereichs anders. Die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse erforderte besondere Maßnahmen. Dazu war der Etappenarzt auf die Mitarbeit anderer Dienststellen, insbesondere bei der Etappeninspektion, angewiesen. Die militärischen Anordnungen waren mit dem Chef des Generalstabs zu verabreden; beim Bau und der Einrichtung der Krankenunterkünfte, bei der Sicherstellung der Verpflegung der Kranken, bei der Beschaffung der Lazarettwirtschaftsmittel wirkten die Etappenintendantur und die Etappenkommandanturen mit, die letzteren auch bei Überwachung des Etappengebiets in hygienischer Beziehung und bei der Fürsorge für die Zivilbevölkerung. Beim Krankentransport mußte mit den militärischen Transportbehörden - Bahnbeauftragter des Feldeisenbahnchefs, Militäreisenbahndirektion, Kommandeur der Kraftfahrtruppen - Hand in Hand gearbeitet werden. Hierzu kam nun noch der dienstliche Verkehr mit den leitenden ärztlichen Dienststellen der Fronttruppen, mit Armeearzt und Feldsanitätschef. Auch die wissenschaftliche Arbeit verlangte dauernd Berücksichtigung. Die Tätigkeit des Etappenarztes war also vielseitig, umfangreich und verantwortungsvoll genug; sie verlangte unermüdliche, vorausschauende Arbeit, die nie ruhte, auch nicht während der größeren Kampfpausen, und zu den Zeiten der Großkämpfe oft nur mit äußerster Kraftanstrengung zu bewältigen war.

Dem Etappenarzt standen ein Beratender innerer Mediziner,[12] ein Beratender Hygieniker[12] und ein Armeepathologe[12] zur Seite zur Unterstützung in wissenschaftlichen Fragen. Für seine Aufgaben waren ihm unterstellt: Kriegslazarettdirektoren mit Kriegslazarettabteilungen, eine Krankentransportabteilung und das Etappensanitätsdepot; außerdem ein Korpsstabsapotheker. Zu ihm gehörten ferner ein Delegierter der Freiwilligen Krankenpflege bei ihm selbst (Etappendelegierter) und Delegierte bei den Kriegslazarettdirektoren und bei der Krankentransportabteilung mit dem Personal der Freiwilligen Krankenpflege und ein Delegierter mit Depotpersonal der Freiwilligen Krankenpflege für die Bearbeitung der Liebesgaben.

Die Stärke der einzelnen Kriegslazarettabteilungen wechselte; sie ist im Laufe des Kriegs erhöht worden; sie richtete sich nach den Bedürfnissen und hat mehrfach folgende Höhe erreicht: 1 Chefarzt, 29 Oberstabs- und Stabsärzte, 10 Ober- und Assistenzärzte, 6 Zahnärzte, 3 Oberapotheker, 9 Feldlazarettinspektoren, 6 Unteroffiziere und Gefreite als Schreiber, 3 Sanitätsfeldwebel, 48 Sanitätsunteroffiziere, darunter 9 Zahntechniker, 108 Militärkrankenwärter, 3 Köche, 58 Trainsoldaten, dazu Wagen, Pferde, Feldküchen. Hierzu trat das Personal der Freiwilligen Krankenpflege, das durchschnittlich aus 40 Pflegern, 125 Pflegerinnen (Schwestern), 6 Laborantinnen und 16 Köchinnen bestand. Ein solches Personal war aber auch erforderlich, um gegenüber den gewaltigen Anforderungen die ausgedehnten Anlagen und Einrichtungen der Kriegslazarette (wie denn eine Bettenzahl von 4000 - 6000 nichts Ungewöhnliches war) einigermaßen ausreichend zu besetzen. Die Einteilung erfolgte, entsprechend den vorhandenen Baulichkeiten, gewöhnlich nach Gruppen, so daß die Kriegslazarettabteilung unter ihrem Direktor in der Regel eine Mehrzahl von Kriegslazaretten umfaßte, die jedes für sich wieder eine geschlossene Anlage bildete.

Als Beispiel sei (**s. u.**) Einrichtung und Betrieb eines Kriegslazaretts, das in Nordfrankreich bestanden hat, geschildert. Dort lagen die Verhältnisse günstig. Vergleicht man damit die Aufgaben, die mit der Einrichtung eines Lazaretts in Rußland, Polen und namentlich auf dem Balkan verbunden waren, so wird das Maß dessen, was im Kampf gegen Schmutz, Fliegenplage und die Ungunst der örtlichen Verhältnisse, gegen Regen, Wind und Sonnenbrand geleistet worden ist, überhaupt erst erkennbar.

Einige Kriegslazarettabteilungen, die bei Kriegsende ihre Lazarette nach dem Waffenstillstand nicht auflösen konnten, weil sie eine große Zahl Schwerkranker und Schwerverwundeter aus den letzten Rückzugskämpfen, die nicht transportfähig waren, oder Infektionskranke bargen, blieben am Einrichtungsort in Feindesland zurück, z. B. in Antwerpen und Bukarest. Sie haben noch schwere

Zeiten durchgemacht; insbesondere die Abteilung in der rumänischen Hauptstadt. Dort wurden auf Anordnung des französischen Oberbefehlshabers alle Geldbestände, Vorräte, Arznei- und Verbandmittel und die gesamte Sanitäts- und Wirtschaftsausrüstung beschlagnahmt; auch mußten mehrfach besonders gut eingerichtete Anlagen geräumt werden. Ärzte, Pflegepersonal wurden, gleichwie die Kranken, als Kriegsgefangene behandelt. Die Verwaltung wurde der rumänischen Militärbehörde unterstellt. Die Kranken wurden, meist nur unvollkommen genesen, sogleich zu schwerer Arbeit herangezogen. Da das gewährte Gehalt für Ärzte, Beamte und Schwestern und die Löhnung für das Personal nicht ausreichte, um die an sich kärgliche Verpflegung aufzubessern, litt die Abteilung wirkliche Not. Nach unendlichen Mühen gelang es, unter Vermittlung des Geschäftsträgers der Schweiz, sie frei zu bekommen; sie hat Deutschland erst im Februar 1919 erreicht.[13]

Kriegslazarett.
(Von Oberstabsarzt d. L. a. D. Dr. Blank - Barmen.)

Bestimmung der Kriegslazarettabteilungen war: "die Feldlazarette durch die Übernahme der nicht transportfähigen Kranken frei zu machen". Nach der Zahl der für ein Kriegslazarett vorgesehenen Ärzte und des übrigen Personals war ursprünglich wohl auf etwa 600 Kranke für eine ganze Kriegslazarettabteilung gerechnet. Aber wie alles im Weltkriege ins Ungeahnte, Gigantische wuchs, so auch Umfang und Belegungsziffern wenigstens mancher Kriegslazarette. Einige Zahlen mögen das erläutern. Ein Kriegslazarett in Nordfrankreich hatte z. B. im Jahre 1916 häufig an einem Tage 2000 und mehr Zugänge, am 22. Juli 1916 sogar 3208, am 8. September 1916 einen Krankenbestand von mehr als 6000 Kranken und Verwundeten. Dasselbe Kriegslazarett hatte Mitte Dezember 1917 schon 7015 und Mitte April 1918 sogar 11 276 Betten. Dieses eine Kriegslazarett behandelte und verpflegte während der 4½ Kriegsjahre 421 680 Verwundete und Kranke.

Daß für die sachgemäße Unterbringung von solchen Mengen die jeweils an Ort und Stelle vorgefundenen Krankenhäuser und Kliniken nicht entfernt ausreichten, ist ohne weiteres klar, zumal wenn man bedenkt, daß schon zur Bekämpfung der Seuchengefahren (Typhus, Ruhr u. a. m.) eine Fülle besonderer Einrichtungen geschaffen werden mußte und nicht immer alle Betten belegt werden konnten. In größeren Städten fanden sich zwar neben den Spitälern große, leidlich modern eingerichtete Schulen, Gerichts- oder Fabrikgebäude, die sich, wenn auch mit manchen Umbauten und Neueinrichtungen nach den Forderungen deutscher Hygiene, zu Lazarettzwecken eigneten. Aber in kleineren Orten ergaben sich doch oft große Schwierigkeiten. Dafür ein Beispiel:

Im Vorort einer kleinen nordfranzösischen Festung sollte auf Befehl eine Gruppe (1/3) einer Kriegslazarettabteilung mit über 2000 Betten eingerichtet werden. Auf einem Raum von 600 m Länge und 100 m Breite waren vorhanden: 1 altes, mäßig großes Siechenhaus, 3 einstöckige Schulgebäude mit 6 und 7 Klassen, 1 Postgebäude, 1 Dorfkirche mit Pfarrhaus, 1 Näh- und Kleinkinderschule, endlich 1 Festsaal, etwa 300 Sitzplätze fassend, mit kleinem Estaminet, die in ihrer Gesamtheit kaum Raum für die Aufstellung von 600 Betten boten, von Wirtschaftsräumen, Kammern, Desinfektions- und Entlausungsanstalt usw. ganz abgesehen.

Das Lazarett war als Seuchenlazarett für die Armee vorgesehen; und da auf dem Grundstück jede Art von Kanalisation fehlte, mußte zunächst ein Kanal von etwa 1½ km Länge und 80/90 cm lichter Weite zum nächsten Flusse gelegt werden. Die Rohre mußten zur Erreichung des nötigen Gefälles bei dem hügeligen Gelände an einigen Stellen mehrere Meter tief in die Erde gelegt werden, was bei dem anhaltenden starken Frost große Schwierigkeiten machte. Nach Rücksprache mit dem Beratenden Hygieniker wurden für die Abwässer, vor allem der Infektionsabteilungen, besondere Kläranlagen gebaut. Da für die Unterbringung der geforderten Krankenzahl bei der Kürze der Zeit massive Neubauten nicht in Frage kamen, wurden 32 Döckersche Baracken mit je 22 Betten und 6 Wutsdorff-Holzbaracken mit je 100 Betten aufgestellt. In dem zentral gelegenen erweiterten

Postgebäude fand die Küche ihre Unterkunft. Eine der vorhandenen Schulen wurde Ausrüstungskammer für 2500 Mann und eine andere Schule wurde Desinfektions- und Entlausungsanstalt, die mit zwei eingemauerten Dampfkesseln und einer Lokomobile arbeitete und bis zu 1800 Mann an einem Tage entlauste.

Die weiten Entfernungen innerhalb des Lazaretts machten die Anlage einer Förderbahn, 65 cm Spur, notwendig, die mit eigens dafür in den Werkstätten der Militäreisenbahndirektion gebauten Wagen die weiten Wege von einem Ende des Lazaretts zum anderen wirksam milderte und so Personal und Kraft sparte. Es waren vorhanden: 4 Wagen mit isolierten Wänden für Speisen, 2 Planwagen für Ausrüstungsgegenstände, 2 Kipploris für Kalk und Kohle, je einer für reine und gebrauchte Wäsche und 2 mit je 2 Krankentragen für Kranke.

Um überall Bade- und Waschgelegenheiten und die notwendigen Abortanlagen, sämtlich mit Wasserspülung und Kanalanschluß, zu schaffen, wurden leichte Verbindungsbauten aus Holzfachwerk zwischen den Baracken aufgeführt und die Wasserleitung mit ungezählten Zapfstellen über das ganze Gelände verlegt. Wo Umfassungsmauern auf dem Lazarettgrundstück fehlten, gab ein 2 m hoher eiserner Zaun den notwendigen Abschluß; nur zwei Eingänge mit je einem Pförtnerhause blieben übrig; unbefugtes Eindringen oder Entweichen wurde so unmöglich gemacht. Aus einer alten Scheune ließen sich mit verhältnismäßig geringen Mitteln mustergültige Vorratsräume für Lebensmittel herstellen; das ehemalige Pfarrhaus gab das Verwaltungsgebäude ab. Die Wohnungen für das Personal, sowohl für das militärische, wie für das der Freiwilligen Krankenpflege, lagen außerhalb des Lazaretts. Die alte Waschküche des Siechenhauses gab gute Räume für die Leichenhalle und den Sektionsraum.

Da die Waschanstalten der Etappeninspektion nicht entfernt genügten, um rasch genug die Lazarettwäsche zurückzuliefern, wurde eine eigene Lazarettwäscherei eingerichtet mit Dampfkraft aus der nahen Entlausungsanstalt, mit drei elektrisch betriebenen Wäschetrommeln, zwei Zentrifugen zum Vortrocknen der Wäsche, einem sehr großen mit Dampfrippenheizrohren erwärmten Wäschetrockenraum, dem Mangelraum und dem Magazin für die reine Wäsche. In dieser Wäscherei wurden täglich 1200 - 1400 Stück Wäsche abends schmutzig eingeliefert und am nächsten Abend sauber, trocken und, wenn nötig, ausgebessert abgegeben. Nur so war es möglich, jeden Lazarettkranken mit frischer Wäsche zu versorgen und manchem seine Eigentumswäsche, die vielleicht von lieber Hand aus der Heimat gestiftet war, nach etwa 24 Stunden zurückzugeben. Sämtliche Räume des Lazaretts erhielten elektrische Beleuchtung.

Für den Transport der mit Kranken- und Lazarettzügen von der Front Kommenden vom Bahnhof zum Lazarett und umgekehrt standen zu jener Zeit Krankenwagen und Krankenkraftwagen in wünschenswerter Zahl nicht mehr zur Verfügung. So wurde eine Abzweigung der in etwa 200 m Entfernung vorbeifahrenden elektrischen Straßenbahn bis in das Lazarett hineingelegt und Straßenbahnwagen für sitzende und liegende Kranke umgebaut; zweckentsprechende Anlagen dafür natürlich auch am Bahnhof.

An zwei freien Plätzen des Lazarettes wurde aus weißen und roten Mettlacher Platten je ein Genfer Neutralitätskreuz von 25 m Durchmesser zusammengesetzt zum Schutz der ganzen Anlage vor feindlichen Fliegern. **Als trotzdem die Umgebung mehrfach mit Bomben beworfen wurde**, wurden bombensichere Unterstände für viele hundert Mann gebaut.

Einheimische Arbeiter, durch die Kommandantur bei der Mairie angefordert, führten die Arbeit unter Aufsicht militärischer Sachverständiger aus, bisweilen unterstützt von Leichtkranken und Rekonvaleszenten, die noch nicht wieder kriegsverwendungsfähig waren. Sechs Monate nach Erteilung des Befehls waren Bau und innere Einrichtung für 2400 Betten vollendet, trotz der Schwierigkeiten in der Beschaffung des Materials und der Knappheit der Arbeitskräfte. Die jeweils

fertigen Abteilungen wurden immer sofort belegt. Das Lazarett hat von Mitte 1917 bis zum Kriegsende große Dienste geleistet und allen sanitären Ansprüchen genügt. Im Jahre 1918 wurde es durch Aufstellung weiterer 12 Baracken zu je 100 Betten und durch Hinzunahme der Kirche als Krankenraum auf über 4000 Betten gebracht. Transport-, Wäscherei-, Desinfektions- und Kücheneinrichtungen reichten auch dafür noch aus. Besondere Feuerlöschkommandos wurden gebildet zum Schutze der wertvollen Anlagen und der besonders gefährdeten ganz bettlägerigen Kranken.

Schon Spätherbst 1914 ergab sich die Notwendigkeit, in den Kriegslazaretten neben den äußeren und inneren Stationen besondere Abteilungen einzurichten für Seuchen-, Augen- und Ohren-, Geistes- und Nervenkranke, für Haut- und Geschlechtskranke, später auch für Nieren- und Gaskranke; dann Zahnstationen, sowie Ambulatorien für Augen- und Ohrenkranke; ferner Abteilungen für Seuchenkranke der Zivilbevölkerung, namentlich für Typhus; für kranke Kriegsgefangene, auch für solche, die zu Arbeitszwecken von weit entlegenen Kriegsschauplätzen in das Etappengebiet gebracht waren (Russen, Rumänen); endlich Abteilungen für Rekonvaleszenten, Typhus- und Diphtheriebazillenträger, und natürlich große Abteilungen für die zahlreichen Leichtkranken und -verwundeten, die nur einer kurzen Behandlung bedurften.

Dank der Vorsorge und steten Fürsorge der Heeresverwaltung genügten die Ausstattung an ärztlichem Gerät (Instrumentarien für Operations- und Verbandsäle usw.), an Lazarettwirtschaftsmitteln und ebenso die Pflegegeräte allen berechtigten Ansprüchen. Es gibt wohl keine große Operation, keine noch so feine, noch so komplizierte innere, bakteriologische und röntgenologische Untersuchung, die nicht in den Kriegslazaretten oft und mit bestem Erfolge durchgeführt worden wäre.

Daß ein Kriegslazarett, und wenn es noch so viel Betten aufgestellt, Notlagerstellen vorbereitet und alle Einrichtungen getroffen hatte, in den Brennpunkten des militärischen Geschehens nicht immer allen Anforderungen entsprechen konnte, liegt in der Natur der Sache. Seine Belegungsziffer war ja nicht allein abhängig von der Zahl der Zugänge, die sich vielleicht noch annähernd voraussehen ließ, sondern fast noch mehr von der Möglichkeit des Abtransports. Natürlich zerstörte der Feind vor und bei Offensiven, deutschen wie feindlichen, durch seine Flieger so viel rückwärtige Bahnverbindungen, wie er irgend konnte; dann kamen oft tagelang keine Lazarettzüge heran, vorhandene konnten nicht ausfahren. Eine gewaltige Stauung von Verwundeten war die Folge. Die dann notwendig werdende Errichtung von Notlazaretten und Leichtkrankenabteilungen in großen Kirchen, Festsälen usw. stellte an die Kräfte der Leiter wie des Personals ungeheuer große Anforderungen. Da gab es oft in zwei, ja drei Tagen keine Minute Ruhe.

Wenn die Verpflegung, auf die ja für die Lazarettkranken sehr viel ankam, durchweg vorzüglich genannt werden kann, so ist das zunächst der vorzugsweisen Belieferung der Lazarette durch die Intendantur zu danken; aber neben den von ihr gelieferten Dingen ließ sich durch Anbau von Gemüsen, durch Obst aus den Lazarettgärten, wenigstens in denjenigen Lazaretten, die lange an einem Orte blieben, mancher außerplanmäßige hochwillkommene Genuß für die Schwerkranken und Genesenden beschaffen. Die Zubereitung der Speisen lag durchweg unter Aufsicht der Chefärzte und Inspektoren in den Händen deutscher Kochschwestern, die sich ihrer Aufgabe mit großem Eifer und Geschick entledigten; nur in den außerhalb der eigentlichen Küchen gelegenen Spülküchen wurden Angehörige der feindlichen Zivilbevölkerung beschäftigt.

Der Dienst der Ärzte war meist schwer, oft aufreibend; sie hätten manchen Monat hindurch nicht die Hälfte ihrer Arbeit im "achtstündigen" Arbeitstag erledigen können. Die ursprünglich für ein Kriegslazarett vorgesehene Zahl von Ärzten reichte kaum in ruhigen Zeiten aus. Aber es gelang doch immer, die Stationen, auch für die Sonderfächer, mit tüchtigen Fachärzten zu besetzen. Die unermüdliche Arbeitswilligkeit der Ärzte verdient ebenso hohes Lob wie der wissenschaftliche

Eifer z. B. gegenüber neuen Krankheitsbildern, - es sei nur an Kampfgaserkrankungen und -verletzungen, Gasbrand, Kriegsnierenentzündung, an den veränderten Ablauf des Typhus nach der Impfung usw. erinnert. Gab's mal ruhige Zeiten, so wurden für die Fortbildung der Ärzte und besonders der als Unterärzte oder Sanitätsunteroffiziere tätigen Medizinstudierenden möglichst durch Hochschullehrer Kurse abgehalten, die eine Fülle von Anregungen boten.

Es wäre undankbar, an dieser Stelle die Pflegekräfte der Kriegslazarette zu übergehen, zumal die Schwestern. Aufopfernd und nimmer müde haben sie gepflegt, getröstet, Entmutigte und Ängstliche vor schmerzhaften Eingriffen und Verbänden aufgerichtet, bei Schwerkranken, die selbst nicht schreiben konnten, die Korrespondenz mit den Angehörigen ihrer Pfleglinge in der Heimat aufrechterhalten. Manche deutsche Familie verdankt der Schwester im Kriegslazarett einen genauen Bericht über die letzten Stunden und die Übermittlung der letzten Grüße ihres in Feindesland Verstorbenen. Und ebenso muß die Unerschrockenheit und Treue des Pflegepersonals, des militärischen ebenso wie des der Freiwilligen Krankenpflege, anerkannt werden, das bei den leider nicht seltenen Fliegerangriffen auf die Lazarette seinen Posten nicht mit dem schützenden "Heldenkeller" vertauschte.

Neben der körperlichen Gesundung durfte natürlich die Pflege der Psyche der Kranken nicht vernachlässigt werden. Für die gehfähigen Kranken wurden an allen Sonntagen Gottesdienste in besonderen Räumen, Kapellen od. dgl. abgehalten, für die ganz Bettlägerigen auf den einzelnen Sälen. Zur Unterhaltung wurden Spiele beschafft, für die Bettlägerigen Legespiele, für die Gehfähigen Spiele im Freien; es wurde für Lesestoff (Tageszeitungen, gute Bücher) gesorgt. Auch für gute Musik waren die Kranken stets dankbar, Militärmusik, Gesangsquartett des Personals, Streichmusik oder Solisten, die von Saal zu Saal zogen. Dann gab es Feiern an nationalen und sonstigen Festtagen, z. B. unvergeßliche Weihnachtsfeiern. In ruhigen Zeiten boten öfter Unterhaltungsabende eine angenehme Abwechslung. Da stellten sich alle, die etwas zu bieten hatten, Ärzte, Personal, auch die Schwestern, und häufig auch fast genesene Kranke, Musiker, Redner, Rezitatoren, Komiker - bei den Kranken besonders beliebt - in den Dienst der Sache. Die Heilerfolge in den Kriegslazaretten können sich ruhig mit den von gut geleiteten Krankenhäusern in der Heimat messen, dank der opferfreudigen, nie erlahmenden Zusammenarbeit aller Faktoren. So darf auch wohl von der Mitarbeit der deutschen Kriegslazarette im Weltkriege gesagt werden: Sie haben an ihrem Teil das Mögliche geleistet, um unserem kämpfenden Heere für seine Riesenaufgaben Kraft und Gesundheit wiederzugeben und seine Stärke zu erhalten.

Krankentransportwesen.

In keinem früheren Kriege hat der Krankentransport eine derartige Bedeutung und einen solchen Umfang erlangt, wie im Großen Kriege 1914 - 1918. Allein schon die Masse der von den Kampffronten zurück zu den Etappen, über diese hinaus in die Heimat und innerhalb Etappe und Heimat beförderten Kranken und Verwundeten ist so groß, daß sie sich zahlenmäßig genau überhaupt nicht erfassen läßt. Hierzu kommt, daß auch die Transportmittel eine außergewöhnliche Ausbildung gefunden haben insofern, als ganz neue Arten der Krankenbeförderung zur Anwendung kamen, die es in früheren Kriegen nicht gab: Straßenbahn, Kraftwagen, Seilbahn.

Die Schnelligkeit der Operationen gleich nach der Kriegserklärung, zumal im Westen, und ihr außergewöhnlich rasches Tempo brachte das Krankentransportwesen anfangs allerdings in manche schwierige Lage. Auch bis bei den Truppen und namentlich bei den Kranken und Verwundeten selbst das Verständnis für die Eigenart des Krankentransportdienstes und dessen Notwendigkeiten durchgedrungen war, bis sich die Organisation selbst ganz in den gesamten Heerestransportdienst eingefügt hatte - im Frieden bestand sie ja nicht - dauerte es einige Zeit. Reibungen und unliebsame Vorkommnisse waren in dieser Anfangszeit unvermeidbar. Nachdem sich aber der Betrieb den Verhältnissen angepaßt hatte, lief er überall glatt ab.

Jede Etappe verfügte über eine Krankentransportabteilung, die - unter einem Chefarzt - dem Etappenarzt unterstellt war und zu den Etappensanitätsformationen gehörte. Ihr ursprünglicher Etat wurde im Laufe des Krieges fast überall wesentlich verstärkt, auch bezüglich der Zuteilung von Personal der Freiwilligen Krankenpflege. Diese Verstärkung war nötig, weil die Krankentransportabteilungen ihre Aufgaben viel weiter faßten, als zunächst vorgesehen war und, obwohl Etappensanitätsformationen, mit ihrer Tätigkeit weit vorn im Kampfgebiet, soweit dies überhaupt möglich war, begannen. Dies geschah in der Regel durch Einrichtung von Krankensammelstellen am Anfangspunkt der vordersten Bahnverbindung (Feldbahn, Förderbahn, Kleinbahn), in Verbindung mit den leitenden Sanitätsdienststellen der Front und in Anlehnung an die Feldsanitätsformationen. Diese Krankensammelstellen waren oft nur kleine, behelfsmäßig mit Zelten oder Baracken eingerichtete Anlagen, stets aber mit Arzt und Pflegepersonal besetzt und so beschaffen, daß sie den von der Kampffront ankommenden Kranken und Verwundeten vorübergehend Unterkunft, Verpflegung und ärztliche Fürsorge darbieten konnten. Ihr Umfang richtete sich nach dem Bedarf, wuchs auch mit diesem, so daß sich des öfteren während der Großkämpfe aus einer kleinen bescheidenen Einrichtung mit wenigen Mann Besetzung und spärlichem Durchgangsverkehr eine Anlage grüßten Stils entwickelte, die viele Tausende beim Durchgang versorgte und zahlreiche Lazarett- usw. Züge abfertigte.

Solche Krankensammelstellen befanden sich selbstverständlich auch an allen größeren Eisenbahnknotenpunkten, an denen mit dem Zulauf von Kranken aus verschiedener Richtung zu rechnen war, die aber vor allem als Umschlagstelle dienten. Die planmäßigen Eisenbahnzüge zur Krankenbeförderung (s. u.) konnten aus bahntechnischen Gründen nicht immer so weit, wie erwünscht, nach vorn geführt werden. Man war dann auf Behelfszüge (leer zurücklaufende Munitions- und Verpflegungszüge) angewiesen, die natürlich nur zur Aushilfe dienten. Ferner mußten die Kranken und Verwundeten erst gründlich gesichtet, unter Umständen Unberechtigte entfernt werden, bevor ihr endgültiger Abtransport erfolgen konnte. Dies geschah in den obengenannten, weiter rückwärts gelegenen Krankensammelstellen. Innerhalb der Etappen fand dauernd ein reger Krankenverkehr statt; zahlreiche Kranke wurden aus ärztlichen wie örtlichen Gründen in andere Lazarette verlegt, z. B. Kranke, bei denen sich eine Infektionskrankheit gezeigt hatte, in das zuständige Seuchenlazarett, Nerven- und Geisteskranke in die dafür bestimmten Lazarettabteilungen, Rekonvaleszenten in die Genesungsheime usw.

So war die Tätigkeit der Krankentransportabteilung außerordentlich umfangreich und vielseitig; sie gestaltete sich oft schwierig darum, weil sie mit ihren Maßnahmen sich in den großen allgemeinen Betrieb der Eisenbahn einzufügen hatte. Dies erforderte wieder bestimmte Fachkenntnisse der verantwortlichen Persönlichkeiten über Zugbetrieb, Nachrichtenwesen usw. bei der Bahn.

Die am Schluß des Bandes eingefügte Skizze [Scriptorium merkt an: der Einfachheit halber von uns verkleinert hier nachfolgend eingefügt; durch Mausclick zu vergrößern!] zeigt, wie der Krankentransportdienst bei einer Armee während der Sommeschlacht organisiert war. Man erkennt die vorderste Reihe der noch während des Stellungskrieges eingerichteten Krankensammelstellen, die, ebenso wie einige später angelegte, infolge Beschießung aufgegeben werden mußten. Man sieht ferner die Reihe der weit vorn gelegenen, meist kleinen Bahnhöfe, auf denen Kleinbahnzüge die von den Hauptverbandplätzen und Feldlazaretten herangeführten Kranken und Verwundeten aufnahmen. Weiter erkennt man an der Vollbahn eine Reihe größerer Bahnhöfe, auf denen zum Teil besondere Bahngleise für Lazarettzüge gebaut waren, von denen aus der regelmäßige Abtransport mit planmäßigen Zügen erfolgte, und ersieht schließlich aus den beigefügten Zahlenaufstellungen die außerordentliche Leistung des Krankentransports während einer solchen abgegrenzten Großkampfperiode.

Für den Bahntransport auf Klein- und Nebenbahnen hatten die Krankentransportabteilungen fast überall Eisenbahnwagen hergerichtet, die mit Vorrichtungen verschiedenen Musters zur Aufnahme der beladenen Krankentragen, oft auch mit Kocheinrichtungen und während des Winters mit Öfen

versehen waren. Solche Wagen liefen einzeln oder zu Zügen zusammengestellt in der Regel in fahrplanmäßigem Verkehr, der den Lazaretten bekanntgegeben war, und namentlich in ruhigen Zeiten Regelmäßigkeit des Abtransports sicherte.

[Anlage 3 zu Bd. 7] Bildliche Darstellung der Abbeförderung von Verwundeten und Kranken aus der Schlacht an der Somme in der Zeit vom 24. 6. bis 30. 9. 1916. [Vergrößern]

Die Überführung der zur Rückbeförderung bestimmten Kranken und Verwundeten erfolgte unmittelbar von den Krankensammelstellen oder den Lazaretten aus auf Bahnstrecken, auf Wasserstraßen und ausnahmsweise auch mit Fußmarsch.

Auf Bahnstrecken liefen Lazarett-, Hilfslazarett-, Leichtkranken- und Behelfszüge. - Die Lazarettzüge (planmäßige Militär- und Vereinslazarettzüge) waren geschlossene Sanitätsformationen mit ständigem Personal und schon im Frieden vollständig bereitgestellter, bei den Vereinslazarettzügen des Roten Kreuzes (**s. Abschnitt 8**) erst nach der Mobilmachung

beschaffter Einrichtung unter dem Befehl eines Chefarztes (aktiver oder reaktivierter Sanitätsoffizier); bei einer Reihe von Vereinslazarettzügen unter der Führung eines Offiziers als Transportführer und der Leitung eines Arztes (leitender Arzt).

Der Lazarettzug (Vereinslazarettzug) beförderte nur liegende Kranke und Verwundete; nur im Notfalle, z. B. unter den besonderen Verhältnissen des östlichen Kriegsschauplatzes, nahm er auch sitzende Kranke auf. Die Züge bestanden aus 24 Krankenwagen (darunter einer für Offiziere), je einem Chefarzt- und einem Arztwagen, aus zwei Wagen für das Personal, einem Verwaltungs- und Apothekenwagen mit Operations- und Verbandraum, aus je einem Küchen-, Küchenvorrats- und Wirtschaftsvorratswagen; dazu kamen zwei Gepäckwagen, davon einer als Wärme- (Kälte-) Schutzwagen und im Winter ein bis zwei Heizkesselwagen. Die Züge, anfangs für 296 Lagerstellen vorgesehen, wurden später aus bahntechnischen Gründen auf 192 Lagerstellen verkleinert und damit verkürzt. - Das Personal setzte sich zusammen aus dem Chefarzt, ein bis zwei Hilfsärzten, einem Feldlazarettinspektor, Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärtern, Trainsoldaten; dazu Eisenbahnpersonal. Die Vereinslazarettzüge waren ähnlich besetzt. An Stelle des Feldlazarettinspektors trat ein Rechnungsführer; an Stelle der Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärter Krankenschwestern und Pfleger des Roten Kreuzes. Die Krankenwagen hatten an den Stirnseiten zweiflügelige Türen; an den Plattformen ließen sich die Schutzwände herablegen, so daß das Hinein- und Herausschaffen der beladenen Tragen ungehindert war. In jedem erleucht- und heizbaren Krankenwagen befanden sich Schränkchen und Gestelle zur Aufnahme des erforderlichen Krankenpflegegeräts und ein Abort. Die Lagerstellen für die Kranken hatten verschiedene Konstruktion; sie wurde im Kriege wiederholt wesentlich verbessert. Da die Züge oft weite Wegestrecken zurückzulegen hatten und dann viele Tage unterwegs waren, zur Schonung der Kranken auch sehr langsam fuhren, so war für ärztliche Versorgung und Verpflegung nach jeder Richtung hin Vorsorge getroffen. Die Lazarett- und Vereinslazarettzüge stellten somit eine auf der Eisenbahn rollende Krankenanstalt dar.

Die Hilfslazarettzüge waren gleichfalls für liegende Kranke bestimmt; sie wurden aus leer zur Heimat zurückgehenden Güterwagen zusammengestellt und waren mit Gestellen zur Aufnahme der beladenen Krankentragen, die bei den Etappensanitätsdepots bereitlagen, ausgestattet. Von ihnen ist in größerem Umfang nicht Gebrauch gemacht worden; dagegen sind Leichtkrankenzüge für sitzende Kranke in großer Zahl aufgestellt worden und haben sehr große Fahrtleistungen erzielt. - Die Leichtkrankenzüge waren aus Personenwagen zweiter und dritter Klasse zusammengesetzt; für sie wurde eine große Zahl belgischer Durchgangswagen verwendet. Sie waren mit einem Arzt als Transportführer, Pflege- und Aufsichtspersonal besetzt. In ihnen konnten Stärkungs- und Labemittel, aber keine Vollkost gereicht werden; die Transporte mußten an Kriegsverpflegungs-anstalten der Bahnhöfe mit Frühstück und warmer Kost verpflegt werden; auch bedurfte es wegen der Übernachtung jedesmal besonderer Anordnungen.

Behelfszüge wurden in dringenden Notfällen an Orten des Bedarfs aus gerade verfügbarem Material (leere Wagen der Munitions- und Verpflegungszüge) zusammengestellt und fuhren immer nur auf kurze Strecken. Besondere Sitzgelegenheiten waren nicht vorhanden. Liegende Kranke (Schwerverwundete) sollten mit ihnen nicht befördert werden. Die Wagen wurden, wenn irgend möglich, mit Stroh- oder Holzwolleschüttung versehen.

Vom Krankentransport zu Wasser[14] ist in wirklich großem Umfang nicht Gebrauch gemacht worden. Wenn auch die Heeresverwaltung dort, wo er in Frage kommen konnte - auf den Stromgebieten der Weichsel, des Rheins, in der Ostsee - in Verbindung mit dem Roten Kreuz planmäßig Vorkehrungen getroffen hatte und nach der Mobilmachung, z. B. in Danzig und Königsberg, Lazarettschiffe und Hilfslazarettschiffszüge zur Verfügung standen, so kamen größere Wassertransporte doch nur von der Nordostfront nach Danzig zur Durchführung. Während des ostpreußischen Feldzuges 1914 fuhren vier Hilfslazarettschiffszüge zwischen Danzig und Königsberg, nach den Schlachten 1915

einzelne weiter bis Libau, Wehlau, Tapiau, Tilsit, um die überfüllten Lazarette räumen zu helfen. Während des Winters 1914/15 mußte der Verkehr für die Schiffszüge des Eises wegen ruhen; nur ein größeres Lazarettschiff der Marine kam durch das Eis. Von November 1915 ab hörte der Verkehr ganz auf, weil der Zustrom an Kranken und Verwundeten von der Nordostfront versiegte. Auf der Oder, dem Rhein und seinen Nebenflüssen (Mosel), wie auf den zugehörigen Kanalsystemen war der Krankenverkehr zu Wasser ganz gering, größer auf der Donau, wo österreichischerseits mehrere Lazarettschiffe lange Zeit in vollem Betriebe waren.

Der Wassertransport hatte für die Kranken allerdings den Vorteil, daß Erschütterungen, sowie Belästigung durch Staub und Rauch, wie bei der Eisenbahn, fehlten, er hatte aber den großen Nachteil der Langsamkeit, und daß, wenn auf den Schiffen nicht besondere Einrichtungen dafür vorhanden waren, Verpflegung und Verladung oft Schwierigkeiten bereiteten, und daß er unwirtschaftlich war. Die Tragfähigkeit der Transportschiffe konnte nur ganz unvollkommen ausgenutzt werden. Dazu kam noch der Umstand, daß die Richtung der Wasserstraßen sich nur selten mit der des Krankentransports deckte. Wo die Verhältnisse in dieser Beziehung günstig lagen, z. B. auf der Donau, wurde vom Wassertransport mit großem Vorteil Gebrauch gemacht; doch blieb die Zahl im Verhältnis zu den Bahntransporten sehr beschränkt.

Krankentransport mit Fußmarsch erfolgte nur für Leichtkranke und -verwundete aus den vordersten Linien bis zu den Sammelstellen.

Ebenso wie in der Heimat, wurde auch im besetzten Gebiet vom Krankentransport mit der Straßenbahn, dort, wo es irgend durchführbar war, in großem Umfange und mit Vorteil für die Kranken Gebrauch gemacht. In Nordfrankreich z. B., das in seinen Städten und Industriebezirken ein vortrefflich ausgebautes Straßenbahnnetz besaß, wurden die Gleise möglichst bis zu allen Krankenanstalten[15] und auf den in Frage kommenden Bahnhöfen bis an die Ladegleise, für die Lazarettzüge gestreckt, neben die sie parallel verlegt wurden. Das ermöglichte ein rasches und schonendes Transportieren der Kranken von der Bahn zum Lazarett und umgekehrt. Während der großen Abwehrschlachten und Offensiven hat die Straßenbahn viel geleistet und damit den Krankentransportdienst wesentlich unterstützt.

Der Feldsanitätschef regelte die Bewegungen der Lazarett-, Vereinslazarett- und Leichtkrankenzüge im großen. Er stellte jeder Armee (Etappe) je nach Bedarf eine bestimmte Anzahl zur Verfügung und verwies jene auf bestimmte Liniengebiete in der Heimat, deren Lazarette die Kranken und Verwundeten der Armee aufzunehmen hatten. Naturgemäß wechselte der Bedarf, hing er doch vom Bestehen ruhiger Zeiten oder dem Einsetzen von Kampfperioden ab. So kam es vor, daß zu Zeiten der schweren Großkämpfe eine einzelne Armee über vierzig und noch mehr Lazarett- usw. Züge verfügte. Diese Zahl genügte manchmal nicht, weil die Züge bei großen Entfernungen und starker Inanspruchnahme der Bahnlinien oft lange Zeit brauchten, um nach der Entladung wieder zurückzukehren.

Die Krankentransportabteilung stand einerseits mit dem Bahnbeauftragten des Feldeisenbahnchefs (Bba), andererseits mit dem zuständigen Sanitätstransportkommissar (**s. u.**) am Grenzübergang in der Heimat in Verbindung. Ersterer regelte im Verein mit den Liniengebieten die Bewegung der Züge, letzterer die Verteilung der Kranken in der Heimat, auch übernahm er die mit den Leichtkrankenzügen eintreffenden Kranken und Verwundeten zur Weiterbeförderung.

Die - 9 - Sanitätstransportkommissare und 1 Sanitätstransportoberkommissar als oberleitende und überwachende Dienststelle waren schon Ende 1914 zur Regelung des Krankentransportdienstes in der Heimat eingesetzt worden. Die ersteren hatten ihren Dienstsitz in den 9 Hauptübergangs-grenzorten Aachen, Trier, Diedenhofen, Metz, Appenweier, Dirschau, Bromberg, Posen und Breslau. Ihre Aufgabe bestand einmal in der Durchschau jedes durchlaufenden Zuges auf Kranke

Verladung verwundeter Gefangener in einen Lazarettzug.

und Verwundete, die ohne ärztliche Anweisung von der Front zurückzukehren versuchten, ferner in der Prüfung auf etwaige Schwerkranke und Schwerverwundete, Beigabe neuen Begleitpersonals nach Ablösung des von der Etappe mitgegebenen, Ersatz des Krankenpflege- usw. Geräts und Sicherstellung alles dessen, was zur einwandfreien Durchführung der Transporte erforderlich war (Verpflegung, Lagerungsmittel, Heizung usw.). Des weiteren oblag dem Sanitätstransportkommissar die Verteilung der mit den Leichtkrankenzügen Eintreffenden, im Benehmen mit den zuständigen Sanitätsämtern und Lazaretten und der Linienkommandantur. Dann aber oblag den Sanitätstransportkommissaren die wichtige hygienische Überwachung aller eintreffenden Transporte (Truppen, Urlauber, Kranke), d. h. deren Durchschau auf übertragbare Krankheiten. Hierzu waren ihnen die

Lazarettkahn

23 großen Sanierungsanstalten an den Grenzübergangsstellen, deren Betrieb sie ständig zu überwachen hatten, unterstellt. Es war nichts Ungewöhnliches, daß diese Anstalten bei Tag- und Nachtbetrieb, wenn große Truppenbewegungen von einer Kampffront zur anderen stattfanden, täglich viele Tausende abfertigten. Daß eine solche Arbeit, von deren gewissenhafter Erledigung alles abhing, jedesmal erhebliche Anspannung der Kräfte bedeutete, ist ohne weiteres verständlich, ebenso wie die Arbeitsleistung, die die Versorgung und Erledigung des Krankentransportdienstes nach den Großkämpfen darstellte.

Das ganze System der Krankenbeförderung, wie es sich im Kriege immer mehr vervollkommnete, hat sich aufs beste bewährt. Dieser Erfolg war nur möglich bei einem planmäßig bis ins kleinste ausgebauten Nachrichtendienst, der vorn bei den Divisionen einsetzte, sich über die Zentrale beim Etappenarzt (Krankentransportabteilung) bis zum Sanitätstransportkommissar und zum Feldsanitätschef erstreckte. Dieser war somit dauernd über den im einzelnen vorliegenden Bedarf im Bilde und dadurch imstande, von sich auch im großen zu disponieren.

Bei der Bewegung der Lazarett- usw. Züge sind während der Großkämpfe zu Zeiten der stärksten Spannung des öfteren Schwierigkeiten entstanden, weil bei Belastung der Bahn durch Munition, Verpflegung und Kriegsgerät ihr Vorführen zuweilen zurückstehen sollte. Dann bedurfte es harter Kämpfe und ernster Vorstellungen, um einen verständigen Ausgleich zu erreichen. Trotzdem war es nicht zu vermeiden, daß unter dem Druck der Verhältnisse vorübergehend bedrohliche Stockungen entstanden, die dann tatsächlich nur sehr schwer überwunden wurden.

Beschaffung und Nachschub der Sanitäts- usw. Ausrüstung.

(Von Korpsstabapotheker Dr. Prieß - Berlin.)

Für den Nachschub der Sanitätsausrüstung des Feldheeres war bei jeder Armee ein mobiles Etappensanitätsdepot vorgesehen, das für seinen Transport etwa 100 Eisenbahnwagen erforderte. Während der ersten Kriegszeit[16] gehörte noch eine Kraftwagenabteilung für den Verwundetenabschub dazu. Die Mobilmachung verlief überall glatt.

Das Etappensanitätsdepot bewirkte seinen Ersatz aus den heimatlichen Sanitätsdepots über das zuständige Sammelsanitätsdepot. Bereits im ersten Kriegsmonat zeigte es sich, daß für den ungeheuren Bedarf der kämpfenden Heere die Bestände an Arznei- und Verbandstoffen zu gering bemessen waren. Auch reichten die dem Etappensanitätsdepot zur Verfügung stehenden Transportmittel nicht aus. Das Heranführen von größeren Arznei- und Verbandstoffmengen zu den Depots, sowie ihre Weiterleitung zu den im Operationsgebiet stehenden Truppen und Sanitätsformationen bot zu einer Zeit, in der alle Transportmittel für den Nachschub von Munition, Verpflegung und Kriegsgerät belegt waren, außerordentliche Schwierigkeiten; deshalb war mit allen Mitteln für einen umfangreicheren und schnelleren Nachschub Sorge zu tragen. Es gelang allmählich durch Ausnutzung aller Beschaffungsmöglichkeiten, sowohl in den besetzten Gebieten als auch in der Heimat, den dringenden Bedarf der kämpfenden Heere wie der stark belegten Feld- und Kriegslazarette zu befriedigen.

Als nach Übergang in den Stellungskrieg die Bedürfnisse der immer mehr vergrößerten Lazarette noch weiter zunahmen und deutsche Ärzte an der Front behelfsmäßige Einrichtungen schufen, die den besten neuzeitigen Krankenhäusern in bezug auf Sanitätsausrüstung nicht nachstanden, wuchs auch die Aufgabe der Etappensanitätsdepots. Es mußten in größerem Umfange Krankenverpflegungsmittel, besonders für Darmkranke, ärztliches Sondergerät für Fachärzte, zahnärztliches Gerät jeder Art, Desinfektionsmittel zur Seuchenbekämpfung, Impfstoffe, Läuse- und Fliegen-Schutz- und -vernichtungsmittel, Ratten- und Mäusevernichtungsmittel, wollene Decken für die Lazarettausrüstung und den Kranken- und Verwundetentransport usw. bereitgestellt werden. Der Ausbruch von

Brustseuche und Rotz bei den Pferden erforderte das Heranziehen von gewaltigen Mengen von Veterinärmitteln. Der Mangel an Arzneikräutern in der Heimat führte zum Einsammeln der benötigten Kräuter im Etappengebiet. Zerlegbare Baracken, Krankenzelte und Betten, Wäsche, Leibbinden, Krankenverpflegungsmittel und Krankenweine wurden durch die Sanitätsdepots in riesigen Mengen beschafft und ausgegeben. Ferner entstanden Werkstätten für die Instandsetzung und Neuvernickelung von ärztlichen Instrumenten und Geräten; ebenso wurde die Beschaffung von Brillen und Ersatzgläsern durch die Etappensanitätsdepots geregelt.

Um den Truppen und Feldsanitätsformationen den Empfang aller dieser für die Krankenbehandlung und Gesundheitspflege erforderlichen Dinge zu erleichtern, wurden, oft nur behelfsmäßig, weit vorgeschobene Ausgabestellen eingerichtet, die mit einem Oberapotheker und Personal besetzt und mit einem etwa dreitägigen Bedarf versehen waren. Diese Ausgabestellen oder Vordepots lagen also, obwohl sie Formationsteile der Etappe waren, im eigentlichen Kampfgebiet und sind wiederholt durch Beschießung oder Fliegerangriff beschädigt worden.

In der Heimat wurde die Beschaffung von einwandfreiem Sanitätsmaterial für Feldheer und Marine, wie auch für die heimischen Reserve- und Festungslazarette zu einer Aufgabe, die nur von Fachleuten erledigt werden konnte, die einerseits den medizinischen Bedarf und seine Beschaffungsmöglichkeit unter den infolge des Rohstoffmangels veränderten Verhältnissen kannten, andererseits aber auch mit der Gliederung der Heeresverwaltung vertraut waren. Vor allem waren es die Militärapotheker im Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums, bei den heimischen Sanitätsämtern und -depots, bei den Hauptsanitätsdepots Berlin und München, bei den chemischen Untersuchungsstellen, wie bei der Zentralbeschaffungsstelle für Webwaren, beim Hauptgasschutzlager und bei der Gasmaskenprüfungsstelle, die in vorausschauender Weise dafür Sorge trugen, daß trotz des Rohstoffmangels, der sich in der Heimat immer mehr fühlbar machte, nur wirklich einwandfreie Sanitätsmittel auf den Kriegsschauplatz hinausbefördert wurden. Durch ihre Arbeit blieb die Versorgung während des ganzen Krieges gewährleistet.

Auch Sonderaufgaben, die mit dem einsetzenden Rohstoffmangel an Bedeutung gewannen, stellten sich die Etappensanitätsdepots. So ging eines erfolgreich an die fabrikmäßige Herstellung von Seife, Hartspiritus, Glyzerin, Kerzen und Essig, ein anderes an die Gewinnung von Milchzucker aus Molken. Besondere Erwähnung verdient das Hauptsanitätsdepot Antwerpen, das sich unter militärpharmazeutischer Leitung auch mit der Herstellung von Arznei-und Verbandmitteln befaßte und z. B. den dringend benötigten einwandfreien Ersatz von Tannalbin und Protargol schuf. Auch der Tätigkeit der chemischen Untersuchungsstellen im Felde und im Heimatgebiet sei gedacht. Sie waren neben ihrer übrigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitspflege der Truppe in hervorragender Weise am Sanitätsmittelersatz des Heeres beteiligt, indem sie die Untersuchung und Verwertung der im besetzten Gebiet vorgefundenen Rohstoffe und Chemikalien, sowie die Ausarbeitung von Verfahren zur Herstellung chemisch-technischer Erzeugnisse bearbeiteten.

Auch der Nachschub des Gasschutzgeräts und seine Instandsetzung wurde bis zum Jahre 1917 durch die Etappensanitätsdepots ausgeführt. April 1915 war die eigene Truppe noch ohne Gasschutzmittel. Die Herstellung von Gasschutzmasken steckte in der Heimat noch in den Kinderschuhen. Während die eigene Truppe ohne jeden Schutz feindlichen Gasangriffen gegenüberstand, halfen die Etappensanitätsdepots aus. Das Etappensanitätsdepot 2 z. B. stellte für die gesamten Fronttruppen der Armee in wenigen Wochen sog. Atemschützer - Mullkompressen mit Salzlösung - her. Nach Eintreffen der Gasschutzmittel aus der Heimat verwalteten die Etappensanitätsdepots das gesamte Gerät (Gasschutzmasken, Rettungsapparate, Sauerstoffvorrat).

Auch bei der Marine trat mit der Mobilmachung sofort ein größerer Bedarf an Sanitätsausrüstung ein. Die Bordausrüstung auf den verschiedenartigsten Kriegs- und Troßschiffen, vor allem auf den Lazarettschiffen, mußte ergänzt oder wesentlich verstärkt, zum Teil, wie auf den zahlreichen

Minenschiffen, erst hergerichtet werden. Dies geschah seitens der beiden Marinesanitätsdepots Kiel und Wilhelmshaven und durch das neu errichtete Kriegssanitätsdepot Kuxhaven. Im Schutzgebiet Kiautschou war die Kriegssanitätsausrüstung für ein Jahr ausreichend niedergelegt worden; die Schutztruppe in Südwestafrika war gleichfalls ausreichend versorgt. Große Bestände an Sanitätsmitteln, die noch jahrelang für die Bedürfnisse dort genügt hätten, fielen bei der Übergabe in den Besitz des Feindes. Für die Güte und den Umfang dieses Materials spricht, daß die Engländer viele Gegenstände nach Gallipoli verfrachteten und dort bei ihren Dardanellentruppen verwandten. - Sehr viel schwieriger gestaltete sich die Versorgung der tapferen Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika. Die bei Beginn des Krieges vorhandene Sanitätsausrüstung war im Verhältnis zur Kriegsdauer nur dürftig. Dem deutschen Erfindungsgeist und Anpassungsvermögen gelang es aber auch hier, Denkwürdiges zu leisten. Die in Ostafrika ansässigen, zur Schutztruppe eingezogenen Apotheker konnten nicht nur durch Aufarbeiten von Rohbaumwolle den Bedarf an Verbandwatte beschaffen, sondern auch durch Verarbeiten der im Usambarabezirk vorhandenen Cinchonakulturen das zur Malariabekämpfung unentbehrliche Chinin in reinem Zustande gewinnen. Außerdem wurden verschiedene andere Drogen zur Herstellung der für die Kriegführung benötigten Arzneimittel verwendet. Dies ermöglichte eine ausreichende Versorgung mit Arznei- und Verbandstoffen.

Den deutschen Bundesgenossen, Bulgarien und der Türkei, war bei Eintritt in den Krieg u. a. auch die Lieferung von deutschem Sanitätsmaterial zugesichert worden. Bereits Mitte November 1915 wurde in Sofia ein deutsches Etappensanitätsdepot eingerichtet, das auch die deutsche Militärmission in Bulgarien und die dortigen deutschen Streitkräfte versorgte. Umfangreicher und schwieriger gestaltete sich die Versorgung der Türkei. In den Sanitätsdepots der türkischen Heeresverwaltung war nach dem letzten unglücklichen Balkankriege noch keine Ordnung. Mit Eintritt der Türkei in den Weltkrieg war nicht nur die von Konstantinopel schließlich noch erreichbare Dardanellenfront, sondern auch die im Kaukasus, in Mesopotamien und an der Sinaifront kämpfenden Heere mit allem, was zur Sanitätsausrüstung gehört, reichlich zu versorgen. Dabei war zu berücksichtigen, daß den asiatischen Verhältnissen entsprechend ein Bedarf an besonderen Arzneimitteln vorlag; auch bedurfte es angesichts des schwierigen Transports anderer Sanitätsbehältnisse. Die türkischen Armeen wurden von Fleckfieber, Cholera, Typhus, Malaria und Geschlechtskrankheiten schwer heimgesucht, zu deren Bekämpfung es zunächst überall am notwendigsten fehlte. Nach dem Hinzutritt größerer deutscher Truppenverbände wurde je ein deutsches Etappensanitätsdepot in Konstantinopel, in der Sinaiwüste, in Bagdad, in Aleppo und in Damaskus eingerichtet. Der Bedarf dieser Depots, vor allem an wirtschaftlicher Lazarettausrüstung und an Krankenverpflegungsmitteln, war wegen der Unmöglichkeit der Ersatzbeschaffung im Lande sehr groß. Die Sanitätsausrüstung der für die Türkei bestimmten deutschen Sanitätskompagnien, Feldlazarette und Etappensanitätsdepots war in Kisten, die sich auch als Traglasten für Tragtiere eigneten, verpackt. Jeder einzelne Mann erhielt noch eine Taschenapotheke, die die in den Tropen notwendigsten Arzneimittel (Chinin, Tannalbin usw.), Verbandstoffe und Wasserentkeimungsmittel enthielt.

Die Beschaffung des gesamten umfangreichen Sanitätsmaterials erfolgte nach Anordnung des Sanitätsdepartements durch das Hauptsanitätsdepot Berlin. Diese Zentralstelle hatte im Laufe des Krieges in immer größerem Umfange die Beschaffung neu eingeführter ärztlicher Geräte, Arznei- und Verbandstoffe, anfangs auch der Gasschutzmittel, übernommen. Im Laufe des Krieges wurde es immer mehr zu einer großen zentralen Beschaffungsstelle. Unter Leitung ihres Chefarztes, des Generalarztes Dr. v. Tobold, dem ein pharmazeutischer Stab von über 20 Militärapothekern zur Seite stand, erreichte das Hauptsanitätsdepot im Jahre 1918 eine Gesamtstärke von 1500 Köpfen.

Der unbestrittene Erfolg, den sich die deutsche Heeressanitätsleitung trotz der immer größer werdenden Anforderungen bis zum Ende des Krieges durch eine nie stockende Versorgung aller Verwundeten und Kranken mit Sanitätsmitteln erworben hat, wäre trotz der vorzüglichen Organisation des Sanitätswesens im Felde wie in der Heimat nicht möglich gewesen, wenn nicht

Deutschland auf dem Gebiete der Krankenpflege über eine Industrie verfügt hätte, die in ihrer Leistungs- und Anpassungsfähigkeit in der Welt einzig dastand. Neben der pharmazeutischen Großindustrie stand die Fabrikation von ärztlichen Instrumenten, Gummigerät, optischen Geräten, Röntgeneinrichtungen bereits vor dem Kriege in Deutschland auf einer unerreichten Höhe. Die Industrien waren trotz des drückenden Mangels an den notwendigsten Rohstoffen immer wieder in der Lage und bereit, brauchbaren Ersatz zu liefern. An Stelle der mangelnden Baumwolle verarbeiteten die Zellulosefabriken Holz zu brauchbarer Zellstoffwatte und Kreppapierbinden. Papiergewebe aller Art wurden für die Kranken- und Verwundetenpflege an Stelle der nicht mehr zu beschaffenden Leinen- und Baumwollgewebe hergestellt. Kunstharze wurden als Ersatz an Stelle des Kautschuks für das Heftpflaster eingeführt. Künstlicher Kautschuk wurde wiederum für die Herstellung von unentbehrlichem Gummigerät von der Industrie zur Verfügung gestellt. Japanischer Kampfer, Glyzerin, Perubalsam, Kresolseife u. a. m. konnten ersetzt werden.

Als im Herbst 1918 beim Rückzug der deutschen Streitkräfte an allen Fronten ungeheure Mengen an deutschen Sanitätsmitteln in Feindeshand fielen, waren die Bestände der heimischen Sanitätsdepots noch so groß, daß sie auf Jahre hinaus für die Versorgung aller verwundeten und kranken Krieger genügt hätten. Nach Ausstattung der neuen Reichswehr mit den erforderlichen Sanitätsmitteln übernahm die Heilfürsorgeabteilung des Reichsarbeitsministeriums, der die weitere Versorgung der Kriegsbeschädigten obliegt, den größeren Teil der Heeressanitätsausrüstung für ihren Bedarf in den Versorgungskrankenhäusern; entbehrliche Bestände wurden durch das Reichsschatzministerium in großen Mengen an die deutschen Zivilkrankenhäuser und an Ärzte abgegeben.

Marine und Schutztruppen.

Die Organisation des Marinesanitätswesens.

(Von Marine-Generalarzt Dr. Schepers.)

Wenn auch die Orlogschiffe der Hansastädte und die Fahrzeuge der Brandenburgischen Marine des Großen Kurfürsten regelmäßig Heilbeflissene an Bord hatten, so ist doch das Sanitätswesen der deutschen Kriegsmarine aus dem Sanitätswesen der preußischen Armee hervorgegangen. Die ersten Marineärzte kamen vom Heere und gingen dorthin zurück. Die Verschiedenheit der Aufgaben führte aber notwendig zur Loslösung. Als 1896 die Trennung eintrat, war sie praktisch längst vollzogen. An der Spitze des Marinesanitätswesens stand der Generalstabsarzt der Marine. Unter ihm leiteten in Anpassung an die Organisation der Marine die beiden Stationsärzte als Vorstände der Sanitätsämter und Berater der Stationschefs den Sanitätsdienst im Bereich der Ostsee- und Nordseestation (Kiel und Wilhelmshaven) zu Wasser und zu Lande. Ihnen waren die Lazarette unterstellt, von denen es drei größere mit mehreren hundert Betten in Kiel, Kiel-Wik und Wilhelmshaven und kleinere in den verschiedenen Standorten an der Küste gab, sowie die beiden großen Sanitätsdepots.[17] Den Sanitätsdienst an Bord der in der Hochseeflotte zusammengefaßten Seestreitkräfte leitete der Flottenarzt, dem die Geschwaderärzte mit ihren Schiffsärzten und für die Torpedoboote die Flottillen- und Halbflottillenärzte nachgeordnet waren. Die Schiffsärzte der Auslandschiffe fuhren als Einzelärzte, auf größeren Fahrzeugen noch mit einem Hilfsarzt. Das ostasiatische Kreuzergeschwader hatte seinen eigenen Geschwaderarzt. Die Erwerbung des Kiautschougebiets brachte die Aufstellung eines Gouvernementsarztes mit sich. Zu seinen dankbaren Aufgaben gehörte neben der Schaffung eines großen Lazaretts die dort besonders wichtige hygienische Arbeit, die Tsingtau zum gesundesten Hafen des Ostens gemacht hat. Daneben bestand von 1877 - 1913 ein Marinelazarett in Jokohama; an der Hochschule für Chinesen in Tsingtau und am Chinesenkrankenhaus daselbst waren Marinesanitätsoffiziere als Lehrer oder Leiter tätig. Für viele Sanitätsoffiziere war die Teilnahme an den außereuropäischen Expeditionen der letzten Jahrzehnte - China, Südwestafrika, Ponape, Venezuela, Ostafrika - immerhin eine Vorschule für den Krieg.

Das Marinesanitätsoffizierkorps ergänzte sich teilweise aus Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Akademie, teilweise aus jungen Zivilärzten. Die wissenschaftliche Fortbildung erfolgte wie beim Heere. Die Ergänzung des Unterpersonals geschah aus freiwillig sich meldenden Marinemannschaften, die bei den Lazaretten ausgebildet wurden. Der Dienst in den Lazarettapotheken und Sanitätsdepots wurde von Marineapothekern, der Verwaltungsdienst von Marinelazarettbeamten versehen. Auch einige Schwestern fanden in der Krankenpflege Verwendung. Für den Krankentransport wurden Krankenträger und Hilfskrankenträger bei jedem Marineteil ausgebildet und an Bord möglichst jeder Mann in den für die erste Hilfeleistung nötigen Handgriffen unterwiesen.

Für den Krieg bedurfte es zunächst nur einer Erweiterung dieser Organisation insofern, als überall Personal und Material mobilmachungsgemäß aufgefüllt wurde. Denn auch die aus Reserven neu zu bildenden Marineteile fügten sich in die bestehende Organisation leicht ein, ebenso wie die "Festungslazarette", die in allen Standorten in geeigneten Baulichkeiten eingerichtet wurden. Das größte dieser Lazarette mit 2000 - 3000 Betten befand sich, von den am meisten bedrohten Punkten der Nordseeküste, aber auch von Kiel bequem zu erreichen, in Hamburg, wo die Auswandererhallen der Hamburg-Amerika-Linie in Veddel unter Ausnutzung der Organisation dieser großen Schiffahrtsgesellschaft verwendet wurden. Dies ermöglichte, alle Verwundeten und Kranken der Marine in Marinelazarette aufzunehmen, ohne daß Überfüllung eintrat. Ebenso planmäßig ging die Einrichtung von Lazarettschiffen[18] vor sich. Schon in den Chinawirren waren der für diesen Zweck umgebaute Überseedampfer "Gera" als Marinelazarettschiff und zwei für das Expeditionsheer bestimmte Lazarettschiffe, "Wittekind" und "Savoja", nach Ostasien entsandt. Im Frieden besaß die Kriegsmarine solche Fahrzeuge nicht. Der Umbau der hierfür vorgesehenen Dampfer erfolgte so schnell, daß schon am Tage der englischen Kriegserklärung, dem vierten Mobilmachungstage, einige Hilfslazarettschiffe von Hamburg in die Elbmündung abfahren konnten. Rechnete man doch damit, daß es unmittelbar nach dem Eintritt Englands in den Krieg zum Seekampf kommen würde. Als Hilfslazarettschiffe wurden Dampfer des Küstenverkehrs eingestellt, während die eigentlichen Lazarettschiffe, im Frieden große Passagierdampfer und in 12 - 14 Tagen umgebaut, richtige schwimmende Hospitäler waren.[19] Die Hilfslazarettschiffe konnten nur mit Vorsicht verwendet werden, seitdem die Engländer am 22. Oktober 1914 das Hilfslazarettschiff "Ophelia" in brutalster Verletzung des Völkerrechts aufgebracht und seine Besatzung gefangengesetzt hatten. Durch das Ausbleiben eines baldigen Entscheidungskampfes verminderte sich die Verwendungsmöglichkeit auch der Lazarettschiffe. Bis zum April 1915 waren die meisten bereits wieder außer Dienst gestellt; bis zum Kriegsende blieb nur die "Sierra Ventana" tätig.

Der Verkehr mit den Organen der Freiwilligen Krankenpflege gestaltete sich einfach durch die vom Kaiserlichen Kommissar und Militärinspekteur der Freiwilligen Krankenpflege verfügte Ernennung je eines Territorialdelegierten in Kiel und Wilhelmshaven. Von besonderer Bedeutung war auch die aufopfernde Mitarbeit der Schwestern in den Festungs- und Kriegslazaretten.

Neue Aufgaben brachte die Bildung der aus überschüssigen Mannschaftsreserven der Marine aufgestellten Marinedivision zur Verstärkung des rechten Flügels an der Westfront. Das bewährte Muster der Armee mußte in einigen Punkten den Bedürfnissen der Marine angepaßt werden. Die zwei Sanitätskompagnien und die fünf Feldlazarette konnten zur Beförderung der Einrichtung wie der Verwundeten mit Kraftwagen ausgestattet werden. Die bald zu einem Korps erweiterte Division verteidigte den äußersten rechten Flügel der Westfront und die ganze flandrische Seefront und war gleichzeitig Basis für den von hier ausgehenden Teil des U-Boots- und Torpedobootskrieges. Dementsprechend hatte auch der Korpsarzt, dem ein Angehöriger des Marinesanitätsoffizierkorps als Beratender Chirurg zur Seite stand, sehr mannigfaltige Aufgaben zu lösen, von der Einrichtung dreier großer Kriegslazarette und zweier Genesungsheime an bis zu den großen Fragen der ganz Belgien betreffenden Seuchenbekämpfung. So wurde das als Typhusnest bekannte Ostende durch Schutzimpfung der gesamten Bevölkerung vollständig saniert; überhaupt zog von der Hilfsbereitschaft der Militärärzte auch die Zivilbevölkerung nicht geringen Nutzen. So hatten

Marinesanitätsoffiziere für die nach der Einnahme Antwerpens zurückflutende, aber ohne ärztliche Versorgung gebliebene Bevölkerung Mechelns ein kleines Hilfskrankenhaus eingerichtet, selbstverständlich ohne irgendwelchen eignen Nutzen. Das sei nebenbei erwähnt, weil diese Dinge damals von der Bevölkerung sehr anerkannt, jetzt aber längst vergessen sind oder gehässig entstellt werden.

Inzwischen war **Tsingtau**, wo die ärztliche Versorgung nicht geringen Anteil an der Stärkung des Widerstandes gehabt hatte, gefallen. Der Heldenkampf des Kreuzergeschwaders war ausgekämpft, und auch der Kreuzerkrieg mußte allmählich erlahmen. Das überlebende Sanitätspersonal leistete teils Dienst bei den Gefangenen und Internierten, teils gelangte es - gelegentlich auf ganz abenteuerliche Weise - in die Heimat zurück. Hier gab der wachsende U-Bootskrieg neue Aufgaben; je länger die Fahrt dauerte, desto notwendiger wurden die hygienischen Einrichtungen und die Mitnahme eines Arztes. Die Gasbekämpfung an Bord, die Entwicklung des Marineluftschiff- und Fliegerwesens forderte eine vermehrte Mitarbeit des Marinesanitätskorps. Endlich brachte die gewaltige Erweiterung des Kriegsschauplatzes auch räumliche Ausdehnung des Marinesanitätsdienstes mit sich. In der Türkei hatte er durch Anlage von Lazaretten, Revieren, Laboratorien und Polikliniken einen wesentlichen Anteil an der Verteidigung der Dardanellen. Aber auch in Anatolien und Syrien waren Marineärzte, besonders zur Abwehr der ständig drohenden Seuchengefahr, tätig. In Ostafrika kämpfte ein Marinedetachement mit dem zugehörigen Sanitätspersonal unter **Lettow-Vorbeck**. In Bulgarien bediente sich besonders die Marine deutscher Marinesanitätsoffiziere. In Libau führte die Zusammenziehung von Marinetruppen zur Errichtung eines Marinefeldlazaretts. In Finnland stellte die Marine wenigstens vorübergehend ein Lazarett auf. In der Krim, im Kaukasus, in Pola und beim Skutari-Detachement waren Marinesanitätsoffiziere als Truppen-, Hafen- und Werftärzte tätig. Daß außerdem eine Reihe von früher aktiven, jetzt überzähligen Sanitätsoffizieren auf allen Kriegsschauplätzen tätig waren, kann hier nur gestreift werden.

Aus diesem Umriß ein vollständiges Bild der Leistungen des Marinesanitätswesens zu schaffen, scheiterte an den Grenzen des zur Verfügung stehenden Raumes. Auch würden sich Wiederholungen kaum vermeiden lassen bei solchen Gebieten der Medizin, welche allgemein ärztlicher Natur sind. Es soll daher nur versucht werden, in einigen Aufsätzen Dinge zu besprechen, die für das Sanitätswesen der Marine irgendwie besonders charakteristisch sind, aber auch diese können nur als Skizzen gewertet werden.[20]

Sanitätsdienst an Bord, besonders im Kampf.
(Von Marine-Oberstabsarzt Dr. Amelung.)

Die Hauptaufgabe des Sanitätsdienstes an Bord von Kriegsschiffen besteht zur Friedenszeit in der Erhaltung eines guten Gesundheitszustandes der Schiffsbesatzung, also in der Krankheitsverhütung und in der raschen Beseitigung der durch Krankheit bedingten Besatzungsausfälle. An sich bleiben diese beiden Hauptaufgaben des Sanitätsdienstes an Bord auch zur Kriegszeit die gleichen; sie sind aber wesentlich größer und noch erheblich bedeutungsvoller. Während im allgemeinen der Verhütung von Krankheitsfällen durch die Maßnahmen der Bordhygiene eine Bedeutung zugemessen werden muß, die höher zu bewerten ist als die eigentliche Krankheitsbehandlung selbst, insofern, als erstere den Eintritt der letzteren zu beeinflussen vermag, gewinnt die Krankenbehandlung zur Kriegszeit im Stadium des Kampfes selbst eine die Bordhygiene weit in den Hintergrund drängende Bedeutung. Jede dieser beiden Hauptaufgaben des Sanitätsdienstes an Bord kann also die wichtigere werden; Erfüllung und Nichterfüllung beider kann die Gefechtskraft eines Kriegsschiffes ganz erheblich beeinflussen, ja unter Umständen erst bedingen oder lahmlegen.

Die hygienischen Maßnahmen zur Krankheitsverhütung an Bord sind zu Friedens- und Kriegszeiten im wesentlichen gleich; nur ist ihre Durchführung zu Kriegszeiten erheblich erschwert durch die bei

Eintritt des Kriegszustandes sofort erfolgende Veränderung aller Verhältnisse, des ganzen Lebens an Bord, durch die Umstellung des gesamten Schiffsdienstes für den Kampf. Sich diesen veränderten Verhältnissen elastisch anzupassen, um doch das Ziel zu erreichen, ist daher ein erstes Erfordernis für die verantwortliche Leitung des Sanitätsdienstes. Das Kriegsschiff ist eine gegebene Größe, an dessen räumlicher Begrenzung nichts geändert werden kann, dessen Raum- und Personalausnutzung schon in Friedenszeiten bis ins Äußerste und Kleinste durchdacht war, dessen nur auf den Kampf eingestellte Aufgabe aber zur Kriegszeit alles andere in den Hintergrund zu drängen droht. Die bei der Mobilmachung eintretende starke Erhöhung der Besatzungszahl bei gleichen Raumverhältnissen verlangt aber besondere Aufmerksamkeit, da sich die an die Unterbringung zu stellenden hygienischen Anforderungen nur sehr schwer oder aber gar nicht erfüllen lassen. Den gesundheitlichen Gefahren, die die Raumüberlegung, der Mangel an Bewegungsmöglichkeit, die geringe Widerstandsfähigkeit der im höheren Lebensalter stehenden Reserven, dann der vermehrte Aufenthalt in See, seltenere Erholungsmöglichkeit an Land u. a. m. mit sich bringen, ist vorzubeugen, sie sind zu bekämpfen. Zur Kriegszeit erwachsen dem Sanitätsdienst an Bord also viele ernste und schwere hygienische Aufgaben.

Während die Maßnahmen zur Krankheitsverhütung gegenüber der Friedenszeit nur eine größere Sorgfalt und Anpassungsfähigkeit erfordern, ist die Erfüllung der anderen Hauptaufgabe des Sanitätsdienstes im Stadium des Kampfes an bestimmte Vorbedingungen gebunden.

Im Kampf bedeutet die Versorgung der Verletzten alles. Und zwar hat die Versorgung einzusetzen am Orte der Verwundung selbst. Überall auf einem Kriegsschiff kann der Arzt, kann das Sanitätspersonal nicht sein; bis sie herangeholt sind, bis der Verletzte zum Arzt transportiert ist, kann es bereits zu spät sein; eine sofortige, sachgemäß ausgeführte erste Hilfe kann in vielen Fällen lebensrettend wirken. Daher muß jeder Mann der Besatzung so weit mit den Grundbegriffen und der praktischen Anwendung der ersten Hilfeleistung vertraut sein, um dem verwundeten Kameraden an Ort und Stelle helfen zu können. Diesen Ausbildungsstand der gesamten Besatzung zu erreichen, gehört zu den wichtigsten Kampfesvorbereitungen des für den Sanitätsdienst Verantwortlichen und muß in immer wiederholten Belehrungen und Übungen erreicht werden. Zur Leistung erster Hilfe gehört auch das nötige Material, Verbandzeug, Schienen, Gummibinden usw. Ihre Verteilung durch das ganze Schiff ist so zu organisieren, daß im Kampf an jeder Gefechtsstelle, in jedem Heiz- und Maschinenraum jederzeit Verbandmaterial erreichbar ist. Rote Kreuze machen der Besatzung diese Stellen zur jederzeitigen Sicht und fast unwillkürlichen Belernung kenntlich. Wenn irgend möglich, müssen sich Verletzte, die gefechtsunfähig geworden, selbst zum Verbandplatz begeben, und zwar allein, nur wenn erforderlich, mit Unterstützung von Kameraden, denn im Kampf wird jeder Mann jeden Augenblick benötigt; aber nur zu häufig sind gerade Seekriegsverletzungen durch direktes oder indirektes Geschoß derart, daß nur Getragenwerden in Frage kommt. Solch ein Tragen von Verwundeten ist auf einem kämpfenden Schiff eine schwere Aufgabe; das Hin- und Herschwanken des Schiffes selbst, die durch Trümmer versperrten Wege, die zerschossenen Treppen machen einen schonenden Transport häufig unmöglich. Schonender als auf den Armen erregter Kameraden gestaltet er sich in den Transporthängematten, wenn auch hierbei das Ideal eines Verwundeten-transports, d. h. ohne Stoß oder Erschütterung, sich nie erreichen läßt. Daher liegen genügend solcher Transporthängematten an bestimmten, kenntlich gemachten Stellen bereit. Besondere Vorrichtungen dienen dazu, die Verwundeten in diesen aus den tiefen Schiffsräumen über die fast senkrechten, steilen Niedergänge emporzuheißen. Diesen schwierigen Transportausgaben im Ernstfall gerecht zu werden, bedarf eingehendster praktischer Übung mit und ohne Transportmittel unter Annahme aller möglichen erschwerenden Umstände. Die unter gewöhnlichen Verhältnissen unmittelbar zu den Verbandplätzen führenden Wege werden im Kampf nur zu oft versperrt, zerstört sein; daher gehört es zu den vorbereitenden Aufgaben, daß jeder Mann der Besatzung so genaue Kenntnis des ganzen Schiffsinnern erhält, um sich doch zu den Verbandplätzen durchzufinden. Genaue Weg- und Richtungsbezeichnung nach den Verbandplätzen hin mit roten Kreuzen und Richtungspfeilen ist auch da ein sicheres Aushilfsmittel. Da die Zahl der Ärzte, des Sanitätsunter-

personals im Kriege erhöht ist, ergibt diese Personalvermehrung die Möglichkeit der Einrichtung mehrerer Verbandplätze, meist je eines im Achter- und Vorschiff.

Ohne entsprechende Materialausrüstung und Raumvorbereitung sind große ärztliche Eingriffe nur erschwert und unsicher durchzuführen. Daher ist mit dem Fortschreiten des gesamten Kriegsschiffbaues auch der Größenverhältnisse, der Lage und Ausstattung der Gefechtsverbandplätze ein immer steigender Wert beigemessen worden. Auf den modernsten großen Schlachtschiffen stand ein besonderer Raum für den genannten Zweck zur Verfügung, ein Raum, annähernd wie der Operationssaal eines Landlazaretts, groß genug, genügend beleuchtet und ventiliert, von dem eigentlichen Schiffsleben möglichst wenig berührt, kein allgemeiner Durchgangsraum, unter Panzerschutz. Auf kleineren Schiffen ist derartiges natürlich nicht möglich; hier muß ein passender, im Gefecht nicht unbedingt anderweitig benötigter Raum, z. B. die Offiziersmesse, notgedrungen denselben Zweck erfüllen. Sicher ist kein Raum im Gefecht, daher werden Reserveverbandplätze vorgesehen und eingerichtet und an mehreren Stellen Instrumente und Verbandmittel in leicht transportablen Kästen niedergelegt.

Je nach Bauart und Größe des Schiffes ist die zweckmäßigste Organisation des Sanitätsdienstes für den Kampf ganz verschieden. Während eine gewisse Zentralisation bis zu dem Grade erforderlich sein kann, daß wenigstens die Leitung des Sanitätsdienstes von einer bestimmten Stelle im Schiff ausgeht, kann bei vermehrten Größenverhältnissen das Wirken selbständiger Ortsgruppen mehr Erfolg versprechen. Die Einrichtung fliegender Kolonnen aus Sanitätsmannschaften und Krankenträgern zur ersten Hilfeleistung und zum Transport nach den Verbandplätzen hat sich je nach den örtlichen Schiffsverhältnissen mehrfach bewährt. Doch bleibt der vorbereitete Verbandplatz die Hauptsache; denn nur an ein oder zwei Stellen sind wirklich umfassende Material- und Raumvorbereitungen für die größeren ärztlichen Eingriffe möglich. Daher sieht die Einrichtung von Gefechtsverbandplätzen genügende Mengen gebrauchsfertiger Verbandstoffe und Instrumente in Kästen oder Schränken, Operationstische, Desinfektions- und Narkoseapparate, Waschgelegenheiten, elektrische und Notbeleuchtung, Labemittel und alles Sonstige vor, was für die Versorgung Verletzter benötigt wird; nicht zuletzt auch Reinigungsmaterial, um im Ernstfall nicht in kurzer Zeit von dem unvermeidlichen Schmutz aus Kohlenstaub und Blut erdrückt zu werden.

Alles dieses bis ins genaueste zu durchdenken und vorzubereiten, ist eine unerläßliche Vorbedingung für die Verwundetenversorgung im Kampf.

Sind die Verwundeten auf den Verbandplätzen versorgt, so können sie hier nicht bleiben, um nicht weiteren Versorgungsbedürftigen den Platz zu versperren; daher müssen Lagerungsräume in möglichster Nähe der Verbandplätze und, wo dies erreichbar, in geschützter Lage eingerichtet sein. Ist so alles theoretisch bis ins kleinste organisiert, in häufigen Übungen als zweckdienlich erprobt, so muß angestrebt werden, diese Vorbereitungen soweit als Dauerzustand zu erhalten, als es sich mit dem gewöhnlichen Ablauf des Schiffslebens zur Kriegszeit vereinbaren läßt. Unmittelbar vor dem Eintritt in den Kampf ist dann nur noch die letzte Hand an die Vorbereitung zu legen. Wieweit diese Vorbereitungen als ständige bestehen bleiben können oder ob sie bei jedem Inseegehen von neuem getroffen werden müssen, hängt ganz von den örtlichen Schiffsverhältnissen ab. Im allgemeinen wird es sich nur um ein stetes Bereithalten alles Erforderlichen handeln können, während die eigentliche Einrichtung und Aufstellung erst bei weiterem Inseegehen in Betracht kommt. Wird die letzte schützende Sperre verlassen, dann ist die Einrichtung in kürzester Zeit fertig.

Ist das Gefecht vorbei, heißt es die Versorgung der Verwundeten nachzuprüfen, das Lazarettschiff herbeizurufen, um die Verwundeten schneller an Land, in geordnete Lazarettpflege, zu überführen. An Bord selbst aber gilt im Hafen rasche Wiederherstellung des Zerstörten, Ergänzung der Sanitätsausrüstung, neuen Kampfesaufgaben entgegen!

Allgemeine Seekriegschirurgie.
(Von Marine-Generaloberarzt Prof. Dr. M. zur Verth.)

Rettung aus Wassersgefahr.

Die Fürsorge für die Opfer des Krieges zur See verlangt über die Maßnahmen im Landkriege hinaus als erste und wichtigste Aufgabe die Bereitstellung von Mitteln zur Rettung aus Wassersgefahr. Sind doch im Seegefecht fast stets die Mehrzahl, in manchen Fällen fast alle Verluste dem Ertrinkungstode zum Opfer gefallen.

An Versuchen zum Bau zweckmäßiger Rettungsmittel hat es seit Fergusons programmatischer Darstellung der Aufgaben des "Roten Kreuzes zur See" im Jahre 1869 nicht gefehlt. Die systematische Bearbeitung jedoch, der Aufbau des Rettungswesens auf physiologische und physikalische Gesetze mußte im großen Kriege erst geschaffen werden.

Dazu bedurfte es zunächst der Beantwortung der Frage nach der Todesart des Schiffbrüchigen. Sorgfältige Durchforschung der Todesursachen ergab, daß neben dem seltenen Schocktod, besonders in den kälteren Zeiten, das Erstarren dem Ertrinken vielfach vorausgeht, vielleicht auch unmittelbar zum Tode führt. Auch dem Durst- oder Hungertode kann der dem Ertrinken und der Kälte auf sicherem Rettungsgerät Entgangene anheimfallen.

Indes das Erstarren erwies sich als schwerer zu bekämpfen als das Ertrinken. Anbehalten der Kleider im Wasser, Verschließen der Ärmel und Hosen um Handgelenk und Knöchel, Imprägnieren der Kleider, Tragen von besonders gegen die Gefahren des Aufenthalts im Wasser eingerichteten Kleidern, endlich Vermeidung von jeder Bewegung im Wasser, damit die Luft aus den Kleidern selbst, aus den Schichten zwischen den Kleidern und zwischen Haut und Kleidern nicht entweicht, waren wenigstens für einige Zeit wirksame Maßnahmen gegen die Kälte.

Als Material für das Einzelrettungsgerät erwies sich guter Kork als sicherer denn Kapok und luftdichte leere Gefäße. Schaumgummi ließ sich nicht ausreichend beschaffen und nicht auf seine Haltbarkeit erproben. Für das individuelle, sorgsam bewahrte, geschonte und hin und wieder geprüfte Rettungskleid stellte auch Kapok ein brauchbares Material dar, ebenso für das Massenrettungsgerät, das seine Überlegenheit über das Einzelgerät bewährte; endlich waren wasserdicht abgeschlossene Luftgefäße nicht zu entbehren.

Der Gefahr des Verdurstens und des Verhungerns konnte durch Hartbrot und Tee, die in einem besonders bezeichneten Auftriebskasten untergebracht oder in wasserdichten Gefäßen verpackt sind, begegnet werden, und zwar besser beim Massen- als beim Einzelgerät. Paddeln ermöglichen eine wenn auch geringe Fortbewegung, Leinen, Pfeifen, Lichter und Signalpistolen als Nachtsignalapparate, ebenfalls in Blechdosen wasserdicht untergebracht, ergänzten die Ausrüstung des ersteren.

Verwundetenabschub.

Der Abschub der Verletzten und Kranken wird zur See zur unabweisbaren Notwendigkeit, wenn nicht das Kriegsschiff, das Kampfmittel des Seekrieges, für seine Zweckbestimmung ausfallen soll. Zumeist sucht das Kriegsschiff nach dem Gefechte zur Ausbesserung seiner Schäden seinen Stützpunkt auf. Dort, am Lande, kann die Verletztenabgabe schonend, schnell und bequem vor sich gehen. Nicht so selten jedoch wird sie in freier See erforderlich. Erschwert wurde sie im Weltkriege aufs neue durch das Tauchboot, das auch das übernehmende Rettungsschiff gefährdete. Nur in Buchten oder Flußmündungen kann das Kriegsschiff ungefährdet seine Verletzten dem Lazarettschiff übergeben. Für den Küstenkrieg, wie ihn Deutschland im wesentlichen zu führen

gezwungen war, erwies sich das große Hochseelazarettschiff als überflüssig. Eine größere Zahl kleiner, flinker, niedrigbordiger Hilfslazarettschiffe befriedigte alle Bedürfnisse.

Die im Kriege verwendeten Hilfslazarettschiffe hatten in zwei oder drei größeren, im Hauptdeck gelegenen, meist von Bordwand zu Bordwand reichenden Räumen und in einigen kleinen Sonderabteilungen Platz für 50 - 80 Kranke, konnten aber in Notfällen weit über diese Zahl hinaus in Hängematten oder auf Strohsäcken an Bord nehmen. Ein kleiner Operationsraum, ein kleiner Raum für Infektionskranke und ein Leichenraum waren vorhanden. Die Ausrüstung sicherte vor allem ausreichende Ernährung der Schiffbrüchigen und etwaige Versorgung mit Kleidern, Leibwäsche usw. Bei der ärztlichen Ausrüstung ruhte naturgemäß der Nachdruck auf Bereitstellung der chirurgischen Hilfsmittel, neben denen aber auch Arzneien für die geläufigen inneren Krankheiten nicht fehlten.

Die anfangs (**s. S. 440**) tätigen Hochseelazarettschiffe waren ortsbewegliche schwimmende Lazarette, die dazu ausgewählten Schiffe gemischten Typs - Auswandererschiffe mit Kajütseinrichtung - von etwa 6000 - 9000 Bruttoregistertonnen Größe, dem eine Bettenzahl von 300 - 450 entsprach. Die Geeignetheit ergab sich vor allem aus dem Stande der hygienischen Einrichtungen. Die Geschwindigkeit mußte mit der Marschgeschwindigkeit der Flotte Schritt halten können. Für die Einteilung der Räume galt als Grundsatz: Fernhaltung der Schiffsbesatzung von den Kranken. Je nach der Erkrankungsart wurden verschiedene, möglichst örtlich getrennte Krankenabteilungen eingerichtet. Ansteckende Kranke und Geisteskranke konnten abgesondert werden. Die chirurgische Abteilung mit Operations-, Verband-, Röntgen- und medikomechanischen Räumen war im Vorderschiff, die innere mit Heilbädereinrichtung und Apotheke im Hinterschiff untergebracht. Der Platz für die Infektionsabteilung wechselte nach den örtlichen Verhältnissen. Die Ausrüstung entsprach der von Krankenhäusern am Lande von gleicher Bettenzahl unter Berücksichtigung des Umstandes, daß eine Ergänzung der Hilfsmittel auf lange Zeit ausgeschlossen sein konnte.

Die Verteilung der Lazarettschiffe nach geographischen Gesichtspunkten in regelmäßigen Wachwechsel hat sich der Zuteilung zu einzelnen Verbänden bei der Art des Krieges als überlegen erwiesen. Die Zahl der Schiffe ist nach der Küstenbildung und nach der Einschiebung regelmäßiger Überholungs- und Erholungszeiten bestimmt worden.

Seekriegschirurgie im besonderen.

Der Landkrieg der Neuzeit führt Millionenheere gegeneinander und läßt die absoluten Verletztenzahlen zu erheblicher Höhe anschwellen. Im Seekrieg haben sich die Millionenwerte der Schiffe gewaltig gesteigert. Die Menschenzahlen sind wesentlich geringer als im Landkrieg. Die prozentualen Zahlen der Verletzten erreichen dagegen größere Werte.

Seekriegsverletzungen sind zum größten Teil Folgen von explosiven Gewalten, meist Granat-, seltener Minen- oder Torpedodetonationen. Sie haben am meisten Ähnlichkeit mit Verletzungen bei katastrophalen Ereignissen des Friedens. Quetschwunden und Quetschungen überwiegen. Zertrümmerung, Zermalmung ganzer Glieder und Verstümmelungen sind fast so häufig wie Schußkanäle. Neben der mechanischen Einwirkung spielen Verbrennung, chemische Einwirkung und Vergiftung eine unheilvolle Rolle.

Die Behandlung der Seekriegsverletzung unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der der Explosionsverletzung am Lande, doch sind dem Seekrieg eine ganze Anzahl von Verletzungen eigen, die im Landkrieg sich selten ereignen. Auch wirken das Fehlen von Erde, Schlamm, Schützengrabenschmutz und Geröll, ferner örtliche und zeitliche Verhältnisse bestimmend auf die Behandlungsmaßnahmen ein.

An besonderen Verletzungen traten bei den Seegefechten Verbrennung und Verbrühung, Stauchungsverletzung und Seekriegsunfall auf.

Verbrennungen und Verbrühungen, entstanden durch deflagrierende oder explodierende feindliche Geschosse oder eigene Munition, erwiesen sich in weitem Umfange als tödlich.

Die Stauchungsverletzung war eine charakteristische Begleiterscheinung des Minen- und Torpedokrieges, kam aber auch im Artilleriekampf vor. Detonationen hoben im Augenblick der Explosion überaus plötzlich mit übergroßer Wucht die über dem Explosionszentrum befindlichen Decks. Der blitzschnell einsetzende, gewaltige Stoß nach oben wirkte wie ein mächtiger Schlag von unten unter die Füße und erzeugte dieselben Verletzungen wie ein Sturz aus großer Höhe auf die Füße. Besonders zahlreich traten hierbei Fersenbeinbrüche und Brüche der oberen und unteren Gelenkenden des Schienbeins auf. Auch Brüche der Mittelteile von Unter- und Oberschenkel und Wirbelbrüche kamen vor. Stießen die auf diese Art nach oben geschleuderten Seeleute mit dem Schädel gegen ein über ihnen befindliches Deck, so entstanden erneute schwere Brüche der Schädelwölbung oder der Basis. Oft fielen auch verschiedene Brüche zusammen. Auch an den inneren Organen traten schwere Verletzungen ein.

Die Häufung des Seekriegsunfalles dem Kriegsunfall am Lande gegenüber findet ihre Erklärung in bestimmten, dem Leben und Dienst an Bord charakteristischen Umständen. Der Seefahrt eigentümlich sind die großen Gewalten, mit denen sich die Schiffsbewegungen vollziehen, gegen die menschliche Hemmungen nicht aufkommen, der Seefahrt auf Kriegsschiffen insbesondere noch die Häufung des maschinellen Betriebes zu den verschiedensten Verrichtungen des seemännischen Lebens und Kriegsschiffdienstes. Mechanische Verletzungen entstehen an Bord im wesentlichen durch Mängel beim Ineinandergreifen maschineller oder durch Wind und Wasser hervorgerufener Bewegung auf der einen Seite und von körperlicher Bewegung oder Haltung auf der anderen Seite. Das an Bord sehr häufige Zusammentreffen menschlicher Kraft und menschlicher Einrichtung erfordert eine nach Zeit und Ausschlag genau abgestimmte menschliche Haltung oder Bewegung. Geht aus irgendeinem Grunde die Abstimmung verloren, so ist die Gelegenheit zur Verletzung gegeben.

Andererseits verfehlten aber die günstigen hygienischen Bedingungen des Baumaterials des Schiffs - Eisen und Stahl - das Fehlen von Sand, Geröll und Schützengrabenschmutz, die erfolgreichen Bemühungen, das Schiff und seine Bewohner besonders auch vor dem Gefecht sauber zu halten, nicht ihren Einfluß auf den Heilungsverlauf der Seekriegsverletzung. Die Heilungsaussichten waren stets günstiger als bei gleichartigen Verletzungen an Land. Anaerobe Wundinfektionen, wie Starrkrampf und Gasinfektion, fehlten an Bord nahezu gänzlich.

Die erste Behandlung gestaltete sich je nach der Möglichkeit baldiger Abgabe des Verletzten durchaus verschieden. Stand die Überführung des Verletzten an Land in naher Aussicht, beschränkte sich die chirurgische Tätigkeit an Bord auf das Allernotwendigste. Betrug die Zeit des Verweilens an Bord unter zwölf Stunden, so umfaßte die Versorgung nur die Schmerzstillung, Noteingriffe und Feststellung gebrochener Knochen und größerer Weichteilverletzungen. War aber damit zu rechnen, daß die Verletzten länger als zwölf Stunden an Bord blieben, so trat die eigentliche Wundversorgung hinzu.

Auf U-Booten.
(Von Marine-Stabsarzt Dr. Sonntag.)

Von allen Waffen der deutschen Marine im Kriege war unstreitig das U-Boot am volkstümlichsten. Die U-Boote konnten ständig am Feinde sein und machten durch die große Zahl der Versenkungen von sich reden; hoffte man doch, durch sie den Hauptgegner England niederzuringen. Zum Teil lag

es auch an der Neuheit dieser Waffe. Man fragte, wie tauchen die Boote, wie kommen sie wieder aus der Tiefe, wie ist die Luft in solcher geschlossenen Eisenröhre, wie leben die Menschen darin wochenlang? An die Besatzungen wurden zweifellos höchste Anforderungen gestellt. Es mußten also Männer sein, die scharfen ärztlichen Forderungen der Tauglichkeit genügten.

Um die besonderen Anforderungen an körperliche Widerstandskraft, an gutes Arbeiten einzelner Organe des menschlichen Körpers auf U-Booten kennenzulernen, müssen U-Boot und die ungünstigen Einflüsse des Dienstes dort dem Arzt genau bekannt sein.

Das moderne Unterseeboot besteht aus einem zylindrisch geformten Schiffskörper, der innen alle Maschinenanlagen und Wohnräume enthält und imstande ist, bei Unterwasserfahrten den jeweiligen Wasserdruck auszuhalten. Im allgemeinen waren die deutschen Boote gebaut für eine Wassertiefe von 50 m. Im Kriege sind aber Boote auf 100 m und darüber gekommen, ohne Schaden zu erleiden - ein glänzendes Zeugnis für die Güte des Materials. Über Wasser fahren die Boote mit Motorenkraft, unter Wasser mit elektrischer Kraft, die durch Akkumulatoren gespeist wird, die bei Überwasserfahrt durch die Ölmaschinen wieder geladen werden.

Im allgemeinen wird über Wasser gefahren, getaucht nur bei Angriffen und in Feindesnähe. Das Tauchen wird durch Einlassen von Seewasser in Tauchtanks herbeigeführt, der Wiederauftrieb durch Herauspressen des Wassers aus den Tanks durch Preßluft.

Vorn und hinten im Boot - im Bug- und Heckraum - in dem die Torpedoausstoßrohre angebracht sind, liegen die Reservetorpedos, die sehr viel Platz einnehmen. Zugleich sind sie Schlaf- und Wohnraum für die Matrosen und Heizer. Von hinten nach vorn gerechnet schließt sich an den Heckraum die Abteilung für die elektrische Maschineneinrichtung, dann der Dieselmotorenraum an. In der Mitte des Bootes liegt die Zentrale, von der aus das Boot geführt wird; über ihr ist der Turm mit den Sehrohren. Nach vorn folgen die Räume für Offiziere, Deckoffiziere, Unteroffiziere, bis ganz vorn der Bugraum kommt. Aus diesen kurzen Angaben ist zu ersehen, daß der Raum aufs äußerste ausgenutzt ist. Im Kriege mußte bei den langen Reisen die Ausnutzung besonders geschickt sein, denn viel Proviant und Reservemaschinenteile mußten verstaut werden.

Bei den Wohnräumen liegt abgeteilt die Küche - Kombüse -, wo der Koch, eine sehr wichtige Persönlichkeit auf einem U-Boot, seines oft sehr schwierigen Amtes waltet. Gekocht wird elektrisch, ebenso ist natürlich Heizung und Beleuchtung elektrisch. Das Trinkwasser ist in besonderen Zellen verteilt. Durch das ganze Boot ziehen sich Ventilationsschächte. In solcher Eisenröhre hauste die Besatzung. Aufeinander angewiesen, jeder mit wichtigen Dienstverrichtungen betraut, gab sie nach der ersten Fahrt gegen den Feind eine hervorragende Einheit.

Für die Beurteilung der hygienischen Verhältnisse auf U-Booten, die der Arzt genau kennen mußte, waren zwei Faktoren maßgebend, und zwar die chemische Zusammensetzung der Luft im Bootsinnern (Verhältnis des Sauerstoffs zur Kohlensäure, Anwesenheit schädlicher Reize, Riechstoffe, Gase) und die physikalische (Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Luftdruck). Die Hygiene des U-Bootes war also die des relativ und absolut geschlossenen, mit Menschen besetzten Raumes. Infolge der schiffbaulichen Eigenart und des Kampfcharakters konnten nicht alle hygienischen Erfordernisse erfüllt werden. Der Krieg zwang zu Einschränkungen.

Die Giftigkeit der Luft entsteht besonders durch Anhäufung von Kohlensäure aus der Ausatmungsluft der Menschen. Die einzelnen Abteilungen im Boot waren mit der Außenluft zwar durch Luken in Verbindung, doch waren diese bei Fernfahrten befehlsmäßig geschlossen bis auf ein Luk im Turm. Das Boot mußte ja schnell tauchen können. Es war unmöglich, bei Alarm alle Luken schnell zu schließen. Die natürliche Ventilation mußte also durch ein Luk an Deck erfolgen; deshalb waren die Verbindungen zwischen den einzelnen Abteilungen offen. Diese natürliche Ventilation

genügte aber nicht. Deshalb wurde mit Maschinenkraft die verbrauchte Luft abgesaugt und frische Luft in die Abteilungen gepreßt. Eine tadellose Atmungsluft wurde natürlich dadurch nicht erzielt, die Luft war sogar meist schlecht. Daraus erklären sich die häufigen Klagen der Besatzung über Kopfschmerzen, Mattigkeit, besonders morgens nach dem Erwachen, und darüber, daß der Schlaf keine Erquickung sei.

Die künstliche Lufterneuerung spielte eine große Rolle bei Unterwasserfahrten, wenn von außen keine Luft mehr ins Boot kommen konnte. Eine überraschend lange Zeit konnte allerdings die Besatzung mit der Luft auskommen, die zur Zeit des Tauchens im Boot war. Wurde aber nicht für Lufterneuerung gesorgt, so mußte allmählich durch die Kohlensäureanhäufung der Tod eintreten. Die Einwirkung des Sauerstoffmangels äußerte sich zuerst in einer Steigerung der Atemtätigkeit mit den dann eintretenden Erscheinungen von Atemnot, Ohnmacht, Schwindelanfällen, Übelkeit. Die äußerste Grenze der zeitweise gerade noch erträglichen Sauerstoffherabsetzung lag zwischen 6 - 8%. Der Durchschnittsbedarf der ruhenden und tätigen Besatzung auf U-Booten stellte sich auf rund 30 Liter pro Mann und Stunde. Bei etwa 5% Kohlensäure- und normalem Sauerstoffgehalt ist in der Außenluft die theoretisch zulässige Konzentration erreicht. In geringen Mengen wirkt die Kohlensäure erregend, in großen lähmend. Am empfindlichsten wird die Atmung beeinflußt. Bei 7 - 8% Kohlensäuregehalt traten schon nach kurzer Zeit Schwindel, Ohnmacht, zuweilen Erregungszustände auf. Für die praktische Hygiene waren Kohlensäureabgabe und Sauerstoffaufnahme (30 Liter pro Kopf und Stunde, s. o.) gleichzusetzen.

Lufterneuerung wurde dadurch an Bord erreicht, daß man aus Stahlflaschen in den einzelnen Bootsabteilungen komprimierten Sauerstoff ausströmen ließ. Nach der Anzahl der im Raum befindlichen Personen wurde die Sauerstoffmenge eingestellt. Die schlechte Luft wurde durch Kästen mit Kali geleitet, um die Kohlensäure durch die darin befindlichen Ätzkalikörner zu binden. Im Durchschnitt vermochte die Besatzung bei dieser Lufterneuerung drei Tage zu leben; doch war diese künstliche Luft nicht erfrischend, und wenn man nach langer Tauchfahrt auftauchte, war das Atmen der frischen Seeluft eine wahre Wohltat. Die Luft wurde aber nicht nur schlecht infolge der Kohlensäureanhäufung, sondern auch durch die Ausdünstungen der Menschen, die Gerüche, die beim Kochen entstehen, vor allem aber durch die Öldämpfe aus dem Motorenraum. Diese bewirkten den typischen U-Bootsgeruch, der in alle Kleider drang und sich dem Proviant mitteilte. Mit der Zeit gewöhnte sich das Personal an diesen Geruch. Schädigungen traten im Kriege auf einzelnen Booten auf, als bei Knappheit des sonst benutzten Öles Braunkohlenteeröl gebraucht wurde. Die ärztlichen Untersuchungen stellten Schädigungen fest; die Benutzung des Öles wurde sofort verboten.

Eine weitere Gefahr in der Luftzusammensetzung konnte beim Laden der Batterie durch Bildung von Knallgas auftreten. Explosionen solcher Gasgemische ereigneten sich auf fast allen U-Booten. - Äußerst giftige Chlordämpfe konnten dadurch entstehen, daß Salzwasser mit der Flüssigkeit in den Akkumulatorzellen in Berührung trat.

Bei der schädlichen Luftbeschaffenheit spielte vor allem der hohe Gehalt an Wasserdampf eine große Rolle. Er entstand durch Zufuhr aus der äußeren Luft, Atmung, Dampf beim Kochen usw. Stieg weiterhin die Temperatur (Tropen, heiße Jahreszeit), herrschte Windstille, so wurde die Wärmeregulierung des Körpers gestört; Mattigkeit, Schwindelgefühl, beschleunigte und erschwerte Atmung bis zur Ohnmacht, besonders bei Anstrengungen, waren die Folge. Es kam zu Krämpfen, Bewußtseinsverlust und Atemlähmung infolge Wärmestauung. Unter diesen lästigen und den Körper angreifenden Beschwerden litt besonders das technische Personal, wenn es bei den oft notwendigen Reparaturen angestrengt arbeiten mußte.

Alle Versuche, diese ungünstigen Einwirkungen abzustellen, führten zu keinem Erfolg. Die zur Bindung der Feuchtigkeit notwendigen Chemikalien konnten in der hierzu erforderlichen

erheblichen Menge nicht mitgenommen werden. Deshalb wurden Leute, die nach mehreren Fernfahrten besonders litten, vorübergehend ausgeschifft; sie waren später meist wieder imstande, vollen Dienst zu tun.

Eine weitere unangenehme Folge der hohen Luftfeuchtigkeit war der Niederschlag des Wasserdampfes innen an der unbekleideten Bordwand, deren Kälte dadurch erst recht in Erscheinung trat. Dies wurde oft als Ursache von rheumatischen Erkrankungen angegeben.

So war die Unterbringung der Besatzung nicht gerade glänzend. In den engen Räumen, die innen wegen der vielen Leitungen und Rohrdurchführungen nicht bekleidet werden konnten, war es stets kalt und feucht. Das Wasser lief an den Wänden herab. Die großen Torpedoausstoßrohre mit ihrem Drum-und-Dran, die dort lagernden Reservetorpedos mit ihren ölglänzenden Leibern machten den Raum auch nicht wohnlicher. Auf dem Boden lagen oft Kartoffelsäcke, Proviant in Kisten und Dosen. Wollte ein Mann schlafen, so mußte er sich mit seiner Decke oder Hängematte irgendwo einen Platz suchen; es konnte nicht jeder seine besondere Koje haben. Die später gebauten U-Boote wiesen in dieser Hinsicht Verbesserungen auf, aber sogar auf den großen U-Kreuzern war die Unterbringung immer noch mangelhaft. Auf einem derselben standen für 35 Mann im Mannschaftsraum nur acht Kojen als Schlafplätze zur Verfügung. Ein solcher Kreuzer blieb vier Monate in See!

Das seemännische Personal ging in ununterbrochenem Wechsel Wache auf der Brücke. Der Horizont wird nach Rauchfahnen von Dampfern, die nähere Umgebung nach Sehrohren von feindlichen U-Booten abgesucht, der Himmel nach Fliegern, die bei Fahrt dicht unter den feindlichen Küsten und in der irischen See meist plötzlich auftauchten. Die bei schlechtem Wetter überkommenden Seen durchnäßten das Brückenpersonal bei der verhältnismäßig niedrigen Lage der Brücke völlig. Sogar das Ölzeug hielt bei diesen klatschenden Wassern nicht dicht. Es wurden daher sog. Schlechtwetteranzüge aus starkem Gummistoff eingeführt, die bis zum Halse aus einem Stück waren. Durch das dehnungsfähige Halsloch wurde "eingestiegen". Man muß das Brückenpersonal bei schlechtem Wetter im Winter, wenn alles an Bord vereist war, gesehen haben, um eine Vorstellung von den Strapazen zu bekommen, die ihnen zugemutet wurden.

Die übrige Besatzung trug Lederanzüge, die bei den öltriefenden U-Booteinrichtungen sehr zweckmäßig waren, obwohl sie keinen großen Wärmeschutz boten. Nasses Zeug konnte bei der hohen Luftfeuchtigkeit schlecht getrocknet werden, so daß auf Fahrten in schlechter Jahreszeit die Leute ständig in feuchten Sachen waren. Decken und Kojenzeug waren natürlich auch feucht.

Hatte das seemännische Personal unter den Unbilden der Witterung zu leiden, so das technische durch die Schädigungen, die der Aufenthalt im Motorenraum verursachte. Das Maschinenpersonal tat seinen Dienst in dem engen Raum bei erhöhter Temperatur, schlechter Luft und besonders starken Geräuschen in sechsstündiger Wache unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen. Der starke Motorenlärm wirkte auf die Dauer "betäubend". Hierdurch und durch die ständigen Druckschwankungen, die durch das Ansaugen von Luft durch die Motore entsteht, litten die elastischen Elemente des Trommelfells; die Hörfähigkeit ließ nach. Zusammenhang dieser Trommelfellschädigung mit allgemeinen nervösen Erscheinungen ist wiederholt festgestellt worden. Der Unterschied im Luftdruck, der beim Tauchen, beim Aufsteigen usw. manchmal erheblich war und bei empfindlichen Menschen sehr unangenehm wirkte, glich sich dagegen meist gut und schnell aus.

Da Süßwasser nur in beschränkter Menge mitgenommen werden konnte, so mußte die regelmäßige Ausgabe von Waschwasser unterbleiben. Dieser Mangel an Erfrischung rief ein Gefühl von Übernächtigtsein hervor. Ersatz durch spirituöse Mischungen mußte unterbleiben. Wegen der ständigen Alarmbereitschaft durfte man sich auch nicht auskleiden. Man kann sich vorstellen, daß

die Besatzung des U-Boots am Ende einer Fernfahrt nicht gerade appetitlich aussah und roch.

Sorgfalt und ärztliche Kontrolle erforderte auch die Verpflegung. Sie mußte ausreichend und leicht verdaulich sein. Frischproviant konnte natürlich nicht mitgenommen werden, nur Konserven. Wegen der ungünstigen Luftbeschaffenheit mußte alles gut verlötet sein. Vor allem kam es auf gute Haltbarkeit des Brotes an; die besten Erfahrungen wurden mit einem von allen Seiten gebackenen Krustenbrot gemacht. Unter Verdauungsbeschwerden mit allen weiteren Folgeerscheinungen oft sehr lästiger Art hatte eigentlich jeder U-Bootsfahrer zu leiden. Es fehlte ja die körperliche Bewegung. Die Leute gingen oder krochen von ihrem Schlafplatz zum Dienstplatz und zurück; bei gutem Wetter konnte das technische Personal abwechselnd auf die Brücke kommen, um frische Luft zu schöpfen.

Das waren die Lebensbedingungen und die hygienischen Verhältnisse, unter die der U-Bootsarzt das ihm ärztlich anvertraute Menschenmaterial gestellt sah. Sein Hauptbestreben ging dahin, auf Verbesserungen in jeder Art zu dringen, Schädigungen abzustellen, Vorschläge zu machen. Von Krankheiten konnte er vor allem Erscheinungen allgemeiner nervöser Abspannung und Erschöpfung beobachten. Sie finden ihre Erklärung in der Eigenart des U-Bootsdienstes, der die höchsten Anforderungen an psychische und physische Kräfte stellte. Neben den nervenan-spannenden Einzelbegebenheiten (plötzlicher Alarm, Tauchmanöver, Angriffahren, Verfolgtwerden) griff das unausgesetzte Gefaßtsein und Warten auf Überraschungen die Nerven an. Daran war naturgemäß der Kommandant und der wachhabende Teil des seemännischen Personals besonders beteiligt. Beim technischen Personal stellte die Motorenbedienung besondere Anforderungen an das Nervensystem. Der Lärm, das scharfe Aufpassen, die unausgesetzten Luftdruckschwankungen wirkten schädigend. Diese nervösen Erscheinungen gingen nach längerer Erholung meist zurück, wenn nicht, blieb nur Ablösung übrig. - Sonst kamen häufig Erkältungskrankheiten vor. Dafür boten der nasse seemännische Dienst, die Temperaturunterschiede in und außerhalb des Bootes, der Ventilationsstrom, ungleichmäßige Erwärmung durch die elektrische Heizung (oben warm, unten kalt) reichlich Gelegenheit.

Wegen der mangelnden Reinlichkeit waren Hautkrankheiten nicht selten, vor allem auch beim technischen Personal durch das Arbeiten mit Öl. Auf die Ohrenerkrankungen, die Darmbeschwerden wurde schon hingewiesen. Natürlich kamen auch zahlreiche Verletzungen vor.

Für den Arzt, der das Glück hatte, während des Krieges zur U-Bootswaffe kommandiert zu werden, gab es daher viel zu tun. Er mußte die Mannschaften genau kennen und weiterhin beobachten. Vor und nach jeder Fernfahrt wurden die chemischen und physikalischen Untersuchungsergebnisse ausgewertet, hygienische Einrichtungen überprüft, die Mannschaften untersucht, ihr Gewicht festgestellt, zum Teil systematische Blutuntersuchungen angestellt, die vorgebrachten Klagen aufgezeichnet. Er wurde so auf diejenigen aufmerksam, die dem Dienst nicht mehr gewachsen waren. Es konnte daher frühzeitig eine entsprechende Behandlung einsetzen, ein längerer Urlaub usw. beantragt werden. Durch die Klagen aufmerksam gemacht, konnte der Arzt auch für Abstellung mancher Schädigungen sorgen. Nach einem Urlaub in anderer Umgebung gingen nervöse Erscheinungen oft überraschend schnell zurück. Als sehr segensreich erwiesen sich die in großer Zahl vorhandenen Erholungs- und Genesungsheime, die den besonders ruhebedürftigen Offizieren und Mannschaften zur Verfügung standen und von denen fleißig Gebrauch gemacht wurde.

Die Werftliegezeit der Boote mußte gewissenhaft ausgenutzt werden, um durch sachgemäße Körperpflege entstandene Schädigungen auszuheilen und die Besatzung für neue Fahrten zu stärken.

Auf den Booten ohne Arzt bekamen Offiziere und einige Unteroffiziere Unterricht über

Hilfeleistung bei Unglücksfällen, sowie einen Überblick über die wichtigsten Krankheiten und ihre Erscheinungen. Vor der Fahrt wurde die Sanitätsausrüstung nachgesehen und aufgefüllt. - Auf den großen U-Booten, den U-Kreuzern, war ein Arzt eingeschifft. Diese Boote blieben ja auch monatelang draußen. Da erstreckte sich die Tätigkeit des Arztes neben der Kranken- und Verwundetenbehandlung mit auf die Überwachung aller hygienischen Maßnahmen. Zahlreich sind die Untersuchungen, die von den Ärzten auf U-Booten gemacht sind über Temperaturmessungen vergleichender Art, Feuchtigkeits-, Kohlensäurebestimmungen usw. Es kam ja auch besonders darauf an, brauchbares Material zu gewinnen. Da die U-Kreuzer häufig auch in Tropengegenden fuhren, mußte der Arzt diese klimatischen Einflüsse berücksichtigen, die Verpflegung anpassen, eine andere Art des Dienstbetriebes vorschlagen. Die Tätigkeit des Arztes auf U-Booten gestaltete sich also mannigfaltig genug. Die Kriegsverhältnisse stellten höchste Anforderungen an das wertvolle Personal. Wenn trotzdem die gesundheitliche Kraft im großen und ganzen erhalten blieb, keine ansteckenden Krankheiten auftraten, so ist dies der willigen und verständigen Durchführung der befohlenen hygienischen Maßnahmen, der sofortigen Behandlung und weitgehendsten Beobachtung zu verdanken. So hat auch der Arzt am Gelingen des großen Zieles der Unterseebootswaffe mitgearbeitet.

Gasgefahr.
(Von Marine-Oberstabsarzt Dr. Weißenborn.)

Vergiftungen durch Pulvergase haben während des Krieges 1914/18 bei dem Feldheer eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt. Dagegen zeigte sich bereits in dem Seegefecht am 24. Januar 1915, daß an Bord der Kriegsschiffe sehr schwere und entscheidende Wirkungen der Pulvergase im Kampfe auftreten können. Der Einbruch dieser Gefahr traf die Marine nicht unerwartet.

Brand von Pulverkammern und Abbrennen eigener Munition gab von jeher eine Gefahrbedrohung an Bord ab, die sich durch die beim Kampfe im Schiffsinnern zu erwartenden Brände und die Möglichkeit des Übergreifens auf die Munitionskammern und Bereitschaftsmunition naturgemäß erhöhte. Die Änderung in der Zusammensetzung der Pulver, die Steigerung der Geschoßgröße, der Geschützkaliber, der Torpedo- und Minenladungen, der Feuer- und Ladegeschwindigkeit, die Aufstellung der Geschütze in möglichst abgeschlossenen Türmen und Kasematten, die Bereitstellung großer Munitionsmengen an den Geschützen ließen aber auch die Gefahr der Entwicklung bedeutender Gasmengen und die Bedrohung der Schiffsbesatzung durch sie anwachsen. Sie wurde um so bedrohlicher, je schwieriger sich die Lüftung des Schiffsinnern infolge immer weiter gehender Abschlüsse ganzer Schiffsteile voneinander und von der Außenwelt gestaltete. In den Gefechtsstörungsübungen an Bord war daher die Beseitigung der Rauch- und Gasgefahr eine oft gestellte und mit größter Sorgfalt durchgeführte Aufgabe. Schutzmaßnahmen waren vorgesehen, auch war der Sanitätsdienst auf die zu erwartenden Rauch- und Gasvergiftungen gerüstet.

Unter der Bezeichnung Rauch- und Gasgefahr wurden in der deutschen Marine alle die Gefahren zusammengefaßt, die der Besatzung durch Rauch, Qualm oder giftige Gase drohen. Im Frieden war diese Gefahr gering; im Kriege mußte sie anwachsen, und zwar nicht bloß wegen der möglichen Munitionsexplosionen, sondern weil auch während des Gefechtszustandes die Lüftung der Kriegsschiffe einschneidende Veränderungen erfährt. Die ungeheure Tragweite der Gasgefahr hat erst der Weltkrieg in hellstes Licht gerückt. Man muß in dieser Frage unterscheiden zwischen den Fällen, in denen durch Verdrängung der Luft Erstickung eintritt, und denen, wo bei ausreichendem Sauerstoffgehalt ein hinzutretendes Gift das Leben gefährdet.

Der Gaskampf, wie er im Landkriege auftrat, hat im Seekrieg bislang keine Rolle gespielt, doch scheinen gewisse Nationen für den Ausbau dieses Kampfmittels große Anstrengungen zu machen.

Die Gasgefahr, wie sie an Bord bisher in Erscheinung trat, ist eine nicht unmittelbar beabsichtigte. Sie hat ihre Hauptursache in der Bildung von Kohlenoxyd und den Oxyden des Stickstoffes bei der Explosion von Treib- und Sprengmitteln und hängt von deren Herstellungsart und chemischen Zusammensetzung und der Art und Weise der Verbrennung ab (Detonation oder Deflagration). Neben anderen Gasen werden Kohlenoxyd, Stickoxyd und die sehr giftigen Nitrosegase gebildet, dazu kommen gewisse Reizgase. Gasgefahr kann aus allen auf Kriegsschiffen gebräuchlichen Treib- und Sprengmitteln (Geschützpulver, Granatfüllung, Torpedokopf, Minenladungen) und durch das Eindringen von Schornstein- und Brandgasen in das Schiffsinnere entstehen. Außer letzteren kommen für die Art der Entstehung der Gasgefahr in Betracht: Detonationsgase feindlicher Granaten, Minen, Torpedos; Gase eigener Treibmunition während der Feuertätigkeit, Verbrennungsgase eigener Treibmunition. - Chemisch handelt es sich bei den erstangeführten Gasen und den Schornstein- und Brandgasen wesentlich um Kohlenoxyd, bei den Verbrennungsgasen um eine Mischung von Kohlenoxyd- und Nitrosegasen. Gefährdung durch Heiz- und Rauchgase trat besonders ein bei mechanischer Zertrümmerung der Schornsteinschächte im Schiffsinnern, wobei das Ansaugen von Schornsteingasen durch gleichzeitig eröffnete Zuluftschächte in Heiz- und Maschinenräumen zur Gasgefahr führen mußte.

Die Gesamtmenge der Gase einer einschlagenden Granate ist an sich gering. Die Detonation ruft starke Luftbewegung und Luftverdünnung hervor, die ein schnelles Abströmen der Gase bewirkt; werden jedoch die Detonationsgase weit in das Schiff hineingetragen, häufen sich die giftigen Gase und fangen sich. Unterwassertreffer wirkten am stärksten.

Große Mengen von Detonationsgasen lieferten Minen- und Torpedotreffer. Gasgefahr trat ebenso wie durch feindliche Granaten in jedem Teil des Schiffes ein. Das Gas trat in gewaltigen Schwaden auf. Der Gehalt dieser Wolken an giftigen Gasen ist groß. Die Hauptmasse der Gase blieb jedoch außenbords, die Gasgefahr beschränkte sich auf die Räume der Trefferumgebung; wurden die Schwaden aber durch Kanäle weitergeleitet, fingen sie sich wie in einem Sack und verdrängten die Luft mehr oder weniger. Vergiftungen durch Kohlenoxydgase traten dann auch in weiter entfernt liegenden Schiffsabteilungen auf. Die Wirkung der Detonationsgase von Minen und Torpedos führte zu verhältnismäßig schnell eintretenden, wenn auch nicht tödlichen Ausfällen.

Bei andauernder Feuertätigkeit, ungünstig stehendem Wind, bei ungenügender oder ausfallender Ventilation sammelten sich in den Türmen Kohlenoxyd und Reizstoffe durch Zurückschlagen der Gase aus den Rohren und durch Ausströmen aus den abgebrannten Kartuschen an. Die schädigende Wirkung war aber gering und steigerte sich nur langsam. Nur selten führte dies zur Erkrankung.

Die Hauptquelle großer, die Gefechtskraft des ganzen Schiffes berührender Gasgefahr war das Abbrennen (Deflagration) eigener Kartuschen. Die auftretenden Gasmassen drängen sich immer nach der Stelle geringen Widerstandes. Bei ihrer Wanderung in das Schiff benutzten sie deshalb offene Verbindungen und Undichtigkeiten in den Nietungen, Leitungsschächten, Sprachrohre, Lüftungsanlagen oder durch Druckwirkung entstandene Öffnungen. Ein Teil ging zwar nach außenbords, von wo sie aber nicht selten durch die Saugkraft tätiger Zuluftschächte zurücktraten. Bedroht waren deshalb neben der Umgebung des Ursprungsherdes alle Räume mit ständiger Lüftung (Heizmaschinenräume) und mit zahlreichen Sprachrohrleitungen. Bei den Pulverbränden ließen sich vier Wirkungszonen erkennen. In der ersten herrschte die Flammenwirkung vor, in der zweiten die Wirkung der gesamten Deflagrationsgase (Kohlenoxyd, Nitrosegase und Reizstoffe), in der dritten trat der Kohlenoxydeinfluß praktisch gegenüber der Wirkung von Nitrose und Reizstoffwirkung zurück, in der vierten kam es nur zu einer zwar belästigenden und die militärische Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden, aber nicht giftigen Reizstoffwirkung.

Bei der Nitrosevergiftung standen in typischer Weise die Lungenerscheinungen im Vordergrund.

Verzögertes Auftreten der Krankheitserscheinungen kam, wie auch früher schon festgestellt, zur Beobachtung. Wo der Tod eintrat, ergab die Leichenschau Lungenödem.

Angesichts der großen Gefahr, die der Besatzung und damit der Gefechtskraft des Schiffes durch Detonations- und Deflagrationsgase drohte, hatte die Marine nach Mitteln und Wegen gesucht, diese Gefahrquelle unschädlich zu machen.

Vor dem Kriege wurde der hauptsächlichste Schutz in der weitmöglichsten Vervollkommnung der Lüftung an Bord erblickt. Daneben waren Rauchbinden, Augenschutz, Gasschutzapparate (Selbstretter der Firma Draeger in Lübeck) vorgesehen. Als Hauptgrundsatz der Bekämpfung der Rauch- und Gasgefahr war aufgestellt, daß jeder in einem Schiffsraum stationierte Mann ebenso wie die Lecksicherungsmaßnahmen auch die Bedienung der Lüftungseinrichtungen völlig beherrschte. Im Kriege kamen hierzu Gasschutzmasken. Sie haben sich in der Seeschlacht am Skagerrak gut bewährt und ein Aushalten in Feuer und Rauch ermöglicht.

Marine-Feldlazarette.
(Von Marine-Oberstabsarzt Dr. Mann.)

Anfang September 1914 wurden in der Heimat 4 Marinefeldlazarette und 1 Marinesanitätskompagnie für die Marinedivision in Flandern aufgestellt. Die gesamte Sanitätsausrüstung war auf Lastkraftwagen verladen. Die Sanitätskompagnie war für den Verwundetentransport mit Krankenkraftwagen ausgerüstet. Bei Massenzugängen an Großkampftagen wurden von den Feldlazaretten zur schnellen Entleerung auch die Lastkraftwagen zum Abtransport von Leichtverwundeten verwandt. Diese Transportart machte es möglich, daß bei den Rückzugsgefechten 1918 trotz des häufigen und oft schnell notwendigen Wechsels des Standortes alle Verwundeten und Kranken rasch und oft weit zurücktransportiert werden konnten, so daß kein einziger in Feindeshand fiel.

Die Sanitätsformationen trafen bei der Marinedivision unmittelbar vor dem Beginn der Belagerung von Antwerpen ein. Die meist geräumigen Klosterschulen und zahlreichen Landhäuser in Belgien boten beste Möglichkeit für die Unterbringung von Verwundeten. Der Umstand, daß bei der Aufstellung der Sanitätsformationen Leute aus allen bürgerlichen Berufszweigen ausgewählt werden konnten, und die bekannte Anpassungsfähigkeit und Anstelligkeit des Seemanns in allen Lebenslagen ermöglichten es, das Personal im Dienst des Feldlazaretts in kurzer Zeit gut auszubilden. Mit Lust und Liebe versahen die Leute ihren Dienst; im weiteren Verlauf des Krieges erhielten sie eine vorzügliche Schulung; sie haben bis zum Ende unverdrossen auf ihren oft mehr als arbeitsreichen Posten ausgehalten.

Nach dem Fall von Antwerpen ging ein Teil der Feldlazarette mit der Division weiter zur Yserfront. Ein Feldlazarett blieb mehrere Wochen in Antwerpen, wo ein Festungslazarett und in der Stadt selbst mehrere tausend verwundete und kranke Belgier zurückgelassen waren und versorgt werden mußten. Das zurückgebliebene belgische Sanitätspersonal wurde im Krankendienst mitverwandt. Die Leute waren willig, arbeiteten zufriedenstellend und fühlten sich, in den Dienstbetrieb des Feldlazaretts eingegliedert, wohl.[21]

Mit dem Einsetzen des Stellungskrieges konnten die Feldlazarette, inzwischen auf fünf erhöht, sich weiter ausbauen. Bei der großen Selbständigkeit, die den Chefärzten von der leitenden Sanitätsdienststelle des nunmehr geschaffenen Marinekorps gelassen wurde, konnten diese aus dem primitiv und behelfsmäßig eingerichteten Feldlazaretten Krankenanstalten schaffen, die allen Anforderungen des Verwundeten- und Krankendienstes gewachsen waren. Als Beratender Chirurg stand den Chirurgen der Feldlazarette einer der ersten Chirurgen Deutschlands zur Seite mit seinen Erfahrungen aus drei früheren Kriegen. Im Sommer 1915 erkannte der Korpsarzt des Marinekorps

die Notwendigkeit eines Lazaretts auch für innere Kranke unmittelbar hinter der Front. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme zeigte sich besonders, als es später als Sonderlazarett für Gaskranke, Seuchen- und Nierenkranke in verschiedenen Zeitabschnitten in Tätigkeit trat. Hierfür stand dann ein besonders gut geschultes Personal zur Verfügung.

Die Verpflegung durch die Proviantämter war stets auf der Höhe; allen Sonderanforderungen konnte genügt werden, eine wesentliche Unterstützung z. B. bei der Versorgung von Ruhr- und Typhuskranken. Neben der Tätigkeit im Feldlazarett selbst fanden dessen Sanitätsoffiziere reichlich Betätigung unter der belgischen Zivilbevölkerung, deren Vertrauen sie in hohem Maße besaßen und die sie häufig einheimischen Ärzten vorzog.

Bei Beginn des Rückmarsches traten die Feldlazarette wieder zu den eingesetzten Divisionen und überwanden die dabei auftretenden erheblichen Schwierigkeiten während der Rückzugsgefechte leicht. - Von dem Zusammenbruch wurde das Personal der Feldlazarette nur wenig berührt; es verdient anerkannt zu werden, daß es sich in seiner Disziplin und Dienstauffassung nicht erschüttern ließ, so daß die Formationen ohne Störung zum Rhein zurückgeführt werden und nach Abgabe ihrer Ausrüstung an Heimatlazarette ordnungsgemäß aufgelöst werden konnten.

In Tsingtau.
(Von Marine-Generaloberarzt Dr. H. Huß.)

Der kleine engbegrenzte Kriegsschauplatz von Tsingtau gibt, wie den Kampfhandlungen, so auch dem Sanitätswesen ein besonderes Gepräge. Hier war die reiche Gliederung der Heimat nicht möglich und auch nicht nötig. Mit der Mobilmachung war Tsingtau isoliert; wenige anfangs bestehende Verbindungen nach außen hörten bald ganz auf. Es galt auszukommen mit dem, was da war. Der leitende Gedanke war, möglichst lange durchzuhalten. Ohne eine Wendung durch Ereignisse in der Heimat war der schließliche Ausgang vorauszusehen, aber der Wille, dem Vaterland auch auf verlorenem Posten sein Bestes zu geben, ging durch die ganze Kolonie. So kam es, daß die Ärzte des Lazaretts und der Truppenteile sich in der gänzlich ungewohnten Lage sahen, ernstlich Erkrankte gegen deren Willen zurückhalten zu müssen - noch nie hatte das Lazarett so wenig Kranke wie im August 1914.

Solange noch Verbindungsmöglichkeiten waren, kam Zuzug aus allen Teilen Ostasiens. Auch das Sanitätswesen erhielt auf diese Weise wertvollen Zuwachs an Ärzten, Apothekern und Mannschaften. War vorher schon die Kolonie durch Sanitätsoffiziere, zum großen Teil mit fachärztlicher Ausbildung, ärztlich so gut versorgt, daß von ganz Ostasien Europäer zur Behandlung dorthin kamen, so traten nun noch die Ärzte der medizinischen Schule in Schanghai und aus anderen Orten Ostasiens und die Schiffsärzte festliegender Schiffe hinzu. Dadurch konnten nicht nur die Begleitschiffe des Kreuzergeschwaders ausreichend versorgt werden; es blieben auch reichlich Kräfte, darunter vier Chirurgen, für die Festung übrig. Weniger gut stand es mit den Mannschaften. Das aktive Personal wurde zum großen Teil an die Frontformationen abgegeben; alle einigermaßen dienstfähigen Kommandierten (Köche, Ordonnanzen) kamen zu ihren Truppenteilen zurück. Die übrigbleibenden Aktiven hätten mitsamt den Reservisten bei weitem nicht ausgereicht, den Betrieb in den Lazaretten aufrechtzuerhalten, um so weniger, als von den zahlreich beschäftigten chinesischen Hilfskräften einer nach dem anderen es vorzog, den für sie immer ungemütlicher werdenden Platz zu verlassen. Da sprangen die Frauen in die Bresche. Mit den Schwestern des Lazaretts und des Faber-Krankenhauses waren es fast hundert weibliche Hilfskräfte, die auf diese Weise dem Vaterland ihre Dienste widmeten, obwohl jeder Frau Gelegenheit gegeben war, noch rechtzeitig auf neutrales Gebiet zu kommen. Nur wer den europäischen Haushalt in Ostasien mit den zahlreichen chinesischen Dienstboten kennt, wird richtig verstehen, was es heißt, anstatt über dem Ganzen zu schweben und sich bedienen zu lassen, plötzlich nicht etwa nur Verwundete und Kranke zu pflegen, sondern auch den Besen in die Hand zu nehmen und alle

Arbeiten in Küche und Haus selbst zu verrichten. Da die meisten Haushalte wegen Einberufung des Mannes oder auch wegen Davonlaufens der chinesischen Dienstboten aufgelöst wurden, mußten die Helferinnen fast ausnahmslos im Lazarett untergebracht werden, auch eine harte Probe für die an Selbständigkeit gewöhnte Frau Ostasiens. Dazu mußte sie, soweit sie Mutter war, sich noch von ihren Kindern trennen, für die ein Kinderheim eingerichtet wurde. Aber alle hielten tapfer aus, zum Teil auf schwerem Posten.

An Lazaretten bestand vom Frieden her das neuzeitlich eingerichtete Gouvernementslazarett, jetzt Festungslazarett, im Pavillonsystem gebaut, auch für die Aufnahme von Zivilpersonen und Frauen angelegt. Dazu kam als Hilfslazarett zunächst das "Hotel Prinz Heinrich" und das Seemannshaus. Für die Zivilbevölkerung diente anfangs noch das Faber-Krankenhaus; für die Insassen des Frauenpavillons im Lazarett wurde in der katholischen Mission eine Abteilung eingerichtet und der Pavillon zur Unterbringung der Helferinnen verwendet. Bei der ungeschützten Lage des Hauptlazaretts wurden aber für den Räumungsfall sofort weitere geeignete Gebäude vorgesehen. Vorräte an Verbandstoffen und Arzneimitteln waren in genügenden Mengen vorhanden, wo Mangel eintrat, wie an Betten, half die Bevölkerung bereitwilligst aus.

Mit der Einrichtung der Hilfslazarette, der Ausrüstung der Sanitätsformationen für Land- und Seefront, verging in angestrengter Tätigkeit die Zeit bis zum Ablauf des japanischen Ultimatums. Jedermann erwartete an diesem Tag irgendein kriegerisches Ereignis. Aber es erfolgte zunächst nichts. Das gab Zeit zur Vervollständigung der Vorbereitungen. Die für den Krankentransport vorgesehenen Wagen hatten sich als zu schwer erwiesen für das hügelige Gelände und die nun schon seit Wochen abgetriebenen Zugtiere; deshalb wurden auf Vorschlag des Fuhrparkkommandanten die zahlreich vorhandenen Kutschierwagen für die Aufnahme von Krankentragen umgebaut und haben sich nachher glänzend bewährt. Es standen außerdem zum Transport vier Autos zur Verfügung, und ein besonders wertvolles Transportmittel wurde in den Droschken Ostasiens, den Rikschas, gefunden.

Die Kämpfe im Vorgelände begannen und mit ihnen kamen die ersten Toten und Verwundeten. Die anfangs fast leerstehenden Lazarette füllten sich nicht nur mit Verwundeten, sondern auch besonders mit innerlich Kranken. In Anbetracht der Jahreszeit (Regenzeit mit großer Hitze) und der Arbeitsleistung der Besatzung bei den ungünstigen Unterbringungsverhältnissen in den überfüllten Befestigungswerken - ohne Rasttage hinter der Front - blieb der Gesundheitszustand gut. Die einheimischen Infektionskrankheiten (Malaria, Ruhr, Typhus) waren kaum häufiger als in vorhergehenden Friedensjahren. Die Vorkehrungen zur Isolierung, die genaue bakteriologische Überwachung und die sorgsame Pflege ließen es nicht zur Ausbreitung einer Seuche kommen.

Der Angreifer rückte näher; Ende September war die Einschließung vollendet. Das neue Wasserwerk Litsun lag außerhalb der eigenen Linien und war gesprengt; ein kleines altes Werk in der Verteidigungslinie lieferte nur spärliche Mengen, und da auch seine Tage gezählt sein konnten, so wurden die alten, längst verdeckten Brunnen aus der Anfangszeit der Kolonie wieder in Gang gesetzt. Sie waren als Seuchenherde seinerzeit aufgegeben; aber Tsingtau war inzwischen eine gesunde Stadt geworden; so hatten die Brunnen ihre Gefährlichkeit verloren. Die erste Beschießung der Landfront erfolgte von See. Die feindlichen Schiffe lagen dabei hinter der Insel Maitau. Diese Schußrichtung hatte bei der Anlage des Lazaretts wegen der damals geringeren Tragweite der Geschütze niemand voraussehen können. Jetzt machte sie das Hauptlazarett zum Kugelfang für Weitschüsse. So kamen denn auch gleich das erstemal drei Treffer herein, und es fragte sich nun, ob man das besteingerichtete Lazarett aufgeben oder die Kranken und Verwundeten weiteren Beschießungen aussetzen sollte. Die Verantwortung für Beibehaltung konnte niemand übernehmen, und die Folgezeit hat recht gegeben: nicht ein Gebäude des Lazarettgeländes blieb späterhin verschont, und einzelne Pavillons waren am Schluß schlimm zerschossen. Es wurden nun die Hilfslazarette Hochschule und Hoeft eingerichtet, das Faber-Krankenhaus, das wegen starker

Verminderung der Zivilbevölkerung durch weitere Einberufung fast leer stand, in Betrieb genommen und das Eingeborenenkrankenhaus Tapautau frei gemacht. Das Hauptlazarett war seit der Einschließung immer mehr zum Mittelpunkt des Sanitätswesens geworden. Von hier aus wurde der Verwundetentransport teils über die beiden Verwundetensammelstellen, teils direkt von der Front geleitet, die Versorgung der Front mit Arzneien und Verbandmitteln bewerkstelligt. Deshalb blieben Verwaltung, Apotheke und Autostelle noch längere Zeit in dem geräumten Gelände, bis ein ungestörter Betrieb auch nach Verlegung gewährleistet war. Auch die anderen Lazarette bekamen Treffer ab, doch nicht in dem Maße wie das Hauptlazarett. In der neuen Anordnung gingen Lazarettbetrieb und Verwundetentransport ungestört vonstatten.

Die Anforderungen an das Personal wurden zwar durch die jetzt ungünstigeren Verhältnisse wohl größer, aber die Verwundeten und Kranken kamen vollauf zu ihrem Recht. Arzneien und Verbandmittel hätten noch viele Monate ausgereicht, auch an Lebensmitteln war, abgesehen von Kartoffeln, kein Mangel. Besonders gut waren die Lazarette mit Milch versorgt, nicht nur durch die bis zuletzt betriebene Molkerei, sondern auch durch die zahlreichen Saanenziegen, die von abziehenden Familien zurückgelassen und nun im Lazarett zu einer Herde vereinigt wurden. In diesen Tagen zeigte sich, was für ein verhältnismäßig bedeutender Handelsplatz Tsingtau schon geworden war. Gegenstände, die unvorhergesehen gebraucht wurden, fanden sich fast immer in irgendeinem Schuppen einer Firma. So mußte z. B. in den neuen Lazaretten für Notbeleuchtung gesorgt werden; die vorhandenen Bestände reichten nicht aus, aber in kurzer Zeit war eine große Kiste schönster Petroleumlaternen beschafft.

Die Beschießung wurde immer heftiger und anhaltender, die eigenen Geschütze immer schweigsamer, der Tag der Einnahme kam heran. **In der Nacht vom 6. zum 7. November entschied sich das Schicksal Tsingtaus.** Verklammt durch die Kälte der Nacht, erschöpft und in wilder Wut gegen den Feind kamen die Verwundeten immer zahlreicher. Mit Tagesanbruch erschien der erste Trupp Japaner auf der Terrasse des Hotels. Bald kamen auch die ersten feindlichen Verwundeten. - Tsingtau war nicht mehr deutsch.

Bis Sanitätsoffiziere und Mannschaften auf neutrales Gebiet entlassen wurden, vergingen noch drei Wochen, ausgefüllt mit Umräumungsarbeiten, Kommissionssitzungen und Aufstellung von Listen. Wenn im alten Europa viel geschrieben wird, und in Deutschland besonders - mit der Tinte, die in drei Wochen im Auftrag der Japaner verschrieben wurde, hätte deutsche Schreibseligkeit ein halbes Jahr schwelgen können. Ihre eigenen Verwundeten schafften die Japaner mit erstaunlicher Hast nach Hause, die Sorge um die deutschen überließen sie den deutschen Ärzten bis zum letzten Tag. Das Verhalten der Feinde war korrekt. Vor der Entlassung auf neutrales Gebiet mußten sämtliche Sanitätsoffiziere und Mannschaften "aus militärischen Gründen" noch einige Tage in dem Chinesendorf Taitungscheng verbringen und wurden dann mit der Schantungbahn nach Tsinanfu auf neutrales chinesisches Gebiet entlassen.

Das nun formierte Sanitätsdetachement wurde im sog. deutschen Lager Tientsin und zum Teil im deutschen Lazarett in Peking untergebracht. Die freundliche Aufnahme durch die dortigen Deutschen, die jeder einzelne in dankbarer Erinnerung behalten wird, mußte dafür entschädigen, daß vier Monate der Untätigkeit vergingen, bis endlich die Heimreise über Amerika möglich war.

Ende Mai 1915 fuhr der erste Transport von Schanghai ab. Es ging mit amerikanischem Dampfer über Japan nach San Franzisko, von da mit der Santa Fé-Linie durch die Vereinigten Staaten, deren deutschfeindliche Stimmung gerade damals durch die **Versenkung der Lusitania** neue Nahrung erhalten hatte. Von New York bis Kopenhagen wurde ein dänischer Dampfer benutzt. Er wurde in englischen Gewässern angehalten und mußte Kirkwall anlaufen, wo trotz englischen Geleitpasses sechs Angehörige des Sanitätstransportes als Gefangene heruntergeholt wurden. Mitte Juli war Deutschland erreicht.

In Ostafrika.
(Von Marine-Stabsarzt Dr. Eyerich.)

Der Kreuzer "Königsberg" hatte nach Erschöpfung seiner Kohlenvorräte den Kreuzerkrieg im Indischen Ozean aufgeben müssen und war im September 1914 in den Rufijifluß (Deutsch-Ostafrika) eingelaufen. Dieses sumpfig-heiße, größtenteils mit Mangrovewäldern bewachsene Flußdelta blieb, von dem kurzen Auslaufen nach Sansibar (Vernichtung des englischen Kreuzers "Pegasus") abgesehen, zunächst sein Versteck und später durch die Unmöglichkeit, Brennstoffe zu schaffen, sein Aufenthaltsort bis zur Vernichtung am 11. Juli 1915 durch das übermächtige englische Blockadegeschwader. So wurde die Schiffsbesatzung einer der wenigen Teile der Marine, die in rein tropischen Gegenden den Weltkrieg mitmachten. Von nun an war die Hauptaufgabe des Sanitätsdienstes, den Gefahren des tropischen Klimas entgegenzuarbeiten und, als Grundbedingung für alles übrige, die Leistungsfähigkeit der Besatzung in physischer und psychischer Hinsicht auf der Höhe zu halten. Allerdings hatte die in der Marine übliche besondere Auswahl für den Dienst auf Auslandsschiffen (Tropendienstfähigkeit) ein besonders gesundes und gutes Menschenmaterial geliefert. Den mit dem Klima allgemein verbundenen Gefahren, Einflüssen und Unannehmlichkeiten kann man erfahrungsgemäß in Friedenszeiten durch Maßnahmen allgemein oder speziell hygienischer Art (Sonnensegel, Liegen auf Reede oder quer zum Wind, Landurlaub, Erholungsreisen des Schiffes in kühlere Gegenden, Chininprophylaxe, Schutzimpfungen u. a.) begegnen; die besonderen Verhältnisse des Krieges, das Beschränktsein auf das Vorhandene, der unvorhergesehene Fall des monatelangen Liegens in einem tropischen Fluß machten derartige Maßnahmen sehr schwierig, zum Teil unmöglich, und zwangen dazu, auf andere Weise Mittel und Wege zu finden. Vielfach änderten sich die Verhältnisse bei der späteren Verwendung im Kriege an Land von Grund aus.

Das am ersten und fortdauernd einwirkende Moment war die große Hitze. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein modernes Kriegsschiff, ein aus Stahl und Eisen bestehender Bau als Wohn- und Aufenthaltsort in den Tropen infolge der raschen und durchdringenden Erwärmung durch die Sonnenstrahlen sehr ungünstig wirkt, so daß das Wohnen an Land gesundheitlich bedeutend vorzuziehen ist. Verstärkt wurde diese nicht zu bekämpfende Hitze durch das Fehlen der Sonnensegel und - infolge des Liegens nahe an dem tiefeingeschnittenen und bewaldeten Ufer - von nennenswerter Brise. Die brutofenähnliche Wärme in den Schiffsräumen - wurden doch in den günstiger gelegenen Kammern dauernd Temperaturen von 32 bis 42° gemessen - machte sich besonders bei der Krankenbehandlung sehr störend bemerkbar. Schon gegen Ende 1914 stellte sich die Malaria als ungebetener Gast ein. Moskitosicherung des Schiffes - mit vieler Mühe hergestellt - und gewissenhafte Chininschutzbehandlung hatten ihren Ausbruch bei der massenhaften Infektionsgelegenheit wohl hinauszuschieben, aber nicht zu verhindern vermocht. Zur möglichsten Ausnutzung der nach dem Sinken der Sonne in geringem Maße einsetzenden Abkühlung mußte sich die Besatzung abends an Deck aufhalten, wurde aber gerade hierbei das Opfer der von den nahen Ufern herüberschwärmenden blutgierigen Stechmücken. So lag bald fast ständig ein Viertel der etwa 370 Mann zählenden Besatzung am Fieber danieder. Diesen Massenerkrankungen am Wechselfieber gegenüber traten die auch damals schon vorkommenden Fälle von Rückfallfieber, Typhus, Ruhr u. a. zurück. Da das schon durch die Schwerkranken überbelegte Schiffslazarett nicht ausreichte, mußten alle möglichen Räume mit dazugenommen und die Kranken auf Matratzen oder in Hängematten untergebracht werden. Die Behinderung des Schiffsbetriebes, verbunden mit der Schwierigkeit der Ausschiffung bei einem Gefecht, die Belästigung der Kranken durch den unvermeidlichen Lärm an Bord, die rasche Zunahme der Malariaepidemie und ähnliche Erwägungen gaben bald die Veranlassung, nach einer Krankenunterbringung an Land Ausschau zu halten. Wegen der weiten Entfernung - fünf Tagereisen - kamen bestehende Lazarette in Europäeransiedlungen nicht in Frage. Am geeignetsten erschien eine infolge des Krieges nicht bewirtschaftete deutsche Pflanzung Neustieten, die stromaufwärts an einem Nebenfluß des Rufiji gelegen und in sechs Stunden zu Land und in vier Stunden auf dem Wasserweg zu erreichen war.

Letzteres war namentlich für den Verwundetentransport, da ein kleiner Heckdampfer zur Verfügung stand, sehr wertvoll. Das Rote Kreuz in Daressalam lieferte einen großen Teil der Einrichtung. Zum kleineren Teil wurde auch von der "Königsberg" durch Hingabe der ärztlichen Landungsausrüstung und von einem Eingeborenenhospital ausgeholfen. Gute Organisation des Trägerwesens ermöglichte, daß die Karawanen in raschem Hin und Her aus dem fünf Tagereisen entfernten Daressalam Betten, Wäsche, Verpflegung usw. heranschleppten, während gleichzeitig an Ort und Stelle die Pflanzungsgebäude und Schuppen, einstweilen nur notdürftig, hergerichtet wurden, die Umgebung nach Möglichkeit saniert wurde. Als das Personal (1 Arzt, 2 Schwestern, 1 Wirtschafterin und 1 Unteroffizier) eingetroffen waren, konnte das Feldlazarett Anfang Januar trotz der inzwischen einsetzenden Regenzeit mit einer Belegungsstärke von 55 Betten in Betrieb genommen werden. In der Folgezeit wurde weiter an der Verbesserung gearbeitet, schwarzes Hilfspersonal angeworben und ausgebildet, ein Brunnen und Badebassin eingerichtet, ein Backofen erbaut. Wohnhäuser für das Sanitätspersonal aus Mangrovestämmen und Palmenblättern nach Eingeborenenart wurden errichtet, Spazierwege in der üppigen Vegetation des Flußufers angelegt, Eilträgerdienst zum Herbeibringen von Milch eingerichtet, kurz: es wurde das möglichste geleistet, in der Nähe des Schiffes lazarettmäßige Behandlung zu gewährleisten. Bis Ende 1915 waren die Verwundeten von den Gefechten soweit wiederhergestellt, daß sie nach Daressalam transportiert werden konnten. Auch alles Material wurde dorthin zur weiteren Verwendung gebracht, zurück blieb dort nur ein kleiner Friedhof: zwei an Krankheiten, vier an Verwundung Gestorbene und 21 Gefallene von der "Königsberg" ruhen dort in einem kleinen Wäldchen von Gummibäumen.

An Bord brachte die vielfache Arbeit beim Verholen des Schiffes im Flusse, die Gefechtsbereitschaft usw. Abwechselung in das schlaff machende eintönige Leben, wie es infolge der Kampflage geführt werden mußte. Soweit möglich, sorgten Turnübungen und sportliche Betätigung an Bord und an Land, Marsch- und Gefechtsübungen für die nötige Bewegung und hielten die Leistungsfähigkeit für den späteren Dienst an Land aufrecht. Durch große Sorgfalt in Reinhaltung des Schiffes und Kontrolle der an Bord gebrachten Nahrungsmittel usw. gelang es, weitere Seuchen vom Schiff fernzuhalten und durch entsprechende Vorsichtsmaßregeln zu erreichen, daß einzelne Fälle von Ruhr, Rückfallfieber und ähnlichen Erkrankungen sich nicht ausbreiteten. Es war für diese günstigen Ergebnisse von ausschlaggebender Bedeutung, daß infolge der Bordverhältnisse die Nahrungs- und Trinkwasserversorgung genau beaufsichtigt werden konnte.

Die Besatzung der "Königsberg" blieb nach Vernichtung des Schiffes zunächst als Europäerabteilung zusammen und wurde im Juli 1916 im Innern eingesetzt. Die Anforderungen, die bei einer marschierenden Europäertruppe an den Sanitätsdienst gestellt werden, sind an sich schon groß; die technischen Hilfsmittel der "Königsberg"-Besatzung konnten schon damals nur noch gering sein. Die meisten Schwierigkeiten machte die unausbleibliche Notwendigkeit, mit den marschunfähigen Kranken der Truppe zu folgen. Als Transportmittel konnten wegen des leichten Gewichtes und besserer Beweglichkeit im Busch nur Schiffshängematten in Betracht kommen, für die je vier schwarze Träger zur Verfügung standen. Da häufig während der Märsche neue Ausfälle kamen, waren es oft genug nur zwei Träger, so daß Arzt, Sanitätspersonal und Kranke meist erst einige Stunden nach der Truppe ins Lager kamen. Die Verhältnisse wurden mit der Zeit immer schwieriger; trotz aller Sparsamkeit schrumpften auch die Bestände an Arznei- und Verbandmitteln zusammen; immer mehr Ersatzstoffe aus dem Lande selbst mußten verwandt werden; die Leistungsfähigkeit der Weißen und Schwarzen sank naturgemäß trotz aller Energie; die Krankenzahl stieg.

Die Mühen und Schwierigkeiten, die dem Sanitätsdienste zufielen, lassen sich am besten erkennen durch einen Hinweis, wie es schon 1917 bei einzeln operierenden Truppen (Abteilung und Kompagnie) in dieser Beziehung aussah. Den größten Teil des Europäerbestandes bildeten Marinemannschaften. Die fast täglichen Rückzugsgefechte brachten viele Verwundete, die erheblichen Anstrengungen, schlechte Ernährung, Bekleidung und Unterbringung viele Kranke.

Obwohl die Unterernährung zeitweise sehr groß war und sicherlich unter den Trägern und in noch größerem Maße unter der schwarzen Zivilbevölkerung zahlreiche Todesfälle verursachte, wurde Skorbut nicht beobachtet. Vielleicht ist mit ein Grund, daß die Neger bei der geringen Kost sich im Busch noch allerlei Zukost (Blätter, Pilze, Wurzeln usw.) suchten. An ein Zurücklassen der Kranken in der Wildnis war nicht zu denken, zudem brauchten die schon stark zusammengeschmolzenen Kompagnien unbedingt diese Leute wieder; sie mußten daher bis zur Wiederherstellung mitgeführt werden. So ergab sich ein fast ständiges Verlegen der Kranken- und Verwundetensammelstelle mit ihrem ganzen Bestand. Es war natürlich schon lange nicht mehr möglich, Kranke so transportieren zu lassen, wie es ärztlich notwendig gewesen wäre; die geringe Anzahl der Träger, bedingt durch die Unmöglichkeit, solche in den dünn besiedelten Gebieten aufzutreiben, und durch das Fehlen von Verpflegung für sie, konnte nur für Schwerkranke und Verwundete in Betracht kommen. So mußten, was natürlich deren Leistungsfähigkeit rasch abnutzte, dieselben Träger oft in Etappen den Weg mehrmals zurücklegen, und es mußte die Nacht benutzt werden, um in Verbindung mit der Truppe zu bleiben; denn bei dem langsamen Zug wurde zur Zurücklegung einer Strecke ein Vielfaches der Zeit unter normalen Verhältnissen benötigt. Oft genug mußten infolge Weglaufens der Träger auch die Sanitätslasten noch um alles irgendwie Entbehrliche verringert werden; aber es gelang doch trotz aller Widrigkeiten, trotz glühender Hitze oder in der Regenzeit auf den durchweichten Pfaden, über hohe Berge und überschwemmte Niederungen, über brausende Flüsse, die erst durch Fällen von Bäumen überbrückt werden mußten, mit den zahlreichen Kranken und dem ganzen Troß vorwärts zu kommen.

Es dürfte verständlich sein, daß unter solchen Umständen eine geregelte Krankenbehandlung ebenfalls äußerst schwierig war und an die Leistungsfähigkeit des Sanitätspersonals, das natürlich selbst auch nicht von Krankheiten verschont blieb, die höchsten Anforderungen stellte. Verbandwechsel, Chinininjektionen usw. mußten während des Marsches oder des Abends beim Schein der selbstgefertigten Wachskerze vorgenommen werden. Eine umfassendere Behandlung der Neger ließ sich bei dem Medikamentenmangel nicht mehr durchführen, doch konnten diese, wenn es gar nicht anders ging, gelegentlich in Eingeborenendörfern zurückgelassen werden.

Drückte der Feind nicht nach, so trat in mancher Hinsicht eine geringe Erholungsmöglichkeit ein. Durfte man annehmen - was sich nur leider sehr oft als trügerisch erwies - einige Tage an einer Stelle bleiben zu können, so geschah alles, um diese kurze Zeit auszunutzen. Rasch erhoben sich unter den geschickten Händen der Schwarzen zum Schutz vor Sonne und feindlichen Fliegern unter schattigen Bäumen wohnliche Häuschen. In 3 - 4 Stunden war ein regensicheres Unterkommen gebaut, das die kleinen zermürbten Zeltbahnen längst nicht mehr gewähren konnten. Dauerte der Aufenthalt länger, so fanden sich schon in den nächsten Tagen in den "Krankenhäusern" - meist hatten die Europäer allein oder zu zweien ein solches - im Boden festgerammt Tischchen und Stuhl; und grasgepolsterte, sogar federnde Lagerstellen aus Bambus, und große Schuppen, die 20 - 30 Askaris und Träger aufnehmen konnten, entstanden. Daneben mußte aber auch Verpflegung geholt, die durchnäßten Sachen, Verbandmittel usw. getrocknet, Arzneien zubereitet, aus der monatelang sorgsam mitgeführten Chinarinde und sonstigen an Ort und Stelle gefundenen tanninhaltigen Rinden und Wurzeln Abkochungen hergestellt werden, um Fieber und Ruhr bei den Schwarzen bekämpfen zu können. Aus besonderen Grasarten wurde durch Auslaugen ihrer Asche und Eindampfen eine Art Salz hergestellt, Arm- und Beinschienen aus Bambus mußten ersetzt und auf Vorrat gemacht werden und sonst das Material geprüft und ergänzt werden. Die meisten aus Stricken und Segeltuch hergestellten Hängematten lösten sich, durch Sonne, Regen und Gebrauch zermürbt, auf; so mußten aus geeigneten Rinden neue geflochten werden, die gleiche Rinde mußte auch geklopft, gekocht und zerzupft als Binden und Mull verwandt werden; kurz, die Energie des Sanitätspersonals durfte nicht erlahmen. Konnte dann aber noch stundenweit abends Verpflegung herangeschleppt werden, brachte ein Europäer oder Askari die Nachricht, daß er Wild geschossen habe, oder legte eines der mitgeführten Hühner ein Ei, so war dies bei den bescheidenen Verhältnissen, an die man sich schon gewöhnt hatte, ein Festtag, auch für die Schwarzen, die oft

genug mit einer Handvoll Reis ihre tägliche Nahrung bestreiten und dabei die anstrengende Arbeit leisten mußten. Das waren die Zeiten, in denen auch die rein ärztliche Tätigkeit des Sanitätsoffiziers im Vordergrund stand und eine gewisse Krankenpflege und Diätbehandlung einsetzen konnte. Dann spielte sich auch der ganze Sanitätsdienst, mit Krankenbesuch, Medikamentenverausgabung, Verbandwechsel und Untersuchung der Blut- und Stuhlpräparate bis zur Führung der Fiebertafeln und ähnlichem ordnungsmäßig ab. Die einzelnen Fälle von Ruhr, Schwarzwasserfieber, Malaria, Typhus, Wurmkrankheit und andere konnten sachgemäß behandelt und der Truppe wiederhergestellte Leute, Weiße und Schwarze, zugeführt werden.

So wurde bei der grundsätzlichen Verschiedenheit des afrikanischen Kriegsschauplatzes weniger in großzügig technisch-organisatorischer Hinsicht und mit neuzeitlichen Hilfsmitteln, als besonders auf dem Gebiete praktischer Leistung durch Aufwendung von viel Geduld, Erfindungsgabe und Energie und Einsetzung der ganzen Persönlichkeit bei der vielen notwendigen Kleinarbeit viel Anerkennenswertes geleistet. **General v. Lettows Aushalten bis zum Kriegsende** fand in der Mitarbeit des Sanitätspersonals eine kraftvolle Hilfe.

Auf türkischen und bulgarischen Kriegsschauplätzen.
(Von Marine-Generaloberarzt Dr. Bentmann.)

Das türkische Kriegstheater umspannt vier Kriegsschauplätze: 1. die Sinai-Halbinsel und Palästina, 2. das Schwarze Meer und die Dardanellen, 3. Kleinasien, vornehmlich Kaukasus und armenisches Hochland, 4. Mesopotamien.

Auf allen haben deutsche Marineärzte bei der Erfüllung ärztlicher oder hygienischer Aufgaben sich bestrebt, trotz der oft nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche Klima und Milieu bedingten, Höchstes zu leisten.

Nirgends lagen die Schwierigkeiten der Kriegführung und des Gesundheitsdienstes offener zutage als an der Sinaifront im Winterhalbjahr 1914/15. Der Weg zum Suezkanal führte durch die Wüste El-Tih. Aber mehr als die Schwierigkeit des Wüstenmarsches war die Gefahr der Ausbreitung der in Südpalästina herrschenden Seuchen zu fürchten. Da stellte im Januar 1915 der Leiter einer aus drei Marineärzten bestehenden deutschen Marinehygienikerexpedition als Beratender Hygieniker der 4. türkischen Armee fest, daß es sich bei den unter den Truppen verbreiteten Seuchen in erster Linie um Rückfall- und Fleckfieber handelte. Mit dieser Erkenntnis war der Schlüssel für die Seuchenbekämpfung im Bereiche der 4. Armee gegeben: die Entseuchung aller Truppenteile, Lazarette, Gefängnisse und Verkehrsmittel durch Errichtung von Bade- und Entlausungseinrichtungen war die primäre Aufgabe. Alle übrigen Seuchen waren von sekundärer Bedeutung. Die Ruhr wird durch strenge Überwachung und Verbesserung aller Wasserversorgungsanlagen, Anlage von Latrinen für alle Truppenlager, Typhus und Cholera durch Schutzimpfung aller Truppen bekämpft, die allgemeine Widerstandskraft der Truppen durch Verbesserung der Bekleidung und Verpflegung gehoben. Die beispiellose Energie, mit welcher der Beratende Hygieniker, unterstützt von dem einsichtigen Armeeführer, Djemal Pascha, sein Programm durchführte, und die vorbildliche Organisation des Gesundheitsdienstes - Errichtung einer Zentrale für Seuchenbekämpfung und mehrerer Untersuchungsstellen und Seuchenlazarette - brachten den Erfolg. Es gelang, die Seuchen im Bereich der 4. Armee so niederzuhalten, daß die Leistungsfähigkeit der Truppen an keiner Stelle gefährdet wurde.

Die Mehrzahl der auf den türkischen Kriegsschauplätzen eingesetzten Marineärzte betätigte sich auf dem Kriegsschauplatz der europäischen Türkei. Im Schwarzen Meer kämpfte die türkische Flotte gegen die an Schiffen wie an Bestückung überlegene russische. Bei den stets erfolgreichen Unternehmungen des deutschen Führers der türkischen Flotte bewährten sich die an Bord der führenden Kreuzer "Sultan Javus Selim" und "Midilli" - ehemals "Göben" und "Breslau" -

kommandierten Marineärzte wiederholt im Gefechtssanitätsdienst hervorragend. Auch auf U-Booten und Torpedobooten sind Marineärzte tätig gewesen. Verluste sind dem Marinesanitätskorps bei den Kämpfen zur See nicht erspart geblieben: Am 20. Januar 1918 geriet "Midilli", die tatenfrohe "Breslau", bei einer Unternehmung gegen die Insel Imbros auf Minen und sank, mit ihr der größte Teil der tapferen Besatzung, darunter der Schiffsarzt, der Hilfsarzt und das gesamte Sanitätspersonal.

An Land, auf Gallipoli, waren Marineärzte als Chefärzte oder Chirurgen in Feldlazaretten, andere als Truppenärzte bei vereinzelten Marineformationen in vorderster Linie tätig.

Im April 1915 wurde die Stelle des ältesten Sanitätsoffiziers der Marine in der Türkei geschaffen. Der Beratende Hygieniker der Mittelmeerdivision übernahm als solcher die Leitung des Marinesanitätswesens in der Türkei. Um dieselbe Zeit trafen an einem Tage 17 000 Verwundete in Konstantinopel ein. Die vorhandenen Kriegslazarette sind vorbereitet, aber es mangelt an Chirurgen. In der ersten Not springt der älteste Sanitätsoffizier der Marine mit einigen eben verfügbaren Marineärzten in die Bresche. Am 23. Mai 1915 traf auf seine Anforderung hin eine Marinemission von 4 Chirurgen mit Ausrüstung und Sanitätspersonal ein und übernahm die Leitung chirurgischer Abteilungen in den Kriegslazaretten Harbié, Tasch Kyschla und Russisches Hospital. Reiche Arbeit harrte der Chirurgen, aber durch eine 16 - 18stündige Arbeit am Operationstisch wurde sie bewältigt. Treue Helferinnen erwuchsen den deutschen Ärzten durch zahlreiche Damen der deutschen und österreichischen Kolonie, sowie der vornehmsten türkischen Kreise. Erst im September 1916 fand die segensreiche Tätigkeit dieser Marinemission ihren Abschluß.

Der weitere Ausbau der sanitären Einrichtungen in der Türkei wurde vom ältesten Sanitätsoffizier der Türkei mit glücklicher Hand gefördert. Aus dem von der Gemahlin des deutschen Botschafters Freiherrn v. Wangenheim der Marine zur Verfügung gestellten Hospital im Orphélinat St. Joseph in Tschukur Bostan erstand im November 1915 das deutsche Marinelazarett Konstantinopel, verbunden mit einer von den Fachärzten des Lazaretts geleiteten Poliklinik. In Gemeinschaft mit dem Delegierten des deutschen Roten Kreuzes wurden Mittel und Ausrüstungen für die Unterhaltung der in Stenia errichteten, später in Emirghian fortgeführten Marinepoliklinik beschafft, welche vom 9. April 1915 bis 9. April 1918 nicht weniger als 130 000 Kranke behandelte. In ähnlicher Weise wurde auch für die in Kara-Su am Schwarzen Meer, in Sultan Tschair und Ajasama, endlich in Konia und Angora errichteten Marinepolikliniken gesorgt. Die ärztliche Ausrüstung der Marinedienststellen regelte ein Marinesanitätsdepot. Durch Fühlungnahme mit der deutschen Kolonie Konstantinopels wurde erreicht, daß erholungsbedürftige Mannschaften der Marine, besonders der U-Boote, in deutschen, österreichischen oder Schweizer Familien Aufnahme fanden.

Durch Merkblätter wurden jedem in die Türkei kommandierten Marineangehörigen schon bei seiner Ankunft gesundheitliche Richtlinien in die Hand gegeben. In die hygienisch ungünstigen Bergwerksreviere von Sultan Tschair, Ajasama und zu den Holzfällern nach Kara-Su wurden geeignete Marineärzte entsandt. Um ständig über den Gang der Seuchen in Kleinasien unterrichtet zu sein, wurde die Bahnarztstelle in Konia mit einem beurlaubten Marinearzt besetzt. Die Ermittelung der mit den Truppenansammlungen in und um Konstantinopel sich häufenden Seuchen, welche zunächst das türkische Marinelaboratorium übernommen hatte, übernahm im April 1916 ein deutsches Marinelaboratorium zu umfangreicher Arbeit. Es lieferte außerdem lange Zeit den ganzen Cholera- und Typhusimpfstoff für die gesamten deutschen und österreichischen Truppenteile und für einen großen Teil türkischer Truppen. Im April 1917 ermittelte in Konstantinopel der älteste Sanitätsoffizier in Gemeinschaft mit dem Marinelaboratorium bei einer deutschen Truppe Cholerafälle und deren Infektionsquelle.

Und nun zu dem ernsten, gräberdurchfurchten Boden Kleinasiens, und damit dem Schauplatz, auf

welchem das türkische Drama, dessen letzter Akt schließlich der Zusammenbruch der Palästinafront im September 1918 war, seinen Abschluß fand! Zwei gewaltige Katastrophen kosteten hier der türkischen Armee - im Kaukasus im Januar 1915, im armenischen Hochland im Winter 1916/17 - zusammen rund 160 000 Mann todesmutiger Kerntruppen.

Über die erstere berichtet Liman v. Sanders: "Von der gesamten (3.) Armee in zirka 90 000 Mann ursprünglicher Stärke sind nach den amtlichen Berichten nur zirka 12 000 Mann zurückgekommen. Alles andere war gefallen, gefangen, verhungert oder in den Schneebiwaks ohne Zelte erfroren". - Die zweite Katastrophe betraf die 2. Armee, deren Plan, die russische Front von der Flanke her aus der Linie Wan-See - Musch - Kigi zu fassen, an dem umständlichen Aufmarsch, der vom April bis August 1916 währte, und an dem Mangel an Straßen und rückwärtigen Verbindungen scheiterte. Auch hier kamen etwa 80 000 durch Hunger, Krankheit und Kälte um.

Ein erschütterndes Bild dieser Zustände ergeben die Berichte des als Chirurg von November 1916 bis Mai 1918 in Mamuret-ül-Asis tätigen Marinearztes. Im Februar 1917 starben 42 türkische Ärzte an Fleckfieber. In Charput lagen damals 1400 Verwundete ohne ärztliche Hilfe. In den Lazaretten mangelte es an Öfen, Heizmaterial, Betten bei einer Kälte bis zu 20°. Dabei die Lazarette überfüllt von Fleckfieberkranken und Erfrorenen. Operative Eingriffe an letzteren verboten sich meist wegen der hochgradigen Unterernährung. 50% der Verwundeten litten an Skorbut. Die Verschmutzung und Verlausung der in unzulänglichen Transportmitteln oft stundenlang in der Kälte transportierten Verwundeten, der zahlreichen verhungerten Flüchtlinge war ungemein. Erst mit dem Frühjahr besserten sich die trostlosen Zustände, von da ab wurden günstige Erfolge sowohl hinsichtlich der Operationsstatistik als auch der Skorbutbehandlung erzielt. Mit Unterstützung des türkischen Armeearztes der 2. Armee gelang es, auch die Einrichtungen, die Verpflegung, die Arzneiversorgung sowie die Entlausungsanlagen der Lazarette so zu verbessern, daß ein großer Teil der Mißstände im Winter 1917/18 abgestellt war.

Wie ein gewaltiger, das ganze Land verwüstender Steppenbrand durchzog die Fleckfieberseuche, ausgehend im Januar 1915 von den Trümmern der 3. Armee im Kaukasus, Anatolien. Aus einem einzigen Vilajet (Siwas) berichtet die türkische Statistik in einem Jahre (1916) 290 000 Fälle. Dazu erhob im gleichen Jahr die Cholera ihr Haupt in Kleinasien. Die Gefahr einer Verschleppung der Seuchen nach Konstantinopel lag auf der Hand. In Ostanatolien und an der anatolischen Bahn waren nur zwei türkische Laboratorien. Da wurde dem türkischen Feldsanitätschef auf Anregung des ältesten Sanitätsoffiziers der Marine ein vom Kaiserlichen Motorjachtklub gestiftetes bewegliches Laboratorium zur Verfügung gestellt. Der erste Schauplatz seiner Tätigkeit war Angora, wo in den überfüllten Lazaretten zahlreiche Fleck- und Rückfallfieberkranke lagen, gleichzeitig eine Cholera-Epidemie ausgebrochen und ein Teil der Bevölkerung durch einen gewaltigen Brand im September 1916 obdachlos geworden war. In siebenmonatiger Arbeit wurden 10 190 Untersuchungen bewältigt; die Hauptarbeit brachten die Massenuntersuchungen auf Cholera bei 31 465 Rekruten. Durch Schutzimpfungen und Verbesserung der Entlausungseinrichtungen wurden die türkischen Sanitätsbehörden weitgehend in der Seuchenbekämpfung unterstützt. Gegen die genannten Seuchen traten Malaria, Typhus, Paratyphus und Bazillenruhr fast ganz in den Hintergrund.

Ende Juli 1917 wurde das Laboratorium nach Bozanti im Taurus verlegt, wo die Seuchenbekämpfung infolge des durch den Aufmarsch der Jilderimtruppen gesteigerten Durchgangsverkehrs erhöhte Bedeutung gewann. Die seit 1916 hier epidemisch verbreitete Malaria stand beim Eintreffen des Laboratoriums auf der Höhe. Die Lazarette waren überfüllt mit Malariakranken. Daneben kamen Fälle von Bazillenruhr vor, vereinzelt Cholera. Die Malariabekämpfung mußte sich zunächst in Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit auf Durchführung verschärfter Chininschutzbehandlung und Ausschaltung der Gametenträger in den Lazaretten beschränken. Die methodische Bekämpfung durch Bodenassanierung, Brutvernichtung

und Mückenschutzvorrichtungen setzte im Winter ein und wurde im Frühjahr 1918, soweit vorhandene Mittel es erlaubten, durchgeführt mit dem Erfolg, daß in Tschamalan, dem berüchtigtsten Herd im Taurus, im Sommer 1918 nur noch vereinzelte Neuinfektionen zur Beobachtung gelangten. Rückfall- und Fleckfieber traten im Winter 1917/18 im Etappengebiet nur mäßig zahlreich und milder als früher auf.

In Mesopotamien waren schon kurz nach der Einschließung von Kut-el-amara (Dezember 1915) kleinere Marineabteilungen an den Kämpfen im Mündungsgebiet des Euphrat und Tigris beteiligt. Hier wirkten auch der Beratende Chirurg der 6. türkischen Armee und der Chefarzt des Feldlazaretts Chaue, beides Marineärzte. In Bagdad lag die Leitung der chirurgischen Abteilungen des dortigen Etappenlazaretts, des Abdulla-Krankenhauses, des Roten-Halbmond- und des Roten-Kreuz-Hospitals längere Zeit in Händen von Marineärzten. Eine im September 1917 in Mossul aufgestellte Marinegruppe begleitete ein Marineassistenzarzt. Am Euphrat wurde im Frühjahr 1916 in Djerablus ein Marinekommando und eine Werft zum Bau von Schachturen errichtet. Trotz des heißen Klimas, der lästigen Sandstürme, trotz Malariainfektionsgefahr und Pappatacifieber blieb der Gesundheitszustand der Abteilung dank der ärztlichen und hygienischen Fürsorge der hier tätigen Marineärzte dauernd günstig. In Yarbashi wurde ein durch Erkrankung des Bahnarztes verwahrlostes Hospital der Bagdadbahngesellschaft unter Leitung eines jungen Marinearztes gereinigt und entlaust, mit dem Erfolg, daß Rückfall- und Fleckfieber, welche zuvor in einem Bestande von 2500 Arbeitern gewütet hatten, verschwanden und daß sich der Gesundheitszustand der Arbeiter trotz Erhöhung ihrer Zahl auf 4000 hob. Ein anderer Marineassistenzarzt richtete im Oktober 1917 Sanitätsetappen am Euphrat ein, er gelangte bis Ana.

Wie auf den türkischen Kriegsschauplätzen lag der Gesundheitsdienst auch bei den in Mazedonien kämpfenden bulgarischen und deutschen Truppen nicht selten in Händen von Marineärzten. So haben sich Marineärzte als Chirurgen in bulgarischen Feld- und Kriegslazaretten und als Truppenärzte an vielen Stellen der bulgarischen Front bewährt. Besondere Verdienste um die Gesunderhaltung der bulgarischen Armee erwarb sich der bereits erwähnte ehemalige Beratende Hygieniker der 4. türkischen Armee, der im November 1915 auf persönlichen Wunsch des Zaren Ferdinand von Bulgarien zur bulgarischen Armee übergetreten war, durch die großzügige Organisation der Seuchenbekämpfung bei der 2. und 4. bulgarischen Armee. Er errichtete im Januar 1915 aus deutschen und bulgarischen Mannschaften eine unter Leitung von Ingenieuroffizieren stehende Bauabteilung zum Bau von Brunnen und Bade- und Entlausungsanlagen und einwandfreier Latrinen vor allem an den Etappenstraßen und sicherte so Trinkwasserversorgung, Entlausung und Abfallbeseitigung. Durch umfangreiche Schutzimpfungen schützte er die Truppen gegen Cholera und Typhus. Die Erfolge entsprachen der aufgewendeten Mühe. Typhus kam im Bereiche der 2. und 4. bulgarischen Armee nur selten, Cholera überhaupt nicht zur Beobachtung. Auch die Erkrankungshäufigkeit an Fleck- und Rückfallfieber spielte eine größere Rolle nur in den rumänischen und serbischen Gefangenenlagern. Im Kampfe gegen die die Gefechtstätigkeit der Truppen lähmende Malaria errichtete er an zahlreichen Stellen der bulgarischen Front Malaria-Untersuchungsstellen und organisierte die Malariabekämpfung an der bulgarischen Front im großen Stil. Leider gelangte der von ihm entworfene Plan umfangreicher Dränage- und Mückenvernichtungsmaßnahmen an den bulgarischen Fronten erst im Frühjahr 1918 zur Durchführung mit dem Erfolg, daß die gewaltige Malaria-Epidemie, welche sich im Sommer 1916 und 1917 bemerkbar gemacht hatte, im Sommer 1918 trotz Einschränkung der Chininschutzbehandlung einen erheblichen Rückgang aufwies.

So darf die Marine auch auf die Leistungen ihres Sanitätskorps, das sich auf den Kriegsschauplätzen der Türkei und der Balkanhalbinsel betätigt hat, mit Befriedigung und berechtigtem Stolz zurückblicken.

3. Wissenschaftlicher Teil.

Vorbemerkung: Die Ergebnisse des Krieges für die ärztliche Kriegswissenschaft sind zum großen Teil bereits in den verschiedenen Fachschriften, insbesondere in dem von dem nun verstorbenen Feldsanitätschef Exz. v. Schjerning begründeten Sammelwerk *Die Tätigkeit und die Erfolge der deutschen Feldärzte im Weltkriege*,[22] das man als sein Vermächtnis an die deutsche Ärzteschaft ansehen kann, niedergelegt. Nichtsdestoweniger erschien es wünschenswert, der Darstellung des Sanitätswesens im Großen Kriege auch eine allgemeinverständliche Schilderung dieser Ergebnisse beizufügen, damit jedermann im Volke sich davon eine ausreichende Vorstellung machen kann. Einige Bezugnahmen auf den vorstehenden sanitätsdienstlichen und kriegsgeschichtlichen Teil waren nicht zu umgehen; sie erklären sich aus dem engen organischen Zusammenhang zwischen Heeressanitätswesen und ärztlicher Kriegswissenschaft.

Chirurgie - Orthopädie - Zahnheilkunde.

Chirurgie.
(Von Professor Dr. Körte, Berlin.)

Der Kriegschirurgie hat der Große Krieg 1914/18 größere Aufgaben denn je gestellt. Frühere Erfahrungen stammten aus den Feldzügen von 1864 bis 1870/71. Es entsprach der Natur der Dinge, daß von den Chirurgen dieser Zeit kaum einer noch in Tätigkeit war. Im Anfang der siebziger Jahre kam Listers große Entdeckung der antiseptischen Wundbehandlung zur Aufnahme und weiteren Entwicklung, an welcher deutsche Chirurgen (Volkmann, Thiersch, Bardeleben u. a.) besonders erfolgreich mitgearbeitet haben. Durch Robert Kochs unsterbliche Arbeiten über die Erreger der Wundinfektionskrankheiten wurden die wirksamen Waffen zur Bekämpfung dieser gefährlichen Gegner der Wundheilung geschaffen. Eine weitere hervorragende Bereicherung erfuhr die Chirurgie durch Röntgens große Entdeckung, die bei den Schußbrüchen wie bei der Auffindung und Behandlung der Steckschüsse unschätzbare Dienste geleistet hat. Die deutsche Militärmedizin hatte während der Friedensjahre unter Männern wie v. Coler, v. Leuthold, v. Schjerning im Verein mit namhaften Chirurgen (v. Bergmann, v. Bruns u. a.) alles darangesetzt, diesen Teil der Rüstung fortdauernd zu vervollkommnen durch immer bessere Ausbildung der Militärärzte, durch wichtige Versuche über die Wirkungen der Schußwaffen, durch Entsendung von Militärärzten zu den Kriegen anderer Nationen. Auch hatten die Kolonialkriege in Afrika und China manche Gelegenheit gegeben, die Wundverhältnisse bei der neueren Bewaffnung zu studieren, neue Heilmethoden zu erproben. Auf den Kongressen der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie wurden kriegschirurgische Fragen eingehend erörtert. So besprach v. Schjerning 1901 die Schußverletzungen durch die modernen Feuerwaffen. 1906 wurden die Erfahrungen des Russisch-Japanischen Krieges ausführlich behandelt.

Wohl war es den deutschen Chirurgen klar, daß ein neuer Krieg schwere Aufgaben stellen würde. Wie gewaltig, alles bis da Erlebte überragend, die Arbeit ausfallen sollte, hat damals wohl keiner geahnt. Und in der Tat überstieg der Große Krieg 1914/18 durch die Massenhaftigkeit und Neuheit der Kampfmittel alle bisherigen Erfahrungen. Viel überraschend Neues trat zutage, man mußte in manchem umlernen und die Chirurgie den neuen Verhältnissen anpassen.
Zu den Schwierigkeiten der chirurgischen Versorgung des einzelnen bei dem gewaltigen Massenandrang in den Dauerkämpfen der großen Abwehrschlachten im Westen kamen in dem kulturarmen Osten und Süden die Schwierigkeiten der Unterbringung der Verwundeten und ihres Transports über die weiten Entfernungen auf schlechten Wegen, noch dazu bei der Kälte des russischen Winters.

Eine neue Erscheinung war auch der Grabenkrieg. Die Wundverschmutzung durch Erde, Lehm, Schlamm hatte viele üblen Folgen; auch einfache Wunden gewannen durch Infektion mit Keimen

aus dem Erdboden bisweilen einen bösartigen Charakter.

Die großen Fortschritte der Waffentechnik führten zu starken Verlusten innerhalb kurzer Zeit, so daß der dann oft rasch anschwellende Strom der Hilfesuchenden kaum zu bewältigen war.

Die Verwundungen durch blanke Waffen traten dagegen ganz zurück. Ich habe eine kleine Anzahl meist leichter Bajonettwunden gesehen; nur wenige hatten schwere Verletzungen (Brust, Bauch) verursacht. Dazu kamen einige wenige Fälle von Verwundung durch Messer, Lanze, Säbel.

Es überragen völlig die durch Handfeuerwaffen und Artilleriegeschosse gesetzten Wunden. Das kleinkalibrige Mantelgeschoß, welches fast durchgehend verwendet wurde, zeichnete sich aus durch eine sehr große Geschwindigkeit bei starker Rotation; die Reichweite war bis zu 4 km und darüber erhöht. Die außerordentliche Verstärkung der Feuergeschwindigkeit, die Massenwirkung der Maschinengewehre vermehrten die Zahl der Verwundeten. War man vor dem Kriege der Ansicht gewesen, besonders auf v. Bergmanns Autorität gestützt, die Wunden der kleinkalibrigen Handwaffen für im wesentlichen "aseptische", d. h. nicht von vornherein mit Infektionskeimen verseuchte anzusehen, so mußten die Chirurgen diese Meinung bald sehr einschränken. Weichteilwunden mit kleinem Ein- und Ausschuß freilich sah man vielfach nach Jodanstrich zur Hautdesinfektion unter dem aufgelegten Verbandpäckchen heilen. Wenn Knochen verletzt waren, dann waren die Ausschußwunden größer infolge der Splitterwirkung, und die größere Hautwunde führte oft zur Infektion und ausgedehnten Eiterung. Man überzeugte sich ferner, daß das Geschoß durch Anstreifen an den Erdwall, beim Durchschlagen der mit Erde und Lehm oft krustenartig überzogenen Bekleidung Infektionsstoffe mit in die Wunde riß, die dann doch zur Wundeiterung führten. Verhängnisvoll war ferner die Neigung des Spitzgeschosses, sich zu überschlagen. Der Querschläger machte größere und schwerer heilende Wunden. Noch übler war das durch zufälliges Anstreifen an Steine oder metallene Gegenstände erfolgende Einreißen des Mantels, weil der vordringende weiche Bleikern sich pilzförmig stauchte, beim Auftreffen auf Knochen in viele Teile zersprang und große Verheerungen anrichtete. Mehrfach wurde behauptet, daß Mantelgeschosse planmäßig durch Abschneiden der Spitze in Dumdumgeschosse umgewandelt seien, auf deren große Gefährlichkeit schon v. Bruns hingewiesen hatte. Wenn auch einzelne Irrtümer dabei untergelaufen sein mögen, so ist doch eine Anzahl von Fällen als beglaubigt anzusehen.

Die gegen früher sehr verstärkte Wirkung der Geschosse trat bei den Verwundungen durch Artilleriegeschosse noch bedeutend mehr hervor. Während früher die Verwundungen durch Infanteriegeschosse überwogen, so daß z. B. im deutschen Heere 1870/71 89% Verwundungen durch Handfeuerwaffen auf nur 8,2% durch Artilleriegeschosse kamen,[23] war das Verhältnis im letzten Kriege infolge der massenhaften Verwendung der Artillerie bis zu den schwersten Kalibern völlig umgekehrt, besonders in den schweren Abwehrkämpfen an der Somme, Aisne usw. Dazu kam noch, daß durch Verwendung stärkster Explosivstoffe, sowie besonders spröder Metallmassen für den Geschoßkörper das Zerspringen der Geschosse in eine sehr große Zahl kleiner und kleinster Sprengstücke erreicht wurde, von denen jedes doch noch die Kraft hatte, selbst auf weite Entfernungen von der Einschlagstelle die schwersten Wunden zu schlagen und oft vielfache Verwundungen an einem und demselben Individuum hervorzurufen. Sehr ähnlich den Granatverletzungen waren die durch andere im Laufe des Krieges mehr und mehr verwendeten Explosivgeschosse, Minen, Fliegerbomben, Handgranaten, deren scharfrandige dünne Metallsplitter oft tödliche, meist vielfache, schwer heilende Wunden verursachten. Daneben trat noch die üble Wirkung, welche die bei der Explosion ausströmenden giftigen Gase auf das Allgemeinbefinden der Verwundeten ausübten.

Gegenüber diesen durch Explosivgeschosse der verschiedensten Art erzeugten Wunden traten die durch Infanteriegeschosse verursachten stark zurück. Es hat Zeiten gegeben (1917/18), wo bei der 1. Armee, in welcher ich damals tätig war, auf 97% Wunden der ersteren Art nur 3% durch andere Art kamen.

Die runden Bleikugeln, welche die Schrapnells ausspien, waren etwas weniger gefährlich als die Granaten; die Durchschlagskraft war nicht so groß wie bei jenen. Dafür kamen Steckschüsse, Mitreißen von Fremdkörpern und mehrfache Verletzungen durch Schrapnells häufig vor.

Die durch Artilleriegeschosse jeder Art gesetzten Wunden sind von vornherein stets als infizierte anzusehen, da die Metallsplitter Erdreste und Stoffteile von der Kleidung mitreißen. Es brach sich sehr bald die Ansicht Bahn, daß die Ärzte bei diesen gerissenen, vielbuchtigen, mit absterbenden Gewebsfetzen durchsetzten Wunden mit der bei den Infanteriegeschoßwunden geübten aseptischen und konservativen Behandlung nicht auskamen. Garré gab dem Ausdruck auf der Kriegschirurgentagung 1915 zu Brüssel. Die meisten Chirurgen gingen auch zu einem aktiveren Vorgehen über: Spaltung der Wunden, Entfernung von Fremdkörpern, abgestorbenen Gewebsstücken bis zu planmäßigem Ausschneiden der Wundränder und Anwendung von fäulniswidrigen (antiseptischen) Mitteln. Klapp empfahl 1917 die Verwendung eines "Vuzin" (nach Vouziers) getauften Chininderivates zur Injektion in die Gewebe, um diese im Kampfe gegen eingedrungene Keime zu stärken (Tiefenantisepsis). Damit sind bei sachgemäßer Anwendung gute Erfolge erreicht worden.

Es zeigte sich also, daß die große Mehrzahl der Kriegsverletzungen nicht als aseptische, fäulnisfreie gelten dürfen, und daß man demgemäß von der bei den Friedenswunden angewendeten "aseptischen" Behandlung im Kriege bis zu einem gewissen Grade wieder zur antiseptischen mit fäulniswidrigen Mitteln übergehen müsse, daß ferner auch die im Frieden zu hoher Vollkommenheit gediehene konservative, erhaltende Methode der Wundbehandlung im Kriege engere Grenzen findet.

Dank der Lehren Robert Kochs, der im kochenden Wasser und im strömenden Wasserdampfe die wirksamen Waffen gegen die Wundinfektionskrankheiten gezeigt hatte, sind die früher so gefürchteten Wundkrankheiten: Pyämie, Sepsis, Wundrose, Hospitalbrand niemals epidemisch aufgetreten. Wohl kamen einzelne Fälle vor, wie das bei der großen Zahl von schweren Verletzungen zu erwarten war, aber es kam niemals zu jener Weiterverbreitung von Bett zu Bett, wie es noch 1870 gesehen wurde, weil jetzt mit dampfsterilisierter Gaze und mit immer wieder von neuem ausgekochten Instrumenten verbunden und für die peinlichste Reinlichkeit gesorgt wurde. Das ist als eine große Errungenschaft der Chirurgie anzusehen.

In den ersten Monaten des Krieges trat der gefährliche Wundstarrkrampf (Tetanus) häufig auf, dessen Keime hauptsächlich im Erdboden sich fanden und von den Geschossen mit in die Wunden gerissen wurden. Aber auch dieser Geißel der Verwundeten wurde man Herr durch die allgemein eingeführte vorbeugende Impfung jedes Verwundeten mit dem von v. Behring erfundenen Tetanusantitoxin. Seitdem dieses Verfahren restlos durchgeführt war, sank die Zahl der Tetanusinfektionen auf ein sehr geringes Maß herab. Mit Stolz darf Deutschland darauf hinweisen, daß drei deutschen Forschern: Robert Koch, v. Behring und Röntgen die wichtigsten Fortschritte in der Wundbehandlung zu verdanken sind.

Eine neue höchst gefährliche Wundkrankheit trat in der Gasphlegmone (Gasödem, Gasbrand) auf, die weder bei Friedensverletzungen - äußerst seltene Fälle ausgenommen - noch in früheren Kriegen[24] je in dieser Ausdehnung beobachtet worden war. Diese Erkrankung trat den Kriegschirurgen als eine neue und überraschende Erscheinung entgegen. Als die Erreger wurden drei verschiedene Arten von anaeroben Keimen gefunden, welche unter Luftabschluß in abgestorbenem Gewebe zur Entwicklung kommen, so besonders an Körperstellen, wo große Muskelmassen unter derber Faszienumhüllung liegen. Als Gründe des häufigen Auftretens im Kriege sind anzusehen: der Schützengrabenkrieg mit seinen häufigen Erdbeschmutzungen, denn in schwerem, lehmhaltigem Boden finden sich die Erreger des Gasbrandes besonders häufig, ferner die enorme Gewalt der modernen Infanterie- wie Artilleriegeschosse, die zu einer starken

Zertrümmerung der Gewebe, besonders der getroffenen Muskelmassen führten. Die Erkrankung beginnt plötzlich meist bald, oft in wenigen Stunden, oder doch in wenigen Tagen nach der Verwundung mit heftigen Schmerzen und schweren allgemeinen Vergiftungserscheinungen. Das Glied schwillt in der Umgebung der Wunde an; es tritt Gasbildung in den Geweben auf, ohne daß es zur richtigen Eiterung kommt. Die Wundabsonderung besteht aus einer trüben, fade riechenden serösen Flüssigkeit. Unter schnellem Fortschreiten kann die Erkrankung in 1 - 2 Tagen zum Tode führen. Die Häufigkeit des Auftretens wird sehr verschieden angegeben, von 0,5 - 2% der Verwundeten. Die Mortalität betrug 40 - 50%. Auf allen Kriegsschauplätzen kam das Gasödem vor, anscheinend am häufigsten im Westen.

Ein spezifisches Mittel dagegen ist noch nicht gefunden. Als wichtigstes Vorbeugungsmittel ist die möglichst bald nach der Verletzung vorzunehmende breite Spaltung der Wunde und Ausschneiden des zertrümmerten Gewebes zu betrachten. Nach Großkampftagen, in welchen die Masse der Verwundeten diese zeitraubende Versorgung oft nicht zuließ, war ein gehäuftes Auftreten zu beobachten. Die frühzeitige Amputation zerschmetterter Gliedabschnitte kann ebenfalls dem Ausbruch vorbeugen. Thieß empfahl die Stauungsbehandlung, Bier besonders die Anwendung großer heißer Breiumschläge. Doch erwiesen sich oft alle Bemühungen außerstande, das Leben zu erhalten. Der Gasbrand blieb eine der gefährlichsten Komplikationen, denen die Verwundeten ausgesetzt waren. Eine Verbreitung desselben im Lazarett von Fall zu Fall hat sich nicht nachweisen lassen.

Nur kurz können die Verwundungen der einzelnen Körperregionen gestreift werden. Die Schädelschüsse waren anfangs sehr häufig, wurden später durch die Einführung des Stahlhelms viel seltener. Schwere Zertrümmerungen des Gehirns oder Zerstörung lebenswichtiger Stellen in demselben führten zum Tode auf dem Schlachtfeld; immerhin kam eine beträchtliche Zahl von Kopfschüssen noch in ärztliche Behandlung. Sie galten früher als ein *noli me tangere* (v. Bergmann). Sehr bald wurde im Kriege erkannt, daß besonders bei den Tangentialschüssen die primäre Freilegung und Entfernung von Knochensplittern und Fremdkörpern sehr nutzbringend und empfehlenswert war. Spätfolgen kamen häufig vor.

Bei den Kieferverletzungen erwies sich die Beihilfe der Zahnärzte als sehr segensreich durch Schienung und Befestigung der Bruchstücke. Die oft grausige Zerreißung der Gesichtsweichteile wurde durch plastische Operationen in der Heimat in den meisten Fällen wieder beseitigt.

Die Brustdurchschüsse durch Infanteriegeschosse heilten in einer beträchtlichen Zahl von Fällen infolge des kleinen Kalibers der Mantelgeschosse. Die durch Artilleriegeschosse verursachten verliefen weniger günstig, weil die Zerreißung der Brustwand schwerer war.

Mit Hilfe von improvisierten Überdruckapparaten (Sauerbruch) wurden eine Anzahl von erfolgreichen Eingriffen ausgeführt.

Bezüglich der Bauchschüsse waren die Ansichten über Eingreifen oder nicht Engreifen anfangs geteilt. Denn die Erfahrungen aus dem Burenkriege wie aus dem Russisch-Japanischen Kriege lauteten ungünstig für die operative Behandlung. Bald aber wurde erkannt, daß besonders im Stellungskriege durch Eingreifen in den ersten zwölf Stunden nach der Verwundung doch eine Zahl von zirka 40% der noch lebend in Lazarettbehandlung gelangten Bauchschüsse geheilt werden konnten.

Das Schicksal der Verwundungen der Wirbelsäule und des Rückenmarkes blieb ein trübes, sie führten meist zum Tode oder langen Siechtum. In allen denjenigen Fällen, wo das so empfindliche Rückenmark selbst gequetscht oder gar zerrissen war, konnte auch der operative Eingriff nicht helfen. Bei leichteren Schädigungen des Rückenmarks sind einzelne Besserungen erzielt worden.

Die peripheren Nervenstränge wurden oft durch Geschosse verletzt, und nicht immer gelang es durch Operationen in den Heimatlazaretten, trotz eifrigen Bemühens vieler Chirurgen, die Nervenleitung wieder herzustellen. Oft konnte durch Muskelverpflanzungen die Schädigung der Gebrauchsfähigkeit des Gliedes sehr verbessert werden.

Eine auffallende Erscheinung war die Häufigkeit der Verletzung großer Blutgefäße durch das Mantelgeschoß. Oft mag die Trennung großer Schlagadern den Tod durch Verblutung auf dem Kampfplatze herbeigeführt haben; eine genaue Statistik gibt es darüber nicht. In anderen Fällen kam es zur Entstehung von Aneurysmen (Schlagadergeschwülsten), welche durch Unterbindung oder durch das neue Verfahren der Arteriennaht beseitigt werden mußten. Das kleinkalibrige Spitzgeschoß durchdringt den Körper mit solcher Kraft und Schnelligkeit, daß auch bewegliche Gebilde, wie die Blutgefäße, nicht beiseite geschoben, sondern durchbohrt oder zerrissen werden; daher stammt die auffallende Häufigkeit der Gefäßverletzungen in den neueren Kriegen, gegen früher, wo das rundliche Bleigeschoß verwendet wurde.

Die vorläufige Blutstillung durch den elastischen Schlauch (nach v. Esmarch) hat sich im Kriege bei Schlagaderverletzungen als ein nicht ungefährliches Mittel erwiesen, weil der Schlauch oft von ungeübter Hand oder auch unnötigerweise angelegt wurde und dann schweren Schaden stiftete.

Die Schußbrüche der großen Röhrenknochen besonders am Ober- und Unterschenkel waren um so gefährlicher, je stärker die Zersplitterung des Knochens und je größer die Weichteilwunden waren. Während bei kleinem Ein- und Ausschuß durch zweckmäßiges Verfahren eine Heilung ohne tiefere Eiterung erzielt werden konnte, war bei größeren gerissenen Wunden (durch Artilleriegeschosse) eine langwierige Eiterung mit Sequesterabstoßung die Regel. Manches Glied und manches Leben fiel ihr zum Opfer. Gute feststellende Verbände waren insbesondere an den unteren Gliedmaßen von größter Wichtigkeit, um den Transport zu ermöglichen. Hier erwies sich der Gipsverband, der von vielen nicht mehr als modern angesehen wurde, als ein unentbehrliches Mittel. Daneben wurden die Cramerschen Leiterschienen in sehr vielseitiger Weise mit großem Nutzen verwendet. Ein guter Transportverband linderte die Leiden des Verwundeten und war oft entscheidend für den weiteren Verlauf der Verletzung.

Die Verletzung großer Gelenke, besonders wieder die des Knies und der Hüfte, stellte oft sehr schwere Aufgaben der Behandlung dar. Bei den Gewehrschüssen mit kleinen Hautwunden gelang es oft nach v. Bergmanns Regeln durch aseptischen Verband und Feststellung des Gelenks reaktionslose Heilung zu erzielen. Sehr viel gefährlicher erwiesen sich die Verwundungen der Gelenke durch Artilleriegeschosse mit Zersplitterung der Knochen und weiterer Aufreißung der Weichteile, sowie die meist infizierten Steckschüsse. Bei diesen mußte ein eingreifendes Verfahren vorgezogen werden. Der langwierigen Gelenkeiterung und ihren Folgen ist manches Glied und leider auch manches Leben zum Opfer gefallen.

Die Resektion großer Gelenke, von v. Langenbeck seinerzeit warm empfohlen, ist, soweit wie bekannt, primär nicht häufig angewendet, vielleicht zu selten in dem Drange, "konservativ" zu verfahren. Sekundär bei Gelenkvereiterung ausgeführt, konnte manches Glied damit erhalten werden; nur galt es auch hier, den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen.

Die primäre Amputation wurde im allgemeinen nur bei den schwersten Zertrümmerungen von Gliedmaßen ausgeführt, und es ist möglich, daß besonders im Beginne des Krieges der Wunsch der Gliederhaltung etwas zu weit getrieben wurde. Sekundäre Abnahme des Gliedes wurde durch erschöpfende Eiterung, Brand, Gasödem oder Nachblutungen erfordert.

Die von Sauerbruch und von Krukenberg auf verschiedenen Wegen ausgeführte Benutzung der erhaltenen Muskulatur als Kraftquelle für selbsttätige Bewegungen der Kunstglieder ist als ein

Fortschritt insbesondere für Kopfarbeiter zu bezeichnen, während zu mechanischen Arbeiten einfachere und derbere Vorrichtungen vorzuziehen sind.[25]

Ein abschließendes Urteil über das in der Kriegschirurgie Erreichte ist zur Zeit noch nicht zu geben, es wird vielmehr noch vieler, langdauernder Arbeit bedürfen, um aus dem Riesenmaterial, welches der Krieg geliefert hat, die endgültigen Erfahrungen herauszuschälen.

Orthopädie.
(Von Professor Dr. Ludloff, Frankfurt a. M.)

Im Gegensatz zu früheren Kriegen werden die Leistungen der Orthopädie zum erstenmal im Weltkrieg 1914/18 wissenschaftlich besonders erwähnt. Zwei Kongresse der Deutschen Gesellschaft für orthopädische Chirurgie unter meiner Leitung in Berlin 1916 und Wien 1918 haben sich fast ausschließlich mit den Fragen der Kriegsorthopädie beschäftigt. Die Tageszeitungen brachten häufig Notizen über die erstaunlichen orthopädischen Leistungen, besonders über den Bau künstlicher Glieder, und steigerten dadurch das Interesse der weitesten Kreise an orthopädischen Fragen. Wie sonst auch mußten dadurch neben der erwünschten Beruhigung über die schweren Folgen der Kriegsverletzungen übertriebene Hoffnungen, namentlich bei den Beschädigten selbst, erweckt werden. Enttäuschungen blieben nicht aus, ungünstige Kritik war so die Folge. Viele Kriegsbeschädigte verurteilten jede noch so glänzende Leistung, nur weil sie hinter ihren Erwartungen zurückstand und griffen die ganze Organisation der orthopädischen Versorgung an. Besonders nach der Revolution verdichteten sich die Klagen einzelner zu einem System der allgemeinen Herabsetzung. Klärung der strittigen Fragen ist deshalb ebenso im Interesse der Orthopädie, wie der Kriegsbeschädigten notwendig. Wenn es gelingt, die enormen Schwierigkeiten aufzudecken, die sich den orthopädischen Bestrebungen entgegenstellen, so wird man über manchen Mißerfolg billiger denken lernen. Es soll deshalb in folgendem untersucht werden, worin die Leistungen der Orthopädie im Weltkriege wirklich bestanden.

Bei den zahlreichen Erörterungen hat sich herausgestellt, daß über den Begriff und das eigentliche Wesen der Orthopädie bei den Laien, aber auch selbst bei Ärzten vielfach Unklarheiten herrschen. Infolge der häufigen Berichte der Tageszeitungen über Prothesen mußte angenommen werden, das Wesen der Orthopädie sei in der Herstellung von künstlichen Gliedern und Schienenhülsenapparaten erschöpft. Wenn auch die Schaffung solcher Hilfsmittel am sinnfälligsten hervortritt, so muß doch immer wieder betont werden, daß das Gebiet der Orthopädie viel ausgedehnter ist, und daß diese Disziplin noch viele andere, ebenso wichtige Aufgaben zu erfüllen hat. Man wird diese erst richtig verstehen, wenn man sich klar vor Augen hält, daß die Orthopädie die Lehre von der Entstehung, der Erkennung und der daraus entwickelten Bekämpfung der Körperdeformitäten (Verbildungen, Mißgestaltungen) ist. Als solche ist die Orthopädie durch den französischen inneren Arzt Andry 1741 als besondere Disziplin in die medizinische Wissenschaft eingegliedert und seitdem in den verschiedenen Kulturstaaten mehr oder weniger gepflegt worden. Namentlich in Deutschland beschäftigten sich seit dem Aufkommen dieser neuen Wissenschaft gerade die Chirurgen, entsprechend ihrer hervorragenden Ausbildung in technischen Maßnahmen usw., stets mit einzelnen orthopädischen Problemen und trugen zur Entwicklung der Orthopädie wesentlich mit bei. Es würde aber falsch sein, deshalb die Orthopädie als einen untrennbaren Teil der Chirurgie anzusehen. Es ist streng zu unterscheiden zwischen Orthopädie und Chirurgie als Lehre; man darf den Unterschied nicht verwischen, auch wenn der einzelne Chirurg gelegentlich mit Erfolg Orthopädie treibt. Wenn das auseinandergehalten wird, lassen sich eingewurzelte Mißverständnisse vermeiden.

Bei der Betrachtung der Orthopädie im Weltkriege drängen sich sofort folgende Fragen auf:

- Welche Aufgaben ergeben sich für die Orthopädie aus den Kriegsdeformitäten und welche Schwierigkeiten stellen sich der idealen Lösung dieser Aufgaben, bedingt durch die Kriegsverhältnisse selbst, entgegen?

- Wieweit sind die gestellten Aufgaben gelöst worden?

Das Ziel der orthopädischen Bestrebungen ist die vollständige Beseitigung der Deformitäten, nicht nur in kosmetischem, sondern auch in funktionalem Sinne, so daß der Verletzte wieder vollständig kriegsverwendungsfähig und damit für später wieder voll erwerbsfähig wird.

Es mußten deshalb beseitigt werden: die winklig und mit Verkürzung geheilten und die nicht fest verheilten Knochenbrüche (Pseudarthrosen); die Lähmungen; die steif ausgeheilten Gelenkaffektionen (Kontrakturen und Ankylosen) und schließlich die Verluste an Körperteilen (Defekte).

Am idealsten werden die ersten drei Gruppen durch operative Maßnahmen behandelt.

Zu diesem Zwecke stehen zur Verfügung die Knochendurchmeißelung (Osteotomie), die Entfernung des winkligen Stückes (Resektion) mit nachfolgender Graderichtung und Verlängerung des Gliedes, die Knochennaht und die Einpflanzung eines Knochenstückes aus einem anderen Körperteil (Knochentransplantation) oder aus dem eines anderen Patienten, die Nervennaht und Nervenplastik, die gewaltsame Mobilisation der versteiften Gelenke (Redressement) und die blutige Gelenkplastik; ferner die Sehnennaht, die Sehnenverlängerung, die Sehnentransplantation, die Sehnenplastik.

Erst wenn die operative Behandlung aus irgendwelchen Gründen versagt oder unmöglich ist, sind die definitiven Schienenhülsenapparate mit oder ohne Verlängerung anzuwenden, um dadurch besonders an den unteren Gliedmaßen die Stand- und Gehfähigkeit zu verbessern. Diese Schienenhülsenapparate kommen aber auch als zeitweilige (interimistische) Hilfen zur Anwendung, um in der Zwischenzeit dem Gliede Zeit und Gelegenheit zu geben, in der neuen und erwünschten Stellung auszuheilen.

Die Gliederdefekte nach Abreißungen und Zertrümmerungen und nach Amputationen können im allgemeinen nur mit Prothesen behandelt werden. Es handelt sich hier um den Ersatz eines lebenden Gliedes durch ein künstliches Glied aus Leder, Holz und Stahl.

Alle diese Maßnahmen würden aber nur einen mangelhaften Erfolg haben, wenn sie nicht unterstützt würden durch Massage und Medikomechanik (Übungstherapie). Nur durch diese gelingt es, die versteiften Muskeln und Bänder wieder geschmeidig zu machen und zu kräftigen. Auch der noch übrige Rest des Gliedes, der Amputationsstumpf, fordert diese orthopädischen Hilfsmittel der Massage und Übung, um den Rest der Muskulatur fähig zu machen, als Motor das künstliche Glied zu bewegen und zu beherrschen. Selbstverständlich muß von Anfang an erstrebt werden, die Leistungsfähigkeit des übrigen Körpers zu erhöhen, weil sonst die beste Operation, die besten Schienenhülsenapparate, die besten Prothesen wertlos sind, wenn der Körper nicht die genügende Fähigkeit und Kraft besitzt, die gebotenen Hilfsmittel auch dauernd zu benutzen. Die allgemeine Körperwiderstandsfähigkeit läßt sich außer durch zweckmäßige Ernährung durch Anwendung von Bädern, Sonne und Freiluftbehandlung in erstaunlicher Weise heben.

Dazu kommt noch die unbedingt notwendige Steigerung der Willenskräfte des Verletzten. Durch seelische Aufrichtung des natürlicherweise Deprimierten, durch Anfeuerung, durch gutes Beispiel wachsen die seelischen Kräfte und verleihen dem Patienten den Schwung, sich mit der neuen Situation abzufinden.

Diesen orthopädischen Bestrebungen stehen nun ganz besondere Schwierigkeiten entgegen. - Die operativen Maßnahmen werden oft nach dem besten Gelingen durch die obenerwähnte aktive oder ruhende Infektion vereitelt. Nach manchen Eingriffen kommt es wieder zu Fieber und langwierigen, oft lebensgefährlichen Eiterungen, so daß häufig noch nachträglich zur Lebensrettung eine

Amputation notwendig wird. Die zweite große Schwierigkeit liegt in der Massenhaftigkeit der Fälle. Infolge dieser wächst zwar einerseits die Fähigkeit des richtigen Erkennens und die Erfahrung der Ärzte; sie muß aber notwendigerweise an Stelle der individualisierenden zur schematischen Behandlung führen, weil auch der hervorragendste Arzt nicht alle Fälle selbst behandeln kann, sondern gezwungen ist, mehr oder weniger ausgebildetes Hilfspersonal zu verwenden.

Diesen beiden großen Hauptfaktoren gegenüber spielt das Daniederliegen des Willens oder die falsch eingestellte Energie des Patienten eine geringere Rolle. Da aber selbst durch die bestgelungenen Maßnahmen, oft an Stelle des idealen Operationsresultates, nur ein teilweiser Erfolg (Entkrüppelung) zu erzielen ist, so muß hier wie in der ganzen Orthopädie die größte Anstrengung darauf gerichtet sein, die Entstehung typischer Deformitäten zu verhüten. Im Frieden haben die Verhütungsbestrebungen (Prophylaxe) reiche Früchte gezeitigt; in der Kriegsorthopädie sind sie nur in beschränktem Maße möglich. Es ist nicht möglich, die Zahl und die Schwere der verderblichen Verletzungen zu beschränken. Als Verhütungsmaßregeln bleiben daher nur die Verbesserungen der Bergung der Verwundeten und der möglichst schnelle und schonende Transport in Speziallazarette übrig, in Lazarette und Anstalten, die mit allen Hilfsmitteln ausgerüstet sind, die jenen schweren Aufgaben gewachsen sind.

Die theoretischen Auseinandersetzungen über Beseitigung deform geheilter Knochenbrüche durch Osteotomie (Knochendurchmeißelung) sind durch die hundertfachen Erfahrungen in den Lazaretten vollauf bestätigt worden. Durch dieses Verfahren sind selbst hochgradige Verkürzungs- und Winkelstellungen bis auf geringe Reste ausgeglichen worden. In vielen Fällen ist dadurch wieder eine normale Geh- und Erwerbsfähigkeit, in einzelnen sogar Kriegsverwendungsfähigkeit erreicht worden. Auch die obenerwähnten Pseudarthrosen (falsche Gelenkbildung) wurden häufig durch Anfrischung der Bruchenden, Transplantation (Einpflanzung eines anderen Knochens) mit Naht und Verschraubung der Knochenstücke endgültig beseitigt.

Selbst nach wieder ausgebrochenen Eiterungen ist es doch zuweilen noch gelungen, das Operationsresultat durch alle möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Infektion zu erhalten. Der Streckverband, der an eingeschlagenen Nägeln oder angefügten Klammern angreift, der gefensterte Gipsverband haben manches Bein gerettet und wieder der vollen Funktion zugeführt. In vielen Fällen, in denen eine endgültige Konsolidation nicht erreicht wurde, blieb der Schienenhülsenapparat und als letztes Zufluchtsmittel, besonders an den unteren Extremitäten, die Amputation übrig. Mit beiden Maßnahmen und nachfolgender Prothese ist dann schließlich dem Beschädigten doch noch ein erträglicher Zustand beschieden gewesen.

Die in diesem Kriege besonders häufigen Lähmungen infolge Verletzung der peripheren Nervenstämme sind prinzipiell mit möglichst frühzeitiger Nervennaht behandelt worden. Die Technik der Nervenvereinigung wurde allmählich hervorragend entwickelt, besonders seitdem Speziallazarette für periphere Nervenverletzungen eingerichtet worden waren. So hat vor allem Stoffel-Mannheim Operationsmethoden geschaffen, die manches gelähmte Glied wieder zu voller oder genügender Funktion brachten. Beachtenswert sind die Fälle, bei denen nach Jahr und Tag die Wiederkehr der Nervenfunktion eintrat, selbst nach Verletzungen des komplizierten Nervengeflechtes am Hals und in der Achselhöhle. Bei schon irreparablen Lähmungen der Hand, infolge Verletzung der motorischen Nerven, ist nach Versagen der Nervennaht noch eine gute Funktion durch Verpflanzung der Sehnen an der Handwurzel nach dem Verfahren von Perthes usw. erzielt worden. Die unschöne und fast wertlose Hängehand ist in vielen Fällen so gut korrigiert worden, daß der Verwundete mit seiner Hand wieder sehr viele Verrichtungen für bestimmte Berufe ausführen konnte. Schließlich hat man häufig mit federnden Schienenhülsenapparaten die schweren Verletzungsfolgen ausgleichen können.

Die hochgradigen Kontrakturen und Ankylosen der Gelenke sind nach Ablauf der stürmischen

Entzündungserscheinungen in ausgiebigster Weise mit Medikomechanik und Massage behandelt worden. Wenn diese Methode nicht zum gewünschten Ziel führte, ist mit operativer Lockerung durch Sehnenverlängerung und Kapselentfernung, schließlich mit sekundärer Resektion des betreffenden Gelenkes oder durch eine Knochendurchmeißelung ober- und unterhalb des Gelenkes noch mancher Erfolg bei Patienten, die früher zeitlebens zur Krücke verurteilt waren, erreicht worden. In einzelnen Fällen ergab die Bildung eines neuen Gelenkes, besonders am Ellenbogen- und Handgelenk funktionell ausgezeichnete Resultate. Auch am Knie hatte man manchmal darin Erfolge, sonst aber sind die Patienten mit einem in guter Stellung versteiften Knie auch vollständig befriedigt worden. So ideal auch von vornherein die Bildung eines neuen Gelenkes ist, so muß doch berücksichtigt werden, daß diese Behandlungsart sehr zeitraubend ist und an den Willen des Verletzten zur Erzielung der Funktion enorme Anforderungen stellt. Prof. Lexer / Freiburg i. Br. hat in seiner Wiederherstellungschirurgie ausführlich die angewandten Methoden dargestellt und Prof. Payr / Leipzig sich besonders um die operative Gelenkbildung (Gelenkplastik) des Knies verdient gemacht. Ich selbst habe auch über einige günstige Resultate mit Knocheneinpflanzung berichtet.

Der Ersatz verlorener Glieder oder Gliedabschnitte durch Kunstglieder (Prothesen) hat in diesem Kriege ganz besonderen Umfang angenommen. Infolge der großen Häufigkeit der Granatsplitterverletzungen mit den daraus folgenden schweren Infektionen, sind Amputationen entgegen der Erwartung viel öfter notwendig geworden. Diese enorme Häufigkeit hat zu einer gewaltigen Anstrengung der Ärzte geführt, hier helfend einzugreifen. An diesen Bestrebungen, die zunächst von den Orthopäden getragen wurden (7. Orthopädenkongreß 1916), haben sich später in anerkennenswerter Weise die Ingenieure und Bandagisten beteiligt. Nur durch das Zusammenarbeiten dieser drei Kreise konnte das Resultat erreicht werden, auf das die deutsche Wissenschaft allen Grund hat stolz zu sein.

Es sind zahlreiche ausgezeichnete Prothesen gebaut worden. - Hauptsächlich der Verlust der Arme führte zu erneuten Versuchen, willkürlich bewegte Prothesen zu konstruieren, nachdem das etwa 15 Jahre vorher von dem Italiener Vanghetti angewandte Verfahren sich nicht hatte durchsetzen können. Es ist das unvergängliche Verdienst Prof. Sauerbruchs / München, hieraus eine neue und bessere Methode ausgebildet zu haben, die darin besteht, durch die noch lebensfähigen Muskelreste des Armstumpfes quere Kanäle zu führen. In diese werden Elfenbeinstifte gesteckt und an ihnen biegsame Metallzüge angebracht, die nun eine künstliche Hand oder ein künstliches Ellenbogengelenk willkürlich bewegen können. Die damit ausgerüsteten Patienten lernen Zugreifen und selbst kleine Gegenstände, wie Streichhölzer, Kartenblätter usw. willkürlich festzuhalten und loszulassen. Sie können sich selbständig ankleiden, waschen usw., sogar schreiben.

Neben dem Sauerbruchverfahren hat die Ausbildung des sog. Carnesprinzips viele Erfolge gezeitigt. Der Amerikaner Carnes hatte schon vor dem Kriege Züge verwendet, die von den intakten Muskelbewegungen des Schultergürtels aus die künstliche Hand betätigten. Dieses Carnesprinzip wurde besonders von Prof. Schlesinger weiter zur fabrikmäßigen Herstellung von Gebrauchsarmen entwickelt. Neben dem Carnesarm fand der von Lange in München konstruierte Arm in Süddeutschland Verbreitung und warme Anerkennung, auch von seiten der Amputierten selbst. Besonders das traurige Los der doppelt Armamputierten ist durch diese willkürlich bewegten Kunstarme wieder erträglich geworden.

Kurze Zeit nach Sauerbruch hat Kruckenberg / Elberfeld mit einem neuen genialen Verfahren überrascht. Er hat bei Verlust der Hand, aber erhaltenem Unterarm diesen längs gespalten und aus den beiden Knochen Speiche und Elle eine willkürlich bewegliche Zange gebildet, mit welcher der Operierte mit großer Kraft seitliche Klemmbewegungen, wie mit zwei großen Fingern, auszuführen vermag. Er kann damit alle möglichen Gegenstände, selbst Bleistifte festhalten und gebrauchen. Diese kräftigen Spreizbewegungen sind dann umgesetzt und auf eine künstliche Hand für willkürliche Bewegungen übertragen worden. Es ist bewundernswert, wie nach dieser Methode

Operierte sogar die Schreibmaschine gebrauchen lernten. Neben diesen willkürlich bewegten Armen und Händen sind zahlreiche einfache Arbeitsklauen usw. konstruiert worden, mit denen die Verletzten besonders gröbere Handarbeiten, wie Tragen, Zuschlagen, Rechen, Graben usw. ausführen können. Ausgezeichnet hat sich namentlich die Arbeitsklaue von Keller bewährt, die von einem amputierten Bauern selbst erfunden und für seinen landwirtschaftlichen Betrieb ausgebildet worden ist.

Diese Leistungen haben bei Laien und Ärzten die größte Bewunderung hervorgerufen, so daß dadurch die an den Beinamputierten geleistete Arbeit fast in den Hintergrund getreten ist. Und doch ist auf dem Gebiet der Kunstbeinherstellung beinahe ebensoviel erreicht worden. Wer sich überlegt, daß der Beinamputierte in bezug auf den allgemeinen Lebensgenuß, infolge der Unmöglichkeit, sich selbst gut fortbewegen zu können, wesentlich schlechter dran ist als der Armamputierte, dem für seine Verrichtungen doch noch der andere gesunde Arm ausgleichend zur Verfügung steht, wird erst die großen Erfolge in der Konstruktion künstlicher Beine würdigen. Der Haupterfolg ist darin zu sehen, daß jetzt selbst der Oberschenkelamputierte in der Lage ist, mit beweglichem künstlichem Kniegelenk sich flott und sicher fortzubewegen. Wer den früheren plumpen Stelzbeinträger kennt, wird den wahren Fortschritt ermessen, wenn er sieht, wie sicher jetzt auch der Oberschenkelamputierte einhergeht. Es bleibt das Verdienst Höftmanns, schon im Frieden immer wieder auf die Wichtigkeit und die Möglichkeit des beweglichen künstlichen Knies hingearbeitet zu haben. Durch jahrelange Erfahrungen und Bemühungen hat Höftmann bewiesen, daß durch Rückverlegung der Kniequeraxe um 3 - 4 cm auch ein passiv bewegliches künstliches Kniegelenk genügende Standfestigkeit gibt, um den Patienten vor Einknicken und Hinstürzen zu bewahren. Trotzdem kann der Stelzfuß für einige Berufe, bei denen es auf besondere Standfestigkeit ankommt, nicht entbehrt werden, z. B. für Landwirte, Lastträger usw.

Es haben sich hauptsächlich zwei Typen des Kunstbeines herausgebildet. Das "Hülsen"- und das "Skelettbein". Dieses ist von Haßlauer / Frankfurt a. M. und von Schäfer / Mainz gebaut worden. Neuerdings wurde von Schede / München in Verbindung mit dem Mechaniker Habermann ein künstliches Kniegelenk mit natürlichen Gleitbewegungen der dem normalen Knie nachgebildeten Gelenkflächen konstruiert und dadurch der natürliche "weiche" Gang wesentlich gefördert. Die Fortschritte durch diese Maßnahmen sind so groß, daß bei vielen Trägern künstlicher Beine sich kaum noch sicher erkennen läßt, daß der Betreffende kein normales Kniegelenk mehr hat. Für die Unterschenkelamputierten sind so ausgezeichnete Prothesen geschaffen, daß dieses Problem als vollständig gelöst angesehen werden muß. Die modernen künstlichen Füße sind so zweckmäßig konstruiert, daß alle billigen Wünsche erfüllt wurden.

Der einzelne auch noch so geniale Operateur oder Prothesenbauer hätte aber nicht das leisten können, was wirklich erreicht wurde, wenn nicht die ganze Arbeit im modernen Sinne organisiert worden wäre. Es bleibt das große Verdienst der Heeresverwaltung, der obersten Leitung des Sanitätsdienstes, des Feldsanitätschefs v. Schjerning und des Chefs des Sanitätswesens der Heimat Generalarzt Schultzen, alle die von den Chirurgen und Orthopäden ausgehenden Anregungen bereitwilligst aufgenommen und in die Tat umgesetzt zu haben. So entstanden die großen Werkstätten für die künstlichen Arme in Singen, so die vielen orthopädischen Lazarette in jedem Armeekorps, in denen der Prothesenbau und die Übungstherapie besonders gepflegt wurden. So entstand die Prüfungsstelle für künstliche Glieder usw. in Charlottenburg, unter den Ingenieuren Prof. Hartmann und Prof. Schlesinger, die zu neuen Konstruktionen anregte und die mannigfachen Erfahrungen kritisch sichtete. In regem Austausch und steter Zusammenarbeit mit der Prüfungsstelle in Wien, der Technik der Kriegsinvaliden, unter Exz. Exner, sind besonders die Normalisierungsbestrebungen gefördert worden. Ohne die ausgedehnte Übungstherapie wäre es unmöglich gewesen, die bewundernswürdigen Leistungen hervorzubringen. Die glänzendste Operation, die beste Prothese kann nichts nützen, wenn der Wille und die körperliche Leistungsfähigkeit des Verletzten nicht gehoben und angeleitet wird. Medikomechanik und

Massage allein genügten nicht; erst die Anleitung und Möglichkeit zu schaffender Tätigkeit führte zum Ziel. Es war daher ein sehr glücklicher Gedanke, an möglichst vielen Stellen Arbeitslazarette einzurichten. Erfahrungsgemäß erlahmt selbst der festeste Wille, wenn es sich darum handelt, monatelang hindurch jeden Tag längere Zeit ein verletztes Glied unzählige Male mit oder ohne Widerstand zu bewegen. Wenn man dagegen dem Verletzten Gelegenheit gibt, an der Hobelbank, am Schraubstock, auf dem Schusterschemel etwas Nützliches zu verfertigen, wird die Schaffensfreude angeregt; die trübe Stimmung verschwindet, und die Kraft und Geschicklichkeit der Hände nimmt zu. Hierbei hat man sehr häufig beobachten können, daß der Einarmige schließlich seine Prothese wegläßt und den Stumpf so übt, daß dieser allein ihm die fehlende Hand im großen Umfang ersetzt. Ähnlich verhält es sich bei den Beinverletzten mit den Turnspielen. Ich habe selbst Einbeinige mit den Krücken Fußball spielen und den Ball treiben sehen.

Auch auf dem Gebiet der Verhütung von Deformitäten, auf deren besondere Schwierigkeit ich hingewiesen habe, sind im Laufe des Krieges große Fortschritte gemacht worden. Die Bergung der Verwundeten, der Transport in Speziallazarette, die Errichtung dieser Speziallazarette, alles gestaltete sich immer vollkommener. Die einzelnen Ärzte wurden je nach ihrer Fähigkeit und Ausbildung immer mehr und immer besser in den großen Organismus eingegliedert. Die Erfahrungen der Knappschaftslazarette, der Unfallkrankenhäuser usw. im Frieden konnten auch für die Kriegslazarette nutzbringend verwandt werden. Auch orthopädisch ausgebildete Sanitätsoffiziere waren vorhanden. Bei einzelnen Armeekorps bestanden schon im Frieden Kommandos zum Unterricht in der Orthopädie. Die dort ausgebildeten Sanitätsoffiziere haben sich ausgezeichnet bewährt und von sich aus wesentlich dazu beigetragen, die orthopädischen Leistungen zu fördern. Dagegen waren die Zivilärzte, auch die jüngeren, nicht in dem Maße vorgebildet, wie es gefordert werden mußte. Mancher Arm und manches Bein hätte vielleicht gerettet werden können, manche militärärztliche Maßnahme der Obersten Heeresleitung wäre mit mehr innerem Verständnis erfüllt worden, wenn die Orthopädie in Deutschland auf der Universität eine bessere Pflege gefunden hätte und die Medizinstudierenden darin gründlicher ausgebildet worden wären. Ich brauche nur auf den Mangel an Lehrstühlen in der Orthopädie hinzuweisen. So wurde für viele Ärzte erst der Krieg ihr Lehrmeister in der Orthopädie. Daß trotz dieser Mängel so viel geleistet worden ist, bleibt ein glänzendes Zeugnis für die ausgezeichnete Organisation des Kriegssanitätswesens. 1918 standen die deutschen Ärzte in dieser Beziehung auf der Höhe. Der Orthopädenkongreß 1918 in Wien zeigte die großen Fortschritte in allen Zweigen der Kriegsorthopädie. Dann kam der Umsturz... Es bleibt eine höchst traurige Erinnerung, daß man mit ansehen mußte, wie alle diese segensreichen Maßnahmen durch den Unverstand verhetzter und entfesselter Massen in den Lazaretten vernichtet worden sind. Daß viele Kriegsbeschädigte mit ihrem Zustand nicht zufrieden sind, und es oft auch nicht sein können, ist menschlich leicht zu verstehen; aber es sind sowohl den behandelnden Ärzten, als auch den Einrichtungen meist unberechtigte Vorwürfe gemacht worden für Vorkommnisse, welche die interessierteste und menschenfreundlichste Arbeit nicht verhindern konnte. Trotz aller übelwollenden Kritik und trotz des unbesonnenen Nacherzählens von "unerhörten Vorfällen" bleibt es doch bestehen, daß auch vom Sanitätsdienst, und besonders auf dem Gebiet der Orthopädie, Aufgaben gelöst worden sind, die man in früheren Kriegen für unlösbar gehalten hätte. Und in der tiefen Trauer über den Ausgang des Weltkrieges und das Unglück des Vaterlands bleibt es für die deutschen Ärzte ein tröstlicher Gedanke, daß die reichen medizinischen und speziell orthopädischen Erfahrungen dieses furchtbaren Ringens nach ihrer Vertiefung durch die wissenschaftliche und sorgsame Friedensarbeit noch lange segensreich fortwirken werden, nicht nur zum Nutzen der invaliden Helden des Krieges, sondern auch in Zukunft zum Heile der bedrohten Helden der Arbeit in ihren gefahrbringenden Berufen.

Zahnheilkunde.
(Von Zahnarzt Dr. Bolstorff, Berlin.)

Die Erkenntnis der Wichtigkeit zahnärztlicher Hilfe im Kriege war schon früher dadurch zum Ausdruck gekommen, daß gelegentlich der kriegerischen Operationen in den Kolonien den Truppen ein Zahnarzt mit der nötigen Ausrüstung beigegeben worden war. Die Erfahrungen im Russisch-Japanischen und im Balkankriege hatten gelehrt, daß bei der modernen Kriegführung mit einem erheblichen Zugang von Kieferverletzten zu rechnen sei. Im Großen Kriege 1914 bis 1918 waren den Feldlazaretten in der ersten Kriegszeit Zahnärzte nicht zugeteilt. Bei den Verhältnissen des Stellungskrieges wurde die Nachfrage größer; es kam auch in Betracht, daß die zahnkranken Soldaten, die im übrigen gesund und arbeitsfähig, im Notfalle auch im Gefecht zu verwenden waren, der Truppe zu lange entzogen blieben, wären sie den mehr oder weniger weit zurück liegenden Zahnstationen der Kriegslazarette oder gar in die Heimat überwiesen worden. Es wurden daher Zahnstationen auch bei den Feldlazaretten eingerichtet, zu denen Zahnärzte aus den Kriegslazarettabteilungen abkommandiert wurden. Die Zahl der Zahnärzte an den Kriegslazarettabteilungen wurde bis auf 7 für jede erhöht. Im Juli 1917 wurde bei einem Feldlazarett jeder Division und bei den Sanitätskompagnien der Divisionen, die kriegsgliederungsgemäß kein Feldlazarett hatten, eine planmäßige Zahnarztstelle eingerichtet. Diese Zahl wurde im August 1918 auf zwei erhöht. Außerdem wurde durch Abkommandierungen von Zahnärzten im Unteroffizier- und Mannschaftsrang nach Bedarf für genügende zahnärztliche Hilfe Sorge getragen. Jedem Zahnarzt wurde ein Zahntechniker beigegeben. Auch ihre Zahl wurde je nach Bedarf durch Abkommandierungen erhöht. - Das zahnärztliche Instrumentarium war von Sachverständigen in dem zahnärztlichen Kasten, dem sich später ein vollständiges Vulkanisiergerät anschloß, zusammengestellt. Ein solcher Kasten wurde jedem Zahnarzt zur Verfügung gestellt. Außerdem führte ein jeder Zahnarzt noch ein Taschenbesteck bei sich, um im Notfalle kleinere Operationen sofort ausführen zu können.

Für bodenständige Formationen wurden Gruppenzahnstationen eingerichtet; ebenso im besetzten Gebiet (Brüssel, Warschau). Der Betrieb war dort vollkommen friedensmäßig. Hierzu kamen noch die Zahnstationen der Festungs- und Reservelazarette in der Heimat und die großen Kieferlazarette, die ausschließlich Kieferschußverletzungen behandelten. Besondere Kieferlazarette befanden sich in Berlin, Düsseldorf und Straßburg. Außerdem errichteten fast alle zahnärztlichen Universitätskliniken und viele Reservelazarette Spezialabteilungen für die Behandlung von Kieferverletzten.

Während des Bewegungskrieges konnte von Einrichtung größerer Zahnstationen nicht die Rede sein, wie auch die Tätigkeit des Zahnarztes sich mehr auf schmerzstillende Einlagen und einfache Füllungen, sowie auf provisorische Schienungen der Kieferverletzten beschränken mußte. Mit Eintreten des Stellungskrieges änderten sich die Gesichtspunkte, unter denen der Zahnarzt seine Stationen einzurichten und seine Tätigkeit auszuführen hatte.

An größeren Orten mit größerer Belegung, wichtigen Verkehrsverbindungen und umfangreichen Lazarettanlagen, z. B. in Lille, St. Quentin, Warschau u. a., wurden ganz große Zahnstationen eingerichtet mit oder ohne Teilung des Betriebes, d. h. entweder war die Abteilung für die zahnärztliche Chirurgie mit der der Technik vereinigt und die der konservierenden Zahnheilkunde gesondert oder alle Abteilungen wurden gesondert geführt. In St. Quentin z. B. wurde ein ganzes Haus nur für zahnärztliche Zwecke mit 5 Operationszimmern hergerichtet. Die Einrichtungen der Operationszimmer wurde durch Beitreibung beschafft, so daß sie mit Ölpumpstühlen, elektrischen Bohrmaschinen, Waschtischen mit Wasseranschluß und anderen modernen Einrichtungsgegenständen versehen waren. Zu diesen Räumlichkeiten kamen noch zwei Räume, die zu einem technischen Laboratorium eingerichtet und mit allen technischen Hilfsmitteln versehen waren. In kleineren Orten wurde von der Zwei- resp. Dreiteilung abgesehen. Diese Zwei- oder Dreiteilung

hatte sich zwecks schnellerer Abfertigung der Patienten als das Beste erwiesen. Selbstverständlich mußten die einzelnen Abteilungen Hand in Hand arbeiten, obgleich jeder Zahnarzt vollkommen selbständig arbeitete und die Zahnärzte untereinander koordiniert waren.

Die Station unterstand dem Chefarzt des Lazaretts, verantwortlich diesem gegenüber war der zeitälteste Zahnarzt. Diese großen Stationen waren vollkommen auf Klinikbetrieb eingerichtet. Infolge der guten Ausrüstung konnten fast sämtliche zahnärztlichen Behandlungen und auch in betreff von Zahnersatz jede Arbeit ausgeführt werden. Die Stationen der Feldlazarette und Sanitätskompagnien waren selbstverständlich einfacher eingerichtet; aber infolge der größeren Erfahrung, die die Zahnärzte sich allmählich bei der Länge des Krieges erwarben, wurden auch diese Stationen reichhaltiger ausgerüstet. Sie sind in jeder Beziehung den an sie gestellten Forderungen gerecht geworden und haben durchweg eine große, zum Teil außerordentliche Leistung vollbracht.

So hatte ein Zahnarzt an der Front innerhalb dreier Monate fast 7000 Patienten; sein Techniker erledigte im Monat durchschnittlich 100 Reparaturen und fertigte 25 neue Ersatzstücke. Fischer[26] berichtet von einer Tagesleistung von 220 Patienten und 60 Sitzungen für Zahnersatz bei 5 Zahnärzten der Station im August 1915. In St. Quentin wurden in der zweiten Hälfte 1916 (Sommeschlacht) im Durchschnitt von 4 - 5 Zahnärzten täglich 280 Zahnkranke behandelt, davon 100 chirurgisch. Im Düsseldorfer Kieferlazarett kamen in 2 Jahren 7748 Kieferverletzte zur Aufnahme; es wurden 1680 größere Operationen gemacht, darunter 204 Transplantationen am Unterkiefer. In Danzig[27] wurden in einem Jahr (1. September 1916 bis 1. September 1917) 14 726 Zahnkranke in 46 720 Sitzungen behandelt, 243 größere Operationen gemacht und 5211 Ersatzstücke und Reparaturen geliefert. Schon aus diesen wenigen Beispielen ergibt sich zahlenmäßig die Größe der zahnärztlichen Leistungen im Kriege.

Die Tätigkeit des Zahnarztes im Felde teilte sich in zwei Gruppen: die zahnärztliche Behandlung der Zahnkrankheiten, auch in chirurgischer Beziehung, Zahnersatz und Zahnpflege; und die zahnärztliche chirurgische Behandlung der Kieferverletzungen.

Die erste Gruppe kann im Kriege natürlich nicht die wichtigste sein. In dieser Hinsicht sollte nur das geschehen, was dringend notwendig war, um die Dienstfähigkeit zu erhalten, damit der Mann seiner Soldaten- und Kriegspflicht nachkommen konnte. Dieser Grundsatz wurde auch bei Beginn des Krieges aufrechterhalten, schon weil es sich bei einem Bewegungskriege nicht durchführen läßt, alles an den Zähnen auszuführen, was wünschenswert ist. Bei der langen Dauer des Krieges und bei der im Stellungskrieg gegebenen Möglichkeit mußte von diesem Grundsatze abgegangen werden. Zahnpflege im eigentlichen Sinne ist dann später in weitgehendstem Maße ausgeübt worden.

In betreff des Zahnersatzes mußte wegen Mangel an Kautschuk zu Ersatzpräparaten gegriffen werden. Bei der großen Menge von Anforderungen war es jedoch nicht möglich, jeden Zahnersatz anzufertigen. Es war dies nach dem jeweiligen Zustande des Gesamtgebisses zu beurteilen. Ersatzstücke aus nur kosmetischen Gründen konnten selbstverständlich nicht bewilligt werden. Dagegen wurden sämtliche Reparaturen zerbrochener Ersatzstücke vorgenommen. Leider war es bei der starken Inanspruchnahme des einzelnen Zahnarztes ein Ding der Unmöglichkeit, jedem Patienten eine vollkommene Sanierung zukommen zu lassen, auch konnte dies nicht im Sinne der Einrichtung sein. Im großen und ganzen können die Leistungen der zahnärztlichen Arbeit als durchweg gut bezeichnet werden, obgleich die Schwierigkeiten, unter denen gearbeitet werden mußte, zum Teil sehr groß waren und die weiter vorgeschobenen Stationen häufig durch Beschießung und Fliegerangriff zu leiden hatten.

Viel wichtiger im Kriege war zweifellos die zweite Gruppe der zahnärztlichen Tätigkeit: Die chirurgische Fürsorge für die Kieferverletzungen. In früheren Kriegen waren Kieferverletzungen

äußerst selten. Im Kriege 1870/71 wurden bei jedem Armeekorps im Monat durchschnittlich 8 Fälle einschließlich der tödlich verlaufenen behandelt. Aus dem Russisch-Japanischen, sowie aus dem Balkankriege hatte man gelernt, daß die moderne Kriegführung viele Kopfverletzungen und unter diesen besonders viele Kieferverletzungen mit sich bringt.

Von großer Wichtigkeit für ihren guten Verlauf erwies sich die möglichst frühzeitige sachgemäße Einrichtung der zertrümmerten Knochen. Durch frühzeitige Schienung, die eine Verschiebung der Bruchstücke verhinderte, wurden die Nahrungsaufnahme und die Sprache erleichtert und die Schmerzen behoben. Die Unterlassung der Schienung hatte häufig eine fehlerhafte Einstellung der Bruchstücke zur Folge. Die Schienung erfolgte meistenteils mit dem "Schroederschen Drahtbügelverband", dessen Instrumentarium jedem zahnärztlichen Kasten beigegeben war. Im Notfalle konnte eine solche Schiene aus vorhandenen Drahtbeständen angefertigt werden.

Nach der ersten vorläufigen Versorgung auf den Verbandplätzen der vorderen Linie wurden die Kieferschußverletzten so bald als möglich in ein Lazarett mit Zahnstation überführt und, sofern es ihr Zustand irgendwie erlaubte, schleunigst einem der Kieferlazarette in der Heimat überwiesen.

Erfahrungsgemäß erforderten die Kieferschußverletzungen meist eine lange Heilungsdauer und vor allem ein enges Zusammenarbeiten zwischen Chirurg und Zahnarzt. Diese Zusammenarbeit hat viele Leute, die früher der Invalidität anheimgefallen wären, wiederhergestellt. Auf dem Gebiete der Plastik und Prothetik ist hier ganz Hervorragendes geleistet worden. Die zahnärztliche Versorgung des Heeres hat auf die Allgemeinheit auch erzieherisch gewirkt. Wird doch die Zweckmäßigkeit einer geregelten Untersuchung, sowie der Wert der Zahn- und Mundpflege jetzt bedeutend mehr als früher gewürdigt. Allerdings ist wegen der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht für den großen Teil der männlichen Bevölkerung Deutschlands, der sonst durch die Schule des Militärdienstes gegangen wäre, die Möglichkeit sorgsamer Zahnpflege fortgefallen. Und auch diese hätte bei anderem Ausgang des Weltkrieges einen weiteren, für das Volksganze wertvollen Ausbau erfahren und viel Segen für die Volksgesundheit gebracht.

Innere Medizin - Ernährungsfragen - Seuchenlehre.

(Von Prof. Dr. His, Berlin.)

Der letzte größere Krieg, den das deutsche Volk geführt hatte, 44 Jahre vor dem Weltkriege, war von kurzer Dauer und spielte sich in zivilisiertem Lande, unter Einsatz der rüstigsten Mannschaften des aktiven und Reservealters ab. Der Weltkrieg beanspruchte auch die älteren Jahrgänge der Landwehr und des Landsturms, zum Teil sogar in der Front; er führte die Truppen in die dünn bevölkerten, wenig kultivierten Regionen Rußlands und der Balkanländer, in die subtropischen Gebiete Mazedoniens und der Türkei, in Gegenden, deren Klima ungewohnte Anforderungen stellte, und in denen seltene oder ausgestorbene Seuchen heimisch waren und unter den Kriegsverhältnissen ungewohnte Ausdehnung annahmen. Daraus erwuchsen für die Ärzte, denen die sanitäre Überwachung und die Behandlung der Truppen oblag, mannigfache neue Aufgaben, die auch den Ärzten des aktiven Heeres trotz ihrer allseitigen Ausbildung in allen Teilen des Heeressanitätswesens ungewohnt waren; die Mehrzahl der Ärzte aber gehörte der Reserve an und hatte nur eine kurzdauernde militärische Ausbildung genossen; die landsturmpflichtigen und die vertraglich angestellten Zivilärzte entbehrten einer solchen überhaupt. Dennoch haben sich alle Klassen den Anforderungen anzupassen gewußt; gerade unter den dem Heere fernerstehenden Ärzten waren viele dank einer besonderen wissenschaftlichen Ausbildung besonders geeignet, die neuen Erfahrungen zu erfassen und wissenschaftlich zu vertiefen. Als beratende Instanzen kamen bald nach Kriegsbeginn ein Beratender innerer Mediziner und ein Pathologe für jede Armee zu den Beratenden Chirurgen und Hygienikern hinzu. Diese wissenschaftlichen Instanzen wurden nach Bedarf in Front, Etappe oder Heimat verwendet, auch gelegentlich mit Spezialaufgaben betraut; ihre

Aufgabe war sowohl die Beratung im Einzelfall, wie die Bearbeitung des wissenschaftlichen Materials und wissenschaftlicher Ergebnisse, wobei sie durch Einrichtung von Sonderlazaretten und Laboratorien wirksam unterstützt wurden; vor allem auch die Berichterstattung an den Chef des Feldsanitätswesens und der Austausch der Erfahrungen zwischen Feld und Heimat. Kongresse, zu denen alle abkömmlichen Heeresärzte kommandiert wurden, vereinigten u. a. 1916 die Internisten in Warschau, die Nervenärzte in München, die Pathologen in Frankfurt zu gemeinsamer und fruchtbringender Beratung. Die medizinische Fachpresse sammelte in feldärztlichen Beilagen die auf den Krieg bezugnehmenden Veröffentlichungen und stellte sie in weitgehender Weise den Truppenärzten zu. Besondere Fragen wurden in Sitzungen des Senats der Kaiser-Wilhelms-Akademie in Berlin eingehend verhandelt. Besonders wertvoll auch für die Zukunft sind die Sammlungen von Röntgenplatten der Verletzungen, von pathologischen Präparaten, Abgüssen und Moulagen, die im Gebäude der ehemaligen Akademie vereinigt, zum Teil noch der wissenschaftlichen Verarbeitung harren. Nicht ganz befriedigend ist die Statistik der während des Krieges aufgetretenen Krankheiten. In der Einsicht, daß die während eines Feldzugs einlaufenden Krankheitsmeldungen unter dem Drang der Umstände naturgemäß unvollkommen bleiben müssen, wurde die Sammlung sämtlicher Krankengeschichten zwecks späterer Verarbeitung vorgesehen. Das bei der langen Kriegsdauer ins Ungemessene angewachsene Material wurde während der Unruhen der Revolution zum Teil verschleudert. Dem jetzt stark reduzierten Sanitätspersonal wird die Bearbeitung des Restes nicht mehr möglich sein. So bleiben manche, auch praktisch z. B. für die Unfallrechtsprechung wichtige Fragen noch ungelöst. Trotz dieser Unvollkommenheiten sind die gesicherten ärztlichen Erfahrungen des Weltkrieges ungemein zahlreich und bedeutsam.

Die Schwierigkeiten begannen für den Arzt schon bei der Aushebung der Diensttauglichen. Das Friedensheer stellte ausgesuchte Mannschaften von 20 bis 24 Jahren ein; schon Schönheitsfehler, wie Stottern, schlossen Militärdienst aus. Genaue Bestimmungen und große Erfahrung der Militärärzte sicherten die Auswahl. Mit Beginn des Krieges strömten Freiwillige jeden Alters und Kräftezustandes herbei; die Auswahl wurde weniger erfahrenen Ärzten anvertraut. Kriegsbegeisterung und Unkenntnis der zu erwartenden Strapazen führten viele dem Heere zu, die nach kürzerer oder längerer Zeit sich als ungeeignet erwiesen. Je länger der Krieg dauerte, um so weiter mußten die Anforderungen an den Ersatz herabgesetzt werden, bis die Erfahrung nötigte, eine scharfe, wenn auch unter der Friedenslinie verlaufende Grenze zu ziehen. In Einzelfällen konnten 14 - 15jährige Knaben und 68jährige Greise, wie etwa der Leipziger Theologieprofessor C. R. Gregory, den Anforderungen des Infanteriedienstes gewachsen sein; in der Regel aber bildet das Alter von 18 - 19 Jahren die untere, das von 40 - 45 Jahren die obere Grenze der Tauglichkeit, und schon im Landwehralter war die Befähigung zum Stellungskampf zwar erhalten, maximale Marschleistung aber nicht mehr durchweg möglich. Die äußere Körperform so wenig als früher überstandene Krankheiten allein ermöglichen ein Urteil über die Tauglichkeit; gelegentlich fanden sich ganz schwächlich gebaute, wie auch Träger früherer Lungentuberkulose unter den Ausdauerndsten. Ganz besonders schwierig war die Beurteilung solcher, die bereits im Kriege Krankheiten überstanden, Verwundungen erlitten oder durch Explosion und Verschüttung nervös geschädigt waren. Hier zeigte sich der überwiegende Einfluß der seelischen Verfassung, des "Kriegswillens", auf die Leistungsfähigkeit. Seit den ersten Kriegsmonaten fiel die Zahl der Herzleidenden auf, von denen nur wenige die bekannten Schädigungen des Herzens durch Krankheiten, Lues, Arteriosklerose aufwiesen; bei der Mehrzahl war es die körperliche und seelische Erschöpfung, die sich zuerst oder ausschließlich in Herzbeschwerden äußerte. Diese Krankheitszustände waren vom Sport her nicht unbekannt, aber den meisten Ärzten doch wenig geläufig. Nachdem ihr Wesen erkannt, konnten die meisten der Kranken der Genesung zugeführt werden. Daß die sog. Erkältungskrankheiten die Truppen heimsuchen würden, war zu erwarten; ihr Zusammenhang mit Kälte und Nässe prägte sich in den Frequenzkurven der ganzen Armee wie einzelner Truppenteile aus. Im Vergleich zu der Stärke, in der diese Schädigungen auf die Truppen einwirkten, blieb indessen die Zahl der Erkrankungen hinter den Befürchtungen weit zurück. Statistisch waren sie genau so häufig wie bei den entsprechenden Altersklassen der

Friedensbevölkerung. Es hatte also eine weitgehende Anpassung durch Übung und Abhärtung den erhöhten Anforderungen standgehalten. Auch die extremen Klimata des Ostens, Nordens und Südens ließen erkennen, wieweit der Mitteleuropäer sich fremdartigen Verhältnissen anzupassen vermag.

Die Ernährung der Truppen, auf Friedenserfahrungen begründet, konnte dank den Entbehrungen der Heimat bis zum Ende ausreichend erhalten werden; von den eigentlichen Hungerkrankheiten blieb die Truppe verschont. Das Studium dieser Krankheiten in der Heimat, besonders in den auf Zwangsernährung angewiesenen Anstalten, in den Gefangenenlagern hinter der Front und bei der Bevölkerung besetzter Gebiete ließ Bilder erkennen, die uns gänzlich oder wenigstens in solchem Umfange neu waren. Eine allgemein unzureichende, eiweiß- und fettarme, an Wasser reiche Kost (Rübenwinter) erzeugte Anschwellung des Körpers, Ergüsse in den Körperhöhlen, und äußerste Widerstandslosigkeit gegenüber selbst leichtesten Infektionen; ausschließliche Ernährung mit Konserven und trockenen Hülsenfrüchten, wie in Balkan und Türkei üblich, führte zu dem seit den Segelfahrerzeiten bei uns fast ausgestorbenen Skorbut. In der Heimat wirkte **die Hungerblockade** so, daß die Anstalten mit Zwangsernährung nahezu ausstarben und die Sterblichkeit an Tuberkulose auf das Zweieinhalbfache anstieg. Schleichhandel und Sendungen aus besetzten Gebieten haben die Gesamtbevölkerung vor ähnlicher Dezimierung bewahrt.

Ansteckende Krankheiten sind von jeher unzertrennliche Begleiter der Kriege gewesen. Enges Zusammenleben, vielfache Bewegung der Truppen und Gefangenen, der flüchtenden Bevölkerung, unhygienische Verhältnisse, Erschwerung der Reinlichkeit, der Wasserversorgung und Abfuhr sind schuld, daß die Keime leicht Verbreitung finden und schwer zu bekämpfen sind. Nun zeigt sich aber, wie groß die Vorteile sind, die aus der von Pasteur und Koch angebahnten Kenntnis der Erreger und ihrer Lebensbedingungen für die Seuchenbekämpfung erwachsen. Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse wurde zum erstenmal in einem großen Kriege erreicht, daß die Zahl der an Seuchen Verstorbenen bei weitem hinter der an Verletzungen Erlegenen zurückblieb; es ist nie vorgekommen, daß ein Truppenteil wegen Durchseuchung aus der Kampflinie zurückgezogen werden mußte. Immerhin blieb die Zahl der Seuchenkranken noch recht beträchtlich und gab Gelegenheit zu reicher Beobachtung. Die Unvermeidlichkeit der Seuchen ergibt sich aus den besonderen Verhältnissen, unter denen die Truppen leben mußten. Die Erreger vieler ansteckenden Krankheiten, des Typhus, der Cholera, der Ruhr, vermehren sich im Darm und werden mit den Entleerungen ausgeschieden und verbreitet. Eine geregelte Abfuhr und das Aufsuchen der Infektionsquelle in jedem Einzelfall, die im Frieden diese Krankheiten in Deutschland nahezu ausgerottet hatten, waren im Felde nur sehr beschränkt durchführbar. Wohl wurden abseits gelegene Latrinen angelegt, deren Konstruktion die Erfindungsgabe der Ärzte lebhaft beschäftigte, aber die Verschleppung durch Stiefeln u. dgl. blieb unvermeidlich; noch weniger möglich die Beseitigung der Fliegen, der unheilvollen Verschlepper der Ruhr und anderer Darmerkrankungen. Bakteriologische Untersuchung der Kranken sowohl wie ihrer Umgebung ist um so wichtiger, als geheilte Kranke Monate und Jahre hindurch den Erreger bei sich beherbergen und für ihre Umgebung eine beständige Gefahr bilden können. Ja, es können Personen, ohne jemals selbst zu erkranken, Träger von Krankheitskeimen werden. Solche Dauerausscheider oder Bazillenträger zu ermitteln, ist nur durch Untersuchung ganzer Truppenteile möglich, erfordert viel Personal und Einrichtungen und kann deshalb nur unter besonders günstigen Bedingungen ausreichend durchgeführt werden. Daher hat man den Versuch gemacht, die Empfänglichkeit für die Ansteckung ähnlich wie bei der Pockenimpfung dadurch herabzusetzen, daß man die Widerstandsfähigkeit durch Einspritzen abgetöteter Bazillenkulturen erhöhte. Über derartige Schutzimpfungen gegen Typhus lagen Erfahrungen aus Südwest, aus Nordamerika, Indien, Japan vor; gegen Cholera waren sie in den Balkankriegen angewandt worden. Über den Erfolg sind die Akten noch nicht völlig abgeschlossen. Sicher ist, daß der Schutz nicht wie bei der Pockenimpfung fast absolut, sondern nur relativ ist; es können Geimpfte erkranken. Indessen sanken Krankheitsdauer und Sterblichkeit mit der Zahl der überstandenen Impfungen, und nachdem das

ganze Heer 1916 mehrmals durchgeimpft worden war, erlosch der Typhus bis auf wenige Einzelfälle. Noch früher verschwand die Cholera. Sie stammte aus den schon vor dem Kriege verseuchten russischen Provinzen Wolhynien und Podolien, wurde von den russischen Truppen auf die Zivilbevölkerung Galiziens, von da auf österreichisch-ungarische Truppen und weithin in die Monarchie verschleppt, erreichte Herbst 1914 Schlesien, 1915 die in Galizien und Polen stehenden Truppen, erlosch aber im Februar 1916 und trat seitdem nur vereinzelt in Flüchtlingslagern auf. Die Heimat, obschon durch Gefangene und Urlauber mehrfach gefährdet, hatte kaum zu leiden. Sorgsame Überwachung der Flußläufe, der Einzelfälle und der Gefangenenlager bildete einen wirksamen Schutz. Wenn nach diesen glänzenden Erfolgen noch Zweifel an der Wirksamkeit der Schutzimpfung möglich sind, so liegt dies daran, daß außerdem die sorgsamsten hygienischen Maßnahmen durchgeführt wurden, und daß bei der seuchenhaften Ausbreitung der Infektionen Dinge mitspielen, die noch wenig bekannt sind, und die bewirken, daß auch ohne menschliches Zutun Seuchenzüge ein natürliches Ende nehmen. Auffallend bleibt, daß während bei den deutschen und verbündeten Truppen die Cholera 1916 erlosch, sie in Rußland die Bevölkerung andauernd und bis zum heutigen Tage heimsucht.

Die Bilder dieser Krankheiten stehen seit langem fest; beim Typhus konnte die häufige Beteiligung der Knochen durch das Röntgenverfahren, ferner ein bis dahin unbekannter schleichender Verlauf erkannt werden. Bezüglich der Ruhr wurde die Unterscheidung der Bazillenruhr in ihren verschiedenen Formen von der den südlichen Ländern eigentümlichen Amöbenruhr gefördert. Die Behandlung dieser Krankheiten nach ihrem Ausbruch mit abgetöteten Bazillenkulturen, nach Tierversuchen aussichtsvoll, brachte keine unbestrittenen Erfolge.

Insekten als Krankheitsüberträger haben in diesem Kriege eine sehr wichtige Rolle gespielt. Merkwürdigerweise sind es nicht Flöhe, Wanzen, Kopf- und Filzläuse, sondern lediglich die Kleiderläuse. Seit 1912 waren sie in Tunis durch Nicolle, in Amerika durch dortige Forscher als Überträger des Fleckfiebers erkannt worden. Die Kriegserfahrungen haben das uneingeschränkt bestätigt. So wurde die Verlausung der Truppen, Gefangenenlager und der Zivilbevölkerung, an sich schon eine Plage, zur schwersten Gefahr. Ein Zoologe, Prof. Hase, hatte die Aufgabe, die Lebensgewohnheiten der Tiere zu erforschen und kam dabei zu mannigfachen ungeahnten Entdeckungen. So gelang die Bekämpfung des gefürchteten Fleckfiebers befriedigend, doch konnte nicht vermieden werden, daß anfangs namentlich in den überfüllten und auf so raschen Zustrom nicht eingerichteten Gefangenenlagern große Epidemien ausbrachen. Die Heimat und die im Westen und gegen Italien kämpfenden Truppen blieben bis auf Einzelfälle verschont.

Der Erreger des Fleckfiebers wurde mit großer Wahrscheinlichkeit von Dr. da Rocha-Lima vom Hamburger Tropeninstitut in einem kleinen Zwillingsorganismus gefunden, der im Blute kreist, von der Laus aufgenommen wird, in ihrem Mitteldarm sich vermehrt und durch Biß auf neue Personen übertragen wird. Das Gebilde ist Rickettsia benannt. Die österreichischen Forscher Weil und Felix entdeckten, daß das Blut der Fleckfieberkranken bis weit über die Rekonvaleszenz hinaus die Eigenschaft annimmt, einen Bazillus, der nicht der Erreger ist, zu agglutinieren. Diese sehr regelmäßig auftretende Reaktion ist zum wichtigen diagnostischen Hilfsmittel geworden, um so wichtiger, als das Fleckfieber bei Kindern leichte, oft übersehene Krankheit hervorruft, dennoch aber durch sie verschleppt wird. All diese Erfahrungen wurden erst im Kriege gewonnen; vorher war es unvermeidlich, daß nicht wenige Ärzte und Pflegepersonen der gefährlichen Krankheit zum Opfer fielen.

Eine weitere, durch Läuse übertragene, bei uns nahezu ausgestorbene Krankheit ist das Rückfallfieber. Bei diesem scheint aber nicht der Biß, sondern das Zerkratzen der Läuseexkremente auf der Haut die Übertragung zu bewerkstelligen; daher das Freibleiben der deutschen, reinlicheren Truppen inmitten verseuchter Umgebung. Salvarsan erwies sich als fast unfehlbares Heilmittel.

Eine dritte, ebenfalls durch Läuse übertragbare Krankheit wurde überhaupt erst in diesem Kriege durch His und durch Werner beschrieben und nach den charakteristischen, alle fünf Tage erfolgenden Fieberanfällen als Fünftage- oder als wolhynisches Fieber bezeichnet. Nach Jungmann und Kuszynski wird es ebenfalls durch eine im Läusedarm sich vermehrende Rickettsia hervorgerufen. Im Russisch-Türkischen Krieg waren ähnliche Fälle beobachtet, aber als atypische Malaria gedeutet worden.

Die bisher nur vereinzelt und selten aufgetretene Weilsche Krankheit, ein mit Gelbsucht und Nierenentzündung verbundenes Fieber, trat im Westen in einigen hundert Fällen auf; es gelang Uhlenhuth und Fromme, wie auch gleichzeitig japanischen Forschern, als Erreger eine Spirochäte, eine Verwandte des Syphiliserregers, nachzuweisen. Sie wird durch Ratten und andere Tiere verbreitet und vermag durch die unverletzte Haut (etwa beim Baden) einzudringen.

Die Malaria, früher in Deutschland recht häufig, seit Jahrzehnten aber auf ganz vereinzelte Herde beschränkt, erlangte an der ganzen Ostfront, vom Baltikum bis nach Palästina, eine unerwartete Ausbreitung. Übertragen wird sie bekanntlich durch Stechmücken (Anopheles). In Rußland, Ungarn war die Krankheit heimisch, wenn auch nicht sehr verbreitet, häufiger in den Balkan- und türkischen Ländern, besonders entlang den Verkehrswegen. Die Ausbreitung zur Massenseuche wurde erst durch die Kriegsverhältnisse möglich: der Transport Kranker und erkrankt Gewesener, die jahrelang Träger der Keime bleiben und unter Umständen an Rückfällen erkranken, verbreitete den Infektionsstoff. Die Übertragung besorgten die überall, auch in Deutschland vorkommenden, in Tümpeln und Sümpfen besonders gedeihenden Anophelesmücken. Die Vorbeugungsmittel sind aus den Tropen längst bekannt; der persönliche Schutz durch Mückenschleier im Felde aber nur ausnahmsweise durchführbar, die Prophylaxe durch regelmäßig eingenommene Chinindosen versagte in einem Grade, den man nach Friedenserfahrungen nicht erwartet hatte. Teils wurde sie unvollkommen und widerstrebend durchgeführt, auch mußte, trotz der großen in Deutschland lagernden Chininmengen, doch mit Sparsamkeit über das nicht mehr zu ersetzende Material verfügt werden. Es scheint aber auch, daß die Strapazen dem Eindringen dieser wie anderer Infektionen Vorschub leisten, und an Strapazen fehlte es den in diesen warmen und wilden Gegenden kämpfenden Truppen wahrlich nicht. Auch der Erfolg der Chininbehandlung nach Ausbruch der Krankheit entsprach nicht den Erwartungen. Selbst im Tropendienst erfahrene Ärzte waren einigermaßen überrascht; die Neigung der Erreger, im Körper auch nach scheinbarer Heilung zu verharren und in Rückfällen wieder auszubrechen, war unerwartet groß. Salvarsan erwies sich bei Tertiana, aber nicht bei Tropenfieber wirksam, wenn auch nicht absolut zuverlässig. In schweren Fällen bewährte sich die Einspritzung von Chinin ins Blut. Todesfälle waren recht häufig; die extreme Schwäche und Blutarmut wich erst nach langer Rekonvaleszenz und hielt Tausende monatelang fern von der Front. Neben dieser Massenseuche traten die anderen Krankheiten des Mittelmeer- und Tropengebiets ganz zurück. Höchstens das lästige, durch eine kleine, äußerst gewandt durch alle Netze schlüpfende Phlebosomusfliege übertragene Pappatacifieber mit der enormen nachfolgenden Schwäche wurde an einzelnen Orten beschwerlich.

Eingeweidewürmer waren, wie man das bei den Trinkwasser- und Abfuhrverhältnissen nicht anders erwarten konnte, an allen Fronten sehr verbreitet, richteten aber wenig Schaden an. Die in Deutschland dank der Fleischbeschau nahezu ausgerottete Trichinose erforderte in Polen einige hundert Opfer, nicht durch Tod, aber durch langwierige Schwächung; sie gab zu neuen wertvollen Beobachtungen über Verlauf und Behandlung Anlaß. Zu den Infektionskrankheiten muß vielleicht auch jene Nierenentzündung gerechnet werden, die im Frühjahr 1915 erschien und im Winter 1916/17 bis auf spärliche Einzelfälle erlosch. Dieser Verlauf beweist, daß nicht die Strapazen allein deren Ursache sein konnten, wenngleich das Vorkommen fast ausschließlich bei Mannschaften der Front auf starke Mitbeteiligung dieser Einflüsse hindeutete. Die eigentliche Ursache dieser Krankheit konnte nicht ermittelt werden.

Trotz aller Hemmnisse und äußeren Schwierigkeiten ist auch auf dem Gebiet der inneren Medizin ein gutes Stück ehrlicher und fruchtbringender Arbeit geleistet worden. Zwar können noch nicht alle Kriegserfahrungen liquidiert werden. Sie bedürfen weiterhin vielfacher Durcharbeitung und Vertiefung; aber ebenso vieles kann schon jetzt zum gesicherten Besitz gezählt werden und wird bei zukünftigen Kriegen, Kolonisationen oder Massenbewegungen mit Nutzen Beachtung und Verwendung finden.

Eine dieser Kriegslehren sei zum Schluß nochmals besonders betont: Kultur und Zivilisation schließen, je höher sie steigen, stets mehr oder weniger Gefahr der körperlichen Erschlaffung und Verweichlichung in sich. Die Fähigkeit, sich stark erhöhten körperlichen und seelischen Anforderungen anzupassen, behält der Mensch aber nur bei richtigen Training und wenn Gemeinschaftsgefühl, Kameradschaft, Pflichtbewußtsein, Disziplin und nicht zuletzt Vaterlandsliebe mitwirken. Denn schließlich ist, das lehrt der Große Krieg, nur der vollkräftige, sittlich gefestigte Mensch imstande, extreme Anstrengungen ohne dauernden Schaden zu ertragen. Für die kommenden und entbehrungsreichen Jahre an der Erhaltung der Volkskraft und Volksgesundheit mitzuarbeiten, bleibt daher eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Ärzte.

Augen und Ohren.

Augen.

(Von Prof. Dr. E. Krückmann, Berlin.)

Die Chirurgie gründete ihre Kriegsbereitschaft auf die Lehren und Erfahrungen früherer Kriege. Anders die Augenheilkunde. Vor und in dem Kriege 1870/71 befand sich die Augenheilkunde als Wissenschaft erst in den Anfängen ihrer Entwicklung. Es gab damals auf deutschen Universitäten nur wenige Lehrstühle für dieses Fach. Auch waren die Augenverletzungen des siebziger Krieges nur in sehr geringem Ausmaße Gegenstand einer erhaltenden Behandlung gewesen. Die Infanterie- und Schrapnellkugeln vernichteten ein getroffenes Auge in der Regel vollständig. Ebenso scheinen auch die Granatsplitterzerstörungen an der Augengegend in jenen Zeiten durchschnittlich wesentlich größer und umfangreicher gewesen zu sein, als während des Weltkrieges. Soweit sich über die Granatenverwundungen noch etwas Brauchbares in Erfahrung bringen läßt, wurde durch diese Art von Verletzungen wohl in den meisten Fällen das ganze Auge zertrümmert. Die Kriege, welche hinterher von anderen Mächten geführt wurden, brachten zwar manche neuen Einzelkenntnisse, doch nichts von grundsätzlicher Bedeutung. Weder im Russisch-Japanischen, noch im Balkankriege gestatteten die Verhältnisse ein regelrechtes Arbeiten der Augenärzte. War demnach die Augenheilkunde unvergleichlich ärmer an Kriegserfahrung als die Chirurgie, so genoß sie dieser gegenüber den Vorteil, sich im größeren Umfange auf Friedenserfahrungen stützen zu können. Die Verletzungen mit kleinen Geschoß- und namentlich mit Granatsplittern, deren Behandlung den wichtigsten Raum[28] in der augenärztlichen Tätigkeit im Felde einnahm, sind durchaus ähnlich den Eisensplitterverletzungen, wie sie vorher schon zahlreich bei Industriearbeitern beobachtet waren. Die ebenfalls nicht seltenen Sprengschußverletzungen im Bergwerks- und Steinbruchbetrieb gleichen durchaus den Wirkungen von Explosionsgeschossen im Kriege.

Das Rüstzeug, welches die deutschen Augenärzte aus diesen Friedenserfahrungen für die Aufgaben des Krieges mitbrachten, war mannigfacher Natur. In der Zwischenzeit hatte man gelernt, Wunden des Auges und insbesondere auch solche, welche den Augapfel breit eröffnen, durch Nähte an den äußeren Hüllen zu verschließen. Reichen die Nähte an der Augenkapsel wegen der ungünstigen Gestalt der Wunde zum Verschluß nicht aus, so kann durch Loslösen der zarten Bindehaut ein Lappen gebildet und über die Wunde hinübergezogen werden, um den Wundspalt nach Art eines Heftpflasterstreifens zu bedecken. Diese in den letzten Jahrzehnten ausgebildete und geübte Methode hat manches Auge gerettet, denn ein gut gesicherter Verschluß der Wunde gewährt

Aussicht auf Dauerheilung, ganz abgesehen davon, daß er die entzündlichen Keime vom Augeninnern fernhält. Sind jedoch im Anschluß an die Verletzung Entzündungserreger in das Augeninnere gelangt und daraufhin eine Entzündung oder Eiterung aufgetreten, wird nur in den seltensten Fällen ein verletztes Auge erhalten bleiben können.

Die Hauptaufgabe der Kriegsaugenheilkunde bildete die Entfernung von kleinen Fremdkörpern und besonders von Splittern, die in das Augeninnere eingedrungen waren. Diese Fremdkörper stammten meistens aus Granatverletzungen, sei es, daß vom Geschoß Splitter abgetrennt und in das Auge hineingetrieben, sei es, daß von losgelösten Sprengstücken andere kleine Fremdkörper mitgerissen und in das Augeninnere hineingeschleudert wurden. Verweilt ein Splitter im Auge längere Zeit, so zerstört er dieses in der Mehrzahl der Fälle, sei es durch seine physikalischen und chemischen Wirkungen, sei es durch die Tätigkeit der ihm anhaftenden Entzündungserreger. Als Vorbedingung für die Entfernung des Fremdkörpers gilt die genaue Feststellung seines Sitzes und seiner Beschaffenheit. Zunächst interessiert es prinzipiell, ob der Fremdkörper von Stahl bzw. Eisen oder aus anderen Stoffen zusammengesetzt ist. Diese grundsätzliche Unterscheidung wird ermöglicht durch eine Magnetnadel, die an einem Seidenfaden hängt und von einer Glashülse geschützt wird, den sogenannten Eisenspäher (Sideroskop). Befindet sich im verletzten Auge ein Stahl- oder Eisensplitter, so gibt die Magnetnadel einen erkennbaren Ausschlag, der dort am größten zu sein pflegt, wo der Fremdkörper gelagert ist. Diese Ortsbestimmung bedarf aber noch der Bestätigung durch die Röntgenaufnahme, denn es ist von besonderer Wichtigkeit, ob der Fremdkörper im Augapfel selbst haften geblieben ist, oder ob er diesen doppelt durchschlagen und die Augenhöhle aufgesucht hat. Da eine einzige Aufnahme hierüber einen genügenden Überblick nur selten zu geben vermag, so ist eine Anzahl von Meßverfahren ausgearbeitet worden, um aus zwei senkrecht aufeinanderstehenden Aufnahmen den Sitz des Fremdkörpers zu errechnen. Sehr gut bewährt haben sich auch die stereoskopischen Aufnahmen. Um die Lage des Fremdkörpers zum Augapfel im Stereoskopbild bequem ablesen zu können, gilt es noch, diesen auf der Platte zur Anschauung zu bringen. Hierzu dient eine dem Augapfel genau angepaßte Bleiglasscheibe, die in Art eines Kunstauges vorübergehend der Hornhaut aufgelegt wird. Sie zeichnet sich auf der Platte mit genügender Schärfe ab. Kleine an verschiedenen Stellen aufgesetzte Bleistreifen erleichtern als Orientierungsmarken die Lagebestimmung.

Ist durch die Magnetnadel der Fremdkörper als eiserner oder stählerner erwiesen und durch die stereoskopische Röntgenaufnahme sein Sitz im Augapfel selbst festgestellt, dann wird der Fremdkörper mit Hilfe von Elektromagneten entfernt. Diese Elektromagneten haben verschiedene Formen und Größen. Sie beruhen zum Teil auch auf verschiedenen Herstellungsprinzipien. In der Wirkungsweise dienen sie dem gleichen Zweck. Hat der Fremdkörper nicht zu schweren Verletzungen geführt und hat er keine Krankheitskeime mit sich ins Augeninnere gerissen, dann kann nach seiner Entfernung häufig vollständige Heilung erreicht werden. Doch auch in weniger günstigen Fällen gelingt es oft bei rechtzeitiger Operation einen mehr oder minder großen Rest von Sehvermögen zu erretten. Es mag nicht unbeachtet bleiben, daß die Röntgenaufnahme, die Verwendung des Elektromagneten und des Eisenspähers deutsche Erfindungen sind. Unvergleichlich weniger günstig sind die Aussichten des ärztlichen Eingriffes gegenüber den nichtmagnetischen Fremdkörpern. Zwar lassen sich aus dem vorderen Augenabschnitt derartige Fremdkörper verhältnismäßig häufig herausziehen. Wesentlich schwerer ist es aber, Fremdkörper aus dem Glaskörper zu entfernen, da man hier völlig im Dunkeln arbeiten muß. Derartige Operationen stellen die höchsten Anforderungen an die Geschicklichkeit des Augenarztes, und dennoch bleibt ihr Erfolg im wesentlichen Glückssache.

Eine gewisse Ausnahmestellung nehmen die kleinen Kupfersplitter ein, wenn die Wunde keimfrei geblieben ist. Es hat sich herausgestellt, daß sie nach einiger Zeit wandern können und ohne Anrichtung eines wesentlichen Schadens von innen her die Augenhüllen zu durchbohren vermögen, so daß sie vielfach mit Leichtigkeit herausziehbar werden.

Die Verletzung eines Auges kann unter Umständen auch die Unversehrtheit des nichtverletzten Auges auf das schwerste gefährden, und zwar dann, wenn sich in dem verletzten Auge schleichende Entzündungen der Regenbogenhaut und Aderhaut entwickeln, die auf das gesunde Auge überspringen. In den meisten Fällen pflegt dann dieses zu zweit erkrankte Auge nahezu rettungslos zu erblinden. Die nähere Ursache dieser bösartigen Erkrankung - sympathische Ophthalmie genannt - ist unbekannt geblieben. So viel ist aber erwiesen, daß das unverletzte Auge nahezu mit Sicherheit erhalten bleiben kann, wenn das verletzte Auge bei den ersten Zeichen der gefürchteten Entzündung durch Operation entfernt wird. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß, dank der Verbreitung dieser Erkenntnis, die Zahl der an sympathischer Ophthalmie Erblindeten sich auf einige wenige Unglücksfälle beschränkte, trotz der wohl nach Hunderttausende zählenden Augenverletzungen.

Muß ein verletztes Auge entfernt werden, so trifft den Verletzten, neben dem Verlust des Sehvermögens und gelegentlich schwerer noch als dieser, die damit verbundene Entstellung. Schon seit Jahrzehnten hat es die deutsche Kunstglasbläserei in der Herstellung von Glasaugen zu hoher Vollendung gebracht. So konnten die Kriegsverletzten zur Minderung der Entstellung mit Kunstaugen versehen werden. Erheblich schwieriger ist die Beseitigung derjenigen Entstellungen, welche durch ausgedehnte Zerstörungen der Lider und der umgebenden Teile des Gesichtes geschaffen werden. Neue Erfindungen und Entdeckungen helfen hier nicht viel weiter, da ein künstlicher Ersatz zerstörter Gesichtsteile durch plastische Massen eine weitgehende Verbreitung sich nicht zu erwerben vermochte. Maßgebend allein waren chirurgisch-plastische Eingriffe. Die plastischen Operationen mußten vielfach in mühseliger Kleinarbeit ausgeführt werden, und tatsächlich ist auch auf diesem Gebiete seitens der Augenärzte Gutes, oft erstaunlich Gutes geleistet worden. Hier berührte sich das Arbeitsgebiet des Augenarztes mit dem des chirurgischen Plastikers und dem des Kieferchirurgen. Allerdings waren die Plastiken nicht jedermanns Sache, zumal manchen Ärzten die Übung fehlte, da augenärztliche plastische Gesichtsoperationen vor dem Kriege wegen Mangel an Gelegenheit zu ihrer Ausführung zu großen Ausnahmen gehörten. Außerdem entschied im Einzelfalle die Geschicklichkeit, die Erfindungsgabe, das ästhetische Gefühl und die Umsicht des Operateurs.

Von seuchenartigen ansteckenden Augenkrankheiten blieb das deutsche Heer glücklicherweise verschont. Die Gefahr ihrer Ausbreitung war nicht gering. Die bekannteste und bedeutungsvollste unter den ansteckenden Augenkrankheiten ist die ägyptische Augenkrankheit. Im Orient und in Rußland zu Hause, ist sie wahrscheinlich von den Napoleonischen Heeren auf ihren Kriegszügen über größere Teile Europas verbreitet worden. Im russischen wie im österreichisch-ungarischen Heere war sie auch im Frieden ein stets gefürchteter Gast. In Deutschland war ihre Verbreitung dank der Bekämpfungsmaßnahmen des Staates auf das äußerste eingeengt. Endemisch war fast nur die Provinz Ostpreußen befallen; doch wurde auch hier die Anzahl der Krankheitsfälle infolge der systematischen Behandlung und Ausrottung allmählich wesentlich vermindert.

Es lag die Gefahr nahe, daß die deutschen Truppen sich in den verseuchten Gegenden infizierten und daß durch die russischen und rumänischen Kriegsgefangenen eine Weiterverbreitung in Deutschland erfolgte. Diese Gefahr wurde vermieden, doch können hierfür die Augenärzte wohl nicht in erster Reihe das Verdienst beanspruchen. Die Hauptsache liegt in dem hohen Stande der Sauberkeit und in der allgemeinen Gesundheitspflege im deutschen Heere, sowie in der planmäßigen Organisation der Kriegsgefangenenbehandlung. Immerhin hat das rechtzeitige Erkennen und die richtige Behandlung von vereinzelten Fällen, die sich zunächst den Augenärzten vorstellten, zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen. Erwähnt sei noch, daß die ausländischen Berichte das verhältnismäßig häufige Vorkommen der ägyptischen Augenkrankheit namentlich unter den farbigen Feinden verzeichnen.

Eine eigenartige Sehstörung bedarf noch der besonderen Beachtung, die sogenannte Nachtblindheit.

Bereits während des ersten Kriegsjahres kam in rascher Aufeinanderfolge eine größere Anzahl von Frontdiensttuenden in augenärztliche Beobachtung, die sich nach ihrer Angabe bei eintretender Dämmerung und namentlich bei Nacht in unbekannten Gegenden nicht mehr zurechtzufinden vermochten. Die Augenheilkunde kennt eine Krankheit, deren wichtigstes Kennzeichen in einem schlechten Sehen bei herabgesetzter Beleuchtung besteht und die auch epidemisch aufzutreten pflegt. Diese Krankheit kam vorwiegend, und man kann wohl sagen fast ausschließlich, zu Hungersnotzeiten vor. In Deutschland war sie praktisch so gut wie unbekannt. Es war begreiflich, daß man zunächst und besonders in nichtfachärztlichen Kreisen die Besorgnis hegte, diese oder doch eine ähnliche Form von Nachtblindheit vor sich zu haben. Die fachärztlichen Untersuchungen ergaben aber bald die Irrigkeit dieser Annahme, denn diese von früher her bekannte Form der Nachtblindheit weist auch krankhafte Veränderungen an den äußeren Teilen des Auges auf, die hier nicht beobachtet wurden. Weiter ist die Erscheinung des schlechten Sehens bei herabgesetzter Beleuchtung auch noch bei einer Reihe von andersartigen Augenerkrankungen festgestellt. Hier handelt es sich dann aber vielfach um ererbbare Veränderungen des Augenhintergrundes. Diese sind verhältnismäßig selten und für den Facharzt ohne weiteres zu erkennen. Die damit Behafteten wären überdies gar nicht eingestellt worden. Außerdem können auch die Kurzsichtigen höheren Grades nicht selten ein schlechtes Dämmerungssehen zeigen.

Beunruhigend wirkte hauptsächlich die Angabe der sogenannten Nachtblinden, daß ihnen das schlechte Sehen bei herabgesetzter Beleuchtung erst seit einiger Zeit, und zwar erst seit dem Kriege aufgefallen sei, während sie früher über derartige oder ähnliche Störungen nicht zu klagen hatten. Man stand daher anfänglich unter dem Eindruck, daß man es mit frischen Erkrankungen zu tun hätte, die durch die besonderen Verhältnisse des Krieges hervorgerufen sein könnten. Die weiteren Forschungen erwiesen aber, daß die massenhaften und scheinbar plötzlichen Leiden folgendermaßen zu erklären seien. Bei dem großen Menschenbedarf dieses Krieges mußten die Anforderungen an den Gesundheitszustand der Einzustellenden im Vergleich zum Friedensstandpunkt teilweise erheblich gemindert werden. Auch war es angesichts der großen Menge der zu Untersuchenden nicht immer durchführbar, mit der im Frieden geforderten Genauigkeit vorzugehen. Es gelangten daher viele Personen zur Einstellung, deren Gesundheitszustand gelegentlich weit verschieden war von demjenigen des Friedensheeres. Darunter befand sich offenkundig eine größere Anzahl von Personen mit angeborenem herabgesetztem Dämmerungssehen. Nun waren die Anforderungen an das Dämmerungssehen im heutigen Mitteleuropa recht gering geworden, soweit es sich um normale Zeiten handelte. Besonders der Großstädter kam kaum jemals in die Lage, sich unbekannte Wege im Dunkeln suchen zu müssen. Die meisten der Betroffenen waren sich deshalb vor dem Kriege ihres Gebrechens gar nicht bewußt geworden. Erst die besonderen Anforderungen des Krieges, insonderheit die Nachtgefechte, lehrten sie ihre Unbeholfenheit und ihre Hilflosigkeit erkennen. Im Anfang wurde diese Erscheinung vielfach ohne besonderes Nachdenken hingenommen. Mit der Zeit zeigten sich aber die Geländeschwierigkeiten häufig unüberwindlich. Gleichzeitig trug das Beispiel der gesunden Kameraden zu der Ansicht bei, daß es sich vermutlich um eine Krankheit oder, richtiger gesagt, um einen anormalen Zustand handle. Es kamen noch einige weitere Umstände hinzu. Ängstliche Menschen sind auch bei durchaus normalem Sehvermögen im Dunkeln unsicherer als andere. Eine gewisse seelische Ansteckung ist unter den besonderen Verhältnissen des Krieges begreiflich, ohne daß deshalb schon ein bewußter Mißbrauch vorzuliegen braucht. Schließlich dürfte auch eine kleinere Anzahl von Fällen vorgekommen sein, bei denen das Dämmerungssehen nur im geringfügigen Maße herabgesetzt war und bei denen sich dieser an sich harmlose Zustand unter Einwirkung von starken und gehäuften Anstrengungen und Aufregungen, sowie bei schlechter Ernährung zeitweise erheblich verschlechterte. Diese Fälle besserten sich aber bei Ruhe und guter Ernährung stets in kürzester Zeit. Auf Grund eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen kam man augenärztlich zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß eine besondere Form der Nachtblindheit als Kriegserkrankung nicht besteht. Es konnten daher die leichten und somit harmlosen Fälle dem Kriegsdienst wieder zugeführt werden, während andere eine Verwendung an Stellen fanden, an denen ihr Gebrechen sich nicht weiter störend geltend machte. Bald

hörten auch die neuen Krankmeldungen auf. Von Interesse erscheint wiederum die Feststellung, daß die gleichen Erscheinungen auch in den feindlichen Heeren bemerkbar waren.

Eine besondere Aufgabe erwuchs den Augenärzten durch die Prüfung von Brechungsfehlern, wenn die Einstellung von Kurzsichtigen, Übersichtigen und Stabsichtigen in Frage kam. Neben der Pflicht, den Brechungsfehler und damit die Art der Verwendbarkeit des Mannes festzustellen, war es weiterhin von Bedeutung, durch die Verordnung der richtigen Gläser einen möglichst hohen Grad von Sehvermögen und somit auch von Dienstbrauchbarkeit zu erreichen. Gewisse Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Umstande, daß beim Zielen der Blick durch die Randteile des Augenglases fällt. Die Benutzung der Randteile führt nun aber bei den gewöhnlichen Brillengläsern, und besonders bei den stärker brechenden, sehr häufig zur falschen Beurteilung einer Richtung, da hauptsächlich nur durch die mittleren Teile des Glases ein scharfes Bild zu erzielen ist. Es gelang einer Kommission, an der auch die Augenärzte beteiligt waren, einen Gläserschliff festzustellen, der diese Nachteile vermeidet, dessen Preis für den Massenbedarf des Heeres erschwinglich und leicht und schnell zu beschaffen war. Ein solcher Einheitstyp des Brillenglases ermöglichte auch raschen Ersatz bei Verlust eines Glases. Der Einheitstyp des Brillengestelles mußte weiterhin unter der Gasmaske Verwendung finden können, d. h. das Glas durfte weder durch den Sitz noch durch Beschlagenwerden seinen Zweck, die Sehleistung zu korrigieren, verlieren. Für rasche und zuverlässige Augenuntersuchung, sowie für die richtige Brillenversorgung der Heerespflichtigen sorgte die Heeresverwaltung im weiteren Verlauf des Krieges in umfassender Weise. Jeder Division wurde ein Augenarzt zugeteilt. Er wurde mit einem Vorratskasten von Brillengläsern und -gestellen, die sofortigen Austausch oder Ersatz der Gläser gestatteten, ausgerüstet.

Es mag nicht überflüssig erscheinen, noch derjenigen Maßnahmen zu gedenken, welche den schwer Augenverletzten zur Erleichterung ihres Schicksals gewidmet werden konnten, wenn die Heilkunst im engeren Sinne nichts mehr zu leisten vermochte. Kurz vor dem Kriege hatte die Firma Zeiß Fernrohrbrillen und Fernrohrlupen geschaffen, welche in praktischer Form eine Vergrößerung bei jedem Abstande ermöglichen. Diese Instrumente erwiesen sich für eine Anzahl von schwer Augenverletzten, welche nach Verlust eines Auges auch am anderen Auge nur noch einen geringen Rest von Sehvermögen besaßen, als sehr nützlich. Es gelang auf diese Weise bei einer Reihe von sehuntüchtig Gewordenen das Lesen und Schreiben wieder zu ermöglichen. Immerhin ist das Verwendungsbereich dieser Instrumente bei Verletzten, die handarbeitenden Ständen angehörten, nur ein beschränkter geblieben. Bei der Arbeit in der Fabrik wurden diese Instrumente von den Verletzten vielfach als lästig befunden und beiseitegelegt.

Vor die schwerste, vielleicht aber auch vor die dankbarste Aufgabe wurden die verantwortlichen Stellen gestellt, als es galt, das Schicksal der Kriegserblindeten zu bessern, besonders im Hinblick auf ihre Erwerbsfähigkeit. Leider hat die Zahl der Kriegserblindeten 3000 überschritten. Während man sich früher für den im späteren Lebensalter Erblindeten im allgemeinen darauf beschränkte, seine wirtschaftliche Existenz durch Rentengewährung einigermaßen sicherzustellen, setzte man sich bei dem Kriegserblindeten die Ziele von vornherein höher. Man wollte ihn, um ihm das Ertragen seines Verlustes zu erleichtern, soweit als irgend möglich, wieder arbeitsfähig machen. Aus früherer Zeit kannte man für die Blindgeborenen oder die im früheren Lebensalter Erblindeten nur eine kleine Anzahl von geeigneten Gewerben, wie Bürstenbinderei, Besenbinderei, Korbflechterei und allenfalls noch Seilerei. Für das Lesen und Schreiben der Blinden stand die tastbare Punktschrift zur Verfügung. Auch das Erlernen der Schreibmaschinenschrift bietet dem Blinden keine erheblichen Schwierigkeiten. Zunächst wurden diese Einrichtungen an verschiedenen größeren Augenstationen geschaffen, damit sich die Kriegserblindeten diese Kenntnisse möglichst noch während der Zeit ihres Lazarettaufenthalts aneignen könnten. Die üblichen Blindenhandwerke fanden jedoch nicht bei allen Kriegserblindeten Anklang. Ihre gründliche Erlernung erforderte längere Zeit. Ältere Leute zeigten sich vielfach abgeneigt, nach ihrer Entlassung aus dem Heeresverbande noch einmal in die Lehre zu gehen. Erschwerend wirkte auch die vielverbreitete,

wenn auch nicht völlig begründete Ansicht, daß die genannten Handwerke, die von früher her ja überwiegend von körperlich Minderwertigen ausgeübt wurden, im schlechten Ansehen stünden. Man strebte deshalb danach, den Kreis der für den Kriegserblindeten geeigneten Erwerbsmöglichkeiten zu erweitern und ferner den Kriegsblinden, soweit irgend tunlich, unter ähnlichen Verhältnissen arbeiten zu lassen, wie vor seiner Erblindung. Es gelang vielfach in geradezu überraschender Weise für die Kriegserblindeten eine große Anzahl von neuen Arbeitsgelegenheiten in der Industrie zu finden. Das Bedienen von automatisch arbeitenden Maschinen, wie Pressen, Stanzen, Bohrern, für die Blinden erwies sich als durchaus möglich und daß ihre Leistungen denen der Sehenden recht nahe kommen können. Weiter zeigte sich, daß die Bedienung von geeigneten Telephonzentralen eine für intelligentere Blinde durchaus passende Beschäftigung darstellt. Es fehlt der Raum, um die mannigfaltigen neuen Beschäftigungsarten zu beschreiben, in welche die Kriegserblindeten mit Erfolg eingeführt werden konnten. Es genüge der Hinweis, daß sich schließlich für jeden Kriegserblindeten, der, abgesehen von seiner Erblindung, gesund war, eine passende Beschäftigung finden ließ, sofern er einigermaßen einen guten Willen zeigte.

Ohren.
(Von Professor Dr. Voß, Frankfurt a. M.)

In großen Umrissen gebe ich nachstehend ein Bild von der Bedeutung der Ohrenheilkunde im Weltkrieg; ich hebe dabei das heraus, was der Krieg an Neuerrungenschaften auf diesem Fachgebiet gebracht hat. Begreiflicherweise werden die Verletzungen den Vorrang vor den Erkrankungen einnehmen, weil erstere, als spezifische Kriegsfolgen, die letzteren sowohl an Zahl wie an Bedeutung überwiegen.

Unter den das Gehörorgan betreffenden Verletzungen stehen, wie überall, die durch Schuß an erster Stelle, während sich solche durch Stich und Hieb nur auf vereinzelte Fälle beschränken. Je nach der Art, der Richtung und lebendigen Kraft des Geschosses waren entweder nur einzelne Teile oder mehr weniger das gesamte Gehörorgan an der Verletzung beteiligt.

Infanteriegeschosse waren es vorzugsweise, durch die die Ohrmuschel betroffen wurde, wobei die Verletzungen zwischen kleinen fast unsichtbaren Durchlöcherungen und teilweisen bzw. vollkommenen Abreißungen der ganzen Muschel schwankten. Natürlich hatten auch Granatsplitter und stumpfe Gewalteinwirkungen letzteres Ereignis zur Folge.

Die Bedeutung von Verletzungen des Gehörganges liegt, abgesehen von etwaigen Nebenverletzungen, z. B. des Gesichtsnerven, Trommelfells oder des Kiefergelenks, vorzugsweise in dessen nachträglicher teilweiser Verengerung bzw. seinem völligen Verschluß. Hierdurch kann eine dauernde Herabsetzung der Hörfähigkeit oder eine gefährliche Eiterverhaltung bei Mittelohreiterungen hervorgerufen werden, Gründe genug, warum mehrere erfolgreiche operative Verfahren zu deren Beseitigung angegeben wurden.

Am Trommelfell fanden sich am häufigsten indirekte Verletzungen, die ihrer Zahl nach an zweiter Stelle der Gesamtverletzungen des Gehörorgans stehen. Sie sind vorzugsweise Folgen der Luftdruckschwankungen bei Abschuß und Einschlag größerer Geschosse, wie Minen, Granaten, Schrapnells usw., und können in ihrer Größe zwischen kleinsten punktförmigen Einrissen und Defekten der ganzen Membran schwanken. Im allgemeinen war die Heilungstendenz dieser Trommelfelldurchlöcherungen eine auffallend gute; in anderen Fällen kam es, bisweilen als Folge einer unzweckmäßigen Behandlung durch Ausspülungen, zu nachträglichen Mittelohreiterungen, die einen ziemlich bösartigen Charakter trugen.

Während die Ohrentrompete Verletzungen nur sehr selten ausgesetzt war, waren Mittelohr und

Warzenfortsatz ein sehr häufiges Ziel von Geschossen, und zwar konnte man an ihnen zwischen Streif-, Durch-, Prell- und Steckschüssen unterscheiden. Streif-, Prell- und Steckschüsse betrafen vorzugsweise den Warzenfortsatz, während an den Durchschüssen auch das Mittelohr oft beteiligt war. Der Verlauf des Schußkanals war letzterenfalls meist ein solcher von vorn nach hinten mit Einschuß im Gesicht und Ausschuß hinter dem Ohr. Infolge der hierbei stattfindenden Zersplitterungen des Knochens, der nicht seltenen gleichzeitigen Eröffnung des inneren Ohres, der Schädelkapsel und der von außen oder von der Ohrtrompete her ständig drohenden Ansteckungsgefahr durch hineingelangende Eitererreger waren diese Verletzungen stets als ernst anzusehen und unterlagen deshalb meist einer möglichst frühzeitigen und ausgiebigen operativen Behandlung.

Direkte Schußverletzungen des inneren Ohres gehörten zu den Seltenheiten. Sie verdienen ein besonderes Interesse einmal dadurch, daß damit die in ihm gelegenen nervösen Endorgane des Hör- und Gleichgewichtsnerven betroffen und deren Funktion dadurch erheblich geschädigt oder gänzlich aufgehoben wird, ferner aber dadurch, daß das innere Ohr in unmittelbarer Nachbarschaft des Gehirns gelegen und seine Verletzung daher sehr häufig mit einer solchen des Schädelinhaltes vergesellschaftet ist oder als Überleitungsweg lebensgefährlicher Infektionen vom Mittelohr nach dem Schädelinnern dient.

Ohne daß der Betreffende vom Geschoß direkt betroffen wird, kann es infolge von Geschoßexplosionen zur Innenohrschwerhörigkeit kommen. Der Ansicht derer, die auf Grund von entsprechenden Experimenten annehmen, daß diesem Vorkommnis meist organische Verletzungen (Zerreißungen, Blutungen) der häutigen und nervösen Endelemente im inneren Ohr zugrunde liegen, steht die auf ein reiches klinisches Beobachtungsmaterial gestützte Anschauung anderer Autoren gegenüber, nach der es sich bei Explosionsschwerhörigkeit großenteils um Schädigungen meist ohne jede organische Grundlage handelt, die auf entsprechende psychische Behandlung der Heilung zugänglich sind. Letztere Annahme fand eine wesentliche Stütze in Gestalt der durch eine Explosion taubstumm Gewordenen, denen in überwiegender Mehrzahl durch rein seelische Einwirkung Gehör und Sprache wiedergeschenkt werden konnte.

Die entzündlichen Erkrankungen des Gehörorgans, besonders die akuten Mittelohreiterungen, bekamen im späteren Verlauf des Krieges einen entschieden bösartigeren Charakter, was sich durch Zunahme schwerer lebensgefährlicher Komplikationen dokumentierte. Schuld daran trug die Unterernährung der Bevölkerung und die dadurch herabgesetzte Widerstandskraft.

Einen wichtigen Faktor für die Entstehung von Ohrenleiden bildeten die Kriegsseuchen, von denen Typhus und Fleckfieber im Vordergrunde stehen. Abgesehen von den bei beiden beobachteten entzündlichen Erkrankungen des Mittelohrs und Warzenfortsatzes, die öfters operative Eingriffe erforderlich machten, fand sich öfters eine ohne Beteiligung des Mittelohrs auftretende Schwerhörigkeit, die von entzündlichen Veränderungen der Hirnhäute ihren Ausgang genommen hatte. Die gleiche Ursache der dabei beobachteten Schwerhörigkeit oder Taubheit läßt sich mit mehr oder minder großer Wahrscheinlichkeit auch noch bei einer großen Reihe anderer Kriegsseuchen annehmen, von denen die epidemische Genickstarre, Malaria, Influenza, Ruhr, Mumps die wichtigsten sind.

Aus der Reihe der nicht durch Kriegsseuchen hervorgerufenen Kriegserkrankungen des Gehörorgans greife ich als besonders wichtig die bei der Kriegsnierenentzündung beobachtete Schwerhörigkeit heraus, die nach verschiedenen übereinstimmenden Beobachtungen in einer gewissen Parallelität zu der bei diesen Kranken festgestellten Hautwassersucht stand. Die von mir in einem Fall vorgenommene mikroskopische Untersuchung der Gehörorgane bestätigte die klinische Annahme, daß sich in diesen die Ursache für die Schwerhörigkeit nicht finde. Sie mußte mithin in wassersuchtähnlichen Veränderungen der weichen Hirnhäute gesucht werden.

Entzündungserscheinungen an Gehirn und Hirnhäuten sind es offenbar auch, die an den bei

Sonnenstich beobachteten Hörstörungen Schuld trugen. Man nimmt an, daß diese Erscheinungen durch das Eindringen der langwelligen Lichtstrahlen in die Hirnsubstanz verursacht sind.

An den Kampfgasvergiftungen war das Ohr sehr selten beteiligt. Vereinzelt wurden Mittelohrentzündungen dabei beobachtet, die als Folge der Schleimhautreizung der oberen Luftwege aufzufassen sind. Einige Male konnte man noch längere Zeit nach der Vergiftung Gleichgewichtsstörungen mit Kopfschmerzen und Schwindel nachweisen, die entweder auf Blutungen in die Hirnsubstanz oder auf eine direkte durch die Blutbahn vermittelte Giftwirkung auf den Gleichgewichtsnerven zurückzuführen waren.

Die bei Fliegern beobachteten Erscheinungen von Ohrensausen, Ohrenschmerzen, Übelkeit, Erbrechen, Schwerhörigkeit waren zum Teil auf die wechselnden Luftdruckverhältnisse im Gehörgang und Mittelohr bei Auf- und Abstieg, den Lärm des Motors bzw. auf Blutdruckveränderungen während des Fliegens zurückzuführen.

Was das wechselseitige Verhalten alter Ohrenleiden zu Kriegsschädigungen betrifft, so sind die Anschauungen darüber nicht völlig geklärt. Das gilt zunächst von Trommelfellzerreißungen. Während ein Autor der Ansicht ist, daß das normale Trommelfell nicht die ihm zugeschriebene große, das krankhaft veränderte nicht die ihm zugeschriebene verminderte Widerstandskraft besitzt, kommt ein anderer zu dem Schluß, daß ein normales Trommelfell Druck von 1,5 bis 2 Atmosphären aushält, ein auch nur im geringsten Grade verändertes durch den Bruchteil einer Atmosphäre durchlöchert wird.

Die bereits vor dem Krieg aufgeworfene Frage, ob alte Mittelohrleiden Schallschädigungen des inneren Ohres begünstigen oder verhindern können, hat (entgegen der Annahme mancher Autoren) durch den Krieg eine Klärung nicht erfahren.

Ziemlich allgemeine Zustimmung findet die Anschauung, daß eine Innenohrverletzung leichter zustande kommt, wenn keine gleichzeitige Durchlöcherung des Trommelfells auftritt. Andererseits aber wird darauf hingewiesen, daß auch eine Durchlöcherung nicht mit Sicherheit vor schwerer Innenohrläsion schützt. Der Annahme, daß alle sog. Otosklerotiker, d. h. Kranke, deren Schwerhörigkeit auf einer Knochenneubildung an der Kapsel des inneren Ohres meist mit Verwachsung des Steigbügels im ovalen Fenster beruht, durch den Kriegsdienst eine Verschlechterung des Gehörs erfuhren, muß auf Grund verschiedener einwandfreier Beobachtung widersprochen werden. Die Möglichkeit solcher Verschlimmerungen durch die Einflüsse des Krieges, namentlich solcher, die das Innenohr betreffen, wie Schall, Explosionen, Verschüttungen, soll damit natürlich nicht in Abrede gestellt werden. Ich selbst sah eine solche Verschlimmerung, die sich an Typhusschutzimpfung anschloß und mit jeder solchen zunahm. Unsicherer blieb schon, ob intensive Durchnässungen Verschlechterungen herbeiführen können. Hingegen konnte ich bei einem Angehörigen der Marine wesentliche Zunahme seiner Schwerhörigkeit durch einen langdauernden dienstlichen Aufenthalt an der See feststellen.

Eine reichliche Bestätigung durch den Krieg aber fand die Erfahrung, daß Erkrankungen des inneren Ohres, die auf Giftwirkungen, Infektionskrankheiten, Berufsschädigungen usw. beruhen, zu einer weiteren Verschlimmerung infolge von Schall- oder Explosionseinflüssen bzw. von Schädelverletzungen direkt prädisponieren.

Es lassen sich alle die Maßnahmen operativer ober nichtoperativer Art hier nicht anführen, die zur Behebung der besprochenen Schädigungen des Hörorgans dienten und vielen dieser Unglücklichen nicht nur das Gehör, sondern auch das Leben rettete.

Nur auf zwei wichtige Hilfsmittel sei noch hingewiesen, deren Anwendungsgebiet bei hochgradiger

organischer Taubheit da anfängt, wo die ärztliche Kunst aufhört. Ich meine erstens den Gebrauch eines der aus der Friedenspraxis bekannten Hörrohre, deren sich eine nicht unbeträchtliche Zahl solcher Kriegsbeschädigten mit Erfolg bedient.

Das zweite derartige Mittel war oder ist die Teilnahme an einem Ablesekursus. Solche wurden während des Krieges in einer großen Anzahl von Orten des Heimatgebiets eingerichtet und haben sehr viel Gutes gestiftet. Manchem dieser unglücklichen Kranken ist es nur dadurch ermöglicht worden, sich soweit mit der Umgebung zu verständigen, um den Lebensunterhalt selbständig erwerben zu können.

Keinesfalls aber kam oder kommt die Verwendung von Ablesekursen in Frage bei Schwerhörigen oder Tauben, deren Leiden rein seelisch bedingt ist. Hier würde eine solche Behandlung direkt eine der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung ausüben und nur dazu beitragen können, die Taubheit zu fixieren, anstatt sie zu beheben, weil der Betreffende dadurch in seiner Annahme, organisch taub zu sein, bestärkt würde. Zur Beseitigung dieser Art von Taubheit steht eine große Anzahl anderer Methoden, die auf eine psychische Wirkung abzielen, zu Gebote. Diese gehören aber ausschließlich in die Hände des Facharztes, der selbstverständlich auch allein die Entscheidung darüber zu fällen vermag, welche Art von Hörstörung im Einzelfalle vorliegt, um danach die Wahl in seinen therapeutischen Hilfsmitteln zu treffen. Mancherlei Beobachtungen deuten darauf hin, daß sich unter den scheinbar organisch im Kriege Ertaubten noch einzelne rein seelisch Erkrankte befinden, denen durch eine entsprechende Behandlung noch jetzt geholfen werden könnte.

Die Forderung, alle Rentenempfänger mit Schwerhörigkeit einer erneuten Nachuntersuchung zu unterwerfen, erscheint deshalb in deren eigenstem Interesse durchaus gerechtfertigt.

Die Aufgaben, die der Weltkrieg der Ohrenheilkunde stellte, waren ganz gewaltige. Auch auf unserem Gebiet hat sich der Krieg vielfach als schöpferischer Neuerer bewährt. Die deutschen Ohrenärzte haben Grund, mit Genugtuung auf das von ihnen in wissenschaftlicher und praktischer Hinsicht während des Weltkrieges Geleistete zurückzublicken.

Nerven- und Geisteskrankheiten.

(Von Oberstabsarzt Dr. Weyert, Berlin.)

Im folgenden sollen diejenigen Formen der Gehirn- und Nervenkrankheiten besprochen werden, hinsichtlich derer der große Krieg besondere Erfahrungen gebracht hat oder deren Lehre durch die Beobachtungen im Kriege wesentlich erweitert worden ist. Es bleiben also grob-mechanische Verletzungen des Gehirns und Rückenmarks mit Verlust oder Zerstörung wichtiger Zentren, Nervenbahnen usw. und deren Folgezustände (Störung oder Verlust der Sprache, des Gesichts, Gehörs, Lähmungen aller Art usw., Siechtum infolge geistiger Verblödung usw.) außer Betracht.

Mit der Bezeichnung "Kriegsneurosen" werden nach einem im Kriege eingebürgerten Gebrauch alle - schon aus dem Frieden bekannten - funktionellen Störungen des Nervensystems bezeichnet.

Die physiologischen Erscheinungen der Ermüdung hat jeder Kriegsteilnehmer an sich selbst beobachtet. Sie konnten, besonders nach langdauernden, starken körperlichen und seelischen Anstrengungen, einen recht erheblichen Grad erreichen; charakteristisch für diese physiologische Ermüdung war aber die Ausgleichbarkeit durch einen Urlaub; ja bereits im Ruhequartier schwanden die Erscheinungen rasch.

Schwerer zu bewerten waren bereits die Erschöpfungserscheinungen im Sinne der Neurasthenie Beards. Die Erscheinungen charakterisieren sich als hochgradiges Erschöpfungsgefühl,

Versagungsgefühl, als schwere, dauernde Ermüdungserscheinungen mit Nachlassen der Spannkraft. Infolge des Fehlens eines ruhigen Ausgleichs zeigte sich ein Krankheitsbild von Schlaflosigkeit, innerer Unruhe, innerer Spannung, Gefühl banger Erwartung; dabei Stimmungswechsel, besonders Depression, Weinerlichkeit; allgemeine Apathie, Interesselosigkeit usw. Diese Erschöpfungs-erscheinungen konnten naturgemäß nur bestimmte Organe treffen; am bekanntesten sind die Herzneurose und die Neurosen des Magen- und Darmkanals. Diese Organneurosen können derart das Krankheitsbild einer organischen Erkrankung des Herzens bzw. Magen-Darm-Kanals darbieten, daß die zugrunde liegende allgemeine Neurasthenie übersehen oder nicht genügend beachtet wird. Oft fällt es recht schwer, eine organische Erkrankung auszuschließen, da ja die Organneurosen oft dieselben Symptome zeigen, die den organisch bedingten Erkrankungen eigen sind. So wurden während des Krieges häufig Fehldiagnosen gestellt, und die späteren Untersuchungen ergaben, daß z. B. von Herzmuskelschwäche keine Rede war, vielmehr eine nervöse Störung zugrunde lag.

Einer Dauerermüdung, sei es allgemeiner Natur (Neurasthenie), sei es einer solchen bestimmter Organe (Organneurosen, Herzneurosen, Magen-Darmneurosen usw.) bei einem vorher nervengesunden Menschen stehe ich durchaus skeptisch gegenüber; in diesen Fällen handelt es sich nach meiner Überzeugung entweder um eine auf inneren Ursachen beruhende Nervosität bzw. Hysterie, die schon vorher bestanden hat, oder aber zum mindesten um eine psychophysisch minderwertige Struktur der betreffenden Organe (**siehe S. 514**).

Nur in einem Falle blieb ohne weiteres eine unmittelbare Kriegsschädigung zweifelsfrei: bei den Neurosen nach Gehirnerschütterung, den sog. Kommotionsneurosen. Bei schwerer, grobmechani-scher Gewalteinwirkung auf den Schädel, einem Aufschlagen des Kopfes, Weggeschleudertwerden des ganzen Körpers mit direkten oder indirekten Insulten auf den Schädel kommt es erfahrungs-gemäß zu einer - klinisch gesprochen - Gehirnerschütterung, die anatomisch durch molekulare Veränderungen der Gehirnmasse bedingt ist, zu kleinen und kleinsten Blutungen mit Lähmungen, Sprachstörungen, Doppeltsehen. Es besteht anfangs eine mehr oder weniger lange andauernde tiefe Bewußtlosigkeit mit nachfolgender, oft über das Ereignis hinausreichender Erinnerungslosigkeit. Erbrechen, schwere Kopfschmerzen, allgemeines Krankheitsgefühl, Mattigkeit, langsame Erholung werden selten vermißt. Auf dieser Grundlage entwickelt sich dann häufig ein neurasthenischer Symptomenkomplex mit leicht hypochondrischen Zügen, depressiver Verstimmung, Neigung zum Weinen und Veränderungen des Pulses. Recht bemerkenswert ist die psychische Unbeeinfluß-barkeit, das allmähliche Abklingen oft erst nach vielen Wochen und die Neigung zum Rückfall.

Es muß aber eine Gehirnerschütterung wirklich vorangegangen sein; und schwere Folgezustände der geschilderten Art werden nur dann anzunehmen sein, wenn auch die Gehirnerschütterung wirklich erheblich war. Das betreffende Individuum wird sich also in Lazarettbehandlung, zum mindesten in Revierbehandlung für längere Zeit befunden haben. Ich erwähne dieses deshalb, weil die Bezeichnung "Kopfschuß", der wir so häufig bei ehemaligen Kriegsteilnehmern begegnen, oft irreführt. Der Laie nennt auch die oberflächlichste Weichteilverwundung oder Verletzung im Gesicht oder am Kopf "Kopfschuß". Die genaue Erhebung der Vorgeschichte wird oft ergeben, daß der Betroffene nach der Verwundung überhaupt nicht bewußtlos war, sogar zu Fuß eine lange Entfernung zum nächsten Hauptverbandplatz, zum Feldlazarett zurücklegen konnte, ja nicht selten überhaupt bei der Truppe verblieb. Hier handelt es sich also bei später behaupteten Folgezuständen nicht um eine organisch bedingte Erschütterungs- (Kommotions-) Neurose, sondern vielmehr um psychogene Symptome, die sich nicht selten auch auf die oben geschilderten, anatomisch bedingten Krankheitserscheinungen aufpfropfen.

Ebenso wie eine Erschütterung des Gehirns gibt es auch eine Erschütterung des Rückenmarks, gleichfalls mit Schädigung der Marksubstanz. Hier gilt im wesentlichen dasselbe wie bei der Gehirnerschütterung.

Bereits erwähnt habe ich die endogene Nervosität und Hysterie. Die Trennung beider ist nicht immer möglich, ist oft nur willkürlich. Beide Krankheiten gehen ineinander über. Das Charakteristische beider besteht eben darin, daß sie ausgesprochen auf inneren Ursachen beruhen, also endogen, nicht exogen bedingt sind. Charakteristisch für sie ist die allgemeine Herabsetzung der geistigen Leistungsfähigkeit, die reizbare Schwäche, infolge deren der Mensch auf Eindrücke der Außenwelt und auf Störungen seines Körpers viel stärker und kräftiger reagiert als ein Gesunder, die Beeinflußbarkeit, die Schwankungen der Stimmungen, der Überschwang des Empfindens, die einseitige Gefühlsbetonung, wozu bei dem Hysteriker noch ein Bedürfnis zur Pose, seine Begeisterungsfähigkeit für alles Unerwartete, Ungewöhnliche, der Mangel für objektive Kritik, der hysterische Charakter hinzukommt.

Im Kriege traten diese Neurosen in zwei Formen in Erscheinung: als Schreckneurosen und als eigentliche Unfallneurosen. Zur ersten Gruppe gehörten die meist nach einer starken seelischen Erschütterung (Verschüttung, Granateinschlag usw.) akut einsetzenden Zustände von Taubheit, Stummheit, Lähmungen bzw. Reizzuständen und Zuckungen einzelner Muskelgruppen (Zitterer, Schütteler, Torkeler) mit ihrer ungeheuren Mannigfaltigkeit. Während aber bei dem Gesunden alle diese Schreckwirkungen als reflektorische Erscheinungen rasch abklingen, trat bei dem Neurotiker eine Festsetzung der ursprünglichen Erscheinungen ein. Im Gegensatz zu dieser Schreckneurose entwickelten und steigerten sich die eigentlichen Unfallneurosen immer mehr. Die Kranken zeigten ein mürrisches, verdrossenes, querulierendes Verhalten und neigten immer mehr zur Übertreibung und Simulation. Solche Fälle wurden meist, wie auch schon im Frieden, nach ganz leichten Verletzungen beobachtet; außerdem bei einer Unzahl von Herz-, Magen-, Darm-, Ischias-, Rheumatismuskranken.

Schreckwirkungen, die das im Frieden Gewöhnte ganz beträchtlich übertreffen, sind an und für sich noch nichts Krankhaftes; pathologisch ist - wie gesagt - erst die Festsetzung der ursprünglichen Erscheinungen. Um dieses näher zu erläutern und verständlich zu machen, möchte ich ausgehen von der Frage: "Was brachte der Krieg?" Er brachte:

- Eine Häufung enormer körperlicher und seelischer Strapazen (körperliche Anstrengungen, Schlafenthaltung, Ernährungsstörung, Einfluß von Kälte und Hitze, Schreck, Aufmerksamkeitsanspannung mit Angst und Furcht); dazu
- eine Unsumme von schweren und schwersten Verletzungen, mit denen der ganzen Lage nach seelische Erregungen fast immer verknüpft sein mußten; ferner
- eine ebenfalls außergewöhnlich große Zahl von ausschließlichen Traumen akuter und chronischer Art; endlich
- sehr viele Fälle, bei denen die Möglichkeit einer Verletzung am Körper neben einem starken psychischen Schock vorlag.

Alle diese Schädigungen hätten, nach der allgemeinen Laienauffassung, imstande sein können, schwere Neurosen zu erzeugen. Vom ärztlichen Standpunkt ist aber einer derartigen Auffassung entgegenzuhalten: Die Zahl der im Kriege erworbenen Neurosen war und ist verhältnismäßig klein, so weit es sich um begründete Einwirkung von Kriegsschädigungen handelte; verhältnismäßig selten traten Symptome von Neurosen bei Soldaten mit schweren Körperverletzungen auf; und Schreckneurosen und Unfallneurosen wurden in den Gefangenenlagern kaum beobachtet, obgleich in den feindlichen Heeren genau wie in Deutschland, wahrscheinlich häufiger, die erwähnten Neurosen vorgekommen sind.

Im Gegensatz zu früheren Auffassungen verlegte man im Verlauf des Krieges den Schwerpunkt der Krankheitserscheinungen der Neurosen immer mehr in die psychischen Vorgänge. Die Mehrzahl der klinischen Bilder nach einer Schockwirkung ist rein psychogen, und alle beobachteten Symptome ordnen sich ein in Zustände, deren krankhafte Entstehung nach den klinischen Erfahrungen aus

Kriegs- und Friedenszeit als psychisch bedingte Zustände angesehen werden müssen. Ob der erste, die Krankheitserscheinungen festlegende Vorgang nicht bewußt ist und im Affekt liegt, ob ein unbewußt wirkender, durch die Stammesentwicklung bedingter (phylogenetischer) Instinkt, Selbsterhaltungstrieb usw. unklar, gefühlsmäßig, instinktmäßig sich geltend macht und fixierend wirkt, bei allen den Fällen, in denen die hochentwickelte Neurotikerbehandlung keine Beseitigung der Symptome erzielen konnte, war nach meiner Überzeugung die Festlegung der Erscheinungen durchaus bewußt. Hier war die Schreck- und Unfallneurose mit Recht eine Zweckneurose: die "Flucht in die Krankheit" schützte vor einer erneuten Rückkehr ins Feld. Und allmählich richteten sich die Begehrungsvorstellungen auf die Rente. Die Rente wurde eben das Ziel der Zweckneurose. Also genau die gleichen Verhältnisse wie im Frieden bei der Friedensunfallneurose, diesem Produkt der sozialen Gesetzgebung, die jetzt begünstigt wird durch die heutigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei dem Mangel an Arbeitsmöglichkeiten soll die Rente den Lebensunterhalt ermöglichen. Für den Laien und auch für den Mediziner ist es nicht leicht, sich alle diese krankhaften Erscheinungen als rein seelisch bedingt zu erklären, und doch ist durch die Hypnose bekannt, welche tiefgehenden, scheinbar organisch bedingten Veränderungen willkürlich hervorgerufen und ebenso rasch zum Schwinden gebracht werden können.

Bei den Kriegsneurosen kamen noch weitere Momente hinzu. In der ersten Zeit des Krieges gelangten diese Kranken regelmäßig in die Heimat. Man konnte beobachten, wie ungünstig gerade die Heimat auf die weitere Entwicklung einwirkte. Planloses Mitleid und Verweichlichung setzten ein, das Bestreben der Familie, diesen scheinbar so schwer geschädigten Nervenkranken zu hegen, zu pflegen und alle Schädlichkeiten von ihm fernzuhalten. Galt doch der Nervenschock als etwas fast Mystisches, und noch nach dem Kriege konnte man beobachten, wie reichlich all diesen Schüttlern, Zitterern Gaben zuströmten. Wäre großzügig die Allgemeinheit dahin aufgeklärt worden, daß es sich hier um Lebensschwächlinge handelt, daß Nervenschock weiter nichts besagt als Schreckwirkung, von der sich der Befallene nicht loslösen will oder kann, so hätten die Kriegsneurosen rasch abgenommen. Das zeigte die Erfahrung, als am Schluß des Krieges die Neurotiker nicht mehr bis in ihre Heimat gelangten, vielmehr in Sonderlazaretten, meist schon in der Etappe, ihrer Individualität entsprechend behandelt wurden. Die Erfolge dieser Neurotikerlazarette waren vorzüglich. Es gelang so manchen Neurotiker zu heilen, d. h. die krankhafte Reaktion auf ein schreckbetontes Ereignis zu beseitigen bei Fällen, die in der ersten Zeit des Krieges als kriegsunbrauchbar mit Rente entlassen und später zur Behandlung wieder eingezogen worden waren.

Wenn dieses nicht immer gelang, so waren eben die Rentenbegehrungsvorstellungen stärker als alle Therapie. In nicht wenigen Fällen traten auch erst neurotische Erscheinungen zutage, nachdem die Betreffenden wegen irgendwelcher leichten Erkrankungen oder Verwundungen in die Heimat gelangt waren und hier die verständliche, wenn auch unmännliche Scheu vor einem erneuten Hinausgehen in das Feld sich geltend machte. Geistvoll wurde einst gesagt: bei dem Neurotiker ist die Schwere der Erkrankung umgekehrt proportional dem Quadrat der Entfernung von der kämpfenden Truppe. Dieses gilt einerseits für alle, die hinter der Front, in der Etappe, in der Heimat Dienst taten und prozentual viel stärker an Kriegsneurosen erkrankten als die Grabenkämpfer; andererseits lehrte die Erfahrung, daß die neurotischen Erscheinungen statt besser, immer schwerer wurden, je mehr sich der Betreffende der Heimat näherte.

Ich habe im vorhergehenden vielleicht zu sehr das akute Ereignis als krankheitsauslösend betont. Das ursächliche Moment ist nicht immer ein akut, sondern nicht selten ein chronisch wirkendes, d. h. es wird in dem ersten Falle sich mehr um Schreckneurosen, im letzteren Falle mehr um Unfallneurosen handeln. Dem Trauma als exogenem, d. h. von außen her wirkendem Faktor steht die geistige und körperliche Verfassung des Betroffenen als bedeutsames inneres Moment gegenüber. Neurotische Zustände entwickeln sich um so intensiver und rascher, je geringer die Widerstandskraft des Betroffenen ist. Nicht immer war die Verschlechterung der Konstitution erworben, speziell nicht draußen erworben durch Überanstrengung, Strapazen, Erschöpfung,

sondern es waren doch unter den Kriegsteilnehmern eine erhebliche Zahl leistungsverminderter Menschen. Hier standen vorangegangene körperliche Krankheiten, Infektionen, Alkohol und Tabakmißbrauch neben den angeborenen Dispositionen der Psychopathen. Diese psychischen Vorbedingungen, die der einzelne in den Krieg mitbrachte, waren vielleicht das allerentscheidendste Moment. Nur insofern kann heute noch die früher weit übertriebene Bedeutung der Erblichkeit interessieren, als "Belastung" eine Verschlechterung der "psychophysischen Struktur" mit sich bringt. Die weiteren Beobachtungen in und vor allem nach dem Kriege zeigen völlig beweisend, daß die psychopathische Konstitution, die seelische Unterwertigkeit oder Minderwertigkeit Grundlage der oben geschilderten Störungen ist, daß alle geschilderten exogenen Faktoren gegenüber der Anlage nur eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung besitzen.

Durch die hochentwickelte Neurotikerbehandlung gelang es immer mehr, die akuten, scheinbar so schweren Schreckfolgen zu beseitigen, oft in einer einzigen hypnotischen Sitzung. Der weitere Lebenslauf des Mannes beim Militär, in Lazaretten ließ dann jedoch immer deutlicher die psychopathische Konstitution zutage treten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß im Frieden durch das jahrelange enge Beieinanderleben in der Kaserne, vorher schon durch die Musterungen, durch die Möglichkeit einer guten Erhebung der Vorgeschichte, die engen Beziehungen der Truppenärzte zu ihrer Formation es ungleich leichter gelang, den Psychopathen frühzeitig als solchen zu erkennen. Mit den ganz anderen Verhältnissen im Kriege lernten die Vorgesetzten, wohl auch die Kameraden, den einzelnen weniger genau kennen; es sind daher in zahllosen Fällen psychopathische Erscheinungen übersehen oder doch den Ärzten nicht bekannt geworden. Für manchen Psychopathen aber war der Krieg ein "Stahlbad"; so mancher erschien anfangs in keiner Weise auffällig und ließ erst, nachdem die anfängliche Begeisterung, das Neuartige, das Reizvolle verflogen war, psychopathische Züge hervortreten. Durchaus folgerichtig vertrat daher das preußische Kriegsministerium die Auffassung, daß die Grundlage aller dieser Schreck- und Unfallneurosen eine psychopathische Konstitution sei, daß durch einen Unfall (Verschüttung, Granatexplosion usw.) bestimmte Erscheinungen als Reaktionen ausgelöst werden und daß nur für diese Erscheinungen Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung anzunehmen sei. Waren diese Erscheinungen (z. B. hysterische Stummheit, Taubheit, Bewegungsstörungen) beseitigt, so war auch die Dienstbeschädigung ausgeglichen. Für die zugrunde liegende psychopathische Konstitution, die naturgemäß unverändert weiter bestand, lag eine Dienstbeschädigung nicht vor. Nach den Kriegserfahrungen halte ich für erwiesen, daß als Grundlage der Kriegsneurosen eben die psychopathische Konstitution, zum mindesten eine Verschlechterung der psychophysischen Struktur vorgelegen hat, auf deren Boden bzw. durch die überhaupt erst die Festlegung von Schreckeindrücken usw. in neurotischem Sinne möglich wurde.

Es ist nachdrücklich zu berücksichtigen, daß die jetzigen sozialen Zeitverhältnisse, der Zerfall des früheren Autoritätsstaates und der jetzt völlig verkannte Begriff der persönlichen Freiheit Hemmungen in Fortfall gebracht haben, die früher eben durch den Autoritätsstaat geschaffen waren. Nach meiner Überzeugung wird also weniger der Krieg mit seinen unmittelbaren Schädigungen psychisch auffällige Erscheinungen bedingt haben, als vielmehr indirekt der verlorene Krieg und die Revolution mit ihren Folgen.

Es liegen also soziale Schädigungen vor, die nicht im eigentlichen Sinne von dem Arzt zu würdigen sind.

Ebensowenig brachte der Krieg naturgemäß etwas Neues über die psychischen Defektzustände, den angeborenen Schwachsinn. Alle die Elemente, die im Frieden vom Heeresdienst ausgeschlossen wurden, konnten nicht vom Kriegsdienst zurückgestellt werden, schon allein deshalb nicht, weil das Musterungsgeschäft weniger gründlich war. Es reagierte also der Schwachsinnige genau so, wie schon früher, abnorm auf außergewöhnliche Anlässe, der empfindliche (erethische) Imbezille durch Erregungszustände, Verwirrtheitszustände, Davonlaufen usw., der schlaffe (torvide) Imbezille durch

gesteigerte depressive Erscheinungen (Selbstmordversuche). Der Schwachsinn selbst blieb genau so, wie die psychopathische Konstitution, durch den Krieg unbeeinflußt. Die anerkannte Dienstbeschädigung bezieht sich, wie nochmals zum Schluß nachdrücklich hervorgehoben sei, immer nur auf die ausgelöste Reaktion. Ich erkenne an, daß es für den Laien schwer ist, sich diese rein medizinischen Folgerungen zu eigen zu machen. Er wird geneigt sein, in all diesen geschilderten Neurotikern, Psychopathen reine Kriegsopfer zu sehen. Man muß sich grundsätzlich vorhalten: die psychopathische Konstitution als biologische Grundlage, jedoch als Ursache heute noch bestehender Fixation der mannigfachen neurotischen Äußerungen; die sozialen Zeitverhältnisse; die Rentenbegehrungsvorstellungen, den schädigenden Einfluß planlosen Mitleids. Dann wird auch der Laie nicht immer den Krieg verantwortlich machen für jede Nervenerkrankung, jede nervöse Störung, sondern wird sich eine mehr kritische, objektive Auffassung aneignen.

Das Verdienst des Altmeisters der Psychiatrie Kraepelin ist es, auf den einheitlichen Ausgang einer ganzen Gruppe von Geisteskrankheiten hingewiesen zu haben, die während ihres Verlaufs äußerst verschiedenartige Zustandsbilder zeigen. Er erkannte diese scheinbar so verschiedenartigen Krankheiten als eine einheitliche Psychose und benannte sie Jugendirresein (*Dementia praecox*), da sie fast ausschließlich das jugendliche Lebensalter, etwa bis zum dreißigsten Jahre betrifft.

Es handelt sich nun um die Fragen: Hat das Jugendirresein bei Kriegsteilnehmern einen anderen Verlauf genommen, als man es im Frieden sah und hat die Zahl der Erkrankungen zugenommen? Beide Fragen sind mit einem glatten "Nein!" zu beantworten. Das Jugendirresein beruht auf biologischen Ursachen und nimmt seinen schicksalsmäßigen Verlauf, wobei exogene Faktoren - also auch alle Schädigungen des Krieges - eine durchaus untergeordnete Rolle spielen. Das hinderte allerdings nicht, nach dem Grundsatze: *in dubio pro aegroto* regelmäßig dann Kriegsdienst-beschädigung anzuerkennen, wenn die ersten Erscheinungen des Jugendirreseins in unmittelbarem Anschluß an schwere Verwundungen, schwere Erkrankungen usw. sich zeigten, ein Verfahren, das ja auch schon im Frieden geübt wurde.

Die Frage, ob Gehirnerweichung oder Lähmungsirresein (*Dementia paralytica*), Gehirnsyphilis (*Lues cerebri*) und Rückenmarksschwindsucht (*Tabes dorsalis*) durch Kriegsstrapazen verursacht werden könnten, beschäftigte bereits nach dem Kriege 1870/71 Fachkreise. Namhafte Forscher bejahten damals diese Frage. Inzwischen hat die fortschreitende Forschung und Erkenntnis gezeigt, daß die Syphilis eine Grundbedingung der Paralyse und auch der Tabes ist; ohne Syphilis keine Paralyse und keine Tabes! Die Frage kann also jetzt nur dahin lauten, ob den Kriegsschädigungen irgendein die genannten Krankheiten verschlimmernder Einfluß zuzumessen ist. Ein jeder Beobach-ter hatte Gelegenheit, Fälle zu sehen, in denen die Paralyse bei Kriegsteilnehmern rascher zum Tode führte, als es den Durchschnittserfahrungen entsprach. Derartige Fälle wurden auch im Frieden schon beobachtet; immerhin mag für diese ein Einfluß des geleisteten Kriegsdienstes auf das Lähmungsirresein im Sinne einer Verschlimmerung zugegeben werden. Diesen vereinzelten Fällen steht jedoch die Mehrzahl der Fälle gegenüber, in denen der Verlauf der Paralyse genau der gleiche war wie früher. Auch hat die Zahl der Paralysen nicht zugenommen. Ein Einfluß der Kriegsschädi-gungen auf Entstehung und Verlauf der Paralyse ist daher meines Erachtens nicht vorhanden.

Dasselbe findet im wesentlichen auf die Gehirnsyphilis Anwendung. Nur in den wenigen Fällen, in denen nach einem nennenswerten Schädeltrauma sich die Erscheinungen einer Gehirnsyphilis zeigten, ist ein Kriegseinfluß anzunehmen.

Wesentlich schwieriger liegen die Verhältnisse bei der Rückenmarksschwindsucht. Hat doch die Erfahrung lange vor dem Kriege gelehrt, daß körperliche Anstrengungen, Durchnässungen, Erkältungen den Verlauf der Tabes ungünstig beeinflussen. Mit Recht hat man daher den erwähnten Faktoren von jeher Bedeutung bei der Entstehung der Tabes beigemessen. Auch hier hat der Krieg keine restlose Klärung gebracht. Es ist unmöglich, zu entscheiden, ob nicht so mancher

Kriegsteilnehmer bereits vor der Einziehung die Anfangserscheinungen des Leidens gezeigt hat, indem z. B. die schießenden Schmerzen als Rheumatismus, die gastrischen Krisen als ein Magenkatarrh gedeutet wurden; oft wurde auch absichtlich die Wahrheit verschwiegen und somit war die Vorgeschichte nicht einwandfrei. Es hat von jeher schnell und ungünstig verlaufende Fälle gegeben, ebenso wie solche von mehr stationärem Verlauf, ganz gleich, welche Berufs- und sonstigen Schädigungen der Betreffende durchzumachen hatte. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß so mancher Fall von Rückenmarkschwindsucht ohne die großen körperlichen Anstrengungen usw. des Kriegsdienstes vielleicht nicht entstanden wäre. Das muß jedoch mit aller Vorsicht gesagt werden. Ich habe einige Offiziere beobachtet, die trotz einer Tabes im Anfangsstadium bei der Truppe blieben, alle Schädigungen der obenerwähnten Art durchmachten, bei denen aber trotzdem das Leiden einen ausgesprochenen stationären Verlauf zeigte. Und man hat nicht beobachtet, daß die Rückenmarkschwindsucht bei Kriegsteilnehmern einen schwereren Verlauf nahm, als man es im Frieden im allgemeinen zu beobachten Gelegenheit hatte. Schließlich hat auch die Tabes - soweit von Erfahrungen berichtet worden ist - an Zahl nicht zugenommen.

In Laienkreisen ist Epilepsie (genuine Epilepsie, idiopathische Epilepsie) von alters her identisch mit Krampfanfällen, eine Auffassung, die noch aus einer Zeit stammt, in der man Symptome für Krankheiten nahm. Die Krampfanfälle sind - ärztlich gesprochen - eben nur ein Symptom allgemeiner oder umschriebener Hirnkrankheit. Epileptische Krampfanfälle kommen vor bei Gehirnerweichung, Gehirngeschwülsten, Hirnabszessen, bei Hirnsyphilis, Hirnhautentzündung, Alkohol-, Blei-, Morphiumvergiftung, Zuckerharnruhr, Nierenentzündung und anderen. Unter "genuiner Epilepsie" versteht man ein chronisches, meist progressives Gehirnleiden, dessen Hauptsymptom eine anfallsweise, plötzlich auftretende Störung des Bewußtseins darstellt. Motorische und andere Reizerscheinungen sind häufig, aber keineswegs in allen Fällen vorhanden. Neben den vorübergehenden, oft aber nicht immer periodischen Anfallssymptomen zeigt sich in der Mehrzahl der Fälle eine allmähliche Umwandlung des ganzen geistigen Wesens, die manchmal mehr den Charakter, in anderen Fällen auch die Intelligenz des Erkrankten betrifft (epileptische Degeneration) und bei den schweren Formen des Leidens zuletzt in hochgradigem Blödsinn von eigenartiger Färbung endet. Es handelt sich also um ein bestimmt umrissenes Krankheitsbild. Vereinzelt auftretende epileptische Anfälle sind also nicht beweisend für Epilepsie. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß im Hinblick auf das Fehlen bzw. die Schwierigkeit der Beschaffung von einwandfreien Vorgeschichten während des Krieges Zweifel berechtigt sind, ob die Diagnose Epilepsie stets zu Recht gestellt sein wird. Es ergibt sich aber noch eine weitere Schwierigkeit: die Abgrenzung der Epilepsie von der Hysterie. Hysterische Krampfanfälle sind ja dem Laien hinreichend bekannt. Man findet in den Lehrbüchern seit Jahren alle Symptome erwähnt, die den epileptischen Anfall von dem hysterischen unterscheiden: das plötzliche Einsetzen, Hinstürzen, mehr oder weniger schwere Verletzungen, besonders Bißverletzungen der Zunge und der Lippe, Abgang von Urin und Kot, Pupillenstarre, Blutungen in die Schleimhäute usw. Wertvoller als der Anfall oder die Anfälle ist das ganze psychische Verhalten als Unterscheidungsmerkmal. Zu den typischen Charakteranlagen des Epileptikers gehört seine Gewissenhaftigkeit, sein krankhaft gesteigertes Pflichtgefühl, andererseits eine krankhafte Wandertriebneigung so mancher Epileptiker, die Neigung, sich herumzutreiben und Neues zu erleben. Aus diesen Eigenschaften erklärt sich die "Kriegsfreudigkeit" so vieler Epileptiker, aus welcher Eigentümlichkeit heraus so viele ihre Krankheit verschwiegen haben und immer wieder zur Fronttruppe gelangt sind. Die epileptischen Anfälle treten auch unabhängig von äußeren Momenten auf. Bei dem Hysteriker waren die gewaltigen erregenden Momente des Felddienstes, wie starke Beschießung, Granateinschlag, Fliegerangriff usw., regelmäßig die auslösenden Gelegenheiten; bei anderen genügten schon die seelischen Erregungen des Ausbildungsdienstes, bei anderen allein schon die Tatsache der Einberufung zum Militär. Epileptische Anfälle treten durchaus unregelmäßig auf; der Hysteriker demonstriert, wenn auch unbewußt, seine Symptome, auch Anfälle aus seinem Willen zur Krankheit heraus, indem die hysterische Psyche den günstigen Zeitpunkt für das In-die-Erscheinung-Treten ihrer Äußerungen wählt. Recht charakteristisch für die Mitwirkung von Willensmomenten war auch

die hin und wieder gemachte Beobachtung, daß Leute, die sich im Lazarett irgendeine Disziplinwidrigkeit hatten zuschulden kommen lassen, bei welcher aber eine Bestrafung auf Wohlverhalten ausgesetzt wurde, obgleich sie vorher mehrere Anfälle bekommen hatten, keine weiteren mehr darboten.

Gleichfalls nicht der Epilepsie zuzurechnen sind die "reaktiv psychogenen" Anfälle. - Schließlich sind von der Epilepsie noch abzuzweigen die sog. "affektepileptischen" oder "reaktiv-epileptischen" Anfälle, da diese bei Psychopathen, Degenerierten, Epileptoiden als Reaktion auf äußere erregende Ereignisse auftreten.

Der Vollkommenheit halber seien auch als nicht zur Epilepsie gehörend die psychasthenischen Anfälle zu nennen, bei welchen es sich um körperlich schwache Leute mit empfindlichem Gefäßnervensystem handelt, die im Anschluß an starke körperliche Überanstrengungen, aber auch an psychische Erregungen mit einfachen Ohnmächten und mehr oder minder ausgedehnten Zuckungen zusammensinken, wobei das Bewußtsein meist nicht völlig geschwunden ist.

Die weitere psychiatrische Betrachtung des Lebens von Kranken, die wegen Tobsucht (Manie) oder wegen depressiven Irreseins in einer Anstalt waren, ergab, daß die genannten Krankheitsbilder nur Erscheinungsformen eines einzigen Krankheitsvorganges darstellten. Man benannte die Krankheit periodisches, auch zirkuläres Irresein. Sicher fällt es oft schwer, eine physiologische Reizbarkeit von der leichten Form der Manie und die physiologische Depression von dem depressiven Irresein zu trennen. Die Trennung von Weib und Kind und Heimat, die Sorgen um das Schicksal der Familie schufen eine tiefgreifende physiologische Grundlage für das Entstehen von Depressionszuständen. Jedoch tritt erfahrungsgemäß das zirkuläre Irresein nach inneren Gesetzen ohne irgendwelche erkennbare Veranlassung auf und verschwindet auch wieder. Aber es ist ja auch weiterhin keine ganz seltene Erfahrung, daß einzelne Fälle doch gelegentlich sich an einen körperlichen oder auch psychischen Insult anschließen können, an einen schweren Unfall, eine erregende Situation. Bei der langen Dauer des Krieges war es auch nicht verwunderlich, daß Fälle, die trotz früherer manisch-depressiven Beschwerden einige Zeit ungestört Dienst leisteten, doch schließlich wieder erkrankten. Immerhin war das zirkuläre Irresein selten. Nur die einzelne Attacke kann als durch den Krieg ausgelöst angenommen werden, ohne daß das manisch-depressive Irresein an und für sich in seinem gesetzmäßigen weiteren Verlauf - eben dem periodenweisen Verlaufe - beeinflußt wird.

Von besonderer Bedeutung wurden im Kriege die Alkoholpsychosen. Bei der Mobilmachung wurde bekanntlich ein Alkoholverbot erlassen. Jedoch fielen den Truppen bei dem siegreichen Vordringen im Beginn des Krieges große Alkoholvorräte in die Hände, auch wurden alkoholische Liebesgaben als Schutz gegen Kälte und Nässe vielfach ins Feld gesandt. Je länger der Krieg dauerte, desto teurer und seltener wurde der Alkohol, auch wurden in den Kantinen usw. nur beschränkte Mengen abgegeben. Im Jahre 1918 hatte die Truppe dann eigentlich nur noch vorübergehend bei den Offensiven Gelegenheit, an den erbeuteten Vorräten sich zu berauschen, aber dann auch nur einzelne und diese auch nur für kurze Zeit. So waren echte Alkoholpsychosen, insbesondere *Delirium tremens*, Alkoholhalluzinose, Alkoholparanoia, durchaus selten.

Eine Zusammenfassung der vorstehenden Ausführungen ergibt in Kürze folgendes:

Die Geistes- und Nervenkrankheiten beruhen ausgesprochen auf Ursachen, die vom Körper selbst ausgehen, endogen sind, d. h. auf einer biologischen Anlage. Allen von außen her wirkenden exogenen Faktoren, allen Schädigungen selbst so gewaltiger Art, wie sie der Krieg brachte, kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu, sei es, daß das Krankheitsbild eine bestimmte Färbung (Kriegsfärbung) erhielt, sei es, daß bestimmte Symptome, z. B. bei den Neurotikern, ausgelöst wurden. Nur auf dem Boden einer bereits vorhandenen Anlage ließ der Krieg Nerven- und Geisteskrankheiten sich entwickeln. Man erkennt daraus, eine wie unendliche Anpassungs- und

Leistungsfähigkeit das menschliche Gehirn und Nervensystem besitzt, indem es die schweren Strapazen, Schädigungen und seelischen Eindrücke wieder auszugleichen vermochte.

Es mag aus meinen Darlegungen der Eindruck gewonnen sein, daß eine unendlich große Zahl von Nerven- und Geisteskrankheiten vorgekommen und daß infolgedessen auch eine psychopathische Veranlagung sehr häufig ist. Diese Auffassung ist einzuschränken. Zwar sind die Neurotiker recht aufdringlich, besonders in der Großstadt, vor Augen getreten, und mancher wird daher ihre Zahl für recht stattlich halten. Aber die Neurotiker strömen vorzugsweise in den Städten, besonders in den Großstädten, zusammen, da sie hier leichtere Existenzmöglichkeiten finden durch Bettelei, Straßenhandel usw., als auf dem flachen Lande oder aber in der Kleinstadt, wo der einzelne genauer bekannt ist, mithin auch Arbeitsscheu, hysterisches Gebahren leichter erkannt werden. Wenn auch die Zahl der Neurotiker, der Geisteskranken absolut stattlich ist, so handelt es sich doch um relativ kleine Zahlen im Vergleich zu den zahlreichen Millionen, die während des Krieges in der Heimat und im Felde, mit und ohne Waffe, Dienst getan haben. Ich bin auch überzeugt, daß die heutigen, so unbefriedigenden, so schweren wirtschaftlichen Verhältnisse gerade bei so manchem Neurotiker Festlegung seiner Erscheinungen bedingen. In langjährigem ärztlichem Dienste im Felde habe ich immer wieder voll Bewunderung und Hochachtung erfahren, welch tüchtiger Kern, welch gute Eigenschaften im deutschen Soldaten steckten, und voll Bewunderung habe ich jetzt nach dem Kriege in meiner amtlichen Tätigkeit gesehen, mit wieviel Entschlossenheit, Geduld und Fleiß die Schwerkriegsbeschädigten, die Amputierten, Verstümmelten usw. den Kampf um das Dasein aufgenommen haben. Gegenüber all diesen lebenstüchtigen Menschen ist die Zahl der Lebensschwächlinge und geistig Kranken immerhin klein, ich glaube kleiner als in den Reihen der Feinde. Die Mehrzahl des deutschen Volkes ist nervengesund, nervengesund vor dem Kriege gewesen und trotz des Krieges mit all seinen Schrecken auch nervengesund geblieben. Alle die Auswüchse der letzten Zeit sind Schlacken, die dem wahren Bilde des Volkes anhaften, Schlacken, die aber abfallen werden, ohne das wirkliche Bild zu zerstören oder nachhaltig zu schädigen, wenn das deutsche Volk erst sich wieder auf sich selbst besinnt.

Haut- und Geschlechtskrankheiten.

(Von Dr. A. Sommer, Altona.)

Während die meisten Spezialgebiete der Medizin sich für die wissenschaftlichen Fragen in einem kommenden Krieg schon in Friedenszeiten vorbereitet hatten, waren derartige Vorkehrungen für das Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten nicht getroffen worden. Man hatte mit so einer langen Dauer des Krieges nicht gerechnet, insbesondere nicht daran gedacht, daß während eines jahrelangen Stellungskampfes in Feindesland unbedingt nähere Berührung der Soldaten mit der Zivilbevölkerung stattfinden mußte, die vor allem die Gefahr geschlechtlicher Infektion in hohem Maße in sich barg. Die Erkrankungsziffer für Geschlechtskrankheiten war zu klein - fünfjähriger Durchschnitt 1907/12: 19,9‰ -, als daß in dieser Hinsicht Bedenken hätten erhoben werden müssen.

Daher bedurfte es besonderer Arbeit, die sich den neuen Verhältnissen anpassen mußte, um eine eigene Kriegshygiene der Geschlechtskrankheiten durchzuführen.

Sie gliederte sich in zwei Gebiete: Behandlung der geschlechtskranken Personen unter den deutschen Heeresangehörigen sowohl wie der Zivilbevölkerung, und Verhütung der Geschlechtskrankheiten bei beiden Gruppen.

Beim Ausrücken der Truppen im August 1914 blieben die Geschlechtskranken zurück, sie folgten erst nach, nachdem sie geheilt waren. Während des Bewegungskrieges war der Zugang aus verständlichen Gründen gering. Aber schon Anfang 1915, nach dem Übergang zum Stellungskriege, trat die Notwendigkeit der Einrichtung von Speziallazaretten für Geschlechtskranke hervor. Ein Teil

der Soldaten hatte sich gelegentlich von Urlauben in der Heimat oder durch Geschlechtsverkehr mit der weiblichen Bevölkerung im besetzten Gebiet infiziert. Zugang im ersten Kriegsjahr beim Feldheer 15,2‰.

Die Abteilungen für Geschlechtskrankheiten, welche zunächst Feldlazaretten angegliedert waren und meist dicht hinter der Front lagen, wurden sehr bald in das rückwärtige Etappengebiet verlegt und dort als Sonderlazarette mit Fachärzten als behandelnden Ärzten eingerichtet. Die Kranken wurden hier nach den Erfahrungen der modernen Wissenschaft behandelt. Je nach der Kampftätigkeit der einzelnen Armeen kehrten die Kranken zur Nachuntersuchung bzw. Nachbehandlung in die Speziallazarette zu bestimmten Zeitpunkten zurück, so daß jedem Kranken die Möglichkeit zur ausreichenden Behandlung und endgültigen Heilung gegeben war. Um die Ansteckungsquelle zu erfassen, wurde jeder Kranke nach der Infektionsquelle gefragt, damit man ihrer habhaft werden und weitere Infektionen verhindern konnte (Meldedienst). - So entstand auch bald die Notwendigkeit im besetzten Gebiet, Lazarette für geschlechtskranke Frauen einzurichten.

Jede Armee wies bald ein oder mehrere dieser Lazarette auf, in denen die Frauen, ebenfalls von deutschen Fachärzten unter Mithilfe von Ärzten der Zivilbevölkerung, streng abgesondert, behandelt und erst nach vollkommener Heilung wieder entlassen wurden. In diesen Frauenlazaretten wurde großes Gewicht auf wirtschaftliche Betätigung der Frauen gelegt, wie landwirtschaftliche Arbeit, Näh- und Handarbeit usw., um sie möglichst an Arbeit zu gewöhnen und aus den Armen der Prostitution zu befreien. Aber nicht nur durch eine intensive Behandlung konnte man eine Verminderung der Geschlechtskranken erreichen, sondern vor allen Dingen durch hygienische Maßnahmen. Durch belehrende und aufklärende Vorträge wurden den Soldaten immer wieder die Gefahren der Geschlechtskrankheiten für die Gesundheit des einzelnen und das Glück der Familie vorgehalten. Die geschlechtliche Enthaltsamkeit wurde den Soldaten dadurch erleichtert, daß öffentliche Schaustellungen verboten wurden, welche geeignet waren, Sinnlichkeit und Geschlechtslust zu erwecken; ebenso wurden Wirtschaften und Kaffees mit Damenbedienung geschlossen. Absteigequartiere und Kuppelei wurden aufgehoben; die Wohnungen der Prostituierten und Bordelle wurden aus der Nähe von Kasernen und Massenquartieren weggelegt. Durch Anschläge auf Bahnhöfen, in Quartieren und in Soldatenheimen wurden die Soldaten vor dem Geschlechtsverkehr gewarnt und auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten aufmerksam gemacht. Gesundheitsbesichtigungen fanden alle 14 Tage bis 4 Wochen statt. Um den Soldaten Gelegenheit zu geben, sich fachärztlich beraten zu lassen, wurden in den größeren Städten Beratungsstellen und Ambulatorien eingerichtet. Den Soldaten, welche es wünschten, wurden Schutzpackungen gegen Geschlechtskrankheiten ausgehändigt.

Ebenso wie für die deutschen Heeresangehörigen bestanden auch für die Zivilbevölkerung bestimmte Richtlinien für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Als Prostituierte galt jede Frauensperson, welche nachweislich mit mehr als einem Manne verkehrte; das Gewerbsmäßige spielte keine Rolle, allein der rein hygienische Standpunkt war maßgebend. Um eine geregelte Prostitutionsüberwachung durchführen zu können, brauchte man eine Sittenpolizei, welche dem Sittenpolizeiarzt (Facharzt) als ausführendes Organ zur Auffindung der Infektionsquelle und zur Vorführung der Prostituierten zur Verfügung stand. Jede Frauensperson, bei der die Kontrolle für notwendig befunden wurde, wurde auf Verlangen des Sittenpolizeiarztes von dem Kommandanten unter Kontrolle gestellt und bekam ein Kontrollbuch, das Personalbeschreibung der Inhaberin, Lichtbild und eine Bescheinigung über jede Untersuchung durch den Arzt enthielt. Die Prostituierten wurden wöchentlich zweimal untersucht.

Die Soldaten wurden vor dem Einlaß in die sittenpolizeilich scharf überwachten Bordelle einer Gesundheitsbesichtigung durch einen Sanitätsunteroffizier unterzogen und konnten beim Verlassen des Hauses durch den Sanitätsunteroffizier prophylaktische Maßnahmen an sich vornehmen lassen.

Nicht nur den Frauen in Feindesland wurde ärztliche Hilfe gewährt, sondern es wurden auch Lazarette für Männer der feindlichen Bevölkerung eingerichtet, um so einen geschlossenen Ring in der Behandlung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu erzielen. Den landeseingesessenen Ärzten und Apothekern wurde die Behandlung von Geschlechtskrankheiten untersagt. Um die Frauen des besetzten Gebiets vor der Prostitution zu bewahren, setzte in verschiedenen Armeen bald eine rege Fürsorgetätigkeit, welche zum Teil von seiten der deutschen Behörden, zum Teil auch unter Mitwirkung der landeseingesessenen Zivilverwaltung arbeitete, ein. So manches junge Mädchen in Feindesland ist durch diese Fürsorgetätigkeit vor dem moralischen Fall bewahrt geblieben und hat sich seine Gesundheit erhalten. Andere wieder sind auf einen geordneten Lebensweg zurückgeführt worden.

Wenn es eine Zeitlang auch den Anschein hatte, als hätten die Geschlechtskrankheiten während des Krieges stark zugenommen, so wurden durch die oben angeführten Maßnahmen doch bald ein Stillstand erreicht. (Zugang im zweiten Kriegsjahr beim Feldheer 15,8‰, im dritten 15,4‰, im vierten 20,2‰.) Es waren auch schon Vorkehrungen getroffen worden, die das Einschleppen der Geschlechtskrankheiten nach Deutschland bei der Demobilisierung verhindert hätten. Im Herbst 1918 kehrte jedoch bei der überstürzten Demobilisierung ein Teil noch ansteckender Geschlechtskranker aus dem Felde nach Deutschland zurück und entzog sich jeder ärztlichen Nachuntersuchung und Behandlung. Darauf ist zu einem gewissen Teil die starke Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nach dem Kriege zurückzuführen.

Hygiene - Gesundheitspflege.

(Von Generaloberarzt Prof. Dr. Bischoff, Bremen.)

Im Mobilmachungsplan war für jedes Armeekorps ein Hygieniker im Range eines Stabs- oder Oberstabsarztes bestimmt. Unmittelbar nach ausgesprochener Mobilmachung reiste er mit dem ins Aufmarschgebiet vorausfahrenden Generalstabsoffizier und höheren Intendanturbeamten dorthin, um es in hygienischer Beziehung zu erkunden und Vorkehrungen zu treffen, um die sich sammelnden Truppen gegen Verseuchung zu schützen. Mit Unterstützung der Lokalbehörden verschaffte er sich bis zum Eintreffen der Truppenverbände einen Überblick über die hygienischen Verhältnisse jener Gegend; vor allem unterrichtete er sich über vorgekommene ansteckende Krankheiten und die zur Verhütung der Weiterverbreitung getroffenen Maßnahmen, die er im Bedarfsfalle ergänzte, sowie über die Güte der Wasserversorgung und die vorhandenen Krankenhäuser, die als Seuchenlazarette in Frage kommen konnten.

Die seit Anfang des Jahrhunderts in den westlichen und südwestlichen Grenzprovinzen durchgeführten eingehenden Nachforschungen nach Typhusbazillenträgern hatten die Ausbreitung des Unterleibstyphus, der in jenen Gegenden stets endemisch war, erfolgreich eingeschränkt. Bei der Ansammlung von großen Menschenmengen aus allen Teilen Deutschlands auf einem verhältnismäßig kleinen Raume mußte aber damit gerechnet werden, daß unter der Truppe selbst und den zu ihr stoßenden Ersatzmannschaften sich unerkannt Bazillenträger befänden, auch konnte im Aufmarschgebiete kaum jeder Bazillenträger bekannt sein. Es war daher von besonderer Bedeutung, die vorhandenen Wasserstellen auf ihre Infektionssicherheit zu untersuchen. Nun war zwar im westlichen Deutschland, besonders in der Eifel, die Wasserversorgung in den letzten Jahrzehnten regierungsseitig dauernd vervollkommnet worden; fast sämtliche Landgemeinden hatten Zentralwasserversorgung erhalten. Daneben gab es aber Gemeinden, die im Ausbau ihrer hygienischen Einrichtungen noch zurück waren, in denen nicht ganz selten zum Teil recht minderwertige Brunnenanlagen angetroffen wurden. Solange diese Brunnen nur von den gesunden Bewohnern des Gehöftes benutzt wurden, waren sie trotz der mangelhaften Anlage ohne Schaden benutzt worden. Bei der verstärkten Inanspruchnahme während des Aufmarsches und dem häufig wechselnden Verkehr an diesen Wasserstellen konnten mangelhaft angelegte Brunnen leicht verseucht und zur Quelle von Epidemien werden. Es war daher eine Hauptaufgabe des Hygienikers,

sämtliche Wasserstellen im Aufmarschgebiete eingehend zu erkunden, die verdächtigen kenntlich zu machen und sie, soweit dies möglich war, behördlich schließen zu lassen.

Während des schnellen, unaufhaltsamen Vormarsches im Sommer 1914 durch Belgien und in Nordfrankreich, wie auch im Frühjahr 1918, sowie bei den Vormärschen in Rußland, in Rumänien, auf dem Balkan und in Oberitalien, lagen die ersten hygienischen Maßnahmen an der Hand allgemeiner Richtlinien vornehmlich in der Hand der Truppenärzte; bei besonderen Gelegenheiten wurden ihnen die erforderlichen Anhalte teils mittels Unterweisung durch den Korpshygieniker, teils durch Merkblätter übermittelt. Bei dem ständigen Wechsel der Quartiere und der fehlenden engeren Berührung mit der bodenständigen Bevölkerung bestanden die hygienischen Maßnahmen im wesentlichen darin, daß die Abfallstoffe unschädlich gemacht und die persönliche Körperpflege immer und immer wieder angeregt und Sorge getragen wurde, vorkommende Krankheitsfälle abzusondern und schnell aus dem Bereiche der vormarschierenden Truppen zu entfernen. Daneben dienten prophylaktische Impfungen gegen Typhus und Cholera als wertvolle Maßnahmen, sowie eine systematische Prophylaxe gegen Malaria. Nur langsam wurde das erforderliche Verständnis für die Bedeutung der Unschädlichmachung der Abfallstoffe bei der Truppe erweckt. Infolge des hohen Standes der Wohnungskultur in Deutschland, wo seit Jahren alle Groß- und Mittelstädte und viele Kleinstädte mit zentralen Einrichtungen für die Beseitigung der Abgänge versehen waren, war die überwiegende Mehrzahl der Heeresangehörigen daran gewöhnt, sich um die Abfallstoffe nicht zu kümmern. Während der unzivilisierte Mensch ohne besondere Aufforderung die Leibesabgänge mit Erde zu bedecken pflegt und fäulnisfähige Abfallstoffe durch Vergraben beseitigt, standen die überwiegend aus Städten stammenden Truppenangehörigen diesen Fragen zunächst verständnislos gegenüber. So wurden alle Ruheplätze der Truppe stark verschmutzt und boten den Fliegen die besten Brutplätze. Verschleppung von Krankheitserregern auf Nahrungsmittel und Verbreitung des Infektionsstoffes waren die Folge. Dies führte bereits im Herbste 1914 zur Ausbreitung von Ruhr, gegen die wirksame Impfungen noch nicht zur Verfügung standen.

Erhöhte Anforderungen entstanden, als der Vormarsch zum Stehen kam und langdauerndes Verweilen in gewählten oder auch aufgezwungenen Stellungen eintrat. Waren die Abfallstoffe bereits beim Vormarsch eine Quelle von Gesundheitsschädigungen, so in erhöhtem Maße beim Übergange zum Stellungskriege. Das Reinhalten der Schützengräben sowie des Geländes hinter ihnen, was zur Reinhaltung des Bodens und der Luft verlangt werden mußte, stieß auf große Schwierigkeiten. Dauernd mußten die Truppenärzte wie die Hygieniker auf Mißstände aufmerksam machen und Vorkehrungen für deren Beseitigung treffen. Erschwert wurden alle hygienischen Maßnahmen dadurch, daß der Feind jede Betätigung durch Gefechtsmaßnahmen zu stören in der Lage war und dies nach Möglichkeit ausnutzte.

In den vordersten Linien kamen als Unterkunft lediglich Erdwohnungen in Frage. Bei der außerordentlichen Durchschlagskraft der modernen Geschosse boten lediglich tief in die Erde verlegte Unterkünfte Sicherheit gegen Artilleriewirkung. Nicht nur die Wohnräume, sondern auch Krankenräume und Verbindestuben mußten tief unter die Oberfläche eingegraben werden. Hierbei wurde nicht selten das hochstehende Grundwasser hinderlich, so daß dagegen durch Betonierung Schutz geschaffen werden mußte. Beleuchtung, Erwärmung und Lüftung dieser Unterkünfte machte große Einrichtungen erforderlich. Ganz besonders aber mußten für Aufnahme der Körperabgänge und sonstiger fäulnisfähiger Abfallstoffe Vorkehrungen getroffen werden. Diese Einrichtungen mußten so angelegt werden, daß von ihnen her die Unterkünfte nicht verpestet, und daß sie unter Schutz gegen feindliches Feuer benutzt werden konnten. Nachdem die Einrichtungen eine gewisse Zeit benutzt waren, mußten sie zugeschüttet und durch Neuanlagen ersetzt werden.

Je nach den örtlichen Verhältnissen stieß der Bedarf nach geeignetem Wasser auf erhebliche Schwierigkeiten. Während in manchen Gegenden bereits durch Abessinierbrunnen ein den Anforderungen gerecht werdendes Wasser erschlossen werden konnte, waren an anderen Stellen

Veredelungsmaßnahmen erforderlich. Hierzu eignete sich vielfach eine Filtration durch Kies-Kohle-Filter, durch die Enteisenung und Klärung des Wassers erreicht werden konnte. Wo hinreichend Wasser vorhanden, dieses aber infektionsverdächtig war, dienten die fahrbaren oder tragbaren Trinkwasserapparate, die seit 1900 in langwierigen Versuchen durch gemeinsame Arbeiten des hygienisch-chemischen Laboratoriums der Kaiser-Wilhelms-Akademie mit der Industrie ausgebildet worden waren, zur Gewinnung eines einwandfreien Wassers. Diese Apparate leisteten nicht selten sogar unmittelbar in der Gefechtsstellung für die Wasserversorgung vorzügliches. Wo es vollkommen an Wasser fehlte, mußte bei mäßigem Bedarfe das Wasser mittels Wasserwagen, bei größerem Bedarfe mittels Wasserleitung herangeschafft werden.

Bei der Mobilmachung waren lediglich die ständigen Truppenteile und die Reserveformationen mit fahrbaren Feldküchen ausgestattet. Die höheren Stäbe und die zahlreichen neu aufgestellten Ersatzformationen entbehrten der Feldküchen und waren auf Abkochen angewiesen. Nach und nach wurden aber alle Formationen mit Feldküchen ausgestattet. Diese stellten auf dem Marsche oder - im Stellungskriege - hinter der Front das Essen her und gaben es bei passender Gelegenheit an die Truppe ab. Erschwert wurde aber die Verpflegung der Truppe, als sich infolge der unzureichenden Ernten und der Unmöglichkeit, infolge der **vollständigen Abschnürung Deutschlands** Nahrungsmittel einzuführen, mehr und mehr Mangel geltend machte. Besonders im Jahre 1917, als die Ernte an Getreide und an Kartoffeln ungenügend war, war die Verpflegung unzureichend; selbst an den Fronten, deren Versorgung unter Einschränkung der Sätze für das Etappengebiet sichergestellt wurde, machten sich Nährschäden bemerkbar, die auch durch weitgehende Verwendung von Wildgemüse nur ungenügend behoben werden konnten.

Besonders schwer wurde es empfunden, als das Brot, wie im Heimatgebiet, so auch im Felde eine weitgehende Verschlechterung erfuhr. Während im Frieden das Soldatenbrot aus Roggenmehl, das mit 15% Kleieauszug und 3% Mahlverlust gewonnen war, erbacken wurde, stand bereits im Winter 1914/15 nur Brot zur Verfügung, das mit Kartoffelzusatz erbacken war. 1917 mußte aber Mehl verbacken werden, das sämtliche Kleie enthielt, ja zum Teil noch außerdem einen erheblichen Kleiezusatz erfuhr. Abgesehen von der Verschlechterung hinsichtlich Geschmack und Nährwert war dieses Brot auch weniger lagerfähig, konnte aber wegen höheren Wassergehalts und langsameren Austrocknens erst nach mehrtägiger Lagerung an die Truppe ausgegeben werden. Sofern die Backmeister sich diesen veränderten Verhältnissen nicht schnell anzupassen verstanden und die Aufbewahrungsräume nicht entsprechend vergrößert und besser ventiliert wurden, traten erhebliche Verluste infolge Verschimmelns auf. Für die Hygieniker, besonders die Beratenden Hygieniker, war es ein dankbares Betätigungsfeld, auch hier mit Rat und Tat zu helfen. Dies war um so notwendiger, als bei weitem nicht alle Bäckereien berechtigten hygienischen Forderungen entsprachen, während andererseits selbst in der schlimmsten Zeit des Jahres 1917 bei richtiger Vorsicht genügend lagerfähiges Brot erzielt werden konnte.

Hohe Anforderungen an die Erfindungsgabe der Hygieniker stellte auch die Sorge für die Körperpflege. Wie in früheren Kriegen, kam es bald zu hochgradiger Verlausung der Truppe. Nicht allein in den Ländern des östlichen Kriegsschauplatzes mit niederer Kultur, auch in Frankreich und Belgien wurde die Truppe, soweit nicht einzelne auf Körperpflege und Reinigung besondere Sorgfalt verwendeten, bald von Kleiderläusen befallen. Mögen es zunächst nur solche Leute gewesen sein, die die Körperreinigung nicht genügend durchführten, so daß bei diesen Vorwürfe berechtigt waren; bald jedoch war die Gelegenheit zum Verlausen vielfach so allgemein, daß kein Mann oder Offizier davon ausgenommen war. Bereits im Herbst 1914 trat an die Hygieniker die Aufgabe, Maßnahmen zu ergreifen, die Verlausung einzuschränken und tunlichst zu beseitigen. Da aber in Deutschland die Kleiderlaus so gut wie unbekannt war, waren auch Kenntnisse über deren Biologie nicht verbreitet. Allgemein wurde angenommen, daß sich die Kleiderlaus in der Kleidung allein aufhalte und auf die Haut nur übergehe, um Nahrung zu nehmen, daß sie aber unmittelbar nach dem Blutsaugen wieder in die Kleidung zurücktrete und dort auch allein ihre Nisse ablege.

Nach dieser Auffassung mußte es zum Abtöten von Läusen und ihrer Brut genügen, wenn die Kleidung allein genügend gereinigt wurde. Dies war ein schwerer Irrtum. Alle Maßnahmen gegen die Verlausung blieben ohne durchschlagenden Erfolg, solange nicht daneben auch eine geeignete Behandlung des verlausten Körpers durchgeführt wurde. So wurden denn mit dem größten Eifer dicht hinter der Front und vor allem im Etappengebiet mehr oder weniger leistungsfähige Entlausungsanstalten geschaffen, welche aus Badeanstalt und Behandlungs- (Desinfektions-) Vorrichtungen für die Kleidung bestanden. Besonders große und technisch sehr vollkommene Anstalten wurden an der Landesgrenze in der Nähe der großen Übergangsbahnhöfe errichtet. In ihnen konnten ganze Truppenteile in kurzer Zeit von Ungeziefer mit Sicherheit befreit werden.

Wo dies möglich war, wurde bei der Einrichtung der Entlausungsanstalten Anschluß an vorhandene Badeanstalten oder Fabrikanlagen genommen, was besonders für die größeren Anlagen galt. Dementsprechend waren die einzelnen Anstalten hinsichtlich ihrer inneren Ausgestaltung sehr verschieden. Im Prinzip aber waren sie einander gleich: es war in ihnen allen völlige Trennung der unreinen Seite von der reinen und ein zwangsläufiger Verkehr vorgesehen, entsprechend den Erfahrungen aus der praktischen Desinfektion. Von einem Warteraum für Verlauste kamen die Leute in einen Entkleidungsraum, in dem sie sich vollständig entkleideten und ihre Leibwäsche sowie die Kleidung abgaben. In einem Haarschneideraum wurde, sofern dies erforderlich war, eine Kürzung der Haare vorgenommen. Von dort wurde ein Baderaum betreten. In ihm war Gelegenheit gegeben, unter Benutzung von Seife und Kaliumpermanganatlösung den Körper vom Kopf bis zu den Füßen unter Duschen mit genügend warmem Wasser gründlich zu reinigen. Nachdem sich die Leute mit verabfolgten Handtüchern abgetrocknet, wurden sie auf Nisse untersucht und die Lieblingsstellen, die Achselhöhlen, die stärker behaarten Gegenden an Brust, Bauch und in der Gegend der Geschlechtsteile, wie auch die Umgebung des Afters genau besichtigt. Wurden Nisse vorgefunden, erfolgte Behandlung mit grauer Quecksilbersalbe. In einem gut durchwärmten Raume hielten sich dann die Leute auf, bis ihnen die inzwischen desinfizierten Kleidungsstücke wieder zugeführt werden konnten. Den üblichen Desinfektionsmethoden (trockene heiße Luft oder strömender Dampf - Ledersachen oder andere Gegenstände, die der Hitze nicht ausgesetzt werden durften, meist durch schweflige Säure -) sicherten zwar die Abtötung des Ungeziefers, hatten aber den schweren Fehler, der besonders bei dem Mangel an Stoffen beachtet werden mußte, daß die Gewebsfaser bei wiederholter Anwendung jener Verfahren brüchig wurde und die Stoffe sich daher schnell abnutzten. Wiederholte Entzieferung, vornehmlich bei Kriegsgefangenen, war aber unerläßlich.

Eine Lösung dieser schwerwiegenden Frage schien 1917 gefunden zu sein, als die Blausäure als Entlausungsmittel eingeführt wurde. Freilich erwiesen sich die ersten Veröffentlichungen, welche sogar damit rechneten, unter improvisierten Bedingungen mit diesem Mittel arbeiten zu können, als reichlich optimistisch. Unglücksfälle waren bei sicherem Erfolg in der Abtötung des Ungeziefers nur zu vermeiden, wenn genügende Sicherheiten geschaffen wurden. Dies gilt besonders für größere Anlagen mit Dauerbetrieb. Eine sehr große und gut durchkonstruierte Entlausungsanlage für Blausäurebetrieb wurde in Riga eingerichtet. In ihr konnten im Laufe eines Tages ohne Schwierigkeiten 2000 Mann abgefertigt werden, bei verstärktem Personal waren 3000 und mehr zu behandeln. Diese Anlage ist monatelang ohne Betriebsstörung und ohne Unglücksfälle in Gang gewesen, was um so mehr für das Verfahren spricht, als das Bedienungspersonal zum Teil wie die zu Entlausenden in der überwiegenden Mehrzahl des Deutschen nicht mächtig waren, und die Leitung der Anstalt ihrerseits die lettische Sprache nicht verstand. Bei sachverständiger Anwendung und guter Konstruktion der Anstalten konnten Unglücksfälle mit Sicherheit vermieden werden. Zu bedenken war jedenfalls, daß es keine Methode gibt, welche das Entlausungsgut völlig unbeschädigt läßt und gleichzeitig so sicher wirkt, wie das Blausäureverfahren.

Wegen der gewaltigen Ausdehnung des Kriegsschauplatzes, der große Gebiete niedrig oder ganz unkultivierter Landgebiete umfaßte, war die Seuchengefahr natürlich außerordentlich groß.

Demgegenüber aber hatte die hygienische Wissenschaft den deutschen Ärzten Mittel und Wege in die Hand gegeben, in ganz anderer Zielsicherheit an die Aufgabe ihrer Bekämpfung heranzutreten. Die von Robert Koch und dessen zahlreichen Schülern innerhalb der letzten Jahrzehnte aufgedeckten Wege für die Verbreitung der verschiedenen Seuchen, vor allem die Erkenntnis, daß der erkrankte Mensch und seine nähere Umgebung allein für die Ausbreitung ansteckender Krankheiten verantwortlich zu machen seien, und die daraus abgeleiteten Bekämpfungsmaßnahmen führten dazu, daß trotz der so reichlich gegebenen Gelegenheit die Verluste durch Infektionskrankheiten gegenüber früheren Kriegen und im Vergleiche zu den Verlusten durch Kampfhandlungen völlig zurücktreten. Das ist um so höher zu bewerten, als der Krieg 1914/18 nicht nur hinsichtlich Ausdehnung der Kampfhandlungen alle früheren Kriege weit hinter sich läßt, sondern dabei gleichzeitig eine Anhäufung von Menschenmassen erfolgte, wie dies bis dahin nicht erlebt war. Endlich muß berücksichtigt werden, daß nicht allein bereits in ihrer Verbreitungsweise bekannte und völlig aufgeklärte Seuchen, sondern auch Krankheiten, die in Deutschland völlig unbekannt und auch in der Literatur noch nicht erschöpfend behandelt waren, zu bekämpfen waren.

Die auf Anregung von Robert Koch seit 1900 in den westlichen Provinzen des Reiches, in denen Unterleibstyphus endemisch vorkam, durchgeführten Maßnahmen einer planmäßigen Typhusbekämpfung hatten durchschlagenden Erfolg. Die Truppen überschritten die Landesgrenze aus dem Aufmarschgebiet unverseucht. Erst nachdem sie nach der Marneschlacht im Herbste 1914 mit der einheimischen Bevölkerung in nähere Berührung kam, trat in einer Division Unterleibstyphus epidemisch auf, der schnell um sich griff. Sofort eingeleitete Bekämpfungsmaßnahmen vermochten wohl die Seuche zu beschränken; allein es mußte jetzt stets damit gerechnet werden, daß von neuem diese von altersher als Kriegsseuche gefürchtete Krankheit auch die deutschen Truppen auf das Ernsteste bedrohte. Die während des südafrikanischen Krieges im Hereroaufstande gewonnenen Erfahrungen sowie die in Nordamerika und in Indien erzielten Erfolge legten es nahe, durch Schutzimpfungen die Empfänglichkeit gegen die Typhusinfektion herabzusetzen. Die gegen die obligatorische Schutzimpfung erhobenen Bedenken wurden als unwesentlich abgelehnt, und es wurde eine dreimalige Impfung in achttägigen Zwischenräumen bei dreivierteljährlicher Wiederholung der Impfung befohlen. Die Daten der Impftermine wurden von der Obersten Heeresleitung bekanntgegeben, die erfolgte Impfung wurde im Soldbuche bescheinigt. Der in ungeheuren Mengen erforderliche Impfstoff wurde im Heimatsgebiete hergestellt und mit dem erforderlichen Impfgerät an die Front gesandt. Im Gegensatz zu den Erfahrungen des südwestafrikanischen Expeditionskorps waren die Reaktionen so gering, daß selbst Truppenteile unbedenklich der Immunisierung unterworfen werden konnten, die in Kampfstellung standen. Der Erfolg war durchschlagend. Es gelang in kurzer Zeit, die Weiterausbreitung des Typhus zu verhüten; die regelmäßige Wiederholung der Impfungen bewirkte, daß es während des ganzen Krieges nicht wieder zu einer Epidemie kam; vereinzelt vorkommende Erkrankungen verliefen auffällig leicht. Nach der planmäßigen allgemeinen Immunisierung hatte der Typhus seine Schrecken als Kriegsseuche verloren.

Während hinsichtlich der Typhusverhütung bereits weitgehende Erfahrungen vorlagen, war das für die Ruhr nicht der Fall. Seit Durchführung der allgemeinen städtehygienischen Maßnahmen (Kanalisation) war die Ruhr in Deutschland selten. In Ostpreußen und im westfälischen Industriebezirk trat die Ruhr endemisch auf; auf Truppenübungsplätzen wurden gelegentlich Epidemien störend, aber die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung waren noch nicht genügend ausgebaut. Es kommt auch hinzu, daß es sich bei der Ruhr nicht um einen einzigen, sondern um eine ganze Reihe von Erregern handelt. Nachdem während des Vormarsches im Westen, wie in Ostpreußen im Herbste 1914 mehrfach leichte Erkrankungen mit nur wenig Todesfällen beobachtet waren, wurden im Osten in dem folgenden warmen Sommer 1915 ausgesprochen schwere Ruhrerkrankungen in großer Zahl festgestellt. Mehr und mehr mußte die Ruhr als die eigentliche Kriegsseuche bezeichnet werden. Infolge dauernden Verschiebens der Truppen wurden im Laufe der Zeit alle Fronten annähernd gleichmäßig betroffen. Hinzu kam, daß in den besetzten russischen Gebieten unter der Zivilbevölkerung Ruhr in besonders schwerer Form wütete. Der Hauptgrund hierfür war, daß die

eroberten Ortschaften in der unglaublichsten Weise verschmutzt waren. Für Beseitigung der Abfallstoffe war so gut wie nichts geschehen. Selbst in dem reich mit deutscher Bevölkerung durchsetzten Kurland herrschten meist sehr wenig erfreuliche Zustände. Bei Besetzung der Städte war oft mehrwöchige ausgedehnte Städtereinigung erforderlich. Überall herrschte im Herbst 1915 eine ungemein starke und lästige Fliegenplage. In manchen Ortschaften von Litauen war die Bevölkerung infolge Ruhr erheblich zusammengeschrumpft. Die stets einsetzenden hygienischen Maßnahmen hatten sofortigen Erfolg. In den folgenden Jahren blieb die bürgerliche Bevölkerung in den Städten von Ruhr fast frei, aber bei der in den vorderen Linien liegenden Truppe war eine Abnahme nicht nachweisbar, ja die Zahl der Ruhrfälle nahm von Jahr zu Jahr eher zu. An den dauernd im Gefechte stehenden Fronten hygienische Maßnahmen so durchzuführen, daß sie von durchschlagender Wirkung sein mußten, war nicht möglich. Trotz regelmäßigen Verteilens von Merkblättern zur Aufklärung über die Darmerkrankungen und Belehrungen über die Bedeutung der Fliegen als Verbreiter der Ruhrerreger war es nicht zu erreichen, daß die Truppe an allen Stellen die erforderlichen Maßnahmen mit der unerläßlichen Konsequenz und Genauigkeit durchführte. Es wurde wohl streng darauf gehalten, daß Aborte und Müllgruben fliegensicher angelegt wurden, daß auch sonst Brutstätten für die Fliegen möglichst vernichtet wurden, allein die Zahl der Ruhrerkrankungen blieb hoch; es trat sogar von Jahr zu Jahr eine Steigerung ein.

Bei den guten Erfahrungen mit der Schutzimpfung gegen Typhus, die auch von der Truppe trotz des anfänglichen Widerstandes gegen die Impfungen zugestanden wurden, lag es nahe, auch gegen die Ruhr Schutzimpfungen auszuführen. Hinderlich für deren Einführung war zunächst die Kenntnis, daß eine strenge Spezifität wie beim Typhus bei ihr nicht besteht. Auch bei den im Kriege beobachteten Ruhrepidemien handelte es sich nicht um den gleichen Erreger. Wenn somit ein spezifischer Impfstoff angewandt werden sollte, so schien hierfür ein Vakzin erforderlich, das alle in Frage kommenden Erreger berücksichtigte. Es bedeutete daher einen großen Fortschritt, als Prof. Böhncke seinen Impfstoff "Dysbakta" und die bis dahin mit ihm gemachten Erfahrungen bekanntgab. Mit diesem Impfstoff wurden im Sommer 1917 und 1918 umfangreiche Impfungen ausgeführt. Die Erfahrungen waren durchaus ermutigend. Es gelang stets schnell von Ruhr befallene Truppenteile praktisch ruhrfrei zu machen, während die bis dahin beobachteten Maßnahmen hygienischer Art stets ohne Erfolg geblieben waren. Auch die Zivilbevölkerung und in Gefangenenlagern wurde geimpft, stets mit dem gleichen guten Erfolge. So gelang es, am Ende des Krieges auch diese bis dahin nicht einzudämmende Kriegsseuche unschädlich zu machen.
Die Cholera hat als Heeresseuche mehrmals in früheren Kriegen bestimmend auf die Ereignisse und den Ausgang eines Feldzuges eingewirkt. Von neueren Kriegen ist dies 1866 und im Balkankriege der Fall gewesen. Auch im Weltkriege ist Cholera wiederholt in mehr oder weniger erheblichem Umfang aufgetreten. Heftig ergriffen von ihr wurden österreichische Truppen bereits im Herbst 1914, vereinzelt kamen auch bei deutschen Soldaten Erkrankungen vor. Als Heeresseuche ist aber heute die Cholera nicht mehr so wie früher verhängnisvoll. Bekanntlich treten die Erkrankungen von Beginn der Seuche an sofort äußerst stürmisch auf, so daß die Erkrankten sich nicht längere Zeit hinschleppen, ihre Erkrankung also verborgen bleibt, sondern sie werden sofort als schwerkrank erkannt und schnell aus dem Verkehr mit den Kameraden ausgeschieden. Zudem handelte es sich auch um eine in den Kriegsgebieten nicht bodenständige Seuche, so daß ständig Einschleppungen aus der bürgerlichen Bevölkerung nicht stattfanden. Endlich lagen bereits ausgedehnte Erfahrungen vor mit prophylaktischen Impfungen. Die im Herbste vorkommenden zahlreichen Todesfälle an Cholera innerhalb der österreichischen Armee wurden die Veranlassung, daß bei den auf dem östlichen Kriegsschauplatze verwandten Truppen auch gegen diese Seuche regelmäßige Schutzimpfungen durchgeführt wurden. Daneben wurde, wenn gleichwohl gelegentlich Erkrankungen vorkamen, sofort gesorgt, daß die Erkrankten schnell abgesondert wurden. Obwohl in der Umgebung von Lodz unter der einheimischen Bevölkerung wiederholt Choleraerkrankungen vorkamen, blieben die deutschen Truppen fast völlig verschont. Auch im Sommer 1915 gelang es der bei der Erstürmung von Kowno drohenden Choleragefahr schnell Herr zu werden. Unter der russischen Armee, die Kowno verteidigte, müssen nicht wenige

Choleraerkrankungen vorgekommen sein. Unter den 15 großen Lazaretten, die in Kowno eingerichtet vorgefunden wurden, waren zwei allein für die Aufnahme von Cholerakranken bestimmt gewesen. Unter den dort gemachten Gefangenen wurden seit Mitte August Cholerakranke wiederholt festgestellt, auch wurden beim Einrücken einige unbestattete Choleraleichen vorgefunden. Auch an anderen Stellen der Ostfront wurden 1915 mehrmals unter den gemachten Gefangenen Cholerakranke festgestellt, so in Litauen. Stets aber gelang es, ein Übergreifen auf die deutschen Truppen und die eingeborene Bevölkerung zu verhüten.

Hohe Anforderungen an den Mut des Pflegepersonals und das Organisationstalent der Ärzte stellte eine andere, den Deutschen bis dahin so gut wie unbekannte Krankheit: das Fleckfieber. Die hauptsächliche medizinische Literatur über diese Krankheit stammte in Deutschland aus einer Zeit, in der die modernen Anschauungen über Infektionskrankheiten noch unbekannt waren. War auch aus den Veröffentlichungen französischer und amerikanischer Kolonialhygieniker bekannt, daß für die Übertragung des Infektionsstoffes Läuse eine Rolle spielten, so fehlte doch bis dahin sichere Kenntnis, inwieweit dieser Übertragungsmodus für die Verbreitung der Seuche ausschlaggebend sei. Ebenso war den Ärzten das klinische Bild dieser Krankheit aus eigener Anschauung völlig unbekannt. Endlich waren die Lebensbedingungen der Läuse unbekannt.

Unter diesen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, daß die ersten Fleckfieberfälle nicht richtig erkannt und zur Verhütung einer Weiterverbreitung nicht sogleich die wirksamsten Maßnahmen ergriffen wurden. Erst nach anfänglich unsicherem Tasten lernte man, daß der Kampf gegen das Fleckfieber praktisch ein Kampf gegen die Laus ist. Heeresverwaltung und Ärzte strebten nunmehr danach, diesen Kampf bis ins kleinste durchzuführen. Dennoch hat es eine gewisse Zeit gedauert, bis das Verständnis allseitig erweckt war und die richtigen Methoden zur Vernichtung dieses Schädlings durchgeführt wurden. Dann aber gelang es, dem Fleckfieber seinen Schrecken als schlimmste Kriegsseuche zu nehmen. Mit besonderen Schwierigkeiten war die Bekämpfung des Fleckfiebers auf dem östlichen Kriegsschauplatz verknüpft.

Ein völliger Abschluß der Heeresangehörigen gegen die Zivilbevölkerung in den rückwärtigen Ortschaften war nicht durchzuführen, also war es unerläßlich, auch die bürgerliche Bevölkerung zu sanieren. Bei genauen Erkundungen anläßlich ansteckender Krankheiten stellte sich heraus, daß die einheimische Bevölkerung zwischen zwei Krankheitsbildern unterschied. Alle mit hohem Fieber und Benommensein einhergehenden Krankheiten (Fleckfieber, Unterleibstyphus, Rückfalltyphus, Trichinose, Lungenentzündung, Miliartuberkulose) wurden von der ungebildeten Bevölkerung gemeinhin als Typhus bezeichnet, während Erkrankungen mit Vorwiegen von Darmerscheinungen (Cholera, Ruhr, Darmkatarrhe nach Fleischvergiftungen usw.) als Cholera benannt wurden. Dieses geringe Unterscheidungsvermögen zwischen den einzelnen Krankheitsbildern erschwerte es bei Erkundungen, die zudem meist stets mit Hilfe ungebildeter, wenigstens medizinisch ungeschulter Dolmetscher durchgeführt werden mußten, auch nur annähernd einen Überblick über den Verlauf von Seuchen zu erlangen. Fast nie ließen sich Beginn und Ende einer Epidemie auch nur annähernd abgrenzen. So mußte auch die als untrüglich sichere Beobachtung vertretene Ansicht, daß Fleckfiebererkrankungen von Anfang Juni an nicht mehr vorkommen, erst im Spätherbst wieder auftreten und während des Winters ihre Höchstzahl erreichen, zunächst als erwiesen hingenommen werden. Nachdem die Laus als Überträger, und zwar als einziger Infektionsweg erkannt war, lag es nahe, das Auf und Nieder im Vorkommen von Fleckfieber zu den verschiedenen Jahreszeiten mit der Laus oder dem Grade der Verlausung in der Bevölkerung in Zusammenhang zu bringen. Tatsächlich gibt es Lebensgewohnheiten in der niederen Bevölkerung von Litauen und Polen, wo Fleckfieber endemisch ist, durch welche bestimmend auf den Grad der Verlausung eingewirkt wird. Mit dem Herannahen der kalten Jahreszeit hört die körperliche Reinigung bei der niederen Bevölkerung, die allein als Herd des Fleckfiebers in Frage kommt, so gut wie ganz auf. Ein Wechsel der Unterkleidung findet während des Winters nicht mehr statt, auch die Überkleidung wird Tag und Nacht getragen. Erst im vorgerückten Frühjahr wird an Stelle der Winterkleidung die aus

waschbaren Stoffen, meist grobem Leinen bestehende Sommerkleidung angezogen und nun eine regelmäßige körperliche Reinigung wieder innegehalten. So kommt es während des Winters zu einer so hochgradigen Verlausung, wie man sie in Kulturländern höchstens bei der vagabondierenden Bevölkerung findet. Mit der Zunahme der allgemeinen Verlausung wächst aber die Gefahr, daß die Infektionserreger von Erkrankten auf Gesunde übergehen und dadurch eine schnelle Ausbreitung der Seuche hervorgerufen wird.

Das nähere Studium hat aber dann ergeben, daß keineswegs Fleckfieber im Hochsommer völlig fehlt. Wo diese Krankheit endemisch vorkommt, z. B. in Warschau und Wilna, wurden auch im Sommer Erkrankungen festgestellt, doch blieben sie wegen der geringeren Verlausung meist vereinzelt, um mit der Zunahme der Verlausung in der kalten Jahreszeit zu mehr oder weniger ausgebreiteten Epidemien zu führen.

Wie bei anderen ansteckenden Krankheiten so waren auch für die Verbreitung des Fleckfiebers unter der bürgerlichen Bevölkerung die Verkehrsverhältnisse bestimmend. Die eigentliche Verkehrszeit ist im westlichen Rußland der Winter, das Hauptverkehrsmittel ist der Schlitten. Auf den meist sehr schlechten, nur selten befestigten Straßen können Lasten im Sommer mittels Wagen nur schwer befördert werden. Dagegen zieht namentlich die Handel treibende Bevölkerung während des Winters weit im Lande umher. Sie kennt abkürzende Winterwege, die über die zugefrorenen Sümpfe und Flüsse führen und mit der mächtigen Schneedecke gute Schlittenbahnen bieten.

Bei näherem Erkunden war es meist möglich, im nördlichen Litauen und auch in Kurland anscheinend ohne Zusammenhang mit früheren Erkrankungen vorkommende Fleckfieberfälle auf Zuwanderung zurückzuführen.

Daß Fleckfiebererkrankungen gelegentlich scheinbar ohne irgendeinen Zusammenhang mit früheren Erkrankungen vorkommen, erklärt sich auch daraus, daß die Krankheit gar nicht selten bei der einheimischen Bevölkerung ohne die schwere Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens verläuft, die bei Deutschen nie vermißt wurde. Besonders bei Kindern ist dies der Fall, aber auch Erwachsene kann man mit hohem Fieber, hochrotem gedunsenen Gesicht herumsitzend antreffen, die nur schwer zu bewegen sind, das Bett aufzusuchen.

Nachdem Klarheit über die epidemiologische Eigenart des Fleckfiebers gewonnen war, war es als eine der dankbarsten Aufgaben, die Seuche planmäßig zu bekämpfen. Von den russischen Ärzten scheint in der Beziehung wenig geschehen zu sein, man sperrte meist Ortschaften, in denen Fleckfieber auftrat, scharf ab, bis die Seuche erloschen war, konnte sich aber zu aktivem Vorgehen nicht aufschwingen. Es erregte daher bei der einheimischen Bevölkerung Verwunderung, wenn deutsche Ärzte beim Ausbruche von Fleckfieber weither kamen und die Sanierung der Ortschaft in Angriff nahmen. Daß ein derartiges Interesse der armen Bevölkerung entgegengebracht wurde, war ihr neu; es diente dazu, ihr Vertrauen in die deutschen Maßnahmen zu stärken und sie gegen ihr anfangs unverständliche und unbequeme Maßnahmen willig und gefügig zu machen. Wie wenig Verständnis die einheimischen Ärzte dem Fleckfieber entgegenbrachten, geht wohl am besten daraus hervor, daß, als eine Meldepflicht ansteckender Krankheiten eingeführt und desinfektorische Maßnahmen vorgeschrieben wurden, vielfach von einheimischen Ärzten große Mengen von Formaldehyd angefordert wurden, um die Räume, in denen Fleckfiebererkrankungen vorgekommen waren, zu desinfizieren. Dem russischen Arzt und dem Feldscher, der ihn meist auf dem Lande ersetzte, war eben das Verständnis, daß je nach der Eigenart einer Infektionskrankheit verschiedene Bekämpfungsmaßnahmen angezeigt sind, noch nicht aufgegangen.

Für den Verlauf der einzelnen Erkrankung war es von ausschlaggebender Bedeutung, daß, nachdem erkannt war, daß läusefreie Fleckfieberkranke in läusefreier Umgebung völlig harmlos sind, darauf verzichtet werden konnte, sie in besondere Lazarette unter Zumutung oft recht anstrengender

Transporte zu verbringen. Es wurden in der Folgezeit in der betreffenden Ortschaft geeignete Häuser für die Fleckfieberkranken hergerichtet und die Bevölkerung planmäßig entlaust. Die Zahl der Todesfälle war dann eine verschwindende.

Damit bei einer so gefährlichen und leicht übertragbaren Krankheit sichere Erfolge erzielt werden, bedarf es einer exakt arbeitenden Desinfektion. Arbeitet diese nicht völlig einwandfrei, so ist sie allerdings eine große Gefahr. Es ist daher nicht statthaft, das, was während des Krieges in dem gut disziplinierten deutschen Heere bei strenger Aufsicht durchgeführt und erreicht werden konnte, ohne weiteres zu verallgemeinern; gerade in der Seuchenbekämpfung muß es zu den verhängnisvollsten Fehlschlägen führen, wenn Ergebnisse, die unter bestimmten Verhältnissen erzielt wurden, ohne weiteres auf andere Verhältnisse übertragen werden.

Ähnlich dem Fleckfieber war der Rückfalltyphus den deutschen Ärzten bei Kriegsbeginn praktisch so gut wie unbekannt, nur daß die Diagnosenstellung infolge des typischen Fieberverlaufes sehr viel leichter war und durch Nachweis der Rekurrensspirochäten im Blute eine feste Basis hatte. Auch war bereits aus früher in Deutschland gemachten Erfahrungen bekannt, daß die Verbreitung des Infektionsstoffes durch Ungeziefer erfolgt. Unter der einheimischen Bevölkerung des Kriegsgebietes war diese Seuche nicht endemisch. Sie wurde im ersten Jahre, als die Entlausung noch nicht genügend planmäßig durchgeführt wurde, gelegentlich in Gefangenenlager eingeschleppt. Die Erkrankungsziffer war dann bei der meist engen Belegung sehr bedeutend, die Sterblichkeit dagegen gering.

Hinsichtlich der Erkrankungen stand an der Ostfront die Malaria an erster Stelle. Während im Norden fast ausschließlich die *Febris tertiana* und nur vereinzelt daneben das Quartanfieber beobachtet wurde, wurde im Südosten und besonders auf dem Balkan und auf dem asiatischen Kriegsschauplatz die bösartige *Febris tropica* festgestellt. Das häufige Verschieben der Truppenteile bewirkte, daß verschiedene Malariaformen nebeneinander vorkamen und daß an Stellen, die bis dahin malariafrei waren, nach dem Verschieben Malaria gehäuft auftrat. So war besonders auffallend, daß im Norden vielfach frische Malariafälle festgestellt wurden zu einer Jahreszeit, zu der von einer Mückenplage noch keine Rede sein konnte. Es handelte sich dann stets um Truppenteile, die im Herbst in Malariagegenden gewesen waren. Es muß daher als sicher angenommen werden, daß gar nicht selten die Infektion lange Zeit, vielfach mehrere Monate latent verläuft und erst beim Hinzutreten irgendwelcher die Widerstandskraft schädigender Einflüsse hervortritt. Diese verspätet auftretenden Fieberanfälle spielen jedenfalls eine größere Rolle, als vordem angenommen wurde.

Mehrfach sind auf dem östlichen Kriegsschauplatze auch Trichineninfektionen festgestellt worden, die in Deutschland selten zur Beobachtung kommen. Bei der primitiven Art der Schweinehaltung in Litauen und dem polnischen Gebiete ist es nicht zu verwundern, daß auch diese hinsichtlich der Differentialdiagnose gegen Typhus und Fleckfieber Schwierigkeiten machende Erkrankung gelegentlich vorkam. Der ausgesprochene Charakter des mikroskopischen Blutbildes gab dann Veranlassung, Muskelstückchen mittels Harpune zu entnehmen, in denen die wandernden Trichinenembryonen nachgewiesen werden konnten, wodurch die Abgrenzung gegenüber den Erkrankungen mit ähnlichen klinischen Erscheinungen gesichert war.

Die Geschichte der ärztlichen Kriegswissenschaft wird auf ihren Blättern die Leistungen der deutschen Ärzte auf dem Gebiete der Hygiene nicht vergessen. Mit diesen Leistungen haben die deutschen Ärzte nur den Dank abgestattet, den sie ihren Lehrern und Meistern, vor allem einem Robert Koch und seinen Schülern, schuldig sind.

4. Statistisches.

1. Während des großen Krieges 1914/18 waren in Dienststellen beim Feldheer und in der Heimat eingestellt und tätig: 31 922 Ärzte aller Dienstgrade einschließlich landsturmpflichtige und Zivilärzte, rund 600 Zahnärzte, 3713 Apotheker, rund 8500 Lazarettverwaltungsbeamte, rund 93 000 Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärter.[29]

In der Marine betrug die Zahl der planmäßigen Stellen am 1. August 1914 für militärisches Personal: Sanitätsoffiziere (einschl. Unterärzte ohne einjährig-freiwillige Ärzte) 356, Sanitätsunteroffiziere und Mannschaften 727, Marinekrankenwärter 112.
Beamte: Marineapotheker 13, Lazarettverwaltungsbeamte 28, sonstige Beamte 43.

Im Kriege betrug die Zahl der insgesamt Verwendeten: Sanitätsoffiziere (einschl. Feldhilfs- und Unterärzte) 1359, Sanitätsunteroffiziere und -mannschaften 4158.[30]

2. Es sind aufgestellt worden: 317 Sanitätskompagnien, 601 Feldlazarette, 75 Kriegslazarettdirektoren, 77 Kriegslazarettabteilungen, 27 Krankentransportabteilungen, 250 Lazarett-, Vereinslazarett-, Hilfslazarett- und Leichtkrankenzüge, 1 Sanitätstransportoberkommissar, 9 Sanitätstransportkommissare.[31]

3. Der Gesamtverlust des Deutschen Reiches an Toten im Großen Kriege beträgt 1 882 545, davon 53 323 Offiziere aller Dienstgrade und Arten, Fähnriche, 8727 Offizierstellvertreter, 1 743 079 Unteroffiziere und Mannschaften.[32]

4. Von Sanitätsoffizieren des Feldheeres (aktiven, ehemaligen aktiven, wieder eingestellten des Beurlaubtenstandes einschl. approb. Ärzte, Feldhilfs- und Feldunterärzte, Zivilärzte einschl. landsturmpflichtige Ärzte) sind gefallen oder nach Verwundung gestorben 562 = 23,0‰, infolge Krankheit oder anderer Ursache gestorben 1325 = 54,2‰.[33]

In der Marine sind an Verlusten gezählt: Bei den Sanitätsoffizieren usw. 101, bei den Sanitätsunteroffizieren und -mannschaften 118.[34]

5. Es sind behandelt worden: rund 19,5 Millionen Kranke und Verwundete.[35]

6. Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatgebiets, sowie des Operations- und Etappengebiets behandelten Angehörigen des deutschen Feldheeres gelangten nach endgültigem Abschluß der ärztlichen Behandlung in Abgang, berechnet auf je 100:

	Heimatgebiet			Operations- und Etappengebiet			Heimat, Operations- und Etappengebiet			Außerdem: Besatzungsheer Lazarettkranke		
	dienst-fähig [36]	ge-stor-ben	ander-weitig [37]	dienst-fähig [36]	ge-stor-ben	ander-weitig [37]	dienst-fähig [36]	ge-stor-ben	ander-weitig [37]	dienst-fähig [36]	ge-stor-ben	ander-weitig [37]
im 1. Kriegsjahr (2.8.14-31.7.15)	89,4	1,7	8,9	86,7	10,2	3	88,7	4,0	7,3	92,2	1,2	6,6
im 2. Kriegsjahr	91,1	1,0	7,9	91,9	6,2	1,9	91,3	2,8	5,9	89,1	1,1	9,7
im 3. Kriegsjahr	90,1	1,1	8,8	94,1	4,6	1,3	91,8	2,6	5,6	87,8	1,5	10,7
im 4. Kriegsjahr (bis 31.7.18)	90,9	1,2	7,8	94,7	4,4	0,9	92,8	2,8	4,4	88,6	2,0	9,4

Anmerkungen:

1 [1/406] Das Sanitätsdepartement im preußischen Kriegsministerium bearbeitete als Zentralbehörde in Verbindung mit den Kriegsministerien von Bayern, Sachsen, Württemberg alle organisatorischen Fragen der Kranken- und Verwundetenfürsorge in der Heimat, der Beschaffung und des Nachschubs an Sanitäts- usw. Mitteln, des Krankentransportdienstes und der Sicherung der Heimat in gesundheitlicher Beziehung, sowie des Personalersatzes. Durch Herausgabe besonderer Dienstvorschriften und Richtlinien wurden seitens der Departements auch die Fragen der Kriegs- usw. Verwendungsfähigkeit und der Kriegsbeschädigtenfürsorge geregelt. Mehrere Referate und Abteilungen waren mit diesen Aufgaben beschäftigt. Die dem Departementsdirektor unmittelbar unterstellten Kriegssanitätsinspekteure, die stellvertretenden Korpsärzte, der Sanitätstransportoberkommissar (**vgl. S. 433**) sorgten durch vielfache Besichtigungen an Ort und Stelle und unmittelbare Einwirkung auf die Ärzte und die zuständigen Dienststellen in der Heimat dafür, daß die Anordnungen des Departements beachtet und praktisch gleichmäßig und richtig zur Durchführung kamen. ...zurück...

2 [2/406] Jetzt Generaloberstabsarzt und Sanitätsinspekteur im Reichswehrministerium. ...zurück...

3 [1/407] Das Nähere darüber siehe im **wissenschaftlichen Teil S. 473**. ...zurück...

4 [1/408] Fachlich ausgebildeter Sanitätsoffizier. ...zurück...

5 [2/408] Namhafte Fachchirurgen (Universitätslehrer, Professoren u. a.). ...zurück...

6 [1/409] Zum Teil nach einem Bericht des Oberstabsarztes Dr. Seige - Hamburg. ...zurück...

7 [1/411] Nach einem Bericht des Generalarztes a. D. Dr. Hagen - Königsberg i. Pr. ...zurück...

8 [2/411] Nach einem Bericht des Oberstabsarztes a. D. Dr. Gabriel - Berlin. ...zurück...

9 [1/412] Nach einem Bericht des Oberarztes Dr. Blaul - München. ...zurück...

10 [1/417] Krankenkraftwagen der Sanitätskraftwagenabteilung. ...zurück...

11 [1/421] S. hierzu auch den **Abschnitt: "Die Etappe"**. ...zurück...

12 [2/421] Namhafte Fachgelehrte. Vgl. **Anmerkung 2 auf S. 408** singgemäß. ...zurück...

13 [1/423] Nach einem Bericht des damaligen Kriegslazarettdirektors Generalarzt Dr. Adrian - Berlin. ...zurück...

14 [1/431] Nach einem Bericht des Generaloberarztes a. D. Dr. Karl Pannwitz - Berlin-Tegel. ...zurück...

15 [1/432] Vgl. **S. 425, Absatz 2**. ...zurück...

16 [1/434] Bis zur Aufstellung der Sanitätskraftwagenabteilungen. ...zurück...

17 [1/439] Vgl. auch **S. 436, Absatz 3**. ...zurück...

18 [1/440] Vgl. hierzu auch den **Abschnitt: "Troßwesen und Hilfsschiffe"**. ...zurück...

19 [2/440] Näheres s. bei zur Verth in: *Marineärztliche Kriegserfahrungen*, "Das Lazarettschiff". Verlag Gustav Fischer, Jena. ...zurück...

20 [1/442] Mehr von den Kriegserfahrungen des Marinesanitätskorps, soweit es die Not der Zeit erlaubt, zu retten, wird in einigen von der Medizinalabteilung der Marineleitung veröffentlichten Einzelabhandlungen versucht. ...zurück...

21 [1/459] Ein in Gefangenschaft geratener deutscher Sanitätsunteroffizier arbeitete später in Gefangenschaft in Frankreich mit diesen Leuten, die inzwischen ausgeliefert worden waren, zusammen. Er berichtete bei seiner Rückkehr aus Gefangenschaft, daß sie ihn gut behandelt hätten, weil sie in Antwerpen seinerzeit ebenso behandelt worden seien, nur hätten die Franzosen es nicht merken dürfen. ...zurück...

22 [1/473] Leipzig, Verlag von Johann Ambrosius Barth. ...zurück...

23 [1/476] S. Zusammenstellung bei v. Schjerning. *Chir. Kongr.* 1901 u. *Langenb. Arch.*, Bd. 64 S. 3. ...zurück...

24 [1/477] Auch Piragoff hat sie aus dem Krimkriege nicht beschrieben; sein akut purulentes Ödem ist etwas anderes. H. Fischer erwähnt aus dem 70er Kriege nur wenig Fälle, die als Gasphlegmone hätten gedeutet werden können. Im Frieden habe ich in langjähriger Krankenhaustätigkeit mit vielen Verletzungen bis jetzt nie einen Fall von Gasödem gesehen. ...zurück...

25 [1/480] Siehe auch den folgenden **Abschnitt: "Orthopädie"**. ...zurück...

26 [1/491] *Deutsche Zahnärztliche Wochenschrift* 1915, Heft 3. ...zurück...

27 [2/491] *Zahnärztliche Rundschau* 1918, Heft 10. ...zurück...

28 [1/500] Die genauen Zahlen stehen noch nicht fest. Im ganzen wurden rund 350 000 Augenkranke und -verletzte behandelt. ...zurück...

29 [1/538] Nach einer Aufstellung des preußischen Kriegsministeriums, Sanitätsdepartement, aus dem Jahre 1917. Die Zahlen haben sich bis 1918 noch erhöht. ...zurück...

30 [2/538] Nach einer Aufstellung des Herrn Marine-Generalarztes Schepers. ...zurück...

31 [1/539] Nach dem Verzeichnis der Abwicklungsstellen des deutschen Heeres. ...zurück...

32 [2/539] Nach v. Altrock, *Sterben des deutschen Offizierkorps* (Berlin, E. S. Mittler u. Sohn 1921). ...zurück...

33 [3/539] Nach v. Schjerning, *Die Tätigkeit und Erfolge der deutschen Feldärzte im Weltkrieg*, Anhang zur Einleitung (Leipzig, Verlag von Johann Ambrosius Barth). ...zurück...

34 [4/539] Nach Schepers a. a. O. ...zurück...

35 [5/539] Nach v. Schjerning a. a. O. ...zurück...

36 [6/539] Dienstfähig = kriegsverwendungsfähig, garnisonverwendungsfähig und arbeitsverwendungsfähig. ...zurück...

37 [7/539] Anderweitig = Beurlaubung, Fahnenflucht und Dienstunbrauchbarkeit mit und ohne Versorgung. Viele von den Beurlaubten, in Kurorte usw. Gesandten sind später wieder dienstfähig geworden, so daß die Zahlen für Dienstfähige etwas höher sind als oben angegeben. (Nach v. Schjerning a. a. O.). ...zurück...

Kapitel 7: Die Militärapotheker

Stabsapotheker Dr. Rudolf Hanslian

1. Einleitung.

Mit dem Begriff "Militärapotheker" ist häufig die Vorstellung verknüpft, daß es sich um Organe des Militärsanitätswesens handelt, deren Tätigkeit im wesentlichen eine reine pharmazeutische ist, die also ihren Schwerpunkt in die Apotheke ober in das Laboratorium verlegt und hier lediglich in der Zubereitung von Arzneimitteln besteht. Eine derartige Anschauung ist für den Militärapotheker jedoch nur zum kleinsten Teile zutreffend. Abgesehen davon, daß seine Tätigkeit sehr viel umfassender ist und sich keineswegs nur im Rahmen des Sanitätsdienstes abspielt,[1] ist auch seine Betätigung auf pharmazeutischem Gebiet doch von der des praktischen Apothekers recht wesentlich verschieden. Es wird dies auch ohne weiteres verständlich, wenn man bedenkt, daß es galt, diesen Beruf der Eigenart eines Heerwesens anzupassen, ihn für die Friedensversorgung von 25 Armeekorps in zweckentsprechender Weise dienstbar zu machen, ihn vorzubereiten für die

Versorgung eines Millionenheeres im Kriegsfall.

Für diese Aufgaben standen der Heeresleitung in Friedenszeiten etwa 60 aktive Militärapotheker (Oberstabs-, Korpsstabs- und Stabsapotheker) zur Verfügung. Hierzu traten als Hilfsarbeiter jährlich 400 - 500 einjährig-freiwillige Militärapotheker und Unterapotheker, von denen die ersteren eine sechsmonatige Dienstzeit, die letzteren eine sechswöchige Übung abzuleisten hatten. Für den Mobilmachungsfall war schließlich eine Reserve von zunächst etwa 2000 Stabs- und Oberapothekern des Beurlaubtenstandes vorhanden.

Im Felde waren bei Kriegsausbruch an Stellen für Militärapotheker vorgesehen:

- 1 Korpsstabsapotheker bei jedem Generalkommando und jeder Etappeninspektion,
- 1 Stabsapotheker und 5 Oberapotheker bei jedem Etappensanitätsdepot,
- 1 Stabsapotheker und 1 - 3 Oberapotheker bei jedem Sammelsanitätsdepot,
- 1 Oberapotheker bei jeder Sanitätskompagnie und jeder Reservesanitätskompagnie,
- 1 Oberapotheker bei jedem Feldlazarett und Reservefeldlazarett,
- 3 Oberapotheker bei jeder Kriegslazarettabteilung.

Im Heimatgebiet waren Militärapotheker während des Krieges tätig: im Kriegsministerium (Sanitätsdepartement und Abteilung für Volksernährungsfragen), bei den stellvertretenden Generalkommandos (Sanitätsämtern), beim medizinischen Untersuchungsamt der Kaiser-Wilhelm-Akademie, bei der Materialienprüfungsstelle des Bekleidungsbeschaffungsamts und der Bekleidungsprüfungskommission, bei den Hauptsanitätsdepots Berlin und München, bei den Sanitätsdepots und chemischen Untersuchungsstellen der verschiedenen Korpsbereiche, bei der Zentralbeschaffungsstelle für Webwaren Berlin, beim Hauptgasschutzlager, Gasmaskenprüfungsstelle und Sauerstoffabfüllstationen, beim zahnärztlichen Institut der Universität Berlin, beim Hauptveterinärdepot, bei allen größeren Reservelazaretten, sowie nach Bedarf bei Festungsgouvernementsstäben und Festungslazaretten. Im ganzen sind während des Krieges etwa 1900 Militärapotheker im Felde und etwa 1600 im Heimatgebiet tätig gewesen. Die Stellenbesetzung sowie die Sicherstellung des Bedarfs regelte das Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums.

2. Tätigkeit im Sanitätsdienst.

Zur Erhaltung der Schlagfertigkeit des Feldheeres ist ein dauernder Nachschub von Sanitätsmitteln erforderlich. Täglich, ja stündlich wurde in diesem Kriege nahezu an jedem Abschnitt der Front sowie in jeder Sanitätsdienststelle des Operations- und Etappenraumes ein gewisser Teil der Sanitätsausrüstung verbraucht, der umgehend ersetzt werden mußte. Sollte dieser Nachschub schnell und reibungslos vor sich gehen, so durfte an keiner der beteiligten Dienststellen auch nur vorübergehend ein Stocken eintreten.

Es war zunächst Aufgabe der Militärapotheker beim Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums, für die Sicherstellung des Bedarfs der gesamten Sanitätsausrüstung während der Kriegsjahre Sorge zu tragen. Hierzu wurde es bald notwendig, in eine Bewirtschaftung der Arzneimittel, Drogen und Chemikalien einzutreten, ihre Aus- und Einfuhr zu regeln und teilweise eine Beschlagnahme und Kontingentierung mit anschließender Verteilung nach Bedarf vorzunehmen. Auch Sparmetalle und Schwarzblech für Sanitäts- und Gasschutzgerät mußte dieser Bewirtschaftung unterzogen werden. Eine weitere, überaus wichtige Tätigkeit der Militärapotheker im Sanitätsdepartement lag darin, die planmäßigen Sanitätsmittel sowohl der veränderten Rohstofflage, wie auch den verschiedenen Kriegsschauplätzen und schließlich auch den neugewonnenen Kriegserfahrungen ständig anzupassen.

Im übrigen war es die Aufgabe der Sanitätsdepots im Heimatgebiet, die sich während des Krieges

zu umfangreichen und vielseitigen Arbeitsstätten ausbauten, nach den Anordnungen des Sanitätsdepartements durch Ankauf sowie durch Herstellung im eigenen Betriebe den erforderlichen Sanitätsmittelersatz zu beschaffen. Nur der unmittelbare Ankauf von Verbandstoffen, der in der ersten Zeit des Krieges bei Verbandstoffabriken und Großhändlern erfolgt war, mußte infolge der bedrohlichen Rohstofflage und der damit verbundenen Preissteigerungen bald untersagt werden. Die Beschaffung wurde von der Kriegsrohstoffgesellschaft der Zentralbeschaffungsstelle für Webwaren, einer selbständigen, unter militärpharmazeutischer Leitung stehenden Abteilung des Hauptsanitätsdepots Berlin übertragen, die immer größeren Umfang annahm. Auch die Sanitätsdepots wuchsen sich immer weiter zu großen Betriebsstätten aus; sie vereinigten schließlich in sich Großdrogenlager, pharmazeutisch-chemische Fabriken, Verbandstoffabriken, Lager ärztlicher und zahnärztlicher Geräte und Ledergroßlager für orthopädische Zwecke. Durch kaufmännisches Geschick beim Wareneinkauf, durch zweckmäßigen Ausbau und Ausgestaltung des Depots selbst, durch Selbstanfertigung zahlreicher Zubereitungen ersparten sie einerseits der Heeresverwaltung große Summen und bewirkten andererseits einen schnellen und einwandfreien Ersatz des Verbrauchten.

Über das Sammelsanitätsdepot, das als Anfang der Etappe die für sie aus dem Heimatlande eintreffende ärztliche und wirtschaftliche Sanitätsausrüstung aufnahm, sie sichtete und durch Etappenzüge weiterleitete, gelangte der Sanitätsmittelersatz zum Etappensanitätsdepot. Hier wurden die Sanitätsmittel übersichtlich und zweckmäßig gelagert und für den Bedarf des Operationsheeres und der Etappe bereitgestellt. Die Sanitätsdepots im Heimatgebiet, die Sammelsanitätsdepots und Etappensanitätsdepots waren während der ganzen Kriegsjahre die Stätten rastloser Arbeit und Pflichterfüllung. Die Anforderungen, die an die darin beschäftigten Militärapotheker gestellt wurden, überstiegen häufig die Grenzen des Erträglichen.

Die Militärapotheker bei den höheren Kommandostäben (General- bzw. Gruppenkommandos, Etappeninspektionen) hatten die Aufgabe, die Verteilung und den Nachschub der Sanitätsmittel bis zu den Orten des Verbrauchs zu regeln. Während der Korpsstabsapotheker bei der Etappeninspektion die Versorgung innerhalb der Etappe überwachte und gleichzeitig den gewünschten Ersatz bis zu den kämpfenden Korps vorschob, bewirkte anschließend der Korpsstabsapotheker beim Generalkommando die weitere Verteilung und Zuführung im Operationsgebiet. So glatt sich diese Aufgabe im Stellungskriege vollzog, so außerordentlich schwierig gestaltete sie sich im Bewegungsfeldzuge. Bereits beim Vormarsch 1914, wie auch bei den großen Bewegungen im unwegsamen Osten und im gebirgigen Serbien traten ganz außerordentliche Schwierigkeiten im Sanitätsmittelnachschub zutage, die nur durch Hingabe aller Beteiligten behoben werden konnten. Auch die großen Angriffe an der Westfront aus dem dreijährigen Stellungskriege verlangten einen geradezu riesigen Sanitätsmittelnachschub, der nur unter größten Schwierigkeiten bewirkt werden konnte. In gleichem Maße schwierig war auch die Nachschubfrage auf den fremden Kriegsschauplätzen. In Sofia und Konstantinopel, in Aleppo und Mosul, in Bagdad und Jerusalem, an der Bagdadbahn und in der Sinaiwüste, überall standen deutsche Militärapotheker bereit und wußten die besonderen Schwierigkeiten dieser Kriegsschauplätze, die sich der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben entgegenstellten, zu überwinden. In besonders hohem Maße wuchsen sich die Schwierigkeiten der Ersatzbeschaffungen für die Schutztruppe in den Kolonien aus.[2]

Die Oberapotheker bei den Sanitätskompagnien und Feldlazaretten waren im wesentlichen auf pharmazeutischem Gebiete tätig. An Großkampftagen, an denen Hauptverbandplätze und Lazarette von Verwundeten überschwemmt wurden, traten auch an ihre Umsicht und Leistungsfähigkeit außergewöhnlich große Anforderungen heran. An ruhigeren Fronten fanden sie Zeit, sich nebenamtlich als Gasschutz- oder Verpflegungsoffiziere im Interesse des Ganzen zu betätigen. Als später im Operationsgebiet eigene Korps- und Divisionssanitätsspeicher entstanden, wurden ihre Aufgaben erheblich vermehrt.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich die wesentliche Betätigung der Militärapotheker im Rahmen des Sanitätsdienstes während des Krieges. Sie lag in der Versorgung des Heeres mit Sanitätsmitteln aller Art. Von den Stätten der Erzeugung oder Beschaffung bis zu den Stellen des Verbrauchs lag der gesamte Sanitätsmittelnachschub lückenlos in den Händen der Militärapotheker. Sämtliche Sanitätsdepots in der Heimat, in der Etappe und im Operationsgebiet wurden von Militärapothekern geleitet und geführt. Die einzigen Ausnahmen waren das Hauptsanitätsdepot Berlin, sowie das neuerrichtete Hauptsanitätsdepot in Antwerpen, an deren Spitze bis Kriegsende Chefärzte standen. Aber auch bei diesen Depots waren die eigentlichen Träger des Dienstes die Militärapotheker.

3. Chemische Tätigkeit.

In weitausschauender Weise hatte die Heeresverwaltung bereits im Frieden dafür Sorge getragen, daß die aktiven Militärapotheker neben ihrer pharmazeutischen und verwaltungstechnischen Ausbildung gleichzeitig eine vollwertige chemische Durchbildung aufweisen konnten. Bei der ständig wachsenden Bedeutung der Chemie in allen Zweigen der Heeresverwaltung mußte auch für eine Vertretung dieser Wissenschaft bei den höheren Kommandobehörden (Generalkommandos, Etappeninspektion) und Verwaltungsstellen (Sanitätsamt) im Felde und in der Heimat Sorge getragen werden. Aus diesem Grund war nicht nur für die aktiven Militärapotheker, sondern auch für diejenigen Militärapotheker des Beurlaubtenstandes, die für eine Verwendung in höheren Verwaltungsstellen vorgesehen waren und aus diesem Grunde in den letzten Friedensjahren als Oberapotheker d. R. zu Übungen herangezogen wurden, der Nachweis der Approbation als Nahrungsmittelchemiker vorgeschrieben. Demzufolge waren sämtliche Militärapotheker des aktiven und Beurlaubtenstandes, vom Stabsapotheker an aufwärts, geprüfte Nahrungsmittelchemiker. Ihre Betätigung auf chemischem Gebiete in der Heimat und im Felde gestaltete sich außerordentlich vielseitig.

Im Heimatgebiet befand sich bereits vor dem Kriege in jedem Korpsbereich eine chemische Untersuchungsstelle beim Sanitätsamt. Vorstand war der Korpsstabsapotheker, der die laufenden Arbeiten mit den ihm zugeteilten Militärapothekern ausführte. Diese Einrichtungen blieben auch während des Krieges in vollem Umfange bestehen. Da die aktiven Korpsstabsapotheker sämtlich für Feldstellungen vorgesehen waren und bei Eintritt der Mobilmachung sofort in das Feld rückten, mußten ihre Stellen mit Militärapothekern des Beurlaubtenstandes besetzt werden. Es war nicht immer leicht, geeignete Apotheker mit dem Ausweis als Nahrungsmittelchemiker für diese Posten zu finden. So befanden sich schließlich als Korpsstabsapotheker im Heimatgebiet Apothekenbesitzer, Vorstände von staatlichen und städtischen Untersuchungsämtern, Universitätsprofessoren, Vertreter der Technik, des Großdrogenhandels usw. Sie waren befähigt, sich in die neuartigen Aufgaben schnell einzuarbeiten. Die Anforderungen, die an sie gestellt wurden, waren nicht gering.

Die Untersuchungsstellen in der Heimat hatten die Aufgabe, alle erforderlich werdenden chemischen Untersuchungen auszuführen. Diese erstreckten sich fortlaufend auf die Überwachung und Prüfung der Lieferungen von Nahrungs- und Genußmitteln sowie von Gebrauchsgegenständen. Weiter waren gerichtliche Untersuchungen sowie die im Gesundheitsdienst notwendigen physiologischen und hygienischen Untersuchungen ihre Aufgabe. Schließlich mußten auch viele technische Untersuchungen ausgeführt werden, die von den Bekleidungsämtern, den Intendanturen und den Garnisonverwaltungen verlangt wurden. Neben den Untersuchungsstellen beim Sanitätsamt war ferner die chemische Abteilung des medizinischen Untersuchungsamts der Kaiser-Wilhelm-Akademie vorhanden. Auch bei ihr wurde die wissenschaftliche Tätigkeit ausschließlich von Militärapothekern unter Leitung eines Korpsstabsapothekers ausgeübt. Ihre Betätigung war im wesentlichen eine wissenschaftlich forschende, die zu bearbeitenden Aufgaben wurden ihr vom Kriegsministerium (Medizinalabteilung) gestellt. Auch diese Dienststelle blieb, mit Militärapothekern des Beurlaubtenstandes besetzt, während des Krieges voll im Betrieb. Ihre

Arbeiten erstreckten sich in dieser Zeit vornehmlich auf nahrungsmittelchemische Gebiete. Über Fleisch- und Gemüsekonserven, Marmeladen und Dörrgemüse, die bei den eintretenden Ernährungsschwierigkeiten an Bedeutung gewannen, wurden zahlreiche Arbeiten ausgeführt und wiederholt veröffentlicht.

Gleichzeitig entwickelte sich aus der chemischen Abteilung der Kaiser-Wilhelm-Akademie ein besonders wichtiger, selbständiger Zweig des Untersuchungswesens: die Materialienprüfungsstelle des Bekleidungsbeschaffungsamts und der Bekleidungsprüfungskommission. Diese Prüfungsstelle, die bereits im März 1915 ihre Tätigkeit begann, hatte neben den laufenden Prüfungen der Lieferungsgegenstände (im wesentlichen Militärtuche, Baumwolle, Leinen, Leder) die Aufgabe, durch wissenschaftliche Untersuchungen auf chemischem, physikalischem und technischem Gebiete an der Vervollkommnung der Bekleidung und Ausrüstung des Heeres mitzuwirken. Mit der einsetzenden Verschlechterung der Rohstofflage erwuchs diesem Arbeitsgebiet eine weitere Bedeutung. Es galt, alle für den Ersatz in Betracht kommenden Stoffe auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen und dementsprechende Ersatzvorschläge zu machen. Durch ständige Fühlungnahme mit dem Armeeverwaltungsdepartement des Kriegsministeriums, dem die Prüfungskommission unmittelbar unterstellt war, sowie mit den Herstellern und Lieferanten gelang es in zielbewußter Arbeit überall dort, wo Mangel an planmäßigen Materialien war, geeignete Ersatzstoffe bereitzustellen, die die Fortführung des Krieges, wenn auch unter erschwerenden Umständen, so doch ohne wesentliche Schädigung der Schlagkraft des Heeres ermöglichten. Das Personal der Materialprüfungsstelle bestand aus einem Korpsstabsapotheker als Vorstand und zwei Stabsapothekern als wissenschaftliche Mitarbeiter. Schließlich möge noch eine Untersuchungsstelle im Heimatgebiet, deren Einrichtung auch erst im Kriege erforderlich wurde, Erwähnung finden: das chemische Laboratorium der technischen Abteilung des zahnärztlichen Instituts der Universität Berlin. Seine Entstehung war mit der Rohstofflage eng verknüpft; es galt geeignete Ersatzstoffe für technische Materialien des Zahnarztes, die nicht mehr oder nur in geringer Güte zu beschaffen waren, zu finden.

Die chemischen Untersuchungsstellen im Heimatgebiet waren während des Krieges stark beschäftigt. Mit dem gewaltigen Anwachsen der Heereslieferungen und mit den immer häufigeren Probeentnahmen, bedingt durch das massenhafte Auftauchen von Ersatz- und Schwindelerzeugnissen, schnellte auch ihre Untersuchungsziffer empor. Die Gesamtzahl der in den Kriegsjahren im Heimatgebiet ausgeführten chemischen Untersuchungen betrug 212 406 mit 16 324 Beanstandungen.

Beim Feldheere waren zunächst chemische Untersuchungsstellen nicht vorgesehen. Als eine schnelle Aufklärung von Vergiftungserscheinungen bei der Truppe, hervorgerufen durch vergiftete Speisen und Getränke, sehr bald auch durch Kampf- und Sprenggase, immer wünschenswerter erschien, als ferner die Verwertung der im besetzten Gebiete vorgefundenen Rohstoffe und Chemikalien sowie die Ausarbeitung von Verfahren zur Herstellung chemisch-technischer Erzeugnisse und fachmännische Überwachung chemischer Betriebe erforderlich wurden, erfolgte die allgemeine Einrichtung der chemischen Untersuchungsstellen bei den Etappeninspektionen. Ihre Einrichtung entsprach einem dringenden Bedürfnis. Nicht nur die wucherische Ausbeutung des Soldaten bei privaten Käufen, sowie die Gefährdung der Gesundheit der Truppen wurde durch sie in vielen Fällen verhütet, sondern auch manche unberechtigten und übertriebenen Forderungen, die von militärischen Stellen an die Beschaffenheit der Lebensmittel gestellt wurden und zu Zurückweisungen geführt hatten, konnten auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Auch Untersuchungen chemisch-technischer Produkte, wie Maschinengewehröle und Fettungsmittel, Kochbad- und Bremsflüssigkeiten, in deren Verwendung wiederholt unliebsame Verwechselungen bei der Truppe vorgekommen waren, wurden nunmehr den Untersuchungsstellen im Felde übertragen. Über die Bedeutung der chemischen Untersuchungsstellen beim Gaskampf siehe **Abschnitt 4.**

Auch in einzelnen Operationsgebieten, beispielsweise in der Ukraine, Kleinasien, Palästina, wie auch im Gebiet der Bundesgenossen, sowie in den besetzten Gebieten Belgien, Polen, Rumänien wurden chemische Untersuchungsstellen errichtet. Ihre Tätigkeit war neben der Kontrolle auf Feststellung der Brauchbarkeit und Unschädlichkeit der Nahrungsmittel gleichzeitig eine handels- und wirtschaftstechnische, also beratende. Im Interesse einer möglichst zweckmäßigen Kriegswirtschaft wurden Vorschläge für Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung und in der Verwendung von Rohstoffen gegeben.

Nach den beim Kriegsministerium eingegangenen Untersuchungsberichten, die jedoch keinen Anspruch auf Vollzähligkeit machen können, wurden während der Kriegsjahre im Felde 102 441 Untersuchungen mit 22 098 Beanstandungen ausgeführt. Aus der hohen Beanstandungsziffer 21,6% gegenüber 12,6% in der Heimat ergibt sich die außerordentliche Bedeutung der Untersuchungsstellen im Felde.

4. Tätigkeit im Gasdienst.

Eine recht wesentliche Rolle fiel den Militärapothekern bei der Entwicklung des Gaskampfes im Felde und in der Heimat zu.

Als am 22. April 1915 bei Ypern der erste Blasangriff von deutscher Seite erfolgte und die eigene Truppe immer dringender nach einem Gasschutz verlangte, lag der gesamte Gasabwehrdienst in den Händen der Sanitätsdienststellen. Während bei der Truppe, den Divisionsstäben und Oberkommandos die Sanitätsoffiziere den Gasschutz bearbeiteten, übernahmen diese Aufgabe bei den Generalkommandos und Etappeninspektionen die Korpsstabsapotheker. Die Korpsführer drängten nach einem Gasschutz für die eigenen Truppen bereits zu einem Zeitpunkte, wo die Herstellung von Gasschutzmasken in der Heimat noch in den Kinderschuhen steckte. Da griffen die Etappensanitätsdepots ein. In kürzester Zeit waren die Kampftruppen wenigstens mit den sog. "Atemschützern", Mullkompressen mit Salzlösungen, ausgerüstet. Gleichzeitig setzten Versuche von Militärapothekern ein, um bessere Schutzvorrichtungen zu schaffen. Die so entstandenen behelfsmäßigen Masken verschwanden mit der Einführung der von der chemischen Abteilung des Kriegsministeriums entworfenen planmäßigen Gasschutzmaske. Die Haupttätigkeit der Korpsgasschutzstellen erstreckte sich nunmehr auf schnelles Ausrüsten der Truppe mit einwandfrei verpaßter Maske, Regelung des Ersatzes, Rückführen des Verbrauchten zum Etappensanitätsdepot und einwandfreie Lagerung des vorhandenen Gasschutzgeräts. Im Korpsbereich schufen die Korpsstabsapotheker zu diesem Zwecke Korps- oder Gruppengasschutzlager, im Etappengebiet wurde jedem Etappensanitätsdepot eine besondere Gasschutzabteilung mit Instandsetzungswerkstätte angeschlossen. Diese Abteilungen bewirkten den gesamten Ersatz der Masken und Einsätze, die im Felde ausführbaren Reparaturen, den Ersatz des Sauerstoffgeräts, die gesamte Desinfektion usw. Als Beispiel ihrer Leistungsfähigkeit mögen nachstehende Zahlen dienen: Die Gasschutzmittelabteilung beim Etappensanitätsdepot 5 bearbeitete während des Verdunangriffs (Februar bis Juni 1916) allein den gesamten Nachschub und verausgabte in dieser Zeit 453 000 Gasmasken, 813 000 Einsätze, 95 000 Bereitschaftsbüchsen, 4300 Selbstretter und 2 Millionen Liter Sauerstoff.

Bei der sehr schnell fortschreitenden Entwicklung des Gasdienstes waren es wiederum die Korpsstabsapotheker im Operationsgebiete, die mit der Handhabung dieser neuen Kriegswissenschaft betraut wurden. Infolge ihrer anerkannt sachgemäßen und erfolgreichen Arbeit erwarben sie sich das Vertrauen ihrer militärischen Vorgesetzten und allmählich die Stellung eines selbständigen Gasreferenten beim Stabe des Generalkommandos. In gleichem Maße verdient machten sich die Oberapotheker bei den Sanitätskompagnien. Die dort von ihnen eingerichteten Sauerstoffabfüllstationen für Selbstretter und ärztliche Sauerstoffeinatmungsgeräte wuchsen sich allmählich zu Gasschutzlagern der Divisionen und Instandsetzungswerkstätten für

Gasabwehrwaffen aus. Die Ausbildung der Korpsstabsapotheker im Gasdienst erfolgte in den Gasschutzkursen in Leverkusen und Berlin, die der Oberapotheker zunächst durch die Korpsstabsapotheker im Felde, später an besonderen Lehrgängen in Berlin und Lübeck.

Recht wichtig für die ersten Untersuchungen beim Auftauchen feindlicher Gaskampfmittel waren die chemischen Untersuchungsstellen im Felde. Namentlich die Untersuchungsstellen in St. Quentin und Lille waren in der ersten Zeit des Gaskampfes nach dieser Richtung hin erfolgreich tätig. Untersuchungen über die "Blausäuregasvergiftungen", die als Kohlenoxydgasvergiftungen erkannt wurden, ferner über französische Brand- und Gasgranaten, sowie über feindliche Gasschutzmittel wurden dort in großer Anzahl ausgeführt. Später fanden die Untersuchungen auf gastechnischem Gebiet ausschließlich im Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische und Elektrochemie in Dahlem statt.

Im Jahre 1916 erfolgte durch Einführung von Gasschutzoffizieren eine allmähliche Ausschaltung der Sanitätsdienststellen von der Gasdienstbearbeitung, durch die fast sämtliche Sanitätsoffiziere, wie vereinzelt auch Militärapotheker von dieser Arbeit entbunden wurden. Bei den meisten Generalkommandos wurde die Stellung des Korpsstabsapothekers als Gasschutzoffizier zunächst nicht berührt; ebenso blieb in der Etappe der Gasschutzmittelersatz in Händen der Militärapotheker. Die näheren Anordnungen erteilte nunmehr an Stelle des Armeearztes der Stabsoffizier vom Gasdienst beim Armee-Oberkommando.

Erst im Jahre 1917, also nahezu drei Jahre nach Beginn des Gaskampfes, wurde eine endgültige Trennung des Gasdienstes vom Sanitätsdienst angeordnet. Damit wurde einer jahrelangen erfolgreichen Tätigkeit der meisten Militärapotheker im Gasdienst Halt geboten, ohne daß man einen geeigneten Ersatz an Korpsgasoffizieren für sie bereit hatte. Letzteres war auch der Grund, daß verschiedene Korpskommandeure sich mit der Entsetzung ihres Korpsstabsapothekers nicht einverstanden erklärten und den bewährten und erfahrenen Gasreferenten bis zur Beendigung des Krieges beibehielten.[3] Dieses war der Fall bei der größeren Anzahl der bayerischen Korps, bei beiden sächsischen Korps, wie auch bei einzelnen preußischen Korps, z. B. beim XXII. Reservekorps.

Auch an der Herstellung des Gasschutzgeräts in der Heimat haben die Militärapotheker tätigen Anteil genommen. Der wissenschaftliche Ausbau des Gasschutzes war dem Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische und Elektrochemie übertragen worden. Im Verein mit der dafür in Betracht kommenden Industrie wurde dort die erste planmäßige Gasschutzmaske ausgearbeitet. Als Beschaffungsstelle für sämtliche Masken wie auch für das gesamte übrige Gasschutzgerät war zunächst das Hauptsanitätsdepot Berlin, später das Hauptgasschutzlager in Berlin bestimmt. An beiden Stellen sind vom ersten Tage des Bestehens an bis zum Kriegsende und darüber hinaus Militärapotheker aller Dienstgrade tätig gewesen. Alle verantwortlichen technischen Betriebsstellen, wie Prüfstellen für Masken und Sauerstoffgeräte, Maßmaskenabteilung, Versandstelle, wurden von ihnen geleitet. Das Hauptgasschutzlager, dessen Vorstand sich aus einem Stabsoffizier und einem Korpsstabsapotheker zusammensetzte, verfügte zur Zeit der stärksten Anforderungen in den Jahren 1917/18 über 2 Stabapotheker, 14 Oberapotheker, 45 weitere Beamte, 250 Unteroffiziere, 150 Schreibkräfte, 4500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Ein- und Ausgang an Neu- und Altmaterial betrug täglich etwa je 30 Eisenbahnwagen; zum An- und Abrollen der Güter waren ständig bis zu 40 zweispännige Fahrzeuge unterwegs. 3500 t Eisenblech, d. h. 350 Eisenbahnwagen wurden monatlich allein für das Herstellen von Gasschutzgeräten verbraucht.

Aus dem kurzen Überblick über die Tätigkeit der Militärapotheker im Kriege geht hervor, daß sie bemüht waren, sowohl im Rahmen des Sanitätsdienstes wie auch außerhalb desselben Ersprießliches zu leisten. Es ist keine Frage, daß ihnen das im weitesten Maße gelungen ist und daß ihre Bedeutung für das Heerwesen allseitig erkannt und gewürdigt wurde.

Anmerkungen:

1 [1/540]Vgl. G. Devin, *Die deutschen Militärapotheker im Weltkriege*. Verlag von Julius Springer 1920. ...zurück...

2 [1/543]Vgl. **Abschnitt: "Feldsanitätswesen"**, **S. 434 ff.** ...zurück...

3 [1/548]Vgl. G. Devin, *Die deutschen Militärapotheker im Weltkriege*, S. 267. ...zurück...

Kapitel 8: Das Deutsche Rote Kreuz[1]

Generalarzt Dr. Carl Altgelt

Das Deutsche Rote Kreuz war gerüstet, als am 2. August 1914 der Mobilmachungsbefehl erging. In den vorangegangenen langen Friedensjahren hatten seine leitenden Stellen, an der Spitze das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, in enger Verbindung mit den staatlichen Dienststellen, insonderheit dem preußischen Kriegsministerium - Medizinalabteilung -, alle Arbeit und Sorgfalt stets auf den eigentlichen Daseinszweck des Roten Kreuzes eingestellt: die Rüstung für den Krieg. Wertvolle Erfahrungen der letzten Zeit durch eine Reihe von Hilfsexpeditionen auf außerdeutsche Kriegsschauplätze (Balkan 1912/13) waren dabei für Organisation und Materialausrüstung gemacht worden. Die zunehmende Entwicklung und die Arbeitsfreudigkeit der Landes-, Provinzial- und Zweigvereine hatten das planmäßige Vorgehen beim Ausbau des Vorbereitungswerks gefördert und erleichtert.

So konnten, wie beim Heere, mit der Mobilmachung alle Angehörigen des Roten Kreuzes, die zur Verwendung bei Heeressanitätsformationen vorgesehen waren, pünktlich in ihre planmäßigen mobilen Stellen einrücken, wohlversehen mit allem, was zu ihrer persönlichen Ausrüstung gehörte, und aufs beste unterrichtet über Art und Umfang der ernsten und schweren Arbeit, die ihrer harrte.

Auch die gleichzeitig einsetzende umfangreiche Tätigkeit, die sich auf Einrichtung und Ausstattung der zahlreichen und verschiedenartigsten Hilfsstätten des Roten Kreuzes (Erfrischungs-, Verpflegungsstellen für die Truppentransporte, Überwachungsstellen auf den Bahnhöfen, Vereinslazarette, Genesungsheime usw.) erstreckte, lief ohne Störung ab, dank der sorgfältigen Vorbereitung, mit der alles bis ins kleinste bedacht war.

Auf diesem sicheren Unterbau vollzog sich dann im Lauf der Jahre die weitere Entwicklung; sie hat, allein schon was die Personalgestellung und Materialbelieferung betrifft, jede Berechnung aus der Friedenszeit umgeworfen. Aber die von Grund aus gesunde Organisation des Deutschen Roten Kreuzes hat die gewaltige Belastungsprobe des Krieges, im Felde sowohl wie in der Heimat, ausgehalten. Reicher Segen für das ganze Deutsche Volk ist von ihm ausgegangen. Denn des Roten Kreuzes Tätigkeit war nicht sowohl die Unterstützung des Heeressanitätsdienstes durch Gestellung von Hilfspersonal für den Krankenpflege- und den Transportdienst, durch Überweisung von Material und Liebesgaben aller Art und durch Einrichtung zahlreicher Pflegestätten für Kranke und Verwundete in der Heimat, als vor allem der Ausbau einer großen Zahl wichtiger Wohlfahrtseinrichtungen daselbst, die zum Teil zwar schon im Frieden bestanden, in Rücksicht aber auf die Kriegsverhältnisse besondere Bedeutung gewannen.

Aus der nachstehend aufgeführten Geschäftseinteilung der Organisation des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz läßt sich der ungeheure Umfang und die Vielseitigkeit dieser Aufgaben erkennen.

* Abt. 1. Kriegsleistungen, Etat (dazu 1a Vereinslazarettzüge und Laborantinnen, 1b Kraftwagen);[2]
* " 2. Männliches Personal der freiwilligen Krankenpflege;
* " 3. Depotwesen (mit Ausnahme der freiwilligen Gaben);
* " 4. Weibliches Personal der freiwilligen Krankenpflege,
" 5. Sammelkasse;
* " 6. Sammel- und Werbewesen (mit Kunstbeirat);
* " 7. Gefangenenfürsorge;
* " 8. Kriegsbeschädigtenfürsorge und Hinterbliebenenfürsorge;
* " 9. Bäder und Anstaltsfürsorge;
* " 10. Kriegswohlfahrtspflege:
a) Tuberkuloseausschuß,
b) Ausschuß für Mutter- und Säuglingsfürsorge,
c) Familienfürsorge,
d) Kriegskinderpflege,
e) Abteilung für Helferinnen und Hilfsschwestern,
f) Ziegenmilch für Volksernährung,
An Abt. 10 angegliedert: Kriegsarbeitsverteilungsstelle;
* " 11. Fürsorge für Auslandsdeutsche, Flüchtlinge, Rückwanderer, aus Feindesland Vertriebene, Jugendhilfe vom Roten Kreuz u. a.;
" 12. Presseangelegenheiten;
" 13. Kunstbeirat (später an Abt. 6 angegliedert);
" 14. "Kreuzpfennig"-Sammlung;
" 15. Rechtsabteilung;
* " 16. Personal und Lazarette des Roten Kreuzes in Berlin, soweit das Zentralkomitee beteiligt ist;[3]
" 16a. Notstandsarbeiten;
" 17. Materialverwaltung;
* " 18. Kriegsausstellungen;
" 19. Gesamtausschuß für Verteilung von Lesestoff;
" 20. Mineralwasserversorgung der Truppen und Lazarette;
* " 21. Seuchenbekämpfung;
" 22. Lebensmittel für Lazarettzwecke.

Hätte das Deutsche Rote Kreuz sich nicht schon im Frieden, als Folge seiner segensreichen Liebes- und Hilfstätigkeit, im ganzen Deutschen Volke hohe Achtung und unbegrenztes Vertrauen erworben, so wäre ihm von Kriegsausbruch an bis zuletzt nicht ununterbrochen die große Zahl von Hilfskräften aus allen Kreisen der Bevölkerung zugeströmt, würden nicht die reichen Mittel an Geld und Liebesgaben jeder Art ihm zugeflossen sein, deren es bedurfte, um seiner gewaltigen Aufgabe immer wieder gerecht zu werden.

Nach der zahlenmäßigen Übersicht vom 31. August 1913 bestanden in ganz Deutschland 1007 Zweigvereine vom Roten Kreuz mit 194 622 Mitgliedern, ferner 2166 Sanitätskolonnen mit 73 518 Mitgliedern, 76 Verbände der Genossenschaft Freiwilliger Krankenpfleger im Kriege mit 11 520 Mitgliedern, 10 Samaritervereine mit 1398 Mitgliedern; außerdem hatten sich 1448 ausgebildete Krankenpfleger und 148 militärfreie Ärzte dem Roten Kreuz für den Mobilmachungsfall verpflichtet. Von dem Personal waren allein für den Dienst in der Etappe 5857 Pfleger und Träger und 1249 Schwestern vorgesehen. Im letzten Jahr vor dem Kriege hatte sich diese Zahl noch etwas vermehrt. Daß bei den gewaltigen Anforderungen im Kriege diese Zahlen nicht ausreichten, ist selbstverständlich. Um so deutlicher tritt die Großartigkeit der freiwilligen persönlichen Leistungen hervor beim Vergleich mit der Gesamtzahl der Männer und Frauen, die während des Krieges im Dienst des Roten Kreuzes tätig gewesen sind.

Es standen im Dienst des Roten Kreuzes:

Männer	132 782
Frauen	117 988
	250 770

davon wurden verwendet:

in der Etappe	72 419
im Heimatgebiet	178 351
	250 770

und zwar als:

Pfleger und Träger	111 444
Schwestern, Hilfsschwestern und Helferinnen	91 807
Kochpersonal	9 461
Depotpersonal, Schreiber, Desinfektoren	5 221
Delegierte	857
Laborantinnen	638
in leitenden Stellungen der Vereine und in Lazarettbetrieben	31 342
	250 770

Bei Betrachtung dieser Ziffern ist zu beachten, daß sie nur das im eigentlichen Sanitätsdienst verwendete Personal enthalten. In die richtige Beleuchtung werden sie erst gerückt durch Hinzufügung des zahlenmäßig gar nicht zu erfassenden Heeres von Frauen und Männern, das sich im Hilfsdienst bei den verschiedenen Vereinigungen des Roten Kreuzes, bei den Delegierten des Militärinspekteurs der Freiwilligen Krankenpflege und bei den Vereinsvorständen, ferner bei den zahlreichen Kriegswohlfahrtseinrichtungen des Roten Kreuzes betätigt hat, z. B. in Küchen und Speisehäusern, in den Erfrischungsanstalten der Bahnhöfe, in der Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, in den Nähstuben und bei der Beschaffung von Kleidungsstücken, bei der Vermittlung von Heimarbeit, sowie von Landaufenthalt, in See- und Heilbädern, bei der Verabreichung von Milch und Stärkungsmitteln, bei Gründung von Soldatenheimen und Lesezimmern im Etappen- und Heimatgebiet, endlich bei der Einrichtung von Werkstätten und in der Berufsberatung und Berufsausbildung.

Wie hoch sich die Gesamtsumme aller während des Krieges erzielten Einnahmen in Geld und Materialwert belaufen hat, ist genau bisher nicht festgestellt, da die abschließenden Ziffern noch nicht vollständig vorliegen. Um wie gewaltige Summen es sich dabei handelt, läßt der Rechenschaftsbericht erkennen, der für die ersten beiden Kriegsjahre allein für das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz - Landes-, Provinzial- und Zweigvereine nicht mitgerechnet - einen Gesamtumsatz in Höhe von 78,5 Millionen Mark nachweist. Für die Materialspenden dürfte eine sichere Feststellung überhaupt nicht möglich sein. Vorsichtige Schätzungen berechnen ihren Wert auf rund 250 Millionen Mark. Die Bareinnahmen dürften nach Abzug der zurückerstatteten Verpflegungskosten für die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1919 gegen 450 Millionen Mark betragen haben. Somit erreicht die finanzielle Gesamtleistung des Roten Kreuzes an Materialwerten und in bar in den Einnahmen die Summe von 700 Millionen Mark, denen nur um wenige Prozent geringere Ausgaben gegenüberstehen.

Unter dem Zeichen des Roten Kreuzes waren für den Krieg alle Kräfte vereinigt, die bereit und geeignet waren, als wertvolle Ergänzung und wichtige Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes des Heeres und der Marine zu wirken. Kein selbständiger Faktor also der Kranken- und Verwundetenfürsorge im Kriege, vielmehr ein engverbundener wesentlicher Bestandteil derselben. Das gleiche gilt für die Körperschaften der Ritterorden, vor allem der Johanniter-, Malteser- und Georgsritterorden, ferner für alle sonstigen Vereinigungen und Personen, die von den berufenen amtlichen Stellen zur Unterstützung des Kriegssanitätsdienstes zugelassen waren.[4]

An der Spitze stand der Kaiserliche Kommissar und Militärinspekteur der Freiwilligen Krankenpflege, der schon im Frieden allen Teilen dieses freiwilligen Heeres die von den Generalkommandos und dem Kriegsministerium aufgestellten Forderungen übermittelte und darüber wachte, ob das Verlangte geleistet werden konnte. Er wohnte zu diesem Zweck teils selbst den Beratungen und Übungen der verschiedenen Vereinigungen bei, teils entsandte er zur Prüfung seine Vertreter, insbesondere seine Territorialdelegierten - in Preußen die Oberpräsidenten -, die in ihrer Person außerdem die Stellung eines Vorsitzenden des betreffenden Provinzialvereins vom Roten Kreuz zu vereinigen pflegten.

Im Kriege kamen zu diesen Territorialdelegierten noch eine ganze Reihe von Delegierten, im Felde und in der Heimat, als aufsichtsführende und leitende Organe hinzu. Diese hatten einerseits alles zu regeln, was die Freiwillige Krankenpflege innerhalb ihres Pflichtengebiets zu leisten berufen war, andererseits sollten sie die Interessen der Schwestern, Krankenträger und Krankenpfleger nach Möglichkeit vertreten. Seit Februar 1904 waren an der Kaiser-Wilhelm-Akademie für die Delegierten Kurse eingerichtet, in denen ihnen alles das vorgetragen wurde, was sie im Kriegsfalle bezüglich ihrer Aufgaben wissen mußten (Organisation des staatlichen Sanitätsdienstes, Dienstbetrieb in den einzelnen Sanitätsformationen, bei denen die Mitwirkung des Roten Kreuzes in Frage kam, Transportwesen usw.).

Während der Dauer des Krieges hatte der Kaiserliche Kommissar und Militärinspekteur der Freiwilligen Krankenpflege seinen Sitz im Großen Hauptquartier; dort arbeitete er mit seinem, aus mehreren Delegierten und Hilfspersonal bestehenden Stabe in engster Fühlung mit dem Chef des Feldsanitätswesens und den übrigen für seinen Geschäftsbereich in Betracht kommenden Dienststellen und mit dem Zentralkomitee in Berlin.

Die Aufgaben waren vielseitig genug; mit der Länge des Krieges und der zunehmenden Ausdehnung der Kriegsschauplätze wuchsen sie ins Ungeheure. Es kam hinzu, daß ein großer Teil des männlichen Personals, wohl der tüchtigste und bewährteste, zum Militärdienst ausgehoben wurde und durch weniger leistungsfähige Kräfte ersetzt werden mußte.

Zu Beginn des Krieges hatte sich auch manches weibliche Personal eingeschlichen, zum Teil sogar mit unlauteren Absichten, das erst entfernt werden mußte.

Die Etappe verlangte mit der wachsenden Zahl der aufgestellten mobilen Sanitätsformationen (Kriegslazarettabteilungen, Krankentransportabteilungen, Etappensanitätsdepots) immer mehr geschultes und erprobtes Personal (Krankenpfleger und Schwestern, Laborantinnen, Köchinnen).

Vorweg sei hier mit wärmstem Dank und hoher Anerkennung hervorgehoben, daß dieses Personal der Freiwilligen Krankenpflege mit größter Opferwilligkeit und Hingabe, oft unter den widrigsten und schwierigsten äußeren Verhältnissen ohne jede Rücksicht auf die eigene Schonung, bis zum äußersten seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Und nicht nur durch seine treue Pflichterfüllung im eigentlichen Kranken- und Transportdienst hat das Personal der Freiwilligen Krankenpflege sich Anerkennung verdient, auch in anderer Hinsicht hat es wertvolle Dienste geleistet. Bei dem Bau und der Einrichtung der zahlreichen Krankenunterkünfte (Lazarette, Sammelstellen, Überwachungs-, Verband-, Verpflegungsstellen, Behelfszüge usw.) haben viele vom männlichen Personal, unter dem sich Techniker, Handwerker aller Art und sonstige Spezialisten befanden, ratend und helfend mitgewirkt; sie haben so mit dazu beigetragen, oft großartige Anlagen, sozusagen aus dem Nichts, zu schaffen. Die Schwestern verstanden es, mit geringen Mitteln die Krankenräume freundlich auszugestalten, so daß die eintreffenden Schwerkranken oder Schwerverwundeten sogleich das Gefühl des Geborgenseins überkam.

Als im Stellungskrieg, insbesondere im Westen, die Feldsanitätsformationen (Feldlazarette) mehr

bodenständig wurden, konnten zur besseren Pflege der dort eintreffenden Schwerverwundeten auch in diese mehr oder weniger feindwärts gelegenen Lazarette Schwestern beordert werden. Ihre unermüdliche Arbeit bleibt bei den Kranken, wie bei den Ärzten, die sich auf ihre treuen Helferinnen unbedingt verlassen konnten, für immer unvergessen. Fliegerangriff oder Fernbeschießung konnten sie in ihrem Liebeswerk nicht wankend machen oder stören. Manche von ihnen hat, zum Lohn für ihre Treue, durch Krankheit oder Verwundung Schaden an Leib und Leben davongetragen oder ist ihnen erlegen.

Bis auf die eben genannten Ausnahmen war Personal der Freiwilligen Krankenpflege nicht im eigentlichen Operationsgebiet (Kampfgebiet) tätig. Im Etappengebiet, bei den Kriegslazarettabteilungen, waren die Lazaretttrupps tätig, deren Stärke im einzelnen bei den ständig wachsenden Anforderungen fortgesetzt zunahm.

Nach der Mobilmachungsaufstellung vor dem Kriege gehörten zu einem Lazaretttrupp außer dem Delegierten: 1 Zug männliches Personal, nämlich: 1 Zugführer, 1 Zugführerstellvertreter, 3 Gruppenführer, 36 Pfleger; ferner 35 Pflegerinnen und 6 Köchinnen. Kurz nach Beginn des Krieges erfolgte fast Verdopplung dieses Etats; es traten ferner Laborantinnen hinzu, die für die Röntgenstationen und Laboratorien in den Kriegslazaretten dringend gebraucht wurden. Gegen Ende des Krieges war die Stärke eines einzigen Lazaretttrupps im Westen z. B., einerseits infolge der Herausziehung des kriegsverwendungsfähigen Personals, andererseits auf Grund der außerordentlichen Anforderungen bei den fortgesetzt schweren Abwehrkämpfen folgende: der Delegierte mit Diener, Schreiber, Kraftwagenführer oder Pferdewärter, 40 Pfleger, 125 Pflegerinnen, 6 Laborantinnen, 13 Köchinnen; also fast dreifache Vermehrung des weiblichen Pflegepersonals. Schon diese Zahlen erklären die außerordentlichen Schwierigkeiten, eine so große freiwillige Formation zu leiten, unterzubringen und zu verpflegen.

Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den Transport- und Begleittrupps der Krankentransport-abteilungen. Hinsichtlich der Begleittrupps - 4 Züge = 164 Pfleger und 25 Pflegerinnen - und der Transporttrupps - 4 Züge = 164 Träger - fand im Lauf des Krieges eine Verschmelzung statt, da sich die Scheidung zwischen Pfleger und Träger nicht mehr aufrechterhalten ließ. Beide Arten versahen schließlich den gleichen Dienst. Auch bei den Transporttrupps erfolgte aus den gleichen Gründen wie bei den Lazaretttrupps (Ersatz des herausgezogenen kriegsverwendungsfähigen Personals durch weibliches und Steigerung der Anforderungen) erhebliche Erhöhung des Etats. Gegen Ende des Krieges bestand der Transporttrupp einer Krankentransportabteilung im Westen: aus dem Delegierten mit Diener, Schreiber, Kraftwagenführer oder Pferdewärter, aus 154 Pflegern, 144 Pflegerinnen, 5 Laborantinnen und 19 Köchinnen. Die Laborantinnen waren zumeist, die Köchinnen mehrfach an die Kriegslazarette abgegeben.

Hier sei der besonderen Leistungen dankend gedacht, die dieses Personal, namentlich in den vielen Behelfszügen, vollbracht hat, die in den Perioden der Großkämpfe zum ersten Abtransport von den Sammelstellen dicht hinter der Front liefen, und die vielfach noch unter dem Feuer des Feindes lagen. Die Anwesenheit dieser Pfleger und Pflegerinnen im Zuge hatte stets eine außerordentlich günstige moralische Wirkung auf die Verwundeten.

Die lange Dauer des Krieges brachte es mit sich, daß die anfangs mehr oder weniger selbständige freiwillige Organisation des Roten Kreuzes sich beim Feldheer mit der militärischen enger verwob, insbesondere da, wo zwischen den führenden Dienststellen (Etappenarzt, Kriegslazarettdirektor, Chefarzt einerseits, Etappendelegierter, Delegierter beim Kriegslazarettdirektor andererseits) ein enges persönliches und kameradschaftliches Verhältnis bestand. Dort kamen gegensätzliche Auffassungen bald zum Ausgleich, auseinandergehende Anschauungen in dienstlichen Angelegenheiten wurden rasch überbrückt. Enges Zusammenarbeiten, für das Ganze zum Segen und Vorteil, war die Folge.

Bei der gewaltigen Aufgabe, die im Weltkriege die Beförderung der Massen von Kranken und Verwundeten aus dem Kampfgebiet in die Etappe und über diese zur Heimat dargestellt hat, bildeten die 86 Vereinslazarettzüge der Freiwilligen Krankenpflege, die neben den 62 planmäßigen militärischen Lazarettzügen und den 102 Leichtkrankenzügen aufgestellt worden sind, eine wesentliche Unterstützung des militärischen Krankentransportdienstes. Im allgemeinen entsprachen diese Züge, was Wagenverteilung, Raumverwendung und Zugzusammensetzung betraf, den Vorschriften für die Lazarettzüge; im einzelnen war jedoch, was innere Einrichtung und Ausstattung anbelangte, den Stiftern keine Einschränkung auferlegt worden. So haben z. B. Sanitätskolonnen mehrere sehr brauchbare Konstruktionen für die Lagerstellen geliefert. Die großen Schiffahrtsgesellschaften (Norddeutscher Lloyd, Hamburg-Amerika-Linie) stellten aus ihren zur unfreiwilligen Muße verurteilten Dampfern die praktischen Einrichtungen der Kojen, Kabinen, Küchen und Materialräume zur Verfügung, die ohne Schwierigkeiten in die Eisenbahnwagen eingebaut werden konnten und sich sehr bewährt haben.

Die Vereinslazarettzüge sind, gleich den militärischen Lazarettzügen, in alle Teile des ausgedehnten Kriegsgebiets gelaufen. Zu Zeiten der Großkämpfe im Westen sind sie oft bis zu den Sammelstellen dicht hinter der Front vorgezogen worden und dort mehrfachen Fliegerangriffen ausgesetzt gewesen, die schwere Sachbeschädigung zur Folge hatten, auch unter dem Personal Opfer an Toten und Verwundeten gefordert haben. Im Osten boten sie bei der Schwierigkeit, die Kranken und Verwundeten unterzubringen, wiederholt die erste Gelegenheit zu deren ordnungsmäßiger Versorgung. Zu Zeiten der Ruhe, oder wenn länger dauernde Reparaturen erforderlich waren, wurden die Züge, wenn möglich, am Aufstellungsort abgestellt, das Personal zu der oft dringend nötigen Erholung beurlaubt oder im Krankenpflegedienst in einem Heimatlazarett verwendet. Die Leistungen der Vereinslazarettzüge sind zum Teil ganz erheblich; manche haben wohl mehr als 100 Fahrten über viele Tausende von Kilometern gemacht. In den Tagen der Hochspannung gab es für den Führer, wie das Personal (Pfleger und Schwestern) weder Ruhe noch Rast, oft keinen Schlaf. Dafür wird noch heute mancher der Schwerkranken oder Schwerverwundeten, die mit ihnen transportiert worden sind, der sorgsamen Aufsicht der Ärzte und der liebevollen Fürsorge des Pflegepersonals in Dankbarkeit gedenken.

Das Rote Kreuz war bei der Beförderung der Kranken und Verwundeten von den Ausladestellen der Bahnhöfe in die Lazarette und umgekehrt in ausgiebigster Weise beteiligt, nicht nur in der Heimat, auch innerhalb der Etappen. Es verfügte für sich über 399 Sanitätskraftwagen, 733 Krankenwagen, eine große Anzahl anderer, zum Krankentransport behelfsmäßig eingerichteter Fahrzeuge (Bauernwagen, Omnibusse usw.) und über 10 357 Transportmittel, wie Tragbahren, Rädergestelle, Fahrbahren der verschiedensten Konstruktion.

Wo Straßenbahnverbindungen zur Verfügung standen, was im Laufe des Krieges nach Möglichkeit zur Durchführung kam, ist davon in reichstem Maße Gebrauch gemacht worden. Die Straßenbahnwagen wurden zum Transport liegender Kranker entsprechend umgebaut und haben überall sehr gute Dienste geleistet.

Ein außerordentliches Verdienst hat sich das Rote Kreuz dadurch erworben, daß es die Versorgung der Kranken von den unzähligen Truppentransporten, die während des Krieges die Heimat und die besetzten Gebiete durchquerten, übernommen hatte. Dies geschah auf den 601 Verband-, Erfrischungs- und Übernachtungsstellen, die überall auf den Bahnhöfen eingerichtet und dauernd mit freiwilligen Helfern und Helferinnen besetzt waren. Diese Stellen waren vielfach Anlagen größten Stils. Sie haben namentlich zu Zeiten großer Truppenbewegungen, wenn ganze Armeekorps und Divisionen mit ihrem Zubehör in ungezählten Zügen durchliefen, in tagelanger Arbeit ohne Ruhe noch Rast vorzügliches geleistet. Auch die Riesenzahl der Urlauber fand dort Verpflegung und Unterkunft für die Nacht und vielfach Rat und Hilfe für die Weiterreise. Von den durchfahrenden Lazarett- usw. Zügen übernahmen die Stellen die wegen Verschlechterung ihres Zustandes nicht

weiter zu Transportierenden zur Weiterleitung in das nächstgelegene Lazarett, leider auch manchen, der während des Transportes seiner Krankheit oder Verwundung erlegen war.

Die Organisation des Hilfsdienstes des Roten Kreuzes auf den Bahnhöfen funktionierte überall in bester Weise. Nur mit wärmstem Dank und höchstem Lob kann dieser freiwilligen, fast ausschließlich ehrenamtlichen Tätigkeit gedacht werden.
Im vorstehenden ist dargetan worden, in welchem Umfange und mit welcher Großartigkeit der Leistungen das Rote Kreuz dem amtlichen Heeressanitätsdienst im Kriege, im Kampf- und Etappengebiet und beim Krankentransport wertvolle Unterstützung hat zuteil werden lassen. In noch weit höherem Maße gilt das für Unterbringung, Verpflegung und Versorgung der Kranken und Verwundeten des Feld- und Besatzungsheeres im Heimatgebiet. Bei der gewaltigen Zahl derselben (**s. S. 538**) wäre es der Heeresverwaltung kaum möglich gewesen, die Heilfürsorge ohne Mitwirkung des Roten Kreuzes sicherzustellen. 3470 Vereinslazarette und Genesungsheime mit annähernd 200 000 Lagerstellen sind vom Roten Kreuz eingerichtet und verwaltet worden, ein Teil gemäß der bei Kriegsausbruch vorhandenen Mobilmachungspläne, der Hauptteil erst während des Krieges selbst. Außerdem wurde zahlreiches Verwaltungs- und Pflegepersonal an die von seiten der Heeres- und Marineverwaltung eingerichteten Festungs- und Reservelazarette abgegeben.

Eine sehr wichtige und begrüßenswerte Förderung hat dieser Lazarettdienst bei Kriegsbeginn durch die Opferfreudigkeit aller Kreise der Bevölkerung erfahren, die wetteiferten, größere und kleinere Pflegestätten mitsamt der Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Sogar ganze Lazarette mit voller Einrichtung sind gestiftet worden. Im übrigen griff man auf alle geeigneten Baulichkeiten in Stadt und Land zurück. Schlösser, Museen, Auswandererhäuser in den Hafenplätzen, Hotels, Sanatorien und Privatkliniken, Hochschulen, Gasthöfe, Schulgebäude wurden in Vereinslazarette umgewandelt.

So bedeutend die Zahl der in Betrieb genommenen Lazarette auch war, bei dem gewaltigen Zustrom von Verwundeten nach großen Kampfhandlungen an weit ausgedehnten Teilen der Front trat häufig genug eine Überfüllung ein, der nur durch Aufstellung der schon in Friedenszeiten zur Seuchenbekämpfung in Gebrauch gewesenen beweglichen Baracken entgegengewirkt werden konnte. Die Krankenpfleger und -träger besaßen in der Aufstellung, dem Abbrechen und Verpacken dieser ungemein praktisch konstruierten, seit Jahrzehnten bewährten Baracken und in ihrer gründlichen Desinfektion eine solche Erfahrung, daß jedem plötzlich auftretenden Notstand sofort abgeholfen werden konnte. Ebenso wurden bei Ausbruch ansteckender Krankheiten ohne Verzug solche zerlegbaren Baracken vom System Döcker nebst Ausstattung in der benötigten Zahl an die Bedarfsstelle gebracht. Daß während des ganzen Krieges alle an dieser oder jener Stelle ausbrechenden Seuchen sofort an der Ausbreitung verhindert und erstickt werden konnten, ist nicht zum wenigsten auf die Verwendung dieser Baracken zurückzuführen, von denen das Zentralkomitee schließlich fast 500 mit 10 000 Betten besaß.

Etwa seit Beginn des dritten Kriegsjahres brachte die allgemeine Lage, wie sie sich allmählich herausgebildet hatte, den Lazarettdienst des Roten Kreuzes in eine bedenkliche Krisis, indem wegen des gesteigerten Bedarfs an Männern an der Front und ihrer militärischen Einberufung, wie infolge des Inkrafttretens des Hilfsdienstgesetzes es an männlichen Hilfskräften in der Heimat stark zu mangeln begann. Die Gestellung von vertraglich verpflichteten Ärzten, von Pflegern und männlichem Hilfs- und Wirtschaftspersonal wurde dadurch aufs äußerste erschwert. Weitere Schwierigkeiten erwuchsen den Vereinslazaretten aus der Beschlagnahme der Lebensmittel und vieler für den Betrieb notwendiger Waren, wie Leder, Baumwollstoffe, Verbandzeug. Aus diesen Verhältnissen erklärt sich das Bestreben der Militärverwaltung, die Pflege der Verwundeten und Kranken immer mehr selbst zu übernehmen. Tatsächlich war ja auch das Rote Kreuz, wie die Freiwillige Krankenpflege überhaupt, nur zur Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes verpflichtet. Es ist also in der Folgezeit eine ganze Anzahl Vereinslazarette in staatliche Reservelazarette umgewandelt oder ganz aufgehoben worden. Die frei werdenden Vorräte an

Verbandstoffmaterial, ärztlichen Instrumenten und Lazarettausrüstungsgegenständen wurden gesammelt und nach Bedarf verwendet. Dank der unermüdlichen Tätigkeit der Ärzte und des gesamten Personals gelang es trotz erheblichen Personalmangels, die übrigbleibenden, immer noch sehr zahlreichen Vereinslazarette auf der Höhe ihrer Leistungen zu halten.

Als wirksame Unterstützung des staatlichen Heeressanitätsdienstes ist das Deutsche Rote Kreuz auf alle Kriegsschauplätze in West und Süd und Ost, nach Polen, nach Rußland, Serbien und Rumänien, an der Küste des Schwarzen Meeres entlang bis zum Kaukasus und tief nach Asien hinein gefolgt. Dabei ist es vielfach mit den nationalen Rot-Kreuz-Organisationen der verbündeten Mächte in Berührung gekommen, was besonders dann, wenn deutsche Truppen vorübergehend in den Verband einer verbündeten Armee eingereiht waren, zu einem Zusammenarbeiten mit jenen geführt hat. Aber auch unabhängig von gleichzeitiger Anwesenheit in derselben Kriegszone hat das Deutsche Rote Kreuz, wo sich die Gelegenheit bot und die Umstände es irgend gestatteten, den Schwesterorganisationen seine Unterstützung geliehen.

Auch eigene Hilfsexpeditionen hat das Deutsche Rote Kreuz ausgerüstet und entsandt, so im Winter 1914/15, nach einer äußerst beschwerlichen Reise, nach Erzinghian, südlich Trapezunt, wo in einer neuen türkischen Kaserne ein größeres Lazarett eingerichtet wurde. Es galt dort neben der Verwundetenfürsorge vor allem die in schwerster Form auftretenden Kriegsseuchen zu bekämpfen. Nach fünfmonatiger Tätigkeit setzte die Expedition ihre Arbeit in Konstantinopel fort. Eine weitere Abordnung begleitete die 4. türkische Armee nach Bagdad. Ihr Führer wirkte als Beratender Chirurg der Armee. Eine andere Expedition, die sich später noch verstärkte, richtete in Konstantinopel ein großes Lazarett ein, das lange Zeit vortreffliche Dienste geleistet hat. Die Auflösung erfolgte, als die Tätigkeit nach Beendigung der Dardanellenkämpfe abgeschlossen war. Mancher der Expeditionsteilnehmer (Ärzte wie Pfleger und Schwestern) hat infolge der körperlichen Strapazen und klimatischen Einflüsse erheblichen Schaden erlitten. Der Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes im Kriege ist durch diese erfolgreichen Expeditionen ein neues Ruhmesblatt hinzugefügt.

Ein weiteres umfangreiches Arbeitsfeld des Deutschen Roten Kreuzes erstreckte sich auf die Kriegswohlfahrtspflege, d. h. die allumfassende, außerhalb des staatlichen Sanitätsdienstes liegende Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen in der Heimat. Der Sanitätsdienst wurde dabei durch die Überweisung großer Mengen von Liebesgaben an die in den Lazaretten usw. des Kriegsgebiets und der Heimat befindlichen Kranken und Verwundeten unterstützt. Die Verteilung erfolgte im Einvernehmen mit den Chefärzten durch Depots der Freiwilligen Krankenpflege. Die mit den Etappensanitätsdepots (**s. S. 434**) in enger Arbeitsgemeinschaft stehenden Depots der Freiwilligen Krankenpflege unterstanden einem Delegierten; sie waren mit 1 Zug (1 Zugführer, 40 Mann) besetzt und verwalteten und verteilten die aus den heimatlichen Sammelstellen einlaufenden reichen Gaben.

Unter diesen waren von besonderem Wert: allerlei Erfrischungs-, Labungs-, Stärkungs- und Genußmittel, die nicht zur planmäßigen Krankenverpflegung gehörten und auch durch Beitreibung nicht zu beschaffen waren. Ferner die verschiedenen Geräte und Gegenstände zur besseren Bettung und Lagerung der Schwerkranken und Schwerverwundeten; dann allerlei Gegenstände, um die Krankenräume freundlicher zu machen und besser auszustatten, vor allem aber Lesestoff und Unterhaltungsspiele. Es ist so möglich geworden, manches Lazarett, was Einrichtung und Betrieb anbetrifft, mindestens ebensogut wie in der Heimat, wenn nicht besser zu gestalten, als es dort, namentlich gegen Ende des Krieges, unter dem immer stärker werdenden Druck der Verhältnisse möglich gewesen ist. Dies gilt nicht nur für die großen schönen Anlagen der Kriegslazarette in den reichen Städten Nordfrankreichs, sondern auch für manches hier dicht hinter der Kampffront oder in den elenden Ortschaften Russisch-Polens, Mazedoniens gelegenes Feldlazarett, dessen bescheidene Räume vorher vielleicht ganz anderen Zwecken gedient hatten.

Auch bei der Sicherung und Durchführung des Gesundheitsdienstes hat das Rote Kreuz wirksamst mitgeholfen. Dies betrifft die Lieferung von Mineralwasser an diejenigen Truppenteile und Lazarette usw., die unter ungünstigen Trinkwasserverhältnissen zu leiden hatten. Nicht überall konnten die Trinkwasserbereiter hinkommen, z. B. nicht in die Schützengräben. Die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung war aber angesichts ihrer Bedeutung bei den durch Wasser übertragbaren Kriegsseuchen von der allergrößten Wichtigkeit. Man kann also ermessen, in welchem Umfange das Rote Kreuz bei den Vorbeugungsmaßnahmen gegenüber den Kriegsseuchen erfolgreich mitgewirkt hat, wenn man sich die tatsächliche Leistung vergegenwärtigt. Es sind vom Roten Kreuz 21,2 Millionen Flaschen Mineralwasser geliefert worden. Wahrlich eine großartige Leistung!

Bei der Kriegswohlfahrtspflege haben auch die Soldatenheime, die vom Roten Kreuz, allerdings außerhalb des Sanitätsdienstes, überall hinter der Front und in den besetzten Gebieten eingerichtet worden sind, und die Urlauberheime in der Heimat eine wichtige Rolle gespielt. Hier fanden Mannschaften wie Offiziere Ruhe und Erholung, Gelegenheit zum Schreiben und Lesen, Auffrischung und oft genug Rat und Hilfe in den häuslichen Dingen oder in geschäftlichen Angelegenheiten durch Vermittlung der Geistlichen oder sonstiger geeigneter Ratgeber. Viel Segen ist von diesen Einrichtungen ausgegangen, die vielfach von Damen der ersten Kreise ehrenamtlich geleitet, auch oft auf deren Kosten unterhalten worden sind.

Einen weiteren wesentlichen Teil der Kriegswohlfahrtspflege bildete und bildet noch jetzt die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Wie aus dem wissenschaftlichen Teil der Darstellung des Kriegssanitätsdienstes - **vgl S. 473 ff.** - hervorgeht, ist es noch in keinem früheren Feldzug gelungen, einen so hohen Prozentsatz von Verwundeten und Erkrankten völlig wiederherzustellen wie in diesem Kriege. Was übrig blieb, waren die Kriegsbeschädigten verschiedenen Grades, von nur Dienstuntauglichen bis zum hilflosen Krüppel. Daß sich das Rote Kreuz aller dieser Kriegsopfer mit besonderer Liebe angenommen hat und weiter noch annimmt, bedarf keiner weiteren Betonung. Mit den feinsten Methoden der Psychologie wurde versucht, diese seelisch vollkommen zusammengebrochenen Männer erst einmal wieder mit neuem Lebensmut zu erfüllen. Das gelang gerade bei den schwersten Fällen, bei denen alle anderen Ablenkungsversuche versagten, meist erst dann, wenn der Kriegsbeschädigte auf Grund praktischer Versuche zu dem Glauben sich durchgerungen hatte, daß er trotz seiner Verstümmelung wieder ein nützliches, Werte schaffendes Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden könnte. War diese Überzeugung einmal gefestigt, so hat die dann einsetzende eigentliche Berufsausbildung häufig zu geradezu erstaunlichen Ergebnissen geführt. Selbst der kleinste Rest verbliebener Arbeitsmöglichkeit ist unter Beihilfe der Behörden auf Grund einer streng wissenschaftlich durchgebildeten Arbeitstherapie zu neuer Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreude entwickelt worden.

Das Rote Kreuz (Abt. VIII des Zentralkomitees und die Landesorganisationen) hat an diesem Hilfswerk für die Kriegsbeschädigten hervorragenden Anteil genommen. Es ließ durch bewährte Lehrkräfte den Blinden und Tauben, den Gelähmten, Einarmigen und allen sonstigen Verstümmelten unter individueller Behandlung jedes einzelnen Falles Unterricht erteilen, stellte das Lehr- und Übungsmaterial bereit, richtete Werkstätten ein und scheute vor keiner Mühe, vor keiner Ausgabe zurück, um diese Opfer des Krieges für die Wiederaufnahme des Kampfes ums Dasein so gut wie nur möglich auszurüsten und ihm neue Berufsaussichten zu eröffnen, wenn die Art der Kriegsbeschädigung die Wiederaufnahme der alten Arbeit ausschloß.

In Verbindung mit allen amtlichen und den privaten großen Organisationen der Kriegsbeschädigten-fürsorge hat das Rote Kreuz die Bäderfürsorge zu einer großangelegten, über den Krieg hinaus in den Frieden weisenden Wohlfahrtseinrichtung ausgebaut. Ihr Zweck ist die Unterbringung von

heeresentlassenen Kriegsteilnehmern und Mitgliedern der Freiwilligen Krankenpflege, die zur Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit noch eines Heilverfahrens bedürfen, für die aber nach den bestehenden Bestimmungen weder die Heeresverwaltung noch die Versicherungsträger die Kosten übernahmen. Mit den deutschen Bädern und Heilanstalten wurden feste Verträge zwecks Aufnahme der Kriegsbeschädigten zu Ausnahmebedingungen abgeschlossen. In ganz Deutschland standen während des Krieges so viel Betten zur Verfügung, daß gleichzeitig etwa 100 000 Kriegsteilnehmer Unterkunft finden konnten. Ähnliche Verträge bestanden mit österreichischen und ungarischen Bädern. Die Abteilung IX des Zentralkomitees hatte schon innerhalb des ersten Jahres nach Einrichtung der Bäderfürsorge über einer Million Kriegsteilnehmer die Kurversorgung verschaffen können. Diese Bäderfürsorge beschränkte sich keineswegs auf die Kriegszeit, sondern ist bestimmt, noch auf Jahrzehnte hinaus bei der Beseitigung der Kriegsschäden auf gesundheitlichem Gebiet in Ergänzung der staatlichen Einrichtungen mitzuwirken.

Ebenfalls im Interesse der Kriegsbeschädigten sind neue Heilanstalten für Lungenkranke eröffnet worden und im Herbst 1918 hat das Zentralkomitee gemeinsam mit dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge und dem Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in Davos (Schweiz) eine Heilstätte für Lungenkranke erworben, die unter dem Namen "Deutsches Kriegerkurhaus Davos" in erster Linie lungenkranken Kriegsbeschädigten aus dem Mittelstande zugute kommen soll.

Leider haben unverständliche Verhetzung in den Reihen der Kriegsbeschädigten, zum Teil auch unklare Vorstellungen über die Versorgungsmöglichkeiten und die Versorgungspflicht des Staates, zum großen Teil auch geradezu unsinniges Rentenbegehren dem segensreichen Werke der Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht unerheblich Abbruch getan. Durch häßliche Vorgänge, ebenso wie durch wiederholte Versuche das Mitleid zu täuschen, ist die öffentliche Meinung im ablehnenden Sinne beeinflußt worden; das wird zur Folge haben, daß dem Roten Kreuz für diesen Zweck weniger Mittel zufließen werden, ein Umstand, der an sich in hohem Grade bedauerlich ist, unter dem aber die Kriegsbeschädigten zunächst selbst am meisten zu leiden haben werden.

Noch auf eine andere, zahlenmäßig wohl kaum zu erfassende Gruppe der Opfer des Krieges hat das Deutsche Rote Kreuz seine Fürsorgetätigkeit erstreckt: auf die Kriegsgefangenen und Vermißten, nicht allein des Deutschen Heeres und der Marine usw., sondern ebenso auch der der Gegner, weiter auf die Flüchtlinge aus den vom Feinde besetzten Gebiete (Ostpreußen), auf die deutschen Rückwanderer aus **den deutschen Kolonien** und den feindlichen Ländern, vor allem auch aus den Gebieten, die Deutschland nach dem **Vertrage von Versailles** abzutreten gezwungen worden ist. Diese Fürsorgetätigkeit berührt den Heeressanitätsdienst auf dem Gebiet der Seuchenabwehr und -bekämpfung, stellt aber auch sonst eine großartige Leistung dar, so daß sie hier, wenn auch nur kurz, besprochen werden soll.

Nach der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907, das endliche Ergebnis vielfacher früherer Bestrebungen auf internationalen Konferenzen über diesen Gegenstand, **sollten die Kriegsgefangenen "mit Menschlichkeit" behandelt werden**. Die IX. internationale Konferenz des Roten Kreuzes 1912 in Washington hatte daraufhin beschlossen, die Kriegsgefangenenfürsorge in den Kreis der Aufgaben des Roten Kreuzes zu ziehen. Infolgedessen wurde bei Kriegsausbruch von seiten des Deutschen Roten Kreuzes sofort mit der Organisation begonnen. Ende 1914, nach Überwindung großer Schwierigkeiten, war das System der geschäftlichen Behandlung der Kriegsgefangenenfürsorge richtig durchgebildet. In engster Verbindung mit dem Zentralnachweisebureau des preußischen Kriegsministeriums als der zuständigen Dienststelle für die amtliche Bearbeitung aller Kriegsverluste wurde eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft geschaffen, die wie folgt gegliedert war:

Meldewesen für vermißte und gefangene Angehörige des **deutschen** Heeres:

a) Abteilung VII des Zentralkomitees für alle Länder;
b) der Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene des Frankfurter Vereins vom Roten Kreuz für Süd- und Westdeutschland;
c) der Deutsche Ausschuß für Kriegsgefangene des Hamburgischen Landesvereins vom Roten Kreuz für Nord- und Ostdeutschland, einschließlich Sachsen.

Meldewesen für vermißte und gefangene Angehörige der **feindlichen** Heere:

a) Abteilung VII des Zentralkomitees, welches gemäß § 14 der Haager Landkriegsordnung dem Zentralnachweisebureau beim Kriegsministerium angeschlossen war (das letztere beschränkte sich auf die Aufstellung der amtlichen Gefangenenlisten und auf die Auskunftserteilung über gefangene Deutsche);
b) der Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene des Frankfurter Vereins vom Roten Kreuz (Ausländer-Abteilung) für Frankreich, England und Amerika und für die Angehörigen anderer Armeen;
c) der Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene vom Hamburgischen Landesverein des Roten Kreuzes für Rußland;
d) die Badische Gefangenenfürsorge in Freiburg für kriegsgefangene Feinde, die im Großherzogtum Baden untergebracht waren;
e) der Verwundeten- und Vermißtennachweis des Roten Kreuzes in Köln für kriegsgefangene Feinde innerhalb des 7. Armeekorps.

Die geldliche Unterstützung der **Gefangenen in Frankreich** übernahm:

a) der Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene in Frankfurt a. M.;
b) der Gefangenen in England und den englischen Kolonien der Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene in Köln;
c) der Gefangenen in Rußland der Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene in Hamburg;
d) die Unterstützung mit Liebesgaben nach Frankreich: die Kriegsgefangenenfürsorge des Württembergischen Landesvereins in Stuttgart und späterhin der auf neutralem Boden geschaffene Hilfsdienst für die Kriegs- und Zivilgefangenen in Frankreich;
e) die Unterstützung mit Liebesgaben nach Rußland: der unter Mitwirkung des Roten Kreuzes geschaffene Deutsche Sonderausschuß, Kriegsgefangenenhilfe, Kopenhagen;
f) die Liebesgaben für die Gefangenen in England: der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes im Haag;
g) die geistige Fürsorge übernahm:
    1. für Frankreich die Deutsche Kriegsgefangenenfürsorge Bern, Abt. Bücherzentrale, Gümlingen bei Bern,
    2. für England die Deutsche Christliche Studentenvereinigung in Berlin,
    3. für Rußland die Deutsche Christliche Studentenvereinigung in Berlin und der Deutsche Sonderausschuß, Kriegsgefangenenhilfe, Kopenhagen.

Auf Grund dieser Vereinbarung hat sich der Geschäftsgang sofort in zweckmäßigster, jede Kollisionsmöglichkeit verhindernder Weise geregelt.

Auf dem Boden dieses Systems entwickelte sich allmählich ein umfangreicher Austausch von Liebesgaben sowohl für die deutschen Gefangenen und Internierten im feindlichen Auslande, wie für die fremden Gefangenen in Deutschland. Daß diese Arbeit der Gefangenenfürsorge bei deren Riesenzahl gewaltig war, versteht sich von selbst. Allein in Berlin waren ständig 260, in Hamburg 300 - 400, in Frankfurt a. M. gar 600 - 700 Personen meist ehrenamtlich tätig.

Das Deutsche Rote Kreuz hat in gemeinsamer Arbeit mit dem Roten Kreuz der neutralen Staaten und feindlichen Länder sich fortgesetzt bemüht, **das Los der Kriegsgefangenen** zu bessern. In Dankbarkeit gedenkt es der tatkräftigen Unterstützung durch das Internationale Komitee in Genf

und durch die Organisationen des Roten Kreuzes in den neutralen Ländern, vor allem in Schweden, Dänemark und der Schweiz. Auch das Russische Rote Kreuz war stets zur Mitarbeit bereit, solange und soweit es ihm bei den Verhältnissen in Rußland möglich war. In Frankreich und England fand das Deutsche Rote Kreuz bei den amtlichen Auskunftsstellen, dem *Bureau de Renseignements sur les Prisonniers de Guerre* in Paris und dem *Prisoners of War Information Bureau* in London, das Entgegenkommen und die Unterstützung, ohne welche der Nachforschungs- und Auskunftsdienst aussichtslos gewesen wäre.

Auch auf die Bewohner der besetzten Gebiete in Frankreich hat sich die Fürsorgetätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes erstreckt. Mit Einverständnis der Obersten Heeresleitung und unter deren Aufsicht wurde in Frankfurt a. M. eine Geschäftsstelle errichtet, die nach einem besonderen Plan den regelmäßigen Nachrichtenverkehr der Bewohner des besetzten Gebiets mit ihren Angehörigen im unbesetzten vermittelte und das Unterstützungswesen für jene leitete. Diese Einrichtung hat sich aufs beste bewährt; sie fand von seiten Spaniens als Schutzmacht und besonders bei dem Internationalen Komitee in Genf warme Unterstützung. Für Belgien, für das ja besondere Verhältnisse bestanden, waren besondere Vorschriften erlassen. Bei der Heimschaffung der aus den Kampfgebieten in Nordfrankreich abzubefördernden Zivilbevölkerung über Belgien und die Schweiz nach dem unbesetzten Frankreich war das Rote Kreuz tatkräftig mitbeteiligt. So sind die Transporte regelmäßig von Schwestern und Pflegern begleitet gewesen, die in zahlreichen Fällen ratend und namentlich den Schwachen und Kranken helfend eingegriffen haben.

Die Flüchtlingsfürsorge stellte das Rote Kreuz vor gewaltige Aufgaben; sie entwickelte sich rasch, als im August 1914 der erste Russeneinbruch nach Ostpreußen erfolgte, der zur Folge hatte, daß rund eine Million Einwohner die Wohnstädten verließ und nur mit dem Nötigsten versehen - meist zu Fuß - die Wanderung zur Weichsel antrat. Sofort setzte zur Unterstützung der Hilfsorganisationen des Staates ein großzügiges Hilfswerk: die "Ostpreußenhilfe" ein. Nachdem die Russen nach kurzer Zeit die Provinz geräumt hatten, strömte die Masse der Flüchtlinge wieder zurück. Jetzt galt es, diesen Rückwanderern die Reise in den Heimatsort zu erleichtern und bei dem Wiederaufbau der zerstörten Wohnstätten planmäßig mitzuwirken. Kaum war dies Ziel einigermaßen erreicht, da drangen die Russen im November 1914 zum zweiten Male ein und besetzten etwa ein Fünftel der Provinz, das sie erst vier Monate später, nach Hindenburgs Siegen, verließen, nachdem sie, wie bekannt, von Grund aus alles vernichtet oder geraubt hatten. Auch bei dem zweiten Einfall waren etwa 400 000 Einwohner geflüchtet; von den wenigen Zurückgebliebenen, die nicht rechtzeitig hatten fortkommen können oder die ihre Scholle nicht verlassen wollten, waren 11 000 ins innere Rußland verschleppt.[5]

War diesmal die Not viel größer, so war doch die Abhilfe besser vorbereitet. An allen in Betracht kommenden Bahnlinien und Landstraßen waren Verpflegungsstellen eingerichtet worden, wo die Flüchtenden mit Lebensmitteln, wärmenden Kleidungsstücken - erfolgte doch die Flucht mitten im tiefsten Winter -, Arzeneien versehen wurden und vor allen Dingen ärztlichen Rat erhielten. Viel Kinder, Kranke und Greise befanden sich unter den Flüchtlingen, gar mancher starb. Auch die Verteilung der Flüchtlinge im übrigen Deutschland war sorgfältig vorbereitet gewesen, so daß sich die Fürsorge für sie, nachdem sie erst einmal in die Obhut des Roten Kreuzes getreten waren, nunmehr in glatten Bahnen vollzog. - Als im Februar 1915 die Russen endgültig aus der Provinz vertrieben waren, folgte den siegreichen deutschen Truppen unmittelbar eine Schar freiwilliger Helfer und Helferinnen, die aus Vorstandsmitgliedern der örtlichen Rote-Kreuz-Organisation, Krankenpflegern und Schwestern bestehend, sofort ans Werk ging, um überall die Hilfe für die rückkehrenden Einwohner planmäßig einzuleiten und vor allem mit liebevoller Fürsorge die wenigen, körperlich und seelisch schwer erschütterten Zurückgebliebenen wieder aufzurichten. Diese Gruppen, "Heimathilfe" benannt, sorgten dafür, daß die Heimkehrenden Kleidung, Nahrung und alles sonst Nötige vorfanden, um den Wiederaufbau und vor allen Dingen die dringend nötige Arbeit der Feldbestellung beginnen zu können. Überall wurden Volksküchen, Pflegestellen für

Kranke und Niederlagen von Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Hausrat eingerichtet. Aus ganz Deutschland waren unendlich reiche Gaben, teils in Geld, teils in Sachen aller Art gesammelt worden; letztere wurden nach bestimmtem Plane, meist waggonweise, an den Ort des Bedarfes gesandt. In Königsberg befand sich eine Hauptliebesgabenstelle des Provinzialverbandes vom Roten Kreuz, die bei der Verteilung in ausgedehntem Maße mitwirkte.

Die Rückkehr der Einwohner erfolgte selbstverständlich erst, nachdem durch staatliche Sanierungskolonnen die dringend notwendige Entseuchungsarbeit getan war; denn mit den Russen waren gleichzeitig auch die gefährlichen Infektionskrankheiten, vor allem das Fleckfieber ins Land gekommen. Wenn Ostpreußen sich trotz der schweren Bedrängnis und Zerstörung verhältnismäßig rasch wieder erholt hat, so verdankt es dies, neben der Unterstützung durch den Staat, nicht zum wenigsten dem großzügigen Hilfswerk der "Ostpreußenhilfe" des Roten Kreuzes.

Eine zweite Gruppe der Flüchtlinge bildeten die in den feindlichen Ländern ansässig gewesenen Reichsdeutschen und diejenigen Deutschen, die aus den abgetretenen Randgebieten ausgewiesen waren; erstere hatten in den meisten Fällen alles verloren; sie mußten sich nun ihr Leben wieder ganz neu aufbauen, diese bedurften auch vielfach des Rates und der Unterstützung.

Das Hilfswerk des Roten Kreuzes für die deutschen Rückwanderer gewinnt dadurch eine besondere Bedeutung, daß es amtlichen Charakter erhielt. Ein Erlaß des preußischen Ministeriums des Inneren übertrug nämlich (8. August 1915) die amtliche Fürsorge für die flüchtenden Auslandsdeutschen dem Zentralkomitee der Vereine vom Roten Kreuz. Diesem Beispiele folgten dann die meisten anderen Bundesstaaten. Die Abteilung XI des Zentralkomitees übernahm in enger Verbindung und Arbeitsgemeinschaft mit sämtlichen nichtamtlichen Organisationen, vor allem mit den Vertretern der Rückwanderer selbst, nunmehr die Fürsorge.

Es wurden Grenzüberwachungs-Beratungsstellen, Arbeitsvermittelungs- und Fürsorgestellen und ähnliches eingerichtet; vor allem wurde eine Verordnung des Bundesrats (Januar 1916) herbeigeführt, die die Flüchtlingsfamilien hinsichtlich der reichsgesetzlichen Familienunterstützung den Familien der Feldzugsteilnehmer gleichstellte. So ist es wenigstens zum Teil gelungen, das Leben von mehr als hunderttausend Menschen, die Beruf und Vermögen verloren hatten, von Grund aus neu aufzubauen.

In das Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege gehören noch eine Reihe von Einrichtungen, namentlich der "Vaterländischen Frauenvereine", die schon im Frieden geschaffen worden waren und lange schon bestanden, die aber im Kriege naturgemäß besondere Bedeutung gewannen. Es sind dies: Gemeindekrankenpflegestellen, Schwangeren- und Säuglingspflegestellen, Krippen usw., Haushaltungs- und Handarbeitsschulen, Volks-, Milch- und Kaffeeküchen u. a. m. - Hierzu traten endlich Beratungsstellen für Jugendliche und Heranwachsende und namentlich eine ausgedehnte Arbeitsvermittelung, die es ermöglichte, die Frauen und Mädchen, die Arbeitsverdienst zum Lebensunterhalt brauchten, zu Hunderttausenden in den großen militärischen Betrieben und in den Fabriken für Kriegsbedarf unterzubringen.

Das gesamte gewaltige Hilfswerk, das das Deutsche Rote Kreuz während des Krieges vollbracht hat, wurde nur dadurch ermöglicht, daß es anderen Wohlfahrtsvereinen im Vaterlande gegenüber niemals als Konkurrent, sondern von jeher als mitstrebend nach gleichem Ziel aufgetreten ist und überall da, wo es nötig und wünschenswert erschien, mit seinen Mitteln helfend beigesprungen ist. Auf diesem Wege hat es sich mit den staatlichen, städtischen, kirchlichen Behörden, mit den konfessionellen Verbänden, den Kriegshilfsvereinen aller Art und den vielen anderen Wohlfahrts-institutionen in Stadt und Land engste Verbindung geschaffen. Diese Arbeitsgemeinschaft hatte zur Folge, daß der Vergeudung an Kräften, Personal und Geld vorgebeugt und die größtmöglichste Leistung mit dem geringsten Aufwand an Mitteln erzielt wurde.

Das Rote Kreuz ist heute notwendiger denn je. Der Glaube an seine innere Kraft in ihm unbeirrbar; so wird es auch in dunkler Zukunft seiner Aufgabe, Menschennot und Menschenleid zu lindern, gerecht werden.

Anmerkungen:

1 [1/550] Unter Benutzung des *Berichts des Deutschen Roten Kreuzes über seine Tätigkeit seit 1902* und der Schrift *Das Deutsche Rote Kreuz im Weltkriege* von Professor Kimmle, Generalsekretär des Zentralkomitees des Deutschen Vereins vom Roten Kreuz, Berlin 1909, Verlag Heinrich Grand. ...zurück...

2 [1/551] Die mit * bezeichneten Abteilungen bestanden, zum Teil anders benannt, schon im Frieden. ...zurück...

3 [1/552] Die mit * bezeichneten Abteilungen bestanden, zum Teil anders benannt, schon im Frieden. ...zurück...

4 [1/554] Die Beteiligung der Mitglieder der Freiwilligen Krankenpflege an dem Heeressanitätsdienst ist, um den Zusammenhang zu wahren, in der vorangegangenen Darstellung desselben **-** **siehe den sechsten Abschnitt** **-** an den entsprechenden Stellen eingehend besprochen und gewürdigt worden. Eine Wiederholung der Schilderung im vorliegenden Abschnitt erübrigt sich also. ...zurück...

5 [1/566] Diese sind, soweit sie nicht inzwischen umgekommen waren, erst im Sommer 1918 mit Hilfe des Roten Kreuzes wieder zurückgeführt worden. ...zurück...

Kapitel 9: Das Militärveterinärwesen

Stabsveterinär Dr. Kurt Schulze und Oberstabsveterinär Dr. Wilhelm Otto

1. Einleitung.

Von jeher ist dem Militärveterinärwesen von der Heeresverwaltung zu wenig Bedeutung beigelegt worden. Während der Offizier im Frieden systematisch zur Selbständigkeit und damit zur Verantwortungsfreudigkeit und Entschlußfähigkeit erzogen wurde, nahm man dem Veterinäroffizier jede Selbständigkeit nach Möglichkeit ab. Das ging sogar soweit, daß der Eskadron- usw. -Chef die Entscheidung darüber hatte, ob ein Pferd krank und durch den Veterinäroffizier zu behandeln war oder nicht.

Für einen Krieg fehlte überhaupt jede veterinäre Organisation. Auf die wiederholten Hinweise erfahrener Veterinäroffiziere erfolgte wenig. Die Geringschätzung der Bedeutung des Militärveterinärwesens für einen Feldzug mag seinen Grund mit darin gehabt haben, daß man mit einem länger als einige Monate dauernden Krieg kaum rechnete und für diesen Zeitraum genügend Pferde- und Viehersatz zu haben glaubte, und daß man an die riesengroße Gefahr nicht dachte, die durch Einschleppung von Tierseuchen im Kriege dem heimatlichen Viehbestande auch für die Zukunft drohen konnte. Es sei nur auf die ernste Gefährdung der Pferdezucht durch die vor dem Kriege in Deutschland unbekannte, jetzt ziemlich verbreitete ansteckende Blutarmut der Pferde hingewiesen. Die Voraussicht der Veterinäroffiziere, daß in einem Kriege die Hauptaufgabe des Militärveterinärwesens nicht in der Behandlung verwundeter, kolikkranker usw. Pferde, sondern in der Verhütung und Bekämpfung der bekanntlich in jedem Feldzug auftretenden Kriegstierseuchen und somit in der Erhaltung der Operationsfähigkeit der Truppen und in der Ernährungsmöglichkeit des Heeres und der Heimat liegen mußte, drang nicht durch.

Wie war es möglich, daß ein so großes, sonst so gut organisiertes Heer ohne Pferdelazarette ins Feld zog? Und daß für ein so umfangreiches Gebiet, wie das der Veterinärmedizin, nicht schon im Frieden genügend Spezialisten (Chirurgen, Bakteriologen, Serologen usw.) ausgebildet waren, um den so mannigfachen Anforderungen des Krieges, insbesondere auch den in anderen Ländern

herrschenden, in Deutschland so gut wie unbekannten Tierseuchen, mit den neusten Erfahrungen auf den Spezialgebieten begegnen zu können? Daß bis zum Kriegsbeginn an der Spitze des Militärveterinärwesens ein Frontoffizier stand, dient zur Vervollständigung dieses Bildes.

Diese Tatsachen müssen festgestellt werden, um die völlig unzulängliche Organisation dieses in seiner Wichtigkeit nicht erkannten Teils des Heerwesens zu kennzeichnen. Man darf sich ihnen nicht verschließen, wenn man die trotzdem vollbrachten gewaltigen Leistungen dieses wissenschaftlichen Zweiges der Kriegführung richtig einschätzen will.

2. Die Kriegstierseuchen.

Die Wochen des schnellen Vormarsches im Westen schienen den Stellen recht zu geben, die geglaubt hatten, ohne ein gut organisiertes Veterinärwesen auskommen zu können. Kranke Pferde wurden, oft ohne Rücksicht auf ihre Heilbarkeit, von Laien erschossen. Unersetzliche volkswirtschaftliche Werte gingen dabei verloren. Ersatz wurde durch Beitreibung beschafft. Seuchen kamen nur vereinzelt vor (Brustseuche, Druse). Dieser Zustand änderte sich jedoch nach dem ersten Vorstoß der deutschen Truppen im Oktober 1914 nach Rußland, bei dem die Pferde Gelegenheit hatten, sich in den verseuchten Stallungen der von den russischen Truppen verlassenen Orte zu infizieren.

Die Rotzkrankheit der Pferde.

Bald flackerte als erste Kriegstierseuche im Osten die Rotzkrankheit der Pferde auf und hatte bereits Ende 1914 eine solche Ausbreitung gewonnen, daß eine Dezimierung der Pferdebestände zu befürchten war. Bei einem Kavallerieregiment mußten z. B. schon Anfang Dezember 1914 wegen Rotz 130 Pferde getötet werden.

Die Tilgung des Rotzes, der wegen seiner Unheilbarkeit, schweren Erkennbarkeit ("verborgener Rotz") und seiner leichten Übertragungsmöglichkeit mit tödlichem Ausgang auf den Menschen eine der gefürchtetsten Seuchen ist, mußte daher mit allen Mitteln betrieben werden, sollte die Operationsfähigkeit der berittenen Truppen nicht gefährdet werden.

Zur Ermittlung der äußerlich oft nicht als rotzkrank anzusprechenden Pferde, die die Seuche aber immer weiter verbreiten, mußten umfangreiche Blutuntersuchungen nach den neueren spezifischen Methoden eingeleitet werden. Die einzige militärische Stelle, bei der solche Blutuntersuchungen ausgeführt werden konnten, war die Militärveterinärakademie in Berlin. Diese kam aber wegen der großen Entfernung für die Untersuchung der im Felde entnommenen Blutproben nicht in Frage und wäre auch den gewaltigen Anforderungen nicht gewachsen gewesen. Es mußte daher nicht nur schleunigst eine größere Anzahl von Blutuntersuchungsstellen eingerichtet, sondern auch eine ganze Reihe von Veterinäroffizieren mit der schwierigen Ausführung der einzelnen Blutuntersuchungsmethoden vertraut gemacht werden. Schon im ersten Halbjahr 1915 gelang es durch die rege Tätigkeit der Militärveterinärakademie, 17 Tierblutuntersuchungsstellen mit allen Neuerungen der Technik einzurichten und 60 Veterinäroffiziere auszubilden. Diese Untersuchungsstellen wurden in stark verseuchte oder besonders gefährdete, mit der Bahn leicht erreichbare Gegenden gelegt. Ein Teil war beweglich - auf Feldwagen verpackt - eingerichtet, um den schnellen Vormärschen, besonders im Osten, folgen zu können. Gerade diese Einrichtungen haben sich besonders bewährt; sie konnten je nach Bedarf von einer Armee zur anderen verschoben werden und somit näher an die jeweiligen Rotzherde herangehen.

Dank dieser umfangreichen, großzügigen Einrichtungen der Blutuntersuchungsstellen und der aufopfernden Tätigkeit der leitenden sowie der Truppenveterinäroffiziere gelang es, zuerst in

Belgien in kurzer Zeit den Rotz völlig zu bekämpfen und ihn auf dem westlichen Kriegsschauplatz ganz erheblich einzudämmen. Auf dem östlichen, durch immer wieder frisch einsetzende Infektionen besonders gefährdeten Kriegsschauplatz führte die Blutuntersuchung zur Aufdeckung zahlreicher Rotzherde; sehr bald begann sie aber auch hier ihren günstigen Einfluß geltend zu machen.

Während bei der damaligen Heeresgruppe Hindenburg vom 16. März bis 15. Mai 1915 nicht weniger als 3493 Pferde von 369 Formationen wegen Rotz getötet werden mußten, waren es in der Zeit vom 16. August bis 15. September 1915 nur noch 213 Pferde bei 87 Formationen. Diese Zahlen wurden im weiteren Verlauf des Krieges noch erheblich heruntergedrückt.

Schon Mitte 1915 war es klar, daß es ohne Blutuntersuchungen nicht gelungen wäre, den Rotz in so erträglichen Grenzen zu halten, daß die Truppen stets marsch- und operationsfähig blieben. Dort, wo die Vornahme der Blutuntersuchung aus taktischen oder anderen Gründen nicht möglich war, wurden die Pferdebestände mit Hilfe der Malleïn-Augenprobe auf Rotz untersucht. Entsprechend dem Umfang der Rotzverbreitung waren Anfang 1916 auf dem westlichen Kriegsschauplatz 4 feststehende, auf dem östlichen 7 feststehende und 6 fahrbare, auf dem südöstlichen 1 fahrbare, auf dem serbischen 2 fahrbare und für das Heimatheer 5 feststehende Blutuntersuchungsstellen tätig, in Summe 25.

Die Arbeit der Blutuntersuchungsstellen des Ostens nahm in dem Augenblick einen gewaltigen Umfang an, als in den umfangreichen Etappengebieten systematisch die Seuchenbekämpfung auch unter dem Einwohnervieh durch den "Chefveterinär Ost" (d. h. Chefveterinär beim Oberbefehlshaber Ost) veranlaßt wurde, um die Infektionsmöglichkeit für die Truppen nach Möglichkeit zu verhindern und um bei den Aushebungen möglichst gesunde Requisitionspferde zu bekommen. Im Gebiet Bialystock - Grodno z. B. wurde der gesamte Bestand von über 80 000 Einwohner-Pferden der Blutuntersuchung unterzogen. Eine solche systematische Gesamtuntersuchung ziviler Pferdebestände ist bis heute noch in keinem Lande der Welt vorgenommen. Der Erfolg war, daß von 12 000 in diesem Gebiet später ausgehobenen Pferden nur ein einziges rotzkrank war.

Einige Zahlen werden die umfangreiche Tätigkeit der Blutuntersuchungsstellen am besten beweisen. Im Jahre 1915 arbeiteten 22 Untersuchungsstellen, darunter 9 fahrbare. Untersucht wurden 2 125 590 Blutproben, davon waren rotzig 9139 = 0,43%. Durchschnittlich erledigte eine feststehende Blutuntersuchungsstelle im Monat 16 949 Proben und eine fahrbare 5286.

1916:	Anzahl der Blutproben	3 900 297;	davon waren rotzig	8 489 = 0,22 %;
1917:	" " "	4 733 496;	" " "	6 432 = 0,135%;
1918:	" " "	4 809 658;	" " "	11 888 = 0,247%.

Gewaltige Leistungen!

Die Zahlen des Jahres 1918 wären bedeutend geringer, wenn man die Pferde herausnimmt, die als Ankaufspferde aus Polen, Ukraine, Krim stammten, in denen irgendwelche Seuchenbekämpfungsmaßregeln selbstverständlich fehlten; denn gerade diese Pferde lieferten den Hauptanteil der rotzkranken Pferde.

Doch mit der Blutuntersuchung und Malleïn-Augenprobe allein konnte die Seuchenunterdrückung keinen vollen Erfolg haben, da dieses Verfahren nur zur Aufdeckung der Seuchenherde diente. Die eigentliche Bekämpfung war Aufgabe der Truppe. Zu diesem Zweck mußten die in der Seuchenvorschrift der Militärveterinärordnung gegebenen Bestimmungen den Feldverhältnissen angepaßt und die Truppen durch Merkblätter auf die Gefahren der Rotzkrankheit aufmerksam

gemacht werden. Da eine Behandlung der als rotzkrank ermittelten Pferde nicht in Betracht kam, vielmehr alle rotzkranken Pferde nach den gesetzlichen Bestimmungen getötet werden, so mußte das Hauptaugenmerk auf die Vorbeuge gerichtet werden.

Die durch die Blutuntersuchung als rotzverdächtig ermittelten Pferde ohne klinische Erscheinungen mußten an die Rotzbeobachtungsstationen zwecks weiterer Untersuchung abgegeben werden, da sie für die kämpfende oder marschierende Truppe eine ständige Gefahr bildeten. Die Rotzbeobachtungsstationen waren wirtschaftlich den Pferdelazaretten angegliedert. Durch diese Maßnahme wurde die Truppe sehr entlastet. Für die Pferdelazarette und -depots, als Durchgangsstelle für zahlreiche Pferde, mußten ganz besonders strenge Maßnahmen angeordnet werden, weil von hier aus eine verhängnisvolle gleichzeitige Seuchenverschleppung auf zahlreiche Truppenteile möglich war.

Im Heimatheer waren besonders die Ersatzpferdedepots und Ersatztruppenteile mit ihrem starken Durchgangspferdeverkehr eine dauernde, erhöhte Seuchengefahr. Auch hier mußten strenge Vorbeugemaßnahmen getroffen werden, da die Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Nachschubs seuchenfreier Pferde von weittragendster Bedeutung für die Operationsfähigkeit der Truppen war. - Im Generalgouvernement Warschau und im Bereich des Etappengebiets Oberost wurden größere Quarantänestationen errichtet, in die alle im Lande für Militärzwecke angekauften Pferde eingeliefert werden mußten. Dort blieben sie so lange, bis ihre Seuchenfreiheit festgestellt war. Dies war unbedingt nötig, weil der Rotz unter den Zivilpferden in Polen sehr stark verbreitet war.

Da die Zahl der wegen Rotz zu tötenden Pferde sehr erheblich war, wurde auf den Vorschlag eines Veterinäroffiziers, eine Heilung des Rotzes zu versuchen, im April 1915 zuerst die Militärveterinärakademie beauftragt, im Einvernehmen mit der Berliner Tierärztlichen Hochschule Immunisierungs- und Heilversuche bei Rotz vorzunehmen. Mangels geeigneter Räumlichkeiten und wegen der großen Gefahr der Verschleppung im Inland wurde im August 1915 ein Lazarett zur Heilung rotzkranker Pferde im Grenzgebiet Rußlands in Pojeziory aufgestellt, das später die Bezeichnung "Tierseuchenforschungsstelle Ost" erhielt. Ein umfangreiches und mustergültiges Laboratorium wurde zur Verfügung gestellt und besonders tüchtige, spezialistisch vorgebildete Veterinäroffiziere mit den Versuchen beauftragt.

Trotz der mannigfachsten Versuche an beinahe 400 rotzkranken Pferden konnte die Frage der Heilung des Rotzes durch chemische Mittel, Serum- und Bakterienpräparate nicht abschließend beantwortet werden. Die umfangreichen Untersuchungen lösten aber eine große Menge wichtiger Fragen, die in Friedenszeiten bei dem geringen verfügbaren Material und den beschränkten Mitteln der Institute nie hätten beantwortet werden können.

Der Rotz unter den Truppenpferden auf dem östlichen Kriegsschauplatz bewegte sich etwa in folgenden Kurven:

1915			1916		1917		1918	
	Zahl der rotz-kranken Pferde	% der Iststärke	Zahl der rotz-kranken Pferde	% der Iststärke	Zahl der rotz-ranken Pferde	% der Iststärke	Zahl der rotz-kranken Pferde	% der Iststärke
Januar	—	—	587	0,15	58	0,01	40	0,01
Februar	—	—	657	0,13	54	0,01	53	0,02
März	—	—	490	0,12	56	0,01	23	0,01
April	1892[1]	0,64	356	0,08	26	0,005	56	0,03
Mai	1603	0,57	265	0,07	13	0,003	133	0,06

Juni	1285	0,44	192	0,06	34	0,006	98	0,06
Juli	557	0,20	108	0,02	34	0,006	148	0,05
August	341	0,15	84	0,017	14	0,003	125	0,04
September	203	0,07	92	0,017	17	0,003	123	0,03
Oktober	240	0,06	80	0,015	17	0,003	—	—
November	373	0,10	71	0,014	20	0,004	—	—
Dezember	500	0,13	38	0,008	17	0,004	—	—

Der Anstieg der Zahlen von Januar 1918 ab war auf folgenden Umstand zurückzuführen: Als der Pferdeersatz immer schwieriger wurde, entschloß man sich, trotz der enormen Transportschwierigkeiten, zu großen Pferdeaushebungen in der Ukraine. Dort war der Rotz stark verbreitet. Wegen des dringenden Bedarfs an der Front und wegen der Unmöglichkeit, für die vielen Zehntausende von Pferden Quarantänestationen in ausreichender Menge einzurichten, war eine abgeschlossene Durchprüfung dieser Pferde nur zum Teil möglich. Soweit als durchführbar, wurden die Transporte noch durch die Quarantänestationen des Ostheeres und des Generalgouvernements Warschau geleitet, um dort untersucht zu werden. Ein großer Teil kam jedoch unvollständig blutuntersucht zur Truppe und schleppte an vielen Stellen den Rotz neu ein. Von den in der Ukraine und in der Krim an Ort und Stelle blutuntersuchten Pferden waren 9,54% rotzkrank.

Leider ist neben pflichttreuen Pferdepflegern auch eine Anzahl von Veterinäroffizieren der Rotzinfektion zum Opfer gefallen, darunter der Korpsveterinär beim XXII. Reservekorps, Oberstabsveterinär Rakette, der trotz klarer Erkenntnis der Natur seiner tödlichen Infektion seine eigene Krankengeschichte bis kurz vor dem sicheren Tode niederschrieb. Daß die von der Heeresverwaltung getroffenen Rotzbekämpfungsmaßnahmen richtig waren, dafür spricht am besten die Tatsache, daß nach erfolgter Organisation des Veterinärdienstes während des ganzen Krieges der Rotz trotz der dauernden Truppenverschiebungen - mit ihrer vermehrten Ansteckungsmöglichkeit - in keinem Fall die Truppe operationsunfähig gemacht hat.

Räude.

Auch die Räude nahm ihren Weg von Osten nach Westen. Die ersten Räudefälle traten Anfang 1915 auf dem östlichen Kriegsschauplatz auf. Die Erkennung der ersten Fälle wurde durch die mit ähnlichen Anfangserscheinungen (Juckgefühl usw.) einhergehende stark verbreitete Läuseplage erschwert. Hinzu kam, daß die Räude in Deutschland im Frieden so gut wie unbekannt war, so daß nur wenige Veterinäre[2] die Räude kannten. Auch diese Ansteckung geschah in den von den russischen Truppen infizierten Ställen. Denn die Räude war nicht nur bei den russischen Truppen stark verbreitet, sondern auch bei den Pferden der russischen Bauern heimisch.

Die Behandlung der einzelnen Räudefälle an sich gelang den Veterinären so lange ohne Schwierigkeiten, als die nötigen Arzneimittel, besonders Öle und Fette, in genügenden Mengen vorhanden waren, und solange sie nicht epidemieartig auftrat. Die Seuche nahm aber im Lauf des Krieges, begünstigt durch das mit dem fortwährenden Verschieben der Truppen zusammenhängende Verseuchen der Unterkünfte und Eisenbahnwagen eine immer größere Ausdehnung an. Ende 1915 mußten z. B. zwei Kavalleriedivisionen im Osten nach längerem Bewegungskrieg wegen starker Räudeausbreitung aus der Front herausgezogen werden. Mehrere Monate waren sie dadurch nicht verwendungsfähig.

Schon die ersten Krankheitsfälle veranlaßten das Kriegsministerium, die Truppen durch Merkblätter auf die Gefahr der Räude, die Art ihrer Verbreitung, ihre Behandlung und Vorbeuge hinzuweisen, sowie auf die durch die Verheimlichung der ersten Fälle bedingten schweren Folgen aufmerksam zu machen. Wenn auch die für das Heer gültige Seuchenvorschrift[3] Maßnahmen zur Bekämpfung der Räude enthielt, so waren sie doch nicht ohne weiteres auf die Feldverhältnisse anwendbar. Es

mußten daher Seuchenbestimmungen für den Bewegungskrieg und für den Stellungskrieg erlassen werden. So wurden durch den Chefveterinär Ost, Generaloberveterinär Grammlich, im April 1915 umfassende Seuchenmaßnahmen festgelegt und ebenfalls durch Chefveterinär West, Generaloberveterinär Ludewig, im Juli1915. Für die Pferdedepots und -lazarette, als Durchgangsstellen, mußten, wie bei Rotz, besonders strenge Sondermaßnahmen angeordnet werden. Die frühzeitige Erkennung und sofortige Absonderung der kranken Pferde waren entscheidend für die Gesunderhaltung des ganzen Bestandes. Dringend mußte dauernd vor Unterschätzung der ersten Anfänge gewarnt werden. Der unaufhörliche Juckreiz der erkrankten Tiere führte, besonders bei gleichzeitigen Anstrengungen und schlechter Ernährung, sehr schnell zu rascher Abmagerung, zu Kräfteverfall und zum Tode.

Leider haben nicht alle Truppenführer für die große Gefahr der Räude volles Verständnis gehabt; sie versuchten in menschlich zu verstehender Weise die Meldung über den Ausbruch der Räude hinauszuschieben, um ihr gutes Pferdematerial zu behalten. Sie fürchteten, daß sie ihre guten Pferde nach Abgabe in die Pferdelazarette - die von einzelnen Generalkommandos usw. schon damals richtigerweise angeordnet war - nicht wieder sehen würden. Dadurch wurde aber die Seuche unter dem eigenen Bestande schnell verbreitet, besonders bei den Formationen ohne ständige veterinäre Aufsicht. Auch die vielen Neuaufstellungen von Formationen, für deren Bespannung Pferde aus allen möglichen Stellen zusammenkamen, trugen zur Räudeverbreitung bei.

Mit der ständigen Zunahme erforderte die Räude außerordentliche Opfer, besonders im Winter. Denn zwecks radikaler Behandlung mußten die Pferde geschoren werden. Für die geschorenen und eingeriebenen Pferde waren aber die meisten Ställe im Winter zu kalt, zumal es an warmer Einstreu mangelte. Hinzu kam, daß die Pferde infolge der immer schlechter werdenden Futterverhältnisse in ihrem Nährzustande dauernd zurückgingen, während von ihnen bei den unglaublichsten Wegeverhältnissen, besonders im Osten, die größten Anstrengungen gefordert werden mußten. Ähnlich gestalteten sich die Wegeverhältnisse im Westen durch das ständige feindliche Feuer und die Zerstörung aller Wege durch den eigenen Nachschub (Kraftwagen). So gingen zahlreiche Räudepferde im Winter zugrunde. Auf Anregung der leitenden Veterinäre wurden daher die Ställe nach Möglichkeit ausgebaut, um warme Unterkünfte zu schaffen. Die Räudezahl stieg deshalb in jedem Winter so enorm an, weil die Erkennung der Räude durch das lange, dichte Haarkleid sehr erschwert ist; auch tritt der Juckreiz bei Kälte nicht so in die Erscheinung wie bei Wärme. Ehe ein Pferd als räudekrank erkannt wurde, vergingen oft Wochen; die Ansteckung ging weiter, und so blieb die Kette der Ansteckung ohne Ende.

Da die Truppen die dauernden Hinweise nicht genügend würdigten, und da sich immer mehr zeigte, daß die Heilerfolge wesentlich von der sachgemäßen Unterbringung abhängen, wurde zur schnelleren Unterdrückung der Seuche auf das strengste befohlen, daß alle räudekranken Pferde in Pferdelazarette abgegeben werden mußten. Eine Räudebehandlung bei der Truppe sollte nicht mehr stattfinden. Dadurch waren die Pferdelazarette bald überfüllt und die Heeresleitung (Generalquartiermeister) gezwungen, räudekranke Pferde in Massen an die Heimat abzuschieben. Hier hatte das Kriegsministerium eine größere Zahl von Räudelazaretten einrichten lassen, weil durch den regen Pferdewechsel zwischen Feldheer und Heimat, durch die Aushebungen und Ankäufe auch in den Ersatztruppenteilen die Räude dauernd anstieg. Dazu kam, daß trotz strenger Anweisung von seiten des damaligen Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Feldeisenbahnchefs, alle Eisenbahnwagen, in denen Pferde befördert waren, verschärft zu desinfizieren, bei den meist schleunigen Verladungen die Desinfektion unterblieb und oft infizierte Wagen benutzt werden mußten.

Ein nicht unbedeutender Teil der Heimatpferde war in der Hauptsache wegen Räude nicht ausgabefähig. Die Pferdeversorgung des Feldheeres begegnete zunehmenden Schwierigkeiten. Die bei der Behandlung bewährten Räudemittel waren bald erschöpft. Eine große Zahl von

Ersatzpräparaten wurde von den einzelnen Dienststellen mit unendlichen Mühen nachgeprüft und mit mehr oder weniger großem Erfolge verwendet. Petroleum wurde schließlich das Hauptmittel und hat sich trotz erheblicher Nachteile gut bewährt.

Trotz aller Mühen hatte die Räude in den Wintermonaten 1917/18 wieder eine außerordentliche Zunahme erfahren. Im Westheer war z. B. die Räudezahl von 18 000 im Oktober 1917 auf 58 000 im Februar 1918 gestiegen, d. h. von 2,82% auf 6,71% der Pferdestärke. Die von allen Dienststellen, besonders aber von den Veterinären, gemachten Anstrengungen, um der Räude Herr zu werden, waren ungeheuer und erforderten unendliche Geduld, zähe Energie und Fleiß, und trotz alledem blieb die geleistete Arbeit eine Sisyphusarbeit. Immerhin war durch die systematische Räudebekämpfung doch so viel erreicht, daß die größeren Truppenverbände (Divisionen) nicht mehr marschunfähig wurden. In den Sommermonaten wurde immer wieder darauf gedrückt, daß die Pferde vier Wochen lang biwakieren sollten. Denn durch exakte Versuche in der Tierseuchenforschungsstelle Ost war festgestellt worden, daß in leeren Ställen die Räudemilben in zwei bis drei Wochen ohne jede Desinfektion zugrunde gehen. Einen wie großen Einfluß tatsächlich das Leerstehenlassen der Ställe auf die Herabsetzung der Räudeziffern ausübte, ist aus folgendem ersichtlich. Eine Armee des Westens ließ in den Monaten Mai und Juni 1917 sämtliche Pferde rücksichtslos biwakieren. Die Folge war, daß dadurch die Zahl der Räudepferde bei dieser Armee um 41% zurückging. Weiterhin wurden im Westheer bei sämtlichen Ortskommandanturen "Desinfektionskommandos" eingerichtet, die jedesmal nach dem Abzug einer mit Pferden versehenen Formation die verdächtigen Ställe zu reinigen und zu desinfizieren hatten.

Zwecks Erschließung neuer Behandlungsmethoden wurde der Tierseuchenforschungsstelle Ost eine besondere Abteilung für Räudeforschung angegliedert, nachdem vorher an der Militärveterinärakademie und am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem die ersten Behandlungsversuche mit giftigen Gasen, besonders mit Blausäure, ergebnislos verlaufen waren. Dem Leiter der Abteilung, Oberveterinär d. R. Dr. Nöller, gelang es, in der Ausarbeitung und Einführung der Behandlung der Räude mit einem Gas, dem Schwefelsäureanhydrid (SO^2), einen Wendepunkt in der Räudebehandlung zu schaffen. Durch diese Gasbehandlung wird nicht nur eine frühzeitige Heilung (statt früher vier Monate jetzt vier Wochen) erreicht, sondern die kranken Pferde werden auch in ihrem Allgemeinzustand gar nicht angegriffen, während alle anderen Heilmittel den Körper mehr oder weniger schwächen.

Alle Pferdelazarette des Feldheeres und der Heimat wurden daraufhin mit Gaszellenanlagen versehen. Für die beweglichen Pferdelazarette wurden transportable Gaszellen angefertigt. Das Kriegsministerium richtete bei der Militärveterinärakademie eine Gasabteilung ein, die mit der in Frage kommenden Industrie Verbesserungen der Gaszellen vornahm und die gesamte Beschaffung und den Nachschub des Gases und der sonstigen Materialien zur Aufgabe hatte. Sämtliche Leiter der Pferdelazarette wurden in dreitägigen Kursen bei dieser Gasabteilung oder im Ostheer in der Versuchsstation Suwalki mit den Einzelheiten des Verfahrens vertraut gemacht.

Wenn auch der Gasbehandlung noch der Mangel anhaftet, daß der Kopf des Pferdes der Einwirkung des Gases nicht ausgesetzt werden kann, sondern nach den bisherigen Methoden behandelt werden muß, so sind doch glänzende Erfolge mit ihr erzielt worden. Ihr ist es zu verdanken, daß eine allgemeine Verseuchung des Pferdebestandes des Inlandes nach dem Zusammenbruch vermieden wurde. Wäre es der Tierheilkunde vergönnt gewesen, schon früher diese hervorragende Behandlungsmethode anzuwenden, so hätten Zehntausende von Pferden am Leben erhalten werden können.

Nachstehende Übersicht kennzeichnet in den Zahlen der erkrankten Pferde den Zug der Räude:

	Osten	Westen	Südosten	Gesamtzahl
1915:				
Oktober/November	2 000	—	—	2 000
Dezember	5 000	1 000	—	6 000
1916:				
Januar	25 000	4 000	—	29 000
Februar	27 000	8 000	—	35 000
März	38 000	8 000	9 000	55 000
April	29 000	12 000	9 000	50 000
Mai	23 000	16 000	9 000	48 000
Juni	17 000	16 000	7 000	40 000
Juli	25 000	16 000	8 000	49 000
August	18 000	8 000	2 000	28 000
September	13 000	7 000	500	20 500
Oktober	9 000	4 000	1 000	14 000
November	11 000	6 000	2 000	19 000
Dezember	25 000	11 000	6 000	42 000
1917:				
Januar	38 000	18 000	14 000	70 000
Februar	37 000	27 000	17 000	81 000
März	31 000	30 000	16 000	77 000
April	29 000	32 000	16 000	77 000
Mai	25 000	33 000	12 000	70 000
Juni	22 000	36 000	11 000	69 000
Juli	19 000	31 000	11 000	61 000
August	12 000	27 000	8 000	47 000
September	8 000	22 000	6 000	36 000
Oktober	7 000	19 000	5 000	31 000
November	6 000	22 000	5 000	33 000
Dezember	11 000	30 000	5 000	46 000
1918:				
Januar	15 000	46 000	9 000	70 000
Februar	14 000	58 000	11 000	83 000
März	14 000	56 000	11 000	81 000
April	14 000	56 000	9 000	79 000
Mai	14 000	56 000	6 000	76 000
Juni	15 000	60 000	6 000	81 000
Juli	16 000	48 000	4 000	68 000
August	7 000	39 000	3 000	49 000

Da die räudekranken Pferde sich meist - vor Einführung der SO^2-Behandlung stets - monatelang in den Pferdelazaretten aufhielten, sind in den Ziffern dieselben Pferde mehrfach gezählt.

Pferdemalaria.

Im September 1916 wurde bei den Pferden einer deutschen Infanteriedivision und bei einigen deutschen Truppenteilen der 1. bulgarischen Armee in Mazedonien die Pferdemalaria (Piroplasmose) festgestellt. Hierdurch bestand die Gefahr, daß die Überträger dieser Krankheit, die Zecken, auf den nach der Heimat überführten Pferden nach Deutschland verschleppt wurden und

die Piroplasmose unter den Pferden Deutschlands verbreiteten. Bei der hohen Sterblichkeitsziffer der Piroplasmose (51%) war daher die einheimische Pferdezucht in hohem Maße gefährdet. Deshalb wurde angeordnet, sämtliche von Mazedonien in die Heimat zu überführenden Pferde in den Etappenpferdelazaretten von den Zecken zu säubern und sie darauf Waschungen mit zeckentötenden Mitteln zu unterwerfen. Sämtliche für die Heimat bestimmten Pferde (Maultiere, Maulesel und Esel) der deutschen Truppen an der mazedonischen Front durften nur an zwei bestimmte Heimatpferdelazarette geleitet werden, in denen sie einer nochmaligen Behandlung unterlagen und vor ihrer Abgabe an der rechten Halsseite ein Brandzeichen M (d. h. Malaria) erhielten, damit später seitens der Zivilbehörde eine Kontrolle über die Pferde ausgeübt werden konnte. Mit dem Landwirtschaftsministerium wurde vereinbart, solche als d. u. (d. h. dienstunbrauchbar) abgegebenen Pferde in Gegenden zu leiten, die als zeckenfrei bekannt sind, und den Käufern der Pferde zu verbieten, sie auf die Weide zu bringen oder zur Waldarbeit zu verwenden.

Außerdem wurde ein Laboratorium mit den nötigen wissenschaftlichen Hilfskräften und Hilfsmitteln an die mazedonische Front entsandt, das bei der Bekämpfung der Seuche wesentliche Dienste geleistet hat.

Auch in Rumänien, wo die Pferdemalaria stationär war, hatte sich diese Seuche unter den deutschen Pferden ausgebreitet. Alle angewandten Arzneimittel haben versagt. Die Hauptmaßnahmen im Kampfe gegen die Seuche blieben daher: rechtzeitige Erkennung durch tägliche Temperaturmessungen gefährdeter und verseuchter Bestände, möglichste Entfernung der Pferde aus den gefährdeten Gegenden, ausgiebige Ernährung, rechtzeitige strenge Absonderung der kranken und verdächtigen Pferde und Beseitigung der Zecken. - Die ergriffenen Maßnahmen haben ihren Zweck voll erreicht.

Brüsseler Krankheit.

Auch zur Bekämpfung der im Westen aufgetretenen "Brüsseler oder Genter Krankheit" (belgischer oder flandrischer Pferdetyphus) mußten besondere Unterdrückungsmaßnahmen vorgeschrieben werden, da die bisher wenig bekannte Krankheit in einzelnen Pferdedepots im Westheere nicht unerhebliche Verluste zeitigte. Die Krankheit ist nach Aussage französischer und belgischer Tierärzte als schleichende Stallseuche in Nordfrankreich und Belgien bekannt. Sie ist ein ansteckender Bronchialkatarrh, an den sich nicht selten eine Lungenentzündung anschließt. Die Krankheit wurde mit frisch ausgehobenen belgischen Pferden eingeschleppt und brach bei diesen aus, sobald ein eingreifender Wechsel in den Lebensbedingungen eintrat. Es ist gelungen, die Seuche auf einzelne Stellen zu beschränken.

Ansteckende Blutarmut.

Anfang 1917 wurde zum ersten Male durch die Tierseuchenforschungsstelle Ost in einem Pferdelazarett im Osten eine neue, bisher in Deutschland nur an wenigen Stellen der Westgrenze beobachtete Seuche, die ansteckende Blutarmut (Anämie) des Pferdes, festgestellt. Sehr bald wurden auch im Westen und in zwei Korpsbezirken der Heimat solche Krankheitsfälle bekannt. Diese Seuche hatte im Russisch-Japanischen Kriege große Opfer gefordert. Ihre Sterblichkeitsziffer beträgt nahezu 100%. Die ansteckende Blutarmut bildete somit eine sehr ernste Gefahr für den Pferdebestand und machte die Durchführung strengster Maßnahmen erforderlich. Neben dem bakteriologischen Laboratorium der Militärveterinärakademie betätigte sich auch hierbei wieder äußerst segensreich die Tierseuchenforschungsstelle Ost. Da sich diese Seuche im Westheere an einer Stelle zu einem großen Pferdesterben auswuchs, - in einem Pferdedepot waren von 1800 Pferden 900 erkrankt und davon 500 gestorben oder notgeschlachtet - wurde eigens zur Erforschung dieser Krankheit eine Tierseuchenforschungsstelle West eingerichtet.

Ferner wurde eine Anzahl erfahrener Veterinäroffiziere mit den Erscheinungen und den hauptsächlichsten Untersuchungsmethoden vertraut gemacht, um jedem Armee-Oberkommando des Westens einen Seuchenkommissar für die ansteckende Blutarmut beigeben zu können. - Wie wichtig die Tätigkeit der Seuchenkommissare zur Aufdeckung der Anämieherde in den Truppen war, ergibt sich aus folgendem: kurz vor Einsatz der Seuchenkommissare am 31. Dezember 1917 waren als verseucht gemeldet 21 Formationen mit 861 Kranken. Nach einigen Monaten waren bereits 89 Formationen mit 2773 Kranken ermittelt. Umfangreiche Heilversuche mit allen erdenklichen Mitteln führten zu keinem Ergebnis. Durch weitere Untersuchungen in der Tierseuchenforschungsstelle Ost wurde der Verdacht bestätigt, daß die ansteckende Blutarmut durch die Hohlnadel bei der Blutentnahme zur Untersuchung auf Rotz sehr leicht übertragen werden konnte. Wenn man bedenkt, daß zur Bekämpfung des Rotzes jedes Pferd im Jahre mindestens zweimal der Blutuntersuchung unterzogen wurde, so kann man ermessen, welche große Gefahr jetzt in den Vordergrund rückte. Es mußten daher schleunigst sämtliche Veterinäre mit kleinen handlichen Sterilisationsapparaten ausgerüstet werden, in denen die zur Blutentnahme benötigten Hohlnadeln vor jedesmaligem Gebrauch ausgekocht werden mußten. Trotz der nicht ermittelten Art des Ansteckungsstoffes und trotz der noch nicht genügend geklärten Art der natürlichen Übertragung der Seuche und trotz des Fehlens eines Heilmittels haben die getroffenen umfangreichen und strengen Maßnahmen doch vermocht, die Seuche einzudämmen. Im Monat Oktober 1918 betrug der Bestand an anämiekranken und -verdächtigen Pferden etwa 1300 im Westheer.

Bei der ordnungslosen, gewaltsamen Demobilmachung und infolge der schweren Seuchenfeststellung im Einzelfalle ist leider eine Anzahl solcher Virus- (Gift-) Träger der ansteckenden Blutarmut mit ins Inland gekommen, obwohl angeordnet war, daß sämtliche anämiekranken Pferde getötet werden sollten.

Tollwut.

Als Mitte 1916 die Tollwut der Hunde besonders in den besetzten östlichen Gebieten eine merkliche Zunahme erfuhr, mußte einer Verschleppung nach der Heimat vorgebeugt werden. Zu diesem Zweck wurden unter anderem sämtliche frei umherlaufenden Hunde und Katzen getötet (im Stadtkreis Wilna z. B. in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Dezember 1916 annähernd 10 000). Interessant war die Feststellung einer hohen Zahl tollwutkranker Füchse, besonders in Kurland.

Durch die angewandten Maßnahmen ist es gelungen, die Tollwut - von Einzelfällen abgesehen - von der Heimat fernzuhalten.

Rinderpest.

Mit der Gefahr des Ausbruchs der Rinderpest war zu rechnen, als bekannt wurde, daß die russische Regierung im Interesse der Heeresversorgung auf ihre asiatischen Rindviehbestände zurückgreifen mußte. Auch durch die Verwendung von Rindergespannen bei den in Rumänien operierenden türkischen Truppen und durch weiteren Nachschub türkischen Viehes (Rinder, Schafe, Ziegen) rückte bei der ständigen größeren Ausbreitung der Rinderpest in der asiatischen Türkei die Gefahr der Einschleppung der Rinderpest auch von Rumänien aus nach den Ländern der verbündeten Staaten in greifbare Nähe. Es wurden deshalb mit den österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Ministerien Richtlinien für die Bekämpfung festgelegt und vor allem umfangreiche Maßnahmen zur Verhütung der Einschleppung durchgeführt. Die Rinderpest hat Deutschland dank der getroffenen Vorsichtsmaßregeln verschont!

Diese kurze Übersicht gibt ein Bild über die gewaltigen Leistungen allein auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung. Daß trotz der durch den unglücklichen Ausgang verursachten

Disziplinlosigkeit der Truppen und dem allgemeinen Chaos nicht eine Verseuchung des gesamten Tierbestandes des Inlandes eingetreten ist, ist der straff organisierten Tierseuchenbekämpfung und den mit ihrer Durchführung beauftragten Organen, den Veterinäroffizieren, zu danken! Kurz sei noch angeführt, daß die im Frieden so gefürchtete Brustseuche der Pferde im Kriege nur eine untergeordnete Bedeutung gehabt hat.

Der sonst aufgetretenen, in ihrer Wirkung unbedeutenden Seuchen ist keine Erwähnung getan; auch ist davon Abstand genommen worden, in dieser Abhandlung eine vollständige Statistik über die Seuchen, sowie über alle anderen bei den Pferden und Viehbeständen des Heeres vorgekommenen Erkrankungen zu geben.

3. Der Futtermangel und seine Folgen für die Pferde.[4]

Bei der Aussperrung von den großen Kornkammern des Auslandes durch den Krieg mit Rußland einerseits und durch die Blockade andererseits hätte, wenn nicht schon vor dem Kriege, so doch sofort bei Beginn des Krieges Bedacht auf haushälterische Bewirtschaftung der Futtervorräte genommen werden müssen. Aber der gute Glaube an einen nur wenige Monate dauernden Krieg ließ den richtigen Zeitpunkt im Beginn der Sparsamkeit mit dem Futter verstreichen.

Die Knappheit des Hafers zwang schon im Februar 1915 dazu, den Hafer ganz oder teilweise durch andere Hartfuttermittel zu ersetzen, und zwar durch Gerste, Mais, Hirse, Erbsen, Bohnen, Lupinen, Zucker. Bei diesem Ersatz hätten die Pferde keine Einbuße erlitten, wenn genügend Vorräte vorhanden oder zu beschaffen gewesen wären. Auch die Rauhfuttervorräte gingen allmählich zu Ende.

Die dauernde Kürzung der Hafer- und Rauhfutterration war daher nicht zu umgehen. Der Nachschub ausreichender Futtermengen scheiterte zum Teil auch an der Überlastung der Eisenbahnen und an den schlechten Wegeverhältnissen. Die Truppe mußte sich oft mit dem behelfen, was sie fand (Kartoffelkraut, Heidekraut, Schilf, Disteln usw.). Die Pferde gingen daher allmählich im Nährzustand zurück; namentlich die schweren Pferde kaltblütigen Schlages hatten unter der Futternot zu leiden und gingen zahlreich zugrunde. Der Winter 1915/16 brachte den Pferden des Ostheeres besonders schwere Entbehrungen. Außer 1 - 2 Pfund Hafer und etwas Ersatzfutter erhielten die Pferde wochen- und monatelang stellenweise nur Sägemehl. Dazu traten die großen Anstrengungen auf den schlechten Wegen an sie heran. Die Zahl der an Erschöpfung sterbenden Pferde war ungeheuer. So meldete der Chefveterinär Ost im November 1915 16 352 an Erschöpfung erkrankte Pferde, von denen 4020 gestorben waren.

Die Hoffnungen auf gute Ernten erfüllten sich nicht. Man blieb auf Ersatzfutter angewiesen; als solche kamen unter anderem, soweit vorhanden und greifbar, in Frage: Kleie, Grünhafer, Grünroggen, Grünweizen, Wicken, Roßkastanien, Eicheln, Buchweizen, Quecken, Kartoffeln, rohe und Trockenkartoffeln, Melasse (vermischt mit Torf, Strohhäcksel, Sägemehl, Kadavermehl), Rüben und Rübenschnitzel, Fleischmehl, aus Kadavern und Schlachtabfällen hergestellt und vermischt mit anderen Futtermitteln, Blutmehl (Blutrückstände mit Kartoffeln, Sägemehl u. dgl. gemischt), Futterkuchen (getrockneter Panseninhalt, vermischt mit gekochten und zerkleinerten Schlachtabfällen unter Zusatz von Blut, Melasse, Kleie usw. gedörrt, als Pulver dem Futter beigestreut oder zu Futterkuchen gebacken), Küchenabfälle, ferner Weide, Brennesseln, Isländisches Moos und Renntierflechte, Unkrautgräser, Melden, Vogelmiere, Schafgarbe, Löwenzahn, Stechginster usw.

Aus der Heimat wurde Strohkraftfutter nachgeschoben. Man war dazu übergegangen, durch Kochen des gehäckselten Strohs mit Laugen oder des gemahlenen Strohs mit Chemikalien ein höher

verdauliches Futter herzustellen. - Auch in den Etappengebieten erstanden große Strohaufschließungsanlagen. Da Versuche ergeben hatten, daß durch ähnliche Aufschließung auch aus Holzmehl sich ein Futter herstellen ließ, das dem Nährwert des Heues nahekommen sollte, wurde bei dem großen Sägewerk in Suwalki, wo große Mengen Sägemehl anfielen, eine große Anlage zur Aufschließung von Sägemehl geschaffen. Es stellte sich aber heraus, daß dieses Futter infolge seines Terpentingehaltes reizend auf die Nieren wirkte. Durch ein besonderes Verfahren mußte daher das Sägemehl erst von den reizenden Stoffen befreit werden.

Im Frühjahr 1917 schien eine Katastrophe infolge der Unzulänglichkeit der Futtervorräte unvermeidlich. Im April 1917 hatte sich herausgestellt, daß bei Weitergewährung der an sich schon stark gekürzten Hartfutterration für die Monate Juli/August (bis zur neuen Ernte) überhaupt kein Hartfutter mehr vorhanden war. Es blieb kein anderer Ausweg, als die schon so niedrigen Hartfuttersätze nochmals um die Hälfte zu kürzen, um bis zur neuen Ernte durchhalten zu können. Zu diesem Zwecke wurde vom leitenden Chefveterinär ein Merkblatt für Weidebetrieb und Grünfütterung den Truppen an die Hand gegeben.

Daß diese Haferverkürzung im Westheer einen großen Pferdeverlust zur Folge haben würde, darüber war man sich klar. Es galt aber, die große Masse bis zur neuen Halferernte durchzuhalten und dadurch die Katastrophe zu vermeiden.

Die Folgen machten sich sehr bald bemerkbar. Während in der ersten Zeit des Krieges allgemeine Schwächezustände hauptsächlich bei alten oder zu jungen Pferden beobachtet wurden, kamen jetzt auch oft mitteljährige Pferde in einem solchen Zustand der Erschöpfung in die Lazarette und Erholungsheime, daß ihre Wiederherstellung zur Kriegsverwendungsfähigkeit nicht mehr zu erwarten war. Ein großer Teil dieser Pferde ging trotz regen Appetits und ausreichender Fütterung zugrunde. Der Chefveterinär West berichtete über den Monat Oktober 1917, in dem an der Westfront von 15 488 Pferden wegen Erschöpfung in Behandlung gewesenen Pferden 5176 gestorben oder getötet sind, folgendes: "Das große Pferdesterben infolge Entkräftung hält an. Die Entkräftung, vor allem der älteren Tiere, ist so weit vorgeschritten, daß sie weder durch Futterzulagen, noch durch Außerdienststellung, noch durch gute Unterbringung wieder behoben werden kann." Der Chefveterinär Ost berichtet über den gleichen Monat: "Der Futtermangel, an einzelnen Stellen Futternot, tritt immer deutlicher in die Erscheinung. Der Hunger veranlaßt die Pferde, alle erreichbaren, verdaulichen und unverdaulichen Futterstoffe (verschimmeltes Laub, Moos usw) aufzunehmen, dadurch zahlreiche Erkrankungen an Kolik".

Im Dezember 1917 waren an Erschöpfung gemeldet:

Westen	23 637,	davon tot	7 935
Osten	10 247,	" "	2 797
Südosten	9 234,	" "	646
Summa	43 118,	" "	11 378

Eine vorübergehende Besserung der Futterverhältnisse an der Westfront wurde dadurch geschaffen, daß die Oberste Heeresleitung sich im Dezember 1917 entschloß, die große Zahl der infolge Erschöpfung nichtdienstbrauchbaren Pferde durch Schlachten oder Abschub in die Heimat abzustoßen. Aufgefüllt wurden die dadurch in den Formationen entstandenen Fehlstellen nur auf bis 85% der Iststärke. Dadurch wurde eine nicht unwesentliche Zahl von Rationen frei zur Verteilung an andere Pferde. Auch sonst wurde der Futternot mit allen Mitteln entgegengearbeitet. Als solche wurden unter anderen angeordnet: Bereitstellung von zahlreichen Kolonnen und Mannschaften zur Gewinnung von Rauhfutter in futterreichen Gegenden mit schlechter Abfuhrmöglichkeit (namentlich im Osten), Überführung entbehrlicher Pferde von der Front und aus Formationen mit schlechten örtlichen Futterverhältnissen in rauhfutterreiche Gegenden der Etappen oder Militärverwaltungen.

Eine dauernde Besserung der Futterverhältnisse lag aber nicht im Bereich der Möglichkeit; deshalb mußte versucht werden, durch erhöhte Pferdefürsorge den hohen Abgang der Pferde einzudämmen. Dazu gehörten: 1. Anweisungen zur bestmöglichsten Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Futtermittel, 2. Schaffung guter Unterkunftsverhältnisse, 3. Schonung der Pferde bei jeder Gelegenheit.

Infolge der schlechten Heu- und Sommergetreideernte 1917 hatte sich die Futternot Anfang des Jahres 1918 wieder ganz erheblich gesteigert. Der Rauhfutternachschub war zeitweise völlig unzureichend und überhaupt nur unter den größten Opfern der Heimat möglich. Die Versorgung des Heeres mit Hartfutter stieß trotz herabgesetzter Ration und trotz teilweisen Ersatzes durch Kartoffeln auf die größten Schwierigkeiten. Die Erkrankungen und Verluste an Erschöpfung waren in den ersten vier Monaten des Jahres 1918 folgende:

	Westen		**Osten**		**Südosten**	
	Erkrankt	*Verlust*	*Erkrankt*	*Verlust*	*Erkrankt*	*Verlust*
Januar	27 920	11 358	11 392	2 768	8 911	555
Februar	18 113	8 152	6 047	1 557	6 395	294
März	13 615	4 270	4 583	1 261	5 021	318
April	10 246	4 457	3 953	962	3 371	210

Die vom Kriegsministerium empfohlene Fütterung von Baumlaub und Reisig, sowie die Gewinnung von Laubheu kam für das Feldheer nur an einzelnen Stellen in Frage, fiel also nicht ins Gewicht. Dagegen wurde es im Inland, besonders durch Schulen, eifrig gesammelt und zu Laubheukuchen verarbeitet. Aber auch diese Laubheufutterkuchen, die als Ersatz für Hartfutter dem Feldheere nachgeschoben wurden, konnten den Futtermangel nicht beheben. Die Pferde konnten bei dem verabreichten Futter wohl notdürftig ihr Leben fristen, aber nicht dabei zum Teil schwere Arbeit unter den ungünstigsten Witterungs- und Unterkunftsverhältnissen verrichten.

Die Folge der dauernden Futternot war, daß die Pferde in ihrer Gesundheit und Widerstandskraft gegen alle möglichen äußeren und inneren Schädlichkeiten geschwächt wurden. Die inneren Erkrankungen nahmen auch erst dann eine größere verlustreiche Ausbreitung an, als die Oberste Heeresleitung durch die Kriegslage gezwungen war, die Ration der Einhufer im Interesse der Sicherstellung der menschlichen Ernährung zu verkürzen. Wenn die Heeresverwaltung in der Lage gewesen wäre, den Pferden die im Frieden übliche Futterration zu verabreichen, so hätte sie damit das beste Mittel in der Hand gehabt, die ungeheuren Pferdeverluste einzuschränken.

4. Der Gasschutz der Tiere.

Als der Gaskampf größere Ausdehnung annahm, häuften sich auch die Fälle der Gasvergiftungen bei Pferden, Hunden und Brieftauben. Besonders beim Beschießen der Zufuhrstraßen und der Unterkunftsräume mit Gasgranaten waren die Pferde den Gasen ausgesetzt. Wenn auch die Pferde unter gleicher Gaswirkung etwas weniger heftig erkranken, als andere Tiere und auch als die Menschen, und die Erkrankungen besser überstehen, so ist doch eine größere Anzahl Pferde der Vergiftung durch Kampfgas zum Opfer gefallen.

Um Abwehrmaßregeln zu treffen und den Gasschutz der Tiere auszubauen, wurde vom Kriegsministerium ein geeigneter Veterinäroffizier zum Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie, das während des Krieges zum Studium der Gaskampfmittel und des Gasschutzes für Menschen eingerichtet war, kommandiert und mit der Konstruktion von Gasschutzmasken für Pferde und Hunde und von Gasschutzsäcken und -kästen für Brieftauben beauftragt.

Die konstruierten Pferdegasmasken wurden zum erstenmal in größerem Umfange bei der Offensive

gegen Italien im Jahre 1917 angewendet. Sie haben sich hierbei und auch später bei den großen Kämpfen im Westen voll bewährt. Das gleiche gilt von den Gasschutzgeräten für Hunde und Brieftauben. Der Brieftaubengasschutzkasten gewährte zwar einen guten Gasschutz; er war aber für längere Transporte im feindlichen Feuer, besonders im Trichtergelände, zu schwer und unhandlich. Versuche, einen besser feldbrauchbaren Brieftaubengasschutz zu finden, kamen im letzten Kriegsjahr nicht mehr zum Abschluß.

Für an Gasvergiftung erkrankte Pferde wurde ein Sauerstoffbehandlungsapparat konstruiert, der in den Pferdelazaretten bereit gehalten wurde. Bevor die Pferdegasmasken in genügender Zahl zur Verfügung standen - ihre Massenanfertigung stieß wegen des Rohstoffmangels auf die größten Schwierigkeiten -, hatte man den Pferden mit wechselndem Erfolg bei Gasgefahr Freßbeutel umgehängt, die mit feuchtem Heu ausgelegt waren. Auch das Durchtränken des Heues mit Gasschutzsalz (Natriumthiosulfat und Pottasche) kam vielfach mit Erfolg zur Anwendung.

Im April 1918 z. B. waren im Westen 312 Pferde wegen Gasvergiftung in Behandlung, von denen 54 starben. Im Monat Juni starben von 286 erkrankten 45 Pferde.

5. Pferdelazarette.

Das Feldheer ging ohne Pferdelazarette in den Krieg - ein Fehler, der sich schwer gerächt hat.

Schon die ersten Wochen des Krieges zeigten jedem die Notwendigkeit von Pferdelazaretten. Denn das Abschieben kranker Pferde in die Pferdedepots erwies sich als undurchführbar. Die kranken Pferde wurden in vielen Fällen beim weiteren Marsche stehengelassen oder von unberufener Hand ohne Rücksicht auf ihre Heilbarkeit getötet. Gerade viele gute Stammpferde gingen auf diese Weise der Truppe verloren. Die Pferdedepots waren nicht dazu bestimmt und eingerichtet, kranke Pferde wieder dienstbrauchbar zu machen. Die scharfe Trennung von Pferdedepots und Pferdelazaretten war sogar unbedingt nötig, um erstere leichter seuchenfrei zu halten. Zahlreiche Armeekorps halfen sich daher selbst aus dem praktischen Bedürfnis heraus durch Errichtung von behelfsmäßigen Meldesammelstellen, die bald einen Durchschnittsbestand von 300 bis 600 Pferden aufwiesen.

Da die Sammelstellen aber kein eigenes Personal hatten, mußte die abgebende Truppe für je 1 - 3 eingelieferte Pferde einen Mann zur Pflege mitgeben. Die Folge war, daß die Truppe, wenn sich die Zahl der abzugebenden Pferde häufte, auf die Einlieferung in die Lazarette verzichtete, weil sie eine größere Anzahl Mannschaften nicht entbehren konnte.

So drängten die großen und immer schwerer zu ersetzenden Pferdeverluste zu weiteren Maßnahmen. Im Februar 1915 wurde den Kommandobehörden allgemein die behelfsmäßige Einrichtung von 1 - 3 Pferdelazaretten für jedes Generalkommando, jede Etappeninspektion usw. aufgegeben.

Die Pferdelazarette sollten von nun an alle erheblich erkrankten Pferde aufnehmen und nach Heilung der Stammtruppe zurückgeben oder sie, falls die Heilung voraussichtlich längere Zeit (etwa vier Wochen) dauerte, den rückwärtigen Pferdelazaretten überweisen. Sie sollten schwerer erkrankte Pferde rechtzeitig nach rückwärts abschieben, um beweglich zu bleiben. Anfangs waren an vielen Stellen den Pferdelazaretten Pferdeerholungsheime angegliedert, die die geheilten, aber noch nicht dienstfähigen Pferde aufnahmen; später wurden sie, weil sie die Pferdelazarette zu sehr belasteten, größeren Pferdedepots mit guten Weiden angegliedert. An einzelnen Stellen wurden aus den Erholungsheimen schonungsbedürftige Kolonnen formiert, die zu mäßiger Arbeit herangezogen wurden. Dadurch wurden die Pferde bei guter Pflege allmählich wieder an die Arbeit gewöhnt.
Die Felderfahrungen machten Anfang 1916 den weiteren Ausbau der Feldpferdelazarette nötig. Die vorhandenen behelfsmäßigen Pferdelazarette wurden etatisiert und eine erhebliche Anzahl neuer

aufgestellt, so daß jede Division über ein und jede Etappeninspektion über mehrere Lazarette verfügte. - Zum ersten Male wurden die Veterinäroffiziere amtlich mit der selbständigen Stellung eines Lazarettleiters betraut, allerdings ohne ihnen die zur Führung nötige Strafgewalt zu geben. Daß trotzdem die Disziplin und der Dienst in den Pferdelazaretten anerkanntermaßen zu Beanstandungen keinen Grund gab und die Pferdelazarette Hervorragendes leisteten, beweist die Zweckmäßigkeit dieser seitens der Veterinäroffiziere längst erstrebten Regelung. Beim Vormarsch folgte das Pferdelazarett der zuständigen Kommandobehörde (Generalkommando, Division, Etappe). Entsprechend dem Befehl der Kommandobehörde schob es eine oder mehrere Sammelstellen mit dem nötigen Personal und der nötigen Ausrüstung vor, um kranke oder zurückgelassene Pferde von den Truppen aufzunehmen und dem Pferdelazarett zuzuführen.

Wie notwendig die Pferdelazarette waren, zeigten die dauernden Anforderungen der Feldstellen auf Neuerrichtung weiterer Lazarette. So mußten neben den Divisions- und Etappenpferdelazaretten noch Gruppenpferdelazarette eingerichtet werden. Diese waren zur Aufnahme von Pferden der nicht zu einem Divisionsverband gehörigen Truppen bestimmt und dienten außerdem zur Aufnahme der schwerkranken Pferde aus den Divisionspferdelazaretten. Sie selbst hatten wiederum die Patienten zu sichten und nötigenfalls an die Etappenpferdelazarette weiterzuleiten. Hand in Hand damit wurde auch die Anzahl der Heimatpferdelazarette dauernd erhöht. So sind im Laufe des Krieges allmählich zusammen 478 Pferdelazarette eingerichtet und etatisiert worden, davon 287 Divisionspferdelazarette, 77 Etappenpferdelazarette, 28 Gruppenpferdelazarette, 10 in den Generalgouvernements Belgien und Warschau und 76 Heimatspferdelazarette.

Die Gruppen- und Etappenpferdelazarette hatten große Schwierigkeiten in der Mannschaftsfrage, die den ganzen Lazarettbetrieb außerordentlich erschwerten. Das Stammpersonal war bei der starken Belegung bei weitem nicht ausreichend. Die vorgesehene Aushilfe durch Gefangene oder eingeborene Zivilisten wurde dadurch hinfällig, daß die zur Bewachung erforderlichen Mannschaften von dem Stammpersonal nicht frei gemacht werden konnten. Über die Anforderungen, die der Dienst an die Mannschaften der Pferdelazarette stellte, herrschte bei den militärischen Stellen vielfach eine unrichtige Auffassung. Die Leute wurden von diesen nur nach ihrem militärischen Aussehen und Auftreten beurteilt. Das Mannschaftspersonal bestand aber aus älteren, nichtkriegsverwendungsfähigen und wenig ausgebildeten Soldaten; um so mehr gebührt ihrer vollen Hingabe in den sehr anstrengenden Tag- und Nachtdienst an dieser Stelle höchste Anerkennung, und um so höher sind die Leistungen der Pferdelazarette zu bewerten.

Daß der Wirkungskreis der Pferdelazarette ein ganz gewaltiger war, beweisen folgende Zahlen. Im Mai 1918 z. B. wurden in den Pferdelazaretten aller Kriegsschauplätze (ohne die Heimatlazarette) zusammen 165 326 Pferde behandelt bei einer Gesamtzahl von damals noch 956 856 Pferden, im Juli 1918 160 465 bei einer Zahl von 948 539 Pferden. Rund 17% der Pferde-Iststärke waren demnach durchschnittlich in den Pferdelazaretten in Behandlung.

Unter den Kranken befanden sich beispielsweise im:

	Februar 1918:	Mai 1918:
Koliker	7 519	10 166
Erschöpfte	12 102	20 734
Schußwunden	31 748	44 050
Satteldruck	6 712	11 835
Widerristfisteln	1 996	1 755
Hufverschlag	1 433	2 252
Gasvergiftung	410	312
Räude (aus 3542 verseuchten Formationen)	82 030	76 000
Ansteckende Blutarmut	2 434	2 236
Rotz	98	56

6. Anpassung der Veterinärorganisationen an die Kriegsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung des Veterinärdienstes.

Nach dem Mobilmachungsplan waren als leitende Veterinäroffiziere je 1 Korpsveterinär für jedes aktive Generalkommando und 1 Etappenveterinär (ohne Angabe des Dienstgrades) für jede Etappeninspektion vorgesehen. Jegliche weitere Organisation fehlte. Ungeahnte Werte an unersetzlichem Pferdematerial und Schlachtvieh sind dadurch verlorengegangen.

Als die Meldungen über Auftreten und starke Verbreitung von Seuchen unter den Truppenpferden sich häuften, beantragte der Generalquartiermeister in richtiger Erkenntnis, daß weitere Verluste und Seuchen die Schlagfertigkeit der Armeen in Frage stellen würden, Anfang Februar 1915 beim Kriegsministerium die Schaffung weiterer leitender Veterinärdienststellen zwecks dringend erforderlicher Seuchenbekämpfung. Dem Antrag entsprechend wurden sofort folgende Stellen beim Westheer errichtet:

1. beim Generalquartiermeister 1 Chefveterinär West;
2. bei den Armee-Oberkommandos 1 Armeeveterinär und bei der Stabswache 1 Oberstabs- oder Stabsveterinär;
3. bei sämtlichen mobilen Generalkommandos 1 Korpsveterinär und bei der Stabswache 1 Oberstabs- oder Stabsveterinär;
4. bei den Kavalleriedivisionskommandos 1 Oberstabs- oder Stabsveterinär (als Divisionsveterinär);
5. bei den Etappeninspektionen 1 Oberstabs- oder Stabsveterinär (als Etappenveterinär).

Die gleiche Einrichtung wurde für das Ostheer im März 1915 getroffen.

Das Arbeitsgebiet dieser leitenden Veterinäroffiziere erstreckte sich auf die Leitung der Seuchenbekämpfung im Feldheer, auf Viehseuchenabwehr im besetzten Gebiet, Pferdefürsorge, Pferdepflege, Fütterung, Überwachung des Hufbeschlags, Leitung und Aufsicht über den gesamten Veterinärdienst bei Truppe und Verwaltung, Überwachung des Nachschubs von Veterinärgerät, Arzneimitteln und Hufbeschlagmaterialien, Überwachung der Pferdelazarette und der Fleischbeschau und auf Kadaververwertung.

Die Chefveterinäre hatten noch die besondere Aufgabe, den gesamten Veterinärdienst in Anpassung an die Feldverhältnisse einheitlich zu organisieren, für die einzelnen Seuchen durch ihre Dienststellen die Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung, Bekämpfung und Vorbeuge zu treffen und die an einzelnen Stellen gemachten besonderen Erfahrungen zur Kenntnis aller Veterinäre zu bringen.

Im weiteren Verlauf des Krieges machte sich das Fehlen von Divisionsveterinären bei den Infanteriedivisionen auf das empfindlichste bemerkbar. Die Korps- und Armeeveterinäre waren bei den ausgedehnten Fronten und bei dem häufigen Wechsel der Divisionen nicht in der Lage, die Beaufsichtigung und dauernde Regelung des Veterinärdienstes bei den Infanteriedivisionen ordnungsmäßig durchzuführen. Im Oktober 1916 wurde daher die Zuteilung eines Oberstabs- oder Stabsveterinärs als Divisionsveterinär zu den Infanteriedivisionen befohlen. Nun erst konnte der Veterinärdienst an allen Stellen des Heeres unter sachgemäßer Verteilung der Veterinäre auf die vorhandenen Formationen geregelt werden. Im Westen entfielen auf den einzelnen Veterinär mitunter 1000 Pferde. Daraus geht hervor, welche ungeheuren Anforderungen an den einzelnen Veterinär, dem bestimmungsgemäß nur ein Reitpferd - und meist nicht ein gutes - zustand, gestellt werden mußten, zumal wenn man bedenkt, daß die Pferde der ihnen zugeteilten Formationen auf große Entfernungen verteilt untergebracht waren. Im Bewegungskriege erwuchs dem Divisions-veterinär eine weitere sehr verantwortungsvolle Aufgabe in dem richtigen Einsatz des Divisions-

pferdelazaretts und der von diesem vorzuschiebenden Sammelstellen. Der Divisionsveterinär war das Rückgrat des ganzen Feldveterinärdienstes - mit ihm stand und fiel die Marschfähigkeit der Division.

Die Zuweisung und Verteilung der Veterinäre auf die Armeen und die einzelnen Kriegsschauplätze erfolgte in den ersten Kriegsjahren durch das Kriegsministerium. Es stellte sich aber sehr bald die Notwendigkeit heraus, daß die Verteilung und der Ausgleich von einer Stelle im Felde ausgehen mußte. Ferner war eine richtige Verteilung der Veterinärformationen (Blutuntersuchungsstellen, Pferdelazarette, Pferdedepots) auf die einzelnen Armeen nur von einer Feldstelle aus möglich, die außer den veterinären Verhältnissen auch mit den Absichten der Obersten Heeresleitung und den sonst getroffenen Maßnahmen vertraut war.

Aus diesen Gründen wurde im Februar 1917 dem Generalquartiermeister ein leitender Chefveterinär, Generalveterinär Schlake, mit einem Stabsveterinär zur Bearbeitung aller veterinären Fragen zugeteilt. Gleichzeitig wurde noch die Stelle eines Chefveterinärs Südost für die deutschen Truppen auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz einschließlich Balkan geschaffen (zunächst Generaloberveterinär Feldtmann, später Generaloberveterinär Kammerhoff). Die drei Chefveterinäre (West, Ost, Südost) wurden dem leitenden Chefveterinär unterstellt.

Der leitende Chefveterinär war Vorgesetzter sämtlicher Veterinäre des Feldheeres und Leiter des gesamten Feldveterinärdienstes. Einen großen Abschnitt seines gewaltigen Arbeitsgebiets nahm der Personalausgleich ein. Für die Verteilung der Veterinäre konnte wegen des großen Mangels nur der jeweilige Bedarf maßgebend sein. Ferner mußten dabei die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Kriegsschauplätze Berücksichtigung finden. Im Südosten z. B. waren wegen der schwierigen Wege- und Unterbringungsverhältnisse für die gleiche Anzahl von Pferden mehr Veterinäre erforderlich, als auf dem östlichen Kriegsschauplatz, und auf diesem wieder mehr als auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Ungeachtet der in den Stärkenachweisungen der Truppen vorgesehenen Stellenzahl konnten bei den Formationen stets nur so viel Veterinäre belassen werden, als zur Sicherstellung des Veterinärdienstes gerade ausreichten. Eine Veterinärreserve stand leider nicht zur Verfügung. Aus diesen Gründen war eine häufige Versetzung der einzelnen Veterinäre unvermeidlich. Ein Umstand, der zu berechtigten Klagen Veranlassung gab, sich aber nicht abstellen ließ.

Der rege Truppenverkehr auf den Feldartillerie- und Fußartillerieübungsplätzen, auf denen unter anderem auch eine Sanierung und Auffrischung des Pferdematerials der Artillerie vorgenommen wurde, machte die Einsetzung von Platzveterinären auf diesen Übungsplätzen erforderlich.

Mit Einrichtung der Kriegshundeschule und Meldehundeschulen zu je 150 Meldehunden bei den Armee-Oberkommandos wurde auch die Regelung dieses Veterinärdienstes notwendig. Für die den Infanterieregimentern zugeteilten Meldehunde war veterinäre Hilfe stets vorhanden, da die Infanterieregimenter veterinärärztlich versorgt waren.

Infolge des wachsenden Pferdemangels wurde den Korps- und Divisionsveterinären das zweite Reitpferd gestrichen. Diese Maßnahme erschwerte besonders den Divisionsveterinären den Dienst sehr, namentlich im Osten, wo die Divisionen teilweise eine Frontlänge von 60 km hatten. Sie waren daher nicht mehr in der Lage, einen berittenen Pferdehalter mitnehmen zu können, und damit gezwungen, mit ihrem Pferd auf verseuchte Gehöfte zu reiten.

Durch die unbedingt notwendige und bewährte Schaffung der leitenden Stellen wurde eine nicht unerhebliche Anzahl tüchtiger älterer Veterinäroffiziere dem Truppendienst entzogen. Dazu kam der große Bedarf an älteren Veterinären für die zahlreichen Pferdelazarette und -depots. Ein Teil der älteren Veterinäre, die sich nicht in leitenden Stellen befanden, war körperlich den Anforderungen des Fronttruppendienstes nicht gewachsen und mußte daher in der Etappe oder Verwaltung

Verwendung finden. Somit verblieben der Fronttruppe in der Mehrzahl nur jüngere Veterinäre.

Die Tätigkeit der Etappenveterinäre war sehr umfangreich und verantwortungsvoll. Ihnen waren mitunter 70 Veterinäre unterstellt. Dem Etappenveterinär lag die Organisation des Veterinärdienstes in der Etappe ob. Er leitete den Veterinärdienst in den großen Etappenpferdelazaretten, Pferdedepots, Pferdeerholungsheimen, Fohlenhöfen, Etappenschlächtereien, sorgte für Rückführung der dienstunbrauchbaren oder an Heimatlazarette abzugebenden Pferde und für ordnungsmäßige Durchführung der Fleischbeschau. Ferner hatte er die technische Aufsicht über Hufeisendepots und Kadaververwertungsanlagen und den Nachschub von Tierarzneimitteln und Veterinärgerät in Verbindung mit dem Etappensanitätsdepots zu regeln. Endlich hatte er auch für die Überwachung des Gesundheitszustandes und für die Seuchenbekämpfung bei dem Einwohnervieh und den militärischen Schlachtviehdepots Sorge zu tragen.

In den Generalgouvernements Belgien und Warschau war vom Kriegsministerium je ein Generaloberveterinär als leitender Veterinär eingesetzt worden, denen die Organisation und Leitung des Veterinärdienstes oblag. In den Generalgouvernements mit ihrem Viehreichtum war die seuchenpolizeiliche Überwachung des Einwohnerviehes von allergrößter Wichtigkeit. Durch die straffe einheitliche militärische Organisation des gesamten Veterinärdienstes in Belgien gelang es sehr schnell, die dort aufgetretenen Seuchen zu unterdrücken. Hier waren Gouvernementsveterinäre eingesetzt worden, die gleichzeitig die Geschäfte des Kreistierarztes zu versehen hatten. Im Generalgouvernement Warschau lag die veterinärpolizeiliche Überwachung des Einwohnerviehs bei der Zivilverwaltung, der für diesen Zweck ein leitender Tierarzt und eine größere Anzahl von Veterinäroffizieren als Kreistierärzte vom Kriegsministerium überwiesen waren. Militärisch war das Generalgouvernement Warschau auch in Gouvernements eingeteilt, denen je ein Gouvernementsveterinär beigegeben war. In beiden Generalgouvernements waren je eine großangelegte und daher außerordentlich leistungsfähige Blutuntersuchungsstelle und mehrere große Pferdelazarette und -depots eingerichtet. Im Generalgouvernement Warschau befand sich außerdem eine Reihe von Quarantäneanstalten, die zur Verhütung der Verschleppung von Tierseuchen nach der Heimat und dem Feldheer errichtet waren.

Operation eines Pferdes in der Narkose.

Bei der Einrichtung der Verwaltung Oberost (östliche Randstaaten) war es notwendig, das ganze

Veterinärwesen neu aufzubauen. Aus russischer Verwaltungszeit war nichts übrig geblieben. Die Veterinärakten waren weggeschafft und die Tierärzte mitgenommen. Bekannt war, daß in Friedenszeiten dauernd aus Rußland Tierseuchen, namentlich Rotz, Tollwut, Pferderäude, Maul- und Klauenseuche, Pockenseuche der Schafe, Beschälseuche und Geflügelcholera nach Deutschland eingeschleppt worden waren. Auch mit der Gefahr der Rinderpest war zu rechnen. Russischen Nachrichten zufolge sollte auch die in Deutschland unbekannte Pferdemalaria im westlichen Rußland verbreitet sein. Demnach mußte auch in der Verwaltung Oberost die Veterinärpolizei der Eckpfeiler des Veterinärwesens sein.

Die veterinärhygienischen Verhältnisse waren in Rußland trostlos. Die veterinären Aufgaben konnten erst in Angriff genommen werden, als von den Truppen und im Inlande die erforderlichen tierärztlichen Arbeitskräfte frei gemacht werden konnten. Das geschah in den Monaten Januar bis Mai 1916. Die veterinäre Organisation der Verwaltung Oberost wurde vom Chefveterinär Ost ins Leben gerufen, in dessen Hand auch die Leitung dieses Veterinärwesens blieb. Dieser bleibende Zusammenhang von Militär- und Zivilveterinärwesen hat sich bewährt. Der Verwaltung Oberost wurde ein älterer aktiver Stabsveterinär für die Bearbeitung der Veterinärangelegenheiten beigegeben. Ferner erhielt jede der vier Militärverwaltungen (Kurland, Litauen, Wilna - Suwalki, Bialystock - Grodno) einen Veterinärreferenten. Außerdem wurden im ganzen Bereich 50 - 60 Etappenkolonnenveterinäre nebenamtlich mit der Verwaltung von Kreistierarztstellen beauftragt. Bei der späteren Umgestaltung der Militärverwaltung Oberost wurde dem Militärgouvernement Litauen ein Korpsveterinär zugeteilt.

Aus den vielen Zweigen des Veterinärwesens in der Verwaltung Oberost sei nur die Organisation der Fleischbeschau herausgegriffen. Da Trichinen und Finnen bei den Schlachttieren in Rußland viel häufiger waren als in Deutschland, war für die baldige Durchführung der Fleischbeschau mitbestimmend die Tatsache, daß von Heeresangehörigen vielfach Fleisch und Wurstwaren, die nicht aus militärischen Schlächtereien stammten, für den eigenen Gebrauch angekauft und von Urlaubern in Mengen mit nach Deutschland genommen oder von den Mannschaften in Feldpostpaketen in großer Zahl nach der Heimat geschickt wurden. Damit war eine große Gefahr für die Gesundheit der Soldaten und ihrer Angehörigen in der Heimat gegeben. Die vorhandenen Schlachthäuser bildeten die Grundlage der Organisation. Jedes noch so kleine Städtchen besaß für rituelle Schlachtungen ein Schlachthaus. Allerdings befanden sich alle Schlachthäuser in einem unglaublich schmutzigen Zustande. Sie konnten, wenn sie nicht nachteilig wirken sollten, ihren Zweck erst nach gründlicher Reinigung, Instandsetzung und Verbesserung erfüllen. - Die größten Schwierigkeiten machte die Frage der Fleischbeschauer. Die militärischen Beschauer mußten nach und nach an die Front zurückgezogen werden. Einheimische waren nur schwer zu bekommen; man konnte auch nur wenigen von ihnen genügendes Verantwortungsgefühl zutrauen. Jeder Wirtschaftsabschnitt war schließlich auf Selbsthilfe angewiesen. Bald halfen die Kreistierärzte als Fleischbeschauer aus, bald war der Lehrer zugleich Fleischbeschauer oder der Kreistierarzt hatte eine andere ihm geeignet erscheinende Person ausgebildet. Vielfach wurden auch die Gendarmen ausgebildet und nebenamtlich als Fleischbeschauer verwendet.

Auch bei der Militärverwaltung in Rumänien wurde der Ausbau des Veterinärwesens erforderlich. Zu diesem Zweck wurde dort ebenfalls ein leitender Veterinäroffizier eingesetzt und diese Stelle wegen der Gefahr der Einschleppung der Rinderpest aus der Türkei mit einem auf diesem Gebiet erfahrenen Stabsveterinär d. R. (Professor an einer tierärztlichen Hochschule) besetzt. Entsprechend der Einteilung des Verwaltungsgebiets in Distrikte wurden Distriktstierärzte mit den Funktionen eines Kreistierarztes eingesetzt. Unter ihnen war noch eine Reihe von Kommandanturveterinären tätig. Die Verwaltung verfügte außerdem über eine Bluntuntersuchungsstelle, mehrere Pferdelazarette und -depots.

Das Friedensheer hatte rund 800 Veterinäre. Diese konnten dem Riesenheer mit 1,5 Millionen

Pferden nur als Skelett dienen. Von vornherein war Mangel an Veterinären. Zum Glück war die wissenschaftliche Durchbildung der deutschen Tierärzte eine so vollkommene, daß man die Kräfte der Veterinäroffiziere des Beurlaubtenstandes und des Landsturmes voll in Rechnung stellen konnte. Die beste Organisation hätte sonst nichts leisten können.

Alle dienstpflichtigen und verfügbaren Tierärzte in der Heimat mußten aufgeboten, auch die nicht dienstpflichtigen (gediente und ungediente) Tierärzte mußten nach Möglichkeit herangezogen werden, ebenso die Studierenden der Tierheilkunde. Diese wurden, sofern sie ein fünfsemestriges Studium mit bestandener tierärztlicher Vorprüfung und ein klinisches Semester hinter sich hatten, zu Feldunterveterinären ernannt und später zu Feldhilfsveterinären befördert. Die übrigen Studierenden, die diese Bedingungen nicht erfüllten, wurden zumeist zur Militärveterinärakademie Berlin kommandiert, um durch Fortsetzen des Studiums zum Feldunterveterinär herangebildet zu werden. Die Militärveterinärakademie, die Bildungsstätte der aktiven Veterinäroffiziere, war zu Beginn des Krieges geschlossen worden, weil sämtliche Studierenden sich freiwillig zu den Fahnen gemeldet hatten. Schon im November 1914 mußte die Anstalt aber wieder eröffnet werden, um den Nachwuchs für das aktive Veterinäroffizierkorps sicherzustellen. Die nicht aktiven oder nicht im Reserveverhältnis stehenden Veterinäre wurden zu Veterinäroffizieren auf Kriegsdauer befördert. So entstand neben dem aktiven Veterinäroffizierkorps und dem des Beurlaubtenstandes die große Reihe der "Veterinäroffiziere auf Kriegsdauer" und der Feldunter- und Feldhilfsveterinäre, sowie der vertraglich verpflichteten Tierärzte. Letztere taten nur Dienst bei immobilen Formationen.

Der Bedarf an Veterinären wurde immer größer. An die türkische Armee mußte eine Anzahl Veterinäroffiziere abgegeben werden. Ferner mußten privaten Seruminstituten Veterinäre zugewiesen werden, um die Sicherstellung der Armeen mit Impfstoffen zu gewährleisten. Daher mußten die bei den immobilen Formationen befindlichen Tierärzte immer schärfer fürs Feld herangezogen werden, die wegen Unabkömmlichkeit noch nicht einberufenen dienstpflichtigen Tierärzte immer wieder zum freiwilligen Eintritt geworben werden. Auch auf solche Tierärzte und Studierende mußte zurückgegriffen werden, die als Truppenoffiziere eingestellt oder freiwillig eingetreten waren.

Die im Heeresinteresse erforderliche Heranziehung aller nur irgend greifbaren Tierärzte hatte naturgemäß zur Folge, daß der heimatliche Viehbestand tierärztlich nicht mehr so versorgt werden konnte, wie es nötig war. Große Viehverluste waren die Folge. Es mußte daher im letzten Kriegsjahre nicht nur von der Einziehung weiterer Tierärzte Abstand genommen werden - in manchen Kreisen waren nur noch wenige Tierärzte vorhanden -, sondern es mußte zu einem vorübergehenden oder dauernden Entlassen eingezogener Tierärzte geschritten werden. Andererseits wurden Veterinäroffiziere dort, wo sie nicht mehr unbedingt nötig waren, zurückgezogen.

Im Interesse der Fortbildung mußte es trotz des Mangels an Veterinären auch ermöglicht werden, daß von Zeit zu Zeit eine Anzahl leitender Veterinäroffiziere sowie nach und nach sämtliche Pferdelazarettleiter an kurzfristigen Demonstrationskursen an der Militärveterinärakademie (Gasabteilung) teilnahmen. Der Mangel an durchgebildeten Kräften wurde dadurch immer drückender, daß infolge der Überanstrengungen der einzelnen Veterinäre, denen der so notwendige Erholungsurlaub nicht im gewünschten Maße gewährt werden konnte, der Abgang an Veterinären groß war. Ein nicht unerheblicher Teil fiel auch durch Verwundung und Tod vor dem Feinde aus. Von den 5354 Veterinären, die am Kriege teilnahmen, fielen oder starben infolge Verwundung und im Kriege zugezogener Erkrankung 242 = 4,5%.

Durch diesen Personalmangel mußte die veterinäre Tätigkeit überall leiden. Im Osten waren im Jahre 1917 52% Veterinärstellen unbesetzt, im Westen 43% und im Südosten 34%. Dabei darf auch der Umstand nicht außer acht gelassen werden, daß 17% der Veterinäre des Feldheeres aus Feldunter- und Feldhilfsveterinären bestanden. Wenn auch einzelne von ihnen praktisch so viel

leisteten wie ein Veterinär, so war ihre Verwendungsmöglichkeit doch nur eine bedingte, da ihnen selbständige Stellen nicht übertragen werden konnten.

Der Mangel an Veterinären wurde so drückend, daß im Jahre 1917 zuerst im Feldheer, später auch im Heimatsheer zur Ausbildung von "Veterinärgehilfen" geschritten werden mußte - allerdings nicht ohne Bedenken - denn man mußte damit rechnen, daß man dadurch spätere Kurpfuscher ausbildete; die Verhältnisse zwangen jedoch dazu. Ihre Tätigkeit bestand darin, die Veterinäroffiziere bei der Durchführung und Fortsetzung der Behandlung zu unterstützen, bei plötzlichen Erkrankungen erste Hilfe zu leisten und die rechtzeitige Hinzuziehung des Veterinärs zu veranlassen. Insbesondere sollten sie durch tägliche Beobachtung der Pferde die ersten Fälle von Räude rechtzeitig ermitteln helfen, damit diese sofort abgesondert werden konnten. Diese Einrichtung bewährte sich im Felde, so daß vom Generalquartiermeister allgemein angeordnet wurde, soviel Veterinärgehilfen auszubilden, daß jede mit Pferden versehene Formation über einen Veterinärgehilfen verfügte. Ende 1917 waren rund 7000 ausgebildet. Diese Zahl hat sich im Jahre 1918 wesentlich erhöht.

Von den 7200 deutschen Tierärzten einschließlich der 800 aktiven Veterinäroffiziere waren rund 4600 = 64% im Heeresdienst. Dazu kamen noch 754 Feldhilfs- und Feldunterveterinäre.

Eine zahlenmäßige Erläuterung der Leistung der Truppenveterinäre lediglich hinsichtlich Behandlung erkrankter Pferde mag folgender Auszug geben:

Westlicher Kriegsschauplatz:

1918:	Pferde-Iststärke	kranke Pferde:	% der Iststärke:
Januar	829 897	177 183	21%
Februar	865 372	181 186	21%
März	873 383	210 380	24%
April	956 856	253 684	27%
Mai	898 981	233 720	26%
Juni	948 539	236 024	25%

Hufbeschlagpersonal.

In diesem Zusammenhange sei auch der unermüdlichen Tätigkeit der Fahnen- und Beschlagschmiede gedacht, die durch harte Arbeit und Einsatz ihrer ganzen Leistungsfähigkeit wesentlich zur Erhaltung der Marschfähigkeit der Truppe beigetragen haben. In der ersten Kriegszeit starb ein größerer Teil der den Patrouillen beigegebenen Beschlagschmiede, die sich vielfach aus Begeisterung auch zu diesen Aufgaben drängten, den Heldentod. Von der weiteren Zuteilung eines Beschlagschmiedes zu den Patrouillen nahm man aber von selbst bald Abstand; denn bei der begrenzten Zahl der Schmiede lag es im Interesse der Marschfähigkeit der ganzen Truppe, sich die Schmiede zu erhalten.

Wenn auch bei den vielen Neuformationen die Zahl der aktiven Fahnen- und Beschlagschmiede bei weitem nicht ausreichte, so befand sich doch unter den Reserve- und Landwehrjahrgängen eine große Zahl von Schmieden, die dank der ihnen während ihrer aktiven Dienstzeit zuteil gewordenen gründlichen Ausbildung im Hufbeschlag voll in Rechnung gestellt werden konnten. Der Bedarf konnte aber auch damit nicht gedeckt werden, so daß alle Mannschaften, die Schmiede von Beruf waren, als Beschlagschmiede und auch als Fahnenschmiede Verwendung finden mußten. Zu ihrer weiteren Ausbildung waren bei den Pferdelazaretten etwa sechs- bis achtwöchige Kurse eingerichtet worden, zu denen die Beschlagschmiede kommandiert wurden, eine Maßnahme, die zwar den an sich schon überlasteten Leitern der Pferdelazarette große Mühe bereitete, sich aber sehr gut bewährt hat und von den Schmieden sehr begrüßt wurde.

7. Die Veterinärausrüstung des Heeres, ihre Vervollkommnung und Beschaffung im Kriege.

Es zeigte sich im Kriege bald, daß das Veterinärgerät weder in bezug auf Menge noch in bezug auf Ausrüstung den alle Voraussicht übersteigenden Anforderungen genügte. Es mußten daher umfangreiche Neuausrüstungen geschaffen werden. Der laufende Bedarf des Feldheeres an der gesamten Veterinärausrüstung wurde bestimmungsgemäß durch die Etappensanitätsdepots gedeckt, die ihre Bestände aus den Sammelsanitätsdepots auffüllten. Neuformationen wurden im Inlande durch die Train- und Artilleriedepots mit dem planmäßigen Veterinärgerät ausgerüstet. Diese dezentralisierende Beschaffung erwies sich bald als den praktischen Bedürfnissen nicht Rechnung tragend, da sowohl in den Train- und Artilleriedepots wie in den Sanitätsdepots Fachleute, Veterinäroffiziere, fehlten. Daher litt die Beschaffung unter dem Mangel an Sachverständnis, sowohl seitens der angegebenen Dienststellen als auch seitens der Lieferer, da sich im Frieden eigentlich nur eine Firma - H. Hauptner in Berlin - speziell mit der Herstellung von Veterinärinstrumenten befaßt hatte. Zahlreiche für die Veterinärmedizin wenig brauchbare und unbrauchbare Veterinärgeräte wurden daher beschafft. Diese Übelstände veranlaßten das Kriegsministerium im Mai 1915 zur Zentralisation der Beschaffung des Veterinärgeräts bei der Militärveterinärakademie. Diese Maßnahme hat sich ausgezeichnet bewährt.

Wegen der inzwischen erwiesenen Unzulänglichkeit des Veterinärgeräts, besonders für Vormärsche, wurden im Mai 1915 für die Kavallerie auf Packpferde zu schnallende Veterinärpacktaschen beschafft, deren Inhalt dem Veterinär eine Behandlung der erkrankten und verwundeten Pferde sicherte. Aber auch für die anderen Truppenteile ergab sich die Notwendigkeit, Vorräte an Arzneien, Verbandmitteln, Instrumenten mitzuführen. Im September 1915 trat daher zum Stabe jedes Generalkommandos, jeder selbständigen Infanterie- und Kavalleriedivision, zunächst nur des östlichen Kriegsschauplatzes, ein Veterinär-Vorratswagen; später, als sich die Brauchbarkeit dieser Einrichtung erwiesen hatte, wurden sämtliche Divisionsstäbe (Divisionsveterinäre) damit ausgerüstet. Im Mai 1916 wurden dann alle Pferdelazarette mit einem Veterinärmittelwagen und einem umfangreichen, auf alle Verhältnisse eingestellten Operationsbesteck ausgestattet. Die weiteren Kriegserfahrungen führten ferner zur Einführung eines leichten Kavallerie-Eskadronschmiedewagens mit dem nötigen Hufbeschlaggerät, Hufeisen, Stollen, Kohlen, Feldschmiede usw., der überallhin folgen konnte.

Als dann im späteren Verlauf des Krieges Ochsenkolonnen aufgestellt wurden, wurde zur Behandlung der Ochsen ein besonderer Arzneikasten zusammengestellt. Die Einführung der Neukonstruktionen erfolgte anfangs zu Versuchszwecken in beschränktem Umfange. Denn die Veterinärmedizin arbeitete bezüglich der Ausrüstung auf vollkommenem Neuland, da aus keinem der bisherigen Kriege brauchbare Unterlagen niedergelegt waren.

Die Bekämpfung der Pferderäude bedingte im Jahre 1916 die Beschaffung sehr großer Mengen von Schermaschinen und Handpferdescheren, da zur rationellen Behandlung die Schur gehört. Auch hier handelte es sich um ein Gerät, das nur wenig am Markte war. Dasselbe gilt für die in gewaltigen Mengen benötigten Desinfektionsapparate zur Desinfektion der - besonders mit Räude - verseuchten Stallungen. Durch Anspannung aller Kräfte gelang es der Firma Hauptner in Berlin, unter Ausnutzung ihrer auf den Export eingestellten großen Lager, den plötzlich ins Ungemessene gehenden Anforderungen nachzukommen.

Durch Einrichtung den Etappensanitätsdepots angegliederter Reparaturwerkstätten für die Schermaschinen, Instrumente usw. wurde die Ausnutzung des Materials gesichert.

Daß die Aufstellung der zur Bekämpfung der Rotzkrankheit dienenden fahrbaren und feststehenden Rotz-Blutuntersuchungsstellen eine gewaltige Arbeit erforderte, ist schon bei dem **Kapitel**

Seuchenbekämpfung erörtert. Die Spezialfirma Lautenschläger, Berlin, hat sich um die rechtzeitige Lieferung der umfangreichen Laboratoriumsgegenstände verdient gemacht.

Auch an dem bei Beginn des Krieges schon vorhanden gewesenen Veterinärgerät hatten sich Mängel befunden, so daß Um- und Neukonstruktionen der Pferdearzneikästen, Verband- und Satteltaschen vorgenommen werden mußten. Hinzu trat zur Veterinärausrüstung ein für den persönlichen Fachbedarf des Veterinäroffiziers hergerichteter Veterinärkoffer. Die mit den neukonstruierten Modellen gemachten Erfahrungen konnten leider nicht vollständig abgeschlossen werden.

Da, wie oben schon ausgeführt, mit der Länge des Krieges naturgemäß auch die Seuchen bei allen Haustieren zunahmen, steigerte sich der Bedarf an Tierimpfstoffen zur Heilung oder zum Schutze von Tierseuchen dauernd und gewaltig. Um mit den knapp gewordenen Impfstoffen hauszuhalten, wurde die Veterinärakademie mit der einheitlichen Beschaffung und Verteilung sämtlicher für die Heeresverwaltung erforderlichen Tierimpfstoffe Anfang März 1916 beauftragt. Die Veterinärakademie hatte große Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken, da es für die Herstellung der Sera nur eine geringe Anzahl Seruminstitute gibt. Allein im Laufe des Jahres 1916 sind rund 1 500 000 ccm Rotlaufserum und 100 000 ccm Rotlaufkulturen ausgegeben worden.

Die anderen Impfstoffe (z. B. gegen Schweineseuche, Schweinepest, Milzbrand, Petechialfieber, Druse, Geflügelcholera usw.) traten bezüglich der verbrauchten Mengen erheblich hinter den Rotlaufimpfstoffen zurück. Um ein einheitliches und voll brauchbares Malleïn zu haben, wurde die Veterinärakademie schon im September 1914 beauftragt, Malleïn selbst in ihrem Laboratorium herzustellen.

Seitdem 1912 die souveräne Wirkung des Neosalvarsans auf den Verlauf der Brustseuche der Pferde festgestellt war, hatte die bis dahin gefürchtete Seuche ihre Gefahr verloren. Es waren schon im Frieden Preisabmachungen mit der dieses Mittel allein herstellenden Firma, den Höchster Farbwerken, getroffen worden. Für etwa fünf Millionen Mark Neosalvarsan ist während des Krieges beschafft worden.

Die starke Ausbreitung der Räude Ende 1915 machte die einheitliche Beschaffung eines in großen Mengen vorhandenen Räudemittels nötig, da die sonst gebräuchlichen und bekannten Heilmittel (z. B. Fette, Glyzerin, Öle, Schwefel, Kreolin, Spiritus) nicht mehr zu haben waren. Auf Grund praktischer Erfahrungen in der österreichisch-ungarischen Armee wurde vom Kriegsministerium "galizisches Boryslavöl" aus Österreich eingeführt. Dieses Mittel hat dem deutschen Heere aus großer Verlegenheit geholfen, wenn es auch kein ideales Heilmittel war. Außerdem stellte die Olex-Petroleumgesellschaft zu dem gleichen Zweck ein in der Zusammensetzung dem Boryslavöl ähnliches Mineralöl her. Daß die Beschaffung von Petroleum, das sich später als das damals beste Räudemittel herausstellte, auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, braucht wohl bei dem im Kriege herrschenden Mangel an Beleuchtungsmitteln kaum näher erörtert zu werden.

8. Beschaffung der Hufbeschlagmaterialien.

Die Durchschnittstragezeit eines Hufeisens betrug im Frieden etwa vier Wochen. Für die Etatsstärke des deutschen Friedensheeres an Pferden (160 092 Stück) stellte sich somit der monatliche Bedarf an Hufeisen im Frieden auf etwa 160 092 x 4 = 640 368 Stück. Die planmäßige Kriegsstärke an Pferden betrug rund 880 000; nimmt man die Tragezeit der Hufeisen mit Rücksicht auf die stark erhöhte Beanspruchung auf etwa 14 Tage an, so ergibt sich ein Monatsbedarf von 880 000 x 8 = 7 040 000 Stück. Die Kriegsstärke an Pferden stieg bald auf 1 000 000 und bis April 1915 auf etwa 1 270 000 Pferde. Es mußte danach mit einem Hufeisenbedarf von rund 8 000 000 - 10 000 000 Stück und mit den entsprechenden Zahlen an Hufnägeln, Schraubstollen und Strohsohlenhaltern

monatlich gerechnet werden. Dazu kamen noch große Anforderungen der Türkei an Hufeisen und Hufnägeln.

Zur Deckung des ersten Kriegsbedarfs waren bestimmungsgemäß für jedes Pferd der Feld-, Reserve-, Ersatz- und Landwehrtruppen sowie der planmäßigen Neuformationen vier Paar Hufeisen mit der entsprechenden Anzahl von Hufnägeln und Schraubstollen vorrätig zu halten. Den weiteren Bedarf der Feldtruppen sollten für die Reitpferde der Kavallerie die Ersatztruppen in den eigenen Schmieden herstellen und nachschieben. Für den Nachschub der Hufeisen usw. aller übrigen Formationen sowie für die Zugpferde der Kavallerie hatten die Artillerie- und Traindepots zu sorgen.

Durch den schnellen Vormarsch war der Verbrauch der Hufeisen ungewöhnlich groß. Hinzu kamen die gewaltigen Anforderungen für die vielen überplanmäßig aufgestellten Neuformationen. Daher wurden die Ersatzeskadrons angewiesen, Zivilschmiede heranzuziehen, ferner auch alle anderen erreichbaren Quellen für Beschaffung von Hufeisen auszunutzen. Sie wurden außerdem ermächtigt, Maschinenhufeisen bei Privatfirmen sicherzustellen. Sechs Wochen nach Ausbruch des Krieges war aber der Hufeisenmangel so bedenklich, daß die weitere Gefechtstätigkeit der Truppe in Frage gestellt war. Auch die Vorräte an Schraubstollen schmolzen bei Beginn der kalten Jahreszeit so erheblich zusammen, daß auch H-Stollen neben den vorschriftsmäßigen Meißelstollen nachgeschoben werden mußten. Die H-Stollen haben sich im übrigen, von Sonderfällen abgesehen, den Meißelstollen gegenüber als gleichwertig und besser erwiesen. - Zum Teil war der Mangel an Hufeisenbeschlagmaterial auf die allgemein unzulängliche Nachschuborganisation zurückzuführen. Die Hufeisensendungen erreichten die Truppe infolge der häufigen Verschiebungen nicht.

Das Kriegsministerium erteilte nun an eine Reihe bekannter Firmen Aufträge auf Hufeisen. Von den Fabriken konnten vielfach nur halbfertige Hufeisen geliefert werden, die erst gebrauchsfertig gemacht werden mußten. Zu diesem Zweck wurden die Militärlehrschmieden in Berlin, Königsberg, Breslau und Frankfurt a. M. wieder in Betrieb gesetzt. Zum gleichen Zweck wurden Abkommen mit den Zentrallehrschmieden in Hannover und Köln getroffen. Inzwischen wurden in Belgien große vorhandene Hufeisenfabriken mit bedeutenden Beständen an halbfertigen Hufeisen in Betrieb gesetzt.

Die Zuführung der Vorräte an die Front geschah nunmehr dadurch, daß jedes einzelne stellvertretende Generalkommando für eine bestimmte Armee sorgte. Alle Vorräte mußten der Sammelstation der betreffenden Armee zugeleitet werden, von wo die Etappeninspektion sie für die Truppen je nach Bedarf heranzog. Da durch die Aushebung eines großen Teils der Zivilpferde die kleineren Schmiedebetriebe keine ausreichende Arbeit mehr hatten, wurden auch sie im sozialen Interesse zur Anfertigung von Hufeisen herangezogen.

Die dargelegten Verhältnisse bei der Versorgung der Truppen mit Hufbeschlagmitteln zeigen somit, daß für diese in keiner Weise genügend vorgesorgt war. Denn durch den Ankauf von seiten einzelner Dienststellen (Lehrschmieden, Ersatztruppenteile, Depots aller Art) war ein rationelles Beschaffen guten Materials sehr erschwert. So war es nicht zu vermeiden, daß die von den Fabriken angelieferten Hufeisen häufig ohne Hinzuziehung von Sachverständigen - rein zahlenmäßig - abgenommen wurden, so daß die Klagen aus der Armee über schlechte und sogar unbrauchbare Eisen nicht verstummen wollten. Eine schon im Frieden vorgesehene veterinäre Zentralleitung hätte hier segensreich vorauswirken können.

Am 1. Juni 1915 wurde dann richtigerweise die zentrale Beschaffung des gesamten Hufbeschlaggeräts aller Waffengattungen zur einheitlichen Versorgung der gesamten Armee in die Hand der damaligen Feldzeugmeisterei gelegt und dieser ein Veterinäroffizier als Referent beigegeben.

9. Tierkörperverwertung.

In der ersten Kriegszeit, namentlich während des Bewegungskrieges, wurden die Tierleichen, sowie das zum menschlichen Genuß untaugliche Fleisch durch Vergraben beseitigt. Dieses Verfahren war aber aus hygienischen und wirtschaftlichen Gründen zu verwerfen. Denn das nicht selten nur sehr flüchtige und oberflächliche Verscharren schloß schwere Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Tier in sich. Außerdem gingen dadurch ungeheure Werte verloren. Denn die bei zweckmäßiger Verarbeitung der Kadaver und Schlachtabfälle gewonnenen Erzeugnisse, wie Fett, Leim, Tierkörpermehl, sind Stoffe, die infolge der langen Kriegsdauer hohe wirtschaftliche Bedeutung erlangten, ganz abgesehen von den wertvollen Häuten, die verlorengegangen sind.

Vom Jahre 1915 ab entstanden nach Einsatz der leitenden Veterinäre im Felde und in den besetzten Gebieten die verschiedensten behelfsmäßig und neuzeitlich eingerichteten Anlagen zur Verarbeitung der Tierleichen und Schlachtabfälle.

Im Osten hatten zuerst die Pferdelazarette, die mit den zur Räudebehandlung nötigen Mengen an Ölen und Fetten nicht mehr beliefert werden konnten, "Fettschmelzen" eingerichtet, dann weiter auch einzelne Truppenteile.

In den einfachen Anlagen der Truppe blieben Tiere, die an Rotz, Milzbrand oder Tollwut gelitten hatten, von der Verwendung ausgeschlossen, da die für die sichere Vernichtung aller Infektionsstoffe erforderlichen Hitzegrade nicht mit Sicherheit erreicht werden konnten. Die Verarbeitung dieser Tiere war nur in den modern eingerichteten Verwertungsanstalten erlaubt und technisch möglich.

Während die Kadaververwertungsanlagen außer Fett und Leim noch Fleischmehl und Knochenmehl herstellten, wurde in den, meist den großen Etappenschlächtereien angeschlossenen Schlachtabfallverwertungsanstalten - neben der Gewinnung von Fett und Leim - Mischfutter für Pferde und Schweine hergestellt. Hierzu wurden sämtliche zur menschlichen Nahrung ungeeigneten Schlachtabfälle, Blut, beanstandete ganze Tiere und der Panseninhalt der Wiederkäuer verwendet.

In Libau wurde eine dort schon in Friedenszeiten zur Verwertung der Schlachtabfälle vorhandene Einrichtung großen Stils zur Gewinnung von Tierkörpermehl und Blutmehl für Futterzwecke verwendet. Das dabei gewonnene Fett wurde in der angegliederten Seifenfabrik zu Seife für die Truppe verarbeitet oder zur Salbenbereitung für die Räudebehandlung benutzt.

Bei der Verfütterung des Fleischmehls an Pferde sind die verschiedensten Erfahrungen gemacht worden, je nachdem es gelungen war, durch Mischung mit anderen Futtermitteln den Geruch und Geschmack zu verdecken. Edle Pferde verweigerten im allgemeinen die Aufnahme, kaltblütige und Russenpferde dagegen gewöhnten sich allmählich daran.
Besonders erwähnenswerte große Anlagen im Westen befanden sich in Abscon und Bouchain. Dort konnten täglich bis zu 35 Pferdeleichen verarbeitet werden. Im Westen befanden sich schließlich im [Bereich einer Armee durchschnittlich sechs Tierkörperverwertungsanlagen.

Um zahlenmäßig zu ermitteln, welche Werte für die Volkswirtschaft durch zweckmäßige Verarbeitung der Kadaver und Schlachtabfälle gewonnen werden können, hatte der Chefveterinär West in einer "behelfsmäßigen" Anlage sorgfältige Versuche angestellt. Aus den in drei Monaten eingelieferten und verarbeiteten 158 Pferden, 52 Rindern, 59 Schweinen, 4 Schafen und 5553 kg Schlachtabfällen wurden gewonnen:

4 006,5 kg	Fett,
10 642,5 kg	Leim,
22 657,5 kg	Tierkörpermehl.

Nach Abzug der Unkosten wurde unter Zugrundelegung der damaligen Preise ein Reingewinn von 8541 Mark errechnet. Überträgt man die Ergebnisse der in einer auf das primitivste eingerichteten Verwertungsanlage angestellten Versuche auf die wesentlich wirtschaftlicher arbeitenden neuzeitlichen Anlagen, wie sie im Laufe der Jahre 1916/18 erstanden, so zeigt sich, daß Werte gewonnen wurden, deren wirtschaftliche Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. So wurden z. B. im Oktober 1916 in sämtlichen Verwertungsanstalten des Westens gewonnen:
66 127 kg Fett, 135 481 kg Fleisch- und Knochenmehl, 55 411 kg Mischfutter, 3500 kg Dörrfleisch, 1498 kg Klauenöl, 14 984 kg Leim.

In der gleichen Zeit wurden in einer bei einer Landwehrdivision eingerichteten Knochenentfettungsanlage aus 59 271 kg Knochen hergestellt: 1378 kg Röhren- und Klauenöl, 339 kg Knochenfett, 866 kg technisches Fett.

Auf die Ablieferung der Felle und Häute, Haare, Mähnen, Schweife und des Hufhornes an die Magazine hatten die Intendanturen schon frühzeitig hingewiesen.

Zur Vermeidung von Seuchenverschleppungen oder Übertragungen von Seuchen auf den Menschen mußte das Abhäuten von Tieren bei Rinderpest, Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche, Tollwut, klinischem Rotz oder bei dem Verdacht dieser Seuchen verboten werden. Wegen der ständig zunehmenden großen Lederknappheit konnte auf die Häute und Felle an anderen Seuchen erkrankter Tiere aber nicht verzichtet werden. Gestattet wurde daher die Verarbeitung der Häute und Felle, wenn sie in vollständig getrocknetem Zustande aus dem Seuchengehöft ausgeführt oder unmittelbar an eine Gerberei des besetzten Gebietes abgeliefert wurden:

- von räudekranken Pferden und Schafen,
- von an Lungenseuche erkrankten oder der Seuche verdächtigen Tieren,
- von an Maul- u. Klauenseuche erkrankten oder der Seuche verdächtigen Tieren,
- von Schafen mit Pockenseuche oder -verdacht,
- von Pferden, die auf Grund der Blutuntersuchung für rotzkrank erklärt waren, aber keine klinischen Erscheinungen und bei der Zerlegung keinen frischen (akuten) Rotz zeigten. Die Häute mußten aber durch Einlegen in Kalkmilchlösung entkeimt sein.

Bei allen anderen Seuchen wurde die Verwendung der Häute ohne besondere Vorsichtsmaßregeln gestattet.

Eine Rückführung von Häuten und Fellen von seuchenkranken Tieren nach der Heimat war bis Ende 1917 verboten. Von Januar 1918 ab wurde jedoch wegen des Ledermangels die Zurückführung zugelassen, und zwar nur für Häute und Felle der in den ersten drei Absätzen genannten seuchenkranken oder -verdächtigen Tiere sowie für völlig getrocknete Felle von nur ansteckungsverdächtigen Schafen aus pockenseuchekranken Beständen, ferner Wolle von ansteckungsverdächtigen Schafen, wenn sie in festen Säcken verpackt war.

Die Bergung der Häute und Felle von gestorbenen oder getöteten Tieren in den Kampfabschnitten machte indes große Schwierigkeiten. Einzelne Armee-Oberkommandos des Westens hatten "Enthäutungskommandos" eingerichtet, bestehend aus einem Unteroffizier oder Gefreiten und einigen Mannschaften (Schlächtern) und einem Fahrzeug. Da dieses Verfahren sich als sehr zweckmäßig erwiesen hatte, wurde die gleiche Maßnahme allen übrigen Armee-Oberkommandos des Westens empfohlen.

Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß durch die Organisation der Tierkörperverwertung im Felde unter hervorragender Beteiligung der leitenden Veterinäre große volkswirtschaftliche Werte gewonnen wurden, deren Bedeutung durch den dadurch erreichten hygienischen Schutz für Mensch

und Tier noch wesentlich erhöht wird. Es ergibt sich daraus aber auch die Ungeheuerlichkeit der von den Feinden, besonders den Franzosen, aufgestellten und hartnäckig aufrechterhaltenen **Lüge von der Verwertung menschlicher Leichen in den Kadaververwertungsanstalten**.

10. Rückblick.

Zusammenfassend darf man wohl sagen, daß trotz der beim Kriegsbeginn recht mangelhaften Organisation auf allen Gebieten des Veterinärwesens es im Kriege gelungen ist, die fehlende Organisation aufzubauen. Ohne leistungsfähiges Veterinärwesen, wie es, durch die Not der Zeit gebieterisch gefordert, gewissermaßen aus dem Boden gestampft wurde, wären die Armeen allein durch das Umsichgreifen der Kriegstierseuchen sehr früh bewegungsunfähig und damit kampfunfähig geworden. Der aufopfernden und hingebenden, vorbeugenden, organisatorischen und kontrollierenden Tätigkeit aller Veterinäre und ihres Hilfspersonals ist es zu danken, daß die Beweglichkeit des Feldheeres jederzeit im nötigen Umfange erhalten geblieben ist und weiter, daß dem Vaterlande nicht noch größere Verluste an seinen unersetzlichen Viehbeständen erwachsen sind.

Anmerkungen:

1 [1/573] Einsetzen einer zentralen veterinären Leitung. ...zurück...

2 [1/574] Unter "Veterinären" sind im folgenden zu verstehen: Veterinäroffiziere, Unterveterinäre, Feldunter- und Feldhilfsveterinäre. ...zurück...

3 [1/575] Anhang II zur Militärveterinärordnung. ...zurück...

4 [1/582] Vgl. hierzu auch **Abschnitt "Heeresverpflegung"**. ...zurück...